UNIVERSITY
OF
TORONTO
LIBRARY

Bibliothek

Deutscher Geschichte

unter Mitwirkung von

D. Gutsche, W. Schultze, E. Mühlbacher, M. Manitius,
J. Jastrow, G. Winter, Th. Lindner, V. v. Kraus, Kurt Kaser,
G. Egelhaaf, M. Ritter, R. Koser, K. Th. Heigel

herausgegeben von

H. v. Zwiedineck-Südenhorst

Stuttgart und Berlin 1911
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Deutsche Geschichte

vom Tode Friedrichs d. Gr. bis zur Auflösung des alten Reiches

Von

K. Th. Heigel

Zweiter Band

Vom Feldzug in der Champagne bis zur Auflösung des alten Reiches

(1792—1806)

177976
12/2/23

Stuttgart und Berlin 1911
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Alle Rechte vorbehalten

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

Vorrede.

Zwölf Jahre nach dem Erscheinen des ersten Bandes wird hiermit der zweite der Oeffentlichkeit übergeben. Die ungewöhnlich lange Verzögerung erklärt sich aus äußeren Gründen. Ich habe inzwischen mit einem neuen Amt gesteigerte Berufspflichten übernehmen müssen, so daß mir für private Arbeit nur wenig Muße zur Verfügung stand. Ich bitte nachträglich meine Leser, gütig zu entschuldigen, daß sie über Gebühr lange Nachsicht üben mußten.

Ueber die Zielpunkte, die mir für Forschung und Darstellung maßgebend waren, erlaubte ich mir schon im Vorwort zum ersten Bande das Nötige zu sagen. Es war mein Bemühen, vor allem den Charakter der Reichsgeschichte festzuhalten; nach dieser Richtung war es mir, wie ich glaube, durch Benützung der wichtigsten deutschen Archive möglich, auch nach Sybel und Häusser über manche Ereignisse und Wendungen neue Aufklärung zu bieten. Die Tagespolitik bringt ja nur für die Zeitgenossen Ueberraschungen; der Nachwelt zeigen sich bei gründlicher Forschung die von langer Hand bestehende Absicht, die künstlich eingefädelte Intrigue, das ganze Triebwerk der gewollten Mittel und mechanischen Gewalten: Ursache und Wirkung! Auch aus Zeitungen und Flugschriften schöpfte ich reichlicher als meine Vorgänger, um neben der Politik der Kabinette auch die Wandlungen der öffentlichen Meinung nach Möglichkeit festzustellen.

Im allgemeinen beschränkte ich mich auf die politischen Verhältnisse, über welche ja in einer Geschichte Deutschlands im Zeitalter der französischen Revolution zunächst Belehrung gesucht wird. In einem speziell dem Kulturleben gewidmeten Abschnitt suchte ich aber auch von Ackerbau und Gewerbe, Handel und Wandel, Kunst und Wissenschaft eine flüchtige Skizze zu bieten. Vor allem war immer wieder auf die merkwürdige Thatsache hinzuweisen, daß gerade in den Tagen der tiefsten Erniedrigung des staatlichen Lebens die deutsche Geistesarbeit ihren Höhepunkt erreichte: kurz nach der Gründung des Rheinbundes erblickte der Fausttragödie erster Teil, das tiefste und eigentümlichste Werk der gesamten neueren Bildung, das Licht der Welt!

Im Gegensatz zu den meisten Mitarbeitern der Bibliothek Deutscher Geschichte hielt ich an der heute als altfränkisch geltenden Citiermethode fest. Ich ging von der Erwägung aus, daß auf solche Weise am besten das geistige Eigentum der fremden Arbeit gewahrt, die eigene wenigstens von einem Teil der Verantwortung entbunden wird. Ich kann mir ja nicht verhehlen, daß die Mehr-

zahl der Wißbegierigen, die sich über den von mir behandelten Zeitraum unterrichten wollen, nach wie vor sich an die berühmteren Darstellungen von Häusser und Sybel wenden wird. Diejenigen aber, die meine Bände als Nachschlagebücher benützen wollen, um sich mit dieser oder jener Episode bekannt zu machen, werden mir Dank wissen, wenn sie auch über Quellen und Literatur die nötigen Angaben finden.

Wer ein Werk zwanzigjähriger Arbeit abgeschlossen vor sich sieht, wird zunächst immer das Gefühl der Freude haben. Bald stellen sich aber andere, weniger behagliche Empfindungen ein. Man bezweifelt das Ergebnis von Untersuchungen, die man als glücklich durchgeführt angesehen hatte, man entdeckt Lücken in der Synthese der historischen Momente, Härten in der Formgebung — — „Was aber immer tröstet," sagte einmal Böhmer, „ist: Gearbeitet zu haben!"

K. Th. Heigel.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorrede . . . . . V—VI

Drittes Buch.

Vom Feldzug in der Champagne bis zum Abſchluß des Baſeler Friedens. 1792—1795.

Erſter Abſchnitt . . . . . 3—49

Die franzöſiſche Armee 3—9. Die deutſchen Armeen 10—16. Die Politik der Höfe von Wien und Berlin 17—19. Die Eröffnung des Feldzugs in der Champagne 20. Die Quellen zur Geſchichte des Feldzugs 21—22. Der Kriegsplan der Verbündeten 23—24. Longwy und Verdun 25—30. Die Kanonade von Valmy 31—34. Mißliche Lage der deutſchen Truppen 35—36. Scheinverhandlungen mit den Franzoſen 37—40. Rückzug aus Frankreich 41. Unterhandlungen während des Rückzugs 42. Der Krieg und die europäiſchen Kabinette 43—44. Militäriſche und politiſche Lage nach dem Feldzug 45—49.

Zweiter Abſchnitt . . . . . 50—74

Der Einfall der Franzoſen in die deutſchen Rheinlande 50—52. Das Kurfürſtentum Mainz 53—56. Cuſtine in Mainz 57—58. Die Klubiſten in Mainz 59—62. Die Franzoſen in Frankfurt 63—64. Der Fortgang des Krieges 65—68. Die Schlacht bei Jemappes 69—70. Die Befreiung der Stadt Frankfurt 71—72. Verhältnis der kriegführenden Mächte 73—74.

Dritter Abſchnitt . . . . . 75—128

Rückwirkung der Hinrichtung Ludwigs XVI. auf die Politik der Mächte 75—78. Die zweite Teilung Polens 79—84. Der Krieg in den Niederlanden 85—90. Der Abfall Dumouriez' 91—94. Der Miniſterwechſel in Oeſterreich 95—96. Der Kampf um Mainz 97—106. Polen und die Teilungsmächte 107—112. Der Krieg im Elſaß und in der Pfalz 113—122. Rückſchrittliche Bewegung in Deutſchland 123—128.

Vierter Abſchnitt . . . . . 129—186

Preußen und die Koalition 129—130. Volksbewaffnung im Reich 131—132. Der Haager Traktat vom 19. April 1794 133. Der Feldzug in Belgien 134. Der Aufſtand in Polen 135—137. Der Krieg am Rhein 138. Die Schlacht bei Fleurus 139. Die Räumung Belgiens 139—140. Friedensneigung in Preußen 141—142. Der 9. Thermidor und die Koalition 143. Schlimme Wendung in Polen 143. Zeichen der Auflöſung der Koalition 144. Stimmungen in Berlin 145—148. Die erſten Anknüpfungen mit Frankreich 149—151. Das Treffen bei Kaiſerslautern 152. Friedensbeſtrebungen im

Seite

Reich 153—156. Verhandlungen in Basel 157—168. Der russisch-österreichische Vertrag über die Teilung Polens vom 3. Januar 1795 169—174. Die Sendung Hardenbergs 175—180. Der Friedensschluß zu Basel am 5. April 1795 181—186.

Viertes Buch.

Vom Abschluß des Baseler Friedens bis zum Frieden von Campo Formio.

Erster Abschnitt . . . . . 189—221

Urteile über den Baseler Frieden 189—190. Friedensberatungen im Reichstag und bei den Einzelstaaten 191—194. Der Reichskrieg von 1795 195—198. Die Uebergabe von Mannheim 199. Die kaiserlichen Waffenerfolge an Rhein und Main 200. Die Gefangennehmung Oberndorffs und Salaberts 201—203. Aufrichtung der Direktorialverfassung in Frankreich 204. Der 13. Vendemiaire 205. Napoleon Bonaparte. Die dritte Teilung Polens 206. Preußen und Frankreich 207. Neue Friedensverhandlungen 208. Bonaparte in Italien 209—210. Der Feldzug von 1796 in Deutschland 211. Vorboten des Rheinbundes in Süddeutschland 212. Preußische Unionsbestrebungen in Franken 213—216. Der Vertrag von Pfaffenhofen 217—218. Die Siege des Erzherzogs Karl bei Amberg und Würzburg 219—221.

Zweiter Abschnitt . . . . . 222—257

Napoleons Siege in Italien 222—226. Die Lage Oesterreichs 227—228. Die ersten Friedensverhandlungen 229—230. Neue Kämpfe in Italien und Tirol 231—234. Der Vertrag von Leoben 235—239. Der Krieg in Deutschland 240. Bonaparte und die französische Politik 241—246. Der Friede zu Campo Formio 247—252. Tod Friedrich Wilhelms II. 253—254. Die Anfänge Friedrich Wilhelms III. 255—257.

Dritter Abschnitt . . . . . 258—288

Deutsches Land und deutsches Volk um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts 258—288.

Fünftes Buch.

Vom Rastatter Kongreß bis zum Reichsdeputationshauptschluß.

Erster Abschnitt . . . . . 291—317

Der Rastatter Kongreß 291—294. Die Ueberlassung von Mainz an die Franzosen 295—296. Die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich 297—300. Die Säkularisationsfrage 301—304. Vorboten eines Bruches zwischen Oesterreich und Frankreich 305—308. Die Konferenzen von Selz 309—310. Die Bildung einer neuen Koalition gegen Frankreich 311—317.

Zweiter Abschnitt . . . . . 318—349

Das linke Rheinufer unter französischer Herrschaft 318—322. Der Wiederausbruch des Krieges 323—324. Die Verhandlungen in Rastatt 325—330. Der Regierungswechsel in Baiern 331—334. Der Abbruch des Friedenskongresses 335—338. Die Ermordung der französischen Gesandten 339—340. Der Feldzug in Deutschland und in Italien 341—344. Erneuerung des Reichskrieges und der Regensburger Reichstag 345—346. Der Rücktritt des Zaren Paul von der Koalition 347—349.

Dritter Abschnitt . . . . . 350—379

Der Staatsstreich vom 18. Brumaire 350—358. Moreau in Süddeutschland 359—361. Bonaparte in Italien 362. Die Schlacht von Marengo 363—366. Friedensverhandlungen in Luneville 367—368. Die Schlacht bei Hohenlinden 369—374. Der Friede von Luneville 375—379.

Seite

Vierter Abschnitt . . . . . 380—448

Die nordische Konvention 380—382. Preußische Politik 383—384. Kaiser Pauls Ableben 385—386. Die Beilegung des Krieges zwischen England und Frankreich 387—388. Der Friedensvertrag von Luneville vor dem Reichstag 389—393. Die Wahlen in Köln und Münster 394—398. Der Bonapartismus in Deutschland 399—414. Die französisch-russische Intervention 415—416. Die Zusammenkunft zwischen Friedrich Wilhelm I. und Alexander I. in Memel 417—420. Verhandlungen der Reichsdeputation 421—440. Der Reichsdeputations-Hauptschluß vom 25. Februar 1803 441—448.

Sechstes Buch.

Vom Wiederausbruch des Krieges zwischen England und Frankreich bis zur Auflösung des deutschen Reichs.

Erster Abschnitt . . . . . 451—490

Der Wiederausbruch des Krieges zwischen Frankreich und England 451—456. Preußen und die hannoversche Frage 457—458. Die Franzosen in Hannover 459—463. Preußen und Frankreich 464. Die Stimmung am Wiener Hofe 465—468. Die Einverleibung der reichsritterschaftlichen Gebiete 469—470. Der Streit um die Parität im Fürstenkollegium 471—472. Spannung zwischen Oesterreich und Baiern 473—480. Die Aufhebung des Herzogs von Enghien in Ettenheim 481—488. Die Aufrichtung des französischen Kaisertums 489—490.

Zweiter Abschnitt . . . . . 491—519

Das französische Kaisertum und die europäischen Mächte 491—492. Preußens Beziehungen zu Frankreich und Rußland 493—494. Die Haltung Oesterreichs 495. Die wachsende Spannung zwischen Rußland und Frankreich 496. Der russische Protest gegen die Aufhebung des Herzogs von Ettenheim auf deutschem Reichsgebiet 497—502. Das Ministerium Hardenberg 503—504. Die Stiftung des österreichischen Erbkaisertums 505—506. Der Aufenthalt Napoleons in den französisch gewordenen Rheinlanden 507—508. Napoleon und die süddeutschen Fürsten 509—510. Dalberg in Paris 511—512. Versuche zur Wiederaufrichtung einer neuen Koalition 513—514. Die Aufhebung Rumbolds in Hamburg 515—519.

Dritter Abschnitt . . . . . 520—551

Der Plan einer französischen Landung in England 520—521. Die Annäherung Oesterreichs an Rußland und England 522. Versuche einer Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich 523—524. Streitigkeiten der deutschen Vormächte in Reichsangelegenheiten 525—526. Baiern und Oesterreich 527—528. Denkschrift über die politische Lage Europas 529—530. Der Krieg in Sicht 531—532. Die preußische Neutralität und die öffentliche Meinung 533—536. Preußen und die neue Koalition 537—544. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten 545—551.

Vierter Abschnitt . . . . . 552—608

Der Kriegsplan Napoleons 552—556. Die Entscheidung am bairischen Hofe 557—560. Bertrand und Schwarzenberg in München 561—562. Die Kriegserklärung 562. Preußen und die kriegführenden Mächte 563—566. Die Franzosen in Süddeutschland 567—570. Der Marsch Bernadottes durch Ansbach 571—572. Der Systemwechsel in Preußen 573—574. Der Kampf um Ulm 575—578. Napoleon in München 579—580. Die Schlacht bei Trafalgar 581—582. Die Monarchenzusammenkunft in Potsdam 583—586.

Seite

Die Franzosen in Wien 587—588. Der Feldzug in Mähren 589—590. Die Schlacht bei Austerlitz 591—593. Waffenstillstands- und Friedensunterhandlungen 594. Haugwitz in Brünn und Wien 595—598. Das Bündnis Frankreichs mit den süddeutschen Staaten 599—602. Das Ende der Reichsritterschaft 603—606. Der Friede von Preßburg 607—608.

Fünfter Abschnitt . . . . . 609—672

Der deutsche Volksgeist in der Franzosenzeit 609—614. Die Entwicklung der Rheinbundsbewegung 615—618. Oesterreich nach der Schlacht bei Austerlitz 619—620. Napoleon in den süddeutschen Residenzen 621—625. Das französische Kaisertum 626—627. Der schwedische Protest gegen die Verletzungen der Reichsverfassung 627—628. Die Stellung Preußens zu Napoleon 628—636. Die Besetzung Hannovers 637—642. Das Projekt eines Reichskonkordats 643—645. Bundesverhandlungen in München und Paris 645—657. Die Rheinbundsakte 657—663. Die Auflösung des alten Reiches 663—672.

Drittes Buch.

Vom Feldzug in der Champagne bis zum Abschluß des Baseler Friedens. 1792—1795.

Erster Abschnitt.

Die französische Armee. Die deutschen Armeen. Die Politik der Höfe von Wien und Berlin. Die Eröffnung des Feldzugs in der Champagne. Die Quellen zur Geschichte des Feldzugs. Der Kriegsplan der Verbündeten. Longwy und Verdun. Die Kanonade von Valmy. Mißliche Lage der deutschen Truppen. Scheinverhandlungen mit den Franzosen. Rückzug aus Frankreich. Unterhandlungen während des Rückzugs. Der Krieg und die europäischen Kabinette. Militärische und politische Lage nach dem Feldzug.

In der Weltgeschichte ist das Unerwartete die Regel. Als der Krieg im Sommer 1792 ausbrach, war es für die öffentliche Meinung eine ausgemachte Sache, daß die glorreiche „Fridericianische" Armee und die krieggeübten Oesterreicher über die zuchtlosen, mangelhaft ausgerüsteten Franzosen leichten Sieg davontragen würden. Doch die stolze Zuversicht trog. Schon nach wenigen Wochen sahen sich die Verbündeten zum Rückzug genötigt, und wenn auch in den nächsten Feldzügen der Erfolg wechselte, so war doch der schließliche Ausgang der Revolutionskriege für den übermächtigen Bund der Gegner nichts weniger als günstig und ehrenvoll.

Da lag für den Verfasser des Hauptwerkes über die Revolutionskriege, den Franzosen Arthur Chuquet, die Versuchung nahe, auf den Kriegsruhm der Landsleute ein hohes Lied anzustimmen. Andere französische Historiker haben sich ja thatsächlich zu Entstellungen und Uebertreibungen verführen lassen. Nach Edmond Bonnal [1]) hätte der 1792 von Preußen, der „monarchie des démembrements", vom Zaune gebrochene Krieg als Gegenstück zum Einfall der Hunnen zu gelten; von Attila bis Blücher laufe eine gleichmäßige Kette: „cor unum in anima

[1]) Bonnal, Le Royaume de Prusse (1883), 426.

una." Nach Michiels [1]) hätte nur schnöde Beutegier den Krieg von 1792 entzündet; glücklicherweise habe der Ausgang glänzend die Gerechtigkeit der Weltgeschichte bewiesen. [2]) Grandin bot 1892, also „hundert Jahre nach der Wiederauferstehung des französischen Heldengeistes", eine tendenziös gefärbte Erzählung des preußischen Einfalls in Frankreich, die „zugleich Mahnungen und Hoffnungen enthalte". [3]) Auch Albert Sorel [4]) in seiner vorzüglichen Schilderung der Wechselbeziehungen zwischen dem revolutionären Frankreich und dem monarchischen Europa sieht in Eroberungssucht, der „politischen Tradition Preußens", die Wurzel des Krieges von 1792 und im Siege der Franzosen den selbstverständlichen Triumph patriotischer Begeisterung und kriegerischer Tugenden über die kommandierte Tapferkeit gedrillter Söldnerheere. Dagegen geht Chuquet [5]) mit erstaunlicher Unbefangenheit zu Werke. Dumouriez hat den Sieg des revolutionären Frankreichs über die Riesenmacht des legitimen Europas ein unbegreiflich hohes Wunder genannt. „Alles Wunderbare verschwindet," sagt Voltaire, „sobald man es nur ernstlich untersucht." Das hat Chuquet gethan; er hat das Wunder untersucht und thatsächlich auch erklärt. Mit der revolutionären Legende ist aufgeräumt. Die Glorie des Heldentums der „Freiwilligen", die allein der Freiheitsgedanke in unvergleichliche Soldaten umgewandelt, deren Wagemut die kriegstüchtigsten Armeen besiegt habe, war freilich schon durch Roussets Forschung erschüttert worden. Die französische Armee im Feldzug von 1792 bestand, wie Rousset nachwies, in der Hauptsache aus den Resten der Linientruppen; dazu kamen nur als kleinerer Bruchteil die von der Nationalversammlung aufgerufenen Freiwilligen. Wenigstens anfänglich wurde über die Unzuverlässigkeit und Zuchtlosigkeit der Freiwilligen bitter geklagt. „Ich habe," schrieb Marschall Biron am 9. September 1792, „schon allzu viele Leute, die essen wollen, aber viel zu wenige, die dafür etwas leisten." [6]) Chuquet, nach jeder Seite maßvoll und gerecht, schränkte sogar das allzu harte Urteil Roussets über die Freiwilligen etwas ein, indem er darlegte, daß die ersten, besonders beschämenden Niederlagen

---

[1]) Alfr. Michiels, L'invasion Prussienne en 1792 et ses conséquences (1880).

[2]) „Die Deutschen richten ihre Augen allzeit auf fremdes Gut, der innerste Grund ihrer Politik ist immer Raub und Eroberung. Die unersättlichen Teutonen des dritten und vierten Jahrhunderts unserer Zeitrechnung existieren noch heute; diese Rasse von Räubern ist nicht ausgestorben! Sie lauern beständig auf Beute; nichts befriedigt, nichts stillt ihre Begehrlichkeit! Wehe den Völkern der Gegenwart, die nicht auf der Hut sind, die sich vor ihren Fallstricken nicht zu wahren suchen! Was man auch sagen mag: es liegt in Europa über den politischen und allen anderen Fragen eine unaustilgbare Erinnerung, ein grausiger Traum; für den, der genau zusieht, sind alle Götter, alle Kulte zerstört; auf den Ruinen der Paläste und Gotteshäuser schwebt in flackerndem Licht, wie eine prophetische Erscheinung, die drohende Gestalt der Nemesis. Dieser moralische Zustand des heutigen Frankreichs und seine Folgen sind die entfernte, aber logische und natürliche Wirkung der preußisch-österreichischen Invasion von 1792!" (S. 513) — Ein Pamphlet, keine Geschichte!

[3]) Les Prussiens en France, par le commandant Grandin, (1892), Préface.

[4]) Alb. Sorel, L'Europe et la Révolution Française; III. P.: La guerre aux Rois (1893).

[5]) Arthur Chuquet, Les guerres de la Révolution; I. P.: La première invasion Prussienne (1886).

[6]) Rousset, Les Volontairs 1791—1794, (1870), 107.

der Franzosen bei Equivrain und Mons auf Rechnung der Linientruppen, insbesondere der heruntergekommenen Reiterei zu setzen seien; auch weist er an zahlreichen Beispielen nach, daß patriotische Begeisterung thatsächlich dazu beigetragen hat, aus unbeholfenen Neulingen in überraschend kurzer Zeit tüchtige Soldaten zu machen.

Schädlich mußte aber wirken, daß nach Beschluß der Nationalversammlung die Freiwilligen ihre Unter- und Oberoffiziere selbst zu wählen hatten; bei den Linientruppen durften die Offiziere, fast ausschließlich Adelige, schon längst nicht mehr auf Gehorsam zählen. „Unsere Armee ist in traurigstem Zustande," schrieb Lafayette am 6. Mai 1792 an de Grave, „ich kann nicht begreifen, wie man den Krieg erklären konnte, da man doch in keiner Weise darauf vorbereitet ist." Gerade die fähigsten Heerführer sagten wenigstens für den Anfang Mißerfolge voraus. Auch auf die seit dem Ausbruch der Revolution verwahrlosten festen Plätze wurde geringes Vertrauen gesetzt; um sie nur einigermaßen widerstandsfähig zu machen, meinte Marschall Bouillé,[1]) wären 10—12 Millionen notwendig, woher aber in der Zeit des allgemeinen Bankerotts solche Summen nehmen?! Die Linientruppen zählten 104 Infanterieregimenter, darunter 11 Schweizerregimenter, hätten also eine Stärke von ungefähr 110 000 Mann haben sollen; dazu kam die Reiterei mit angeblich 30 000, die Artillerie mit 10 000 Mann. Die Zahl der Freiwilligen soll sich nach der Erklärung des Kriegsministers zur Zeit der Kriegserklärung auf etwa 100 000 belaufen haben. Es wären also nahezu 300 000 Mann zur Verteidigung des Landes bereit gewesen, den Feind zu empfangen; thatsächlich standen aber vor dem 10. August von Dünkirchen bis Basel nur 82 000 Mann unter den Waffen. Erst nach den ersten Niederlagen, erst seitdem die Nationalversammlung erklärt hatte: Das Vaterland ist in Gefahr! traten größere Massen von Freiwilligen unter die Fahnen; auch aus Flüchtlingen aus Holland, Belgien, Lüttich und anderen Staaten konnten einige Legionen gebildet werden. Doch es fehlte den Soldaten am Nötigsten. Von 10 Gewehren gab nur eines Feuer, viele Legionäre waren lediglich mit der „Waffe der Freiheit", mit Picken, oder gar nur mit Knütteln bewaffnet. In Zusammensetzung und Ausstattung erinnerten sie, wie Dumouriez in einem Bericht spottet, an jene ungeheuren indianischen Heere, die von einer Handvoll tüchtiger Soldaten mit leichter Mühe auseinandergejagt wurden. Ehrgeizige Streber führten in den Kasernen und Zelten der Freiwilligen das große Wort; mochten die Schwätzer noch so keck aller gesetzlichen Ordnung spotten, so sah die Volksvertretung in ihnen doch die „teuren Kinder der Freiheit".[2]) Dadurch mußten natürlich in den Reihen der alten Soldaten Eifersucht und Groll wachgerufen werden. Nicht weniger wurde die Kriegszucht gelockert durch die Fahnenflucht der adeligen Offiziere, die namentlich bei der Rheinarmee in ganzen Scharen zu den Emigranten übergingen. Da konnte es nicht wundernehmen, daß zu Anfang des Krieges die Berichte aller Heerführer nur Klagen enthielten über die Schwäche der Abteilungen, über Mangel an brauchbaren Waffen,

[1]) Mémoires du marquis de Bouillé, 348.

[2]) Chuquet, I, 43.

Munition und Lebensmitteln, über Ungehorsam und schlechte Haltung der Truppen. Der Krieg konnte nur mit schmählichen Niederlagen der Franzosen beginnen.

Unter den Gründen, welche die Führer der französischen Nationalversammlung veranlaßt hatten, den Krieg zu entfesseln, stand die Absicht, die österreichischen Niederlande an Frankreich anzugliedern, in erster Reihe. Das Schlagwort von den natürlichen Grenzen, das in der Folge noch häufig das nachbarliche Verhältnis zwischen Franzosen und Deutschen störte, wurde von Dumouriez wenn nicht erfunden, so doch zum erstenmal erfolgreich angewendet. Nur die Besetzung Belgiens werde gegen den deutschen Nordwesten eine genügend feste Stellung geben, erklärte Dumouriez bei Aufstellung des Feldzugsplanes; [1]) demgemäß müsse der erste Vorstoß gegen Brüssel erfolgen. Doch als bei Tournay die ersten österreichischen Husaren in Sicht kamen, ergriff die Franzosen panischer Schrecken, und als sich General Dillon den Fliehenden entgegenwarf, wurde er von den eigenen Soldaten niedergestoßen (28. April 1792). Am nächsten Tage stob auch die Abteilung Birons, als die Oesterreicher bei Boussu anrückten, in wilder Flucht auseinander, die Straßen waren weithin übersäet mit weggeworfenen Waffen.

Damit schien der Beweis erbracht zu sein, daß das revolutionäre Frankreich nicht im stande sei, ernsten Widerstand zu leisten. Jene Vertrauensseligen schienen Recht zu behalten, die, wie der bairische Gesandte Hallberg aus Wien berichtete, förmlich eine Demütigung darin erblickten, daß kriegbewährte brave Soldaten mit so nichtsnutzigem Gesindel sich balgen sollten. [2]) Mit dieser Zuversicht im Lager der Verbündeten wuchs leider auch die Sorglosigkeit. Wozu viel Truppen aufstellen, wozu viel Vorbereitungen treffen, um so wehrlose Hasen aus dem Feld zu schlagen? „Vaincre ou mourir", war von den Franzosen an der belgischen Grenze an die Wände gekritzelt worden; die nachrückenden Oesterreicher schrieben darunter: „Vaincre ou courir"! Ein deutscher Dichter, Gottfried Bürger, sagte sich nach der Retirade von Tournay feierlich los von den Unwürdigen, deren Tyrtäus er hatte werden wollen:

„Wer nicht für Freiheit sterben kann,
Der ist der Kette wert,
Ihn peitsche Pfaff und Edelmann
Um seinen eignen Herd!

---

[1]) Nach de Ganniers, Le duc de Lauzun et la première campagne de la révolution française (Revue des Deux Mondes, 1899, 890) wäre nicht Dumouriez, sondern der Herzog von Lauzun der Autor des Feldzugsplanes von 1792 gewesen. Lauzun machte im April 1792 darauf aufmerksam, daß die Belgier gern bereit wären, einen neuen Aufstand zu wagen und sich an Frankreich anzuschließen; die Nordarmee möge deshalb so rasch wie möglich zum Angriff schreiten, Belgien werde dann eine leichte Beute sein. Dumouriez lieh dem Vorschlag bereitwillig Gehör; auch ihm schien es glaublich, daß nur die Schwäche der Führer, van der Noot und van Eupen, den Mißerfolg des letzten Aufstands verschuldet habe, daß die Brabanter nicht zögern würden, zu den Franzosen überzugehen (S. 908).

[2]) Bair. St.-Archiv. Politische Korrespondenz zwischen Hallberg und Vieregg. Bericht Hallbergs vom 9. Mai 1792.

Wie war mein freies Herz entbrannt,
Getäuscht durch Adelschein,
Selbst gegen Hermanns Vaterland
Tyrtäus euch zu sein!

Nun wend' ich meines Liedes Pfeil,
Von Unmut rasch beschwingt,
Und rufe jedem Sieg und Heil,
Der euch die Fessel bringt! [1])

Zu den Mißständen bei den Truppen kam die Zwietracht der Führer. Die Nordarmee war von Lafayette, die Metzer Armee von Luckner, die Rheinarmee von Biron befehligt; eine vierte Armee unter Montesquiou sollte sich im Süden bilden. Von jedem dieser Heerführer wurden andere Zwecke, andere Ziele verfolgt. Lafayette richtete sein Augenmerk von vornherein mehr auf den inneren, als auf den äußeren Feind; im geeigneten Augenblick sich auf die Jakobiner zu stürzen, galt ihm, wie er seinem Unterbefehlshaber Lajard offen erklärte, als erste Pflicht eines patriotischen Offiziers. Allein weder von den eigenen Truppen, noch von den Bürgern der Städte, welche die Nordarmee besuchten, wurde diese Auffassung geteilt; immer seltener scholl ihm ein Vive Lafayette, immer häufiger das Vive l'assemblée! entgegen. Als er nach den Vorgängen des 10. August deutlicher zu erkennen gab, daß ihm zur Wiederaufrichtung des Thrones der Sturz des Parlaments geboten scheine, stieß er auf offenen Widerstand; aus Furcht, das Los Dillons zu teilen, floh er am 19. August zu den Oesterreichern, wurde aber auch von diesen in Haft genommen. „Sie werden," schrieb an ihn der Statthalter der Niederlande, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, „weder

---

[1]) Bürgers s. Werke (1844), I, 463: Straflied beim schlechten Kriegsanfang der Gallier. — Von der thörichten Siegeszuversicht der Emigranten zeugt ein Spottlied im Almanach des Emigrans (Coblentz de l'imprimerie des Princes, 1792, p. 25):

„Il était une assemblée,
Jamais telle il n'en sera,
Qui sur le bruit d'une armée
Hors de France se sauva,
Eh hai, eh huh, et hai et pousse!
V'là comme on arrive,
Mais au passage on les guettra,
Aucun d'entr-eux n'échappera!
Fouettez par-ci, pendez par-là
Ces avocats, ces renegats,
Ces scélérats du haut en bas!
Avec Pandours et Croates
Et vite on les amena,
D'une éspece de cravates
On se servit pour cela
Eh hai, eh huh, et hai et pousse!
Sur ce que d'Artois ordonna,
Force gibet on prépara.
Fouettez par-ci, pendez par-là etc.

als Anhänger der Konstitution noch als Emigrant festgehalten, doch von Ihnen ist die Revolution großgezogen worden, Sie haben Ihrem König Ketten geschmiedet, Ihnen muß in erster Reihe alles Unheil Frankreichs zugeschrieben werden, es ist also nur gerecht, wenn Sie um dieser Sünden willen der Freiheit verlustig gehen!"

Marschall Luckner trug weniger Begier, den Retter des Thrones zu spielen, doch auch ihm war es peinlich, von den verachteten Volksaufwieglern Befehle entgegennehmen zu müssen. „Wenn ich unsere militärischen Maßnahmen überblicke," schrieb der unter Luckners Kommando gestellte Dumouriez nach Paris, „so weiß ich in der That nicht mehr, ob es ein Kriegsministerium gibt." Dem Marschall war es nicht unbekannt, wie Dumouriez über ihn dachte. Als Luckner seinem Untergebenen zur Abwehr der Oesterreicher nur ungenügende Streitkräfte überließ, rächte sich Dumouriez durch offenen Ungehorsam; es war nicht unbegründet, wenn er zu seiner Rechtfertigung erklärte, daß ihn zu seinem Verhalten ebenso die Rücksicht auf seine Leute, wie der Zweifel am Patriotismus der höchsten Würdenträger bewogen habe. [1])

Nicht bloß wurde durch so feindlichen Gegensatz zwischen den Führern der Armeen eine Befestigung des Königtums auf verfassungsmäßiger Grundlage verhindert, — Dumouriez versichert wenigstens in den später geschriebenen Denkwürdigkeiten, auch er würde mit Freuden gegen die Jakobiner den Degen gezogen haben, wenn nicht die Marschälle so mißtrauisch und feindselig aufgetreten wären, — sondern die Zwietracht in der Heeresleitung wirkte so lähmend ein, daß ein rascher, kräftiger Angriff kaum auf ernsten Widerstand gestoßen wäre.

Doch Wagemut und Behendigkeit waren mit der immer „methodischen" Kriegführung des Braunschweigers nicht vereinbar, und die österreichischen Truppen waren zu schwach und verzettelt, als daß sie dem Gegner gefährlich werden konnten. Mochten auch die Franzosen genötigt sein, ohne Geld, ohne Waffen, ohne Lebensmittel in den Krieg zu ziehen: die Feinde ließen ihnen Zeit, alles Fehlende zu ergänzen und nach und nach wirklich kriegstüchtige Armeen ins Feld zu stellen. „Wenn man mir nur 3000 Mann anvertraut," sagte der österreichische General Beaulieu, „kann ich damit nichts anderes thun, als höchstens unsere Grenze verteidigen; ich werde also selbst die Franzosen ans Feuer gewöhnen, ich werde sie kriegstüchtig machen, ich werde sie lehren, uns zu schlagen." Chuquet glaubt in erster Reihe auf die Langsamkeit der deutschen Heerführer und auf die Unentschlossenheit der deutschen Staatsmänner den Mißerfolg ihrer Heere zurückführen zu müssen. „Vor allem war es die herkömmliche Zauberpolitik des Wiener Hofes, die Frankreich im Jahre 1792 gerettet hat." [2]) Oesterreich gewährte dem revolutionären Frankreich einen verhängnisvollen vierwöchentlichen Aufschub; innerhalb dieser Frist vollzog sich eine tiefgreifende Umwandlung des gesamten französischen Heerwesens. Die ersten Schläge bei Mons und Tournay hatten tiefen Eindruck hinterlassen. Ohne Ordnung, ohne Gehorsam geht es nicht, das konnten sich weder Soldat noch General ver-

[1]) Boguslawski, Das Leben des Generals Dumouriez, I, 158.

[2]) Chuquet, I, 63.

hehlen; so wurde denn exerziert und manövriert, bessere Waffen wurden geliefert, Longwy, Sedan, Verdun mit Lebensmitteln und Geschützen ausgerüstet. In die Stellen der entwichenen adeligen Offiziere rückten Unteroffiziere, die zwar in Kunst und Wissenschaft des Krieges noch weniger bewandert, aber tapfere, abgehärtete Männer waren und samt und sonders vor Begierde brannten, durch den Krieg zu Ruhm und Reichtum zu gelangen. Alle Standesunterschiede waren abgeschafft; jedem Franzosen war also der Weg auch zu den höchsten Aemtern und Würden offen. Lafayette wollte später hauptsächlich aus der „égalité", die allen Kräften und Fähigkeiten freie Entwickelung gestattete, die überraschende Thatsache erklären, daß Frankreich 1792 so übermächtigen Gegnern standzuhalten vermochte. „Da dem Ehrgeiz in der Armee volle Befriedigung zugesichert war, fanden sich alsbald unter den Gemeinen die geschicktesten Generäle." Auch für den Soldaten selbst hatte die Revolution eine günstigere Stellung geschaffen. Nach Ablauf einer gewissen Dienstzeit war ihm volles Bürgerrecht zugesichert, der Sold war erhöht, dem Invaliden staatliche Versorgung in Aussicht gestellt. Demnach erblickten Soldaten und Offiziere in den Volksvertretern ihre Gönner und Wohlthäter. „Die ganze Armee war der Revolution ergeben; sie sah in der neuen Regierung ihren einzigen Herrn; sie war bereit, zu kämpfen, zu leiden, zu sterben für die Sache der Freiheit." Insbesondere bei den Freiwilligen überwog das jakobinische Element, und diese leidenschaftlich erregten, thatendurstigen Heißsporne waren auch für kriegstüchtigere Truppen gefährliche Gegner. Der einzelne Sansculotte war wohl kaum dem besser geschulten, zuchtgewohnten Preußen oder Oesterreicher ebenbürtig, aber ihre Masse war eine elementare Kraft, die selbst der stärkste Damm nicht aufzuhalten vermochte.

Auch noch andere glückliche Umstände verhalfen den Waffen der Franzosen zum Sieg. Die französische Artillerie war der preußischen wie der österreichischen von Anfang an überlegen. „Nur auf unsere Kanonen können wir uns verlassen," erkärte Lafayette, „unsere Artillerie ist die erste der Welt." Das Wort enthielt keine Uebertreibung. Insbesondere der 1789 gestorbene General Gribeauval hatte sich um die Hebung dieser Waffe verdient gemacht; aus dem Werk des treuen Dieners seines Königs haben Republik und Kaiserreich Nutzen gezogen. Auf den Schutz der allen Gegnern überlegenen Artillerie konnte das Fußvolk unbedingt vertrauen; diese Gewißheit erfüllte alle mit Mut und Zuversicht, übte also einen günstigen moralischen Einfluß auf das gesamte Heerwesen aus.

Für die französischen Waffen war es auch von wesentlichem Vorteil, daß nach dem Sieg der radikalen Elemente am 10. August allmählich alle im Feld stehenden Truppen unter einheitlichen Oberbefehl kamen. Lafayette war ins feindliche Lager geflohen, der ängstliche Luckner wurde beiseite geschoben, Dumouriez beherrschte die Lage. Obwohl Biron der ältere General war, betraute das Ministerium nicht ihn, sondern Dumouriez, von dem es keinen Staatsstreich zu Gunsten der monarchischen Verfassung befürchtete, mit dem Oberbefehl. Während die Unternehmungen der Verbündeten durch beständige Schwankungen in der obersten Leitung beeinträchtigt wurden, war die oberste Leitung auf französischer Seite in den Händen eines Mannes, der mit jugendlichem Feuer

und rücksichtsloser Entschlossenheit eine nicht gewöhnliche Begabung zum Feldherrn besaß und überdies von der dämonischen Macht der Revolution getragen war.

Diese Vorteile und Vorzüge machen erklärlich, daß die nämlichen Truppen, die beim ersten Zusammenstoß mit dem Feind so schmähliche Beweise von Mut- und Zuchtlosigkeit an den Tag gelegt hatten, wenige Monate später über die erste Armee der Welt obsiegten. Denn diesen Ruf genoß vor 1792 die preußische Armee bei Freund und Feind. „Die preußische Armee ist und bleibt," sagt Mirabeau in seinem Werk über die preußische Monarchie, „das Vorbild für alle anderen Heere, denn sie hat Leistungen aufzuweisen, die über jedes Lob erhaben sind und ans Fabelhafte grenzen." Bei Ausbruch des Krieges bestand die preußische Armee aus 171 000 Mann Infanterie und 41 000 Mann Kavallerie; jedes Bataillon war mit zwei Geschützen ausgestattet. Nur zwei Dritteile der Mannschaft waren ausgehobene preußische Unterthanen, das letzte Drittel waren geworbene Ausländer. Durch strenge Zucht, die den Gemeinen, wie Magister Laukhard aus schmerzlich gewonnener Erfahrung versichert, seine Vorgesetzten mehr fürchten ließ als den Feind, war es gelungen, aus Fremden und Eingeborenen eine einheitliche, — wie König Friedrich es nannte — auf einen Ton gestimmte Kriegsmacht zu bilden. Durch unausgesetzte Schulung war erreicht, daß die scheinbar so schwerfälligen Kolonnen mit erstaunlicher Hurtigkeit alle erforderlichen Bewegungen ausführten. Die Reiterei, die in Seydlitz einen hervorragenden Organisator gehabt hatte und mit trefflichem Pferdematerial ausgerüstet war, übertraf noch das Fußvolk. Mirabeau wandelt sich zum Schwärmer, wenn er anhebt, die Beweglichkeit, Kühnheit und Intelligenz des preußischen Reiters zu schildern. [1])

Das Offiziercorps bestand fast ausschließlich aus Adeligen. Mochte auch vielen, insbesondere den älteren, der Gedanke, als Bundesgenossen der Oesterreicher gegen Frankreich zu ziehen, wenig behagen, so war doch diese Abneigung wirkungslos gemacht durch den in allen lebendigen kriegerischen Geist. Auch war es nicht eitle Ueberhebung, wenn sie sich der Hoffnung hingaben, es werde ihnen nicht schwer fallen, ein zweites Roßbach zu liefern. Die Ueberlegenheit ihrer Bildung, sagt Chuquet, gab ihnen ein Recht zu solchem Stolz. „Ein von einem Feinde überfallenes Volk sieht in seinen Angreifern immer nur Barbaren, und gerade so, wie der Grieche Niketas an den Kreuzfahrern tadelte, sie wüßten nur die Tapferkeit, aber nicht den Dienst der Musen zu schätzen, so sahen die Franzosen von 1792 in den eingedrungenen Gegnern nur Wilde, die durch nichts ausgezeichnet seien, als durch eiserne Kriegszucht und brutale Tapferkeit." Diese Behauptung war aber, erklärt Chuquet, der wohl nicht bloß an das Jahr 1792 denkt, durchaus unrichtig. Der preußische Offizier besaß in der That höhere Bildung und ausgedehntere Kenntnisse als der französische. Die Zeit war vorbei, da Ewald v. Kleist vor den Kameraden sorgfältig verheimlichen mußte, daß er Verse mache. Das Beispiel König Friedrichs hatte gerade auf diese Kreise kräftig eingewirkt; die Potsdamer Offiziere interessierten sich nicht etwa bloß für die petite poésie der Franzosen, sondern auch für Lessing

[1]) Mirabeau, La Monarchie Prussienne (1788), III, 135.

und Mendelssohn; Kapitän Massenbach übersetzte während des Feldzugs in seinen Mußestunden die Henriade, und Laukhard, der sogenannte „preußische Augenzeuge", las an Maas und Meurthe die Bucolica und die Aeneide.

Freilich, der soldatische Geist war unter dem schlafferen Regiment Friedrich Wilhelms II. gesunken. Die Lockerung des Drill und die Abschaffung der strengen Strafen konnten bei einer großenteils aus fragwürdigen Elementen zusammengesetzten Armee nur schädlich wirken. Im Offiziercorps aber war mit der höheren Bildung auch eine gewisse Verweichlichung eingerissen; auch aus dem allzu stark entwickelten Standesgefühl erwuchsen manche Mißstände. Damit stand namentlich die mangelhafte Beschaffenheit der Artillerie im Zusammenhang. „Man sollte glauben," hatte schon Mirabeau (oder vielmehr Mauvillon in dem von Mirabeau veröffentlichten Werk über die preußische Monarchie) gesagt, „daß die preußische Artillerie vortrefflich wäre, und doch ist sie nicht einmal gut." [1]) Die Waffe galt nicht als ritterlich. Friedrich II. selbst hatte ihr geringe Achtung gezollt. Was sollte daran schätzenswert sein? hatte er gefragt, was soll es für eine Kunst sein, gut zu schießen? Ueber drei Kadetten, „die nicht von wahrem und echtem Adel waren," schrieb der König 1784 dem Kommandeur, er möge „sie allenfalls an die Artillerie abgeben, da können sie wohl sein". Der Dienst eines Artillerie- und Ingenieuroffiziers stellte in wissenschaftlichen Beziehungen Anforderungen, denen nicht alle Adeligen genügen konnten; der Bürgerliche war aber nicht respektiert, und darunter hatte auch die Waffe zu leiden; das Geschütz- und Kriegsbauwesen lagen auffällig darnieder. [2]) Schon im bairischen Erbfolgekrieg war ihre Minderwertigkeit zu Tage getreten; ebenso lassen sich die Mißerfolge in den Argonnen darauf zurückführen. Auch die Militärverwaltung trifft schwere Schuld. Es fehlte den Beamten an Wachsamkeit und Weitblick. Als die Preußen schon vor Valmy standen, befanden sich ihre Bäckerei in Verdun und ihr Mehlmagazin in Trier. Wenn die Wege schlecht waren, mußte auf die Brotnachfuhr endlos gewartet werden, und dieser Zeitverlust kam natürlich den Feinden zugute.

Ueberhaupt wurde der Einmarsch in Feindesland mit einer Schwerfälligkeit ausgeführt, die den Vorteil des Angriffs gänzlich aufhob. Die preußischen Truppen waren, ähnlich wie die französischen im Siebenjährigen Krieg, von unermeßlichem Troß begleitet, und dennoch fehlte es am Nötigsten. [3]) Jedes Infanterieregiment führte zur Fortbringung seines Lagergepäcks eine Wagenreihe mit 500 Pferden mit sich. Dadurch war rascheres Vordringen unmöglich gemacht; die Armee der Verbündeten erinnerte an die Schwärme des Darius, nicht an die bewegliche Schar des Makedoniers.

Auch die Ausrüstung war mangelhaft. Der preußische Soldat blieb den ganzen Feldzug hindurch, während fast Tag für Tag wolkenbruchartige Regen-

---

[1]) Mirabeau, III, 161.

[2]) Poten, Das preußische Heer vor 100 Jahren; Beiheft zum Militärischen Wochenblatt, Jhgg. 1900, Nr. 1, 19.

[3]) Erinnerungen von Loßberg, hessen-casselschem General a. D.; Zeitschrift für Kunst des Krieges, Jhgg. 1846, 7.

güsse niedergingen, ohne Mantel; bald fehlte es auch an Schuhen. Die ärztliche Pflege ließ fast alles zu wünschen übrig. Laukhardt nennt die preußischen Spitäler Mörderhöhlen, in denen durch den Spitalbrand weit mehr Leute hinweggerafft wurden, als auf der Walstatt durch die Kugeln der Feinde.

Kurz, schon 1792 zeigte sich die Kehrseite der Münze, traten die schweren Uebel zu Tage, an denen die gefeierte, gefürchtete preußische Armee krankte. Die Maschine war darauf eingerichtet, daß ein scharfblickender, rastlos thätiger Werkmeister sie zu voller Zufriedenheit leiten konnte. Seit aber nicht mehr die stahlblauen Augen des großen Königs alles überwachten, klaffte es an allen Ecken und Enden. Schon Mirabeau hatte mit prophetischem Blick die Frage aufgeworfen: „Kann man hoffen, kann man glauben, daß alle Nachfolger Friedrichs so unermüdlich sein werden? daß sie alljährlich Musterungen in allen Teilen ihrer Staaten halten, die Berichte der Inspekteure lesen, untersuchen, prüfen, die Aufrechthaltung der Mannszucht überwachen und immer selbst die besten Feldherren ihrer Heere sein werden? daß weder Höfling, noch Freund, noch Mätresse einem von ihnen wichtiger sein werden, als die Armee, daß diese immer im Vordergrund aller Dinge stehen wird? ... Wenn die preußische Armee nur einen einzigen Tag aufhört, zu sein, wie sie bisher war, so ist sie im Nu etwas ganz anderes!“ [1])

Nun waren zwar im großen und ganzen noch jene Einrichtungen lebendig, die im August 1756 ermöglicht hatten, daß das preußische Heer mit Blitzesschnelle in Sachsen einbrechen und in kürzester Frist das ganze Land unterwerfen konnte, allein es fehlte der kühne, kraftvolle Geist, der die Sprungfedern der bewundernswerten Organisation, „die immer für alle Heere Europas Muster und Vorbild sein sollte“ (Mirabeau), in Bewegung gesetzt hätte.

Königin Luise hat für den Niedergang des preußischen Heerwesens das treffende Wort gefunden: „Wir sind eingeschlafen auf den Lorbern Friedrichs des Großen!“ [2]) Die meisten höheren Offiziere waren schon hochbetagt; sie zehrten noch von der Erinnerung an den Siebenjährigen Krieg und hatten seitdem nichts mehr gelernt. Die Folge war, daß die ganze Kriegführung an Aengstlichkeit und Langsamkeit der Bewegungen krankte. Niemand wagte sich die kleinste Blöße zu geben. Kaum war das Ziel eines Marsches erreicht, so mußte alles zum Spaten greifen, um den Punkt so fest zu verschanzen, als ob man monatelang dort bleiben wollte; die Soldaten wurden geplagt, ohne daß ihnen ein Vorteil daraus erwachsen wäre. Alles war beständig auf der Hut, die Klugheit galt als erste Tugend, die Vorsicht als vornehmste Pflicht des Soldaten. Man wollte siegen, ohne für den Sieg Opfer zu bringen; man suchte nicht im Schlagen, sondern in künstlichen Bewegungen, in kombinierten Märschen den Erfolg. Man wollte den Sieg mehr entwenden, als erfechten. [3]) „Der ganze Feldzug,“ sagt

---

[1]) Mirabeau, III, 238.

[2]) v. d. Goltz, Roßbach und Jena. Studien über die Zustände und das geistige Leben in der preußischen Armee während der Uebergangszeit vom achtzehnten zum neunzehnten Jahrhundert, 25.

[3]) Boguslawski, II, 5.

ein militärischer Kritiker, „macht den Eindruck eines Manövers, wie wenn man gar keine scharfen Patronen im Laufe gehabt hätte.“ [1])

Das war freilich nicht die Kriegführung Friedrichs gewesen, doch die preußischen Offiziere waren auch des festen Glaubens, daß der gegenwärtige Führer, der Herzog von Braunschweig, wenigstens in Bezug auf Kriegskunst noch über dem Sieger von Leuthen stehe, daß ein Vergleich zwischen dem waghalsigen, allzu sehr auf die unwiderstehliche Tapferkeit seiner Leute pochenden königlichen Feldherrn und dem immer umsichtigen und vorsichtigen Braunschweiger nur zu Gunsten des letzteren ausfallen könne. Die geistvolle Berechnung wurde über die Tapferkeit gesetzt; den Feind zu täuschen und abzulenken, galt als höchstes Verdienst; als „Abschneider“ verhöhnte deshalb der alte Wolfradt, der Schüler Zietens und Lehrer Blüchers, die Kriegsgelehrten des preußischen Hauptquartiers.

Und nicht anders dachten die Clerfait und Hohenlohe und Sachsen-Teschen im kaiserlichen Lager über Wesen und Aufgaben der Kriegskunst. Nur nicht den Ruf eines entamant, eines Draufgehers auf sich laden! Was war König Friedrich, sagten sie, gegen Daun, den klugen Fabius Cunctator des Siebenjährigen Krieges? Statt daß feuriger Wetteifer zwischen Oesterreichern und Preußen entbrannt wäre, fehlte es hüben wie drüben an Entschlossenheit und Opfermut.

Es war auch nicht ohne schädliche Bedeutung, daß der Oberbefehlshaber ein warmer Freund der französischen Nation, ja, mehr Franzose, denn Deutscher war. Wenn er auch seine Soldatenpflicht über alles stellte, so wirkte doch, vermutlich ihm selbst unbewußt, die Thatsache, daß ihm die Franzosen so hohe Achtung und Bewunderung entgegenbrachten, auf seine Entschlüsse lähmend ein. Hatten doch die stattliche Erscheinung und die eleganten Manieren Karl Ferdinands den Franzosen Toulangeon zu der nach seiner Meinung unerhörten Schmeichelei verführt, er habe geglaubt, einen Prinzen des Hauses Bourbon vor sich zu haben! Dem gewinnenden Aeußeren entsprachen schätzbare Vorzüge des Geistes und Charakters. Zwar der Kriegsruhm, den er durch seine tapferen Dienste im Siebenjährigen Krieg und durch den glücklichen Streifzug nach Holland erworben hatte, verblaßte nach dem Mißerfolg von 1792 und verschwand nach der Niederlage von Auerstädt, doch wird ihm unvergessen bleiben, daß er Lessing in seine Dienste zog und durch Leisewitz, den Dichter des „Julius von Tarent“, das Armenwesen in Braunschweig mustergültig regeln ließ.

Welch hohes Ansehen Karl Ferdinand jenseit des Rheines genoß, beweist am deutlichsten die Thatsache, daß ihm, wie erwähnt, kurz vor Ausbruch der Feindseligkeiten von der französischen Regierung selbst der Oberbefehl über das gesamte Heerwesen angeboten worden war; er sollte für Ludwig XVI. werden, was Moriz von Sachsen für Ludwig XV. gewesen war. Nicht minder günstig wurde des Herzogs Feldherrngabe im österreichischen Lager beurteilt. Nachdem Kaiser Franz eingewilligt hatte, seine Truppen gemeinsam mit den preußischen

[1]) Georg Cardinal von Widdern, Der Rhein und die Rheinfeldzüge, militärgeographische und Operationsstudien, 25.

marschieren zu lassen, teilte er es dem Herzog mit den Worten mit: „Niemals ist ein Unternehmen um einer wichtigeren Sache willen in Angriff genommen worden; da ist nicht mehr als billig, daß der erste Heerführer der Gegenwart an die Spitze trete; deshalb haben wir beschlossen, Eure Hoheit zu ersuchen, den Oberbefehl über unsere Streitkräfte zu übernehmen; deshalb werden auch Sie sich bereit finden lassen, unserer Bitte zu willfahren." [1])

Doch ein einziger Fehler des gefeierten Feldherrn machte alle Vorzüge wertlos. Karl Ferdinand war von einer Bedächtigkeit, die nahezu an Aengstlichkeit streifte; jedes Für und Wider wurde so lange erwogen, daß darüber nicht selten die beste Gelegenheit entschwand; auch in günstigem Augenblick konnte er sich nicht aufraffen, einen entscheidenden Schlag zu wagen, immer hoffte er durch klug berechnete Bewegungen und Umgehungen glücklicher ans Ziel zu gelangen; die Furcht, eine Schlacht zu verlieren, ließ ihn niemals feurigen Drang verspüren, eine Schlacht zu gewinnen. Anstatt so rasch wie möglich in Frankreich vorzudringen und dadurch den Schrecken zum Bundesgenossen zu gewinnen, plänkelte er langsam umher und schwächte, während er den Gegner zu ermüden glaubte, nur die eigene Kraft.

Auch den König zu lenken, fehlte ihm der Mut. Es wäre ihm ein Leichtes gewesen, der Marlborough des preußischen Staates zu werden, doch überwog immer die ehrerbietige Rücksichtnahme auf den König; lieber einen Plan aufgeben, als das Mißfallen des Königs erregen! Des Königs Wunsch war ihm Befehl.

So war also der preußische Monarch — wenigstens für das Jahr 1792 — als das wirkliche Haupt des militärischen Unternehmens anzusehen. Kein Zweifel, Friedrich Wilhelm, soldatisch veranlagt und erzogen, [2]) war vom besten Willen erfüllt, durch Niederwerfung der Revolution den König von Frankreich zu retten und das eigene Land vor Ansteckung zu bewahren. Er hielt ernsten, schleunigen Angriff für geboten, der Herzog von Braunschweig widersprach auch nicht, doch die Ausführung ging nichtsdestoweniger nur langsam und schleppend von statten. Der König wollte durch raschen Vorstoß gegen Paris, den Herd der Umsturzpläne und Unruhen, die Entscheidung suchen. Dem Herzog dünkten solche Pläne Husarentaktik; er wollte an methodischer Kriegführung festhalten. Der eine ohne den anderen würde vielleicht günstigen Erfolg erzielt haben; mit- und nebeneinander konnten sie nicht dazu gelangen. Der Feuereifer des Königs und die Zurückhaltung des Herzogs lagen immer miteinander in Fehde; es fehlte das notwendigste Erfordernis erfolgreicher Kriegführung, die Einheit im Kommando.

Nicht weniger mißlich war der Mangel an Eintracht zwischen den Verbündeten. Durch die Bundesverträge war die Kluft zwischen den Nebenbuhlern nicht ausgefüllt worden. Außer dem König und seinem Günstling Bischoffswerder, dem eigentlichen Stifter der preußisch-österreichischen Allianz, gab es im

---

[1]) Vivenot, Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs, I, 434; Franz an den Herzog von Braunschweig, 3. April 1792.

[2]) Poten, Das preußische Heer vor 100 Jahren, 1.

preußischen Lager nur wenige aufrichtige Freunde der jüngsten Gestaltung der politischen Lage; Kalckreuth, Möllendorff, Courbière, die allermeisten Generäle waren ebenso wie die Minister zwar nicht Freunde der Revolution, aber keineswegs schneidige Gegner Frankreichs. Von nationalem Drange war kein Hauch zu verspüren. Bezeichnend ist, wie spöttisch Goethe, der im Gefolge des Herzogs von Weimar den Feldzug mitmachte, über Zweck und Ziel des Krieges mit Frankreich sich aussprach. Als er Weisung erhalten hatte, sich dem preußischen Heere anzuschließen, schrieb er, auf das Manifest vom 25. Juli anspielend, an Karoline Herder: „Da sich des Königs von Preußen Majestät in Gnaden entschlossen haben, Frankreich in einen Aschenhaufen zu verwandeln, so hat ihn sein Weg über Erfurt und Gotha getragen. Mich haben ihm entgegen die unsterblichen Götter nach Erfurt getragen, um ihm daselbst aufzuwarten und zu seiner Rechten zu sitzen, wie der Herr Christus zur Rechten des allmächtigen Vaters des Himmels und der Erde.“ [1]) Und als sich die ersten Strapazen einstellten, brach er in bittere Klagen aus; ihm sei ja „weder am Tode der aristokratischen noch demokratischen Sünder im mindesten gelegen“. [2])

Höre man dagegen, mit welchem Jubel eine unzweifelhaft aus Offizierskreisen stammende Schrift zur Rechtfertigung des Herzogs von Braunschweig die Umwandlung Frankreichs durch den 10. August begrüßt: „Durch das Stöhnen und Wutgeheul dieses Tages ertönte die Glocke, die alle zur Verteidigung der Freiheit aufforderte: frei zu leben und zu sterben! Greise, Männer, Jünglinge, Kinder eilten dem Feinde entgegen, und die Bürgerinnen blieben mit Kundgebungen eines lauteren Patriotismus nicht zurück. Der 10. August rettete und die Eroberung von Longwy bewaffnete ganz Frankreich!“ [3])

„Wie schade,“ läßt Archenholtz in der „Minerva“ einen „vornehmen preußischen Offizier“ sagen, „daß unser ganzes Hauptquartier voll von Französchen, von Prinzen und Grafen und Würdenträgern, die uns Deutsche gerade für gut genug halten, für sie zu fechten, im übrigen aber uns verachten. Dies freilich vergelten wir ihnen mit gleicher Münze!“ [4]) Auch der im Gefolge des Königs befindliche Minister Graf von der Schulenburg verabscheute das Zusammengehen mit den Emigranten. In vertraulichen Briefen an seine Kollegen beklagt er die Schwäche des Königs, der den französischen Windbeuteln nichts abschlagen könne. Er gebe ihnen Geld, er mache ihnen wichtige politische Zugeständnisse, er richte sich nach ihrem Rat in militärischen Fragen, — es sei zum Verzweifeln! „Ich kann nichts anderes thun, als dem König immer wieder vorstellen, welche Ungelegenheiten er sich auf den Hals lädt, und Ew. Excellenzen werden hoffentlich zugestehen, daß ich in meinem Bericht mit allem Freimut und aller Entschlossenheit, deren ich fähig bin, gesprochen habe. Salvavi animam meam! Das ist aber leider auch der ganze Erfolg meines Auftretens! . . . Und welch erschreckendes Beispiel geben wir auf solche Weise dem Wiener Hofe, dem wir

[1]) Goethes Werke; IV. Abth. Briefe, 9. Bd., 320. An Karoline Herder, 13. Juli 1792.

[2]) Ebenda. 10. Bd., 6. An F. H. Jacobi, 18. Aug. 1792.

[3]) Unparteiische Bemerkungen über den unglücklichen Feldzug des Herzogs von Braunschweig gegen die Neufranken (Frankfurt 1793), 13.

[4]) Minerva, Jhgg. 1792, III, 503.

den Beweis vor Augen führen, daß man mit zäher Ausdauer von uns alles erlangen kann! Es bleibt uns nicht anderes übrig, als zu seufzen und zu verzweifeln!“ [1])

Im preußischen Lager erblickten aber auch viele im Zusammengehen mit Oesterreich, dem „natürlichen Feinde Preußens“, eine Thorheit. Früher oder später, so glaubten sie, werde ja doch der schon von Mirabeau vorausgesehene Zusammenstoß zwischen den um die Führung Deutschlands wetteifernden Mächten erfolgen; durch seinen geschichtlichen Beruf werde Preußen gedrängt werden, eine solche Entscheidung zu suchen. Dazu sei gutes Einvernehmen mit dem westlichen Nachbar unerläßlich notwendig, mithin habe der Bundesvertrag mit Oesterreich den Staat Friedrichs in eine falsche Bahn gedrängt, die man je eher, je besser verlassen müsse.

Solche Grundsätze waren u. a. in einer bei Beginn des Feldzugs in Berlin erschienenen, stark verbreiteten Flugschrift „L'intérêt de la monarchie Prussienne“ besonders drastisch ausgesprochen. Das preußisch-österreichische Bündnis sei ein totes Kind; in Oesterreich müsse Preußen seinen natürlichen Feind, in Rußland nur einen lauen, selbstsüchtigen Bundesgenossen erblicken: nur mit Frankreich sei, wenn erst in Paris wieder Ordnung herrschen werde, ein freundschaftliches Zusammengehen möglich.

Auch in den Kabinetten der verbündeten Mächte gingen die Ansichten über Zweck und Ziel des Feldzugs gegen Frankreich auseinander. Friedrich Wilhelm II. wollte im Sinne der Emigranten Krieg führen, um die alte Staatsordnung wieder auf den Thron zu setzen; durch die Artois und Calonne wollte er den Einfluß Marie Antoinettens wett machen und an Ludwig XVI. einen dankbaren, zuverlässigen Bundesgenossen gewinnen. Marquis Lambert, Baron Roll und andere Emigranten in der Umgebung des Königs durften sich immer eines gewissen Einflusses rühmen. Marquis von Bouillé, der Kommandant von Metz, der im Auftrag König Ludwigs die europäischen Höfe besucht hatte, aber überall mit schönen Worten abgespeist worden war, versichert, daß er ein aufrichtiges Interesse für die Sache des Königtums nur bei dem König von Preußen gefunden habe; leider sei auch dieser allzu abhängig gewesen von den verderblichen Ratschlägen der Prinzen. [2]) Den deutlichsten Beweis seiner Neigung gab der König dadurch, daß er binnen zehn Monaten fünf Millionen Francs den geflüchteten Prinzen borgte. [3]) Er wollte auch dem hohen Adel und Klerus in Frankreich alle Vorrechte und Freiheiten wieder eingeräumt wissen. War es nicht zum Lachen, spottet Lafayette, [4]) der ketzerische Erbe des Deutschherrenordens zog das Schwert, um in einem fremden Staat, der ihn nichts anging, die Einziehung der geistlichen Güter zu ahnden! Von Zugeständnissen an die Revolution, von Beschränkung der Rechte des Königtums im Sinne von Mirabeau und Lameth wollte der preußische Monarch nichts wissen; ihm galt der

[1]) Preuß. St.-Archiv. Briefwechsel des Grafen F. W. v. Schulenburg mit dem Berliner Kabinettsministerium 1792, Juli bis September. Schreiben Schulenburgs vom 13. Aug. 1792.

[2]) Mémoires du marquis de Bouillé, 348.

[3]) Sybel, Geschichte der Revolutionszeit, I, 468.

[4]) Mémoires, correspondance et manuscrits du général Lafayette, IV, 337.

Kampf mit den gottlosen Jakobinern als ein Kreuzzug und die Teilnahme daran als Christen- und Königspflicht.

Anders dachte das preußische Ministerium. „Wir haben bewundert," schrieben Finckenstein und Alvensleben an den im Hauptquartier befindlichen Luccheſini, „welch wohlberechnete Vorkehrungen Sie getroffen haben, um der verführeriſchen Einwirkung der Prinzen zu begegnen . . . Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß es Ihnen gelingen wird, durchzuſetzen, daß unſere Politik weder von Herrn von Breteuil, noch von den Prinzen, noch vom Kaiſer geleitet werde, . . . daß wir von allen dieſen Einflüſſen unbehelligt bleiben und uns die Freiheit wahren, nur ſo zu handeln, wie es die Intereſſen des Königs und des Staates erheiſchen." [1])

Anders als vom König von Preußen wurde auch vom Wiener Kabinett die Zeitlage aufgefaßt. Kaunitz und ſein Nachfolger Cobenzl kalkulierten gleichmäßig: den König von Frankreich in die alte Machtſtellung wieder einſetzen, hieße nichts anderes, als Frankreichs Hegemonie wieder aufrichten.[2]) „Man darf die Verfaſſung Frankreichs nur ſo weit wieder aufleben laſſen, als es zur Herſtellung der allgemeinen Ruhe erforderlich iſt, allein man muß ſich hüten, den franzöſiſchen Einfluß, der ſich mit dem unſeren ſchlechtweg nicht verträgt, wieder aufleben zu machen." Folgerichtig ſtand das Wiener Kabinett jenen Maßnahmen der Nationalverſammlung, welche eine Schwächung des Königtums anſtrebten, durchaus nicht feindlich gegenüber; deshalb wollte es auch weder im Kriege mit den Emigranten Hand in Hand gehen, noch für den Fall des Sieges ihren Wünſchen entgegenkommen.

Die Entſchädigungsfrage war, wie oben dargelegt wurde, von den verbündeten Regierungen vertagt worden. Abtretung von Elſaß und Lothringen hatte man zwar ins Auge gefaßt, doch konnte man ſich weder in Wien noch in Berlin verhehlen, daß König Ludwig unmöglich franzöſiſches Gebiet opfern dürfe, ohne ſich der ſchwerſten Verantwortung auszuſetzen. Aus dieſem Grunde hatte Schulenburg eine Entſchädigung Preußens durch polniſches Gebiet angeregt. Obwohl die Verhandlungen äußerſt geheim gehalten wurden, erlangten doch auch fremde Diplomaten davon Kenntnis. „Man iſt alſo," ſchrieb der bairiſche Geſandte v. Poſch am 10. Juli 1792 an ſeinen Hof, „in den leitenden Kreiſen der preußiſchen Regierung ſelbſt wieder auf jenen Plan zurückgekommen, den vor zwei Jahren Hertzberg ausgeheckt hat und um deſſen willen ihm damals ſo ſchlimm mitgeſpielt worden iſt."[3]) Es laſſe ſich zwar nicht deutlich erkennen, was in dem diplomatiſchen Hexenkeſſel zuſammengebraut werde, aber ſo viel ſei ſicher: wenn ſich der Berliner Hof auf die Dankbarkeit der Emigranten verlaſſe, werde er damit ebenſowenig Glück haben, wie mit den Bemühungen, die Leiter der öſterreichiſchen Politik zu aufrichtigen Liebesdienſten

[1]) Preuß. St.-Archiv. R. XI. Frankreich. Schriftwechſel des Kabinettsminiſteriums mit dem Marcheſe Luccheſini. Vol. I. 1792, September bis Dezember. Schreiben des Miniſteriums an Luccheſini vom 23. Sept. 1792.

[2]) Vivenot, II, 84.

[3]) Bair. St.-Archiv. Politiſche Korreſpondenz zwiſchen v. Poſch und Miniſter Graf v. Vieregg, 1792.

zu gewinnen. Dem Vertreter Pfalz-Baierns war noch unbekannt, welchen Preis Schulenburg für die Abtretung polnischen Gebiets bezahlen wollte: Oesterreich sollte dafür den längst gehegten Plan eines Austausches Belgiens gegen Baiern durchführen dürfen.[1]) Cobenzl hatte, damit das der Allianz zu Grunde gelegte Prinzip: „Gleiche Brüder, gleiche Teilung an Nutzen oder Schaden" zur Geltung komme, als „Zuwage"[2]) auch noch Ansbach und Baireuth verlangt.[3]) Diese Forderung war jedoch dem ganzen preußischen Ministerium unannehmbar erschienen; das hieße nichts anderes als Oesterreich fast ganz Süddeutschland und damit eine ungeheure Uebermacht im Reiche einräumen, während Preußen gleichzeitig jeden Zusammenhang mit Deutschland verlöre und das Ziel des Fürstenbundes gänzlich aufgegeben wäre. Von Abtretung des preußischen Besitzes in Franken, so war dem österreichischen Botschafter Fürsten Reuß erklärt worden, könne nicht die Rede sein, außer wenn der Kaiser schon jetzt für den Fall des Erlöschens der männlichen Linie des kursächsischen Hauses die Vereinigung der Lausitz mit Preußen zugestehen wollte. Dazu war aber wieder die Zustimmung des Kaisers nicht zu erlangen gewesen.[4])

Die Verhandlungen sollten gegen Ende September durch Spielmann und Haugwitz im Hauptquartier wieder aufgenommen werden. An günstigen Erfolg sei nicht zu denken, erklärte Luccheſini von vornherein den Kollegen, denn der Wiener Hof denke nur an seine Austauschpläne und eine noch weitere Ausdehnung nach Franken und wolle damit nicht einmal warten, bis mit der Zarin eine Entschädigung für Preußen durch großpolnisches Gebiet vereinbart wäre. Damit hänge zusammen, daß der Wiener Hof nur so lau am Angriffskrieg gegen Frankreich sich beteilige; er wolle seine Streitkräfte zusammenhalten, um sie nötigen Falles auf einem anderen Schauplatz zu verwenden.[5])

Ein günstiges Ergebnis der Verhandlungen war also kaum zu erwarten: darin lag schon der Keim zu neuer Entfremdung enthalten. Die Gefahr einer Sprengung des eben erst geschlossenen Bundes wurde dadurch noch gesteigert, daß zwar keiner von beiden Bundesgenossen dem Zarenreich die ganze polnische Beute überlassen wollte, daß aber jeder des andern geheime Verbindung mit der Zarin fürchtete.

Und nicht bloß die Diplomaten, auch der Offizier und der gemeine Mann in beiden Lagern blickten scheel aufeinander. Der „preußische Augenzeuge", Magister Laukhard, zieht aus diesem gespannten Verhältnis die Folgerung, daß der ganze Bund der „Antipoden" auf Sand gebaut sei. „Ich habe sehr oft Gelegenheit gehabt, die Gesinnungen der Oesterreicher sowohl bei Gemeinen als bei Offizieren gegen uns auszuforschen, aber selten fand ich sie so, wie sie der große Haufe von Verbündeten erwartet. Vielen that der Siebenjährige Krieg noch

---

[1]) Vivenot, Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs, II, 80. Reuß an Spielmann, 4. Juni 1792.

[2]) Ebenda, 157. Ph. Cobenzl an den Kaiser, 3. Aug. 1792.

[3]) Ebenda, 160. Ph. Cobenzl an den Kaiser, 8. Aug. 1792.

[4]) Ebenda. Wesentlicher Inhalt der Einberichtungen des Fürsten Reuß (Spielmanns Konzept), 17. Aug. 1792.

[5]) Luccheſini an das preuß. Ministerium, 15. Sept. 1792.

immer wehe, anderen mißfiel unser Protestantismus, die dritten sahen hoch über uns hinaus, weil sie einem Kaiser dienten, wir aber nur einem König oder gar nur Kurfürsten von Brandenburg . . . Ueber Kindereien von der Art stritt man sehr oft bis zu Verbitterung und Zank, und so kleinlich dies war, so zeigte es doch zur Genüge, daß der Oesterreicher und Preuße nie innige Herzensbrüder werden können. Gewiß ist es, daß die Oesterreicher die Neufranken hassen, aber noch weit ärger scheinen sie uns zu hassen." [1])

Was half es, daß bei dem Feuerwerk zu Ehren der Zusammenkunft der Monarchen in Mainz der preußische und der österreichische Adler von einem Lorbeerkranz umschlungen erglänzten, — der Gegensatz zwischen den Nebenbuhlern bestand in aller Schärfe fort: daraus sind in erster Reihe alle Mißerfolge der deutschen Waffen in den Revolutionskriegen zu erklären.

Vom europäischen Konzert war längst nicht mehr die Rede; sogar die deutschen Stände hielten sich, obwohl ein kaiserliches Hofdekret vom 1. September zunächst zur Rüstung und dann zur Teilnahme am Krieg aufforderte, bedächtig zurück. Freilich hatte Kaunitz recht, wenn er die Erklärung der französischen Nationalversammlung, daß Frankreich nicht dem Kaiser, sondern nur dem König von Ungarn und Böhmen den Krieg erklärt habe, als eitle Posse bezeichnete. Immerhin konnte diese Unterscheidung von den Reichsständen dazu verwertet werden, ihre Mitwirkung zu versagen. Hannover erklärte, es halte sich zur Reichshülfe erst für den Fall verpflichtet, daß Reichsgebiet vom Feinde bedroht würde. Kurbaiern beantwortete die Aufforderung mit feurigen patriotischen Beteuerungen, fügte aber mit wunderlicher Treuherzigkeit hinzu, es sei doch etwas Selbstverständliches, daß Baiern mit seinem nächsten Nachbar, also mit Frankreich, in gutem Einvernehmen bleiben müsse. Der fränkische Kreis richtete wegen des Durchmarsches preußischer Truppen eine geharnischte Beschwerde an den Reichstag. Die geistlichen Kurfürsten hatten zwar nicht Bedenken getragen, durch beleidigendes Benehmen gegen Vertreter der französischen Nation Oel ins Feuer zu gießen, doch es kam ihnen nicht in den Sinn, gegen die Verhaßten ansehnliche Streitkräfte ins Feld zu stellen. Nur der Landgraf von Hessen-Kassel stellte eine Abteilung trefflich geschulter Truppen, von denen viele schon in Amerika gefochten hatten, zur Verfügung. Am 26. Juli war zu Koblenz ein Vertrag geschlossen worden, demzufolge Landgraf Wilhelm 6000 Mann zur Armee des Herzogs von Braunschweig stoßen lassen sollte, während sich Preußen verbindlich machte, Hessen-Kassel zur Kurwürde und zu entsprechendem Ersatz der Kriegskosten zu verhelfen. [2]) Später (21. September) wurde auch mit Baden eine Militärkonvention abgeschlossen, wonach 1000 Mann badischer Infanterie unter das Kommando des Herzogs von Braunschweig traten, doch sollten sie im Felde erst dann verwendet werden, wenn das badische Land durch die allgemeine Kriegslage vor einem französischen Angriff völlig gesichert wäre. [3]) Also eine Art Zustimmung zur bairischen Forderung!

---

[1]) Briefe eines preußischen Augenzeugen III, 228.

[2]) Ditfurth, Die Hessen in den Feldzügen in der Champagne, am Maine und Rheine während der Jahre 1792, 1793 u. 1794, 35.

[3]) Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden, her. v. Erdmannsdörffer, II, Einl., VII.

Gegen Ende Juli vollzog sich der Aufmarsch an der französischen Grenze. Die „Pfaffengasse" des h. römischen Reiches widerhallte von Kriegslärm. Doch der preußische General Courbière hatte recht, wenn er die Lage bei Beginn des Feldzugs mit den Worten kennzeichnete: „Viel Geschrei, wenig Wolle!" Welch bittere Ueberraschung bot die Nachricht, daß die von Clerfait und Hohenlohe befehligten österreichischen Corps nur in der Stärke von 15000 und 14000 Mann anrücken würden![1]) Eine nach dem mißglückten Feldzug zur Rechtfertigung des Herzogs von Braunschweig erschienene Schrift will geradezu in der geringen Zahl und mangelhaften Ausrüstung der Oesterreicher den „Hauptgrund des nachherigen Unglücks" finden.[2]) Auch der Adjutant des Herzogs von Braunschweig, Hauptmann Massenbach, schreibt in seinen Memoiren: „Als ich hörte, daß der Oesterreicher Hohenlohe keine 14000 Mann, die Corps der Grafen Erbach und Esterhazy kaum 14000 Mann betrügen, da verzweifelte ich an der Eroberung Landau's und Saarlouis und an der Weisheit unserer Politiker, welche mit solchen geringen Mitteln einen solchen großen Zweck erreichen wollten!"[3])

Die Schwäche der kaiserlichen Streitkräfte machte es von vornherein unmöglich, an dem ersten, von Herzog Ferdinand im Februar ausgearbeiteten Plane festzuhalten; von gemeinschaftlicher Operation einer gleich starken österreichischen und preußischen Armee wurde abgesehen, die preußische Armee übernahm die Hauptrolle, während den Kaiserlichen die Aufgabe zufiel, die Flanken der Preußen zu decken.[4]) Die Emigranten, die von ihrer Mitwirkung so viel Aufhebens gemacht hatten, konnten schließlich nur 4500 Mann ins Feld stellen. Dazu 5500 Hessen und 42000 Preußen, im ganzen also ungefähr 81000 Mann! Mit solcher Heeresmacht ließ sich allenfalls die Maaslinie behaupten, doch kaum ein Angriffskrieg unternehmen, um in der Hauptstadt des Feindes den Frieden zu diktieren und den gestürzten Thron wieder aufzurichten. Die preußischen Generäle waren denn auch fast einmütig der Ansicht, daß es ein leichtfertiges Wagestück wäre, noch weiter vorzudringen. „Mit einer so schwachen Armee ins Innere Frankreichs zu ziehen," sagte General Courbière zum Kronprinzen, „ist eine gefährliche Sache, und von den Versprechungen, womit die Herren Emigranten zur Zeit noch so freigebig zur Hand sind, wird nichts gehalten werden!" Der Kronprinz zeichnete sich diese Worte in seinem Tagebuch auf und fügte hinzu: „Welcher Unparteiische könnte ihm unrecht geben?"[5])

Allein Friedrich Wilhelm II. schenkte den prahlerischen Versicherungen der französischen Prinzen und den Ratschlägen der Vertrauensmänner Ludwigs XVI.

---

[1]) Nach Langwerth von Simmern, Oesterreich und das Reich 1790—1797, I, 230, wären die Oesterreicher in einer Stärke von 42000 Mann in den Feldzug eingetreten. Ich folge den Angaben Chuquets und Hausenblas.

[2]) Geschichte der vier ersten Feldzüge des französischen Revolutionskriegs, von einem deutschen Offizier (Deutschland, 1805), 63.

[3]) Massenbach, Memoiren zur preuß. Geschichte, I, 31.

[4]) Hausenblas, Oesterreich im Kriege gegen die französische Revolution 1792; Mitteilungen des k. u. k. Kriegsarchivs, N. F., VII (1893), 35.

[5]) Friedrich Wilhelm III., Reminiscenzen aus der Campagne in Frankreich; Militär. Wochenblatt, Jhgg. 1846, Beiheft für Nov. und Dez., 149.

lieber Gehör, als den Warnungen seiner Generäle. „Man geht durchaus auf unsere Anschauungen ein," schrieb Bouillé frohlockend an Breteuil, „ich lachte der Umtriebe, deren Zeuge ich war, weil ich völlig beruhigt sein konnte, daß sie ihren Zweck verfehlen würden."[1])

Endlich: der Krieg wurde zu spät begonnen. Europa hatte drei Jahre gezaudert; endlich betraten von den zahlreichen Mächten, die das europäische Konzert bilden sollten, nur zwei mit ungenügenden Kräften den Kampfplatz; inzwischen waren die Pfeiler, auf welche die Patrone der Gegenrevolution sich stützen wollten, brüchig geworden; schon war die Mehrheit der in ihren Tiefen aufgewühlten Nation durch eigenes Interesse an die Revolution gefesselt; Hunderttausende bedurften der Unordnung und des Krieges, um ihren Raub in Sicherheit zu bringen oder neue Beute zu suchen. Und auch die Linientruppen, von denen in der Vendée nicht selten ganze Abteilungen zu den Royalisten übergingen, sahen in den Fremden, die mit ehrenrührigen Drohungen den Feldzug eröffneten, nicht Bundesgenossen, sondern den Feind, dessen Einfall abzuwehren allen Franzosen als Ehrenpflicht obliege.[2]) —

Die bekannteste Quelle für die Geschichte des Krieges von 1792 ist das Tagebuch Goethes, der, ein Prisma in der Tasche, ein physikalisches Lehrbuch im Felleisen, den Plan zum Faust im Kopfe den Feldzug mitmachte, schon im Lager seine Erlebnisse und Beobachtungen aufzeichnete, doch erst dreißig Jahre später diese Erinnerungen zusammenfaßte.[3]) Mit Genugthuung gewahrt der Deutsche, daß sich Arthur Chuquet mit Vorliebe auf Goethes Aufzeichnungen stützt. Während manche deutsche Historiker darin mehr Dichtung als Wahrheit erblicken wollten und dem „Schlachtenbummler" nur Mißtrauen und Spott entgegenbrachten, erklärt Chuquet den anmutigen Bericht des Dichters für den „zuverlässigsten von allen".[4]) Hermann Hüffer stimmt diesem Urteil zu: „Nicht leicht ist ein Buch mit größerer Treue geschrieben, als Goethes Campagne von 1792."[5]) Der geistvolle, aber eitle Massenbach, der als Adjutant des Herzogs den Feldzug mitmachte, verwertete seine Erfahrungen nicht bloß in einem militärischen Werk „Ueber die Feldzüge gegen Frankreich", sondern verflocht auch in seine später veröffentlichten „Memoiren" interessante, wenn auch tendenziös gefärbte Mitteilungen über den Krieg in den Argonnen.[6]) Zuverlässiger ist, was ein anderer preußischer Offizier, Valentini, später unter York und Blücher Chef des Generalstabs, über die ersten Revolutionskriege aufgezeichnet hat,[7])

---

[1]) Mitgeteilt im Schreiben Fersens an Marie Antoinette vom 26. Juli 1792 (Le comte de Fersen et la cour de France, II, 336).

[2]) Mallet du Pan, Betrachtungen über die Natur der französischen Revolution, a. d. Franz. v. Schaz, 42.

[3]) Goethe, Aus meinem Leben. II. Abteil., 5. Teil. Auch in der Champagne (1822).

[4]) Chuquet hat schon ehe er das große Werk über die Revolutionskriege begann, das Tagebuch Goethes herausgegeben (Campagne de France, 1884).

[5]) Hüffer, Zu Goethes Campagne in Frankreich; Goethejahrbuch, IV, 79.

[6]) Massenbach, Betrachtungen über die Feldzüge gegen Frankreich in den Jahren 1792 bis 1794 und über die wahrscheinlichen Resultate des Feldzugs von 1795 (1795). — Memoiren zur Geschichte des preuß. Staates (1809).

[7]) Ohne Nennung des Autornamens veröffentlicht unter dem Titel: „Erinnerungen eines

sowie der trockene Bericht des preußischen Generalleutnants Minutoli.[1]) Auch die „Reminiscenzen" des Kronprinzen Friedrich Wilhelm sind von Interesse.[2]) Endlich gehören noch in diese Gruppe die „Briefe eines preußischen Augenzeugen", aus der Feder des vacierenden Magisters Laukhard, der als gemeiner Soldat in der preußischen Armee diente, und die in manchen Punkten an den „Simplicissimus" erinnernde Selbstbiographie des nämlichen Verfassers.[3]) Ueber die Zustände bei dem hessischen Corps unterrichtet das Kriegstagebuch des Generals v. Loßberg, der 1792 als Fahnenjunker diente.[4]) In jüngster Zeit machte Hüffer auf zwei handschriftliche Quellen aufmerksam, auf Korrespondenzen des Kabinettssekretärs Friedrich Wilhelms II., Lombard, der während des Feldzugs eine etwas mysteriöse Rolle spielte, und des preußischen Gesandten und Staatsministers Marquis Lucchesini, der im September 1792 von Warschau ins preußische Hauptquartier berufen wurde, um die offenen und geheimen Verhandlungen mit den Franzosen zu führen.[5]) In vertraulichen Briefen an seine Kollegen macht der geistvolle Staatsmann[6]) — Lafayette nennt ihn den „letzten aus der Tafelrunde des großen Friedrichs", „einen Mann ohne politische Grundsätze, von stark gelockerter Moral, aber talentvoll und gewandt";[7]) auch der bairische Gesandte v. Posch nennt ihn den feinsten Kopf am Berliner Hofe[8]) — über die Vorgänge in der unmittelbaren Umgebung des Königs freimütige Mitteilungen. Für die Zeit vor dem Eintreffen Lucchesinis im Hauptquartier ist wertvoll der Briefwechsel zwischen dem Minister von der Schulenburg und seinem Berliner Kollegen.[9]) Da aus den letztgenannten Quellen bisher noch wenig geschöpft wurde, während die übrigen Schriften schon in den Hauptwerken von Häusser und Sybel und in zahlreichen anderen Darstellungen der Revolutionskriege[10]) benützt sind, dürfte es sich empfehlen, die Kriegsereignisse nur in Kürze

---

alten preußischen Offiziers aus den Feldzügen von 1792, 1793 u. 1794 in Frankreich und am Rhein" (1835).

[1]) Minutoli, Der Feldzug der Verbündeten in Frankreich im Jahre 1792 (1847).

[2]) Friedrich Wilhelm III., Reminiscenzen über die Campagne in Frankreich; Militär. Wochenblatt, Jhgg. 1846, Beiheft für Nov. u. Dez.

[3]) Briefe eines preußischen Augenzeugen über den Feldzug des Herzogs von Braunschweig gegen die Neufranken im Jahre 1792 (1793—1796). Von L. sind nur Pack 1 und 2 geschrieben, die 3 übrigen von Bispink. — Laukhards Merkwürdiges Leben und Schicksale, von ihm selbst beschrieben, 3 Teile (1792—1802).

[4]) Erinnerungen von Loßberg; Zeitschrift für Kunst des Krieges, Jhgg. 1846, 1.

[5]) Hüffer, Zwei neue Quellen zur Geschichte Friedrich Wilhelms III. (1882).

[6]) Preuß. geh. Staatsarchiv. R. XI. Frankreich. Schriftwechsel des Kabinettsministeriums mit dem Marchese Lucchesini, 1792.

[7]) Lafayette, Mémoires, IV, 336.

[8]) Bair. St.-Archiv. Politische Korrespondenz Posch an Vieregg, 25. Sept. 1792.

[9]) Preuß. St.-Archiv. Schriftwechsel des Grafen F. W. v. Schulenburg mit dem Berliner Kabinettsministerium 1792, Juli bis September.

[10]) Geschichte der Kriege in Europa seit dem Jahre 1792 (1827). (Der Verfasser hat das Journal Clerfaits benützt.) — Gebler, Der Zug der Alliierten in der Champagne; Oesterreich. militär. Zeitschr., Jhgg. 1833. — Renouard, Geschichte des französischen Revolutionskrieges 1792 (1865). — Ditfurth, Die Hessen in den Feldzügen in der Champagne, am Maine und Rheine (1881). — Langwerth von Simmern, Oesterreich und das Reich im Kampf mit der

zu schildern, dagegen auf die Aktion hinter den Kulissen etwas genauer einzugehen.

Das seit dem 10. August wieder eingesetzte Ministerium Roland wies Dumouriez an, den Angriff auf Belgien vorerst aufzugeben und die den gefürchteten Preußen zunächst stehende Armee von Sedan zu führen. Dumouriez gab jedoch seinen Plan nicht auf: von Sedan bis Straßburg sich auf Verteidigung zu beschränken und den Hauptangriff gegen Belgien zu richten. Den Preußen, erwiderte er (23. August) dem Kriegsminister Servan, würden schon die auf ihrem Wege liegenden Festungen so lange zu schaffen machen, bis er die Hand wieder frei hätte und dann im stande wäre, vom Norden her zu mächtigem Schlag gegen die Hauptarmee der Verbündeten auszuholen.[1])

Nach dem Plane des Herzogs von Braunschweig, an dem der Emigrant Marschall Bouillé bedeutsamen Anteil hatte, sollte im Moselthal der Einmarsch erfolgen. Auf diesem hügeligen Boden sollte zunächst gegen Longwy und Verdun gezogen, dann der Argonnenwald passiert werden; dann konnte sich die Armee in der Ebene von Chalons ausbreiten, und es gab kein Hindernis mehr bis zu den Thoren von Paris. Fürst Metternich macht sich zwar einer lächerlichen Uebertreibung schuldig, wenn er in seinen Memoiren behauptet, der militärische Ruf des Herzogs Karl Ferdinand sei ausschließlich auf eine schmeichelhafte Aeußerung Friedrichs II. zurückzuführen, allein er hat recht, wenn er für das Mißlingen des Feldzugs hauptsächlich die Zaghaftigkeit des Feldherrn verantwortlich macht. Entweder durfte man mit so ungenügenden Streitkräften überhaupt nicht zum Angriff schreiten, oder man mußte mit Umgehung der Hindernisse unmittelbar auf Paris losgehen.[2]) Auch Erzherzog Karl beklagt die methodische Verschleppung; nach seiner Ansicht hätten als Basis überhaupt nicht die österreichischen Niederlande und der Niederrhein, sondern die nächste Operationslinie Straßburg-Paris gewählt werden sollen.[3]) General Minutoli weist auf den Unterschied zwischen 1792 und 1814 hin: der Herzog von Braunschweig brauchte von Koblenz bis Valmy 51, Blücher von Kaub bis Brienne an der Aube nur 30 Tage! Doch hebt Minutoli auch mit Nachdruck hervor, der Feldzug gegen die Revolutionsarmeen dürfe nicht nach dem Maßstab einer geregelten Kriegsoperation und nicht bloß in militärischer Hinsicht beurteilt werden. „Die Grundlage des ganzen Unternehmens war eine rein politische und noch dazu auf falschen Prämissen aufgebaut, indem man auf vorgespiegeltes Einverständnis im Innern Frankreichs rechnete."[4]) Die Emigranten hatten ja den Monarchen die bündigsten Versicherungen gegeben, nicht bloß der französische Bürger werde sich für die Sache des Königtums und damit auch für die Deutschen erklären, sondern es werde auch ein Leichtes sein, die königlichen Linientruppen den Jakobinern abspenstig zu machen. Namentlich Baron Roll

---

französischen Revolution (1880). — Hausenblas, Oesterreich im Kriege gegen die französische Revolution 1792; Mitteilungen des k. u. k. Kriegsarchivs, N. F., VII (1893).

[1]) Boguslawski, II, 8.

[2]) Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, her. v. Fürst Richard Metternich, I, 17.

[3]) Mitteilungen des k. k. Kriegsarchivs, VII (1893).

[4]) Minutoli, Einleitung, VI.

hatte dem König von Preußen einzureden gewußt, daß es sich mehr um einen Triumphzug, als um einen gefahrvollen Krieg handeln werde; er hatte die Dankbarkeit des befreiten Königs und der reizenden Königin so verlockend geschildert, daß Friedrich Wilhelm trotz der Bedenken des Herzogs von Braunschweig auf dem Einmarsch bestand.[1])

Nur deshalb wurde mit schwächlichen Streitkräften sorglos in die Champagne gezogen, deshalb Flanken und Rücken preisgegeben: Fehler, die sich bitter rächten, sobald die feindlichen Truppen durch ausreichende Verstärkungen und geschickte Bewegungen in Stand gesetzt waren, zur Abwehr des Angriffs planmäßig zusammenzuwirken. Die Versprechungen der Emigranten erwiesen sich als Luftschlösser. Insbesondere der preußische Minister Graf Schulenburg hatte vor allzu großer Vertrauensseligkeit gewarnt; schon bald wurde ihm die peinliche Genugthuung zu teil, daß seine Voraussagungen in Erfüllung gingen. Außer zuchtlosen Nachzüglern stellten sich keine Ueberläufer ein; in Dorf und Stadt hörte man nur selten: Vive le roi! weit häufiger: Ça ira! und: Liberté et égalité![2]) Die „Retter des Königtums" wurden einfach als „Landesfeinde" angesehen und behandelt. „Die Feder möchte ich wegschmeißen," sagt Magister Laukhard, „so sehr ärgere ich mich über die Lügen der Exfranzosen, die so viel Unglück über unser Heer und ihr Vaterland gebracht haben."[3])

Seit die preußische Armee französischen Boden betreten hatte (19. August), regnete es fast ununterbrochen; die Folge war, daß der Marsch in noch langsameres Tempo überging.[4]) Schon in den Rheinlanden hatte es hie und da an Brot gefehlt; im Feindesland litten die Truppen bald bitterste Not. Da konnten Ausschreitungen nicht ausbleiben; das deutsche Lager füllte sich, wie Laukhard sagt, mit Fellen und Federn von geraubten Tieren. Dieses Geständnis genügt für Michiels, um den ganzen Krieg als einen großen Raubzug zu kennzeichnen. Natürlich weiß er aber nichts davon, daß der König über den Unfug in heftigen Zorn geriet, die Offiziere, die eine Plünderung zugelassen hatten, absetzte und gegen eine Wiederholung wirksame Maßregeln traf.[5])

Der Herzog Ferdinand von Braunschweig wandte sich zunächst gegen Longwy; zur Einschließung dieses festen Platzes sollte auch das Corps Clerfait behülflich sein, während das Corps Hohenlohe den bei Richemont stehenden Luckner abhalten sollte, gegen die preußische Armee zu detachieren.[6]) Die französischen Prinzen hatten die freiwillige Uebergabe von Longwy in sichere Aussicht gestellt; als aber an Oberst Legrand eine Aufforderung erging, wurde

[1]) Massenbach, Geschichte des preuß. Staats, I, 48.

[2]) Massenbach, I, 41.

[3]) Briefe eines preußischen Augenzeugen, I, 50.

[4]) Strambergs Behauptung, Goethe habe, um den Mißerfolg des Feldzugs zu beschönigen, falsche Nachrichten über ungewöhnlich schlechtes Wetter, Mangel an Lebensmitteln ꝛc. in Umlauf gebracht (Rheinischer Antiquarius, I, 116), wird durch die übereinstimmenden Angaben aller übrigen Berichterstatter widerlegt. Vom Kriegstagebuch des hessischen Generalstabs wird versichert, die Kälte der stürmischen Nächte habe nicht weniger Pferde hinweggerafft, als der Mangel an Fourage. (Neue militär. Blätter, 38. Bd. [1891], 68.)

[5]) Hüffer, 83.

[6]) Hausenblas, 75.

von ihm lakonisch erwidert, er werde sich hüten, die Achtung der preußischen Armee zu verwirken.[1])

„Das ist eine bittere Enttäuschung," schrieb Schulenburg aus dem Hauptquartier an seine Kollegen, „und keine günstige Vorbedeutung!" Doch auch Schulenburg war von der Ueberlegenheit der Angreifer überzeugt. „Unsere Erfolge bei den kleinen Gefechten mit dem Feinde grenzen ans Wunderbare; ich kann ohne Uebertreibung behaupten, daß sich der Verlust der Franzosen sicherlich schon auf 500 Mann beläuft, während wir im ganzen bisher 4 oder 5 Tote und etwa 10 Verwundete haben." (!) Die Festungswerke von Longwy waren teilweise verfallen, doch war an Lebensmitteln und Schießbedarf kein Mangel. Am 21. August eröffneten die Belagerer das Feuer auf Ober- und Unterstadt. Als mehrere Gebäude in Flammen aufgingen, bestürmten die erschreckten Bürger den Befehlshaber so lange, bis er sich zur Kapitulation verstand.[2]) Der Besatzung wurde freier Abzug zugestanden, dann besetzten preußische Grenadiere die Thore. Als die Franzosen Waffen und Fahnen ablieferten, warf sich ein alter Offizier weinend auf die Fahne seines Bataillons und konnte nur mit Gewalt davon weggezerrt werden. „Die schnelle Uebergabe von Longwy," erzählt Goethe, „bestätigte die Zusage der Emigrierten, man werde überall mit offenen Armen aufgenommen sein, und es schien sich dem großen Vorhaben nichts als die Witterung entgegenzusetzen. Haß und Verachtung des revolutionären Frankreichs, durch die Manifeste des Herzogs von Braunschweig ausgesprochen, zeigten sich ohne Ausnahme bei Preußen, Oesterreichern und Emigrierten."

Erst am 29. August setzten sich die Verbündeten wieder in Bewegung. Am nächsten Tage erreichten sie Verdun. Auch diese Stadt war von den umliegenden Höhen mit Wurffeuer leicht zu erreichen. Die Bürgerschaft drang auf Uebergabe, doch der Kommandant Oberstleutnant Beaurepaire drohte von der Citadelle aus die Stadt in Brand zu schießen, wenn die Bürger irgend welche Verbindung mit dem Feinde anstreben würden. Der Platz mußte also bombardiert werden, wobei sich die preußische Artillerie keineswegs auszeichnete. „Zuschauer, die etwas von der Sache verstehen," schrieb Schulenburg, „sind nicht wenig ungehalten darüber, wie wenig geschickt und wie langsam von unserer Seite der Angriff ins Werk gesetzt wurde, während die feindliche Besatzung nicht aufhörte, ihre Kanonen brummen zu lassen." Doch in der Bürgerschaft von Verdun gab es eine starke royalistische Partei, die durch ihren Einfluß durchsetzte, daß die Stadt schon am 2. September übergeben wurde. „Heute wird sich die Stadt ergeben," schrieb Goethe am 2. September an Christiane Vulpius, „und die Armee weiter gegen Paris gehen. Es geht alles so geschwind, daß ich wahrscheinlich bald wieder bei Dir bin."[3]) Noch zuversichtlicher spricht Lombard, der Privatsekretär des Königs, in einem

[1]) Preuß. St.-Archiv. Schulenburg an das Kabinettsministerium, Cuttry 22. Aug. 1792.

[2]) Nach Hausenblas (S. 78) hätte sich Oberst Legrand nach der Uebergabe selbst den Tod gegeben. Natürlich liegt eine Verwechslung mit Beaurepaire, dem Kommandanten von Verdun, vor. Legrand wurde wegen Feigheit vom Revolutionsgericht zum Tode verurteilt, aber durch das kluge und entschlossene Auftreten seiner Gattin gerettet (Chuquet, I, 187).

[3]) Goethe, Briefe, 9. Bd., 13.

Briefe an seine Gillyette (2. September): „Die Franzosen fliehen nach allen Seiten; keiner wagt, sich im offenen Felde zu zeigen, und wenn er sich zeigt, ist er verloren. Die regelmäßigen Armeen lösen sich auf. Luckner hat, wie es heißt, gleich seinem Kollegen den Abschied genommen. Der Weg nach Paris ist offen, und bis dahin haben wir keinen Feind mehr zu fürchten.“[1]) „Ich kann Ihnen,“ schreibt sogar Schulenburg an die Berliner Kollegen, „mit einem Federzug in Bezug auf die Revolutionsarmeen eine Nachricht bringen, die Sie mit Genugthuung erfüllen wird: die Armeen ziehen sich in gleicher Weise, wie unsere Truppen vorrücken, zurück, und abgesehen von einigen kleinen Abteilungen, die abenteuerlich herumstreifen, hat sich der ganze Rest in die Festungen Metz und Sedan zurückgezogen.“ Mit dem Bombardement von Verdun habe sich die preußische Artillerie keinen Lorbeer erworben, doch schon der Brand von ein paar Häusern habe genügt, um die Uebergabe des Platzes zu erwirken. „Nun sind wir frei, nun können wir ungehindert unseren Weg nach Paris verfolgen!“ Die Uebergabe von Thionville sei stündlich zu erwarten. „Mit einem Wort: unser Unternehmen bekommt Farbe; wir eilen von Erfolg zu Erfolg!“

Und doch hätten schon manche Vorfälle in Verdun zur Warnung dienen können, sich nicht allzu überschwänglichen Hoffnungen hinzugeben! Beaurepaire hatte, dem Drängen der Bürger sich fügend, die Uebergabe vollzogen, doch unmittelbar darauf gab er, um die Schmach nicht zu überleben, sich selbst den Tod. „Ein Beispiel höchster patriotischer Aufopferung,“ einen „republikanischen Charakterzug“ nennt Goethe diesen Selbstmord; eine „große, echt republikanische Handlung“ erblickt darin auch Laukhard; die preußischen Offiziere verglichen den „Helden von Verdun“ mit Brutus und Cato, und der Herzog erbat sich die Pistolen, womit sich der Kommandant erschossen hatte, mit der Zusicherung, sie sollten den vornehmsten Ehrenplatz in seiner Waffensammlung einnehmen. Aus den Reihen der abziehenden Besatzung wurde den Deutschen zugerufen: „Auf Wiedersehen in Chalons!“ Beim Einzug der Sieger in die Stadt fiel von einem Fenster ein Schuß; ein preußischer Offizier, Graf Henckel, wurde dadurch getötet; der Mörder, ein nach dem Abzug seiner Schwadron zurückgebliebener Chasseur — „einen sehr schönen, wohlgebildeten, jungen Mann, festen Blicks und ruhigen Betragens“ nennt ihn Goethe — wurde verhaftet, fand aber Gelegenheit, sich in die Maas zu stürzen, wo er willkommenen Tod in den Wellen fand. „Eine zweite, heroische, ahnungsvolle That!“ „Man hatte sich andere Gesinnungen versprochen,“ fügt Goethe der Erzählung hinzu, „und noch sah man nicht die geringste Bewegung unter den fränkischen Truppen, zu uns überzugehen.“

Die Besorgnis, daß der König für den Mord eines preußischen Edelmannes an der Bürgerschaft Rache nehmen möchte, bewog zu demütigem Auftreten. Zwar steht nicht fest, ob eine von Schmeichelei triefende Adresse an „den von Gott selbst zum Retter des unglücklichsten Monarchen auserseheneu

[1]) Hüffer, Aus dem Nachlaß des geh. Kabinettrats Joh. W. Lombard; Deutsche Revue, Jhgg. 1883, 301.

König" wirklich übergeben worden ist oder als eine Fälschung der Emigranten zu gelten hat,[1]) allein auch sonst mangelte es nicht an Beweisen von Dankbarkeit und Verehrung für den Sieger. Eine liebliche Mädchenschar begrüßte ihn „mit angenehmen Reden, Blumen und Früchten"; drei Schwestern, Demoiselles Watrin, mußten deshalb bald darauf in Paris das Schafott besteigen. Der auf dem Marktplatz aufgerichtete Freiheitsbaum wurde niedergerissen, und die Posamentierer hatten, wie Laukhard erzählt, Tag und Nacht zu thun, um der Nachfrage nach weißen Kokarden Genüge zu leisten.[2]) Es wurde denn auch der Stadt nur eine beträchtliche Lieferung von Lebensmitteln und Schuhen auferlegt; die angedrohte Plünderung erstreckte sich nur auf das Arsenal, wo viele seltene und kostbare Waffen aufgestapelt waren. „So zwischen Ordnung und Unordnung, zwischen Erhalten und Verderben, zwischen Rauben und Bezahlen" verstrichen acht Tage; erst am 11. September wurde das heitere Städtchen, das seinen Gästen allerlei süße „Spezialitäten", Dragéen und Liköre, bot, verlassen.

„Die viele Gesellschaft, die ab und zu ging," erzählt Goethe, „belebte unsere Zelte den ganzen Tag; man hörte vieles erzählen, vieles bereden und beurteilen; die Lage der Dinge that sich deutlicher auf als bisher; alle waren einig, daß man so schnell als möglich nach Paris vordringen müsse."[3]) Schon die Nachrichten von den Unthaten der Septembriseurs in Paris ließen ein möglichst rasches Vordringen geboten erscheinen. „Die unsinnigen Auftritte in Paris werden Sie nun auch schon wissen," schrieb Goethe (10. September) an Schnauß, „es wird immer toller und toller, daß zuletzt beyde Partheyen die Mächte segnen werden, die ihnen Ruh, es sey um welchen Preis, verschaffen werden!"[4]) Auf glänzenden Erfolg rechnete der Dichter noch mit voller Sicherheit. „Mache nur, daß unser Häuschen recht ordentlich wird," mahnt er die Geliebte (10. September), „für das andere soll schon gesorgt werden. In Paris wird's allerley geben, in Frankfurt giebt's noch ein zweites Judenkrämchen."[5]) In Berlin hoffte man, wie der bairische Gesandte v. Posch berichtet, daß der König zu Anfang Oktober heimkehren und einer zu Ehren des Geburtstages der Königin (16. Oktober) geplanten Aufführung einer neuen Oper beiwohnen werde. Im preußischen Kabinett herrschte gerade unmittelbar vor dem Eintreffen der Hiobspost vom 20. September gehobene Stimmung. „Die Besetzung des Postens von Grandpré und der zu erwartende Rückzug der Franzosen aus der Stellung von Hettes," schrieben die Minister an Lucchesini, „sind allein schon Vorteile, die eine gewonnene Schlacht aufwiegen." Dadurch sei die Verbindung mit Verdun wiederhergestellt, und ein kräftiger Vorstoß werde keinen Schwierigkeiten mehr begegnen. Vor Paris könnten allerdings solche auftauchen, und man müßte sich auf schwere Kämpfe gefaßt machen, wenn es nur auf die Zahl der Verteidiger ankäme, „doch es ist nicht zu glauben, daß zuchtlose und

[1]) Chuquet, I, 255.
[2]) Laukhard, I, 141.
[3]) Goethe, Campagne, 63.
[4]) Goethes Briefe, 10, 26.
[5]) Ebenda 15, 18.

schlecht geführte Rotten ernsten, längeren Widerstand leisten könnten den ersten Soldaten der Welt."[1])

Im deutschen Lager glaubte man um so vertrauensvoller in die Zukunft blicken zu können, da zugleich die Nachricht eintraf, daß Lafayette zu den Oesterreichern übergegangen war und seine Armee „ohne Oberhaupt und Oberoffiziere, desorganisiert, bestürzt" zurückgelassen hatte, und man wünschte um so dringender baldigen Sieg, weil auch Näheres über die traurigen Vorfälle in Paris, die Gefangennehmung und Entthronung König Ludwigs, bekannt wurde. Die Einsichtigeren konnten sich freilich nicht verhehlen, daß noch schwierige Kämpfe bevorstehen würden; man fragte sich, weshalb der waldbewachsene Gebirgsriegel der Argonnen, das nächste und schwierigste Hindernis des Vormarsches nach Paris, nicht besetzt, weshalb geduldet worden sei, daß nicht bloß die Besatzung von Longwy sich dorthin zurückzog, sondern auch Dumouriez immer mehr Truppen dorthin sandte, „um den Preußen, Oesterreichern und Emigrierten ein zweites Thermopylä entgegenzustellen."[2])

Die Worte Goethes sind den Denkwürdigkeiten Dumouriez' entnommen.[3]) Der Führer der Revolutionstruppen stand nördlich von der Armee des Königs bei Grandpré; seine Truppen hatten unter Krankheiten und Proviantmangel so gelitten, daß vom Ministerium der Befehl eintraf, von ernstem Kampfe abzustehen und sich hinter die Marne zurückzuziehen. Dumouriez aber, der, wie er selbst eingesteht, in diesen Tagen „unverzeihlichen Leichtsinn und Mangel an Schulung" an den Tag legte,[4]) widersetzte sich dem Willen der Regierung; die preußische Armee, schrieb er nach Paris, werde schon in nächster Zeit durch die Ruhr so gelichtet und durch taktische Fehler so gefährdet sein, daß man sie nicht ohne Aussicht auf Erfolg in den Argonnen werde angreifen können. Ohne jegliche Deckung seiner Flanken rückte Dumouriez gegen Grandpré vor; als nun die Oesterreicher unter Clerfait den wichtigen Paß von Croix-aux-Bois unweit Grandpré einnahmen, staken die Franzosen förmlich in einer Falle, und ihre Auflösung hätte erfolgen müssen, wenn die preußische Vorhut rasch in den Paß nachgedrungen wäre. Die Gefahr ging aber vorüber, und nun traf Dumouriez eine Anordnung, die nicht bloß Rettung brachte, sondern zugleich den Feind in schädliche Zwangslage versetzte. Der Befehl zu schleunigem Zurück auf Saint-Menehould wird von Fachkundigen als geradezu genialer Schachzug gerühmt. „Dadurch entschloß er sich," sagt Boguslawski, „zur Behauptung des äußersten Endpunktes einer schon durchbrochenen Verteidigungslinie, aber er stellte sich einem weiteren Vormarsch der feindlichen Armee in die Flanke und zwang dieselbe, ihn früher oder später anzugreifen, wobei er freilich seine eigenen Verbindungen teilweise preiszugeben genötigt war" ... „Die Richtung des Rückzuges trägt den Stempel kühner Genialität an sich und ist eines Turenne, ja sogar eines Friedrich oder Napoleon I. würdig." Trotz eines

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Das preuß. Ministerium an Lucchesini, 30. Sept. 1792.
[2]) Goethe, Campagne, 65.
[3]) Dumouriez, Mémoires, I, 258.
[4]) Boguslawski, II, 30.

neuen Unfalls — bei Montcheutin flohen 16000 Franzosen, von panischem Schrecken erfaßt, vor 1500 preußischen Husaren! — erreichte Dumouriez am 17. September St.-Menehould, und allmählich fanden sich alle Abteilungen, sowie die zersprengten Flüchtlinge zusammen. Dumouriez konnte aufatmen. „Ich bin glücklich aus der Verlegenheit," schrieb er am 18. September an den Kriegsminister, „und kann nun detailliert berichten. Nach der Einnahme von Croix-aux-Bois hätte mich der Feind abschneiden können. Er hat den Tag verstreichen lassen, und ich habe davon profitiert, um aus der Falle zu kommen. Jetzt ist nichts mehr zu befürchten, und unsere Zusammenziehung wird bald durchgeführt sein."

Im preußischen Hauptquartier war nach dem Abzug von Verdun der unheilvolle Gegensatz zwischen dem König und dem Herzog von Braunschweig aufs neue hervorgetreten. Der Herzog wollte sich auf Behauptung der Maaslinie beschränken. Nicht anders urteilte der Befehlshaber der Oesterreicher, Feldzeugmeister Fürst Hohenlohe. „Ich kann mich nicht enthalten," schrieb er nach der Einnahme von Verdun an Braunschweig, „alle Operationen nach vorwärts für gefährlich zu halten, wenn man nicht gewiß versichert ist, daß dadurch alles beendigt ist, vielmehr muß ich glauben, daß man sich an der Maas und Mosel einschränkt." Der König dagegen hielt rasches Vordringen für vorteilhaft und durchführbar. „Der König," sagt des Herzogs Adjutant Massenbach, „übereilte seinen Feldherrn, und dieser war schwach genug, sich übereilen zu lassen und zuzugeben, daß man Bussole und Steuerruder über Bord warf und in das stürmische Meer hineinsegelte"[1] ... „Der Herzog von Braunschweig war voll von Sorge über eine nicht vorhandene Kraft der Revolution, und der preußische König stützte sein Vertrauen auf eine Gesinnung des französischen Volkes, von welcher das Gegenteil existierte."[2]

Trotz aller ungünstigen Erfahrungen fuhr Friedrich Wilhelm fort, den französischen Prinzen Gunst und Gehör zu schenken. Nach der Entthronung des Königs kam der Graf von Provence nochmals auf seine Forderung zurück, als Leutnant-General des Königreichs aufgestellt zu werden. Schulenburg hatte Mühe, seinen Monarchen von zustimmender Antwort zurückzuhalten. „Sie haben sehr recht daran gethan," schrieben die Kollegen (30. August), „dem Plan von vornherein entgegenzutreten, denn er verstieße durchaus gegen die Absicht der beiden verbündeten Höfe und würde die übelsten Folgen nach sich ziehen." Die Emigranten kamen aber darauf zurück und würden wohl durchgedrungen sein, wenn nicht Marquis Breteuil, der Vertrauensmann Ludwigs XVI., bei einem Besuch des preußischen Lagers die ehrgeizigen Ansprüche der Prinzen durchkreuzt hätte. „Weit entfernt, die Notwendigkeit oder den Nutzen der geforderten Erhebung des Grafen von Provence anzuerkennen," schreibt Schulenburg, „hält es Breteuil fürs beste, daß bis zur Befreiung des Königs dem Kommando der verbündeten Armeen die Regierung in Frankreich zustehe, und da diese Ansicht ebenso von Marquis Lucchesini, wie vom Wiener Kabinett

[1] Massenbach, I, 104.
[2] Sybel, Geschichte der Revolutionszeit, I, 547.

geteilt wird, so haben wir vorläufig in Bezug auf diesen Punkt nichts zu fürchten."[1])

Doch auch Breteuil versicherte dem König, daß nur eilige Hülfe der Verbündeten den Gefangenen im Temple retten könne. Herzog Ferdinand, über der eigenen Schwäche die Bedrängnis des Gegners übersehend, widersprach, war aber nicht der Mann, dem König gegenüber seinen Willen durchzusetzen. Er gab nach, war nun aber in Ausführung des königlichen Gedankens so säumig, daß dadurch jeder Vorteil der Angriffsbewegung aufgehoben wurde. Lombard, der Privatsekretär des Königs, glaubt zwar auch, daß man den Emigranten zu leichtfertig Glauben geschenkt habe; ein schlimmerer Fehler aber sei gewesen, daß der Herzog immer nur durch Märsche und Manöver den Feind täuschen wollte, statt ihn mit Aufopferung von einigen hundert Mann rasch über den Haufen zu werfen.[2]) Der Herzog, uneingedenk der Mahnung des Perikles, daß der Feldherr immer „die Gelegenheit, die nicht wartet, ergreifen müsse," glich einem Fechter, der zwar zum Angriff ausholt, aber das Rapier so bedächtig führt, daß es dem Gegner möglich wird, nicht bloß gefährlichen Stößen auszuweichen, sondern sogar die gegen ihn gezückte Waffe zu Boden zu schlagen. —

Noch einmal bot ein Fehler der französischen Leitung den Verbündeten Gelegenheit zu leichtem Sieg. Das Verhalten der preußischen Armeeführung war aber in den kritischen Augenblicken so fragwürdig, daß man, wenn auch mit Unrecht, von einem „Rätsel von Valmy" gesprochen hat.

Die Emigranten schoben die Schuld des Mißlingens schlechthin auf Verrat. Marschall Bouillé will das „Unglück von Valmy" auf politische Umtriebe zurückführen. „Es war nicht zum erstenmal in der Weltgeschichte, daß kleine Hofintriguen die größten Pläne zu nichte gemacht haben." Mit Unrecht habe man behauptet, daß die Ankunft von Kurieren aus England den König bewogen habe, bei Valmy in ungünstiger Lage eine Schlacht zu schlagen. „Ich bin vom Gegenteil überzeugt; ich glaube, daß sich in der Politik des Königs schon seit dem Aufenthalt in Verdun ein gründlicher Umschwung vollzogen, daß er deshalb die Offensive thatsächlich aufgegeben hatte und nur zum Schein den Angriff fortsetzte; es handelte sich für ihn nur noch darum, seine wahren Absichten zu bemänteln und die königlichen Prinzen, die unglücklichen Emigranten und ganz Europa zu hintergehen." Zu dieser Auffassung müsse man kommen, wenn man den Charakter des Königs und vor allem die Absichten und Listen des neuen Ratgebers, Lucchesini, sowie das ganze spätere Verhalten des preußischen Kabinetts sich vergegenwärtige.[3])

Doch kein Wort in den heute uns vorliegenden Briefen Lucchesinis rechtfertigt die Annahme, daß er schon vor dem Tage von Valmy dem Könige geraten hätte, den Krieg in Frankreich nur zum Scheine fortzuführen; im Gegenteil, wir finden darin nur Massenbachs Angabe bestätigt, daß der König immer

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Schulenburg an das Kabinettsministerium, 10. Sept. 1792.

[2]) Aus dem Nachlaß Lombards, a. a. O., 313.

[3]) Bouillé, Mémoires, 367.

wieder zu ernstem Angriff drängte, um Dumouriez vom Rückzug zurückzuhalten. [1]) „Die Preußen werden bald eine Schlacht schlagen," schrieb Lucchesini von Terme am 21. September, also am Tage nach dem Treffen von Valmy, von dem er also noch keine Kenntnis hatte, an die Kollegen, „machen Sie sich auf ein großes Blutbad gefaßt! Die Patrioten werden sich wie Verzweifelte schlagen, und der König will unter allen Umständen die Schlacht liefern!"

Von deutschen Historikern wurde der Herzog von Braunschweig unter Hinweis auf die früher erwähnten Anerbietungen des jungen Custine sogar des Einverständnisses mit dem Feinde bezichtigt. Doch nicht der Schatten eines Beweises bestätigt diesen Argwohn. Ebenso unhaltbar ist die von Massenbach empfohlene Annahme, der Herzog habe, hochherzig seinen Ruhm der Wohlfahrt des Heeres opfernd, aus Gründen der Zweckmäßigkeit auf Sieg verzichtet, weil nach der Lage der Dinge ein Sieg in nächster Zeit verderblich für den Sieger geworden wäre. Die Schuld am Mißerfolg von Valmy trägt nur die schwächliche Heeresleitung, die es nicht verstand, die verzettelten Streitkräfte zum Schlagen an einem Hauptpunkte zu konzentrieren. Oder vielmehr: zum Schlagen sollte es nach der Absicht des Oberfeldherrn gar nicht kommen; ohne Schwertschlag, nur durch kluges Manövrieren, sollte Dumouriez zur Räumung seiner Stellung genötigt werden. Doch diese Künste versagten, und so vereitelte allzu ängstliche Vorsicht den Sieg, der einem beherzteren Vorgehen kaum versagt geblieben wäre.

Durch Vereinigung mit dem Corps Kellermann war die Armee Dumouriez auf 40 000 Mann angewachsen, während die Preußen, nachdem sich das Corps Kalckreuth zur Deckung der Verbindungslinien abgesondert hatte, nur noch 30 000 zählten. Trotzdem wäre ein rascher Vorstoß gegen den durch die letzten Schlappen entmutigten Gegner nicht allzu verwegen gewesen, um so weniger, da Kellermann eine sehr ungünstige, zum Angriff förmlich einladende Stellung gewählt hatte. Infolge irrtümlicher Auffassung einer Instruktion des Oberfeldherrn hatte er seine Truppen auf dem Windmühlenberg bei Valmy dicht zusammengedrängt; links dehnte sich eine sumpfige Niederung aus, zur Rechten war der Platz vom Bach Auve umflossen. Marschall Gouvion St.-Cyr sagt in seinen Denkwürdigkeiten: „Mehrmals besichtigte ich das Schlachtfeld von Valmy, und niemals konnte ich begreifen, wie man unsere Truppen in so unvorteilhafter Stellung bloßstellen mochte. Niemals war Frankreich in größerer Gefahr, und wenn es nicht zu der bedauerlichsten Katastrophe kam, so erklärt sich dies nur daraus, daß der Feind von der Ueberlegenheit seiner Truppen so gar keinen Gebrauch machte." [2]) Am 20. September rückten morgens die Preußen zwischen Somme, Bionne und der Straße nach Chalons gegen „die französische Armee, die sich zu beiden Seiten der das ganze Terrain dominierenden Valmyer Höhe extendierte, wovon beide Flügel etwas zurückgebogen zu sein schienen". [3]) Nach kurzem Marsch wurde ein langer Halt gemacht, plötzlich hieß es wieder:

[1]) Massenbach, I, 95.

[2]) Gouvion St.-Cyr, Mémoires sur les campagnes des armées du Rhin et de Rhin-et-Moselle de 1792, I, LXXVI.

[3]) Friedrich Wilhelm III., Reminiscenzen, 158.

Gewehr auf, Marsch! Es bestand aber keineswegs die Absicht, ein Treffen zu liefern. „Hier ist nicht zu schlagen!" sagte der Herzog von Braunschweig, während die Sturmkolonnen vorwärts drangen. [1]) Somit wurde, kaum daß das Fußvolk ein paar hundert Schritte mit klingendem Spiel vorgerückt war, wieder Halt befohlen. Nun ließ Kellermann, da sich inzwischen auch der dichte Nebel einigermaßen verzogen hatte, durch seine Geschütze ein starkes Feuer eröffnen. Die vor der Front postierte preußische Artillerie antwortete. Eine von Dumouriez vorgeschobene Abteilung unter Chazot wurde zur Flucht genötigt. Um 10 Uhr vormittags flogen zwei französische Pulverwägen in die Luft; im ersten Schrecken schickten sich die zunächst stehenden Bataillone schon zur Flucht an. Es war ein kritischer Augenblick. Der König wollte die günstige Gelegenheit benützen; durch die Reihen reitend, feuerte er zum Sturm auf den Windmühlenberg an. „Blickt auf mich," soll er den Soldaten zugerufen haben, „wer von euch bietet den Kugeln eine so große Scheibe?" Allein der Herzog widersetzte sich dem „tollkühnen Unternehmen"; jedenfalls sollte zur Offensive nicht vor dem Eintreffen Clerfaits übergegangen werden. [2]) Der Widerwille gegen einen Angriffskrieg überhaupt, die Erwägung, daß die Rückzugslinie nicht gedeckt war, die Rücksicht auf den geringen Vorrat an Munition und Lebensmitteln, alle diese Gründe bewogen den Feldherrn im entscheidenden Augenblick, da man nach langen, mühseligen Märschen und Manövern endlich an den Feind herangekommen war, vom Kampfe abzustehen. „Wer kann wissen," sagte er zu Massenbach, „was hinter den Höhen von Valmy steht?" [3])

Als Kellermann gewahr wurde, daß die Preußen sich wider alle Erwartung rückwärts konzentrierten, steckte er seinen Hut auf den Degen, schwang diesen gen Himmel und rief: Es lebe die Nation! Offiziere und Soldaten folgten seinem Beispiel; die Hüte auf Säbel und Gewehre steckend, riefen sie: Es lebe die Nation! Auch dieses lärmende Zeichen der Kampfeslust der Gegner soll den Herzog in der Ueberzeugung bestärkt haben, daß es nicht geraten sei, die feindlichen Linien anzugreifen. Inzwischen wurde aber auf beiden Seiten von den Geschützen unaufhörlich gefeuert; über 10000 Kugeln wurden verschossen, und dadurch auf preußischer Seite 184, auf französischer etwa 300 kampfesunfähig gemacht. „Von der ungeheuren Erschütterung," erzählt Goethe, dem die Ironie des Zufalls gerade neben einem nach Paris deutenden Wegweiser den Platz angewiesen hatte, „klärte sich der Himmel auf, denn man schoß mit Kanonen völlig, als wär' es Pelotonfeuer, zwar ungleich, bald abnehmend, bald zunehmend. Nachmittags ein Uhr, nach einiger Pause, war es am gewaltsamsten, die Erde bebte im ganz eigentlichsten Sinne, und doch sah man in den Stellungen nicht die mindeste Veränderung, niemand wußte, was daraus werden sollte." Das Treffen wandelte sich in einen Zweikampf mit Kanonen. Als gegen vier Uhr gemeldet wurde, daß Clerfait mit den Oesterreichern sich dem rechten Flügel der Franzosen nähere, kam der König auf seinen Vorschlag zurück, den Windmühlenberg im Sturm zu nehmen, doch auch diesmal

---

[1]) Kardinal v. Widdern, Der Rhein und die Rheinfeldzüge, 27.
[2]) Minutoli, Militärische Erinnerungen, 127.
[3]) Massenbach, I, 101.

drang der Rat des Herzogs durch, man möge bei günstigerer Gelegenheit die Entscheidung suchen. Als einige Regimenter zu besserer Deckung andere Stellung einnahmen, glaubten die Franzosen nicht anders, als daß nunmehr der Angriff erfolgen werde. Kellermann richtete feurige Worte an seine Leute; abermals erwiderten diese mit begeistertem Ruf: Vive la nation! Wie erstaunten sie aber, als ihnen klar wurde, daß der Feind nicht stürmen, sondern nur manövrieren wolle![1]) Bald darauf verstummte auch der Lärm der Kanonen; auf beiden Seiten sah man sich zur Einstellung des Feuers gezwungen, die Munition war fast gänzlich aufgebraucht. Clerfait traf gerade, als die letzten Schüsse gewechselt wurden, auf der Walstatt ein. Die Oesterreicher waren den ganzen Tag auf der Straße nach Croix en Champagne hin und her marschiert, was auf preußischer Seite den Argwohn wachrief, als ob es dem Bundesgenossen an gutem Willen gefehlt habe. „Clerfait sollte zu uns stoßen," schrieb der Kronprinz in sein Tagebuch, „er kam indessen unter mancherlei Vorwand erst gegen Abend heran."[2]) Ohne Zweifel war jedoch das verspätete Eintreffen durch die lässigen Weisungen des Oberfeldherrn verschuldet.[3]) Das zweite Corps der Kaiserlichen unter Hohenlohe-Kirchberg und das hessische Corps hatten, als der Kanonendonner von Valmy zu ihnen gedrungen war, vergeblich gesucht, die bei dem Dorfe les Islettes angelegten Verschanzungen zu nehmen; der Feind hielt tapfer stand. Im wesentlichen beschränkte sich der Kampf auch hier auf eine Kanonade, und da die Franzosen ihre Stellung behaupteten, kehrten die Oesterreicher und Hessen in ihre alten Stellungen zurück.[4])

Kaum waren die Geschütze verstummt, erhob sich ein heftiger Sturm, und gleichzeitig ergoß sich Regen in Strömen. Jeder suchte sich, so gut es ging, gegen die Unbilden des Wetters zu schützen. Der König, sowie der Herzog von Braunschweig fanden ein bescheidenes Nachtquartier im Vorwerk auf der Höhe von la Lune. Der Adjutant des Herzogs, Massenbach, streckte sich im Freien auf ein Bündel Stroh, nachdem er sein Pferd an seinen Fuß angebunden hatte. „Seit zwei Tagen," erzählt er, „hatte ich nichts gegessen und doch keinen Hunger; der Mangel an Nahrung, die Anstrengungen dieser Tage, die Einwirkungen des von dem Anblick des nahen Sieges emporgehobenen und jetzt in tiefe Traurigkeit versunkenen Geistes drückten endlich den Körper zu Boden." Die Empfindung beim Erwachen war nicht erfreulicher: er hatte, wie alle Kameraden, das Bewußtsein, geschlagen zu sein, ohne eigentlich gekämpft zu haben. „Die Franzosen hatten die Feuerprobe bestanden, sie hatten mehr von uns erwartet. Jetzt waren wir in ihrer Idee gefallen, sie in ihrer eigenen gestiegen. Wir hatten mehr verloren, als eine Schlacht, die Meinung war dahin."[5]) „Durch die Kanonade von den Höhen bei Valmy," schrieb Lucchesini, der einige Tage später im preußischen Hauptquartier anlangte, an die Berliner Kollegen, „war keine Entscheidung herbeigeführt, aber man mußte den Gedanken aufgeben, daß

[1]) Chuquet, II, 219.
[2]) Reminiscenzen, 158.
[3]) Massenbach, I, 90. — Minutoli, 254. — Ditfurth, 88.
[4]) Hausenblas, 138.
[5]) Massenbach, I, 93 ff.

man es nur mit Truppen zu thun habe, die nicht mehr fähig seien, Widerstand zu leisten, mit Offizieren, die nicht im stande, die taktischen Vorteile ihrer außerordentlich festen Stellung bei St. Menehould gehörig auszubeuten." [1]) Die Emigranten hatten versichert: beim ersten Kanonenschuß werden ganze Abteilungen königstreuer Franzosen zu den Befreiern ihres Königs übergehen! — Wieder hatte sich ihr Wort als falsch erwiesen.

Nun kehrte, wie Goethe versichert, „die größte Bestürzung", „die bangste Mutlosigkeit" im deutschen Lager ein. „Jeder ging vor sich hin, man sah sich nicht an, oder wenn es geschah, so war es, um zu fluchen oder zu verwünschen." Als die Nacht hereinbrach, strömte der Regen noch so stark, daß nicht einmal Wachtfeuer sich anzünden ließen. Die Herren vom Gefolge des Herzogs von Weimar gruben sich, um einigen Schutz vor den Elementen zu finden, in die Erde und deckten sich mit den Mänteln zu; der Herzog selbst verschmähte nicht solche „voreilige Bestattung". Vor Schlafengehen standen sie in einem Kreis zusammen. „Die meisten schwiegen, einige sprachen, und es fehlte doch eigentlich einem jeden Besinnung und Urteil. Endlich rief man mich auf, was ich dazu denke, denn ich hatte die Schar gewöhnlich mit kurzen Sprüchen erheitert und erquickt; diesmal sagte ich: Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen." [2])

Goethe sprach das große Wort:

„nicht allein bedenkend, was jetzt ihm das Auge berühret,
Sondern das Künftige schauend und heiligen Sehern vergleichbar."

Er hatte während des Vormarsches nach Frankreich mit den Mainzer Freunden Sömmering, Forster, Huber verkehrt und hatte sie alle den „neufränkischen Ideen" geneigt gefunden. Er hatte selbst gesehen, wie

„. . . Alles bewegt sich
Jetzt auf Erden einmal, es scheint sich alles zu trennen,
Grundgesetze lösen sich auf der festesten Staaten . . .
Alles regt sich, als wollte die Welt, die gestaltete, rückwärts
Lösen in Chaos und Nacht sich auf und neu sich gestalten."
(Hermann und Dorothea.)

Am Tage von Valmy, an dem es den Veteranen des großen Friedrichs nicht gelungen war, den verachteten Gegner zu bezwingen, war es dem Dichter zur Gewißheit geworden, daß die Gegenrevolution, kaum daß sie ihr Haupt erhoben hatte, in die Woge zurücksinken, daß der Freiheitsgedanke nicht bloß in Frankreich den Thron zertrümmern, sondern siegreich über Europa sich ausbreiten und ein neues Geschlecht und eine neue Zeit heraufbringen werde. —

Der Herzog von Braunschweig war nicht in freundlicherer Stimmung. Als der Herzog von Caraman um Mitternacht in der Nacht nach dem Unglückstage

[1]) Preuß. St.-Archiv. Luccheſini an das Ministerium, 29. Sept. 1792.

[2]) Auch General Köhler sagte nach dem Treffen zu Massenbach: „Der 20. September hat der Welt eine andere Gestalt gegeben, er ist der wichtigste Tag des Jahrhunderts!" (Massenbach, I, 94.)

den Herzog besuchte, fand er ihn gänzlich gebrochen und entmutigt. Der tapfere Widerstand der Franzosen, so gestand der Feldherr, habe ihm noch deutlicher vor Augen gebracht, daß man sich kopflos in ein Unternehmen gestürzt habe, das nur mit schmählicher Niederlage endigen könne. Was sei zu unternehmen mit 40 000 Mann, unter denen noch überdies die Ruhr Tag für Tag furchtbar aufräume? Mitten in einem Lande, das der Feind schon ausgesogen habe, wo es fast eine Unmöglichkeit, den nötigen Unterhalt herbeizuschaffen! „Er sprach zu mir mit einer Art Schrecken von der Verantwortung, die auf ihm laste, — habe er doch zugleich den König, die Prinzen der königlichen Familie, die französischen Prinzen und einen ansehnlichen Teil des französischen Adels gegen unglückliche Wechselfälle des Kriegs und andere vielgeartete Gefahren zu schützen ... Ich gewann die traurige Gewißheit, daß seine Einbildung zu sehr beunruhigt sei, als daß er die ihm auferlegte Bürde noch hätte ertragen können." [1])

Der anbrechende Tag sah die Deutschen „in einer beschämenden, hoffnungslosen Lage". „Am Rand eines ungeheuren Amphitheaters fanden wir uns aufgestellt," so beschreibt Goethe die Lage, „wo jenseits auf Höhen, deren Fuß durch Flüsse, Teiche, Bäche, Moräste gesichert war, der Feind einen kaum übersehbaren Halbzirkel bildete; diesseits standen wir, völlig wie gestern, um zehntausend Kanonenkugeln leichter, aber ebensowenig situiert zum Angriff."

Während die preußische Armee offenbar nur noch „ehrenhalber" die alte Stellung behauptete und keiner von den Kampflustigen mehr an die Möglichkeit eines neuen Angriffs dachte, war man auch im Kriegsrat der Gegner nicht ohne Besorgnis. Freilich, Dumouriez hatte noch am Abend nach der Kanonade an Kriegsminister und Konvent Briefe gerichtet, in denen er mit voller Bestimmtheit den Rückzug der Preußen binnen zehn Tagen in Aussicht stellte. „Die Preußen hungern, ich werde ihnen nicht einmal die Mittel lassen, um eine Schlacht zu liefern." Doch diese Vertrauensseligkeit wurde von den Generälen nicht geteilt; sie wußten ja noch nicht, welche Niedergeschlagenheit das Versagen der berühmten preußischen Heeresmaschine hervorgerufen hatte; sie sahen nur, daß ihnen noch immer die Verbindung mit Chalons, mit Paris abgeschnitten sei, sie fürchteten einen neuen Angriff. Und Regen und Kälte waren für den Franzmann nicht weniger beschwerlich, als für den Deutschen, und der Hunger hüben wie drüben ein unwillkommener Gast. Doch die Ruhr und andere Krankheiten wüteten noch heftiger im preußischen Lager; manches Regiment hatte 500 Ruhrkranke. Wie kann aus so schlimmer Lage die Armee gerettet werden? Nur noch dieser Gedanke beschäftigte die Mehrheit. Die Emigranten freilich verlangten stürmisch eine Fortsetzung des Angriffs, und der König war nicht abgeneigt, auf ihre Seite zu treten. Dagegen stellte der Herzog eindringlich vor, daß mit jedem Tage die Gefahr einer Umzingelung wachse. In Chalons und Reims sammelten sich immer zahlreichere Scharen Freiwilliger, und sowohl von diesen Punkten, als von St.-Menehould, dem Standort Dumouriez', wurden gemischte Abteilungen gegen die Flanken und den Rücken der preußischen Armee vorgeschoben. Nicht weniger gefährdet waren die von der Hauptarmee getrennten Corps

[1]) Mémoires du duc de Caraman; Revue contemporaine, X, 386.

Hohenlohe und Hessen. „Von drei Seiten hatten wir einen weit überlegenen Feind zu befürchten," so schildert das Tagebuch des hessischen Generalstabs die Lage, „und von unseren Freunden, den Oesterreichern, waren wir fast gar nicht unterstützt!" [1]) „Wenn es den Neufranken Ernst gewesen wäre, uns zu verfolgen," schreibt Magister Laukhard, „so hätten wir uns ohne Widerstand ergeben müssen!" Womit einen Angriff abwehren? es fehlte an Pulver und Geschossen; die Verbindung mit den Magazinen in Verdun war unterbrochen. Nicht selten konnte man, wie Laukhard versichert, Soldaten mit Tornister und Patrontasche, aber ohne Gewehr und — barfuß sehen.

Vielleicht wäre es unmittelbar nach der Kanonade von Valmy, die ja nicht zu einer eigentlichen Entscheidung geführt hatte, noch möglich gewesen, trotz jener Hindernisse einen kühneren Stoß zu wagen, doch der letzte Augenblick wurde versäumt; man nahm seine Zuflucht zu Unterhandlungen und ließ sich dadurch hinhalten, bis nur noch an Rückzug zu denken war.

Dumouriez behauptet in seinen Denkwürdigkeiten, die Unterhandlungen seien von preußischer Seite eröffnet worden; Oberst Manstein und General Heymann seien unerwartet bei Kellermann erschienen, um dort angeblich über Auswechselung der Gefangenen, in Wahrheit jedoch über Waffenruhe und Frieden zu verhandeln. Von Emigranten wurde das Märchen erfunden, der Kabinettssekretär des Königs, Lombard, habe sich während des Treffens am 20. September absichtlich gefangen nehmen lassen, um ohne Aufsehen zu einer Unterredung mit Dumouriez zu gelangen. [2]) Schon Hüffer hat nachgewiesen, daß es sich dabei um ein für Lombard ebenso unerwartetes, wie gefährliches Abenteuer handelte, [3]) daß aber Dumouriez die Gefangennehmung Lombards zur Förderung seines Lieblingsplanes: Preußen vom Kaiser zu trennen und für ein Zusammengehen mit Frankreich zu gewinnen, auszunützen trachtete; wenn dieser Versuch scheitern sollte, würde dadurch wenigstens zur Heranziehung von Verstärkungen Zeit gewonnen werden. So wurde der Sachverhalt auch schon damals im preußischen Lager beurteilt. Die Nachricht vom Abschluß eines Waffenstillstands habe erheiternd gewirkt, versichert Goethe, doch nur noch als halber Trost, seit man vernommen, daß nur die Vorposten Frieden halten, im übrigen aber die Kriegs-

[1]) Kriegstagebuch des hessischen Generalstabs 1792; Neue Militär. Blätter, 38. Bd. (1891), 67.

[2]) Stramberg (Rheinischer Antiquarius I, 116) weiß sogar zu berichten, Lombard habe sich „mit seinen Akolyten Goethe und Lafontaine(!)" gefangen nehmen lassen, der Herzog von Braunschweig, Haugwitz u. a. seien mittelst des bei den Septembermorden geraubten Kronschatzes von 40 Millionen bestochen worden ꝛc. — Michiels, 457: „Lombard . . . tomba volontairement au milieu d'une patrouille française. . . ."

[3]) Hüffer, Aus dem Nachlasse des Geh. Kabinettsrats Johann Wilhelm Lombard; Deutsche Revue, VIII (1883), 1, 308. Gerade Lombard wollte damals von Nachgiebigkeit gegenüber den Franzosen nichts wissen und war entrüstet über das schlaffe Verhalten nach dem Treffen von Valmy. „Ich habe geglaubt," schrieb er am 8. Oktober an seine Braut, „wenn man sich zu einem Krieg entschlösse, so entschlösse man sich auch zu den Opfern, die er erfordert, und zöge nicht vor, 10000 Menschen durch Krankheiten ohne jeden Nutzen und Erfolg umkommen zu lassen, statt einen halb so großen Verlust zu ertragen, der uns den Weg nach Paris geöffnet und dadurch unsere Pferde, unsere Lebensmittel und die Gesundheit der Armee gerettet hätte." (VIII, 1, 319.)

operationen fortgesetzt werden sollten. „Dieses war eigentlich zu Gunsten der Franzosen bedingt, welche ringsumher ihre Stellung verändern und uns besser einschließen konnten; wir aber in der Mitte mußten stillhalten und in unserem stockenden Zustand verweilen." Als Lombard am 23. September gegen den in Ludwigs XVI. Fluchtversuch verwickelten, von den Preußen verhafteten Bürgermeister von Varennes, George, ausgetauscht wurde, überbrachte er eine Denkschrift Dumouriez'. Darin war im Interesse der Erhaltung der französischen Monarchie der Rücktritt Preußens vom Bündnis mit Oesterreich gefordert; Oesterreich sei der natürliche Feind, Frankreich der natürliche Bundesgenosse Preußens. Zugleich ließ Dumouriez dem König 12 Brote, 12 Pfund Kaffee und 12 Pfund Zucker überreichen, „nur damit der Monarch sehe, wie er geliebt und geehrt sei in Frankreich, wie dort alle geseufzt haben über die Ränke eines leichtfertigen und treulosen Hofes, dem es gelang, uns eines den beiden Nationen so unentbehrlichen Bundesgenossen zu berauben". [1])

Die Notlage der preußischen Armee ließ es dem Herzog von Braunschweig rätlich erscheinen, die dargebotene Hand nicht zurückzuweisen; auch der König war trotz seiner Abneigung gegen die Revolutionshelden und trotz allem Kriegseifer und Thatendrang nicht unempfänglich für die Liebeswerbung der Franzosen. Deshalb wurde auch Generaladjutant Oberst Manstein, der sich der besonderen Gunst Friedrich Wilhelms erfreute und in stark ausgesprochenem Gegensatz zu Bischoffwerder von jeher dem Zusammengehen mit Oesterreich entgegengearbeitet hatte, mit den Verhandlungen im französischen Hauptquartier betraut. Dumouriez empfing ihn mit ausgesuchter Zuvorkommenheit; er ließ seine Liebenswürdigkeit, seinen Witz, seine Vorurteilslosigkeit in allen Farben schillern, um sich den preußischen „Kameraden" zu gewinnen, doch in seinen Zusagen ging er aus vorsichtiger Zurückhaltung nicht heraus. Auf Mansteins Vorstellungen, Europa erwarte von Dumouriez, daß er seinem Vaterland den Frieden geben, der Revolution ein Ziel setzen und den legitimen Thron wieder aufrichten werde, überreichte der Obergeneral das Dekret des Konvents, wodurch für Frankreich die Republik proklamiert war; die Lage, bemerkte er dazu, habe sich von Grund aus geändert; er könne nur noch versprechen, für die persönliche Sicherheit König Ludwigs einzutreten und die von ihm so hochgeschätzte preußische Armee unbehelligt abziehen zu lassen. Eine Einladung zur königlichen Tafel lehnte Dumouriez ab, doch verkehrten auch Franzosen im preußischen Hauptquartier, die Gefangenen wurden ausgewechselt, die Feindseligkeiten bis auf weiteres eingestellt. Auch auf die preußischen Truppen wurde von französischer Seite in versöhnlichem Sinne einzuwirken gesucht. Wiederholt fanden sich deutschredende Elsässer und Lothringer bei den Vorposten ein, um ihnen die Versicherung zu geben, daß sie in den Preußen ihre Brüder, nur in den Oesterreichern ihre Feinde sähen. Auch Flugblätter, in welchen die Unnatürlichkeit der Verbindung Preußens mit Oesterreich dargelegt war, wurden verteilt. [2]) Freilich blieb die Propaganda nicht bei solcher nationalen Anfreundung

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Lucchesini an das Ministerium, 29. Sept. 1792.
[2]) Massenbach, I, 119.

stehen. Ein in vielen Exemplaren verbreiteter Aufruf forderte die Soldaten auf, den Edelleuten und Fürsten, von denen sie wie eine Herde Schafe zur Schlachtbank geführt wären, den Gehorsam aufzusagen und an der Seite der Franzosen ein menschenwürdiges Glück zu suchen. [1]) Eine „Adresse der französischen an die deutschen Soldaten" wies darauf hin, daß auch die deutschen Soldaten Bürger seien, mithin die gleichen Interessen hätten, wie die französischen. „Wisset auch, brave Deutsche, daß die französische Nation sich anheischig gemacht hat, keine Länder mehr zu erobern, daß sie also, wenn sie in euer Land kommt, euch keinen Zoll breit davon nehmen wird!"

Dumouriez gab der republikanischen Regierung beruhigende Versicherung über die Verhandlungen mit den Feinden. „Die mit mir angeknüpften Verhandlungen beweisen, in welch trauriger Lage sich die Preußen befinden. Natürlich thue ich nichts ohne Vollmacht. Bis ich eure Antwort habe, werde ich meine Feder mit dem Säbel spitzen." [2]) In einer neuen Denkschrift für den König von Preußen war ausgeführt, den Franzosen stehe ein gutes Recht zu, das monarchische Regiment zu beseitigen, da sie seit Heinrich IV. nur unfähige und hoffärtige Könige gehabt hätten; mit der Absetzung des Schwächlings Ludwig werde aber anderen Völkern, z. B. den Preußen, die sich seit dem großen Kurfürsten einer ganzen Reihe von hervorragenden, volksfreundlichen Fürsten zu erfreuen hatten, weder ein Beispiel, noch ein Recht zum Sturze des Thrones gegeben.

Es lag zu Tage, daß der Obergeneral zur Zeit nicht daran denke, die Rolle des Generals Monk zu übernehmen. Am 26. September traf Lucchesini, der an Stelle des nach Berlin zurückgekehrten Schulenburg die diplomatischen Geschäfte des Hauptquartiers leiten sollte, in Dampierre ein. Er war trotz seiner Verschwägerung mit Bischoffwerder nichts weniger als ein Anhänger des österreichischen Bündnisses; er konnte sich aber nicht verhehlen, daß die zweideutige Politik, zu welcher Manstein den König verlocken wollte, weder Ehre noch Vorteil bringen werde, ja vielleicht die Gefahr einer völligen Isolierung Preußens in sich berge. [3]) Er stellte dem König vor, daß Dumouriez gar keine Vollmacht habe, im Namen der französischen Nation aufzutreten; die Unterhandlungen seien wohl nur zum Scheine angeknüpft worden, um sowohl zur Heranziehung von Verstärkungen Zeit zu gewinnen, als auch bei den Oesterreichern Argwohn zu erwecken. Manstein erhielt denn auch vom König einen Verweis, weil er sich im Verkehr mit den Republikanern unvorsichtig benommen habe, und Lucchesini sollte an Dumouriez eine scharfe Ablehnung aufsetzen. „Unsere kritische Lage," schrieb der Diplomat an seine Kollegen, „ließ mir freilich rätlich erscheinen, den Ton möglichst zu mäßigen." Ein neues, vom Herzog von Braunschweig unterzeichnetes Manifest wurde an Dumouriez gerichtet. Darauf erwiderte der Franzose schroff und stolz, die Gegner möchten doch nicht vergessen, daß ein siegreiches Heer ebensowenig wie ein freies Volk mit Manifesten besiegt werde. Uebrigens

---

[1]) Briefe eines preußischen Augenzeugen, IV, 15, 21.

[2]) Minutoli, 131. — Boguslawski, II, 64.

[3]) Preuß St.-Archiv. Lucchesini an das Ministerium, 7. Okt. 1792.

habe er nur mit dem König, nicht mit dem Herzog zu thun. „Der Herr Herzog," war mit höhnischer Anspielung an den leichten Sieg über die Niederländer im Jahre 1787 hinzugefügt, „hat mich wohl mit dem Bürgermeister von Amsterdam verwechselt?" An Manstein schrieb Dumouriez: „Ich kann nur bedauern, biederer Manstein (vertueux Manstein), daß mir als einzige Antwort auf Vorstellungen, zu denen ich durch Vernunft und Menschlichkeit angeregt wurde, eine Erklärung zuging, die ein freies Volk nicht ohne zornige Erregung vernehmen kann." Manstein schlug darauf „zur Beseitigung von Mißverständnissen" eine neue Zusammenkunft bei den Vorposten vor, allein der Obergeneral lehnte den Antrag ab, wenn auch seine Antwort schon etwas versöhnlicher lautete. „Die gute Meinung, die ich von Ihrem König, einem Ehrenmann, von Ihrer hochachtbaren Nation und von Ihnen selbst hege, läßt mich tief bedauern, daß solche beleidigende Manifeste jede Anknüpfung unmöglich machen." Dumouriez glaubte selbst nicht mehr an günstigen Erfolg seiner Vorstellungen. „Die Leute sind unverschämt," schrieb er an das Ministerium am 29. September, „aber sie haben den Frieden nötig! Es wird ihnen sehr schwer fallen, sich mit Ehren aus dem Handel zu ziehen; ich bin überzeugt, daß sie das Manifest des Herzogs von Braunschweig aufgeben und zu vernünftigeren Vorschlägen sich bequemen werden, doch glaube ich nicht, daß der König das Bündnis mit Oesterreich aufgeben wird." [1]) Nach Eintreffen des neuen Manifests hatte Dumouriez die Waffenruhe sofort gekündigt; die Erneuung des Kampfes schien bevorzustehen.

Am 27. September wurde im preußischen Hauptquartier Kriegsrat gehalten. [2]) Um jeden Argwohn fernzuhalten, wurden auch Delegierte Oesterreichs und Rußlands beigezogen. Kurz vorher war ein stattlicher Brottransport angekommen; dadurch waren „die Geister doppelt und dreifach belebt worden". Nur zu bald stellte sich aber heraus, daß das Brot ungenießbar war. „Getäuschte Befriedigung schärfte den Hunger; Krankheit, Elend, Mißmut lagen schwer auf einer so großen Masse guter Menschen." Aus diesen traurigen Zuständen erklärt sich, daß dem Vorschlag des Königs, es möge dem Feinde eine Schlacht angeboten werden, nur wenige unbedingt beistimmten. Der Herzog von Braunschweig sah darin ein unerlaubtes Wagnis; die Truppen seien durch die unaufhörlichen Regengüsse, durch Hunger und Entbehrung aller Art, insbesondere aber durch die täglich um sich greifenden Seuchen so heruntergebracht, daß der Gedanke an Schlagen und Vormarsch aufgegeben werden müsse. [3]) Trotzdem wurde, als Clerfait erklärte, er wolle sich gern schlagen, wenn er nur wieder Brot habe, für den 29. September ein Treffen vereinbart. Die Zahl der kampffähigen Mannschaft sank aber so erschreckend rasch herab, daß der Oberfeldherr sich noch entschiedener weigerte, alles auf eine Karte zu setzen. Es wurde be-

[1]) Chuquet, III, 107.

[2]) Peltier, Histoire de la révolution du 10 août 1792, I, 411.

[3]) Die nämlichen Gründe führt auch Lucchesini in seinem Bericht an die Berliner Kollegen zur Erklärung des Rückzugs an. „Die vorgerückte Jahreszeit, die unglaubliche Rauheit der Witterung, die schauerlichen Wege, die unseren Truppen auferlegten Strapazen, die immer noch weiter sich ausbreitenden Krankheiten, die Entferntheit der Magazine, der Mangel an Fourage, der Abgang an Pferden, alles dies machte den Entschluß zum Rückzug unvermeidlich."

schlossen, langsam in der Richtung nach Verdun zurückzugehen und den Feldzug vorläufig zum Abschluß zu bringen. Da der Weg über Grandpré und Vouziers gewählt werden sollte und es den Franzosen ein Leichtes gewesen wäre, den Engpaß von Grandpré vor den Preußen zu besetzen, wurden aufs neue Unterhandlungen angeknüpft.[1]) Trotz allem Mißgeschick wäre ein so demütigender Beschluß nicht durchgedrungen, wenn nicht die Schreckensnachricht eingetroffen wäre, daß ein Einfall Custines in deutsches Gebiet, ein Angriff auf Mainz und Frankfurt bevorstehe. Ohne Zweifel haben die Unterhandlungen mit Kellermann und den aus Paris eingetroffenen Konventsdeputierten den Rückzug hinter die Argonnen wesentlich erleichtert. Daß Dumouriez selbst, wie ihm bald darauf von Marat und in jüngster Zeit von Michiels und Michaud vorgeworfen wurde, den Abmarsch des Feindes in verräterischer Absicht begünstigt habe, ist unglaublich. Wir wissen, daß er bei seinen Untergeneralen, solange es durch die Lage geboten schien, auf Ernst und Entschlossenheit drang und dem zu lässigen Kellermann eine strenge Rüge zugehen ließ. Nun könnte ja solches Auftreten als auf Täuschung berechnet aufgefaßt werden, doch ist es an sich gewiß nicht glaublich, daß der ehrgeizige Dumouriez, sei es um Geldgewinnes, sei es um eines zweifelhaften diplomatischen Erfolges willen einen militärischen Triumph aus der Hand gelassen hätte. Eher ist anzunehmen, daß ihm die in Kellermanns Hauptquartier geführten Verhandlungen, die er in seinen Denkwürdigkeiten nicht erwähnt, entweder gar nicht oder nicht rechtzeitig bekannt wurden, daß er auch infolge der Mangelhaftigkeit des Aufklärungsdienstes nicht in stand gesetzt war, die Bewegungen des Feindes mit der erforderlichen Raschheit zu überschauen, oder daß ihm bei unbefangener Würdigung der dem Gegner zu Gebote stehenden Mittel rätlicher erscheinen mochte, die Preußen abziehen, als es auf einen jedenfalls verzweifelten Kampf ankommen zu lassen.

Am 29. September trafen die Bevollmächtigten des Konvents, Benoit und Westermann, im preußischen Hauptquartier ein. Sie fanden die höflichste Aufnahme. Die Franzosenfreunde, insbesondere General Kalckreuth, versicherten ohne Umschweife, daß ihnen nichts erwünschter wäre als der Friede mit Frankreich, und auch der König scheint in der Aufmerksamkeit gegen seine Gäste sehr weit gegangen zu sein; nach einer Behauptung des englischen Gesandten Morris wäre sogar mit klingendem Lohne nicht gekargt worden, Westermann hätte „für freundliches Entgegenkommen" 25 000 Livres erhalten. „Was möchtest Du haben?" schrieb der Deputierte mit prahlerischem Jubel an einen Freund in Straßburg, „ich bin hier allmächtig; ich habe gestern bei dem Könige gespeist, Preußen trennt sich von Oesterreich, das ganze Weltall kann die Republik nicht mehr schädigen!"[2])

Während die Armee der Verbündeten den Rückzug antrat, wurden die Unterhandlungen fortgesetzt, auch mit Dumouriez und Kellermann wurde wieder angeknüpft. In erster Reihe lag zweifellos die Absicht zu Grunde, während des Marsches durch die Schluchten und über die Pässe der Argonnen eine gefährliche Verfolgung

[1]) Boguslawski, II, 69.
[2]) Sybel, I, 588.

abzuhalten, ein Plan, der in gleichem Maß den Oesterreichern wie den Preußen zu gute kam. Trotzdem blickten die Oesterreicher mit wachsendem Mißtrauen auf den vertraulichen Verkehr ihrer Bundesgenossen mit den Franzosen. Im Lager wurde eine Aeußerung Kellermanns ruchbar, die französische Regierung wisse recht gut, daß Preußen sich mit dem Gedanken einer neuen Teilung Polens trage, und sie werde sich jeder Stärkung einer Macht erfreuen, die früher oder später ihre Bundesgenossin gegen gemeinsame Feinde werden müsse.[1]) Solche Gerüchte mußten den österreichischen Heerführern Argwohn einflößen, so daß sie in Wien auf Absonderung ihrer Truppen drangen, die sonst das Opfer einer beispiellosen Verräterei werden könnten. Ueberdies trat zu Tage, daß Dumouriez sein Augenmerk auf Belgien gerichtet habe und der nächste Angriff dort zu erwarten sein werde. In der That meldete Dumouriez am 5. Oktober dem Kriegsminister, er sei nicht im stande, die Preußen schon jetzt gänzlich aus Frankreich zu vertreiben, er wolle deshalb zwar durch Kellermann den Versuch machen lassen, Verdun wieder zu gewinnen, selbst aber zur Entsetzung der von den Oesterreichern belagerten Festung Lille aufbrechen. In Belgien hoffte er auf freundlichen Empfang der Bevölkerung und auf leichtere und glänzendere Erfolge, als sie in der Champagne sich erwarten ließen. Als ein Teil der französischen Armee nach Nordwesten abschwenkte, hielt die Brüsseler Regierung möglichste Konzentrierung der österreichischen Streitkräfte für geboten; das Corps Clerfait wurde zur Verstärkung der Belagerungstruppen vor Lille bestimmt, und auch das Corps Hohenlohe sollte die preußische Armee verlassen und zur Deckung der Niederlande im Luxemburgischen Stellung nehmen.

Die Abberufung der Oesterreicher bestärkte den Herzog von Braunschweig in seinem Entschluß, den Feldzug sogar mit Aufgebung der gewonnenen festen Plätze für das laufende Jahr abzubrechen. Die Schwierigkeiten und Opfer des Rückzuges waren unheimlich gewachsen; die Ruhr grassierte so entsetzlich, daß die verlassenen Lagerplätze mit Kirchhöfen verglichen wurden.[2]) Noch am 25. September schrieb Goethe an die Herzogin Amalie, der Weg von Grandpré bis Hans sei so ruhig und sicher zurückgelegt worden, „als wenn man in einer großen Suite von Weimar nach Eisenach führe", trostlos sei nur das Wetter, — „man schilt öffentlich Jupiter einen Jakobiner, ja, einen sansculotte."[3]) Der

[1]) Kellermann soll die Aeußerung vor Graf Lindenau gemacht haben (Luccheſini an das preußische Ministerium, 19. Okt. 1792).

[2]) Almanach Historique de 1792—1793, 6. — In einer Chansonette wird das Mißgeschick der Preußen verspottet:

„Que le grand roi des Uhlans
Sur la foi des émigrans
Ait cru prendre pour ses peines
La France en quatre semaines
Sans obstacle en son chemin:
C'est bien, fort bien,
Cela ne nous blesse en rien;
Que gagne-t-il au lieu de gloire:
Rien que la f . . .!"

[3]) Goethes Werke, 4. Abt., 10. Bd., 20.

Herzog von Braunschweig sagte zu Goethe: „Sie können bezeugen, daß wir nur durch die Elemente besiegt sind.“ Es regnete, so lange die deutschen Truppen sich auf französischem Boden befanden; beständig mußten sie unter einem düsteren Himmel in tiefem Schlamm marschieren. Napoleon ließ 20 Jahre später nach dem unglücklichen russischen Feldzug eine Denkmünze prägen, auf der die französische Armee als ein kräftiger Krieger dargestellt ist, den Aeolus und seine Genossen zum Weichen zwingen. So könnte man, sagt Valentini, für den Feldzug von 1792 den schmutzigsten der Götter, den Schlamm, als Verteidiger des republikanischen Frankreichs darstellen.

Was Goethe am 10. Oktober von Verdun an Voigt schreibt, klingt weniger scherzhaft und gelassen. „Von den Hindernissen, die durch Witterung und Wege entstanden sind, hat niemand einen Begriff, als wer mitgelitten hat. Wir haben in diesen sechs Wochen mehr Mühseligkeit, Not, Sorge, Elend, Gefahr ausgestanden und gesehen, als in unserem ganzen Leben . . . Dieser Feldzug wird als eine der unglücklichsten Unternehmungen in den Jahrbüchern der Welt eine traurige Gestalt machen!“ [1]) Trotzdem war ihm der Rückzug der „unbesiegt-krebsgängigen Preußen“ unbegreiflich: „Ein großer Teil dieser sonderbaren Geschichte wird ein Geheimnis bleiben!“ [2]) „So sind wir denn wieder diesseits der Maas,“ schrieb Lombard am 8. Oktober an seine Braut, „und sind außer aller Gefahr, aber entmutigt, niedergeschlagen und geteilt zwischen dem Verlangen, den Gefahren dieses so wenig politischen Krieges ein Ziel zu setzen, und der Wut, den Triumph einer Faktion von Verbrechern oder aus Furcht ihnen unterwürfigen Feiglingen zu sehen!“ [3]) Wieder anders faßt der Autor der „Unparteiischen Bemerkungen über den unglücklichen Feldzug des Herzogs von Braunschweig“ die Lage auf; er glaubt, daß die ruhmgekrönte preußische Armee nur deshalb unterlag, weil es eben unmöglich, gegen den Geist und die Waffen einer neuen Zeit siegreich anzukämpfen. Der Herzog von Braunschweig, obwohl sonst der Aufgeklärtesten einer, sei das Opfer eines verhängnisvollen Mißverständnisses geworden; er habe die Franzosen in einen Topf mit den kurz vorher so spielend leicht bezwungenen Niederländern geworfen. In den Niederlanden waren es aber nur Parteien, die, einer alten Regierungsform müde, eine neue anstrebten; in Frankreich hat sich eine ganze Nation erhoben, um im Bewußtsein der Unveräußerlichkeit ihrer Menschen- und Bürgerrechte neue Gesetze für sich zu fordern, und diese neue Verfassung wird von der begeisterten Nation gegen eine Welt in Waffen verteidigt werden. Wehe, wenn die preußische Regierung die durch ihr Mißgeschick im Felde erteilte Warnung nicht verstehen, wenn sie nochmals für eine verlorene Sache das Schwert erheben würde! [4]) In ähnlichen Warnungen erging sich die „Fortgesetzte Schubartsche Chronik“ nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten über die ungünstige Wendung auf dem Kriegsschauplatze. Wie dunkel und unsicher auch noch diese Gerüchte: so viel stehe

[1]) Goethe, a. a. O., 32.
[2]) Lüttge, Goethes Verhältnis zu Geschichte und Politik, 18.
[3]) Hüffer, a. a. O., 318.
[4]) Unparteiische Bemerkungen ꝛc., 23.

fest, daß die Prophezeiung Archenholz' eingetroffen, daß Preußen in peinliche Lage geraten sei, daß ohne die Einmischung der Fremden die Blutscenen vom 10. August und 2. September unterblieben wären, daß der Vulkan in Frankreich schon in nächster Zeit auch die deutschen Lande mit einem Stein- und Schwefelregen überschütten werde.[1])

Die Nachrichten aus Wien und von den anderen Höfen lauteten trostlos. In Wien, so wurde von Legationsrat Cesar gemeldet, sei alle Welt nur von einem Gedanken beherrscht: Frieden um jeden Preis! Preußen könne leicht Krieg führen; dort sei deshalb keine Steuererhöhung erforderlich, dort habe man keine Unruhen zu befürchten; in den Erbstaaten aber wachse das Mißvergnügen über einen Krieg, der Oesterreich nichts angehe, der nur auf Rechnung des unpopulären Bündnisses mit Preußen zu setzen sei.[2]) Mit Rußland hatte man nur die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Katharina hatte das heilige Versprechen gegeben, die deutschen Mächte im Kampfe mit der Hydra der Revolution mit Aufgebot aller Kräfte zu unterstützen. Die Hülfe war aber immer kläglicher zusammengeschrumpft. Als im preußischen Hauptquartier der Vorschlag auftauchte, die Zarin um rasche Erfüllung ihrer Zusage zu ersuchen, wollte Lucchesini gar nichts mehr davon wissen, denn dieses Morgenrot, das jetzt noch so schön über den schwarzen Wolken leuchte, würde alsbald in schmutzigem Regen untergehen! Die preußischen Minister teilten diese Auffassung. „Mit vollem Recht haben Sie die Absendung eines eigenen Unterhändlers nach Petersburg verhindert. Die 15 000 Russen wären wahrlich auch nicht im stande, unsrer Lage in Frankreich aufzuhelfen; die Kaiserin würde aus unsrer Bitte nur noch schlimmere Schlüsse auf unser Mißgeschick gezogen, aber trotzdem keine Geneigtheit zu thatsächlicher Hülfeleistung gezeigt haben. Wie schade, daß Sie nicht ebenso die Mahnung in London und Madrid verhindern konnten! Spanien wird sich deshalb auch nicht zum kleinsten Schritte bewogen fühlen, und England wird nicht um ein Haar breit von seinem Neutralitätssystem abweichen."[3]) Ebensowenig war auf Hülfe vom deutschen Reich zu rechnen. Von preußischer, wie von österreichischer Seite wurde geklagt über die Haltung Pfalz-Baierns, dessen Kurfürst dem Feind alle erdenklichen Gefälligkeiten erweise, während er sogar den verwundeten Oesterreichern die erbetene Aufnahme in Mannheim versage. „Die schlechte Gesinnung dieses Kurfürsten ist längst bekannt," ließen die preußischen Minister dem König erklären, „doch wenn es wahr wäre, daß er sich sogar mit verräterischen Absichten trüge, müßte man einen auffälligen Akt der Vergeltung vollziehen."[4]) Die beiden verbündeten Kabinette forderten die Entfernung des französischen Gesandten Assigny, eines ausgesprochenen Jakobiners, der auch nach Ausbruch des Krieges und Absetzung des Königs ruhig in München geblieben war. Nicht mit Unrecht fand dies die Wiener Zeitschrift besonders befremdlich, „weil eben dieser Hof es gewesen ist, der seit acht Jahren her, wie kein anderer Hof in

---

[1]) Fortgesetzte Chronik Schubarts, Jhgg. 1792, 646, 667.
[2]) Preuß. St.-Archiv. Das preuß. Ministerium an Lucchesini, 15. Okt. 1792.
[3]) Ebenda. Das preuß. Ministerium an Lucchesini, 22. Okt. 1792.
[4]) Ebenda. Das preuß. Ministerium an Lucchesini, 18. Okt. 1792.

Europa, die allerstrengsten Maßregeln gegen alles, was Faktionsmacherei im näheren oder entfernteren Sinne heißen mag, ergriffen hat", und „ein Jakobiner nichts mehr und nichts weniger, als ein praktischer Illuminat nach dem im Baierland geborenen und dort und anderwärts großgezogenen Weishaupt-Kniggischen Illuminaten-System." Erst auf wiederholtes Andringen des kaiserlichen Gesandten Grafen Lehrbach und des preußischen Geschäftsträgers Schultz wurde dem Franzosen bedeutet, sich zu verabschieden, und auf die Vorwürfe der beiden Mächte erwidert, die bairische Regierung habe erst legale Nachrichten über die neuesten Vorgänge in Paris abwarten wollen.[1])

Doch auch bei den übrigen Reichsständen war kein Hauch von Kriegslust zu verspüren. Der einzige Fürst, der mit beträchtlichen Streitkräften am Feldzug teilgenommen hatte, Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel, eilte auf die Kunde von Custines Streifzug zum Schutze des eigenen Landes zurück.[2])

Trotz der schlimmen Lage des Heeres wollte der König die von den französischen Unterhändlern geforderte Räumung der Festungen Longwy und Verdun nicht zugestehen; es wurde nochmals an Hohenlohe das Ansinnen gestellt, den Abzug zu verschieben und zur Deckung jener Plätze Hülfe zu leisten. Doch Hohenlohe, der bei jedem Anlaß Mißtrauen gegen die preußische Führung und Verdruß über die unnatürliche Waffengemeinschaft an den Tag legte, zog nach Arlon ab. Nun wurde Verdun übergeben (14. Oktober). Auch bei dieser Gelegenheit machten die französischen Offiziere kein Hehl aus ihrer Neigung zu Frieden und Freundschaft mit Preußen. „Ich glaube," schreibt der Kronprinz, „hätte es noch länger gedauert, sie hätten mich gar zu ihrem König gewählt." „Zwei Gründe" — so sucht Lucchesini die Taktik der Franzosen zu erklären, — „mögen die Führer der Revolution und der Armee zu solcher Haltung bewogen haben. Der erste ist: sie wollen den Wiener Hof argwöhnisch machen und dadurch die Bande, welche uns mit ihm verbinden, lockern. Der zweite, der mir noch mehr dem Sinn der Revolutionsmänner zu entsprechen scheint, besteht darin: sie wollen sich die Achtung und das Wohlgefallen unsrer Soldaten erwerben und die alte Abneigung gegen Oesterreich wieder anfachen. Da sie einsehen, daß unser loyaler Gebieter unabwendbar am Bündnis mit dem Wiener Hof festhalten wird, hoffen sie wenigstens in der preußischen Armee Widerwillen gegen einen Krieg hervorzurufen, den sie lediglich als eine Folge unseres Bündnisses mit dem Kaiser darstellen. Da die Oesterreicher aus diesem Verhalten der Franzosen thatsächlich Verdacht geschöpft haben, ist Spielmann, ebenfalls von dieser Furcht angesteckt, nach Verdun gekommen; er hatte keine Zeit, seinen Irrtum zu erkennen, weil ihn plötzlich die Angst befiel, er möchte von den Patrioten gefangen genommen werden. Feldzeugmeister Hohenlohe, Erzherzog Karl, ja sogar auch Clerfait glauben felsenfest, daß unser König damit umgehe, sie zu verraten und einen Separatfrieden zu schließen. Diese Besorgnis wirkt auch auf ihre militärischen Operationen ein, so daß sie ihren Marsch an die Grenze beschleunigen und unbedenklich unsere Flanken bloßstellen, wenn es ihrer

[1]) Wiener Zeitschrift, IV, 129, 141, 159.
[2]) Loßberg, Erinnerungen, 14.

Stellung zuträglicher erscheint. Nur Fürst Reuß ist überzeugt von der Loyalität des Königs und ungehalten über das Gebaren der Oesterreicher, doch auch er kann sich nicht verhehlen, daß man in Wien den Einflüsterungen der Generäle lieber Glauben schenken wird, als seinen Versicherungen. Und doch ist Seine Majestät heute weiter denn je davon entfernt, sich in irgend etwas vom Wiener Hofe zu trennen. In Wien dagegen hat sich, wenn man aus den Reden Spielmanns einen Schluß ziehen darf, die Auffassung der französischen Revolution von Grund aus geändert. Der Herr Geheimreferendär wäre gar nicht mehr abgeneigt, zur Aufrichtung der Republik in Frankreich seine Zustimmung zu geben. Da sein Hof des Vorteils, den ihm der Vertrag von Versailles über die französische Monarchie eingeräumt hatte, nun einmal verlustig gegangen ist, sieht er in Frankreich nur noch den alten Nebenbuhler, der von dem Augenblick an, da er an Stelle des Königtums die republikanische Staatsform setzte, aufgehört hat, dem österreichischen Hause gefährlich zu sein."[1])

Am 18. Oktober schloß Kalckreuth mit General Valence einen Vertrag, der den Franzosen gegen das Versprechen, den Rückzug der Preußen nicht zu stören, auch die Festung Longwy zurückgab. „Diese Maßnahme," schrieb Luccheſini, „ist unerläßlich geworden durch die verzweifelte Lage, in welcher sich heute unsere Armee befindet." Einen förmlichen Waffenstillstand einzugehen, weigerte sich der Franzose; daran sei nicht zu denken, ehe der Boden Frankreichs von den Fremden völlig geräumt wäre. „Insbesondere der sechste Artikel des Vertrags ist für uns entsetzlich; es wird darin ausgesprochen, daß das Siegel der französischen Republik neben dasjenige des Königs zu setzen ist."[2])

Am 21. Oktober überschritten die Preußen bei Aubange die Grenze. Tags darauf hörten sie die Salven, die Kellermann in Longwy aus Anlaß der Räumung des französischen Gebiets abfeuern ließ. „Welcher Unterschied zwischen unserem ersten Durchzug und dem nunmehrigen Rückzug!" ruft Minutoli aus.[3]) Welch klägliches Bild, berichtet Laukhard, bot unsere Armee dar, wohin war unsere Propretät gekommen, die berühmte preußische Propretät! Man sah bei uns nichts als Ungeziefer, Schmutz und Lumpen![4]) Die Straßen waren völlig bedeckt mit toten und sterbenden Pferden, verlassenen Gefährten, zertrümmerten Lafetten und Brückenkähnen, zerrissenen und verfaulten Zelten. Um die Kanonen fortzubringen, mußten die Kavalleristen absitzen und ihre Pferde vor die Geschütze spannen lassen. In den Straßengräben lagen Hunderte von Unglücklichen, die der Armee nicht mehr folgen konnten; die Hospitäler, unzureichend, in der Eile errichtet, waren mit Kranken überfüllt, die ohne Beistand dahinstarben. Ein volles Drittel der Armee ging — nach der Versicherung Lombards — durch Anstrengungen, Hunger und Krankheiten zu Grunde, ein anderes Drittel war außer stande, weiter zu dienen, das letzte bestand mehr aus Gespenstern als aus Menschen.[5]) Die Marschierenden, erzählt ein anderer Augenzeuge, der Hesse

[1]) Preuß. St.-Archiv. Luccheſini an das preuß. Ministerium, 15. Okt. 1792.
[2]) Ebenda. Luccheſini an das preuß. Ministerium, 19. Okt. 1792.
[3]) Minutoli, 337.
[4]) Briefe eines preuß. Augenzeugen, III, 209.
[5]) Hüffer, 316.

Loßberg, befanden sich in unglaublich verwildertem Zustand; das sonst in Zöpfe gebundene Haar hing ihnen wirr herab, die Gesichter waren bleich und eingefallen, die Augen tief eingesunken, viele liefen barfuß, überdies waren die Soldaten, da es ja Troßpferde nicht mehr gab, nicht bloß mit den schweren, fast unbrauchbar gewordenen Waffen, sondern auch mit allen erdenklichen Gegenständen beladen, schwanken Schrittes und ohne jegliche Ordnung zogen sie einher.[1]) In einem von Laukhard mitgeteilten, „von einem preußischen Kanonier gedichteten" Marschlied heißt es:

„Nun konnte man uns sehn
Wie die Zigeuner gehn,
Halbbarfuß und zerrissen,
Den Kuhfuß (Gewehr) weggeschmissen,
Die Wagen meist verbrannt,
So zogen wir durchs Land!"

Die Soldaten konnten nur als grimmigen Hohn auffassen, daß ihnen zwar kein Brot, aber große Vorräte von Kreide zum Anweißen der Hosen ausgehändigt wurden.[2]) „Ich habe," versichert der hessische General Loßberg, „dem Rückzug aus Rußland beigewohnt, aber die preußischen Soldaten waren noch schrecklicher anzusehen, als die Trümmer der Armee Napoleons."

Welch traurige beschämende Wendung hatte der Feldzug für die deutschen Waffen genommen! Der amerikanische General Steuben, der im Siebenjährigen Krieg unter preußischer Fahne gefochten hatte, wollte gar nicht glauben, daß die zuchtlose gallische Volkswehr die preußischen Adler zum Weichen gezwungen habe, und als die Nachricht Bestätigung fand, war er des Glaubens, es müsse dem Rückzug der Preußen eine diplomatische Intrigue zu Grunde liegen.[3]) „Zu einer Zeit" — so schrieb der abwechselnd dem deutschen Patriotismus, bald der Freiheitsliebe Rechnung tragende Stäudlin in der „Chronik" — „wo die Freunde der Franken mehr als jemals für sie zitterten, wo ihre triumphierenden Feinde schon im Geiste eine entscheidende Hauptschlacht geliefert, die Häupter der Jakobiner in Fesseln und auf dem Blutgerüst, den umgestürzten Königsthron wieder wie auf Felsen gegründet und die deutschen Krieger zu Paris in Champagner schwelgen sahen, — zu einem solchen Zeitpunkt erschallt auf einmal die mehr als überraschende Kunde: die Preußen sind im vollen Rückzug begriffen!"[4])

Es war nicht länger zu bezweifeln: die Verbündeten hatten sich mit unbegreiflicher Leichtfertigkeit auf ein gewagtes Unternehmen eingelassen. Abgesehen von militärischen Fehlern, von der Unbill des Wetters und anderen Hindernissen: eine nur 60000 Mann starke feindliche Armee hätte sich wohl kaum auf die Dauer in Frankreich behaupten können.

Die Emigranten hatten freilich ihren Freunden vorgespiegelt, daß die von

[1]) Loßberg, 26.

[2]) Briefe eines preuß. Augenzeugen, III, 177; IV, 85. — Im Zustand trauriger Verwahrlosung zeigt die preußischen Truppen auch ein gleichzeitiger Kupferstich „La trouée de Grandpré", der in Laurents „Les Préliminaires de Valmy" (1892) wiedergegeben ist.

[3]) Leben des amerikanischen Generals F. W. v. Steuben, von F. Kapp, 588.

[4]) Fortgesetzte Chronik Schubarts, Jhgg. 1792, 664.

der Nationalversammlung aufgebotenen Heere gar nicht im stande seien, den wohldisziplinierten, geschulten Gegnern ernsten Widerstand entgegenzusetzen, daß überdies ein großer Teil der Linientruppen sofort zu den Befreiern Frankreichs übergehen, das ganze Unternehmen überhaupt mehr den Charakter eines Vergnügungszuges, als eines Krieges haben werde. Doch wie anders war es gekommen!

Statt durch Anhänger des Königtums Zuwachs zu erhalten, hatten sich die Streitkräfte der Verbündeten in gleichem Maße vermindert, je weiter sich die Operationslinie verlängerte; es mußten ja immer wieder Abteilungen zurückgelassen werden, um die Verbindung mit Deutschland zu erhalten, während für genügenden Nachschub keineswegs gesorgt war. Peltier findet es unbegreiflich, daß sich ein Stratege wie der Herzog von Braunschweig zu so tollkühnen Possen hergab; im besten Falle wäre höchstens das Skelett einer Armee nach Paris gekommen und dort samt dem König und der Blüte des europäischen Adels in einem Netz gefangen gewesen.

Wie anders, als es die Artois und Breteuil in Aussicht gestellt hatten, war die Haltung der französischen Armee und des französischen Volkes! Die Soldaten Dumouriez', von denen viele schon im Siebenjährigen Krieg, in Korsika, in Virginien die Waffen getragen hatten, hielten unerschrocken den gefürchteten Preußen stand. Es war nicht mehr die alte königliche Armee; es erscholl kein anderer Ruf, als: Es lebe die Nation! und der neue Geist hatte in allen feurigen Opfermut entfacht. „Wenn wir das Glück haben werden, fürs Vaterland zu sterben," so erklärte ein einfacher Karabinier, Namens Huguenin, im Jakobinerklub zu Straßburg, „so wird unsere kalte Asche noch dafür zeugen, daß wir gelebt und gestritten für die Freiheit, und daß wir den Märtyrertod erlitten, um sie zur Herrschaft zu bringen!" Der Karabinier Cariet bot dem nämlichen Klub vor Ausbruch des Krieges den sechsten Teil seines Soldes an, mit den Worten: „Kommen wird der glückliche Tag, an dem sich Frankreich in edlem Stolz waffnet, um den Despotismus von der Erde zu tilgen. Gern will ich dann mein Leben opfern, um dieses Ziel zu erkämpfen. Frei leben und sterben! ist unser Feldgeschrei; niemals werden wir Karabiniers diesem Schwure untreu werden!"[1]) Diese Karabiniers waren es auch, die bei der Herberge von la Lune den ersten Angriff der Preußen tapfer aushielten.

An der Seite der Linientruppen fochten die Freiwilligen, jetzt nicht mehr der wertlose Ballast, wie zu Anfang des Krieges. Während sie damals nur durch ihre Zahl gewirkt und nur inmitten wirklicher Soldaten gute Dienste geleistet hatten, waren sie nun durch halbjährige Uebung und Erfahrung kriegstüchtig geworden und wetteiferten mit den alten Regimentern an Mut und Ausdauer. Was von den stolz auf ihre Ueberlegenheit pochenden Deutschen vor kurzem noch wenige geglaubt hatten: Frankreich besaß eine tapfere, patriotische Armee, die thatsächlich im stande war, das Vaterland zu verteidigen.

Und hinter dieser Armee stand ein im Verlangen nach Abwehr des Feindes einmütiges Volk. „Ganz Frankreich," schrieb Lombard am 8. Oktober 1792, „hat nur eine Stimme über die Revolution — d. h. im allgemeinen; rücksichtlich

[1]) Heitz, Les sociétés politiques de Strasbourg, 162, 172.

der Art und Weise, wie sie gemacht ist, gibt es ja viele Mißvergnügte, und nur die allgemeine Gefahr hat die Parteien für einen Augenblick vereinigt; einige Adelige, einige Priester und einige Bediente, die von den einen und den anderen leben, haben kein Gewicht! . . . Mögen alle Fürsten von Europa das französische Gebiet betreten, sie werden inmitten der glänzendsten Erfolge doch keinen Franzosen sehen, der ihnen entgegen käme und mit freiem Willen sich unter ihre Fahnen reihte!“ [1]) Mochte es auch in größeren, reicheren Städten, wie Verdun, Parteien geben, die das alte Regiment zurückzuführen wünschten und verräterisch die Besatzungen zur Uebergabe zwangen, so war doch die große Mehrheit der Bevölkerung gerade in Lothringen und der Champagne der neuen Staatsordnung unbedingt ergeben. Gerade hier war die Umwälzung, welche die herrschaftlichen Rechte, die übermäßigen Abgaben und Fronen abgeschafft hatte, mit Begeisterung begrüßt und auch über den Greueln des 10. August die Bedeutung dieses Tages nicht verkannt worden. „Die Dekrete der Nationalversammlung haben Frankreich gerettet,“ schrieb der Distrikt Epernay in einer Dankesadresse an den Konvent, und der Stadtrat von Epernay schickte der Armee Dumouriez' als patriotische Gabe tausend Scheffel Korn. Diese Beispiele blieben nicht vereinzelt. Die feindselige Stimmung der Bevölkerung trug nicht wenig dazu bei, die Truppen der Verbündeten zu entmutigen. Lombard schreibt: „Alles, was die Böswilligkeit der Einwohner zur Verhinderung unserer Pläne thun konnte, ist geschehen.“ „Die Bauern flohen vor uns in die Wälder, verbargen, so viel sie konnten, ihre Vorräte, gaben aber unseren Feinden im Ueberfluß, halfen ihnen unsere Transporte auszuspähen und zu beunruhigen. . . . Jeder Bauer war als Spion zu fürchten. . .“ Den Deutschen mußte es klar werden, daß der eigentliche Zweck des Krieges gar nicht zu erreichen sei. „Wozu schlagen wir uns?“ sagte Prinz Louis Ferdinand zu dem Emigranten Mareillac nach dem Treffen bei Valmy, „wir töten Menschen, das ist alles, aber Ludwig XVI. werden wir nicht retten; die Franzosen wollen keinen König mehr, das ist — ich bin selbst in ihrem Lager gewesen — der Ruf aller Soldaten!“ Wenn es aber auch gelungen wäre, den König wieder auf den Thron zu setzen, keinesfalls wäre es möglich gewesen, das alte Regiment wieder heraufzuführen. „Glaubt man denn,“ schrieb Archenholtz im November 1792, „daß das französische Volk die Republik wieder aufgeben würde, die Freiheit, die es nun seit vier Jahren genossen hat, und daß es in der von den Verbündeten auferlegten Ruhe auch beharren würde? . . . Es ist merkwürdig, daß diese von den Franzosen so sehr gewünschte Regierungsform vorzüglich von deutschen Philosophen stark angefochten worden ist, die aus historischen, politischen und philosophischen Gründen die Unausführbarkeit eines solchen Entwurfs gezeigt haben und noch zeigen. Es ist die Geschichte der Luftbälle, deren Fortsegeln in der Luft aus physischen, ja aus mathematischen Gründen von sehr denkenden Männern so lange als unmöglich bewiesen wurde, bis die ersten Luftschiffer über Paris wegflogen und diesen elaborierten Argumenten auf einmal ein Ende machten.“ [2]) Sogar Graf Mercy, der Mentor der Königin von Frank-

[1]) Hüffer, 314.

[2]) Minerva, Jhgg. 1792, IV, 125.

reich, hatte die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Monarchie aufgegeben. Noch im Juli war er der Meinung gewesen, es sei „des Oberhauptes des deutschen Staatskörpers würdig, allen Souveränen das Beispiel zu geben und seine Streitkräfte zu sammeln, um eine große Nation vor ihrer eigenen Wut und die ganze Gesellschaft von anarchischem Umsturz zu erretten".[1] Nach dem Feldzug aber bezeichnete er es als „Hirngespinst", als „verhängnisvollen Wahnsinn", daß man versuche, „eine Ordnung der Dinge wiederherzustellen, die unwiederbringlich zerstört ist, und Einrichtungen zu stürzen, die unzerstörbar sind".[2] Es kam, wie Kaunitz schon im Januar vorausgesagt hatte: „Der Krieg wird für Ludwig XVI. und seine Familie eine viel härtere und schlimmere Gefangenschaft nach sich ziehen, und auch im Falle des Sieges wird man auf die Dauer der Restauration nur auf so lange rechnen können, als die fremden Armeen in Frankreich bleiben werden."[3]

Nun war aber den Waffen der Verbündeten nicht Sieg, nur Niederlage beschieden. Der Feldzug von 1792 sollte alles zu Ende führen, und er war nur ein Anfang. Die deutschen Heere sollten Ludwigs Thron und Leben retten, doch ihr Einmarsch kostete ihn den Thron und war eine Hauptursache seines Todes. Die deutschen Heere wollten die Revolution bezwingen, doch sie entfesselten nur den Sturm aufs neue. Die Mächte wollten Frankreich schwächen unter dem Vorwand der Wiederherstellung von Frieden und Ordnung, doch sie machten die Franzosen nur einig und entschlossen; sie schufen aus den Massen, die sie wie Staub wegzufegen dachten, eine unwiderstehliche, elementare Kraft, die zwei Jahrzehnte hindurch von den zwei schrankenlosesten Despoten der neuen Zeit, dem Wohlfahrtsausschuß und dem Kaiser Napoleon I., zu ruheloser Befehdung Europas gebraucht wurde. Der Krieg, der als Kreuzzug wider den Jakobinismus geplant war, wandelte sich in einen Krieg der Interessen und der Eroberungssucht. Hüben, wie drüben. Als Kaiser Franz dem König von Preußen dankbare Befriedigung aussprach, daß er nach dem „infolge der schlechten Witterung und unerwarteter Hindernisse" verunglückten Feldzug ohne Aufschub einen neuen unternehmen wolle, gab er auch der Hoffnung Ausdruck, es werde nunmehr den verstärkten Kräften der Verbündeten gelingen, „ihnen die Genugthuung und die Entschädigung zu schaffen, auf die sie gerechten Anspruch zu erheben haben".[4] Andrerseits wurde in der Pariser Nationalversammlung zwar immer wieder versichert, es handle sich nur um Abwehr der Trabanten des Absolutismus; als aber den französischen Waffen der Sieg beschieden war, trat sehr bald zu Tage, daß „der große Ausschuß der erhabenen Völkererhebung", wie Danton die Nationalversammlung nannte, nach Ausdehnung der Grenzen des eigenen Landes nicht weniger Begierde trage und nicht wählerischer in den Mitteln vorzugehen gedenke, als Ludwig XIV. mit seinen Reunionskammern.

[1] Briefwechsel zwischen dem Grafen Mirabeau und dem Fürsten von Arenberg, Grafen von der Mark, her. von Bacourt, deutsch von Städtler, III, 374. Entwurf eines von Graf Mercy-Argenteau der österreich. Regierung vorgeschlagenen Manifests, Juli 1792.

[2] Ebenda, Mercy an das Wiener Kabinett, III, 388, 390.

[3] Vivenot, Quellen, I, 343. Considérations du prince Kaunitz, 24 janvier 1792.

[4] Ebenda, Quellen, II, 317. Franz II. an Friedrich Wilhelm II., 29. Okt. 1792.

Zweiter Abschnitt.

Der Einfall der Franzosen in die deutschen Rheinlande. Das Kurfürstentum Mainz. Custine in Mainz. Die Klubisten in Mainz. Die Franzosen in Frankfurt. Der Fortgang des Krieges. Die Schlacht bei Jemappes. Die Befreiung der Stadt Frankfurt. Verhältnis der kriegführenden Mächte.

Nicht genug, daß die deutschen Heere kläglichen Rückzug aus der Champagne antreten mußten, noch empfindlichere Demütigung brachte der erste Angriff der Revolutionsheere auf deutsches Land. Gerade jene Städte wurden davon getroffen, die vor kurzem zu Ehren des neuen Kaisers und des Königs von Preußen stolzes Festgepränge zur Schau getragen hatten. In Frankfurt, in Mainz, wo sich damals die glänzendsten Vertreter des Adels von Frankreich und Deutschland in sorgloser Sicherheit wie zu einer Vorfeier des Sieges über die Revolution versammelt hatten, erscholl wenige Monate später das ça ira der übermütigen Sansculotten und der zum „Ehrendienst der Freiheit" bekehrten deutschen Bürger. Und das blühende Rhein- und Maingestade fiel nicht etwa nach tapferer Gegenwehr, sondern fast ohne Schwertstreich in die Hände des Feindes; nie und nirgend war bisher die Ohnmacht, der Verfall des deutschen Reiches so beschämend zu Tage getreten!

Es ist bezeichnend für die Leichtfertigkeit der deutschen Kriegführung, daß für Sicherung der deutschen Rheinlande gegen einen Ueberfall der Franzosen so gut wie keine Vorkehrungen getroffen waren. Im August stand noch bei Speier ein österreichisches Corps von etwa 7000 Mann unter Graf Erbach; auch das kurmainzische Kontingent, etwa 2000 Mann von zweifelhafter Kriegstüchtigkeit, hatte sich damit vereinigt; im September zog aber der größte Teil der Kaiserlichen zur Belagerung von Thionville ab; nur noch zwei Bataillone Oesterreicher und das Regiment Kurmainz wurden in Speier zurückgelassen. Diese Entblößung der Pfalz machte sich Custine, der Führer der gegen Landau vorgeschobenen französischen Rheinarmee, zu nutze; in den letzten Tagen des

September zog er mit 18000 Mann gegen Speier; am 30. wurde das von dem mainzischen Oberst Winkelmann nichts weniger als geschickt geleitete Häufchen nach kurzem Kampfe zur Uebergabe genötigt, unmittelbar darauf Speier mit seinen wichtigen Magazinen eingenommen. Das gleiche Schicksal erfuhr die reiche Stadt Worms. Die Gefangenen hatten sich artiger Behandlung zu erfreuen. Custine hatte noch zu Lebzeiten Friedrichs II. als Militärbevollmächtigter den Manövern in Potsdam und Körbitz beigewohnt und zählte seitdem zu den „grands faiseurs", die das preußische System ins französische Heerwesen einführen wollten. Bei den Offizieren war „le général Moustache" seiner Härte wegen verhaßt, während ihn seine derbe Leutseligkeit bei den Soldaten populär machte. Er war pünktlich und unermüdlich im Dienst und ein tapferer Soldat, doch ein allzu hoch gesteigertes Selbstbewußtsein verleitete ihn dazu, sich auch für einen großen Politiker, für „eine Art Cäsar, der alles konnte", zu halten.[1]) Bei seinem Auftreten in Deutschland war es ihm darum zu thun, sich und seiner Nation den Ruf der Großmut zu erwerben. Die Absicht war klar. „Das System der Nationalversammlung," sagt der französisch gesinnte Mainzer Eickemeyer, „war kein anderes als: Europa von einem Ende zum anderen zu revolutionieren, doch wollte Frankreich nicht sowohl durch die Waffen, als durch die öffentliche Meinung siegen, es wollte nur der Freund und Bundesgenosse jener Völker sein, die gleichfalls die Freiheit erringen wollten." Damit stand freilich in Widerspruch, daß den beiden von „Freunden" besetzten Rheinstädten enorme Brandschatzungen auferlegt wurden. Custine erklärte zwar, das Opfer sollte nur die Reichen, nicht den Kleinbürger und den ohnehin schon ausgesogenen Bauer treffen. „Krieg den Palästen, Friede den Hütten!" Doch der volksfreundliche Wahlspruch erwies sich immer mehr als Geflunker. Mochte auch Custine den Willen haben, strenge Mannszucht zu halten, so war es ihm doch auf die Dauer nicht möglich, die Hütte des Bauern und das Haus des Bürgers vor Plünderung zu bewahren; die schlimmen Elemente im Heere gewannen die Oberhand, ja, von den Gewalthabern in Paris selbst wurde ein förmliches Ausbeutungs- und Einschüchterungssystem anbefohlen; schon lange vor dem bekannten Appell Bonapartes an die in Italien eindringende Armee war die Aussaugung der feindlichen Länder als wirksames Mittel der Kriegführung im Schwunge. „Das Wort Brandschatzung," spottet ein Anhänger der alten mainzischen Verfassung, „klingt einem Deutschen nicht so ganz und gar vereinbarlich mit dem Worte Freiheit! ... Wie ist denn zu rechtfertigen, daß der Herr Bürgergeneral in Mainz Adel und Geistlichkeit, in Frankfurt Bürger, im Usinger Land Bauern brandschatzt?" Die Furcht vor Plünderung und Gewaltthat trug ja thatsächlich zu den Erfolgen der französischen Heere nicht wenig bei, doch die politischen Pläne der Führer wurden dadurch geschädigt; wie sollten die Deutschen zu „Befreiern," die gegen friedliche Leute so hart und schonungslos vorgingen, Neigung fassen, wie sollte in ihnen der Wunsch erwachen, mit so übermütigen Eindringlingen in engere Verbindung zu treten? Als dem geschlagenen Custine später der Prozeß gemacht wurde, erklärte Carnot, der

[1]) Chuquet, VI, 37.

Angeklagte habe den Tod schon deshalb verdient, weil erst durch ihn und seinesgleichen der Deutsche, der seit Jahrhunderten seinem Nachbar nur Verehrung und Bewunderung entgegengebracht habe, mit Abneigung gegen einen übermütigen „Erbfeind" erfüllt worden sei. Auch mit dem Kriegsruhm des „ersten Helden der Revolution" ist von seinen Landsleuten Sorel und Chuquet gründlich aufgeräumt worden. Custine hat lediglich das Verdienst, die Schwäche des ihm gegenüberstehenden Gegners rechtzeitig erkannt und mit dem an sich geringfügigen Handstreich gegen Speier und Mainz die Siegeszüge der Franzosen auf deutschem Boden glücklich eröffnet zu haben; ernsteren Aufgaben war er nicht gewachsen. Auch sein Hang zu Phrase und Pose that der französischen Propaganda Eintrag. Magister Laukhard schilderte den Eroberer von Mainz im Herbst 1792 als „einen Mann von martialischem Aussehen, voll Geist, Feuer und Quecksilber, schnell in seinen Handlungen, unmäßig im Trinken, aber ebenso ausschweifend tapfer auf der Walstatt".[1]) Ein Jahr später urteilte Laukhard weit ungünstiger: „Man hat es den Franzosen sehr verdacht, daß sie den Eroberer von Mainz unter die Guillotine legten; inzwischen ist aber so viel gewiß, daß er entweder ein Verräter, oder wenn er dies wirklich nicht gewesen sein sollte, doch wenigstens einer der größten Schwächlinge und Dummköpfe war, die jemals in einer Uniform steckten."[2]) Freilich ist der Tadel Laukhards hauptsächlich auf Rechnung der „Bekehrung" Custines zu setzen; er konnte nicht verzeihen, daß der „Freiheitsheld" schließlich „als Betbruder mit dem Rosenkranz in der Hand" in den Tod ging. Doch nicht viel günstiger lautet das unbefangene Urteil der genannten Forscher. Auch von ihnen wird gerügt, daß Custine mit Aufrichtung von Freiheitsbäumen, mit festlichen Aufzügen und endloser Prahlerei die kostbarste Zeit verlor, die er weit vorteilhafter zu raschem Vordringen in den wehrlosen Rheinlanden hätte benutzen können. „Custines militärischen Fehlern und Schwächen hat es Deutschland vorzüglich zu danken, daß es das noch ist, was es ist." Nicht bloß die Festungen Rheinfels und Ehrenbreitstein, versichert Eickemeyer, wären von Custine im Handumdrehen zu nehmen gewesen, bis nach Würzburg hätte sich gegen ihn nicht ein Bajonett erhoben.[3])

Das unerwartete Erscheinen einer Handvoll Franzosen auf deutschem Boden rief ja in deutschen Landen eine Panik hervor, wofür sich kaum ein Gegenstück in der deutschen Geschichte bietet. Die grenzenlose Verwirrung in Stadt und Land, die Feigheit der Träger der Regierungsgewalt, der unreife Freiheitstaumel bei Gebildeten, die stumpfe Gleichgültigkeit der Massen bewiesen schlagend die Ungesundheit und die Unhaltbarkeit der politischen und sozialen Zustände in den mit der „Wacht am Rhein" betrauten Mittel- und Kleinstaaten.

Wie es in dem zunächst gefährdeten Kurfürstentum Mainz aussah, schildert der beste Kenner rheinischer Geschichte, Ludwig Häusser, mit bitteren Worten. „Ein sorgloses und schlaffes Regiment, ein zum Teil landfremder Adel, der den

---

[1]) Briefe eines preuß. Augenzeugen, III, 263.
[2]) Ebenda, V, 90.
[3]) Denkwürdigkeiten des Generals Eickemeyer, 160.

Staat ausbeutete, ohne mit ihm innerlich verwachsen zu sein, das Volk in dumpfer Schwerfälligkeit erhalten und höchstens durch platten Sinnesgenuß angeregt, kein selbstthätiger, durch Arbeit erworbener Wohlstand, wohl aber überall geistlicher Müßiggang, vornehmer und geringer Bettel waren an der Tagesordnung."[1] Kurfürst Friedrich Karl von Erthal war das Urbild eines geistlichen Fürsten im achtzehnten Jahrhundert. Eifrig bedacht auf Glanz und Ansehen seiner Stellung, war er weniger gewissenhaft in Erfüllung seiner Regentenpflichten; er ließ sich von seinem Ehrgeiz verleiten, in der Politik sehr gewagtes Spiel zu treiben, war aber dabei nicht wirklich selbständig, sondern in großen und kleinen Fragen abhängig vom Einfluß höfischer Schmeichler und ränkesüchtiger Gunstdamen; für die Verschönerung seiner Residenz reute ihn kein Opfer, aber das Land verarmte durch hohe Auflagen und verkehrte wirtschaftliche Experimente; zur Hebung der „Musenstadt" und insbesondere ihrer Hochschule wurden namhafte protestantische Gelehrte und ausgesprochene Vertreter der Aufklärung, Johannes Müller, Forster, Franke, Bodmann, Vogt u. a. berufen, doch gleichzeitig erlangten die Jesuiten, deren Niederlassungen Emerich Joseph aufgehoben hatte, nicht bloß ihren alten Besitz, sondern auch ihre alte Macht zurück; der feingebildete Kirchenfürst ließ sich von Heinse den Ardinghello und von Frau v. Croudenhoven die Lettres Persanes vorlesen, aber die Unterthanen hatten unter Unduldsamkeit und Verfolgungssucht schwer zu leiden; insbesondere seit es System geworden war, die Revolutionspropaganda durch strengste Zensur- und Polizeimaßnahmen abzuwehren, war das geistige Leben im Volke verkümmert, das aufrichtige Wort verstummt. „In den unteren Kreisen Mißtrauen, in den oberen Intrigue!" so kennzeichnet Eickemeyer die Lage. Gerade deshalb konnte sich hier nach dem Zusammenbruch der gesetzlichen Gewalt der neufränkische Freiheitstaumel in seinen widerlichsten Ausschreitungen einnisten.[2] Nirgend hatte sich das Emigrantentum so breit gemacht, nirgend war den Prahlhänsen so leichtgläubig zugejubelt worden, als in Mainz, doch wie hurtig machten sich die Grandseigneurs und ihre Schildträger, als das revolutionäre Frankreich nur an die Thüre pochte, zugleich mit ihren Wirten aus dem Staube!

Die militärischen Zustände des Kurfürstentums sind genügend gekennzeichnet durch die Thatsache, daß das Kommando über die Liliputarmee von 2200 Mann Infanterie, 50 Husaren und 120 Artilleristen einem Feldmarschall und 12 Generälen, die Militärverwaltung einem Hofkriegsratspräsidenten und 6 Hofkriegsräten übertragen war![3] Es war ja nur auf Parade abgesehen; dies beweist schon die bei Beginn des Krieges erlassene Verordnung, daß „allen Offizieren, die dazu die Kräfte nicht fühlten oder deren häusliche Verhältnisse es nicht gestatteten, freistehen soll, ihrer Ehre unbeschadet, nicht mit ins Feld zu ziehen", und noch trauriger die Thatsache, daß es wirklich nicht wenige Offiziere gab, die „ihre

---

[1] Häusser, Deutsche Geschichte, I, 366.

[2] Bockenheimer, Die Lage der Stadt Mainz zur Zeit der französischen Herrschaft; Berichte des fr. d. Hochstifts, Jhgg. 1889, 58.

[3] Schaab, Geschichte der Bundesfestung Mainz, 298.

häuslichen Angelegenheiten nicht verlassen wollten". Die Festungswerke waren zerfallen, auf den Glacis hatten der Kurfürst und die Domherren Lusthäuser errichtet, in den Gräben waren Gemüsegärten angelegt. Von Reichs wegen war für Erhaltung des wichtigsten Platzes an der Westgrenze seit langer Zeit nichts mehr geschehen; der Kurfürst hatte in Wien und Berlin vergebens um Hülfsgelder zur Wiederherstellung der Werke nachgesucht, aus eigenen Mitteln nur geringfügige Beträge darauf verwendet; auch mag der mit der Ausbesserung betraute Ingenieuroffizier Eickemeyer von vornherein nicht gar großen Eifer entwickelt haben. Erst als am 2. Oktober die Nachricht von der Gefangennehmung der kurfürstlichen Armada nach Mainz kam, wurden die Kanonen aus dem Zeughaus auf die Wälle gebracht und etliche tausend Bauern aus der Umgebung mit Schanzenbau beauftragt.

Wir sind über alle Einzelheiten der Mainzer Katastrophe gut unterrichtet, denn alle daran Beteiligten empfanden das Bedürfnis, in ausführlichen Denkschriften ihr Verhalten vor Mit- und Nachwelt zu rechtfertigen. General Gymnich, der als Gouverneur der Festung die Verteidigung leiten sollte,[1]) — General Hatzfeld, der die Uebergabe empfahl,[2]) — Ingenieuroffizier Eickemeyer, der die Unterhandlung mit Custine führte und dann in französische Dienste trat,[3]) — der Präsident des Hofkriegsrats und Kabinettssekretär v. Zwehl,[4]) — der Mainzer Handelsmann Dumont, der eine Zeit lang den Vermittler zwischen der kurmainzischen Regierung und dem preußischen Hauptquartier machte,[5]) — endlich der ungenannte Verfasser eines von Hurter mitgeteilten Berichts,[6]) — alle stimmen darin überein, daß der Fall der Stadt und der Untergang des Staates durch feiges oder verräterisches Verhalten der Verteidiger verschuldet worden sei, nur die Urteile, gegen wen diese Vorwürfe zu richten seien, gehen auseinander.

Erthal setzte auf die Widerstandskraft der Festung trotz des „lebenden Walles" von kaiserlichen, nassau-weilburgischen, nassau-usingischen, fuldischen und wormsischen, insgesamt 1200 Mann starken Kontingenten so geringes Vertrauen, daß er schon in der nächsten Nacht heimlich von dannen fuhr, nicht ohne vorher von den Wagen die Wappen abkratzen zu lassen.[7]) „Dem allgemeinen Verlangen nachgebend," so wird in einem offiziösen Bericht über die Mainzer Vorgänge versichert, „begab sich der Landesherr nach Würzburg, um allda die Folgen der

---

[1]) Gymnich, Beschreibung der Festung Mainz und der Umstände, unter welchen sie im Okt. 1792 den Franzosen übergeben ward (1792).

[2]) Neigebaur, Der Untergang des Kurfürstentums Mainz (nach Aufzeichnungen Hatzfelds, 1839).

[3]) Denkwürdigkeiten des Generals Eickemeyer, ehemal. kurmainz. Ingenieuroberstleutnant, sodann im Dienste der französischen Republik, her. v. H. König (1845).

[4]) v. Zwehl, Die Uebergabe der Festung Mainz im Jahr 1792, im Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, N. F., II (1899).

[5]) (Dumont), Die Belagerung der Stadt Mainz durch die Franzosen im Jahr 1792 (1793).

[6]) Mainz 1792, in Hurters Denkwürdigkeiten aus dem letzten Decennium des achtzehnten Jahrhunderts (1840).

[7]) Dies erzählt wenigstens Forster in einem Briefe an seinen Schwiegervater Heyne vom 5. Okt. 1792 (Ges. W., VIII, 224).

Begebenheiten abzuwarten."[1]) Der gesamte Stiftsadel, die Hofdiener und Beamten, sowie die Emigranten zogen mit. „Vier Tage lang hat das Flüchten gewährt, und fünfzehn Meilen in die Runde hat sich's verbreitet." Mit der Hälfte der Summen, welche die Flucht auf Wagen und Schiffen kostete, hätten früher alle zur Verteidigung des Platzes nötigen Vorkehrungen getroffen werden können. Der Hofkanzler v. Albini, dem es — nach General Hatzfelds Urteil — zwar nicht an Eifer und Kenntnissen, aber an der nötigen Umsicht fehlte, der auch wegen seiner raschen Rangerhöhung hochmütig und unbeliebt war und schon deshalb nicht zum Oberhaupt der Regentschaft paßte, forderte die Bürgerschaft, die „lieben Brüder" von Mainz, zu mannhaftem Widerstand auf, allein der Eindruck des Aufrufes wurde wesentlich abgeschwächt durch die Kunde, daß soeben auch die Packwagen mit der Habe des Herrn Hofkanzlers die Rheinbrücke passiert hätten. Das Beispiel des Hofes war also nicht dazu angethan, den Mut der Besatzung zu beleben und die Bürgerschaft zu numantinischen Heldenthaten anzufeuern. Schon bei einem ersten blinden Lärm erklärten die 62 Mann des weilburgischen Kontingents, sie seien nicht gekommen, „um sich für die Mainzer totschießen zu lassen", und wirklich zogen sie allen Drohungen und Bitten zum Trotz nach Hause. An Geschützen war in der Festung kein Mangel, doch gab es keine Leute, die damit umzugehen wußten; es wurde deshalb an die Nachbarstadt Frankfurt das Ersuchen gestellt, geschulte Artilleristen abzugeben, allein es erfolgte eine abschlägige Antwort. Neben den Geschützen waren, wie herkömmlich, Kugeln in Pyramidenform aufgestapelt; als man mit ihnen laden wollte, stellte sich heraus, daß sie nicht in die Läufe paßten. An die zum Wachtdienst herangezogenen Bürger und Studenten konnten zwar Gewehre, aber keine Patronen abgegeben werden. Der Gouverneur, General Gymnich, beruft sich in seiner Rechtfertigungsschrift hauptsächlich auf das numerische Mißverhältnis zwischen Belagerern und Verteidigern; der letzteren seien es nur 2875 Mann, darunter nur 42 bürgerliche Artilleristen gewesen, während Custine über 15000 Mann verfügt habe.[2]) Trotzdem hätte der Platz wenigstens gegen den Handstreich eines fliegenden Corps behauptet werden können, zumal sich Custine gar nicht beeilte, den bei Speier errungenen Vorteil durch rasches Vordringen auszubeuten; bis zum 18. Oktober war Gelegenheit geboten, zur Sicherung von Mainz Vorkehrungen zu treffen. Weil aber zu diesem Zwecke so gut wie nichts geschah und das wichtigste Bollwerk des deutschen Reiches schon auf die erste Aufforderung übergeben wurde, tauchten bald Gerüchte auf, daß sich unter den Verteidigern Verräter befunden hätten, deren Anstiftung oder Mitwirkung die Stadt dem Feinde in die Hände lieferte. In einer gleichzeitigen Flugschrift „Die alten Franzosen" wird behauptet, die Reichsfestung sei durch Beschießung „aus goldenen, für gewisse Leute unwiderstehlichen Batterien" eingenommen worden.[3]) Insbesondere das Gebaren der „Klubisten" nach Besetzung der Stadt durch die

[1]) (Dumont), Die Belagerung von Mainz, 31.
[2]) Gymnich, 23.
[3]) Die alten Franzosen ꝛc., 13.

Franzosen schien einen Hinweis zu bieten, in welchen Kreisen man die Verräter zu suchen habe. Auch das Schlagwort „Illuminaten" wurde laut.[1]) Laukhard erklärt die schimpfliche Kapitulation aus dem Groll der Bürgerschaft über die Tyrannei des Adels. „So nur ist das Rätsel zu lösen, warum Custine bloß unter einem Scheinwiderstand die Festung Mainz bezog und dort als Befreier verehrt wurde, wie ehedem Saladin in Palästina."[2]) Der amtliche Bericht über die Uebergabe versichert und Hatzfeld führt wenigstens als „Sage" an, daß der Ingenieuroffizier Eickemeyer über die Stärke des Feindes absichtlich übertriebene Angaben gemacht und die Professoren Hoffmann und Metternich vom Stephansturm dem Feinde Zeichen zum Angriff gegeben hätten. Vermutlich beruhen aber alle diese Angaben nur auf Klatsch. Zu Gunsten Eickemeyers spricht, daß im Kriegsrat er allein wenigstens anfänglich gegen die Uebergabe stimmte. Allerdings ließ er sich später von Custine für französische Dienste anwerben, doch konnte er mit Recht die Frage aufwerfen: „Sollte dies bei einem ehrgeizigen, fähigen Offizier nach dem Zusammenbruch des kurmainzischen Staates nicht erklärlich sein, ohne daß man ihm einen Verrat zur Last zu legen braucht?" Jedenfalls liegt für einen verräterischen Plan Eickemeyers oder eines anderen kein Beweis vor; es braucht wohl nur die Mut- und Kopflosigkeit der Verteidiger verantwortlich gemacht zu werden. „Wenn man einen mächtigen Feind reizt," sagt ein Anwalt der Klubisten ganz richtig, „so wird man von ihm angegriffen; wenn man eine Festung ohne Mittel zur Verteidigung läßt, so muß sie fallen, und wenn man einen elenden Kommandanten anstellt, so kapituliert er noch eher, als er sonst müßte: diese Erklärung ist wohl so natürlich, daß man keine andere braucht!"[3]) Auch ein unbefangener und gut unterrichteter Gewährsmann, v. Zwehl, nennt die Beschuldigung, daß Mainz durch Verrat von Eickemeyer und Genossen den Franzosen in die Hände gespielt worden sei, „geradezu lächerlich". Freilich wird man ebensowenig der Erklärung Zwehls beistimmen, der Ueberfall der Franzosen sei von der mainzischen Regierung selbst herbeigewünscht worden, „um über diesen feindlichen Angriff bei der Reichsversammlung zu Regensburg die Stimme zu erheben und einen Reichskrieg wider die Franzosen zu bewirken, als das einzige Mittel, um die deutsche Nation vor dem französischen Republikanisieren zu bewahren".[4]) Als ob von einem „Reichskrieg" ein glücklicher Umschwung zu erwarten gewesen wäre! Endlich sei wenigstens erwähnt die Behauptung eines ungenannten Diplomaten, des Verfassers der von Hurter herausgegebenen Denkschrift, die Schuld an der Kapitulation von Mainz trage kein anderer als der preußische Gesandte v. Stein, der „als Werkzeug eines comité autrichien am Berliner Hofe" das Kurfürstentum Mainz in Custines Hand gespielt habe, um durch diese Katastrophe das stumpf gewordene Preußen zur Fortsetzung des Krieges aufzustacheln. Mit Recht hat Varnhagen diese jeder

[1]) Die Deutschen in Mainz, von G. F. Rebmann, Mitglied des Civilgerichts des Departements vom Donnersberg und einstweiligem Kommissär des Vollzugsdirektoriums (1798), 28. — Reigebaur, 114.

[2]) Briefe eines preuß. Augenzeugen, IV, 146.

[3]) Rebmann, Die Deutschen in Mainz, 28.

[4]) v. Zwehl, 542.

Begründung entbehrende Behauptung als „Faselei" bezeichnet; der Erzähler machte den Wert seiner Angabe schon dadurch zweifelhaft, daß er den preußischen Gesandten am Mainzer Hofe, den Landjägermeister v. Stein, mit dem jüngeren Bruder, dem berühmten Minister, verwechselte!

Auch die vom offiziösen Bericht überlieferte und vielfach nacherzählte Antwort Gymnichs, er werde sich zur Uebergabe nicht eher verstehen, als bis ihm das Sacktuch in der Rocktasche brennen würde,[1]) ist wohl nur eine Legende. Nach der in den wesentlichen Punkten übereinstimmenden Erzählung Hatzfelds und Eickemeyers scheint die Uebergabe von vornherein eine beschlossene Sache gewesen zu sein. Am 21. Oktober wurde von dem im Osteinschen Hause versammelten Kriegsrat, nachdem sich nur Eickemeyer eine Zeit lang gesträubt hatte, der einstimmige Beschluß gefaßt, die Stadt auszuliefern. Was hätte man thun sollen? fragt Hatzfeld. Die Mittel zur Verteidigung waren gänzlich unzureichend, und auf auswärtige Hülfe war nicht zu hoffen. Der nächste Nachbar, der Kurfürst von Pfalz-Baiern, hatte seine Neutralität gar merkwürdig bethätigt, indem er die Truppen Custines sozusagen unter den Kanonen von Mannheim gegen Mainz marschieren ließ, dagegen den mainzischen Beobachtungsposten alle möglichen Schwierigkeiten bereitete und gegen den Durchzug von kaiserlichen Truppen Verwahrung einlegte.[2]) Die hessen-kasselschen Truppen standen noch bei der preußischen Hauptarmee. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt hatte sich mit seinem ganzen Kontingent in die Festung Gießen geworfen. Die übrigen Nachbarn waren wie der Mainzer selbst von Angst und Schrecken gelähmt. Jedes unparteiische Kriegsgericht, meint Hatzfeld, würde die Kapitulanten freisprechen, nur von „erkauften Brotautoren" seien für die durch eine Zwangslage gebotene Gefügsamkeit häßliche Namen erfunden worden. Als Bevollmächtigter der Regentschaft unterhandelte Eickemeyer mit Custine; der Besatzung, sowie den Beamten und Geistlichen wurde freier Abzug bewilligt, doch sollten die Truppen ein Jahr lang nicht gegen Frankreich kämpfen; das Eigentum der Bürgerschaft sollte unangetastet bleiben, dagegen fiel das gesamte Kriegsmaterial, 430 bronzene und 107 eiserne Kanonen, in die Hände des Feindes. Am nämlichen Tage ritt Custine in Mainz ein und bezog die Gemächer des Kurfürsten im Schloß. Wie erstaunten die Mainzer, als nur zwei Grenadiercompagnien zur Besetzung der Thore und der Rheinbrücke anrückten, als nicht mehr daran zu zweifeln war, daß die ganze feindliche Armee höchstens 14000 Mann stark und von Belagerungsgeschütz auch nicht ein Stück vorhanden war!

Am 23. Oktober wurde auf dem Stadthaus ein „Aufruf an die gedrückte Menschheit in Teutschland" verlesen, der die Ankündigung enthielt, Custine wolle nunmehr Mainz so stark befestigen, daß es „zur Brustwehr der Freiheit aller Völker des teutschen Reiches gedeihe"! Bald sollte über die Bedeutung dieser Worte eine merkwürdige Aufklärung geboten werden.

Die Einnahme von Mainz rief weithin in deutschen Landen wilden Schrecken wach. Nicht ohne Beschämung kann der Deutsche lesen, mit welchem

---

[1]) Nissel, Die alten Festungswerke von Mainz und Geschichte der Kurmainzer Truppen, 32.
[2]) Chuquet, VI, 17.

Hohn von den französischen Historikern darauf hingewiesen wird, daß das Eintreffen von ein paar tausend Franzosen genügt habe, um in ganz Oberdeutschland die Fürsten in die Flucht zu jagen und die Regierungen zu demütigen Bittgesuchen an die vielgeschmähte Republik zu veranlassen. „O über diese deutschen Don Quichottes!" schrieb damals Zarin Katharina an Baron Grimm, „das ruiniert sich mit Truppenhalten, das schreit sich heiser, sie einzuexerzieren, und wenn's sich darum handelt, sie zu brauchen, so machen sich Ihre Durchlauchten oder Erlauchten aus dem Staube, mit oder ohne Truppen! Sagen Sie Ihnen doch, daß man im Kriege, wenn man nicht schlägt, geschlagen wird!" Bis nach Regensburg wirkte die Panik; die Reichstagsgesandten mieteten schon Schiffe, um sich beim Anrücken der Franzosen nach Wien zu flüchten.

Der verlassenen, allen Wechselfällen des Kriegs preisgegebenen Unterthanen mußte sich eine bittere Stimmung bemächtigen. Den wohlhabenden Bürger quälte die Furcht, des mühevoll erworbenen Besitzes verlustig zu gehen; in den akademischen Kreisen, die schon vorher mit Genugthuung auf den Umschwung in Frankreich geblickt hatten, lebte die Hoffnung auf, drückende Fesseln abzustreifen; der besitzlose Proletarier war jeder Neuerung hold, da er durch Verwirrung und Umwälzung nur gewinnen, nicht verlieren konnte. Wie die Ankunft der Republikaner auf leidenschaftliche Geister wirkte, lassen die Briefe des Mainzer Bibliothekars Georg Forster ersehen. Bisher war dem berühmten Gelehrten und Weltumsegler praktische Politik fern gelegen;[1]) den Umsturz des alten Regiments hatte er zwar freudig begrüßt, weil er „wie jeder vernünftige und unterrichtete Mann wußte, daß die Revolution nicht das Werk einer usurpierenden Kabale, sondern des allgemeinen Volksgeistes sei", doch hielt er Deutschland nicht für reif zu gewaltsamer Umwälzung, da „Bedrückung und Aussaugung der deutschen Unterthanen zwar auf einen hohen, aber nicht wie im Nachbarlande auf den höchsten Punkt gestiegen" seien. Sein Wunsch war nur dahin gegangen, daß Deutschland „an Frankreichs Feuer sich erwärmen, aber nicht verbrennen möchte". Nach dem Einfall Custines erwachte in ihm nur Unmut über die Feigheit der Flüchtlinge „deren Vorrechte sich doch einzig und allein darauf gründen, daß sie die geborenen Beschützer des Volkes sein und heißen wollen". Nach der Einnahme von Mainz kam er aber bald in nähere Berührung mit den Vertretern des „neuen Menschentums". Hauptsächlich wegen seiner Kenntnis des Französischen wurden ihm mancherlei Geschäfte übertragen, und fast ehe er sich dessen versah, war er der Mann des öffentlichen Vertrauens.

Unmittelbar nach Custines Einzug hatte sich eine „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit" gebildet; ihr Ziel war Anschluß der Heimat an Frankreich, ja, Republikanisierung des ganzen linken Rheinufers. Wohl fehlte es auch unter ihnen nicht an redlichen, überzeugungstreuen Männern, doch waren die unsauberen Elemente vorherrschend.[2]) Sogar Eickemeyer spottet über das

[1]) A. Dove im Artikel „G. Forster" in der Allg. d. Biographie, 7. Bd., 179. — Klein, G. Forster in Mainz, 161 ff.

[2]) Nach einer aus reaktionärem Lager stammenden Schrift: „Getreues Namensverzeichnis der in Mainz sich befindenden 454 Klubbisten" (Fkft. 1793) wären freilich außer einigen „mit unheilbarer Hirnwut behafteten" Professoren nur die „niedersten Volksklassen" vertreten gewesen.

theatralische Unwesen der Mainzer Revolutionäre. Bei einem der ersten „Freiheitsfeste" wurden auf offenem Markt die Abzeichen des Fürstentums und der Feudalherrschaft verbrannt und dazu langatmige, von Fürstenhaß triefende Reden gehalten. Unter anderen hielt Professor Böhmer eine feurige Ansprache an sein erst drei Tage altes Söhnchen und ließ dieses schwören, ein unversöhnlicher Feind der Tyrannei und der Pfaffheit bleiben zu wollen; tags darauf entzog sich aber „Gracchus Böhmer" dieser Verpflichtung durch den Tod; die feurigen Worte des Vaters hatten das arme Kind vor der rauhen Kälte des Wintertages nicht schützen können.

Es begreift sich leicht, daß ein Mann wie Forster Bedenken trug, diesem Kreise näher zu treten, doch lockte einerseits das Verlangen, „auf neufränkische Art frei zu sein", und schreckte andererseits die Furcht, durch zweideutige Haltung Stellung und Einkommen zu verlieren. Er hatte also, wie er sich die Dinge zurechtlegte, „die Wahl, seine Existenz einer blinden Anhänglichkeit an Leute zu opfern, die für sich selbst nichts zu thun im stande waren, oder dem Willen einer Mehrheit des Orts zu folgen, wo er war, und dessen Wohl zu fördern". Jedermann ist gern bereit, als Pflicht anzusehen, was der Ehrgeiz als begehrenswert erscheinen läßt. Mochten auch dem verständigen Manne „die jugendliche Selbstzufriedenheit und Anmaßung der einen, der Eigennutz und die zweideutigen Absichten der anderen" lächerlich und gefährlich erscheinen, so traute er sich doch die Kraft zu, auch mit so zweideutigen Elementen die gute Sache zu fördern. Die republikanische Schwärmerei seiner Freundin Karoline Böhmer scheint dazu beigetragen zu haben, ihn zum Bunde mit den Franzosen zu bekehren.[1]) Die letzten Bedenken beseitigte eine Anfrage bei Johannes Müller, der als Gelehrter und Würdenträger die höchste Autorität in Mainz genoß; Müller selbst riet ihm zum Eintritt in den Klub, mit dem nichtssagenden Vorbehalt: wenn er sich dazu genötigt sähe. „Wo die Waffen herrschen, kann Klugheit raten, was der Mann von Vernunft bei hergestellter Ordnung wegwerfend verschmäht."[2]) In der Gefahr des Verlustes seiner Stellung schien die angedeutete Nötigung zu liegen; Forster trat also am 15. November in den Klub ein. In einer Rede „über das Verhältnis der Mainzer gegen die Franken" gab er einer Erwartung Ausdruck, die nur als Abfall vom Deutschtum angesehen werden kann: „Der Rhein wird der Billigkeit gemäß die Grenze Frankreichs bleiben, dies sieht schon jetzt jedes an die politischen Verhältnisse gewöhnte Auge voraus."[3]) In den Briefen an seinen Schwiegervater Heyne führte er solche Gedanken noch weiter aus; es erhellt daraus, welche Anziehungskraft dem neufränkischen Republikanertum schon zugetraut wurde. „An die Kurfürstentümer Mainz, Trier und Köln muß man im h. römischen Reich nicht mehr denken, Schwaben und Hessen harren schon ihrer Erlöser, und die deutsche Verfassung mag sehen, wie sie sich erhält, wenn Frankreich künftiges Jahr den Feldzug im Herzen des Reichs eröffnen muß" . . . „Um Himmels

[1]) Leitzmann, G. Forster, 30.
[2]) Joh. Müller, Ges. Werke, 38. Bd., 160.
[3]) H. König, G. Forsters Leben, II, 172.

willen! man möge doch nur einsehen, wie die Stimmung unserer Zeiten ist, wie von lange her die Schicksale dieses Augenblicks vorbereitet sind, wie es platterdings unmöglich ist, daß die morschen Dämme halten können, die man der Freiheitsüberschwemmung entgegensetzt: es ist eine der entscheidenden Weltepochen, in welcher wir leben, seit der Erscheinung des Christentums hat die Geschichte nichts ähnliches aufzuweisen!"

Custine erkannte, wie sehr es im französischen Interesse liege, die gescheitesten Bürger zum Anschluß an die „Söhne der Freiheit" zu bewegen. Er suchte deshalb auch den Staatsrat Johannes Müller zu gewinnen, ja er wollte diesen gewandten, welterfahrenen Mann sogar an die Spitze der neuen Regierung stellen. Denn das wichtige Mainz sollte nicht länger einem geistlich-adeligen Regiment überlassen bleiben; die Republik Frankreich sollte hier einen Tochterstaat einrichten, und diese Gründung den Ansatz für weitere Angliederung bilden. Da Müller aus seiner warmen Teilnahme an der Verjüngung Frankreichs kein Hehl gemacht hatte, mußte es füglich überraschen, daß er auf Custines Anerbieten nicht einging. „Es würde den Anschein haben," so erklärte er selbst sein Verhalten, „als hätte ich zu diesen Ereignissen beigetragen und ich möchte die öffentliche Achtung verlieren; ich würde mir selbst und dem Charakter untreu werden, den ich stets bewahrt habe." Er entdeckte jetzt sogar „die größte Intoleranz" bei den Revolutionsmännern, weil von ihnen die Forderung aufgestellt werde, daß die ganze Welt den vom Jakobinerklub zugeschnittenen Rock trage. „Alles Eigentümliche, alle Vaterlandsliebe, alle alten Sitten, alle Lokalverhältnisse sollen aufhören! Gott! was für ein uninteressantes Ding würde die ganze Menschheit werden! Es gehört eine solche Ignoranz und Präsumtion zu dem bloßen Gedanken!" Dies ist gewiß richtig, doch befremdet es, einen Mann so sprechen zu hören, der die elende Komödie des Sturmes auf die Bastille als den „schönsten Tag seit dem Untergang der römischen Weltherrschaft" gefeiert hatte. Noch überraschender klingt es, wenn Müller im nämlichen Briefe die Vereitelung des Vordringens der Franzosen nach Franken „dem eifrigen Gebete des frommen, wahrhaft christlichen Fürsten von Würzburg" zuschreibt.[1] Zur Erklärung der Standhaftigkeit Müllers ist eben in Anschlag zu bringen, daß er damals schon wegen einer Berufung nach Wien in Unterhandlung stand und bald darauf mit dem Prädikat „Edler von Sylfelden" als geheimer Hofrat in österreichische Dienste trat.[2]

Um so leichteres Spiel hatte Custine mit anderen Vertretern des gelehrten Standes. Der Professor des Kirchenrechts, Georg Wilhelm Böhmer, der schon nach der Einnahme von Worms als Privatsekretär in Custines Dienste getreten war und wesentlichen Einfluß auf die Mainzer Verhältnisse gewann, — der kurfürstliche Leibarzt Wedekind, der an den Nationalkonvent eine lächerliche Dankesepistel richtete, — der katholische Theologe Dorsch, der bisher die Professur für Moral an der Straßburger Akademie innegehabt und im dortigen Jakobiner-

[1] J. Müllers Sämtl. Werke, 31. Bd., 52, 62.

[2] H. W. Thiersch, Ueber J. v. Müller, den Geschichtschreiber, 23.

klub eine einflußreiche Rolle gespielt hatte, und noch andere Celebritäten in Toga und Soutane erklärten sich offen für Frankreich und republikanische Verfassung. Die Gesellschaft der Freunde der „Freiheit und Gleichheit" trat immer dreister als Vertretung der Mainzer Bürgerschaft auf, während sie thatsächlich nur als Werkzeug der französischen Einverleibungsgelüste diente. Die Reden und Flugschriften der Klubisten verfolgten geflissentlich dieses Ziel.

Friedrich Pape, „Frankenbürger und bischöflicher Vikar", suchte darzulegen, daß Anhänglichkeit an den Katholizismus die Annahme der neufränkischen Verfassung nicht ausschließe.[1] Zwar fühle man sich versucht, angesichts des vielen, aus Mißbrauch der Religionen erwachsenen Unheils als Dogma aufzustellen: Besser ohne als mit Religion! Doch lasse die fränkische Verfassung den Glauben unangetastet, und auch der Frankenbürger erkenne in Pius VI. den obersten Bischof. Dagegen sei gegenüber den winselnden Hirtenbriefen der verweltlichten Pfaffen an Christi Wort festzuhalten: Mein Reich ist nicht von dieser Welt! „Vorüber ist die Zeit, da Innocentiusse Gott lästerten, und es war Ehre Gottes, — da Bonifaziusse mit der Menschheit Ball spielten, und es war Barmherzigkeit, — da Hildebrande die Welt in Mord und Brand setzten, und es war der Friede Gottes!" Jetzt ist die Nacht des menschlichen Verstandes vorüber, jetzt soll nur der ein Seelenhirte sein, der zugleich ein Mann des Volkes ist! — Georg Wedekind erläuterte seinen Landsleuten die Rechte des Menschen und Bürgers; um diese Errungenschaften auch den Deutschen zu sichern, sei die Wiedereinführung des alten Regiments unzulässig, und es sei das gute Recht der Franken, den Eroberten nicht eine Freiheit zu lassen, die dem Eroberer selbst unheilvoll werden könnte.[2] Der Bürger und Buchbinder Jakob Veit Zech wandte sich gegen die Kurzsichtigen und Zaghaften, die noch immer Bedenken trügen, der Fahne der Freiheit zu folgen. „Bei der Erklärung des Handelsstandes steht einem der Verstand still!" Doch nicht minder verwerflich sei der Beschluß der anderen Zünfte, im Streit zwischen Volks- und Fürstenherrschaft „neutral" zu bleiben. „Es gibt keine Neutralität zwischen Tag und Nacht, zwischen Licht und Finsternis!"[3])

Wie schon aus dieser Anklage erhellt, verhielt sich die Mehrheit des eigentlichen Bürgerstandes ablehnend gegen die ihr zugedachte Beglückung. Als Custine die Mainzer aufforderte, sich eine neue Verfassung zu geben, stimmten von der vornehmsten Innung, der Kaufmannsgilde, nur 13 für die Republik, 81 dagegen. In einer an Custine gerichteten Bittschrift erklärte die Gilde, „das Phlegma, womit die Natur sie belastet habe, gebe ihnen nicht so viel Kraft, den Franken nachzufolgen"; das alte Mißregiment möchten sie freilich

---

[1]) Vereinigung der neufränk. Verfassung mit dem Katholizismus (sic), vorgetragen am 23. Nov. 1792 der Versammlung der Freunde für Freiheit und Gleichheit im großen ehemaligen Hofsaale zu Mainz von G. F. Pape. (Im ersten Jahr der Frankenrepublik.)

[2]) Die Rechte des Menschen und des Bürgers, v. G. Wedekind (1793).

[3]) Anrede an seine Mitbrüder und Mitbürger, gehalten in der Gesellschaft der Freunde ꝛc. am 21. Dez. 1792 von J. V. Zech, Bürger und Buchbinder (1793). — Die im Interesse der revolutionären Propaganda veröffentlichten Flugschriften der Klubisten sind verzeichnet in Brunns Magazin zur näheren Kenntnis des phys. und polit. Zustandes von Europa, Jhgg. 1793, III, 291.

nicht wieder haben, sondern eine neue Verfassung, aber nur auf Grundlage der alten; das fürstliche Regiment sollte durch Landstände eine heilsame Beschränkung erhalten, und in dieser Form sollte das Kurfürstentum ein Glied des deutschen Reiches bleiben.[1]) Natürlich wurde das Votum, das vor französischen Jakobinern die Pflichten gegen Reich und Landesherrn betonte, von den Anhängern der phrygischen Mütze mit Spott überhäuft. „Schmach und Schande!" rief Studiosus Boost den „Zopfverehrern" zu, „wollt ihr im Ernst behaupten, daß ein Mainzer nicht ebenso rasch und feurig wie ein Neufranke denken und handeln kann?" Professor Hofmann veröffentlichte eine „gründliche" Widerlegung der „traurigen Kundgebung der Dunkelmänner". Wenn der edle Custine die Mainzer frage, ob sie fortan ihre Seelsorger, Räte, Richter und Vögte selbst wählen und ein freies Leben führen oder aber einen Fürsten, der sie hängen, köpfen, rädern, sieden und braten lasse, wieder aufnehmen wollten, könne einem Vernünftigen die Entscheidung nicht schwer fallen. Welche „heilsame Beschränkung" sei denn von Landständen zu erwarten? Habe der König von Frankreich nicht der Schranken genug gehabt und trotzdem mit seinem Hofgesindel das Land ausgeplündert und durch tausend Bubenstücke die Nation betrogen? „Monarchie ist, noch so eingeschränkt, Alleinherrschaft, und Alleinherrschaft ist und bleibt Volksverderben!" Im ständischen Musterlande, in England, sei das Elend nicht weniger verbreitet als auf dem Kontinent; auch dort wimmele es von zerlumpten, hungrigen Kindern und Greisen, während der König für schwelgerische Gelage und palastähnliche Ställe voll unnötiger Pferde Millionen vergeude. Auch der „alte Herr", der Kurfürst, sei durch Reichsgesetze eingeschränkt und an die Zustimmung des Domkapitels gebunden gewesen, und doch! „War noch etwas Land und Leute Verderbendes wohl möglich, was er nicht getrieben und ungestraft und ungeahndet getrieben hat?" Der einzige, der um seiner Kenntnisse und seiner seltenen Herzensgüte willen den Fürstenreif verdiene, der Koadjutor (Dalberg), möge selbst entscheiden, ob es nach den Grundsätzen der Vernunft und des Naturrechts zulässig sei, daß ein Mensch über den anderen ohne dessen Einwilligung schalte und walte? „Habt ihr Augen, Kaufleute, und könnt noch bei dem holden Brautblick der allbeseligenden Freiheitsgöttin einer dickleibigen, ungeschlachten, tückischen Stallnymphe nachsehnen?" Möge lieber alles Volk hintreten vor den heiligen Bundesaltar und unter der Trikolore den Schwur leisten: „Frei leben oder sterben!"[2])

Im Sinne dieser Kundgebungen wurde am 6. November auf dem Stadthaus wieder eine Komödie aufgeführt. Ein rotes und ein schwarzes Buch, das Buch des Lebens und des Todes, wurden dort aufgelegt; durch Einzeichnung ins eine oder andere sollten die Bürger zwischen Freiheit und Knechtschaft wählen. Forster blickte mit Unmut auf den groben Terrorismus, aber auch ihm lag, was er an den Franzosen rügte, eine stark entwickelte „Mobilität" im

[1]) Constitutionsvorschläge des Handelsstandes zu Mainz, beantwortet von K. Boost, Mitglied der Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit (1792), 4.

[2]) Ueber Fürstenregiment und Landstände, bei Gelegenheit der Bittschrift des Mainzer Handelsstandes an Custine gesprochen vor dem Volke von Andr. Jos. Hofmann, Professor der Philosophie und des Naturrechts (1792).

Charakter, und auch auf ihn ließ sich sein Wort anwenden: „Jede Masse ist zu bewegen, wenn die rechten Hebel kommen.“ Bald war auch er von der herrschenden Stimmung mitgerissen. Als ihn Buchhändler Voß in Berlin beschwor, er möge doch ein guter Preuße bleiben, erging er sich über diesen Gedanken in Wendungen, die an Falstaffs Monolog über die Ehre erinnern.[1]) Während er vor kurzem über Gewaltthaten im Kriege das bitterste Urteil gefällt hatte, rechtfertigte er nun die Brandschatzungen der Franzosen als „billige Besteuerung blutsaugerischen Reichtums“; er fand es „dünkelhaft“, daß die Reichsstadt Frankfurt „gegen die Lichtmasse der Vernunft in der gesetzgebenden und vollstreckenden Gewalt der gebildetsten und aufgeklärtesten Nation des Erdrundes sich auflehnen“ wolle. Nach den vorurteilsfreien neufränkischen Grundsätzen habe zwar jedes Volk freie Selbstbestimmung, aber „kann es eine Wahl geben zwischen Inkorporation mit dem glücklichsten Land und hündischer Treue gegen die alten Gewalthaber“? —

Ein erfreulicheres Bild, als die unter die Botmäßigkeit von Aufklärern und Strebern geratene Bischofsstadt bietet die Wahl- und Krönungsstadt des deutschen Reichs. Unmittelbar nach der Einnahme von Mainz wurden 2000 Franzosen unter General Neuwinger gegen Frankfurt abgeschickt. Hier bestand weder im Rat noch bei den Zünften, nicht einmal in der Masse der Besitzlosen Hinneigung zu Frankreich und den französischen Grundsätzen; die große Mehrheit der Bevölkerung war mit der reichsstädtischen Verfassung, wie mit der gegenwärtigen Verwaltung zufrieden. „Ich wünschte der weiten Gotteswelt eine solche Verfassung,“ heißt es in einer gleichzeitigen Schilderung der Frankfurter Vorgänge, „und zur Aufrechthaltung der Gesetze solche edle Männer als den hiesigen Magistrat.“[2]) Das ganze Verhalten der Frankfurter beweist, daß auf diese „Republikaner“ die französischen Schlagworte nicht die nämliche Wirkung übten, wie auf die vom Krummstab kommandierten Unterthanen.

An eine Verteidigung der Stadt, die kaum noch als befestigter Platz gelten konnte, war freilich nicht zu denken. Als Neuwinger am 22. Oktober vor dem Bockenheimer Thor Kanonen auffahren ließ, wurden die Zugbrücken niedergelassen; mit klingendem Spiel und dem Ruf: Vive la liberté! rückten die Franzosen ein. Nun ertönte Trommelwirbel den ganzen Tag in den Straßen; die Linientruppen pflegten in guter Ordnung zu marschieren, dagegen gewährten die Nationalgardisten in ihrem Durcheinander von Uniformen und Waffen einen burlesken Anblick; viele hatten ihre Fleisch- und Brotportionen auf die Bajonette aufgespießt. In den Gasthäusern ging es hoch her; Offiziere und Gemeine ergötzten sich damit, „in ihren Gesprächen mit erledigten Kronen Fangball zu spielen“.[3]) Hie und da kam es zu Händeln, doch wurde im allgemeinen auf Manneszucht gehalten, und ebenso wenig hatten sich die ungeladenen Gäste über unfreundliche Aufnahme zu beklagen.[4]) Bald sollten aber die Bürger belehrt

[1]) Forster, Sämtl. Schriften, VIII, 273.

[2]) (Ihle), Tagebuch von der Einnahme Frankfurts durch die Neufranken (1793), 3.

[3]) Ihle, 31, 33.

[4]) Kurze und authentische Nachricht von der Besetzung der Reichsstadt Frankfurt a. M. durch fränkische Truppen (Frankfurt 14. Nov. 1792), 6.

werden, daß es nicht bloß auf Besetzung eines wichtigen strategischen Punktes, sondern auf einen richtigen Raubzug abgesehen war. Ein von Neuwinger dem Magistrat überreichtes Schreiben Custines enthielt die Mitteilung, daß der Stadt Frankfurt, da sie den verräterischen Emigranten Schutz und Hülfe gewährt habe, eine Brandschatzung von zwei Millionen Gulden auferlegt werde, mit der Bedingung, daß nicht die „lieben Freunde Frankreichs", die Bürger und Beisassen, sondern nur die Patrizierfamilien und die im Stadtgebiet begüterten Fürsten und Adeligen zur Zahlung gehalten sein sollten; schon bis zum nächsten Tage sollte die ganze Summe erlegt werden. Die hochgespannte Forderung wurde in allen Kreisen mit Entrüstung aufgenommen. „O der Schande!" heißt es in der schon angezogenen Chronik. „Kämpfer für Freiheit und Menschenrecht treten die Gerechtigkeit mit Füßen, rauben einem friedfertigen Menschenhäuflein sein Gut und werfen ihm zum Ersatz eine bunte Kokarde und eine rote Kappe hin, — Schande dem Deutschen, der dieses Spielzeug blödsinniger Thoren annimmt!"[1]) Eine Verwahrung des Stadtrats wurde abgewiesen; es mußten wenigstens bedeutende Anzahlungen „als zu einem der französischen Nation gemachten Depositium" sofort gemacht werden. Am 27. Oktober hielt Custine selbst Einzug in Frankfurt. Auf dem Roßmarkt rief er der Menge in deutscher Sprache zu: „Habt ihr neulich den Kaiser dahier gesehen?" und als einige Stimmen mit ja antworteten, rief er höhnisch: „Nun, ihr werdet keinen mehr sehen!" Schon in Mainz hatte sich Custine in ähnlichen geschmacklosen Prahlereien gefallen; dort war ihm stürmischer Beifall zu teil geworden, in Frankfurt wurden die Worte mit frostigem Schweigen aufgenommen.[2]) Um so unerbittlicher bestand Custine auf Zahlung der Brandschatzung; als der Stadtrat in einer neuen Denkschrift um Herabminderung nachsuchte, erwiderte er zornig: „Ich will keine Papiere, sondern Geld!" Unverzüglich ließ er fünf reiche Kaufleute und zwei Juden als Geiseln im roten Hause in Verwahrung setzen. Vergebens erließen die Handwerksmeister eine Erklärung, sie könnten nicht einsehen, weshalb man sie in feindlichen Gegensatz zum Stadtrat und zu den Reichen bringe; auch der Unbemittelte sei durch öffentliche Stiftungen vor Not bewahrt, und die allgemeine Wohlfahrt sei durch die freie Verfassung Frankfurts verbürgt. „Wir wüßten nicht," so lautet der Schluß des Protestes, „womit wir unseren Eifer für die fränkische Republik lebhafter an den Tag legen könnten, als durch den aufrichtigen Wunsch, daß diese mit ihrer neuen Verfassung ebenso glücklich sein möge, als wir bisher mit der unserigen waren."[3]) Sämtliche Zunftgenossen, mit Ausnahme von einigen wenigen, unterzeichneten das Schreiben, das Häusser als „eine verdiente Züchtigung für die jakobinische Heuchelei der französischen Proklamationen" bezeichnet. Forster freilich nannte es eine „unwürdige Selbstentmannung" und überhäufte die „Protzenstadt" mit Vorwürfen, worauf ihm von einem Frankfurter das hohe Lob entgegengehalten wurde, das in Forsters „Ansichten vom Niederrhein"

[1]) Ihle, 19.

[2]) Kriegk, Custine und die Erstürmung Frankfurts durch die Hessen im Jahr 1792; Deutsche Kulturbilder aus dem achtzehnten Jahrhundert, 203.

[3]) Die Bürger von Frankfurt an den fränk. Bürger und General Herrn Custine (1792).

den aufgeklärten, strebsamen Frankfurtern gespendet worden war.[1]) Ein von Mainz nach Frankfurt zurückgekehrter Jude soll auf eine Frage nach dem dort aufgepflanzten Freiheitsbaum erwidert haben: „Nau, wie soll mer's gefallen, 's is außer a Bämchen ohne Wurzel un a Käple ohne Kopf!" Auch ein Frankfurter Schlossermeister, Johann Auerbach, machte sich in einem „Offenen Brief an Herrn Professor Dorsch" weidlich lustig über die Mainzer Nachbarn, die zwar die Freiheit beständig im Munde führten, aber vor hergelaufenen Fremdlingen demütig kuschen müßten.

In würdelosem Ueberschwang erging sich ein Aufruf Custine's an die hessischen Truppen; der Landgraf wird darin ein Ungeheuer genannt, der Abfall als Menschenpflicht bezeichnet und den Fahnenflüchtigen ein beneidenswertes Los: 15 Kreuzer täglich, wenn sie dienen wollten, 45 Gulden jährlich, wenn sie sich dazu nicht entschließen könnten, in Aussicht gestellt.[2]) Am 2. Dezember gaben aber die Hessen auf solches Liebeswerben eine Antwort, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. —

In Luxemburg war die Aufnahme der deutschen Truppen nichts weniger als gastlich. „Schon der Name Preuße," sagt Laukhard, „schien den meisten Luxemburgern verhaßt zu sein, noch mehr der Name eines Ketzers."[3]) Lebensmittel wurden weder geliefert, noch verkauft, der Soldat mußte nach wie vor hungernd und frierend auf bloßer Erde liegen, schutzlos den Unbilden der Witterung preisgegeben.[4]) Mit Rücksicht auf diese Notlage wurde im Hauptquartier trotz der Bitte Clerfaits, die wichtigen Festungen in Luxemburg nicht preiszugeben, der Rückzug in der Richtung gegen Koblenz beschlossen. Gewichtige Gründe, schrieb Luccheſini dem preußischen Ministerium, seien für die Entscheidung maßgebend gewesen: die Trauerkunde von der Uebergabe von Mainz, die es notwendig erscheinen ließ, weitere Fortschritte der Franzosen auf deutschem Boden zu verhindern, — der Wunsch nach Befreiung von den Chikanen der Luxemburger, — vor allem aber das stürmische Verlangen, die Verbindung mit den österreichischen Truppen gelöst zu sehen und den König wieder zum Herrn seiner Entschließungen zu machen.[5])

Wenn die ersten Unterhandlungen mit den Franzosen dazu dienlich sein sollten, den Rückzug zu erleichtern, so war es jedenfalls ein Fehler, daß den französischen Anzettelungen immer wieder Gehör geschenkt wurde. Auf Einladung Kellermanns kamen der Herzog von Braunschweig, Luccheſini, auch Reuß und Hohenlohe am 26. Oktober mit Kellermann und Valence auf Schloß Aubange zusammen; es sollte, wie Kellermann schrieb, beraten werden, wie dem gemeinsamen Feinde, dem Krieg, ein rasches Ende bereitet werden könnte. Als erste Bedingung forderte Valence den Verzicht der Verbündeten auf jegliche Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs, wobei er betonte, daß im Falle einer Weigerung der Mächte Frankreich nicht unterlassen werde, die Um-

[1]) Ihle, 101.
[2]) Ditfurth, 154.
[3]) Briefe eines preuß. Augenzeugen, III, 219.
[4]) Minutoli, 347.
[5]) Preuß. St.-Archiv. Luccheſini an das preuß. Ministerium, 28. Okt. 1792.

wandlung der Nachbargebiete in Freistaaten zu fördern. Den Vertretern Oesterreichs riet Valence, Baiern gegen die Niederlande einzutauschen, doch sollte der Kurfürst von Pfalz-Baiern in den Niederlanden nur als Statthalter regieren, wie die Oranier in den Generalstaaten; außerdem sollte die Festung Luxemburg geschleift werden. Den Vertretern Preußens versicherten die Franzosen, daß sie nicht bloß den Frieden, sondern auch freundschaftliche Beziehungen aufrichtig wünschten, doch wollten sie von einer Waffenruhe nichts hören. „Ich glaube aus der Unterredung den Schluß ziehen zu müssen," berichtete Lucchesini, „daß zur Zeit von Unterhandlungen mit den Franzosen ein vorteilhaftes Ergebnis nicht zu erwarten ist; sie beabsichtigen nichts anderes, als uns mit dem Wiener Hofe zu entzweien; dem Kaiser drohen sie mit Revolutionierung der Niederlande, damit er eher auf die Friedensbedingungen eingehe, wie sie der demokratische Dünkel diktieren würde."[1])

Auch bei dem preußischen Gesandten in Bonn, Dohm, stellte sich ein gewisser Mandrillon ein, um im Auftrag des Ministers Lebrun Unterhandlungen anzuknüpfen. Auf Dohms Anfrage lehnte der König den Verkehr mit einem unbekannten Unterhändler ab; zugleich ließ er erklären, daß von Frieden überhaupt nicht die Rede sein könne, ehe Custine den Reichsboden verlassen hätte und für die Sicherheit des Königs von Frankreich und seiner Familie ausreichende Bürgschaft gewährt wäre; auch dann würde Preußens König nicht ohne Wissen und gegen das Interesse des Kaisers auf einen Vergleich eingehen.

Die Erklärung stammte von Lucchesini, dem die geheimen Verhandlungen mit dem Feinde anstößig und gefährlich erschienen. „Man atmet förmlich auf, daß endlich aufgeräumt ist mit diesen Schlichen, die keinen anderen Zweck haben, als den preußischen Namen zu kompromittieren und uns von unseren Verbündeten zu trennen." Auch die Minister fanden die königliche Antwort „bewundernswürdig", waren aber weniger einverstanden mit dem Entschluß, den Krieg mit allen Kräften fortzusetzen. „Jedenfalls muß die vorherige und ausdrückliche Zustimmung zu einer Entschädigung in Polen die conditio sine qua non für unsere künftige Mitwirkung am Kriege bilden." Freilich werde ja auch die Kaiserin von Rußland zu den preußischen Erwerbungen nur um den Preis eines zweiten Feldzugs gegen Frankreich ihre Einwilligung geben; dagegen könne von einer moralischen Verpflichtung gegen die französischen Prinzen nicht die Rede sein, „zumal diese Herren die Unverschämtheit so weit trieben, daß sie den Rückzug unserer Armee auf Verrat zurückführten, während unser Mißerfolg zum größten Teil gerade durch ihre verlogenen Verheißungen in Bezug auf die Stimmung in Frankreich verschuldet worden ist." Ein Brief des Kaisers enthalte die Mahnung, mit Aufgebot aller Kräfte den Krieg fortzusetzen und „auf Kosten der Feinde eine Entschädigung zu suchen"; das Wort Polen komme in dem Schreiben gar nicht vor. „Dann täuscht sich der Kaiser," erwiderte Lucchesini, „unser König hat auf meine und Haugwitzens Vorstellungen beschlossen, nicht einen Mann marschieren zu lassen,

[1]) Preuß. St.-Archiv. Lucchesini an das preuß. Ministerium, 1. Nov. 1792.

ehe nicht der Wiener Hof seine Zustimmung zu unseren Bedingungen gegeben haben wird."

Ein neues Intermezzo bildete ein Versuch Custine's, den König von Preußen von seinem „unnatürlichen" Bundesgenossen abzuziehen. Der geschmacklose Brief konnte nur als Beleidigung wirken, zumal die Aufforderung, der König möge dem General zum Beweis seines Vertrauens dreihundert preußische Soldaten unter intelligenten Offizieren überlassen, die zur Einnahme der Festung Ehrenbreitstein behülflich sein sollten. „Der Brief Custine's," urteilte Lucchesini, „ist ein Kabinettsstück von Unverschämtheit und Arglist!" . . . „Der König, den auch die Nachricht von der Verbreitung revolutionärer Aufrufe in den Straßen von Berlin in Entrüstung versetzt hat, wird sich nach Koblenz begeben, doch nur in der Absicht, bei den Feinden die Vermutung hervorzurufen, daß die preußische Armee schon Winterquartiere beziehe, — in Wirklichkeit handelt es sich um Vorbereitung zu einem neuen, wichtigen Unternehmen." Die hessischen Truppen waren schon vorausgeeilt; um die Mitte November standen auch die Preußen vor Koblenz. Damit war die Gefahr einer Wegnahme dieses mit reichen Vorräten ausgestatteten Platzes durch Custine abgewendet; in gastlichen Quartieren konnte sich der Soldat von den Strapazen und Entbehrungen des Rückzuges erholen, auch Verstärkungen langten an. Mochten auch viele Offiziere französisch gesinnt sein, so waren doch alle, wie Lombard (9. November) schreibt, von Begierde entflammt, die Schlappe von Grandpré auszuwetzen. „Gibt es doch auf der Welt keine feigeren Soldaten, als die Franzosen; nur der regnerische Herbst ließ uns vor solchen Leuten den kürzeren ziehen!"

Lombard würde wohl weniger selbstbewußt geurteilt haben, wenn ihm schon bekannt gewesen wäre, daß die Franzosen soeben (6. November) einen glänzenden Sieg erfochten hatten.

In Belgien war durch die kluge Nachgiebigkeit Leopolds II. äußerlich die alte Ordnung wiederhergestellt, doch fehlte es nicht an Anzeichen, daß die „Patrioten" noch an der Arbeit waren;[1]) die Vonckisten erhofften Unterstützung ihrer Pläne vom Konvent und unterhielten Verbindung mit einflußreichen Parlamentariern.[2]) Deshalb gerade hatte Dumouriez den Krieg in Belgien eröffnen wollen, um den Unzufriedenen zum Umsturz des österreichischen Regiments die Hand zu bieten und hinwider von den Aufständischen im Krieg mit den Verbündeten unterstützt zu werden. Der Einfall in die Champagne hatte ihn genötigt, diesen Plan aufzugeben; nur geringe französische Streitkräfte blieben an der Grenze, deren sich der mit Verteidigung der Niederlande betraute Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen leicht erwehren konnte. Wenige Tage vor dem Treffen von Valmy erschien der Herzog vor den Wällen von Lille. Hier war in der Bevölkerung das legitimistische Element so stark vertreten, daß der girondistische Minister Roland befürchtete, der Platz werde wegen der unpatriotischen

[1]) Zeißberg, Zwei Jahre belgischer Geschichte 1791—92; Sitzungsberichte der Wiener Akademie, 123. Bd., 4. Heft.

[2]) Vgl. die Mitteilungen des Grafen v. Mercy-Argenteau an Fürst v. Arenberg; Vacourt, III, 396.

Haltung der Bürgerschaft übergeben werden müssen.[1]) Auch Herzog Albrecht mochte mit dieser Vermutung rechnen; in einem Aufruf an die Einwohner von Lille kündigte er an, er komme nur als guter Freund und Nachbar, um den wohlgesinnten Bürgern gegen die schlechten Schutz zu bieten. Doch dem Offizier, der das Schreiben des Herzogs in die Stadt brachte, scholl in allen Straßen der Ruf: Tod den Oesterreichern! entgegen; die Aufforderung zur Waffenstreckung wurde mit Hohn zurückgewiesen. Nun wurde die Stadt eingeschlossen, das Bombardement begann, doch obwohl Hunderte von Häusern in Flammen aufgingen, dachte niemand an Uebergabe. Auf die Nachricht vom Mißerfolg der Verbündeten in der Champagne und vom erneuten Vorrücken Dumouriez' gegen Belgien brach Herzog Albrecht die Belagerung ab und trat den Rückzug an; in den ersten Tagen des November stand die kaiserliche Armee nahe bei der Festung Mons in einem stark verschanzten Lager zwischen den Dörfern Jemappes und Cuesmes. Nachdem sich auch das Corps Clerfait damit vereinigt hatte, standen ungefähr 20000 Mann unter dem Oberbefehl Herzog Albrechts.[2]) Weit stärker war die von Dumouriez befehligte Armée de Belgique, doch hatten die Oesterreicher den Vorteil einer außerordentlich günstigen, freilich für die geringe Truppenzahl zu ausgedehnten Stellung. Am 6. November morgens 7 Uhr griff Dumouriez an. Nach tapferer Gegenwehr der Oesterreicher mußte das Dorf Quaregnon an der Straße von Valenciennes nach Mons, der Schlüssel zum Hauptpunkt der österreichischen Schlachtordnung, aufgegeben werden. Der Sturm des französischen Zentrums auf die Höhen wurde wiederholt abgeschlagen, doch entschlossene Führer, darunter auch General Egalité, der Sohn des Herzogs von Orleans, brachten das Gefecht immer wieder zum Stehen.

Auf österreichischer Seite war dem General Clerfait mit der Verteidigung von Jemappes die schwerste Aufgabe zugefallen, doch auch er wußte seine Kaltblütigkeit und Unerschrockenheit den Bataillonen mitzuteilen. Er hatte höchste Gala angelegt, da der Tag einer Schlacht, wie er sagte, dem Soldaten als der höchste Festtag zu gelten habe. Das mörderische Feuer der Oesterreicher ließ die von Thouvenot geführten Kolonnen nicht ans Ziel gelangen, bis endlich die Zurückgeschlagenen an dem Punkte, wo die erste Redoute der Kaiserlichen sich an das Dorf Jemappes anlehnte, eine ungedeckte Stelle fanden: hier wurde nun der Angriff erneut, Jemappes genommen.[3]) Auch das französische Zentrum eroberte nach wildem Kampfe die Schanzen auf den Waldhöhen, und die Erstürmung von Cuesmes durch Beurnonville entschied das Schicksal des Tages. Da Herzog Albrecht eine Umgehung über Siply befürchten mußte, gab er gegen Mittag Befehl zum Rückzug, der in guter Ordnung angetreten wurde. Die Sieger überließen sich auf der Walstatt einer ungestümen Freude. Ihr Ça ira und ihre Hochrufe auf den Feldherrn, die Nation und das freie Belgien waren bis Mons zu hören. Dumouriez ließ es an Worten des Lobes

[1]) Derode, Histoire de Lille, III, 101.

[2]) Chuquet, IV, 85, berechnet die kaiserliche Streitmacht sogar nur auf 13200 Mann.

[3]) Ibid., IV, 92.

nicht fehlen, wobei er nach der Mitteilung des Augenzeugen Ronsin vor Aufregung und Rührung weinte und schluchzte.[1]) Am nächsten Tage besetzte Dumouriez das geräumte Mons, verzichtete aber auf eine Verfolgung der geschlagenen Oesterreicher. Mit lebhaftem Eifer betrieb er die Revolutionierung der Niederlande. Da die Kaiserlichen sich nirgends mehr sicher fühlten, räumten sie im Dezember das ganze Land mit Ausnahme von Luxemburg; auch das Hochstift Lüttich, vorübergehend (15. Dezember) sogar Aachen wurde von den Franzosen besetzt. Panischer Schrecken wirkte auf die kaiserliche Heeresleitung so lähmend ein, daß sie das ganze linke Rheinufer räumen wollte; nur die dringenden Vorstellungen des preußischen Bevollmächtigten General Tauenzien verhinderten die Ausführung des übereilten Entschlusses. So bezogen denn die Oesterreicher Winterquartiere hinter Roer und Erft, während die Franzosen die Maasufer zwischen Huy und Roermonde besetzt hielten. Man hat befremdend gefunden, daß Dumouriez seine Ueberlegenheit nicht dazu benutzte, bis zum Rhein vorzudringen. Daß ihn die Rücksicht auf die Neutralität Pfalz-Jülichs und Hollands davon abhielt, ist unwahrscheinlich; eher mag er durch die Erschöpfung und die Disziplinlosigkeit seiner Truppen bewogen worden sein, an der Roer Halt zu machen.[2])

Auch Custine vermochte das im Herbst eingenommene Dreieck zwischen Mainz, Homburg und Frankfurt nicht zu behaupten.

Der Marsch der Preußen in nordöstlicher Richtung gegen Koblenz war nur eine Kriegslist gewesen. Der König bestand gegen den Willen des Herzogs von Braunschweig mit aller Entschiedenheit darauf, daß noch vor Jahresschluß ein Vorstoß gegen Custine unternommen werde. An der Lahn heraufziehend, vereinigte sich die preußische Armee bei Marburg mit den Hessen-Kasselern, bei Gießen mit den Darmstädtern; gegen Ende November gelangte sie an den Main. Am 28. November erschien ein preußischer Offizier vor dem Kommandanten der französischen Besatzung in Frankfurt, van Holden, um die Uebergabe der Stadt zu fordern. Holden gab, auf Entsatz durch Custine hoffend, eine abschlägige Antwort.[3]) Die Mauern und Wälle der Stadt befanden sich in so verfallenem Zustand, daß sie nicht mehr als fester Platz anzusehen war. Trotzdem galt ein nur von Feldgeschützen unterstützter Sturm nach den Regeln der methodischen Kriegführung als waghalsiges Unternehmen; der Herzog von Braunschweig wollte auch nichts davon wissen;[4]) auf Befehl des Königs wurde jedoch am 2. Dezember von dem 6600 Mann starken hessischen Corps unter Befehl des preußischen Oberstleutnants v. Rüchel gegen das Friedberger und das Allerheiligenthor der Angriff eröffnet.[5]) Die anrückenden Kolonnen wurden von den Wällen so wirk-

---

[1]) Chuquet, IV. 99.

[2]) Nathan, Die Kämpfe zwischen Roer und Maas während des ersten Koalitionskrieges: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, 21. Bd. (1899), 91.

[3]) Authentische Nachricht vom Uebergang der Reichsstadt Frankfurt aus französischen Händen an die vereinigten k. preuß. u. hochfürstl. hess. Kriegsvölker, 3.

[4]) Preuß. St.-Archiv; Luchesini an das preuß. Ministerium, 2. Dez. 1792.

[5]) Kriegstagebuch des hess. Generalstabs im Feldzug von 1792; Neue militär. Blätter, 39. Bd. (1891), 225.

sam beschossen, daß wenigstens der erste Sturm wohl mißlungen wäre, wenn nicht aus der Stadt selbst Hülfe gekommen wäre. Holden wollte auch die vor seinem Quartier stehenden Kanonen auf den Wall führen lassen, doch die auf der Zeil versammelten Handwerksgesellen hielten die Geschütze an, stürmten sodann die Wache am Friedberger Thor und ließen die Zugbrücke nieder.[1]) Die Hessen drangen ein und fielen mit dem altheſſischen Soldatenruf: „Schurri druff!" (Stürme drauf!) über die Franzosen her. Während die Wälle von Feinden gesäubert wurden, versuchte die Hauptmasse der Franzosen durch das Bockenheimer Thor zu entkommen, doch die Flüchtigen wurden von hessischen Reitern eingeholt, 1500 Mann, darunter auch van Holden, wurden gefangen genommen, die übrigen zogen sich nach Höchst und in den nächsten Tagen gegen Mainz zurück. In allen Straßen empfingen die Bürger ihre Befreier mit stürmischem Jubel, des Küssens und Händedrückens war kein Ende. Noch am nämlichen Tage hielt Friedrich Wilhelm Einzug; in einer Ansprache an die Hessen rühmte er ihre Unerschrockenheit, die ihn glauben ließ, einem Potsdamer Manöver, nicht einem blutigen Sturme beizuwohnen.[2]) „Nun wäre also das treue Frankfurt wieder in deutschen Händen," schrieb der Hesse Ihle am Abend des „großen Tages" mit froher Genugthuung in sein Tagebuch. Dem König von Preußen wurden, wo er sich zeigte, ungeheuchelte Beweise von Dankbarkeit und Zuneigung entgegengebracht. „Jeder wollte seinen Rock berühren," erzählt Lombard, „der Chasseur, der ihm, als er absteigen wollte, den Steigbügel hielt, wurde umgeworfen, und alle Welt stritt darum, diesen Dienst zu leisten." Hinwieder ließ der König der Bürgerschaft, die in Kampf und Not als festes Bollwerk der deutschen Ehre sich bewährt habe, wärmsten Dank aussprechen.[3]) Die Freude über die Befreiung der Wahl- und Krönungsstadt des Reiches war um so lebhafter, als es die einzige glückliche Waffenthat des ganzen Feldzugs war. Welch tröstlichen Eindruck sie hervorrief, erhellt aus den warmen Worten, womit Goethe bald darauf für das Angebot einer Ratstelle in seiner Vaterstadt dankte, „in dem Augenblick, da es vor Europa, ja vor der ganzen Welt eine Ehre ist, als Frankfurter Bürger geboren zu sein". Dagegen umspannen die erbosten Mainzer Klubisten die „Frankfurter Adventsfeier, ein Gegenstück zur Bartholomäusnacht und zur sizilianischen Vesper" mit einer förmlichen Legende. Auch in Stäudlins Chronik wurde bittere Klage geführt über „die schändliche Zerfleischung und Verwundung der tapferen Franken, welche sich ein nichtswürdiger, roher Haufen mit kalter, vorbereiteter, noch an den Entseelten ausgebrochener Wut erlaubte".[4]) Nach der Schilderung eines „französischen" Adjutanten, Daniel Stamm, in der Mainzer Nationalzeitung wären 2000 Franken von den „mit allen Arten von Mordinstrumenten bewaffneten Einwohnern der Wechsler- und Krämerstadt" heimtückisch ermordet

[1]) Ihle, 177, und Eickemeyer, 170, stimmen in diesen Angaben überein.

[2]) Den gefallenen Hessen zu Ehren ließ Friedrich Wilhelm II. 1793 ein von Hofbaumeister Langhanß entworfenes Denkmal vor dem Friedberger Thor errichten.

[3]) Lombard an seine Braut, Frankfurt 4. Dez. 1792; Deutsche Rundschau, VIII, 331.

[4]) Fortgesetzte Schubartsche Chronik für 1792, 825.

worden. „Frankfurter! diesen Tag werdet ihr trotz eurer feilen Zeitungen nicht aus den Jahrbüchern eurer Geschichte auslöschen. Buben auf den Straßen werden euch anspeien; der Name Frankfurt wird der Nachwelt ein Abscheu seyn; der Franke ist verabscheuenswerth, der euch ansehen kann, ohne euch zu würgen." Auch Custine machte sich in den Augen aller Vernünftigen dadurch lächerlich, daß er seinem Bericht an den Pariser Konvent das „Mordmesser" eines Frankfurters als „lebendiges Zeugnis der Grausamkeit der verräterischen Stadt" beilegte. „Ich werde dafür an dem Ungeheuer, das die Ermordung so vieler Landsleute verschuldet hat, blutige Rache nehmen; es ist überflüssig, den Landgrafen von Hessen-Kassel ausdrücklich zu nennen." Der Frankfurter Stadtrat glaubte sogar gegen diese „gallichten Verleumdungen" auftreten zu müssen; er setzte eine Belohnung von 1000 Louisdor für denjenigen aus, der glaubhaft nachweisen könnte, daß Frankfurter Bürger zur Ermordung der französischen Besatzung sich verschworen hätten.[1]) Eine zur Widerlegung der sinnlosen Uebertreibungen bestimmte Schrift „Ueber die Ereignisse des 2. Dezember in Frankfurt, allen Menschenfreunden von den Bürgern Frankfurts gewidmet," hält dem „elenden Ausreißer und Räuber" Custine ein Sündenregister vor und schließt mit einer kurz vorher im Konvent gefallenen Aeußerung: „Monarchien will man ausrotten, Tyrannenlaster aber behalten!"

Durch den Verlust von Frankfurt war Custine auf dem rechten Rheinufer auf den Besitz von Hochheim und Kastel eingeschränkt. Die deutschen Truppen standen in einem großen Bogen um Mainz; den Angriff auf diesen Platz glaubte aber die deutsche Heeresleitung auf das Frühjahr verschieben zu müssen. Vom preußischen Ministerium wurde diese Genügsamkeit nicht gebilligt. „Es erschien uns unbegreiflich," schrieben die Minister am 8. Dezember an Lucchesini, „daß nach der Einnahme von Frankfurt und dem unfreiwilligen Rückzug Custine's nicht daran gedacht wurde, den Feind zu verfolgen und über den Rhein zurückzutreiben; hoffentlich werden wir davon bald hören!" Als diese Hoffnung sich trügerisch erwies, gaben sie der Mißstimmung über die lahme Kriegführung noch deutlicheren Ausdruck. Westfalen sei einem feindlichen Angriff wehrlos preisgegeben, denn die dorthin geschickten Truppen seien viel zu schwach, um gegen den überlegenen Feind etwas auszurichten, dagegen seien durch ihren Abzug auch das wichtige Magdeburg und die Altmark von Truppen entblößt, in einem Augenblick, da die Revolution mit gierigen Armen auch diese Länder zu ergreifen drohe.[2])

Aus dem Briefwechsel Lucchesini's mit den Ministern erhellt auch mit erschreckender Klarheit, welch schlimmer Geist in preußischen Heereskreisen Eingang gefunden hatte, wie wenig haltbar das Einvernehmen zwischen den verbündeten

---

[1]) Amtliche Bekanntmachung der Frankfurter Stadtkanzlei vom 12. Dez. 1792.

[2]) Die Aeußerung bezieht sich wohl hauptsächlich auf die Thatsache, daß in den ersten Tagen des November in Berlin große Massen revolutionärer Flugschriften in Umlauf gesetzt wurden. Der bairische Gesandte v. Posch erblickte darin lediglich einen „Kunstgriff", der dem Monarchen klar machen sollte, daß ein Fortschreiten der Revolution nur durch äußerste Strenge der herrschenden Gewalt verhindert werden könne (Bair. St.-Archiv: v. Posch an Minister Graf Vieregg, 6. Nov. 1792).

Mächten, wie wenig aufrichtig hüben und drüben der Wunsch, den König von Frankreich zu retten, wie hier und dort nur Selbstsucht und Neid für Thun und Lassen maßgebend waren. Die Minister führten über die unberufene Einmischung preußischer Generäle in die Politik bittere Klage. Habe doch der Moniteur erst unlängst wieder über eine Unterredung des Generals Kalckreuth mit den französischen Generälen Dillon und Galbaud gar merkwürdige Mitteilungen gebracht! „Es ließe sich gar nicht auf anstößigere Weise die Absicht ankündigen, Oesterreich im Stiche zu lassen und das Bündnis aufzuopfern, und was das Schlimmste an der Sache ist: einige Vorkommnisse bei unserem Rückzug scheinen zu den Grundsätzen, wie sie bei dieser zweiten Unterredung Ausdruck fanden, trefflich zu passen!" Es sei kaum glaublich, daß ein preußischer Offizier sich so weit vergessen, von einem Bundesgenossen in solchem Tone gesprochen habe! Um den peinlichen Eindruck in Wien und Petersburg zu verwischen, sei ein Widerruf dringend geboten. Ein Widerruf ist unmöglich, erwidert Luccheſini, denn „die fraglichen Aeußerungen sind noch lange nicht die unbesonnensten und für den kaiserlichen Hof anstößigsten, die sich der genannte General erlaubte; mir selbst grollte er lange Zeit, weil ich ihn, wie er meint, gehindert habe, dem preußischen Staate zwei wichtige Dienste auf einmal zu erweisen: das Bündnis mit Oesterreich zu zerreissen und binnen 24 Stunden einen glorreichen Frieden mit Frankreich zu schließen". „Aehnliche Klagen und Wünsche kann man in Offizierskreisen jeden Tag hören; es kann also auch nicht befremden, wenn die Oesterreicher ihrem Unmut und Mißtrauen drastischen Ausdruck geben."

Doch glaubte auch das preußische Kabinett zur Unzufriedenheit mit den Wiener Diplomaten Ursache zu haben. „Der reciproken preußischen Beförderung der auf den bairischen Eintausch gegründeten Entschädigung Oesterreichs" war durch den Verlust der Niederlande vorläufig die Grundlage entzogen; demnach wurde in Wien die Forderung erhoben, daß auch der kaiserliche Hof „bis zur Durchführung jenes Tauschplanes ebenfalls in Polen einen solchen Bezirk, welcher denen preußischen und russischen Occupationen in quanto et quali gleichkäme, zu occupieren hätte."[1]) Da die russischen und preußischen Diplomaten auf diese Bedingung nicht eingehen wollten, schienen fortan die Vertreter Oesterreichs, sobald die Entschädigung zur Sprache kam, — wie Luccheſini spottet — an Schwerhörigkeit zu leiden. „Nach meinem unmaßgeblichen Ermessen wird es nur einer unerschütterlichen Festigkeit des Königs gelingen, in diesem Punkt den Wiener Hof zur Nachgiebigkeit zu zwingen." Freilich habe man es nicht bloß mit dem verschämten Sträuben der Wiener Politiker, sondern auch mit dem offenen Widerstand des Kabinetts von St. James zu thun; zu thätiger Mitwirkung am Kriege werde England nie zu haben sein, außer wenn man ihm selbst die Abtretung der Niederlande in Aussicht stellte; nur dann würden die Quäkerpredigten über das Gebot der Uneigennützigkeit im politischen Leben verstummen. Auch in Rußland werde die Lage von Tag zu Tag schwieriger.

[1]) Konferenzprotokoll der bei dem Herrn Obristhofmeister Fürsten v. Stahrenberg am 29. Nov. 1792 gehaltenen ꝛc. Ministerialkonferenz; Vivenot, Quellen ꝛc., II, 379.

„Wenn der Wiener Hof unseren Erwerbungen in Polen nur unter der Bedingung der eigenen Beteiligung zustimmen will, so sehe ich voraus, daß die Kaiserin von Rußland den Vertrag mit uns nicht so bald unterzeichnen wird. Katharina ist nun einmal dem Plane einer Dreiteilung in Polen abgeneigt und nähert sich beinahe der Auffassung Englands, das von unseren Erwerbungen ein für allemal nichts wissen will; deshalb wird sie täglich unzugänglicher für die Vorstellungen, die ihr Graf Goltz im Namen Sr. Majestät in Bezug auf unseren Teilungsplan unterbreitet. Unsere Sache kann nach meinem Ermessen nur dadurch vor dem drohenden Schiffbruch gerettet werden, daß wir den beiden kaiserlichen Höfen fest und entschieden erklären: wir werden an diesem Kriege nur dann noch teilnehmen, wenn man in Wien und Petersburg Mittel und Wege finden wird, die dort herrschenden Ansichten mit der Abtretung des in Aussicht genommenen Teiles von Polen an uns in Uebereinstimmung zu bringen." In allen Briefen Lucchesini's und seiner Kollegen tauchen Klagen über Unentschlossenheit, Wankelmütigkeit und Mißgunst der Bundesgenossen auf. Auch die Haltung der deutschen Reichsstände gibt Anlaß zu Beschwerden. Der einzige Fürst, der bisher gute Dienste geleistet habe, der Landgraf von Hessen-Kassel, drohe seine Truppen zurückzurufen, wenn er selbst für ihren Unterhalt aufkommen müßte. „Es ist aber ganz unmöglich, aus unserem Schatz Subsidien zu zahlen, denn wenn wir noch einen Feldzug unternehmen, haben wir keinen Sou mehr auszugeben!" Wenn andere deutsche Fürsten nicht die Scham zurückhalte, um Enthebung von ihren verfassungsmäßigen Verpflichtungen nachzusuchen, so möge ihnen von den kriegführenden Mächten ein entschiedenes Nein! entgegengerufen werden. Die dem Herzog von Braunschweig eingeräumte Ausnahmestellung werde in ganz Deutschland böses Blut machen, „da der Ruf dieses Fürsten ohnehin seit einiger Zeit schwer geschädigt und sein patriotischer Eifer in so zweifelhafter Beleuchtung erschienen ist."

Plötzlich verstummen aber alle Vorwürfe und Klagen. „Es bereitet sich ein Ereignis vor, das euch versteinern wird!" hatte Kabinettssekretär Lombard am 9. November an seine Braut geschrieben, „in drei Wochen ist unser Ruin rettungslos oder unsere Wunden sind geheilt, und der neugierige Berliner, der sein Auge so begehrlich auf den Rhein gerichtet hat, wird nicht mehr wissen, wohin er es wenden soll!"[1])

Dieses Ereignis war eingetreten. „Wir hätten ja gewiß Grund zur Betrübnis," schreiben die Minister am 27. Dezember an Lucchesini, „wenn nicht die soeben von Petersburg eingetroffene Nachricht lindernden Balsam in unsere Wunden geträufelt hätte: unsere Entschädigung ist gesichert!" Zarin Katharina hatte ihre Einwilligung gegeben zu einem „Geschäft, das eine glänzende Entschädigung sichert, das wir niemals abgeschlossen hätten, wenn die Entscheidung unserem treuen Bundesgenossen Oesterreich überlassen gewesen wäre".

Diese Worte der preußischen Minister beleuchten grell die Lage gegen Ende des Jahres 1792. Noch denkt Preußen nicht daran, den Krieg mit Frankreich aufzugeben, aber es wird dabei nicht mehr von der Absicht geleitet, die Forderungen

[1]) Deutsche Revue, VIII, 328.

des Manifests vom 25. Juli durchzusetzen, sondern weit mehr von der Rücksicht auf Rußland, dessen Gunst zu vorteilhafter Ausbeutung der polnischen Frage unentbehrlich ist. Das Bündnis vom 7. Februar dünkt beiden Mächten nur noch eine Fessel, und da in Wien mit Mißvergnügen beobachtet wird, daß der Bundesgenosse eifriger seine eigene Bereicherung im Osten, als die Wiedereroberung der Niederlande für Oesterreich anstrebt, so ist die Lösung der mißliebigen Verbindung nur noch eine Frage der Zeit. Die „cause commune de tous les souverains“ ist nicht mehr als eine Realität zu betrachten.

Dritter Abschnitt.

Rückwirkung der Hinrichtung Ludwigs XVI. auf die Politik der Mächte. Die zweite Teilung Polens. Der Krieg in den Niederlanden. Der Abfall Dumouriez'. Ministerwechsel in Oesterreich. Der Kampf um Mainz. Rückschrittliche Bewegung in Deutschland.

Seit dem 10. August 1792 war das Königtum in Frankreich tot. Wenn die siegreiche Volkspartei auch noch den Tod des Königs begehrte, so geschah es, um dem auf den Thron erhobenen kommunistischen Despotismus dauernd die Herrschaft zu sichern. Der König muß sterben, sagt Robespierre, damit die Republik lebe. Das Blut Ludwigs XVI. sollte — diese höllische Berechnung leitete die Vertreter der „im Zeichen der Freiheit und Gleichheit verjüngten Nation" — eine Scheidewand bilden zwischen der Dynastie und den Unterthanen, die den Tod des Landesherrn beschlossen oder doch nicht verhindert hatten, und ebenso zwischen dem republikanischen Frankreich und den „Despoten" Europas.

Während noch mit dem preußischen Monarchen über Frieden und Freundschaft verhandelt und dabei der persönlichen Sicherheit der königlichen Familie in wohlwollender Weise gedacht wurde, that der Konvent die letzten Schritte, „den Sturz der Tyrannei zu besiegeln." Der König sollte wie ein gemeiner Verbrecher durch Henkershand vom Leben zum Tode befördert werden. Diese Demütigung der Krone sollte das monarchische Prinzip überhaupt treffen. „Wenn wir nur unseren König köpfen," rief Petion de Villeneuve im Konvent, „die übrigen Machthaber aber schonen, so geschieht es nur deshalb, weil uns ihre Köpfe nicht erreichbar sind!"[1]) Die Herrschaft der Königsmörder aber sollte der Krieg am Leben erhalten; deshalb wurden mit fieberhafter Hast die Rüstungen betrieben, die Grenzen unbedenklich überschritten, alle Völker Europas zum Anschluß an die Sache der Freiheit aufgefordert.

[1]) Moniteur, 1793, 22.

Auf das Gaukelspiel des Prozesses gegen das Oberhaupt des Staates braucht hier nicht näher eingegangen zu werden.

Auch durch die neue Verfassung war der König als unverletzlich erklärt; nur wenn er feindliche Heere gegen Frankreich führen würde, sollte nach den Grundsätzen des allgemeinen Strafrechts gegen ihn verfahren werden. Des Landesverrats, der Verschwörung mit den Despoten Europas gegen die geheiligte Freiheit des Vaterlandes wurde er denn auch bezichtigt, doch dieser Anklage war durch die inzwischen erfolgte Absetzung Ludwigs der Boden entzogen. Ueber die Ungesetzlichkeit des Vorgehens waren auch alle besonneneren Elemente einig, doch das Mißtrauen und die Eifersucht der Parteien untereinander verschlossen jeden Ausweg zur Rettung. „Keiner Partei," schrieb der Emigrant Herr von Pellene an seinen Gönner, den Grafen von Mercy-Argenteau, „ist es Ernst mit der Rettung des Königs. Marat und seine Spießgesellen gehen unmittelbar darauf aus, ihn zu ermorden, und wenn Roland und die Girondisten den Prozeß aufschieben wollen, so geschieht es nur aus politischen Gründen, weil sie befürchten, daß der Tod des Königs neue Unruhen und vielleicht gar die Wiederaufrichtung des Thrones durch den Herzog von Orleans heraufbeschwören könnte."[1] Als die höchst zweifelhaften Beweise verräterischen Einvernehmens des Monarchen mit den verbündeten Mächten angeblich in einem eisernen Wandschrank der Tuilerien gefunden und am 20. November dem Konvent zur Kenntnis gebracht wurden, war Ludwigs Schicksal besiegelt. Keine Partei wollte sich an patriotischem Eifer für die Erhaltung der Republik übertreffen lassen, und es wurde nur schwacher Widerstand erhoben, als die Vertreter der Stadt Paris im Namen des souveränen Volkes die Eröffnung des Prozesses verlangten. Am 11. Dezember erschien der Gefangene des Temple vor der Schranke des Konvents, dessen Präsident Barère ihn mit den berüchtigten Worten empfing: „Louis Capet, es wird Ihnen jetzt das Verzeichnis Ihrer Verbrechen vorgelesen werden! Sie können sich setzen!" Der schmachvolle Prozeß nahm den Verlauf, den er nehmen mußte. Bezeichnend ist der Ausruf des Jakobiners David bei der Verhandlung über die Art der Abstimmung: „Den namentlichen Aufruf oder den Bürgerkrieg!"[2] Umsonst wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die mitgeteilten Dokumente nicht als vollgültige Beweise für die Schuld des Königs gelten könnten; Petion erwiderte unter stürmischem Beifall, es sei ganz gleichgültig, ob der Verrat zu Papier gebracht sei oder nicht, die Besetzung von Longwy und Verdun durch die Preußen im Namen des Königs von Frankreich zeige deutlich genug den Verräter und seine Spießgesellen. Umsonst wurde daran erinnert, daß Robespierre, der jetzt so leidenschaftlich auf den Tod des Königs dringe, noch im vorigen Jahre die Abschaffung der Todesstrafe begehrt habe. Der Führer der Bergpartei erwiderte, er könne der zwingenden Macht der Gründe, um deren willen man seinen Antrag abgelehnt habe, nicht widerstreben in einem Augenblicke, da nur der Tod eines einzigen Mannes das Leben eines ganzen

[1] Bacourt, Briefwechsel zwischen dem Grafen v. Mirabeau und dem Fürsten v. Arenberg, Grafen von der Mark, übers. von Städtler III, 407.

[2] Moniteur, 37.

Volkes zu sichern vermöge.[1]) Reubell und Hausmann schrieben aus Mainz an den Konvent: Die Tyrannen Deutschlands fahren fort, im Namen Louis Capets unsere Brüder zu morden: wie lange müssen wir noch hören, daß Louis Capet am Leben ist? Am Tage der Abstimmung lagerten sich Tausende von bewaffneten Sansculotten auf dem Platze vor der königlichen Reitschule, um auf die Abgeordneten den nötigen Druck auszuüben. Aus Furcht, „septembrisiert" zu werden, stimmten auch viele von den Gemäßigten für den Tod des Königs. Der Girondist Vergniaud, der noch vor kurzem, am 31. Dezember — selbst auf die Gefahr, daß ihn das Los des Tiberius Gracchus ereile, müsse er der Stimme der Wahrheit folgen! — das Todesurteil eine Schmach für Frankreich genannt hatte, erklärte am 16. Januar, einem patriotischen Bürger müsse der Gehorsam höher stehen als die eigene Ueberzeugung. Ebenso beteuerte Gensonné: Der Wunsch des einzelnen muß schweigen, wenn der Wille der Allgemeinheit spricht! ich stimme für den Tod! Danton rief: „Könige kann man nur an den Köpfen packen, also Kopf ab dem Verräter!" Doch trotz aller Einschüchterung durch die Brandreden in der Versammlung und den Waffenlärm vor dem Ständehaus stimmten von 721 Anwesenden nur 361, also genau die absolute Mehrheit, für den Tod.[2]) Als der Namensaufruf beendigt war, wurde dem Konvent ein Schreiben des Königs von Spanien übergeben, worin um Aufschub des Urteils gebeten war; der König wolle dann den Frieden sowohl zwischen Frankreich und Deutschland als zwischen dem Volk und dem König von Frankreich zu vermitteln suchen. Doch Robespierre, der bisher immer den Krieg verdammt und für das daraus erwachsende Unheil die Gironde verantwortlich gemacht hatte, wollte jetzt nichts von Frieden hören; die Depesche wurde zu den Akten gelegt. „Um die Todesangst des Verbrechers nicht zu verlängern," lehnten die „barmherzigen" Richter jeden weiteren Aufschub ab. Am 21. Januar erlitt der Unglückliche, „wohl der einzige Mensch in Paris, der an jenem Tage in seiner Seele den Frieden besaß" (Sybel), durch Henkershand den Tod.

„Damit haben wir die Schiffe hinter uns verbrannt!" Dieses Wort Marats kennzeichnet die Lage. Mit der Hinrichtung auf dem Eintrachtsplatze warf die junge Republik dem legitimistischen Europa den Fehdehandschuh hin; es war damit erklärt: Wir wollen den Krieg fortsetzen, den Krieg aufs Messer, bis sich unsere Ideen siegreich über alle Länder ausgebreitet haben werden![3])

Ein Nachkomme des heiligen Ludwig, ein gütiger, volksfreundlicher Fürst, der Gatte der Schwester des deutschen Kaisers stirbt unter dem Beil des Henkers, und in seinen Purpur teilen sich die Mörder! Man sollte annehmen, daß solcher Frevel bei allen Kronenträgern, zumal bei den Verwandten des unglücklichen Opfers den Unmut über die Umwälzung in Frankreich zu hellem Zorn gesteigert und stürmisches Verlangen nach Ahndung des Verbrechens wachgerufen hätte. Thatsächlich war dies aber nicht der Fall.

In den Volkskreisen überwogen Trauer und Entrüstung. Aus dem Brief-

---

[1]) Moniteur, 79.
[2]) Ibid., 93, 96, 99.
[3]) Sorel, III, 269.

wechsel zwischen dem jungen Schleiermacher und seinem Vater läßt sich ersehen, wie verschiedenartig die Todesnachricht auf gebildete Deutsche wirkte. „Manche verdammen die Handlung," schreibt der Sohn, damals Hofmeister in Schlobitten, „nur deswegen, weil der Geopferte ein gesalbtes Haupt ist, andere entschuldigen die Sache selbst mit der Politik, und ihr Abscheu betrifft nur das verfehlte decorum . . ." Der junge Theologe selbst empfindet nur darüber Schmerz, daß ein Flecken auf die Revolution gefallen sei, die er „im ganzen genommen doch von Herzen liebe." Der Vater empfiehlt zur Heilung von dem schwärmerischen Hang zu Revolutionen die Lektüre von Gibbons Geschichte des Verfalls der römischen Monarchie. „Uebrigens möchtest Du auch Deine Demokraten fragen, ob sie es in Wahrheit glauben, daß eine demokratische Republik von dem Umfange, als Frankreich ist, je werde bestehen können?" Könne die demokratische Verfassungsform doch kaum in den paar kleinen Schweizer Kantonen sich behaupten![1]) Von anderen, welche die Hinrichtung selbst als grausame That verurteilten, wurde nicht ohne Bewunderung beobachtet, wie sich trotz aller Tollheit die Republik mit jedem Tage mehr befestige. „Das Unglück des Königs von Frankreich," schrieb der Pole Kallontaj am 12. Februar 1792 an Straßer, „hatte mich tief betrübt; ich erwartete die schlimmsten Folgen . . . . doch siehe da! Die heutige Ruhe in Paris und ganz Frankreich beweist, daß der Konvent den Wünschen der Menschen entspricht."[2])

An den Höfen wurde Trauer angelegt, und in den Briefen der Fürsten und Staatsmänner fehlt es nicht an Worten des Bedauerns, doch um Genugthuung für die empörende That zu erwirken, mangelte es an gutem, starkem Willen; keiner von den europäischen Fürsten war mit Kopf und Herz bei der Sache, jeder suchte des andern politische und militärische Erfolge zu hemmen, jeder war bereit, um des eigenen Vorteils willen mit den Königsmördern in Handelschaft sich einzulassen.

Vielleicht am aufrichtigsten meinte es Friedrich Wilhelm II. mit der Verpflichtung, den Manen Ludwigs XVI. Sühne zu schaffen; er war aber allzu abhängig von seiner Umgebung, in welcher die Auffassung, daß man den Schutz des „alten Systems" aufgeben und in den „Vertretern der neuen Zeit" nicht ein für allemal den bösen Feind erblicken müsse, viele Anhänger hatte. Noch war diese Ansicht im Kronrat nicht durchgedrungen, aber durch solche Einflüsse wurde wenigstens verhindert, daß endlich einmal die ganze Kraft der Monarchie für den neuen Waffengang aufgeboten worden wäre. In Wien rief die Kunde von der Blutthat bei hoch und niedrig laute Verwünschungen wach, doch das Handeln entsprach nicht den zornigen Worten. Graf Mercy-Argenteau, dem für das Leben Marie Antoinettens bangte, war außer sich über die Unempfindlichkeit seiner Wiener Kollegen. „Es scheint," schrieb er am 9. Februar 1793 an den Fürsten von Arenberg, „daß alles, was in der Atmosphäre Wiens atmet, sogleich gelähmt wird . . . . wir müssen halt warten', bis diese Schlaffsucht aufhört!"[3]) Nur die Frage, ob nach dem Tode des legitimen Königs von Frank-

[1]) Aus Schleiermachers Leben; Briefe, I, 114, 119.

[2]) Kalinka, Der vierjährige poln. Reichstag, übers. von Marie Dohrn, II, 465.

[3]) Bacourt, III, 423.

reich und der Einkerkerung des Dauphin das Recht des Grafen von Provence auf die Nachfolge amtlich und öffentlich anerkannt werden sollte oder nicht, versetzte die diplomatische Welt in Aufregung. Nach langen Verhandlungen faßten Graf Cobenzl und der preußische Legationsrat Cesar den Beschluß, daß die beiden Höfe schon vor der Bekanntmachung des Todes König Ludwigs durch seinen Bruder Trauer anlegen sollten; wenn sodann der Prinz die Uebernahme der Regentschaft anzeige, soll erwidert werden: die Legitimität des Anspruchs werde willig anerkannt, doch nur im Einvernehmen mit den verbündeten Höfen könne entschieden werden, wie diesem Anspruch zu praktischer Geltung zu verhelfen wäre.[1])

Zur Erklärung der lauen Aufnahme des Königsmordes an den Höfen der deutschen Großmächte muß vor allem die gleichzeitige Verwickelung in die polnischen Händel berücksichtigt werden. Nicht Dumouriez, nicht Carnot: die Zarin Katharina, die in ihren Briefen nicht Worte genug finden konnte, ihren Abscheu vor der „blutigen Kloake" Paris auszudrücken, verhalf durch ihre Eroberungspolitik dem aus tausend Wunden blutenden Frankreich zu dem alle Welt überraschenden Triumph über seine Widersacher.

Der Sieg bei Dubienka hatte die Russen, wie oben dargelegt wurde, zu Herren von Polen gemacht. Das Berliner Kabinett glaubte nun um jeden Preis verhüten zu müssen, daß der ganze Kampfgewinst dem Zarenreich zufalle; auch war es, nachdem der Krieg im Westen eine unglückliche Wendung genommen hatte, noch verlockender, eine Entschädigung im Osten zu suchen. Um den von Goltz mit Ostermann eingeleiteten Unterhandlungen den nötigen Nachdruck zu geben, wurden an der Ostgrenze Truppen zusammengezogen, und so kam jener von den preußischen Ministern so freudig begrüßte Vergleich zu stande, durch welchen auch dem preußischen Staate ein namhaftes Stück der polnischen Beute zugesichert wurde. Nicht bloß auf jene Gebiete, die durch Schwert und Pflug der Deutschen einst der Barbarei abgerungen und später durch polnische Gewaltthat vom deutschen Reich losgerissen worden waren, auch auf rein polnische Landesteile bis zur Bzura sollte sich die Einverleibung erstrecken.

Widerwärtig ist auch die von den Polen nicht mit Unrecht als gleißnerisch verurteilte Begründung des Einschreitens gegen die Republik: nur zur Sicherung der eigenen Lande, zur Abwehr der von Paris nach Warschau gedrungenen revolutionären Grundsätze müsse Preußen in die Geschicke des Nachbarstaats eingreifen.[2]) Die „Deklaration Sr. Majestaet des Königs von Preußen, den Einmarsch der preußischen Truppen in Pohlen betreffend, vom 6. Januar 1793" bezeichnet die Targowitscher Verschworenen als die wohlgesinnten Patrone der alten Regierungsform, die Verfassungsfreunde als „Proselyten der abscheulichen Jakobinischen Emissäre"; es dürfe nicht geduldet werden, daß diese Minderheit des polnischen Volkes den Umsturz der öffentlichen Ordnung plane und immer aufs neue den preußischen Staat durch Gebietsverletzungen und andere Unbill beleidige. Da ein zweiter Feldzug gegen Frankreich notwendig sei, könne nicht ein

[1]) Preuß. St.-Archiv. Cesar an Lucchesini, 2. Febr. 1793.

[2]) (Kallontaj), Vom Entstehen und Untergang der polnischen Konstitution, II, 203.

gefährlicher Feind im Rücken zurückgelassen werden; deshalb habe sich Preußen mit den Höfen von Wien und Petersburg zu bewaffnetem Einschreiten gegen die polnischen Faktionisten vereinigt. Die Besetzung einiger großpolnischer Distrikte durch preußische Truppen sei also nur eine Vorsichtsmaßregel, um das eigene Grenzgebiet zu decken, die Aufwiegler im Zaume zu halten und die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.[1])

Am 16. Januar wurde das preußische Ultimatum in Warschau übergeben; wenige Tage später rückten preußische Truppen in Polen ein. Was geschehen muß, muß rasch geschehen! schrieb Lucchesini an die Berliner Kollegen, das uns zugedachte Gebiet muß besetzt werden, ehe die Republik ihre Truppen zusammenziehen und insbesondere ehe Graf Cobenzl der Zarin neue Bedenken und Besorgnisse einblasen kann![2]) Es gelang denn auch, trotz der mißgünstigen Ratschläge des österreichischen und der erregten Einsprache des englischen Vertreters die Zarin zum Abschluß des Geschäfts zu bestimmen.

Am 23. Januar wurde der preußisch-russische Vertrag in Petersburg unterzeichnet.[3]) Rußland verpflichtete sich, seine Land- und Seemacht so lange auf Kriegsfuß zu erhalten, als die Unruhen in Frankreich und in Polen fortdauerten; zur Entschädigung soll das Zarenreich einen Teil von Litauen, Volhynien und Podolien mit ungefähr drei Millionen Einwohnern erhalten. Preußen verpflichtete sich, vom Krieg mit Frankreich nicht eher abzustehen, als bis das im Bundesvertrag vorgesteckte Ziel vollkommen erreicht wäre; für die Kriegskosten soll es durch das zwischen Oder und Weichsel gelegene Südpreußen mit den Städten Kalisch und Posen, ferner durch die Gebiete von Thorn und Danzig mit 3100000 Seelen entschädigt werden.

„Nirgend wurde Widerstand entgegengesetzt," heißt es in einer „Protestation der conföderirten Republik vom 3. Februar 1793" — sie trägt die Unterschriften der Genossen von Targowitsch, die in der preußischen Erklärung als die „wahren Patrioten" gerühmt werden — „dagegen erstaunte man überall über die unnötige Verletzung nachbarlicher Pflichten." Noch hege das polnische Volk eine zu hohe Vorstellung von der Gerechtigkeit des Königs, als daß es ihm die gewaltsame Unterdrückung eines freien Volkes zutrauen könnte. Wenn aber Preußen auf seiner Uebelthat bestehe, so gebe sich Polen der Hoffnung hin, daß die Höfe von Petersburg und Wien eine so schreiende Verletzung des Völkerrechts nicht zulassen würden.[4])

Das auf die geschraubte Gleichstellung der Pariser Revolutionäre mit den Warschauer Reformfreunden begründete Vorgehen gegen Polen wurde auch von unbefangenen deutschen Politikern mit Kopfschütteln aufgenommen. „Gott im Himmel," schrieb Schlözer an Hertzberg, „quo titulo juris werden Danzig und Thorn genommen? Führen die Kabinette das Droit de convenance ein, so ist alles recht, was die convention nationale thut . . . Was wird die Nachwelt sagen?"[5])

---

[1]) Brunn, Magazin zur näheren Kenntnis Europas, Jhgg. 1793, 187.

[2]) Michailowski-Danilewski und Milutin, Geschichte des Krieges Rußlands mit Frankreich unter Paul I. im J. 1799, übers. von Chr. Schmitt, I, 292.

[3]) Preuß. St.-Archiv. Lucchesini an das Ministerium, 23. Jan. 1793.

[4]) Brunn, 392.

[5]) Schlözer, Biographie, II, 22.

Gewiß, die Wegnahme Großpolens war ein Gewaltakt. Was soll man aber zu dem Verhalten der Potocki, Sapieha und anderer Magnaten sagen, die gegen das Einrücken der Preußen Einspruch erhoben, aber der „großmütigen Freundin Polens, Zarin Katharina," für ihren Schutz zur Wiederherstellung freier Verfassung und Unabhängigkeit — „Friede und Freiheit zogen immer den russischen Fahnen voraus!" — und für die Sicherung der Integrität der Domänen begeisterte Zustimmung und wärmsten Dank aussprachen? War es diesen Protestlern wirklich um die Unabhängigkeit Polens oder nur um die Aufrechthaltung ihrer Sonderstellung unter russischem Schutze zu thun? Wenn Preußen, um zu verhindern, daß durch den Einfluß der wunderlichen Schwärmer für das Moskowitertum die russische Herrschaft über ganz Polen sich ausbreite, ein Stück des kaum noch lebensfähigen Staates für sich beanspruchte, so handelte es, wenn auch in anderem Sinn, als es die Deklaration auslegte, im Stande der Notwehr, und es ist nur eine der vielen krausen Wendungen der Weltgeschichte, daß Preußen zur Stärkung gegen Rußland mit Rußlands Hilfe sein Gebiet erweiterte.

Nach Abschluß des Teilungsvertrags vom 23. Januar legten sich die beiden Mächte keinen Zwang mehr auf. Da von „den Urhebern und Anhängern der Revolution vom 3. Mai 1791 noch immer auf geheime Komplotte gesonnen, ja sogar den wahren Freunden Polens mit einer sizilischen Vesper gedroht werde," so ließ die Zarin am 9. April der Konföderation erklären, „habe von Rußlands und Preußens Monarchen der Beschluß gefaßt werden müssen, die Republik in engere Grenzen einzuschnüren; die Nation möge das Geschäftliche der notwendigen Gebietsabtretung auf einem Reichstage freundschaftlich erledigen."[1])

Im Mai trat eine Versammlung in Grodno zusammen, doch war die gewünschte Zustimmung zu den preußisch-russischen Abmachungen noch sechs Wochen lang weder durch Drohungen, noch durch Versprechungen durchzusetzen. Erst als der russische Bevollmächtigte erklärte, jede weitere Verzögerung werde den Krieg und vielleicht den gänzlichen Untergang Polens nach sich ziehen, wurde der Vertrag mit Rußland, das „für seine Vermittelung zu Gunsten der Republik" gerechten Anspruch auf Entschädigung habe, unterzeichnet.[2]) Auf die Anfrage, ob die Versammlung auch den Vertrag mit Preußen gutheiße, erfolgte keine Antwort, worauf der russische Vertreter erklärte, daß auch der preußische Vertrag, da sich kein Widerspruch erhebe, als angenommen zu gelten habe.[3])

In der preußischen Deklaration vom 6. Januar war ausdrücklich der Zustimmung Oesterreichs zum Vorgehen der beiden nordischen Mächte gedacht. In Wahrheit war die Haltung des Wiener Hofes so unsicher und zweideutig wie möglich. Der Agent des Grafen Mercy, Herr von Pellene, erging sich vor Pitt in leidenschaftlichen Klagen über den Einfall der Preußen in Polen, „das be-

[1]) Brunn, III, 1.

[2]) Traité de cessions et de limites entre S. M. l'Impératrice de toutes les Russies et S. M. le Roi et la République de Pologne, signé à Grodno le 13 juillet 1793; Ghillany, Diplomatisches Handbuch, I, 230.

[3]) Nisbet Bain, The second partition of Poland (nach den Berichten der schwedischen Gesandten Engeström, Arnefelt und Toll); The English Historical Review. 1891. VI, 33.

klagenswerteste Ereignis während des ganzen Krieges mit Frankreich, verhängnisvoller als eine verlorene Schlacht."[1]) Aus der Note Pellenes spricht die helle Angst, daß Preußen schon mit Frankreich unter einer Decke stecke, denn der Freund Oesterreichs, Bischoffswerder, habe allen Einfluß bei dem König verloren, jetzt stehe in Gunst nur „der verschmitzteste Schurke von ganz Deutschland", der Herzog von Braunschweig. „Welch empörende und bemitleidenswerte Inkonsequenz!" schrieb der Fürst von Arenberg an Graf Mercy, „die Souveräne sind handeleins, einen harmlosen König auszuplündern und sich in seine Staaten zu teilen, während sie einen anderen König in seine Rechte wieder einsetzen wollen, und dabei rufen sie immer ihr Recht und ihre Mäßigung aus und geben die feierliche Zusage, keine Eroberungen machen zu wollen!"[2])

Von einer Unterstützung des „Bundesgenossen" in Polen war keine Rede. Unter anderen Umständen, so soll der kaiserliche Botschafter in Warschau geäußert haben, würde der Kaiser die Teilung Polens überhaupt nicht geduldet haben, zur Zeit könne er sich leider nicht offen widersetzen. Dabei war aber die Politik des kaiserlichen Kabinetts von nicht minder selbstsüchtigen Beweggründen geleitet. In den Instruktionen für Cobenzl in Petersburg ist gesagt, man werde zwar in erster Reihe das jetzt auch von Preußen begünstigte bairische Tauschprojekt durchzuführen trachten; wenn aber dieser Plan auf Schwierigkeiten stoße, so bleibe nichts anderes übrig, als „ebenfalls einen solchen polnischen Landesanteil in interimistischen Besitz zu nehmen, welcher demjenigen in quanto et quali vollkommen äquivalent sein wird, den Seine Königliche Preußische Majestät occupieren werden."[3]) Als die preußischen Truppen in Polen einrückten, mußte Fürst Reuß in Berlin eröffnen, der Kaiser versehe sich nunmehr ebenso der strikten Erfüllung des Versprechens in Bezug auf Baiern, wie der aufrichtigsten Anstrengungen zur Zurückeroberung der Niederlande: gleiche Brüder, gleiche Kappen![4]) Die ganze Kriegführung der Oesterreicher, schreiben die preußischen Minister am 31. Januar 1793 an Lucchesini, scheine darauf hinzudeuten, daß dem Wiener Hofe der Gedanke vorschwebe, die kaiserlichen Truppen im Herzen des Reiches zusammenzuhalten, um im günstigen Augenblick Baiern und die Pfalz in den Sack zu stecken.

Dagegen gewann die Anschauung, daß Baiern nicht in den Besitz Oesterreichs kommen dürfe, in den staatsmännischen Kreisen Preußens immer mehr Boden. Recht eigentlich deshalb arbeitete Lucchesini (17. März) ein Memoire aus, das dem König die ganze europäische Lage vor Augen führen, vor allem aber überzeugend darlegen sollte, welch schweren politischen Fehler man begangen habe, als man leichten Herzens eine Mitwirkung am bairischen Tauschhandel in Aussicht stellte. „Ich fühle mich aus Liebe und Dankbarkeit für mein Adoptivvaterland verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, wie dadurch Oesterreich eine ungeheure Uebermacht erlangen und das ganze übrige Oberdeutschland zu

[1]) Bacourt, III, 440, 442.

[2]) Ebenda, 439.

[3]) Mitgeteilt in Lucchesinis Schreiben an das preuß. Ministerium vom 26. Dez. 1792. — Die verschiedenen Entwürfe zu dieser Instruktion bei Vivenot, II, 425.

[4]) Mitgeteilt in Lucchesinis Schreiben vom 10. Jan. 1793.

kläglicher Bedeutungslosigkeit herabdrücken würde. Diesen weittragenden Plan zu verhindern, ist nach meiner Ueberzeugung unbedingt notwendig, um die Zukunft des preußischen Staates sicherzustellen."

Wenn der Wiener Hof immer behaupte, daß der Austausch eher einen Verlust, als einen Gewinn bedeute, so sei damit nur eine Täuschung beabsichtigt, denn Belgien erfreue sich zwar einer reicher entwickelten Kultur, werde aber immer schwer zu behaupten sein, jedenfalls nur mit ungeheurem Aufwand für Militär und Festungen; die Finanzlage Baierns sei zwar überaus kläglich, doch nur, weil das Land von so vielen Hofschranzen und anderen Blutegeln ausgesaugt werde; Baiern sei ein eminent entwickelungsfähiger Staat und werde, wenn es einmal unter vernünftiges Regiment gelange, mit leichter Mühe seine Einkünfte verdoppeln. Noch wichtiger sei die politische Seite. Ein bis an die Grenzen Frankens vorgerücktes Oesterreich werde den preußischen Staat noch weit gefährlicher bedrohen, als bisher; es entziehe Preußen am Kurfürsten von Baiern einen natürlichen Bundesgenossen und gewinne selbst einen neuen am künftigen König von Burgund. Und wenn es nun gar noch das Elsaß erhielte oder Lothringen oder beide Gebiete! Nein, Preußen dürfe unter keinen Umständen diese Umgestaltung der deutschen Lage zulassen. Es fehle auch nicht an einer Handhabe, um das gegebene Versprechen rückgängig zu machen. Der preußisch-russische Vertrag vom 23. Januar verbürge dem Kaiser die Hülfe der beiden Staaten zur Durchführung des Tauschprojekts und anderer Erwerbungen, „die mit dem allgemeinen Gleichgewicht vereinbar wären." Dieser Zusatz biete die Möglichkeit, eine thatsächlich unerträgliche Vergrößerung der kaiserlichen Erbstaaten abzuwenden, — für Preußen ein vitales Interesse von höchster Wichtigkeit!

Dieser „ebenso wichtigen wie gerechten Auffassung des erleuchteten Staatsmannes" zollte der preußische Ministerrat begeistertes Lob.[1]) Wenn es dem Kaiser gelänge, Elsaß-Lothringen als Siegespreis im französischen Krieg und Baiern als Ersatz für die polnische Beute zu gewinnen, so wäre es um des preußischen Staates Einfluß und Ansehen geschehen; er wäre nicht mehr der Nebenbuhler, sondern nur noch der Diener Oesterreichs, und der Zusammensturz der Reichsverfassung, die Umwandlung in eine habsburgisch-lothringische Erbmonarchie wäre nur noch eine Frage der Zeit. Man müsse also alles thun, um dieses Unheil abzuwenden. „Wir haben freilich den Austausch Baierns zugestanden und im Vertrag mit Rußland das Zugeständnis wiederholt, und unser Wort müssen wir halten, aber glücklicherweise fehlt es nicht an Hindernissen anderer Art." Der Widerstand der Zweibrückener Agnaten, sowie der Einspruch Englands und einiger Reichsfürsten werden erwünschten Anlaß bieten, das Wiener Kabinett abzulenken. Wir dürfen jedoch diese Gedanken nicht laut werden lassen; wir müssen abwarten, bis sich klarer überschauen läßt, welchen Verlauf der Feldzug nimmt; vermutlich wird sich dann als das Nützlichste empfehlen, die Mitwirkung an dem lästigen Kriege abzuschütteln, sobald es möglich sein wird, ohne den Unmut der Zarin auf uns zu laden! —

Es war geboten, den Auseinandersetzungen der preußischen Staatsmänner

[1]) Preuß. St.-Archiv. Das Kabinettsministerium an Lucchesini, 24. März 1793.

besondere Beachtung zu widmen, weil sie die Erklärung, ja gewissermaßen schon die Einleitung zur Auflösung des von Bischoffswerder vermittelten Bundes der deutschen Vormächte und zum Baseler Friedensschluß bieten. Die preußischen Minister und Diplomaten sprechen von dem Bundesgenossen nicht mehr anders als mit Mißgunst und Mißtrauen. „Bei dem schwachen und schwankenden Charakter des Kaisers," schreibt Lucchesini, „bei der ränkesüchtigen Feindschaft zwischen den höchsten Stellen des Staates und des Militärs kann die Lahmheit aller politischen und militärischen Angelegenheiten nicht überraschen!" „Unter allen österreichischen Generalen," schreibt er ein andermal, „wie sie bisher auf der Bildfläche erschienen sind oder sich dazu vorbereiten, flößt kein einziger so viel Vertrauen ein, wie es einem Heerführer entgegengebracht werden soll. Nur die Unfähigkeit des Großwesirs und die brutale Tapferkeit des Generals Suwarow haben dem Prinzen von Coburg zu seinem Ruhm verholfen. . . . Der General Clerfait ist vorzüglich am Platze, wenn er eine kleine Truppenabteilung zu kommandieren hat, versteht sich aber durchaus nicht auf die so wichtige Armeeverpflegung; er hat seinen Mut noch nicht wiedergefunden, fürchtet sich vor den Wiener Umtrieben und mißtraut der Befähigung seines Vorgesetzten. . . . General Wurmser ist so, wie ihn der verstorbene König geschildert hat, tapfer und gewandt, wie die Franzosen (Wurmser war Elsässer) es fast immer gewesen sind, ein Liebling der Soldaten, nur mäßig geachtet von den Offizieren, völlig im unklaren über die Grundsätze, nach welchen sein Hof handelt, ganz abhängig von einem Herrn von Klinglin, einem emigrierten Offizier. . . . Ich kann versichern, daß ich für diese leichte Skizze die Farben ohne Vorurteil aufgetragen, daß ich die Herren nur allzusehr nach der Natur gezeichnet habe."

Nicht freundlicher wurde am Wiener Hofe über den Bundesgenossen geurteilt. Man war hier arg verstimmt über die neueste Wendung der Dinge. Den Preußen war eine stattliche Beute in Polen zugefallen, Oesterreich hatte vorerst nur ein Versprechen. Doch, gesetzt auch den Fall, die beiden Teilungsmächte wollen aufrichtig den Tauschhandel begünstigen, so wird sich wohl England widersetzen, und das ganze Reich wird von Klagen und Vorwürfen widerhallen!

Wie nun aber eine Besserung der Lage herbeizuführen wäre, darüber gingen die Ansichten der Wiener Staatsmänner auseinander. Der Wiener Politik war der einheitliche, geschlossene Zug, den sie unter Kaunitz immer gehabt hatte, unter dem Nachfolger abhanden gekommen; als der Erfolg des „neuen Systems" ausblieb, waren die Diplomaten nur darin einig, die Schuld auf den leitenden Minister zu schieben.

Der Vizekanzler Graf Colloredo frondierte offen gegen Cobenzl; er vertrat das Programm einer „schneidigen Aktion" gegenüber der „Leisetreterei" des Kollegen; er wünschte, da „Rußland sich erkaltet zeige und Preußen immer nur ein verdächtiger Alliierter", rasche Besetzung einer polnischen Provinz, denn nur ein solches fait accompli könne ein genügendes „surrogatum" schaffen. Daran sei nicht zu denken, erklärte Feldmarschall Lacy, denn zur Besetzung eines größeren Gebiets wäre eine Streitmacht von nöten, wie sie der Kaiserstaat zur Zeit nicht aufzubringen vermöge; höchstens könnte man sich auf Besetzung von Krakau und

Kaminicec einlassen.[1]) Doch auch hierin erblickte Cobenzl eine Uebereilung; man müsse die Zarin „menagieren" und dürfe sich „dem Berliner Hofe nicht geradehin widersetzen."

Auch über die Haltung gegenüber der neuesten Wendung in Paris konnte man sich nicht einigen. Cobenzl war noch immer der Hoffnung, ein europäisches Konzert zu stande zu bringen. „Die Höfe sollten wohl bedenken," schreibt er an Breuner (23. Februar), „daß das hodie mihi, cras tibi nie so drohend war, wie eben jetzt, wo die leidige Erfahrung schon gelehrt hat, daß auch weitere Entfernung nicht vor Ansteckung schützt; des Höchstseligen Kaisers Majestät haben es gleich anfangs gleichsam propherisch verkündigt: nur mit vereinten Kräften ist dem Uebel noch einigermaßen zu steuern, — auszurotten ist es nicht mehr infolge der bisherigen Vernachlässigung."[2]) Sogar der willigste Anwalt Oesterreichs, Vivenot, muß zugeben, daß die Wiener Politik dem Programm des leitenden Ministers gar nicht entsprach, daß gerade das Wiener Kabinett in der Frage: Wie ist die monarchische Staatsverfassung in Frankreich zu retten? so gleichgültig und ablehnend verfuhr, wie möglich. Wiederholt wurde Vertretern Frankreichs versichert, man denke nicht daran, sich in die inneren Angelegenheiten des Nachbarreichs einzumischen, man werde auch die republikanische Staatsform loyal anerkennen und habe an einer Wiedereinsetzung der bourbonischen Dynastie nicht das mindeste Interesse.[3])

Wenn aber trotz aller Spannung und Verstimmung der deutschen Mächte der Krieg sich nicht bloß erneute, sondern sogar noch größere Ausdehnung gewann, so lag die Ursache in der veränderten Politik der *französischen* Regierung. Während sich die revolutionäre Propaganda im vorigen Jahre auf platonische Programme zur Umwandlung der Nachbarreiche in Freistaaten nach neufränkischem Vorbild beschränkt hatte, lautete die neueste Losung: Praktische Politik! Dauernde Einverleibung der im Namen der Freiheit besetzten Landstriche! Um jeden Preis Einverleibung Belgiens!

Nicht als ob die Niederländer selbst darnach geschmachtet hätten, mit der „Mutter der Freiheit" vereinigt zu werden! Im Gegenteil! Nicht bloß Adel, Klerus und Bauernstand hielten sich bei seite, auch die Bürgerschaften der großen Städte, die noch vor kurzem Abneigung und Abscheu vor Oesterreich zur Schau getragen hatten, wollten von einem Aufgehen ihres Landes in Frankreich nichts wissen. Nur aus den Reihen des Proletariats konnten die Jakobinerklubs in den belgischen Städten gefüllt werden, doch die hier gefaßten Beschlüsse genügten, um in Paris den großmütigen Entschluß reifen zu lassen, daß man die Opfer des Despotismus und des Aberglaubens nicht wieder in Nacht und Not versinken lassen dürfe.

Gewaltsame Einverleibung Belgiens bedeutete aber den *Krieg mit England*. Nicht bloß um alter Bundesverträge willen, sondern im Interesse der Selbsterhaltung durfte England die Festsetzung der Franzosen in Antwerpen und Ostende nicht dulden. Der leitende Minister Pitt zählte keineswegs

[1]) Vivenot, Quellen ꝛc., II, 460, 464, 476 ꝛc.

[2]) Ebenda, II, 485.

[3]) Vivenot, Zur Genesis der zweiten Teilung Polens, 33.

zu den Kriegslustigen, und auch der Königsmord vom 21. Januar würde ihn nicht bewogen haben, sich in die Händel des Festlands einzumischen, um so weniger, da er in der Teilung Polens und in dem damit zusammenhängenden belgisch-bairischen Austausch eine ernste Gefahr für das europäische Gleichgewicht erblickte. Allein gerade das Zögern der englischen Regierung galt den Parisern als Beweis der Ohnmacht, und als endlich der britische Gesandte Auckland das Ultimatum stellte: Sicheren Frieden mit den Seemächten, wenn von Besitznahme Belgiens abgesehen wird, — anderen Falles den Krieg! trug wohl die französische Regierung noch Bedenken, den Krieg mit der ersten Seemacht der Welt zu wagen, aber sie wurde von Robespierre und seinen radikalen Genossen zum Bruche mit der „widerwärtigsten aller Nationen" förmlich genötigt. Dagegen hatte der Eroberer Belgiens, Dumouriez, sein Programm gewechselt. Der Tod des Königs hatte ihm die Augen geöffnet; er erblickte jetzt in der Bekämpfung der Jakobiner seine wichtigste Pflicht und war bereit, allen die Hand zu bieten, die ihm zur Rettung Frankreichs aus wüster Gesetzlosigkeit beistehen wollten. Um Pitt für diese Idee zu gewinnen, wollte er selbst als Gesandter nach London gehen, allein es war zu spät. Das taktlose Gebaren des Vertreters der Republik, Chauvelin, eines wütenden Jakobiners, und die Hinrichtung König Ludwigs hatten das Blut der Engländer in Wallung gebracht; der Krieg mit Frankreich war populär geworden, und für das Kabinett gab die Erwägung den Ausschlag, daß bei der Ueberlegenheit der englischen Flotte die Wegnahme wichtiger französischer Kolonien ins Auge gefaßt werden konnte. Inzwischen hatten die Berichte des aus England ausgewiesenen Chauvelin auch in Paris so aufregend gewirkt, daß am 1. Februar im Konvent die Kriegserklärung gegen England und das damit verbündete Holland ausgesprochen wurde.

Es war schon wiederholt darauf hinzuweisen, daß nur wenige deutsche Fürsten bereit waren, den an den „König von Böhmen und Ungarn" erklärten Krieg als Reichssache zu betrachten. „O diese deutschen Fürsten!" schrieb Lehrbach am 16. Juni 1792 an Kaunitz, „sie lassen den lieben Gott walten, spielen zu Hause die Despoten und denken gar nicht an den Reichsverband, der sie einzig erhält, der sie erst gleichsam zu etwas macht und ihnen die Existenz gibt!" Am 12. September 1792 wurde in Regensburg von kaiserlicher Seite der Antrag eingebracht, es möge beraten werden, ob überhaupt noch eine förmliche Kriegserklärung des Reiches erforderlich sei, ob nicht sofort von Reichs wegen in den Krieg eingetreten und der westfälische Friede gekündigt werden sollte. Der Antrag fand jedoch nicht die erhoffte Zustimmung. Von bairischer Seite wurde eine Verpflichtung des Reiches zur Teilnahme am Kriege mit Frankreich rundweg in Abrede gestellt; es sei ja auch seinerzeit dem Reiche nicht zugemutet worden, am Kriege Oesterreichs mit den Türken sich zu beteiligen. Als Graf Lehrbach in München gegen „die befremdende und zum Teil auch sehr auffallende Sprache" des bairischen Reichstagsgesandten Verwahrung einlegte, versicherten die Minister Vieregg und Hertling, dem eigenmächtigen Lerchenfeld werde für die Zukunft „ein Gebiß angelegt" werden, allein die Minister selbst fuhren fort, den Verbündeten alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, nur um dem gefürchteten Nachbarn „keine ombrage zu geben."

Der spätere gewandte Leiter der bairischen Politik, Graf Montgelas, vertritt in seinen Denkwürdigkeiten die Ansicht, daß es damals einer kraftvolleren Regierung ein Leichtes gewesen wäre, nicht bloß das mangelhaft befestigte Landau, sondern auch Mainz wegzunehmen und für sich zu behalten.[1] Die pfalz-bairische Armee war aber in so trostlosem Zustande, daß das Mißtrauen der Regierung in die eigene Wehrkraft wohl am Platze war.[2] Auch die Besorgnis des Kurfürsten, daß die Pfalz wieder wie im vorigen Jahrhundert in einen rauchenden Schutthaufen verwandelt werden könnte, war nicht unbegründet, aber dieses traurige Schicksal war durch die doppelzüngige Politik der Regierung nicht abzuwenden. Als Kurfürst von Baiern spielte Karl Theodor den gefälligen und getreuen Anhänger Oesterreichs; als Kurfürst von der Pfalz erwies er den Franzosen alle möglichen Liebesdienste; damit wurde aber nur erreicht, daß der Pariser Konvent über das pfalzbairische Kabinett nicht weniger verstimmt war, als die Höfe der beiden Vormächte.

Die Haltung Pfalz-Baierns war deshalb von besonderer Bedeutung, weil es seit der Uebergabe von Mainz über die zwei wichtigsten Bollwerke zur Verteidigung der Westgrenze verfügte: Mannheim mit seiner Rheinschanze beherrschte das Neckarthal, Düsseldorf war der festeste strategische Platz am Niederrhein. Im Dezember 1792 machten die Franzosen Miene, Mannheim anzugreifen, und in Berlin und Wien wurde befürchtet, daß der Leiter der pfälzischen Regierung, Graf Oberndorff, selbst dabei die Hände im Spiele habe. Der König von Preußen ließ durch den ihm ergebenen Herzog Max Joseph von Zweibrücken dem Kurfürsten vorstellen, „das Aufgeben Mannheims könnte unberechenbare Folgen für das pfälzische Haus nach sich ziehen, an welchem Preußen bisher so warmen Anteil genommen habe." Der kaiserliche Gesandte gab in München offen dem Verdacht Ausdruck, für Befestigung und Deckung des wichtigen Mannheim werde nur deshalb so ungenügend Sorge getragen, damit den Franzosen die Einnahme nicht allzu schwer falle; der Fall von Mannheim werde aber als Verrat am Reich aufgefaßt und der Kurfürst zur Rechenschaft gezogen werden.[3] Vieregg beteuerte, niemand denke daran, die Festung dem Feinde in die Hände zu spielen, doch der Argwohn erhielt sich und wurde noch verstärkt durch die Haltung des pfalzbairischen Vertreters in Regensburg.

Die bisher gegen Beteiligung des Reiches am Kriege geltend gemachten Bedenken waren durch den Einfall Custines hinfällig gemacht. Am 23. November beschloß denn auch der Reichstag, zur schleunigen Befreiung der bedrängten Reichsgebiete ein Triplum des Kontingents ins Feld zu stellen, und im Januar 1793 wurde eine Reichsoperationskasse gebildet, aber es vergingen noch Monate, bis die Kriegserklärung an die französische Republik zum Beschluß erhoben werden konnte. Namentlich Pfalz-Baiern wußte immer neue Ausflüchte aufs Tapet zu bringen, so daß Lehrbach endlich das Ultimatum stellte: entweder ziehe das bairische Kontingent mit

---

[1] Denkwürdigkeiten des baier. Staatsministers Maximilian Grafen von Montgelas, im Auszug übersetzt von M. v. Freyberg und herausgegeben von L. Grafen v. Montgelas, 5.

[2] Wulffen, Die kurpfalzbairischen Truppen während der Revolutionskriege, 2.

[3] Schrepfer, Pfalzbaierns Politik im Revolutionszeitalter von 1789—1793 (Manuskript).

ins Feld oder „man, d. h. eine österreichische Heeresmacht, bleibe im Lande"; eine Besetzung Baierns, sowie der schwäbischen und fränkischen Kreise sei ja die bequemste und sicherste Deckung der österreichischen Lande. Rücksichtnahme auf die Kriegsoperationen wirkte natürlich zusammen mit dem Wunsche, sich jetzt schon den ausbedungenen Kampfpreis zu sichern.

Aus den Berichten Lehrbachs aus München läßt sich ersehen, daß damals mit dem Kurfürsten wegen des Tauschplanes nicht verhandelt wurde, aber man wußte in Wien, daß Karl Theodor gegebenen Falles schon einwilligen werde. Um ihn noch gefügiger zu machen, trat Lehrbach unbedenklich mit einzelnen bairischen Ständen in Verbindung, um sie gegen die eigene Regierung aufzureizen und für den Anschluß an Oesterreich zu gewinnen.

Am 27. Februar las Lehrbach dem Kurfürsten ein Ultimatum vor, das für diesen nach Inhalt und Form so demütigend und kränkend war, wie möglich. Der Kaiser sehe sich durch den Trotz der bairischen Regierung leider zu einem Verhalten gezwungen, das ebenso zu seiner persönlichen Gesinnung wie zu dem seit 50 Jahren aufgeblühten Freundschaftsverhältnis der beiden Nachbarhöfe in schroffem Gegensatz stehe. Der Grundsatz: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich!" habe in vorliegendem Falle doppelte Geltung, da ja doch der Kurfürst schon als Reichsvasall die Pflicht habe, zum Kaiser zu stehen. Es möge also unverzüglich die Weisung ergehen, das zur Verteidigung der Reichsgrenzen wichtige Mannheim an den Prinzen von Koburg auszuliefern, widrigenfalls sich der Kurfürst die weiteren Folgen selbst zuzuschreiben habe. Karl Theodor soll, wie der kaiserliche Gesandte berichtet, während des Vorlesens der kaiserlichen Note erbleicht, Graf Vieregg in Thränen ausgebrochen sein. Trotzdem verfehlte die Einschüchterung ihren Zweck. Eine französische Abteilung unter Meunier stand in unmittelbarer Nähe von Mannheim; diese Gefahr erschien noch bedrohlicher, als die Feindschaft des kaiserlichen Hofes: die Auslieferung Mannheims wurde verweigert. Nun beabsichtigte der Wiener Hof eine deutliche Antwort zu geben: am 1. Mai sollten kaiserliche Truppen in Baiern einmarschieren und das ganze Land besetzen, am 14. Mai sollten die bairischen Stände dem neuen Landesherrn Kaiser Franz huldigen. Der Anschlag wurde vor dem Vertreter Baierns in Wien, Legationssekretär Duras, gar nicht geheim gehalten; Duras konnte darüber schon am 24. April seinem Hofe Mitteilung machen.

Die Selbständigkeit des Kurfürstentums Pfalz-Baiern hing nur noch an einem Fädchen. Die Rettung ist dem thätigen Eingreifen der Herzoge von Zweibrücken zu danken. Namentlich Max Joseph stellte unermüdlich dem König von Preußen vor, es dürfe nicht zugelassen werden, daß das letzte Werk des großen Friedrich in Trümmer falle; ebenso richtete er an den im preußischen Hauptquartier sich aufhaltenden Lord Elgin die Aufforderung, England möge sich ins Mittel legen, daß nicht ein deutscher Reichsstand vergewaltigt und eine habsburgische Gewaltherrschaft im Reiche aufgerichtet werde. Hier wie dort fanden die Bitten williges Gehör, und bald machten sich die Wirkungen in Wien fühlbar. Duras konnte bald seinem Herrn die Versicherung geben, daß die Gefahr als abgewendet gelten könne. „Es ist und bleibt nun einmal eine allgemeine Wahrheit, daß die beiden Höfe von

Wien und Berlin niemals ein gemeinschaftliches politisches Interesse verfolgen können; ihre Verbindung kann immer nur ephemerer Natur sein, weil jeder von beiden nur darauf sinnt, den Vorteil des anderen zu nichte zu machen" (15. Mai 1793). Karl Theodor selbst nahm die Hülfe Hannovers und Sachsens in Anspruch, und von beiden Mitständen kamen befriedigende Zusagen. Der hannöversche Gesandte in Regensburg, Ompteda, erklärte, der Eingriff des Kaisers in die militärischen Befugnisse Baierns müsse von allen Kurfürsten gemeinsam zurückgewiesen werden; das beste wäre es, wenn Baiern dem Fürstenbund beitreten und diesem die Wahrung seiner Selbständigkeit übertragen würde. Dazu wollte sich aber Karl Theodor nicht verstehen; auch in der Abwehr der österreichischen Uebergriffe kam er über Halbheit nicht hinaus. Als bald darauf Thugut an die Spitze des kaiserlichen Kabinetts trat, wurde in Wien selbst der bairische Tauschplan zwar keineswegs aufgegeben, aber nicht mehr so gewaltthätig und auffällig betrieben.

Schon daraus, daß innerhalb des Kurfürstenkollegiums über gemeinsame Abwehr von verfassungswidrigen Machenschaften des Reichsoberhauptes verhandelt wurde, läßt sich ein Schluß ziehen auf die Aufrichtigkeit und den Eifer der nämlichen Stände in der Frage der Beteiligung am Kriege. Zwar kam am 22. März 1793 ein Reichsgutachten zu stande, das sich energisch gegen Frankreich und die revolutionäre Propaganda aussprach; im Interesse von Thron und Altar müsse der von den Franzosen aufgedrungene Krieg für einen allgemeinen Reichskrieg erklärt und die Aufhebung aller seit dem westfälischen Frieden mit Frankreich geschlossenen Verträge verkündigt werden.

Wie wenig sich aber die einzelnen Reichsstände an diesen am 30. April vom Kaiser ratifizierten Beschluß für gebunden erachteten, beweist ihr Verhalten nach Eröffnung des Feldzugs. Obwohl der Prinz von Koburg die Vereinigung des hannöverschen Kontingents mit der Reichsarmee anordnete, wurden die in englischen Sold genommenen Hannoveraner von ihrer Regierung nach Holland dirigiert, mit der Begründung, daß ja eine Reichsarmee nicht existiere.[1]) Die Reichsstadt Köln beharrte dabei, daß ihr eine durchaus neutrale Haltung nicht verwehrt werden könne. Die Reichsstadt Hamburg ließ auf ihren Schiffen Getreide und anderen Kriegsbedarf nach Frankreich bringen; als solche Handelschaft mit dem Reichsfeind beanstandet wurde, gab der Senat dem Erstaunen über solche Beeinträchtigung seiner Souveränität Ausdruck.[2]) Und wie kläglich war es mit den Kontingenten vieler Reichsstände bestellt! Ein Spottvogel „Zebedäus Kuckuck" (unter dem Pseudonym verbarg sich der sächsische Artillerieleutnant Friedrich Schilling) schildert die Wirkung des Aufrufes zum Reichskrieg auf die freie deutsche Republik Eulenhausen folgendermaßen. Da dieser „Staat" nur zur Stellung eines halben Mannes mit Ober- und Untergewehr verpflichtet sei, habe man lange beratschlagt, wo etwa ein solcher zu finden wäre; endlich habe der Rat beschlossen, zum Beweis seiner leuchtenden Vaterlandsliebe einen

[1]) Articles entre S. Maj. Britanique et l'Electeur de Bronswick-Lunebourg. 4. mars 1793; Martens, Recueil des principaux traités depuis 1761, V, 99.

[2]) Häusser, I, 411.

ganzen Mann zu stellen; leider sei aber auch ein solcher in Eulenhausen nicht aufzutreiben gewesen, da mit einemmal die gesamte männliche Bevölkerung mit Körpergebrechen aller Art behaftet war.[1]) Traurig sah es mit der Bewaffnung aus. Die Reichsartillerie war nur ein Sammelsurium von Geschützen der verschiedensten Gattungen; da gab es „niedliche dreipfündige Sackpistolen" und daneben Feldschlangen schwersten Kalibers, die nur von zwölf Pferden gezogen werden konnten![2]) Natürlich konnte aus solchen Truppen, wie wenig auch die Mannschaft selbst den Spottnamen „Reißausarmee" verdiente, nur geringer Nutzen gezogen werden. Zum Reichsfeldmarschall wurde der Prinz von Koburg ernannt. Seine Feldherrngabe wird nicht bloß in dem oben erwähnten preußischen Memoire angezweifelt; auch Erzherzog Karl versichert, Koburg habe seinen Ruf nur den Siegen Suwarows zu danken gehabt; ebenso habe es dem Generalstabschef Mack zwar nicht an Talent und Eifer, noch weniger an maßlosem Dünkel, wohl aber an militärischer Bildung gefehlt.[3])

Im Februar 1793 wurde im preußischen Hauptquartier zu Frankfurt, wohin sich auch Koburg begeben hatte, der Operationsplan für den künftigen Feldzug auf Grundlage älterer Abmachungen zwischen dem Herzog von Braunschweig und dem österreichischen General Wartensleben entworfen.[4]) Der abgelaufene Feldzug war hauptsächlich deshalb verloren gegangen, weil man den Feind unterschätzt und eine allzu schwache Streitmacht gegen ihn aufgeboten hatte. Jetzt sollte der Krieg in größtem Maßstab erneuert werden. Die Armee des Prinzen von Koburg, durch preußische und hannöversche Abteilungen verstärkt, sollte ihn mit Säuberung des rechten Maasufers eröffnen, die preußische Armee den Franzosen das wichtige Mainz abringen, dann den Rhein überschreiten und die Franzosen zu einer entscheidenden Schlacht nötigen; dabei sollte eine zweite kaiserliche Armee unter Wurmser mitwirken. Wurmser wurde von seinem Hofe angewiesen, „in allen Stücken sich nach der Direktion und Disposition zu benehmen, welche der König von Preußen und der Herzog von Braunschweig für gut befinden würden."

Wie verfehlt diese Anordnung war, bewies der Mißerfolg des Feldzugs. Trotz einzelner glänzender Waffenthaten mußte er scheitern, weil niemals ein aufrichtiges Einvernehmen, geschweige denn ein einheitliches Zusammenwirken zwischen Wurmser und der preußischen Heeresleitung zu erzielen war. Von österreichischer Seite wurde alle Schuld auf die Lauheit und die Unthätigkeit des Herzogs von Braunschweig geschoben;[5]) die Preußen bezichtigten Wurmser verräterischer Zurückhaltung, weil es ihm, dem Elsässer, nur darum zu thun gewesen

---

[1]) (Schilling) Bagatellen aus dem zweiten Feldzug am Mittelrhein, von Zebedäus Kuckuck (1810), 6.

[2]) Ebenda, 161.

[3]) Ausgewählte Schriften weiland Sr. K. Hoh. des Erzherzogs Karl von Oesterreich.

[4]) Christen, Oesterreich im Kriege gegen die französische Revolution; Mitteilungen des k. u. k. Kriegsarchivs, N. F., 12. Bd. (1900), 418.

[5]) Zeißberg, Erzherzog Karl und Prinz Hohenlohe-Kirchberg; Archiv für österreichische Geschichte, 73. Bd., 1.

sei, Straßburg und das Elsaß in seine Gewalt zu bringen.[1]) Der junge Erzherzog Karl schrieb schon während des Feldzugs nach Wien, es wäre das beste, einen Krieg abzubrechen, der von ewig hadernden Bundesgenossen nimmer zu ehrenvollem Ende gebracht werden könne. Ebenso schrieb der Herzog von Braunschweig (20. Februar 1793): „Wenn jede der verbündeten Mächte ihre Hintergedanken hat und der leitende Faden nicht in einer Hand liegt, muß man entweder die Augen verschließen oder annehmen, daß die nämliche zusammenhanglose Politik nicht auch die nämlichen Nachteile hervorruft, die einst im siebenjährigen Kriege unser Glück gewesen sind."[2])

Die Anfänge des Feldzugs waren verheißungsvoll genug. Obwohl auch zwischen Koburg und dem Befehlshaber der Hannoveraner, Feldmarschall v. Freytag — der junge Herzog v. York, der Sohn Georgs III., hatte nur dem Namen nach die Leitung — der häusliche Krieg niemals ausging,[3]) waren die gegenüberstehenden Franzosen doch so schwach und zuchtlos, daß sie ohne viel Mühe aus allen Positionen zwischen Röhr und Maastricht herausgedrängt wurden,[4]) die Belagerung von Mastricht aufgeben und sich eilig nach St. Tron und Tirlemont zurückziehen mußten. Möglich, daß eine schneidigere Verfolgung zu völliger Auflösung der Franzosen geführt hätte; wenigstens wurde es von Gegnern des Prinzen von Koburg als schwerer Fehler bezeichnet, daß er acht Tage zwecklos an der Maas stehen blieb und den Flüchtigen Zeit ließ, sich bei Löwen zu sammeln und zu erholen.[5]) Und nun trat an ihre Spitze der Sieger von Jemappes! Der Konvent, durch die Flucht der Maasarmee erschreckt, hatte Dumouriez angewiesen, den Einmarsch in Holland vorerst aufzugeben, um den Besitz Belgiens zu retten und damit Paris zu decken. Es wurde für Dumouriez verhängnisvoll, daß er die gefährlichen Folgen des Verlustes der Maaslinie unterschätzte, daß er nicht, alle anderen Rücksichten opfernd, an diese Bresche eilte.[6]) Denn inzwischen war Koburg dem Gegner an die Maas nachgerückt; hier machte er aber der Vorschrift des Operationsplanes entsprechend Halt und verlor kostbare acht Tage, bis aus dem preußischen Hauptquartier die Genehmigung des Vormarsches auf Brüssel erfolgte. Am 13. März traf Dumouriez bei der flüchtigen Armee ein.

Seit der Hinrichtung Ludwigs XVI. war die Stimmung des Obergenerals verdüstert; seit seine aufrichtigen Bemühungen zur Rettung des Königs gescheitert waren, erblickte er in dem Triumvirat Robespierre, Danton und Marat, den Häuptlingen der Pöbelherrschaft, den gefährlichsten Feind Frankreichs. „Die

---

[1]) Der Feldzug der k. preuß. Armee am Rhein im Jahr 1793, aus den hinterlassenen Papieren des Herzogs v. Braunschweig zusammengestellt von A. Wagner (Berlin 1831), Einleitung, XIII.

[2]) L. v. Ompteda, Ein hannöverisch-englischer Offizier vor hundert Jahren, 30.

[3]) Ompteda, 36.

[4]) Die Bedeutung des hauptsächlich durch Erzherzog Karls Eingreifen gewonnenen Treffens bei Aldenhofen hat erst Zeißberg (Aldenhofen, Neerwinden, Tienen und Löwen; Sitz.-Ber. der Wiener Akademie, 127. Bd. [1892], 24) richtig gewürdigt.

[5]) Häusser (der hier der handschriftlichen Darstellung eines nicht genannten preuß. Offiziers folgt), 415.

[6]) Boguslawski, II, 193.

Ungeheuer haben den König getötet, aber das Königtum wieder aufgerichtet!" Dieses Wort Dumouriez' enthüllt die Absicht, die ihn fortan bei seinen militärischen Plänen leitete. Er wollte mit England und den deutschen Mächten einen Waffenstillstand schließen, um dann mit den vereinigten holländisch-belgisch-französischen Streitkräften nach Paris aufzubrechen, den Konvent zu sprengen und ein verfassungsmäßiges Königtum aufzurichten. Doch nur als Sieger durfte er hoffen, dieses Ziel zu erreichen; deshalb wollte er, obwohl sich von der geschlagenen Armee nicht das beste erwarten ließ, eine Schlacht wagen; er vertraute auf die Ueberlegenheit seines Geistes und den Schwung seiner Leute. In einem offenen Schreiben legte er dar, wie schwer sich der Konvent gegen den Staat und die Armee versündigt habe, und noch drastischer gab er den Konventskommissären seine Verachtung des herrschenden Regierungssystems kund: damit hatte er die Schiffe hinter sich verbrannt. Am 16. März brach er gegen das von der Vorhut der Kaiserlichen besetzte Tirlemont auf, nahm diesen Platz und entwickelte dann seine Truppen auf dem Wege nach Tron und Lüttich. Ein glückliches Gefecht bei dem Dorfe Gridsenhoven hob das Selbstvertrauen und den Mut der Franzosen, so daß Dumouriez den entscheidenden Waffengang nicht länger aufschieben wollte. Am 18. März begann die nach dem Dorfe Neerwinden benannte Schlacht, die den Verlust Belgiens für Frankreich bedeutete, wie der Sieg von Jemappes für die Eroberung entscheidend gewesen war. Frühmorgens ließ Dumouriez eine Plänklerkette gegen den Feind, dessen Kolonnen sich auf den Höhen am rechten Ufer der kleinen Geete weithin ausdehnten,[1]) vom Dorfe Neer-Heylissem aus vorrücken. Die beiden Armeen waren ziemlich gleich stark; Dumouriez hatte ungefähr 45000 Mann, darunter aber eine beträchtliche Anzahl unzuverlässiger Nationalgardisten, Koburg verfügte nur über 40000 Mann, aber seine Reiterei war der französischen weit überlegen. Der Angriff hatte sich über einen Raum von zwei Meilen zu verbreiten; die Schlacht zerfiel daher in eine Menge einzelner Gefechte. Das von dem Herzog von Chartres, dem Sohne des Herzogs von Orleans, befehligte Zentrum und der von Valence kommandierte rechte Flügel behaupteten sich bis zum Abend gegen die Kaiserlichen, und da die Verluste auf beiden Seiten ziemlich gleich waren, hätte der Ringkampf als unentschieden gelten müssen, wenn nicht der linke Flügel eine so furchtbare Niederlage erlitten hätte. Dem tüchtigen Miranda stand hier Erzherzog Karl gegenüber, noch ein Jüngling von zarter, fast schwächlicher Gestalt, aber mit einem Ausdruck im blassen Antlitz, der Geist und Entschlossenheit verriet. Die planvollen Operationen des jugendlichen Heerführers brachten Verwirrung in die feindlichen Reihen, die Nationalgarden begannen sehr bald zu fliehen, und durch ihr betäubendes Sauve qui peut! wurden auch die Linientruppen zur Flucht fortgerissen.[2]) Als Dumouriez abends nach Laer ritt, wo der linke Flügel postiert gewesen war, stieß er auf österreichische Ulanen; die Geschlagenen irrten um Tirlemont umher. Unter diesen Umständen konnte er nicht mehr daran denken, den Kampf fortzusetzen. Zwar leisteten die Franzosen in den Rückzugs-

[1]) Chuquet, V, 96.

[2]) Zeißberg, Erzherzog Karl von Oesterreich, I, 1, 363. — Chuquet, V, 106.

gefechten bei Löwen tapferen Widerstand, aber Dumouriez konnte sich nicht verhehlen, daß ein besiegter Feldherr vor dem Konvent nimmer Gnade finden werde. Es gab nur zwei Wege, dem Blutgerüst zu entgehen, entweder mußte er wie Lafayette die Armee verlassen oder an ihrer Spitze den Zwingherren von Paris entgegentreten. Dumouriez wählte das letztere. Am 22. März knüpfte er im österreichischen Hauptquartier geheime Unterhandlungen an, um durchzusetzen, daß er gegen freiwillige Räumung Brüssels vom Sieger nicht weiter bedrängt werde. In Ath fand die entscheidende Unterredung zwischen Dumouriez und dem kaiserlichen Generalstabschef Mack statt; daran schloß sich eine Mahlzeit, wobei Dumouriez auf die Gesundheit „Ihrer Majestäten des Kaisers Franz und des Königs Ludwig XVII." trank: wie ehedem von Wallenstein, so war vom Sieger von Jemappes die „schmale Grenze, die zwei Lebenspfade scheidet," überschritten. Er gab sich der Hoffnung hin, daß ihm als Träger der weißen Fahne ein namhafter Teil der Offiziere und Truppen mit dem jubelnden Zuruf: Auf, nach Paris! folgen würde; allein die Offiziere nahmen zwar die Suspension ihres gefeierten Generals durch die Konventskommissäre mit Murren auf, wollten aber zum Abfall vom Vaterlande nicht die Hände bieten; nur das Husarenregiment Berchiny und noch ein paar hundert Soldaten waren bereit, die Königstreue über den Fahneneid zu stellen.

Am 5. April begab sich Dumouriez mit dem Herzog von Chartres und einigen wenigen Generälen und Obersten ins Hauptquartier Cleirfaits nach Tournay, nicht wie er in stolzer Zuversicht dem Erzherzog Karl angekündigt hatte, als verbündeter Feldherr, sondern als heimatloser Flüchtling, dem nicht bloß der Konvent, sondern das Vaterland den Namen eines Verräters gab. Auch in Deutschland wurde die Bekehrung des „neuen Saulus" nichts weniger als freundlich beurteilt. Nicht bloß ein Freund der Revolution, wie Magister Laukhard, vermißte an dem angeblich überzeugungstreuen Anwalt der konstitutionellen Monarchie die Redlichkeit, — „Er liebte die Revolution nie um der Freiheit, sondern um der Rolle willen, die er zu spielen gedachte!" [1]) — auch die hochkonservative Wiener Zeitschrift brachte dem „Scipio-Proteus-Dumouriez" nur Mißtrauen und Geringschätzung entgegen. [2]) Kaiser Franz ernannte zwar den Ueberläufer zum Feldzeugmeister, verwarf aber den Plan Koburgs, den neuen Freund an der Spitze einer kaiserlichen Armee in Frankreich einmarschieren zu lassen. Am Kaiserhofe argwöhnte man, daß von dem bekehrten Saulus nicht die Wiederherstellung des alten Regiments, sondern die Erhebung des jungen Orleans beabsichtigt sei. [3]) Und im Grunde war es dem Wiener Hofe selbst nicht darum zu thun, die Republik zu stürzen, da einer neuen königlichen Regierung eine Abtretung französischen Gebiets nicht wohl zugemutet werden konnte.

Realpolitik! war ja das Schlagwort des Staatsmannes, der seit 27. März 1793 in Wien das Staatsruder leitete, Franz Amadeus v. Thugut. Am 25. März überreichten die Gesandten Rußlands und Preußens in Wien den

---

[1]) (Laukhard), Neue Briefe eines preuß. Augenzeugen, 5 Pakete, 1796, 33.

[2]) Wiener Zeitschrift, 2. Jahrg., 4. Heft, 3.

[3]) Zeißberg, Erzherzog Karl, 1, 389.

polnischen Teilungsvertrag, dessen Inhalt noch die schlimmsten Befürchtungen übertraf. Kaiser Franz konnte es Cobenzl und Spielmann nicht verzeihen, daß Oesterreich mit leeren Händen ausgehen sollte, während die Bundesgenossen ohne Blutvergießen so ansehnlichen Zuwachs erbeutet hatten; auch er befreundete sich mit der Auffassung jener Politiker, die im Bündnis mit England das „summum bonum" erblickten, während sie die Verbindung mit Preußen zwar nicht sofort aufgeben, aber nur bis zum Abschluß einer Tripelallianz: Rußland, England und Oesterreich, festhalten wollten. Die Frage des in England mißliebigen bairischen Tauschprojekts sollte in der Schwebe bleiben, dagegen eine ausreichende Entschädigung auf Kosten Frankreichs gesucht werden.

Träger dieser Politik wurde der siebenundfünfzigjährige Thugut, der bisher als „Armeediplomat" die kaiserlichen Truppen in den Niederlanden begleitet hatte. Thugut, oder wie sein Familienname eigentlich lautete, Thunichtgut war von niedriger Herkunft, der Sohn eines „kaiserlichen Universal-Bancalitäts-Registratur-Adjunkten" und einer Müllerstochter; trotzdem war es ihm gelungen, in die von Maria Theresia zur Heranbildung von talentvollen Landessöhnen zum diplomatischen Dienst im Orient gestiftete Akademie aufgenommen und in der Folge zum Geschäftsträger an verschiedenen Höfen ernannt zu werden. Er war ohne Zweifel ein gewandter und rühriger Diplomat; daß er auch ebenso charakterlos war und von Frankreich für geheime Berichterstattung einen Jahresgehalt bezog, war dem Kaiser noch nicht bekannt. Der bürgerliche Emporkömmling war aber bei den hochadelichen Ministern unbeliebt und wegen seines Hanges zur Intrigue gefürchtet.[1]) Trotzdem wurde der einsame Sonderling, „weil er in Kaunitzens Schule und nach dessen Grundsätzen gebildet sei", am 27. März 1793 zum „Generaldirektor der auswärtigen Angelegenheiten" ernannt. Nach Vivenot hätte den Kaiser insbesondere das Memoire eines Ungenannten — Vivenot hält den Prinzen von Ligne für den Verfasser,[2]) Zeißberg bestreitet die Annahme aus stilistischen Gründen[3]) — zur Erhebung des „einzigen homme d'esprit" am Wiener Hofe bewogen. Der neue „Großvezier", wie ihn seine Gegner nannten, verstand es, in kurzer Zeit sich dem Kaiser unentbehrlich zu machen und dadurch eine omnipotente Stellung zu gewinnen. Vom Standpunkte des Kaisers war diese Wertschätzung auch zweifellos berechtigt. Thugut kannte kein anderes Ziel, als die Steigerung der kaiserlichen Macht und die Vergrößerung Oesterreichs. Mit fanatischem Eifer suchte er in diesem Sinne zu wirken, wie er es in der diplomatischen Schule der hohen Pforte gelernt hatte, rücksichtslos in der Schätzung der Menschen, wie in der Wahl seiner Mittel. Während er in seiner äußeren Politik wieder in Josephinische Pfade einlenkte, verfocht er zäh die alten Staats- und Standeseinrichtungen. Das Streben, dem Kaiserstaat eine herrschende Stellung im Reiche zu sichern, mußte ihn zum Gegner Preußens machen; wenn diese Feindschaft nicht sogleich offen hervortrat, hatte dies nur darin seine Ursache, daß er ebenso leidenschaftlich die Freiheitspropaganda des jakobinischen Frank-

[1]) Angesichts der von Vivenot veröffentlichten Depeschen kann ich dem günstigeren Urteil Hüffers (Oesterreich und Preußen gegenüber der franz. Revolution, 178) nicht beistimmen.

[2]) Vivenot, Geschichtsquellen, II, 46.

[3]) Allg. d. Biogr., 38. Bd., 147.

reichs haßte und zu ihrer Bekämpfung die Hilfe Preußens noch nicht missen wollte. Es war aber auch in Berlin wohlbekannt, daß der Groll über Preußens Vorsprung den Ministerwechsel veranlaßt und daß man im Vertreter des neuen Kurses einen Gegner zu erblicken habe. In Polen trat auch bald hervor, daß das Wiener Kabinett nunmehr als ausgesprochener Gegner der preußisch russischen Verständigung zur Unterstützung der nationalen Partei bereit sei. Mochte auch das wechselseitige Mißtrauen der beiden Nebenbuhler zur Zeit noch durch Freundschaftsbezeigungen der Monarchen und durch höfliche Worte der Diplomaten verhüllt werden, so lähmte es doch schon jetzt die Kraft des Angriffes auf den gemeinsamen Feind und entzog auch glänzenden Erfolgen die günstige Wirkung. Weshalb sollen wir — diese Auffassung wird von den preußischen Staatsmännern in allen Tonarten wiederholt — unsere Streitkräfte im Westen aufreiben, wenn wir doch durch die Umtriebe unseres Bundesgenossen über kurz oder lang genötigt sein werden, unsere Stellung im Osten mit den Waffen zu verteidigen? Weshalb sollen wir für Oesterreich das Elsaß erobern, weshalb überhaupt einen Kampf fortsetzen, der uns keinen Vorteil bringt, aber den letzten Rest des Kriegsschatzes beanspruchen wird? Nur der König hing noch treu am Bunde; ihn dünkte es beschämend, daß die Oesterreicher so raschen Erfolg in den Niederlanden erstritten hatten, den Preußen aber dazu noch keine Gelegenheit geboten war. Auch das Ministerium konnte nicht begreifen, weshalb von der Armee, wenn nun doch einmal der Krieg kein Ende habe, nicht mehr Ernst gezeigt werde. Auf die Nachricht von Clerfaits Sieg bei Aldenhoven erwiderten die preußischen Minister, es sei nur zu wünschen, daß ein so schönes Beispiel alle Befehlshaber der verbündeten Armeen zu gleicher Entschlossenheit und Thatkraft anfeure: möchte der König nur recht bald einen preußischen Sieg melden, damit in Berlin Tedeum gesungen werden könne und diese gute alte Sitte nicht gänzlich einschlummere![1]) Nach Neerwinden gaben die Minister noch dringender dem Wunsche Ausdruck: möchten endlich auch die Preußen an militärischen Erfolgen teilnehmen! Möchte nunmehr, nachdem der König selbst die Leitung in die Hände genommen habe, die Kriegführung ein Zug männlicher Entschlossenheit beleben, „der uns im Kommando sehr not thut!"

Am 3. April gab denn auch Friedrich Wilhelm in einem Handschreiben an Kaiser Franz seinen Entschluß kund, mit besten Kräften die glorreich eröffneten Operationen der kaiserlichen Truppen zu unterstützen, um einen entscheidenden Sieg zu ermöglichen, „doppelt wichtig, da es sich nicht wie in gewöhnlichen Kriegen um ein partielles und vorübergehendes Interesse handelt, sondern um das Wohl aller Staaten, aller Kronen, ja der ganzen Menschheit!" Nicht nur einen zuverlässigen Bundesgenossen sollte der Kaiser an ihm haben, sondern einen aufrichtigen Freund, der auch den Vorteil des Wiener Hofes niemals aus dem Auge lassen wird!

Mainz muß zurückerobert, muß von uns zurückerobert werden, dies erfordert die preußische Waffenehre: diese Ueberzeugung teilten mit dem König auch die nicht so bundesfreundlichen Staatsmänner und Generäle. Eine Zeitlang schien es ja, als ob der Abfall Dumouriez' dem Kriege ein rasches

[1]) Preuß. St.-Archiv. Das preuß. Ministerium an Luccheſini, 14. März 1793.

Ende bereiten würde. „Der Staatsstreich Dumouriez',“ schrieben die preußischen Minister an Lucchesini, „wird zu Ereignissen führen, die in Frankreich eine vollständige Umwälzung hervorrufen und die uns aufgebürdete schreckliche Last wesentlich erleichtern könnten. Es fehlt nur noch der Abfall Custines, doch ist es gar nicht unmöglich, daß er, von Mainz abgeschnitten und in einer von der Gegenrevolution schon ergriffenen Provinz eingeschlossen, gleichfalls eine Schwenkung macht. Auf diese Weise würde Mainz wahrscheinlich fallen, ohne Schaden zu nehmen, und die gänzliche Auflösung der französischen Armeen würde den allgemeinen Frieden viel rascher herbeiführen, als wir es hoffen konnten. Möchte diese Voraussagung in Erfüllung gehen und dadurch unser Wunsch gekrönt werden!“ Bald zeigte sich aber, daß die Bekehrung Dumouriez' zu hoch gewertet worden war, daß der Ueberläufer nicht daran denken konnte, eine Armee gegen die „Apostel der Anarchie“ zu führen. Nichtsdestoweniger ließ sich annehmen, daß die Katastrophe von Tournay dazu beitragen werde, die Verwirrung im französischen Lager zu steigern. „Dieses Mißgeschick der Franzosen,“ schrieben die preußischen Minister an Lucchesini, „muß ja doch den Bewegungen unserer Armee zu gute kommen; jetzt ein kräftiger Vorstoß, und der deutsche Boden wird befreit sein!“

Friedrich Wilhelm wohnte seit der Wiedereinnahme von Frankfurt im Roten Hause auf der Zeil. Um ihn war ein Kreis von deutschen Fürsten und Edelleuten, französischen Kavalieren und Abenteurern versammelt. „Während in Paris, das man eben noch mit leichter Hand zu erobern gemeint hatte, das alte Regiment in Stücke geschlagen wurde, sammelte sich hier um den königlichen Vorkämpfer des alten Europa noch einmal alles, was das scheidende Jahrhundert an den Fürstenhöfen und auf den Schlössern der Nachbarschaft Prächtiges und Ueppiges hervorgebracht hatte.“ [1]) Die reiche Frankfurter Gesellschaft suchte ihren Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen; nie hatte die alte Reichsstadt so viele Festlichkeiten und Gelage gesehen. Auch an edleren Genüssen fehlte es nicht. Da die Vorliebe des Königs für Mozart bekannt war, wurde mit unerhörter Pracht zum erstenmal die Zauberflöte aufgeführt. [2]) Dazwischen gab es häufig Truppendurchzüge, doch blieben die Feindseligkeiten, obwohl der Winter sehr gelinde und der Feind so nahe war, gänzlich eingestellt. Erst als das Frühjahr nahte, trat der Ernst der Kriegsläufte wieder in seine Rechte. Unmittelbar vor dem Aufbruch spielte sich in Frankfurt noch ein anmutiges Liebesidyll ab, das für die Entwickelung Deutschlands von wichtigster Bedeutung werden sollte. Unter verschämter Mitwirkung der nächsten Verwandten kam es zu einer Begegnung der beiden Söhne des Königs mit den anmutigen Prinzessinnen von Mecklenburg-Strelitz, Luise und Friederike. „Man konnte die beiden jungen Damen,“ schwärmt Goethe, „. . . in diesem Kriegsgetümmel für himmlische Erscheinungen halten.“ [3]) Am 18. März brachte Friedrich Wilhelm für seine Söhne die Werbung an; am nächsten Tage fand die Doppelverlobung im Gasthof zum „Weißen Schwan“

[1]) Bailleu, Königin Luise als Braut; Hohenzollern-Jahrbuch, 1901, 3.
[2]) Loßbergs Erinnerungen; Zeitschrift für Kunst des Krieges, Jhgg. 1846, 68. Bd., 2.
[3]) Goethe, Aus meinem Leben (1822), 2. Abt., 5. T., 424.

statt.[1]) Es war eine glückliche Fügung, daß die geistvolle Luise an dem steifen, linkischen Prinzen, der nur die Leidenschaft für den Dienst kannte, sogleich dessen beste Eigenschaften erkannte: „Er ist ein gerader Charakter, kein Schwätzer, kein Schmeichler!“ Fortan war sie — das ist keine höfische Redensart — der gute Genius des braven, aber wenig begabten Mannes. Uebrigens war, wenn auch das Herz bei der segensreichen Verbindung den Ausschlag gab, daneben eine politische Erwägung im Spiel. Der König habe, berichtete Luchesini seinen Kollegen, hauptsächlich deshalb auf eine so rasche Verlobung gedrungen, weil er befürchtete, daß die Einflüsterungen des Herzogs von York, der dem Kronprinzen eine englische Prinzessin zugedacht hatte, Eindruck machen könnten. „Der König war aber entschlossen, eine solche Heirat niemals zuzugeben, weil es eine bekannte Thatsache ist, daß die englischen Prinzessinnen ohne Ausnahme dem Interesse ihres Hauses und ihres Heimatlandes jede andere Rücksicht opfern, häufig unbillige Ansprüche erheben, die nur in England zu befriedigen sind, und vom Vertreter ihres Englands sich gefügig leiten und kommandieren lassen. Seine Majestät haben die Beobachtung gemacht: entweder ist der Gatte einer englischen Prinzessin ein Mann von festem Charakter, dann nehmen die Umtriebe des englischen Gesandten kein Ende, oder er ist schwach und lenksam, dann verfügt über ihn das englische Kabinett nach seinem Belieben.“[2]) Die Minister äußerten über die Verlobung und ihre Beweggründe volle Befriedigung. „Vielleicht wäre zu dem Gesagten noch hinzuzufügen, daß auch das frostige Wesen, das der ganzen englischen Dynastie eigen ist, die Deutschen abstößt.“[3])

Nach der Verlobung verließen die Prinzessinnen Frankfurt, und bald darauf zogen auch der König und der Kronprinz mit der Garde zur Belagerung von Mainz ab.

Wir haben gesehen, wie in dieser Stadt die Franzosen und ihre Freunde die Oberhand gewannen; der auf dem Marktplatz aufgerichtete Freiheitsbaum gab davon Zeugnis. Trotzdem ließ die Ausführung des Konventsbeschlusses vom 15. Dezember 1792, wonach in allen von den Armeen der Republik besetzten Gebieten die alten Regierungen abgeschafft und von den Bürgern selbst neue Staatseinrichtungen geschaffen werden sollten, in Mainz lange auf sich warten, weil die Abneigung der Mehrheit gegen eine Verfassungsänderung bekannt war. Erst am 24. Februar 1793 traten Urwählerversammlungen zur Wahl von Abgeordneten zusammen; von 12000 Stimmfähigen fanden sich kaum 300 ein.[4]) Am 17. März wurde der „rheinisch-deutsche Nationalkonvent“ im Rittersaal des

---

[1]) Bailleu, Die Verlobung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm mit Prinzeß Luise; Deutscher Herold, Jhgg. 1900, 7. — Bailleu, Königin Luise als Braut; Hohenzollern-Jahrbuch, 1901, 1.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Luchesini an das Ministerium, 18. März 1793.

[3]) Ebenda. Das Ministerium an Luchesini, 24. März 1793.

[4]) Schaber, Mein Tagebuch der Belagerung von Mainz (1793), 13. — Auch Dumont, Die Belagerung der Stadt Mainz (1793), 133, versichert, es hätten nur 260 „vom Kurfürsten berufene Fremdlinge“, nunmehr „hungrige Anhänger der französischen Partie“, an der Wahl teilgenommen.

Deutschen Hauses eröffnet, Professor Hofmann zum Präsidenten, Forster zum Vizepräsidenten gewählt. Tags darauf wurde auf Forsters Antrag über sämtliche Fürsten des im Konvent vertretenen Gebiets die Absetzung ausgesprochen. Die in Mainz eingetroffenen Kommissäre des Pariser Konvents, der Lothringer Merlin de Thionville, „die Fleisch gewordene Revolution", wie ihn sein Adoptivsohn, der Philosoph Reynaud, nannte,[1]) und der Elsässer Reubell, ebenfalls einer der wildesten Terroristen, — die Mission dieser Volksvertreter wird von dem französischen Historiker Bouvier in die Worte: „Républicaniser, franciser" zusammengefaßt — begrüßten begeistert den mannhaften Beschluß. Custine beteuerte, seine deutschen Brüder sollten, solange er das Leben habe, nicht wieder unter das zwiefache Joch weltlichen und priesterlichen Despotismus gebeugt werden.[2]) Am 21. März wurde die Einverleibung der rheinisch-deutschen Gebiete in die Republik Frankreich beschlossen. „Zur Beruhigung ängstlicher Churmainzischer Gewissen" veröffentlichte Munizipalsekretär v. Reussing eine Erklärung, es sei nur eine Finte der Pfaffen- und Aristokratenrotte, wenn behauptet werde, daß der Eid auf die neue Verfassung die Trennung von Papst und Kirche bedeute; im Gegenteil, die fränkische Kirchengesetzgebung enthalte nirgend so romfeindliche Grundsätze, wie sie von den deutschen Erzbischöfen in der Emser Punktation ausgesprochen worden seien.[3]) Drei Abgeordnete der convention Rheno-Germanique, Georg Forster, Johann Patocki, ein zahlungsunfähig gewordener Handelsmann aus Kolmar, und Adam Lux, ein junger Mediziner aus Obernburg, gingen nach Paris, um den Konvent zu bitten, es möge Mainz, das die Natur sowohl zum wichtigsten Handelsemporium für Deutschland und Frankreich, als zum festesten Waffenplatz an der Grenze beider Reiche bestimmt habe, mit der glorreichen Mutterrepublik vereinigt werden. Der Antrag fand freundliches Gehör, doch was die deutschen Republikaner in jenen Schreckenstagen in der „Zentrale des Lichts" zu sehen bekamen, konnte sie nur ernüchtern und erbittern. Vergebens suchte der weltmännische, weltbürgerliche Forster sich selbst einzureden, daß „nur rauhe Pfade zu den Sternen führen": die gräßliche Wirklichkeit mit ihren nimmer endenden, nutzlosen Blutopfern stand in zu schroffem Gegensatz zu seinem Traum von Völkerlenz und Volksglück. Bald fand der deutsche Mann „seine Stellung zwischen Betrügern und Betrogenen erdrückend". „Immer nur Eigennutz und Leidenschaft zu finden, wo man Größe erwartet und verlangt; immer nur Worte für Gefühl, immer nur Prahlerei für wirkliches Sein und Wirken — wer kann das aushalten?" Geringschätzig behandelt von seinen neuen Mitbürgern, geächtet von seinem Vaterland, gebrochen an Körper und Geist, verlebte er nur noch ein Jahr in Paris; am 10. Januar 1794 befreite ihn von einem friedlosen Leben ein einsamer Tod. Ein ebenso tragisches Ende war dem jungen Lux beschieden. Als Einfalt vom Lande nach Paris gekommen, spielte er mit dem Terrorismus wie das Kind mit dem Feuer. Er machte kein Hehl daraus, daß ihn, den ehrlichen Schüler Rousseaus, ebenso der starre Doktrinarismus

[1]) Bouvier, Le siège de Mayence en 1793; La révolution Française, 1882, III, 263; 1883, IV, 609.

[2]) Die neue Mainzer Zeitung oder der Volksfreund, Jhgg. 1793, 129.

[3]) Dumont, 139.

Robespierres, wie das entartete Jakobinertum anwidere; sein schwärmerisch tapferes Eintreten für Charlotte Corday brachte ihn vor das Bluttribunal; am 4. November 1793 wurde er hingerichtet.[1] „Wenn ich den Tod verdient habe," sagte er an seinem letzten Lebenstage zu seinem Freunde Kerner, „so war es nicht unter den Franken, wo ich ihn empfangen sollte."[2] Sich selbst verurteilend, sühnte er das Unrecht, das er am deutschen Vaterland begangen hatte. Wir können dem Urteil Jean Pauls beistimmen: „Er starb rein und groß zugleich; kein Deutscher vergesse ihn."[3]

Während die Mainzer Abgeordneten im Konvent der Hoffnung Ausdruck gaben, daß der Stolz der gegen die Freiheit verschworenen Despoten an der Festigkeit der Wälle und dem Mut der Bürger der neuen Frankenstadt zu Schanden werden möge, stand der Feind schon vor den Thoren. Am 22. März lagerten sich preußische, sächsische und hessen-kasselsche Truppen auf den Höhen von Hochheim bis Mosbach und an der Mündung des Mains; der Hauptteil der preußischen Armee, ein österreichisches Korps und kleinere Reichskontingente nahmen Stellung auf dem linken Rheinufer in einem großen Bogen von Budenheim bis Laubenheim. In den ersten Tagen des April begann die Belagerung.[4]

Das Hauptquartier befand sich in Marienborn. Die gesamten Belagerungstruppen standen unter dem Oberbefehl des Generals von Kalckreuth. Die Stadt war während des Winters stark befestigt worden; sogar das prächtige Lustschloß Favorite hatte einem mit Kanonen gespickten Vorwerk Platz machen müssen. Großes Verdienst um die Befestigung hatte sich Merlin aus Thionville erworben; auch während der Belagerung war er täglich auf Mauern und Schanzen zu sehen, und es machte ihm Spaß, persönlich die Kanonen zu richten[5] — „Feuerteufel" nannten ihn deshalb die Preußen. Die 22000 Mann starke Besatzung stand unter dem Oberbefehl des Generals Doyré;[6] ihm war der später so berühmt gewordene Kleber untergeben. Vermöge ihrer Stärke konnte die Besatzung auch die weit vorgeschobenen Posten behaupten; Lebensmittel und Schießbedarf gab es in Fülle, und Offiziere und Soldaten waren voll Zuversicht, den wichtigen Posten zu halten. Custine, der Feldherr der Rhein- und Moselarmee, suchte wiederholt die Stadt zu befreien, und diese Versuche wurden nach der Berufung Custines zu der durch Dumouriez' Fahnenflucht führerlos gewordenen Nordarmee von seinem Nachfolger Beauharnais fortgesetzt, ohne jedoch zum erwünschten Ziele zu führen.

Nun donnerten Tag für Tag die Kanonen und knatterten die Musketen.

„Auf, ihr Konstäbler, allzumal,
Ruckt nun die Stücke vor den Wall,
Schießt Wall und Mauer nieder,

---

[1]) Bamberger, Adam Lux; Ges. Schriften, II, 5.

[2]) Venedey, Die deutschen Republikaner unter der französischen Revolution, 154.

[3]) Jean Pauls Werke, 24. Bd., Ueber Charlotte Corday, 241.

[4]) Plan der Belagerung von Maynz (1793), gez. v. Humbert.

[5]) (Franz Joh. Mayer) Mainz nach der Wiedereinnahme durch die verbündeten Deutschen im Sommer 1793 (1793), 45.

[6]) „C'est à tort qu'on a orthographié son nom ainsi: d'Oyré". (Bouvier, IV, 601.)

Schlagt an, gebt Feu'r, daß donnert und kracht,
Wir sehen noch manch schöne Stadt (Schlacht?)
Frisch auf, ihr deutschen Brüder!"[1])

Häufig gab es auch bei Nacht Ausfälle auf die „Saxoni, Cujoni" und die „chiens Prussiens" oder Angriffe auf die Posten der „Ohnehosen". „Diese Kämpfe," sagt Bouvier, „würdig der Helden des Homer und der Ritterzeit, „verdienten vollkommen den Namen Ilias, den ihnen Merlin gab, einer Iliade, an der er selbst ebensoviel Anteil hatte, wie Kleber, Herkules und Mars in einer Gestalt!"[2]) Ob das Pathos des französischen Historikers am Platze, mag dahingestellt sein; daß die Franzosen ebenso wie die auf der Zahlbacher Schanze aufgestellten, etwas komisch uniformierten Klubisten tapfer fochten, wird auch von dem Hessen Loßberg und anderen Augenzeugen bestätigt. Dagegen ist die von Bouvier und auch von Chuquet[3]) erzählte Episode, wonach Merlin aus ritterlichem Mitgefühl, weil seine Gegner auf so magere Kost beschränkt seien, die preußischen Prinzen und einige andere deutsche Würdenträger zu einem opulenten Frühstück eingeladen, und das wunderliche Liebesmahl mit allgemeiner Verbrüderung geschlossen hätte, gewiß nur eine Anekdote. An sturmfreien Tagen war der Dienst im deutschen Lager nicht allzu streng. Es gab ein Café und eine Weinwirtschaft, und nicht selten ging es lustig her. Wie Goethe erzählt, ließen sich die Offiziere mit Vorliebe die Marseillaise aufspielen, wobei eine Flasche Champagner nach der anderen geleert wurde.[4]) Auch zahlreiche Bürger und Bürgerinnen von Frankfurt kamen hierher, ja es wurden sogar, wie Loßberg versichert, zur Belustigung dieser Lagergäste nächtliche Feuergefechte veranstaltet, wobei freilich auch unliebsame Ueberraschungen nicht ausblieben.[5]) Auf deutscher Seite legte namentlich Prinz Louis Ferdinand überraschende Proben von Geistesgegenwart und Tapferkeit ab. Loßberg fühlte sich durch den „Jüngling von vollkommener Schönheit, höchster Liebenswürdigkeit, schnellem Witz, scharfem Verstand, ausgezeichneten Talenten und oft bewährter romantischer Tapferkeit" an Alkibiades erinnert.[6]) Sogar der spottsüchtige Schilling nennt ihn „einen jungen Helden, der oft verwundete Soldaten auf seinem Rücken aus dem Feuer trug und selbst den Oesterreichern Liebe und Achtung abgewann."[7])

In hohe Gefahr brachte die Belagerer die Ueberrumpelung des preußischen Lagers bei Marienborn in der Nacht vom 30. auf 31. Mai. Loßberg vergleicht sie mit dem Ueberfall bei Hochkirch im Siebenjährigen Kriege; hier wie dort sahen sich die Angegriffenen durch sträflichen Mangel an Vorsicht in bedrängte Lage versetzt, hier wie dort zeigte sich aber auch der Nutzen der preußischen Disziplin in hellstem Lichte; in kürzester Frist sammelten sich die aus dem Schlafe

[1]) Während der Belagerung von Mainz 1793; Ditfurth, Die histor. Volkslieder des österreichischen Heeres von 1638—1849, 68.

[2]) Bouvier, IV, 613.

[3]) Chuquet, VII, 289.

[4]) Goethe, Aus meinem Leben, II. Abt., 5. Tl. (1822), 422.

[5]) „Les ‚bons pires' Allemands agirent de même à Strasbourg en 1870" (Bouvier, 727).

[6]) Loßberg, 70. Bd., 23.

[7]) (Schilling) Bagatellen, 83.

Aufgeschreckten, und die Franzosen wurden aus Marienborn ebenso rasch wieder hinausgeworfen, wie sie hereingekommen waren. General Meusnier, der den Sturm geleitet hatte, — ihn allein hält Gouvion St. Cyr sowohl als Strategen wie als Taktiker für einen ebenbürtigen Nebenbuhler Napoleon Bonapartes — erlag bald darauf seiner Wunde; während der Bestattung gaben auch die preußischen Batterien Ehrensalven.[1]) Erst nachdem aus Holland schweres Belagerungsgeschütz eingetroffen war, nahm die Beschießung einen gefährlicheren Charakter an; zahlreiche Gebäude, darunter sechs Kirchen, sanken in Asche, die rings um die Stadt gelegenen Ortschaften wandelten sich in Schutthaufen — der Brand der Kirche von Weissenau erinnert den sächsischen Artillerieoffizier Schilling an die feenhafte Beleuchtung des Lustschlosses Pillnitz im August 1792[2]) —. In der Stadt fehlte es zwar nicht an Lebensmitteln, — die Beschränkung der Belagerten auf Katzen- und Mäusebraten ist eine Fabel — aber an Futter für die Pferde; auch Mangel an Arzneien war eingetreten. Allmählich begann sich eine gewisse Mißstimmung insbesondere unter den Freiwilligen auszubreiten[3]): der sogenannte „psychologische Moment" war für die belagerte Stadt gekommen. Immerhin war noch kein Vorwerk in feindlichen Händen, war noch keine Bresche geschossen, konnte also von Nötigung zur Uebergabe nicht wohl gesprochen werden. Auch die von Merlin in seiner Verteidigungsrede vor dem Konvent aufgestellte Behauptung: „Wir hatten zwar Kanonen, aber keine Kugeln, wir hatten Mörser, aber keine Bomben!" war eine Uebertreibung.[4])

Wenn der Kommandant trotzdem Unterhandlungen mit Kalckreuth einleitete, so bewog ihn dazu weder die Schwächung der Festungswerke, noch die Entkräftung seiner Leute, sondern insbesondere die Rücksichtnahme auf die Regierungskommissäre. Wenn man es auf Erstürmung der Stadt und Gefangennehmung der Besatzung ankommen ließ, liefen Merlin und Reubell Gefahr, als „Régicides" hingerichtet zu werden; auch wollten die beiden Protagonisten des Jakobinertums, was Goethe besonders hervorhebt, nach dem durchschlagenden Siege ihrer Partei nicht länger der Pariser Bühne fernbleiben. Doyré selbst erklärte zu seiner Rechtfertigung, vor allem habe ihn die Sorge um das Schicksal der Konventskommissäre und derjenigen Einwohner, die sich öffentlich zu den politischen Grundsätzen Frankreichs bekannt hätten, zur Nachgiebigkeit bewogen.[5]) Noch am 14. Juli wurde in der Stadt zum Gedächtnis der Erstürmung der Bastille ein Nationalfest gefeiert; die Klubisten hielten auf dem Schloßplatz offene Tafel, und der Freiheit wurden reichliche Trankopfer gebracht; Doyré schwor, er wolle als Wächter der Nation und des Gesetzes Mainz gegen alle Tyrannen und Schergen der Welt halten; General Dubayet leistete den nämlichen Eid, indem er das Kind eines Grenadiers über den Vaterlandsaltar hielt; Merlin verlas eine Einladung

---

[1]) Bouvier, IV, 617. — (Schilling) Bagatellen, 90.

[2]) (Schilling) Bagatellen, 64.

[3]) (Franz Joh. Meyer), Mainz ꝛc., 50.

[4]) Ebenda, 97.

[5]) D'Oyré, Rechenschaft über die Verteidigung und Uebergabe von Mainz, aus der franz. Urschrift übersetzt (1793), 21. — Loßberg, 27. — Dumont, 253. — Reynaud, Merlin de Thionville, 61.

zu einem Festmahl, das Custine in acht Tagen in Frankfurt abhalten wolle.[1]) Schon am 18. aber beschloß der Kriegsrat die Uebergabe; nach mehrtägigen Verhandlungen mit General Kalckreuth wurde am 23. die Kapitulation unterzeichnet. Merlin beteuerte nach seiner Rückkehr im Nationalkonvent, es habe in Mainz nicht mehr einen Fleck so groß wie sein Hut gegeben, auf dem sich ein Mensch noch hätte halten können. Das war eine leere Prahlerei; trotzdem kann die Uebergabe kaum beanstandet werden, wenn man berücksichtigt, welch günstige Bedingungen den Belagerten bewilligt wurden: freier Abzug der ganzen Besatzung mit allen militärischen Ehren gegen das Versprechen, binnen Jahresfrist nicht gegen die Verbündeten zu fechten. Die Waffenehre erlitt also keine Makel, und dem Vaterlande wurden 16000 Mann erhalten, die sofort zum Kampf in der Vendee zu verwenden waren, wo die Regierungstruppen sich kaum noch behaupten konnten. Die rechtzeitige Uebergabe von Mainz gab der königstreuen Vendee den Todesstoß.

Wie im vorigen Jahre in der Champagne, verweilte auch während der Belagerung von Mainz Herzog Karl August von Weimar im preußischen Hauptquartier, und wieder war Goethe in seinem Gefolge. Obwohl diesmal die deutschen Waffen siegreich blieben, gewährt Goethes Chronik der Belagerung durchaus keinen beruhigenden Eindruck über die Zustände im deutschen Heere. Die Tapferkeit der Truppen — dies läßt sich auch aus Goethes Erzählung entnehmen — war lahmgelegt durch die Zerfahrenheit der Führung, wenn sich auch noch nicht ahnen ließ, daß die bisher nur an das Rheingestade schlagenden Fluten zwölf Jahre später „das ganze Reich überschwemmen, wo nicht verschlingen" würden.[2])

Vorerst war durch die Uebergabe von Mainz der deutsche Boden vom Feinde befreit; es schien ein Leichtes, die entmutigten Franzosen völlig zurückzutreiben und damit den Feldzug zu einer den Deutschen günstigen Entscheidung zu bringen. Auch in den Niederlanden hatten die Oesterreicher trotz des Mißlingens der Restaurationspläne Dumouriez' das Uebergewicht gewonnen. Der Herzog von Koburg schlug die Franzosen unter Dampierre bei Famars, nahm die Festung Condé und am 28. Juli den wichtigsten Platz der Niederlande, Valenciennes.

Es war ein Augenblick der höchsten Gefahr für die Republik. Im Innern wütete der Bürgerkrieg. Frankreich war seit dem Tode des Königs in einen ungeheuren Kerker, Paris in eine Mörderhöhle verwandelt. Endlich hatten sich aber die Provinzen zum Widerstand gegen die vom „Wohlfahrts"-Ausschuß angeordneten Noyaden und Sabraden aufgerafft; fast alle großen Städte befanden sich in vollem Aufstand. Die Armeen waren geschlagen und entmutigt, ihre Führer teils ins Ausland geflohen, teils als Verräter eingekerkert, an den Grenzen stand der siegreiche Feind. In der österreichischen, wie in der preußischen Armee war das alte Vertrauen auf die Ueberlegenheit der Deutschen über das „Gesindel in Waffen" zurückgekehrt. Im kaiserlichen Lager wurde gesungen:

---

[1]) Schaab, 81.

[2]) Goethe, a. a. O., 417.

„. . . In euer Königsmörderneſt
Kommen wir auch bald hin;
Wir haben's uns in Kopf geſetzt,
Paris liegt uns im Sinn!
Lauf' du derweilen nur voraus
Und mach' uns gut's Quartiere aus,
Adche, adche, adche,
Adche, Dumouriez!" [1])

Daß trotzdem die Republik nicht bloß nicht überwältigt werden konnte, ſondern aus dem ungleichen Kampfe als Sieger hervorging, hat die revolutionäre Legende als Errungenſchaft der patriotiſchen Begeiſterung der Volksmaſſen und der neuen „revolutionären" Strategie und Taktik der Hoche, Pichegru und Jourdan geprieſen. Schon Häuſſer und Sybel haben dargethan, daß die Rettung Frankreichs nur aus der Saumſeligkeit und Zwietracht der Verbündeten zu erklären iſt. Die koſtbare Zeit nach den Siegen in Belgien und der Uebergabe von Mainz wurde ebenſo von den Oeſterreichern, wie von den Preußen unbenützt gelaſſen. Die Einnahme von Mainz hatte der preußiſchen Waffenehre Genugthuung gebracht, doch der glückliche Erfolg ſpornte nicht zu neuen Thaten, ſondern ließ den Kriegseifer vollends erlahmen. Für Oeſterreich und den Kaiſer war noch ein neuer Grund zu gewiſſenhafteſter Durchführung der militäriſchen Aufgaben hinzugekommen: es war nicht mehr daran zu zweifeln, daß auch das Leben der Königin von Frankreich, der Lieblingstochter Maria Thereſias, der Nichte des regierenden Kaiſers, verloren ſei, wenn ihr nicht von ihren nächſten Angehörigen die rettende Hand geboten würde. Der ehemalige „Mentor" der Königin in glücklichen Tagen, Graf Mercy-Argenteau, beſtürmte denn auch unermüdlich den Wiener Hof und das kaiſerliche Kommando in Belgien — umſonſt! Vom Vorſchlag des Prinzen von Koburg, durch ein neues Manifeſt die gegenwärtigen Gewalthaber in Frankreich einzuſchüchtern, verſprach ſich Mercy mit Recht nichts Gutes. „O dieſe Manifeſte!" ſchrieb Mercy an Arenberg, „ein Korps Kavallerie auf der Straße nach Paris vorwärts geſchickt, wäre nach meinem Ermeſſen die beſte déclaration!" [2]) Auch Arenberg klagte bitter über die „Erſtarrung des Wiener Hofes". „Wie nachteilig wäre es für die kaiſerliche Regierung, wenn dereinſt die Geſchichte ſagen müßte, die erhabene Tochter Maria Thereſias habe, während die furchtbaren und ſiegreichen Heere Oeſterreichs nur vierzig Stunden entfernt lagerten, auf dem Blutgerüſt den Tod gefunden, ohne daß zu ihrer Rettung auch nur ein Verſuch gemacht wurde!" [3]) Und doch geſchah es ſo. Der ſchmähliche Prozeß nahm ſeinen Fortgang; am 16. Oktober wurde Marie Antoinette hingerichtet.

Vielleicht würde der Feldzug von 1793 trotz aller Lauheit und Schwerfälligkeit auf deutſcher Seite günſtigeren Erfolg erzielt haben, wenn nicht zwei ſchwere Mißgriffe begangen worden wären. Kaiſer Franz ließ das von ſeinen

[1]) Ditfurth, 67.
[2]) Vacourt, III, 451.
[3]) Ebenda, 463.

Truppen genommene Valenciennes seinem niederländischen Besitz einverleiben; damit war enthüllt, daß es sich nicht mehr um einen Kampf für das Königtum, sondern um Eroberung auf Kosten Frankreichs handle. Ebenso offen gab England seine Absichten zu erkennen. Trotz aller Vorstellungen des Prinzen von Koburg trennte sich die englisch-holländische Streitmacht unter dem Herzog von York von den Kaiserlichen, um den wichtigsten strategischen Punkt am Eingang in den Aermelkanal, Dünkirchen, einzuschließen; Lord Murray gestand unbedenklich zu, daß es dem englischen Kabinett nur um den Besitz Dünkirchens zu thun sei und das Parlament nur zu diesem Zweck die Mittel zur Kriegführung auf dem Festland bewilligt habe.

Hinwider konnte von preußischer Seite nicht verhindert werden, daß beträchtliche Teile der kaiserlichen Armee zur Unterstützung der englischen Operationen abgegeben, auch die Hannoveraner und Hessen dazu verwendet wurden. Der hochbetagte Führer dieser kombinierten Streitmacht, Feldmarschall v. Freytag, ging nicht minder zaghaft und bedächtig vor, als der Herzog von Braunschweig. Nur durch alle diese Mißstände wurde es ermöglicht, daß der vom Wohlfahrtsausschuß im August 1793 mit der Leitung des Kriegswesens betraute Carnot seine organisatorischen Pläne durchführen konnte. In den ersten Tagen des September griff Houchard, der gemessenen Befehl zur Rettung Flanderns erhalten hatte, gegen das aus Hannoveranern, Hessen, Oesterreichern und Engländern zusammengesetzte „Observationscorps" an, und nach harten Kämpfen bei Hondschoote (6.—8. September) mußte die Blockade von Dünkirchen abgebrochen, das Belagerungsgeschütz den Franzosen überlassen werden. Weil Houchard den Sieg nicht genügend ausnützte, wurde er abberufen und guillotiniert; ihn ersetzte Jourdan, kein großer Feldherr, aber ein tüchtiger und tapferer General. Um Maubeuge zu entsetzen, griff er am 15. Oktober den Prinzen von Koburg bei Wattignies an; nach zweitägigen Kämpfen waren die Oesterreicher zwar nicht geschlagen, aber Koburg glaubte den Rückzug antreten zu müssen; niemand war darüber mehr erstaunt, als Jourdan, der in seinem Bericht an die Regierung das Treffen als unentschieden bezeichnet hatte. Maubeuge wurde befreit, doch gelang es nicht, die Verbündeten gänzlich vom französischen Boden zurückzudrängen; Jourdan glaubte, mit seiner neuen Mannschaft einen Winterfeldzug nicht unternehmen zu dürfen. Die Verbündeten bezogen Winterquartiere in Westflandern und im Hennegau.

Weit unglücklicheren Verlauf nahm der Feldzug am Mittelrhein, obwohl die Ueberlegenheit der deutschen Waffen hier noch offener zu Tage lag. Nach dem Zeugnis des bestunterrichteten Gewährsmannes, des Generals Gouvion Saint Cyr, befand sich die französische Rheinarmee nach dem Fall von Mainz in trostloser Verfassung; auch der begeistertste patriotische Schwung hätte diese zuchtlosen Massen nicht widerstandsfähig gemacht, wenn ein rechtzeitiger Angriff erfolgt wäre. Der in französische Dienste getretene Mainzer Ingenieuroffizier Eickemeyer versichert, er hätte sich nicht träumen lassen, daß solcher Mangel an Ordnung und Manneszucht in einer Armee möglich wäre. Jede Meuterei blieb straflos, wenn sie gegen adelige oder feuillantistische Offiziere gerichtet war; der deutsche Lagergenosse legte sich häufig die Frage vor, wer eigentlich das

Kommando in Händen habe, die höchsten militärischen Befehlshaber oder die von Robespierre aufgestellten, mit dreifarbigen Federbüschen, fliegenden Schärpen und Schleppsäbeln prunkenden „Aufsichtskommissäre“?[1]) Ein Wunder erblickte Eikemeyer darin, daß der Feind nicht daran dachte, von seiner Ueberlegenheit Gebrauch zu machen.

Zur Erklärung dieses „Wunders“ verweist der militärische Anwalt des Herzogs von Braunschweig, Alexander Wagner, in erster Reihe auf die Erschöpfung der preußischen Finanzen. Der unglückliche Feldzug in der Champagne, die neue Ausrüstung der Armee und die Belagerung von Mainz hatten den preußischen Schatz geleert; zur Fortführung des Krieges in großem Maßstab waren thatsächlich die Mittel nicht mehr vorhanden. Der Herzog von Braunschweig wollte sich aber auf größere Unternehmungen nicht einlassen, wenn nicht für Verpflegung ausreichende Vorkehrungen getroffen wären, — sei ja doch die Katastrophe in der Champagne nur auf den Mangel an Lebensmitteln und Munition zurückzuführen.[2]) Und es fehlte nicht bloß an Geld, sondern auch an gutem Willen. Auch ein so unbefangener Gewährsmann, wie der preußische General v. Grawert, der selbst in der Pfalz und in den Vogesen mitfocht, leitet alle Unfälle aus diesem Gesichtspunkt ab.[3]) Die Forderung, daß Preußen „natürliche Politik“ treiben möge, fand immer stärkeren Anhang: warum sollte Preußen nur um eines Prinzips willen das „fieberkranke“ Frankreich bekämpfen und seine realen Interessen im Osten aufs Spiel setzen? Höchstens die vertragsmäßige Hülfe sollte noch den eroberungslustigen Bundesgenossen geleistet, dagegen von allen gewagten Unternehmungen abgesehen werden: in diesem Gedankenkreis bewegen sich seit der Einnahme von Mainz nicht bloß die Briefe der erklärten Franzosenfreunde in der preußischen Armee, sondern auch die Mahnungen des noch vor kurzem so aktionslustigen Ministeriums.

Da der Herzog von Braunschweig sich ausschließlich damit begnügte, feindliche Schläge zu parieren, bevor sie thatsächlich erfolgten, ging der Befehlshaber der kaiserlichen Oberrheinarmee, General Wurmser, auf eigene Faust gegen die Franzosen vor. Es gelang ihm, sie auf die vom Rhein bis nach Weißenburg sich hinziehende Schanzenkette, die sogenannten Weißenburger Linien, zurückzuwerfen. Es hätte sich nun empfohlen, daß die Preußen südwärts durch das Gebirge vorgedrungen wären und gleichzeitig mit einem Frontangriff Wurmsers die Franzosen im Rücken gefaßt hätten, allein eine so weitgreifende Operation entsprach nicht den Absichten des preußischen Kabinetts. Nur die Einnahme von Landau wurde ins Auge gefaßt. Wie schlaff der Kriegseifer geworden war, beweist der Versuch, mit Hülfe einer recht zweideutigen Persönlichkeit, des in der preußischen Armee dienenden Magisters Laukhard, in Besitz der Festung zu gelangen. Laukhard wurde unter der Maske eines Deserteurs nach Landau geschickt, um den Konventskommissär Dentzel durch Bestechung zur Uebergabe zu verleiten. Der Anschlag

---

[1]) Eickemeyer, 202.

[2]) A. Wagner, Der Feldzug der k. preuß. Armee am Rhein im J. 1793, XV.

[3]) Grawert, Ausführliche Beschreibung der Schlacht bei Pirmasenz, den 14. Sept. 1793, (1796), 58.

mißlang, vermutlich weil Laukhard es vorzog, als Gefangener seiner lieben Franzosen in Landau zu bleiben.[1]) Die Unbeweglichkeit der Preußen ermutigte die französische Vogesenarmee sogar, am 14. September bei Pirmasens zum Angriff zu schreiten. Der Herzog von Braunschweig wurde völlig überrascht, doch als er aus dem Walshausener Thal plötzlich die feindlichen Kolonnen im Sturmschritt anrücken sah,[2]) warf er die gewohnte Bedächtigkeit stracks von sich und war ganz Thatkraft und Entschlossenheit. Unter betäubendem Geschrei drangen die von Moreaux[3]) geführten Bataillone vorwärts, allein das allzu hastige Anstürmen brachte ihre Reihen in Unordnung. Auf die Zurückweichenden ließ der Herzog ein furchtbares Geschützfeuer eröffnen; nach verzweifeltem Widerstand — die Preußen glaubten nicht anders, als daß ihre tollkühnen Gegner vor der Schlacht aufregendes Gift genommen hätten[4]) — blieb die Husterhöhe im Besitz der Preußen. Um die Mittagszeit war die Vogesenarmee nur noch ein wirrer Knäuel Flüchtlinge. Sie verlor 800 Tote, 2000 Gefangene und 20 Geschütze, während die Preußen nur etwa 170 Tote und Verwundete hatten.[5]) „Dieser glänzende Erfolg," frohlockt Lucchesini, „und die anderen kleinen Vorteile, welche Knobelsdorf, Kalckreuth und der Erbprinz von Hohenlohe erfochten haben — welch merkwürdigen Gegensatz bilden sie zu den beträchtlichen Verlusten, welche die Oesterreicher und die Emigranten auch jüngst wieder erlitten haben!" Der König befahl, in Berlin ein Tedeum zu singen, „da die lange Reihe von siegreichen Gefechten von Merle bis Pirmasens dem Gewinn einer großen Schlacht gleichkomme."[6])

Doch wie glänzend auch die Ueberlegenheit der deutschen Truppen — wenigstens in regelmäßigem Liniengefecht — zu Tage getreten war, so brachte doch auch dieser Sieg den Verbündeten keinen Vorteil. Unmittelbar darauf wurde zum alten System der „methodischen Kriegführung" zurückgekehrt. Die „Kriegsgelahrten" durchkreuzten, wie der „alte preußische Offizier", General Valentini, beklagt, bei jeder Gelegenheit die „natürlich praktische Ansicht des Königs". „Jene Schule hatte es nur mit Lägern und Positionen, und nie mit den Menschen zu thun, die drinnen waren; am sonderbarsten aber erscheint ihre stete Besorgnis um ihre Gemeinschaft und ihren Rücken, während sie dem Feinde gleichsam das Privilegium erteilen, auf dergleichen bei sich selbst gar keine Rücksicht zu nehmen; so fürchteten sie in dem gegenwärtigen Falle für Mainz, das doch durch seine Entfernung und seine Besatzung hinlänglich gesichert war."[7])

Aus Wien kam ein Bevollmächtigter nach dem andern, um im preußischen Hauptquartier zu entschlossenerem Vorgehen aufzumuntern und dem frondierenden Wurmser „den Kopf zu waschen", aber weder nach der einen noch der anderen

---

[1]) Laukhard, III, 510.

[2]) Grawert, 83.

[3]) General Moreaux, nicht zu verwechseln mit Viktor Moreau, dem Sieger von Hohenlinden.

[4]) Grawert, 99.

[5]) (Valentini) Erinnerungen eines alten Offiziers, 43.

[6]) Preuß. St.-Archiv. Lucchesini an das Ministerium, 15. Sept. 93.

[7]) Valentini, 45.

Seite wurde etwas ausgerichtet. Das Feilschen um die Beute, noch ehe dieselbe erfochten war, dauerte fort, und je deutlicher sich herausstellte, daß Oesterreich mit einer Abrundung Flanderns nicht vorlieb nehme, sondern auch das Elsaß und ein Stück von Polen für sich haben wolle, desto weniger geneigt war man auf preußischer Seite, zu größeren militärischen Unternehmungen die Hand zu bieten. Ja, bald sollte eine noch entscheidendere Schwenkung der preußischen Kriegführung eintreten. Vier Tage nach dem Treffen bei Pirmasens eröffnete Friedrich Wilhelm dem Herzog von Braunschweig, er sehe sich bedauerlicherweise gezwungen, auf kurze Zeit die Armee zu verlassen, um sich zur Sicherung der eigenen Grenzen in die neue Provinz Südpreußen zu begeben; der unbeschränkte Oberbefehl über die preußische Armee und die damit verbundenen Truppenabteilungen sollte fortan dem Herzog zustehen.

Wie ein Blitzstrahl die dunkle Landschaft mit grellem Licht übergießt, so wurde durch die Abreise des Königs die politische Lage mit einemmal aufgeklärt. Ein diplomatischer Agent des Wohlfahrtsausschusses schilderte den Eindruck dieser Katastrophe folgendermaßen: „Der Mangel an Einvernehmen zwischen den Armeen des Königs und des Kaisers liegt jetzt offen zu Tage. Alle Welt ist überzeugt, daß der König niemals mehr an unsere Grenze zurückkehren wird; man spricht offen davon, daß er sich bei der ersten Gelegenheit vom Kriege zurückziehen wird; man zweifelt auch nicht daran, daß der Herzog von Braunschweig ein erklärter Gegner des Krieges mit Frankreich ist.“[1]) In Bezug auf die persönliche Stimmung des Königs hatte der Berichterstatter Unrecht, im allgemeinen hatte er richtig beobachtet. Es hatte Lucchesini schon große Mühe gekostet, den König zur Abreise zu bewegen. „Seine Majestät erklärten zugleich, er hoffe auf eine rasche, glückliche Lösung im Osten, um dann hierher zurückzukehren und persönlich entweder dem Feldzug einen glücklichen Abschluß zu geben oder sogar einen dritten Feldzug zu eröffnen.“ Kaum hatte Lucchesini den König verlassen, wurde er wieder zurückgerufen. Er habe sich anders besonnen, rief der König in erregter Stimmung, er wolle lieber hier bleiben, denn es könnte seinen guten Ruf schädigen, wenn er am Vorabend eines entscheidenden Waffenganges die Armee verließe. Erst nach langem Hin und Her vermochte Lucchesini durchzusetzen, daß wenigstens in den Hauptzügen der frühere Beschluß zur Ausführung kam; um zu verhüten, daß der Monarch noch einmal rückfällig werde, entwarf der Minister noch am nämlichen Tage ein Schreiben an die Zarin, das die Abreise des Königs nach Polen ankündigte. „Die unerwartete Wendung, welche die Verhandlungen in Grodno genommen haben, nötigen mich, persönlich nach dem Rechten zu schauen und die Hindernisse zu überwinden, welche die Mißgunst der Polen unseren Absichten entgegensetzen. ... Diese Widerspenstigkeit ist nichts anderes als ein Schachzug der Jakobiner, die ja in Polen so zahlreichen Anhang haben.“[2])

Die Besetzung der von Preußen und Rußland beanspruchten polnischen Gebiete war, wie erwähnt, ohne namhaften Widerstand erfolgt; am 7. Mai hatte der Delegierte der neuen Provinz Südpreußen, v. Zimiecki, vor den Vertretern

[1]) Bonnal, 306.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Lucchesini an das Ministerium, 19. Sept 1793.

des Königs von Preußen, Möllendorff und Danckelmann, die Erklärung abgegeben: Die polnische Nation, die Jahrhunderte lang sich ihre Gesetze selbst gegeben und ihre Könige nicht selten aus ihrer Mitte gewählt hat, opfert dem neuen Landesherrn ohne Murren, ohne Widerstand ihr kostbarstes Kleinod, die Freiheit, und gelobt ihm Treue und Gehorsam.[1]) Allein die Schwierigkeiten begannen mit dem Versuche, die Zustimmung des polnischen Reichstags zu erlangen. Um für Rußland die Anerkennung der vollzogenen Thatsache zu erwirken, genügte schon die Drohung, eine Weigerung als Kriegserklärung anzusehen; am 22. Juli genehmigte der Reichstag zu Grodno, daß Rußland zur Entschädigung für die im Interesse der Republik bestrittenen Ausgaben die oben genannten Woiwodschaften sich aneigne. Dagegen war der Haß gegen den angeblich treulosen Bundesgenossen Preußen so mächtig aufgewachsen, daß es der lebhaftesten diplomatischen Anstrengungen bedurfte, um einen ähnlichen „Freundschaftsvertrag" auch für Preußen durchzusetzen. Ohne russische Unterstützung wäre es überhaupt nicht gelungen. „Ich bin hier," schrieb der preußische Gesandte Buchholz im August, „ohne Beistand Rußlands völlig isoliert, habe also alles mit dem russischen Gesandten und durch ihn bewirken müssen, denn der Name ‚Preuße' ist hier äußerst verhaßt, weil man uns die vorige und die jetzige Teilung Polens zur Last legt." Rußland versagte seine Hilfe nicht, ließ aber durchblicken, daß diese Hilfe eine Grenze habe, daß es die herrschende Stellung in Polen mit keinem Bundesgenossen teilen wolle. Noch zweideutiger verhielt sich der Wiener Hof in der polnischen Frage; trotz aller Bemühungen der preußischen Diplomatie war es nicht möglich, eine unverblümte Zustimmung Oesterreichs zu den Deklarationen der Teilungsmächte zu erlangen: daraus erklärt sich ja hauptsächlich die Unschlüssigkeit der preußischen Kriegführung an Maas und Rhein. In Berlin wurde befürchtet, daß der Wiener Hof nicht bloß den Widerstand der Polen ermutige, sondern auch in Petersburg feindselige Stimmung gegen Preußen schüre. Es kam zwar nicht zu offenem Bruch mit Rußland, allein er konnte nur dadurch vermieden werden, daß die preußische Diplomatie sich die von den Russen aufgezwungene demütigende Rolle widerstandslos gefallen ließ. Für die Festsetzung der Grenzen war auf dem Reichstag zu Grodno ausschließlich der russische Wille maßgebend; erst als von polnischer Seite der Antrag gestellt wurde, den ganzen Abtretungsvertrag unter die Bürgschaft Rußlands zu stellen, fand die schmähliche Nachgiebigkeit ein Ende. Sobald der Vertreter Preußens diesen Vorbehalt für unannehmbar erklärte, ging der russische Kollege williger auf die preußischen Wünsche ein, und nun wurde von beiden Mächten mit Hochdruck die letzte Entscheidung betrieben. Am 25. September genehmigte der polnische Reichstag in der berühmten „stummen" Sitzung den Vertrag, wodurch Südpreußen im Umfang von mehr als tausend Quadratmeilen und mit einer Bevölkerung von 1 000 000 Einwohnern an Preußen abgetreten wurde; die preußische Regierung verpflichtete sich, die polnischen Katholiken bei ihren bürgerlichen Rechten zu belassen und in der Ausübung ihres Gottesdienstes nicht zu stören.[2])

---

[1]) Brunn, Magazin, Jhgg. 1793, III, 19.

[2]) Ghillany, Diplomatisches Handbuch, I, 230. — Brunn, III, 167.

Um ebenso den widerstrebenden Polen, wie den verdächtigen Bundesgenossen vor Augen zu bringen, daß Preußen nicht länger um des Krieges mit Frankreich willen seine Erwerbung im Osten aufs Spiel setzen wolle, wurde die Abreise des Königs nach Posen ins Werk gesetzt. General Tauentzien sollte dem Prinzen von Koburg Ursache und Bedeutung dieses Schrittes erklären. Er denke nicht daran, den Kampf gegen die Revolution aufzugeben, ließ der König durch seinen Gesandten eröffnen, aber er dürfe einer „fremden Sache" nicht, wie bisher, seine Hauptkraft widmen, um so weniger, da er nur schlechten Dank von seinen Verbündeten geerntet habe; wenn fortan nur ein weniger zahlreiches preußisches Heer an der Seite der Oesterreicher fechte, so möge das Wiener Kabinett dafür nichts anderes verantwortlich machen, als die Haltung seines eigenen Vertreters in Grodno.

Am 29. September reiste der König ab, nachdem er noch am Gefecht bei Pirmasens teilgenommen hatte. Am 9. Oktober kam er in die erste südpreußische Stadt, nach Meseritz. Er konnte sich nun persönlich überzeugen, daß die Abtretung, wie viele Quadratmeilen sie auch umfaßte, nur ein zweifelhafter Gewinn war. Der größte Teil der neuen Provinz, erklärte v. Voß, sei nur als Wüstenei zu bezeichnen; von 245 „Städten" seien höchstens 10 dieses Namens würdig.[1] In den an Preußen angrenzenden Teilen überwog das deutsche Element; hier wurde die Einverleibung in den größten deutschen Staat nicht ungern gesehen, hier wurde der König mit aufrichtiger Freude aufgenommen. Die Stimmung in den polnischen Bezirken wird von dem schlesischen Minister v. Hoym folgendermaßen charakterisiert: „Der Adel ist fast bis auf die Raserey über die ihm bevorstehende Veränderung gebracht, dahingegen der Bürger und Bauer durchgängig den Augenblick segnet, in dem er dadurch von der Sklaverey und von dem Druck befreyet wird, unter welchem er zeither vergebens geseufzet hat."[2] Mit dieser Begründung hatte es seine Richtigkeit, aber weniger richtig war die Versicherung, daß deshalb Bürger und Bauer mit Freuden preußische Unterthanen geworden wären. Es fehlte beim Empfang des Königs in den polnischen Städten weder an pathetischen Willkommreden der Bürgermeister, noch an Blumen spendenden Festjungfrauen, allein die allgemeine Stimmung auch in den bürgerlichen Kreisen war mindestens frostig, und der neue Herr konnte sich nicht verhehlen, daß ungeheure Anstrengungen nötig sein würden, um den Widerwillen der Nation zu brechen und die Provinz in deutsches Kulturland umzuwandeln. Es wurde von einzelnen Politikern auch damals schon erkannt, welchen Vorteil in Zukunft einmal ein „Pufferstaat" wie Polen bringen könnte. „Wenn der russische Koloß," so klagt der unbekannte Verfasser einer Flugschrift, „über kurz oder lang unter seiner eigenen Größe erliegt, wenn er dann, da Polen nicht mehr der Schlagbaum ist zwischen uns und Rußland, *nicht* auf uns fällt, so werde ich mich freuen, zu viel gefürchtet zu haben."[3]

---

[1] Prumers, Das Jahr 1793; Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Organisation Südpreußens, 67.

[2] Ebenda, 3.

[3] Versuch eines Beweises, daß die Kaiserin von Rußland den Westfälischen Frieden weder garantieren könne, noch dürfe (1794) 23.

Für den Augenblick aber war durch den Vertrag vom 25. September und die Huldigung der Stände die polnische Frage gelöst. Damit wäre die Möglichkeit geboten gewesen, mit allen Kräften wieder in den Krieg mit Frankreich einzutreten, allein die Verstimmung, welche das Verhalten des Wiener Kabinetts in der polnischen Frage hervorgerufen hatte, war noch nicht gewichen, und Schritt für Schritt gewann diejenige Partei, die eine Fortsetzung des Krieges mit Frankreich für unnötig und unvorteilhaft ansah, in Berlin und im Hauptquartier festeren Boden. „Mit Ehren," so schrieb der Adjutant des Königs, v. Manstein, am 4. September an General Möllendorff, und seine Worte können förmlich als Programm der „Friedensfreunde" gelten, „aus dem kostspieligsten Krieg, den Preußen jemals geführt hat, sich herauswickeln, aus den neuen Provinzen möglichst großen Nutzen ziehen, die teils durch nötige Ausgaben, teils durch unsere Neigung, an allen europäischen Händeln teil zu nehmen, verursachten Lücken des Staatsschatzes wieder ausfüllen, die Armee vervollkommnen, ohne sie zu stark zu vermehren, die Verteidigung der neuen Grenzen ordnen, die Verbindung mit Rußland mehr und mehr befestigen, aber im stillen den Ehrgeiz unseres natürlichen Rivalen überwachen, ohne uns von den Launen der englischen Politik abhängig zu machen — nach diesen Gesichtspunkten wäre nach meiner Ansicht die glorreiche politische Laufbahn einzurichten, die unser König verfolgen soll."[1]) Manstein hatte, wenn wir seinem Gegner Massenbach glauben dürfen, den König auch deshalb von seiner Armee getrennt, um ihn desto ungestörter zu beherrschen und alles nach seinem Gutdünken zu leiten.[2]) Von Manstein kamen aus Rawa, Czenstochau und anderen sarmatischen Plätzen die Weisungen für die militärischen Bewegungen an Blies und Erbach. Nur keine überflüssigen Opfer! lautete die Losung. „Der Herzog selbst sagte mir," schreibt Wartensleben an Wallis, „wenn ich ein einziges Packpferd vor dem Feind verliere, wird der Oberst Manstein wie ein Adler schreien!"[3]) Doch auch der tonangebende Minister Lucchesini dachte nicht anders![4]) Auch ihm schien es an der Zeit zu sein, die engere Verbindung mit Oesterreich zu lösen und der preußischen Krone die Aktionsfreiheit zurückzugeben. Die Festung Saarlouis möge noch von den Preußen genommen werden, schrieb er an seine Kollegen (30. August), dann aber möge der König dem Wunsche aller wohlgesinnten Diener entsprechend den Feldzug beendigen und selbst mit dem größeren Teile der Armee den Kriegsschauplatz verlassen.[5]) „Es empfiehlt sich in der That, Saarlouis anzugreifen," erwidern die Minister, „schon damit die Armee wieder einmal aus der Trägheit gerissen werde, die ihr seit der Einnahme von Mainz

[1]) Häusser, I, 471.

[2]) Massenbach, I, 202.

[3]) Zeißberg, I, 358.

[4]) Wolfg. Menzel (Litteraturblatt, Jhgg. 1829, 22) sprach die Vermutung aus, für die Haltung der am Staatsruder stehenden Männer sei noch ein anderer Grund maßgebend gewesen: „Es scheint, daß auch die polnischen Domänen, die Friedrich Wilhelm II. so freigebig verschenkte, eine Lockspeise für manchen gewesen seien, der damals die polnische Teilung der französischen Angelegenheit vorzog." So beleidigender Verdacht müßte aber erst begründet werden.

[5]) Preuß. St.-Archiv. Lucchesini an das Ministerium, 30. August 1793.

zum Vorwurf gemacht wird; wenn der Wiener Hof die Teilnahme verweigert, so ist dies nur ein neuer Beweis der Unzuverlässigkeit unserer Bundesgenossen." Wenn England und das Reich die Mittel zur Fortsetzung des Krieges mit Frankreich bieten würden, wolle auch Preußen seine Hilfe vorerst nicht versagen, allein die fremden Höfe möchten sich „die große Wahrheit" einprägen, daß Preußens Rolle in diesem ganzen Krieg auf diejenige einer Hilfsmacht beschränkt sei, möchten sich auch mit dem Gedanken vertraut machen, daß Preußens Monarch nach Beendigung des gegenwärtigen Feldzugs sich gänzlich zurückziehen könnte, — „ein Hauptpunkt, der . . . aus tausend Gründen das Ziel unserer heissesten Wünsche bildet!"[1]) Die Nachricht, daß der König die Rückkehr an den Rhein, ja einen neuen Feldzug beabsichtige, versetzte die Minister in „Bestürzung". „Wie immer man sich wenden mag: die Fortsetzung des Krieges wäre für Preußen ein unentrinnbares Labyrinth; deshalb haben wir ja die polnischen Angelegenheiten als glücklichen Vorwand (comme un prétexte heureux) ins Auge gefaßt! Doch der Zweck ist verfehlt, wenn der König darauf besteht, auf den Kampfplatz zurückzukehren und den wenigen Truppen, die er vom Rhein zurückzieht, eine neue militärische Bestimmung gibt."[2]) Lucchesini richtete an den König noch unmittelbar vor seiner Abreise ein Memorandum, das die „Treulosigkeit" der Wiener Politik in grellen Farben schilderte, angeblich auf Mitteilungen des „immer wahren, immer schamhaften, immer mißhandelten" kaiserlichen Gesandten Fürsten Reuß selbst sich stützend. „Nach meiner Ansicht, Sire, ist nicht mehr zweifelhaft, daß der Wiener Hof entschlossen ist, Ihnen von diesem Kriege nur die Kosten aufzubürden, die nichts zu thun haben mit dem Zweck, um dessentwillen er begonnen wurde. Es ist diesem Hofe nur daran gelegen, Ihre Kräfte aufzureiben und für sich selbst Eroberungen in Frankreich zu machen; dagegen ist er bereit, jede Regierungsform anzuerkennen, welche aus dem stürmischen Kampf der Parteien hervorgehen wird. Diese Aussicht, die durch kein Vorurteil dunkler gefärbt und nach den Aussagen jener österreichischen Diplomaten selbst entworfen ist, versetzt Ew. Majestät in eine Lage, in welcher Sie als Führer der Armee nichts mehr gewinnen, dagegen als König viel verlieren können!"[3])

Wenn die preußischen Staatsmänner trotz dieser Auffassung der Sachlage vorerst noch Bedenken trugen, eine entschiedene Annäherung an Frankreich zu empfehlen, so bewog dazu nur die Unsicherheit der Pariser Zustände. Nun sei auch Danton, schrieb Lucchesini am 12. September an die Minister, der große Danton, noch vor kurzem das Oberhaupt der herrschenden Partei, ein verlorener Mann; ehe noch ein Monat vergehe, werde auch er, wie schon so viele, das Blutgerüst besteigen. „Diese Unbeständigkeit der Volksgunst und dieser ewige Wechsel der Einflüsse machen es unmöglich, auch verlockenden Anerbietungen eines Parteihauptes irgend eine Bedeutung beizumessen."[4])

Von günstigem Erfolg der Unterhandlungen des ins preußische Hauptquartier entsandten Grafen Lehrbach konnte nicht die Rede sein, da es beiden Teilen an

[1]) Preuß. St.-Arch. Das preuß. Ministerium an Lucchesini, 5. Sept. 1793.
[2]) Ebenda. Das preuß. Ministerium an Lucchesini, 24. Sept. 1793.
[3]) Ebenda, Lucchesini an den König, 28. Sept. 1793.
[4]) Ebenda, Lucchesini an das Ministerium, 12. Sept. 1793.

gutem Willen, an Aufrichtigkeit und Offenheit fehlte. Das preußische Kabinett hatte dem Wiener Hof den bairischen Tausch gewährleistet und gab sich auch jetzt noch den Anschein, als wolle es jene Abtretung begünstigen; in Wahrheit ermutigte es den Herzog von Zweibrücken, gegen den geplanten Austausch zu operieren. Am 4. September schrieb Herzog Karl August aus Nymphenburg an Lucchesini, der Zweck seiner Sendung an den bairischen Hof sei erreicht, der Kurfürst habe versprochen, dem Tauschplane des Kaisers entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen, falls ihm ausreichender Schutz gewährt würde.[1]) Andrerseits hielt das Wiener Kabinett gegenüber Preußen und Rußland an dem Tauschplane fest; dagegen wurde dem englischen Gesandten die Zusage gegeben, daß der Kaiser gern eine Entschädigung in Flandern oder im Elsaß annehmen werde. Merkwürdig ist die in einem Berichte Lucchesinis an seine Kollegen auftauchende Mitteilung, er habe, um für die Unterhandlungen mit Lehrbach ausreichend dehnbaren Stoff zu gewinnen, die Säkularisation geistlicher Fürstentümer aufs Tapet gebracht — eine Frage, die wenige Jahre später für Deutschland so wichtige Bedeutung erlangen sollte.

Dieses diplomatische Spiel hinter den Kulissen muß berücksichtigt werden, um die ablehnende Haltung des Herzogs von Braunschweig gegenüber dem Vorwärtsdrängen Wurmsers richtig zu würdigen. Da die französische Rheinarmee sich hinter die Weißenburger Linien, eine von Vauban zur Deckung des Elsasses angelegte Schanzenkette,[2]) zurückgezogen hatte, schlug Wurmser vor, hier mit vereinten Kräften den Durchbruch zu versuchen und sodann die Franzosen aus dem Elsaß zu vertreiben.[3]) Als der Herzog zögerte, beschloß Wurmser, durch den desertierten französischen General d'Arlande auf die Wichtigkeit und Einnehmbarkeit der Bundenthaler Redouten aufmerksam gemacht, auf eigene Faust diesen Posten anzugreifen. Die Oesterreicher wurden aber — am 14. September, am nämlichen Tage, da die Preußen das glückliche Treffen bei Pirmasens lieferten, — mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Erst nachdem General Ferraris mit dem — für den Sommer (!) bestimmten — Operationsplan aus Wien eingetroffen und eine notdürftige Verständigung zu einheitlichem Zusammenwirken gelungen war, wurde zum Angriff auf die Rheinarmee geschritten. „Der König," schrieb Lucchesini am 21. September an die Minister, „hat den Wünschen des Wiener Hofes seinen Lieblingsplan, gegen Saarlouis vorzugehen, geopfert und dem Angriff auf die Weißenburger Linien zugestimmt."

Auf preußischer Seite beschränkte man sich im allgemeinen wieder auf kunstvolle Bewegungen und Aufstellungen. Wurmser dagegen schritt am 13. Oktober nochmals zum Angriff auf die Weißenburger Linien, und diesmal mit glänzendem Erfolg. Die französische Armee wurde nach tapferer Gegenwehr zurückgeworfen, Weißenburg fast ohne Blutvergießen eingenommen, auch der Geisberg besetzt. Nach schweren Verlusten zogen sich die Reste der geschlagenen Armee über Wörth und Hagenau unter die Mauern von Straßburg zurück.

[1]) Preuß. St.-Archiv. Lucchesini an das Ministerium, 6. Sept. 1793.

[2]) Remling, Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit, I, 381.

[3]) Lafft, Der Feldzug am Mittelrhein von Mitte August bis Ende Dezember 1793 (1881), 21.

Auch das bei Niedersteinbach den Preußen gegenüberstehende Corps räumte seine Stellung, worauf der Herzog bis Werdt vorrückte, so daß auch seine Aufgabe als gelöst gelten konnte. [1])

Nach dem Sieg bei Weißenburg strebte Wurmser noch entschiedener und offener die Eroberung des Elsasses an. Selbst ein geborener Elsässer, mit vielen angesehenen Familien verwandt und befreundet, war er des festen Glaubens, daß seine Landsleute ihn und die kaiserlichen Truppen mit offenen Armen aufnehmen würden. Der Empfang, der ihm in einzelnen Ortschaften, z. B. in Hagenau zu teil wurde, schien diese Annahme zu rechtfertigen. Doch nur ein Teil der Edelleute blickte mit ungeteilter Befriedigung auf die Niederlage der roten Mützen; auch Bürger und Bauern stimmten nur vereinzelt in das Vive le roi! der Condéschen Truppen ein; noch weniger wollten sie mit den verhaßten Rotmänteln fraternisieren. Von preußischer Seite wurden die Unternehmungen Wurmsers nur matt unterstützt. Nach der Einnahme der Weißenburger Linien traf der Herzog von Braunschweig mit Wurmser in Sulz zusammen. Die beiden Feldherren überboten sich mit Glückwünschen und Danksagungen, allein der Herzog wurde immer kühler, je dringlicher ihn der kaiserliche General bestürmte, zur Besetzung des Elsasses mitzuwirken und zunächst die Festungen Lichtenberg und Lützelstein zu belagern. Der Mangel an schwerem Geschütz, wendete der Herzog ein, verbiete die Erfüllung dieses Wunsches; auch habe er vom König gemessenen Befehl, über Wörth nicht hinauszugehen; zunächst müsse die Einnahme von Landau abgewartet werden. „Von den Preußen ist nichts zu hoffen!" schrieb Wurmser an Ferraris, „sie wollen einfach gar nichts thun!" Thugut war außer sich über das „wahrhaft unerhörte, empörende Verhalten Preußens," das die Franzosen ermutigen werde, ihre Streitkräfte wieder zu sammeln und mit überlegener Macht die Räumung des Elsasses zu erzwingen. „So wird die ganze Frucht des Feldzuges, der uns so viel Blut und Geld gekostet hat, wieder verloren gehen!" [2])

Ein gründlicher Kenner der elsässischen Verhältnisse hält für wahrscheinlich, daß durch eine zielbewußte Taktik zu Gunsten der Wiederherstellung des Königtums eine Gegenrevolution im Elsaß zu erwirken gewesen wäre. [3]) In Straßburg war wenigstens die Mehrheit der Bevölkerung königstreu. Neben der revolutionären Propaganda fehlte es nicht an feurigen Aufrufen zur Bekämpfung des Jakobinertums. „Man sagt," schrieb der ‚Straßburgische Bürgerfreund' im August 1793, „daß ihr ausmarschieren sollt gegen die Sklaven der Despoten, — seid aber nicht ihr in Wahrheit die Sklaven unserer Despoten?" [4]) Von einem bewußten Streben nach Wiedervereinigung mit Deutschland findet sich keine Spur; die Gegner der jakobinischen Republik wollten nur die Wiederherstellung der Monarchie und damit der alten Sonderstellung des Elsasses. Eine Erhebung zu Gunsten des Königtums wurde aber von Wurmser gar nicht begünstigt. Zwar

---

[1]) Lufft, 93.

[2]) Chuquet, VIII, 230. — Zeißberg, I, 329.

[3]) Strobel, Geschichte des Elsasses, fortgef. v. Engelhardt, VI, 221.

[4]) Heitz, La contrerévolution en Alsace de 1789 à 1793; Pièces et documents, 300.

wurden in den von den Oesterreichern durchzogenen Ortschaften die Freiheitsbäume gefällt und die revolutionären Abzeichen verboten, und für die unglückliche Königin, die am 16. Oktober das Schafott bestiegen hatte, mußten Trauergottesdienste abgehalten werden, aber gleichzeitig wurde die Aufnahme von Elsässern in Condésche Regimenter streng verboten.[1]) Die Anhänger der weißen Kokarde sahen ihre Hoffnungen getäuscht: der Führer der kaiserlichen Truppen führte zwar die Befreiung der königlichen Familie im Munde, war aber, daran war nicht mehr zu zweifeln, als Eroberer in ihr Land gekommen. Diese Wahrnehmung dämpfte den Eifer für eine Gegenrevolution, und wenn überhaupt in Straßburg die Absicht bestanden hatte, den Fremden die Stadt in die Hände zu spielen, so wurde sie jedenfalls wieder aufgegeben. Dagegen gab die Aufspürung von geheimen Beziehungen zum Landesfeind den Vertretern des Konvents, St. Just und Lebas, erwünschten Anlaß, im Elsaß ein Schreckensregiment aufzurichten, das an schonungsloser Strenge hinter dem Pariser Urbild nicht zurückstand. Die anmaßliche Gewalt des Jakobinerklubs wuchs ins Schrankenlose, und immer höher stieg der revolutionäre Wahnsinn. Weil Erwins Münster durch das Hinausragen über die anderen Gebäude aristokratischen Hochmut bezeuge, wurde dessen Abtragung gefordert, und nur der allzu hohen Kosten wegen unterblieb die ruchlose Posse. Obwohl auch die Gegner des Henkerregiments, wie erwähnt, nicht eine nationale Tendenz verfolgten, wurde die Bedrückung deutschen Wesens systematisch betrieben; sogar der deutschen Tracht wurde der Krieg erklärt; Straßburgs Bürgerinnen mußten, um keinen Zweifel an ihrer patriotischen Gesinnung aufkommen zu lassen, ihre Schneppenhauben opfern.[2]) Um die Stadt von „Verrätern" zu säubern, wurden zahlreiche Anhänger der royalistischen und der gemäßigt republikanischen Richtung dem Fallbeil überliefert. Der Exmönch und Exprofessor Eulogius Schneider zog als „öffentlicher Ankläger" mit Gendarmen und einer Guillotine im Elsaß umher. Durch feurige Ansprachen suchte er in Stadt und Land „patriotische" Begeisterung anzufachen und die Annahme der verhaßten Assignate zu empfehlen; einige dreißig Elsässer ließ er „wegen aristokratischer Aufführung" oder „gegenrevolutionärer Kunstgriffe" oder „weil sie sich über die Ankunft der Alliierten gefreut hatten," hinrichten.[3]) Trotzdem blieb er als Deutscher und als Exmönch, der sich früher sogar über den Konvent ein freimütiges Wort erlaubt hatte, des Verrats verdächtig. „Um ein Beispiel der Empfindsamkeit des Bürgertums und des Mutes zu geben" und sein Priestertum gänzlich von sich abzustreifen, verheiratete er sich mit einer „Bürgerin" aus Barr, — umsonst! Angeblich weil er durch „fürstlichen Aufzug" in einem sechsspännigen Wagen in Straßburg die Sitten der Revolution verletzt habe, wurde er verhaftet, nach Paris geschleppt und hingerichtet.

---

[1]) Chuquet, VIII, 228.

[2]) K. Mendelssohn-Bartholdy, Eul. Schneider und die Revolution im Elsaß; Preuß. Jahrbücher, Jhgg. 1871, 28. Bd., 63. — Wegele, Eul. Schneider; Sybels Histor. Zeitschr., Jhgg. 1877, 37. Bd., 285.

[3]) C. W. Faber, Eul. Schneider, der öffentliche Ankläger beim Revolutionsgericht zu Straßburg (1886), 48.

Einen Handstreich gegen Straßburg wagte Wurmser nicht; zu regelrechter Belagerung mangelte es ihm an Geschützen. Trotzdem blieb er bei Straßburg stehen, weigerte sich auch, der Bitte des Herzogs Ferdinand entsprechend ein Hilfscorps zur Belagerung von Landau abzugeben, während der Herzog sich ebenso ablehnend gegen jede Unterstützung der Operationen im Elsaß verhielt. Die natürliche Folge war das Mißlingen der beiden Unternehmungen.

Die Rhein- und die Moselarmee der Franzosen hatten im September neue Führer erhalten. Ihnen oblag die schwere Aufgabe, die durch die letzten Schlappen entmutigten, zuchtlosen Banden, die Reste der bei Pirmasens und Weißenburg geschlagenen Armeen, und die schlecht bewaffneten, ungeübten neuen Aufgebote in einheitliche, widerstandskräftige, schlagfertige Truppenkörper zu verwandeln. An die Spitze der Moselarmee trat der fünfundzwanzigjährige Hoche. Der Sohn eines Hundewärters, war er bei Ausbruch der Revolution noch Unteroffizier gewesen, war dann auf Marats Empfehlung Offizier geworden und hatte sich in den Pariser Straßenkämpfen durch schneidiges Auftreten und in den Feldzügen in der Champagne und in Belgien durch Scharfblick und Geistesgegenwart hervorgethan; vor allem empfahl ihn dem Wohlfahrtsausschuß eine unanfechtbare „Gesinnungstüchtigkeit". So erklärt sich das Wagnis, daß dem jugendlichen Offizier die Oberleitung einer Armee anvertraut wurde. Auch das volle Vertrauen der Soldaten kam ihm entgegen; war er doch, wie ein Soldat in eine Zeitung schrieb, „jung wie die Revolution und kräftig wie das Volk! . . . Sein Blick ist scharf und durchdringend wie der eines Adlers: Hoffen wir, meine Freunde! er wird uns führen, wie Franzosen geführt sein müssen!" [1]) Natürlich fehlte es ihm an den nötigsten Kenntnissen; er war roh und ungebildet; trotzdem waren die Deutschen für ihn nur verachtete Barbarenhorden. „Ich schlage dir vor," schrieb er einmal an den Herzog von Braunschweig gelegentlich einer Auslieferung von Gefangenen. Aber Hoche war ein geborener Soldat und ein geborener Heerführer; die Uebung von wenigen Monaten ersetzte ihm eine langjährige Erfahrung. Die wichtigsten Sätze der Strategie gehen ja wenig über die Eingebungen des gesunden Menschenverstandes hinaus, so daß sie Moltke gar nicht als Wissenschaft gelten lassen wollte; die schwere Aufgabe besteht nur darin, diese anspruchslosen Erfahrungssätze korrekt und taktvoll anzuwenden, die in jedem Augenblick wechselnde Lage rasch aufzufassen und danach das Einfachste und Natürlichste fest und umsichtig auszuführen. Darin liegt das Geheimnis, daß die ungebildeten, unerfahrenen Revolutionsgenerale sich nicht bloß im Felde behaupteten, sondern sogar dank ihrer unerschrockenen Offensive ungeheure Erfolge davontrugen.

Pichegru war wenig älter als sein Kamerad, von ebenso niedriger Geburt, aber in einer Militärschule herangebildet und mit tüchtigen Kenntnissen ausgestattet. Obwohl auch ihm bisher die Gelegenheit zu wichtigeren Leistungen gemangelt hatte, wurde er um seines schneidigen Auftretens und um seiner schwärmerischen Anhänglichkeit an die Republik willen zum Führer der Rheinarmee ausersehen. Freilich war diese Ernennung angesichts des Zustandes der

[1]) Chuquet, IX, 59.

geschlagenen Truppen kaum als ein Beweis von Gunst anzusehen. Bald aber trat zu Tage, daß der Mann, dem ebenso die finstere Entschlossenheit Luzifers, wie die gewinnende Anmut Abadonnahs zu Gebote stand, ein hervorragendes militärisches Talent war, dabei gewandter und vorsichtiger, als sein jüngerer Kollege. Bald war er der Liebling seiner Leute, und ob seiner Unbescholtenheit und Menschlichkeit auch vom Feinde geachtet; der deutsche Geschichtschreiber Schlosser kennzeichnet ihn mit dem Wort Virgils:

„. . . justissimus unus,
Qui fuit in Teucris et servantissimus aequi." [1])

Seit am 24. August der Konvent den Beschluß gefaßt hatte, daß die Verfassung außer Wirksamkeit zu setzen sei, bis Frankreich seine volle Unabhängigkeit errungen habe, herrschte der Schrecken, d. h. Robespierre mit seinen Jasagern im Wohlfahrtsausschuß. Nur zum Schein beachteten sie noch einige, den Namen Gesetze nicht verdienende Formeln; in Wahrheit hatten sie unbeschränkte Gewalt über Leben und Tod aller Bürger und waren dadurch des gehorsamsten und schnellsten Vollzuges aller Befehle sicher. Wie unheilvoll diese Wandlung den Charakter der Revolution schädigte: zur Verteidigung gegen das Ausland war sie eine starke Stütze. Um die Republik vor inneren und äußeren Feinden zu schützen, wurden alle Kräfte der Nation aufs äußerste angespannt. Die im achtzehnten Jahrhundert zur Herrschaft gelangte Aufklärung hatte die Menschheit vom Kriege abziehen wollen; jetzt wurde noch an der Wende des Säkulums der Militarismus ins Leben gerufen und ein Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht und der Massenheere in Europa eröffnet. Um die Fremden vom vaterländischen Boden abzuhalten, fügte sich das französische Volk den willkürlichsten Geboten mit blindem Gehorsam und grenzenloser Hingebung. Alle Waffenfähigen, alles Geld, alle Lebensmittel wurden für den heiligen Zweck aufgeboten. Die Techniker bemühten sich, die Mittel zur Kriegführung zu vervollkommnen; die Künste verherrlichten nur noch den Krieg; patriotische Lieder und feurige Ansprachen weckten in der Jugend in Waffen wunderbaren Opfermut, wenn sie auch Schulung und Erfahrung nicht ersetzen konnten.

Hoche und Pichegru, selbst vor kurzem aus der wimmelnden Masse hervorgegangen, kannten die Vorzüge und die Schwächen ihrer Leute und wußten jene auszunützen, diese nach Kräften unschädlich zu machen. Durch eine neue Organisation, welche die Linientruppen und Nationalgarden zu sogenannten Halbbrigaden vereinigte, wurde eine Hebung der Disziplin angebahnt. Die Aufstellung in Kolonnen verlieh dem französischen Heere eine Beweglichkeit, welche die Fridericianische Lineartaktik nicht gestattete, und das Schnellfeuer der behenden Schützenschwärme und die wuchtigen Bajonettangriffe der französischen Grenadiere brachten häufig auch die wohlgeschulten, zuchtgewohnten deutschen Heere in Verwirrung. Die Sansculotten — so schilderte ein sächsischer Offizier voll Unmuts über die Mißerfolge der deutschen Waffen den Gegensatz der kriegführenden Parteien — „schwelgend in fremdem Fett, mit Ueberfluß und

[1]) Schlosser, Geschichte des 18. Jahrhunderts, V, 621.

Ueppigkeit vertraut, im Rücken von der Guillotine bedroht, im Hintergrund von neuem Plünderungsstoff angezogen," ... „die Deutschen, ein Spiel der Zwietracht von hundert verschiedenen Köpfen und Sinnen, elend genährt und gekleidet, oft verraten durch die eigenen Landsleute, die in jenen die heilbringenden Erlöser erblickten ... Jene fochten hart am eigenen Herd und, bis zum Wahnwitz aufgeregt, für die Ideale ihres Wahnes, wir nüchtern und unbegeistert in der Fremde, für das verlorene falsche Spiel des Adels und der Hierarchie." [1])

Die neue Fechtweise des Fußvolks in aufgelösten Ketten entsprach dem französischen Naturell. Einer von den Uebermenschen der revolutionären Camarilla, Guiter, erklärte geradezu, Taktik und Befestigungskunst seien nur für Feiglinge notwendig, die einzige der Franzosen würdige Art der Kriegführung sei der Angriff mit blanker Waffe. Der Ungestüm der Franzosen wirkte anfänglich auf die Deutschen so verblüffend, daß sie, wie schon erwähnt, den Verdacht hegten, daß ihren Gegnern vor dem Kampfe aufreizendes Gift gereicht werde. Wie es bei den aus der Erde gestampften Armeen nicht anders möglich war, stand die französische Reiterei der preußischen wie der österreichischen nach, dagegen brachte die treffliche Ausbildung der Geschützwaffe den republikanischen Armeen unermeßlichen Vorteil; nicht minder nützlich erwies sich die sorgliche Ausstattung der Abteilungen für das Kriegsbauwesen.[2]) Wie sehr eine einheitliche Regelung aller Pläne und Bewegungen dem Interesse der neuen Obergenerale entsprochen hätte, so ließ doch die Verschiedenheit des Temperaments eine aufrichtige Verständigung nicht immer zu stande kommen. Die Folge solcher Uneinigkeit war der Verlust von Fort Louis an Wurmser, und die Strafe für das allzu hastige Draufgehen Hoches die Niederlage bei Kaiserslautern (28. und 30. November). Am Vorabend des ersten Schlachttages schrieb Hoche frohlockend: „Ich halte jetzt den Feind an der Gurgel, morgen erdrossele ich ihn!" Die Franzosen waren an Zahl überlegen, dafür hatten die Preußen und Sachsen den Vorteil einer günstigeren Stellung. Drei Tage wurde um die Schanzen von Moorlautern und auf dem Galgenberg mit wechselndem Erfolg gefochten; am dritten Tage zogen sich die Franzosen nach schweren Verlusten in guter Ordnung über die Lauter zurück. Der Herzog von Braunschweig begnügte sich mit der Behauptung der Walstatt, ohne den Erfolg weiter auszubeuten, eine Lässigkeit, die ihm bitteren Tadel zuzog.[3]) „Der Herzog," sagt ein Kritiker, „hat immer vergessen, das Tüpfelchen auf das i zu setzen, hat sich immer begnügt, den Streich zu parieren, aber niemals einen dreisten Nachhieb gewagt!" Chuquet hat jedoch nachgewiesen, daß eine Verfolgung, da Hoche auch nach seiner Niederlage über eine überlegene Streitmacht verfügte, leicht den Sieger selbst in gefährliche Lage gebracht hätte.[4]) Dazu kam für den Herzog noch die Ungewißheit, ob eine kräftige Angriffsbewegung den politischen Plänen der preußischen Regierung entsprach.

---

[1]) Schilling, Bagatellen aus dem zweiten Feldzuge am Mittelrhein, 35.

[2]) Briefe über den Feldzug von 1794, von einem Offizier der Armee am Rhein (1795), 12.

[3]) Remling, I, 414.

[4]) Chuquet, IX, 89.

In den Briefen Manfteins war zwar die Anficht ausgefprochen, man werde wohl um der Ehre des Staates willen „auch in künftiger Campagne mit aller vigueur cooperieren", aber nur dann, wenn es nicht mehr auf Koften Preußens zu gefchehen brauche.

Da begreift es fich leicht, daß der Herzog einer abwartenden Haltung in geficherter Stellung den Vorzug gab. Wenn er trotzdem in der Nacht vom 15. auf 16. November gegen die Bergfeftung Bitfch einen Handftreich wagte, fo gefchah es vermutlich, weil er über diefen Platz zur Sicherung feiner Winterquartiere verfügen wollte.[1]) Es gelang den Preußen, in der Citadelle bis zur Zugbrücke des vorletzten Thores vorzudringen; hier ftaute aber der Angriff zurück, und da bei Tagesanbruch die Stürmenden ein ficherer Untergang erwartet hätte, ordnete der Herzog den Rückzug an.[2]) Nun hoffte er, wenigftens mit der Einnahme von Landau dem Feldzug einen befriedigenden Abfchluß zu geben.[3]) Landau war fchon im Auguft nach dem Abzug Wurmfers in das Elfaß von 6000 Preußen unter dem Oberbefehl des Kronprinzen, fpäter des Generals Knobelsdorff, eingefchloffen worden.[4]) Der von Wurmfer empfohlene Plan des pfälzifchen Ingenieurs Traitteur, die Stadt durch Aufrichtung eines Dammes an der Queich[5]) unter Waffer zu fetzen, war abgelehnt worden; von Wurmfers Rat, durch eine Befchießung in größtem Maßftab die Uebergabe zu erzwingen, konnte nicht Gebrauch gemacht werden, weil es an Gefchützen fehlte. Erft am 28. Oktober wurde das Bombardement eröffnet. Die Gefchoffe richteten große Verheerung in der Stadt an, dagegen nahmen die Feftungswerke, Vaubans

---

[1]) So wird die „imprudente attaque" von Gouvion St. Cyr erklärt (Mémoires sur les campagnes des armées du Rhin et de Rhin-et-Moselle de 1792 jusqu'à la paix de Campo Formio [1829], I, 150.)

[2]) Plan der Bergfeftung Bitfch, nebft einer kurzen Darftellung des nächtlichen Sturmes auf diefelbe (1794), 8.

[3]) „Landau, noble fleuron arraché à la couronne de France! Trop belle fille d'Alsace, qui languit dérobée à l'Alsace! Landau, témoignage toujours vivant de nos revers de 1815, triste et continuel écho des humiliations du lendemain de Waterloo! . . . Que notre France fasse seulement un pas en avant, et l'enfant proscrite se retrouvera dans sa famille!" (Lévrault, Landau, étude historique [1859], avantpropos). Mag auch ein folches Intermezzo nicht hierher paffen, kann ich mich doch nicht enthalten, der Klage des franzöfifchen Chauviniften aus den Tagen von Magenta und Solferino das Wort des deutfch-amerikanifchen Dichters Konrad Krez, eines geborenen Landauers, aus dem Jahre 1871 gegenüberzuftellen:

. . . „Und es erfchien der Tag, der
unfere Hoffnung erfüllte:
Einig, glücklich und groß fteht
Deutfchland da, und es netzt nicht
Länger der Rhein franzöfifchen Grund,
und weit von der Grenze
Liegt jetzt Landau" . . .

[4]) Birnbaum (während der Belagerung felbft in Landau), Gefchichte der Stadt und Bundesfeftung Landau (1830), 349.

[5]) „Landau, die franzöfifche Feftung, kann durch Inundation mit wenig Koften in kurzer Zeit eingenommen werden," von J. A. Edlen von Traitteur, professeur du génie auf der Univerfität zu Heidelberg (1793), 6.

Meisterschöpfung, nur geringen Schaden.[1]) Die Preußen stellten deshalb am fünften Tage das Feuer wieder ein und begnügten sich mit der Blockade; der Hunger sollte die Belagerten zur Uebergabe zwingen. In der Stadt selbst waren Zwistigkeiten und Händel an der Tagesordnung; Leiter der Verteidigung war nicht so fast der tapfere, aber ängstliche und unbeständige Kommandant der Besatzung, Laubadère, sondern der ehrsüchtige und ränkevolle, aber auch entschlossene und unerschrockene Konventskommissär Dentzel, ein geborener Pfälzer, der die ganze Bürgerschaft und vor allem den Jakobinerklub für sich hatte.[2]) Die Vertreter von Armee und Regierung bezichtigten sich gegenseitig verräterischer Absichten; wiederholt kam es zu Aufständen und Gewaltthaten; bei der dadurch eingerissenen Verwirrung hätte ein ernster Angriff verderblich werden müssen. Als auch die Lebensmittel auf die Neige gingen, legte Knobelsdorff durch Briefe und Ueberläufer bald dem Kommandanten, bald dem „König von Landau" die Fruchtlosigkeit längeren Widerstands nahe, doch in opferwilligem Patriotismus waren die streitenden Parteien einig. Die Soldaten sangen die Marseillaise, die Bürger ein weniger stürmisches Trutzlied:

„. . . Kronprinz von Preußen, was bild'st du dir ein,
Daß du Landau, die Festung, willst nehmen ein?
Warte nur kurze Zeit, wie's dir wird ergehen,
Wenn all deine Soldaten wirst draufgehen sehen!" . . .

Dentzel gab seinem ehemaligen Studiengenossen Laukhard, der ihn an die Pflichten gegen sein deutsches Vaterland erinnern sollte, eine abweisende Antwort und Laubadère erklärte, als Anwalt der Menschheit gegen unmenschliche Tyrannen habe er nicht bloß Hoffnung, sondern auch allein das Recht auf Sieg.

Auch erwies sich Knobelsdorffs Behauptung, daß auf Entsatz nicht mehr gerechnet werden dürfe, als Täuschung. Noch vor der Jahreswende war Landau befreit.[3])

Fast gleichzeitig mit dem Angriff der Moselarmee auf die Preußen bei Kaiserslautern unternahm Pichegru einen Vorstoß gegen die bei Hagenau verschanzten Oesterreicher, doch nicht mit besserem Glück: der erste Versuch, die Verbündeten aus ihren linksrheinischen Stellungen zu verdrängen, war mißlungen.

Dagegen erfolgte ein rascher Umschwung, als sich nach Hoche's Vorschlag die beiden Armeen zur Räumung des Elsasses vereinigten. Vergebens erbat sich Wurmser, dessen Truppen durch tägliche Gefechte erschöpft und gelichtet waren, Unterstützung vom Herzog von Braunschweig; von preußischer Seite wurde darauf gedrungen, daß die Oesterreicher den verhängnisvollen Plan, im Interesse politischer Absichten im Elsaß zu bleiben, aufgeben und sich der preußischen Aufstellung nähern möchten.[4]) Als der Herzog angesichts der Vereinigung der französischen Streitkräfte endlich doch zur Sicherung des rechten

[1]) Jost, Interessante Daten aus der Geschichte der Stadt Landau (1879), 35.
[2]) Zeitler, Die Belagerung Landaus im Jahre 1793; Landavia, Jhgg. 1894, 25.
[3]) Ueber das Schicksal Dentzels und seiner Widersacher, s. Chuquet, IX, 217.
[4]) Chuquet, IX, 151.

Flügels der Kaiserlichen eine Schwenkung gegen Lembach machte, war es zu spät. Am 22. Dezember griff Hoche, der sich mit seinem Kopf für das Gelingen seines Planes verbürgt hatte, die Schanzen bei Fröschweiler, den Schlüssel der feindlichen Stellung, an. Landau ou la mort! war das Feldgeschrei der Stürmenden. Nicht bloß der hier kommandierende General Hotze mußte sich zurückziehen, sondern auch Wurmser gab seine berühmten dreistöckigen Schanzwerke auf, um hinter die Sauer zurückzugehen und die Höhen bei Weißenburg zu besetzen. Fast wäre es bei diesem halben Erfolg geblieben, da Pichegru, von eifersüchtigen Wallungen beeinflußt, den waghalsigen Kollegen nicht so kräftig und rückhaltslos unterstützte, wie es zum Gelingen des Planes erforderlich war. Doch als Hoche an die Konventskommissäre die Bitte richtete, sie möchten, da ihm nur am Vaterland, nicht an seiner Person gelegen sei, an Pichegru den Oberbefehl übertragen, wurde von den Volksvertretern nicht Pichegru, sondern Hoche die Leitung übertragen. Durch den glänzenden Sieg am Geisberg südlich von Weißenburg am 26. Dezember rechtfertigte der „Liebhaber des Bajonetts" das in ihn gesetzte Vertrauen. „Der Säbel ist unser Freund," hatte Hoche vor dem Treffen zu seinen Leuten gesagt, „das Bajonett unsere Liebste!" Der elementaren Wucht des Angriffs konnte die Doppellinie der Kaiserlichen nicht widerstehen. Die Stürmenden hatten unter dem mörderischen Feuer der feindlichen Batterien Schluchten und Bäche, Gräben und Hecken zu überschreiten, aber die Marseillaise singend, überwanden sie alle Hindernisse, nach dem Wort eines Augenzeugen, wie von einem Wirbelwind auf die Höhe getragen.[1]) In wilder Flucht warfen sich die Kaiserlichen auf Weißenburg; da sie hier von der vorausgeeilten französischen Reiterei empfangen wurden, wären sie aufgerieben worden, wenn nicht die Preußen Rettung gebracht hätten. Durch den Kanonendonner aufmerksam gemacht und von ihm geleitet, stieß der Herzog von Braunschweig auf die zurückflutenden Oesterreicher; mit scharfem Blick erkannte er, mit jugendlichem Feuer vollbrachte er, was not that; es gelang ihm, die Fliehenden zu sammeln und zu ordnen; er selbst stellte sich an ihre Spitze. „Zum Teufel Wurmser, es lebe der Herzog von Braunschweig!" erscholl es aus den Reihen der Oesterreicher, und in bester Ordnung, allen Angriffen die Spitze bietend, zogen sie sich hinter die Lauter zurück.

Trotzdem stand fest: nicht bloß die Schlacht, sondern der ganze Feldzug war verloren. In den nächsten Tagen ging die österreichische Armee bei Philippsburg über den Rhein zurück; das kurz vorher genommene Fort Louis wurde aufgegeben und in die Luft gesprengt; die Blockade von Landau mußte abgebrochen werden; die preußischen Truppen räumten die ganze Pfalz und bezogen bei Oppenheim Winterquartiere.

Ebenso glücklich waren die republikanischen Armeen auf den anderen Kriegsschauplätzen. Die Nordarmee unter Houchard nötigte durch siegreiche Gefechte bei Hondschoote vom 6. bis 8. September den Herzog von York zum Abbruch der Belagerung von Dünkirchen. Der Prinz von Koburg wurde durch den Sieg Jourdans bei Wattignies am 15. und 16. Oktober zum Rückzug über

[1]) Chuquet, IX, 486.

die Sambre genötigt. Auch im Süden gelang ein Hauptschlag: das abtrünnige, von den Engländern unterstützte Toulon wurde am 19. Dezember von den Konventstruppen eingenommen. Während Hoche, in dem die Revolution gewissermaßen verkörpert war, die Republik durch den Sieg am Geisberg rettete, fiel in die nämlichen Tage schon die erste Waffenthat des Mannes, der dazu berufen war, über die Revolution zu obsiegen, die Franzosen durch den Glanz seiner Persönlichkeit auf Freiheit und Gleichheit vergessen zu machen und eine neue Staatsgewalt, seine eigene, aufzurichten: Napoleon Bonaparte. —

Wie im vorigen Jahre nach dem Rückzug aus der Champagne wurden die verschiedenartigsten Klagen und Anklagen laut. Wurmser warf den Preußen vor, daß ihr übereiltes Zurückweichen auch ihn zum Rückzug über den Rhein genötigt habe; der Herzog von Braunschweig hielt die Schilderung des trostlosen Zustandes der kaiserlichen Armee für eine Fabel. „Wir gaben," sagt Massenbach, „der österreichischen Armee schuld, was eigentlich nur die Schuld des Wiener Kabinetts und desjenigen Mannes war, der an der Spitze einer Eskadron Wunder der Tapferkeit gethan, den aber die Natur nicht zum Feldherrn gestempelt hatte. Und wenn wir aufrichtig sein wollen, so müssen wir gestehen, daß wir selbst des Krieges herzlich müde waren und aus dem schlimmen Handel heraustreten wollten." [1] —

Seit dem 22. Juli 1793 war Kurfürst Friedrich Karl wieder Herr von Mainz. Stadt und Umgebung boten nach der Kapitulation ein trauriges Bild. Im Weichbild waren viele Kirchen und öffentlichen Gebäude zerstört; ganze Quartiere lagen in Asche; die vor der Stadt gelegenen Lustschlösser waren nur noch schwarze Brandstätten, die Waldungen weithin niedergeschlagen, die Felder und Weinberge zerstampft. [2] Die Schuld an diesem Unheil lastete nach der Meinung der zurückgekehrten Flüchtlinge ausschließlich auf den Klubisten. So begann denn unmittelbar nach dem Abzug der Franzosen die Verfolgung. Goethes Erzählung läßt deutlich erkennen, daß er in diesen Gewaltthaten eine unwürdige Rache erblickte. [3] Es ist jedoch eine Uebertreibung, wenn andere Berichterstatter von „weißem Schrecken" in Mainz sprachen) [4]; von der unter Vorsitz des Hofkanzlers v. Albini eingesetzten Kommission wurde nicht ein einziges Bluturteil gefällt; ziemlich viele, namentlich die „Komitisten", die Mitglieder des republikanischen Comité de surveillance, wurden mit Einziehung ihres Vermögens und Einkerkerung bestraft, doch mußten die meisten bald darauf im Austausch gegen gefangene pfälzische Edelleute und Beamte wieder freigelassen werden. [5] Wie in Mainz, so wurden auch in allen anderen durch die preußischen und österreichischen Bajonette befreiten Gebieten die Freiheitsbäume unter beschimpfenden Förmlichkeiten beseitigt, die verjagten Beamten wieder eingesetzt, die Franzosen- und Freiheitsfreunde streng bestraft.

---

[1] Massenbach, Memoiren, I, 238.

[2] Franz Jos. Meyer, Mainz nach der Wiedereinnahme durch die verbündeten Deutschen im Sommer 1793 (1793), 7.

[3] Goethe, 475.

[4] Franz Joh. Meyer, Mainz nach der Wiedereinnahme, 32.

[5] Remling, I, 358.

Auch im übrigen Deutschland machte sich insbesondere seit dem Einfall Custine's eine Art „Gegenrevolution" bemerkbar.

Im deutschen Volke, wenigstens in den akademischen Kreisen, hatte es ja, wie schon dargelegt wurde, an einem gewissen Wohlwollen für die „Erhebung des Menschengeschlechts" nicht gefehlt. Im allgemeinen waren diese Sympathien gesunken, seitdem sich erkennen ließ, daß die Pariser Freiheit jeden Gegner der zur Herrschaft gelangten Partei vogelfrei mache und die Pariser Gleichheit nichts anderes als eine gegen Alle gleich schonungslose Tyrannei bedeute. Immerhin war auch nach Ausbruch des Krieges von patriotischer Begeisterung oder von loderndem Haß gegen die Gegner nicht die Rede. Wie kühl und teilnahmslos steht Schiller dem Zusammenstoß der germanischen und romanischen Welt gegenüber! „Man wird auf deutschem Boden kantonieren," schreibt er an Körner am 26. November 1792, „und wer weiß, ob es nicht die Franzosen auch dazu bringen; seitdem ich den Moniteur lese, habe ich mehr Erwartungen von diesen!" „Der fatale Krieg," schreibt er an Goeschen am 15. März 1793, „er wird uns Schriftsteller zwingen, nichts mehr als Zeitungen zu schreiben, Sie werden nächstens von mir hören, daß auch ich einen Postreuter herausgebe!" [1]) In den leitenden Kreisen war man über die Gleichgültigkeit der Bevölkerung ungehalten. Herr von Pellene, der Vertrauensmann des Grafen Mercy, wirft einmal die Frage auf, was zu thun wäre, um diese Schlaffheit zu heilen und „den gegenwärtigen Krieg in Deutschland und allen anderen Ländern zu einem nationalen zu machen?" Mercy verspricht sich von systematischer Einwirkung durch die Presse den besten Erfolg. „Man müßte zu diesem Ende gute Schriften für alle Klassen verbreiten; dazu gehörte ein zwischen allen Kabinetten kombinierter Plan." [2]) Es erschienen denn auch zahlreiche Schriften, die den Zweck verfolgten, das Volk über die Schändlichkeit und Schädlichkeit der Revolution zu belehren und alle Gutgesinnten zu gemeinsamem Kampf gegen die Feinde der gesellschaftlichen Ordnung aufzurufen. Dem „deutschen Landmann" wurde vor Augen geführt, daß er „nach der Einrichtung des heiligen römischen Reiches hundertmal freier sein kann, als selbst ein stolzes Mitglied des französischen Nationalkonvents;" [3]) der „deutsche Bürger" wurde darauf hingewiesen, wie viel Armut und Elend in Paris durch „die verkehrte Wirtschaftspolitik der hochzuverehrlichen Nationalkonvention" heraufbeschworen werde. [4]) Eine Spottschrift „Die rote Freiheitskappe" rechnet aus, daß die gegenwärtige elende Regierung die Franzosen weit mehr koste, als die königliche, und führt zur Kennzeichnung der revolutionären Raserei allerlei kindische Beispiele an: ein republikanisches Gericht habe einen Tierquäler freigesprochen, weil er nur eine weiße Katze getötet habe; eine patriotische Französin trage nur noch

[1]) Schillers Briefe, her. v. Jonas, III, 231, 302.

[2]) Bacourt, III, 432.

[3]) Gedanken über die Freyheit für den deutschen Landmann (1793). — Etwas zur Beherzigung für das deutsche Landvolk (s. d.).

[4]) An Teutschlands Bürger von allen drey christlichen Religionen über die französische Freyheitstyranney (1793). — Die rote Freiheitskappe. Zur Belehrung des deutschen Bürgers und Landmannes (1793).

schmutzige Hemden, um nicht die verhaßte weiße Farbe an sich zu haben u. s. w. Den Vorteil der Vielstaaterei im Interesse der Kulturarbeit suchte der Helmstädter Professor Häberlin darzulegen.[1] Wenn es leider auch im Deutschen Reiche Phantasten gebe, die aus unzeitigem und übertriebenem Freiheitsdrang Volksgerichte einführen und Laternenpfähle bevölkern möchten, so sei dies nicht anders zu erklären, als daß diese Leute nicht wüßten, welche Vorteile die monarchische Staatsform vor der Ochlokratie voraus habe, da ja die Regenten vieler kleinerer Staaten ungleich besser, als die Beherrscher großer Reiche den Flor ihrer Länder befördern könnten. Die Vielstaaterei ermögliche auch eine bessere Verteilung des Nationalreichtums; es gebe in Deutschland freilich kein Paris, kein London, kein Petersburg, dagegen besitze es weit mehr blühende Städte mit einem zahlreicheren und gebildeteren Mittelstand, mit besseren Lehranstalten, mit wohlthätigeren Stiftungen. In einigen Staaten freilich habe eine veraltete „Souveränitätssucht" die Fürsten befallen; doch in Baden, Dessau, Braunschweig und anderen Mittelstaaten gebe es wahre Musterregierungen, und auch in anderen deutschen Landen könne die Krankheit des Despotismus nicht gefährlich werden, solange es an Aerzten wie Moser, Pütter, Schlözer u. a. nicht fehle. An die „obere Schichte des deutschen Geistes" wandte sich Gentz, der noch ein paar Jahre früher zu den feurigsten Apologeten der Revolution gezählt hatte, der aber infolge der Pariser Ausschreitungen und durch das Studium der englischen Litteratur in einen ebenso eifrigen Gegner verwandelt worden war.[2] Wenn Burke's „Betrachtungen über die französische Revolution" unbedingt als das geistvollste Buch über die große Bewegung zu bezeichnen sind, so ist über Burke und sein Werk nirgend ein gediegeneres Urteil niedergelegt, als in der von Gentz verfaßten Einleitung zur deutschen Uebersetzung der „Reflections". Es könne zur Zeit überhaupt zweifelhaft erscheinen, ob jemand seinen Mitbürgern und dem Weltbürgertum redlicher diene, wenn er spreche oder wenn er schweige, da ja zur Zeit jeder ein Lehrer, niemand ein Lernender sein wolle. Leider gebe es in der Welt weniger Zufriedene als Neuerungssüchtige und Umsturzlüsterne. „Eine geheime Sehnsucht nach Revolution ist ja in den Gemütern eines großen Teiles der Menschheit unauslöschlich." Diesen Drang könne nur die Vernunft zügeln, als deren Verkörperung Edmund Burke erstanden sei, ein Schriftsteller, der an Sachlichkeit der Darstellung, wie an Größe des Stils, an Schärfe der Schlüsse, wie an Redlichkeit der Gesinnung nicht seines gleichen habe, beredter als Paine, kraftvoller als Sheridan. Da nun einmal die Rights of man des Thomas Paine „in den meisten Ländern von Europa mehr als irgend eine andere Schrift verbreitet, gelesen und angebetet" würden, habe jeder Patriot auch die Pflicht, über die Vorzüge der englischen Verfassung vor der neufränkischen Willkürherrschaft von einem Musterlehrer wie Burke sich überzeugen zu lassen. Ein anderer besonnener Politiker, der hannöversche Geheim-

---

[1] Häberlin, Ueber die Güte der deutschen Staatsverfassung; Braunschweigisches Magazin, Jhgg. 1793, 626.

[2] Betrachtungen über die französische Revolution, nach dem Englischen des Herrn Burke von Friedrich Gentz (1793). (Dem König v. Preußen gewidmet.)

sekretär Brandes, stellte eine Untersuchung an, welche Folgen die Umwälzung in Frankreich bisher für Deutschland gehabt habe.[1]) Im allgemeinen mehr heilsame als nachteilige! Wirklich ansteckend habe die Revolution nur in den geistlichen Fürstentümern gewirkt; merkwürdig sei es, daß gerade diese unvollkommenste Staatsform das Auftauchen von Umsturzplänen ermöglicht habe, doch sei dadurch noch nicht erwiesen, daß das Wohl des Reiches unbedingt die Aufhebung der geistlichen Regierungen erheische. Auch in den anderen Staaten habe das Pariser Beispiel vielen die Köpfe verdreht, aber die Vernünftigeren, vielleicht mit Ausnahme der Freimaurer, seien bereits vom Irrweg zurückgekommen. Solange es in den physischen und intellektuellen Kräften Unterschiede gebe, sei die Gleichheit nur eine Chimäre, und ebenso müsse einleuchten, daß die Freiheit, wie sie von Sieyès und Danton aufgefaßt werde, nur der grausamsten Willkür Thür und Thor öffne. Dagegen habe sich mehr infolge der genialen Beweisführung Paine's, als der Vorgänge in Frankreich eine fühlbare Abneigung gegen die privilegierten Stände, überhaupt ein gewisser demokratischer Zug im deutschen Volke eingebürgert. Sogar auf den Thronen habe man gelernt, daß der Fürst gegenüber den Unterthanen nur Recht und Billigkeit, nicht Herrschsucht und Willkür zur Richtschnur nehmen dürfe. Möchten doch die Regierungen wachsamer als bisher die Regungen des Volksgeistes beachten, aber nicht etwa durch Knebelung der Presse und des Vereinsrechts dem Volksgeist die Stimme rauben! —

Die Regierungen gaben einer anderen Auffassung Raum. Die Furcht vor dem siegreichen Jakobinismus ließ allenthalben die Zügel straffer anziehen. Auch von Reichs wegen sollte dem gefährlichen Litteratentum der Boden abgegraben werden. Im Februar 1793 wurde vom Reichstag auf Antrag Kurböhmens eine Mahnung an alle deutschen Unterthanen gerichtet, sie möchten sich von falschen Volksfreunden nicht zu Verbreitung der thörichten Freiheits- und Gleichheitsgrundsätze, Errichtung von Klubs, Aufstellung ungesetzlicher Munizipalitäten verleiten lassen. Sogar Braunschweig hatte dem Reichsbeschluß zugestimmt; nur der Fürstbischof von Würzburg und Bamberg ließ erklären, er könne nicht glauben, daß ein väterlicher Freund seiner Unterthanen Empörung zu befürchten habe. Die kaiserliche Bestätigung vom 30. April enthielt eine noch ausführlichere Zurückweisung der „gefährlichen, von gewissenlosen Philosophen nachgebeteten und verbreiteten Grundsätze der Revolution". Die in Paris gepredigte Freiheit passe wohl für Naturmenschen, sei aber unvereinbar mit dem Endzweck jeder Staatsverbindung und ein unheilvolles Hindernis einer allmählich wirkenden Aufklärung und der darauf gegründeten Kultur.

Die Verbrüderung der rheinischen Demokraten mit den Franzosen mußte natürlich den Regierungen noch stärkeres Mißtrauen gegen alle freiheitlichen Wünsche und Bestrebungen einflößen. Unter dem Begriff Klubisten wurden nicht bloß die wirklichen Genossen staatsverräterischer Verbindungen, sondern alle mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Unzufriedenen zusammengefaßt, und

[1]) Brandes, Ueber einige bisherige Folgen der französischen Revolution in Rücksicht auf Deutschland (1792).

Schuldige und Verdächtige wurden mit gleicher Strenge behandelt. In Wien wurde die Verfolgung insbesondere seit der Aufdeckung einer angeblichen Jakobinerverschwörung im November 1794 schonungsloser betrieben; ein vermeintlicher Botschafter des Pariser Klubs, Semonville, und viele Beamte, Lehrer und Offiziere wurden verhaftet und, obwohl den meisten nur unbedachtsame Reden zur Last gelegt werden konnten, wegen Hochverrats verurteilt.[1]) Auch in Pfalzbaiern und anderen kleinen und kleinsten Staaten kamen politische Inquisitionsprozesse an die Tagesordnung, spielten Späherei, Hausdurchsuchungen und Verletzung des Briefgeheimnisses eine unwürdige Rolle. Die Zensurmandate wurden allenthalben verschärft. In Oesterreich z. B. wurde die Verbreitung staatsgefährlicher Schriften ebenso streng bestraft, wie die Abfassung; das gesamte Zensurwesen wurde wieder unter die Obhut des Erzbischofs von Wien gestellt.[2]) In vielen Reichsstädten wurde alles „unzeitige Räsonnieren in Gasthäusern und auf der Gasse" untersagt. Auch gegen den Freimaurerorden wurde da und dort eingeschritten, unter anderen die Loge „Karl zur Einigkeit" in Karlsruhe geschlossen. In Pfalzbaiern wurde durch eine landesherrliche Verordnung vom 22. Dezember 1790 die Teilnahme an allen Gesellschaften, welche „unter dem erdichteten oder täuschenden Vorgeben der Bruderliebe und gereinigter Religionsbegriffe . . . in Wahrheit gegen Religion und Staat, die gefährlichsten Projekte schmieden", streng verboten; wer zu einem Amt oder einer Pfründe zugelassen sein wollte, mußte durch einen Eid bekräftigen, daß er keiner geheimen Verbindung angehöre; die Angeber sollten „mit einer angemessenen Geldportion oder einer anständigen Versorgung mildest belohnt" werden.[3]) Der Moniteur, dessen Lektüre Schiller seinem Freunde Körner empfahl, durfte in Baiern nicht gelesen werden; ebenso waren viele andere Zeitungen, sogar Bülows Annalen des deutschen Reichs verboten.[4]) „Ich habe," schrieb Posselt an Johannes Müller (7. März 1794), „von unseren vorzüglichen Geschichtschreibern von Jena, Göttingen ꝛc. mehrere Briefe erhalten; in allen war, aus Lucan entlehnt, die Klage: ‚Reges timuere futura et superi vetuere loqui'."[5])

Mögen aber auch in einzelnen Fällen gegen Recht und Billigkeit verstoßende Ausschreitungen vorgekommen sein, im allgemeinen hatte die „Reaktion" doch nicht den finsteren und gewaltsamen Charakter, den ihr unzufriedene Zeitgenossen zuschrieben. Dafür zeugt gerade die Thatsache, daß noch immer so viele Stimmen für die Revolution und ihre Ausbreitung laut wurden. Hören wir z. B., wie ein „Freund der Fürsten und des Volkes" in einer Flugschrift „Doktor Martin Luther" die Regierungen apostrophiert![6]) Die Revolution ist eine ebenso

---

[1]) Gräffer, Franciscinische Curiosa (1849), 14.

[2]) Sammlung von Verordnungen über Preß-, Lehr- und Sprechfreiheit in verschiedenen Ländern; Brunn, Magazin, Jhgg. 1793, III, 289.

[3]) Münchner Intelligenzblatt, Jhgg. 1790, Nr. 44.

[4]) Kreisarchiv München. Geheimratsakten, die von den Verfassern zur Censur übergebenen Schriften betr. 1785 u. 1794.

[5]) Briefe an J. v. Müller, herausg. v. Maurer-Constant, IV, 324.

[6]) Doktor Martin Luther! Deutsche Vernunft von einem Freunde der Fürsten und des Volkes! (Nicht in Berlin, auch leider! nicht in Braunschweig, eher noch in Wien!) 1793.

gesunde Reinigung der Menschheit, wie die Reformation und wird nur von Pfaffen und heuchlerischen Kryptokatholiken verlästert. Möchten die Fürsten doch endlich erkennen, daß es für sie kein schöneres Evangelium gebe, als die Lehre Knigge's! Möchte vor allem für Preußen wieder eine bessere Zeit kommen! Noch 1789 konnte Professor Brunn in Berlin öffentlich den Satz verteidigen: „Der preußische Staat ist der glücklichste unter allen Staaten Europas." Welch traurige Aenderung hat sich aber seither vollzogen! Heute finden die Weisen nur in stiller Klage eine Zuflucht. Willkür beherrscht die Presse, Religion ist nicht mehr Sache des Gefühls und der Ueberzeugung, sondern wird von einigen Frömmlern kommandiert. Nicolai muß seine verdienstvolle Feder niederlegen, weil er sie nicht mehr ohne Gefahr führen kann. Die „Monatsschrift" muß jenen Götzen zuliebe fromm die Augen verdrehen. Der Obskurantismus hat gesiegt. Statt daß Fürsten und Völker aus der Revolution gute Lehren ziehen, ist das freie Wort verfemt. Statt Denk- und Gewerbefreiheit zu verteidigen, machen sogar die Wieland und Schierach feile Anwälte eines verdummenden Regierungsmechanismus. In der unlängst erschienenen Erzählung „Kabale und Liebe" werden nur zu viele Bürger im Fürsten das Bild ihres eigenen Landesvaters erkennen. Soldatenspiel, Gastereien, Etikettentand beschäftigen die Großen der Erde. Hogarth hat eine Maschine gezeichnet, an welcher hundert Triebräder in Bewegung sind, um einen Pfropfen aus der Flasche zu ziehen, — das ist unser deutsches Hof- und Staatsleben! —

Ob die leidenschaftliche Streitschrift, wie Hoffmann vermutete, von dem Mitarbeiter Mirabeau's, dem braunschweigischen Ingenieuroffizier Jakob Mauvillon, verfaßt ist, mag dahingestellt sein. Jedenfalls werden von diesem Schriftsteller im Vorwort zur zweiten Auflage von Mirabeau's Werk über die preußische Monarchie ähnliche Klagen erhoben.[1]) Wie man sich ehedem mißliebiger Leute durch Hexenprozesse entledigt habe, genüge jetzt schon der Verdacht einer Verbindung mit dem Jakobinertum, um den verdienstvollsten Mann ins Unglück zu stürzen. Während der große Friedrich in Volksaufklärung seine Lebensaufgabe erblickt habe, glaube das kleine Geschlecht der gegenwärtigen Machthaber in der Verdummung der Massen die eigene Rettung suchen zu müssen. In gleichem Sinne fordert eine Flugschrift „Friedrich und Mirabeau", daß die Fürsten nicht länger dem Zeitgeist widerstreben, sondern freiwillig einer Volksvertretung Anteil am Regiment einräumen sollten; dann könnte vielleicht die Kluft noch überbrückt und das monarchische Prinzip erhalten werden.[2]) Ebenso verlangt ein angeblich von 7385 Einwohnern der süd- und westdeutschen Reichskreise unterzeichnetes „Memoriale" eine „wahrhaft freie und gesetzliche Verfassung".[3]) Mit seinen Obrigkeiten sei das deutsche Volk so zufrieden, daß es ihnen Unsterblichkeit gönnen möchte, doch zur Abhilfe gerechter Beschwerden seien wirkliche land-

---

[1]) Von der preuß. Monarchie unter Friedrich d. Gr., unter der Leitung des Grafen v. Mirabeau abgefaßt und in deutscher Uebersetzung herausg. v. J. Mauvillon (1793).

[2]) Friedrich u. Mirabeau, ein Dialog im Elysium (1793).

[3]) Memoriale der Einwohner der fränk., schwäb., ober-, kur- u. niederrhein., dann westphäl. Kreise an ihre Landesherrschaften, entworfen von dem Ausschuß, 1793.

ständische Verfassungen unerläßlich; sonst sei zu befürchten und könnte es leicht dahin kommen, daß Bosheit und Schwärmerei auch die bisher nicht angesteckten deutschen Bürger zur Anbetung der von den westlichen Nachbarn aufgestellten Grundsätze verführen könnten. Tiefer und schärfer als die bisher charakterisierten Schriften, wenn auch nicht ohne jugendlichen Ueberschwang, erfaßte der junge Fichte die Notwendigkeit, um der Ausschreitungen der Revolution willen nicht die Errungenschaften der Aufklärung aufzuopfern.[1] In seinem 1793 ohne Nennung seines Namens herausgegebenen „Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution" erörtert er Berechtigung und Zweckmäßigkeit gewaltsamer Umwälzungen und gelangt zu dem Schluß, daß eine Unabänderlichkeit aller Staatsverfassungen den schlimmsten Schaden für die Menschheit brächte, da sie das einzige Vorrecht des Menschen vor den Tieren, das Vorrecht der Vervollkommnung, aufheben würde. „Jesus und Luther, heilige Schutzgeister der Freiheit, die ihr in den Tagen eurer Erniedrigung mit Riesenkraft die Fesseln der Menschheit brachet, schauet herab aus höheren Sphären auf eure Nachkommenschaft und freut euch der schon aufgegangenen, der schon im Winde wogenden Saat!" In einer zweiten Schrift „Zurückforderung der Denkfreiheit"[2] wiederholt Fichte die Warnung vor dem System, um der Pariser Blutthaten willen die übrigen Völker in eine rückschrittliche Bewegung zu zerren. Den meisten deutschen Fürsten fehlt es nicht an gutem Willen, ihre Unterthanen zu beglücken; die alten Raub- und Zwingburgen beginnen allmählich zu zerbröckeln, wenn auch ihre gotischen Umrisse noch erkennbar sind. Diesen Fortschritt darf sich das Volk nicht wieder durch Unterdrückung der Denkfreiheit verkümmern lassen. Ein denkendes Volk wird niemals zu Gewaltthaten schreiten, nur der zwangweise zurückgehaltene Naturgeist durchbricht stürmisch die Dämme. Die Zeiten sind vorüber, wo die Völker nur als Herden eines von Gott eingesetzten Eigentümers angesehen waren; heute weiß man: die bürgerliche Gesellschaft gründet sich auf einen Vertrag aller Mitglieder mit einem, aber dieser eine hat nicht das Recht, den Schinder zu machen oder gar den lieben Gott zu spielen und seinen Mitmenschen Aufklärung und freie Forschung zu wehren. —

Man sieht: der aufgeregte, aufgebauschte Revolutionsstil tritt auch in deutschen Schriften auf, aber in Bezug auf Gesinnung und Absichten der Verfasser ist ein grundsätzlicher Gegensatz zu den französischen Diatriben unverkennbar. In Frankreich lodert ein Haß, der nicht ruhen und rasten will, bis alles Bestehende vernichtet ist; der Deutsche gefällt sich in lehrmäßigen Erörterungen, die wohl zur Verurteilung der herrschenden Begriffe über Gemeinschaft der Menschen und Ordnung des Güterwesens gelangen, aber nicht zu Umsturz und Zerstörung verleiten. Als es sich darum handelte, Fichte als Professor der Philosophie nach Jena zu berufen, und gegen diese Wahl die demokratische Gesinnung des jungen Gelehrten geltend gemacht wurde, erklärte der berühmte Arzt Hufeland, zwischen Theorie und Praxis sei ein himmelweiter Unterschied;

---

[1] Fichtes sämtliche Werke, 6. Bd.

[2] Heliopolis, im letzten Jahre der alten Finsternis, 1793.

sein Schützling nehme die demokratischen Grundsätze nur in abstracto in Schutz, werde sich aber gewiß nicht zum Verführer der Jugend aufwerfen.[1])

„Nicht alle," heißt es im Berlinischen Archiv, „sind wirklich republikanisch gesinnt, die einmal ein Allons, enfans de la patrie! singen; man braucht sie nur die Nacht ruhig ausschlafen zu lassen, am anderen Morgen gehen sie ruhig an ihre Arbeit!" Und auch die Bauern, die wegen allzu harter Bedrückung durch Jagdunfug und Wildfraß da und dort Spektakel machen, „wollten weder ohne Herrn sein, noch etwa einen anderen Herrn haben; sie suchten bloß ihren Herrn, vor den sie nicht kommen konnten, mit Lärm und Geschrei zu erwecken, ihnen Hilfe zu schaffen."[2])

In Frankreich war die Revolution zur Religion geworden; dies erklärt den Fanatismus ihrer Anhänger, der auch vor Feuer und Schwert nicht zurückschrak. In Deutschland erfüllt wirklich revolutionärer Drang nur wenige; der dämonische Zug fehlt hier ebenso, wie der Glanz und die Raschheit, welche derartige Bewegungen in Frankreich auszuzeichnen pflegen. „Ungleich dem Revolutionshaufen," sagt Jean Paul von Adam Lux, „hatte der feste Mainzer nicht nur Segel, sondern auch Anker . . ., über ihn regierte ein Geist der Zeit oder vielmehr ein Geist des Volks, — er war ein Deutscher!"[3]) Mochten auch die Krankheitserreger in den Körper des deutschen Volkes eindringen, so stießen sie doch nicht auf jene Empfänglichkeit, die den Ausbruch der Krankheit erst ermöglicht.

---

[1]) Fichte selbst legte später Verwahrung ein, daß man „jenen jugendlichen und unvollendeten Versuch des Jünglings" auch noch zum Maßstab der politischen Grundsätze des Mannes machen wolle. (J. G. Fichtes Leben und litter. Nachlaß, herausg. von seinem Sohne Imm. Fichte, I, 165.)

[2]) Berlinisches Archiv der Zeit, I, 568.

[3]) Jean Pauls Werke, 24. Bd., 241.

Vierter Abschnitt.

Preußen und die Koalition. Volksbewaffnung im Reich. Der Haager Traktat vom 19. April 1794. Der Feldzug in Belgien. Der Aufstand in Polen. Der Krieg am Rhein. Die Schlacht bei Fleurus. Die Räumung Belgiens. Friedensneigung in Preußen. Der 9. Thermidor und die Koalition. Schlimme Wendung in Polen. Zeichen der Auflösung der Koalition. Stimmungen in Berlin. Die ersten Anknüpfungen mit Frankreich. Das Treffen bei Kaiserslautern. Friedensbestrebungen im Reich. Verhandlungen in Basel. Der russisch-österreichische Vertrag über die Teilung Polens vom 3. Januar 1795. Die Sendung Hardenbergs. Der Friedensschluß zu Basel am 5. April 1795.

„Wenn zwei sich streiten, kann der dritte sich freuen!" Dieser dritte war im Westen des Reichs die französische Republik, im Osten die Zarin. Je enger sich Oesterreich an Rußland anschloß, desto stärker befestigte sich in den tonangebenden Kreisen in Berlin die Auffassung, daß vom Krieg je eher, je besser abzulassen sei. Wenn zur Fortsetzung des Kampfes nochmals in Beratung getreten wurde, so geschah es nur auf persönlichen Antrieb des Königs.[1])

Am Neujahrstag 1794 nahm der König vor dem Souper den außerordentlichen englischen Botschafter Lord Malmesbury beiseite. „Mein Schatz ist gänzlich erschöpft," erklärte er mit ungewohnter Entschiedenheit, „ich kann aus eigenen Mitteln den Krieg nicht mehr fortsetzen, ich brauche zum Unterhalt meiner Armee ausreichende Hülfsgelder. Auch heute noch verabscheue ich von Grund des Herzens die französischen Grundsätze und bin bereit, sie zu bekämpfen, ja, ich bin fest entschlossen, selbst so bald wie möglich an die Spitze meiner Truppen

[1]) Hüffer, Oesterreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution, 50.

zu treten; wenn aber meine Bedingung nicht erfüllt wird, so weiß ich, was ich zu thun habe![1])"

Das war offen und aufrichtig gesprochen, und eine ebenso unumwundene Erklärung wurde durch den Botschaftssekretär Cesar in Wien abgegeben. Der König sei bereit, eine Armee von 100 000 Mann zum nächsten Feldzug zu stellen, jedoch nur, wenn an Preußen Hülfsgelder im Betrag von 22 Millionen Thalern in vierteljährigen Raten gezahlt würden. Thugut begnügte sich darauf zu erwidern, die Forderung könnte nicht bewilligt werden, auch wenn der Kaiser sich selbst und seinen ganzen Hof verpfänden wollte.

Nun wurde von Preußen vorgeschlagen, daß der Kaiser nur drei, England neun, die übrigen zehn Millionen das Reich aufbringen sollte. Das Anerbieten war von König Friedrich Wilhelm II. unzweifelhaft ernst gemeint; dies beweist schon die Thatsache, daß er denjenigen Diplomaten, dem er unbeschränktes Vertrauen schenkte, Lucchesini, zur Betreibung seines Wunsches nach Wien schickte. Doch Thugut beharrte auf der Weigerung, und auch der Reichstag war durchaus abgeneigt, auf die angesonnene Leistung einzugehen. Nur das englische Kabinett setzte die Unterhandlungen noch fort. Ohne Mitwirkung, ohne aufrichtige und kräftige Mitwirkung Preußens, versicherte Malmesbury seiner Regierung, sei auf günstigen Ausgang der kontinentalen Krisis nicht zu hoffen; der König müsse unter allen Umständen zum Festhalten an der Koalition bewogen werden. Im Februar konnte denn auch Lord Malmesbury neue Vorschläge in Berlin unterbreiten. Preußen sollte 100 000 Mann ins Feld stellen und dafür die verlangten Subsidien erhalten; von den 22 Millionen wollte England zwei Fünfteile übernehmen; die noch fehlende Summe sollte von Oesterreich, Holland und Preußen bestritten, Preußen dafür durch französische Eroberungen entschädigt werden.[2]) Doch auch die verhältnismäßig geringfügige Summe wollte der Wiener Hof nicht bewilligen; der Bundesgenosse, so lautete die Erwiderung, möge nur erfüllen, was der Vertrag vom 7. Februar 1792 zur Pflicht mache, — auf weiter reichende Hülfe wolle der Kaiser verzichten. In Berlin und Wien, klagte Malmesbury, haben sich Argwohn und Neid schon so eingenistet, daß weder die gemeinschaftliche Gefahr noch der gegenseitige Vorteil Beachtung finden![3])

Die Weigerung Thuguts wird von Häusser und Sybel streng verurteilt, hauptsächlich weil die beiden Historiker annehmen, daß dem Minister die Fortsetzung des Kriegs mit Frankreich in großem Maßstab nur deshalb nicht mehr so erwünscht gewesen wäre, weil er, der Minister, einen Eroberungskrieg mit der Türkei vorgezogen hätte.[4]) Mit Recht bestreitet Hüffer die Berechtigung dieses Tadels, da sich ausreichende Zeugnisse für so vermessene Begehrlichkeit Thuguts nicht finden lassen, doch auch Hüffer erblickt in Thuguts ablehnendem Verhalten einen politischen Fehler. Eine vom König selbst geführte preußische Armee am Rhein würde dem Feldzug sofort eine andere Wendung gegeben haben; statt dessen wurden nur

[1]) Lord Malmesbury, Tagebücher und diplomatischer Briefwechsel; Historische Bibliothek interessanter Memoiren, herausg. v. Philippi, II, 19.

[2]) Ebenda, II, 25.

[3]) Ebenda, II, 36.

[4]) Häusser, I, 496; Sybel, III, 46; Hüffer, 54.

endlose Verhandlungen fortgesponnen, und als endlich der Feldzug beginnen konnte, war die günstige Gelegenheit zum Angriff verpaßt.

Um nichts günstiger wurden die preußischen Wünsche im Reich aufgenommen.

Das Jahr 1794 schien einen unerwarteten kriegerischen Aufschwung im Reich mit sich zu bringen. Sogar in Regierungskreisen wurde da und dort dem Gedanken Ausdruck gegeben, es müsse der levée en masse der Franzosen eine allgemeine Volkserhebung in Deutschland entgegengestellt werden. Am 10. Januar erließ Fürstbischof Franz Ludwig von Bamberg und Würzburg einen feurigen Aufruf zu allgemeiner Bewaffnung seiner Unterthanen; alle Waffenfähigen zwischen 16 und 60 Jahren sollten zum Schwerte greifen, um die für Hütte und Palast gleich bedrohliche Gefahr abzuwenden. Andere Regierungen folgten diesem Beispiel; der kaiserliche General Wurmser war ein energischer Gönner, der mainzische Hofkanzler von Albini ein platonischer Liebhaber der Volksbewaffnung.[1]) Am 20. Januar erschien auch ein kaiserliches Kommissionsdekret, das die Bewaffnung sämtlicher deutscher Grenzbewohner empfahl. Die Franzosen kannten aber den komplizierten Mechanismus der Reichsmaschine und die widerstrebende Stimmung der süddeutschen Volkskreise zu gut, als daß sie in dem kaiserlichen Aufruf eine ernste Bedrohung erblickt hätten. „Das Massenaufgebot, womit der Kaiser der Republik bange machen will," schrieb der französische Agent Bacher in Basel an seine Regierung, „ist nichts als ein Trugbild. Das Volk in Schwaben und in der Markgrafschaft Baden würde sich in keiner anderen Absicht erheben, als um eine Revolution zu machen. Wenn die deutschen Fürsten so unklug wären, auf dem Massenaufgebot zu bestehen, wäre es um ihre Herrschaft geschehen. Diese große Wahrheit ist ihnen nicht unbekannt, und deshalb will man diese Maßregel durch eine Zwangsrekrutierung ersetzen, die aber auch nur die allgemeine Mißstimmung steigern und den Aufstand beschleunigen wird!"[2])

Als am Reichstag der Antrag eingebracht wurde, es sollte eine selbständige Reichsarmee unter dem Oberbefehl des Herzogs Albrecht von Sachsen-Teschen

---

[1]) Wendland, Versuche einer allgemeinen Volksbewaffnung in Süddeutschland während der Jahre 1791—1794 (1901), sucht den Nachweis zu liefern, daß thatsächlich „eine gewaltige erhebende Bewegung" zu Gunsten einer allgemeinen Volksbewaffnung das ganze Reich ergriffen habe. Ich kann dieser Anschauung nicht beipflichten. Es fehlte ja nicht an Aufrufen und Beschlüssen der Regierungen, auch nicht an Bestrebungen einzelner Volkskreise, die wenigstens teilweise ernstlich gemeint und nicht ausschließlich durch Rücksicht auf den kaiserlichen Hof veranlaßt gewesen sein mochten, doch im großen und ganzen blieb alles auf dem Papier; zu wirklichen Leistungen sind die Bestrebungen nirgends vorgedrungen. Besonders thätig im Interesse der Volksbewaffnung soll nach Wendlands Ansicht die pfalz-bairische Regierung gewesen sein. „Ganz im Gegensatz zu der allgemein verbreiteten Anschauung über die Haltung Karl Theodors und seiner Regierung in Sachen der Reichsverteidigung ergeben die Pfälzer Akten zu Karlsruhe das Bild rührigsten Interesses, das von der höchsten Stelle auszugehen scheint und in den leitenden Kreisen lebhaften Widerhall findet." (S. 122). Auch diese Auffassung teile ich nicht. Aus den bairischen Ministerialakten läßt sich, wie aus Schrepfers quellenmäßiger Darstellung erhellt, nichts weniger als der Eindruck einer kräftigen, zielbewußten Politik gewinnen, und die Mannheimer Vorgänge von 1794 und 1795 gewähren doch sicherlich nicht ein „Bild des rührigsten Interesses" für den Schutz des Reiches.

[2]) Papiers de Barthélemy, ambassadeur de France en Suisse, 1792—1797, publ. par J. Kaulek, IV, 1794.

aufgestellt werden, trat das preußische Kabinett als entschiedener Gegner solcher „Chimären" auf. „Der Ausführung," schrieb das Ministerium an den preußischen Vertreter in Regensburg, „stehen so unüberwindliche Schwierigkeiten oder doch so unabsehbare Langsamkeiten entgegen, daß das Reich sich nur in eine völlig feindliche Ueberschwemmung und Verheerung ergeben kann, ehe eine solche Armee auf die Beine kommen und wirken möchte!"[1]) Eine ebenso ablehnende Haltung nahm aber die Mehrheit der Reichsstände ein, als Preußen den Antrag stellte, es möge wenigstens ein Teil der Kosten für die Verpflegung der preußischen Truppen, die ja allein ausreichenden Schutz der deutschen Grenzen gewähren könnten, vom Reich übernommen werden. Der Wiener Hof gab sich den Anschein, als wolle er „aus freundschaftlicher Aufmerksamkeit" die preußischen Forderungen unterstützen; in Wahrheit setzte er alle Hebel in Bewegung, um sie zu Fall zu bringen.

Die Stimmung der maßgebenden Berliner Kreise wurde infolge dieser Absagen immer gereizter. Der Herzog von Braunschweig hatte schon im Dezember, wie er zu Malmesbury sagte, „moralisch krank gemacht" durch das ewige Einreden der militärischen Ratgeber des Königs, den Oberbefehl niedergelegt; zum Nachfolger des Herzogs war Feldmarschall v. Möllendorff ernannt worden. Wenn auch Vivenots Behauptung, daß der neue Heerführer von vornherein die Abberufung der Armee vom westlichen Kriegsschauplatz betrieben habe, unrichtig ist, so war es doch jedenfalls nicht ohne Bedeutung, daß er ein erklärter Freund der Annäherung an Frankreich und ein ausgesprochener Gegner Oesterreichs war. Da auf Annahme des Verpflegungsantrages — wenigstens in absehbarer Zeit — nicht zu rechnen war, sah sich Friedrich Wilhelm gezwungen, seine Drohung wahr zu machen. So erhielt denn Möllendorff am 11. März Befehl zum Rückzug nach Westfalen. Am 13. wurde eine „Erklärung Sr. Majestät des Königs von Preußen" erlassen, worin es heißt: „Da nunmehr jede Hoffnung auf Annahme der preußischen Forderungen aufgegeben werden muß, verzichten Se. Majestät darauf; die Kreiskonferenzen werden dadurch überflüssig. Se. Majestät hat in Uebereinstimmung mit früheren Erklärungen beschlossen, das Reich nicht mehr in die Zwangslage zu versetzen, preußische Hülfe anzunehmen, und wird Ihre Armee in Ihre Staaten heimkehren lassen, mit Ausnahme des Kontingents von 40000 Mann, das Se. Majestät vertragsmäßig zu stellen verpflichtet ist."[2])

Der Wiener Hof hatte eine solche Wendung erwarten müssen; trotzdem rief die vollzogene Thatsache in Wien und Frankfurt, in London und im Haag Bestürzung hervor. In Wien erhoben Erzherzog Karl und der Prinz von Koburg ihre Stimmen zu Gunsten der Koalition, deren Aufrechthaltung allein ein ehrenvolles Ende des Ringkampfes mit der revolutionären Leidenschaft erhoffen lasse; in Berlin verdoppelte Malmesbury, die Grenzen der Instruktion eigenmächtig überschreitend, seine Anstrengungen, um einen annehmbaren Vergleich zu stande

[1]) Preuß. St.-Archiv. Acta comitialia, die zur Komitialdiktatur gebrachten kaiserlichen Kommissionsdekrete in Betreff der Kontingente zu einer selbständigen Reichsarmee, 1794. Das preuß. Ministerium an Legationsrat Kaufmann, 8. März 1794.

[2]) Papiers de Barthélemy, IV, 16.

zu bringen. Nach neuen Unterhandlungen des Grafen Haugwitz mit Vertretern der Seemächte im Haag kam denn auch am 19. April 1794 ein Vertrag zum Abschluß. Preußen verpflichtete sich, bis Ende Mai 62400 Mann „nach einem militärischen Einverständnis zwischen England, Preußen und den Generalstaaten" dahin ins Feld zu stellen, wo es „die Seemächte ihren Interessen am angemessensten erachten" würden; dafür sollte Preußen von den Seemächten vom 1. April ab 50000 Pfund monatlich für Löhnung und ebensoviel für Verpflegung, außerdem zur ersten Ausrüstung des Heeres 300000 Pfund und nach Beendigung des Feldzugs nochmals 100000 Pfund erhalten. Alles eroberte Gebiet sollte im Namen der Seemächte besetzt und nach ihrem Ermessen verteilt werden.[1])

Offenbar war der Haager Vertrag für Preußen weder nützlich noch ehrenhaft. Mochte sich Haugwitz noch so entrüstet gegen falsche Auslegung verwahren, die näheren Bestimmungen des Abkommens ließen nun einmal keine andere Deutung zu, als daß Preußen seine Landeskinder um klingende Münze verdungen habe, nicht anders als es die von Friedrich II. so hart gescholtenen Sultane deutscher Kleinstaaten gemacht hatten. Der König selbst faßte es nicht anders auf. „Es verträgt sich," schrieb er bei Eröffnung der Verhandlungen an die Minister, „weder mit der Stellung meines Staates, noch mit meiner Liebe zu meinen Unterthanen, sie an fremde Mächte zu verkaufen; das mag sich für einen Landgrafen von Hessen oder einen Herzog von Braunschweig schicken, aber es wäre eine Schande für einen König von Preußen!"[2]) Trotzdem hatte er für den Fall, daß die Engländer auf ihrer Forderung bestehen sollten, die Annahme genehmigt.

Für die entscheidende Stelle in Bezug auf die Verwendung der preußischen Armee wurde in den Vertrag absichtlich eine zweideutige Fassung aufgenommen. Von preußischer Seite wurde auf das „militärische Einverständnis", d. h. auf die notwendige Zustimmung Möllendorffs das Hauptgewicht gelegt und demnach die Erwartung gehegt, daß die preußischen Truppen nach wie vor zur Verteidigung der Rheingrenze verwendet werden sollten; dagegen war den Seemächten natürlich mehr am Schutze Belgiens und der Nordseeküste gelegen. Die Verschiedenheit der Interessen und der Absichten trat bald zu Tage, und fortan war das neue Bündnis um nichts fester als die Verbindung der deutschen Mächte. Der Haager Traktat bedeutete nicht, wie es zunächst den Anschein haben mochte, eine ernsthafte Wendung der preußischen Politik gegen Frankreich und die Revolution, sondern nur einen künstlichen, kurzen Aufschub der Friedenspropaganda.

Oesterreich betrieb die Rüstungen für den bevorstehenden Feldzug in großem Maßstab, allein die Streitkräfte mußten allzuweit verteilt werden; in den Niederlanden standen 163000, in Deutschland von Trier bis Basel 77000, in Italien 21000, in den Erblanden 130000 Mann.[3]) Eine gewaltige Heeresmacht, der aber die Franzosen noch imposantere Massen entgegenzustellen hatten. Es wird

[1]) Traité de subside entre S. M. le Roi de Grande Bretagne et les états généraux Provinces unies des Pays-Bas d'un côté et S. M. le Roi de Prusse de l'autre, signé (par Malmesbury, van de Spiegel, Haugwitz) à la Haye le 19 avril 1794; Martens, V, 283.

[2]) Denkwürdigkeiten der Fürsten von Hardenberg, herausg. von Ranke I, 187.

[3]) Schels, I, 261.

schwer fallen, erklärte der Prinz von Koburg im Feldzugsplan vom 4. Februar 1794, gegen eine Nation aufzukommen, die lieber ganze Provinzen unangebaut läßt und die Ernten des Landes gewaltsam wegnimmt, als daß sie es zum Schutze der Grenzen an zahlreichen Armeen und diesen Armeen an Unterhalt mangeln ließe! Da müsse auch von Kaiser und Reich alles aufgeboten werden, um den Krieg in großartigem Maßstab zu führen; ein vorteilhafter Frieden könne nur in Paris geschlossen, mithin müsse auch der Angriff, wie es schon im ersten Feldzug versucht worden sei, gegen Paris gerichtet werden. Wenn die verbündeten Mächte ihre Selbstsucht zurückdrängen und nur auf kurze Zeit ehrlich und treu zusammenwirken möchten, sei den deutschen Waffen der Sieg gewiß.[1])

Die zur Befreiung der Niederlande bestimmte Armee sollte Koburg führen. Den Oberbefehl über die „k. k. auch kaiserliche Reichsarmee", wie die österreichische, mit Reichskontingenten vereinigte Armee am Oberrhein genannt wurde, übernahm der Oheim des Kaisers, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen.[2]) Nach Vivenot wäre der neue Reichsfeldmarschall als „die hervorragendste Persönlichkeit, . . die kräftigste und edelste Erscheinung jener an kleinmütigen und niedrig denkenden Männern so reichen Zeit" anzusehen; wenn er trotzdem keine Erfolge aufzuweisen habe, trage die Schuld nur Möllendorff, „ein Mann, der vielleicht unter allen Persönlichkeiten, die die Stelle eines Oberbefehlshabers der preußischen Armee einzunehmen berufen gewesen wären, vom Geschichtschreiber als der unwürdigste bezeichnet werden muß". Vivenots Lob und Tadel leiden an Ueberschwang. Herzog Albrecht war ein redlicher Mann und ein tüchtiger Soldat, hat aber nie und nirgend als genialer Feldherr sich hervorgethan; wohl bewandert und erfahren in der methodischen Kriegführung des achtzehnten Jahrhunderts, war er den Anforderungen der neuen Zeit ebensowenig gewachsen, wie der Herzog von Braunschweig. Ob Koburg noch die Thatkraft besitze, dem Feinde die Niederlande zu entreißen und die Seinen nach Paris zu führen, wurde auf kaiserlicher Seite selbst bezweifelt. Erzherzog Karl berichtete nach Wien, es habe sich in der kaiserlichen Armee unter der schwachen Leitung Koburgs eine gefährliche Mißstimmung eingenistet; der Kaiser möge daher selbst nach den Niederlanden kommen, um die Zügel in seine Hand zu nehmen; dann würden auch gemeinsame militärische Maßnahmen mit den Bundesgenossen leichter zu vereinbaren sein.[3]) Wirklich ging Kaiser Franz,

---

[1]) Originaldenkschrift des Feldmarschalls Prinzen von Koburg über den Operationsplan des Feldzugs von 1794; Oesterr. milit. Zeitschrift, Jahrg. 1831, 10.

[2]) Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichsfeldmarschall, von A. v. Vivenot (1867), I, 51.

[3]) Zeißberg, Erzherzog Karl von Oesterreich, I, 2, 161, 180. — Nach Auffassung des französischen Agenten Rivalz hätte freilich die Anwesenheit des Kaisers in Belgien eine wesentlich andere Wirkung gehabt, als sie Erzherzog Karl erwartete. „Der Kaiser," schrieb Rivalz an den Wohlfahrtsausschuß, „hat bei seiner Armee eine jämmerliche Rolle gespielt; die Soldaten aller Heere der Verbündeten sind einig in der Verurteilung der Unfähigkeit des jungen Cäsar. Nach der Ansicht der fremden Militärs können überhaupt die Souveräne, denen ein blindes Geschick das Zepter in die Hände gespielt hat, durch nichts wirksamer die Revolution unterstützen, als wenn sie sich recht häufig dem Volke zeigen und durch dieses vertrauliche Herabsteigen selbst den blendenden Zauber brechen, den sie auf die von fanatischen Priestern in Aberglauben und Unwissenheit festgehaltene Menge ausüben." (Papiers de Barthélemy, IV, 158.)

von Thugut begleitet, nach Brüssel; am 23. April nahm er die Huldigung der Stände in Brüssel entgegen; dann begab er sich zur Armee. Bei Landrecy (12. April) und Cateau-Cambresis (26. April) erfochten die Kaiserlichen glänzende Siege; der Feldzug hätte nicht glücklicher eröffnet werden können.

Als nach dem Abschluß des Haager Traktats auch die preußischen Streitkräfte eingriffen, mochte das von Koburg gesteckte Ziel erreichbar erscheinen. Doch der Waffenbund wurde neuerdings gelockert und die Kraft des Angriffs gebrochen durch polnische Händel.

In Polen hatten die Abreißung so beträchtlicher Landesteile und die schimpfliche Behandlung des Reichstags zu Grodno heftige Erbitterung wachgerufen, und die Erregtheit wuchs infolge der übermäßigen Strenge des russischen Statthalters Grafen Igelström. Besonders aufreizend wirkte die durch den Teilungsvertrag geforderte Herabsetzung des Bestandes der polnischen Armee, wodurch viele Hundert der Szlachta angehörige Offiziere ihre Stellen verloren.[1] General Madalinski verweigerte die Auflösung seines Corps; dies war das Signal zu einem allgemeinen Aufstand; die Flüchtlinge kehrten zurück; General Kosziusko in Krakau übernahm die Oberleitung. Die Erhebung war von vornherein hoffnungslos; immerhin gestaltete sie sich zu einer rühmlichen Totenfeier des alten Polens. Die öffentliche Meinung in Preußen in Bezug auf die polnische Frage spiegelt sich wohl am treuesten in den Worten eines „Offiziers der Armee am Rhein": „Wir müssen Südrußland behaupten, und jeder treue Preuße wird gern und willig sein Blut für die Würde und Ehre des Königs und des Staates vergießen. Dies ist jetzt meine Meinung, nachdem einmal der Schritt gethan ist und nachdem der Staat für den Aufwand des französischen und polnischen Kriegs eine Entschädigung haben mußte. Vielleicht würde ich im Jahre 1792 weder für das eine noch das andere gestimmt haben . . . in diesem Augenblicke aber ändert sich der Gesichtspunkt!"[2] Es ist dies der nämliche Standpunkt, den noch in unseren Tagen der deutsche Patriot einnimmt. In politischen Fragen soll ja das Gefühl nicht mitreden, darf nur die Erhaltung der Lebensfähigkeit und des Ansehens der Staaten den Ausschlag geben. Wir werden das mit Deutschland vereinigte polnische Gebiet nicht mehr herausgeben, wollen also auch über die Teilungen Polens keine Krokodilthränen vergießen. Trotzdem — es geht einem das Herz auf, wenn man in der Geschichte eines Zeitraumes, der so viel Selbstsucht, Berechnung und Arglist aufzuweisen hat, auf eine Persönlichkeit wie Kosziusko stößt. Die antike Einfachheit seines Charakters, eine unbegrenzte patriotische Opferwilligkeit, eine heroische Tapferkeit haben ihm den Lorbeer eines Siegers gebracht, obwohl er als Besiegter den Untergang fand. Durch seine feurig lodernde Begeisterung wußte er auch seine Landsleute zu solchem Opfermut zu entflammen, daß sogar die nur mit Säbeln und Sensen bewaffneten Bauernscharen den regulären Truppen der Gegner furchtbar waren. Seine Rechtschaffenheit war über jede Versuchung und über jede Verleumdung erhaben. Er nahm

---

[1] G. Knoll, Der Feldzug gegen den polnischen Aufstand im Jahr 1794; Zeitschrift der histor. Gesellschaft der Provinz Posen, Jhgg. 1898, 7.

[2] Briefe über den Feldzug von 1794, von einem Offizier der Armee am Rhein (1795), 149.

französisches Geld, aber nur zur Ausrüstung seiner Streiter; auf das Verlangen des Wohlfahrtsausschusses, dem alle Stände gleichmachenden Revolutionsgedanken auch in Polen zur Herrschaft zu verhelfen, ging er nicht ein; er war und blieb ein Gegner demokratischer Zügellosigkeit. Für ihn gab es nur den nationalen Gesichtspunkt; freilich überschätzte er die Kraft des Hasses gegen Russen und Preußen, wie er auch aus Oesterreichs Haltung gegenüber der zweiten Teilung falsche Schlüsse zog. Thugut schenkte zwar dem Vertrauensmann Kosziuskos, Ogolinski, bereitwillig Gehör, war aber vornherein willens, die freundschaftlichen Mitteilungen über die polnische Bewegung zur eigenen Bereicherung mit polnischer Beute zu verwerten.

Da der Zeitpunkt der Erhebung glücklich gewählt und das Geheimnis von den vielen tausend Verschworenen überraschend treu gewahrt worden war, hatten sich die Polen anfangs glücklicher Erfolge zu erfreuen. Am 4. April 1794 schlug der zum Diktator ernannte Kosziusko die Russen bei Raglawice. Am 18. mußte Igelström Warschau räumen; immer weiter griff die Bewegung um sich; schon begannen polnische Streifscharen das preußische Polen zu beunruhigen. Kosziusko war kein Schwärmer, konnte sich also nicht verhehlen, daß Polen allein nicht im stande sei, den Nachbarmächten die Spitze zu bieten; um so eifriger trachtete er den feindlichen Bund zu sprengen. Er teilte nicht die überschwengliche Hoffnung vieler Landsleute auf eine Wiederaufrichtung des Polenreiches in seiner alten Größe; er war bereit, die Sachlage, wie sie die Teilungen von 1772 und 1793 geschaffen hatten, loyal anzuerkennen, und ließ auf dieser Grundlage in Berlin Unterhandlungen anknüpfen. Weitsehende Politiker würden darauf vielleicht eingegangen sein. Durch jene beiden Teilungen war von Preußen im ganzen und großen nur dasjenige wiedergenommen worden, was die Polen dem deutschen Reiche entrissen hatten, was schon einmal durch deutsches Schwert und deutsche Arbeit der Barbarei abgerungen worden war. Die Wiederangliederung dieser Gebiete an die führende Macht im deutschen Norden hätte sich vermutlich leicht vollzogen. Dann hätte Preußen in dem wesentlich geschmälerten Polen einen Nachbarn gehabt, der nicht daran denken konnte, einen Druck auf die deutsche Politik auszuüben oder gar die deutschen Lande zu gefährden; Preußen wäre nicht unmittelbar an die Grenze eines Reiches gerückt, das seine Politik allzeit nach tatarischem Muster nur in unablässiger Erweiterung seines Gebiets erblickt, während es davon absieht, ob die Kräfte des Landes in gesunder Fortentwicklung begriffen sind; es wäre ein für allemal ausgeschlossen gewesen, daß der Panslavismus einmal eine furchtbare Macht und Rußland als der einzige selbständige Slavenstaat der natürliche Protektor werden könnte.

Die preußischen Minister sahen aber, ebenso wie Thugut, nur auf den Gewinn des Augenblicks. Da erschien es höchst vorteilhaft, die friedliche Verständigung zu verschmähen und den Aufstand mit preußischen Streitkräften so rasch wie möglich zu bewältigen, noch ehe die schwerfällige Armeemaschine Rußlands aufgezogen werden konnte; die Niederlage der Aufständischen mußte ja die völlige Aufteilung Polens nach sich ziehen, und Preußen konnte dann behalten, was es besetzt hatte. Die Kriegserklärung des Rebellen Kosziusko, er-

klärte Lucchesini dem König, ist „als eines der nützlichsten Ereignisse für die Interessen der Monarchie anzusehen," denn die Nötigung, Gewalt mit Gewalt abzuwehren, verleiht ein Recht, die Gebiete, die man in Feindesland erobern wird, auch zu behalten.[1]) Zugleich bot der Aufstand in Polen erwünschte Gelegenheit, die aktive Beteiligung an der Bildung einer Reichsarmee abzulehnen. „Seine Majestät," so wurde in einer für den Reichstag bestimmten Denkschrift erklärt, „sehen sich noch in einen zweiten, kostspieligen, verderblichen und beschwerlichen Krieg mit einer nicht minder wütenden und ganz bewaffneten Nation verwickelt, der in der That alle Ihre übrige Kriegsmacht beschäftigen muß, da er Höchst-Ihnen auch die Verteidigung und Beschützung des Nordens von Deutschland und Ihrer eigenen deutschen Reichslande gegen die mit den Franken zu einem gemeinschaftlichen Revolutionszweck verbrüderten Völker aufbürdet."[2]) Es wird dabei Bezug genommen auf einen ähnlichen Fall im Jahre 1675, wo der Große Kurfürst heldenmütig und patriotisch zum Schutz der Niederlande gegen Ludwig XIV. kämpfte, plötzlich aber heimkehren mußte, um sich der in sein Land eingefallenen Schweden zu erwehren. Als Graf Lehrbach in Regensburg fortfuhr, im Namen des Kaisers darauf zu dringen, daß Preußen seiner verfassungsmäßigen Pflicht nachkomme, wurde Goerz angewiesen, zu erklären, Seine Majestät „verspreche sich von der Einsicht und Billigkeit der Mitstände, daß man Sie mit aller weiteren Zudringlichkeit darüber verschonen werde."

Nicht ohne Mühe gelang es Lucchesini, den König zu überreden, daß er selbst wieder den östlichen Kriegsschauplatz besuche. Die persönliche Anwesenheit des Monarchen, so ließ sich hoffen, würde den fatalen Streitigkeiten der eifersüchtigen russischen und preußischen Befehlshaber ein Ende bereiten.

Am 3. Juni traf Friedrich Wilhelm in Wola ein; am 6. wiesen die vereinigten Russen und Preußen bei Rawka den Angriff Kosziuskos zurück, wobei sich insbesondere Prinz Louis Ferdinand durch kühnen Reitermut auszeichnete. Am 15. nahm der preußische General Elsner das wichtige Krakau, zum Verdruß der Oesterreicher, die im Einverständnis mit Kosziusko selbst geplant hatten, die Stadt einstweilen in Depot zu nehmen.[3]) Kosziusko hatte sich nach seiner Niederlage auf Warschau zurückgezogen. Hier waren Bestrebungen aufgetaucht, eine Verfassung nach französischem Vorbild aufzurichten; die besitzende Klasse wurde durch die Plünderungslust des Pöbels argwöhnisch gemacht; der Gegensatz zwischen den „Königlichen" und den „Freunden der Freiheit" wurde immer gespannter und feindseliger. Die natürliche Folge war eine verhängnisvolle Verwirrung, die jede Aussicht auf erfolgreiche Verteidigung auszuschließen schien.

Es war ein Glück für die Polen, daß es um die Einigkeit der Gegner nicht besser stand. Die Russen wollten um jeden Preis verhindern, daß Preußen sich der Ehre rühmen könne, den Aufstand besiegt zu haben; nicht minder ängstlich

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Schriftwechsel Lucchesinis mit König Friedrich Wilhelm II. Vol. III. 1794—1797. Schreiben Lucchesinis vom 15. Juni 1794.

[2]) Ebenda. Acta comitialia etc. Denkschrift des preuß. Ministeriums vom 9. Mai 1794.

[3]) Zeißberg, Zur Geschichte der Räumung Belgiens, 40.

wurde russischen Erfolgen von preußischer Seite entgegengearbeitet. So ging nach den hoffnungsvollen Anfängen die kostbarste Zeit verloren, und als endlich zur Belagerung der Hauptstadt geschritten wurde, geriet die preußische Armee selbst in gefährliche Lage.

Inzwischen war es auch auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu Mißhelligkeiten zwischen den Verbündeten gekommen. Die Seemächte wollten sich der gemieteten preußischen Armee dort bedienen, wo es ihrem Interesse entsprach, in den Niederlanden; der preußische Feldmarschall wollte die Deckung der Rheingrenze nicht aufgeben. Aus einer Zusammenkunft in Kirchheimbolanden schieden Malmesbury und Möllendorff als offene Gegner. Auch eine Unterredung mit dem kaiserlichen General v. Seckendorff vermochte Möllendorff nicht zu bewegen, zur Deckung der Niederlande seine Stellung in der Pfalz zu verlassen. Der Erfolg schien ihm recht zu geben. Am 23. Mai erfocht er einen glänzenden Sieg bei Kaiserslautern; die Franzosen wurden gegen Pirmasens zurückgedrängt.[1]) Doch die glückliche Wendung wurde nicht ausgenützt. Eine gemeinsame Aktion der Preußen mit der Reichsarmee erwies sich als Unmöglichkeit, und ebensowenig war ein Zusammenwirken mit den Kaiserlichen durchzusetzen. Malmesbury hegte deshalb den Argwohn, daß der Leiter der preußischen Armee von den rheinischen Fürsten bestochen und die Regierung zu schwach gewesen sei, dem Hauptquartier, diesem „imperium in imperio", eine andere Richtung zu diktieren.[2]) Es ist aber schon von Häusser nachgewiesen worden, daß für Möllendorffs Verhalten der Wille des Ministeriums maßgebend war. Insbesondere Haugwitz ist von Zweideutigkeit nicht freizusprechen.[3]) Während den englischen Diplomaten versichert wurde: Zahlt nur die versprochenen Subsidien, dann könnt ihr unsere Armee nach Belieben verwenden! wurde dem Marschall bedeutet, es sei „in Rücksicht des höheren politischen und Staatsinteresses" unzulässig, sich auf irgend welche Kooperation einzulassen.

Der Monat Juni verging in Unthätigkeit. Im Juli schritten die verstärkten Franzosen zum Angriff. Am 13. Juli wurde das sogenannte Schänzli am Abhang der Vogesen ins Rheinthal, der Hauptpunkt der preußischen Stellung, der Schlüssel zur ganzen Kordonlinie der Verbündeten von Speier bis Trier, trotz verzweifelter Gegenwehr der Preußen von den Franzosen genommen.[4]) Die preußische Armee sah sich dadurch zum Rückzug genötigt und nahm ihre Stellung in der Umgebung des Donnersbergs.

Doch die eigentliche Entscheidung fiel in Belgien. Es war Carnot nicht unbekannt geblieben, daß die kaiserliche Heeresleitung mit dem Plane umgehe, einen Zug gegen Paris zu unternehmen; er gab deshalb die Absicht auf,

---

[1]) Gouvion St. Cyr, Mémoires; Carte de Kaiserslautern pour servir à l'intelligence des affaires qui ont lieu sur ce point et particulièrement celle du 23 mai 1794.

[2]) Malmesbury, Tagebücher, II, 62.

[3]) Häusser, I, 507.

[4]) Die Erstürmung des Schänzli hatten die Franzosen hauptsächlich einem Deutschen, Oberst Lufft, zu danken (Mendelssohn, Eul. Schneider und die Revolution im Elsaß; Preuß. Jahrbücher, Jhgg. 1871, 52). — (Lufft) Der Feldzug am Mittelrhein in den Monaten Mai, Juni und Juli 1794, 148.

Frankreich am Rhein zu verteidigen, und griff auf Dumouriez' Plan zurück, die erste natürliche Eroberung im Norden zu suchen. „Es ist unumgänglich notwendig," schrieb er am 18. März, „in den Niederlanden binnen wenigen Monaten einen großen, entscheidenden Erfolg zu erreichen; nur ein halber Sieg wäre der Untergang der Republik".[1]) Die ersten Kämpfe in Belgien brachten zwar nicht die erhofften Vorteile, aber bei Tourcoing (18. Mai) gelang es Pichegru, die kombinierte Armee der Verbündeten zu schlagen, und wenige Wochen später fiel der entscheidende Schlag an der Sambre. Am 26. Juni stritten 50 000 Oesterreicher unter dem Prinzen von Koburg auf der Linie von Fontaine l'Evecque bis Fleurus mit den Franzosen unter Jourdan. Bis Mittag hatten die Oesterreicher schätzbare Teilerfolge errungen, doch im weiteren Verlauf des Kampfes verschlimmerte sich ihre Lage, und als Koburg Kenntnis erhielt, daß die Festung Charleroi, zu deren Entsatz er an die Sambre vorgerückt war, schon tags vorher übergeben worden sei, trat er, obwohl die Hoffnung, mit der Schlacht zugleich die Festung zu gewinnen, gar nicht ausgeschlossen war, den Rückzug hinter die Maas an.[2])

Es ist eine vielumstrittene Frage, ob die Leiter der österreichischen Politik sich schon damals mit der Absicht trugen, Belgien aufzugeben. Die nicht auf Quellenbelege, sondern nur auf gewagte Folgerungen gestützte Behauptung Wolfgang Menzels, der Herzog von Koburg habe im Auftrag Thuguts alles so eingerichtet, daß er geschlagen und zum Rückzug genötigt werden mußte,[3]) braucht nicht ernsthaft genommen zu werden. Doch auch Sybel[4]) und Häusser[5]) stellten die Vermutung auf, der Feldzug in Belgien hätte nicht so unglücklichen Verlauf nehmen können, wenn nicht eine gewisse Gleichgültigkeit auf kaiserlicher Seite den Franzosen in die Hand gearbeitet hätte; es sei dem Minister Thugut nicht mehr darum zu thun gewesen, Belgien zu verteidigen, da sich eine dauerhafte Verbindung dieser Provinz mit den Erblanden doch nicht erhoffen ließ; Thugut habe sich leichteren Gewinn von einer Mitwirkung Oesterreichs am bevorstehenden Kriege Rußlands mit der Pforte versprochen, vor allem aber verhindern wollen, daß Preußen allein die polnische Beute einstecke. Deshalb habe der Kaiser bei Tourcoing den Herzog von York preisgegeben, ohne seine Armee ins Treffen einrücken zu lassen; deshalb sei er noch vor der endgültigen Entscheidung plötzlich nach Wien zurückgekehrt; deshalb sei von Koburgs Nachfolger Clerfait der übereilte Rückzug über die Roer, schließlich sogar auf das rechte Rheinufer angetreten worden.

Die Behauptung der beiden Geschichtschreiber enthält eine schwere Anklage. Der unglückliche Feldzug von 1794 ist ja die Peripetie im Drama des großen Kampfes der Patrone der Legitimität mit den Vorkämpfern der Revolution; zwanzig Jahre lang blieben die 1794 vom Reich abgerissenen Rheinlande in den Händen der Franzosen.

---

[1]) Bonnat, 310.

[2]) Erzherzog Carl, Der Feldzug von 1794 u. 1795; Oesterr. milit. Zeitschr., Jhgg. 1872, 18.

[3]) Literaturblatt, Jhgg. 1829, 23.

[4]) Sybel, III, 138.

[5]) Häusser, I, 515.

Vivenot hat sich im allgemeinen damit begnügt, die Darstellung der „kleindeutschen Geschichtsbaumeister", die Vorwürfe Sybels und die dafür gesammelten Beweise als Lug und Trug zurückzuweisen. Ruhiger und sachlicher haben Hüffer[1]) und Zeißberg[2]) die Frage untersucht, und ihre Entscheidung dürfte dem wirklichen Sachverhalt am nächsten kommen. Thatsache ist: nicht bloß bei preußischen, sondern auch bei französischen und englischen Diplomaten bestand die Meinung, daß der Wiener Hof falsches Spiel treibe. Lucchesini wollte schon am 19. Juni sichere Kunde haben, daß Feldmarschall Lacy die Räumung Belgiens anempfohlen habe. Der Herzog von York schrieb an Koburg, der Rückzug werde noch schlimmere Folgen haben, als eine Niederlage! „Gerade heraus, Ew. Durchlaucht, die britische Nation, deren öffentliche Meinung keine verächtliche Sache ist, kann hier nicht anders urteilen, als daß wir verraten und verkauft sind!"[3]) Der royalistische Agent Mallet du Pan schob das Mißlingen des Feldzugs von 1794 auf die Politik des Ministers Thugut, „der den Kaiser und seine Truppen zu dem unseligen Rückzug drängte".[4]) Ebenso brachte der französische Agent Rivalz in Basel die überstürzte Rückkehr des Kaisers nach Wien und den Rückzug der kaiserlichen Armee in Zusammenhang mit einem Gerücht, der Kaiser wolle um den Preis der Ueberlassung Belgiens an Frankreich Frieden schließen.[5]) Der französische Gesandte in der Schweiz, Barthelemy, berichtete am 23. Juli an den Wohlfahrtsausschuß: „Ein Bewohner des Kantons Freiburg, ein guter Patriot, der aber in den letzten Jahren in Wien lebte, ist unlängst zurückgekehrt. Er reiste von dort im nämlichen Augenblick ab, als die überraschenden Nachrichten aus Flandern eintrafen. In allen Kreisen war man darüber einig: Der Friede kann nicht rasch genug geschlossen werden! es ist unmöglich, den Krieg fortzusetzen, es ist unmöglich, die Niederlande zu behaupten! Man muß sie also lieber heute als morgen aufgeben, — hätte man sich doch schon früher dazu entschlossen, statt sich in den verhängnisvollen Krieg zum Schutz der Tyrannen einzulassen!"[6])

Für die Auffassung des Republikaners gilt wohl das Wort: Der Wunsch war der Vater des Gerüchts! Die Gegner aber ließ der Argwohn Gespenster sehen.

Zeißberg hat aus den Immediatberichten Lacys an den Kaiser nachgewiesen, daß gerade von dem Senior der kaiserlichen Generalität die Räumung Belgiens am entschiedensten verurteilt wurde.[7]) Auch Thugut und der Kaiser dachten nicht daran, freiwillig auf Belgien Verzicht zu leisten; sie wurden nur durch die Macht der Verhältnisse dazu gezwungen. Insbesondere der preußische General v. Witzleben[8]) hat in seinem trefflichen Werk über Prinz Friedrich Josias von

[1]) Hüffer, 65.

[2]) Zeißberg, Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs in den franz. Revolutionskriegen, IV (1885), Einleitung, VI. — Zeißberg, Zur Geschichte der Räumung Belgiens und des polnischen Aufstands 1794, nach Lacys Vorträgen an den Kaiser; Archiv für österr. Geschichte, 72. Bd. (1888).

[3]) Sybel, III, 140.

[4]) Mémoires et correspondance de Mallet du Pan, recueillis par Sayous, II, 83.

[5]) Papiers de Barthélemy, IV, 151.

[6]) Ebenda, IV, 205.

[7]) Zeißberg, 57.

[8]) Witzleben, Prinz Friedrich Josias, Herzog von Koburg-Saalfeld III, 403.

Koburg überzeugend dargethan, daß am Rückzug der Kaiserlichen nicht politische Rücksichten und Ränke, sondern teils allzu ängstliche, teils verfehlte Anordnungen des kranken Heerführers die Schuld trugen.[1]) Aus einem Briefe des Kaisers an Koburg vom 15. Juli geht deutlich hervor: so konnte der Kaiser unmöglich sprechen, wenn er selbst mit dem Verzicht auf Belgien sich getragen und seinem Feldherrn darauf zielende Befehle gegeben hätte.[2]) Ein zweites Schreiben des Kaisers vom 31. Juli tadelt die „unerwartet eilfertige Räumung der ganzen Niederlande, welche dem Feinde mit dem unbestrittenen Besitz dieser reichen Provinz die erklecklichsten Mittel zur Vergrößerung seiner Macht gegeben" habe. Noch entschiedener lautet die Sprache in einem Schreiben vom 14. August, worin der Kaiser schleunige Versuche zur Wiedereroberung Belgiens anordnete. Doch auch der Nachfolger Koburgs, Clerfait, verfügte nur über ungenügende Streitkräfte und war nicht der kühne, entschlossene Heerführer, der ein in verfahrenes Geleise geratenes Unternehmen auf eine glücklichere Bahn gebracht hätte. Seine Briefe beweisen, daß er, durch Alter, Krankheit und Aengstlichkeit in seinen Entschlüssen und Bewegungen gehindert, immer weiter zurückgedrängt wurde; ja, in den ersten Tagen des Oktober wurde das linke Rheinufer von den Kaiserlichen gänzlich geräumt. Durch mißliche Verhältnisse gezwungen, schrieb Clerfait am 7. Oktober, habe er diesen Rückzug antreten müssen, obwohl er recht gut wisse, welches Verhängnis er damit heraufbeschwöre.

Auch Vivenot findet begreiflich, daß das ängstliche Zurückweichen der Oesterreicher und die glänzenden Fortschritte der Franzosen den Bestrebungen der preußischen Friedenspartei starken Vorschub leisteten.[3]) Freilich hätte es dessen kaum noch bedurft. Wenn der Krieg zwischen Frankreich und Preußen schon bisher „ohne feindselige Gesinnung und ohne Haß"[4]) geführt worden war, so ließ der Aufstand in Polen den preußischen Politikern das Ausscheiden aus der Koalition in erhöhtem Maße rätlich erscheinen. Den Krieg nach zwei Fronten zu führen, schien um so bedenklicher, da die Geldfrage auch durch den Haager Vertrag nicht in befriedigender Weise gelöst war. Erst im Juli war eine erste Geldsendung aus London eingetroffen, und seit sich der Zwist wegen der Verwendung der preußischen Truppen erhoben hatte, war die Einstellung der englischen Subsidien jeden Tag zu befürchten. So bildete sich allmählich unter den Ministern und Generälen „eine Art Verschwörung" (Bailleu), um den König, der noch immer am Kampfe für das monarchische Prinzip und am Bündnis mit Oesterreich festhalten wollte — es war nichts anderes als eine diplomatische Finte, daß Haugwitz sich bei Malmesbury über die Friedensneigung des von jakobinisch gesinnten Illuminaten umsponnenen Königs beklagte —,[5]) wenigstens zur Anknüpfung von Friedensver-

[1]) Auch in Stahns Dissertation, Die Ursachen zur Räumung Belgiens im J. 1794 (1889), werden die entscheidenden Vorgänge aus militärischen Motiven und der lässigen Teilnahme Englands erklärt.

[2]) Sybel (Histor. Zeitschr., 15. Bd., 87) will das Schreiben vom 15. Juli mit der Katastrophe des 9. Thermidor in Zusammenhang bringen; diese erfolgte aber erst am 27. Juli.

[3]) Vivenot, Herzog Albrecht, II, 1, 284.

[4]) Bailleu, Preußen und Frankreich von 1795—1807, I, Einleitung, IX.

[5]) Malmesbury, Tagebücher, II, 53.

handlungen mit Frankreich zu bewegen.[1]) Als Leiter dieser Bestrebungen ist kein anderer als der Oberbefehlshaber der preußischen Truppen, Möllendorff, anzusehen. Das Verhalten des Marschalls und seiner Offiziere läßt deutlich erkennen, daß die Armee Friedrichs des Großen nicht mehr auf der Höhe stand, mochte noch so beredt alle Schuld an den Mißerfolgen auf die „ungewöhnliche" Kriegführung der Gegner und die zweckwidrige Mitwirkung der Bundesgenossen geschoben werden.

Wir werden sehen, daß sich Möllendorff sogar auf geheime Anzettelung mit den Franzosen einließ, um das nach seiner Auffassung zu Preußens Rettung unerläßliche Friedenswerk einzuleiten. Als er auch dem Marchese Luccheſini seine Wünsche kundgab, erwiderte dieser, er für seine Person hätte nichts gegen eine Verhandlung mit Robespierre einzuwenden — habe doch auch Mazarin mit einem Cromwell sich eingelassen —, allein die Zustimmung des Königs würde niemals zu erlangen sein; auch würde die Zarin eine Aussöhnung mit dem ruchlosen Mörder Ludwigs XVI. nimmermehr verzeihen und sicherlich ihrem Groll durch mißgünstige Einwirkung auf die polnischen Verhältnisse Ausdruck geben.[2])

Doch auch dieses Hindernis wurde durch die Katastrophe vom 9. Thermidor beseitigt. Ein volles Jahr hatte die Gewaltherrschaft Robespierres gedauert. Durch die Gunst der Jakobiner mit einer Art Diktatur ausgestattet, hatte er nichts hervorgebracht als Acht- und Todesurteile. Indem er im Namen des Pöbels, der sich eigenmächtig den Titel des souveränen Volks beilegte, das schlimme Beispiel einer Auflehnung gegen die verfassungsmäßige Volksvertretung gab, hatte er den Niedergang der Revolution eingeleitet. Durch seine Uebertreibungen, durch seine Unmenschlichkeit hatte er der neuen Freiheit ein schimpfliches Brandmal aufgedrückt. Als die Proskriptionslisten immer maßloser anwuchsen, verbündeten sich endlich alle Bedrohten zu gemeinsamer Abwehr; die kleineren Raubvögel suchten mit vereinten Kräften den großen Geier unschädlich zu machen. „Es ist besser, daß ein Mann sterbe, als daß das Vaterland zu Grunde gehe!" Mit diesem Wort hatte Robespierre seine Abstimmung für den Tod Ludwigs XVI. begründet; das nämliche Wort führte Tallien an, als die Gegner des Diktators am Vorabend des 9. Thermidor in Barras' Wohnung zusammenkamen. Der nächste Tag (27. Juli) brachte den Sturz des Uebermächtigen; die Schreckensherrschaft ertrank in dem Blut, das sie in Strömen vergossen hatte. Der zum Schafott geschleppte Diktator wurde von dem nämlichen Volk, das ihn noch vor wenigen Tagen vergöttert hatte, verflucht und verhöhnt. Der Rückschlag beginnt; die Besitzenden kommen wieder obenauf; der Knüttel der jeunesse dorée besiegt die Pike; die Herrschaft der Proletarierquartiere geht zu Ende. Nicht zur Verfassung von 1793 wird zurückgekehrt, sondern eine neue ausgearbeitet, welche die republikanische Staatsordnung auf neuen Grundlagen aufrichten, die bürgerlichen Rechte und Pflichten ins Gleichgewicht setzen soll. „Nur ein Land, das durch die Besitzenden regiert wird, kann sich der richtigen

---

[1]) Bailleu, König Friedrich Wilhelm II. und die Genesis des Friedens von Basel; Histor. Zeitschr., N. F., 39. Bd., 245.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Luccheſini an Möllendorff, 19. Juli 1794.

sozialen Ordnung erfreuen!" Dieses Wort Boissy d'Anglas', des Vorsitzenden der Verfassungskommission, kennzeichnet den Umschwung. Aktives und passives Wahlrecht wird an einen Zensus geknüpft. Mittelpunkt des neuen staatlichen Organismus soll zwar die Volksvertretung bleiben, aber die eigentliche Leitung des Staates wird einem Direktorium von fünf Mitgliedern übertragen.

Auch für das Verhältnis Frankreichs zum Ausland brachte der 9. Thermidor einen wichtigen Umschwung. Freilich das „Recht der Revolution", d. h. das Recht, im Namen der Freiheit Frankreich nach allen Seiten hin zu vergrößern, wurde von Tallien und Barras um nichts weniger herrschsüchtig ausgebeutet, als von Robespierre. Doch mit der épuration de la France, mit der Aufrichtung einer gemäßigt demokratischen Republik war immerhin für die Monarchen ein wesentliches Bedenken gegen jede Annäherung an Frankreich weggeräumt; auch in Preußen konnte nun eher daran gedacht werden, den unpopulären Krieg aufzugeben.

Sollten deutschnationale Gesichtspunkte vom Frieden abhalten? Wie in Berlin das Verhältnis Preußens zum Reichsoberhaupt aufgefaßt wurde, zeigt eine merkwürdige Stelle in dem tonangebenden „Berlinischen Archiv": „Wir Preußen haben keinen Kaiser, selbst die Brandenburger nicht, wegen des Privilegii de non appellando. Der Kaiser thut uns nichts zu gute, aber auch nichts zu leide; das letztere haben wir aber von dem Erzherzog von Oesterreich zu befürchten."[1] Diese Anschauung war im Ministerium, wie in den Volkskreisen vorherrschend. Doch war es etwa anders in München oder Mainz, Dresden oder Hannover?

Trotz alledem hatte Friedrich Wilhelm die richtige Empfindung, daß es für ihn nicht rühmlich wäre, die Verteidigung des Reichsgebiets an Rhein und Mosel aufzugeben. Vermutlich würden ihn auch die Empfehlungen seiner Minister und Generäle nicht zu anderer Meinung bekehrt haben, wenn nicht die Dinge in Polen eine so verhängnisvolle Wendung genommen hätten.

Im Juli wurde Warschau von 25000 Preußen und 13000 Russen eingeschlossen; in der Nacht zum 28. Juli wurde der erste Laufgraben errichtet. Die Stadt, die infolge ihrer weitläufigen Bauart einen Umfang von etwa zwanzig Kilometern hatte, war nur von 15000 Mann Linientruppen besetzt, außerdem nur von schlechtbewaffneten Bürgern und Bauern; auch der größte Teil der Festungswerke, im Drang der Not rasch hergestellt, konnte einer regelrechten Beschießung nicht stand halten.[2] Trotzdem machte die Belagerung nur langsame Fortschritte; im Gegensatz zu den halben Maßregeln der Angreifer war die Verteidigung ebenso rührig wie besonnen. Als endlich der Befehl zum Sturm gegeben war, wurde er vom König zu allgemeinem Erstaunen wieder zurückgenommen. Die Rücksicht auf den im August in Südpreußen ausgebrochenen Aufstand, das Ausbleiben des Munitionstransports und der hohe Krankenstand bei den Truppen ließen der Leitung rätlich erscheinen, das Unternehmen gegen Warschau aufzugeben; gewiß trug auch eine durch körperliches Leiden hervorgerufene Verstimmung des Königs zu diesem Entschlusse bei.[3] In der Nacht

[1] Berlinisches Archiv der Zeit, I, 558.

[2] Knoll, 100.

[3] Bailleu, König Friedrich Wilhelm II. 248.

zum 6. September marschierten die Preußen ab; der Rückzug aus der Champagne fand ein ebenso unrühmliches Gegenstück in einem kopflosen Rückzug aus Polen. General Schwerin, dem der nach Potsdam heimkehrende Monarch den Oberbefehl abgetreten hatte, mußte sich damit begnügen, in Südpreußen den Aufstand zu dämpfen. Auch der Russe Fersen mußte von Warschau abziehen; der erste Versuch, die Selbstbefreiung der Polen zu verhindern, war glänzend abgeschlagen. Dombrowsky nahm Bromberg ein, bedrohte Thorn und Danzig, — bis nach Frankfurt an der Oder verbreiteten seine Streifscharen Furcht und Schrecken. Die Operationen der preußischen Armee waren dadurch gelähmt, daß Schwerin immer vom König, also von einer räumlich weit entfernten Stelle Weisungen erhielt, daß jede Selbstthätigkeit der Führer nahezu ausgeschlossen war. Auch waren die preußischen Truppen auf ein zu weites Gebiet zerstreut, denn auch Sandomir und Krakau waren noch immer von ihnen besetzt, damit diese Gebiete bei der angestrebten neuen Teilung schon in ihrem Besitz wären. Dagegen war es fraglich, ob die Berliner Besatzung und die übrigen verfügbaren Truppen im stande sein würden, einen Vorstoß der Polen gegen die Mark abzuwehren. „Der kleine Cäsar" (der preußische Botschaftssekretär), schrieb Thugut an Colloredo am 9. September, „kam noch spät abends zu mir, um mir mit ersichtlicher Bestürzung mitzuteilen, daß ein gefährlicher Aufstand in Südpreußen ausgebrochen sei und der König durch dieses Ereignis und den Verlust eines großen Transports sich genötigt sehe, die Belagerung von Warschau aufzuheben." Ein gleichzeitig mitgeteiltes Schreiben von Lucchesini sei in so honigsüßem Tone gehalten, daß man nicht daran zweifeln könne: Die Preußen selbst sehen ihre Lage für recht ungünstig an. „Nach meiner Ansicht sollten Ew. Excellenz nicht unterlassen, Seine Majestät ganz ergebenst zu bitten, daß dieses Ereignis ja nicht voreilig bekannt gemacht werde: die Preußen könnten es so auslegen, als ob wir uns darüber freuten . . ."[1])

Diese beschämende Wendung in Polen mußte den König, der noch kurz vorher erklärt hatte, er wolle so bald wie möglich selbst wieder am Rhein den Oberbefehl übernehmen, an diesem Entschluß irre machen. Dazu kamen die immer wiederkehrenden Mahnungen aller Räte und Diener: Um den eigenen Staat und wenigstens den alten Gewinn in Polen zu sichern, gibt es nur ein Mittel: schleunige Abberufung der Truppen vom Rhein.

Schon in einer Denkschrift vom 24. Januar 1794 hatte Hardenberg dem König dargelegt, Preußen dürfe sich nicht länger vom Kaiser ins Schlepptau nehmen und für österreichische Interessen ausbeuten lassen. Von Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich könne nun einmal keine Rede sein; man möge also loyal die Republik anerkennen und zur Anbahnung des allgemeinen Friedens, falls es nötig sein sollte, auch vor einem partiellen nicht zurückschrecken. Da selbstverständlich das siegreiche Frankreich nicht für die Kriegskosten aufkommen wolle, müsse man trachten, durch Säkularisierung von Hochstiften zu einer Entschädigung zu gelangen; dieses Mittel entspreche alten reichsgeschichtlichen Vorgängen und sei immer wieder von Zeit zu Zeit in Vorschlag gebracht worden.

[1]) Vertrauliche Briefe des Freiherrn von Thugut, herausg. von Vivenot, I, 133.

Daran knüpften sich Reformvorschläge, die im wesentlichen eine Wiederbelebung des Fürstenbundes, eine Umgestaltung Deutschlands zwar „unter Abwehr revolutionärer Einflüsse", aber „in konservativ-liberalem Geist" bezweckten.[1])

Von französischen Agenten wurde die Volksstimmung in Berlin mit den düstersten Farben geschildert. Der Gegensatz der sinnlichen Ausschweifungen des Königs zu der Glaubens- und Sittenstrenge, die er von seinen Unterthanen fordere, sei auf die Dauer unerträglich geworden. Alle Welt grolle ob der Unduldsamkeit der Regierung, die um so peinlicher wirke, da das Volk unter dem verstorbenen König volle Gewissens- und Kultusfreiheit genossen habe. Es bedürfe nur eines äußeren Anstoßes, um die allgemeine Unzufriedenheit in offene Empörung zu verwandeln. Diese Gefahr sei auch den Regierungskreisen nicht unbekannt und mache viele geneigt, den Krieg im Ausland aufzugeben, um alle Kraft im Innern zu konzentrieren.[2])

Gewiß nicht aus diesem Anlaß, wohl aber infolge der steigenden Finanznot Preußens, der unerwarteten Fortschritte der französischen Waffen, vor allem des Anwachsens der Rebellion in Polen wurden die Friedensmahnungen in Berlin häufiger und dringlicher. Neben den berufenen Ratgebern drängten sich auch unberufene an den König mit Bitten und Klagen, die samt und sonders in das Verlangen nach Frieden ausmündeten. Ein jüdischer Handelsmann Ephraim, der in sich selbst, wie Lucchesini spottete, einen großen politischen Genius erblickte, legte dem Könige eine Denkschrift vor, welche die Notwendigkeit eines raschen Friedensschlusses drolliger Weise mit der Unwiderstehlichkeit der französischen Waffen begründete. „Das alte preußische Waffenglück ist nur daraus zu erklären, daß Friedrich II. die römische Taktik dem Gebrauch des Feuergewehrs anpaßte und zweckmäßig abänderte. Die Franzosen bedienen sich aber derselben Taktik und des Feuergewehrs nur zur Unterstützung ihrer Fechtweise mit blanker Klinge. Dazu ist aber die Aufopferung vieler Menschen notwendig, sowie eine Art Raserei, mit Todesverachtung auf den Feind zu gehen. Um diese Stimmung zu erzeugen, bedienen sich die Türken des Opiums, doch hält die Wirkung nicht lange vor; anders dagegen ist es mit dem Freiheitsrausch der Franzosen, dessen feuriger Wirkung die Armeen anderer Mächte schlechterdings nichts entgegenzusetzen haben." Da dieser schwärmerische Opfermut unüberwindlich mache, gebe es keinen anderen Ausweg, als Frieden mit Frankreich, und keinen besseren Vermittler als den Verfasser der Denkschrift selbst. Auf Lucchesini's Vorschlag begnügte sich der König damit, dem Ratgeber die Frage vorzulegen, wer ihn denn ermutigt habe, sich zum Richter des politischen Verhaltens seines Königs aufzuwerfen. „Sicherlich," meinte Friedrich Wilhelm, „hat den politischen Hebräer kein anderer zum Schreiben getrieben, als der Graf Hertzberg."[3]) Denn schon vor Ephraim hatte Hertzberg, der seit der Pillnitzer Konvention nur noch als Zuschauer den Gang der Ereignisse verfolgt hatte, dem König eine dringliche Warnung vor Fortsetzung des Krieges zugehen lassen. „Man fragt immer," schrieb er im Juli

[1]) Ranke, I, 160.

[2]) Papiers de Barthélemy, IV, 151 ff.

[3]) Preuß. St.-Arch. Lucchesini an den König, 10. August 1794, und beiliegendes Handbillet des Königs.

an den König, „mit wem in Frankreich der Friede zu schließen wäre? Die Antwort fällt doch gewiß nicht schwer: mit denjenigen, die alle Macht an sich gerissen und zur Genüge bewiesen haben, daß das ganze koalierte Europa sie nicht zu besiegen vermag.“ Als der Brief des Exministers ohne Antwort blieb, folgte ein zweiter. Infolge der französischen Siege in Italien und Spanien und Belgien sei die Lage eine so ungünstige geworden, daß man den Frieden, wenn es nicht anders gehe, sogar durch Aufopferung Südpreußens erstreben müsse. In einem dritten Schreiben bezeichnete Hertzberg sich selbst, „dessen Festigkeit und Offenheit der französische Nationalkonvent aus der Vergangenheit kenne“, als den geeignetsten Vermittler.

Der König wies „Ratschläge, die er nur dann schätze, wenn er sie erfordere“, schroffer zurück, als es sich mit der Dankbarkeit für sechsundvierzigjährige Dienste vertrug.[1]) Doch auch jene Männer, denen der König unbedingtes Vertrauen schenkte, rieten zum Frieden. Hardenberg wiederholte am 26. Juli sein Mahnwort: „Niemand kann sich verhehlen, daß rasche und gemeinsame Herbeiführung des Friedens das einzige Mittel ist, uns vor den drohenden Uebeln zu bewahren oder doch einigermaßen zu entfernen.“[2]) Nicht anders dachten die übrigen Minister, ja auch General Bischoffswerder wirkte nunmehr mit ebenso großem Eifer für den Bruch mit Oesterreich, wie er ehedem das Bündnis gefördert hatte.[3])

Trotzdem blieb der König noch standhaft. „Wenn wirklich die anderen,“ schrieb er an Lucchesini, „nicht mehr im stande sein sollten, den Krieg noch länger fortzusetzen, muß man ja wohl an Frieden denken, allein ich will nicht der erste sein, der mit den Königsmördern die ersten Worte wechselt.“ Lucchesini schlug vor, es möge vom Kaiser eine kategorische Erklärung gefordert werden, daß er wenigstens Maastricht und Venloo durch seine Armee verteidigen lasse, wie es die Sicherheit Hollands und der preußischen Besitzungen in Franken und Westfalen gebiete, und zugleich möge der Kaiser ersucht werden, ein Hülfscorps von 20 000 Mann nach Polen zu senden; zu rühriger Betreibung dieser Bitte, von deren Schicksal die weitere Entscheidung abhänge, wolle er, Lucchesini, selbst nach Wien gehen. Friedrich Wilhelm war damit einverstanden. „Es ist sehr notwendig, festzustellen, daß meine angebliche Korrespondenz mit der Zarin nur von einem Demokraten erfunden wurde, um glauben zu machen, daß ich willens wäre, mich vom gemeinsamen Kampfe für die gute Sache zurückzuziehen.“[4])

Um die Mitte des September traf Lucchesini in Wien ein, allein seine Bemühungen waren vergeblich; Thugut beharrte bei der Versicherung, die kaiserliche Regierung sei nicht in der Lage, das erbetene Hülfscorps zur Verfügung zu stellen.[5]) Zugleich vernahm man in Potsdam und Berlin, daß von den Russen,

---

[1]) Die Briefe sind abgedruckt in Häberlins Staatsarchiv, I (1796), 7, in deutscher Uebersetzung auch bei Posselt, E. Fr. Graf v. Hertzberg (1798), Anhang, 38.

[2]) Ranke, I, 215.

[3]) Ebenda, I, 253.

[4]) Preuß. St.-Arch. Briefe Lucchesini's an den König vom 13. u. 14. August 1794 und Handbillet des Königs.

[5]) Vivenot, II, 1, 626.

seit ihnen allein die Niederwerfung des polnischen Aufstands obliege, Sieg auf Sieg erfochten werde. Schlimmer noch war die Gewißheit, daß ein geheimes Einverständnis zwischen dem Petersburger und dem Wiener Hofe erzielt worden sei. Und mitten in diese ärgerlichen, verstimmenden Meldungen und Gerüchte fiel die Erklärung des englischen Ministers Pitt, das englische Kabinett sehe sich angesichts der mangelhaften Erfüllung des Haager Vertrags bemüßigt, die Subsidienzahlung bis auf weiteres einzustellen. Am 5. Oktober traf die Nachricht in Berlin ein; am 8. gab der König dem Marschall Möllendorff „Ermächtigung", angesichts des Zurückweichens der Oesterreicher unter Umständen ebenfalls über den Rhein zurückzugehen. Durch erneute Vorstellungen des wieder in die alte Gunststellung aufgenommenen Bischoffswerder wurde erreicht, daß die Weisung an Möllendorff einige Tage später in etwas schärferer Fassung wiederholt wurde, wenn auch immer noch zur Ausführung nähere Bestimmung vorbehalten blieb.[1]) „Gott weiß," schrieb der König an seine Gunstdame, „wie nahe mir der Rückzug geht und wie er mir zuwider ist!" Als Minister Alvensleben neuerdings rasche Betreibung des Friedens empfahl, wies ihn der König mit ungnädigen Worten zurecht. „Ich werde mich wohl hüten," erwiderte er (20. Oktober), „bei einer Unterhandlung mit der Nationalversammlung mich voranzustellen; durch einen solchen Schritt würde ich Vertrauen und Achtung in Europa einbüßen; es wäre eine meinem Charakter widersprechende Niederträchtigkeit, und ich würde jeden verleugnen, der sich unterstände, meinen Namen bei Verhandlungen mit der Nationalversammlung zu gebrauchen."

Doch bald darauf erfolgte der Umschwung. Auf Andringen des Finanzministers Struensee war eine Kommission zusammengetreten, die den Finanzstand des Staates genauer untersuchen und zur Abhülfe dienliche Mittel ausfindig machen sollte. Das Ergebnis war zwar nicht so entmutigend, wie man nach Struensee's Angaben hatte befürchten müssen; immerhin lautete das einstimmige Urteil: Dem Niedergang Preußens kann nur durch baldigen Friedensschluß vorgebeugt werden. Zur Deckung der Kriegskosten wurden, da weder die Heranziehung des Adels zur Steuerpflicht noch eine stärkere Besteuerung der Kapitalisten die Billigung der Kommission fanden, eine inländische Anleihe und die gesteigerte Ausprägung von Groschen und Kreuzern anempfohlen. „Das war das Ergebnis von Beratungen, zu denen sich eine Woche lang die erfahrensten Beamten des Staates vereinigt hatten, ein trauriges und erschreckendes Zeugnis für die wirtschaftliche und finanzielle Unfruchtbarkeit und Ohnmacht des preußischen Staates in seinen alten Formen."[2]) Die ganze Nation teile, so versicherte der Bericht, den „patriotischen Friedenswunsch" und werde auch zur Uebernahme außerordentlicher Lasten bereit sein, wenn nur noch der zur Erhaltung des Staates notwendige Krieg in Polen, nicht aber die unnötige Einmischung in fremde Händel Opfer heische.

Zur Unterstützung des Antrags ersah sich Struensee den Oheim des Königs, Prinz Heinrich, „den geborenen Beschützer aller Franzosen", wie ihn der Franzose

[1]) Bailleu, 253.
[2]) Ebenda 261.

Bacher nannte. Prinz Heinrich führte, seit sein Bruder gestorben war und sein Neffe ihm jeden Einfluß auf Staats- und Heeresangelegenheiten entzogen hatte, auf Schloß Rheinsberg, seiner „grünen Insel", ein epikureisches Eremitenleben. Da er für einen erklärten Anhänger der französischen Partei galt, erregte es nicht geringes Aufsehen, als er plötzlich vom König nach Potsdam berufen wurde. Am 25. Oktober fand im Schloß Sanssouci eine Unterredung statt; einige Tage später legte der Prinz eine Denkschrift vor. Darin war alles zusammengefaßt, was zu Gunsten einer raschen Verständigung mit Frankreich geltend gemacht werden konnte. Jetzt sei noch die Möglichkeit geboten, günstige Bedingungen zu erlangen; später werde von den siegreichen Franzosen ohne Zweifel auf Zurückgabe der polnischen Beute gedrungen werden. Es empfehle sich, daß Preußen nicht bloß für sich Frieden schließe, sondern auch die Mediation zwischen Frankreich und den kriegführenden Mächten übernehme; freilich sei nicht wahrscheinlich, daß Oesterreich und England darauf eingehen würden, doch genüge es, wenn nur das Reich die Vermittlung Preußens annehme und dadurch den König gewissermaßen als natürlichen Schutzherrn anerkenne. Falls sich wider Erwarten auch Oesterreich einer solchen Friedensmediation anschließen würde, könnte ihm zur Entschädigung für die Niederlande das Erzstift Salzburg, allenfalls auch eine Grenzerweiterung gegen Polen, keinesfalls aber Baiern zugesprochen werden. Daß Frankreich die Niederlande an sich reißen werde, sei als vollendete Thatsache zu betrachten, dagegen könnten Gebietsforderungen an das Deutsche Reich vielleicht noch abgewehrt werden durch die Erklärung, daß man nunmehr die Republik, wie früher den König von Frankreich, als Bürgen des westfälischen Friedens anerkennen wolle. — Von einer engeren Verbindung mit Frankreich ist in der Denkschrift nicht die Rede.[1])

„Ew. Königliche Hoheit haben in dieser äußerst delikaten Sache die Bahn gebrochen," schrieb Struensee an den Prinzen, „Sie haben zuerst den festen Entschluß hervorgerufen, dem Krieg am Rhein baldmöglichst ein Ende zu machen." Diese Annahme war damals allgemein verbreitet, und Prinz Heinrich selbst glaubte seiner Anregung den Umschwung des politischen Systems zuschreiben zu dürfen. Jedenfalls müßte aber die Umstimmung des Königs nicht erst durch die Denkschrift, sondern schon durch die Unterredung in Sanssouci erwirkt worden sein, denn schon am 25. Oktober fiel die Entscheidung. Da dem Monarchen von allen Seiten versichert wurde, daß längeres Zaudern den Staat gefährde, konnte und wollte er nicht länger widerstreben: er gab die Erlaubnis, Unterhandlungen mit Frankreich einzuleiten.

In Wahrheit handelte es sich nur um eine Fortsetzung von Verhandlungen, die schon vor geraumer Zeit ohne Vorwissen des Königs angeknüpft worden waren. Zum Verständnis der Lage muß in Kürze auch darauf eingegangen werden.

Der Wunsch, die Koalition zu sprengen, bestand in Frankreich, seit die Koalition ins Leben getreten war. Wir sahen, daß schon während des Kriegs in der Champagne und noch später wiederholt versucht wurde, Preußen von der

[1]) Ranke, I, 254.

„unnatürlichen" Verbindung mit Oesterreich abzulenken; wir sahen, daß diese Idee in Preußen zahlreiche Anhänger hatte und zwar ebenso in hohen Kreisen, wie im Bürgerstand. Hören wir nur, wie ein Agent der Republik die Aufnahme gefangener Franzosen in der Umgebung von Berlin schildert![1]) „In der verflossenen Woche," schreibt ein Ungenannter am 27. August 1794 an den französischen Gesandten in der Schweiz, „hat man eine Anzahl unserer braven Gefangenen von Magdeburg nach Stettin gebracht. Um sie zu sehen, strömten drei Vierteile aller Neugierigen von Berlin in Oranienburg und ein paar Tage darauf in Bernau zusammen. Den Transport über Berlin selbst zu leiten, getraute man sich gar nicht, weil der Andrang zu gewaltig geworden wäre. Was sind das aber auch für herrliche Leute! Selbst diejenigen, die am dümmsten aussahen (le plus bête en apparence), zeigten mehr Geist und Witz, als manche Generäle. Man ließ ihnen volle Freiheit; sie konnten thun, was sie wollten. Da musizierten sie denn, führten Kontretänze auf und machten dabei Kreuzsprünge, daß unsere Berliner der helle Neid beschlich. Sie sangen auch die Marseillaise, riefen Ça ira!, tanzten die Karmagnole, fochten, würfelten, spielten mit Karten, schlugen Räder, — dies alles war zum Totlachen! Die Prinzessin . . . unterhielt sich sehr eingehend mit einem General in weiten Hosen, einem ungemein witzigen, verständigen und verdienstvollen Mann. Heute noch spricht alle Welt mit wahrer Begeisterung von diesen Republikanern! Gleichzeitig kam ein Transport polnischer Gefangener, die sich in traurigem Zustand befanden. Sofort veranstalteten unsere Karmagnolentänzer eine Sammlung, indem sie sagten: „Diese armen Teufel kämpfen für dieselbe Sache, wie wir, und sie haben unsere Hülfe nötig!" Als sich aber die Polen mit Bücklingen bis zur Erde bedankten, sagten die unseren: „O ihr armen Sklaven! Ihr seid noch nicht auf der Höhe des Revolutionsgedankens angelangt! Ihr habt euch viel zu früh erhoben! Legt euch wieder schlafen!" Auch der preußische Hof hat unsere stolzen Gefangenen besichtigt und ist aufs höchste davon befriedigt. Prinz August soll sich ganz besonders freundlich mit den Bürgern unterhalten haben. Die Damen vom Hofstaat der Königin sagten: „Ah, da hat man doch einmal ein Vergnügen! Es leben für alle Zeit die Sansculottes!" — Der Bericht ist gewiß nicht frei von Uebertreibungen, spiegelt aber im allgemeinen getreu ebenso das stolze, an lächerliche Eitelkeit streifende Selbstvertrauen der fränkischen Republikaner, wie die bedientenhafte Bewunderung, welche der Deutsche von jeher französischer Art und Unart entgegenbrachte.

Man war in Paris über Absichten und Aussichten der preußischen Friedenspartei trefflich unterrichtet und ließ es an Bemühungen, den Einfluß der stillen Bundesgenossen zu verstärken, nicht fehlen. Insbesondere zwei Diplomaten oblag die Aufgabe, diese Fäden, ohne Aufsehen zu erregen, fortzuspinnen.

François Barthelemy, ein Neffe des Verfassers des „Anacharsis", ein begabter, wohlunterrichteter Diplomat von Beruf — Taine nennt ihn geradezu den „gewandtesten und verdienstvollsten Diplomaten seiner Zeit"[2]) —, war seit 1792

[1]) Papiers de Barthélemy, IV. 271.

[2]) Taine, Die Entstehung des modernen Frankreichs, II, 3, 549.

französischer Geschäftsträger in der Schweiz. Er gehörte noch der alten europäischen Gesellschaft an, seine staatsmännische Ausbildung fällt ja noch in die Zeit des Königtums; er verabscheute denn auch die Schreckensherrschaft von Grund der Seele, blieb jedoch trotzdem in Diensten der Republik, indem er die dauernden Interessen Frankreichs von denjenigen einer vorübergehenden Zwingherrschaft zu trennen wußte.[1]) Neben ihm, dem eigentlichen Botschafter, der sich in Baden im Aargau aufzuhalten pflegte, hatte die Republik auch noch in Basel einen Diplomaten, der an Begabung und Erfahrung Barthelemy nicht ebenbürtig war, seinem Staat aber nicht minder wichtige Dienste leistete. Theobald Bacher, ein geborener Elsässer, in Berlin zum Offizier erzogen, war mit verschiedenen angesehenen Persönlichkeiten in Preußen, auch mit Prinz Heinrich, in Verbindung geblieben. Barthelemy und Bacher hatten Geheimagenten in allen größeren deutschen Städten und berichteten regelmäßig nach Paris, was ihnen auf solchen Wegen über politische und militärische Vorgänge und über die Wandlungen der öffentlichen Meinung in Deutschland zur Kenntnis kam. Schon im Januar 1794 hielt Bacher den Augenblick für gekommen, einen Emissär nach Berlin zu senden, um eine Sprengung der Koalition ins Werk zu setzen; der bedächtigere Barthelemy widerstrebte aber, denn es sei zwar alle Welt einig über die Notwendigkeit des Friedens, doch auch über die Unmöglichkeit, ihn zu erlangen. Indessen mehrten sich die günstigen Anzeichen. Die französischen Kriegsgefangenen fanden wie in Berlin, so auch in Kassel und Gotha und anderen Städten die freundlichste Aufnahme; von Offizieren und Gemeinen, Beamten und Bürgern gab es Aeußerungen zu Gunsten Frankreichs und des Friedens zu berichten; in den Theatern wurden die Worte Friede und Freiheit regelmäßig beklatscht; die Friedenssehnsucht der Deutschen, zumal des Königs von Preußen wurde von den französischen Kundschaftern sogar weit überschätzt.[2])

Wie schon erwähnt wurde, gingen die ersten Schritte zur Verwirklichung der Friedenswünsche vom preußischen Feldlager aus. „Bei der Schwäche der preußischen Regierung," schrieb Malmesbury nach seiner gereizten Auseinandersetzung mit Möllendorff an Lord Grenville, „ist das Heer ein imperium in imperio geworden!"[3]) In militärischen Kreisen selbst, versichert Hardenberg, wurde die Armee mit Genugthuung als „militärische Republik" bezeichnet.[4]) In Wahrheit war es ein trauriger Beweis für die Entartung der Schöpfung des großen Friedrich, daß der Feldmarschall und seine Offiziere mehr mit politischen Machenschaften, als mit der Kriegführung sich beschäftigten. „Dieser Möllendorff," soll Prinz Louis Ferdinand geäußert haben, „ist so toll auf den Frieden erpicht, daß er mit Vergnügen zu Fuß nach Basel und dann zum Konvent pilgern würde, um für gewährten Frieden den Mördern Ludwigs XVI. die Füße zu küssen!"[5]) Natürlich durfte der Plan nicht offen betrieben werden. Möllendorff betraute also einen Privatmann, in dem niemand einen politischen Geschäftsträger ver-

[1]) Ranke, I, 261.
[2]) A. Sorel, La Paix de Bâle; Revue historique, V, 277.
[3]) Malmesbury, II, 62.
[4]) Ranke, I, 258.
[5]) Vivenot, II, 1, 251.

muten konnte, einen Weinhändler aus Kreuznach Namens Schmerz mit der Aufgabe, bei dem französischen Geschäftsträger in der Schweiz eine Auswechslung der Kriegsgefangenen anzuregen, zugleich aber auszuhorchen, wie über einen Frieden mit Preußen, Holland und dem Deutschen Reich gedacht werde.

Am 31. Juli, also wenige Tage nach Robespierre's Sturz, stellte sich im Hause Barthelemy's in Baden ein Unbekannter ein, gab ein Päckchen ab und verschwand.[1]) Das geheimnisvolle Bündel enthielt Schriftstücke, worin die wechselseitige Auslieferung der Kriegsgefangenen beantragt und zugleich die Geneigtheit Preußens zu Frieden und Freundschaft mit Frankreich angedeutet war. Wenige Tage später meldete sich Herr Schmerz — er war der „Unbekannte" — bei Bacher in Basel, und im Hause des schweizerischen Kanzlers Ochs wurden die ersten zwanglosen Verhandlungen eröffnet.

Der Sendling begann damit, sich als Freund der Franzosen zu legitimieren, was er damit begründete, daß die mit Unrecht verlästerten Sansculottes bei Besetzung der Stadt Kreuznach sein Haus schonungsvoll behandelt hätten. Er komme zwar nur im Auftrag des Marschalls v. Möllendorff, aber in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Königs von Preußen, den die französischen Erfolge in den Niederlanden und am Rhein, das unheimliche Anwachsen der republikanischen Streitmacht und die peinlichen Zwischenfälle des polnischen Kriegs so beängstigt hätten, daß er sich entschlossen habe, der Koalition zu entsagen und eine Annäherung an Frankreich zu suchen. Um diese Absicht zu fördern, möge mit dem Austausch der Gefangenen ein Anfang gemacht werden. Als Bacher aufmerksam machte, daß ein darauf zielender Vertrag im Namen der von Preußen nicht anerkannten Republik abgeschlossen werden müßte, schlug Schmerz einen eigentümlichen Ausweg vor: Das für die französische Regierung bestimmte Exemplar könnte ja in der von Bacher geforderten Form ausgestellt, dagegen in dem für die preußische Regierung bestimmten nur von der französischen *Nation* gesprochen werden!

Obwohl Bacher das Angebot des „außerordentlichen" Gesandten nicht ohne Mißtrauen aufnahm, empfahl er es seiner Regierung zu wohlwollender Berücksichtigung. „Es ist freilich nicht unmöglich, daß der König von Preußen zum Schutze Hollands und der westfälischen Lande die französische Regierung nur kirre machen und dadurch Zeit gewinnen will. Allein was setzen wir aufs Spiel, wenn wir den Herrn anhören und dadurch dem Argwohn und der Zwietracht der verbündeten Mächte neue Nahrung geben?"[2]) Die Verhandlungen zwischen Schmerz und Bacher wurden denn auch in den nächsten Monaten fortgesetzt.

Natürlich stand mit dem geheimen Handel die lahme Kriegführung am Rhein in Zusammenhang; man konnte doch nicht die eine Hand dem Gegner entgegenstrecken und mit der anderen zum Schlag ausholen. Es fehlte jedoch nicht viel, so wären die skabrösen Heimlichkeiten durch den Erbprinzen von Hohenlohe, der die politischen Ansichten seines Chefs nicht teilte und in dessen Umtriebe nicht eingeweiht war, jählings durchkreuzt worden. Am 18. September griff er

[1]) Papiers de Barthélemy, IV, 223.
[2]) Ibid., IV, 230.

mit einer aus Oesterreichern, Preußen, Baiern und Hessen zusammengesetzten, ungefähr 30,000 Mann starken Armee die Franzosen unter Meunier zwischen Türkheim und Alseborn an; an den zwei nächsten Tagen kam es zu heißen Kämpfen bei Kaiserslautern; ihr Ende war ein glänzender Sieg Hohenlohes,[1]) nach dem Urteil des Verfassers der ‚Briefe über den Feldzug von 1794' „eine der wichtigsten und glänzendsten Waffenthaten des ganzen Feldzuges". Der preußischen Reiterei gebührte die Ehre des Tages; die Regimenter Blücher und Wolfradt, Katt und Schmettau verrichteten Thaten, die an Hohenfriedberg und Zorndorf erinnerten.[2])

Der Reichsfeldmarschall Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen frohlockte, denn er glaubte in der glücklichen Aktion den noch erfreulicheren Beweis der Festigkeit des preußisch-österreichischen Bündnisses erblicken zu dürfen. „Es hat sich gezeigt," schrieb er an Graf Wallis, „was das Bestreben zweier Alliierten vermag, die sich schätzen, verehren und ihre wechselseitige Tapferkeit fühlen."[3])

Weniger erfreut war man im preußischen Hauptquartier. Von Massenbach wird drastisch geschildert, welch kühle Aufnahme dem Sieger und seinem Gefolge in Würstadt zu Teil wurde, so daß „es selbst den Gleichmut eines Epiktet aus dem Gleichgewicht gebracht hätte".[4]) Möllendorffs Adjutant Meyerinck mußte bei Bacher, mit dem er durch Schmerz in Verbindung getreten war, die Beteiligung der Preußen an den Kämpfen bei Kaiserslautern förmlich entschuldigen und um Fortdauer des Vertrauens bitten. „Unsere Losung ist: Ehrlich währt am längsten!" schrieb Meyerinck an Schmerz, „Sie kennen meinen großen Wohlthäter Möllendorff zu gut, als daß Sie nicht überzeugt wären, daß er die letzten Tage seines Lebens durch keine Treulosigkeit verdunkeln wird; sein Geradsinn und seine Rechtlichkeit sind ja ebenso bekannt, wie seine Grundsätze."[5]) „Nichts kann dich nun hindern," schrieb darauf Bacher an General Michaud (3. Oktober), „deine Geschütze an Mannheim heranzuziehen und den Kurfürsten von Baiern für seine feile Hingebung an Oesterreich zu züchtigen, sei es, daß du seine Stadt Mannheim vom anderen Rheinufer aus in Brand schießen, sei es, daß du durch Drohung mit dem Bombardement wenigstens eine starke Brandschatzung erpressen wirst; du kannst darauf zählen, daß General Möllendorff sich blutwenig um Mannheim und das ganze Rheinufer bis Worms kümmern und seine Armee, vorausgesetzt, daß man sie nicht angreift, sich nicht vom Flecke rühren wird!"[6])

Solange der König jede Annäherung an die Revolutionsmänner entschieden abwies, erfuhr er nichts von den Baseler Vorgängen. Als sich aber aus den dargelegten Gründen ein Umschwung vorbereitete, glaubte Möllendorff dem schwanken-

---

[1]) Plan de la bataille donnée le 20 sept. 1794 entre l'armée combinée sous les ordres du prince héréditaire de Hohenlohe-Ingelfingen et l'armée française aux ordres du général Meynier etc., dressé par le chev. de Blumenstein (1794).

[2]) Briefe über den Feldzug von 1794, 117.

[3]) Vivenot, I, 158.

[4]) Massenbach, II, 33.

[5]) Papiers de Barthélmy, IV, 335.

[6]) Sorel, V, 297.

den Monarchen enthüllen zu dürfen, wie sorglich seine Diener für das wahre Wohl des Staates vorgearbeitet hätten. Am 24. Oktober, also einen Tag früher, als Prinz Heinrich, wurde Major Meyerinck in Potsdam in Audienz empfangen. Der König soll aufs angenehmste berührt gewesen sein, als er vernahm, daß „das Eis schon gebrochen" sei; jedenfalls konnte Meyerinck mit dem Ergebnis seiner Mission zufrieden sein. Friedrich Wilhelm gab dem Wunsche Möllendorffs entsprechend Befehl, daß zwar von der preußischen Hauptmacht, um Mainz und Frankfurt zu decken, vorerst noch die Stellung auf dem rechten Rheinufer behalten, zugleich aber die Friedensverhandlung in Basel in amtlicher Weise fortgesetzt werden sollte.

Die Absicht des Königs war nicht etwa auf einen preußischen Sonderfrieden gerichtet. Meyerinck gab in Potsdam die Versicherung, das Reich werde mit Freuden aus des Königs Händen den Frieden entgegennehmen. In der That richtete der Kurfürst von Mainz, von Möllendorff aufgefordert, an den Patron des Fürstenbundes die Bitte, er möge „dem Reiche den Frieden verschaffen, eine Wohlthat, für die ihm ganz Deutschland dankbar sein werde". Auch auf den Reichstag sollte in diesem Sinne eingewirkt werden. Noch am 13. Oktober hatte in Regensburg die Kriegspartei die Oberhand; nach einigem Wenn und Aber wurde der Beschluß gefaßt, daß so rasch wie möglich das fünffache Reichskontingent aufzubieten sei.[1]) Am 24. Oktober aber brachte der kurmainzische Gesandte v. Strauß den Antrag ein, es möge von Reichswegen versucht werden, durch Vermittlung der neutralen Könige von Dänemark und Schweden auf der Grundlage des früheren Besitzstandes zum Frieden mit der „französischen Nation" — das Wort „Republik" wurde geflissentlich vermieden — zu gelangen.

Die Beratung bot dem kaiserlichen Gesandten v. Hügel unerwünschte Gelegenheit zur Beobachtung, daß die Mehrheit der Versammlung „unzweifelhaft zum Frieden hinneige". „Die Herren müssen," spottet er im Bericht an seinen Hof, „schon während sie die Aufstellung von fünffacher Heeresmacht bewilligten, die Instruktionen zum Friedensantrag fertig in der Tasche getragen haben." Nur der Augsburgische Gesandte Freiherr v. Karg erlaubte sich zu rügen, daß man einen so wichtigen, für das Wohl Deutschlands entscheidenden Schritt ohne Befragung und offenbar gegen den Willen des kaiserlichen Hofes unternehmen wolle. Die kaiserliche Antwort auf den kurmainzischen Antrag wies denn auch mit aller Entschiedenheit den kurmainzischen Vorschlag zurück. Des Kaisers Majestät könne es zwar leider nicht wehren, wenn Mutlosigkeit die Vernunft ersticke, aber daran sei nicht zu zweifeln, daß Deutschland und Oesterreich einen ehrenvollen Frieden nur dann eingehen könnten, wenn kein Franzose mehr auf deutschem Boden stände![2]) Dringlich wird die am 13. Oktober beschlossene Erhöhung der Reichskriegsarmatur gefordert, „damit nicht dereinst die Geschichte den Ausspruch fällen müsse, daß Deutschland seiner eigenen Reichsschlüsse ungeachtet in der wichtigsten und dringendsten Angelegenheit, die je in den Jahrbüchern des Reichs existierte, zur Beschleunigung seines eigenen Umsturzes ohne Nationalinteresse und Gemeinsinn war!"

---

[1]) Vivenot, I, 345.

[2]) Ebenda I, 363.

Die kritische Lage des Reiches ließ sogar den im Jahre 1783 von Karl Friedrich von Baden und seinem Minister Edelsheim angeregten Gedanken eines engeren Zusammenschlusses der deutschen Fürsten oder doch eines Teiles derselben aufleben.[1]) Die Anregung ging wieder vom Markgrafen aus. In den letzten Septembertagen kam Karl Friedrich mit Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel in Wilhelmsbad bei Hanau zusammen, um vertrauliche Beratung zu pflegen, ob nicht die Verteidigung des deutschen Gebiets, da das Reich in seinen altgewohnten Formen sich als ohnmächtig erweise, selbständig von einem Fürstenbund in die Hand genommen werden sollte. Auch die beiderseitigen Minister waren beigezogen, sowie der Nassau-Weilburgische Kammerpräsident v. Botzheim, einer der zahlreichen wohlgesinnten und aufgeklärten kleinstaatlichen Minister des Zeitalters. Man verständigte sich auch über einige „zur Abwehr der französischen Angriffe und der französischen Ideeninvasion" rätliche Maßnahmen und verfehlte nicht, sowohl dem Kaiser, als — der Zarin Katharina submisseste Anzeige zu erstatten. In Petersburg fand das Projekt wohlwollende Aufnahme. Auch Kaiser Franz dankte „für die thätige und warme Teilnahme an dem dermaligen Schicksal Deutschlands", warnte aber vor dem Plane, in dem er „einen Sprößling des seligen Fürstenbundes" witterte. Er könnte es nur beklagen, wenn noch ein neuer Bund für notwendig gehalten würde, um die Pflicht zur Abwehr des Reichsfeindes zur Anerkennung zu bringen; es genüge das altbewährte Institut der Kreisassociation.

Da auch Baiern und Sachsen den Beitritt ablehnten, Preußen zwar freundliche Worte spendete, aber kein praktisches Interesse bethätigte, und nur ein paar Fürsten zu kräftiger Mitwirkung geneigt waren, fiel der Plan zu Boden; auch die Wilhelmsbader Kur ließ, wie eine Flugschrift spottete, das Reich nicht zu mannhafteren Kräften kommen.[2])

Die kaiserliche Mahnung zu festerem Zusammenhalten und kräftigeren militärischen Leistungen, schrieb der über den Systemwechsel seines Hofes noch nicht aufgeklärte preußische Reichstagsgesandte Graf Goertz am 10. November an das Ministerium, verdiene die ernsteste Beachtung, „um so mehr, da jener kurmainzische Antrag schon so allgemein ruchbar geworden und den Uebermut des ohnehin so trotzigen Feindes nur noch mehr erhöhen wird".[3]) Dagegen eröffnete Hardenberg, der preußische Minister für die fränkischen Provinzen, dem Landgrafen von Hessen-Kassel in vertraulicher Weise, der König könne aus Mangel an Geldmitteln am Kriege nicht weiter teilnehmen, hege aber den aufrichtigen Wunsch, daß dem Reich, bevor der König den Degen niederlege, die Wohlthat des Friedens gesichert werde. „Ein sofortiger Friedensschluß ist das einzige Mittel, Deutschland vor der Gefahr eines Umsturzes zu sichern!" Der König habe

---

[1]) Die Wilhelmsbader Episode wurde zum erstenmal vollständig und zusammenhängend in der von Erdmannsdörffer bearbeiteten Politischen Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden, II. Band, zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

[2]) Häberlin, Staatsarchiv, I, 216. — Strippelmann, Die Stellung des Landgrafen Wilhelm IX. gegenüber der französischen Revolution; Beiträge zur Geschichte Hessen-Kassels 1791—1814 (1887). — P. Hassel, Das Verhältnis Kursachsens zu den Präliminarien des Baseler Friedens; Neues Archiv f. Sächs. Geschichte, 12. Bd., 193.

[3]) Preuß. St.-Archiv. Acta comitialia etc. 1794.

deshalb zwar den Antrag des Kurfürsten von Mainz willkommen geheißen, allein „durch die Formalitäten des Reichstages im allgemeinen, durch die Einwirkung des kaiserlichen Hofes, von dessen Gesinnungen in Absicht auf die Fortsetzung des Krieges man nichts gewisses weiß, und durch den Antrag, die Höfe von Stockholm und Kopenhagen als Vermittler aufzustellen, wird alles zu sehr in die Länge gezogen werden". Es empfehle sich also, den kurmainzischen Antrag zwar zu unterstützen, aber statt der nordischen Mächte die Vermittlung des Königs von Preußen und des Reichsoberhauptes anzurufen. Als Görtz in Regensburg fortfuhr, zu beteuern, seine Regierung denke nicht daran, sich vom Krieg zurückzuziehen, machte Hügel das Schreiben Hardenbergs an den Landgrafen bekannt, doch vermochte auch dieser diplomatische Fechterstreich die „Reichsarmatur" nicht zu retten. Als der kurmainzische Antrag zur Abstimmung gelangte, wurde unzweideutiger Widerspruch nur von Oesterreich und Hannover erhoben. Die große Mehrheit des Kurfürstenkollegiums und des Fürstenrates nahm den „ebenso zeitgemäßen wie ruhmwürdigen" Antrag an, jedoch mit einer Abänderung im Sinne Hardenbergs. Trotz des Widerstrebens der kaiserlichen Vertreter gegen „eine so auffällige Parifikation des Reichsoberhauptes mit einem Reichsstand" ersuchte das Reichsfriedensgutachten vom 22. Dezember den Kaiser, „einen dem Zwecke des westfälischen Friedens entsprechenden, billigen und annehmlichen Frieden mit Frankreich vorzubereiten und durch gefällige Rücksprache mit Allerhöchst dero hohen Alliierten, des Königs in Preußen Majestät, ungesäumt zu veranlassen".[1] —

Die auswärtige Politik der neuen, durch den neunten Thermidor zur Herrschaft gelangten Zwölfmänner blieb in den alten Geleisen. Wie Sorel auf Grund einer Denkschrift aus jenen Tagen darlegt, wurde es förmlich zum Programm des Wohlfahrtsausschusses erhoben, die Republik dürfe, um sich Macht und Ansehen zu erhalten, die Politik der „Tyrannen", die Grundsätze Richelieu's und Mazarins nicht aufgeben.[2] Für Frankreich die natürlichen Grenzen! Dieses Wort war auch für die Thermidorianer Losung und Feldgeschrei. Die Verhandlungen mit Preußen leiteten Cambacerès, der nachmals als Konsul der Kollege Bonapartes wurde, und Merlin aus Douai, auf dessen Antrag der Jakobinerklub geschlossen worden war; beide gehörten ohne Zweifel zu den bedeutenderen Epigonen der Revolutionszeit. Die Lage bei Eröffnung der Verhandlungen wird vom Regierungskommissär bei der Rheinarmee, Merlin aus Thionville, in einem Briefe an seinen Namensvetter (4. November) folgendermaßen geschildert: „Der Feind hat fast das ganze linke Rheinufer verlassen; nur St. Goar, Rheinfels, die Wormser Insel, der Brückenkopf von Mannheim und endlich noch Mainz sind von den Verbündeten besetzt. Und wie haben sie das linksrheinische Gebiet geräumt! Ohne geschlagen zu sein! Man muß nunmehr Winterquartiere auf dem rechten Rheinufer beziehen, jedoch in solcher Stellung, daß man jeden Augenblick zum Angriff übergehen kann." Die preußische Armee sei kaum noch als eine feindliche zu bezeichnen; der preußische Offizier gebe auf jede Weise zu erkennen, daß er nicht bloß den Frieden, sondern

[1] Vivenot, II, 1, 246.
[2] Sorel, VI, 29.

ein Bündnis mit Frankreich wünsche; mit den Franzosen an der Seite könnten ja dann die Preußen mit leichter Mühe den letzten Rest von Schlesien an sich reißen. Diese günstige Stimmung des Gegners und das augenblickliche Uebergewicht seiner Waffen dürfe Frankreich nicht unbenützt lassen. „Der siegreiche Ludwig XIV. gab Europa Gesetze, der geschlagene mußte zur Niederwerfung seines Enkels Subsidien zahlen!"

Das Waffenglück blieb den Franzosen treu. Am 18. September warf Jourdan die Oesterreicher an der Ourthe zurück, worauf Clerfait den Rückzug hinter die Roer anordnete; ja, nach vergeblichen Versuchen, vom Herzog von York oder von Möllendorff Unterstützung zu erlangen, gingen die Kaiserlichen, durch einen neuen Vorstoß Jourdans beunruhigt, in der Nacht auf den 6. Oktober über den Rhein zurück. Jourdan besetzte nun Koblenz, Bonn, Köln; Trier war schon im August in die Hände der Franzosen gefallen, ein schwerer Verlust, an dem sich dadurch nichts mehr änderte, daß die Preußen dem übereilten Zurückweichen der Oesterreicher, diese der Saumseligkeit der zum Entsatz bestimmten preußischen Abteilungen die Schuld gaben. Welch zweideutige, unwürdige Rolle die Preußen spielten, erhellt aus dem aufklärenden Bericht Bachers an den Minister des Auswärtigen: „Die preußischen Generäle wurden von den Oesterreichern eingeladen, bei dem Entsatz von Trier mitzuwirken; sie konnten die Aufforderung nicht gerade ablehnen, aber ihr diplomatischer Geschäftsreisender (leur voyageur) ersuchte mich, Michaud zu eröffnen, daß die Preußen sich auf Beobachtung beschränken werden."[1])

Um auch den wichtigsten Platz, das im vorigen Jahre von den Preußen genommene Mainz, zurückzugewinnen, besetzte ein Corps unter General Schaal im November die Höhen an beiden Ufern des Rheins. Den ganzen Winter wurden Schanzwerke aufgeführt und mit allen erreichbaren Verteidigungsmitteln ausgestattet, so daß das französische Lager eine Festung gegen die Festung bildete.[2])

Die Auslieferung der pfalzbairischen Festung Mannheim an den Kaiser hatte Kurfürst Karl Theodor, wie wir hörten, verweigert, doch war eine kaiserliche Besatzung unter Wartensleben aufgenommen worden. Zum Gouverneur ernannte der Kurfürst den pfalzbairischen Generalleutnant v. Belderbusch. Zwar wurde sofort von kaiserlicher Seite eingewendet, daß Belderbusch zum Kommando völlig untauglich sei, allein die Beschwerde wurde nicht beachtet und schließlich auch fallen gelassen, weil sich in Wien Besorgnis regte, es möchte „ein in Ansehung seiner Gesinnungen und Verhältnisse noch gefährlicheres Subjekt" nach Mannheim geschickt werden. Die Hauptwerke, auch die Rheinschanze auf dem linken Rheinufer, stammten aus dem siebenzehnten Jahrhundert; seit geraumer Zeit war nichts mehr geschehen, sie im stand zu halten; eine ernste Belagerung konnten sie nicht aushalten. Trotzdem war eine so überstürzte Uebergabe der Rheinschanze, wie sie am 24. Dezember erfolgte, nicht gerechtfertigt. Schon auf

---

[1]) Schaab, 395. — Plan der Stadt und Vestung Maynz während der französischen Belagerung von dem Jahre 1794—1795, gez. von J. N. Arnould.

[2]) Papiers de Barthélemy, IV, 304.

die erste bramarbasierende Aufforderung des Konventskommissärs Michaud wurde die Rheinschanze von Belderbusch und Wartensleben ausgeliefert, unter der Bedingung, daß die Stadt nicht beschossen werden dürfe. Von französischer Seite wurde jedoch auch diese Einschränkung nur mit dem Zusatz angenommen: „so lange der Krieg ausschließlich auf dem linken Rheinufer geführt werde.“ [1]

Noch schlimmer als den deutschen Truppen erging es der aus englischen, holländischen und deutschen Kontingenten zusammengesetzten, mit der Deckung Hollands betrauten Armee. Vor dem ungestümen Angriff Pichegrus wich der Herzog von York zunächst über die Maas, dann über die Waal zurück. Der Feldzugsplan hatte vor allem auf die Behauptung der zahlreichen festen Plätze Rücksicht genommen; deshalb waren die verfügbaren Streitkräfte so bedenklich verzettelt worden. Nun wurde aber, obwohl die Franzosen nicht einmal über schweres Geschütz verfügten, eine Festung nach der anderen preisgegeben. Mit dem Unglück der Waffen löste sich die Eintracht der Verbündeten, die holländische Armee stob förmlich auseinander, und in der Bevölkerung wuchsen die feindselige Stimmung gegen die Regierung und der alte Hader der Parteien wieder auf. Es war nicht mehr daran zu zweifeln: Holland war ebenso für das Haus Oranien, wie für die Koalition verloren.[2] —

Am 12. November traf Meyerinck in Basel ein. „Ein angenehmer, anständiger Mann,“ so schildert ihn Bacher dem Wohlfahrtsausschuß, „vom besten Willen beseelt, gute Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen herzustellen!“ Zu Ehren Meyerincks und seines Begleiters, des Legationssekretärs Harnier, wurde ein Fest veranstaltet, wobei alle möglichen „patriotischen“ Gesänge zu Gehör gebracht wurden; die Gäste erwiesen sich dadurch dankbar, daß sie Bacher baten, ihnen aufklärende Schriften über die Revolution zur Verfügung zu stellen. Wie es scheint, ging Meyerinck in den Unterredungen noch über seine Instruktion hinaus; er stellte ein förmliches Bündnis, ja sogar den Verzicht auf die polnische Beute in Aussicht, wenn Frankreich Waffenstillstand und Neutralität für die preußischen Provinzen auf dem linken Rheinufer bewilligen würde. So weitreichende Zugeständnisse entsprachen aber durchaus nicht dem Willen des Königs, um so weniger, da durch die in rascher Folge erfochtenen Siege der Russen in Polen die Notwendigkeit, die gesamte preußische Heeresmacht im Osten zu konzentrieren, geschwunden war.

Am 4. November fiel die Entscheidung vor Praga. Suwarows Kolonnen gingen unerwartet zum Sturme vor, fast die ganze Besatzung fand den Untergang, und auch unter der Bevölkerung wurde ein furchtbares Blutbad angerichtet. Fortan war der Schrecken Suwarows wirksamster Bundesgenosse. Schon am 6. November ergab sich Warschau, der politisch und militärisch wichtigste Platz des Landes; damit war der Aufstand so gut wie bewältigt, Polens Ende besiegelt. Als die Nachricht in Potsdam eintraf, wies der König sofort den Marschall Möllendorff an, die Truppen am Rhein zu belassen. Er selbst

---

[1] Heigel, Der angebliche Mannheimer Verrat von 1795; Geschichtliche Bilder und Skizzen, 210.

[2] Erzherzog Karl, Der Feldzug von 1794, 30.

wollte sich wieder an die Spitze stellen und fühlte sich bei diesem Gedanken „wie durch überirdische Macht" gestärkt und gehoben.[1]) Merlin aus Thionville, der durch einen Bürger Schmitz mit General Kalckreuth in Verbindung stand, kannte diese Stimmung des Königs. Man möge die Versicherungen der Baseler Friedensengel mit Vorsicht aufnehmen, schrieb er an den Wohlfahrtsausschuß (21. September). „Die Wahrheit ist: der preußische Soldat, wie der preußische General wollen den Frieden, aber der König von Preußen will davon nichts hören, wenn nicht vorher Waffenstillstand bewilligt wird; er lehnt auch jede Einmischung in die polnischen Angelegenheiten von vornherein ab und scheint sich überhaupt vom Kaiser nicht trennen zu wollen."[2])

Doch freilich bestand das Haupthindernis einer kräftigen Fortsetzung des Krieges noch fort: der Mangel an Mitteln zum Unterhalt der preußischen Truppen. Doch auch dafür schien sich Abhülfe zu bieten. Hardenberg, der nach eigenem Wort mehr als Deutscher denn als Preuße sich fühlte und den Vorteil Preußens nicht vom Reichsinteresse getrennt wissen wollte, gab sich gleich dem Reichstagsgesandten Grafen Görtz viel Mühe, um die Reichsstände zu pekuniären Leistungen an Preußen zu bewegen. Ein ehrenvoller Friede mit Frankreich — so versicherte Hardenberg dem König selbst — wird um so leichter zu erreichen sein, je stattlicher sich die preußische Streitmacht an der Reichsgrenze aufrichtet. Preußen muß die schwächeren Reichsstände um sich scharen; es muß von einem neuen Fürstenbund die Mittel erlangen, um drohende Kriegsrüstung mit aufrichtigen Friedensvorschlägen zu verbinden.

Dieses Programm erschreckte aber die preußischen Minister. Nun werde im König, so befürchteten sie, die alte Kriegslust erwachen; damit werde alles seit einem halben Jahre Erkämpfte und Erreichte verloren gehen. „Es ist unmöglich," schrieb Alvensleben, „sich dem Gedanken zu verschließen, daß Graf Görtz und Herr v. Hardenberg, die unsere preußische Monarchie dem Reich aufopfern wollen, eben keine geborenen Preußen sind, sondern aus dem Reiche stammen; wir alle drei (Finckenstein, Haugwitz, Alvensleben), wir sind Preußen, und ich glaube, wir müssen mit dem König von Preußen ein Wort sprechen!"

Dies geschah mittels einer am 29. November überreichten Denkschrift. Der König wird darin gewarnt, in die Pfade der Hardenbergschen Politik einlenkend, das preußische Interesse der Verteidigung des Reichs aufzuopfern; da auf wirksame Hülfe der Reichsstände nicht zu hoffen sei, könne nur der Friede eine Besserung der Lage bringen. Der König möge also einen erfahrenen Diplomaten nach Basel senden, um die von Meyerinck eröffnete Unterhandlung fortzuführen. Graf Haugwitz machte in einem Begleitschreiben noch andere Gründe geltend, von denen er sich besonderen Eindruck auf den König versprach. Mit warmen, ja ein wenig rührseligen Worten erinnerte er den Monarchen daran, daß die deutschen Fürsten von ihm den Schutz erwarteten, den ihnen der Kaiser, das deutsche Interesse dem englischen unterordnend, versage. Der König möge also die Freunde, die ihr Schicksal in seine Hände gelegt hätten, nicht länger in Ungewißheit lassen, sondern

[1]) Bailleu, 271.
[2]) Sorel, VI, 40.

durch schleunige Sendung eines erfahrenen Diplomaten — der passendste Vertreter sei wohl der ehemalige Gesandte in Paris, Graf Goltz, — den Weg zur Rettung einschlagen.[1])

Wenn auch die wirklich ausschlaggebenden Gründe anderswo zu suchen waren, so wurde doch jedenfalls dem König durch Haugwitzens Vorstellungen der Entschluß, auf förmliche Verhandlungen mit Frankreich einzugehen, wesentlich erleichtert. Friedrich Wilhelm fühlte sich als Reichsfürst, ja, er war im Grunde des Herzens Ghibelline, die Anhänglichkeit an das Oberhaupt des Reiches war in ihm keineswegs erloschen. Wenn nun aber das ganze Deutsche Reich den Frieden herbeisehnt, kann es für Preußen nicht unehrenhaft sein, dem Reiche im Frieden voranzugehen, wie es bisher im Kriege geschehen war; auch der Kaiser wird dann mit Rücksicht auf die Notlage der besetzten Lande nicht länger dem Frieden widerstreben. So ließ denn Friedrich Wilhelm am 1. Dezember den Prinzen Heinrich und das Kabinettsministerium benachrichtigen, daß er den Grafen Goltz nach Basel entsenden werde. „Gott sei gelobt!" rief der alte Finkenstein, „endlich ist das Eisen im Feuer!"

Der wirkliche Grund des Umschwunges lag in der Wendung, welche die polnische Angelegenheit genommen hatte.

Um dem Kriegseifer der Franzosen einen Dämpfer aufzusetzen, hatte Meyerinck ein paar Wochen vorher den Auftrag erhalten, Bacher auseinanderzusetzen, daß der polnische Handel aufs glücklichste geschlichtet, Preußen also in der Lage sei, seine gesamte Streitmacht wieder nach Belieben zu verwenden. Auch Möllendorff schrieb (18. November) an Meyerinck, von den Franzosen werde, wie der Einfall ins preußische Cleve beweise, der Bogen allzu straff gespannt. „Man hat den Frieden hüben und drüben nötig, aber es muß ein ehrenvoller Friede sein. Nicht aus Furcht sind wir über den Rhein zurückgegangen, sondern nur aus Anlaß der Vorgänge in Polen und um den Franzosen unseren guten Willen zu zeigen." Da aber der polnische Aufstand nunmehr bewältigt sei, möge Frankreich damit rechnen, daß Preußen freie Hände habe.

In Wahrheit hatte sich die Lage im Osten für Preußen noch weit gefährlicher gestaltet. Schon seit August weilte General Tauenzien als außerordentlicher Gesandter Preußens in Petersburg, um mit dem dortigen Kabinett wegen einer neuen Teilung Polens zu verhandeln. Friedrich Wilhelm begehrte für sich alles Land zwischen Schlesien, Südpreußen und der Weichsel; Oesterreich sollte mit ein paar Palatinaten abgespeist werden. Tauenzien fand jedoch am russischen Hofe eine kühle Aufnahme. Er mußte sich vom Kanzler Markoff belehren lassen, wie nützlich und notwendig es wäre, daß endlich einmal der häßliche Zwist zwischen Oesterreich und Preußen ein Ende nähme. Bei den Audienzen rauschte Zarin Katharina mit frostigem Kopfnicken am Vertreter Preußens vorbei, während sie für den kaiserlichen Gesandten Cobenzl immer ein gnädiges Lächeln und freundliche Worte bereit hatte. Tauenzien konnte sich nicht verhehlen, daß am Zarenhofe der österreichische Einfluß im nämlichen Maße zugenommen habe, wie das Ansehen Preußens gesunken sei.

[1]) Bailleu, 272 ff.

Nach Aufhebung der Belagerung von Warschau wurde die Haltung der Hofkreise noch unfreundlicher, und als vollends von Fersen und Suwarow Sieg auf Sieg erfochten wurden, gaben sich die Zarin und ihre Minister gar nicht mehr die Mühe, den unwillkommenen Gast über die Aussichtslosigkeit seiner Mission im Unklaren zu lassen. Es wurde ihm amtlich eröffnet, daß Rußland zwar dem preußischen Plan einer gänzlichen Aufteilung Polens nicht widerstrebe, doch den preußischen Forderungen unmöglich zustimmen könne; nicht Preußen, sondern Oesterreich sollte die Gebiete von Krakau und Sendomir erhalten, Rußland sich mit dem Bug als Grenze begnügen. Euer Staat, so erklärte Minister Ostermann gehobenen Tones, hat im verflossenen Jahre an Südpreußen eine Erwerbung gemacht, die für vier oder fünf Feldzüge als annehmbare Entschädigung gelten könnte, und was hat er seither für die Koalition geleistet? Will Preußen nicht eben jetzt die letzten Truppen vom Rhein zurückziehen, seinen Ruhm, seine Ehre aufs Spiel setzen? Wie glänzend erfüllt dagegen Oesterreich seine internationalen Pflichten! Mit welchem Opfermut, mit welcher Uneigennützigkeit führt es den Kampf gegen den gemeinsamen Feind! Umsonst wies Tauenzien darauf hin, daß Krakau in österreichischen Händen eine beständige Bedrohung des preußischen Schlesiens bedeute; er konnte nicht mehr daran zweifeln, daß die Absicht bestehe, Preußen bei der neuen Teilung gänzlich beiseite zu schieben.[1])

Je beunruhigender die Berichte über das Verhalten der bisherigen Verbündeten lauteten, desto verlockender erschien die Aussicht, den siegreichen Gegner zum Freund zu gewinnen. In dieser Stimmung willigte Friedrich Wilhelm in die Sendung des Grafen Goltz nach Basel.

Nur einen allgemeinen, nicht einen Sonderfrieden sollte die Unterhandlung anbahnen; der Gedanke eines Bruches mit der Koalition lag dem König noch immer fern. Er selbst setzte den in Wien weilenden Lucchesini von seinem Entschluß in Kenntnis. Das Handschreiben hat sich nicht erhalten, doch bietet die Antwort Lucchesinis über den Inhalt Aufschluß.[2]) „Ew. Majestät hatten die Güte, mir in eingehender Weise Ihre Gedanken über den Plan einer allgemeinen Friedensschließung mitzuteilen. Um der Wahrheit willen, zur Ehre Preußens und zum Ruhm Eurer Majestät muß ich meiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß wohl kaum ein Minister eines anderen europäischen Staates in so erfreulicher Stellung sich befindet und wohl keiner so geistvolle, tiefsinnige Erörterungen aus dem Munde seines Monarchen vernimmt. Der Gedanke eines Separatfriedens hat, wie Ew. Majestät sich wohl erinnern werden, auch mein Mißfallen immer erregt; Ihr Ruhm würde dadurch verdunkelt werden, ohne daß ein politischer Vorteil zu ernten wäre. Dagegen zeugt es ebenso von Ihrer Großmut, wie von Ihrem weiten Blick, wenn Sie auf Mittel und Wege sinnen, wie ein Krieg zu beendigen wäre, dessen Ursache und Ziel nur auf eine Täuschung zurückzuführen sind und dessen Verlauf nur die traurige Aussicht offen läßt, daß die holländische Regierung gänzlich zusammenbrechen und der südliche Teil

[1]) Sybel, III, 267 ff.

[2]) Preuß. St.-Arch. Schreiben Lucchesini's vom 4. Dez. 1794.

des Deutschen Reiches dem Feinde zum Opfer fallen wird! Der Statthalter von Holland, der Sklave Englands, kann von uns nicht mehr gerettet werden, aber die Wiedereinsetzung der von den Franzosen vertriebenen Fürsten und die Erhaltung Baierns — diese Ziele kann und soll die preußische Politik anstreben."

Wenn Luchesini und die anderen Minister, um den König für den Frieden günstig zu stimmen, das Kriegselend in den Rheinlanden mit grellen Farben schilderten, so machten sie sich damit keiner Täuschung schuldig. Hören wir, wie der französische Agent Rivalz nach einer Reise durch jene Gebiete ihre Lage schildert.[1]) „Westdeutschland bietet in unseren Tagen ein Bild, das auf unsere Feinde einen erschütternden Eindruck machen muß. In den heruntergekommenen Straßen stauen sich die Wagen, auf denen zahllose Familien mit den Resten ihres Hausrates ins Innere des Reiches flüchten. Auf Schritt und Tritt stößt man auf halbnackte Soldaten, entweder Verwundete oder Ausreißer. In den Armeequartieren trifft man nur noch dürftige Ueberreste militärischer Abteilungen unter den Waffen. Jedes Antlitz verrät Bestürzung, denn noch sind die Patrioten zu wenig zahlreich, als daß sie ihre wahre Gesinnung frohlockend an den Tag legen dürften. In dieser Lage einigt sich alles zu dem Rufe: Frieden! Die allgemeine Friedenssehnsucht läßt Tag für Tag Gerüchte entstehen, daß dieser oder jener Minister, dieser oder jener Unterhändler sich nach Paris aufgemacht habe." Der Bericht des Franzosen findet durch die westdeutschen Ortschroniken volle Bestätigung, und auch Rivalz' höhnische Versicherung, daß die Franzosenfurcht sogar in den entlegensten Ortschaften zu drastischem Ausdruck komme,[2]) ist nicht übertrieben.

Das Verlangen nach Frieden war in den weitesten Volkskreisen lebendig, daran war nicht zu zweifeln, doch standen der Erfüllung noch schwere Bedenken entgegen.

Den wichtigsten Platz der Westgrenze, Mainz, dessen Einnahme im vorigen Jahre so viele Blutopfer gekostet hatte, wollte nicht einmal Möllendorff an die Franzosen zurückfallen lassen. Mainz zu behaupten, sei eine Ehrensache für Preußen, schrieb er an Meyerinck, und wenn der Wohlfahrtsausschuß auf dem Vormarsch an die Mainmündung bestehe, müsse er Anstalten zur Abwehr treffen. „Mir zum Leide, denn meine weißen Haare sollten nur noch von einer Bürgerkrone geschmückt werden! Mein Herz widerstrebt der Fortsetzung des ungeheuerlichen Kriegs! Der Winter wäre die rechte Zeit zu Verhandlungen, nicht aber zur Fortsetzung des Waffenganges, zumal wenn Politik und Neigung es zwei Regierungen so nahe legen, sich gegen einen gemeinsamen Gegner zu verbünden!" Andrerseits wollte Merlin aus Thionville den Angriff auf Mainz unter keinen Umständen aufgeben. „Ich sehe in allen diesen Briefen Möllendorffs," schrieb er an Barthelemy, „nur die preußische Arglist, auch wenn von Ehrlichkeit und Treue gesprochen wird! ... Ich schmachte nach dem Frieden, ich werde alles thun, um ihn zu ermöglichen, allein man darf nicht an Verhandlungen denken,

[1]) Papiers de Barthélemy, IV, 404. Rivalz à Buchot, 3. Nov. 1794.
[2]) Ibid. IV, 372.

solange noch ein Soldat der feindlichen Armee auf dem linken Rheinufer steht. So denkt, kann ich Sie versichern, meine Regierung, so denken meine braven Kriegskameraden, die erst in Mainz die Waffen aus den Händen legen wollen. 20000 Mann mehr oder weniger, — das gilt uns gleich, und wie immer Möllendorff sich ereifern mag: Mainz und der Brückenkopf gehören uns, oder Mannheim liegt in Asche!" Noch schroffer äußerte sich der Konventskommissär Feraud über die Zumutung der Preußen. Das komme davon, daß man Verrätern, wie diesem Bacher, so unbegrenztes Vertrauen schenke! Wirklich erteilte der Wohlfahrtsausschuß dem Agenten Bacher einen Verweis, weil er an Möllendorff „in einem nicht republikanischen Stil" geschrieben und den arglistigen Preußen mit allzu deutlicher Ergebenheit seine Dienste angetragen habe.

Doch Mainz war nicht so leicht zu nehmen, wie Merlin gehofft hatte. General Schaal mußte sich mit der Blockade begnügen, und die „Schwenkung" der preußischen Armee, womit Möllendorff drohte, wurde von den Franzosen ebenso gefürchtet wie verhöhnt. Auch war der Friedensgedanke in Frankreich nicht weniger populär als im Deutschen Reich. Das Volk erhoffte davon Besserung der wirtschaftlichen Notlage, und für die neue Regierung bot nur der Friede die Möglichkeit, sich gegen ihre inneren Feinde, die Jakobiner vom alten Schlag und die Anhänger des monarchischen Systems, zu behaupten. Es fehlte also auch im französischen Lager nicht an gutem Willen und aufrichtiger Geneigtheit, die Verhandlungen zu gedeihlichem Ende zu führen.

Goltz sollte — so lautete die Instruktion vom 8. Dezember — zunächst wegen wechselseitiger Auslieferung der Gefangenen unterhandeln, zugleich zur Befreiung Frankreichs von der schrecklichen (affreux) Herrschaft und den verderblichen Grundsätzen Robespierres und der Jakobiner Glück wünschen und einen auch auf Mainz sich erstreckenden Waffenstillstand anbieten. Wenn Anerkennung der Republik gefordert wird, soll der Gesandte so lange wie möglich ausweichend antworten; wenn darauf bestanden wird, soll als Gegenleistung die Auslieferung des besetzten preußischen Gebiets auf dem linken Rheinufer verlangt werden. In den Waffenstillstand sollen auch diejenigen Reichsstände, welche Preußens Hülfe angerufen haben, die beiden Hessen, Kurtrier, Zweibrücken und Leiningen, desgleichen der fränkische, der oberrheinische und der kurrheinische Kreis inbegriffen sein; zwischen Frankreich und Holland soll Preußen als Schiedsrichter vermitteln. Die Möglichkeit, daß das siegreiche Frankreich eine Gebietserweiterung auf Kosten Deutschlands heischen könnte, war in der Instruktion gar nicht vorgesehen.[1])

Nicht als ob diese Besorgnis noch nicht aufgetaucht wäre! „Der arme Goltz wird eine schwierige Stellung haben," sagte Alvensleben im Ministerrat — das Wort kennzeichnet drastisch die Zerfahrenheit in den leitenden Kreisen in Berlin — „einerseits hat er gegen den Stolz der Franzosen anzukämpfen, andrerseits wird er hin und her geworfen sein zwischen den eifersüchtigen Kniffen Meyerincks, den gebieterischen Ratschlägen Möllendorffs, den Umtrieben Kalckreuths, den vorbereitenden Anweisungen des Prinzen Heinrich, den unmittelbaren

[1]) Ranke, I, 264.

Befehlen des Königs, den vertraulichen Einflüsterungen Bischoffswerders, den Zwischenreden Hardenbergs und endlich den amtlichen Vorschriften des Ministeriums!" Alvensleben beklagte, daß man nicht sogleich offen Farbe bekennen wolle. Es liege doch auf der Hand: die Franzosen werden das linke Rheinufer nicht mehr herausgeben! Da soll man nicht der Politik des Vogels Strauß huldigen, sondern lieber sogleich daran denken: welche Entschädigung ist für uns wünschenswert und erreichbar?

Finckenstein widersetzte sich jedoch diesem Ansinnen. Es sei noch keineswegs ausgemacht, daß Frankreich auf der Rheingrenze bestehen werde, also dürfe man es nicht selbst darauf hindrängen, und davon abgesehen: „Der König wird niemals darauf eingehen!" Der nämlichen Meinung war Haugwitz, der noch darauf hinwies, daß über Abtretung des linksrheinischen Gebiets nicht Preußen, sondern nur das Reich zu entscheiden habe; wenn also Frankreich thatsächlich die Forderung erhebe, könne nicht von Frieden, sondern höchstens von Waffenstillstand die Rede sein.

„Was hier als eine Meinungsverschiedenheit der Minister erscheint," sagt Ranke, „war im allgemeinen angesehen die vornehmste Frage der Welt. Sollte es Preußen gelingen, noch einmal auf Grund des westfälischen Friedens sich mit Frankreich zu pazifizieren, d. h. das alte Europa und namentlich das hierarchische Deutschland zu behaupten, oder sollte diese Pazifikation nicht anders geschehen können als durch Nachgiebigkeit in der territorialen Frage, was notwendig nicht die Herstellung, sondern den Umsturz des Reiches zur Folge haben mußte?"[1]) Vorerst erschien es rätlich, sich den Anschein zu geben, als glaube man, daß Frankreich freiwillig in die vom westfälischen Frieden gezogenen Schranken zurückkehren werde. Das Ministerium mußte ja mit der Auffassung des Königs rechnen, doch hielt Bischoffswerder auch dieses Hindernis nicht für unüberwindlich. Der König, schrieb Bischoffswerder an Meyerinck, wird dem historischen System des brandenburgischen Hauses und den politischen Zielen Friedrichs II. nicht auf die Dauer fern bleiben; er wird sich bereit finden lassen, mit Frankreich gegen den Erbfeind Oesterreich Hand in Hand zu gehen."[2])

Während Graf Goltz auf der Reise nach Basel mit Hardenberg und Möllendorff Unterredungen hatte, ging Harnier, um über die Vorbesprechungen in Basel zu referieren, nach Potsdam. Die Gegner des Friedens hatten es bereits aufgegeben, ihre Meinung zur Geltung zu bringen; sie beschränkten sich auf Klagen über den „unvorsichtigen Abfall" Preußens. Nur Lord Malmesbury, der von Berlin nach Braunschweig gegangen war, um für den Prinzen von Wales um die Hand der Prinzessin Karoline anzuhalten, setzte seine Bemühungen fort, den Bund der „maßgebenden protestantischen Höfe" wieder ins Leben zu rufen. Herzog Karl Ferdinand war auf den preußischen Hof übel zu sprechen. Er hatte sich im Oktober zur Leitung der Verteidigung Hollands angeboten, doch war ihm erwidert worden: England hat den Haager Traktat gebrochen, damit ist auch unsere Verpflichtung aufgehoben, Holland kann nichts

[1]) Ranke, I, 266.

[2]) Papiers de Barthélemy, IV, 485.

Besseres thun, als um jeden Preis mit Frankreich Frieden zu schließen.[1]) Als nun Malmesbury in vertraulichem Zwiegespräch mit dem Herzog sein Bedauern äußerte, daß am preußischen Hofe das französische System gesiegt habe, erwiderte Karl Ferdinand: „Preußen hat gar kein System und wird nie eins haben, solange diese Regierung dauert!" „Es läßt sich," schalt er ein andermal, „nichts Falscheres und Tolleres ausdenken, als das Benehmen des Berliner Hofes! Im vorigen Jahre bin ich ihre Drahtpuppe gewesen, das Spielzeug von Leuten, die ich verachte. Ich will nichts mehr mit ihnen zu thun haben, ehe nicht die Münze eine andere Vorderseite gewinnt (d. h. vor dem Regierungsantritt eines neuen Königs). Diese Berliner Herren sind verworfener als der Konvent, und wenn sie nicht ebensoviel Schlechtes thun, so erklärt es sich nur daraus, daß sie nicht so viel Macht haben. Ich würde lieber in einem wilden Wald wohnen, als ihnen dienstbar sein!"[2]) Auch die englischen Diplomaten fanden nicht Worte genug, die preußische Politik zu brandmarken, doch die Ursache ihrer Erbitterung legt dem unbefangenen Beobachter das Urteil nahe, daß auch das Londoner Kabinett nicht frei von Schuld und Verantwortung war. „Wer konnte wohl glauben," schrieb Haugwitz an Hardenberg, „daß die Engländer auch nur daran denken würden, uns die Subsidien vorzuenthalten? Und wenn schon die Entziehung der Hülfsgelder unleidlich war, so konnte die Art, wie sie in Scene gesetzt wurde, nur den Bruch unserer Beziehungen zur Folge haben. Es blieb uns demgemäß gar nichts anderes übrig, als unsere Truppen vom Rhein zurückzuziehen. Wie notwendig es auch sein mag, eine größere Kriegsmacht gegen Polen zur Verfügung zu haben, so würde doch nichts in der Welt den König bewogen haben, seinerseits die Haager Konvention zu brechen, und Seine Majestät war fest entschlossen, bis zum Ablauf der festgesetzten Frist an seinen Verpflichtungen festzuhalten, und hegte den aufrichtigen Wunsch, auch in Zukunft mit England Hand in Hand zu gehen." Jetzt sei das Band zerrissen, und es könne nicht wieder geknüpft werden, ehe nicht England die rückständigen Subsidien bezahle. „Darauf hat der König ein unanfechtbares Recht. Ehe wir nicht unser Geld empfangen haben, ist an kein Zusammengehen mit England zu denken. Wie traurig dieser Hader ist, fühlt niemand schmerzlicher, als ich. Trotzdem werden wir nicht um ein Haar von unserem Recht abweichen, schon deshalb nicht, weil wir nicht können."[3]) In diesem Sinne erklärte Haugwitz, als der englische Gesandte Sir Paget anfragte, unter welchen Bedingungen der König sich wieder zur Mitwirkung am Kriege verstehen würde: „An England ist es, uns Vorschläge zu machen! Ehe jedoch nicht die ausständigen Subsidien bezahlt sind, werden wir Vorschläge überhaupt nicht anhören!" Es ist nicht einzusehen, wie Sir Paget in diesen Worten eine Beleidigung für England erblicken konnte, und wenn sie so ausgelegt wurden, ist damit bewiesen, daß es auch dem englischen Kabinett an ernstem und aufrichtigem Eifer für die Erhaltung des Bündnisses fehlte.

---

[1]) Malmesbury, Tagebücher und diplomat. Briefwechsel, II, 86.

[2]) Ebenda, 94, 99.

[3]) Preuß. St.-Arch. Korrespondenz zwischen den Staatsministern Hardenberg und Haugwitz. Haugwitz an Hardenberg, 22. Okt. 1794.

Da alle Berichte aus London, Wien und Petersburg über kalte, fast feindselige Stimmung der Bundesgenossen klagten und insbesondere die Heimlichkeiten zwischen Rußland und Oesterreich Mißtrauen einflößten, widersetzte sich auch Friedrich Wilhelm nicht mehr so entschieden den Wünschen seiner Minister. Freilich nur mit innerem Widerstreben. Er war ja französischer Sitte und den Franzosen überhaupt abgeneigt; nur seinem Abscheu vor den Jakobinern hatten die Emigranten zu verdanken, daß sie am preußischen Hofe eine Zeit lang einflußreich waren. Jetzt sollte er Franzosen, Revolutionsmännern die Hände schütteln, von ihrer Gunst sein Heil erwarten! Ein schweres Opfer! Doch es wurde ihm wesentlich erleichtert durch die in die alten Pfade einlenkende Wandlung in Paris seit dem Sturz Robespierres. Man hörte jetzt auf, sich zu duzen, wurde aus Paris berichtet; das „Bürger" und „Bürgerin" machte dem „Monsieur" und „Madame" Platz; der jakobinische Haarschnitt kam aus der Mode; der Sonntag, nicht mehr der Decadi galt als Feiertag; die öffentlichen Gottesdienste mehrten sich; die ihrer Kirche treugebliebenen Priester wurden allgemein den Staatsgeistlichen vorgezogen; die Straßenaufläufe nahmen ab; der Guillotine wurden keine Opfer mehr vorgeworfen. Die Mehrheit des Volkes sehnte sich nach Frieden, und die Kriegslustigen wollten wenigstens den Frieden mit Preußen. Insbesondere Bacher gab sich Mühe, die Vorteile einer versöhnlichen Politik in helles Licht zu setzen. Es falle ihm gar nicht ein, schrieb er an den Wohlfahrtsausschuß, in Abrede zu stellen, daß er für Preußen besondere Vorliebe habe; er verdanke dem Staat Friedrichs des Großen seine Erziehung, und namentlich dem Prinzen Heinrich sei er mit Kopf und Herz verpflichtet. Es könne ja nur als Glück betrachtet werden, daß dieser geborene Protektor aller Franzosen die verlorene Gunst des Königs wieder gewonnen habe und zum Vorteil seiner Freunde gebrauche. Ein Anlaß zu Mißtrauen sei nicht geboten. „Das Berliner Kabinett würde aus einem Versuch, uns zu hintergehen, keinen Gewinn ziehen; wollte es wirklich so thöricht sein eigenes Interesse verkennen, wollte es taub sein gegen das Gebot der Staatsklugheit und die Stimme der öffentlichen Meinung, so würde es nur selbst dafür zu büßen haben!" Uebrigens sei in Berlin alle Welt von der Einsicht durchdrungen, daß man nur in Verbindung mit Frankreich das Gleichgewicht gegen den russischen Koloß aufrecht erhalten könne.[1]) Auch der Wohlfahrtsausschuß selbst neigte keineswegs zu einer ablehnenden Haltung. „Wir haben nunmehr," schrieb der Ausschuß an Barthelemy (5. Dezember), „auf Meyerincks Anerbieten geantwortet, daß wir Vorschläge seines Königs gern entgegennehmen wollen, daß sie mit Sicherheit auf Annahme zählen können, wenn sie nicht der Würde und dem Vorteil des französischen Volkes zuwiderlaufen." Möchte doch das Berliner Kabinett endlich erkennen, wo sein wahres Interesse liege, möchte es doch zu offenem und ehrlichem Zusammengehen mit uns sich entschließen! Dann würde rasch das europäische System eine Wandlung erfahren, die ebenso dem Königreich Preußen wie der Republik Frankreich zu gute käme. „Der entscheidende Augenblick ist gekommen, wir müssen jetzt wachsam die Augen offen halten und zählen auch auf deine Aufmerksamkeit, Rührigkeit

[1]) Papiers de Barthélemy, IV, 479.

und Klugheit! . . . Uebrigens sind wir, was wir den Preußen nicht vorenthalten haben, der Meinung, daß es vorteilhafter wäre, mündlich in Paris zu verhandeln als auf schriftlichem Wege."[1])

Wirklich wurde, dem Wunsche der französischen Machthaber entsprechend, der preußische Botschaftssekretär Harnier — jedoch nicht in amtlicher Eigenschaft — nach Paris entsendet; am 2. Januar reiste er dahin ab. An der französischen Grenze angelangt, soll er, wie der Oesterreicher Degelmann nach Wien berichtete, die dreifarbige Kokarde an den Hut gesteckt haben mit dem Rufe: „Es lebe der König von Preußen! Es lebe die französische Republik!"[2])

Der Wohlfahrtsausschuß hätte offene Verhandlung vorgezogen, um vor aller Welt darzuthun, daß Preußen, nicht Frankreich den Frieden nötig habe. Mit Rücksicht auf die „Geschämigkeit" Preußens wurde aber Barthelemy angewiesen, zu geheimer Beratung mit Goltz nach Basel zu gehen. Zugleich sollte er bei der Kantonalregierung unerbittlich auf Ausweisung aller Emigranten bestehen. „Die Stadt Basel beginnt Mittelpunkt der wichtigsten Ereignisse zu werden: das Schicksal Europas hängt von den dort eröffneten Verhandlungen ab. Um so mehr ist es geboten, gegen den pestilenzialischen Einfluß dieser Feinde der Menschheit ein für allemal einen Damm aufzurichten."

Barthelemy war ein aufrichtiger Freund des Friedens, aber ein nüchterner Beobachter, der sich seine Leute genau ansah. Meyerinck flößte ihm wenig Vertrauen ein: „Ich halte diesen Herrn Major," schrieb er an den Wohlfahrtsausschuß, „für einen kleinen Ränkeschmied (un peu finasseur) und für einen Phrasendrechsler!" Bacher dagegen war mit den preußischen Gästen ein Herz und eine Seele. Bürger Ochs und andere reiche Baseler machten sich eine Ehre daraus, die neuen Freunde zu festlichen Gelagen einzuladen, wobei manches Glas auf den Frieden geleert wurde.[3])

Doch die Ansichten der Baseler Gäste über Art und Ziel des Friedens gingen stark auseinander. Die Franzosen erstrebten von vornherein ein Sonderabkommen, während auf preußischer Seite wenigstens in den amtlichen Schriftstücken nur von einem allgemeinen Frieden gesprochen wurde. Wenn Preußen, schrieb Bacher (18. Dezember) an den Wohlfahrtsausschuß, auf unsere Seite getreten ist und die Fürsten des linksrheinischen Ufers dieses Beispiel befolgt haben, dann können sich die Oesterreicher am Oberrhein, in Schwaben und Franken gar nicht mehr halten, dann können wir wieder Pferde von dorther beziehen, dann kann wieder Korn aus Deutschland eingeführt und damit unserer Not ein Ende gesetzt werden. „Gerade aus diesem Gesichtspunkte habe ich von Anfang an unsere Annäherung an Preußen als eine wichtige und hocherwünschte Sache betrachtet."[4])

Am 28. Dezember langte Graf Goltz in Basel an. Bei einem Mittagsmahl im Hause Meyerincks traf er zum erstenmal mit Bacher zusammen. „Der Preuße ist ein gewandter, feiner Herr," schrieb Bacher an den Wohlfahrtsausschuß,

---

[1]) Papiers de Barthélemy, IV, 464.
[2]) Vivenot, Herzog Albrecht, II, 2, 59.
[3]) Papiers de Barthélemy, IV, 441.
[4]) Ibid., IV, 495.

„er kennt Frankreich genau und weiß, über welch unermeßliche Hilfsquellen wir zu verfügen haben; er liebt den Aufenthalt in Paris und würde offenbar sehr gern wieder dorthin zurückkehren; jedenfalls kann ich seine Zuvorkommenheit, seine Offenherzigkeit nicht genug loben!“ [1]) Erst ein paar Wochen später traf Barthelemy im Hause eines Baseler Gastfreundes mit dem preußischen Kollegen zusammen. Goltz gab zu verstehen, daß er den Frieden für gesichert halte, wenn die französische Regierung auf die inzwischen von Harnier dargelegten Wünsche Preußens eingehe. Großes Gewicht lege der König darauf, daß alle deutschen Fürsten, die sich an ihn anschließen wollten, in den Frieden einbezogen würden. Der vom großen Friedrich gestiftete Fürstenbund müsse wieder aufgerichtet werden, daran habe auch Frankreich ein lebhaftes Interesse. Sei doch soeben wieder zu Tage getreten, wie unermüdlich das habsburgische Haus seine Fäden schlinge: der siebzigjährige Kurfürst von Baiern werde mit einer siebzehnjährigen Erzherzogin verkuppelt, offenbar nur um Pfalz-Baiern noch enger an Oesterreich zu ketten.

Es ist leicht zu durchschauen, erklärt Barthelemy seiner Regierung, weshalb dem König von Preußen so viel an der Hereinziehung andrer deutscher Fürsten in den Frieden gelegen ist; wenn er für sich allein abschließt, erscheint seine Handlungsweise als Abfall von den Verbündeten; dagegen erhält sie ein gefälliges Mäntelchen, wenn er als Vertreter und Verteidiger der deutschen Fürsten auftreten kann.[2])

Wichtiger als der „vorläufige Meinungsaustausch“ in Basel waren die von Harnier unmittelbar mit dem Wohlfahrtsausschuß eröffneten Verhandlungen. Als er am 6. Januar im Gleichheitspavillon der Tuilerien erschien, wies ihm Präsident Cambaceres einen Platz zu seiner Rechten an.[3]) Auf eine lange Rede Harniers zum Lobe des Friedens wurde im allgemeinen zustimmend geantwortet. In der weiteren Verhandlung trat jedoch zu Tage, daß der Wohlfahrtsausschuß auch ein Bündnis der versöhnten Mächte gegen die gemeinschaftlichen Feinde für selbstverständlich erachte; im Verein mit Polen, Dänemark, Schweden und Türkei sollten sie den ganz Europa bedrohenden Ehrgeiz der Kaiserhöfe bekämpfen.[4]) Da konnte nun Harnier freilich nicht die Zustimmung seiner Regierung in Aussicht stellen, denn er war angewiesen, „auf nichts einzugehen, was Preußen zwingen könnte, gegen seine bisherigen Verbündeten die Waffen zu ergreifen.“ Auch die bündige Forderung der Franzosen: Das linke Rheinufer muß bei Frankreich verbleiben! brachte einen Mißton in den Meinungsaustausch, und als schließlich Harnier dem Ansinnen, daß Preußen zur Bethätigung seiner freundschaftlichen Gesinnung die schleunige Uebergabe von Mainz an die Franzosen betreiben möge, widersprach, mußte der Einigungsversuch als gescheitert gelten. Die Verhandlungen dauerten zwar fort, doch vergeblich beklagte Harnier den Widerspruch,

---

[1]) Später fand Bacher freilich, daß die Kunst des Grafen Goltz ein wenig zu stark an die alte diplomatische Küche erinnere. (Sorel, VI, 81.)

[2]) Papiers de Barthélemy, IV, 555.

[3]) Ranke, I, 270. — Sorel, VI, 346.

[4]) Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Acta, das Friedensgeschäft in Basel betr. Bericht Harniers vom 17. Januar 1795.

daß die Republik im nämlichen Augenblick, da sie um Preußens Neigung werbe, dem neuen Freunde ein wertvolles Stück seiner Habe entreißen wolle, daß sie dem Reich, das dem despotischen Erzhause abspenstig gemacht werden sollte, im nämlichen Augenblick den Verzicht auf die wichtigsten Plätze, Mainz und Köln, zumute. Die Zwölfmänner beharrten auf ihrer Forderung.

Endlich kam jedoch eine Brücke in Sicht. Nachdem einmal das Wort „Entschädigung" gefallen war, verhielt sich Harnier nicht mehr so schroff ablehnend, und bei seiner Abreise am 15. Januar brauchte die Sendung wenigstens nicht als mißlungen angesehen zu werden. Da sich nicht mehr bezweifeln lasse, daß Preußen ernstlich an den Frieden denke, wies der Wohlfahrtsausschuß den Gesandten Barthelemy an, die Verhandlungen in Basel fortzusetzen.[1])

Unter allen Umständen — so lautet die Instruktion — ist streng daran festzuhalten: Der Rhein muß Frankreichs Grenze und Mainz muß unser werden! Dieses Ziel wird sich erreichen lassen, wenn man es tapfer und beharrlich verfolgt. Preußen hat sich mit uns schon zu tief eingelassen; es kann nicht mehr zurück, wenn es auch wollte; ohne englisches Geld kann es den Krieg nicht fortsetzen; das Bündnis mit Oesterreich wird im eigenen Lande als Mißgriff und Gefahr angesehen; die Freundschaft Rußlands scheint in die Brüche gegangen zu sein; der Aufstand in Südpreußen droht bereits Schlesien anzustecken; die öffentliche Meinung im Lande will den Frieden. „Reue über die Vergangenheit, Widerwille gegen die Gegenwart, Furcht vor der Zukunft: das sind für Preußen mächtige Beweggründe, den Frieden herbeizuwünschen." Wenn Preußen als Friedenspreis die Anerkennung der Republik anbietet, ist auf das überflüssige Zugeständnis gar nicht einzugehen; ebenso wertlos ist für uns eine Erklärung, daß Preußen sich nicht um das Schicksal Hollands bekümmern will. Mainz und das linke Rheinufer! alles andere ist nur Sand in die Augen. „Preußen muß endlich einmal wählen zwischen den zwei politischen Systemen, wovon das eine verführerisch aussieht, aber auf schwachen Füßen steht, während das andere weniger glänzt und gleißt, aber eine sichere Stütze bietet; entweder fährt Preußen fort, dem Anschein nach die Rolle einer Macht ersten Ranges zu spielen, in Wahrheit aber eine untergeordnete Rolle im Dienste Oesterreichs und Rußlands zu spielen; es fährt fort, allen möglichen Eroberungen nachzulaufen und durch seine Gier den allgemeinen Haß auf sich zu laden, — oder es begibt sich freiwillig in den zweiten Rang, den die Natur der Dinge ihm anweist, bis es durch eine aufgeklärte Politik und die Freundschaft der Republik zu erstem Rang emporsteigen kann. Wenn Preußen die ungerechte polnische Beute zurückgibt, hört es auf, der immer gefährdete Nachbar Rußlands zu sein, und das Wohlgefallen der gutgesinnten Mächte wird der schönste Lohn sein. „Dann wird der Augenblick kommen, wo die französische Republik, die Vergangenheit großmütig vergessend, Preußen in die Arme schließen und zu seinem Glück und Ruhm einen

[1]) Papiers de Barthélemy, V, 47. Explications du comité de salut public sur les ouvertures pacifiques préparatoires faites de la part de Sa Majesté le roi de Prusse, 15 janvier 1795.

festen Bund schließen wird, wonach die beiden Staaten nur noch ein Interesse, nur noch gemeinsame Freunde und Feinde haben werden."

Was Harnier aus Paris und Goltz aus Basel meldeten, wäre wohl geeignet gewesen, den leitenden Berliner Kreisen den Abbruch der Verhandlungen nahe zu legen. Doch im nämlichen Augenblick, da man vernahm: Wenn Preußen sich weigert, an Frankreich das linke Rheinufer abzutreten, gibt es kein Ende des Krieges mit Frankreich! erscholl es von Petersburg: Wenn Preußen seine weitgehenden Ansprüche auf Polen nicht aufgibt, ist der Krieg mit Rußland und Oesterreich unvermeidlich! —

Wir sahen, welch ungünstigen Verlauf die Verhandlungen Tauenziens zur Betreibung der preußischen Vorschläge in Petersburg nahmen. Um so gnädigere Aufnahme fand dort Cobenzl. Die von Thugut ausgearbeitete Instruktion vom 29. November 1794 wies den Gesandten an, neue Erwerbungen Preußens in Polen um jeden Preis zu verhindern oder doch möglichst einzuschränken.[1]) Nur das bei der letzten Teilung übergangene Oesterreich habe gerechten Anspruch auf Entschädigung; entweder soll Frankreich mit Hilfe der Zarin zur Abtretung des Elsasses genötigt werden oder die Republik Venedig ein Stück der Terra firma an die Erbstaaten überlassen oder aus polnischem Gebiete ein geeigneter Ersatz geschaffen werden.

In einer früheren Instruktion vom 27. Februar 1794 war noch deutlicher gesagt: „Es ist höchste Zeit, daß die beiden Kaiserhöfe gemeinsam gegen Preußens Böswilligkeit und Habsucht einschreiten; es wäre sogar ein Glück, wenn Preußen sich einen feindseligen Schritt erlauben würde, damit ein Anlaß geboten wäre, diesen gefährlichen Staat einzuschränken."[2])

Am 15. Dezember wurden die Verhandlungen zwischen Cobenzl und dem russischen Vizekanzler Ostermann eröffnet. Es kostete Cobenzl keine Mühe, die Berechtigung der eigenen, die Grundlosigkeit der preußischen Forderungen zu erhärten; Preußen sollte bei der neuen Teilung Polens zwar nicht gänzlich ausgeschlossen werden, aber nur 700 Quadratmeilen erhalten, während auf Oesterreich 1000, auf Rußland 2000 fallen sollten. Andererseits wurde Cobenzl nicht im unklaren belassen, daß die Gunst Rußlands nicht umsonst zu haben sei. Oesterreich sollte, wieder einlenkend in die Politik Josephs II., zur Verdrängung der Türken aus Europa mitwirken; dann sollten von beiden Mächten die Verhältnisse der Balkanhalbinsel neu geordnet werden. Cobenzl stimmte den russischen Wünschen unbedingt und unbedenklich zu. Er überschritt damit sogar seine Vollmacht, doch wurde von ihm, wie auch Hüffer zugibt, nichts bewilligt, was nicht in Wien schon besprochen und zugestanden worden wäre. Von den deutschen Vormächten ließ sich ja von jeher bald die eine, bald die andere zur Förderung der russischen Pläne gebrauchen! Der Gedanke, daß es nicht angehe, ohne den Schatten eines begründeten Anspruchs über fremde Länder und Völker zu verfügen, kam auch den Vertretern der Kaiserhöfe nicht in den Sinn. Am 3. Januar 1795

[1]) Hüffer, Die Politik der deutschen Mächte im Revolutionskrieg bis zum Abschluß des Friedens von Campo Formio, 97.

[2]) Sybel, Polens Untergang und der Revolutionskrieg; Histor. Zeitschr. 23. Bd., 107.

wurde der geheime Vertrag unterzeichnet.[1]) Kaiser Franz erklärte nachträglich seinen Beitritt zum russisch-preußischen Teilungsvertrag vom 23. Januar 1793, insofern derselbe die Interessen der beiden Kaiserhöfe betraf, weshalb sowohl die Gewährleistung der russischen Erwerbungen in Polen durch Oesterreich, als die Zustimmung Rußlands zum Austausch Baierns gegen Belgien ausdrücklich aufgenommen wurde. Am nämlichen Tage wurde noch eine „geheime Erklärung" unterzeichnet, wonach für den Fall, daß die Kaiserhöfe in Krieg mit der Türkei verwickelt würden, Bessarabien, Moldau und Walachei der Pforte abgenommen und in ein unabhängiges Erbreich unter dem Szepter eines russischen Prinzen verwandelt, Oesterreich durch eine der Türkei abgenommene Provinz entschädigt werden sollten. Falls Preußen, so war in einem geheimen Artikel beigefügt, einen der Verbündeten angreifen würde, sollte der andere nicht bloß die vertragsmäßige Hilfe leisten, sondern mit allen zu Gebote stehenden Kräften gegen den gemeinschaftlichen Feind auftreten. Der sächsische Gesandte in Petersburg, v. Völkersahm, beurteilte den Umschwung sehr richtig, als er seinem Hofe meldete, die Zarin habe sich von Preußen abgewendet und mit Oesterreich verbunden, weil der Kaiser der Sekundant ihrer orientalischen Politik sein wolle.[2])

Das Schutz- und Trutzbündnis der Kaisermächte mit der feindseligen Spitze gegen Preußen wurde dem Berliner Kabinett erst im August 1795 bekannt. Immerhin haben die Petersburger Vorgänge auf die Baseler Abmachungen eingewirkt; aus Tauenziens Berichten war ja deutlich genug zu entnehmen, wessen sich Preußen von seinen Nachbarn im Osten zu versehen habe. Die preußische Regierung gab sich aber der Hoffnung hin, durch Aussöhnung mit dem siegreichen Frankreich auf die Kaiserhöfe solchen Druck auszuüben, daß sie auch diesmal den dritten als ebenbürtigen Genossen zur Teilung zulassen würden. Es war ein gewagtes Spiel, aber die preußische Politik bewegte sich ja seit dem Beginn des Revolutionskrieges in übereilten Anläufen und ängstlichen Rückzügen, in widerspruchsvollen Bestrebungen und unklaren Begierden! —

Die Verhandlungen in Basel waren natürlich den bisherigen Bundesgenossen Preußens nicht geheim geblieben. Der österreichische Gesandte in der Schweiz, v. Degelmann, berichtete an seinen Hof, daß von den Preußen in Basel bei üppigen Gelagen schamlos auf das Wohl und den Ruhm der französischen Republik getrunken werde, daß sie ihre vertraulichen Beziehungen zu den Jakobinern offen zur Schau trügen, während sie jedem Verkehr mit Oesterreichern auswichen u. s. w.

Auch im Felde begannen schon die österreichischen und die preußischen Truppen, die noch vor kurzem Schulter an Schulter den Sieg bei Kaiserslautern erfochten hatten, sich als Feinde anzusehen und zu behandeln. Als ein Baseler Bürger um einen preußischen Militärpaß nachsuchte, erklärte Möllendorff selbst, er glaube nicht, daß die Oesterreicher ein preußisches Schriftstück respektieren würden. Als ein Sekretär des Grafen Goltz, Formey, auf der Reise nach Basel

[1]) Michailowski-Danilewski und Miliutin, Geschichte des Krieges Rußlands mit Frankreich von 1799, I, 296.

[2]) Hassel, Das Verhältnis Kursachsens zu den Präliminarien des Baseler Friedens; Neues Archiv f. sächsische Geschichte und Altertumskunde, 12. Bd., 237.

die Stadt Freiburg passierte, wurde er von der österreichischen Behörde mehrere Tage festgehalten, unter dem Vorwand, daß seine Pässe nicht in Richtigkeit wären.[1])

Dem englischen Gesandten in Braunschweig erzählte ein aus Berlin kommender mecklenburgischer Prinz, Seine Majestät spreche zwar immer noch vom Feldzug am Rhein, Prinz Heinrich aber rühme sich offen, die Thore des Janustempels verriegelt zu haben. Am 23. Februar schrieb Malmesbury in sein Tagebuch: „Preußen willigt in alle von Frankreich vorgeschlagenen Friedensbedingungen — schändlich und unglaublich! — Das ist das Werk des Prinzen Heinrich!“ [2])

Thatsächlich war das Friedenswerk noch keineswegs so weit gediehen. Da man sich namentlich über das Schicksal von Mainz nicht einigen konnte, gingen die Verhandlungen nur langsam vorwärts. Ziemlich unerwartet starb Graf Goltz am 5. Februar. Vivenot beklagt, daß von „Bösgesinnten“ dem Verdacht einer Vergiftung Ausdruck gegeben wurde, und glaubt versichern zu können, die „fetten Tafeln und vollen Gläser, sowie der geheime Aerger über die Fortschritte der Franzosen in Holland“ seien „als die natürlichen Ursachen des plötzlichen Todes“ zu betrachten.[3]) Weder das eine noch das andere entspricht der Wahrheit. Goltz starb an zurückgetretener Gicht.[4]) „Das Ableben des Gesandten“, schrieb Barthelemy an den Wohlfahrtsausschuß, „ist aufrichtig zu bedauern, denn er war immer von bestem Willen beseelt, den Frieden zu fördern. Schon bei unserem ersten Zusammentreffen sagte er: ‚Sie können sich leicht vorstellen, wie meinem Ehrgeiz der Gedanke schmeicheln muß, meine politische Laufbahn mit einem so ruhmvollen Versöhnungswerk abzuschließen.‘ . . . . Ich erinnere auch daran, daß Graf Goltz seiner Zeit, weil er seinem Hofe voraussagte, welches Unheil die Teilnahme am Kriege bringen werde, nach Magdeburg verbannt wurde.“[5]) Der Wohlfahrtsausschuß wünschte, daß Harnier zum Nachfolger des Verstorbenen ernannt werden möchte. Vorerst wurden auch von diesem die Geschäfte übernommen. Er sollte Barthelemy zur Vorlage eines Vertragsentwurfes auffordern, worauf das preußische Kabinett ebenfalls seine Bedingungen stellen wolle; bis zum endgültigen Austrag sollten die Waffen ruhen. Barthelemy ging jedoch darauf nicht ein. Die zum Abschluß eines Waffenstillstands erforderliche Zeit, erwiderte er, werde auch zum Friedensschluß genügen. Das ganze bisherige Verhalten Preußens lasse sich mit dem Sprichwort kennzeichnen: es wolle den Pelz waschen, aber nicht naß machen. Mit solcher Zwitterpolitik müsse endlich aufgeräumt werden!

Der Vorwurf war nicht unberechtigt. Es muß füglich überraschen, daß

---

[1]) Barthelemy, der die beiden Zwischenfälle dem Wohlfahrtsausschuß meldete, setzte hinzu: „Frédéric II. n'aurait pas souffert de pareils outrages.“ (Papiers de Barthélemy, V. 62.)

[2]) Malmesbury, Tagebücher, II, 111.

[3]) Vivenot, Herzog Albrecht, II, 2, 70. — In Basel ging das Gerücht, dem preußischen Gesandten sei vergifteter Tabak zugesendet worden (Ochs, Geschichte der Stadt Basel, VIII, 174).

[4]) Ranke, I, 279. — Goltz schreibt schon am 29. Dez. 1794 an Hardenberg, er sei durch ein Hüftenleiden fast gänzlich gelähmt. (Preuß. St.-Arch. Schriftwechsel zwischen Goltz und Hardenberg 1794—1795.)

[5]) Papiers de Barthélemy, V, 63.

das Berliner Kabinett nach allem, was im Januar geschehen war, im nächsten Monat wieder mit England anknüpfte. Die Erklärung bietet der Wechselstreit der Meinungen in Berlin.

Hören wir, was Massenbach über seinen Besuch in der Hauptstadt, wohin er zu Beratungen über einen neuen Feldzugsplan geschickt worden war, zu erzählen weiß! Es nahm ihn nicht Wunder, daß in militärischen Kreisen nicht mehr vom Entsatz der Festung Mainz, sondern nur noch von der Deckung Westfalens die Rede war; dagegen überraschte ihn der Eifer, womit gerade Bischoffswerder den Frieden empfahl, Frieden um jeden Preis. Als Massenbach, um den einflußreichen Mann noch weiter auszuholen, den Einwand erhob, ein Sonderfriede mit Frankreich könnte zur Entfremdung Rußlands führen, brach Bischoffswerder los: „Rußland ist ja gar nicht unser Freund, das hat die polnische Campagne bewiesen. Sie sollten nur Suwarows Brief an den König gelesen haben: ‚Praga raucht, Warschau zittert. Auf den Wällen von Praga. Suwarow.‘ Was denken Sie von solcher Sprache?“ „Wenn Rußland nicht mehr unser Freund ist,“ sagte Massenbach, „so begnüge man sich nicht mit dem Frieden, sondern schließe offen ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Pariser Regierung!“ „Das ist zu früh,“ erwiderte der General, „man weiß ja nicht, welche Gestalt die Dinge in Frankreich noch annehmen werden!“ [1]) Dagegen war Prinz Heinrich hocherfreut über Massenbachs Skrupellosigkeit. Der Offizier erinnerte daran, daß Mazarin das Bedenken seines Zöglings Ludwig, den Usurpator Cromwell Bruder zu nennen, mit den Worten überwand: ‚Nun denn, so nennen Sie ihn halt Vater!‘ „Sie sind mein Mann,“ rief der Prinz, „Sie sind in meine Anschauung eingedrungen!“ Weniger warmen Empfang fand aber der Vertrauensmann Möllendorffs beim Kronprinzen, und in der Audienz beim König mußte er die Beobachtung machen, daß Friedrich Wilhelms Augen erst aufleuchteten, als die Rede auf Oberst Blüchers tapfere Thaten in den Kämpfen bei Kaiserslautern kam.

Die Erzählung Massenbachs stimmt mit zuverlässigeren Quellenangaben überein. Thugut war auf gänzlich falscher Fährte, wenn er in Prinz Heinrich und General Bischoffswerder Anhänger des Kaisers erblickte und für den Bruch mit der bisherigen Politik die Ränke Lucchesinis verantwortlich machte. [2])

Auch als der Herzog von Braunschweig, um über die wahre Stimmung des preußischen Hofes ins reine zu kommen, einen Herrn v. Riedesel nach Berlin sandte, gab der König offen zu erkennen, daß er am liebsten wieder an der Seite der Verbündeten und an der Spitze seiner Truppen fechten würde. [3]) Noch in den letzten Tagen des Januar erklärte Friedrich Wilhelm in einem eigenhändigen Schreiben an Goltz, daß es nicht zulässig erscheine, Getreide aus Hessen in den Kanton Basel ausführen zu lassen, weil dadurch das Getreide, „das man nötig habe für einen vierten Feldzug“, verteuert würde. [4])

Unter solchen Umständen konnte Lord Spencer mit dem Angebot, zur Fort-

[1]) Massenbach, Memoiren zur Geschichte des preuß. Staats, II, 78.

[2]) Vivenot, Herzog Albrecht, II, 2. Teil, 72, 76.

[3]) Ranke, I, 282.

[4]) Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Tableau général des négociations de Bâle et catalogue de toutes les pièces justificatives, 1795.

setzung des Krieges neue Mittel zur Verfügung stellen, im Schloß auf freundliche Aufnahme zählen; auch Haugwitz hieß die englische Hilfe willkommen; nur Prinz Heinrich ließ über seinen ablehnenden Standpunkt keinen Zweifel aufkommen. „Wir haben kein Geld," sagte der Prinz zu Riedesel, „das ganze Volk will den Frieden, England steckt mit Oesterreich unter einer Decke, unser Verhältnis zu Schweden und Rußland ist so gespannt wie möglich, — was bleibt uns denn übrig, als dem Franzosen die Hand zu bieten? Der Friede wird nicht ehrenvoll sein, aber er ist notwendig!" [1] —

Zu Anfang des Jahres 1795 bezog die preußische Armee eine Stellung der Ems entlang bis Emden. Damit war für den Fall des Mißlingens der Baseler Verhandlungen Westfalen gedeckt, andrerseits aber den Franzosen ein wichtiges Zugeständnis gemacht, denn mit der neuen Stellung war, worauf Harnier in Paris mit Genugthuung aufmerksam machte, die Verteidigung von Mainz aufgegeben.[2] Doch auch jetzt durfte Harnier der in Paris geforderten Abtretung des linken Rheinufers nicht zustimmen. Nicht seine Regierung, erklärte er am 17. Februar, nur das Reich habe darüber zu verfügen; die Abtretungsfrage möge also vorerst gänzlich aus dem Spiel gelassen werden. Dagegen glaubte die französische Regierung, um nicht ihren Ruf in Frankreich selbst zu schädigen, an ihrer Forderung festhalten zu müssen. Sie befand sich ja in der That in schwieriger Lage. Die Hinrichtung des Bluthundes Carrier, des Erfinders der Déportations verticales und der Mariages républicains, der Prozeß gegen die „reinsten" Vertreter der Freiheit und Gleichheit, Collot d'Herbois, Barere und Billaud-Varennes, die Schließung des Jakobinerklubs, die Aufhebung der drakonischen Verordnungen gegen Edelleute und Priester hatten die Bergpartei in rasende Wut versetzt; ein Kampf aufs Messer zwischen Terroristen und Gemäßigten stand bevor. Dazu kam, daß die Hungersnot in Frankreich im Frühjahr 1795 den Höhepunkt erreichte, — nach Taine wären damals mehr als eine Million Franzosen an Hungertyphus gestorben.[3] Jeder Tag konnte einen verzweifelten Ausbruch der Volksleidenschaft, die Wiederkehr der Schreckensherrschaft in furchtbarerer Gestalt bringen! Andrerseits hatte sich die bestehende Regierung der rückläufigen Bewegung auf dem Lande zu erwehren, deren Vertreter immer dreister das Haupt erhoben. Nie waren die Sitzungen der Nationalversammlung stürmischer gewesen; der Haß der Parteien drohte die kaum ins Leben gerufene Staatsordnung wieder in Trümmer zu schlagen. Die Regierung brauchte also, um sich im Innern zu behaupten, glänzende Erfolge im Ausland. Der Sieg blieb denn auch den französischen Fahnen treu, und diese militärischen Triumphe ermöglichten den Cambaceres und Tallien in der auswärtigen Politik eine gebieterische Haltung. Ein merkwürdiges Schauspiel! Eine Regierung, die kaum im stande ist, im eigenen Lande sich ihrer Feinde zu erwehren, hält ganz Europa in Schach, behauptet eine Machtstellung, wie sie die mächtigsten Könige niemals erreicht hatten! —

---

[1] Ranke, I, 282.
[2] Papiers de Barthélemy, V, 73.
[3] Taine, II, 3. Abt., 496.

Als in Paris ruchbar wurde, daß der englische Gesandte in Berlin neuen Einfluß gewinne, wurde der Wohlfahrtsausschuß wieder mißtrauisch. Es muß gehandelt werden, keinen Aufschub, keine schwächliche Nachgiebigkeit! Das linke Rheinufer muß unser werden! Nicht der Ehrgeiz, schreibt Cambaceres an Barthelemy, hat als die Triebfeder unserer Forderung zu gelten; Könige lassen sich vom Ehrgeiz zu Kriegen drängen, die Völker greifen nur um der Gerechtigkeit willen zu den Waffen. Der Friede soll aber auch dazu dienen, den Keim künftiger Kriege zu zerstören; deshalb muß Frankreich seine natürlichen Grenzen heischen: Pyrenäen, Alpen und Rhein! Wenn sich gegen diese Ansprüche Widerstand erhebt, muß unser Schwert die Erfüllung erkämpfen!

Ohne darauf zu achten, daß nur die Unthätigkeit der preußischen Armee den Franzosen die Behauptung ihrer dominierenden Stellung ermögliche, daß Möllendorff über eine schlagfertige Armee von 80 000 Mann verfüge und jeden Augenblick auch noch die hannöverschen Truppen an sich ziehen könne, daß Frankreich dann in gefährlichste Lage versetzt wäre, wies die französische Regierung ihre Vertreter in der Schweiz an, nicht um Haaresbreite von den aufgestellten Forderungen abzugehen und, wenn auf preußischer Seite auch nur ein Zaudern ersichtlich werde, sofort die Verhandlungen abzubrechen.

Sogar Barthelemy erschrak vor dem Ungestüm seiner Auftraggeber. „Der Ueberschwang der Revolution spukt noch immer in den Köpfen vieler Franzosen," sagte er zu Harnier, „es darf Sie also nicht befremden, wenn Sie auf solche Spuren auch in diesem Schriftstück stoßen werden!" Mit diesen Worten überreichte er dem preußischen Diplomaten das Ultimatum. Harnier war aufs äußerste betroffen. Mit bewegter Stimme beteuerte er, man thue seinem Hofe Unrecht, der Friede werde ehrlich und aufrichtig angestrebt, nur der Tod des Grafen Goltz habe die Verschleppung der Verhandlungen verschuldet.[1]) Darauf beeilten sich hinwieder Barthelemy und Bacher, die Versicherung zu geben, daß von ihnen persönlich der gute Wille der preußischen Regierung nicht im mindesten angezweifelt werde. „Die beiden Herren sprachen sich so freimütig aus, daß sie damit die Guillotine riskierten." Sie hätten den preußischen Kollegen überhaupt nur deshalb das fatale Schriftstück gezeigt, weil die Möglichkeit bestehe, daß ähnliche Weisungen auch an die Armee ergangen wären, und weil es sich empfehle, die preußischen Generäle darauf aufmerksam zu machen, daß das Säbelrasseln nicht ganz ernstlich gemeint sei. Um zugleich dem Willen seiner Regierung und dem Standpunkt des Berliner Hofes Rechnung zu tragen, verfaßte Barthelemy einen Vertragsentwurf, der das alte Mittel der monarchischen Diplomatie in Anwendung brachte: *geheime Zusätze* zum Hauptvertrag. Um den Wohlfahrtsausschuß nicht zu reizen, sollte die Abtretung zugestanden, aus Rücksicht auf die Würde des Königs von Preußen aber einem künftigen Uebereinkommen bei Abschluß des Reichsfriedens vorbehalten werden.

Cambaceres und seine Kollegen nahmen den Entwurf unbedenklich als Grundlage weiterer Unterhandlungen an, und Harnier beeilte sich, die erfreuliche Nachricht nach Berlin zu senden. Kaum war aber der Kurier abgegangen,

[1]) Ranke, I, 285.

traf in Basel der Diplomat ein, der an Harniers Stelle die Verhandlungen fortsetzen sollte, und die Wahl des Vertreters der preußischen Regierung mußte den Gedanken nahe legen, daß in Berlin keine andre Absicht bestehe, als den Abbruch der Friedensverhandlungen herbeizuführen.

Hardenberg, der leitende Minister der fränkisch-brandenburgischen Provinzen, ein Staatsmann von feinen Formen, scharfem Blick und lebhaftem Temperament, war zwar — er selbst nimmt es in seinen Memoiren für sich in Anspruch[1]) — vielleicht als der erste für den Frieden eingetreten, jedoch, wie oben dargelegt wurde, nur für einen auf das ganze Reich sich erstreckenden Frieden, durch dessen Vermittlung der Einfluß Preußens in Deutschland verstärkt werden sollte. Den ersten Annäherungsversuchen Möllendorffs und Kalckreuths stand er fern, obwohl er mit Schmerz und Meyerinck in Briefwechsel stand und im Verkehr mit Goltz und Haugwitz die Friedensfrage oft und lebhaft erörterte.[2]) Einem Bündnis mit Frankreich war er durchaus abgeneigt, dagegen schien ihm unter den gegebenen Verhältnissen eine neutrale Stellung Preußens in Europa manchen Vorteil zu bieten, jedoch immer nur, wenn sie ohne Entzweiung mit den alten Verbündeten zu erreichen wäre.[3]) „Ich weiß wohl," schrieb er am 30. Juli 1794 an Haugwitz, „daß man bey der Armee große Erwartungen von einem partikularen Frieden mit Frankreich, allenfalls mit Einschluß des deutschen Reiches, hegt und unter der Hand alles dahin richtet. Allein nicht zu verdenken, daß dieses ungefangene Fische sind, — denn worauf gründen die Herren die Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich itzt Frieden mit uns machen wolle? — scheint es mir viel besser, wenn wir einen allgemeinen Frieden baldmöglichst einleiten und uns darüber auch mit den andern kriegführenden Mächten verstehen könnten." Was seine persönliche Ansicht über Freund A und B (die verabredeten Chiffres für Separatfriede und allgemeiner Friede) betreffe, schreibt er am 3. August 1794 an den Kollegen, so „ist ersterer gar nicht nach meinem Sinn, so sehr ich für letzteren bin und Ihnen völlig beypflichte, daß man Alles anwenden müsse, sich mit ihm näher zu verbinden. Ich kann mich auch noch keineswegs überzeugen, daß es so leicht möglich seyn werde, die Gunst des Ersteren zu erwerben, und was hätte man dann, wenn es auch glückte? Mit voller Ueberzeugung unterschreibe ich es, daß es *ein wahres Unglück* seyn würde!" Den Frieden, ja! aber nur einen für Staat und Herrscherhaus ehrenvollen Frieden!

Es ist bezeichnend für Hardenbergs Standpunkt, daß er kurz vor der

---

[1]) Ranke I, 287.

[2]) Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Geheime Einleitung der Baseler Friedensunterhandlungen durch ꝛc. Schmerz in Kreuznach, 1794—1796. — Schriftwechsel mit dem v. Meyerinck 1794—1795. — Als Schmerz infolge der Verwüstung seines Landguts im Herbst 1795 vom Berliner Hofe eine ausgiebigere Belohnung seiner Dienste forderte, bestätigte Hardenberg, daß der Kreuznacher Bürger „mit ausgezeichnetem Eifer für den preußischen Staat gewirkt" habe. Schmerz erhielt denn auch eine Jahrespension von 800 Thalern, mußte aber eine Erklärung abgeben, daß er niemals weder mündlich noch schriftlich, weder heimlich noch öffentlich, weder Freunden noch Feinden das geringste von den Baseler Unterhandlungen offenbaren wolle (10. Febr. 1796).

[3]) Ebenda. Acta, die erste Einleitung der Friedensunterhandlungen zu Basel betr. 1794. Hardenberg an Haugwitz, 30. Juli 1794.

Sendung nach Basel mit Mallet du Pan, dem verständigsten Vertreter der Emigrantenpolitik, des „auswärtigen Frankreichs", in Verbindung trat. Im nämlichen Augenblick, da der Reichsvicekanzler Fürst Colloredo von Mallet Ratschläge erbat, wie am besten dem Drängen Thuguts nach raschem Friedensschluß (?) entgegenzuwirken wäre, fragte auch Hardenberg den königstreuen Publizisten, wie er die gegenwärtige Lage beurteile.[1]) Mallet bestärkte die beiden Staatsmänner im Vorsatz, nach Kräften einen übereilten Frieden hintanzuhalten. Statt die Rüstungen einzuschränken, schrieb er an Colloredo, müsse man sie eifriger betreiben, denn das revolutionäre Frankreich werde immer neue Armeen aus der Erde stampfen, um den Krieg ins Unermeßliche auszudehnen. Den preußischen Minister bat er, seinem Monarchen vorzustellen, daß die legitime Sache dringender denn je des ritterlichen Schutzes bedürfe; die revolutionären Grundsätze seien nach dem 9. Thermidor nicht weniger verderblich als vorher; auch jetzt noch werde von den Presbyterianern in England, den Illuminaten in Deutschland, den Jüngern der modernen Philosophie in ganz Europa unermüdlich daran gearbeitet, die jakobinische Lehre auszubreiten und die Herrschaft der Fürsten zu entwurzeln. „Meine Antwort," schrieb Mallet an de Castries, „konnte sich auf schlagende Beweise, unwiderlegliche Thatsachen und überzeugende Folgerungen stützen, so daß ich nicht überrascht war, zu vernehmen, daß Herr v. Hardenberg meinen Gedanken vollkommen beipflichte; er eilte nach Berlin, um, wie er mir mitteilte, persönlich unserer Sache zum Siege zu verhelfen."

Die Ernennung Hardenbergs zum Nachfolger des Grafen Goltz bedeutete in der That einen Sieg der kühleren Auffassung der Friedensfrage in Berlin, zwar nicht im Sinne Mallets, aber auch nicht nach dem Wunsche der Ministerkollegen, die, wie wir gesehen haben, den „Nichtpreußen" Hardenberg nicht ohne Argwohn betrachteten. Aus einem Memorandum Hardenbergs vom 1. März 1795, das er selbst seiner Instruktion anfügte, läßt sich erkennen, daß er thatsächlich in der ungestümen Forderung „Frieden um jeden Preis!" eine ernste Gefahr erblickte. Wenn Preußen — so wird darin ausgeführt — einen Separatfrieden schließt und die Franzosen dann weiter vordringen ins Herz des Reiches, — sollen die Preußen Gewehr bei Fuß zusehen? Wenn der revolutionäre Gedanke immer weitere Kreise ergreift, soll die preußische Regierung müßig die Hände in den Schoß legen? Gewiß müssen diese Fragen verneint werden, aber daraus geht auch hervor, daß Preußen sich nur dann mit Frankreich aussöhnen darf, wenn gegen das Vordringen der französischen Waffen und der revolutionären Propaganda eine feste Schranke aufgestellt, wenn zum Schutze Preußens und aller Staaten, die sich ihm anschließen wollen, eine Demarkationslinie gezogen wird. Kommt ein solcher Friede zu stande, so wird Preußen die führende Rolle, die ihm der Stifter des Fürstenbundes zudachte, behaupten können. Lehnt aber Frankreich unsere Forderung ab, so ist damit bewiesen, daß es den Umsturz aller Dinge in Deutschland anstrebt; zur Abwendung dieses Unheils darf dann nichts unterlassen, muß um jeden Preis die pekuniäre Hülfe Englands erwirkt und in Preußen der letzte Mann aufgeboten

[1]) Mémoires et correspondances de Mallet du Pan, recueillis par Sayous, II, 111.

werden.[1]) Die Fühlung mit England wollte Hardenberg unter allen Umständen festhalten; deshalb besuchte er auch auf der Reise nach Basel den Herzog von Braunschweig, „der jedoch über die Stimmung in England wenig mitzuteilen vermochte". Nur die unbegreifliche Saumseligkeit des Londoner Hofes, so wird in Hardenbergs Denkwürdigkeiten versichert, habe verschuldet, daß mit den Verhandlungen in Basel überhaupt Ernst gemacht wurde, — eine Auffassung, die von Lord Spencer geteilt wurde.[2])

Die Instruktion für den neuen Gesandten ging jedoch weiter, als Hardenberg gehen wollte.[3]) Sie wies ihn an, allen bisherigen Forderungen des Wohlfahrtsausschusses zuzustimmen, auf Verlangen auch die Abtretung des linken Rheinufers in einen geheimen Artikel aufzunehmen, allein nur gegen Gewährleistung einer ausreichenden Entschädigung und unter der Bedingung der Nichteinmischung Frankreichs in die polnischen Angelegenheiten. Auch die Aufstellung einer neutralen Zone mit Einschluß von Hannover sollte gefordert werden; falls Frankreich Bedenken trüge, die Neutralität auch auf dieses von England abhängige Land auszudehnen, möge in Aussicht gestellt werden, daß Preußen „auf besonderen Wunsch Frankreichs Hannover einstweilen in Depot nehmen wolle".

Durch Harniers freundschaftliche Vermittlung wußte bald Barthelemy und durch diesen der Wohlfahrtsausschuß, daß die Willfährigkeit des preußischen Kabinetts in der Abtretungsfrage nichts zu wünschen übrig lasse, dagegen wurde auf französischer Seite übel vermerkt, daß der König einen Hannoveraner, also einen „halben Engländer", nach Basel schicke. Barthelemy teilte anfänglich das Mißtrauen gegen den neuen Gesandten nicht. „Man sagt zwar, er habe etwas Steifes in seinem Wesen und lege allzuviel Gewicht auf Etikette und Repräsentation, doch soll er im Grunde alle Achtung verdienen und der Versöhnung nicht abgeneigt sein. Und selbst wenn dies nicht der Fall wäre: er kann nicht hintertreiben wollen, was der Vorteil des Berliner Hofes und die Umstände gebieterisch heischen."

Von den bisherigen Bundesgenossen Preußens wurde Hardenbergs Berufung mit Genugthuung aufgenommen. „So viel ich weiß," schrieb Spencer an Grenville (10. März 1795), „ist Hardenberg der einzige Minister, der mit dem König die Fortsetzung des Krieges wünscht; freilich hält auch er den Frieden für geboten, wenn sich nicht England bald zu neuen Subsidienzahlungen erbieten wird. Ich vermute, daß ihm Vollmacht verliehen ist, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, aber er hat verlauten lassen, daß er sie vorerst in die Länge ziehen werde!"

Dieser Zusage entsprach auch das Verhalten des Gesandten. Die Reise nach Basel ging nur langsam von statten. In Frankfurt, wo er sich mehrere Tage aufhielt, hatte er eine Besprechung mit dem englischen Agenten Crawford. Erneuert so rasch wie möglich den Subsidientraktat, mahnte er, sonst müssen wir thun, was zu thun uns keine Freude macht!

---

[1]) Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Acta das Friedensgeschäft zu Basel betr. Vol. I, 1794—1795, Juni. — Ranke, I, 289.

[2]) Hermann, 514.

[3]) Preuß. St.-Arch. Acta das Friedensgeschäft in Basel betr. Vol. I. Pièce instructive relative aux négociations à Bâle.

Am 18. März traf Hardenberg in Basel ein. „Herr v. Hardenberg ist immer vom Hundertsten zum Tausendsten gekommen!“ [1]) Mit diesen Worten charakterisiert Barthelemy die erste Unterredung. Einzelne Bestimmungen des französischen Entwurfs bezeichnete der preußische Minister als einfach unannehmbar, und ohne Neutralisierung Norddeutschlands, erklärte er, sei an einen Friedensschluß überhaupt nicht zu denken. „Man sieht,“ schrieb Barthelemy an den Wohlfahrtsausschuß, „er hat die Interessen seines Geburtslandes nicht aus den Augen verloren!“ Auch Harnier und Meyerinck, die mit Schrecken ihren Bau gefährdet sahen, hegten diesen Argwohn; der letztere war dreist genug, Hardenberg ins Gesicht zu sagen, es gehe das Gerücht, der Nachfolger des Grafen Goltz stehe im Sold des englischen Kabinetts.

Gewiß verdient die Verdächtigung keine Beachtung. Es entsprach nur dem ersten Gebot der Klugheit, wenn Hardenberg nicht sofort, wie es die Instruktion zugelassen hätte, zu allen Zugeständnissen sich bereit erklärte. Er konnte sich auch durch mancherlei Anzeichen ermutigt fühlen, dem Drängen der Franzosen nicht unbedingt nachzugeben. Am 19. März schrieb Haugwitz an Hardenberg, es werde demnächst am Rhein wieder lebendig werden; da die Franzosen von Waffenruhe durchaus nichts wissen wollten, werde Möllendorff die Weisung erhalten, „ihnen auf den Leib zu gehen und sie derb zu schlagen“. „Wenn Gott im Himmel sein fiat dazu gibt, so hoffe ich, soll dieses Ihre negociation sehr beschleunigen!“ [2])

Um so beharrlicher glaubte Hardenberg die Zustimmung zur Abtretung des linken Rheinufers verweigern zu dürfen. Welche Zumutung! sagte er. Im nämlichen Augenblick, da Preußen und Frankreich sich die Freundeshand reichen, soll Preußen eines so wertvollen Teils seines Besitzes sich berauben lassen! Im nämlichen Augenblick, da Preußen nach dem Wunsche und im Interesse Frankreichs dem habsburgischen Hause die Führung im Reich streitig machen will, soll es einer Abtretung zustimmen, die nur als Einleitung zur Zerstückelung des Reichskörpers und zur Auflösung der Reichsverfassung angesehen werden kann!

Barthelemy nahm diese Einwände und Verwahrungen anfangs gleichmütig auf. Als aber die Verhandlungen gar nicht vorwärts gehen wollten, wuchs seine Empfindlichkeit. „Ich glaube nun selbst,“ schrieb er am 22. März nach Paris, „daß die Sendung dieses Mannes einen Sieg der englischen Intrigue in Berlin bedeutet.“ Er habe anfangs in Hardenbergs Benehmen nur persönliche Aufgeblasenheit erblickt, aber in dieser Halsstarrigkeit stecke Methode; man müsse sorgfältig acht haben, nicht übervorteilt zu werden. „Herr v. Goltz würde seine Ehre darin erblickt haben, die Verhandlungen zu glücklichem Ende zu führen; sein Nachfolger, fürchte ich, erachtet es für rühmlicher, sie abzubrechen, und ist nur zu diesem Zwecke hierher gekommen.“

Barthelemy suchte nun namentlich durch Harnier auf den unbequemen Starrkopf zu wirken. Harnier mußte ihm vorstellen, welche Verantwortung eine

---

[1]) Papiers de Barthélemy, V, 116.

[2]) Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Schriftwechsel mit dem Grafen Haugwitz, betreffend die Abschließung des Friedens zu Basel, 1794–1795.

absichtliche Verzögerung des Friedens mit sich bringe, welches Kriegselend damit für Preußen und Hannover heraufbeschworen, welch günstige Gelegenheit zur Erhöhung des politischen Einflusses des Königs von Preußen verscherzt werde.[1])

Täglich fanden Unterredungen der Diplomaten statt. Jeder erklärte sich bereit, nach besten Kräften den Ausgleich zu fördern, aber ebenso entschieden verwahrte sich jeder gegen unannehmbare Bedingungen. Der Ton wurde täglich „trockener"; so versichert wenigstens Barthelemy, während Hardenbergs Denkwürdigkeiten diese Mißhelligkeiten auffälligerweise gar nicht erwähnen. Hardenberg heischte besonders hartnäckig die Demarkationslinie, die Barthelemy schon aus militärischen Gründen nicht zugestehen wollte. „Es ist leicht zu durchschauen," schrieb er an seine Regierung, „worauf es dabei abgesehen ist. Das Ansehen des Königs von Preußen müßte sich erheblich steigern, wenn aus allen von seinem Einfluß beherrschten Staaten der Krieg verbannt würde. Der Wiener Hof würde allen Anhang verlieren, und unsere Erwerbung des linken Rheinufers wäre stark in Frage gestellt, denn wenn einmal die Neutralität Norddeutschlands anerkannt ist, wie wird man alle diese Fürsten und Staaten zwingen können, in die Abtretung einzuwilligen? Freilich wären andrerseits mit diesem Neutralisationsplan auch für uns große Vorteile verbunden. Es liegt eine kluge Berechnung in dem ganzen Plan und im Vorgehen des Berliner Hofes!"

In Paris riefen die Nachrichten aus Basel helle Entrüstung hervor. Obwohl die Fortdauer der inneren Unruhen wohl geeignet gewesen wäre, den Wagemut der Regierung zu dämpfen, wurde Barthelemy angewiesen, den Vertreter Preußens wieder vor ein Ultimatum zu stellen. „Wir wünschen den Frieden, aber nicht einen Frieden, der nur als Waffenstillstand gelten könnte; langwierigen Verhandlungen und Vorbereitungen ziehen wir den franken, freien Krieg vor. . . . Daß wir auch nur in einem einzigen Punkt von unseren Forderungen abgehen könnten, ist von vornherein ausgeschlossen."

Barthelemy war aber keineswegs gesonnen, „das Kind mit dem Bad auszuschütten". Er sprach zwar vor Hardenberg im Sinne seiner Regierung, verteidigte aber vor seiner Regierung den Standpunkt Hardenbergs. Als dieser seine Wünsche in sattsam bekannter Weise wiederholte, sagte Barthelemy: „Ich habe heute von meiner Regierung die bündige Weisung erhalten, von Ihnen ein Ja oder Nein zu fordern. Längeres Zaudern würde uns den größten Schaden bringen. Ohne Zweifel würden unsere Truppen, wenn nicht die Präliminarien dazwischen gekommen wären, schon längst die Stadt Wesel eingenommen haben!" Darauf Hardenberg: „Welch großen Nutzen hätte Ihnen diese Besetzung gebracht? Das Ja oder Nein hängt nicht von uns ab, sondern von Ihnen! Möge doch Ihre Regierung meine Vorschläge unbefangen würdigen! Sie wird sicherlich nichts darin finden, was der Größe oder dem Interesse der beiden Mächte, was dem auf beiden Seiten bestehenden Wunsche nach Wiederanknüpfung vertrauensvoller Beziehungen zuwiderliefe! Ich bin jederzeit bereit, auf dieser Grundlage einen Vertrag zu unterzeichnen. Andernfalls bitte ich nicht zurückzuhalten, wenn stichhaltige Einwände gegen meine Aufstellungen zu erheben wären!"

---

[1]) Papiers de Barthélemy, V, 130.

„In der That," schreibt Barthelemy an den Wohlfahrtsausschuß, „ich wüßte eigentlich stichhaltige Einwände nicht zu erheben. Freilich entspricht das System der Neutralisierung eines Teiles von Deutschland nicht den Grundsätzen, welche Sie mir zur Richtschnur gegeben haben, aber wenn wir jeden derartigen Gedanken zurückweisen, bleibt uns nichts anderes übrig, als ganz Deutschland zu erobern. Allerdings bringt die Neutralisierung mit sich, daß ein Teil Deutschlands auf einige Zeit von der Notwendigkeit entbunden ist, über die Abtretung des Rheinufers sich auszusprechen; da wir aber die Hand darauf haben, kann auch die Zukunft nur eine günstige Entscheidung bringen!"

Der Wohlfahrtsausschuß war mit der Mäßigung des Gesandten nichts weniger als einverstanden. „Der Neutralisierungsplan," antwortete er am 30. März, „ist einfach unannehmbar, und wir hoffen, daß er in den Instruktionen des Berliner Kabinetts nicht als conditio sine qua non gefordert ist. Es wäre damit nur erwiesen, daß Preußen den Frieden gar nicht will und bis heute nur sein Spiel mit uns getrieben hat. Wie könnten wir auf einen derartigen Plan eingehen? Alle unsere militärischen Operationen würden dadurch gehemmt werden, und welcher Franzose könnte uns verzeihen, daß wir Hannover, einem von England abhängigen Staat, die Neutralität bewilligten!"[1])

Doch dem Hochmut der Zwölfmänner wurde durch neue Unruhen in Paris ein Dämpfer aufgesetzt. Wiederholt drang lärmendes Volk in den Sitzungssaal des Konvents, aufgehetzt von den Führern der besiegten Terroristenpartei, die eine Befestigung der gemäßigten Regierung und deshalb auch den Frieden mit Preußen hintertreiben wollten. Obwohl der Angriff an der Unerschrockenheit und Festigkeit des Konvents und der Ausschüsse scheiterte, — „Ein neuer neunter Thermidor," schrieb Cambaceres nach den wüsten Vorgängen des 31. März an Barthelemy, „war die Errungenschaft des Tages, der so verderblich für die Freiheit zu werden drohte!" — so erging doch unter dem Eindruck der Straßenaufläufe ein Erlaß, der alles einräumte, was tags vorher als unannehmbar bezeichnet worden war. „Wir sind zur Einsicht gekommen, daß wir das Verhalten des preußischen Ministers zu ungünstig beurteilten, und haben deshalb auch den Neutralisationsplan einer neuen Prüfung unterzogen. Wir waren dieser Forderung hauptsächlich deshalb abgeneigt, weil wir glaubten, daß dadurch die Präliminarien endlos hinausgezogen werden sollten. Da aber Herr v. Hardenberg erklärt, er sei für den Fall, daß wir auf seine Vorschläge eingingen, zu sofortigem Abschluß ermächtigt, ohne erst nochmals in Berlin anfragen zu müssen, so wollen wir einen anderen Ton anschlagen, und unser letztes Wort soll lauten: Die Neutralisierung soll bewilligt werden, jedoch nur wenn der Friede sofort geschlossen wird!"

Hardenberg war über die Vorgänge in Paris gut unterrichtet. Gewiß mit Recht hoffte er daraus Vorteil zu ziehen und riet seinem Hofe zu bedächtigem Tempo. Die französische Regierung, schrieb er, hat den Frieden notwendiger als wir, denn sie kann jeden Augenblick den Boden unter den Füßen ver-

[1]) Papiers de Barthélemy, V, 139.

lieren, ja wir setzen uns der Gefahr aus, daß die Männer, mit denen wir heute Frieden schließen, morgen schon weggeblasen sind!

Doch auch in Berlin hatte die Friedenspartei die Oberhand gewonnen. Hier wirkte die Furcht, die polnische Beute zu verlieren, nicht minder beunruhigend, wie in Paris die Angst vor einem neuen Schreckensregiment. Alles deutete darauf hin, daß Oesterreich und Rußland handelseins geworden waren. Die Annäherung an England hatte keinen Fortschritt gemacht; in Berlin wollte man ebensowenig das erste gute Wort geben wie in London. Während Hardenberg in solcher Nachgiebigkeit nur ein Pünktchen (pointille) erblickte, erklärte der König: „Der angeblich kleine Punkt ist für mich ein großer; das erste Wort auszusprechen, verbietet mir die Ehre.“[1]) Ueberdies fehlte es nicht an Anzeichen, daß sogar eine Aussöhnung Oesterreichs mit Frankreich nicht ein für allemal ausgeschlossen sei. Schon im Herbst hatte Haugwitz aufmerksam gemacht, daß Herr und Frau Neuville in Paris im Auftrag des Wiener Hofes mit Führern der gemäßigten Partei sich ins Benehmen gesetzt und sich sogar bei Le Gendre einquartiert hätten, und da sich auch Spanien mit den Pariser Machthabern auf guten Fuß gestellt habe, sei zu befürchten, daß Preußen mit einemmal verlassen stehe und schwere Verluste unabwendbar seien.[2])

Auch der König sah jetzt den Frieden in günstigerem Lichte. „Die Neutralität Norddeutschlands,“ schrieb er an Hardenberg, „ist in meinen Augen die Hauptsache. Es kann nicht die Rede davon sein, daß wir uns mit Frankreich in ein Bündnis einlassen, weder zu Angriffs- noch zu Verteidigungszwecken, aber auch schon unsere Neutralität wäre für die Franzosen so vorteilhaft, daß sie damit wohl einverstanden sein könnten. Es muß aber auf schleunigem Abschluß bestanden werden; sonst könnten wir uns bedauerlicherweise genötigt sehen, den Krieg wieder aufzunehmen.“

Als Hardenberg am 31. März diese Depesche empfing, war ihm klar, daß er darauf verzichten müsse, seine eigenen Wünsche zur Geltung zu bringen, Trotz bieten müsse der üblen Nachrede, die der Abfall Preußens vom Bunde gegen die Revolution nach sich ziehen werde. Vielleicht haben solche Gedanken ihn bewogen, an den Rand des königlichen Erlasses die Horazischen Worte zu schreiben: „Mihi parca non mendax dedit ... malignum spernere vulgus ...“[3]) Noch am nämlichen Tage legte er den Franzosen seinen Vertragsentwurf vor, und Barthelemy trug, obwohl eine ausdrückliche Ermächtigung des Wohlfahrtsausschusses nicht vorlag, kein Bedenken, zum Abschluß zu schreiten. In der Nacht vom 5. auf 6. April wurden von den Bevollmächtigten die Urkunden in ihren Wohnungen unterzeichnet, von Barthelemy im Hause des Hieronymus Stähelin, genannt zum Roßhof, von Hardenberg im Palast des Markgrafen von Baden.[4])

---

[1]) Ranke, I. 291.

[2]) Preuß. St.-Arch. Haugwitz an Hardenberg, 1. Nov. 1794. Haugwitz knüpft daran noch das Schauermärchen: „Die Korrespondenz zwischen diesen Höfen und Paris wird so geheim wie möglich gehalten; sie bedienen sich einer Geheimschrift, zu deren Entzifferung man einen Schleier über die Augen nehmen muß, um sich gegen die Ausdünstung des subtilen, durch ein chemisches Feuer aufgelösten Giftes zu verwahren.“

[3]) Ad Pompejum Grosphum. Odae, II, 16.

[4]) Ochs, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, VIII, 175. — Wie bei solchem

Barthelemy war über die Bereitwilligkeit Hardenbergs ebenso überrascht wie erfreut. „Ich muß zugeben," schrieb er an seine Regierung, „daß Herr v. Hardenberg, dessen erstes Auftreten etwas Beunruhigendes hatte, im weiteren Verlauf und beim Abschluß der Verhandlungen sich sehr anständig benommen hat."[1])

Dem Vertrag gemäß sollten die französischen Truppen das preußische Gebiet auf dem rechten Rheinufer räumen, das linke Rheinufer besetzt halten; die Entscheidung über die Besitzfrage sollte dem künftigen Reichsfrieden vorbehalten bleiben. Auch alle jene Reichsstände, welche binnen drei Monaten die Vermittelung des Königs von Preußen nachsuchen würden, sollten nicht mehr als Feinde behandelt werden. Im geheimen Teil des Vertrags wurde von Preußen versprochen, gegen den Sturz der Oranischen Herrschaft in Holland keinen Einspruch zu erheben; ferner sollte es, falls der Reichsfriede den Franzosen das linke Rheinufer überlassen würde, seine dort gelegenen Gebiete abtreten, jedoch nur gegen eine ausreichende Entschädigung; außerdem wurde, um allen norddeutschen Staaten, die sich wie Preußen vom Krieg zurückziehen würden, Frieden und Verkehrsfreiheit zu sichern, durch einen Zusatz vom 17. Mai eine Demarkationslinie von Ostfriesland über Münster, Cleve und Limburg bis an den Main gezogen.[2])

Im Wohlfahrtsausschuß kam helle Entrüstung zum Ausbruch, als der Wortlaut des Vertrags bekannt wurde. Was bedeute, so wurde an Barthelemy geschrieben, gegenüber so weitreichenden Zugeständnissen an Preußen eine Abtretung des linken Rheinufers, die erst beim künftigen Reichsfrieden geregelt werden sollte? Während Preußen schon jetzt in den Genuß ansehnlicher Vorteile trete, werde Frankreich nur mit Wechseln auf die Zukunft vertröstet! Wie habe man solchen Vertrag eingehen können!

„Ihr Brief vom 22. Germinal (11. April)," erwiderte Barthelemy, „hat mich um so empfindlicher geschmerzt, da es gar nicht in meiner Art liegt, auch nur im geringsten meine Befugnisse zu überschreiten. Trotzdem sah ich mich durch Zusammenwirken von eigentümlichen Umständen zur Unterzeichnung des Vertrags gezwungen." Ich durfte, führt der Gesandte weiter aus, in Anbetracht der kritischen Lage meiner Regierung dem Partner nicht allzu heftig widerstreben; ich durfte es

---

Anlaß üblich, wurden unter die am Friedensgeschäft beteiligten Diplomaten von beiden Regierungen Geschenke verteilt. Am 8. Juni 1795 berichtete Sekretär Krazer dem Minister Hardenberg: „Die von den französischen Ambassadeurs verteilten Präsente haben fröhliche Herzen gemacht." Mayerinck und Harnier erhielten goldene Dosen im Wert von je 10 000 Livres u. s. w. „Von dem Sevre-Porcelaine für Ew. Excellenz wird die außerordentliche Schönheit und Vollständigkeit sehr gerühmt." Hardenberg selbst war anderer Meinung, denn er beklagte sich über die Aermlichkeit des Geschenks — Sorel versichert, es habe 30 000 Livres gekostet, — bei seinen Kollegen, und Haugwitz erwiderte: „Das ist ein neuer Beweis der gemeinen Prahlerei dieser Leute. Um so mehr wird Herr Barthelemy Grund haben, mit seinem schönen Service zufrieden zu sein." (Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Acta die zu Basel gewechselten Friedensgeschenke 1795 betr. Haugwitz an Hardenberg, 26. Aug. 1795.)

[1]) Rapport fait à la convention nationale au nom du comité de salut public sur le traité de paix entre la République Française et le Roi de Prusse par Reubell, député du Haut-Rhin (Druckschrift). — Martens, Recueil des principaux traités, VI, 45, 52.

[2]) Papiers de Barthélemy, V, 163.

nicht darauf ankommen lassen, daß er die Entscheidung wieder hinausschiebe, konnte doch jeder Tag die Nachricht bringen: Der Aufstand hat in Paris gesiegt, es gibt dort keine Regierung mehr, mit welcher ein König Frieden schließen kann! Auch ist nicht kleiner Vorteil von uns erreicht. Fortan besteht kein Hindernis, unsere ganze Kraft gegen Oesterreich zu wenden, die Kaiserlichen bis an die Donau zurückzudrängen und uns dort festzusetzen, bis der kaiserliche Hof und die zu ihm haltenden Reichsstände alle unsere Forderungen anerkennen werden! Wenn wir die Neutralisierung Norddeutschlands nicht zugestanden hätten, würde die Bevölkerung jener Gebiete entweder die Waffen gegen uns erhoben oder sich zur Flucht gewendet und vorher noch die Felder verwüstet haben, während wir jetzt von ihnen Lebensmittel erhalten, der Not im eigenen Lande steuern und zugleich den Krieg auf deutschem Boden fortsetzen können. Wenn ich mich nicht an den Buchstaben meiner Weisungen hielt, so handelte ich doch in ihrem Geiste und zum Wohle des Vaterlandes! —

Da unmittelbar vor der Unterzeichnung des Vertrags die Rollen der Unterhändler völlig vertauscht und die kurz vorher hartnäckig abgelehnten preußischen Forderungen zur Annahme gelangt waren, ist es begreiflich, daß der Vertrag vom 5. April in Preußen nicht bloß von der Friedenspartei begrüßt wurde, sondern daß auch Hardenberg eine Art von Sieg errungen zu haben glaubte. Im Bericht an den König vom 6. April nennt er den Vertrag „vorteilhaft, sicher und ehrenvoll", vorteilhaft insbesondere deshalb, weil jetzt erst die Erwerbung Südpreußens als gesichert gelten könne.[1] Ein Glückwunsch des Grafen Görtz beweist, welch weitgreifende Hoffnungen sogar in gemäßigten Kreisen an das Friedenswerk geknüpft wurden. „Durch Ihren Artikel 11 ist der König in Wahrheit der Schiedsrichter über Deutschlands Geschick geworden, und wenn unser Staat und Frankreich daraus den Nutzen ziehen, den des einen wie des anderen Interesse fordert, so wird der Wiener Hof auch nicht den Schatten eines Einflusses in Deutschland behalten; Frankreich wird alle Fürsten zu Freunden des preußischen Systems machen, und Preußen wird nicht zögern, mit Frankreich Hand in Hand zu gehen."[2]

Mit dieser Aussicht tröstete sich auch der Wohlfahrtsausschuß; er wolle den Vertrag vom 5. April, erwiderte er Barthelemy, als eine Abschlagszahlung betrachten. Als Hardenberg mit neuen Vorstellungen zu Gunsten des Hauses Oranien anhob, ließ der Wohlfahrtsausschuß durch seinen Gesandten erklären (7. Mai 1795), Preußen möge doch nicht über solchen Nebendingen das Hauptziel außer Augen setzen: Preußen und Frankreich müßten jetzt mit gemeinsamen Kräften die Demütigung Oesterreichs und die Schwächung Rußlands anstreben![3]

Anders faßte aber Friedrich Wilhelm II. seine Lage und seine Pflichten auf. Er war zwar ärgerlich über die voreilige Veröffentlichung des Friedens, — Major Meyerinck, der die große Botschaft nach Potsdam überbringen sollte, war gegenüber einigen Damen so mitteilsam, daß ganz Berlin eher um die Sache

---

[1] Preuß. St.-Arch. Acta das Friedensgeschäft. in Basel betr. 1794—1795.
[2] Papiers de Barthélemy, VII, 213.
[3] Ibid. VII, 227.

wußte, als der König — doch „mit der Sache selbst ungemein zufrieden".[1]) Nach seiner Meinung sollte aber der Friede durchaus nicht den Abfall von den alten Bundesgenossen bedeuten; es lag ihm fern, Herrn Cambaceres und Genossen zum Kampfe gegen die Kaiserhöfe die Hand zu bieten. Wenige Wochen nach dem Friedensschluß ließ Friedrich Wilhelm durch Madame Rietz — die Gunstdame hielt sich auf der Badereise nach Pisa einige Tage in Wien auf — seinem Gesandten Lucchesini ein eigenhändiges Schreiben übergeben, worin der Genugthuung Ausdruck gegeben war, daß der Kaiser einem vom preußischen Hofe empfohlenen schlesischen Edelmann freundliche Aufnahme gewährt habe. „Ich habe es immer gesagt," fügte der König hinzu, „dieser Monarch hat im Grunde einen vortrefflichen Charakter; es ist nur zu beklagen, daß er von so schlechten Leuten umgeben ist . . . Mit größtem Vergnügen gebe ich Ihnen die Versicherung, daß ich mich keinesfalls auf ein Bündnis mit Frankreich einlassen werde; damit fallen alle Pläne, die einem solchen Bündnis zu Grunde liegen könnten, von selbst hinweg. Hoffentlich wird es Ihnen gelingen, den Verdacht, als ob ich mich an Frankreich anschließen wollte, in Wien sowohl im Ministerium als im Publikum auszurotten, — die Zukunft wird die Ungerechtigkeit des Argwohns zur Genüge beweisen!"[2]) Der König glaubte mit seiner Politik die „goldene Mitte" einzuhalten, denn es sei ihm gelungen, seinen Unterthanen den Segen des Friedens zuzuwenden, ohne sich zu unwürdigen Diensten für die Zukunft zu verpflichten.

Dagegen wurde diese „Friedensliebe" an den Kaiserhöfen als Treulosigkeit gebrandmarkt, und auch die öffentliche Meinung sprach sich überwiegend gegen Preußen und den Sonderfrieden aus.[3])

Freilich, ein „Verrat am deutschen Vaterland", wie Vivenot und Helfert überlaut geklagt haben, ist damit nicht begangen worden. Das Verhalten Preußens darf nicht bloß vom Standpunkt der Reichsverfassung beurteilt werden. Schon Hüffer hat dargethan, daß einem jungen, kräftigen Staat, der eine bedeutende Entwickelung hinter sich hat und noch höhere Ziele anstrebt, nicht zugemutet werden kann, die äußersten Kraftanstrengungen zu machen, um einen längst wertlos gewordenen, ja für Preußens Aufschwung schädlichen Verband aufrechtzuhalten.

Gewiß geht Sybel zu weit, wenn er von einem „Verrat" Oesterreichs spricht und für den fatalen Baseler Frieden nur den engen Anschluß des Wiener Hofes an Rußland und die angeblichen Friedensanerbietungen kaiserlicher Agenten in Paris verantwortlich macht,[4]) aber von bundesfreundlichem Verhalten Oester-

[1]) Preuß. St.-Arch. Haugwitz an Hardenberg, 16. April 1795.

[2]) Preuß. St.-Arch. Schriftwechsel Lucchesinis mit König Friedrich Wilhelm II. Vol. III. Friedrich Wilhelm an Lucchesini, 12. Mai 1795.

[3]) Ich sehe davon ab, auf die Massenlitteratur über den Baseler Frieden näher einzugehen, weil diese literarisch-politischen Kämpfe schon von Sybel und Vivenot von entgegengesetzten Standpunkten gewürdigt wurden und demnächst eine noch ausführlichere Darstellung von O. Tschirch zu erwarten ist. Vgl. über den Broschürenstreit auch Häberlins Staatsarchiv I, 487. Schon 1796 hatte Häberlin in Helmstedt neun Bände Schriften über den Baseler Frieden vor sich.

[4]) Nach Abschluß der Baseler Verhandlungen erfuhr Hardenberg bei einem Gastmahl in

reichs kann ebensowenig die Rede sein. Eine nationale Politik gab es weder in Wien noch in Berlin. Ein deutscher Patriot war weder Thugut noch Haugwitz oder Lucchesini; das ganze Sinnen und Trachten dieser Staatsmänner war auf Macht und Erwerb Oesterreichs oder Preußens gerichtet. Als Thugut den unterzeichneten Petersburger Vertrag vom 23. Januar an Cobenzl zurückschickte, setzte er dem Gesandten zugleich auseinander, daß die Erwerbung von Krakau und Sendomir fortan als Hauptziel der kaiserlichen Politik zu gelten habe; falls der Zarenhof diese Absicht nicht bereitwillig fördere und Preußen in seiner Verstocktheit beharre, so sei es höchste Zeit, „unseren Frieden mit Frankreich zu beschleunigen". Also auch der Wiener Hof machte die Verteidigung der Rheingrenze abhängig von guten Diensten des Auslands zur Abrundung der Erbstaaten.[1]) Der Kaiser war ebenso wie der König von Preußen auf den eigenen Vorteil bedacht; ein uneigennütziger Schutzherr der deutschen Interessen war er nicht. Und wo im Reiche wurden sie höher bewertet? Das Berliner Kabinett hatte den deutschen Fürsten sowie den Vertretern Englands nachdrücklich erklärt, daß es ohne bedeutenden Zuschuß den Unterhalt seiner Truppen nicht mehr bestreiten könne; trotzdem bot sich in Deutschland keine hülfreiche Hand, und England kündigte im mißlichsten Augenblick den Haager Traktat. Sogar Hardenberg, der immer das Zusammengehen mit England befürwortet hatte, mußte, „da man ohne Geld nicht Krieg führen kann", den Frieden empfehlen. Ueberdies hatte der Kampf zur Wiedereinsetzung Ludwigs XVI. seit dem 21. Januar 1793 seinen eigentlichen Zweck verloren, der Kampf zur Niederhaltung der Revolution war seit dem 9. Thermidor nicht mehr so dringlich geboten. Es handelte sich im wesentlichen nur noch um Entschädigung für die Kosten des Krieges. Als sich nun herausstellte, daß der Wiener Hof dem Nebenbuhler eine neue Gebiets- und Machterweiterung nicht mehr zugestehen wolle, war in Berlin die Geneigtheit gewachsen, das kostspielige Unternehmen aufzugeben, um so mehr, da der Krieg keine militärischen Erfolge brachte, von der verachteten Republik ungeheure Heere sozusagen

---

Hüningen von Merlin aus Thionville, der Gesandte des Großherzogs von Toskana, Graf Carletti, habe in Paris dadurch Aufsehen erregt, daß er so üppige Schmausereien — das Gedeck zu 500 Livres — veranstaltet und überhaupt einen zu dem kleinen Toskana in keinem Verhältnisse stehenden Aufwand sich erlaubt habe; endlich sei zu Tage getreten, daß der Graf nicht so fest für Toskana, sondern im geheimen Auftrag Thuguts arbeite; gegen Zustimmung zur Abtretung Baierns an Oesterreich könne er die Ueberlassung Belgiens und des ganzen linken Rheinufers an Frankreich in Aussicht stellen. (Preuß. St.-Arch. Acta das Friedensgeschäft in Basel betr. Bericht Hardenbergs an den König vom 29. Mai 1795.) Hardenberg machte von dem gefährlichen Anschlag dem Herzog Max Joseph von Zweibrücken, und dieser dem Kurfürsten von Baiern Mitteilung, und der bairische Reichstagsgesandte wurde angewiesen, gegen den geplanten Gewaltakt Verwahrung einzulegen. Darauf wurden in einem kaiserlichen Rundschreiben an alle deutschen Höfe die Ausstreuungen über geheime Unterhandlungen mit Frankreich für „abgeschmackt, kindisch und fabelhaft" erklärt (Promemoria Thuguts vom 30. Mai 1795). Trotzdem glaubte Sybel, auf zweideutige Aeußerungen Sieyès' gegenüber dem preußischen Agenten Gervinus in Paris sich stützend, Carletti habe thatsächlich im Einverständnis mit Thugut für Frieden zwischen Frankreich und Oesterreich operiert. Hüffer hat jedoch alle Verdachtsgründe nach meinem Ermessen überzeugend widerlegt, wenn auch die Behauptung, daß Thugut gar niemals an Frieden gedacht habe, nicht aufrecht zu halten ist. (Sybel, III, 416. — Hüffer, Die Politik ꝛc., 180.)

[1]) Sybel, Polens Untergang und der Revolutionskrieg: Hist. Zeitschr. 23. Bd., 133.

aus der Erde gestampft wurden und gegen die unwiderstehliche Kraft eines in Gärung gebrachten Volkes Zucht und Drill der Friedericianischen Armeen versagten. So hatte man sich damit befreundet, im Frieden zugleich eine Notwendigkeit und einen Gewinn zu erblicken, und bald mit ängstlicher Bedächtigkeit, bald mit übereilter Hast die Verhandlungen geführt, deren Ergebnis für den Augenblick die Waffen zur Ruhe brachte und die Auszahlung des schimpflichen Preises auf unbestimmte Zeit vertagte.

Ein Verrat war der Baseler Separatfriede nicht, aber ein politischer Fehler. Das soldatische Preußen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. hatte eine ungünstige Wandlung erfahren. Es wäre sicherlich ungerecht, Glück und Unglück eines Staates nur aus Geschick und Ungeschick des Oberhauptes zu erklären, aber bei dem eigenartigen persönlichen Regiment in Preußen waren natürlich die Vorzüge und die Fehler des Regenten auch für die Allgemeinheit wichtiger als anderswo.[1]) Es konnte also nur verderblich wirken, daß auf dem preußischen Throne ein Monarch saß, der des festen Willens und der Thatkraft seiner Vorgänger entbehrte, und daß es deshalb auch dem Kabinett an Eintracht wie an Entschlossenheit fehlte. Der „mannhafte Grundsatz der rücksichtslosen Anspannung aller Kräfte", in dem Treitschke die Erklärung aller Errungenschaften Friedrichs des Großen findet, war im Nachfolger nicht mehr lebendig. Ohne eine Niederlage erlitten zu haben, verurteilte er seinen Staat zu einer demütigenden Nebenrolle, während er Frankreich, dem aus tausend Wunden blutenden Frankreich zu einem unerhörten Triumph verhalf, zu einer Führerschaft in Europa, wie sie sogar der Sonnenkönig nicht innegehabt hatte. Gleim, den Herder einmal „un signor poëta troppo Prussiano" nannte, hatte die richtige natürliche Empfindung, als er den unwürdigen Frieden beklagte. „Noch hatt' ich keine reine Friedensfreude," schrieb er am 24. Mai 1795 an Herder, „wer sie haben kann, ist kein Deutscher. So sagen wir, so auch die Preußen in Westfalen."[2]) Das kleinmütige Sichabsondern von den Bundesgenossen war eines großen Staates unwürdig, und der Verzicht auf Sicherstellung der Unverletzlichkeit des Reiches wurde von der großen Mehrheit des deutschen Volkes als Pflichtverletzung empfunden. Um die leitenden Ideen des Fürstenbundes wieder zu beleben, war die Annäherung an Frankreich angeregt worden; in Wahrheit wurde dem Staate des großen Friedrichs durch den Baseler Sonderfrieden die Erfüllung seines deutschen Berufes auf lange hinaus unmöglich gemacht. Es war für ganz Griechenland verhängnisvoll, daß die Spartiaten, eifersüchtig auf den Nebenbuhler Athen, in Susa um Frieden und Freundschaft buhlten; der Friede des Antalkidas frommte nur den Persern, denen fortan auch in Lebensfragen der griechischen Welt das entscheidende Wort zufiel.

[1]) Cavaignac, La formation de la Prusse contemporaine, I, 111.

[2]) Briefe von und an Herder, herausg. von Düntzer, I, 191.

Viertes Buch.

Vom Abschluß des Baseler Friedens bis zum Frieden von Campo Formio.

Erster Abschnitt.

Urteile über den Baseler Frieden. Friedensberatungen im Reichstag und bei den Einzelstaaten. Der Reichskrieg von 1795. Die Uebergabe von Mannheim. Die kaiserlichen Waffenerfolge an Rhein und Main. Die Gefangennehmung Oberndorffs und Salaberts. Aufrichtung der Direktorialverfassung in Frankreich. Der 13. Vendemiaire. Napoleon Bonaparte. Die dritte Teilung Polens. Preußen und Frankreich. Neue Friedensverhandlungen. Bonaparte in Italien. Der Feldzug von 1796 in Deutschland. Vorboten des Rheinbundes in Süddeutschland. Preußische Unionsbestrebungen in Franken. Der Vertrag von Pfaffenhofen. Die Siege des Erzherzogs Karl bei Amberg und Würzburg.

„Man muß Leute, die sich nun einmal selbst vergiften wollen, ohne Mitleid sterben lassen: Europa liegt im Sterben!" Mit diesen Worten kennzeichnete Mallet du Pan die Lage nach dem Baseler Frieden.[1]) Er hatte von seinem Mahnwort an Hardenberg die Wiederaufrichtung des Königsthrones in Frankreich erwartet. Welche Enttäuschung war ihm zu teil geworden!

Auch in Wien wirkte der Friedensschluß, obwohl der österreichische Gesandte in Basel seine Regierung über die vorausgegangenen Verhandlungen ziemlich vollständig auf dem Laufenden erhalten hatte, wie eine jähe Ueberraschung. Noch am 16. März hatte Thugut zu einem Schweizer Namens Mechel gesagt: „Seien Sie überzeugt, der Berliner Hof wird sich trotz alledem nicht von uns trennen!"[2]) Um so bitterer war der Groll, als das Unerwartete nun doch eintraf.

---

[1]) Mallet du Pan, Mémoires et correspondance, II, 136.

[2]) Papiers de Barthélemy, V, 175.

Die Offiziere der am Rhein stehenden kaiserlichen Truppen ergingen sich, wie die französischen Agenten nach Paris berichteten, in groben Schmähungen über den preußischen Verrat an Kaiser und Reich. „Der König von Preußen," schrieb Thugut an Cobenzl, „hat offenbar nur deshalb so eilfertig Frieden geschlossen, um dem in den letzten Zügen liegenden Nationalkonvent neue Lebenskraft einzuflößen ... Weitsehende und schwarze Anschläge bereiten sich vor ... Nur einträchtiges Zusammenhalten der beiden Kaiserhöfe kann Europa noch retten!"[1] Nun wurden auch die Bedenken, die das Wiener Kabinett bisher gegen die Vorschläge Lord Grenvilles geltend gemacht hatte, rasch fallen gelassen; am 4. Mai wurde ein Subsidien-, am 20. ein Bundesvertrag mit der englischen Krone abgeschlossen. Oesterreich verpflichtete sich, wenigstens 200 000 Mann ins Feld zu stellen, wofür es von England Hülfsgelder im Betrag von sechsmalhunderttausend Pfund Sterling erhalten sollte. Auch Rußland sollte zum Eintritt in einen Dreibund, „der zur Herstellung und Erhaltung des Friedens in Europa dienen kann", eingeladen werden.[2])

In Wien befürchtete, in Paris erhoffte man, daß es bei der Trennung Preußens von der Koalition von 1792 nicht sein Bewenden haben, daß der größere Teil des Reiches unverzüglich dem Beispiel Preußens folgen werde. Ohne Zweifel war der Wunsch nach Frieden in den deutschen Staaten südlich vom Main nicht weniger verbreitet als im Norden; in weitesten Kreisen wäre es gern gesehen worden, daß der Schutz der Demarkationslinie sich auch auf die oberdeutschen Gebiete erstreckt hätte. Wenn Magister Lauckhard schrieb: „Friede! ist jetzt die laute Stimme des Deutschen Reichs, Friede! ist der Wunsch der deutschen Fürsten, die ja bei diesem Kriege alles verlieren, nichts gewinnen können!"[3]) so gaben diese Worte nicht bloß der Auffassung der zahlreichen Freunde der „Neufranken" Ausdruck, sondern entsprachen auch der Stimmung der Höfe. Aus der Korrespondenz des bairischen Gesandten in London, Baron Haslang, mit dem Minister Grafen Vieregg erhellt, wie sehnlich man auf bairischer Seite den Frieden herbeiwünschte, schon deshalb, weil die Wechselfälle des Krieges jeden Augenblick neue Gefahr für die Selbständigkeit Baierns heraufbeschwören konnten.[4]) Herzog Karl Eugen von Württemberg galt in Wien als „Preuße vom Scheitel bis zur Zehe";[5]) Thugut sprach schon im März die Befürchtung aus, daß Württemberg zuerst die guten Dienste des Königs von Preußen anrufen werde, um zum Frieden mit Frankreich zu gelangen.[6]) Thatsächlich lenkte Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel, dessen Sohn Wilhelm sich mit Auguste, der Tochter Friedrich Wilhelms II., verlobt hatte, als der Erste in das „preußische System" ein. Da der Plan eines neuen Fürstenbundes leider als aussichtslos betrachtet werden müsse, schrieb er schon am 28. Februar an

---

[1]) Sybel, Polens Untergang und der Revolutionskrieg; Hist. Zeitschr., 23. Bd., 140.

[2]) Martens, VI, 509.

[3]) Briefe eines preußischen Augenzeugen, VII, 47.

[4]) Bair. St.-Arch. Politische Korrespondenz zwischen Vieregg und Haslang. Briefe Viereggs vom 18. Jan., 26. April, 10. Mai 1795.

[5]) Vivenot, Vertrauliche Briefe Thuguts, I, 217.

[6]) Vreede, La Souabe après la paix de Bâle XX.

Karl Friedrich von Baden, habe er sich entschlossen, nach dem Beispiel Preußens von einem Kriege, dessen Fortdauer den Interessen seines Landes zuwiderlaufe, sich zurückzuziehen.[1]) Er war denn auch der erste Fürst, der mit Berufung auf Artikel 11 des Baseler Vertrags am 28. August 1795 mit Frankreich seinen Frieden machte.[2]) Obwohl man auch darauf längst gefaßt sein mußte, rief die Nachricht in Regensburg lebhafte Aufregung hervor. „Der Separatfriede des Herrn Landgrafen," schrieb Görtz an Hardenberg, „hat fast mehr Eindruck als selbst unserer vom 5. April gemacht."[3]) Das neue Abkommen fand, was nach den Mitteilungen Malmesburys überraschen muß, einen Anwalt am Herzog von Braunschweig. In einem offenen Schreiben an den Grafen v. Westphal zu Fürstenberg erklärt Karl Wilhelm, das Vorgehen des Landgrafen sei zwar verfassungswidrig, aber durch die Not und den Zwang des Krieges vollauf entschuldigt. Als eine in Wien verfaßte Flugschrift beklagte, daß ein Mann von so hohem militärischen Ansehen für die Fahnenflucht eines Reichsfürsten ein Wort der Entschuldigung habe, erwiderte Professor Häberlin im ‚Staatsarchiv': „Kann der Kaiser als Kaiser Krieg führen, wenn das Reich keinen Krieg will?"[4])

Baden wäre dem Beispiel Hessens gern gefolgt. Als Hardenberg auf der Heimreise von Basel nach Karlsruhe kam, teilte ihm der Markgraf mit, er habe seinen Gesandten bereits beauftragt, die Vermittlung Preußens bei der französischen Regierung in Anspruch zu nehmen. Thatsächlich kam es dazu nicht, weil die Stellung der kaiserlichen Truppen am Oberrhein der Regierung eine offene Abschwenkung unthunlich erscheinen ließ. Hardenberg verstieg sich deshalb in einem Schreiben an den König zu dem wenig christlichen Wunsche, die Sansculottes möchten doch bald einen ihrer berüchtigten Streifzüge ins Schwabenland unternehmen, damit den dortigen Fürsten der Uebergang zur Friedenspolitik erleichtert werde.[5])

Von dem Mainzischen Kanzler Albini erhielt Hardenberg bei einer Unterredung in Frankfurt die bestimmte Zusage, daß Kurmainz in Regensburg die Friedensfrage in preußischem Sinne in Fluß bringen werde. Auch in Darmstadt und Gotha fand der preußische Minister freundliches Entgegenkommen.[6]) Hamburg und die anderen Hansastädte standen sogar im Verdacht, engeren Anschluß an die neufränkische Republik zu suchen; jedenfalls war von ihnen Zustimmung zur Einstellung der Feindseligkeiten zu erwarten.[7])

---

[1]) Politische Korrespondenz ꝛc., II, 306.

[2]) Traité de paix entre la République Française et le Landgrave de Hesse-Cassel, signé à Bâle le 28 aout 1795 (unterzeichnet von Barthelemy und Baron Waitz); Martens, VI, 548.

[3]) Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Schriftwechsel mit dem Grafen v. Görtz 1794—1795. Görtz an Hardenberg, 15. Sept. 1795.

[4]) Häberlin, Staatsarchiv, I, 227.

[5]) Politische Korrespondenz, II, 320.

[6]) Preuß. St.-Arch. Acta, das Friedensgeschäft zu Basel betr. Bericht Hardenbergs an den König vom 29. Mai 1795.

[7]) Reinhard als französischer Gesandter in Hamburg und die Neutralitätsbestrebungen der Hansestädte in den Jahren 1795—1797, von A. Wohlwill; Hansische Geschichtsblätter, Jhgg. 1875, 61.

Um auch in Kursachsen dafür Stimmung zu machen, unterhandelte Haugwitz eifrig mit dem sächsischen Gesandten Zinzendorf. Das Bedenken der sächsischen Regierung gegen eigenmächtiges Paktieren mit Frankreich, erklärte Haugwitz am 25. Februar, sei mit Rücksicht auf die verfassungsmäßigen Pflichten der deutschen Reichsfürsten nicht unbegründet; ohne Zweifel wäre es natürlicher und richtiger, wenn vom Reichstag der Friede vermittelt würde; da aber das Widerstreben des Kaisers diesen Weg versperre, gebiete die Pflicht der Selbsterhaltung die Trennung der gefährdeten Teile vom Ganzen; Sachsen möge also mit seinem alten Bundesgenossen Hand in Hand gehen, um wenigstens für Norddeutschland den Frieden zu gewinnen. Kurfürst Friedrich August war persönlich nicht geneigt, auf die preußischen Anerbietungen einzugehen, wollte sie aber, da in Sachsen eine lebhafte Strömung für den Frieden bestand, auch nicht offen ablehnen. Schließlich verstand er sich sogar zur Unterstützung der Anträge, welche die preußische Regierung im Reichstag einbrachte.[1])

Am 7. Mai wurde in Regensburg der Abschluß des Baseler Vertrags offiziell angezeigt, mit einer vom 1. Mai datierten Erklärung, aus welchen Gründen sich Preußen bewogen sehe, einen Krieg aufzugeben, an dem es ein „unmittelbares, eigenes Interesse" nicht gehabt habe.[2]) „Es war vorauszusehen," schrieb Görtz an Hardenberg, „daß Aufnahme, Beifall und Eindruck dieser mit Sehnsucht erwarteten Erklärung sehr verschieden sein würden. Faktisch wahr sind die Beweggründe, die Thatsachen in einem schönen, fast zu rednerischen Stil für eine Staatsschrift hingelegt, mehr und stärker auf die allgemeine Meinung, als die des Geschäftsmannes wirkend."[3]) Von den Vertretern von Kurpfalz, Braunschweig, Kursachsen, Hessen-Kassel und Württemberg erhielt Görtz Zustimmungsglückwünsche und Zustimmungserklärungen; andere, die es auch mit Oesterreich nicht verderben wollten, sprachen sich weniger aufrichtig und entschieden aus; offenen Widerstand erwartete Görtz nur von den Gesandten des Kaisers und des Kurfürsten von Köln. Hardenberg sprach den Wunsch aus, Görtz „möchte es dahin lenken, daß das Reich in corpore mit Beziehung auf den elften Artikel des Friedensschlusses des Königs bona officia reklamierte;" in der neutralen Stadt Frankfurt könnte der Friedenskongreß stattfinden, und das allgemeine Verlangen würde gewiß bald die Krönung des Werkes nach sich ziehen. Darauf erwiderte Görtz, es werde ein leichtes sein, das ganze Reich zum Anschluß an Preußen zu bewegen, wenn Frankreich auf Erwerbung des linken Rheinufers verzichten würde. Es scheint, daß Hardenberg infolge der in Basel erfochtenen kleinen Erfolge einem wenig zeitgemäßen Optimismus huldigte; er hielt eine Richtigstellung der Baseler Bedingungen nicht für unerreichbar. Bei einer Zusammenkunft in Bayreuth einigte er sich mit Görtz dahin, bei den weiteren Unterhandlungen an der Unantastbarkeit der vier rheinischen Kurfürstentümer und der österreichischen Herrschaft in Belgien festzuhalten. „War es möglich,"

[1]) Hassel, 238, 244.

[2]) Bailleu, Preußen und Frankreich von 1795—1807; Publikationen aus den k. preuß. Staatsarchiven, VIII, Einl., XV.

[3]) Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Schriftwechsel mit dem Grafen v. Görtz zu Regensburg 1794—1795. Görtz an Hardenberg, 9. Mai 1795.

bemerkt dazu Bailleu mit Recht, sich politische Ziele zu stecken und Mittel zu ihrer Erreichung zu wählen, denen alle Wirklichkeit der Dinge mehr widersprochen hätte?“ [1])

Die Antwort des kaiserlichen Kabinetts auf die preußische Anzeige war in überraschend gemäßigtem Tone gehalten. Es war nur das Bedauern ausgesprochen, daß Preußen sich von den gemeinsamen Friedensbestrebungen zurückziehe; es werde fortan dem Reichstag obliegen, auch seinerseits die Beschleunigung des Friedens, wenn auch nur eines „billigen, gerechten, anständigen und annehmlichen Reichsfriedens im Gange der Konstitution“, zu betreiben.

Nun suchten Görtz und die kaiserlichen Gesandten für und wider den preußischen Antrag Stimmung zu machen. Unzweifelhaft war die Mehrheit der Reichsstände geneigt, auf die von Preußen beschrittene Bahn einzulenken. „Die hiesigen Gesandten,“ berichtete Graf Lehrbach am 16. Juni nach Wien, „sind gegen das Haus Oesterreich, was man in Frankreich gegen die Königswürde Enragés nennt, und so sind es auch unbegreiflich die meisten deutschen Reichshöfe.“ [2]) Sogar Baron Karg, der Vertreter Kurkölns, enthüllte dem erstaunten Görtz, daß Kurfürst Maximilian Franz „durchaus nicht gesonnen sei, für Oesterreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen“. Warum sollte es eine Verletzung der Reichsverfassung sein, den König von Preußen zur Vermittlung des Friedens anzurufen, wenn es von kaiserlicher Seite nicht für konstitutionswidrig angesehen werde, mit Kurbraunschweig, beziehungsweise dem König von England die Fortsetzung des Krieges zu beschließen?! Andrerseits ließen Lehrbach und Hügel keinen Zweifel aufkommen, daß der Kaiser einen Beschluß in preußischem Sinne niemals genehmigen werde. So kam denn am 3. Juli ein Reichsgutachten zu stande, das zwischen Preußens und Oesterreichs Forderungen die Mitte einzuschlagen suchte. Der allgemeinen Friedenssehnsucht war zwar offen und entschieden Ausdruck gegeben, doch auch die Interessengemeinschaft sämtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupt und die Unzulässigkeit einer Beschneidung des Reichsgebiets waren stark hervorgehoben. Die Einleitung des Friedensgeschäfts sollte „Kaiserlicher Majestät in ehrerbietigem Vertrauen anheimgestellt“ sein, aber zugleich sollte an Preußen die Bitte gerichtet werden, es möge dem Friedenswerk seine Hülfe nicht versagen. Zugleich war die Erwartung ausgesprochen, daß schon jetzt ein Waffenstillstand oder wenigstens die Einstellung von Requisitionen und Plünderungen zu erreichen sein werde. Mit diesem Reichsbeschluß begnügten und beruhigten sich beide Teile. Der Kaiser gab am 29. Juli seine Zustimmung. Das Reich — so hieß es im kaiserlichen Bescheid — bedürfe freilich nicht der Vermittlung eines dritten, allein der Kaiser wolle einem Wunsche des Reichstages nicht widerstreben, in der Voraussetzung, daß nur „in ungeteilter, unwandelbarer Vereinigung sämtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupt ein allgemeiner Reichsfriede im Wege der Konstitution verlangt werde“. Auch die preußische Regierung erklärte (25. Juli), daß der König „das von seinen Mitständen in ihn gesetzte Vertrauen zu verdienen und dem Reich zur Erlangung des gewünschten Friedens bestens behilflich zu sein trachten“

[1]) Bailleu, XVIII.

[2]) Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, II, 2, 481.

werde.[1]) Eine Reichsfriedensdeputation sollte sich mit den weiteren Vorbereitungen befassen. Nach langwierigen Kämpfen der Diplomaten wurden endlich Kurmainz, Kursachsen, Pfalz-Baiern, Hannover, Oesterreich, Baden, Würzburg, Hessen-Darmstadt und die Reichsstädte Augsburg und Frankfurt in den Ausschuß gewählt. Die Verhandlungen gingen den in solchen Fällen in Deutschland herkömmlichen Schneckengang; erst im September wurde man mit Prüfung der Vollmachten und den anderen Formalitäten fertig. „Ob überhaupt etwas Reelles zu stande kommen wird," schrieb Görtz an den König, „wird davon abhängen, ob Frankreich sich entschließt, billige Bedingungen zu gewähren." Wenn dies zu erreichen wäre, würden alle Reichsstände unverzüglich zugreifen und der kaiserliche Hof, „ob zwar de mauvaise grace", würde zustimmen müssen.[2])

Auf Nachgiebigkeit der französischen Regierung war jetzt um so weniger zu rechnen, da inzwischen der Friede mit Spanien zu stande gebracht, der Aufstand in der Vendée bewältigt, ja, sogar im Seekrieg mit England beträchtliche Vorteile errungen worden waren. Allerdings gab es noch französische Politiker, die von Eroberung nichts wissen wollten, aber diese uneigennützige Friedenspartei war in raschem Schwinden begriffen; das Schlagwort von den „natürlichen Grenzen" war schon so mächtig geworden, daß an freiwilligen Verzicht auf das linke Rheinufer nicht mehr zu denken war. Ohne erst die kaiserliche Genehmigung des Reichsbeschlusses abzuwarten, suchte Hardenberg schon am 24. Juli bei Barthelemy um Waffenstillstand für das Reich nach, wurde aber bündig abgewiesen. Nicht bloß von Waffenruhe, die ja nur dazu dienen würde, die deutschen Fürsten zu ermutigen, sondern auch von den angebotenen „guten Diensten" Preußens wollte man in den maßgebenden Pariser Kreisen nichts wissen. „Als man sah," bringt Hardenberg in einer Denkschrift vom 29. Januar 1796 in Erinnerung, „daß Preußen in die Eroberungspläne Frankreichs nicht hineingehe, als solches Frieden fürs ganze Reich nach gemäßigten Grundsätzen negotiierte, lehnte man durch die Note vom 10. August die Verwendung fürs Reich ab, und es hat mir sehr viel Mühe gekostet, zu erhalten, daß diese Note nur im Ausdruck so gefaßt wurde, daß sie Preußen nicht gar zu auffallend bloßstellte."[3]) Damit war die Aussicht, die Baseler Abmachungen durch einen Reichsfrieden gekrönt zu sehen, so gut wie geschwunden. „Es besteht nur noch geringe Aussicht," berichtete Görtz am 3. September nach Berlin, „daß ein Friede zu stande kommt, denn Frankreich will sich auch auf nur etwas erträgliche und mit der Erhaltung von Deutschland und dessen Ehre sich vereinbarliche Bedingungen nicht einlassen." Da andrerseits Oesterreich auf der vollen Integrität des Reiches bestehe, aber zugleich selbst eifriger denn je die Erwerbung Baierns anstrebe, „kann ich nach meiner innigsten Ueberzeugung mir keine andere Aussicht erlauben, als den gewissen, unausbleiblichen Umsturz von Deutschland und mit dem des Gleichgewichts von Europa." Das Berliner Kabinett antwortete dem

[1]) Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Schriftwechsel mit dem Grafen Görtz, 1794 bis 1795. Lucchesini an den Reichsvizekanzler Fürst Colloredo, 25. Juli 1795.

[2]) Ebenda. Görtz an den König, 3. Aug. 1795.

[3]) Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Aufstellung einer norddeutschen Neutralitätsarmee in Westfalen betr. 1796. Denkschrift Hardenbergs vom 29. Januar 1796.

Gesandten mit bitteren Klagen über die Verschleppung des Friedensgeschäfts, woran offenbar der despotische Wiener Hof die Schuld trage. „Es verdient die ernstlichste Aufmerksamkeit des Reiches, daß ein österreichisch-erbländischer Minister (Lehrbach) durch seine persönliche Gegenwart bei der Reichsversammlung deren Verhandlungen nach Gefallen lenken und von sich abhängig machen, besonders das reichsstädtische Kollegium in Schrecken und sklavische Subordination setzen und als das unglückliche Instrument gebrauchen kann, den Schlüssen der beiden höheren Reichskollegien alle Wirkung zu benehmen!“ [1])

Während noch Oesterreich den Friedensschluß auf Grundlage der Baseler Bedingungen nach Kräften aufzuhalten suchte, nahmen die Dinge auf dem Kriegsschauplatz eine Wendung, die für das Reich noch verhängnisvollere Folgen heraufzuführen drohte.

Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, durch mancherlei widerwärtige Erfahrungen verstimmt, legte am 2. April 1795 den Oberbefehl über die Reichsarmee nieder.[2]) Darauf wurde Clerfayt zum Reichsfeldmarschall ernannt und ihm gewissermaßen als Bedingung auferlegt, den Entsatz von Luxemburg mit allen Kräften anzustreben. „Eine energische Thätigkeit im nächsten Feldzug,“ schrieb der Kaiser, „ist das einzige Mittel, die Achtung und das Vertrauen unsrer Monarchie aufrecht zu halten oder wiederherzustellen, die frechen Vorurteile, womit Uebelwollende ganz Europa gegen uns erfüllen, zu vernichten und den so bedeutsamen Zeitpunkt eines annehmbaren Friedens zu beschleunigen, indem man den Wahn des Feindes in Bezug auf unsere angebliche Erschöpfung und Schwäche gründlich zerstört.“ [3]) Allein Clerfayt, schon seit Jahresfrist krank und dadurch kleinmütig und ängstlich gemacht, trug Scheu vor jedem kräftigeren Vorstoß. Das Ausscheiden Preußens aus der Waffenverbindung gab ihm neuen Grund, entscheidende Bewegungen aufzuschieben. Sybel wollte die auffällige Unthätigkeit der Oesterreicher bis zum September auf geheime Befehle aus Wien zurückführen; die von Vivenot veröffentlichte Korrespondenz der kaiserlichen Minister und Heerführer entzog jedoch diesem Verdacht den Boden.[4]) In Wien war man immer vom Wunsche beseelt, daß die Franzosen angegriffen und zurückgetrieben werden möchten, allein Clerfayt war von der Befürchtung, die preußische Armee möchte im Bunde und im Einvernehmen mit den Franzosen die Kaiserlichen in eine Falle locken, nicht abzubringen. Er wollte ebensowenig von entschlossenem Vorgehen gegen Luxemburg hören, wie vom Entsatz von Mainz. Kaiser Franz geriet ob dieser Rückständigkeit in hellen Zorn. „Es liegt nicht in meiner Absicht,“ schrieb er am 10. Juni, „daß die zahlreichste und glänzendste Armee, die Oesterreich je aufgeboten hat, in Unthätigkeit hinterm Rhein die Zeit verliere und die letzten Hülfsquellen der Monarchie erschöpfe, ohne auch nur einen Ver-

[1]) Preuß. St.-Arch. Aufstellung ꝛc. Der König an Görtz, 23. Aug. 1795.

[2]) Vivenot, Herzog Albrecht, II, 1, 479.

[3]) Vivenot, Thugut, Clerfayt und Wurmser, 84.

[4]) In der 4. Auflage der Geschichte der Revolutionszeit (III, 421) hat auch Sybel dieser Thatsache Rechnung getragen. Daß schon von Zeitgenossen die Unthätigkeit der kaiserlichen Armee mit Mißtrauen betrachtet wurde, zeigt der Frankfurter Brief im politischen Journal vom 7. Nov. 1795. (Jhgg. 1795, II, 1133.)

such zu wagen, durch ein mutiges Unternehmen die tief gesunkene Achtung vor meinen Waffen wieder zu heben."[1]) Thugut versicherte dem Reichsfeldmarschall, daß der preußische Hof die Versicherung gegeben habe, den kaiserlichen Armeen keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Umsonst, Clerfayt glaubte sich nicht auf eine Angriffsbewegung einlassen zu dürfen. Nun wurde in Wien daran gedacht, den nach dem Mißerfolg von 1793 — wie behauptet wurde, infolge preußischer Umtriebe — in den Hintergrund geschobenen Reitergeneral Wurmser an Clerfayts Stelle zu setzen. Schließlich glaubte man den besten Ausweg darin zu finden, daß man die große Armee teilte, die Reichsarmee unter Clerfayts Oberbefehl beließ, dagegen den thatenlustigen Wurmser an die Spitze der leichter beweglichen österreichischen Truppen stellte.

Ohne Zweifel war diese Zersplitterung der Streitkräfte, wie aus den Wirkungen deutlich zu ersehen ist, ein militärischer Fehler. Da an Lahn und Sieg nur ungenügende österreichische Abteilungen lagen, beschloß der Befehlshaber der Maas-Sambre-Armee, Jourdan, hier den Rhein zu überschreiten, mit kluger Ausnützung des Vorteils, den die traurige Trennung der Deutschen in eine neutrale und eine kriegführende Partei dem Gegner darbot. Die Kaiserlichen hatten das bergische Eikelskamp nicht besetzt, weil von preußischer Seite erklärt worden war, daß der Ort innerhalb der Demarkationslinie liege. Gerade hier ging eine französische Kolonne in der Nacht vom 5. auf 6. September über den Rhein; der schwächliche Protest der preußischen Offiziere wurde nicht beachtet. Ein anderes französisches Corps überschritt den Rhein bei Düsseldorf. Obwohl der stark befestigte Platz eine ziemlich starke österreichische und pfälzische Besatzung hatte, entschloß sich der pfälzische Minister v. Hompesch eiligst zur Kapitulation, die zwar den Besatzungstruppen freien Abzug sicherte, aber die Festung mit 353 Geschützen und ansehnlichen Vorräten von Lebensmitteln und Schießbedarf in die Hände des Feindes lieferte. Nun wurde auch das rechte Rheinufer von den Franzosen überflutet. Ihr beutegieriges, zuchtloses Gebaren in Stadt und Land ließ die Bewohner schmerzlich empfinden, daß ihre Nachbarn die Losung, die unter Fürstendruck schmachtenden Völker befreien zu wollen, längst aufgegeben hatten und als Eroberer in Feindesland sich fühlten, „einem Mann vergleichbar," — sagt ein Zeitgenosse — „der in einer Hand den Morddolch trägt, während er mit der anderen einen Freundschaftsbund beschwört!"[2]) Besonders die den Truppen beigegebenen, meist aus den Reihen der Pariser Muscadins, der „Revolutionsgigerln", hervorgegangenen Verwaltungsbeamten überboten sich in Habsucht und Willkür. Graf Soden wendet auf sie ein Wort Voltaires an, der in einer Gesellschaft versprach, eine Räubergeschichte zu erzählen, und also anhob: „Es war einmal ein Generalpächter, — meine Herren und Damen, Sie werden mir nun wohl den Rest der Erzählung erlassen!"[3]) „Die Franken," so klagt ein deutscher Revolutionsfreund, Ernst Posselt, „hatten Proklamationen

[1]) Vivenot, 150.

[2]) J. M. Armbruster, Sündenregister der Franzosen während ihres Aufenthalts in Schwaben und Vorderösterreich (1797), VII.

[3]) Soden, Die Franzosen in Franken im Jahr 1796, 172. — Authentische Beweise der Französischen Verwüstungen und Barbareyen in Teutschland; Polit. Journal, Jhgg. 1796, I, 29.

vor sich hergehen lassen, die mit allem Redegepränge Achtung gegen die Personen, Schutz des Eigentums ankündeten; man hatte Verteidiger der Menschenrechte, fast eine Art von Philosophen erwartet, — und man fand Soldaten, die an Unerschrockenheit, Behendigkeit und Ausdauer von keinen in der Welt übertroffen werden, in deren Kriegswörterbuch aber das Wort Disziplin nicht steht, wild lärmend und rastlos und dadurch schon dem kälteren Deutschen lästig, die wahren Ursöhne jener Gallier, die, als sie die Alpen überstiegen hatten und gegen Rom heranstürmten, den Abgesandten der nachherigen Hauptstadt der Welt kurzweg erklärten: ‚Das Recht sei in den Waffen, und den Tapferen gehöre alles!'"[1])

Das Schicksal des Feldzuges hing — so urteilte schon damals Dumouriez — vom Schicksal der Festung Mainz ab. Seit Oktober 1794 war dieser Platz von den Franzosen umlagert, doch war auf Einnahme nicht zu hoffen, solange der Angriff sich nicht auch auf das rechte Rheinufer erstrecken konnte. Dieses Ziel im Auge, wandte sich die Maas-Sambre-Armee mit jenem elementaren Ungestüm, der in den Revolutionskriegen so oft den Sieg an die französischen Fahnen fesselte, gegen Clerfayt. Rasch war der Reichsfeldmarschall bis Aschaffenburg zurückgedrängt; General Kleber rückte ungehindert auf dem rechten Rheinufer gegen Mainz an; die Festung ward auf allen Seiten umschlossen; ihr Schicksal schien besiegelt zu sein.

Gleichzeitig trat auch die Rhein-Mosel-Armee in Aktion. Pichegru hatte diese Truppen in trostlosem Zustand übernommen. Mit den Assignaten, deren Wert auf ein halbes Prozent herabgesunken war,[2]) konnten auch nicht die notwendigsten Lebensbedürfnisse gedeckt werden; der Soldat war einfach gezwungen, zu Raub und Plünderung seine Zuflucht zu nehmen. Unsere Soldaten, berichtete Pichegru im August 1795 an den Wohlfahrtsausschuß, haben weder Hemden, noch Schuhe, noch Brot; den Pferden fehlt es an Hafer und Heu; nur noch wenige Kavallerieoffiziere sind beritten; die übrigen Reiter haben keine Pferde, können also keinen Dienst mehr leisten."[3]) Die notwendige Folge dieser Mißstände war eine unglaubliche Verwilderung der Soldateska. „Ich erschrecke," schreibt Pichegru, „wenn ich bedenke, daß ich mit solchen Truppen Krieg führen soll."

Trotzdem errang diese zuchtlose, junge Mannschaft infolge der Zerfahrenheit im deutschen Lager wenigstens anfangs überraschende Erfolge. „Die alten erfahrenen Generale und Truppen," urteilt ein russischer Militär, Fürst Galitzin, dem die Verantwortung für das bittere Wort überlassen werden muß, „sind nicht eigentlich zu kritisieren, weil sie unter der Kritik sind."[4])

Bei der im Dezember 1794 erfolgten Uebergabe der Rheinschanze an die Franzosen war ausbedungen worden, daß die Stadt Mannheim nicht beschossen werden dürfe, solang der Krieg auf das linke Rheinufer beschränkt bliebe. Dieses Hindernis war jetzt weggeräumt, und Pichegru wußte, daß es nur geringe

---

[1]) E. Posselt, Europ. Annalen, Jhgg. 1796, IV, 94.
[2]) Sybel, IV, 60.
[3]) E. Daudet, La conjuration de Pichegru, 27.
[4]) Galitzin, Allgemeine Kriegsgeschichte der neuesten Zeit, übers. von Streccius, I, 1, 205.

Mühe kosten werde, die Uebergabe von Mannheim zu erzwingen und damit ein Ausfallsthor gegen Deutschland zu gewinnen.[1]) Die kurfürstliche Regierung erteilte auf die Nachricht vom Vorrücken der Franzosen dem Gouverneur Belderbusch die Ermächtigung, eine „soviel möglich honorable" Kapitulation abzuschließen, jedoch nur „bei wirklich sich ergebendem Notfalle". Obwohl die mit allem Notwendigen ausgestattete Festung wenigstens eine Zeit lang zu behaupten gewesen wäre, wurde sie schon auf die erste Androhung einer Beschießung übergeben (20. September). Besonders verdächtig wurde das Verhalten des Gouverneurs Belderbusch und des ebenfalls an der Kapitulation beteiligten pfälzischen Ministers Grafen Oberndorff durch die feindselige Abweisung einer zum Entsatz herangezogenen kaiserlichen Abteilung; bei ihrem Anmarsch waren die Kanonen auf den Wällen gegen sie gerichtet und Artilleristen mit brennenden Lunten aufgestellt worden, um gegebenen Falles das Feuer zu eröffnen. Hauptsächlich aus diesem Grunde wurde die Uebergabe von kaiserlicher Seite als Verräterei aufgefaßt. „Schmachvoller Verrat," schrieb der Kaiser am 25. September an Clerfayt, „war hier ebenso im Spiel, wie kurz zuvor in Düsseldorf." Die aus Mannheim abgezogenen Truppen wurden daher auf Befehl Wurmsers vom kaiserlichen Corps Karacsy angehalten und entwaffnet; nach der Zurückeroberung Mannheims wurden Graf Oberndorff und der zweibrückensche Minister Abbé Salabert, worauf wir zurückkommen werden, im Namen des Kaisers verhaftet.

Haben diese Pfälzer wirklich als Verräter gehandelt? Die Frage kann kaum bejaht werden. Der „äußerste Notfall" war ja gewiß noch nicht eingetreten, aber ebensowenig ist die That auf Bestechung oder Feigheit zurückzuführen; die Schuld reicht in höhere Kreise hinauf. Mit Recht betonte ein Mitglied der mit dem Prozeß gegen Oberndorff betrauten Kommission, v. Lamezan, es sei nicht am Platze, „einen Mann, dessen Beweggrund war, eine Stadt des Herrn Kurfürsten vom Untergang zu retten, hintennach auf die strengste Tortur zu legen!"[2]) Oberndorff handelte nur getreu der Politik, die seine Regierung schon seit Beginn der Revolutionskriege verfolgte, und von München aus waren absichtlich unklare Befehle gegeben worden. Die Mannheimer Episode ist bezeichnend für die Wandlung, welche sich im Jahre 1795 vollzog, und steht im engsten Zusammenhang mit dem Baseler Separatfrieden. Der Charakter des Reichskrieges im Frühjahr und Sommer 1795 dient der Kapitulation vom 20. September zur Erklärung und auch einigermaßen zur Entschuldigung; in einer traurigen Zeit, da der Name Reichsfeind von niemand mehr verabscheut wird, darf derselbe nicht mehr auf einzelne angewendet werden.

Die Uebergabe von Mannheim brachte die beiden kaiserlichen Armeen in höchste Gefahr; es war ihnen die Verbindung, ja selbst der Rückzug abgeschnitten, und die reich ausgestatteten Magazine in Heidelberg waren bedroht, wenn Jourdan das obere Mainufer besetzte und Pichegru am Neckar vordrang. Auch

[1]) Heigel, Die Uebergabe der pfalzbairischen Festung Mannheim an die Franzosen am 20. Sept. 1795 und die Verhaftung der Minister Oberndorff und Salabert vom 23. Nov. 1795; Abhandlungen der Münchner Akademie, XX, 3, 515.

[2]) Bair. Reichsarchiv. Rheinpfalz, Nachtrag, I, Nr. 53. Votum des kurfürstl. Commissarius von Lamezan o. D.

die politische Lage war so kritisch wie möglich. Die sächsischen Truppen zogen nach Hause, angeblich zum Schutz der gefährdeten Heimat. An der Aussöhnung Hannovers mit Frankreich war kaum noch zu zweifeln. Die süddeutschen Staaten wurden nur noch durch die Anwesenheit der kaiserlichen Armeen abgehalten, sich neutral zu erklären. In einer Denkschrift für den Kaiser erklärte Staatsrat Eger, keine andere, noch so verzweifelte Periode der Geschichte Oesterreichs lasse sich mit der gegenwärtigen Hülflosigkeit vergleichen: der Kern der Armee vernichtet, ohne daß junge Mannschaft zum Ersatz vorhanden, die Finanzen gänzlich zerrüttet, der Staatskredit nach dem eigenen Geständnis des Schatzmeisters in den letzten Zügen![1] Und nun die Mannheimer Kapitulation, die wenigstens teilweise auch durch den Generalissimus Clerfayt verschuldet war! „Welche Unfälle!" schrieb Dietrichstein an Thugut, „und wie folgt Schlag auf Schlag! Daß die Pfälzer Feiglinge und Verräter sind, kann füglich nicht überraschen, wohl aber, daß Clerfayt diese ganze Seite entblößt hat . . ."[2] Dagegen wuchsen bei den Franzosen Selbstvertrauen und Siegeszuversicht. Barthelemy sprach dem Repräsentanten Merlin aus Thionville, der mit Oberndorff verhandelt hatte, den Dank der Nation aus. Wie durch einen Blitz die nächtliche Landschaft, so wird die politische Lage grell beleuchtet durch Barthelemys Mitteilung, er habe die erfreuliche Meldung unverzüglich den in Basel anwesenden Gesandten von Preußen, Baiern und Zweibrücken übermittelt. „Mit diesem Erfolg ist der Gipfel des Ruhms für die Republik und für Sie selbst erreicht, denn er bedeutet für uns den Frieden mit Deutschland!"[3] „Die Ermöglichung des Rheinübergangs bei Mannheim," schrieb General Joubert am 22. September, „entscheidet das Schicksal des Feldzugs, der Feind wird sich nicht mehr am Main halten können, bald wird Mainz unser sein!"[4]

An Clerfayt erging Befehl auf Befehl, den Feind so rasch wie möglich anzugreifen. Schon zur Befriedigung des englischen Kabinetts, das seine Guineen nicht umsonst spenden wollte, mußte etwas geschehen. „Ich trage Ihnen," schrieb der Kaiser am 25. September an Clerfayt, „in der allerbestimmtesten Weise und bei Strafe des Ungehorsams auf, unter keinem Vorwand, was er auch immer sein möge, die Lahn zu verlassen."[5]

Doch gerade im Augenblick der höchsten Gefahr wandte sich das Kriegsglück. Die Franzosen glaubten, durch rasches Vordringen die Heidelberger Magazine an sich bringen zu können; am 24. September griffen sie die bei Handschuchsheim stehende österreichische Abteilung unter Quosdanovich an. Sie wurden aber aufs Haupt geschlagen und in voller Auflösung nach Mannheim zurückgeworfen. Für die Annahme, daß die Anordnungen Pichegrus vor der Niederlage mit seinem „Verrat" in Zusammenhang gestanden hätten, sind zwingende Beweise nicht erbracht worden.[6]

---

[1]) Vivenot, Quellen zur deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs, V, 380.
[2]) Vivenot, Th., C., W., 226.
[3]) Merlin, Vie et correspondance, II, 260.
[4]) Vivenot, Th., C., W., 230.
[5]) Ebenda, 232.
[6]) Galitzin, I, 1, 276.

Das Treffen bei Handschuchsheim war die Peripetie im Feldzug von 1795. Heidelberg war gerettet, die Bergstraße gedeckt, die Kaiserlichen beherrschten wieder die beiden Neckarufer, Jourdan war zum Rückzug an die Lahn gezwungen, die beiden kaiserlichen Armeen rückten in großem Bogen gegen Mainz und Mannheim vor.[1]) Wurmser und Dietrichstein waren noch immer unzufrieden mit Clerfayt. Der „Fabius zur Unzeit", der „Marschall Cacadubio" trage allein die Schuld, daß den kaiserlichen Fahnen noch nicht voller Sieg zugefallen sei. „Wir würden Mannheim morgen haben," schrieb Dietrichstein am 22. Oktober an Thugut, „wenn heute Herr v. Clerfayt von Mainz wegginge, wie er dazu im stande wäre, und mit seinen 35000 Mann nach Oppenheim marschierte."[2])

Clerfayt hatte aber nicht umsonst seine Hauptmacht um Mainz zusammengezogen; hier wollte er zum entscheidenden Schlag ausholen. Fast ein volles Jahr war verstrichen, seit das französische Corps Schaal die Anhöhen bei Mainz besetzt hatte. Das Lager war nach allen Regeln der Kunst verschanzt worden; eine Festung starrte gegen die andere.[3]) Nach dem Rückzug Jourdans hatte die Umschließung auf dem rechten Rheinufer aufgegeben werden müssen; auf dem linken dauerte sie zwar fort, und die Belagerungstruppen waren noch immer 33000 Mann stark, allein in ihren Reihen war infolge der unglücklichen Wendung des Feldzugs Mutlosigkeit eingerissen, was dem kaiserlichen Feldherrn nicht unbekannt blieb. So wurden denn die eines Sturmes nicht gewärtigen Belagerer am 29. Oktober bei Mombach und noch heftiger bei Bodenheim angegriffen. In wenigen Stunden waren die mit Geschützen gespickten, durch Gräben, Wolfsgruben, Hornwerke und andere Verteidigungsmittel gedeckten Wälle genommen; ein kühner Reiterangriff bei Marienborn entschied das Schicksal des Tages; 1600 Gefangene, 138 Geschütze, 250 Munitionswagen und bedeutende Pulver- und Lebensmittelvorräte fielen in die Hände der Sieger; die Franzosen sammelten sich erst wieder hinter der Pfriem.[4]) Das stärkste deutsche Bollwerk war nach vierzehnmonatlicher Blockade befreit; von den verachteten Reichstruppen war eine glänzende Waffenthat vollbracht; der moralische Eindruck wirkte ermutigend und belebend im ganzen Reiche.[5])

Und noch ein zweiter Schlag gelang über Erwarten rasch und glücklich. Da ein Versuch Wurmsers, die seit 20. September von den Franzosen besetzte Stadt Mannheim in der Nacht vom 18. Oktober durch einen Handstreich zu nehmen, wegen des plötzlich einfallenden dichten Nebels mißglückte, mußte zur Belagerung geschritten werden; am 18. November begann die Beschießung.[6]) Zwar wurde das Unternehmen, wie Wurmser klagte, von den siegreichen Reichs-

---

[1]) Schels, Die Operationen am Rhein vom 8. bis 24. Sept. 1795 mit dem Treffen bei Handschuchsheim; Oest. mil. Zeitschr., Jhgg. 1832, 5. Hft., 143.

[2]) Vivenot, 338.

[3]) Schaab, 407.

[4]) Schaab, 433. — Schaab war selbst vom Stephansturm Augenzeuge der Vorgänge (S. 408).

[5]) Häusser, II, 31.

[6]) A. Baumann, Die Belagerung Mannheims durch die Oesterreicher im Oktober und November 1795 (1885).

truppen nur mangelhaft unterstützt; Clerfayt war, schrieb Wurmser an Thugut, „wieder ganz in seine alte Unthätigkeit und Tändelei zurückgefallen, und man mußte zwanzigmal vor ihm auf die Kniee fallen, um ihn zu einem Schritt vorwärts zu bewegen".[1]) Die Beschießung richtete aber in der Stadt so furchtbare Verwüstung an, daß sich der französische Befehlshaber Montaigu zur Uebergabe entschloß. Ihn drängte nicht bloß Menschlichkeit; seine Lage war durch Zerstörung von Bastionen und Mauern und durch Mangel an Mundvorrat unhaltbar geworden.[2]) Wenn trotzdem in Frankreich behauptet wurde, Montaigu habe Mannheim im Einverständnis mit Pichegru verräterischerweise den Oesterreichern ausgeliefert, so war der Verdacht sicherlich unbegründet. Wenn mehr als zwanzigtausend Kugeln eine Stadt fast in einen Schutthaufen verwandelt haben, verstößt die Uebergabe nicht mehr gegen das Gesetz militärischer Ehre.

Es folgte die schon erwähnte Gefangennahme der Kapitulanten vom 20. September.

Ohne Zweifel war dabei die Absicht maßgebend, einmal ein Exempel zu statuieren. „Obschon es richtig ist," schrieb Clerfayt am 24. November an den Reichsvizekanzler, „daß die Reichsgesetze und besonders die Pönalgesetze von Seite des allerhöchsten Reichsoberhauptes aus besonderen Rücksichten gegen mächtigere Stände nicht immer in strenge Ausübung gebracht werden, so scheint es jedoch wirklich dermalen der Fall zu sein, wo alle Gründe dafür streiten, daß das allerhöchste Ansehen durch eine nachdrückliche Ahndung und entscheidende Handlung aufrecht erhalten werde." Die Leiter der deutschen Staaten — und dabei war es auch auf den größten und mächtigsten abgesehen — sollten ein für allemal abgeschreckt werden, pflichtwidrig gegen kaiserliche Majestät vorzugehen. Auf Einwendungen und Verwahrungen sollte nicht geachtet werden. „Der königlich preußische Hof, der bei dieser Sache vielleicht am meisten in Betracht gezogen werden könnte, wird immer mit seinem Verfahren im Jahre 1756 zu Dresden zum Stillschweigen gebracht werden können, welches gegen einen Reichsmitstand auf eine ungerechte Weise ausgeübt wurde und doch mit der raison de guerre gerechtfertigt werden wollte: da hingegen hier das kaiserliche Reichsgeneralkommando nach den Reichsgesetzen gegen einen meineidigen Reichsunterthan im gesetzlichen Wege verfährt und daher immer zum wenigsten die strikte Gerechtigkeit für sich hat."

Die Meldung, daß Wurmser einen kurfürstlichen Minister hinter Schloß und Riegel gesetzt habe, rief in Regensburg und an allen deutschen Höfen peinliches Aufsehen hervor. In München mehr Schrecken als Entrüstung. Karl Theodor wollte ja keineswegs offen zu Frankreich übertreten, wollte sich vom Kaiser nicht lossagen, sondern nur freie Hand behalten, um nach jeder Seite seinen Vorteil zu wahren. Er schickte also einen außerordentlichen Gesandten, Graf Tattenbach, nach Wien, um die Uebergabe von Mannheim zu entschuldigen und die Befreiung Oberndorffs zu erwirken. Tattenbach wurde am kaiserlichen Hofe so frostig wie denkbar aufgenommen.[3]) „Zunächst läßt man," so hatte

[1]) Vivenot, Quellen, I, 272.

[2]) Trauriges Schicksal der kurpfälzischen Residenzstadt Mannheim ꝛc., 25.

[3]) Bair. St.-Arch. K. schwarz. 404 10. Berichte Tattenbachs an Vieregg 1795.

Thugut geraten, „etwa zehn Tage verstreichen, ehe man den Brief des Kurfürsten überhaupt annimmt oder diese Herrn Baiern zur Audienz vorläßt!" Nur nach langem Hangen und Bangen konnte Tattenbach durch demütiges Bitten die Freilassung Oberndorffs und die Zurückstellung der Waffen an die pfälzischen Truppen erreichen (März 1796). Da die Versöhnung zuletzt hauptsächlich von Graf Lehrbach, dem ehemaligen Prokuraträger Josephs II., betrieben wurde, erwachte in Tattenbach der Argwohn, es sei insgeheim zwischen dem Kurfürsten selbst und dem kaiserlichen Kabinett über das alte Tauschgeschäft wieder verhandelt worden. Vivenot weist die Annahme als „sinnlosen politischen Wahnsinn" zurück,[1]) aber ein vertrauliches Schreiben Thuguts an Graf Colloredo vom 1. Dezember enthält eine eigentümliche Warnung.[2]) „Ich bitte Eure Excellenz inständigst, Seiner Majestät dem Kaiser nahe zu legen, er möge sich hüten, den Fürsten Colloredo auf die Fährte des geheimen Projekts in Bezug auf Baiern zu bringen; er möge auch nicht mit Reichlin über die Mannheimer Angelegenheit sprechen, sondern ihn einfach an die Staatskanzlei verweisen; wenn man die Geschäfte in Verwirrung bringt oder wenn unser Anschlag vor der Zeit ruchbar wird, ist alles unrettbar verloren!"[3]) Damit ist doch wohl bewiesen, daß Thugut, der „Eine Gerechte", wie ihn Vivenot zu nennen beliebt, in der Verwirklichung des Lieblingsgedankens Josephs II. durchaus nicht „sinnlosen politischen Wahnsinn" erblickte, sondern nur den geeignetsten Zeitpunkt abwarten wollte. In Baiern selbst war die Besorgnis, man stehe vor dem Anfang des Endes, allgemein verbreitet. Die Städte Düsseldorf und Mannheim, schreibt Minister Vieregg an den Gesandten in London, Baron Haslang, am 7. Oktober, habe man, um sie vom Untergang zu bewahren, den Franzosen ausliefern müssen; jetzt aber vollziehe sich der Gegenschlag. . . . „Welche Folgen dies alles für unseren Herrn Kurfürsten und für Baiern haben wird, das ist noch gar nicht abzusehen; wir Unterthanen können nur dringend wünschen, daß recht bald ein Reichsfriede zu stande komme, nur dadurch kann uns noch Rettung gebracht werden!" Das Gerücht von neuen Austauschplänen erhält sich, schrieb Vieregg einige Wochen später, und auch Preußen soll auf Jülich und Berg begehrliche Blicke werfen. Haslang möge also dem großmütigen König von Großbritannien, der allein Baiern gegen Oesterreichs Gelüste verteidigen wolle, auch den Schutz der niederrheinischen Herzogtümer ans Herz legen. Die Antwort König Georgs fiel denn auch „beruhigend für die Gemüter aller guten Patrioten" aus.[4])

Während der Kurfürst von Baiern, eingeschüchtert durch die Siege Clerfayts und Wurmsers und das entschlossene Einschreiten der kaiserlichen Generäle, in engem Anschluß an Oesterreich sein Heil erblickte, war der Herzog von Zweibrücken durch den Schimpf, der durch die Verhaftung Salaberts auf ihn gefallen

---

[1]) Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, II, 2, 520.

[2]) Der ehemalige Erzieher des Kaisers, später Kabinettsminister Graf von Colloredo-Wallsee, nicht zu verwechseln mit dem Reichsvizekanzler Franz Fürst v. Colloredo-Mannsfeld.

[3]) Vivenot, Vertrauliche Briefe des Freiherrn v. Thugut, I, 274.

[4]) Bair. St.-Arch. Polit. Korrespondenz zwischen Vieregg und Haslang. Vieregg an H., 7. Okt., 15. Nov. und 16. Dez. 1795.

war, so gereizt, daß er sich erst recht vom Kaiser abwandte und nur durch Vermittelung Preußens und des Reichstages die Befreiung seines Ministers zu erwirken suchte. „Es handelt sich nicht bloß um ungesetzliche Verhaftung eines meiner Diener; es soll damit zugleich empörenden Absichten Vorschub geleistet werden. Wenn die Pfalz wie ein erobertes Land behandelt wird, so ist dies eine Warnung für alle Höfe, denn es fehlte Oesterreich bisher nur an der Gelegenheit, gegen alle in der nämlichen Weise einzuschreiten." Von preußischer Seite wurde denn auch dem Wiener Hofe vorgestellt, daß sich das Reich „ein seit Karl V. unerhörtes Benehmen" nicht gefallen lassen wolle; auch im Reichstag wurde die Verhaftung von Beamten reichsunmittelbarer Stände als Verletzung der deutschen Reichsfreiheit beklagt, aber das kaiserliche Kabinett blieb fest. Nur wenn der Herzog, so wurde ihm bedeutet, den Minister Salabert „als einen geschworenen Feind des Erzhauses und blinden Anhänger des Berliner Hofes" von seinem Posten entfernen wolle, könne die Freilassung vielleicht in Erwägung gezogen werden. Dazu wollte sich aber Max Joseph nicht verstehen. „Dem Despotismo nachgeben, wäre die unstatthafteste Sünde gegen des Reichs beschworene Konstitution." Der „interessante Fall" wurde in zahlreichen Flugschriften besprochen. Insbesondere ein unter dem Namen Karl Graf von Strengschwerd schreibender Pole, Karl Friedrich von Kolbielski,[1]) verteidigte den Standpunkt Thuguts und Wurmsers mit rücksichtsloser Schärfe; den Ton eines feurigen Patriotismus anschlagend, mahnte er die Fürsten, endlich einmal dem Kaiser zu geben, was des Kaisers sei, sonst werde das altehrwürdige Reich aus den Fugen gehen, und der Kaiser werde nichts thun, um den Zusammensturz aufzuhalten. Dagegen wurde „die Kundgebung eines groben Cäsarianismus" in zahlreichen Erwiderungen schroff zurückgewiesen. Natürlich wurde auch der Baseler Separatfriede wieder in die Debatte gezogen. Während Strengschwerd den Baseler Vertrag als „ruchlosen Axthieb gegen den tausendjährigen Bestand des Reiches" brandmarkte, vertraten Wedekind und andere die Auffassung, gerade das Reichsinteresse erheische den nur durch Vermittelung Preußens zu erlangenden Frieden und das gewaltthätige, an Wallenstein erinnernde Verhalten der kaiserlichen Generäle sei schon deshalb nicht zu rechtfertigen, da der gegenwärtige Krieg mit Frankreich seit dem 5. April 1795 überhaupt nicht mehr als Reichskrieg gelten könne. Im April 1796 ließen Preußen, Sachsen, Hannover und Hessen-Kassel dem Vertreter des Kaisers in Regensburg eine Erklärung abgeben, daß ihnen die Beschwerde des Herzogs als „geeigenschaftet" erscheine; damit war die Bitte verbunden, der Kaiser möge es nicht zu förmlicher Verhandlung im Reichstag kommen lassen, sondern der eigenen Einsicht und Gerechtigkeit nachgebend, dem Kläger Genugthuung gewähren. Der — nach Colloredos Wort — „an den berüchtigten Fürstenbund erinnernde" Protest wurde in Wien ungnädig aufgenommen. Thugut, am „System der Strenge" festhaltend, verfügte: Da der Kaiser in dieser Angelegenheit nicht als Reichsoberhaupt, sondern als Landes-

[1]) Rechtliches Gutachten, die Uebergabe der Festung Mannheim an den Reichsfeind betreffend, von K. Gr. v. Strengschwerd. — Kolbielski wurde von Vivenot als Verfasser nachgewiesen (Herzog Albrecht, II, 2, 401).

herr Oesterreichs nach Grundsätzen der Selbsterhaltung gehandelt habe, seien Verwahrung und Bitte der norddeutschen Fürsten abzuweisen. Erst im Herbst 1797 wurde dem Minister Salabert auf reumütiges Bitten des Herzogs von Zweibrücken und auf Verwendung des Erzherzogs Karl, der mit dem körperlich und geistig gebrochenen Greis Mitleid fühlte, die Freiheit wieder gegeben.[1])

Aus dem Verlaufe des Prozesses gegen die pfälzischen Minister ließ sich ein Schluß ziehen, welches Ergebnis nach den Siegen der österreichischen Waffen von den Regensburger Verhandlungen über den Reichsfrieden zu erwarten war. Zwar kam am 14. Oktober ein Gutachten der Reichsfriedensdeputation zu stande, das den dringenden Wunsch wiederholte, daß auf Grundlage der vollen Integrität des Reichsgebiets so bald wie möglich Friede geschlossen werden möge, allein die kaiserliche Antwort vom 19. November enthielt nach einer allgemeinen Versicherung der Friedensliebe nicht eine Zusage versöhnlicher Annäherung an Frankreich, sondern einen feurigen Aufruf zu erhöhten kriegerischen Anstrengungen. Wenn es dem Feind gelungen wäre, seine Dissolutionspolitik den deutschen Fürsten aufzunötigen, so würde das Reich den Verlust der ansehnlichsten Provinzen zu beklagen haben. Durch die Siege am Neckar und Main sei aber nicht bloß für den Augenblick dieser verderbliche Schlag abgewendet, sondern ein für allemal der glänzende Beweis geliefert worden, daß deutschem Mut und deutscher Kriegskunst auch eine feindliche Uebermacht nicht zu widerstehen vermöge. Zum Frieden sei nicht auf anderem Wege zu gelangen, als durch höchste Anspannung der deutschen Gesamtkraft.

Während die Reichsfriedensdeputation in Regensburg ihre harmlose, unersprießliche Thätigkeit fortsetzte, vollzog sich in Frankreich eine neue, für das Staatsleben der nächsten Jahre entscheidende Wendung. Der hitzige Ansturm der Königsfreunde gegen die Republik wurde im Sommer 1795 nach furchtbaren Kämpfen zurückgeschlagen. Die von den Engländern unterstützte Unternehmung gegen die Halbinsel Quiberon wurde durch Hoches Entschlossenheit und Kühnheit vereitelt, die aufständischen Elemente in Bretagne und Vendée wurden mit Feuer und Schwert unterdrückt, und die ausgewanderten Machthaber der alten Regierungsform legten bei allen diesen Anlässen so viel Feigheit und Unverstand an den Tag, daß trotz des Abscheues gegen Konvent und Jakobiner die große Mehrheit der französischen Gesellschaft den demokratischen Grundsätzen treu blieb. Doch nicht mehr die rote, nur die konservative Republik hatte Aussicht auf allgemeine Anerkennung und längeren Bestand. Die im Sommer 1795 vom Konvent beratene, am 18. August zum Abschluß gebrachte Verfassung hatte zum Zweck, „die Revolution zu schließen", d. h. das Land in gesetzlich geregelte Zustände hinüberzuführen. Angesichts der zweifachen Rückwärtsbewegung im Lande, der royalistischen und der kommunistischen, wurde eine Verfassung ins Leben gerufen, die zwischen der konstitutionell-monarchischen von 1791 und der demokratisch-republikanischen von 1793 in der Mitte stehen sollte. Die gesetzgeberische Gewalt sollte zwei Kammern übertragen sein, die ausübende einem Direktorium von fünf Mitgliedern. Die

[1]) Heigel, 576.

einzelnen Bestimmungen, zwischen zwei unversöhnbaren Richtungen hin- und herkreuzend, entbehren des festen, einheitlichen Zuges; freilich konnte auf einem so zerklüfteten Boden, wie es der französische 1795 war, schwerlich eine zweckentsprechendere Festsetzung der politischen Gewalten zu stande kommen. Die rückläufige Strömung war ja in solchem Steigen begriffen, daß der Konvent, um der herrschenden Richtung einen Teil des alten Einflusses zu sichern, Vollzugsbestimmungen erließ, die mit Volksherrschaft und Wahlfreiheit schlechterdings unvereinbar waren. Die Stimmung in Paris war gegen den Konvent, gegen die Dekrete; diese Thatsache hätte früher genügt, um Konvent und Dekrete unmöglich zu machen, — jetzt nicht mehr. Regierung und Konvent hatten ja nötigen Falles gegen Paris die Armee. Der Soldat im allgemeinen war zwar nichts weniger als ein begeisterter Anhänger des Konvents, dem unter Verwünschungen vorgeworfen wurde, daß er das Heer in Hunger und Elend verkommen lasse, doch der Soldat hing an der Fahne der Republik, an der Trikolore, unter welcher so glänzende Siege gegen das monarchische Europa erfochten worden waren. So griff zum erstenmal das Heer als wichtigster Faktor in die politische Bewegung ein, und am 13. Vendemiaire (5. Oktober 1795) übernahm den Schutz der gegenwärtigen Gewalthaber ein junger Offizier, von dem man damals in Paris nicht viel mehr wußte, als daß er zu den grimmigsten Gegnern der Royalisten gehöre, Napoleon Bonaparte. Das rücksichtslose Eingreifen des kurz zuvor „wegen Ungehorsams" aus der Liste der Generäle gestrichenen Korsen beim Barrikadenkampf in der Rue St. Honoré rettete den Konvent und damit die neue Verfassung.[1]) Der Retter und die Geretteten stützten und hoben sich gegenseitig. Direktor Barras, der „Gönner" der schönen Witwe Josephine Beauharnais, der Braut Bonapartes, und seine gesinnungsverwandten Kollegen ernannten den Sieger vom 13. Vendemiaire zum commandant en second l'armée de l'interieur und am 2. März 1796 zum Oberbefehlshaber der Armee in Italien.[2])

Es war für Bonaparte und Frankreich der günstigste Augenblick! Nicht durch den eigenen Genius allein, auch durch die Gunst der Zeit stieg der große Mann empor. Die Zeit bedurfte eines Napoleon. Die sozialen Zustände in Frankreich waren auf die Dauer unhaltbar, und die Barras und Cambaceres wären nicht im stande gewesen, den Sturz der neuen Welt und die Wiederkehr des Königtums aufzuhalten! Doch jetzt stand ihnen zur Seite ein Mann, der mit der Kühnheit Cäsars die Verschlagenheit Oktavians verband, der aber freilich im Schutze der Verfassung von 1795 nur das Mittel sah, um sich eine Gewalt anzueignen, wie sie noch keinem europäischen Herrscher beschieden war, der im Geleise der Revolution nur so lange wandelte, bis er mit fester Hand nach der Krone greifen konnte. —

Im Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen war, seit sich in Wien die erste Aufregung über den Baseler Handel gelegt hatte, wenigstens eine Verschlimmerung nicht mehr eingetreten. Die Teilung der polnischen Beute, um

[1]) Jung, Bonaparte et son temps, III, 73.

[2]) Kuhl, Bonapartes erster Feldzug 1796, 135.

deren willen es zur Spaltung gekommen war, führte im Herbst 1795 sogar zu einer vorübergehenden Einigung. Da das Wiener Kabinett, in die Wege Josephs II. einlenkend, die russische Orientpolitik zu fördern geneigt war, wurden die österreichischen Ansprüche auf polnisches Gebiet von Rußland unterstützt, aber auf Thuguts Wunsch, Preußen gänzlich auszuschließen, wollte die Zarin nicht eingehen. Schon im Mai beantragte der Vizekanzler Ostermann bei Cobenzl, die beiden Kaiserhöfe sollten in Berlin die Annahme ihres Teilungsvertrags vom 3. Januar zu erwirken suchen. Das russische Ansinnen stieß in Wien auf Widerspruch; die deutschen Reichsfürsten, so wurde erwidert, müßten in solcher Nachgiebigkeit ein Vertrauensvotum für die preußische Felonie erblicken. Schließlich ließ sich aber der Wiener Hof umstimmen, während auch Preußen zum Verzicht auf Krakau und Sandomir sich verstehen mußte.[1]) Am 24. Oktober 1795 wurde in Petersburg von Tauentzien, Ostermann und Cobenzl ein Vertrag unterzeichnet, der die Aufteilung Polens im Sinne des Abkommens vom 3. Januar besiegelte. Vier Wochen später entsagte Stanislaus der Krone. Damit war die gewaltsame Lösung der polnischen Frage durchgeführt, nachdem sie Deutschland in zwei feindliche Heereslager gespalten und Frankreich eine breite Siegesbahn eröffnet hatte.[2])

Nach Abschluß des Friedens zwischen Frankreich und Preußen stand der Wiederanknüpfung dauernder diplomatischer Beziehungen nichts mehr im Wege. Nach Berlin wurde Caillard, nach Paris Sandoz-Rollin, ein geborener Neuenburger, entsendet, um zunächst über eine festere Regelung der Demarkationslinie zu verhandeln. Es gelang nicht, das Direktorium zur Anerkennung der Neutralität von ganz Norddeutschland zu bewegen, denn die Absicht einer Besetzung Hannovers war keineswegs aufgegeben. Insbesondere Carnot, das bedeutendste Mitglied des Direktoriums, und der Kriegsminister Dubayet vertraten die Ansicht, daß die Freundschaft Preußens nicht einer Ausbreitung der französischen Invasion störend in den Weg treten dürfe. Diese Haltung der französischen Regierungskreise stand in offenem Widerspruch mit den Baseler Abmachungen, so daß in Hardenberg selbst Zweifel aufstiegen, ob es sich empfehle, unter den veränderten Verhältnissen am alten System festzuhalten? Wenn Frankreich, so legte Hardenberg in einer Denkschrift vom 26. Januar 1796 dar, das ganze linke Rheinufer und ganz Belgien einverleibt und die nördlichen Niederlande von sich abhängig macht, wenn Frankreich fortfährt, Oesterreich zu schwächen und andere deutsche Stände an sich zu fesseln, ist dann die Rolle eines unthätigen Zuschauers für den preußischen Staat vorteilhaft, ist sie des preußischen Staates würdig?[3]) „Es ist Frankreich gelungen, Preußen von der Koalition abzuziehen, wenigstens teilweise durch die Schmeicheleien und Versprechungen, womit der Minister Lacroix gegen Herrn von Sandoz so freigebig war. Die Worte Bachers und anderer französischer Geschäftsführer waren auf den nämlichen Ton gestimmt,

[1]) Sybel, Polens Untergang und der Revolutionskrieg; Histor. Zeitschr., 23. Bd., 147. — Martens, VI, 702.

[2]) Sybel, Gesch. d. Rev., III, 499.

[3]) Preuß. St.-Arch. Hardenbergs Nachlaß. Aufstellung einer norddeutschen Neutralitätsarmee 1796.

und ebenso süß waren die ersten Unterredungen bei den Friedensverhandlungen. Damals war dem König die Rolle Gustav Adolfs zugedacht; kein Reichsfürst, auch nicht Holland sollten Frieden anders erlangen als durch Preußens Vermittelung. Jetzt will man den König sogar durch die Kaiserkrone ködern. Barthelemy, zu klug und zu rechtschaffen, um zweideutige Mittel zu gebrauchen, ließ nie solche Dinge hören. Aber was haben denn die Franzosen von allen diesen Versprechungen gehalten? Ich wüßte keinen einzigen Fall!" Seit man in Paris erkannt habe, daß Preußen nichts anderes wolle, als „den Frieden fürs ganze Reich nach gemäßigten Grundsätzen zu negotiieren", sei jede Zuvorkommenheit geschwunden. Er, Hardenberg, wisse aufs bestimmteste, daß die Verletzung der Demarkationslinie von vornherein eine beschlossene Sache gewesen sei. „Frankreichs Uebergewicht ist für Preußen die höchste Gefahr, eine neue Erwerbung durch französische Gunst nur ein schleichendes Gift . . . der König und der Unterthan verlieren!" Entschiedenes Auftreten gegen das übermütige Frankreich werde durch die Ehre, die Aufstellung einer zum Schutz der Grenze bestimmten Armee von Preußen, Hannoveranern, Hessen und Braunschweigern durch den Vorteil Preußens gefordert.

Noch weiter als Hardenberg ging der Prinz von Hohenlohe, der sich eigens von Baireuth nach Berlin begab, um eine neue Waffenerhebung gegen Frankreich zu betreiben.[1]) Mit ihm vereinigten der Russe Kalytschew und der Engländer Elgin ihre Anstrengungen, um die Regierung zum Wiedereintritt in die Koalition zu bewegen. Soweit wollten die Minister, insbesondere der „friedselige" Haugwitz, nicht gehen, doch wurde der Vorschlag Hardenbergs angenommen. Das preußische Kabinett empfahl den angesehensten norddeutschen Ständen die Aufstellung eines Bundesheeres zum Schutz der bedrohten Neutralität (15. Februar 1796). Die Wirkung des Aufrufes entsprach jedoch nicht den gehegten Erwartungen. Nur der niedersächsische Kreis erklärte sich bereit, für den Unterhalt der bei Minden zusammengezogenen preußischen Truppen aufzukommen.

Die entschlossene Haltung der preußischen Regierung, die offen zu verstehen gab, daß sie in einem Angriff auf Hannover einen Friedensbruch erblicken würde, machte Eindruck in Paris. Das Direktorium erklärte sich bereit, die norddeutsche Neutralität anzuerkennen, falls Preußen offen und unumwunden zur Abtretung des linken Rheinufers seine Zustimmung geben würde. Eine Zeit lang wurde in Berlin noch geschämig beteuert, man könne in Bezug auf die Rheingrenze vor dem allgemeinen Frieden keine Verpflichtung übernehmen. Als aber Caillard als Entschädigung für die linksrheinischen preußischen Gebiete das Hochstift Münster anbot, erlangte Haugwitz die Einwilligung des Königs zum Abschluß des Berliner Vertrags vom 5. August 1796. Dadurch wurde gegen Neutralität der von Emden bis Fulda gezogenen Demarkationslinie endgültig die Abtretung des linken Rheinufers genehmigt. Das weitreichende Zugeständnis wurde von Haugwitz damit gerechtfertigt: nachdem Preußen vergeblich die Unterstützung der deutschen Fürsten zur Verteidigung der deutschen Interessen angestrebt habe, könne es nicht länger die preußischen vernachlässigen; um der Selbsterhaltung

[1]) Bailleu, XXIV.

willen dürfe es nicht zugeben, daß die von seinem Gebiet umschlossenen deutschen Staaten von den Franzosen besetzt oder auch nur dem preußischen Einfluß entzogen würden.

Seit der Niederlage Preußens im Reichstag war an den Höfen Mittel- und Süddeutschlands der kaiserliche Einfluß zur Herrschaft gekommen. Ein Umschwung erfolgte aber, als die Franzosen im September den Rhein überschritten, die kaiserlichen Armeen hinter die Lahn zurückwichen, die Lande am Nieder- und Mittelrhein wehrlos dem beutegierigen Feind preisgegeben waren. Wie vor zwei Jahren erfaßte panischer Schrecken wieder die deutschen Residenzen. Markgraf Karl Friedrich von Baden floh nach Ulm, indem er es dem geheimen Rat überließ, zur Rettung des Landes Maßregeln zu ergreifen, „die sie dereinst vor Gott und auch hier schon vor Uns selbst und der ganzen ehrliebenden Welt werden verantworten können.“[1]) Damit waren natürlich Friedensverhandlungen mit der Republik gemeint, und es wurde auch zu diesem Zwecke ein Herr von Reitzenstein, Landvogt in Lörrach, zu Barthelemy nach Basel abgeordnet. Reitzenstein war ein ausgesprochener Gegner Oesterreichs; nach seiner Auffassung drohte den kleineren Staaten die höchste Gefahr vom Wiener Hofe, der sich schon lange mit dem Gedanken trage, einen Teil der deutschen Reichsstandschaften „à la Polonaise“ einzusacken. „Die treue Anhänglichkeit an das österreichische System,“ schrieb Reitzenstein am 25. September an Minister Edelsheim, „hat uns bisher nicht den geringsten Nutzen gebracht; man verwüstet und ruiniert rücksichtslos unser Land; die österreichischen Kommissare behandeln uns als ihre Subalternbeamten, und wenn nicht eine Aenderung eintritt, die wir jetzt fast nur von den Franzosen erhoffen können, so werden wir uns bald in dem Zustand völliger Inkorporierung in die österreichische Monarchie befinden; in Wahrheit sind wir bereits auf dem direkten Weg zu dieser espèce de réunion!“ Gleichzeitig gingen ein württembergischer Bevollmächtigter, Legationsrat Abel, und noch andere Vertreter deutscher Reichsstände zu Barthelemy.[2]) Es gewann den Anschein, als sollte eine wirkliche Reichsfriedensdeputation in Basel in Aktion treten, während in Regensburg nur ein Phantom aufgestellt war.

Eine neue Wendung wurde aber durch überraschende militärische Erfolge der Oesterreicher eingeleitet.

Clerfayt hatte seine Lässigkeit im Frühjahr und Sommer 1795 durch die glänzenden Waffenthaten im Herbst wett gemacht. Seine Erfolge würden sich aber wohl noch großartiger ausgestaltet haben, wenn er nicht immer mit halben Maßregeln zufrieden gewesen wäre.[3]) Ein schwerer Fehler war es jedenfalls, daß er den Franzosen in einem Augenblick, da sie eine Schlacht nicht mehr zu liefern wagten und sich in gefährlicher Unordnung zurückziehen mußten, einen Waffenstillstand bewilligte und damit den Feldzug zum Abschluß brachte. Der Befreier von Mainz wurde nun zwar in Wien mit hohen Ehren empfangen, geriet aber bald in Streitigkeiten mit Thugut und dem Hofkriegsrat und nahm

[1]) Polit. Korrespondenz Karl Friedrichs ꝛc., II, 124.
[2]) Vreede, La Souabe après la paix de Bâle, 1.
[3]) Landmann, Clerfait; Allg. d. Biogr., IV, 328.

grollend seine Entlassung. „Auch Julius Cäsar und der große Conde," bekennt sogar Wurmsers Adjutant Dietrichstein, der sonst immer über Mangel an Raschheit und Frische in der Reichsarmee klagte, „hätten ohne Geld nicht mehr zu leisten vermocht, als Clerfayt," [1]) und der preußische Gesandte Luccheſini rühmt vom Reichsgeneralissimus noch 1797, daß er vor allen anderen Heerführern dauernde Achtung sich erworben habe.[2]) Es mußte die österreichischen Patrioten mit schwerer Besorgnis erfüllen, daß an Stelle des kriegserprobten, populären Feldherrn der erst zwanzigjährige Erzherzog Karl den Oberbefehl über die Rheinarmee erhielt.

Doch gerade dieser junge Held sollte im Feldzug von 1796 als scharf berechnender Stratege und Taktiker sich hervorthun, wenn auch sein Ruhm noch überstrahlt wurde durch einen noch Größeren, den die Natur selbst zum Siegen und Erobern geschaffen hatte, Napoleon Bonaparte. „Ein Wesen," sagt die Staël, „das ohnegleichen dasteht, das weder Mitgefühl empfindet noch erregt, entweder mehr oder weniger als ein Mensch . . . vor allem ein geborener Soldat." [3]) „Ja, ich bin Soldat," sagt er selbst, „das ist die besondere Gabe, die ich bei meiner Geburt empfangen habe; es ist mein Dasein, meine Gewohnheit!" [4]) Weil Bonaparte in Italien befehligt, liegt die Entscheidung des Krieges auf den Schlachtfeldern Italiens.

Die vielbewunderte und vielgetadelte, angeblich aus dem Hauptquartier Nizza am 27. Mai an die „soldats d'Italie" gerichtete Proklamation: „Ihr seid nackend und schlecht genährt" u. s. w., ist erwiesenermaßen nicht damals erlassen, sondern erst auf St. Helena verfaßt worden.[5]) Thatsächlich trug sich jedoch Bonaparte schon 1796 mit Anschauungen und Wünschen, wie sie in jenem Schriftstück Ausdruck finden. Er führte eine andere Sprache, als sie die Soldaten der Republik bis dahin vernommen hatten. An Stelle der Revolution trat ein einzelner Mann; an Stelle der republikanischen Treue und der patriotischen Selbstverleugnung traten menschliche Gelüste und Leidenschaften, Beutegier, Stolz, Ruhmsucht. Nicht eine Revolutions-, nicht eine französische, sondern eine Napoleonische Armee will der neue Herr haben. Volk und Heer, Frankreich und die Menschheit sind in seinen Augen nur für ihn da und nur für seinen Dienst geschaffen, und der feste Glaube an seinen Stern läßt ihn alle Hindernisse überwinden. Der Feldzug von 1796 ist ebenso ein wichtiger Abschnitt in der Kriegsgeschichte, wie der Grund- und Eckstein eines Gebäudes, das in der europäischen Geschichte nicht seinesgleichen hatte; aus dem Feldzug von 1796 ist die politisch-militärische Glorie des Zeitalters Napoleons I. emporgewachsen.

Die älteren Divisionsgeneräle Massena, Augereau, Laharpe, Serrurier waren nicht wenig ungehalten, daß man ihnen aus Paris einen jungen Korsen,

---

[1]) Vivenot, Th., C. u. W., 172.

[2]) Hüffer, Oesterreich und Preußen, 202.

[3]) Betrachtungen über die vornehmsten Begebenheiten der franz. Revolution, von Frau v. Staël, II, 225.

[4]) Roederer, Oeuvres, III, 536.

[5]) Kuhl, 154.

der nicht einmal die französische Sprache ausreichend beherrschte, als Oberbefehlshaber aufnötigte. Die militärische Begabung Bonapartes war ja nur wenigen, die ihn vor Toulon gesehen hatten, bekannt. Die meisten wußten nur, daß er am 13. Vendemiaire durch erbarmungsloses Vorgehen gegen die Menge den gegenwärtigen Machthabern einen Dienst geleistet habe. Der „kleine Teufel", wie ihn schon bald darauf der lange Augereau halb ärgerlich, halb bewundernd nannte, — „Wenn der mir befiehlt, ich soll durch ein Nadelöhr gehen," sagte General Vandame, „ich glaub': ich thu's!" — wußte sich aber nicht bloß bei seinen Untergebenen, sondern auch beim Feinde in Achtung zu setzen. Obwohl seine Streitkräfte — auch abgesehen von den Uebertreibungen seiner Erzählung auf St. Helena — weit schwächer waren als die piemontesischen unter Colli und die österreichischen unter Beaulieu, entschloß er sich ohne Zaudern zum Angriff. Die Raschheit der Bewegungen sollte ihre Kühnheit rechtfertigen. Zugleich rechnete er darauf, daß die Piemontesen, des Bündnisses mit Oesterreich längst überdrüssig, nach einem ersten Unfall der kaiserlichen Truppen den Kampf nicht mehr fortsetzen würden. So traf es auch ein.

Der zweiundsiebzigjährige Beaulieu entbehrte nicht der Energie und der Unternehmungslust, doch war es, wie Bonaparte spottete, mehr die Kühnheit der Wut als des Genies. Die unglaubliche Raschheit, womit der siebenundzwanzigjährige Gegner die jeweilige Lage zu erfassen und seinen Entschluß den Bedürfnissen anzupassen wußte, entwand dem Feldherrn der alten Schule den Lorbeer. Binnen vier Tagen war durch die Siege bei Montenotte, Cosseria, Dego dank der Behendigkeit der französischen Truppen, die immer jählings wie Gewitterstürme mit überlegenen Streitkräften auf dem Schlachtfeld erschienen, die wichtigste Aufgabe des Feldzugs, die Trennung der beiden verbündeten Heere, glänzend durchgeführt. Dann wurden bei Ceva, Cursaglia, Mondovi die Piemontesen zurückgeworfen; ihre Lage war so hoffnungslos, daß Viktor Amadeus um Waffenstillstand bat; der Vertrag von Cherasko bewilligte ihn gegen Einräumung der wichtigsten Festungen. Schon Ende April war Napoleon des einen Gegners entledigt. Begeistert feierte er im Tagesbefehl vom 26. April die Thaten seiner Armee. „Ihr habt in vierzehn Tagen sechs Siege errungen, 21 Fahnen und 55 Geschütze erbeutet, feste Plätze genommen, 15000 Gefangene gemacht, mehr als 10000 Gegner getötet oder verwundet!" „Nun will ich mich der Lombardei bemächtigen," schrieb er am 28. April an das Direktorium, „und ich hoffe in einem Monat innerhalb der Berge von Tirol zu stehen, dort die Rheinarmee zu finden und in Verbindung mit ihr den Krieg nach Baiern zu tragen!" So rasch sollte aber der Kampf nicht ausgefochten werden; immerhin wurde Beaulieu durch Bonapartes überraschenden Uebergang über den Po bei Piacenza zum Rückzug an die Adda genötigt und nach einem neuen Siege der Franzosen bei Lodi nach Mantua zurückgedrängt; wie im April Piemont, so war im Mai die ganze Lombardei in die Hände Bonapartes gefallen. Nur das feste Mantua, hinter dessen Wällen die Geschlagenen sich wieder sammelten, leistete noch Widerstand. Weil der auf allen Seiten von Sümpfen umgebene Platz nicht belagert, sondern nur in weitem Umkreis umzingelt werden konnte, trat auf dem Hauptkriegsschauplatz ein Stillstand ein. Bonaparte nützte ihn dazu

aus, die mit den Oesterreichern verbündeten italienischen Fürsten zu gewinnen oder zu entwaffnen. Auf das militärische Meisterstück folgte das politische. Binnen wenigen Wochen war ganz Italien von Bonaparte abhängig. Doch wenn auch die Furcht vor dem Unbezwinglichen den Widerstand der Fürsten gebrochen hatte, so waren doch nicht etwa feste Stützen an ihnen gewonnen; Bonaparte mußte siegen und wieder siegen, auch Mantua mußte genommen werden, sonst ging alles wieder verloren! Ebenso stand es für die Oesterreicher fest, daß Mantua behauptet werden mußte um jeden Preis! So entbrannte denn um die Festung am Mincio ein Kampf, der zu den denkwürdigsten Episoden der neueren Kriegsgeschichte zählt und vielleicht nur in den Schlachten vor Metz im August 1870 seinesgleichen hat.

Inzwischen standen die Maas-Sambre-Armee unter Jourdan und die Rhein-Mosel-Armee unter Moreau den kaiserlichen Heeren unter Erzherzog Karl und Wurmser unthätig gegenüber, weil der von Clerfayt abgeschlossene Waffenstillstand noch nicht abgelaufen war. Die Aussichten waren nach dem Ermessen des Erzherzogs für die Kaiserlichen ungünstiger als für die Franzosen; deshalb glaubte er nicht zum Angriff übergehen zu dürfen, und jede Möglichkeit entschwand, als Wurmser im Juni angewiesen wurde, mit einem beträchtlichen Teil seiner Armee nach Oberitalien zu gehen, um an Stelle Beaulieus den Oberbefehl zu übernehmen.[1]) Andrerseits war es eine glückliche Fügung, daß der nach Wurmsers Abzug mit dem Kommando über die oberrheinische Armee betraute Feldzeugmeister Latour dem Erzherzog Karl untergeordnet war. „Dieser Umstand, der die Einheit des Kommandos erzeugte," versichert Erzherzog Karl, „rettete die Ehre der Waffen Oesterreichs im Feldzug von 1796." [2])

Nach Ablauf des Waffenstillstands überschritt Jourdan bei Neuwied den Rhein, doch am 15. Juni wurde er in der Nähe von Wetzlar in ein Gefecht mit Oesterreichern und Sachsen verwickelt, das mit dem Sieg der deutschen Waffen endigte; die Geschlagenen mußten über den Rhein zurückgehen. Doch während die Hauptmacht der Oesterreicher noch am Niederrhein beschäftigt war, benützte Moreau den günstigen Augenblick, um bei Kehl (24. Juni) den Rhein zu überschreiten, und als sich deshalb Erzherzog Karl dem Oberrhein zuwandte, ergriff auch Jourdan wieder die Offensive. Da die Oesterreicher unter Wartensleben allzusehr zerstreut waren, konnten sie Jourdan nicht hindern, wieder bei Neuwied den Rhein zu überschreiten und über die Lahn an den Main vorzudringen. Auch Erzherzog Karl mußte sich, nachdem ihn die schwäbischen Kreistruppen verlassen hatten, darauf beschränken, vor dem Feind Schritt vor Schritt zurückzuweichen, ohne sich auf ein entscheidendes Treffen einzulassen.[3]) Die oberdeutschen Lande waren wehrlos dem feindlichen Ueberfall preisgegeben. Die Schwäche der Regierungen trat wieder ebenso grell zu Tage, wie bei der Razzia Custines. Es war den

---

[1]) (Erzherzog Karl) Grundsätze der Strategie, erläutert durch die Darstellung des Feldzugs von 1796 in Deutschland (1814), II, 28.

[2]) Ebenda, II, 35.

[3]) Ebenda, II, 202.

im Oberrheinischen besonders zahlreichen Revolutionsfreunden[1]) kaum zu verdenken, wenn sie in den Franzosen Freunde begrüßten, da ja die Fürsten selbst in unterwürfigem Anschluß an die französische Republik ihr Heil erblickten. Auf die Nachricht, daß der Herzog von Württemberg sich unterworfen habe, gab auch die Karlsruher Regentschaft das letzte Bedenken auf. Am 17. Juli wurde von Württemberg, am 25. von Baden, am 27. vom schwäbischen Kreis unter demütigenden Bedingungen Waffenstillstand abgeschlossen. Doch auch weitreichende Willfährigkeit der Regierungen verhinderte nicht, daß den Städten unerschwingliche Brandschatzungen auferlegt wurden und ganze Dörfer in Asche sanken. Das Elend und die Schrecken des Krieges ließen nicht nur den Wunsch nach Frieden wieder lauter und allgemeiner werden, die Regierungen glaubten sich um diesen Preis auch zu jedem Opfer — auf Kosten des Reiches verstehen zu dürfen.

Ein Beispiel dafür ist die weitreichende Vollmacht, womit der zu unmittelbaren Verhandlungen mit dem Direktorium nach Paris entsandte Badener Reitzenstein ausgestattet wurde. Da ohnehin nicht mehr daran zu denken sei, daß Frankreich das linke Rheinufer herausgeben werde, möge er für den Fall, daß etwa „eine Anzahl deutscher Grenzfürsten zu einer gewissen Selbständigkeit erhoben werden sollten," die Geneigtheit Badens, durch säkularisierte Bischofslande eine zweckmäßige Abrundung zu erlangen, geeigneten Ortes zu erkennen geben; auch wäre es nur eine ganz und gar nicht zeitgemäße Zimperlichkeit (délicatesse), wenn man etwa einer Gelegenheit, auf Kosten Oesterreichs Breisgauisches Gebiet erwerben zu können, grundsätzlich aus dem Wege gehen wollte.[2]) Der Gesandte vertrat denn auch unbedenklich die Politik des herzhaften Zugreifens. „Man binde mir nicht die Hände," schrieb er am 12. August an Edelsheim, „die Frage der Rheingrenze ist einmal unwiderruflich entschieden, man muß nehmen, was man bekommen kann!" Ueberdies mußte Reitzenstein die Erfahrung machen, daß in den Pariser Regierungskreisen während des Essens der Appetit gewachsen sei; viele Politiker wollten sich nicht mehr mit der Rheingrenze begnügen. Sogar der besonnene Barthelemy schlug dem Direktorium vor, der schwäbische Kreis müsse als ein gesicherter Vorposten zur Deckung unserer Grenzen vom Deutschen Reich getrennt und wenigstens in mittelbare Verbindung mit Frankreich gesetzt werden.[3]) Am 22. August brachte Reitzenstein einen Vertrag zum Abschluß, wonach Baden die Abtretung seiner Besitzungen auf dem linken Rheinufer an Frankreich, der Festung Kehl und eines Landstriches auf dem rechten Rheinufer bei Hüningen, endlich sämtlicher Rheininseln bewilligte; dagegen stellte Frankreich zur Erlangung säkularisierter Gebiete „gute Dienste" in Aussicht, während es in einem Vertrag mit Württemberg vom 7. August sich verpflichtet hatte, ausreichenden Ersatz „zu fordern und darauf zu bestehen."[4]) Wenn schon diese Zurücksetzung den Markgrafen verletzte, so ließen die neuesten

[1]) Obser, Der Marquis von Poterat und die revolutionäre Propaganda am Oberrhein im J. 1796; Zeitschr. f. Gesch. des Oberrheins, Jhgg. 1892, 385.

[2]) Polit. Korrespondenz, II, 450.

[3]) Ebenda, II, 460.

[4]) Preuß. St.-Arch. Nachlaß Hardenbergs. Schriftwechsel mit dem Herzog Friedrich Eugen von Württemberg 1795—1796. Herzog Friedrich an Hardenberg 7. Sept. 1796.

Waffenerfolge des Erzherzogs Karl die Geneigtheit, „ein französischer Vasall und Tributaire zu werden", vollends schwinden. Als Erzherzog Karl der badischen Regierung eröffnete, daß er eine „badische Neutralität" nicht anerkenne und auf Erfüllung der reichsmäßigen Verpflichtungen dringen müsse, beeilte sich Friedrich Karl, dem Kaiser zu versichern, daß er „im innigsten Gefühl von der Pflicht und Würde eines deutschen Fürsten" die ihm aufgedrungenen Friedensbedingungen verworfen habe.[1]) —

Die Furcht vor den beutegierigen „Soldaten der Freiheit" ließ im Herbst 1796 einen Plan, womit sich Hardenberg seit dem Anfall der fränkischen Fürstentümer an Preußen getragen hatte, vorübergehend gelingen. Die Episode ist von symptomatischer Bedeutung, sie kündigt die kommenden großen staatsrechtlichen Umwälzungen an.

Die deutschen Reichsstädte hatten, wie schon früher dargelegt wurde, um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts nicht mehr die Kraft, ihre Selbständigkeit zu behaupten. Dies galt auch von Nürnberg, das, wie eine gleichzeitige Flugschrift spottet, an Verwicklung und Verknöcherung seiner Verfassung die Republik Venedig noch übertraf, ohne über den Geist ihrer Regenten und den Reichtum ihrer Bewohner zu verfügen. Da die Stadt schon eine Schuldenlast von 14 Millionen Gulden zu tragen hatte, die Kriegszeiten immer noch drückendere Ausgaben brachten und die Einnahmen immer noch beängstigender herabsanken, war der Zusammenbruch des Gemeinwesens nur noch eine Frage der Zeit.[2])

Diese hilflose Lage der Reichsstadt war für die Nachbarn eine unwiderstehliche Einladung zur Geltendmachung wirklich oder angeblich zu Recht bestehender Ansprüche. Schon 1792 wurden verschiedene Teile des Nürnbergischen Gebiets unter dem Vorwand, daß einst die Markgrafen von Brandenburg dort die hohe fraisliche Obrigkeit ausgeübt hätten, von Preußen-Ansbach in Besitz genommen. Im nächsten Jahre beliebte es dem pfalzbairischen Hofe, einen alten Prozeß wieder aufzunehmen, der die Zurückgabe derjenigen Pflegeämter erreichen sollte, welche Nürnberg vor 300 Jahren im Landshuter Erbfolgekrieg an sich gerissen hatte; wenigstens ein Teil davon wurde gewaltsam weggenommen. Bald darauf machte Preußen landeshoheitliche Rechte auf die nächste Umgebung der Reichsstadt bis an ihre Thore geltend. In einer Denkschrift vom 18. Dezember 1794 setzte Hardenberg, der leitende Minister der fränkischen Markgrafschaften, dem König zum erstenmal das Programm seiner „fränkischen" Politik auseinander.[3]) Er legte dar, daß insbesondere der Besitz der Reichsstadt Nürnberg trotz ihrer gegenwärtigen Finanzkalamität dem preußischen Staat außerordentliche Vorteile bringen würde; in Besitz dieser Stadt gekommen, sollte die preußische Regierung die schon jetzt von Forchheim an für größere Schiffe befahrbare Regnitz mittelst eines Kanals bis Nürnberg leiten, so daß die Verbindung mit den norddeutschen Handelsstädten hergestellt wäre. „Mit Nürnberg

[1]) Polit. Korrespondenz, II, 538.

[2]) Warum wollte die Reichsstadt Nürnberg sich der k. preuß. Landeshoheit unterwerfen? (1806).

[3]) Preuß. St.-Arch. Nürnbergsche Acta von 1791—1798.

und Danzig kann der preußische Staat die erste Handelsmacht des Kontinents werden!" Dabei sollte es aber nicht sein Bewenden haben; auch die reichen, wohlkultivierten fränkischen Hochstifte sollten unter das preußische Zepter kommen; die Einziehung der geistlichen Staaten war ja seit dem Abschluß des Baseler Friedens ein beliebtes Tummelfeld für politische Pläneschmiede.[1]) Um die Uebermacht Oesterreichs zu brechen, gebe es kein wirksameres Mittel, als eine namhafte Stärkung der preußischen Macht in Oberdeutschland; noch wichtiger sei die territoriale Verbindung der getrennten Markgrafschaften, und hiezu sei nur durch Einverleibung Nürnbergs die Möglichkeit geboten.[2])

Vorerst wurden die Vorstädte Wöhrd und Gostenhof und fast alle übrigen Orte der nächsten Umgebung im Juli 1796 von preußischen Truppen besetzt, die Unterthanen dem König von Preußen verpflichtet.[3]) An Gegenwehr war nicht zu denken. Der Stadtrat mußte sich darauf beschränken, bei dem Reichshofrat und auch unmittelbar beim Kaiser „mit ebenso großer Gemütsbestürzung als Submission" gegen die Vergewaltigung Einspruch zu erheben.[4]) Was nützte es aber, daß Kaiser Franz, wie der Nürnbergische Mandatar v. Stromer frohlockend nach Hause berichtete, das Vorgehen Preußens eine „Teufelsgeschichte" nannte, und daß fast sämtliche Reichshofräte einig waren in der Verurteilung des widerrechtlichen Verfahrens des „wohlbekannten Verräters an Kaiser und Reich?" Der Reichsvizekanzler war aufrichtig genug, zu Stromer zu sagen: „Sie haben ja mit Ihren Klagen vollständig recht, aber Sie können doch nicht verlangen, daß wir um der Reichsstadt Nürnberg willen Knall und Fall mit Preußen Krieg anfangen sollen?" Ja, der kaiserliche Legationsrat Jan meinte sogar, es sei nicht unwahrscheinlich, daß auch der kaiserliche Hof wider Willen dem preußischen Beispiel nachfolgen und wie unlängst in Polen, nunmehr in Deutschland zu einer Länderteilung mit Preußen sich einigen werde.[5])

Die Preußen blieben also ungestört im Besitz der Vorstädte, und der Nürnberger Bürger mußte nicht bloß die preußischen Musketiere unmittelbar vor der Stadtmauer exerzieren und flanieren sehen, sondern hatte auch für die hohen Zölle aufzukommen, die von den preußischen Behörden sogar für Waren aus den nürnbergisch gebliebenen Pflegeämtern erhoben wurden. Die Teuerung stieg von Tag zu Tag; gegen Ausschreibung einer neuen Kopfsteuer protestierte die Bürgerschaft, und da diese auf eine stufenweise sich erhöhende Vermögenssteuer drang, gab es unausgesetzt Mißhelligkeiten zwischen den „hochedelgeborenen"

---

[1]) Preuß. St.-Arch. Fränk. Kreisakten. Bericht Hardenbergs an den König von Preußen vom 9. Sept. 1796. — K. Süßheim, Preußens Politik in Ansbach und Bayreuth 1791—1806, 221. — Chr. Meyer, Hardenberg und seine Verwaltung der Fürstentümer Ansbach und Bayreuth; Hohenzollernsche Forschungen, I, 13. — Heigel, Preußen und die Reichsstadt Nürnberg im Jahre 1796; Abhandlgn. der Münchner Ak. d. Wissensch. Hist. Kl., Jhgg. 1903.

[2]) Preuß. St.-Arch. Bericht Hardenbergs an den König vom 3. Sept. 1796.

[3]) K. preuß. Erklärung über die Landeshoheitsirrungen in den Fränk. Fürstentümern Ansbach und Bayreuth (1796).

[4]) Kreisarchiv Nürnberg. Fasciculus actorum, die k. preuß. Occupation, in specie die Verhandlungen wegen dieser Angelegenheit vornehmlich in Wien und bei dem höchstpreislichen Reichshofrat betr. 1796.

[5]) Ebenda. Legationsrat und Konsulent Jan an den Nürnberger Stadtrat, 16. Juli 1796.

Stadträten und den „ehrbaren" Gemeindebevollmächtigten, den „Genannten". Unter dem Druck dieser Verhältnisse wuchs in der Bürgerschaft, insbesondere im Handelsstand, eine Partei heran, die, der kleinstaatlichen Verlotterung müde, im Anschluß an die einer musterhaften Verwaltung sich erfreuenden Markgrafschaften die Rettung erblickte.[1]) An eine Verwirklichung solcher Wünsche war freilich vorläufig nicht zu denken, da nicht nur die Väter der Stadt gegen den „Hochverrat" Front machten, sondern auch in den niederen Volksklassen, namentlich bei den sogenannten Rußigen, den Feuerarbeitern, die Abneigung gegen die Preußen und der Unmut über die jüngst erlittene Unbill stärker wirkten, als Vernunftgründe.[2])

In diesen Tagen rückten die Franzosen unter Jourdan in den fränkischen Kreis ein; am 9. August besetzten sie Nürnberg. In allen gleichzeitigen Aufzeichnungen wird mit Entrüstung geschildert, wie schamlos die bisher von vielen Bürgern bewunderten und verehrten Neufranken in der „Republik" Nürnberg hausten.[3]) Endlich wurde der schon völlig ausgesogenen Stadt eine Brandschatzung von 2 500 000 Livres oder 1 145 833 Gulden auferlegt, nebst ungeheuren Lieferungen an Lebensmitteln, Fourage und Kleidungsstücken. Am 24. August räumten zwar die Franzosen Nürnberg, und kaiserliche Truppen rückten ein, doch bedeutete der Wechsel kaum eine Erleichterung; die Oesterreicher mußten nicht weniger rücksichtslos auf erheblichen Leistungen bestehen, und besonders demütigend wurde empfunden, daß kaiserliche Offiziere trotz aller Proteste das Zeughaus leeren und die nürnbergischen Geschütze und Waffen einfach fortschleppen ließen.[4])

Begreiflicherweise gewann die peinliche Lage der Gemeinde dem Gedanken: Nur die Anlehnung an einen Mächtigeren kann Rettung bringen! immer zahlreichere Freunde. Als das Gerücht einer Wiederannäherung der Franzosen auftauchte, wurde der Stadtrat förmlich gezwungen, die Frage des Anschlusses an Preußen einer allgemeinen Bürgerversammlung zu unterbreiten. Das Plebiszit fiel im Sinne der preußischen Partei aus; von 3715 Stimmberechtigten stimmten 3281 für die Unterwerfung. Darauf trat auch der Stadtrat mit dem nach Gostenhof übergesiedelten Hardenberg in Unterhandlung, und am 2. September 1796 wurde ein förmlicher Subjektionsvertrag von Hardenberg und den Vertretern der beiden Kollegien unterzeichnet.[5]) Noch am nämlichen Tage meldete der Minister dem König, welch köstliche Erwerbung geglückt sei, und bat um die Zustimmung des Monarchen, denn angesichts des unermeßlichen Vorteils

[1]) Schreiben eines Reisenden an seinen Freund in H. über Nürnbergs gegenwärtige Lage (1796).

[2]) Priem, Geschichte der Stadt Nürnberg, 269.

[3]) Graf Jul. Soden, Die Franzosen in Franken im Jahr 1796 (1797), 84 ff. — Die Franzosen im Nürnbergischen Gebiet im Augustmonat 1796 (1797), 8. — Erzählung der vorzüglichsten Begebenheiten, die sich bei dem Aufenthalt der Franzosen in Nürnberg und dasiger Gegend zugetragen haben (1796), 9.

[4]) Soden, 204.

[5]) Kreisarchiv Nürnberg. Acta varia, die Subjektion der Stadt 1796 betr. Staatssubjektions- und Exemtionsvertrag zwischen Sr. K. Maj. von Preußen und der Reichsstadt N. in 20 Artikeln und mit einem Additionalvertrag, die Besetzung der Stadt und der Festung betr.

habe er aus Furcht, daß schon der nächste Tag das Geschäft vereiteln könnte, so rasch wie möglich zugreifen müssen.[1]) „Eure Königliche Majestät haben ohne Schwertschlag und Vergießung eines Tropfen Blutes die Eroberung eines Gebietes gemacht, dessen Umfang und Stärke manchem Fürstentum nichts nachgibt, das mehrere ansehnliche Plätze und eine Stadt enthält, die, zumal wenn Frankfurt unter französischer Regierung herunterkommen wird, mit Leichtigkeit zur größten und wichtigsten Handelsstadt Deutschlands emporgebracht werden kann."

In Berlin rief jedoch die überraschende Nachricht nicht die von Hardenberg erwartete, himmelhohe Freude wach. Der König legte die Frage: „Kann Nürnberg mit Uebernehmung aller Reichsanlagen und Obliegenheiten Seiner Königlichen Majestät unterworfen und diese Unterwerfung nach der Regel und Verfassung ohne Bewilligung des Kaisers und Reiches rechtsbeständig erachtet werden?" seinem Kabinettsministerium vor. Alvensleben empfahl Genehmigung, da der Handel nun einmal abgeschlossen sei und immerhin manche Vorteile biete, dagegen antworteten Finckenstein und Haugwitz mit einem entschiedenen Nein, indem sie teils die Unzulässigkeit einer solchen Unterwerfung nach der Reichsverfassung, teils die Unzweckmäßigkeit gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt betonten.[2]) Auch der König entschloß sich zur Abweisung. „Meine Troupes müssen bey jetztigen Zeitläuften nie auf eine Art in der Stadt bleiben, die uns mit andren Puissances compromittiren kann." Alle Vorstellungen Hardenbergs blieben erfolglos; er mußte den Nürnbergern die Ablehnung des Königs eröffnen, doch wurde ihm gestattet, bekannt zu geben, es sollte der Bürgerschaft nicht benommen sein, „auf ihren Schritt bei näher entwickelten Umständen zurückzukommen."

Da inzwischen die Besetzung der Stadt durch preußische Truppen erfolgt war und die Zeitungen zu dem interessanten Fall schon für und wider Stellung genommen hatten, rief die Nichtannahme des Unterwerfungsvertrages großes Aufsehen hervor. Sicherlich war dafür weniger die Rücksicht auf die Reichsverfassung maßgebend, als die Ungunst der Zeitläufte. Denn kurz zuvor hatte Erzherzog Karl die Franzosen wiederholt und entscheidend geschlagen; es war also zu befürchten, daß es entweder zu offenem Bruch mit Oesterreich kommen würde und dann das gewonnene Reichsgut gegen den siegreichen Erzherzog verteidigt werden müßte, oder daß die Oesterreicher das Beispiel Preußens und ihre vorteilhafte Lage dazu ausnutzen könnten, eine längst begehrte Beute, Baiern, sich anzueignen. Diese Erwägungen machten Friedrich Wilhelm dem Plan seines unternehmungslustigen Ministers abgünstig. In Nürnberg selbst erfolgte ein jäher Umschwung. „Die Weiber," schreibt Ratskonsulent Deinzer (4. Oktober) an den Altdorfer Professor Will, „sind meistens unzufrieden, daß wir nicht preußisch geworden, die Männer aber scheinen fast durchaus mehr zufrieden damit zu sein und ihr reichsstädtisches Verhältnis mehr zu schätzen." Der Namenstag des Kaisers (4. Oktober) gab Gelegenheit zu lärmenden Kundgebungen. Die „Rußigen" zogen mit türkischer Musik vor den Gasthof zum Roten Roß, wo

[1]) Preuß. St.-Arch. Nürnbergische Acta.
[2]) Ebenda. Gutachten vom 8. Sept. 1796.

der kaiserliche Bevollmächtigte Graf Schlick bei festlichem Mahle saß; die verwitwete Markgräfin von Baireuth, Lady Craven, die ehedem am rührigsten die Vereinigung von Ansbach-Baireuth mit Preußen betrieben hatte, deren Ehe mit dem Markgrafen aber vom preußischen Hofe nicht anerkannt worden war, trat mit erhobenem Glas ans Fenster und ließ unter stürmischem Jubel das „freie Volk von Nürnberg" hoch leben.[1])

Hardenberg gab den Plan, Nürnberg zum Mittelpunkt preußischer Erwerbungen in Franken zu erheben, nicht auf; wir werden noch auf spätere Versuche, den nicht förmlich aufgehobenen Subjektionsvertrag wieder aufleben zu machen, zurückkommen. —

Während Jourdans Armee, von allen Revolutionstruppen die zuchtlosesten und unbarmherzigsten, die fränkischen Lande aussogen, drängte Moreau die Oesterreicher aus Schwaben zurück; die Reichskontingente waren fast insgesamt von ihren Landesherren heimberufen worden. Die Bevölkerung wäre da und dort geneigt gewesen, den Feind mit gewaffneter Hand abzuwehren, doch die Regierungen trugen nicht weniger Scheu vor einem Volkskrieg, als vor dem feindlichen Einfall; auch waren die kaiserlichen Truppen, die „Kostbeutel", viel zu verhaßt, als daß ein Zusammenwirken möglich gewesen wäre. Erzherzog Karl war nach einem unentschiedenen Treffen bei Neresheim (11. August) nach der Donau ausgewichen, um Verstärkungen an sich zu ziehen und dann der Armee Jourdans in die Flanke zu fallen. Moreau sollte durch Feldzeugmeister Latour mit etwa 30000 Mann nach Möglichkeit im Schach gehalten werden. „Wenn Moreau auch bis Wien kommt," sagte der Erzherzog beim Abschied zu Latour, „so thut es nichts, wenn ich nur Jourdan schlage!"[2])

Nach dem kühnen Plane, den Carnot für den Feldzug von 1796 entworfen hatte, sollten die drei französischen Armeen gleichzeitig ins Herz der österreichischen Monarchie vorzudringen suchen, um in der Kaiserstadt Wien selbst den Frieden zu erzwingen.[3]) Jetzt schien der Anschlag dem Gelingen nahe zu sein. Schon schickte sich Bonaparte an, über Tirol nach Kärnten durchzubrechen, schon stand Jourdan nur noch sieben Meilen von Regensburg, Moreau zehn Meilen von München entfernt. Wenn die Vereinigung der beiden auf deutschem Boden kämpfenden Armeen ernstlich angestrebt worden wäre, hätte den reißenden Strom nichts mehr aufzuhalten vermocht.[4])

Die Lage des Reiches war trostlos. Die Briefe Goethes an Schiller und J. H. Meyer aus jenen Tagen bezeugen, daß auch die Verständigsten und Besonnensten alles verloren gaben.[5]) Karlsruhe, Stuttgart, Frankfurt, Würzburg und so viele andere blühende Städte waren dem Feind zum Opfer gefallen, den übrigen drohte das gleiche Schicksal, und „nirgend ein Schimmer von Hoffnung, daß die traurigen und wunderlichen Kriegsaspekten eine glücklichere Wendung nehmen könnten!" Auch der hamburgische Senator Günther, der im Sommer 1796

[1]) Nürnberg, Stadtbibliothek. Williana, VII, 502, 2.
[2]) (Erzherzog Karl) Grundsätze der Strategie, II, 67.
[3]) Galitzin, IV, 2, 145.
[4]) Grundsätze der Strategie, III, 54.
[5]) Goethes Briefe, 11. Bd., 102, 134, 146 ff.

Oberdeutschland bereiste, entwirft in seinen „Erinnerungen" ein trübes Bild von dem Elend, das „Fürstendespotismus, Volksregierung und der zwischen beiden entbrannte Kampf über die Welt brachten". Unter anderem erzählt er, daß es ihm während seines Aufenthalts in Frankfurt nicht möglich war, 50 Carolins gegen Louisdor einzutauschen, daß er im berühmten roten Haus der einzige deutsche Gast war, außer armen Gefangenen, welche die Sansculottes aus fränkischen Städten als Geiseln mit sich geschleppt hatten.[1])

Als Moreau sich der Stadt Regensburg näherte, ergriff panischer Schrecken die Gesandten. Görtz wurde bestürmt, den Franzosen begreiflich zu machen, sie möchten doch nicht die Ruhe und Sicherheit einer Friedensoase stören, die so viele wohlwollende Freunde der Republik beherberge. Als aber die Verwendung der Neutralen von Jourdan mit kühlen Worten abgelehnt wurde, begann ein allgemeines Ausreißen in der hohen Versammlung, so daß nicht Pässe genug ausgestellt werden konnten; wer als Franzosenfeind galt, wurde zur Abreise gezwungen.[2])

In Baiern sah es traurig aus.[3]) Die Besorgnis, daß der Kurfürst selbst mit dem Wiener Hofe unter der Decke stecke, um sein Land um guten Preis loszuschlagen, war durch die amtlichen Beteuerungen und Verwahrungen nicht beseitigt. „Ich fürchte sehr," schrieb die Kurfürstin Maria Amalia von Sachsen an ihren Bruder Max Joseph (22. August 1796), „daß Baiern unserer Familie für immer verloren gehen wird!"[4]) Dieser Argwohn ließ die Bevölkerung in den kaiserlichen Truppen, die in Baiern besonders häufig und zahlreich Stellung nahmen und an Zuchtlosigkeit mit den Franzosen wetteiferten, den schlimmeren Feind erblicken; der Haß gegen Oesterreich drängte alle anderen Erwägungen zurück. So wurden denn die Franzosen, als sie, ohne auf ernsten Widerstand zu stoßen, über den Lech gedrungen waren, wie Befreier aufgenommen, und die Freude würde sich noch allgemeiner und offener kundgegeben haben, wenn nicht auch hier insbesondere die Landbevölkerung unter Räubereien und Erpressungen zu leiden gehabt hätte. Karl Theodor entfloh nach Sachsen und überließ die Regierung einigen hochadeligen Beamten mit der Ermächtigung, nach dem Beispiel Badens und Württembergs den Franzosen einen Vergleich anzubieten.

Inzwischen änderte sich aber wie mit einem Schlage die Scene. Der Feldzugsplan Erzherzog Karls hatte als Ziel angestrebt, daß die beiden Abteilungen des kaiserlichen Heeres, in einem stumpfen Winkel gegeneinander zurückweichend, sich mehr und mehr nähern sollten; dagegen blieben die beiden

---

[1]) Günther, Erinnerungen aus den deutschen Kriegsgegenden in vorzüglicher Hinsicht auf Naturschönheit und auf Völkerglück, aufgesammelt im Sommer 1796 (1806), 119.

[2]) Häusser, II, 63.

[3]) Vgl. die interessanten Stimmungsberichte bairischer Spione an die französische Regierung bei Du Moulin-Eckart, Bairische Zustände und die französ. Propaganda im J. 1796; Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Baierns, herausgegeben von Reinhardstöttner, Jhgg. 1894, 168.

[4]) Heigel, Der Uebergang des Kurfürstentums Pfalz-Baiern an das Haus Pfalz-Zweibrücken; Neue geschichtliche Essays, 61.

feindlichen Armeen weit voneinander getrennt. Als nun das Corps Wartensleben durch Franken in die Oberpfalz vorgedrungen war, ließ der Erzherzog nur einen Teil seiner Truppen gegen Moreau in Baiern zurück; er selbst vereinigte sich mit Wartensleben und stand Jourdan, der durch unvorsichtigen Vormarsch seine rechte Flanke entblößt hatte, plötzlich mit überlegenen Streitkräften gegenüber. Eine Reihe kleiner glücklicher Gefechte der Oesterreicher mit vorgeschobenen Abteilungen der Maas-Sambre-Armee leitete den Umschwung ein. Am 24. August wurde Jourdan selbst bei Amberg geschlagen. Die Schlacht war, schon ehe die Armeen aneinander gerieten, durch die vorausgegangenen Operationen entschieden.[1] Der geschlagene Feind wurde bis an den Main zurückgedrängt. Bei Würzburg, das am 1. September durch einen Handstreich kaiserlicher Truppen eingenommen worden war, fiel am 3. September die Entscheidung. Mit Anbruch des Tages warfen sich die österreichischen Kolonnen auf die Franzosen. Besonders um die Dörfer Lengfeld und Estenfeld wurde mit wechselndem Erfolg gekämpft. Endlich brachte eine Attacke der österreichischen Reiterreserve unter der Führung Wartenslebens in die feindlichen Reihen solche Verwirrung, daß alle Anstrengungen Jourdans und seiner Generale, die Ordnung wieder herzustellen, vergeblich blieben.[2] Nachdem General Kray auch die Division Grenier bei Oberbleichfeld zum Weichen gebracht hatte, befahl Erzherzog Karl allgemeines Vorrücken mit der ganzen Front; die Franzosen waren nicht bloß geschlagen, sondern es war ihnen auch die vorteilhafteste Rückzugslinie, die Straße nach Frankfurt, verlegt; in gefährlicher Auflösung drängten sie über Rhön und Spessart der Lahn zu.[3] Wieder bezeichneten Raub und Brand ihren Weg, aber in den Waldbergen traten ihnen die erbitterten Bauern mit den Waffen entgegen. Nicht bloß Nachzügler wurden unbarmherzig erschlagen; der Landsturm ließ sich auch mit größeren Abteilungen in förmliche Treffen ein. Viele Franzosen ergaben sich den nachrückenden kaiserlichen Truppen, nur um nicht den erbarmungslosen „deutschen Vendeern" in die Hände zu fallen.[4]

An der Lahn hatte Jourdan wieder eine günstige Aufstellungslinie, doch der gefahrvolle Rückzug hatte die physischen und moralischen Kräfte seiner Armee gebrochen. Ein neuer Sieg des Erzherzogs bei Altenkirchen (19. September) nötigte Jourdan, seine Truppen teils hinter die Sieg, teils auf das linke Rheinufer zurückzuziehen. Die große Maas-Sambre-Armee, die, wie eine gleichzeitige Flugschrift spottet, im Sommer wie eine Rakete mit blendendem Feuerschein sich erhoben hatte, war im Herbst in eitel Dunst zersplittert und zerstoben.

Obwohl Moreau schon durch die Niederlage Jourdans in der Oberpfalz in so ungünstige Lage gebracht war, daß nicht mehr an Vorwärtsdringen, nur noch an rechtzeitigen Rückzug zu denken war, wurde ihm doch noch die Genugthuung zu teil, daß sich auch Baiern unterwarf, wie sich die westdeutschen Reichsstände unterworfen hatten. Die vom Kurfürsten eingesetzte Regentschaft

---

[1] Grundsätze der Strategie, III, 30. — Schneidawind, Karl, Erzherzog von Oesterreich, 5.

[2] Grundsätze der Strategie, III, 124.

[3] Eulenhaupt, Geschichte der Festung Marienberg, 5.

[4] Uebersicht des merkwürdigen Feldzugs am Rhein im Jahr 1796, 81.

sandte eine Abordnung in Moreaus Lager bei Pfaffenhofen an der Ilm, um für das thatsächlich nicht mehr gefährdete Land Schonung zu erbitten. „Einer der kopflosesten Entschlüsse," sagt Häusser, „der aus der Geschichte jener Tage zu verzeichnen ist!" Am 7. September wurde ein Vertrag unterzeichnet, der für Baiern, Oberpfalz, Pfalz-Neuburg, die pfälzischen und bergischen Gebiete am rechten Rheinufer und die in Baiern gelegenen Stifter Waffenstillstand gewährte; dagegen sollte die bairische Regierung ihr Reichskontingent zurückziehen, den Franzosen jederzeit freien Durchzug gewähren, eine Kriegssteuer von zehn Millionen Livres zahlen, Naturallieferungen im Wert von vier Millionen leisten und 20 auserlesene Gemälde der Münchner Galerie abtreten. Wenn die Kriegsoperationen, ließ Moreau mit wohlbegründeter Vorsicht in den Vertrag einfügen, eine vorübergehende Entfernung der französischen Armee aus Baiern notwendig machen würden, sollten die ausbedungenen Naturalleistungen durch Barzahlung ersetzt werden. Endlich sollte der Kurfürst auch Bevollmächtigte nach Paris senden, um den Frieden mit Frankreich zum Abschluß zu bringen.[1])

Im nämlichen Augenblick, da Moreau so fette Beute einheimste, war seine Stellung auf deutschem Boden schon nicht mehr haltbar. Auf die Kunde von der Zurückwerfung der Maas-Sambre-Armee nach dem Rhein mußte auch Moreau eilends den Rückzug antreten. Die Versuche der Oesterreicher, ihm den Heimweg zu verlegen, mißlangen, doch es kann nur als arge Uebertreibung aufgefaßt werden, wenn man — sogar auf deutscher Seite — den Rückzug von 50000 Mann, die gar nicht von einer feindlichen Uebermacht bedroht waren, mit der Anabasis der 10000 Griechen, die, von Hunderttausenden verfolgt, von Babylon bis ans Meer durch unbekanntes Feindesland sich durchschlagen mußten, verglichen hat.[2])

Mit dem Rheinübergang Moreaus bei Breisach und Hüningen schloß der Feldzug von 1796 für Deutschland ab.

Oesterreich, von allen Bundesgenossen verlassen, war, nur auf die eigene Kraft vertrauend, aus gefährlicher Bedrängnis als Sieger hervorgegangen.

Die Rückwirkung auf die deutschen Staaten blieb nicht aus. Wir haben schon gesehen, daß Preußen unter dem Eindruck der österreichischen Siege die Hardenbergsche Reunionspolitik vorerst aufgab, daß der Markgraf von Baden an den Pariser „Errungenschaften" Reitzensteins nicht festzuhalten wagte. Die Kurfürsten von Köln und Trier, ja auch der Landgraf von Hessen-Kassel suchten durch unterwürfige Glückwünsche Verzeihung zu erlangen. Kurmainz löste die Verbindung mit Preußen und gab in Wien über seinen Patriotismus beruhigende Versicherungen. Karl Theodor verweigerte nach der Rückkehr in seine Hauptstadt die Bestätigung des Pfaffenhofener Vertrags. In Württemberg fiel Minister v. Wöllwarth, der den Vergleich mit den Franzosen vermittelt hatte, in Ungnade. Der Regensburger Reichstag, der es soeben noch mit seiner

[1]) E. Posselt, Europ. Annalen, Jhgg. 1796, IV, 118.

[2]) Rückzug der 10000 Griechen unter Xenophon, ein historisches Seitenstück zu Moreaus Rückzuge; E. Posselt, 249.

Würde verträglich gefunden hatte, die Großmut der Franzosen anzurufen, feierte mit Tedeum im Dom die Siege der kaiserlichen Waffen. „So ist das Spiel der Welt," schrieb Thugut an Dietrichstein, „jetzt sind wieder wir die Gesuchten und Gefeierten, doch wir werden uns unsere wahren und falschen Freunde zu merken wissen!" Man fühlte sich wieder im Reich, man freute sich der Züchtigung des räuberischen Feindes, allein die Hoffnung, daß den Sieg der kaiserlichen Waffen bald ein ehrenvoller Friede krönen werde, ging nicht in Erfüllung.

Denn in Italien hatte Oesterreich inzwischen durch die unerhörten Waffenerfolge Bonapartes allen Besitz und Einfluß verloren, und als auf Thuguts Betreiben in Wien der Beschluß gefaßt wurde, die Aktion vom Rhein nach den Alpen zu verlegen, fand auch der Sieger von Würzburg an dem Größeren seinen Meister. Er vermochte ebensowenig das Kriegsglück in letzter Stunde zu wenden, wie siebzig Jahre später sein Sohn, Erzherzog Albrecht, als er nach dem Siege von Custozza von Oberitalien auf den deutschen Kriegsschauplatz berufen ward.

Zweiter Abschnitt.

Napoleons Siege in Italien. Die Lage Oesterreichs. Die ersten Friedensverhandlungen. Neue Kämpfe in Italien und Tirol. Der Vertrag von Leoben. Der Krieg in Deutschland. Bonaparte und die französische Politik. Der Friede zu Campo Formio. Tod Friedrich Wilhelms II. Die Anfänge Friedrich Wilhelms III.

Seit Beginn des Krieges standen alle wichtigeren politisch-sozialen Wandlungen im Innern in Zusammenhang mit Siegen oder Mißerfolgen der französischen Waffen. Der beängstigende Einfall der Preußen im Sommer 1792 hatte den wilden Ausbruch revolutionärer Leidenschaft am 10. August zur Folge; die Bedrohung der Nordgrenze durch Koburg im Mai 1793 führte den Sturz der Gironde herbei; die Unfälle Jourdans und Pichegrus im Herbst 1795 ermutigten zu den royalistischen Umtrieben, die am 13. Vendemiaire durch Bonaparte niedergeschlagen wurden. Nun drohte die Niederlage der Maas-Sambre-Armee den Umsturz der neuen Verfassung nach sich zu ziehen. Die verwegenste aller Parteien, die der Terroristen, suchte nicht weniger ungestüm das „selbstsüchtige, räuberische" Direktorium zu stürzen, als die Anhänger Ludwigs XVIII. Zum Glück für die neuen Herren waren die Gegner so unvorsichtig, daß ihre Anschläge rechtzeitig unterdrückt werden konnten. Und ein gefährlicheres Anwachsen der feindlichen Propaganda verhinderten die unerhörten Triumphe Bonapartes in Italien, die für Jourdans Niederlage und Moreaus Rückzug reichen Ersatz und dem Ruhmesbedürfnis der Nation vollauf Befriedigung boten. Und zur Zeit war Bonaparte noch ein Anhänger und Anwalt der Direktorialregierung. Wie bescheiden redete er von seinen Ansprüchen an das Leben und die Zukunft! „Mir ist an nichts anderem gelegen," schreibt er an Carnot, „als an der Achtung einiger weniger Personen, wozu Sie gehören, meiner Kameraden und der Soldaten; außerdem kommt für mich nur noch die Meinung der Nachwelt ein bißchen in

Betracht, und vor allem mein eigenes Bewußtsein und das Glück meines Vaterlandes!“ [1])

Mantua mußte genommen werden, das stand für Bonaparte fest. Um die Umzingelung vollständig durchzuführen, mußte er die Etschlinie beherrschen, und dies war nicht möglich ohne Besetzung des neutralen Gebietes der Republik Venedig. Rechtliche Bedenken waren für Bonaparte, wenn militärische Rücksichten ins Spiel kamen, kein Hindernis. So wurden denn Brescia, Peschiera, Verona von den Franzosen besetzt, die Proteste der Signoria höhnisch abgewiesen. Umsonst brachte auch der französische Gesandte in Venedig dem Obergeneral in Erinnerung, daß es im Verkehr mit neutralen Mächten allgemein gültige Anstandspflichten gebe. Bonaparte kümmerte sich nicht um mißliebige Befehle seiner Regierung, wie hätten Mahnworte eines Gesandten auf ihn Eindruck machen sollen!

In den letzten Tagen des Juli zogen zwei österreichische Heere zum Entsatz Mantuas heran, das eine unter dem alten Wurmser die Etsch entlang, das andere unter Quosdanovich vom Westufer des Gardasees; wie zwei Eisenarme sollten sie, nach einheitlichem Plane geleitet, das Belagerungsheer umschließen und erdrücken. [2]) Die letzte Entscheidung schien bevorzustehen. Sogar der kaltblütige Bonaparte geriet in Aufregung, die sich in krankhaften Zuckungen und lautem Schluchzen kundgab, ja er dachte eine Zeitlang sogar an Rückzug, doch schon im nächsten Augenblick kehrte ihm die Fassung zurück, und damit klares Urteil und kräftiger Entschluß. Trotz der Gefahr, zwischen zwei Feuer zu geraten, warf er sich wieder, wie im Frühjahr, zwischen die beiden Gegner. Bei Lonato warf er Quosdanovich zurück (3. und 4. August), und schon am nächsten Tag erfocht er über Wurmser bei Castiglione glänzenden Sieg. Die Geschlagenen mußten sich rasch in die Berge flüchten; Mantua wurde aufs neue eingeschlossen und fortan auch mit erbeuteten österreichischen Geschützen beschossen. Als Wurmser nach einigen Wochen abermals anrückte, fiel ihm Bonaparte an der Brenta in den Rücken; die Schlacht bei Bassano (8. September) endete mit glänzendem Siege der Franzosen; von Augereau und Massena verfolgt, mußten die Kaiserlichen unter den Wällen von Mantua eine Zuflucht suchen. Es währte nicht lange, so erneute eine dritte Armee unter dem hochbetagten Feldzeugmeister Alvinczy den Versuch, Mantua zu befreien, jedoch auch diese unterlag in der dreitägigen Schlacht bei Arcole (15. bis 17. November), und unmittelbar darauf wurde das zu spät heranrückende Corps Davidovich nach Tirol zurückgedrängt. Was an allen diesen Unternehmungen immer die Bewunderung der Sachverständigen hervorgerufen hat, ist die unglaubliche Raschheit der Ausführung. „In erster Reihe,“ sagte Bonaparte, „muß man durch die Beine seiner Soldaten siegen, in zweiter erst durch ihre Bajonette!“ „Es ist von hoher Wichtigkeit für die Armee und die Republik,“ schrieb Bonaparte am 20. Januar 1797 an das Direktorium, „daß Sie mir junge Leute hierhersenden, die ich jene Beweglichkeit und Manöverierfähigkeit lehren kann, wodurch

[1]) Correspondance de Napoléon I., II, 283.

[2]) Fournier, Napoleon I., I, 87.

unsere Armee so große Erfolge errungen hat!“ [1]) Wie der Deutsch-Franzose Rebmann versichert, wurde von militärischen Kritikern getadelt, daß Bonaparte immer nur die Einnahme Mantuas anstrebe, statt den Feind nach Tirol zu verfolgen. „Doch welche Vorwürfe,“ fährt Rebmann fort, „könnten diesen jungen Feldherrn treffen, dessen außerordentliche Tapferkeit dem Glück ungestraft Trotz bietet und die Stelle der Erfahrung ersetzt!“ Jetzt, da das Jahr zur Neige gehe, lasse sich das Ergebnis der Kriegsführung des unvergleichlichen Feldherrn in die Worte zusammenfassen: „Lebhaftester Angriff, Niederwerfung eines Gegners nach dem anderen, die Drangsal des Krieges ins Land des Feindes getragen, die Schutzwehren des Hauses Oesterreich in Italien umgestürzt, das Haus Savoyen an Frankreich gekettet, der größte Teil der kaiserlichen Heeresmacht vernichtet und eine der schönsten Provinzen des Kaiserstaates erobert! Welch ein Feldherr“! [2])

Da die Berichte Wurmsers aus dem von Hunger und Seuchen gepeinigten Mantua immer trostloser lauteten, wurde Alvinczy neuerdings angewiesen, den Entsatz zu versuchen. Im Januar 1797 rückte er auf der Brennerstraße vor. Die Uebersteigung der teils tief verschneiten, teils mit glattem Eis bedeckten Höhenzüge des Monte Baldo war eine bewundernswerte Leistung, aber sie war nicht so rasch durchzuführen, daß nicht Bonaparte inzwischen Zeit gewonnen hätte, zur Unterstützung des vorgeschobenen Corps Joubert selbst an den Gardasee vorzudringen. Bei Rivoli kam es am 14. Januar zum entscheidenden Treffen. Die Oesterreicher, an veralteten taktischen Formen festhaltend, vermochten dem beweglichen Tirailleurgeplänkel und den durchbrechenden Kolonnenangriffen der Neufranken nicht Stand zu halten. Nur 10000 Mann brachte Alvinczy in geschlossener Ordnung nach Rovereto zurück; hinter ihnen drang Joubert in Tirol ein. [3])

Als der Feind plötzlich in drohender Haltung an der Grenze der Erbstaaten erschien, erinnerte man sich in Wien einer Einrichtung, die fast hundert Jahre lang verpönt gewesen war: es wurde wieder, wie beim Einfall der Baiern im Jahre 1703, der Tiroler Landsturm aufgeboten. Das Volk der Berge folgte willig dem Rufe des Landesherrn, und Tiroler Landesschützen fochten unter Wurmser und Quosdanovich in den Kämpfen am Gardasee und in Judikarien tapfer mit. [4]) Noch wichtigere Dienste leisteten sie, nachdem die stehenden Heere geschlagen und die im Gebirgskampf nichts weniger als ungewandten Franzosen von allen Seiten in die Alpenthäler eingedrungen waren. Obwohl es an Waffen, Kriegsbedarf, Lebensmitteln, insbesondere auch an Offizieren fehlte und die kaiserlichen Generale dem „Bauernrummel“ wenig Neigung entgegenbrachten, bauten und vertrauten die Landesverteidiger nur auf sich selbst und siegten in diesem Vertrauen. Ein würdiges Vorspiel eines glorreicheren Kampfes!

---

[1]) Correspondance de Napoléon, II, 261.

[2]) Die Geißel, herausg. v. Rebmann, Jhgg. 1798, I. 73.

[3]) Erdmannsdorff, Der Feldzug von 1796 in Italien, 403.

[4]) Egger, Geschichte Tirols, III, 173.

Der Kampf um Mantua und damit um Italien war durch die Schlacht bei Rivoli entschieden. Wurmser durfte von sich und den Seinen sagen, daß sie, was Menschen möglich war, geleistet hatten. Als das letzte Brot verzehrt und die letzte Hoffnung auf Rettung geschwunden war, übergab er die Stadt (2. Februar). Bonaparte bewilligte ihm mit 700 Mann und 6 Geschützen freien Abzug; die übrige Besatzung sollte kriegsgefangen sein. „Ich habe mir angelegen sein lassen, gegenüber Wurmser die französische Großmut an den Tag zu legen," berichtete Bonaparte an das Direktorium, „war doch das Schicksal gar zu grausam gegen den siebzigjährigen General, der trotz allem eine Beharrlichkeit und einen Mut zeigte, die ein ewiges Andenken verdienen!" [1])

Acht Monate war um die Stadt am Mincio gestritten worden; vier zum Entsatz bestimmte Armeen hatte Bonaparte geschlagen; der größte Teil der kaiserlichen Heeresmacht war vernichtet oder gefangen. Schon blickte ganz Europa staunend auf den Unüberwindlichen. Von deutschen „Dichtern" und „Dichterinnen" wurde ihm in überschwänglicher Weise gehuldigt. Im „Neuen grauen Ungeheuer" feiert Auguste L. die Siege der Franken in Italien:

„Gerecht, gerecht ist euer Krieg,
Bellona ficht für euch,
Drum folgt euch, Franken, Ruhm und Sieg
Durch aller Feinde Reich!"

Eine „Republikanerin Josepha" preist den Fall Mantuas:

„Vergebens sammelt unter seinen Fahnen,
Die Friedrich selbst mit Müh bekriegt,
Der graue Feldherr die versuchten Veteranen, —
Mein Buonaparte siegt! . . ." [2])

Ihm selbst aber galt das Erreichte nur als Stufe zu Höherem, denn — so schrieb er aus dem besiegten Mantua an das Direktorium —: „Wer sich der Furcht hingibt, gewonnenen Ruhm durch neue Thaten einzubüßen, läuft am sichersten Gefahr, ihn zu verlieren!"

Der große Bund, der Frankreichs Umkehr zum monarchischen Regiment erzwingen sollte, war in voller Auflösung. Spanien und Preußen hatten mit der Republik Frieden geschlossen, die italienischen und die meisten deutschen Fürsten waren dem Beispiel willig gefolgt. England, wo die Furcht vor einer Landung der Franzosen im Wachsen begriffen war, suchte nicht so fast durch Aufbietung eigener Streitkräfte, als durch verstärkte Heranziehung seiner Bundesgenossen die Gefahr abzuwenden. In Rußland war seit dem Tode der Zarin Katharina (17. November 1796) — ein Revolutionsfreund widmete ihrem Ableben das Epigramm:

„Ob um die Menschheit sie Verdienste sich erwarb?
O ja! ein unermeßliches: sie starb!" [3]) —

[1]) Correspondance de Napoléon, II, 300.

[2]) Neues graues Ungeheuer, herausg. von Rebmann, Jhgg. 1797, 8. Heft, 29.

[3]) Die Geißel, Jhgg. 1797, I, 73.

der Kriegseifer, der sich freilich auch bisher nur in Fanfaren kundgegeben hatte, gänzlich erloschen. Zar Paul haßte zwar die französische Revolution nicht minder leidenschaftlich wie seine Mutter, aber er ließ es noch weniger zweifelhaft, daß Rußland sich lediglich zuwartend verhalten werde. Zwar das Wiener Publikum erwartete noch immer, wie Lucchesini spottete, mit unvergleichlicher Gutmütigkeit die 60000 Russen, die der russische Gesandte Graf Rasumowsky allmonatlich anmarschieren ließ, und die Frau Gräfin versicherte dem preußischen Gesandten, daß der Zar keinen Finger breit vom politischen System seiner Mutter abweichen werde, aber in den Regierungskreisen wurde die Hoffnung auf thatkräftigen Beistand Rußlands nicht mehr geteilt. „Die Ernennung des Fürsten Kurakin zum Vizekanzler" berichtete Lucchesini am 24. Dezember 1796 an seinen Hof, „wird hier nicht anders aufgefaßt, als daß damit dem österreichischen System der Gnadenstoß versetzt worden sei." [1]) Vergebens wurde der Adjutant des Kaisers, Graf Dietrichstein, neben Thugut der Hauptvertreter der Kriegspartei, nach Petersburg geschickt, um „in den neuen Boden einen guten Keim zu pflanzen." „Die Berufung des Baron Alopäus ins Ministerium des Auswärtigen," schreibt Lucchesini am 7. Januar 1797, „hat auch die letzte schwache Hoffnung des Wiener Kabinetts auf Erhaltung des alten politischen Systems in Petersburg zu nichte gemacht; auch das Publikum beginnt allmählich vernünftiger zu beurteilen, wessen man sich von seiten der nordischen Macht zu versehen habe."

So lag denn die ganze Last des Landkrieges auf Oesterreich! Freilich hatte auch die Wiener Politik nicht einen einheitlichen, festgeschlossenen Charakter. Der Gegensatz zwischen dem zum Frieden neigenden, von einer zahlreichen Adelspartei in Wien unterstützten Reichsvizekanzler Colloredo und dem Staatsminister Thugut, dem „baron de guerre", wie ihn der Prinz von Ligne mit Anspielung auf den „principe de la paz" (Godoy) nannte, [2]) verursachte mancherlei Schwankungen, doch zur Zeit hielt auch noch Kaiser Franz die Schwierigkeiten, zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen, für unüberwindlich. [3]) Die Rüstungen wurden also eifrig fortgesetzt; in allen Provinzen wurde verstärkte Aushebung angeordnet; auch Ungarn erklärte sich bereit, 50000 Mann aufzubringen und auf eigene Kosten zu unterhalten. Nach Thuguts Meinung hätten die Rüstungen freilich noch lebhafter und rücksichtsloser betrieben werden sollen. „Was liegt daran," schrieb er an Graf Colloredo, „ob ein junger Mann einen halben Zoll kleiner ist, als das Gesetz vorschreibt? Soll man ihn deshalb nicht zur Ver-

[1]) Preuß. St.-Arch. Dépêches du et au Marquis de Lucchesini et Sr. de Cesar, 1797.

[2]) Im Erlaß des Berliner Kabinetts an Legationsrat Cäsar vom 3. Febr. 1797 wird erwähnt, der Prinz von Ligne habe diese Aeußerung gemacht und sei zur Strafe dafür vom Hofe verbannt worden. Cäsar erwidert, schon seit acht Monaten werde in Adelskreisen dem Minister dieser Beiname gegeben, und höchst wahrscheinlich habe auch der Prinz von Ligne den Ausdruck gebraucht; von einer Verbannung vom Hofe sei aber niemals die Rede gewesen, der Fürst stehe in hohen Ehren und hoffe sogar auf ein Kommando bei der Rheinarmee (Preuß. St.-Arch. Dépêches du et au Marquis de Lucchesini et Sr. de Cesar, 1797).

[3]) Zeißberg, Zur deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs; Sitzungsberichte der Wiener Akademie, Jhgg. 1889, VII, 118.

teidigung des Landes verwenden, angesichts der Thatsache, daß die Franzosen Knaben von 13 und 14 Jahren in die Armee stecken und daß unsere sechs Schuh langen Grenadiere davonlaufen, weil sie jenen Knirpsen nicht ins Gesicht zu schauen wagen?“ [1]) Das Vertrauen Thuguts auf die Armee war tief gesunken. „Was sich in Italien zugetragen hat, ist einfach unglaublich, — die Geschichte, ja sogar die Romane haben nichts ähnliches aufzuweisen!“ . . . „Ich setze in die ganze Butike so wenig Vertrauen, daß ich meine Unruhe nicht mehr los werden kann, — doch man muß auf Gott bauen!“ [2]) Unwillig beklagte er die beständige Einmischung der Geschwister des Kaisers, die samt und sonders den Frieden wollten. „O ihr Kinder Maria Theresias,“ hatte er schon 1795, gereizt durch die Einflüsterungen des Großherzogs von Toskana und der Königin von Neapel, an einen Vertrauten geschrieben, „wie ließe sich in eurer Kleinheit die Größe der Mutter wiedererkennen?“ [3]) Nicht selten gewann es den Anschein, als ob die Umtriebe hinter den Kulissen ihr Ziel erreicht hätten; Thugut zitterte für sein System, wenn Kaiser Franz den „Friedensschwärmer“ Stahremberg zum Diner nach Laxenburg geladen oder den General Mack, „der immer noch keinen anderen Götzen kennt als sein teures Preußen, der auch an Möllendorff den Feldzugsplan von 1794 verriet,“ [4]) auffallend gnädig empfangen hatte. Ein Trost für den Minister war nur die Gewißheit, daß Bonaparte sich kaum in günstigerer Lage befinde als die Kaiserlichen. „Wenn ihm der Teufel nicht hilft, das Direktorium kann ihm, solange der Winter dauert, keine Verstärkungen senden!“

Als wichtigste Aufgabe galt die Wiederaufrichtung des kaiserlichen Einflußes in Italien. Deshalb sollte die Hauptarmee unter dem bewährtesten Feldherrn, Erzherzog Karl, in Italien zur Verwendung kommen, während in Deutschland nur zwei schwächere Armeen aufgestellt wurden, die oberrheinische unter Latour in Baden und Pfalz, die niederrheinische unter Werneck im Lahngebiet.

Dagegen wollte das französische Direktorium trotz der blendenden Erfolge Bonapartes in Italien nicht dorthin, sondern auf den deutschen Kriegsschauplatz die Entscheidung verlegen. Deshalb sollten die Maas-Sambre-Armee unter Hoche, dem gefeierten Bezwinger der Vendee, wieder durch Franken, die Rhein-Mosel-Armee unter Moreau durch Schwaben gegen die Erblande vorzudringen suchen, während die italienische Armee durch Bedrohung von Kärnten und Steiermark die Operationen auf deutschem Boden unterstützen sollte. [5])

Doch wieder wie im vorigen Jahre gaben die Triumphe der italienischen Armee den Ausschlag. Begreiflicherweise sah das ganze Abendland dem Waffengang zwischen den Rivalen am Südhang der Alpen mit Spannung entgegen.

In Wien war die Stimmung schon so mutlos geworden, daß auch vom Eingreifen des Erzherzogs ein günstiger Umschwung nicht mehr erwartet wurde.

---

[1]) Vivenot, Vertrauliche Briefe Thuguts, I, 332.

[2]) Ebenda, II, 3, 5 ꝛc.

[3]) Vivenot, Thugut und sein politisches System, 11.

[4]) Der Feldzugsplan eines Bundesgenossen!!

[5]) (Erzherzog Karl) Grundsätze der Strategie, III, 348.

„Alle Welt ist über das Los des Erzherzogs beunruhigt;" schrieb der preußische Legationsrat Cäsar am 13. Februar an seinen Hof, „die Frau Erzherzogin Christine gibt ihrer Entrüstung offenen Ausdruck; die große Mehrheit des Publikums befürchtet, daß die eben erst errungenen Lorbeeren des angebeteten Prinzen rasch verwelken werden. Wenn wirklich auch dieser bisher vom Glück begünstigte Feldherr seinen Ruhm einbüßen und der Kranz des rührigen Bonaparte um ein neues Blatt bereichert werden sollte, so werden es die Wiener, wie ihr Murren deutlich machen wird, dem Baron Thugut nimmer verzeihen, daß ihr Idol für ein verfehltes, aussichtsloses Unternehmen aufgeopfert wurde! . . . Doch allen Feinden und Nörglern setzt Thugut seinen starren Willen entgegen; ihn beschäftigt nur die Aufstellung der neuen Armee, die unter geschickterer Führung nochmals in Italien ihr Glück versuchen soll!" [1])

„Wenn alle Welt" schrieb Thugut selbst an Graf Colloredo, „mir heute entgegenruft, um keinen Preis dürfe der Ruhm Seiner Königlichen Hoheit aufs Spiel gesetzt werden: soll dies auch gelten, wenn es sich um die Rettung des Staates handelt?" [2])

Als Erzherzog Karl an der Piave eintraf, stieß er im kaiserlichen Lager auf so trostlose Zustände, daß er den schwärzesten Befürchtungen Ausdruck gab. Die Lage wurde noch gefährlicher, als Bonaparte, um den Kampf mit dem Nebenbuhler unbehindert aufnehmen zu können, dem Kirchenstaat gegen den Willen des Direktoriums einen billigen Frieden bewilligte (19. Februar). Strenger gegen das Oberhaupt der Kirche vorzugehen, schrieb er an die Direktoren, halte er nicht für geboten, da der Kirchenstaat infolge der erlittenen Ausplünderung ohnehin bald zusammenbrechen werde. Gewiß war noch eine andere Rücksicht für ihn maßgebend. Er mag sich schon mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, an Stelle der unfähigen Direktoren sich selbst zum Gebieter Frankreichs zu machen, und seinem staatsmännischen Blick konnte nicht entgehen, welch unschätzbaren Vorteil ihm beim Umsturz der Verfassung eine Verständigung mit dem Papsttum bringen werde. Er hatte sich nicht umsonst aus dem Essai sur les moeurs unterrichtet, wie es kam, daß Karl der Große am Weihnachtsfest 799 aus den Händen des Papstes die römische Kaiserkrone empfing, wie es kam, daß der Sohn eines Hausmaiers, einer von jenen fränkischen Kriegsleuten, die Kaiser Konstantin den wilden Tieren vorwerfen ließ, zur Würde Konstantins emporstieg! [3])

Wenn der Erzherzog schweren Herzens in den Feldzug ging, war man auch im französischen Lager nicht so sicher des Sieges, wie es in den Briefen Bonapartes zur Schau getragen wurde. Im venetianischen Gebiet gärte es; die französischen Besatzungen hatten sich hier, wie das Jahr vorher in den deutschen Städten, durch Rücksichtslosigkeit und Habgier so verhaßt gemacht, daß jeder Tag einen Ausbruch des Volksunwillens bringen konnte. Auch wußte Bonaparte, daß er auf namhafte Verstärkung nicht zu rechnen habe, während

---

[1]) Preuß. St.-Arch. Dépêches etc.

[2]) Vivenot, Vertrauliche Briefe, II, 17.

[3]) Masson, Napoléon inconnu, II, 158, 509.

aus den Erbstaaten des Kaisers immer neue Heeresmassen nach dem Süden geschoben wurden. Um solcher Erwägungen willen hatte Bonaparte, der den politischen und militärischen Bedürfnissen gleich scharfes Verständnis entgegenbrachte, schon vor der Verständigung mit dem römischen Stuhl den Entwurf zu Friedenspräliminarien zwischen dem Kaiser und der Republik ausgearbeitet, und das Direktorium hatte seine Zustimmung gegeben, daß General Clarke in günstigem Augenblick auf Grundlage dieser Vorschläge in Unterhandlungen eintreten sollte. Der Kaiser sollte das von den Franzosen besetzte Gebiet an die Republik übergehen lassen und dafür durch Verträge mit deutschen Reichsständen eine willkommene Entschädigung anstreben dürfen. Der Entwurf findet sich in der Korrespondenz Napoleons; [1]) aus den Berichten des preußischen Legationsrates Cäsar an seinen Hof läßt sich ersehen, daß thatsächlich schon im Februar von dem Schriftstück Gebrauch gemacht wurde.

Am 16. Februar verließ Erzherzog Karl die Armee, um, wie es hieß, in Wien persönlich die Anstalten zur Verstärkung und Verpflegung der Armee in rascheren Gang zu bringen; andere glaubten zu wissen, daß er Mittel und Wege ausfindig machen wolle, um das unselige Kommando los zu werden. [2]) In Wahrheit kam der Erzherzog, wie Cäsar in Erfahrung brachte, als Träger eines Friedensangebotes und war anfänglich dafür auch als eifriger Anwalt thätig. Ein Unbekannter in bürgerlicher Kleidung sei — so erzählt Cäsar im ersten Berichte den Vorgang — ins kaiserliche Hauptquartier in Conegliano gekommen; bald darauf habe man ihn drei Stunden lang mit dem Erzherzog am Ufer der Piave auf und ab wandeln sehen. „Wer war der rätselhafte Fremde? War es Buonaparte? Clarke? Massena? Pichegru? Rochambeau? Sieyès? alle diese Namen werden genannt, aber ich weiß nicht, welcher der richtige ist!" Später brachte Cäsar in Erfahrung, daß es General Clarke war, der im Auftrag Bonapartes dem Erzherzog „unverbindliche Vorstellungen" zu überbringen hatte. Unmittelbar nach dieser Begegnung eilte der Erzherzog nach Wien, wo er am 20. Februar eintraf. Alle Welt war überrascht. Kaiser Franz und Thugut sollen, wie Cäsar mit merkwürdigem Pathos versichert, dem unerwarteten Gast ihre Befremdung nicht verhehlt, jedoch eine deutliche Zurechtweisung erhalten haben. „Die gebieterische Haltung des siegreichen Feldherrn, eine Erscheinung, die im kaiserlichen Familienkreis so selten geworden war, ließ den einen wie den anderen fühlen, daß es nicht am Platze sei, über die Gesetzlichkeit des Schrittes Fragen aufzuwerfen; der Ton des Erzherzogs verriet mehr die Absicht, das ihm gegenüber angemessene Verhalten vorzuschreiben, als die Geneigtheit, Anweisungen in Empfang zu nehmen; das war nicht ein Unterthan, der den Wunsch hegt, ergebenste Vorstellungen zu machen, das war der Retter des Staates, der es verlangen kann, gehört zu werden." Als der Erzherzog abends im Theater erschien, wurde ihm jubelnder Empfang zu teil; die ganze Stadt wurde, ohne daß Regierung oder Stadtrat eine Anregung gegeben hätten, glänzend beleuchtet; Adel

---

[1]) Corr. de Nap., II, 267. Articles préliminaires de paix entre la République Française et Sa Majesté Impériale, le 23. janvier 1797.

[2]) Sybel, IV, 409.

und Bürgerschaft wetteiferten, den Sieger von Amberg und Würzburg ihrer dankbaren Verehrung zu versichern, was er mit kühler Gelassenheit entgegennahm. Als der Prinz von Ligne ihn gar zu überschwänglich beglückwünschte, unterbrach ihn der Prinz: „Sie befinden sich in einem Irrtum! Der General, der einen glänzenden Feldzug gewonnen hat, heißt Bonaparte; von ihm ist Italien erobert, von ihm sind uns vier Armeen vernichtet worden!“ Nur in der nächsten Umgebung des Kaisers erfuhr man, daß der Erzherzog Vorschläge zu einem Separatfrieden überbrachte und mit Rücksicht auf die traurige Lage der Armee ihre Annahme empfahl. Anfänglich schien auch der Kaiser nicht abgeneigt, doch nicht bloß ihn, sondern auch den Erzherzog wußte Thugut zu seiner Ansicht: Der Krieg darf jetzt nicht aufgehoben werden! zu bekehren. Zunächst suchte der Minister den Adjutanten des Erzherzogs, General Bellegarde, durch Verleihung des kaiserlichen Scharfschützenregiments günstig zu stimmen; dann setzte er dem Erzherzog selbst in mehrstündiger Unterredung auseinander, aus welchen Gründen es ihm unstatthaft erscheine, auf das Anerbieten des Feindes einzugehen. „Er legte in seiner Beweisführung,“ erzählte der Erzherzog selbst, „glänzender denn je die Schärfe und die Klarheit des Urteils an den Tag, wodurch er die Herrschaft über seinen kaiserlichen Herrn gewann und so lange Zeit zu behaupten wußte.“ Er versicherte dem Prinzen, daß niemand sehnlicher als er den Frieden wünsche, einen ehrenvollen Frieden, wie er nach den glorreichen Siegen des Erzherzogs mit Fug und Recht beansprucht werden könne. Doch der schwankende, unbestimmte Charakter des französischen Anerbietens lasse es nicht rätlich erscheinen, mit ehrlichem Handschlag einzuwilligen. Was die Franzosen mit Italien machen wollten, sei mit Stillschweigen übergangen, dagegen werde mit rücksichtsloser Deutlichkeit die Abtretung der Niederlande mit Lüttich gefordert, und noch dazu ohne eine ausreichende Entschädigung Oesterreichs in Aussicht zu stellen. Vermutlich bestehe also nur die Absicht, den Kaiser vor seinen Bundesgenossen bloßzustellen; dann werde sich aus der Verfassung der Republik ohne Mühe ein Mittel ausfindig machen lassen, um die lose Verbindung wieder zu lösen. „Von dieser Art müssen die Gründe gewesen sein, wodurch Thugut die Friedensneigung des Erzherzogs zu erschüttern wußte.“ Dann holte der Minister zum entscheidenden Stoß aus. „Sehen Sie denn nicht diese schreckliche Nordarmee, die uns in einer Ausdehnung von Düsseldorf bis Brest, vom Rhein bis zum Bug bedroht? Glauben Sie mir: diese Armee wird sich im nämlichen Augenblick in Bewegung setzen, da wir, mit England und Rußland entzweit, bei Frankreich um eine Schadloshaltung betteln müssen, die Eurer Königlichen Hoheit nicht einmal durch die Bürgschaft der zwei vornehmsten Mächte Europas genügend gesichert erscheint!“

Dieser Gedanke schlug durch. Der Erzherzog stimmte, seiner Auffassung der Lage entsagend, dem Vorschlage Thuguts bei, die französischen Anerbietungen nur dazu zu benützen, um von England und Rußland bestimmtere Zusagen zu erlangen und zugleich den Nutzen und die Notwendigkeit eines allgemeinen Friedens allen beteiligten Mächten klar zu machen.[1])

[1]) Preuß. St.-Arch. Dépêches etc. Berichte Cäsars vom 20., 24., 27. Febr. 1797.

Anfangs März standen sich Erzherzog Karl und Bonaparte wieder an der Piave gegenüber; jeder Tag konnte den entscheidenden Zusammenstoß bringen. In einem Tagsbefehl vom 10. März rief Bonaparte seine „aus 14 Schlachten und 70 Gefechten siegreich hervorgegangene" Armee zum letzten Waffengang auf. Das Direktorium habe nichts unversucht gelassen, zum Frieden zu gelangen, habe nur die mäßigsten Ansprüche geltend gemacht, — umsonst! Oesterreich bestehe halsstarrig auf der Fortsetzung des Kampfes, denn die kaiserlichen Minister seien samt und sonders durch englisches Gold bestochen.[1])

Der Feldzugsplan Bonapartes war, wie immer, bis zur Verwegenheit kühn. Während sein tüchtiger Divisionär Joubert das Etschgebiet bis Brixen durchziehen und von dort aus durch das Pusterthal nach Kärnten sich wenden sollte, suchte Bonaparte ebendorthin durch Friaul vorzudringen: das gemeinsame Ziel war Wien.

Die ersten Kämpfe an der Livenza und am Tagliamento (16. März) brachten neue Siege der Franzosen. „So stehen wir denn schon," schrieb Bonaparte am 17. März an die Direktoren, „an der Grenze von Friaul und Kärnten und mitten in Tirol. Der Uebergang über den Tagliamento ist ein glückliches Vorzeichen, aber je mehr ich mich dem deutschen Boden nähere, desto beängstigender sitzt mir der Feind auf dem Hals. Lassen Sie also, so bitte ich, die anderen Armeen rasch den Rhein überschreiten, denn unmöglich kann ich mit 50000 Mann alles ganz allein verrichten. Wenn die Rheinarmeen rechtzeitig eingreifen, ist der Kaiser verloren, denn er hat im letzten Feldzug seine Hilfsquellen aufgezehrt und mit Ausnahme der Wiener Besatzung den letzten Mann hierher geschickt. Wenn man mich aber ohne Hilfe läßt, bleibt mir nichts anderes übrig, als mich wieder nach Italien zurückzuziehen."[2])

Bonapartes ungestümes Vordringen ins Herz der Erblande barg ja für seine Armee nicht geringere Gefahr als für den Feind. Diese Gewißheit ließ Thugut immer noch auf der Fortsetzung des Feldzugs bestehen. Die Lage der Erbstaaten selbst hatte nichts Ermutigendes. „Die fabelhaften Fortschritte der Franzosen," schrieb Cäsar am 2. April nach Berlin, „haben die österreichische Regierung in die äußerste Verlegenheit gebracht; die Lage ist heute weit bedrohlicher als damals, da Moreau und Jourdan gegen die Erbstaaten heranzogen. Das schlimmste ist, daß das Heranrücken der Gefahr im Lande selbst nicht eine Spur von kriegerischer Begeisterung weckt; niemand trägt Verlangen, mutig für den Landesherrn einzustehen; allgemeine Niedergeschlagenheit greift von Tag zu Tag mehr um sich; die Unzufriedenheit des Adels äußert sich in scharfer Kritik und die Stimmung des Volks in groben Ausfällen gegen Baron Thugut." Man weiß, daß der Erzherzog, der das allgemeine Vertrauen genießt, in raschem Friedensschluß die Rettung der Monarchie erblickt, daß die Kaiserin in gleichem Sinne unablässig ihren Gemahl bestürmt, daß von Lacy, Stahremberg, Colloredo und vielen anderen verdienstvollen Generälen und Staatsmännern der Friedenswunsch geteilt wird. Was helfen alle außerordentlichen Aushebungen, wenn Offiziere und Soldaten und Tiroler nur murrend und widerwillig in den

[1]) Corr. de Nap., II, 372.
[2]) Ibid., II, 394.

Kampf gehen und den händelsüchtigen Thugut einen Verräter schelten! Obwohl die Wiener Polizei das Publikum streng im Zaume hält, kann man auf den Straßen, ja sogar vor Thuguts Haus den Ruf hören: „Den Spitzbuben hängen wir noch auf, den Kerl schlagen wir noch tot!"

„Doch Thugut, mag es rühmliche Beharrlichkeit, mag es blinde Halsstarrigkeit genannt werden, bleibt ruhig inmitten des Sturmes! Er hält noch immer an der Hoffnung fest, daß es gelingen werde, Bonaparte den Rückzug abzuschneiden und damit den Feldzug zu siegreichem Abschluß zu bringen."[1])

Als das Berliner Kabinett, einer Anregung des französischen Gesandten Caillard Folge leistend, in Wien seine Dienste zur Vermittlung eines billigen Friedens anbieten ließ, erwiderte Thugut, er werde den Antrag den Bundesgenossen bekannt geben, d. h. also, das Anerbieten wurde höflich abgelehnt.[2]) Dagegen richtete Thugut nochmals einen Hülferuf nach Petersburg: nur die Bruderhand des Zaren könne noch dem aufs äußerste bedrängten Kaiser ermöglichen, sich der Umklammerung durch die republikanischen Heere und der Ränke des Berliner Hofes zu erwehren. „Der Berliner Hof," schrieb Kaiser Franz am 7. April an den Zaren, „rechtfertigt durch seine eigenen Geständnisse den Verdacht, den mir seine geheimen Machenschaften immer eingeflößt haben, aber er lüftet nur einen Teil des Schleiers. Entschlossen, das Unheil der französischen Revolution zu seiner eigenen Gebietserweiterung und zum Ruin Oesterreichs auszunützen, eifrig bemüht, die Verwirrung noch so lange andauern zu machen, bis er seine Pläne verwirklicht haben wird, und durch seinen Ehrgeiz verblendet genug, um in Deutschland eine zweite Revolution hervorzurufen, die Europa noch vollends aus den Angeln heben wird, — zu welchen Anschlägen ließe dieser Hof sich nicht hinreißen, um seine Absichten zu erreichen! — besonders gefährlich in einem Augenblick, wo unerwartete Schicksalsschläge Oesterreich in die bedrohlichste Lage gebracht haben!"[3])

Vergebens wollte Erzherzog Karl den Franzosen den Tarvispaß streitig machen; nach ungeheuren Verlusten mußte er sich bis Klagenfurt zurückziehen. Hier konnte er namhafte Verstärkungen an sich ziehen, aber er glaubte den erschöpften Truppen neuen Angriff nicht zumuten zu dürfen, und bat um Waffenstillstand. Bonaparte erwiderte: auf halbe Maßnahmen wolle er sich nicht einlassen, zu einem billigen Frieden aber gern die Hand bieten. Möge doch auch der Erzherzog durch entschlossene Betreibung des Friedens den Ruhm eines Wohlthäters der Menschheit erringen! „Dauert nicht der Krieg schon volle sechs Jahre? Haben wir nicht genug Menschen getötet? haben wir die arme Menschlichkeit nicht grausam genug mißhandelt? ... Was mich anlangt, ich würde, wenn ich durch diese meine Worte das Leben auch nur eines einzigen Menschen retten könnte, auf die dadurch verdiente Bürgerkrone stolzer sein, als auf den traurigen Ruhm, der sich durch kriegerische Erfolge verdienen läßt!"[4])

[1]) Preuß. St.-Arch. Bericht Cäsars vom 2. April 1797.

[2]) Ebenda. Bericht Cäsars vom 3. April 1797. Vgl. den zusammenfassenden Bericht über die ganze Friedensverhandlung vom 14. Mai 1797.

[3]) Vivenot, Vertrauliche Briefe ꝛc., II, 28.

[4]) Corr. de Nap., II, 436.

Die menschenfreundliche Mahnung, die aus Voltaires Wortschatz stammen könnte, erhielt jedoch eine merkwürdige Erläuterung durch den gleichzeitig an Massena gerichteten Befehl, den Paß von Neumarkt um jeden Preis zu nehmen. Keine andere Unternehmung des Feldzugs hatte so blutige Opfer gefordert, aber durch ihr Gelingen war der Weg ins Murrthal geöffnet. Erzherzog Karl zog sich immer weiter zurück; er war des Willens, erst in der Donauebene bei Wien entscheidenden Kampf zu suchen. Am 7. April rückte die französische Vorhut unter Massena, am 18. Bonaparte selbst in Leoben am Fuße des Sömmering ein.

Auch die Vereinigung mit dem linken Flügel unter Joubert war gelungen, freilich unter schweren Verlusten. Die kaiserlichen Truppen wurden zwar bei Salurn an der Etsch und bei Klausen am Eisack geschlagen; nun rief aber Graf Lehrbach den Tiroler Landsturm zur Abwehr des Feindes auf, und die Sturmglocken riefen nicht vergebens: von allen Höhen, in allen Thälern zogen alt und jung dem grimmig gehaßten Landes- und Glaubensfeind entgegen. Auf der Höhe von Spinges kam es am 2. April zu verzweifeltem Ringen. Auch Weiber und Kinder beteiligten sich an den Kämpfen. Bekannt ist die Episode vom „Mädchen von Spinges", das ebenso kühn wie umsichtig die Friedhofmauer des Bergdörfchens verteidigte. Die wütende Abwehr flößte sogar dem schlachtbewährten Gegner Furcht und Schrecken ein; nicht selten streckten ganze Abteilungen die Gewehre. Doch aller Opfermut der Landesverteidiger konnte schließlich den Durchbruch der Franzosen ins Pusterthal nicht hindern; die gefährlichste Aufgabe war damit gelöst.[1])

Erzherzog Karl sandte die Friedensepistel Bonapartes nach Wien. Hier widerstrebte Thugut mit Zustimmung des Kaisers noch unentwegt den Anstrengungen der Friedenspartei. Keinerlei Abtretung! war seine Losung; die wachsende Gefahr soll durch das nämliche Mittel, das den Gegner so furchtbar gemacht hat, abgewendet werden: durch ein Massenaufgebot aller Völker des Kaiserstaates. Als dieser Beschluß bekannt wurde, brach in Wien eine förmliche Panik aus. Die Wiener Bank weigerte sich, ihre durch das ganze Land verbreiteten Bankozettel einzuwechseln; viele Kaufleute und Gewerbetreibenden folgten dem Beispiel; Tausende hatten plötzlich nicht mehr die Mittel, den täglichen Unterhalt zu bestreiten. Schon schickten sich zahlreiche wohlhabende Familien an, die Stadt zu verlassen. Bei Hofe herrschte düsteres Stillschweigen, in der Bürgerschaft dumpfe Gärung!

Am 4. April erließ der Regierungspräsident von Niederösterreich einen Aufruf an die Wiener, „mit Ausdrücken und Formen," sagt der Preuße Cäsar, „wie sie die österreichische Regierung bisher noch nie in den Mund genommen hat." Der Kaiser, so war darin erklärt, werde die Beschleunigung des Friedens gewissenhaft anstreben, aber er erwarte auch von seinen Unterthanen, daß sie, wenn es sein müßte, alle Kräfte aufbieten würden, um einen ehrenvollen Frieden mit den Waffen zu erkämpfen.

Anfänglich hatte es den Anschein, als werde der Aufruf die beabsichtigte

[1]) Egger, III, 212.

Wirkung nicht erzielen. Die Bürger traten zwar unter Waffen, aber nur, um „Räubereien der Sanskulottes der Vorstädte" zu verhindern; zum Waffendienst außerhalb der Stadt meldeten sich nur wenige. Doch rasch änderte sich das Bild. Die Stimmung der Bevölkerung schlug, wie es in aufgeregten Zeiten wohl zu geschehen pflegt, von einem Aeußersten zum anderen um.[1]) Schon am 9. April meldete der preußische Diplomat Cäsar, die Annäherung des Feindes habe in allen Volkskreisen einen Opfermut, einen Unternehmungsgeist wachgerufen, den niemand den sonst so gleichgültig dahinlebenden Wienern zugetraut hätte. Die studierende Jugend strömte zu den Fahnen, Edelleute, Künstler, Handelsgehülfen, Handwerker traten in Freischaren zusammen. Die Zeitungen brachten patriotische Mahnrufe:

„. . . Gewitter droht vom Süden her! Es thürmen
Sich Feindeswogen um den Staatskoloß!
Er wankt! Zahllose Legionen stürmen
Mit Uebermacht auf Oesterreich wüthend los!
Was soll es thun? So feig, als jene waren,
Die sich vom Bund der Fürsten trennten, sein?
Im Unglück betteln, kriechen in Gefahren?
Nein! Oesterreich kämpft fort und kämpft allein!"[2])

„Ein heiliges Feuer, erwärmend und belebend, ist in Stadt und Land entbrannt," — so schildert Cäsar die Vorbereitungen zum Volkskrieg, — „was man bisher nur in Paris erlebt hatte, vollzieht sich jetzt in Wien; die weichliche, üppige Kaiserstadt hat aufgehört, der Mittelpunkt aller Vergnügungen zu sein, und hat sich wie mit einem Schlag in ein gewaltiges Feldlager verwandelt; die Theater stehen leer, die Straßen hallen wieder von Kriegslärm; zahllose Freiwillige in Stadt und Umgebung üben sich im Waffendienst." „Gestern, am heiligen Gründonnerstag," berichtet Cäsar am 15. April, „mußte sogar das kirchliche Gepränge den Erfordernissen der Patriotenpflicht weichen. Schon am frühesten Morgen erscholl kriegerische Musik, Trompetenfanfaren und Paukenschall begleiteten den Durchzug der verschiedenen Abteilungen der Nationalgarde, deren rasches Anwachsen beredtes Zeugnis gibt von der im österreichischen Volke erwachten Begeisterung." „Freilich," setzt der Diplomat hinzu, „man darf nicht vergessen, daß dieser patriotische Eifer erst durch zwiefache Nachgiebigkeit der Regierung entfacht worden ist: durch die Ankündigung der Eröffnung von Friedensverhandlungen mit Bonaparte und durch die amtliche Erklärung, daß auf Kriegsdienste der Bürgerschaft außerhalb der Stadt verzichtet und der Rest der Truppen nach Wien verlegt werden soll." Die lärmenden militärischen Vorbereitungen — so versicherte ein angeblich wohlunterrichteter Gewährsmann dem preußischen Geschäftsträger — seien in Wahrheit nur dazu bestimmt, die Ansprüche der Franzosen etwas herabzumindern, denn ohne jegliche Abtretung — dies sei allen klar — werde es nicht abgehen. „Es ist was Erschreckliches," so schloß der Gewährsmann, Thränen in den Augen, seine Rede, „aber der liebe Gott hat's so gewollt!"

---

[1]) Hüffer, Oesterreich und Preußen, 239.

[2]) Waffenruf an die edlen Bewohner Wiens (1797).

Sogar Thugut hatte den Forderungen der Friedenspartei so weit Rechnung getragen, daß er wenigstens erproben wollte, was von den Beteurungen des Verfassers der Friedensepistel vom 31. März zu halten wäre. Als die aufregende Kunde nach Wien kam, daß die bei Neumarkt geschlagenen Truppen in wilder Unordnung bis Unzmarkt flohen, eröffnete Thugut in loyaler Weise dem englischen Gesandten Eden, daß er sich durch die öffentliche Meinung gezwungen sehe, mit Bonaparte Unterhandlungen anzuknüpfen. „Jedenfalls ist es besser: wir selbst treten in Separatverhandlungen ein, als wir werden genötigt, eine Vermittlung Preußens anzunehmen!"

Bonaparte hatte eben sein Hauptquartier nach Judenburg verlegt (7. April), als ihm die Ankunft von zwei kaiserlichen Generälen, Merveldt und Bellegarde, gemeldet wurde. Auf erneute Bitte um Waffenstillstand erklärte er, erst dann willfahren zu können, wenn er Gewißheit habe, daß Oesterreich ernstlich den Frieden wolle; daran sei aber nicht zu denken, wenn Oesterreich sich weigere, zur Abtretung des linken Rheinufers seine Zustimmung zu geben; dagegen werde sich über die notwendigen Veränderungen in Italien handeln lassen. Schließlich bewilligte er eine Waffenruhe von sechs Tagen, unter der Bedingung, daß in dieser Frist die wirklichen Friedensverhandlungen eingeleitet werden sollten.[1]) Obwohl jedoch dieses Verhalten Bonapartes nur als artige Einladung aufzufassen war, wollte Thugut von Nachgiebigkeit und Abtretungen nichts wissen. Als auch sein bisheriger Widersacher, General Mack, der sich über die Zustände bei den Truppen in Kärnten an Ort und Stelle selbst unterrichtet hatte, ein mutloses Zurückweichen nicht für geboten erachtete, wußte Thugut bei dem Kaiser durchzusetzen, daß dem Erzherzog Karl die Führung der Rheinarmee, dem General Mack die Verteidigung der Hauptstadt übertragen werden sollte. Am 12. April kam der Erzherzog selbst nach Wien, um die Zustimmung seines kaiserlichen Bruders zur Eröffnung von Friedensverhandlungen zu erwirken. Der Kaiser empfing ihn aber so ungnädig, daß alle Anwesenden bestürzt waren, ja, wie Cäsar vernahm, soll sogar die Entlassung des Erzherzogs geplant und nur durch Vorstellungen Macks verhindert worden sein. Indessen wollte auch Thugut den angeknüpften Faden der Friedensverhandlung mit Bonaparte nicht gänzlich abreißen lassen. Man könne ja, sagte er entschuldigend zu seinem Freunde Sir Morton, über Frieden und Freundschaft noch weiter schwatzen lassen, um Zeit zu gewinnen, denn Zeitgewinn, setzte er lächelnd hinzu, sei wegen des langsamen Eintreffens der englischen Subsidien für Oesterreich eine Lebensfrage.

Auffälligerweise wurde dem nach Leoben zurückkehrenden General Merveldt als diplomatischer Mentor nicht ein Oesterreicher, sondern der neapolitanische Gesandte, Marchese di Gallo, beigesellt. Vermutlich war beabsichtigt, den frondierenden Wiener Adel zu ärgern; auch wurde damit einem dringenden Wunsche der Kaiserin Rechnung getragen.[2]) Da der Waffenstillstand schon dem Ablauf nahe war, eilte Merveldt zunächst allein ins französische Hauptquartier, während di Gallo noch genauere Anweisungen erhalten sollte. Am 13. April traf Mer-

[1]) Corr. de Nap., II, 464.

[2]) Preuß. St.-Arch. Bericht Cäsars vom 14. Mai 1797.

veldt auf Schloß Göß bei Leoben ein. Bonaparte, der soeben über die Niederwerfung des Aufstands im Venetianischen und den Aufbruch der Sambrearmee günstige Nachrichten erhalten hatte, empfing den Vermittler mit gleichgültiger Miene. Merveldt war bevollmächtigt, gegen sofortigen Abzug der Franzosen aus den Erbstaaten und gegen Räumung der Lombardei die österreichischen Niederlande anzubieten; doch sollte für Oesterreich eine angemessene Entschädigung in Italien gefordert werden, während zu Besitzveränderungen in Deutschland der Kaiser niemals seine Zustimmung geben würde. Bonaparte ließ von vornherein keinen Zweifel aufkommen, daß um so niedrigen Preis der Friede nicht zu haben sein werde. Entweder erhält Frankreich die Niederlande und das ganze linke Rheinufer, dann sollen die italienischen Besitzungen des Kaisers, Mailand und Mantua, geräumt und außerdem an Oesterreich das venetianische Dalmatien, Istrien und Friaul überlassen werden, oder der Kaiser verzichtet auf Lombardei und Niederlande, dann soll das linke Rheinufer dem Reiche verbleiben und die venetianische Terra Firma bis Bergamo und Brescia an Oesterreich fallen. Dieses Entweder-Oder sollten die Gesandten dem Wiener Hofe als letztes Wort Bonapartes übermitteln, doch ließ die Bereitwilligkeit, den Waffenstillstand bis zum 16. April zu verlängern, auf weitere Nachgiebigkeit hoffen.

Der erste von den beiden Vorschlägen mußte in Wien schon deshalb unannehmbar erscheinen, weil der Verlust Belgiens durch den Gewinn von Dalmatien und Friaul nicht annähernd ausgeglichen worden wäre, abgesehen davon, daß gegen die Auflassung der geistlichen Kurfürstentümer und die dazu notwendige Umgestaltung der Reichsverfassung schwere Bedenken vorlagen. Dagegen bedeutete der zweite Vorschlag die Erfüllung eines alten Wunsches; schon Joseph II. hatte diese Abrundung der Kärntner und Tiroler Grenzen angestrebt: fruchtbare Landstriche, eine stattliche Seeküste, ausgezeichnete Häfen. Zugleich entging das Deutsche Reich der unheimlich nahe gerückten Zerstückelung; während Preußen leichtfertig die Gefahr heraufbeschworen hatte, war durch des Kaisers väterliche Fürsorge die Integrität des Reiches gerettet; da konnte der Dank nicht ausbleiben: der Nebenbuhler mußte alles Ansehen verlieren, Oesterreichs tonangebender Einfluß im Reiche war gesichert!

Demnach wurde Marchese di Gallo angewiesen, die Regelung der italienischen Frage in angeregtem Sinne im allgemeinen anzunehmen und nur in Einzelheiten noch günstigere Bedingungen anzustreben. Obwohl die Rüstungen nicht minder eifrig oder auch nur minder auffällig betrieben wurden, obwohl den Friedensfreunden nach wie vor unfreundliche Mienen gezeigt wurden, vollzog sich in der Wiener Hofburg in den Tagen vom 13. bis 15. April ein gründlicher Systemwechsel. Wie hätte Thugut dem Frieden noch länger widerstreben sollen, wenn der Kaiserstaat zum Erben der zum Tod verurteilten Lagunenstadt eingesetzt würde? Auf eine günstigere Geschäftslage, auf einen freigebigeren Geschäftsteilnehmer war nicht wohl zu rechnen. Der Preuße Cäsar deutet sogar an, daß das Verhalten Bonapartes gegenüber Oesterreich manchem verdächtig erschien. „Der Marquis von Gallo," schrieb Cäsar am 15. April, „hat seine Unterhandlungen unter einem glücklichen Stern begonnen; er hat die Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 16. durchgesetzt. Es ist einfach unerklärlich,

daß Bonaparte darauf einging; er verlor dadurch neun bis zehn Tage, binnen welcher Zeit er — darüber ist alle Welt einig — in Wien einziehen konnte. Aus Briefen gut unterrichteter Persönlichkeiten erhellt denn auch, daß in der französischen Armee lebhafte Erbitterung herrscht, daß insbesondere General Massena offen damit droht, er werde den Obergeneral, der offenbar die Rolle Dumouriez' spielen wolle, in Paris verklagen. Eigentümlich ist es jedenfalls, daß man in Wien schon seit mehreren Tagen von der Niederlage Bonapartes als von einer unausbleiblichen Thatsache spricht, daß sogar darauf gewettet wird, der General werde nie mehr nach Frankreich zurückkehren . . ." Der preußische Diplomat konstruiert deshalb sogar einen wenig berechtigten Gegensatz zwischen der großzügigen, bewußten Friedenspolitik Preußens und der schleppenden, widerwilligen Nachgiebigkeit des Wiener Kabinetts. „Auch wenn es zum Frieden kommt," schreibt er am 19. April, „bilden die Grundlage nicht jene erleuchteten Grundsätze, die der preußischen Monarchie ihre imposante Ruhe und den Unterthanen Eurer Majestät ihr vielbeneidetes Glück verliehen, — der Friede ist mehr der Mäßigung des französischen Obergenerals zu danken, als der Einsicht des hiesigen Ministeriums."

Die Verhandlungen in Leoben nahmen, nachdem Gallo die im allgemeinen zustimmende Antwort Thuguts überbracht hatte, glatten Verlauf. Bonaparte willigte ein, daß die Entscheidung in Bezug auf das linke Rheinufer einem Friedenskongreß überlassen bleiben sollte, dagegen beharrte er auf Abtretung des Herzogtums Mailand und des von einem Verwandten des Kaisers regierten Herzogtums Modena an einen neu zu bildenden lombardischen Freistaat. Als die Vertreter Oesterreichs zauderten, bediente sich Bonaparte derjenigen Taktik, die er später noch häufig zur Anwendung brachte; er schüchterte die Partner ein durch pathetische Entrüstung und trotzigen Uebermut. Als Gallo die Unantastbarkeit des Deutschen Reiches lebhaft verteidigte, herrschte ihn Bonaparte an: „Sind Sie denn ein Deutscher? Ihr Name klingt gar nicht deutsch?" „Ich bin Neapolitaner, Herr General!" „Ja, seit wann unterhandle ich denn mit Neapel? Hat denn der Kaiser keinen deutschen Edelmann, mit dem ich über deutsche Dinge verhandeln kann?" Ebenso schroffe Sprache führte der General, als Gallo auf die kaiserliche Anerkennung der französischen Republik einen Preis setzen wollte. „Oho, die Republik will gar nicht anerkannt sein! Sie ist in Europa mit oder ohne Eure Anerkennung, was die Sonne am Horizont ist! Schlimm für den, der dies nicht sehen will!"

Der Widerstand gegen Bonaparte war aber gar nicht ernst gemeint. Nur ein Punkt war den Vertretern Oesterreichs wirklich anstößig. Das venetianische Festland war für den Kaiserstaat eine hochwillkommene Erwerbung, aber wie sollte man die Beute an sich bringen, ohne den Vorwurf einer groben Verletzung des Völkerrechts, einer unverantwortlichen Gewaltthat gegen einen Bundesgenossen auf sich zu laden? Hatte doch Thugut noch vor wenigen Wochen dem venetianischen Botschafter Grimani beteuert, der Kaiser sei fest entschlossen, zum Schutze des alten politischen Systems in Italien alle Kräfte aufzubieten und, soweit es irgend möglich, jede Berührung mit den feindlichen Mächten zu meiden![1])

[1]) Sybel, IV, 483.

Als aber Bonaparte erklärte, er selbst wolle, um die Signoria für ihre Widerspänstigkeit zu züchtigen, die Republik mit Waffengewalt zum Austausch der Terra Firma gegen die päpstlichen Legationen zwingen, war das Geschäft rasch abgeschlossen.

Am 18. April 1797, nachmittags 3 Uhr, wurde zu Göß, der bischöflichen Residenz oberhalb der Stadt Leoben, der Präliminarfrieden unterzeichnet.

Bonaparte stellt in seinen Memoiren in Abrede, daß ihm seine Lage vor dem Leobener Waffenstillstand gefahrvoll erschienen wäre, und will nur durch die Nachricht, daß er auf Mitwirkung der Rheinarmeen nicht zählen dürfe, zur Nachgiebigkeit bewogen worden sein. Clausewitz hat diese Erklärung wohl mit Recht angezweifelt. Die italienische Armee hatte mehr als ein Dritteil verloren; die lange Operationslinie von Klagenfurt bis Mantua lief durch lauter Länder mit feindlich gesinnter Bevölkerung; Tirol war in vollem Aufstand begriffen; in Kärnten, Krain, Steiermark konnte jeder Tag eine Volkserhebung bringen; die Republik Venedig rüstete zum Schutz ihrer Unabhängigkeit: zweifellos war die Lage Bonapartes gefährlich genug, um ihm den Wunsch nahezulegen, seine Armee und zugleich die bisherigen Errungenschaften in Sicherheit zu bringen.[1])

In seinem Schreiben an das Direktorium vom 7. April führte Bonaparte denn auch eine weniger zuversichtliche Sprache, als in den Memoiren. Wenn es nicht zum Frieden komme, erklärte er, werde er eine Hauptschlacht liefern müssen, aber auch als Sieger werde er ohne hülfreiches Eingreifen der Rheinarmeen gezwungen sein, den Rückzug nach Italien anzutreten. Auch wußte Bonaparte aus den Mitteilungen General Clarkes, den das Direktorium zur Ueberwachung des ehrgeizigen Obergenerals ins Hauptquartier geschickt hatte, daß die Nation nichts sehnlicher wünsche, als den Frieden.[2]) Nach langer Kriegsnot Frieden stiften, der Revolution ein Ende machen; die Franzosen untereinander versöhnen: das war der Weg zur Macht! Zunächst galt es also, Frankreich den Frieden zu geben, mochten die Bedingungen auch weniger günstig sein, als das Direktorium begehrte.

Andrerseits mußte auch der österreichischen Regierung eine rasche Beendigung der Feindseligkeiten erwünscht erscheinen. Gegen den Vorwurf, daß Erzherzog Karl aus Verzagtheit unterlassen habe, aus der Umklammerung der allzu verwegen vorgedrungenen Franzosen Vorteil zu ziehen,[3]) ist einzuwenden, daß der Erzherzog selbst doch am besten wußte, was er von seinen Truppen erwarten durfte. Da er seine Streitkräfte nicht für ausreichend hielt, hätte er nur den Rückzug fortsetzen und die Entscheidung erst in der Donauebene suchen können; dann mußte aber auch die Mitwirkung der Armeen unter Hoche und Moreau in Betracht gezogen werden, und Latour und Werneck hatten gegen 130 000 Mann Franzosen nur 80 000 Mann zur Verfügung.

[1]) Clausewitz, Der Feldzug von 1796 in Italien; Hinterlassene Werke, IV, 343. — Rüstow, Die ersten Feldzüge Napoleon Bonapartes in Italien und Deutschland 1796 und 1797, 519.

[2]) Sorel, Bonaparte et Hoche en 1797, 9.

[3]) Vivenot, Thugut und sein polit. System, 11.

Auch waren ja die von Bonaparte bewilligten Bedingungen nichts weniger als ungünstig. Oesterreich mußte auf die Niederlande verzichten, doch sollte die Republik für entsprechende Entschädigung des Kaisers Sorge tragen. Ferner sollte Oesterreich an die cisalpinische Republik die Lombardei mit Mailand abtreten, dafür aber das venetianische Gebiet zwischen Oglio, Po und Adriatischem Meer nebst Istrien und Dalmatien in Empfang nehmen. Die Franzosen sollten unverzüglich die Erblande räumen, auch die Feindseligkeiten gegen das Reich aufgeben; der Friede sollte sodann auf einem Kongreß vereinbart werden „auf Grundlage der Unverletzlichkeit des Deutschen Reiches" (Artikel 5). Im übrigen soll der Kaiser die Grenzen Frankreichs anerkennen, wie sie „durch die Gesetze der französischen Republik festgesetzt sind" (Artikel 6: „reconnait les limites de la France décrétées par les loix de la république française"). Zu genauerer Regelung der noch strittigen Verhältnisse soll binnen drei Monaten ein Kongreß in Bern zusammentreten, zu dessen Beschickung auch alle Bundesgenossen einzuladen wären.[1])

Der Widerspruch in den Artikeln 5 und 6 lag offen zu Tage, denn die konstitutionellen Grenzen der Republik umfaßten außer den belgischen Provinzen auch das Hochstift Lüttich, die Abteien Stablo und Malmedy, die Grafschaft Ligne, lauter deutsche Reichsstandschaften, ferner alle deutschen Besitzungen im Elsaß. Von „Unverletzlichkeit" des Reichsgebiets war also nicht wohl zu sprechen. Immerhin enthielt der Vertrag nach seinem Wortlaut den Verzicht Frankreichs auf die wichtigen Hochstiftsgebiete Mainz, Worms und Speier; die kaiserliche Diplomatie konnte sich also mit Fug und Recht einer glücklichen Vertretung der deutschen Interessen rühmen. Freilich kann bezweifelt werden, ob Thugut wirklich von reichspatriotischer Sorge geleitet war. Die späteren Verhandlungen in Udine lassen das Mißtrauen nicht unberechtigt erscheinen. Auch aus Aeußerungen vor dem englischen Gesandten darf gefolgert werden, daß Thugut, in dem wir weder mit Schlosser den „Auswurf alles Bösen", noch mit Vivenot den „Märtyrer seiner Reichstreue", sondern nur einen rücksichtslosen Anwalt der österreichischen Interessen erblicken, die deutsche Rheingrenze nur so lange verteidigte, als nicht die Erwerbung von Baiern oder Venedig ins Spiel kam.[2])

Französische Offiziere saßen gerade im bischöflichen Schloß beim Mittagsmahl, als Bonaparte mit Gallo und Merveldt ins Gemach trat und mit lauter Stimme rief: „Der Präliminarfriede ist unterzeichnet! Es lebe die Republik! Es lebe der Kaiser!" Bei Tische war der General in heiterster Laune, konnte er doch auf ein wunderbar glückliches Kriegs- und Friedenswerk mit voller Befriedigung zurückblicken. Bisher hatte ihn Europa staunend von Sieg zu Sieg eilend gesehen, jetzt war er mit der Palme des großmütigen Friedensstifters geschmückt. Ihm in erster Reihe hatte Frankreich die rühmlichen Erfolge zu danken, und wenn nicht allen hochfliegenden Wünschen der Landsleute Rechnung

---

[1]) Martens, Recueil des traités etc., deux. edit. (1829), VI, 385.

[2]) Sybel, IV, 495. — Hüffer, Oesterreich und Preußen, 247. — Sybel, Ergänzungsheft zur Geschichte der Revolutionszeit von 1789—1795, 171. — Hüffer, Die Politik der deutschen Mächte im Revolutionskriege bis zum Abschluß des Friedens von Campo Formio, 206.

getragen war, so konnte es getrost von der weiteren Entwickelung der Dinge erhofft werden.

Auch in Wien wurde der Abschluß der Vorverhandlungen mit Genugthuung aufgenommen. Zwar hielt es Thugut für angezeigt, nochmals seine Einwendungen gegen die Friedenspolitik zu wiederholen, doch der Kaiser wollte keinen Aufschub mehr. „Ich habe reiflich überlegt," schrieb er an den Minister am 23. April, „was Sie mir vorgestellt haben in Betreff der Präliminarien, doch da ich mich überzeugt habe, daß der Drang der Umstände, die Liebe zu meinen Unterthanen und der Wunsch, ihnen so bald wie möglich die Segnungen des Friedens angedeihen zu lassen, allen anderen Rücksichten vorangehen müssen, so zögere ich nicht, Ihnen ausdrücklich und bestimmt zu befehlen, die zwei Bestätigungsurkunden auszufertigen."[1]) Thugut schrieb also in kühlem Tone an Merveldt, der Kaiser werde, obwohl an dem Vertrag manches zu beanstanden wäre, seine Zustimmung nicht versagen. Doch der Jubel, womit der Kaiser und namentlich die Kaiserin, wo immer sie sich zeigten, begrüßt wurden, gab Zeugnis von der freudigen Aufnahme der Friedensbotschaft. Der Inhalt des Vertrags wurde längere Zeit streng geheimgehalten. Thugut ließ sogar von der Urkunde, die dem Kaiser zur Unterschrift vorgelegt werden sollte, durch einen Geheimsekretär nur die Einleitung, durch einen zweiten die mittleren Stellen, durch einen dritten den Schluß schreiben. Doch ließ sich der Minister selbst angelegen sein, daß es genugsam bekannt werde, wie väterlich der Kaiser für die Integrität des Reiches eingetreten sei; mit einem Federstrich sei dadurch den feilen, von deutschen Reichsfürsten mit der französischen Republik geschlossenen Verträgen der Boden entzogen worden. Auch in Berlin brachte Fürst Reuß zur Anzeige, daß der Kaiser „unabweichlich darauf bestanden habe, daß die Integrität in den Präliminarartikeln ausdrücklich zur Basis des Reichsfriedens festgesetzt worden sey"; der Kaiser hoffe im Vertrauen auf die Freundschaft des Königs von Preußen, „daß derselbe nach den Wünschen, welche er noch kürzlich wegen eines allgemeinen Friedens und Erhaltung der Integrität des deutschen Reiches geäußert habe, gegenwärtige konfidentielle Eröffnung mit freundschaftlicher Teilnahme und Beystimmung empfangen werde". Darauf ließ Friedrich Wilhelm dem Fürsten Reuß und dem französischen Gesandten Caillard „wärmste" Glückswünsche aussprechen. —

Vermutlich würde Oesterreich die Leobener Bedingungen nicht erhalten haben, wenn Bonaparte rechtzeitig erfahren hätte, unter welch günstigen Aussichten für die französischen Waffen der Feldzug am Rhein inzwischen eröffnet worden war. Am 18. April, also am Tage der Unterzeichnung des Leobener Vertrags, überschritt Hoche bei Neuwied den Rhein, schlug die schwache österreichische Armee unter Werneck bei Heddersdorf und drang bis an die Nidda vor. Eine andere französische Abteilung schickte sich eben an, Frankfurt zu erstürmen, als am 22. April die Friedensnachricht eintraf. Auch Moreau setzte bei Dierheim unterhalb Straßburg über den Rhein; die weithin zerstreuten Oesterreicher wurden zurückgedrängt, ehe sie sich recht sammeln konnten; Kehl,

[1]) Vivenot, Vertrauliche Briefe ꝛc., II, 34.

dessen Einnahme im letzten Feldzug den Erzherzog Karl so schwere Opfer gekostet hatte, wurde durch einen Handstreich zur Uebergabe genötigt; die Kaiserlichen waren schon an die Kinzig zurückgedrängt, als auch hier die Friedensboten dem Kampfe ein Ziel setzten.

Da in Paris die Nachrichten über die vielverheißenden Anfänge des neuen Feldzugs gleichzeitig mit der Friedensnachricht eintrafen, war die Befriedigung hier weniger lebhaft, als in Wien. Daß Mantua, die heißumstrittene Festung, an Oesterreich zurückfallen, daß das linke Rheinufer den alten Herren zurückgegeben werden sollte, war eine ärgerliche Enttäuschung der an den siegreichen Vormarsch geknüpften Hoffnungen.[1]) In einem merkwürdigen Schreiben vom 19. April setzte jedoch Bonaparte den Direktoren auseinander, ihm sei es wichtiger erschienen, den Kaiser mit Frankreich zu versöhnen, als noch länger um Landerwerb zu feilschen; immerhin werde der neue Freistaat in Italien stark genug sein, um jeden feindlichen Angriff abzuwehren und dem französischen Einfluß auf der Halbinsel die Herrschaft zu sichern. „Hätte ich nach Rom gehen wollen, so hätte ich Mailand verloren; hätte ich nach Wien gehen wollen, so wäre vielleicht die Republik darüber zu Grunde gegangen." Ihm genüge es, als Sieger aus so harten Kämpfen hervorzugehen; ehrgeizige Absichten hege er nicht; er werde es als hohen Lohn ansehen, wenn das Direktorium ihm gestatte, den Degen niederzulegen. „Meine bürgerliche Laufbahn wird wie die kriegerische sein: einheitlich und einfach."

Mochten nun auch Reubell, Barras und Lareveilliere die „Uebereilung" und den Uebermut des jungen Generals noch so entrüstet beklagen, so konnten sie doch an dessen Unentbehrlichkeit nicht zweifeln; der gemäßigtere Carnot und sein „Schatten", Letourneur, waren ohnehin damit einverstanden, daß man den Kaiser nicht zum Aeußersten reizen und der öffentlichen Meinung im eigenen Lande nicht länger widerstreben dürfe. Auch General Clarke, der Vertrauensmann des Direktoriums, billigte die Handlungsweise Bonapartes. „Man mußte sich entschließen," schrieb er an Delacroix, den Minister des Auswärtigen, „man mußte sich rasch entschließen, und das that Bonaparte. Er kannte meine Weisungen; die Vorschläge, die ich hätte machen sollen, wären sicherlich nicht angenommen worden; die Ansichten des Direktoriums über den Frieden wichen allzu weit ab von der Auffassung des Kaisers. Man mußte also den gordischen Knoten zerhauen. Ein neuer Alexander hat dies vollbracht, und zwar in der reinen Absicht, der Republik damit wirksam zu dienen." So verstand sich denn auch das Direktorium (4. Mai) zur Genehmigung der Präliminarien.

Das Direktorium konnte sich um so leichter beruhigen, da ja mit dem Ausdruck „gesetzliche Grenzen" noch weiter zu operieren war.

Während das preußische Ministerium dem Gesandten in Paris am 15. Mai versicherte, der Leobener Vertrag gebe dem Reiche das ganze linke Rheinufer zurück „mit Ausnahme der schon in Departements verwandelten Gebiete und eines zur Verteidigung notwendigen Grenzstriches," berichtete Sandoz-Rollin gleichzeitig an das Berliner Kabinett, er höre in Paris über die Rheingrenze jeden

[1]) Hüffer, Oesterreich und Preußen, 257.

Tag anders sprechen, und besonders von Reubell und Barras werde die Meinung vertreten, daß Frankreich keineswegs auf das linke Rheinufer verzichtet habe.[1]) Bald wurde das Berliner Kabinett selbst unruhig. Am 29. Mai beauftragte es Sandoz, er möge sich vergewissern, was denn eigentlich unter „gesetzlichen Grenzen" zu verstehen sei, ob wirklich, wie in Zeitungen zu lesen, ein Dekret der Nationalversammlung vom 30. März 1793 auch schon Mainz, Worms und die übrigen linksrheinischen Reichsstandschaften mit Frankreich vereinigt habe, so daß sich also Artikel 5 des Leobener Vertrags auf das ganze Rheinufer erstrecke. Sandoz ging den einflußreichsten und besonnensten der Direktoren, Carnot, um Aufschluß an. „Von der französischen Regierung wird immer behauptet, die Regelung der Grenzen werde erst später vor sich gehen. Dagegen spricht der Kaiser in seiner Mitteilung an den Reichstag von der Reichsintegrität wie von einer festen Thatsache. Wie läßt sich dieser Widerspruch erklären?" „Das Wiener Kabinett," erwiderte Carnot, „hat wohl übersehen, daß es durch die Anerkennung der konstitutionellen Grenzen zugleich das linke Rheinufer bewilligte. Selbst Mainz könnte, genau genommen, in diese Grenzen einbezogen werden!" „Doch auf solche Weise hat es nicht bloß der Kaiser nicht verstanden, auch nicht der gesetzgebende Körper, ja, kein Politiker der Welt hat es so aufgefaßt!" Darauf erwiderte Carnot nichts mehr, sondern fing an zu lachen . . .

Der Wiener Hof mußte bald die Erfahrung machen, daß weder Bonaparte, noch das Direktorium gesonnen seien, sich an den Wortlaut der Leobener Abmachungen zu halten. Der österreichische Unterhändler, Marchese di Gallo, der am 14. Mai in Montebello die unterzeichnete Urkunde überreichte, war einem so willensstarken Realpolitiker wie Bonaparte nicht gewachsen. Ueberdies gab es ein Lockmittel, dem das Wiener Kabinett nicht zu widerstehen vermochte. Am 24. Mai erklärte Bonaparte dem Marchese, er sei bereit, auch die Stadt Venedig an Oesterreich zu überlassen, wenn dafür das Gebiet vom Oglio bis an die Etsch an die cisalpinische Republik abgetreten werde. Unbedenklich wurde mit Venedig ein ähnliches Spiel getrieben, wie zwei Jahre vorher von den Teilungsmächten mit Polen. Auch die Thatsache, daß die Republik an der Adria inzwischen sogar Frankreichs Bundesgenossin geworden war, fiel nicht in die Wagschale.

In Verona war am 17. April ein Aufstand ausgebrochen. Die Pâques Véronaises, die von den Franzosen der Sicilianischen Vesper an die Seite gestellt werden,[2]) boten willkommenen Anlaß zum Einschreiten. „Als ich die Gebirgspässe Kärntens überschritten hatte," schrieb der Obergeneral am 3. Mai an die Direktoren, „gaben sich die Venetianer dem Wahne hin, ich sei nunmehr in Deutschland gewissermaßen in den Ofen geschoben, und sofort plante ihre niederträchtige Regierung eine Sizilianische Vesper!"[3]) Schon diese Sprache verriet, welches Schicksal die „Zwingburg des Aristokratismus" zu erwarten habe.

---

[1]) Hüffer, 271. Im Auszug des Berichts bei Bailleu, 127, wird die Aeußerung nicht erwähnt.

[2]) Sorel, L'Europe et la Rév. Fr., V, 157.

[3]) Corr. de Nap., III, 19.

Als sich in Venedig selbst die demokratische Partei, der französischen Unterstützung versichert, gegen die Signoria erhob, rückte General Baraguay d'Hilliers „zur Aufrechthaltung der Ordnung" ein; am nämlichen Tage schloß Bonaparte mit den Vertretern der Signoria einen Vertrag ab, der an Stelle der alten oligarchischen Verfassung die Leitung des Staates einer „Vereinigung aller freien Bürger" übertrug.[1]) Noch am 26. Mai versprach Bonaparte der neuen Regierung, er wolle alles thun, um zu beweisen, wie aufrichtig er die Erstarkung ihrer Freiheit wünsche; tags darauf schrieb er an das Direktorium: „Venedig, das schon seit der Entdeckung des Kaps der guten Hoffnung und seit dem Emporkommen von Triest und Ankona in unaufhaltsamem Verfall begriffen ist, wird schwerlich den Schlag überdauern, den ich ihm beigebracht habe; es ist nur eine natürliche Sache, daß wir dieses untüchtige, feige, für die Freiheit gar nicht geschaffene Volk ohne Land und ohne Wasser demjenigen überlassen, dem wir ihr Festland gegeben haben; vorher wollen wir ihnen aber alle Schiffe abnehmen, ihr Arsenal ausräumen, ihre Kanonen wegführen, ihre Bank zu Grunde richten, — und Korfu und Ankona für uns behalten!"

Napoleon äußerte später einmal, man müsse die Nachbarreiche wie die Artischocken Blatt für Blatt verspeisen. Nach dieser Vorschrift verfuhr er schon in den Anfängen seiner politischen Laufbahn. Zunächst sollte Italien für ihn werden, was Gallien für Cäsar war. Die „Unabhängigkeit Italiens" war für ihn ein lebendiges Wort, aber er hielt, wie Richelieu, diese Unabhängigkeit nicht für beeinträchtigt, wenn Italien für die österreichische Vormundschaft die französische eintauschte. Die Rheingrenze schien ihm vorläufig weniger begehrenswert. „Wenn der deutsche Reichskörper" — es ist natürlich hinzuzusetzen: „in seiner Ohnmacht" — „nicht existierte, so müßte man ihn um unseres Vorteils willen eigens ins Leben rufen!" Diese Worte in Bonapartes Brief an das Direktorium vom 27. Mai erklären die Politik von Campo Formio. —

Ehe wir auf die weiteren Unterhandlungen eingehen, sei auf die innere Lage Frankreichs, auf das Verhältnis Bonapartes zum Direktorium ein Blick geworfen.

Gerade das rücksichtslose Vorgehen gegen die alte Republik Venedig und die Republikanisierung des übrigen Italiens trugen dazu bei, den Gegensatz zwischen dem jakobinisch-demokratischen und dem konservativ-royalistischen Element in Frankreich zu verschärfen. Trotz der Ueberlegenheit der französischen Waffen im Ausland war die Direktorialregierung durchaus nicht als fest und gesichert anzusehen. Obwohl sich die Armeen in Deutschland und Italien nicht bloß Sold und Lebensunterhalt selbst erstritten, sondern auch beträchtliche Teile der Brandschatzungen dem Staatsschatz zuwandten, war die Geldnot aufs Aeußerste gestiegen; die neuen Mandats territoriaux waren in kürzester Zeit ebenso entwertet, wie die alten Assignate, und ein Dekret vom 4. Dezember 1797, wodurch zwei Dritteile der gesamten Staatsschuld einfach gestrichen wurden, konnte nur als Bankerotterklärung aufgefaßt werden. Zur finanziellen Bedrängnis kamen schroffe politische Gegensätze. Neben den wenig zahlreichen Royalisten, die zur Wiederaufrichtung des absoluten

[1]) Corr. de Nap., III, 49.

Regiments das weiße Banner entfalten wollten, gab es sehr viele Freunde einer beschränkten Monarchie im Sinne Mouniers und Barnaves. Ebenso gespalten waren die Anhänger der Republik. Viele Bürger fühlten sich abgestoßen von Barras mit seiner Maitressensippe, von Reubell mit seinem Emporkömmlingsdünkel, von Lareveilliere mit seiner Sektierer-Unduldsamkeit; sie forderten Säuberung der Verwaltung von unreinlichen Elementen, Aufhören der Verfolgungen aus politischen und religiösen Gründen, behutsame Reform der Ausnahmsgesetze gegen Emigranten und Priester.

Am 10. April 1797 war ein Drittel der Mitglieder der beiden Kammern neu zu wählen. Die Wahlkämpfe endigten mit entschiedenem Sieg der gemäßigten Partei, in welcher alle Abstufungen der Gegenrevolution vertreten waren. Der Rat der Fünfhundert erhob Pichegru, einen Gegner der Terroristen, zum Präsidenten, und an Stelle des ausscheidenden Letourneur wurde der „Friedensbote" Barthelemy gewählt. Die neue Mehrheit — die „Pairschaft der künftigen Monarchie" [1]) — wünschte Herstellung von Ordnung und Ruhe im Lande, doch daran war nicht zu denken, wenn nicht vorher die Reibungen und Kämpfe mit dem Ausland aufhörten. Deshalb begannen im Rat der Fünfhundert sofort die Feindseligkeiten gegen das kriegslustige Triumvirat im Direktorium, und die Einsetzung einer Kommission, welche untersuchen sollte, ob nicht zur Zeit geltende Gesetze der Konstitution zuwider seien, war nicht bloß gegen die Regierung, sondern gegen die Republik gerichtet. Frieden zu schließen mit dem Ausland, das Direktorium zu stürzen, die Jakobiner unschädlich zu machen und den übermächtigen Einfluß der republikanischen Generäle zu brechen — so lautete das Programm der Rechten und des Zentrums in den beiden Kammern. Dagegen schlossen sich nun auch alle, die an der Verhütung der Gegenrevolution ein Interesse hatten, enger aneinander. Im Widerstreit mit der Mehrheit des Volkes suchte die Regierung eine Stütze an der Armee und den einflußreichsten Generälen. Das wichtigste war, Bonaparte zu gewinnen. Für Talleyrand, den Minister des Auswärtigen, galt es schon als ausgemachte Sache, daß dem Italiener, der die französischen Armeen bisher von Sieg zu Sieg geführt habe, die Zukunft gehöre, daß die gegenwärtige Regierung nur noch als Zwischenakt anzusehen sei. [2]) Bonaparte, „der Sohn der Freiheit, aber uneingedenk des edeln Ursprungs" (Platen), war ein zu kluger Rechner, um die ihm zugedachte Rolle des großen Säbels selbst zu übernehmen, war aber nicht abgeneigt, durch Unterstützung des Triumvirats seine eigene Stellung zu befestigen. Wie von ihm das Wesen der Republik erfaßt wurde, zeigen die Worte, die er bei Gründung der cisalpinischen Republik an die Nationalgarde richtete: „Der Soldat ist's, der die Republiken gründet; der Soldat ist's, der sie aufrecht hält; ohne Armee, ohne Streitkräfte, ohne Disziplin gibt es weder eine politische Unabhängigkeit, noch eine bürgerliche Freiheit!" [3]) Er neigte um so bereitwilliger auf die Seite der Barras und Lareveilliere, da seine Eigenliebe durch heftige Reden

[1]) Sorel, Bonaparte et Hoche en 1797, 149.
[2]) Sorel, L'Europe et la Révolution franç., V, 211.
[3]) Corr. de Nap., III, 180.

im Parlament über sein Einschreiten gegen Venedig verletzt worden war. Der Staatsstreich zur Beseitigung der „Königsmacher" wurde eingeleitet durch ein militärisches Fest in Mailand (14. Juli), das zugleich der Erinnerung an den Sturm auf die Bastille und der Verbrüderung der französischen und cisalpinischen Truppen dienen sollte. Bonapartes Tagesbefehl an die „Kameraden" war eine nach Paris gerichtete Kriegserklärung. „Gebirge trennen uns von Frankreich, aber ihr werdet sie mit der Schnelligkeit des Adlers überfliegen, wenn es nötig sein sollte, um die Verfassung aufrecht zu erhalten, die Freiheit zu schützen, der Regierung und der Republik hülfreichen Arm zu leihen!" [1]) „General Bonaparte ist heute zugleich der Liebling und der Schutzherr des Direktoriums," schrieb Herr von Sandoz nach Berlin, „die Direktoren Reubell und Lareveilliere rühmen ihn als den Schild des gegenwärtigen Systems." Wie Bonaparte in Wahrheit über das Direktorium dachte, beweist seine Aeußerung, der grobe Augereau sei gerade gut genug, um für diese Regierung den Staatsstreich in Scene zu setzen. Entschlossenes Einschreiten gegen die „Zungendrescher" im Parlament hielt Bonaparte schon im Interesse seiner italienischen Politik für geboten. Unzweifelhaft suchte der kaiserliche Hof den Friedensschluß nur deshalb zu verzögern, weil er von einer royalistischen Reaktion in Frankreich günstigere Bedingungen erwartete. „Alle meine Unterhandlungen" (mit Marchese di Gallo und Merveldt), schrieb er am 6. September aus Passariano, „sind nur Tändelei; die Entscheidung wird in Paris fallen: wenn unsere Regierung sich befestigt, wenn die an England verkauften oder durch Sklavenseelen verführten Leute ohne Macht und Mittel sind, dann werdet ihr in zweimal vierundzwanzig Stunden den Frieden haben, wie ihr ihn wollt."

Als Bonaparte diese Zeilen niederschrieb, war die Entscheidung in Paris schon gefallen. Am 18. Fructidor (4. September) wurden die Führer der Opposition verhaftet, Carnot und Barthelemy durch Merlin und François ersetzt, der verdächtige Moreau verlor sein Kommando, während an Hoche der Oberbefehl über die vereinigten Rheinarmeen übertragen wurde.

Bonaparte hielt sich seit Abschluß des Waffenstillstandes auf Schloß Montebello bei Mailand auf. Für den General der Republik war hier eine fürstliche Hofhaltung eingerichtet. Edelleute aus den vornehmsten Familien Italiens, berühmte und berüchtigte Pariser Revolutionäre, Gesandte aller europäischen Staaten drängten sich in den goldstrotzenden Sälen des Schlosses, alle buhlend um die Gunst Bonapartes, der den einen als Schoßkind des Glücks, den anderen als Werkzeug der Vorsehung, allen als der Träger der Zukunft erschien. Ein Wort des Mächtigen hatte genügt, um das stolze Venedig in den Staub zu werfen; jetzt schickte er sich an, die gewonnene Beute mehr nach eigenem Belieben als nach den Anordnungen seiner Regierung zu verteilen.

Mit Marchese di Gallo hatte er schon in Leoben verabredet, daß der Kaiser Venetien bis zur Etsch, die cisalpinische Republik das lombardische Gebiet bis zur Etsch, Frankreich das linke Rheinufer erhalten sollte. Als aber Gallo diese Vorschläge nach Wien brachte, stieß er in der Hofburg auf gänzlich

[1]) Corr. de Nap., III, 47.

veränderte Verhältnisse. Der Schrecken, den das Vorrücken Bonapartes in den Erblanden hervorgerufen hatte, war vergessen; dank den neuen Rüstungen stand eine stattliche, man durfte hoffen, der französischen überlegene Heeresmacht zur Verfügung; dazu kamen die Nachrichten über die wachsende Unzufriedenheit des französischen Volkes mit der Direktorialwirtschaft und das Anwachsen der royalistischen Bewegung. Wieder, wie 1792, wurden diese Stimmungsberichte überschätzt; man glaubte, die Gunst Bonapartes nicht mehr nötig zu haben, und wollte den Frieden mit der Republik wenigstens nicht übereilen. „Wie die Wiener Regierung die gegenwärtige Lage auffaßt, ist nicht zweifelhaft," schrieb Cäsar am 8. Juni nach Berlin, „die eifrige Fortsetzung der Kriegsrüstungen, die Organisation des Landsturms in Ungarn, die Entsendung starker Streitkräfte ins Reich, vor allem die Bildung der ungeheuren Armee für Italien, das sind viel zu ernste und zu kostspielige Maßnahmen, als daß nicht ein großer Angriffsplan zu Grunde läge." [1])

Der Bescheid, den General Merveldt am 19. Juni nach Montebello brachte, ging denn auch auf jene Abmachungen Gallos gar nicht ein, sondern kam auf die von Bonaparte und Gallo längst aufgegebene Berufung eines allgemeinen Kongresses in Bern zurück. „Ich sage nicht nein," erwiderte Bonaparte, „doch möchte ich die Frage aufwerfen, ob anzunehmen ist, daß England und Rußland auf einem allgemeinen Kongreß ihre Zustimmung zur Bereicherung Oesterreichs durch Venetien geben werden?" Diesem Bedenken konnte sich auch die kaiserliche Regierung nicht verschließen, der Kongreß wurde aufgegeben, und am 1. Juni konnten zu Udine die Verhandlungen wegen eines Sonderfriedens zwischen Frankreich und Oesterreich eröffnet werden. Oesterreich war durch Gallo, Merveldt und Degelmann, Frankreich nur durch General Clarke vertreten, weil Bonaparte mit der Entwirrung der inneren Angelegenheiten Frankreichs zu thun hatte. Schon am 29. Juni wurde aber die cisalpinische Republik ausgerufen, um dem Wiener Hofe klar zu machen, daß er auf Zurückgabe der Lombardei nicht mehr zu hoffen und auf Ersatz nur im Einvernehmen mit Frankreich zu rechnen habe.

Trotzdem ging es mit den Unterhandlungen in Udine nicht vorwärts. Die Verschleppung war von den österreichischen Diplomaten beabsichtigt, damit für die ununterbrochen fortgesetzten Rüstungen Zeit gewonnen werde. Bonaparte richtete deshalb am 23. Juli an den Kaiser eine dringliche Mahnung, es möge doch die vorteilhafte Aussöhnung mit der Republik nicht leichtfertig verscherzt werden. „Oder sollte es möglich sein: will man die Schrecken des Kriegs sich erneuern lassen? Will Ew. Majestät zu abermaliger Verwüstung Deutschlands das Zeichen geben? Soll Europa glauben, daß Ew. Majestät, als die feindlichen Armeen vor Ihrer Hauptstadt standen, zum Frieden bereitwillig die Hand reichten, jetzt aber, da der Feind sich entfernt hat, von den Bedingungen nichts mehr wissen wollen?" „Ich höre nichts Neues über unsere Verhandlungen," schrieb Bonaparte an das Direktorium, „man könnte sich nicht schamloser über uns lustig machen. Ich lasse eine Brücke über den Isonzo schlagen, ich lege Brückenköpfe an, ich thue überhaupt alles, um dem Feind zu zeigen, daß wir

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Cäsars an das preuß. Min. vom 8. Juni 1797.

den Krieg nicht scheuen, sondern jeden Augenblick bereit sind, wieder zum Schwert zu greifen!" [1]) Die Mehrheit des Direktoriums wollte daraufhin unverzüglich den Krieg wieder aufnehmen, doch Carnot und Barthelemy wußten noch einen Aufschub durchzusetzen.

In den letzten Tagen des August 1797 begab sich Bonaparte selbst nach Udine, wo inzwischen auch Gallo wieder eingetroffen war. Der Obergeneral verlegte sein Hauptquartier in das in Passariano nahe bei Udine gelegene Barockschlößchen, das dem letzten Dogen von Venedig, Lodovico Manin, gehört hatte. Die ersten Unterhandlungen verliefen nichts weniger als glücklich. „Je länger wir mit den österreichischen Bevollmächtigten zu thun haben," schrieb Bonaparte am 6. September an das Direktorium, „desto abscheulicher enthüllt sich vor uns Thuguts feindselige Gesinnung!" In wenig freundlichem Licht schildert er auch die Unterhändler. „Gallo, der sich immer als Fremder fühlt und schon deshalb besonders ängstlich jede Abweichung vom Willen Thuguts vermeidet, — Merveldt, ein braver Reiteroberst, der sich aber zu den gröbsten Wahrheitsverletzungen hergibt, — Degelmann, ein unbedeutender, unschlüssiger, launischer Herr, — sie alle halten, wenn sie vorher nach rechts und links geguckt haben, ob es kein Unberufener hören kann, mit ihrer Ueberzeugung nicht zurück, daß Thugut ein Spitzbube ist, den man hängen sollte, aber Thugut ist nun einmal der eigentliche Souverän in Wien!" [2]) Die Lage änderte sich aber, als die Nachricht vom Staatsstreich des 18. Fructidor in Udine eintraf. Die siegreichen Direktoren hatten nicht übel Lust, in die alte Kriegspolitik einzulenken. Die Verhandlungen mit den Engländern in Lille wurden abgebrochen; aus Udine wurde Clarke abberufen, was wenigstens eine Erschwerung des Friedensgeschäftes zur Folge haben mußte. Es wurde nicht geradezu erklärt, daß man den Frieden mit Oesterreich nicht wolle, aber es wurde gezaudert, die notwendigen Zugeständnisse zu bewilligen.

Oesterreich hatte inzwischen zwei große Armeen aufgebracht, die für Deutschland bestimmte, mit den noch verfügbaren Reichskontingenten vereinigte Hauptarmee unter Erzherzog Karl und die italienische Armee unter Feldzeugmeister Graf Terzka. Dazu kamen noch die zahlreichen Reservebataillone, der Tiroler Landsturm und die kroatischen und ungarischen Insurrektionsscharen. Diese Heeresmacht war der französischen überlegen; Oesterreich hätte mit günstigen Aussichten in den Krieg eintreten können. Doch der 18. Fructidor wirkte entmutigend auf die Wiener Hofkreise. Man hatte sich hier der Hoffnung hingegeben, daß die Direktorialherrschaft demnächst zusammenbrechen und die Republik in äußerste Verwirrung geraten werde — und nun war gerade das Gegenteil eingetreten! Bonaparte nahm aber wie ehedem in Leoben gegenüber den überspannten Forderungen seiner Regierung einen gemäßigten Standpunkt ein. Das Direktorium wollte laut Note vom 29. September auf der Einverleibung des ganzen linken Rheinufers mit Mainz, sowie auf der Erwerbung von Korfu und den jonischen Inseln unter allen Umständen bestehen, aber keineswegs Venedig und die Etschlinie bewilligen. Dieses Ultimatum hätte nicht mehr

[1]) Corr. de Nap., III, 202 ff.
[2]) Ibid., III, 261, 264.

und nicht weniger als eine Kriegserklärung bedeutet. Doch Bonaparte ließ sich in seiner Auffassung der politischen Lage nicht beirren. Gewaltthätiges Auftreten, erwiderte er, wäre nur dann am Platze, wenn bei Wiederaufnahme des Krieges auf sicheren Erfolg gerechnet werden könnte; dies sei aber durchaus nicht der Fall. Der neue Befehlshaber der Rheinarmee, Augereau, biete keine Bürgschaft eines kräftigen Zusammenwirkens; Italien könne zur Zeit noch keine kriegstüchtige Mannschaft liefern; ihm selbst habe der letzte Feldzug so zugesetzt, daß er kaum ein Pferd besteigen könne.

Inzwischen hatte auch in Wien die Friedenspartei die Oberhand gewonnen. Die Bitten der Kaiserin und die Vorstellungen Colloredos — so berichtete der Nachfolger Lucchesinis in Wien, Graf Keller, nach Berlin — machten auf den Kaiser so starken Eindruck, daß Thugut in Furcht geriet, der Kaiser möchte hinter seinem Rücken ungünstige Verpflichtungen eingehen. Auch eine plötzliche Verständigung Englands mit Frankreich mußte befürchtet werden, nachdem das Kabinett von St. James schon einmal, ohne dem Bundesgenossen genügende Nachricht zu geben, mit der Republik angeknüpft hatte. Vor allem aber: ein Sonderfriede mit Frankreich konnte zur Erwerbung Baierns verhelfen, „und diesem Gewinn zu Liebe könnte man schon das linke Rheinufer opfern." „Das preußische System hat in Paris gesiegt," diese Klage war in Wien seit Mitte September an der Tagesordnung, „es ist also auch für uns nicht mehr möglich, die Integrität des Reiches zu retten!"[1]) Am 25. September überbrachte Merveldt ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers an Bonaparte, das in den schmeichelhaftesten Ausdrücken für den Obergeneral der Sehnsucht nach Frieden und nach Verständigung mit Frankreich Ausdruck gab. Tags darauf traf Graf Cobenzl in Udine ein und fand in Schloß Passariano freundschaftliche Aufnahme. Nun kam in die Verhandlungen ein rascheres Tempo. „In drei oder vier Tagen wird alles fertig sein," schrieb Bonaparte an Talleyrand, „entweder werden wir den Frieden haben oder den Krieg. Ich gestehe Ihnen, daß ich alles thun werde, um den Frieden zu erlangen, sowohl wegen der vorgerückten Jahreszeit als wegen der geringen Aussicht auf günstigen Erfolg. Sie kennen dieses italienische Volk zu wenig; die Leute verdienen wahrlich nicht, daß man um ihretwillen 40 000 Franzosen schlachtet. Wenn Sie von mir Wunder verlangen, so kann ich nur sagen, daß ich nicht weiß, wie man sich dazu anstellen muß."[2]) Bonaparte war also zu Nachgiebigkeit bereit. Als aber Cobenzl im Auftrag seines kaiserlichen Herrn die Addagrenze forderte, wurden Bonapartes Mienen ehern, und als Cobenzl ebenso nachdrücklich wie höflich hinzufügte, daß er seine Forderung höchstens bis zum Mincio einschränken dürfe, war es mit der freundschaftlichen Ergebenheit des Generals zu Ende. Ein auf dem Tische befindliches kostbares Theeservice, ein Geschenk der Kaiserin von Rußland, soll auf den Boden geflogen sein, und dazu soll Bonaparte, bebend vor Zorn, gerufen haben: „Noch ehe der Herbst sein Ende erreicht, wird Ihre Monarchie wie dieses Porzellan in Scherben gehen!"[3]) Jedenfalls steht fest, daß Cobenzl

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Graf Kellers vom 19. Sept. 1797.

[2]) Corr. de Nap., III, 369.

[3]) Der Vorgang wird in Ségurs Histoire et mémoires I, 375, erzählt. Napoleon selbst

nicht deshalb nachgab, weil er durch den brutalen Trotz des Generals eingeschüchtert gewesen wäre. Der Widerstand war ja gar nicht ernstlich gemeint; es galt nur durchzusetzen, daß jene Bedingungen, die im Reich und bei den Verbündeten Anstoß erregen mußten, als geheime Artikel in den Friedensvertrag kamen. Als dies erreicht war, wurden die Urkunden am 17. Oktober 1797 unterzeichnet. Sie enthielten in 25 Artikeln den Verzicht des Kaisers auf die Niederlande zu Gunsten der französischen Republik, sowie die Zustimmung des Kaisers zum Uebergang der venetianischen Inseln im Jonischen Meer an Frankreich und zur Bildung der cisalpinischen Republik bis zur Etsch, ferner die Zustimmung Frankreichs zur Abtretung der Stadt Venedig und der Terra Firma, der venetianischen Inseln im Adriatischen Meer, der Bocche di Cattaro, Istriens und Dalmatiens an Oesterreich. Die bedenklichen Bestimmungen waren in die geheimen Artikel verwiesen. Da Franz II. den Frieden nur als König von Böhmen und Ungarn einging, wurde alles, was das Deutsche Reich betraf, der endgültigen Entschließung eines in Rastatt abzuhaltenden Kongresses vorbehalten, doch verpflichtete sich der Wiener Hof, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, damit die Republik das ganze linke Rheinufer von Basel bis Andernach mit Einschluß der Stadt und Festung Mainz und des Brückenkopfes von Mannheim erlange. Für den Fall, daß die Zustimmung des Reiches nicht zu erlangen wäre und der Krieg von neuem ausbrechen sollte, verpflichtete sich der Kaiser, zur Reichsarmee nur das geringfügige, verfassungsmäßige Kontingent zu stellen. Dafür stellte die Republik ihre guten Dienste in Aussicht, um dem Kaiser die Erwerbung des Erzstifts Salzburg und des bairischen Kreises bis zum Inn zu ermöglichen. Endlich verbürgten sich die beiden Vertragsmächte wechselseitig, daß sie eine Gebietsvergrößerung Preußens nicht zugeben wollten; um jeden Anlaß abzuschneiden, sollte Preußen sogar sein alter Besitz auf dem linken Rheinufer belassen werden. [1]) Als schon alles zum Abschluß bereit war, kam es zu neuen Streitigkeiten über die Frage, wo die Urkunden unterzeichnet werden sollten. Bonaparte wollte es

---

rühmte sich noch auf St. Helena, durch diesen Theatercoup den Widerstand des kaiserlichen Unterhändlers gebrochen zu haben. Ranke, Denkwürdigkeiten Hardenbergs, I, 374, Anm. 2, bezweifelt, daß sich der Vorgang in der angegebenen Weise abgespielt habe, weil Cobenzl nichts davon berichtet; Ranke möchte lieber annehmen, daß der General, als er rasch seinen Hut aufsetzen wollte, mit dem Federbusch das Porzellan heruntergeworfen habe. In den Berichten Cobenzls werden aber so drastische Ausbrüche des Zornes und der Wut des Generals — „Bis auf die Straße fuhr er fort, zu schreien, in einer Weise, die man nur der Trunkenheit zuschreiben darf!" — mitgeteilt, daß auch die absichtliche Zertrümmerung der Gefäße — einen ähnlichen klirrenden Theatercoup verwertete Napoleon auch bei einer Unterredung mit Bruder Lucian nach dem Verkauf Louisianas — nicht unglaublich erscheint. Auch Hüffer (Oesterreich und Preußen gegenüber der franz. Rev., 458) ist geneigt zur Annahme, daß Bonaparte absichtlich in der heftigen Aufregung das Service zu Boden geworfen und in der Weise, wie er später angibt, sich ausgedrückt habe; die Einzelheiten des Vorganges könne man getrost auf sich beruhen lassen, „denn das ist als sicher anzunehmen, daß ein derartiger Vorfall, wenn er stattgefunden hat, nicht mit langer Berechnung vorbereitet, daß er nicht der Mittelpunkt der Handlung und daß er überhaupt von erheblicher Bedeutung gar nicht gewesen ist."

[1]) Martens, Recueil des traités, II. édit. IV. 420. — Der Vertrag ohne Articles secrets erschien zum erstenmal in der Zeitschrift „Le Rédacteur", 27. Oktober 1797, Nr. 681, und daraus abgedruckt im Politischen Journal, Jahrg. 1797, II, 1152.

in seinem Hauptquartier zu Passariano vollziehen, Cobenzl beharrte auf Udine. Schließlich einigte man sich dahin, daß der Vertrag in Passariano zwar unterschrieben, aber nach einem neutral erklärten Dörfchen Campo Formio zwischen Passariano und Udine benannt werden sollte.[1])

„Ich hätte den Krieg unmöglich wieder aufnehmen können," schrieb Bonaparte am 18. Oktober an Talleyrand, „meine Armee ist zu schwach, über die schneebedeckten Alpen ist nicht mehr hinwegzukommen, und die 10000 Piemontesen, die ich zur Ergänzung meiner Truppen in Aussicht genommen hatte, sind mir durch die Weigerung des Direktoriums, den Vertrag mit Sardinien zu genehmigen, verloren gegangen." Den Ausschlag aber habe die Hoffnung gegeben, durch den Frieden mit Oesterreich freie Hand gegen England zu gewinnen! „Die Oesterreicher sind schwerfällig und knauserig; kein Volk ist weniger zu Umtrieben geneigt und infolgedessen weniger gefährlich für unsere innere Entwickelung, als das österreichische. Dagegen ist der Engländer beherzt, ränkevoll und unermüdlich thätig. Unsere Regierung muß die englische Monarchie niederwerfen, oder sie muß befürchten, durch die Ränke der Insulaner vernichtet zu werden. Der gegenwärtige Augenblick gibt uns gutes Spiel. Fassen wir alle unsere Kräfte zusammen, um England zu zerschmettern, dann wird Europa vor uns auf den Knieen liegen!"[2])

Die Friedensbedingungen waren für Oesterreich so günstig wie möglich. Der preußische Diplomat Cäsar glaubte deshalb sogar an Bestechung Bonapartes, was auch Mallet du Pan beargwohnte.[3]) Man kann sagen: Oesterreich hatte nichts aufzuopfern, was nicht ohnehin schon verloren war. Bei den Präliminarien konnte sich das Wiener Kabinett noch auf eine gewisse Nötigung durch die gefahrvolle Lage berufen; dagegen waren die in Udine eingeräumten, noch weiter reichenden Zugeständnisse auf eine rein politische Handelschaft zurückzuführen. Die fette Beute Oesterreichs hatten das Deutsche Reich und die Republik Venedig zu bezahlen. Noch bestimmter und unverhüllter als von Preußen war nunmehr vom Kaiser die Abtretung des linken Rheinufers zugestanden. Ebenso war der Grundsatz der Säkularisation offen anerkannt, nur mit dem Vorbehalt, daß Preußen daraus keinen Vorteil ziehen dürfe und die von Oesterreich abhängigen geistlichen Kurfürstentümer erhalten bleiben sollten.[4]) Wie höhnisch war von österreichischer Seite nach dem Baseler Friedensschluß die „Preisgebung der Reichsintegrität" verurteilt worden! Mit welchem Stolz hatten die kaiserlichen Truppen den Dank der Rheinländer für die Befreiung vom Joch der Franken entgegengenommen! In Ehrenbreitstein hatten nach dem Abzug der Franzosen festlich gekleidete Jungfrauen die siegreichen Oesterreicher „im Taumel dankbarer Freude" umhalst und abgeküßt, und ein rheinischer Poet hatte den Befreiern zugerufen:

„. . . Oesterreich ist der Held, der uns die Ruh' geschafft,
Ihm dankt durch unsren Mund der Thäler Bürgerschaft.

[1]) Polit. Journal, Jahrg. 1797, II, 1149.
[2]) Corr. de Nap., III, 390.
[3]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Cäsars an das preuß. Min. vom 14. Juni 1797.
[4]) Denkwürdigkeiten Hardenbergs, I, 376.

Nehmt an, ihr Heldensöhn', den Dank, den wir euch geben,
Ihr strittet stark für uns, für unser Gut und Leben!
Oesterreich sei ewig groß, sein Ruhm der Welt bekannt:
Dir dankt mit wahrer Lieb' das teutsche Vaterland!" [1])

Und jetzt? Jetzt hatte der Wiener Hof das linke Rheinufer, ja sogar auch Mainz, den „Schlüssel des Deutschen Reiches", geopfert, um die Lagunenstadt zu gewinnen!

Welche Sünde das kaiserliche Regiment durch die Vergrößerung seiner Hausmacht auf Kosten des Deutschen Reiches auf sich lud, hat niemand so unumwunden anerkannt und so schonungslos gebrandmarkt, als Thugut. Er hatte dem Frieden so lange wie möglich, wenn auch nicht um der Erhaltung der Reichsverfassung willen, widerstrebt. Cäsar beurteilte die Politik des leitenden Ministers richtig, als er schrieb (29. Juli): „Thugut wird der Zulassung von Entschädigung auf Kosten des Deutschen Reiches wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten so lange wie möglich auszuweichen suchen, aber die Umstände werden ihn zwingen, darauf einzugehen; er wird es dann verstehen, seinen Herrn von jeder Begünstigung des Planes weiß zu waschen, und dabei werden die Ansprüche Oesterreichs auf alles Land bis an den Ursprung der Donau ausgedehnt werden." Eine Aeußerung, die der Minister vor einem seiner Beamten fallen ließ, ist bezeichnend für seine Denkweise: „Das Deutsche Reich ist ein baufälliges Haus; entweder darf man es nicht berühren oder man muß es zusammenreißen und einen Neubau aufführen!" [2]) Als Thugut dem Drängen der Friedensfreunde nachgegeben hatte, beklagte er selbst den „unglücklichen Frieden, der als der schmachvollste epochemachend sein wird in den Jahrbüchern Oesterreichs, solange es noch Jahrbücher Oesterreichs gibt, denn es ist stark zu befürchten, daß sie bald von der Oberfläche verschwinden werden!" [3]) „Was meine Mißstimmung am höchsten steigert, das ist die schimpfliche Erniedrigung von uns Wienern, die schon das Wort Friede trunken vor Freude macht, ohne daß sich ein einziger darum kümmert, ob gute oder schlechte Bedingungen erreicht worden sind; kein einziger fragt nach der Ehre des Staates oder darnach, was aus der Monarchie in zehn Jahren geworden sein wird, wenn man nur jetzt auf die Redouten gehen und gebackene Händeln essen kann!" . . . „Ich bitte, zu erwägen, welche Wirkung diese Gerüchte haben, welche Bestürzung sie im Reich hervorrufen werden, welch leichtes Spiel jetzt Preußen haben wird!" [4]) Auch Cobenzl hielt für angemessen, den Frieden als erzwungen hinzustellen und als „entsetzlich" zu bezeichnen. Dagegen nannte ihn Fürst Liechtenstein ein hocherfreuliches Ereignis, und die Kaiserin meinte, ein jeder Friede sei dem ewigen Hangen und Bangen zwischen Furcht und Hoffen vorzuziehen. Auch in den Volkskreisen wurde die Friedensbotschaft, obwohl über die Bedingungen bisher nur Gerüchte in die Oeffentlichkeit gedrungen waren, mit Jubel aufgenommen. Im Burgtheater sang das

[1]) Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, II, 2, 501.
[2]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Cäsars an das preuß. Min. vom 29. Juli 1797.
[3]) Vivenot, Vertrauliche Briefe Thuguts, II, 63.
[4]) Ebenda, II, 64.

Publikum stehend die Kaiserhymne, doch hatten sich die Majestäten nicht dazu eingefunden.

Der Kummer Thuguts entsprang nur aus der Furcht, daß der Nebenbuhler Preußen aus der Handelschaft in Udine einen Vorteil ziehen könnte. Der treibende Faktor bei der Aussöhnung mit Frankreich war nichts anderes als der Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen. Wie gehässig der Bundesgenosse von 1792 jetzt in Wien beurteilt wurde, erhellt aus den Noten, wodurch Thugut und Cobenzl mit aufdringlicher Zärtlichkeit die Gunst des Zarenhofes zu erwirken suchten. „Der von alters her festgewurzelte Haß Preußens gegen Oesterreich", „die Lüsternheit Preußens", „die unwürdige Politik Preußens" werden beklagt, und gegen den „ständigen Friedensstörer" die Hülfe des „natürlichen Bundesgenossen" erbeten.[1]) Cäsar mußte seiner Regierung erklären, er sei nicht im stande, über die Friedensverhandlungen Erkundigung einzuziehen, weil alle Welt den Verkehr mit der preußischen Gesandtschaft meide.[2])

Freilich war das Mißtrauen des Wiener Hofes durch die beständig schwankende, aber immer begehrliche Politik des Berliner Kabinetts gerechtfertigt. Widersprüche und Zweideutigkeit und kein Ende! Bonaparte hatte in Leoben so leichtes Spiel gegen die Vertreter des Kaisers gehabt, weil er plötzlich mitteilen konnte, soeben sei der preußische Diplomat Luccheſini bei ihm gewesen, um ihn für weittragende Pläne gegen Oesterreich zu gewinnen.[3]) Es blieb dem Wiener Hofe auch nicht verborgen, daß der französische Geschäftsträger Caillard sich alle Mühe gab, dem preußischen Ministerium die Vorteile engen Anschlusses an Frankreich klar zu machen, und daß eine solche Verbindung in Berlin und Potsdam warme Freunde besaß. Je unfreundlicher die Nachrichten über das Verhalten Thuguts in der Friedensfrage lauteten, desto dringlicher wurde die Werbung in Berlin. Von Paris erging die förmliche Aufforderung, die Ausbreitung der preußischen Macht über ganz Norddeutschland zu betreiben, ja Caillard soll sogar, wie Hardenberg versichert, dem König nahegelegt haben, die deutsche Kaiserkrone anzustreben.[4]) Nun bestand zwar wenig Geneigtheit zur Waffengenossenschaft mit der Republik gegen Oesterreich, doch ließ sich das Ministerium sogar zu Diensten über den Berliner Vertrag vom 5. August 1796 noch hinaus bereit finden. Eine solche Gefälligkeit war die auf Caillards Wunsch am 3. Juli 1797 abgegebene Erklärung, wodurch Preußen den Grundsatz der Entschädigung durch Säkularisationen offen anerkannte; damit war der Republik und dem Kaiser die Verlegenheit erspart, das anstößige Wort aussprechen zu müssen.[5]) Nach dem Staatsstreich vom 18. Fructidor wurde der Versuch erneuert, die preußische Staatsleitung für ein Schutz- und Trutzbündnis zu gewinnen. Wie ungezwungen und rücksichtslos die „Söhne der Freiheit" bereits Eroberungs-

---

[1]) Michailowski Danilewski, Gesch. des Krieges Rußlands mit Frankreich i. J. 1799, übers. v. Schmitt, I, 319, 321, 323.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Cäsars an das preuß. Min. vom 15. Juli 1797.

[3]) Häusser, II, 99.

[4]) Bailleu, Einleitung XXVIII. — Denkwürdigkeiten Hardenbergs, I, 366.

[5]) Schreiben Finckensteins an den geh. Legationsrat Renfner vom 26. Juni 1797; Bailleu, 133.

politik trieben, beweist die Anordnung, daß Caillard zugleich mit dem Bündnis die Abtretung der Grenzfestung Wesel an die Republik betreiben möge, eine Zumutung, die Caillard als ungeheuerlich ablehnte. Im Sommer 1797 verschlimmerte sich aber das Leiden des Königs, Brustwassersucht, so drohend, daß schon dadurch die Teilnahme an einer entscheidenden Aktion verwehrt war. Auch hatte sich die Finanzlage des Staates, da die Aufwendungen für die Armee nicht eingeschränkt werden durften, seit dem Baseler Friedensschluß keineswegs gehoben. Die Beziehungen zu Rußland hatten sich zwar seit dem Regierungsantritt Pauls verbessert, aber es war vorauszusehen, daß sich das Regiment des verhaßten Zaren nicht lange behaupten werde; jeder Tag konnte das Ende der neuen preußisch-russischen Freundschaft bringen. Und welches Vertrauen verdiente die französische Regierung, die niemals Bedenken trug, die Völker gegen die Fürsten zu hetzen, die auch Bundesgenossen und Schutzbefohlene nicht schonungsvoller behandelte als die offenen Feinde, wenn die Republik daraus einen Vorteil ziehen konnte! „Es ist nur allzu wahr," schrieb das Berliner Kabinett an Sandoz-Rollin (2. Oktober), „wenn es in der Welt eine Macht gibt, die durch die immer weitere Ausdehnung ihrer Eroberungen und zumal durch die Gefährlichkeit ihrer Grundsätze die allgemeine Aufmerksamkeit herausfordert, so ist es Frankreich. Wenn es sich ein festeres Vertrauen zurückgewinnen will, müßte es vor allem selbst mehr Mäßigung, Zuverlässigkeit und Rücksicht gegen andere Regierungen an den Tag legen." [1]) Demgemäß wurde vom preußischen Kabinett zwar im allgemeinen freundschaftliche Bereitwilligkeit zu guten Diensten zugesichert, Mitwirkung an einem neuen Feldzug gegen Oesterreich aber abgelehnt.

Um diese Zurückhaltung zu ahnden, wurden dem Berliner Kabinett von den Abmachungen in Udine die übertriebensten Mitteilungen gemacht: an innigem Zusammenschluß der bisherigen Feinde sei nicht mehr zu zweifeln, und von den neuen Freunden werde dem Reich eine neue Verfassung diktiert werden. Wie der Angler, um zu verhüten, daß der Fisch sich vor dem Herausziehen ans Land wieder befreie, je nach Bedarf die Leine bald lockert, bald straffer anspannt, so wußte die französische Diplomatie auf das Berliner Kabinett abwechselnd durch Versprechungen und Drohungen zu wirken. Die Folge war, daß man sich in Berlin ängstlicher denn je um die Freundschaft der Republik bemühte. So hatte Frankreich die beiden deutschen Großmächte in Abhängigkeit gebracht und zugleich ihre gegenseitige Entfremdung aufs Höchste gesteigert. Diese Thatsache machte die Franzosen auf dem Kongreß, der die endgültige Lösung der Friedensfrage bringen sollte, von vornherein zu Herren der Lage. Die beiden Mächte, die 1792 Schulter an Schulter in den Kampf gegen die Revolution getreten waren, hatten nacheinander mit der Republik paktiert und die Errungenschaften der revolutionären Propaganda in Holland, am Rhein und in Italien anerkannt: Damit beginnt ein neuer Abschnitt der europäischen Geschichte.

Für Preußens innere Politik trat eine wichtige Wende ein mit dem Ableben Friedrich Wilhelms II. Am 16. November 1797 wurden die Thore der Hauptstadt geschlossen; früh morgens war der König gestorben. Ohne Zweifel

[1]) Bailleu, I, 155.

ist Hardenberg im Recht, wenn er in seinen Denkwürdigkeiten den „dicken König" gegen den Vorwurf in Schutz nimmt, als habe er vor allen den Tag von Jena, den Zusammenbruch Preußens verschuldet. Es fehlte dem Nachfolger Friedrichs des Großen weder an gutem Willen, noch an politischem Sinn, noch an Arbeitsamkeit und Eifer. „Die Minister" — so bezeugt Hardenberg — „haben späterhin die geistvollen Bemerkungen vermißt, mit denen er ihre Eingaben begleitete." Allein die Schwäche des Monarchen, die ihn von Einflüssen kleiner, im Finstern schleichender, dienstbarer Geister abhängig werden ließ, die nicht mehr wie im Zeitalter Friedrichs von Soldat und Bürger rücksichtslose Anspannung aller Kräfte forderte und auch in die Politik ein unsicheres Schwanken und Tasten brachte, die widerwärtige Mischung von Frömmelei und Maitressenwirtschaft und der infolge dieser Mißstände aufgewachsene Mangel an Achtung und Ansehen nach innen und außen mußten den Verfall des Gemeinwesens beschleunigen. Wenn auch der harte Ausspruch Mirabeaus über Preußen: Pourriture avant maturité! eine Uebertreibung war, so war der preußische Staat in jener Zeit doch noch kein wurzelfester, lebensvoller Organismus; er glich eher einer auf nächste Zwecke berechneten Maschine, deren bewegende Kräfte das Herz, das Auge, der Geist und vor allem der Wille des Königs sein mußten. „Die preußische Hof-, Kriegs- und Kameralverfassung," sagt Johann Jakob Moser, „gleicht Skanderbegs Säbel; sein Arm gehörte mit dazu." [1]) Unter Friedrich Wilhelm II. griffen aber die Räder nicht mehr pünktlich ineinander. [2]) Mit Recht nennt Cavaignac die Herabminderung der königlichen Autorität das kennzeichnende Merkmal der verhängnisvollen Umwälzung in Preußen seit dem Tode Friedrichs II. [3]) Ein Zeichen des Verfalls war auch — im soldatischen Preußen zwiefach beunruhigend — die politische Selbstthätigkeit der Generale im Sinn der weichlichen Philanthropie des Zeitalters. Nicht minder unheilvoll wirkten die mystisch-pietistischen und kryptokatholischen Umtriebe, das Herabsinken der Seelsorge und des Unterrichts in Dogmenzwang und Formalismus. Der Tod des Königs, dessen Regierungsantritt so froh begrüßt worden war, wurde wenig betrauert. In den von der Regierung abhängigen Zeitungen wurde als besonders hohes Verdienst des Verstorbenen gefeiert, daß er „Borussien früher, als es anderen teutschen Mitbürgern vergönnt war, die Früchte der Ruhe und des Friedens ernten ließ." [4]) Das Hamburger Toryblatt hob hervor, daß sich das Staatsgebiet während der elfjährigen Regierung Friedrich Wilhelms II. ums Doppelte vergrößert habe. [5]) Die „Berlinischen Blätter", das Organ der Berliner Aufklärungskreise, schätzen höher als diesen „ach! mit schwer zu versöhnendem Blut befleckten" Landgewinn die Hinterlassung edler Kinder, die den Regentenstamm fortsetzen werden. [6]) Wielands Merkur geht über den Tod des Königs stillschweigend hinweg und zählt nur die ungeheuren Summen auf, welche die Gräfin Lichtenau den preu-

[1]) Moser, Der Herr und der Diener, 46.
[2]) Hardenberg, Denkwürdigkeiten, I, 398.
[3]) Cavaignac, La formation de la Prusse contemporaine, I, 211.
[4]) Erlangener Realzeitung vom 21. Nov. 1797.
[5]) Polit. Journal, Jahrg. 1797, II, 1197.
[6]) Berlinische Blätter, herausg. v. Biester, Jahrg. 1797, Nov., 225.

ßischen Staat gekostet habe.[1]) Die „Geißel", das Organ des Mainzer Jakobiners Rebmann, beklagt, daß die schimpfliche Abhängigkeit von Wöllnerischem Muckertum den König auch nach seiner Bekehrung im Jahre 1795 abgehalten habe, den freien Franken aufrichtigen Sinnes die Bruderhand zu reichen.[2]) Das wirkliche Verdienst der Regierung Friedrich Wilhelms II., eine engere Verbindung des preußischen Staates mit Deutschland angebahnt und durch Neutralität und Demarkation zunächst eine Art Protektorat über die norddeutschen Nachbargebiete erwirkt zu haben, entzog sich noch dem Verständnis der Zeitgenossen.

Den preußischen Thron bestieg ein noch im ersten Mannesalter stehender Fürst, der dazu berufen sein sollte, die Geschicke Preußens mehr als ein halbes Jahrhundert zu leiten, unter dessen Regierung der tiefe Fall von Jena und die glorreiche Erhebung von 1813 eintraten, ohne daß er für das erste einen namhaften Teil der Schuld zu tragen oder für das andere ein wesentliches Verdienst zu beanspruchen hätte. Er war beim Tode des Vaters erst 27 Jahre alt. Man wußte von ihm nicht viel mehr, als daß er mit Leib und Seele Soldat und ein musterhafter Gatte und Vater war. Seine Erziehung war von Männern geleitet worden, die — es sei an General Köckeritz erinnert, der stolz darauf war, sein ganzes Leben in der Potsdamer Garnison zugebracht zu haben, „den Tag über im Dienst, des Abends bei Spielpartie und Tabakspfeife" — nicht im stande waren, ihren Zögling zu freiem Denken und selbständigem Handeln heranzubilden. Auf Anstiften der Gräfin Lichtenau, die den Einfluß bei ihrem königlichen Gönner nicht mit einem anderen teilen wollte, war er von allen Regierungsgeschäften ängstlich ferngehalten worden. Diese Zurücksetzung wird nur seiner eigenen Neigung entsprochen haben — eine „ausgesprochen unpolitische Natur" nennt ihn Treitschke —, hatte aber zur Folge, daß er später als Regent einerseits unselbständig und hülfsbedürftig war, andrerseits seinen Ratgebern eifersüchtiges Mißtrauen entgegentrug und nur noch argwöhnischer war, wenn ihm geistig überlegene und energische Persönlichkeiten gegenüberstanden.

Immerhin war als glücklicher Anfang zu begrüßen, daß nach dem Regierungsantritt des jungen Königs das Oberhaupt der amtlichen Orthodoxie, der Vater des drakonischen Religionsgesetzes, Minister v. Wöllner, seine Machtstellung verlor. Eine vom vertrauten Ratgeber des Königs, Kabinettsrat Mencken, entworfene Kabinettsordre vom 11. Januar 1798 sagte dem Vorstand des geistlichen Ministeriums die bittere Wahrheit ins Gesicht, die bisher übliche notpeinliche Prüfung von Geistlichen und Lehrern auf ihre Rechtgläubigkeit habe nicht die Religion, sondern nur die Heuchelei gefördert. Sogar der Klubist Rebmann pries „die weise und milde Festsetzung der Grenzen der Staatsleitung in religiösen und moralischen Dingen" und schloß den Bericht mit dem Rufe: „Gott segne Preußens König! Unseren König!"[3]) Umsonst erbot sich Wöllner, würdelos wie immer, auch dem neuen Kurs „auf das pünktlichste strenge Folge zu leisten"; am 11. März 1798 erhielt er seine Entlassung.

[1]) Deutscher Merkur, Jahrg. 1797, III, 370.

[2]) Die Geißel, herausg. v. Rebmann, II, 1, 143. (Satirische) Trauerrede auf des Höchstseligen Königs v. Preußen Friedr. Wilh. II. Majestät.

[3]) Die Geißel, Jahrg. 1798, 2, 41.

Eine erfreuliche Erscheinung war es auch, daß das üppige Serail der Gräfin Lichtenau von der Bildfläche verschwand, der Hof des jungen königlichen Paares aber durch Lauterkeit und schlichte Würde sich auszeichnete. „Die hohe Simplicität" dieses Familienlebens, meinte Wieland, werde, obwohl niemals zur Schau gestellt, des wohlthätigen Einflusses auf die Residenz nicht verfehlen.[1] Vorerst waren es nur Luisens Schönheit und Liebenswürdigkeit, die ihr die Herzen der Umgebung gewannen. Das schöne Auge blickte aber scharf in die Welt. Die Königin gehörte zu den wenigen in Berlin, die kummervoll sich nicht verhehlten, daß Preußen, durch welsche Vorspiegelungen verlockt, eine unwürdige Rolle spiele, daß es sich für den Staat des großen Kurfürsten und des großen Königs nicht zieme, in schwächlicher Neutralität zuzuschauen, wie das Deutsche Reich in Trümmer falle.

Doch die große Mehrheit erblickte im Laisser faire der Friedenspolitiker das Glück der Nation. Auch Friedrich Gentz, damals Kriegsrat in Berlin, wußte in dem aufdringlich an Mirabeau erinnernden „Sendschreiben an Friedrich Wilhelm III" nichts Besseres zu empfehlen, als festzuhalten am bewährten System der letzten Jahre. In der inneren Verwaltung seien vielleicht Reformen geboten, vor allem müsse für die Presse unbedingte Freiheit als „ein System, das einem wohlgeordneten Staate nie Gefahr bereiten könne," gefordert werden, dagegen sei die Armee ohnehin so allverehrt und trefflich, daß „ihre innere Vollkommenheit keine Hauptveränderung erheische." „Den Krieg abzuwenden, das muß der Richtpunkt aller politischen Maßregeln, das Ziel aller militärischen Anstrengungen, der letzte Gipfel aller diplomatischen Weisheit sein."[2]

Dieser Ansicht huldigte auch der König. Obwohl Soldat mit ganzer Seele, wollte er um jeden Preis am bewährten „System des Friedens" festgehalten wissen. Mit den liebenswürdig bescheidenen Worten: „Sie haben Ihren besten Freund verloren, wollen Sie mich dafür annehmen?" trat er vor die Minister. Das Kabinett erfuhr demnach keine Veränderungen, das Regierungsprogramm wies keine wesentlichen Neuerungen auf. Die „Gedanken über die Regierungskunst", von Friedrich Wilhelm kurz vor seiner Thronbesteigung niedergeschrieben, „lesen sich wie die wohlmeinenden Wünsche eines tüchtigen, in bescheidenen bürgerlichen Verhältnissen geborenen, später reich gewordenen Mannes, der von Geburtsvorrechten nichts wissen und sich der Versuchungen des Reichtums und der Macht erwehren will." (M. Lehmann)[3] Ein allen ehrgeizigen Entwürfen abholder Fürst, der nur der im Lande aufgewachsenen Unordnung steuern, die Schulden tilgen, den Ackerbau und die Manufakturen heben, die „nützlichen" Künste und Wissenschaften fördern, die „abstrakten" einschränken und einen „das Fundament des Staates bildenden Schatz" sammeln will, mitten in eine Welt leidenschaftlich sich bekämpfender Gegensätze gestellt, — da war Gesundung des erkrankten Gemeinwesens nicht wohl möglich. Die Schwierigkeiten des neuen Regiments zeigten

---

[1] Deutscher Merkur, Jahrg. 1797, III, 362.

[2] Schriften von F. v. Gentz, II, 17.

[3] M. Lehmann, Ein Regierungsprogramm Friedrich Wilhelms III; Hist. Zeitschr., N. F., 25. Bd., 441.

sich gleichsam symbolisch bei der Huldigung in Berlin[1]. Die Ritterschaft der Marken, die sogar eine Bestätigung ihrer Privilegien für unnötig hielt, weil ihr Recht unabänderlich fortbestehe, hatte sich am 6. Juli 1798 im weißen Saale des Schlosses versammelt, um den herkömmlichen Huldigungseid zu leisten. Alle waren im altertümlichen ständischen Ornat, wohlgepudert, in feierlicher Grandezza, in ihrer Mitte der kurmärkische Domdechant in violettem Talar. In diesen altväterischen Kreis trat plötzlich eine fremdartige Gestalt, ein Mann mit ungepudertem schwarzen Haar, eine dreifarbige Schärpe um die Hüften: der Gesandte der französischen Republik, Sieyes, von dem alle Welt wußte, daß er mehr als alle anderen den großen Brand in Paris geschürt, daß er für den Tod Ludwigs XVI. gestimmt habe ... Der Jakobiner, in dem die revolutionäre Idee gleichsam verkörpert war, inmitten der patriarchalischen Versammlung — dieses Bild kennzeichnet drastisch das Gegensätzliche und Widerspruchsvolle im Verhältnis der preußischen Monarchie zur fränkischen Republik. Als der König seinen Regierungsantritt dem Direktorium meldete, lautete die Anrede: Grands et chers amis! ...

[1] Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten v. Hardenberg, I, 401.

Dritter Abschnitt.

Deutsches Land und deutsches Volk um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts.

Ueber die vielseitige Aufgabe des Historikers ist man sich nicht erst in neuerer Zeit klar geworden. Schon Schlözer verlangte (1793) von der Geschichte, daß sie nicht bloß „Biographien der Könige, genaue Anzeigen von Kriegen und Schlachten u. s. w. nach dem Geschmack der Anno Domini-Männer" enthalte, sondern auch unterrichte, „wie sich während der Zeit die Nation (le peuple est tout) befunden habe, ob sie glücklich oder elend gewesen, wie ihr Landbau, Handel und die übrigen Nahrungszweige beschaffen gewesen seien".

Diese „echten Staatsmerkwürdigkeiten" im Möserschen Sinne sollen auch von uns berücksichtigt werden, doch müssen wir uns auf einen Ueberblick beschränken. Denn um eine erschöpfende Schilderung zu geben, ist einerseits die Fülle der Früchte, welche Forschung und Kritik auf den Sondergebieten gesammelt haben, zu groß — nur noch der Fachgelehrte kann sich in den einzelnen Gebieten heimisch fühlen —, anderseits liegt manches Feld noch brach, so daß unzweifelhaft zuverlässige Nachrichten über Alles vorläufig nicht gewährt werden können.

Erst in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts wurde von den Regierungen der Grundsatz, daß Staatskenntnis Staatsgeheimnis sei, aufgegeben. Auch persönliche Verhältnisse hatten dazu beigetragen, daß statistische Nachrichten verpönt waren. Die meisten Fürsten machten einen Aufwand, der zur Kraft und Leistung ihrer Länder in keinem gesunden Verhältnis stand; da schien es ihnen geraten, jeden Einblick in die ökonomische Politik ihres Landes zu verwehren; sie schlossen ängstlich den Schrank, um die Armut darin zu verbergen. Erst als aufgeklärte und gewissenhafte Regenten begannen, die Verbesserung der staatlichen Zustände, die Wohlfahrt des Unterthanen als Aufgabe des Fürsten zu betrachten, gelangten genauere Berichte über die wirtschaftliche Lage in die Oeffentlichkeit, wurden Aufschlüsse über das Soll und Haben, kritische Betrach-

tungen über das Erreichte und das Wünschenswerte gestattet. Immerhin bereitet schon die vielherrliche Verfassung des Deutschen Reiches einer genauen Statistik der einzelnen Zweige des Kulturlebens große Schwierigkeiten, und es wird noch mühevoller Einzelforschung bedürfen, um mit der wirtschaftlichen Entwickelung, überhaupt mit den inneren Zuständen unseres Vaterlandes ebenso vertraut zu werden, wie mit dem Wachsen und Werden Englands und Hollands.

Von der Reichsverfassung war schon früher die Rede. Nur der Marattenstaat in Ostindien, meint der Helmstedter Professor Schirach, sei mit diesem merkwürdigen Gebilde zu vergleichen; auch dort stehe eine Anzahl unabhängiger Fürsten unter einem Paischwa, dessen Autorität gerade so groß sei, als sie von der eigenen Hausmacht getragen werde. Das deutsche systema statuum sei aber, obwohl es die Kraft des Reiches zum Angriff schwäche, für die Entwickelung der mannigfaltigen Volkskräfte sogar von Nutzen, — ein Urteil, mit dem im Gegensatz zum sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert die meisten Zeitgenossen Schirachs übereinstimmten.

Schirach glaubte (1785) annehmen zu dürfen, daß die Einkünfte von Oesterreich, Preußen, Kursachsen und Pfalz-Baiern allein schon den Einkünften Frankreichs, 500 Millionen Livres, gleichkämen; dabei seien also die braunschweigischen Lande, das reiche Schwaben, die wohlkultivierten Stiftslande und die Reichsstädte nicht mitgezählt. Pfalz-Baiern stehe an Volkszahl und Einkommen dem Königreich Dänemark-Norwegen gleich, Sachsen dem Königreich Portugal. Preußen zähle, wie Neapel, 6 Millionen Einwohner, habe jedoch 30 Millionen Thaler Einkünfte, während jenes nur über 8 Millionen Thaler verfüge; die preußische Heeresmacht belaufe sich auf 220 000 Mann, die neapolitanische auf 26 000. Gerade aus der Reichsverfassung erklärte sich Schirach die hohen Erträge der deutschen Staaten. Da der Fürsten viele seien, könne der einzelne über seinen Staat mit individueller Sorgfalt wachen, gewissenhafter als der Souverän eines einheitlichen, aber weitläufigen Reiches.

Sicherlich ist diese Erklärung unzureichend, sicherlich auch die weitere Behauptung Schirachs gewagt, daß man bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland den Vergleich mit keiner anderen europäischen Großmacht zu scheuen hätte. Unzweifelhaft herrschte damals in den untersten Klassen mehr Elend und Not, als heute — darin werden wir Sombart zustimmen —, wenn auch zugegeben werden muß, daß der Arme seine Armut damals noch nicht so bitter empfand, wie der Proletarier von heute. Nicht weil es verhältnismäßig wenig Reiche in Deutschland gab, hatte man sich zu beklagen, sondern weil es nur wenige gab, die auch nur für die einfachsten Bedürfnisse ausreichende Mittel besaßen. Ein bedrückendes Gefühl wie Scham und Mitleid beschleicht den Deutschen von heute, wenn er in Weimar Schillers Wohnung durchschreitet oder aus den Briefen gerade unserer ersten Geister ersieht, wie dürftig ihr Anteil an der Tafel des Lebens war.

Ob es im südlichen oder im nördlichen Deutschland besser stand, ist kaum festzustellen. Jenes zog seine Einkünfte mehr aus den Erträgnissen des Bodens, dieses mehr aus Handel und Gewerbe. Dort befand sich der größte Teil des Nationalvermögens in den Händen des hohen Adels, der Klöster und eines

wohlhabenden Bauernstandes; hier waren der Kaufmann und der Gewerksherr reicher als der Edelmann und der Landwirt. Der Zinsfuß war im Süden auch niedriger, als im Norden. In manchen Landschaften streckten sich die Bauern untereinander Geld zu $2\frac{1}{2}$ Prozent vor, um die Gemeinde vor Anforderungen nicht einheimischer Gläubiger zu sichern. Der gesamte Geldvorrat in Deutschland wird von Randel-Brunn (1805) auf 500 Millionen Thaler angeschlagen.

Merkwürdig berührt es, daß die Nationalökonomen damals unbedenklich die Subsidiengelder, welche von wirklichen Großmächten an deutsche Fürsten zur Wahrung und Förderung politischer Interessen gespendet wurden, unter den regelrechten Einnahmen verrechneten. Der Siebenjährige Krieg allein, setzt Randel auseinander, habe an englischen, französischen und russischen Subsidien mehr als eine halbe Milliarde Bargeld in die Staatskassen Oesterreichs und Preußens geleitet und von da in deutschen Landen in Umlauf gebracht.

Noch peinlicher berührt die Bewertung des Menschen als Handelsprodukt, der Menschenhandel, der ohne Scheu und Scham von deutschen Fürsten getrieben wurde. Aus Hessen, Braunschweig, Ansbach und vielen anderen kleinen Staaten wurden viele tausend Landeskinder fremden Staaten zu militärischen Diensten überlassen, und dafür flossen namhafte Summen in deutsche Kassen.

Auch das Loblied Schirachs über den Vorrang der deutschen Kultur vor allen anderen Reichen dürfte, obwohl auch Ernst Posselt ähnliches behauptet, keine Zustimmung verdienen. Deutschland war, verglichen mit Frankreich, Holland und England, zweifelsohne rückständig. Das wurde von weniger schönfärberischen Nationalökonomen auch anerkannt. „Ungeachtet der vielen öden Heiden und Moore," sagt Randel, „ungeachtet der Auswanderungen wegen Frohn, Jagd, Unjustiz und Finanzplage, ungeachtet der Ueberladung mit Klerisei und Mönchswesen: crescit tamen occulto arbor aevo Germania." Daß die deutsche Nation mit ihrer Kultur hinter anderen zurückblieb, war die Folge innerer Uebelstände. Von der Natur war der deutsche Boden günstiger bedacht als fast alle anderen Gelände. Während es in Spanien und Portugal an Getreide mangelte, in Frankreich an Edelmetallen, in Großbritannien an Salz und Brennholz, bot der deutsche Boden dies alles dar, und es lag nur an wirtschaftlichen Verirrungen, wenn trotzdem das Bedürfnis nicht durch eigenen Anbau gedeckt werden konnte.

Deutschland stand noch in der Periode der geschlossenen Wirtschaft. Noch weit mehr Menschen waren mit dem Landbau beschäftigt als heute, etwa zwei Dritteile der Bevölkerung, die auf ungefähr 12000 Quadratmeilen 24 bis 30 Millionen Seelen betrug (nach Büsching 24, nach Gatterer 25, nach Crome 27, nach Norrmann 30 Millionen); nur ein Dritteil beschäftigte sich mit Handel, Gewerbe und anderen Berufen, während heute das Verhältnis ungefähr umgekehrt ist. Es lebten auch etwa drei Vierteile der Bevölkerung auf dem Lande, nur ein Vierteil in Städten. Noch war der internationale Getreidehandel mit solchen Schwierigkeiten und Kosten verbunden, daß jedes Land dahin trachten mußte, den Brotbedarf, so weit es anging, durch eigenen Anbau zu decken; der Ackerbau war noch die Grundlage der ganzen übrigen Wirtschaft. Es gab, wenn auch der Hofadel bereits überwog, noch immer einen zahlreichen Landadel, der zum Vorteil seiner eigenen Stellung vom Bauern sich wenig unterschied.

Es galt im allgemeinen noch für eine Ehre, als guter Haus- und Landwirt angesehen zu sein. In der Litteratur werden zu den adeligen Beschäftigungen noch immer die verschiedenen Wirtschaftszweige gerechnet. Ein mittelalterliches Sprichwort sagte: „Ein Edelmann darf vormittags zu seinem Acker gehen und nachmittags zum Turnier reiten." Das Wort hatte in gewissem Sinne noch Geltung. Gerade der deutsche Landadel hatte noch immer die achtbarsten Vertreter der privilegierten Kasten aufzuweisen, während in Frankreich vor der Revolution kaum noch ein Zehntel der Gutsherren auf dem Lande lebte, während auch in Deutschland der Hofadel ebenso durch Servilismus und Sittenverderbtheit, wie durch Verschwendung von Stufe zu Stufe sank. Auch zwischen dem Bürger- und Bauernstand war der Unterschied noch nicht so groß wie heute. Die Städte besaßen noch ansehnliche Felder; der kleine Handwerker und Krämer, der Hüttenarbeiter und Schiffer besorgten neben ihrer Hantierung ihr Ackerland selbst. Wie anmutig preist der treffliche Pfarrer in Goethes Hermann und Dorothea das Los des Ackerbürgers, der weder die Angst kennt, die den gänzlich von der Gunst der Witterung abhängigen Landmann erfüllt, noch den Drang nach Reichtum, der den Städter beunruhigt. Der Gegensatz zwischen Stadt- und Landleben ging noch nicht so tief, das Gleichgewicht zwischen Ackerbau und Gewerbe war noch ziemlich erhalten (Lamprecht). Denn wie der Ackerbürger neben einem Gewerbe das Feld bestellt, so wird im Bauernhof noch die Hausindustrie betrieben; der Bauer ist nicht bloß sein eigener Bäcker und Fleischer, sondern auch sein eigener Wagner, Maurer und Schmied. Bei der patriarchalischen Einfachheit der Lebenssitte und Lebensgewohnheit genügte diese Hausarbeit; nur wenige gewerbliche Verrichtungen wurden außerhalb und nicht von den Hausgenossen besorgt. Es fehlten damals noch die zwei Mächte, welche heute für die Landwirtschaft von vitaler Bedeutung sind und ihr sozusagen neue Gesetze aufzwangen: die landwirtschaftliche Maschine und die Fülle der Verkehrsmittel, dank denen auch die Bodenprodukte Handelsware wurden. Es fehlte deshalb auch dem kleineren Landwirt weder an dem für den Betrieb notwendigen Kapital, noch an den erforderlichen Arbeitskräften. Freilich gab es nur noch wenige freie Vollbauern, die auf den uralten Ackerlosen der Väter saßen und ebenso wie der Adel an der Unteilbarkeit ihres Besitzes festhielten. Am meisten freie Bauerngeschlechter gab es noch in Dithmarschen und Baiern; auch im südwestlichen Deutschland erhielten sich noch viele kleine Wirtschaften, während im Nordosten die großen Landgüter überwogen. Es erklärt sich von selbst, daß auf diesen weit ausgedehnten herrschaftlichen Gütern Viehzucht und Forstwirtschaft besser gediehen, während der Anbau von Obst, Wein und Handelsgewächsen — Oel-, Gespinst-, Farbe- und Würzpflanzen — auf kleinen Landgütern günstigeren Erfolg erzielte. Thaer sucht die Erklärung in dem Gleichnis: der freie Eigentümer sehe im Landgut eine Gattin, der Pächter eine Maitresse. Auch die Nationalökonomie des Zeitalters der Aufklärung, soweit sie dem physiokratischen System huldigte, erblickte das erste Mittel zur Hebung des Volkswohlstandes in der Verhütung der Latifundienwirtschaft. „Kultur im kleinen", welche möglichst viele Menschen beschäftigt, war das Wirtschaftsideal des Oesterreichers Sonnenfels. Zu den Gründen, die dem Kaiser Joseph die Aufhebung vieler Klöster als wünschens-

wert erscheinen ließen, gehörte auch die Furcht vor schrankenloser Häufung des Grundbesitzes der toten Hand. Ungemein thätig für Umwandlung umfangreicher Domänen in Bauerngüter und für Befreiung des Landvolkes von den drückendsten Feudallasten war der Minister Goethe. „Ich übersehe sehr deutlich," sagt Lothario in Wilhelm Meisters Lehrjahren, „daß ich in vielen Stücken bei der Wirtschaft meiner Güter die Dienste meiner Landleute nicht entbehren kann und daß ich auf gewissen Rechten strack und streng halten muß, aber ich sehe auch, daß andere Befugnisse mir zwar vorteilhaft, aber nicht ganz unentbehrlich sind und daß ich davon meinen Leuten auch etwas gönnen kann. . . . Soll ich dem, der mit mir und für mich arbeitet, nicht auch in dem Seinigen Vorteile gönnen, die uns erweiterte Kenntnisse, die uns eine vorrückende Zeit darbietet?"

„Erweiterte Kentnisse" und „die vorrückende Zeit" hatten im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts im Landbau wichtige Wandlungen hervorgerufen. Insbesondere die Fortschritte der englischen Landwirtschaft fanden allmählich Nachahmung auf deutschem Boden. „Möchte nur noch mehr Beachtung finden," sagt der badische Volkswirt Reinhard, „was unsere teutschen Brüder, welche sich Britten nennen, gethan und damit den Grund zu der ihnen zu teil gewordenen höchsten Glückseligkeit unter allen Völkern Europas gelegt haben." „Vater Thaer" war, gestützt auf seine genaue Kenntnis der englischen Landwirtschaft, als Lehrer und Landwirt unermüdlich bestrebt, die Landwirtschaft von schweren Mängeln und drückenden Fesseln zu befreien und insbesondere durch Einführung des Fruchtwechsels im Feldbau und durch Hebung der Schafzucht auf schlechtem Fruchtboden einen wirklich rationellen Betrieb anzubahnen. Dank seinem reformatorischen Einfluß hoben sich viele norddeutsche Gutsherrschaften so überraschend, daß sogar eine gewinnbringende Ausfuhr von Getreide nach England ermöglicht war. Ebenso verwertete der Hesse Schubart Edler von Kleefeld die Erfahrungen, die er auf Reisen in England und Holland sammelte, in praxi auf seinem Mustergut Mürchwitz in Sachsen und theoretisch in seinen ökonomischen Schriften. Kein landwirtschaftlicher Reformator hat für Erweiterung des Futterbaues, Einbürgerung neuer lohnender Handelsgewächse, Aufhebung der Brachhaltung, Einführung der Stallfütterung und andere rationelle Neuerungen so glücklich und erfolgreich gewirkt, wie jener „Hofrat und Bauer".

So geschah es, daß die deutsche Landwirtschaft auch exportfähig wurde. Nach England, Skandinavien und der Schweiz ging Getreide, nach England, Spanien und Amerika Hanf und Flachs, Obst und Honig. Für den Wein aus den mit deutscher Gewissenhaftigkeit und Ausdauer angebauten rheinischen Rebgärten zahlte der Engländer, wie Randel rühmt, „ausschweifendste Preise". „Jede Mahlzeit in England wird mit diesem starken, köstlichen Getränk beschlossen." Rohen Tabak führten viele deutsche Provinzen in ungeheuren Mengen aus, allerdings nur, um ihn, mit virginischen Blättern gemischt, dem Holländer noch einmal so teuer wieder abzukaufen.

Die Forstwirtschaft stand noch auf niedriger Stufe und gewährte deshalb nur geringen Rohertrag; freilich waren auch die Produktionskosten gering; die Holzernte erschien noch wie ein freies Geschenk der Natur. Zum Glück für Deutschland war die große Mehrheit der „ursprünglichen" Waldungen im Besitz

der Regierungen und der toten Hand, so daß rücksichtslose Waldrodungen mit ihrer schädlichen Wirkung auf Klima und Boden in Deutschland seltener waren als in den Nachbarstaaten. Immerhin wurde auch hier die Ueppigkeit der Höfe und die Verschwendung vieler Edelleute für die Bewirtschaftung der Forste verhängnisvoll, und das traurigste war, daß der Verkauf von Millionen herrlicher Bäume aus deutschen Waldungen nicht einem deutschen, sondern nur dem holländischen und englischen Schiffsbau zu gute kam.

Volkswirtschaftliche Schäden zog auch die maßlose Willkür in der Ausübung der „deutschen Jägerei" — im wesentlichen nur höfische Jagd und adeliges Vergnügen — nach sich. Wenigstens die hohe Jagd war fast überall den Landesherren als Regale vorbehalten; infolge dessen schützten sehr strenge Verordnungen das Jagdwesen, während das Landvolk gegen den verderblichen Wildschaden und gegen die „Waldteufeleyen der Nimrode" (Schlözer) keinen Schutz fand.

Eine trübe Erscheinung im wirtschaftlichen Leben vor hundert Jahren waren die periodisch wiederkehrenden Teuerungen mit ihrem furchtbaren Gefolge, dem Hungertyphus und dem Räuberwesen. Es war noch eine offene Frage, welche Mittel zur Abwehr am zweckmäßigsten zu wählen seien. Auch die Physiokraten, die im Ackerbau die Grundlage aller Wirtschaft erblickten und deshalb vor allem den Ackerbau gehoben und gefördert wissen wollten, waren nicht einig, wie die schlimmen Folgen der mittelalterlichen Gebundenheit des Landbesitzes abzuwenden seien. Während Sonnenfels in staatlichen Kornmagazinen das Heil erblickte, hielten Reimarus, Struensee und andere Nationalökonomen den freien Kornhandel für das beste Mittel, um Mangel und Teuerung zu verhüten.

Im allgemeinen geht durch das achtzehnte Jahrhundert auf wirtschaftlichem Gebiet ein Streben nach Hebung und Befreiung des Bauernstandes. Quesnays „Pauvres paysans, pauvre royaume" fand Wiederhall an allen Höfen, die ja vom Bauernstand die höchsten Steuern und die meisten Rekruten zogen. Doch wenn auch schon von aufgeklärten Regierungen für Ablösung der bäuerlichen Lasten, für Abschaffung der Naturaldienste und Naturalabgaben manches geschah, so wurde der Widerstand der aristokratischen Elemente in Frankreich doch erst durch die Revolution, durch „die Bartholomäusnacht der Mißbräuche" (4. August 1789) gebrochen. In Preußen wurde erst nach 1807 mit dem alten System gebrochen. „Majestät, wir müssen dasselbe von oben her machen, was die Franzosen von unten her gemacht haben!" Dieses Wort Hardenbergs führte zum Reformedikt vom 9. Oktober 1807, wonach alles fallen sollte, „was den einen bisher hinderte, jenen Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Maß seiner Kräfte zu erlangen fähig war". Für den deutschen Süden brachte erst das Jahr 1848 die volle Entfesselung der Volkskräfte. —

In jenem Staat wird die allgemeine Wohlfahrt die bestmögliche sein, wo sich Stadt und Land, Gewerbefleiß und Ackerbau, großer und kleiner Besitz, konservative und demokratische Elemente das Gleichgewicht halten, die Bedingung jedes Fortschritts also, der unblutige Streit um die Macht nicht mit allzu ungleichen Kräften geführt wird. Im achtzehnten Jahrhundert überwog in Deutschland, wie schon gesagt wurde, das bäuerliche und ackerbürgerliche Element. Es gab überhaupt nur wenige größere Städte und — vielleicht mit Ausnahme von

Hamburg — keine Großstadt. Berlin mit 172000 Einwohnern (1800) stand natürlich weit hinter Wien zurück, doch wollte schon der Kriegsrat v. Cölln, der im allgemeinen die preußischen Zustände, Staatsverwaltung, Adel und Militär, der schonungslosesten Kritik unterzog, ein kräftigeres Aufstreben der „in eine Sandwüste Arabiens eingebauten Stadt der Arbeiter in Zivil und Uniform" gegenüber der „in einem fruchtbaren Garten gelagerten Phäakenstadt" an der Donau beobachtet haben. In ganz Preußen hatten im Jahre 1800 nur noch drei Städte (Warschau, Königsberg, Breslau) über 50000, nur 14 weitere über 10000 Einwohner. Dagegen gab es allenthalben in deutschen Landen sehr viele kleine Städte, deren Einwohner „ländlich Gewerb und Bürgererwerb" zusammen betrieben. Die Industrie war noch wenig entwickelt; damit hängt die geringe Bevölkerungszahl der Städte zusammen. Es ist gewiß die auffälligste Thatsache in der Entwickelung der deutschen Kultur, daß das Gebiet des heutigen Deutschen Reiches im Jahre 1800 nur 24, im Jahre 1900 56 Millionen Einwohner aufwies. Die Steigerung der Bevölkerung beträgt also 104 gegen 45 auf den Quadratkilometer. Noch beträchtlicher ist der Unterschied, wenn man einzelne Teile des Landes ins Auge faßt; in Sachsen z. B. beträgt er 78 gegen 280. In erster Reihe die Folge der industriellen Entwickelung, denn in denjenigen Provinzen, welche im allgemeinen ihren agrarischen Charakter behalten haben, z. B. in Baiern, ist die Population erheblich schwächer gestiegen.

Als Protest gegen die Ueberschätzung des Ackerbaues und seine Alleinherrschaft war im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus der Merkantilismus zur Geltung gekommen. Weil den Gewerben eine mehr bereichernde, d. h. mehr Geld ins Land ziehende Kraft zugeschrieben wurde als dem Ackerbau, förderte die geldbedürftige Staatsgewalt das Aufblühen von Manufakturen. Es kamen neue Industrien auf, in Deutschland hauptsächlich durch Refugiés aus Frankreich und den Niederlanden eingeführt. Die Aufnahme der Wallonen verhalf in Westfalen der Erzeugung feiner Leinwand zu solcher Reichhaltigkeit und Güte, daß deutsche Leinwand bald als die erste der Welt geschätzt war. In Württemberg wurde durch französische Einwanderer die Strumpfwirkerei, in Sachsen und Preußen die Woll-, Baumwoll- und Tuchmanufaktur gehoben. Die Seidenfabrikation gewann in Tirol, in Baden, in Brandenburg Boden. Meißner Porzellan behauptete trotz Sevres und Kopenhagen den ersten Rang. Freilich wurde die Porzellanfabrikation nur unter landesherrlichem Schutz betrieben, sie gehörte zum Luxus fürstlicher Hofhaltung und war auf Herstellung kostbarer Geschenkgegenstände, Vasen und Modetand beschränkt. Erst im neunzehnten Jahrhundert gewann sie den öffentlichen Markt, ihre Vielseitigkeit, ihre hohe Bedeutung als Kunstgewerbe. Nürnberger und Thüringer Kurzwaren, Augsburger Spiegel, böhmisches Glas fanden auch außerhalb Deutschlands guten Absatz. Die Bierindustrie war im Süden hochentwickelt. „Die wahren Bierreiche sind Böhmen, vor allem aber Baiern; Augsburg hat das beste Bier" (Randel).

Noch immer indes sind größere ständige Vereinigungen von Arbeitern eine seltene Erscheinung. Die Textilindustrie z. B. bewahrt noch durchaus den Charakter der Hausindustrie. Nur an einzelnen Plätzen, z. B. in der von flüchtigen

Schweizern um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts gegründeten Kattunfabrik in Plauen wird bereits fabrikmäßig gearbeitet.

Fast kein Brief, klagt Randel, wird in Deutschland geschrieben, ohne daß der Briefbogen den blühenden holländischen Papierfabriken abgekauft werden muß, obwohl die Hälfte des holländischen Papiers aus deutschen Lumpen fabriziert wird. Allmählich, aber infolge der Verbesserungen, Vermehrung und unbestreitbaren Vorzüge der Maschine notwendig vollzieht sich der Uebergang zur Fabrikation.

Nachdem die Wandlung der bescheidenen, dampfgetriebenen Wasserhebemaschine zum Universalmotor dem genialen Watt gelungen und der Maschine damit für alle Zeiten die Herrschaft gesichert war, machte die Mechanik schon im achtzehnten Jahrhundert staunenswerte Fortschritte. Ihre Leistungen kamen namentlich der Weberei und Spinnerei zu gute. 1785 wurde der mechanische Webstuhl erfunden. Das war aber in England. In Deutschland machte sich die Ueberlegenheit der Maschine nicht so rasch geltend. Vor dem neunzehnten Jahrhundert gab es zwischen dieser und der bloß mit Werkzeugen bewaffneten Menschenhand bei uns keine ernstliche Konkurrenz. Die Maschinenbauanstalt von Watt und Boulton lieferte den Engländern schon längst die Dampfmaschinen für Baumwollenspinnereien, Bierbrauereien, Mühlen, Walzwerke u. s. w., bevor in Deutschland der Dampf als Motor allgemein benützt wurde. Erst im neunzehnten Jahrhundert begann bei uns eine Großindustrie.

Der Beharrlichkeit des deutschen Handwerks im alten Brauch, dem Kleinbetrieb und Zunftzwang fehlte es nicht an Lobrednern. Justus Möser, dessen „baumstarker Bonsens" vom Freunde Goethes, dem scharfsinnigen Merck, so sehr bewundert wurde, der in der That — bei einem Juristen doppelt überraschend — für Volksleben und Volksglück das feinste Verständnis besaß, pries es als einen Vorzug Deutschlands, daß der sogenannte Zeitgeist die Grundlagen des Handwerks noch nicht zu erschüttern vermochte und die alte Ehre des Handwerks noch respektiert werde. Möser wie Sonnenfels wollten am Zunftwesen festgehalten wissen, während der Hamburger Reimarus schon 1780 für die Vorteile der Gewerbefreiheit eine Lanze brach. Es ist auch zu beachten, daß eine Schrift von Reimarus für Aufhebung der Fleischtaxen schon 1788 von der Göttinger Societät der Wissenschaften mit einem Preise ausgezeichnet wurde.

Einen nachhaltigen Umschwung in den volkswirtschaftlichen Anschauungen bewirkte die Lehre Adam Smiths, wenn auch das Wort Macculochs, es habe überhaupt kein anderes litterarisches Werk wichtigeren Einfluß auf die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung geübt, als die 1776 erschienene „Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes", eine starke Uebertreibung ist. Das System Adam Smiths ist kurz als Industriesystem zu bezeichnen. Er tritt gegen Schutzmaßregeln für die einheimische Produktion, gegen Eingangszölle und Zunftwesen auf und fordert, sich einfach auf den Standpunkt des Konsumenten stellend, freie Konkurrenz aller Kräfte.

Wenn schon diese neue Wertung und Voranstellung des Gemeinwohls die öffentliche Meinung wichtig beeinflußte, so machte die französische Revolution vollends den alten Anschauungen und Gewohnheiten ein Ende. Lamprecht fand

dafür das glückliche Wort: die Zeit des aufgehenden freien Weltbewerbs! Erst mit diesem war eine weitere und höhere Entfaltung des Wirtschaftslebens ermöglicht, doch gehören nur die ersten Anfänge in Deutschland noch in den Kreis unserer Betrachtung.

Mit der merkantilistischen Anschauung, die auf den Besitz der Edelmetalle den höchsten Wert legte, brachen auch wieder ersprießlichere Zeiten für den Bergbau an, der seit dem sechzehnten Jahrhundert in Deutschland tief gesunken war. An mineralischen Produkten übertraf Deutschland, Rußland ausgenommen, alle Staaten Europas. Zwar Gold wurde weder im Harz noch in den Alpen in so reichlicher Fülle gefunden, wie gegen Ausgang des Mittelalters, doch die Ausbeute an Silber war in hessischen, sächsischen, böhmischen und österreichischen Bergwerken beträchtlich; schönes Kupfer wurde in Tirol, Eisen in großen Mengen in Steiermark zu Tage gefördert. Aber auch Bergbau und Hüttenwesen entwickelten sich in Deutschland nur langsam. Für die englischen Hochöfen wurden schon seit den achtziger Jahren Steinkohlen als Brennmaterial verwendet, in Deutschland erst mehrere Jahrzehnte später. Einen reichen Segen für Deutschland bedeuteten die ergiebigen Salzbergwerke und Salinen. Die Stadt Lüneburg allein verlud jährlich 120000 Tonnen Salz. Auch war kein anderes Land Europas so reich an Mineralquellen und Gesundbrunnen. Die Bäder in Aachen, Pyrmont, Ems, Karlsbad u. s. w. genossen einen Weltruf, und in den genannten Badeorten entwickelte sich zuerst eine stattliche gewinnbringende Fremdenindustrie.

Am meisten zurückgeblieben war der Handel. Die internationalen Handelsbeziehungen, die am Ende des Mittelalters noch bestanden hatten, wurden vernachlässigt und aufgegeben. Während der außereuropäische Handel Englands — nach Lamprecht — um das Jahr 1790 etwa 110 Millionen Thaler und im nächsten Menschenalter wenigstens das Vierfache betrug, fehlte er in Deutschland fast gänzlich. Obwohl von den hanseatischen Privilegien in England und Frankreich manche noch Geltung hatten, war es mit der Macht und Größe der norddeutschen Handelsmetropolen vorbei.

Wallenstein und der Große Kurfürst hatten die letzten kurzlebigen Versuche gemacht, in die Bahnen des mächtigen Städtebundes, der jahrhundertelang die nordischen Meere beherrscht hatte, wieder einzulenken. Friedrich der Große that nichts zur Gründung einer Marine. „Diese Rüstungen zur See," sagt er in der Einleitung zur Geschichte seiner Zeit, „dienen mehr zum Prunk als zu wirklichem Nutzen; statt den Handel zu schützen, vermögen sie nicht einmal seine Vernichtung zu verhindern." Vermutlich hielt ihn aber weniger diese Beobachtung, als die Unzulänglichkeit seiner Mittel vom Versuch einer Wiederherstellung einer Flotte zurück. Auch hatte Preußen nur über einen geringfügigen Küstenstrich zu verfügen, und das nämliche galt vom ganzen Reiche. Die Niederlande waren längst davon abgetrennt; Hannover stand unter englischem Einfluß; Schleswig-Holstein war dänisch, Vorpommern schwedisch, Westpreußen polnisch; Oldenburg, Mecklenburg, die hanseatischen Republiken waren kleine Sondergebiete, die nur durch ihre Schwäche noch ihr Dasein fristeten.

Bedeutenden Handel trieb nur noch Hamburg. Im Jahre 1789 liefen im Elbehafen 1662 Kauffahrteischiffe ein. Weder Marseille noch Bordeaux konnten

sich an Umfang und Vielseitigkeit ihres Verkehrs und Warenumsatzes mit Hamburg messen, während London und Liverpool allerdings mit ganz anderen Ziffern rechneten.

Die Beweggründe zu den Klagen Justus Mösers über den „ungerechten Gewinn" der Hafenstädte liegen auf der Hand, und ebenso natürlich war es, daß der Hamburger Büsch in den Schutzzöllen Hemmnisse des Handels sah, dem Rastatter Kongreß die Neutralität und Freihafenstellung der Hansastädte als unantastbare Rechte empfahl und den allgemeinen Nutzen des Zwischenhandels ins Klare zu setzen suchte. Uebrigens fehlte es auch im Binnenlande nicht an Publizisten, die für die Belebung des Handels eine Lanze brachen. Denn ein Volk, meinte der Oesterreicher Sonnenfels, das nicht alles unternehme, was es unternehmen könne, müsse unfehlbar abwärts gehen. Leider stand es mit dem Können bedenklich. Es fehlte weniger am Willen als an den Mitteln zu bedeutenden Unternehmungen. Die Großkaufleute in Deutschland waren nur Zwischenhändler, Handel und Transport aber noch in einer Hand; den Rhedern der Seestädte waren also ungeheure Vorratsmagazine nötig. Deshalb die hohen Dachböden, deshalb der Kran an den Giebeln der Patrizierhäuser in den Handelsplätzen an Nord- und Ostsee!

Dem Produkten- und Manufakturhandel kam, da die Wahl der Verkehrsmittel beschränkt war, der Reichtum an Wasserstraßen in Deutschland zu gute. Obwohl die Bevölkerung der Donauufer zu einer gewissen behäbigen Lässigkeit neigte, war der Verkehr mit „Klobzillen", „Schwemmern", „Kelheimern" und „Pletten" ziemlich rege. Weit bedeutender war der Rheinhandel schon wegen der vielen schiffbaren Nebenflüsse. Speier, Mainz, Köln waren noch immer wichtige Stapelplätze. Doch auch der Rheinhandel hatte schwer zu leiden unter der Zerklüftung des Geländes in zahlreiche Herrschaftsgebiete, was endlose Zollplackereien zur Folge hatte. Ueber dreihundert Fürsten und Republiken nahmen die günstige Gelegenheit wahr, an den Grenzen des Landes oder Ländchens den Pfefferſäcken eine Steuer abzufordern; es gab damals fast ebensoviel Schlagbäume wie heutzutage Telegraphenstangen (Sombart). Bei einer Rheinfahrt von Germersheim bis an die holländische Grenze mußte ein Handelsschiff nicht weniger als 32 Thüren passieren, die sich nur für goldene Schlüssel öffneten.

Emden, Bremen, Hamburg, Rostock, Stralsund, Stettin teilten sich in das norddeutsche Kommerz, Augsburg, Nürnberg, Wien, Triest in die Geschäfte des italienischen Handels, Frankfurt a. M., Köln, Lüttich waren Hauptplätze für den Handel mit Frankreich und Holland, der türkische Handel ging über Wien.

Der Importartikel gab es zahlreiche. Aus Ungarn und Polen wurde Getreide eingeführt, aus Livland und Rußland Hanf, aus Frankreich Wein, aus Holland und der Schweiz Käse, aus Italien kamen Südfrüchte von der Zitrone bis zur Kaper, aus Ungarn Ochsen, Pferde und Schweine, aus Holland und England Seefische und Austern, ein „überaus geldzehrender Artikel" (Randel), aus Spanien Wolle, aus Ost- und Westindien Kaffee, Farbstoffe, Gewürze u. s. w. Alle feineren Modewaren mußten aus Paris bezogen werden, wofür Frankfurt a. M. der Hauptstapel war. Dagegen nahm der Import anderer Industrieartikel erfreulich ab. Randel erklärt mit Genugthuung, daß 1790 nicht mehr

die Hälfte Wollwaren in Hamburg eintreffe, seit in Brandenburg und Sachsen die Wollmanufakturen so erfreulichen Aufschwung genommen hätten.

Messen von erheblicher Bedeutung waren in Leipzig, Braunschweig, Kassel. Als wichtigster Binnenplatz galt Leipzig, dessen Warenumsatz jährlich 18 Millionen Thaler repräsentierte. Hier vertauschten die polnischen und russischen Kaufleute ihre Rauhwaren, auch Leder, grobe Leinwand, Wachs und Wolle gegen sächsische Manufaktur- und Galanteriewaren. Die enge, fast ein Jahrhundert währende Verbindung Sachsens mit Polen war den Finanzen Sachsens schädlich, brachte aber dem Handel und Wandel der Bevölkerung manchen Vorteil. Auch der Leipziger Wechselhandel wurde in Deutschland nur durch den hamburgischen übertroffen, während dieser hinwieder weit hinter den Girobanken in Amsterdam und Venedig zurückstand.

Von schädlichem Einfluß auf die Entwickelung des Handels war insbesondere auch die Unsicherheit der Verkehrs- und die Dürftigkeit der Beförderungsmittel. Der Transport von Gütern war mit Gefahren und Beschwerden verbunden, von denen wir uns heute kaum eine Vorstellung machen können. Dem gepanzerten adeligen Schnapphahn, der von seiner Burg dem Lastwagen des Krämers in schlimmer Absicht entgegenritt, war das zerlumpte Gesindel gefolgt, dessen Nachtquartier der Wald war. Gerade die schöne Natur, Waldeinsamkeit und stille Heide und romantische Schluchten waren wenig geheuer, die Wege allenthalben greulich verwahrlost und die Herbergen erbärmlich. Auch für jene, die mit leichtem Gepäck ausfuhren, war Reisen kein Vergnügen. Wer nicht im eigenen Wagen reiste, konnte jetzt die Staatspost benützen, doch dieses Institut des fürstlichen Absolutismus war nicht eilig, nicht pünktlich, nicht billig. Wie wenig man auf den sich mächtig steigernden Verkehr Rücksicht nahm, beweist die Thatsache, daß in Sachsen, dem Lande der bestbesuchten Märkte und Messen, die Postordnung vom Jahre 1713 bis zum Jahre 1859 Geltung hatte.

Eine genaue Bilanz des deutschen Handels läßt sich bei dem Mangel jeder zuverlässigen Statistik nicht feststellen. Großen Gewinn dürfte er kaum gebracht haben.

Trotz dem natürlichen Reichtum des Landes ließ der Wohlstand der deutschen Bevölkerung, wie schon gesagt wurde, sehr viel zu wünschen. Wie konnt' es auch anders sein? Industrie und Handel entwickelten sich nur langsam, die Fortschritte des Ackerbaues waren verhältnismäßig gering, und ungenügend die Ausnützung der Bodenhülfsquellen.

Wenn wir nun den Ursachen dieser Stagnation nachforschen, werden wir sie bei aller Unparteilichkeit, bei aller Vorsicht gegen überlieferte Schlag- und Scheltworte, in den Fehlern der Feudalherrschaft finden. Die vielen deutschen Fürsten waren mit wenigen Ausnahmen heillose Verschwender. Ihre Ueppigkeit kostete dem Volk den Sparpfennig und wirkte auch als Beispiel verderblich. Alle die weltlichen und geistlichen Potentaten richteten sich nach dem französischen Hofe. Nicht die Anerkennung der Kulturüberlegenheit Frankreichs war zu beklagen, sondern daß die Unseren sie in Aeußerlichkeiten, im Prunk, in der Maskerade der französischen Machthaber sahen. Nicht das Versailles des Geistes,

des guten Geschmacks und der feinen Sitte, sondern das liederliche, dekadente Versailles war ihr Ideal. In thörichter Nachäffung entfalteten sie einen Pomp, den weder ihre Macht, noch ihre Finanzen rechtfertigten. Da zu höfischem Gepränge ein großes Gefolge gehört, hielten auch sie einen zahlreichen Hofstaat. Je kleiner das Land, desto nachsichtiger war man bei der Auswahl. Auf einen feinen Hofmann kam ein Dutzend Kavaliere, die nicht viel mehr bedeuteten als Lakaien. Auch der Bürger und Handwerker eiferte danach, im Hofdienst zu stehen, mehr aus Eitelkeit als aus Gewinnsucht. Das Titelwesen trieb in Deutschland die wunderlichsten Blüten. Um nur ein Beispiel anzuführen: Am Hofe Karl Theodors von Pfalz-Baiern gab es laut dem Hof- und Staatskalender von 1788 32 Leibärzte und Oberleibchirurgen, 3 Hofhistoriographen, 100 Hartschiere und 100 Trabanten mit einem zahlreichen Offiziercorps, 25 Truchsesse, 46 Mundköche und Bratenmeister, 23 Hofgärtner, 72 Hofkünstler vom Hofbildhauer bis zum Hofstrumpfwirker, 22 Hoftrompeter, 6 Büchsenspanner, 61 Kammerlakaien, 5 Läufer, 3 Hofzwerge, 14 Heiducken, 8 Bereiter, 24 Leibkutscher, 26 Vorreiter, 38 Reitknechte, 38 Sänftenträger, 20 Hofstalldiener u. s. w. Außer dem Kurfürsten hatten aber auch seine Gemahlin, sowie zwei andere in München wohnende verwitwete Herzoginnen ihren eigenen Hofstaat. Mit Verwaltung, Rechtspflege, Polizei ꝛc. war ein Heer von Beamten betraut. Zur Erhebung und Verrechnung der Abgaben und Gefälle bestand für Kurpfalz eine Hofkammer mit 104 Angestellten in Mannheim, für Kurbaiern eine Hofkammer mit 297 Personen in München, außerdem Rentämter in Landshut, Straubing und Burghausen, für die Oberpfalz eine Rentkammer in Amberg, für Pfalz-Neuburg eine Hofkammer in Neuburg, für Jülich und Berg eine Hofkammer in Düsseldorf. Und wie massenhaft gab es Collegia für die verschiedenartigsten Zwecke, concilia medica, revisoria, Landes-Fundi-, Waisen- und Zuchthauskommissionen, Generalseidenzuchtdirektion, geistliches Ratskollegium, Kommerzienkollegia, geheime Decimatskommission, Büchercensurkollegium u. s. w.

Das Recht der Steuerbewilligung stand zwar in Baiern und vielen anderen Staaten gesetzlich den Landständen zu, aber im Zeitalter des Absolutismus wurden fast nirgends mehr die Stände selbst einberufen, nur ein Ausschuß fungierte als Steuerbewilligungsmaschine. Die ordentlichen Steuern waren, auch wenn man die damaligen Geldwerte berücksichtigt, nicht übermäßig hoch, doch die Wohlthat dieser Beschränkung wurde durch die vielen außerordentlichen „Anlagen" zu nichte gemacht, welche von den Hofkammern ohne weiteres verfügt und erhoben wurden. Zu den Ordinari-Hofanlagen gehörten in Baiern die Vorspann-, Rekruten-, Roßhaaranlagen, der Besoldungsabzug, die Konditionssteuer, das Schutzgeld, der Thorkreuzer, der Bürgergulden, das Hunde- und Jägergeld u. s. w.; dazu kam noch der Zehent für die Geistlichkeit. Schon aus dieser keineswegs vollständigen Liste der Steueranlagen wird es begreiflich, daß man mit der Eintreibung seine liebe Not hatte. Der Betrieb der Steuerschraube, einer „Schraube ohne Ende", erforderte thatsächlich ein Massenaufgebot von Beamten und Gehülfen. Trotzdem, vielleicht eben deshalb waren Unterschleife und Veruntreuungen an der Tagesordnung. So erklärt sich, daß von den $7\frac{1}{2}$ Millionen Gulden, welche in Baiern an Steuern, Hofanlagen, Forst-, Salz-,

Jagd-, Gerichts- und anderen Gefällen durchschnittlich eingingen, fast 2 Millionen nur durch die Erhebung selbst verschlungen wurden.

Eine reiche, aber schmutzige Einnahmsquelle für die Regierungen bot das Lotto. „Wie können," fragt ein Gegner des Unfugs 1791 im Journal von und für Franken, „sogar edle deutsche Fürsten durch diese privilegierte Saugmaschine ihre Unterthanen dem Elend überliefern, wie mögen sie ein förmliches Gewerbe mit der Leichtgläubigkeit des Publikums treiben, nur um ihren gesteigerten Luxus zu bestreiten?" Ueber die Unsittlichkeit und Schädlichkeit des Spiels war denn auch alle Welt einig. Als das preußische Generaldirektorium aus Utilitätsrücksichten sich gegen die Abschaffung aussprach, wurde dieser „unmoralische" Standpunkt von Friedrich Wilhelm II. streng getadelt, aber — das Lotto wurde beibehalten, ja sogar durch Dekret vom 1. Juni 1794 durch Ueberweisung an den Invalidenfond neuerdings sanktioniert. Und ebenso ging es in den anderen deutschen Staaten.

Und wie ungleich waren die Steuern und die übrigen Lasten verteilt! Dem Adel und Klerus waren so mannigfache Vergünstigungen und Erleichterungen gewährt, daß fast ausschließlich der Bürger- und Bauernstand die Kosten der öffentlichen Verwaltung, des Militärs und des Hofstaats zu tragen hatte. Und von jener Zeit galt wirklich das schwermütige Wort Adam Smiths: „Alles für uns und nichts für andere, das scheint auf allen Kulturstufen die elende Maxime der Herren des Menschengeschlechts gewesen zu sein."

Doch eben das, was die Großen Deutschlands so sehr bewunderten, die Allmacht des französischen Königtums und Adels, gereichte diesen zum Verderben, trieb das Bürgertum Frankreichs zum Bewußtsein und Versuch der eigenen Macht. Der Orgiasmus der Revolution und die Blutopfer der Napoleonischen Diktatur hatten, wie ein Gewitter manchen edlen Baum zerschmettert, für die ganze Landschaft aber eine Wohlthat ist, für Europa reichen Segen zur Folge: eine neue gerechtere Ordnung der Gesellschaft! —

Einen anderen, endlich einen fast ungetrübt freudigen und großen Eindruck gewährt die Betrachtung des geistigen Lebens in Deutschland um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts. Es ist bedeutend sowohl in seiner allgemeinen Richtung, wie durch die Leistungen der Einzelnen. Jene Arbeit war Frucht für die Nation in doppelter Hinsicht, indem sie ihr das Vertrauen in die eigene Kraft und das Recht auf Gleichstellung mit den führenden Völkern gab. Hatten die Kriege Friedrichs des Großen dem Auslande die militärische Tüchtigkeit des „tölpelhaften Deutschen" bewiesen, so zeigte er sich jetzt seinen Verächtern in einem durchaus bodenwüchsigen Schrifttum als strengen Forscher, tiefen Denker und schöpferischen Künstler.

Eine unschätzbare Errungenschaft des achtzehnten Jahrhunderts ist der Aufschwung des Volksschulwesens. Die Verstaatlichung des Unterrichts war eine notwendige Vorbedingung zur Verallgemeinerung der Bildung. Hin und wieder, da und dort hatte die Einmischung der Behörden zwar einen unholden Charakter — so wurde in Preußen unter dem System Wöllner gebieterisch vorgeschrieben, aus welchen Quellen man Weisheit zu schöpfen habe; so that die bairische Regierung wiederholt die „Irrlehren" Kants in Acht und Bann —,

dennoch muß auf Grund aller geschichtlichen Erfahrung behauptet werden: niemals würde sich allgemeine Bildung verbreitet haben, niemals ein für das Ganze gedeihlicher Fortschritt möglich gewesen sein, wenn nicht der Unterricht förmlich zur staatsbürgerlichen Pflicht gemacht worden wäre. Es gibt ja noch immer Egoisten, welche Bildung für das „Volk" schädlich erachten. Sie haben ebenso unrecht, wie der verknöcherte Gelehrte, der die Gymnastik des Leibes verachtet. In einer Wildnis wird der muskelkräftige, wetterharte Naturmensch der Starke sein; sobald aber Kultur entsteht, wird der einfältige Esau gegen den intelligenten Jakob stets im Nachteil sein. Die Einsicht von der Wichtigkeit und unabsehbaren Wirkung der Schule entlockte einem der Gelehrtesten, dem Göttinger Schlözer, den Ausspruch: der „Volksschullehrer" verdiene „hoch über allen Universitätslehrern und Bücherschreibern zu stehen", und in der gleichen Wertschätzung der ersten Jugendbildung meinte Sonnenfels, „der Schulmeister verdiene, der Erste an jedem Orte zu sein."

Jene gesteigerte geistige Thätigkeit, jener fröhliche Ehrgeiz der Gelehrten und Künstler, sich auf eigene Füße zu stellen, wurde schon von den zeitgenössischen Kritikern deutschen Wesens anerkannt. „Das politische Heil kommt für die Menschheit von Frankreich," setzt der Deutsch-Franzose Rebmann auseinander, „aber das Licht der Aufklärung scheint doch viel heller in Deutschland! In Paris freilich hat jedermann seinen Voltaire gelesen, aber wie viele Departements gibt es, wohin sich noch nie ein Buch verirrt hat!" „Unsere dreihundert Kollegien, unsere mehreren Akademien, unsere verschiedenen Mittelstädte haben alle ihre litterarischen Bedürfnisse, selbst unsere Allerweltsschriftstellerei hat ihren großen Nutzen, für jeden ist ein Tisch gedeckt!" Obwohl ein erbitterter Feind der verzopften deutschen Politik, gibt Rebmann zu, daß die Zersplitterung und die staatliche Ohnmacht Deutschlands dem Forscher wie dem Künstler die notwendige Ruhe zum Schaffen gewähre und dem Reifwerden ihres Werkes günstig sei.

Der höfische Geschmack gestaltete im Frankreich des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts alle Kunstwerke. In der damals höchstgeschätzten Gattung des Schrifttums, im Trauerspiel, waren alle Personen Hofleute. „Könige, Königinnen, Prinzen und Prinzessinnen von Geblüt, Gesandte, Minister, Hauptleute der Leibwache, Kammerjunker und Vertraute treten auf. Aber die Vertrauten der Fürsten sind hier nicht, wie im alten griechischen Trauerspiel, Ammen und Hausklaven, welche unter dem Dache ihres Herrn geboren wurden, sondern Gesellschaftsdamen, Oberstallmeister, Adelige aus den Vorzimmern, die irgend eine Obliegenheit im Palaste haben; man wird aufmerksam auf sie durch ihre Geschicklichkeit in der Schmeichelei, durch ihre vollendete Erziehung, ihre vornehme Haltung und ihre königstreuen Unterthanengesinnungen. Ihre Herren sind wie sie französische Edelleute des siebzehnten Jahrhunderts, sehr stolz und sehr ritterlich, heldenhaft bei Corneille, edelmütig bei Racine, mit den Damen liebenswürdig, ihrer Rasse und ihrem Namen unterthan, fähig, ihrer Würde ihre größten Vorteile und ihre liebsten Neigungen zu opfern, und unfähig, sich ein Wort oder eine Bewegung zu gestatten, welche nicht nach den strengsten Anstandsregeln zulässig wäre" (Taine). Das war Stil. Die französischen Dramendichter des achtzehnten Jahrhunderts waren weniger begabt, aber hof-

fähig blieben ihre Gestalten, Christen wie Heiden, auch. Wenn wir damit Handlung, Charaktere und Sprache der deutschen Dichter an der Neige des Jahrhunderts vergleichen, wird unser Wort von der bodenwüchsigen Litteratur bestätigt. Und die ganz und gar nicht höfische Unbändigkeit der von Lessing entfesselten deutschen Muse war sicherlich herzerfreulicher, als die weltmännische Gemessenheit der französischen Fabelwesen!

Dem vielgeschmähten deutschen „Fürsten" des achtzehnten Jahrhunderts zur Ehre sei gesagt, daß er — einmal für die vaterländische Litteratur gewonnen — die Litteraten nach ihrer Façon schreiben ließ. Ein Gelehrter oder Dichter, wenn er in Weimar oder Dresden, Rudolstadt oder Bückeburg zu Hofe geladen war, kehrte nicht, zum vorsichtigen Höfling gestempelt, nach Hause.

Nicht die mit der eigenen Lage Unzufriedenen allein hatten jetzt den unhöfischen Scharfblick für das Elend und die Sehnsucht nach gerechterem Regiment. Man denke an die Klagen, die der junge Goethe seinem Gesandtschaftssekretär Werther in den Mund legt! Goethe konnte doch mit seinen eigenen Umständen und Aussichten zufrieden sein. Alle Welt wandelte in einer Wolke von Illusionen. Doch die Aufregung, in die uns eine Illusion versetzt, ist ersprießlicher, als die dumpfe Trägheit der Entsagung. Wir schnellen empor und machen dem erhofften Glück einen Schritt entgegen. Dieser Schritt vorwärts blieb eine Wohlthat, auch als das Erhoffte nicht eintraf und der Dichter des revolutionären Werther den „Bürgergeneral" schrieb.

Für die erstaunliche Wandlung des Zeitgeistes haben wir unzählige Zeugnisse. Goethe hat die bürgerliche Stellung eines „Dichters" in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts geschildert: „Die deutschen Dichter, da sie nicht mehr als Gildeglieder für einen Mann standen, genossen in der bürgerlichen Welt nicht der mindesten Vorteile. Sie hatten weder Halt, Stand noch Ansehen, als insofern sonst ein Verhältnis ihnen günstig war, und es kam daher bloß auf den Zufall an, ob das Talent zu Ehren oder Schanden geboren sein sollte. Ein armer Erdensohn, im Gefühl von Geist und Fähigkeiten, mußte sich kümmerlich ins Leben hineinschleppen und die Gabe, die er allenfalls von den Musen erhalten hatte, von dem augenblicklichen Bedürfnis gedrängt, vergeuden. Das Gelegenheitsgedicht, die erste und ächteste aller Dichtarten, ward verächtlich auf einen Grad, daß die Nation noch jetzt nicht zu einem Begriff des hohen Wertes desselben gelangen kann, und ein Poet, wenn er nicht gar den Weg Günthers einschlug, erschien in der Welt auf die traurigste Weise subordiniert, als Spaßmacher und Schmarutzer, so daß er sowohl auf dem Theater als auf der Lebensbühne eine Figur vorstellte, der man nach Belieben mitspielen konnte." Da Goethe von den „Wechsel-Nichtigkeiten", den gegenseitig gespendeten Schmeicheleien und Komplimenten im Kreise Klopstocks und Gleims spricht, sagt er das treffende Wort: „daß der vorzüglichste Mensch auch nur vom Tage lebt und nur kümmerlichen Unterhalt genießt, wenn er sich zu sehr auf sich selbst zurückwirft und in die Fülle der äußeren Welt zu greifen versäumt, wo er allein Nahrung für sein Wachstum und zugleich einen Maßstab desselben finden kann."

Wie anders war das Verhältnis Goethes zu Herder! Und wenn wir uns das Leben am Weimarschen Hofe von Goethes Ankunft (1775) bis zu

seiner italienischen Reise (1786) vergegenwärtigen, finden wir unter einer aristokratischen Gesellschaft Persönlichkeiten des dritten Standes nicht etwa nur wie vereinzelte Laubhölzer in einen Nadelholzbestand „eingesprengt", nicht etwa als „Spaßmacher und Schmarutzer", sondern als die Ersten, Tonangebenden, als ihre Sterne.

Das steht im schärfsten Gegensatz zu den Gewohnheiten der feudalen Gesellschaft. Lange bevor das französische Volk durch den Bastillesturm sein den bestehenden Privilegien und Vorrechten entgegengesetztes Rechtsbewußtsein der rechtlichen Gleichheit an den Tag legte, sprach man in Deutschland vom „Rechte, das mit uns geboren". Es sei abermals auf Goethes Werther verwiesen. Der ungeheure Erfolg und Eindruck dieses Werkes kann nicht einzig auf den sentimentalen Teil, die Liebestragödie, bezogen werden. Die Leiden des jungen Werther rührten die Herzen, seine vernichtenden Urteile über die gesellschaftlichen Verhältnisse stimmten mit demjenigen der großen Mehrheit, mit der öffentlichen Meinung überein. Georg Brandes übertreibt nicht, wenn er Goethes unsterbliche Gestalt, den kleinen Gesandtschaftssekretär „das Genie einer neuen Zeit" nennt. Im heißen Gespräch mit Lottes Bräutigam sagt Werther: „Daß ihr Menschen, um von einer Sache zu reden, gleich sprechen müßt: das ist thöricht, das ist klug, das ist gut, das ist bös! Und was will das alles heißen? Habt ihr deswegen die inneren Verhältnisse einer Handlung erforscht? Wißt ihr mit Bestimmtheit die Ursachen zu entwickeln, warum sie geschah, wenn sie geschehen mußte? Hättet ihr das, ihr würdet nicht so eilfertig mit euren Urteilen sein." Hören wir da nicht einen der Unseren sprechen?

Der Hof von Weimar verdunkelte durch den Glanz seiner Persönlichkeiten die anderen Höfe. Indes waren jetzt die Sitze feudaler Unnahbarkeit und frivoler Lebensführung die Ausnahme. Die Freiheit des Geistes war vielen Fürsten weder ein unbekannter, noch ein furchtbarer Gedanke mehr. Sie hatten ein Herz für das Wohl und Weh des Volkes und Verständnis für die von dunkler Unrast und rosiger Hoffnung, von kühnen Träumen und weislichen Bedenken bewegte Zeit. Gerade in den rückständigen Staaten rührt sich der neue Geist am stärksten. Im „finsteren" Baiern will man in der Aera Montgelas mit einer Hast, die allzusehr einem Fieber gleicht, alles, was überlebt und morsch erscheint, was hemmt und hinkt, beseitigen und über Nacht das ganze Volk über Wesen und Zweck eines vernünftigen Staatslebens aufklären.

Eine litterarisch-ästhetisch-philosophische Kultur folgt auf die Jahrhunderte des ritterlichen und des höfischen Kultus. Sie überdauerte die revolutionären Erschütterungen am Ende des alten und die Kriegsnot und staatlichen Umwälzungen am Anfang des neuen Jahrhunderts. Der Deutsche verzichtete über seiner „Begriffsromantik" (Fr. A. Lange) auf politische Macht und den Anteil am Welthandel und wurde für das Ausland der harmlose Bücherwurm, der gute Tropf, der immer Dienste erweist und niemals Dienste verlangt. Ueber die Allerweltsschriftstellerei klagt Rebmann. Tintenkleckſendes Jahrhundert! ruft der thatendurstige Karl Moor. Gelehrte und Dichter sehen wir im Mittelpunkt des Kulturlebens. Akademische Bildung wird für den Mann die Bedingung der Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Auch die Söhne des hohen Adels und der regie-

renden Häuser mußten wenigstens ein paar Semester in Göttingen oder Halle studiert haben.

Denn Pflanzschulen der Wissenschaft waren in Deutschland ausschließlich die Universitäten. Daß sich, wie im reichen England jemand unabhängig von den Hochschulen zum Gelehrten ausbilde, war in Deutschland wider die Ueberlieferung; außerdem hatten nur wenige dazu die Mittel. Auch war die gewohnte Ordnung nicht mehr zu beklagen, denn in die verzopften, dem Leben entfremdeten Hochschulen kam gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts ein neuer Odem. Träger von Namen, die uns heute noch herrlich klingen, lehrten in allen Wissenszweigen und legten in die Jugend eine köstliche Saat.

In erster Reihe steht der Gelehrte, dessen Lebenswerk für die „Wissenschaft von den Grenzen der Vernunft" ebenso reformatorisch und fruchtbar war, wie die Schriften Adam Smiths für die Lehre von der Volkswirtschaft, der Königsberger Professor Immanuel Kant. Ein einseitiger Empirismus hatte zu einer entgeistigten Objektivität, ein einseitiger Idealismus zu einem aller Objektivität baren Subjektivismus geführt. Da macht der kleine, schlichte Mann in der ultima Thule die menschliche Erkenntnisfähigkeit, den Ursprung unserer Erfahrung zur Aufgabe seiner kritischen Untersuchung. Im Jahre 1781 erscheint sein Hauptwerk, die „Kritik der reinen Vernunft". „Bisher," heißt es am Schluß, „hatte man die Wahl, entweder dogmatisch wie Wolff oder skeptisch wie Hume zu verfahren. Der kritische Weg ist der einzige, der noch offen ist. Wenn der Leser diesen in meiner Gesellschaft durchzuwandern die Gefälligkeit und Geduld gehabt hat, so mag er jetzt das Seinige dazu beitragen, um diesen Fußsteig zur Heerstraße zu machen, damit dasjenige, was viele Jahrhunderte nicht leisten konnten, noch vor Ablauf des gegenwärtigen erreicht werden möge, nämlich die menschliche Vernunft in dem, was ihre Wißbegierde jederzeit, bisher aber vergeblich beschäftigt hat, zur völligen Befriedigung zu bringen." Indem Kant in aller Erkenntnis das Produkt zweier Faktoren, des erkennenden Subjekts und der Außenwelt, sieht, erhebt er die Sinnlichkeit zu einer dem Verstande gleichberechtigten Erkenntnisquelle. „Wäre keine Außenwelt da, so gäbe es auch keine Erscheinungen; wäre kein Verstand da, so würden diese unendlich mannigfaltigen Erscheinungen nicht miteinander in Verbindung gesetzt und zur Einheit einer Vorstellung verknüpft, es gäbe alsdann keine Erfahrung." Ohne Anschauung keine Erkenntnis!

Im Jahre 1787 erschien Kants „Kritik der praktischen Vernunft". Sofern das Erkenntnisvermögen die Prinzipien des Erkennens selber enthält, ist es theoretische Vernunft; sofern es die Prinzipien des Begehrens und Handelns enthält, ist es praktische Vernunft. Wie die ursprünglichen Bestimmungen unseres theoretischen Erkennens Anschauungen sind, so sind die ursprünglichen Bestimmungen des Willens Grundsätze und Begriffe. Kant findet in unserem sittlichen Bewußtsein etwas über alle Erfahrung hinausgehendes, d. h. er löst die Frage nach den „Dingen an sich" auf dem Wege der Moralphilosophie. „Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: der bestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir . . . Der erste An-

blick einer zahllosen Weltenmenge vernichtet gleichsam meine Wichtigkeit, als eines tierischen Geschöpfes, das die Materie, daraus es ward, dem Planeten wieder zurückgeben muß, nachdem es eine kurze Zeit mit Lebenskraft versehen gewesen; der zweite erhebt dagegen meinen Wert, als einer Intelligenz, unendlich durch meine Persönlichkeit, in welcher das moralische Gesetz mir ein von der Tierheit und selbst von der ganzen Sinnenwelt unabhängiges Leben offenbart, wenigstens so viel sich aus der zweckmäßigen Bestimmung meines Daseins durch dieses Gesetz, welches nicht auf Bedingungen und Grenzen dieses Lebens eingeschränkt ist, sondern ins Unendliche geht, abnehmen läßt."

Die analytische Arbeit Kants war die Propädeutik für die späteren Forscher auf den Gebieten der Philologie und Archäologie, der Chemie und Physiologie. Seine großartige Ethik erweiterte den engen brandenburgisch-preußischen Horizont der protestantischen Gesellschaft.

Aufgabe des Rechts und zugleich der staatlichen Wirksamkeit, sagt Kant, ist ebenso die Gewährleistung der gleichen äußeren Freiheit Aller, wie das Gebot der Vernunft erheischt, daß jeder einzelne jener Aufgabe des Rechts entsprechend sein ganzes Verhalten einrichtet.

So bildet die Lehre Kants auch die Brücke zur konstitutionellen Idee.

Ein konsequenter Idealismus war die Lehre Fichtes, der durch seine Vorlesungen über Wissenschaftslehre in Jena (1794) seinen Ruf begründete. „In dem zuversichtlichen Ernst seiner Behauptungen," erzählt der Hamburger Rist, der den Philosophen 1795 in Jena hörte, „in dem erhabenen Zweck seiner Forschungen und der konsequenten Strenge seiner Demonstrationen schien sich eine formlose Welt neu gestalten zu wollen." Diese „Zuversicht" zu seinem schöpferischen „Ich" übertrug er später auf die deutsche Nation, als er in Berlin unter den Augen der Sieger die Besiegten zum Widerstand, zur That, zu den Waffen rief.

Als der bedeutendste Gegner des Kantschen Kritizismus muß Friedrich Heinrich Jacobi, Bruder des Dichters Johann Georg Jacobi, genannt werden. Alle Erkenntnis geht aus von Offenbarung und Glauben. Diesen „salto mortale der menschlichen Vernunft", wie er selbst seine Flucht aus dem begreifenden Erkennen zum Glauben nennt, verteidigte er in Streitschriften, ohne ein System aufstellen zu wollen. Er verfaßte sie, nach seinen eigenen Worten, gewissermaßen nicht selbst, nicht beliebig, sondern fortgerissen von einer höheren, unwiderstehlichen Gewalt. Jacobi bekleidete niemals ein Lehramt, doch reich, geistvoll, ein liebenswürdiger Gentleman, blieb er nicht ohne Einfluß auf seine vielen Freunde und durch diese auf den großen Kreis jener „Zärtlichen", die, vor den unermeßlichen Abgründen des gestirnten Himmels erschauernd, lieber mit Jacobis Bruder sangen: „Sagt, wo sind die Veilchen hin?" —

In der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts nahm Halle, die Hochschule des aufsteigenden brandenburgisch-preußischen Staates, mit Thomasius und Christian Wolff den ersten Rang unter den deutschen Universitäten ein; in der zweiten Hälfte jedoch wurde es von Göttingen überflügelt. Mit Schlözer und Pütter, Lichtenberg und Blumenbach, Heyne und Haller wurde dieses eine Stätte des Neu-Humanismus, während Halle den religiös-dogmatischen Charakter

beibehielt. Göttingens Wandlung hing mit der Erschlaffung der theologischen Streitbarkeit zusammen. Die Theologen der evangelischen Kirche waren nach den stürmischen Kämpfen des siebzehnten Jahrhunderts friedlicher geworden. Der Streit mit den Reformierten wie gegen den Pietismus hatte aufgehört, der starren Orthodoxie folgte ein geschmeidiger Rationalismus. Er gewann unter den Angehörigen des geistlichen Standes eine Menge Anhänger und wurde erst gegen Ende des Jahrhunderts ernstlich bekämpft. „Schwärmereien, Paradoxien, fantastische Luftsprünge auf der einen Seite," sagt Schubart, „auf der anderen schrecklicher Unglaube und offenbarer Abfall von der Religion Christi scheinen die vorspringenden Charakterzüge unseres Zeitalters zu sein." Der wunderthätige Magus Swedenborg mit seinen Jüngern, der geniale Lavater, der Teufelsbanner Gaßner, der Begründer des Magnetismus, Mesmer, und viele andere Freunde tagscheuer Geheimlehren und mystischer Probleme, die in Schlangenklugheit und Taubeneinfalt zu festem Bund vereinigten Brüdergemeinden, und daneben die Vertreter der alten Aufklärung, die Nicolai, Biester u. a., deren Empirismus von grobem Materialismus kaum zu unterscheiden war — unfrei die einen wie die anderen!

Den Uebergang zu einer wirklich wissenschaftlichen Auffassung von Gott und Welt, zu einer wissenschaftlichen Theologie im protestantischen Lager bildet die Wirksamkeit Schleiermachers in Halle und Berlin. Die Wurzel dieser Theologie liegt in der Erkenntnis: Religion ist eine notwendige Funktion des Menschen nach den Bedingungen, unter welchen er lebt, die unentbehrliche Vollendung des menschlichen Daseins; Religion ist aber nicht Dogma. Schleiermachers Glaubenslehre wirkte ebenso epochemachend durch die Rechtfertigung inniger Frömmigkeit wie durch die scharfe Kritik veralteter Dogmatik.

In unseren Zeitraum fallen auch die Anfänge einer wissenschaftlichen Kirchengeschichte. Henke in seiner Allgemeinen Geschichte der christlichen Kirche (1788—1804) und vor allen Semler, nach Tholuks Ausspruch der „Feuerbrand, aus dem zuerst die Funken auf den unter den Zeitgenossen schon verbreiteten Zunder hinübersprühten", verwerteten den Kantschen Kritizismus, um den Inhalt der Offenbarung vor der Vernunft zu rechtfertigen.

Auch in der Geschichtschreibung gab sich um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts sowohl in der Methode wie in der Darstellung ein erheblicher Fortschritt kund. Herder, dem der genialste, aber verbitterte Denker der neuesten Zeit nur „den Sinn für die Witterung" zuerkennt, gab die ersten Bände seiner unvollendet gebliebenen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" in den Jahren 1784—1791 heraus. Er war ein tief religiöses Gemüt. Ihm waren die ungeheuren Vorgänge im Kosmos, in den Unendlichkeiten des Raumes und der Zeit und der Kraft, wie die Wandlungen der Menschengeschichte eine göttliche Offenbarung. Diese Ahnung vom Zusammenhang zwischen Natur und Geschichte war doch unendlich mehr als „Witterung", war eine neue That, also, menschlich bewertet, Fortschritt über den „Mechanismus" eines La Mettrie.

Herders Gegner, August Ludwig Schlözer, sammelte in Göttingen eine Schule junger Historiker um sich. Er blieb nur auf realem Boden; er war blind für das Schöne, aber sehr hellsehend für die Sünden der Zeit, für

die Gewaltthaten der Großen gegen die Kleinen, den Schlendrian in den geistlichen Fürstentümern und in den Stadtrepubliken, die Wühlarbeit der Finsterlinge, und er war tapfer genug, das Verwerfliche aufzudecken und zu geißeln. Seine Verdienste um die Entwickelung der Statistik, seine kernhafte Sprache als Historiker wie als Publizist geben ihm ein Anrecht auf die Ehren und Triumphe, die er in vollem Maße genoß.

Justus Möser gehört zu den Geschichtschreibern, die Nietzsche „die Bewahrenden und Verehrenden" nennt. Er, eine „starke, rauhe, deutsche Seele" (Goethe), sah im Bauernstand das Wesen und die Kraft des Germanen: derbe Schlichtheit, Selbstachtung und Rechtschaffenheit. Indem er die Geschichte seiner Heimat, des Hochstifts Osnabrück, schreibt, findet er sein Ideal — den letzten Wunsch Fausts an die Zukunft! —, ein in Freiheit thätiges, glückliches Volk, in Deutschlands Vergangenheit verwirklicht, und als der erste unter den Deutschen schildert er, nicht in trockenem Chronikenstil, nicht als leichtfertiger Fabulierer, sondern mit kritischem Urteil bei aller Wärme, Germaniens Vorzeit. Als historisches Recht verlangte er Schutz für alles, was sich aus jener tüchtigen Zeit die vielen Jahrhunderte hindurch auf uns vererbte. Streng konservativ, eiferte er gegen die zerstörende Tendenz der Aufklärung und den antinationalen Philanthropismus, deckte aber mit gleichem Freimut die noch bestehenden Mißbräuche einer feudalen Herrschaft auf. Seine Vorschläge zum Schutze des Bauernstandes, zur Erneuerung des Adels und Reform des Städtewesens, seine oft einseitigen, immer anregenden Betrachtungen über gegenwärtige und vergangene politische und soziale Zustände sind unter dem Gesamttitel „Patriotische Phantasien" gesammelt.

Im Vergleich mit Möser ein „Moderner" bei allen Wandlungen seiner politischen Gesinnungen war Johannes Müller. Schweizer von Geburt, studierte er in Göttingen Theologie und Geschichte und kehrte auch nach einem sechsjährigen Aufenthalt in der Schweiz nach Deutschland zurück, wo er als Publizist, Lehrer, Bibliothekar mannigfach thätig war. Die Geschichtschreiber der Griechen und Römer waren sein Vorbild. In seinen Schriften voll leidenschaftlicher Rhetorik verteidigte er die Politik des historischen Rechts, um zuletzt als Bewunderer des gewaltthätigsten Usurpators und als Minister des Königs „Morgen wieder lustick!" zu enden.

Freilich, deutsche Geschichte zu schreiben, war mit Schwierigkeiten verbunden, die Ernst Posselts Aufsatz „Ueber teutsche Historiographie" (1786) treffend charakterisiert. „Wehe dem Geschichtschreiber, der erzählen soll, wie der Oesterreicher mit dem Brandenburger zu gleichem Zweck der Größe des gemeinsamen Vaterlandes handeln soll! Verschiedener ist Wasser nicht von Feuer, als die besonderen Staaten Deutschlands und ihre Vorsteher und Bürger an Denkart und Staatsvorteil!" Die Gründe, aus denen Posselt die Ueberlegenheit der altklassischen wie der französischen und englischen Geschichtschreiber erklärt, gelten im großen und ganzen auch heute noch. „Ueber all diese verschiedenen Verfassungsteile und ihr Wirken von innen und nach außen historische Einheit verbreiten, ohne dunkel zu werden durch unvollständige, oder ermüdend durch allzu bestimmte Angaben: welche Forderung der historischen Kunst kann schwerer

sein?" Von der wissenschaftlichen Methode des Historikers Schiller mag man gering denken, jedenfalls gab er seinen Zeitgenossen das glänzende Beispiel einer neuen Geschichtschreibung, einer Geschichtschreibung in klarem, unverwälschtem Deutsch. Das lateinisch geschriebene Buch Posselts De bello populi gallici adversus Hungariae Borussiaeque reges (1793) war nur noch eine Kuriosität.

Bei der politischen Zersplitterung Deutschlands war eine gemeinsame Gesetzgebung über das gesamte bürgerliche Recht unmöglich, doch bot das „Gemeine Recht", das überall insoweit praktische Geltung hatte, als es nicht durch Partikularrecht beschränkt und geändert wurde, den Rechtsgelehrten ein weites Feld der Thätigkeit. Auch nachdem die verschiedenen deutschen Staaten, Preußen mit dem Allgemeinen preußischen Landrecht, Baiern mit dem Codex Maximilianeus ꝛc. partikulare Gesetzbücher erhalten hatten, blieb das Römische Recht maßgebend für die Auslegung.

Von den Reformen, die 1764 Beccaria mit beredtem Munde für das Strafrecht gefordert hatte, war im Zeitalter Friedrichs des Großen und Josephs II. manches durchgeführt worden; eine durchgreifende Neuerung im Sinne eines gemäßigten Rationalismus beginnt mit Anfang des neunzehnten Jahrhunderts insbesondere durch die Wirksamkeit Anselm Feuerbachs in Baiern. Die Hauptstätte für staatswissenschaftliche und verwaltungsrechtliche Studien war Göttingen, wo Johann Stephan Pütter als der größte aller Staatsrechtslehrer galt und der Hamburger Georg von Martens über Völkerrecht Vorlesungen in französischer Sprache hielt, welche Angehörige aller Nationen in die deutsche Universitätsstadt zogen. Die erste Professur für „Oekonomie-, Polizei- und Kameralsachen" war schon im Jahre 1727 in Halle errichtet worden, und seit den epochemachenden Reformen Turgots und Ricardos hatte die Volkswirtschaftslehre wachsendes Ansehen gewonnen. Deutschland besaß jedoch auf diesem Gebiete im achtzehnten Jahrhundert keine führenden Geister.

Dagegen hebt mit dem Gräzisten Christian Gottlob Heyne in Göttingen für die Philologie eine neue Aera an. Im Jahre 1763 nach Göttingen berufen, entfaltete er beinahe ein halbes Jahrhundert lang eine großartige Thätigkeit als Lehrer und Redner, Vorstand des Seminars, Oberbibliothekar, Sekretär der Gesellschaft der Wissenschaften und Redakteur der Gelehrten Anzeigen. „Wie er mir Freund und Führer war und ist," schrieb Basil von Rahmdohr über ihn, „wie ich ihm mehr als bloße Bildung des Geschmackes in den Künsten, wie ich ihm die ganze Bildung meines Herzens verdanke!" Zu Heynes Schülern gehörten Johann Heinrich Voß und Graf Friedrich Stolberg, August Wilhelm Schlegel und Wilhelm von Humboldt. Mit der Gewohnheit, Latein zu sprechen und zu schreiben, nahm nicht auch die Liebe für jene zwei Sprachen ab, in denen die Anmut des daseinsfreudigen Griechenvolkes und die unerbittliche Logik der machtbegierigen Römer fortlebt. Im Gegenteil, sie wuchs mit der methodischen Strenge der Forschung. An allen Hochschulen war man bemüht, anstatt wie bisher jene beiden Sprachen zu barbarisieren und sie zum Organ einer vom Altertum durchaus verschiedenen Kultur zu machen, in den Geist der Sprachen einzudringen, die Philosophen und Dichter, Geschichtsschreiber und Redner der Alten in ihrer Welt zu würdigen. In Leipzig veranlaßte am Ende des Jahrhunderts der junge

Gottfried Hermann die Gründung einer Griechischen Gesellschaft, ein gutes Omen seiner fruchtreichen Thätigkeit im neuen Jahrhundert. In Halle war Friedrich August Wolf als Professor der Philosophie und Pädagogik bemüht, dem Staate tüchtige Lehrer heranzubilden. Mit seinem Werke über die Entstehung der Homerischen Gedichte gab er den Philologen ein hochinteressantes Problem zu lösen und jedem wissenschaftlichen Forscher das Muster einer methodisch-kritischen Untersuchung. Die Gründer des akademischen Studiums der orientalischen Philologie, Gesenius und Freytag, gehören nicht mehr unserem Zeitraum an.

Wir müssen darauf verzichten, die Gründe zu erörtern, warum die Deutschen im achtzehnten Jahrhundert um die Entwickelung der Naturwissenschaften ein weit geringeres Verdienst beanspruchen können, als die romanischen Nationen, für die ein Lagrange und Lavoisier, ein Galvani und Volta unvergängliche Ruhmestitel sind. Es ist eben, wie Goethe sagt: Wir bauen mit unseren Tugenden zugleich unsere Fehler an. Das ändert sich mit dem Ausgang des Jahrhunderts. Im Jahre 1795 gab Karl Friedrich Gauß in Göttingen seine „Untersuchungen über höhere Arithmetik" zum Druck, und im Sommer 1799 betrat Alexander von Humboldt den Boden Amerikas.

Die geologischen Aufnahmen und Untersuchungen waren bislang den praktischen Bergleuten überlassen. Doch schon 1780 hielt Abraham Gottlob Werner in Freiberg die ersten Vorträge über Geognosie. Das vorzugsweise auf mineralogische Merkmale und Lagerungsverhältnisse begründete System Werners wurde von dem Engländer William Smith durch Einführung des paläontologischen Elements ergänzt, und eine stattliche Schar bahnbrechender Forscher bemühte sich so glücklich um die Ausbildung der verwandten jugendlichen Disziplinen, daß die Periode von 1790 bis 1820 „das heroische Zeitalter der Geologie" genannt worden ist (Zittel). 1802 gab der unermüdliche Wanderer und Wunderer Leopold von Buch seine epochemachenden „Geognostischen Beobachtungen auf Reisen durch Deutschland und Italien" heraus. Bald war er an Vielseitigkeit und philosophischer Tiefe noch übertroffen vom jungen Alexander von Humboldt.

Eine wichtige Neuerung war es auch, daß in Göttingen, das den ersten und einzigen Lehrstuhl für Erdkunde und in dem ehemaligen Petersburger Hofprediger Anton Büsching eine bedeutende Kraft besaß, in den letzten Jahrzehnten des ausgehenden Säkulums zum erstenmal von Blumenbach „Naturgeschichte" gelesen ward. Sowohl der systematischen Zoologie, der Ausbildung des Tiersystems durch Linné, als der morphologischen Richtung Cuviers dienten fortan auch deutsche Museen und Laboratorien. Auch auf die Pflanzenwelt wurde anatomische Forschung angewendet. Die Entwickelungsgeschichte verehrt in Karl Ernst von Baer einen ihrer Gründer.

Die medizinischen Fakultäten standen an Bedeutung und Ansehen noch weit hinter den Schwesterfakultäten zurück. —

Während das wissenschaftliche Deutschland — abgesehen vom glänzenden Aufschwung der Philosophie — im allgemeinen dem Ausland gegenüber nicht so fast gebend als empfangend sich verhielt, hat keine andere Nation ein so reiches, mannigfaltiges, vollkommenes Schaffen auf dem Gebiet der schönen Litteratur, wie Deutschland in seinem zweiten klassischen Zeitalter. Natürlich

kann auch diese Erscheinung hier nur im Fluge berührt werden als die glänzende Kehrseite der armseligen, verlotterten politischen Zustände im heiligen römischen Reich.

Die Bewegung beginnt in den vierziger Jahren. Klopstocks Messiade grüßt an der Schwelle. Die Lessingsche Kritik setzt ein, eine neue Aesthetik wird dadurch ins Leben gerufen. Friedrichs Größe und Josephs Edelsinn wirken auf das Volksbewußtsein, eine geistige Bewegung beginnt und ein neues Schrifttum. Das einseitige Lebensideal der Aufklärung wird zum Lebensideal des reinen und freien Menschentums verklärt. Nach den Nebelwogen der schrankenlosen Subjektivität in der Sturm- und Drangperiode kommen die goldenen Tage Weimars.

Eine winkelige, kleine Ackerstadt mit einem unverhältnismäßig großen Fürstenschloß wird für mehrere Jahrzehnte der Mittelpunkt des deutschen Kulturlebens.

Zwei Führer der Stürmer und Dränger ragen auch in der neuen Dichterschule am gewaltigsten hervor: Herder und Goethe.

Die einfache Stadtkirche in Weimar, die das Grab Herders mit der rührenden Inschrift: Licht, Liebe, Leben! verwahrt, war 27 Jahre lang eine Stätte seines Wirkens. Hier verkündete er sein Christentum, das zwischen Orthodoxie und Rationalismus eine so glückliche Mitte hielt. Der Bibel, der „einfachsten, ältesten, herzlichsten Poesie der Erde", zuliebe war er Theologe geworden, und von dichterischem Empfinden war auch seine Lehre beseelt, so daß die Katechese wirklich fruchtbar und der Gottesdienst wirklich Erbauung wurde. Herzog Karl August spottete gern über den vescovato, den Bischofssitz in Weimar, aber in so treuer Hand trieb der Bischofsstab edle Blüten. Herder erkannte auch zuerst, wie viel echte Poesie in den Volksliedern verborgen liegt; sein Auge erkannte die allmähliche, folgerichtige Entwickelung der menschlichen Kultur; er wurde der Begründer einer neuen Sprach-, Religions- und Geschichtswissenschaft, auf deren Bahnen wir heute noch wandeln. Eine Fülle von Licht strahlte aus dem schlichten Hause an der Stadtkirche. Trotz allem Menschlichen, das auch ihm anhaftete und in der Kleinstadt seine Nahrung fand, war Herder der einflußreichste Lehrer der „Gewaltigen" von Weimar.

Begonnen hatte die Glanzzeit des thüringischen Städtchens schon 1772 mit der Berufung Wielands zum Erzieher des jungen Karl August. Der Boden war schon durch eine Frau von edler, freier Menschlichkeit, die für jeden geistigen Genuß empfängliche Herzogin Amalie, vorbereitet. Wieland, obwohl ein Verehrer und Schüler der Franzosen, trat mit Wärme für die deutsche Litteratur ein, die bisher an deutschen Höfen das Aschenputtel war. Neben ihm weilten und wirkten der gelehrte Buchhändler Friedrich Bertuch, der Uebersetzer des Don Quixote, der schöngeistige Kammerherr Karl Friedrich von Seckendorff, der opferwillige „Freund Aller", Friedrich von Einsiedel, der kluge Beobachter von Welt und Menschen, der ehemalige Gardeleutnant und feinsinnige Uebersetzer Karl Ludwig von Knebel, der im Leben wie in seinen Dichtungen originelle Märchendichter Johann Karl Musäus und andere Freunde der schönen Litteratur und Kunst. Wenn es dieser Kreis mehr genießender und anempfindender als produktiver Männer bisher nicht über den Dilettantismus hinausgebracht hatte,

so wurde mit dem Eintritt Wielands der Sinn für Anmut und Grazie, mit dem Eintritt Herders die Begeisterung für das Gute und Wahre gefördert. Fast alle kamen zum Wort in dem 1773 von Bertuch und Wieland gegründeten „Teutschen Merkur", der ein Vierteljahrhundert lang mehr oder weniger gediegene poetische Leistungen darbot und die bedeutsamsten politischen und litterarischen Ereignisse in den Kreis der Betrachtung zog. Mittelpunkt war und blieb der geistig bewegliche und dabei gründlich gebildete Wieland, der trotz seiner Sympathie für die französische Aufklärung und ihr deutsches Organ, die „Allgemeine deutsche Bibliothek", den Widerstand der Stürmer und Dränger überwand und allmählich zu einer Art Litteraturpapst, zur ersten kritischen Instanz im Reiche der Schöngeister sich aufschwang. Sogar die Xenien schonten die Launen der „Grazie von Weimar". Unzweifelhaft ist aber Wieland mit solchem Schlagwort nicht abgethan. Die Zeitgenossen freilich sahen sein Verdienst fast ausschließlich in seinem Talent, zu fabulieren und flüssige Verse zu schreiben. Namentlich die Zierlichkeit der Wielandschen Dichtung gewann die volle Gunst der Höflinge, die bisher nur für die Feinheiten der französischen Sprache zu haben waren. Uns können seine Romane mit ihrer englischen Popularphilosophie nicht mehr erwärmen, doch Wielands zeitgeschichtliche Aufsätze sollten uns noch immer lieb und lesenswert sein. Treitschke hat sie wohl zu schätzen gewußt. Unter den deutschen Schöngeistern des klassischen Zeitalters war nach Treitschkes Meinung Wieland der einzige, der wirklichen Sinn für die Politik besessen habe. In den letzten Jahren des achtzehnten Säkulums zog sich der deutsche Lukian fast gänzlich auf sein Landgut in Osmannstedt nahe bei Weimar zurück, ohne jedoch die Absicht, ein zurückgezogenes Leben zu führen, erreichen zu können, da, wie Goethe sagt, „zwar Wieland sich den Menschen entziehen, die Menschen aber nicht ihn entbehren mochten".

Eine eigenartige Persönlichkeit des Wielandschen Kreises war der Darmstädter Kriegsrat Johann Heinrich Merck. Ohne selbst ein hervorragender Schriftsteller zu sein, diente er Dichtern wie Gelehrten mit seinem Takt und unbefangenem Urteil als guter Rat. Goethe bekannte unumwunden, daß er dem anregenden Umgang mit Merck und seiner verständigen Kritik unendlich viel verdanke.

Mit Merck, dem „Landsbelmann aus dem pays de Vaud", machte sich der „magister ubique", wie Schiller scherzweise den geschäftigen Weimaraner Gymnasialdirektor Karl August Böttiger nannte, den bahnbrechenden Geistern nützlich. Hat doch der vielverspottete Pädagoge dem Dichter zu seinen schönsten Balladen die Stoffe angegeben.

Alle diese bedeutenden Männer reichen aber nicht an die geistige Größe, erreichen nicht die nachhaltige Wirkung der zwei Unsterblichen, deren ehernes Standbild Rauch der Nation als unser Dioskurenpaar gegeben hat: Goethe und Schiller.

39 Jahre hat Goethe das Haus auf dem Frauenplan bewohnt. Hier errang er sich durch eine rastlose, alles umfassende Thätigkeit, was er selbst einmal den Preis der Frömmigkeit nennt: „den reinsten inneren Frieden und die höchste geistige Ausbildung", jene Harmonie, Geschlossenheit und Ganzheit, die außer ihm nur wenige Auserwählte der Menschheit sich erworben haben.

Goethe war als Dichter schon berühmt, als ihn der junge Herzog von Sachsen-Weimar 1775 aus dem Heim der Frau Rat in Frankfurt an seinen Hof entführte. Doch sein Genius verlangte noch andere Siege. Und nicht sowohl den Sieg, als den Kampf. Die ungeheure Mannigfaltigkeit des modernen Lebens schreckte ihn nicht ab. Alle Rätsel der Natur und alle Aufgaben der Kultur beschäftigten ihn, und in jedem Gebiete zeigte er sich als ein Berufener. Wieland ahnte in dem „wunderbaren Knaben" sofort, was für ein Magus nach Weimar gekommen war. „Er ist," schreibt Wieland an Zimmermann, „in allen Betrachtungen und von allen Seiten das größte, beste, herrlichste Wesen, das Gott geschaffen hat." Zwischen ihm und seinem Herzog, den die Mailänder bei einem Besuche ihrer Stadt mit Recht als den principe-uomo feierten, entwickelte sich jenes innige Verhältnis, das kaum eine Entscheidung zuläßt, wer von beiden dem anderen für Anregung und Förderung zu größerem Danke verpflichtet war. Zur nämlichen Zeit, da der große Friedrich in seiner mit Unrecht verlästerten Schrift über die deutsche Litteratur den künftigen Sieg des deutschen Elements weissagte: „Auch die Höfe werden mit Vorliebe Deutsch sprechen!" gab es schon einen echt deutschen, einen ideal deutschen Hof, den Weimarischen, an dem das Wort: „Es soll der Sänger mit dem König gehen!" zur That geworden war.

Auch die politische Bedeutung dieses litterarischen Aufschwunges darf nicht unterschätzt werden. Kaiser Wilhelm II. sprach darüber ein gerechtes Wort: „Weimar hat einen großen Anteil an der Entwickelung des Reichs und an seiner jetzigen Gestaltung, denn in der furchtbaren Periode, als unser Vaterland daniederlag, haben die Geistesgrößen, die von Weimar ausgingen, uns gerettet, indem sie den Geist in unser Volk hineintrugen, der das neue Vaterland vorbereitete!"

Lange Zeit schien es, als ginge der „Lehrer, Freund und Diener" des Herzogs ganz in amtlicher Thätigkeit auf. Er hatte die Augen überall. Er widmete dem Bergbau des Staates die gleiche Aufmerksamkeit, wie den künstlerischen Interessen der Hofbühne; seinem Urteil war die Besetzung der Jenenser Professuren unterworfen, seiner Einsicht die Weimarer Hofhaltung, die er in weiser Sparsamkeit vereinfachte. Die köstliche Arbeit des Dichters — Egmont, Tasso, Iphigenie — wurde über den Sorgen des Ministers zurückgelegt. Erst das Freundschaftsbündnis mit Schiller gab der Schaffensfreude des Ueberbürdeten neuen Anreiz.

Obwohl Goethe selbst die Berufung Schillers nach Jena auf das wärmste befürwortet hatte, blieben doch jahrelang beide ohne persönlichen Verkehr. Erst im Juni 1794 brachte sie ein zufälliges, auf der Straße angeknüpftes Gespräch über Goethes Lieblingsproblem, die Metamorphose der Pflanze, einander näher. Aus der „wechselseitigen Teilnahme an dem, was sie lieben und treiben" (Goethe an Schiller), erwächst eine reine, uneigennützige, für beide gleich segensreiche Freundschaft. Rebmanns Spottberichte über das Weimarer „Treibhaus" verraten, welches Aufsehen es erregte, daß Goethe, der sich aus dem „glorreichen Grobheits- und Schmutzapostel", aus dem Dichter des Götz in die „steife Weimarische Excellenz" verwandelt hatte, nun doch wieder mit „dem üppig aufgeschossenen Genie des Schwabenlandes" Hand in Hand ging. Schiller predigte

das Evangelium der Freiheit, Goethe das Evangelium der Natur. Das schönste Denkmal ihres Zusammenwirkens mit Rat und That, ein köstlicher Schatz, wie ihn keine andere Nation aufzuweisen hat, ist ihr Briefwechsel aus den Jahren 1794 bis 1805. Diese Zeit war der Sommer der Weimaraner Periode. Jetzt schuf Goethe „Hermann und Dorothea", jetzt „Wilhelm Meister", über den Schiller das erste und heute noch gültige Wort gesprochen hat: „Ich kann das Gefühl, das mich beim Lesen dieser Schrift, und zwar im zunehmenden Grade, je weiter ich darin komme, durchdringt und besitzt, nicht besser als durch eine süße und innige Behaglichkeit, durch ein Gefühl geistiger und leiblicher Gesundheit ausdrücken, und ich wollte dafür bürgen, daß es dasselbe bei allen Lesern im ganzen sein muß" (Schiller an Goethe, 7. Januar 1795). Und ebenso erhob sich Schiller an der Seite des Freundes zum großen Künstler; der Einfluß Goethes war nicht weniger wohlthätig, als die transcendentale Philosophie Kants. Dank seinem Freunde gewann er die edle innere Ruhe und Einheit, die Souveränetät des Geistes, die sich in seinem Wallenstein und Tell offenbart. Und wie wurde dem Dichter sein Märtyrertum in den Tagen unheilbarer Krankheit erhellt und verschönt durch den Zauber von Weimar!

Freilich, arkadisches Schäferleben brachte dieses goldene Zeitalter nicht mit sich. „Es ist hier in allen Fächern," klagte einmal Goethe dem Freunde Knebel, „ein so schnelles litterarisches Treiben, daß einem der Kopf ganz drehend wird, wenn man drauf horcht," und ein andermal beschreibt er die Weimarische „Litteraturmühle" (28. März 1797): „Schiller ist fleißig an seinem Wallenstein; der ältere Humboldt arbeitet an der Uebersetzung des Agamemnon von Aeschylos, der ältere Schlegel an einer des Julius Cäsar von Shakespeare. Dabei bringt die Gegenwart des jüngeren von Humboldt, die allein hinreichte, eine ganze Lebensepoche interessant auszufüllen, alles in Bewegung. Nimmst Du nun dazu, daß Fichte eine neue Darstellung seiner Wissenschaftslehre im Philosophischen Journal herauszugeben anfängt, und daß ich bey der speculativen Tendenz des Kreises, in dem ich lebe, wenigstens im Ganzen Antheil daran nehmen muß, so wirst Du leicht ersehen, daß man manchmal nicht wissen mag, wo einem der Kopf steht!" Und daß es bei diesem Wetteifer der Kräfte nicht selten zu Reibungen kam, zeigen die „Xenien" und die zahlreichen Erwiderungen und Parodien auf diese Epigramme. Die mehr groben als witzigen Ausfälle gegen Goethe, „Rat und Poet und Hanswurst noch dazu", gegen den „ledernen Hofrat" Schiller mit seinen „hochherprahlenden Horen", und ihre „Satelliten voll Weimarischem Stolz und Jenaischem Neid" beweisen aber nur, auf welchen Höhen die echten Dichter wandelten, von welch bedenklicher Natur die eigentlichen Lieblinge des großen Publikums, „die Schwätzer und Schmierer mit den hohen Auflagen und den breitgezogenen Mäulern", waren.

Vor allem ging das Jagen der Dichter der „Xenien" gegen Nicolai und seinen platten Berliner Anhang. Man braucht nur in ein paar Bänden des „Berlinischen Archivs" mit seinen Beiträgen von Rambach, Rechlin, Seidel u. s. w. zu blättern, um den ungeheuren Abstand dieser seichten, gequälten, breitspurigen Poesie und Prosa von den Weimarischen Schöpfungen zu begreifen. Wie viele wurden damals als gleichwertige Statthalter der Poesie neben Schiller und

Goethe angesehen, während heute nicht bloß ihre Schriften, sondern auch ihre Namen unbekannt sind![1]) Rambachs Abenteuerromane wurden verschlungen, Goethes Werke fanden nur geringen Absatz, und die mit stolzen Hoffnungen begonnenen „Horen" erlitten kläglichen Schiffbruch. Die süßlichen, lüsternen Reiseschilderungen des Herrn von Thümmel, die Verballhornung des Meisterwerks von Defoe durch den Hamburger Campe, die „Reise Sophiens von Memel nach Sachsen", der berühmte „psychologische" Roman des Pastor Hermes in Richardsons Manier, — das waren die eigentlich vielgelesenen Bücher. „Das allgemeine und revoltante Glück der Mittelmäßigkeit in jetzigen Zeiten," schreibt Schiller am 3. August 1795 an Fichte, „die unbegreifliche Inconsequenz, welche sogar das ganz Elende auf demselben Schauplatz, auf welchem man vorher das Vortreffliche bewunderte, mit gleicher Zufriedenheit aufnimmt, die Rohigkeit auf der einen und die Kraftlosigkeit auf der anderen Seite erwecken mir, ich gestehe es, einen solchen Eckel vor dem, was man öffentliches Urtheil nennt, daß ich mich für sehr unglücklich halten würde, für dieses Publikum zu schreiben, wenn es mir überhaupt jemals eingefallen wäre, für ein Publikum zu schreiben." Auch die weinerlichen Rührstücke von Schröder und Iffland und Großmann und Schink und vielen anderen Auchdichtern wurden mit Recht in den Epigrammen der beiden Dichterfürsten gegeißelt. Dagegen wird das echt poetische Verdienst des alten Voß bewundernd gefeiert:

---

[1]) Wie wenig überhaupt die Wertschätzung der Nachwelt mit dem Urteil der Zeitgenossen übereinstimmt, mag ein wunderliches Beispiel beweisen. Der kenntnisreiche, gebildete Historiker Ernst Posselt stellte 1792, indem er Genie, Schärfe des Urteils, Litteraturkenntnis, Tonfülle, Sprachstärke, Popularität, Laune, Witz und Gedächtnis als die notwendigsten „Ingredienzien eines Dichters" bezeichnet, folgende Skala der bekanntesten deutschen Dichter seiner Zeit auf:

	Genie	Urteilsschärfe	Litteraturkenntnis	Tonfülle oder Versifikation	Sprache	Popularität	Laune	Witz	Gedächtnis
Klopstock	19	18	17	18	19	15	16	15	17
Wieland	18	18	18	18	18	17	18	17	19
Bürger	16	16	17	18	18	18	17	16	16
Uz	17	17	16	17	17	16	15	17	15
Gesner	17	18	15	17	17	18	14	17	14
Lessing	15	18	18	14	18	16	17	19	19
Gerstenberg	18	17	16	17	18	17	17	17	14
Ramler	14	16	15	17	16	13	12	15	16
Goethe	18	18	17	14 (!)	18	17	17	16 (!)	17
Denis	15	16	17	17	17	13	12	13	17
Gleim	16	16	14	17	18	19	16	18 (!)	15
Friedrich Stolberg	16	16	15	16	17	16	15	14	16
Christian Stolberg	15	16	16	14	16	14	14	14	15
Schiller	18	17	15	13 (!)	17	16	17	17	14 (!)

„Man sieht aus diesem Versuch," fügt Posselt hinzu, „wie schwer es sei, Geister zu messen, wie man Körper mißt. Inzwischen hat es doch seinen Nutzen. Der Zwerg sieht's deutlicher, daß er ein Zwerg ist, wenn er sich am Maße der Potsdamer Garde hinaufstreckt."

„Wahrlich, es füllt mit Wonne das Herz, dem Gesange zu horchen,
Ahmt ein Sänger, wie der, Töne des Altertums nach!"

Und dem Vertreter echter Sittlichkeit und Duldsamkeit, dem Gegner engherziger, konfessioneller und hoffärtiger Beschränktheit, dem von körperlichen Leiden schwer heimgesuchten Garve wird das Wort gewidmet:

„Hör' ich über Geduld dich, edler Leidender, reden,
O wie wird mir das Volk frömmelnder Schwätzer verhaßt!"

Neben den großartigen Erscheinungen fehlt es auch nicht an liebenswerten Gestalten in der Dichterwelt unserer Periode. Der edle Hölderlin, zugleich Prometheus- und Werthernatur, der gemütstiefe, nie auszuschöpfende Jean Paul, der Dichterphilosoph Jacobi leiten hinüber zu den Romantikern, deren Anfänge noch in unsere Zeit reichen, zu jenen Dichtern, denen die Mystik des Mittelalters lockender schien als die freudige Klarheit der Antike, die zur Verherrlichung einer ritterlichen Vergangenheit in phantastischen, launenhaften Uebertreibungen sich gefielen, die aber immerhin das Verdienst haben, in den poetischen Gesichtskreis der Nation wieder das germanische Mittelalter und den schimmernden Orient hereingezogen zu haben.

Freilich, ein richtiges und erschöpfendes Bild des geistigen Lebens ist durch unsere Aufzählung der Sommitäten nicht geboten. Wenn man die Listen der litterarischen Zeitschriften aus jenen Zeiten durchfliegt, wird man erst gewahr, welch winziger Bruchteil des gelehrten und schöngeistigen Schaffens der allgemeinen Kenntnis sich erhalten hat. Doch für unsere Zwecke verbietet es sich ebenso, auf die Alxinger, Spies, Cramer, Vulpius und anderen Untergötter einzugehen, wie es unmöglich ist, die Zustände der Publizistik näher zu beschreiben. Eine Geringschätzung der Leistungen auf diesem Gebiete wäre gewiß nicht am Platze. Abgesehen von den epochemachenden Unternehmungen Schlözers (1776—1793) erschien in jener Periode das „Deutsche Museum", das Friedrich Schlosser als die beste Zeitschrift rühmt, die jemals in Deutschland einem größeren Publikum geboten wurde. Auch im konservativen „Politischen Journal", wie in der freisinnigen „Vaterländischen Chronik" und in vielen anderen Organen stoßen wir neben öden und verschrobenen Artikeln auf zahlreiche Beiträge, die nur von geistreichen und gut versierten Verfassern stammen konnten. Gleichzeitig mit dem Aufschwung der poetischen Litteratur gewann auch der Journalismus, „das Selbstgespräch, das die Zeit über sich führt" (Robert Prutz), einen neuen und erweiterten Inhalt. Noch 1762 meinte Moses Mendelssohn, in Deutschland werde nur für Professoren oder für Schulknaben geschrieben. Das änderte sich aber rasch. In allen Volksklassen erwachte der Trieb, sich über die Geschichte des Tages zu unterrichten. „Alles will und muß heutzutage lesen," sagt 1792 der Helmstedter Professor Bischoff in einer Rede über Begriff und Nutzen der ephemeren Litteratur, „und die unter mancherlei Hüllen versteckte Gewinnsucht der Zeitungsschreiber hat reichlich für die Befriedigung dieses Bedürfnisses gesorgt ... Zahllose Tagblätter und Monatsschriften befrachten posttäglich die Felleisen, sind auf Toilette- und Arbeitstischen, in Klubsälen, Gasthöfen und Dorfschenken verbreitet." Angesichts der seitdem ins Ungeheure gewachsenen Zahl

der Zeitungen will es uns freilich nicht so „massenhaft" erscheinen, daß damals in Deutschland 69 Zeitungen und 30 Intelligenzblätter gedruckt wurden, doch überstieg schon diese Zahl, wenn wir der von Bischoff mitgeteilten Statistik Glauben schenken dürfen, erheblich die französische und englische Produktion. Die Absicht, welche die einzelnen Zeitungsleser veranlasse, die allerneueste Geschichte zu studieren, sei freilich so verschiedenartig wie möglich; zu anderen Zwecken lese der Staatsmann als der Künstler, der Schulmeister als der Kaufmann, aber auf alle erstrecke sich das Terenzische: Homo sum, humani nihil a me alienum puto! „Ein weltbürgerliches Band vereinigt jetzt alle denkenden Köpfe ... Die Geschichte des Tages lehrt uns alle, mit offenen Augen durch die Welt zu wandeln." Freilich stellten sich der Tagespubliziſtik noch merkwürdige Schwierigkeiten entgegen. Als in Frankfurt am Main das Intelligenzblatt zum erstenmal Listen der Getauften, Getrauten und Gestorbenen veröffentlichen durfte, wurde über Entweihung des Privatlebens geklagt. Die Entrüstung des Volkes legte sich, doch die Quengeleien der Behörden, welche sich zur Bevormundung des Publikums auch bezüglich seiner Lektüre berufen glaubten, hatten kein Ende. Schlözer gab zur Sicherung seiner Mitarbeiter niemals die Manuskripte, sondern immer nur Abschriften davon in die Druckerei. Besonders streng war die Zensur in Baiern, solange die Mannheimer Exjesuiten, vor allen Pater Frank, die Seele der Regierung waren. Da es im Interesse dieser Unduldsamen lag, den Fürsten über die wahre Volksstimmung zu täuschen, wurde die Presse geknebelt. Als nach dem Ableben Karl Theodors der Zweibrückener Max Joseph die Regierung übernahm, mußten jene mittelalterlichen Gespenster weichen. In den Anschauungen der Illuminaten aufgewachsen, hob er alsbald das Zensurkollegium und das bisherige Verfahren in Preßsachen auf, weil es „dem liberalen Gange der Wissenschaft nachteilig zu sein scheint". Die lange Vergewaltigung des geistigen Verkehrs rächte sich aber jetzt. Die an Freiheit nicht Gewöhnten verwechselten Freiheit mit Frechheit. Daß das Recht der Meinungsäußerung von der Achtung der Gesetze und der guten Sitte nicht entbinde, wollte vielen Publizisten nicht einleuchten. Alsbald nachdem der Regierungsantritt des „bairischen Titus" in guten und schlechten Versen und hochtrabender Prosa gefeiert worden war, erschienen zahlreiche Schmähschriften, deren ungenannte Verfasser den eben noch vergötterten Fürsten für die militärische Ohnmacht des Staates verantwortlich machten und die Republikanisierung Baierns verlangten. Trotzdem verschmähte die Regierung, Häscher und Tribunale in Bewegung zu setzen. „Wir wollen nicht," erklärt ein kurfürstliches Reskript vom 13. Juni 1803, „die ungerechte Maxime befolgen, den Mißbrauch der natürlichen Kräfte durch Untersagung und allgemeine Beschränkung des Gebrauchs selbst verhüten zu wollen; wir übersehen deshalb großmütig strafbare Angriffe auf unsere eigene höchste Person, um keinen guten und aufgeklärten Mann abzuhalten, mit Freimütigkeit und Redlichkeit seine Meinung darüber zu äußern, was nach seinem Dafürhalten beitragen könnte, das allgemeine Beste zu befördern." Die bairische Regierung handelte damit nach der Auffassung Schlözers von Zensur und Preßfreiheit: „Möchten wir doch endlich in eine neue Zeit übergehen, die es verschmäht, neben jeden Pfühl eines Amtmannes oder Büttels eine Schildwache zu stellen,

die auch über einer Aufwallung von Preßfrechheit nicht darauf vergißt, daß nur eine vernünftige Preßfreiheit das geistige und sittliche Leben der Nation fördern und heben kann."

Auch auf Sprachreinheit und Stil wurde nach dem guten Beispiel der Schriftsteller endlich auch von den Behörden mehr Aufmerksamkeit als bisher verwendet. „Warum ahmen die Deutschen," hatte der Weimarer Rektor Heinze 1787 gefragt, „die den Franzosen so viele alberne und entbehrliche Dinge nachäffen, nicht lieber den französischen Stil darin nach, daß auch amtliche Erlasse vom Publikum wirklich verstanden werden können? Warum sprechen unsere Fürsten lieber im Despotenton, als im Ton eines sorgsamen Vaters oder treuen Freundes? Warum muß gerade im Namen der Fürsten unnatürlich gesprochen werden?" —

Wie wir schon gezeigt haben, war der reformatorische Zeitgeist in hohem Grade dem Schulwesen günstig. Wie erziehen wir unsere Jugend? wurde eine brennende Frage. Tausende erblickten in dem „Agathokrator" Johann Basedow einen Messias der Pädagogik. Er war ein in Erscheinung und Lebensgewohnheiten plebejischer Mann, und immer handelte es sich bei ihm in erster Reihe um die Verbesserung seiner Finanzen, doch da er mit dem Brustton der Ueberzeugung von seiner Theorie alles Heil für das Schul- und Erziehungswesen verhieß, wurde ihm geglaubt, was man so heiß wünschte. Mit der Unterstützung hochsinniger Fürsten konnte er sein pädagogisches „Elementarwerk" herausgeben, das eine so ernste Sache wie die Erziehung zum bloßen Spiel entwürdigte. Immerhin hatte die Basedowsche Pädagogik in praxi, sein „Philanthropin", manches Gute zur Folge. Man sah ein Zerrbild, dennoch ein ander Bild, eine Erziehung zur Erziehung ohne dunkle Nebenzwecke. In freiheitlichem, humanem Sinne ohne Basedowsche Uebertreibungen wirkte Christian Gotthilf Salzmann als Gründer der Erziehungsanstalt in Schnepfenthal. Das Beste für Volksbildung und eine naturgemäße Unterrichtsmethode that der Schweizer Pestalozzi, der in seinen Schriften lehrte und in seinen Anstalten zeigte, daß Unterricht und Geistesbildung dem geistigen Fassungsvermögen des einzelnen angepaßt werden müssen. —

Die Kunst steht am Ende des achtzehnten Jahrhunderts in engstem Zusammenhang mit dem Aufschwung der Litteratur. Winckelmann, Lessing, Schiller und Goethe wirkten, jeder in seiner Weise, mächtig auf die bildende Kunst ein. Wir sind zwar heute von der blinden Bewunderung für Asmus Carstens zurückgekommen und geben zu, daß der Tiroler Knoller in seiner Art ein genialerer Künstler war als der Schleswiger Carstens, der Gründer der „deutschen Renaissance", doch die Würde und die plastische Schönheit der Gestalten Carstens lassen uns die Schöpfungen des Mitkämpfers der Weimaraner Heroen auch heute noch verehrungswürdig erscheinen. Der Schweizer Heinrich Füßli zählte als Maler nicht zu den ersten, doch seine Kunstlehre war epochemachend und wurde in unseren Tagen insbesondere von Gurlitt in hellstes Licht gesetzt. Nicht vergessen sei Daniel Chodowiecky, der groß im kleinen war. Und wenige Jahre nach Ablauf des achtzehnten Jahrhunderts wanderte ein wirklich Großer nach Rom, um ins gelobte Land der höchsten Schönheit von Kunst und Natur einen Blick zu werfen, Peter Cornelius! Allem seinem Werk gab des Meisters Ueberzeugung von der

Hoheit seines Berufes einen großen Zug, aus dem die tiefe Wirkung des Künstlers auf die Besten seiner Zeit, die große Zahl und unbedingte Ergebenheit seiner Jünger zu erklären ist. Gewiß, es rächte sich, daß er, wie Carstens, das Studium der Natur gering schätzte, und es gibt eine Menge höchst wichtiger malerischer Probleme, die von Cornelius nicht bloß nicht gelöst, sondern nicht einmal geahnt worden sind. Doch wie ungerecht wäre es, ihn als bloßen Nachahmer der italienischen Cinquecentisten abzufertigen! Was er aus Stoffen der christlichen und der urgermanischen Welt geschaffen, was er nach einer langen, von edelster Begeisterung getragenen Thätigkeit seiner Nation hinterlassen hat, waren nicht bloß „Reflexe der italienischen Kunst", es sind Offenbarungen und Denkmäler, Kämpfe und Siege des wiedererwachten deutschen Geistes. Uns ist die Antike nicht mehr das, was sie Goethe und Schiller, was sie den zeitgenössischen Malern war. Doch nicht die Antike gab ihnen „jene Jugend, die nie verfliegt"; sie trugen den Gott in sich, die Sehnsucht, das Ringen „nach der höchsten Schöne".

„Um andere Kronen buhlet nicht!"

Nie wird an der Wende eines Jahrhunderts ein edleres Mahnwort an die Künstler gerichtet werden! —

Die Einsicht in das Wesen der Musik erklärt, warum das deutsche Volk vor allen anderen immer „die gewisse musikalische Gemütsstimmung", auf welche bei Schiller nach seinem eigenen Ausspruch „die poetische Idee folgte", am stärksten gerade in den Zeiten seiner politischen Erniedrigung besaß. Denn für das deutsche Volk bedeutete politischer Stillstand nicht etwa Frieden und ein behagliches oder gar üppiges Lotterleben, sondern den Feind im Lande, Bruderstreit und harte Not. Und so gingen denn nach den Greueln des Dreißigjährigen Krieges aus einem gequälten, erschöpften, verachteten Volke nacheinander die großen Genien hervor, welche jene Gemütsstimmungen des Ganzen verdichteten und dem Schmerz, der Sehnsucht, dem Trost in Gott, wie der trotz alledem lebendigen Freude an der Welt und stolzer Zukunftshoffnung, „Mitleidende zugleich und Erlöser", in Tönen Ausdruck gaben: Händel und Sebastian Bach, Gluck und Haydn, Mozart und Beethoven!

Man darf, um deutsches Volk und deutsche Art gerecht zu würdigen, nicht vergessen, daß in der nämlichen Zeit, die der Baseler Separatfriede, der Zusammenbruch des Deutschen Reiches, der Tag von Jena und der Rheinbund brandmarkten, Wilhelm Meister und Wallenstein, die letzten Opern Mozarts und die Symphonien Beethovens entstanden sind! „Nur durch seine Musik und Poesie," sagt Carlyle, „kann das nachfridericianische Deutschland auf die Beachtung der Welt Anspruch erheben, aber durch seine Musik und Poesie in diesem Zeitalter hat es sich auch thatsächlich zum ersten Wohlthäter der Menschheit aufgeschwungen!"

Fünftes Buch.

Vom Rastatter Kongreß bis zum Reichsdeputationshauptschluß.

Erster Abschnitt.

Der Rastatter Kongreß. Die Ueberlassung von Mainz an die Franzosen. Die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich. Die Säkularisationsfrage. Vorboten eines Bruches zwischen Oesterreich und Frankreich. Die Konferenzen von Selz. Die Bildung einer neuen Koalition gegen Frankreich.

Nirgend wurde die Nachricht vom Abschluß des Friedens von Campo Formio freudiger begrüßt, als in dem seit vier Jahren unausgesetzt von Franzosen und Deutschen bedrängten Mainz. Ein kaiserliches Dekret vom 1. November 1797 gab dem Regensburger Reichstage die öffentlichen Artikel des Friedensvertrages bekannt, forderte die Reichsstände auf, zur Beratung eines allgemeinen Reichsfriedens Vertreter nach Rastatt zu senden, und bezeichnete als Grundlage der Verhandlungen die Erhaltung der vollen Integrität des Reichsgebietes und der Reichsverfassung. In der frohen Hoffnung, endlich wieder in ruhigen Besitz seiner Residenz zu gelangen, sandte Kurfürst Friedrich Karl sofort seinen Hofkanzler Freiherrn von Albini nach Rastatt.[1]) Zu Vertretern der französischen Republik wurden ausersehen Obergeneral Bonaparte, der ehemalige Präsident des Rates der Fünfhundert, Jean Baptiste Treilhard, der, wie der „Ritter Lang" spottet, „wie ein Notar aussah, gleichsam herbeigerufen, um für das deutsche Reich das Testament zu machen", und ein jakobinisch gesinnter Edelmann, Marquis de Bonnier, „einem wohlgenährten Stadtpfarrer gleichend, aber dabei immer trotzig und stumm".[2]) Eine Zeitlang scheint in Paris die Absicht bestanden zu haben, den Mainzer Klubbisten Professor Hofmann als Vertreter der Republik aufzustellen, was von Rebmann im Klubbistenorgan „Die Geißel" als erstes Signal der Verbrüderung der deutschen und französischen

[1]) Bockenheimer, Die Uebergabe der Stadt Mainz an die Franzosen im Dezember 1797 Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz, II, 1.

[2]) Memoiren des K. H. Ritter v. Lang, I, 312.

Republikaner begrüßt wurde, doch scheint das Mißtrauen gegen den Ausländer den Beschluß verhindert zu haben.

Am 25. November traf der „große Italiker", dem alle Welt mit gespannter Erwartung entgegensah, in dem badischen Grenzstädtchen ein; früher schon hatten sich zahlreiche Würdenträger als Vertreter der deutschen Reichsstände eingefunden. Daß die vielen hundert Kavaliere und Räte mit ihrem Gefolge in dem bescheidenen Städtchen Unterkommen und Atzung fanden, erinnerte einen von den Gästen an das Wunder der Speisung von fünftausend Hungrigen mit fünf Broten und zween Fischlein. Nur das markgräfliche Schloß enthielt stattlichere Räume; hier bezog Bonaparte die Gemächer, die während des Friedenskongresses von 1714 Marschall Villars bewohnt hatte.

Schon die erste Unterredung Bonapartes mit Albini brachte den überschwenglichen Hoffnungen des mainzischen Kanzlers ein jähes Ende. Bonaparte gab ihm deutlich zu verstehen, daß die Tage der geistlichen Fürstentümer gezählt seien.[1]) Noch rücksichtsloser sprach sich der kleine Offizier mit den finster blickenden Augen gegen den Gesandten des Fürstbischofs von Würzburg aus. Der Prunk der geistlichen Fürsten, meinte er, sei doch kaum vereinbar mit dem Wort des Evangeliums, daß die Hirten der Christenheit ein schlichtes, bescheidenes Leben führen sollten. Im allgemeinen floß Bonaparte über von Friedensliebe; auch wußte er jedem Gesandten — die deutschen Diplomaten defilierten paarweise an ihm vorbei — etwas Schmeichelhaftes über seinen Fürsten oder sein Vaterländchen zu sagen. Mit bitteren Worten beklagte er, — was die deutschen Diplomaten überraschte, da er für einen „Kostgänger" Oesterreichs angesehen wurde, — die Lässigkeit der kaiserlichen Gesandten. „Es ist nicht nett von den Oesterreichern, daß sie mich und die deutschen Herren Kollegen so lange warten lassen. Ich bin durch die Huldigungen, die man mir auf meiner Reise allerorten erwies, ungebührlich aufgehalten worden und habe deshalb befürchtet, zu spät zu kommen; ich sehe aber ein, daß meine Besorgnis unbegründet war." „Auffallend ist," berichtete der Hannoveraner Steinberg an das preußische Ministerium, — die Vertreter Preußens, der Reichstagsgesandte Graf Goertz, der Gesandte in Wien, Freiherr von Jacobi-Kloest, und der Publizist Geheimrat Dohm, hatten sich noch nicht in Rastatt eingefunden — „wie große Mühe sich Bonaparte gibt, uns vom Kaiser abwendig zu machen; unverhohlen gibt er dem Mißvergnügen Ausdruck, daß ihn die kaiserlichen Gesandten so unartig warten ließen." „Frankreich wird die kleinen Staaten schützen!" tröstete er einen kleinstaatlichen Diplomaten. „Man muß nur recht geschwind den Frieden machen!" „Bei gutem Willen kann in wenigen Wochen alles erledigt sein!"

Es trat aber bald zu Tage, daß Bonaparte nicht zum Schutz der schwächeren Reichsstände und nicht zur Aufrechthaltung der deutschen Reichsverfassung nach Rastatt gekommen war. Als die Oesterreicher, Graf Lehrbach als reichsständischer Vertreter der deutschen Erblande, Graf Cobenzl als Vertreter des Königs von

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta, betreffend die von der k. Friedensgesandtschaft zu Rastatt erstatteten Berichte und darauf ergangenen Reskripte, vol. I, 1797—1798. Schreiben des hannöverschen Ministers Steinberg an Haugwitz vom 28. Nov. 1797.

Böhmen und Ungarn, und Graf Metternich-Winneburg, der Vater des späteren Staatskanzlers, als kaiserlicher Plenipotentiarius, — den Vorschriften der Hofsitte entsprechend nacheinander eingetroffen waren, verhandelte Bonaparte nur noch mit ihnen, für die übrigen Kollegen war er nicht mehr zu sprechen. Es galt, mit den Vertretern des Kaisers über einen Punkt, der in Udine nur angeregt worden war, ins reine zu kommen. Bonaparte hatte schon damals die Absicht kundgegeben, Venetien erst dann den Oesterreichern einzuräumen, wenn die kaiserlichen Truppen aus den Reichsfestungen, darunter auch Mainz, herausgezogen wären; das sollte nun vertragsmäßig festgesetzt werden. Bonaparte wußte bereits, durch welche Mittel dem Grafen Cobenzl und seinen militärischen Gehülfen, den Generalen Baillet de la Tour und Meerveldt, am wirksamsten beizukommen sei. Schon nach wenigen Tagen, am 1. Dezember, wurde ein Vertrag unterzeichnet, der die Räumung von Mainz bis zum 30. Dezember in Aussicht stellte (Artikel 7); ein Teil der Reichsfestung sollte schon am 7. Dezember von französischen Truppen bezogen werden dürfen. „Erforderlichen Falles sollen der Kurfürst von Mainz und das Reich mit Gewalt zur Räumung gezwungen werden" (Artikel 10).[1])

Der Rastatter Vertrag, von Thugut selbst ein „fluchwürdiger" genannt,[2]) war nur die natürliche Folge der Machenschaften von Udine! Nun wurde dem mainzischen Hofkanzler eröffnet, die französische Regierung werde eine Verlängerung des Waffenstillstands nur unter der Bedingung bewilligen, daß der Aufnahme französischer Truppen in Mainz kein Hindernis in den Weg gelegt werde.

Wer sollte dem wichtigsten militärischen Platz zur Verteidigung des Rheines und des hessischen und fränkischen Hinterlandes Rettung bringen? Von der aus Mainzer, Kölner, Trierer ꝛc. Regimentern zusammengewürfelten Besatzung war dies nicht zu erwarten. Oesterreich hatte in Udine, Preußen schon durch den Vertrag vom 5. August 1796 seine Zustimmung gegeben. Freilich hatte das Direktorium dem preußischen Staat zur Entschädigung für die linksrheinische Abtretung eine reiche Entschädigung durch säkularisiertes stiftisches Gebiet zugesichert, während Bonaparte in Udine den Vertretern des Kaisers das Versprechen gab, daß keinesfalls auf eine Gebietserweiterung Preußens eingegangen werden sollte. In Berlin floß Caillard über von Freundschaftsbezeigungen für Preußen, während andere Vertreter der Republik die kaiserlichen und reichsständischen Kollegen bei jeder Gelegenheit vor den „turpitudes prussiennes" warnten. Die Doppelzüngigkeit der französischen Politik war den Beteiligten keineswegs unbekannt, doch das Mißtrauen gegen Frankreich wog nicht so schwer, wie die Eifersucht der deutschen Mächte untereinander. Die Briefe Thuguts und Cobenzls an den nach Petersburg abgeordneten Dietrichstein geben Zeugnis von der Spannung zwischen den beiden Höfen. „Der von alters her eingewurzelte Haß Preußens gegen Oesterreich," „die Begehrlichkeit Preußens nach neuer Bereicherung," „die gehässige, unwürdige Politik Preußens" werden darin beklagt. „Der Kaiser würde zu neuem Krieg mit Frankreich von Rußland

[1]) Martens, Recueil des traités (II. ed.), VI, 437; Convention militaire entre S. M. l'empereur-roi et la République Française, signée à Rastatt, le 1 décembre 1797.

[2]) Vivenot, Zur Geschichte des Rastatter Kongresses, 6.

keine andere Hülfe verlangen, als daß es der ungemessenen Vergrößerungssucht Preußens einen Damm entgegensetzt.“ [1]) „Baron Thugut,“ schrieb der preußische Gesandte Graf Keller (15. November 1797) an seinen Hof, „ist offenbar fest entschlossen, nach Möglichkeit jeder direkten Aussprache mit Ew. Majestät über das Friedenswerk auszuweichen; er will die preußischen Vorschläge lieber auf dem Wege über Frankreich kennen lernen, damit er in seinen Antworten immer gleich den preußischen Plänen entgegenarbeiten und jedes Entgegenkommen Frankreichs gegen Ew. Majestät wirksam bekämpfen kann.“ [2]) Wo solcher Argwohn Wurzel gefaßt hatte, war an einträchtiges Zusammengehen zur Bekämpfung der Begehrlichkeit Frankreichs und zum Schutze der gefährdeten Reichsinteressen nicht zu denken.

Obwohl die Räumung von Mainz nach dem Rastatter Vertrag erst gegen Ende Dezember erfolgen sollte, wurde General Hatry angewiesen, den Platz sofort einzuschließen und die Uebergabe bis zum 15. Dezember zu fordern. Zugleich richtete Lehrbach in Rastatt an das fürtreffliche Kurmainzische Reichsdirektorium eine bewegliche Vorstellung, daß der Kaiser sich durch die Bedingungen des Friedens von Campo Formio in die Zwangslage versetzt sehe, seine Truppen in die Erblande zurückzuziehen. Gleichzeitig ließ der kaiserliche Gouverneur in Mainz, General Neu, die Geschütze wegführen; die kaiserlichen, oberrheinischen und fränkischen Kontingente zogen ab; französische Truppen besetzten alle umliegenden Ortschaften. Nun kamen auch nach vierjähriger Verbannung die Mainzer „Klubbisten“ zurück, Vorboten des neuen Regiments, das in der kurfürstlichen Residenz aufgerichtet werden sollte. [3])

Inzwischen bestürmte Albini die Rastatter Friedensdeputation und den Regensburger Reichstag mit Bitten, es möge doch verhindert werden, daß der wichtige Schlüssel zum Deutschen Reich in die Hände des Erbfeindes übergehe. Es wurde denn auch in zahlreichen Erwiderungen der Entrüstung über das völkerrechtswidrige Vorgehen der Franzosen Ausdruck gegeben, doch zu patriotischer That fehlte es an Entschlossenheit und Mut. Der leidige Handel sei schon zu weit gediehen, sagte Goertz achselzuckend zu Albini, worauf dieser erwidert haben soll: „Auf solche Weise muß unsere Festung fallen, doch alsdann wird auch Preußen wie die anderen seine Sentenz erhalten!“ [4]) Albini selbst riet schließlich seinem Herrn, auf Widerstand gegen die Uebergabe zu verzichten, um sich eine ausgiebige Entschädigung zu sichern, und der nämliche Albini, der eben noch Himmel und Erde gegen die Franzosen in Bewegung gesetzt hatte, stand bald an der Spitze der französischen Partei, die auch ausschweifenden Wünschen der Herren Bonnier und Treilhard — Bonaparte hatte unmittelbar nach Abschluß des Vertrags vom 1. Dezember das Kongreßstädtchen verlassen — niemals ihre Unterstützung versagte.

Am 29. Dezember morgens marschierten die letzten kaiserlichen Truppen aus Mainz ab; mittags besetzten französische Grenadiere die Thore. Hatry

[1]) Michailowski-Danilowski, I, 319, 323 ꝛc.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches etc. Bericht Kellers vom 15. Nov. 1797.

[3]) Bockenheimer, 24.

[4]) Vivenot, 8.

gelobte, „die neu erworbene Perle im Prachtschmuck der französischen Städte“ nicht anzutasten; trotzdem verfuhr die französische Besatzung wie in erobertem Feindesland. Ungeheure Lieferungen und Kriegssteuern wurden der Bürgerschaft auferlegt, und Soldat und Offizier wetteiferten in Begehrlichkeit und Gewaltstreichen. Deshalb ließen es zwar die heimgekehrten Klubbisten bei politischen Festen an Ausfällen gegen das Pfaffenregiment und an Lobsprüchen für die neuen Herren nicht fehlen, doch die Mehrheit der Bürgerschaft bewahrte dem alten, auch im Verfall noch ehrwürdigen Vaterland die Treue, so daß im Befreiungsjahr, als das Schlesische Heer die Stadt zurückeroberte, die Mainzer bei aller Vorliebe für französische Sprache und republikanische Umgangsformen als „gut deutsch gesinnt“ galten.[1])

Wie damals die Lage des Reiches, die Aussichten der einzelnen Stände und die Absichten ihrer Gönner und Widersacher von der öffentlichen Meinung beurteilt wurden, ist drastisch in einer Flugschrift „Die Passion“ geschildert. „Und es geschah, da Bonaparte dies vollendet hatte, da versammelten sich die Hohenpriester, Schriftgelehrten und Pharisäer in einer Stadt, die da genannt wird Rastatt, und hielten Rat, wie sie das Reich mit List fangen und töten wollten. Und das Reich sah, daß seine Stunde gekommen war, und sprach also: ‚Meine Seele ist betrübt bis in den Tod!‘ Und der geistliche Fürstenstaat war sehr bekümmert und sprach: ‚Wahrlich, wahrlich, ich sage euch; einer unter euch ist's, der mich verraten wird!‘ Und siehe, der preußische Hof flüsterte Frankreich ins Ohr: ‚Was wollt ihr mir geben, so will ich ihn euch verraten!‘ Bonaparte spricht dem Reich das Urteil: ‚Wir haben ein Gesetz, und nach dem Gesetz muß es sterben!‘ Pfalz, Baiern und Hessen-Darmstadt erwidern: ‚Was hat es denn gethan? Ich finde keine Schuld an ihm!‘ Der Kaiser aber spricht: ‚Es ist besser, daß Einer stirbt, als daß das ganze Volk verderbe!‘ Und er ließ das Reich geißeln und übergab es, daß es gekreuziget werde. Die Reichsarmee aber schlug an ihre Brust und kehrte wieder um.“ — Welch geringer Wert dem schwerfälligen Werk der „Hochwürdig-, Hoch-, Hochwohl- und Wohlgeborenen Herren Reichsbevollmächtigten“ in Rastatt beigemessen wurde, zeigt ein Wort des jungen Görres, der, noch ganz ergeben dem „befreienden Gedanken des Jakobinertums“, im Januar 1798 im Patriotenklub zu Coblenz dem heiligen römischen Reich eine lustige Leichenrede hielt: „Die Reichsdeputation in Rastatt soll ihre Sitzungen permanent erklären und sich dann mit Abschluß des ewigen Friedens beschäftigen; jeder Artikel darf aber in nicht weniger als 50000 Sitzungen abgethan werden.“[2])

Durch Böhtlingk sind wir heute darüber gut unterrichtet, daß die französischen Gesandten in Rastatt nicht bloß vom Direktorium, sondern auch von Bonaparte Weisungen empfingen. Namentlich der radikale Jakobiner Jean Debry, der später als Ersatzmann für den ins Direktorium berufenen Treilhard nach Rastatt kam, war thatsächlich nur ein Werkzeug Bonapartes.[3])

---

[1]) Pertz, Gneisenau, III, 563.

[2]) Häusser, II, 124.

[3]) Böhtlingk, Napoleon Bonaparte, seine Jugend und sein Emporkommen, II, 374.

Der Obergeneral hatte bereits aufgehört, sich als militärischen Beamten der Regierung zu betrachten. Er bediente sich zwar noch der Schlagworte „Republik" und „republikanisieren", doch nur um sich die Hülfe der einflußreichen Männer, die er zur Zeit noch brauchte, der Lareveilliere, Merlin, die in ihm einen der Revolution und der Republik ergebenen, selbstlosen Soldaten erblickten, zu sichern. Mit den Barras, Talleyrand, Sieyès war er schon weiter gekommen; an ihnen hatte er gefügige Gehülfen zur Erlangung der Diktatur. Nach der Unterzeichnung des Rastatter Vertrags vom 1. Dezember ging er nach Paris. Hier bildete er schon den Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit; von allen Kreisen wurde der Kriegsheld gefeiert, der ebenso glücklich den auswärtigen Feind wie die Gesetzlosigkeit in Frankreich bezwungen hatte. Bei einem Feste zu Ehren des heimgekehrten Siegers am 10. Dezember ließ Talleyrand in seiner Festrede deutlich durchblicken, daß das französische Volk aus den reinen Händen Bonapartes die Segnungen eines vollkommeneren Regimentes zu empfangen hoffe. Bonaparte selbst, wie ängstlich er auch antike Einfachheit zur Schau trug, konnte das Streben nach Selbstherrlichkeit so wenig verbergen, daß Carnot schon für nötig hielt, vor den „Kaiserplänen" des Korsen zu warnen. Die Direktoren atmeten auf, als Bonaparte selbst sich dazu erbot, zur Bekämpfung Englands in Ostindien eine Expedition nach der Levante zu unternehmen. Bonaparte wollte damit, wie er in seinen Memoiren sagt, vor allem „seinen Ruhm warm halten"; er wollte sich nicht durch längeren Aufenthalt in Paris abnützen; die von der öffentlichen Meinung geforderte Landung in England konnte leicht das Schicksal der Armada Philipps II. haben; weniger gefährlich schien es, die Hand nach Indien auszustrecken, und der Kampfpreis war verlockend genug. Auch wenn es nicht gelang, bis Indien vorzudringen, war schon der Besitz Aegyptens von unvergleichlicher Wichtigkeit, denn er bedeutete die Herrschaft über das Mittelmeer. Während also in Rastatt von Tag zu Tag die Wiederkehr Bonapartes erwartet wurde, bereitete sich ein Unternehmen vor, das dem Träger der Hoffnungen Frankreichs Gelegenheit bieten sollte, die Thaten des großen Makedoniers zu überbieten.

Schon bei den ersten Beratungen der Friedensdeputation ergaben sich Schwierigkeiten. Der kaiserliche Erlaß vom 1. November hatte dem Wunsche Ausdruck gegeben, es möchte „auf Grundlage der Integrität des Reiches und seiner Verfassung" verhandelt werden. Dagegen erklärten die französischen Gesandten diesen Grundsatz für „inadmissible".[1]) Als die durch das gleichzeitige Einschreiten der Franzosen gegen Mainz erschreckte Reichsdeputation authentische Auskunft über die Bestimmungen des Friedens von Campo Formio erbat, erklärte Lehrbach, die vom Kaiser als Souverän seiner Erbstaaten angenommenen geheimen Artikel seien nicht zur Mitteilung geeignet, da ja auch andere deutsche Fürsten die Bedingungen ihrer Sonderverträge mit Frankreich nicht bekannt gegeben hätten. So sprach Lehrbach als Vertreter Oesterreichs, während die Beschwerde der Reichsdeputation von Metternich als dem Vertreter des Reichsoberhauptes unterzeichnet war.

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht vom 6. Jan. 1798.

Es war ein öffentliches Geheimnis, daß die Abtretung des linken Rheinufers von Oesterreich und Preußen bereits zugestanden sei. Trotzdem wurde von den Gesandten aller Reichsstände eine Sprache geführt, als dürfe dem Reiche auch nicht das kleinste Opfer zugemutet werden. Statt die unvermeidliche Folge des unglücklichen Krieges ruhig hinzunehmen und die Entschädigung der betroffenen Fürsten als eine interne Reichssache untereinander zu regeln, wurde die Entscheidung freiwillig den Franzosen überlassen. Das hieß so viel als die Räuber zu Vormündern im Hause des Beraubten machen! Während man in den Sitzungen über Förmlichkeiten kaum hinaus kam, — welch ein Triumph war es für Lehrbach, daß es ihm gelang, seinen Sessel verstohlens ganz nahe an den kurmainzischen heranzurücken, „weil der Kursächsische, Graf Löben, im Daniedersitzen seinen Sessel dem Plenipotentiar (Metternich) unbemerkt fast zur Seite drehen wollte und auch wirklich näher als der Kurmainzische saß," — war die eigentliche Aktion hinter die Kulissen verlegt. Welches Endziel alle diese höflichen Diplomaten verfolgten, kennzeichnet die Aeußerung eines Mitgliedes der französischen Gesandtschaft: man sei ja doch „zu nichts anderem zusammengekommen, als um zu polonisieren."[1] Auf Hardenbergs Verwendung wurde der bekannte „Ritter von Lang", damals geheimer Archivar auf der Plassenburg, als litterarischer Hülfsarbeiter der preußischen Gesandtschaft beigeordnet.[2] Natürlich bot die Rastatter Komödie dem rücksichtslosen Spötter ergiebigen Stoff zu scharf gewürzten Stimmungsbildern, und wenn irgend jemand und etwas, so verdienen die in Rastatt thätigen Staatsmänner und der von ihnen betriebene Handel den in Langs Memoiren angeschlagenen Ton.[3]

Ueber die Absichten der preußischen Politik unterrichtet die Instruktion für die Gesandten.[4] Als das Wünschenswerteste sei die Erhaltung der Reichsintegrität anzusehen; da aber daran nicht zu denken und die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich nicht mehr aufzuhalten sei, müsse für den abzutretenden preußischen Landesteil eine Entschädigung angestrebt werden, und

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Görtzs vom 7. Jan. 1798.

[2]) Hardenberg zeigt (7. Dez. 1797) dem preußischen Ministerium an, daß er zu Kanzleigeschäften während des Rastatter Kongresses verwenden wolle den geheimen Archivar Lang, „welcher mit sehr gründlichen Kenntnissen des deutschen Staatsrechts, vieler Thätigkeit und einer guten Schreibart eine genaue Bekanntschaft der Gerechtsame und Verhältnisse des brandenburgischen Hauses aus den plassenburger und ansbachischen Archiven sowohl überhaupt, als besonders in Rücksicht auf die Verfassung der hiesigen Provinzen verbindet", und den geheimen Sekretär Bever, „im französischen Chiffrieren und Dechiffrieren wohl geübt". „Beide sind zuverlässig und rechtschaffen". (Preuß. Staatsarchiv. Hardenbergs Nachlaß. Acta, betreffend den Rastatter Friedenskongreß, 1797—1799.)

[3]) Memoiren des Karl Heinrich Ritters v. Lang (1842), I, 298. — Lang und sein Kollege, Geheimsekretär Bever, sandten wöchentlich an Hardenberg Berichte, die sich weniger auf die Kongreßgeschäfte, als auf das Thun und Treiben der einzelnen Mitglieder der deutschen Gesandtschaften erstrecken. (Preuß. Staatsarchiv. Hardenbergs Nachlaß. Berichte des geh. Archivars Lang und des geh. Sekretärs Bever aus Rastatt, 1797—1799.) Ich werde die bisher noch nicht benützte Quelle zur Geschichte des Kongresses an anderer Stelle ausführlicher besprechen.

[4]) Preuß. Staatsarchiv. Acta, betreffend die deutschen und französischen Vollmachten und Instruktionen auf dem Kongreß zu Rastatt. Instruktion für die preußische Gesandtschaft vom 30. Nov. 1797. Vergleiche dazu Bericht Görtzs vom 7. Jan. 1798.

dazu sei auf Hardenbergs Anregung in erster Reihe das fränkische Gebiet zwischen den Markgrafschaften Ansbach und Baireuth, das Gebiet der Reichsstädte Nürnberg, Weißenburg, Windsheim und Rothenburg ausersehen. Außerdem sei, wenn sich Gelegenheit biete, Erwerbung günstig gelegener Stücke der Hochstifte Würzburg und Bamberg, des Hochstifts Eichstädt und der Reichsstadt Schwäbisch-Hall, endlich noch Vergrößerung der westfälischen Provinz durch die Hochstifte Hildesheim und Münster anzustreben. Nicht minder sei es aber im Interesse Preußens geboten, die Unabhängigkeit Baierns sicher zu stellen, überhaupt für die Erhaltung der größeren deutschen Erbstaaten, wenn auch auf Kosten der nicht mehr lebensfähigen geistlichen und der kleineren und kleinsten weltlichen Reichsstandschaften einzutreten.

Was die Erwerbung von Baiern bis an den Inn, Passau und Salzburg für Oesterreich bedeutet hätte, wurde in einer Denkschrift des preußischen Kabinetts ungemein hoch angeschlagen.[1]) Der geographische Umfang betrage ja nur 320 Quadratmeilen mit 400000 Seelen, aber weit wichtiger seien die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Vorteile. Nach Uebernahme der reichsten Salinen und Salzwerke könne Oesterreich, jeden Wettbewerb aus dem Felde schlagend, den Salzpreis ganz nach eigenem Belieben regeln. Das bedeute eine Mehreinnahme von etwa 12 Millionen Gulden. Ueberdies könne Oesterreich im Besitz aller Salz- und Eisenwerke auf den noch übrigen Rest Baierns so starken Druck ausüben, daß die Bewohner sehr bald als Wohlthat ersehnen würden, der benachbarten Monarchie einverleibt zu werden. Auch für das Deutsche Reich bedeute die geplante Vergrößerung Oesterreichs empfindlicheren Schaden, als die Abtretung des linken Rheinufers und die Säkularisationen. Das ungeheure Uebergewicht Oesterreichs im Handel werde die finanziellen Kräfte ganz Oberdeutschlands lähmen, so daß überall der Wunsch entstehen werde, Oesterreich möge auch seinen Schutz denjenigen Gebieten angedeihen lassen, die in allem und jedem von Oesterreich abhängig und auf Oesterreich angewiesen wären. Auch die militärischen Kräfte des Kaiserstaates würden durch den Zuwachs an der Westgrenze und in Italien so sehr „ins Kolossalische gesteigert" sein, daß der französischen Republik die ernsteste Gefahr daraus erwüchse. „Die Republik hat schon in diesem Kriege schmerzlich empfunden, was Oesterreich zu leisten im stande gewesen ist; was wird aber diese Macht erst vermögen, wenn es die bemerkten Vorteile erhält?" Um die Republik „rechtzeitig zu warnen", wurde die stark übertreibende Denkschrift auch den französischen Gesandten mitgeteilt.

Die Taktik der französischen Gesandten war sehr einfach: so viel wie möglich die angebliche Freundschaft mit Preußen gegen Oesterreich auszuspielen, um die Aneignung Baierns zu verhindern, und hinwieder die neueste Annäherung an den Wiener Hof zu verwerten, um Preußen von gewinnsüchtiger Ausdehnung der Säkularisationen zurückzuhalten. Außerdem sollten möglichst viele kleinere Stände entweder durch Drohungen oder durch Aussicht auf Gewinn bewogen

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Hardenbergs Nachlaß. Acta, betreffend den Rastatter Friedenskongreß 1797—1799. „Ueber die Ausdehnung der österreichischen Grenzen bis an den Innstrom".

werden, der Hauptforderung Frankreichs sich ohne Murren zu fügen. Worin diese bestand, trat bald zu Tage. Am 16. Januar 1798 begaben sich die französischen Gesandten ins preußische Quartier. „Wir kommen," sagte Treilhard mit der freundlichsten Miene von der Welt, „um Ihnen das Geheimnis der ganzen Komödie zu enthüllen. Wir sind ermächtigt zur Erklärung, daß die französische Regierung das ganze linke Rheinufer haben will und zur Entschädigung der betreffenden Fürsten Säkularisationen für notwendig erachtet." Das Nämliche wurde den Vertretern des Kaisers eröffnet.[1] Hier wie dort konnte die Ueberraschung nicht ernst gemeint sein, und der Einspruch galt nur der Besorgnis vor allzugroßem Gewinn des Nebenbuhlers. Aufrichtiger war die Bestürzung bei den Vertretern der Mittel- und Kleinstaaten. Bei der ersten Abstimmung wurde die angeblich „nur im Interesse der Ruhe und des Friedens, also im eigenen Interesse des Reiches" erhobene französische Forderung von der Friedensdeputation als unannehmbar abgewiesen.

Doch es gab Mittel und Wege, den deutschen Staaten begreiflich zu machen, daß sie sich über die „Unverletzbarkeit" des Reichsgebiets keiner Selbsttäuschung hingeben dürften. Das Wort Treilhards wurde alsbald unterstützt durch Maßnahmen der französischen Truppen. Kaum hatte Mainz, von den Reichstruppen verlassen, den Franzosen seine Thore geöffnet, so wurde der letzte noch von deutschen Truppen besetzte Platz auf dem linken Rheinufer, der Brückenkopf bei Mannheim, trotz des Waffenstillstands von General Ambert im Sturm genommen (25. Januar). Für das um der Eroberung willen vergossene Blut wurde der Stadt Mannheim noch eine besondere Entschädigung abgefordert.[2] Gleichzeitig wurde die triersche Festung Ehrenbreitstein von einer französischen Abteilung „wahrhaft feindlich" blockiert, um eine rasche Uebergabe zu erzwingen.[3]

Auch die Organisationsdekrete der Republik für das linke Rheinufer schlossen jeden Zweifel aus, daß sich die Franzosen als Herren der Rheinlande fühlten und durch „Reichskonklusa" nicht zu vertreiben sein würden. In den unmittelbar dem Kriege ausgesetzten Staaten machte man sich zuerst mit dem Gedanken, das Unabwendbare geschehen zu lassen, vertraut, und da auch die übrigen in Rastatt vertretenen Reichsstände es auf neuen Kampf mit Frankreich nicht ankommen lassen wollten, konnte die Abtretung des linken Rheinufers als entschieden gelten. Nur über die Bedingungen oder, wie man es nannte, „Modifikationen" wurde noch lebhaft gestritten, und die Reichsstände wetteiferten, durch Bestechung von Ministern, Sekretären und Lakaien die entscheidende Gunst Frankreichs zu erkaufen. Weil noch immer da und dort gezögert wurde, auf alle Absichten der Franzosen einzugehen, wurden Treilhard und Bonnier ungestümer. Wenn wir nicht bald befriedigende Antworten erhalten, erklärte Treilhard am 26. Februar vor den preußischen Gesandten, so werden wir diesen Mangel an Entgegenkommen als Kriegserklärung ansehen und unseren Dank mit Kanonenschüssen

---

[1]) Hüffer, II, 88.

[2]) Haller, Geheime Geschichte ꝛc., II, 185.

[3]) Ebenda, I, 460. — Vivenot, Zur Geschichte des Rastatter Kongresses (1871), 13.

abstatten; wird wohl das Reich in der Lage sein, 400 000 Mann gegen uns marschieren zu lassen? „Wir sehen in der Heftigkeit der Franzosen nur eine Komödie," schrieben die preußischen Gesandten an ihren Hof, „die darauf berechnet ist, furchtsame Gemüter einzuschüchtern." Doch die Berechnung schlug nicht fehl, die übermütige, beleidigende Sprache der Franzosen schüchterte die Deutschen ein. Und nicht weniger wirksam für das französische Interesse waren im geeigneten Augenblick tröstliche Zusicherungen und lockende Versprechungen. Besonders wichtig war, daß der kurmainzische Kanzler durch das Versprechen einer stattlichen Entschädigung zur Nachgiebigkeit bewogen wurde. Am 11. März willigte die Reichsfriedensdeputation in die Abtretung des linken Rheinufers,[1]) freilich nur unter der Voraussetzung, daß Frankreich zahlreichen Bedingungen in Bezug auf Religionsfreiheit, Domänenwesen, Schuldentilgung ꝛc. in den abgetretenen Gebieten zustimmen und dem Reiche zum Zweck der Erhaltung des Kurfürstentums Köln den Landstrich zwischen der Roer, der Nette und dem Rhein belassen werde. Daß jedoch in den „Modifikationen" nur ein frommer Wunsch, nicht eine wirkliche Bedingung enthalten sei, lag offen zu Tage. „Nach dem Frieden von Campo Formio," so erörtert Lehrbach in seinem Bericht über die ausschlaggebende Sitzung, „hat alle Welt die Schuld auf Oesterreich geworfen. Albini wollte sich auf die Wälle von Mainz stellen und keine Scholle des linken Rheinufers opfern. Dann hat man Mainz trotzdem übergeben, und jetzt wirft man das ganze linke Rheinufer den Franzosen vor die Füße, ohne das Schicksal von zwei Millionen Menschen irgendwie zu sichern. Möchte doch Deutschland bedenken, daß ihm, wenn es auf diesem Wege fortschreitet, das Schicksal Polens bevorsteht."[2]) Der Spott Lehrbachs war nicht unberechtigt, nur vergaß er dabei, daß er selbst als Vertreter Oesterreichs zu Abtretungen in Deutschland gern bereit war, wenn für Oesterreich in Italien Länder angeboten würden, auf welche es nicht besseren Anspruch hatte, als die Franzosen auf das linke Rheinufer![3])

Das aufrichtige Eingehen der Reichsdeputation auf die berechtigten Wünsche Frankreichs, so erklärte Bonnier am 15. März, sei ein erfreulicher Fortschritt auf der Bahn zum Frieden und zur Wohlfahrt der Völker; jetzt möge ebenso gerecht und opferwillig die Entschädigung der bisher auf dem linken Rheinufer begüterten Fürsten ins Werk gesetzt werden. Die einzig mögliche Grundlage werde sich durch Säkularisationen schaffen lassen; deshalb möge man zuerst das Grundsätzliche und dann die Einzelheiten beraten und feststellen.

Der Säkularisationsgedanke lag schon seit Friedrichs II. und Josephs II. Tagen sozusagen in der Luft. Zur Zeit des Fürstenbundes tauchte das Wort bald da, bald dort auf. Nach der Meinung des Reichsfreiherrn v. Gemmingen

---

[1]) Der Verlust, den das deutsche Reich durch die Abtrennung des linken Rheinufers erlitten hat, wird in den französischen Anschlägen auf 653 Quadratmeilen und 1 644 000 Einwohner, von M. H. v. Lang auf 472 Quadratmeilen und 1 144 000 Einwohner, von Traiteur auf 886¼ Quadratmeilen und 1 994 000 Einwohner geschätzt (Haller, Geheime Geschichte ꝛc., I, 342). Den finanziellen Verlust berechnet Haller auf 14 751 650 Gulden.

[2]) Haller, Geheime Geschichte ꝛc., III, 79.

[3]) Hüffer, II, 118.

hätte damit die preußische Regierung systematisch die Absicht verfolgt, den Umsturz der Reichsverfassung vorzubereiten.[1]) Dagegen wurde von Dohm eingewendet, die Kunde von eingezogenen und einzuziehenden Kirchengütern sei doch gerade aus dem josephinischen Oesterreich nach Berlin gedrungen.[2])

Die Revolutionskriege hatten schon viele geistliche Fürstensitze im deutschen Westen zum Wanken gebracht. Nicht wenige Kirchenfürsten hatten als Freunde der Voltairischen Aufklärung, der französischen Litteratur und Sitte selbst der Revolution den Weg in die deutsche „Pfaffengasse" gebahnt; dann waren die Chansonettes lockerer Soubretten durch das Ça ira roher Sansculotten und vaterlandsloser Klubbisten abgelöst worden. In anderen geistlichen Fürstentümern hatten die Landesherren zwar die französische Weltlust ängstlich ferngehalten, aber auch jeden materiellen und geistigen Aufschwung verhindert. Diese Mißstände wurden von protestantischen Schriftstellern noch über Gebühr aufgebauscht. Welch wunderliche Vorstellungen hatte z. B. der gerechte, besonnene Justus Möser von den geistlichen Staaten! In welchen Uebertreibungen gefällt sich der für solche Auffassung bezeichnende Tendenzroman Justus Gruners: „Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung oder Schilderung des bürgerlichen und sittlichen Zustandes Westfalens am Ende des achtzehnten Jahrhunderts." Es ist für den Verfasser eine ausgemachte Sache, daß im finsteren Schatten des Krummstabes ein für allemal nur schlechte Justizpflege, geistige Indolenz, abgeschmackte Bigotterie und ehrsüchtiges Strebertum aufwuchern könnten. „Die geistlichen Herrschaften sind reif zum Untergang!" Dieses Urteil wurde immer häufiger laut. „Es ging ein Gefühl durch die Welt," sagt Perthes, „daß diese geistlichen Herrschaften nicht mehr haltbar seien; auf sich selbst angewiesen, waren sie in ihrer Abgestorbenheit dem Untergang verfallen und bargen keine Keime in sich, welche bildend für eine künftige politische Gestaltung hätten werden können."

Der Gedanke, in Nachahmung des vom Westfälischen Friedenskongreß gegebenen Beispieles wieder die geistlichen Fürstentümer als das Tuch anzusehen, aus dem für alle auf Entschädigung harrenden weltlichen Fürsten geeignete Stücke herausgeschnitten werden könnten, fand in der diplomatischen Welt den lebhaftesten Anklang. Im stillen hatte sich, wie Lang versichert, schon jeder größere Reichsstand „irgend ein Bistum oder einen Fetzen davon", jeder kleinere irgend eine passend gelegene Abtei, jeder kleinste wenigstens einen geistlichen Schafhof zur Bereicherung des eigenen Besitzes ausgesucht.[3]) Wenn es zum Schiffbruch komme, erklärte ein reichsfürstlicher Minister, verstehe es sich doch von selbst, daß man nicht alle Trümmer ruhig an sich vorbeischwimmen lasse, sondern daß man das eine oder andere Stück zu retten suche.[4])

Auch in der Presse und in zahlreichen Flugschriften wurde die Säkularisation lebhaft besprochen. Freilich glaubte ein Referent in der freisinnigen

---

[1]) Gemmingen, Ueber die k. preuß. Association zur Erhaltung des Reichssystems (1785).
[2]) Dohm, Geschichte des Fürstenbundes; Denkwürdigkeiten meiner Zeit, III, 278.
[3]) Lang, I, 333.
[4]) Häusser, II, 141.

Oberdeutschen allgemeinen Litteraturzeitung feststellen zu können, daß unter hundert Schriften über diese Materie kaum eine einzige zu finden sei, die wirklich vom Recht und nicht vom Vorteil der einen oder anderen Partei spräche. Wenn von den Anhängern der alten Reichsverfassung der weltliche Besitz der Bischöfe als Kirchengut bezeichnet werde, so widerspreche dieser Auffassung die Geschichte; nicht als zur Kirche gehörige Güter seien die Hochstifte und Reichsabteien anzusehen, sondern als Reichslehen; demnach sei die Verwandlung geistlichen Besitzes in weltlichen nicht ein Gottesraub, immerhin ein Unrecht, das durch einen damit verbundenen Vorteil nicht in Recht verwandelt werden könne. „Am Ende geht freilich alles den gewöhnlichen Gang, doch wir sollten doch wenigstens so viel konsequent bleiben, daß wir, wenn gewisse Geschichtchen im Privatrecht geahndet werden, sie nicht im öffentlichen auktorisierten!“ [1]) Am gründlichsten behandelte der Leipziger Professor Christian Weiße die Säkularisationsfrage.[2]) Es muß der obersten Gewalt im Staate — in diesem Grundsatz gipfelt seine Beweisführung — das Recht zustehen, zur Erhaltung des Ganzen die Rechte einzelner aufzuopfern; da nun das Reich gegenwärtig nur durch Aufopferung der Rechte einzelner Reichsstände erhalten werden kann und die Lande der geistlichen Fürsten sich vorzüglich dazu eignen, ist die höchste Reichsgewalt im Recht, wenn sie geistlichen Besitz in weltlichen verwandelt. Wieland riet, mit der geistlichen Ritterschaft des römischen Hofes ein für allemal gründlich aufzuräumen; mit dem Abschlagen einzelner Köpfe des lernäischen Drachen sei nichts geholfen.[3]) Der wegen jakobinischer Gesinnung aus Preußen ausgewiesene Riem richtete an den Kaiser die Mahnung, das nicht mehr Lebensfähige ruhig sterben zu lassen, wobei er sich auf das Wort Paschalis II. berief, es sei durch göttliche und kirchliche Gesetze den Geistlichen verwehrt, mit weltlichen Regierungsgeschäften sich abzugeben.[4]) Die Schrift: „Unser Reich ist nicht von dieser Welt!“ will auf die Frage, ob die Säkularisierung den Gesetzen der Moral entspreche, gar kein Gewicht legen; es genüge, daß man darin eine politische Notwendigkeit zu erblicken habe.[5]) Noch leidenschaftlicher wandte sich der Verfasser einer Flugschrift „Die Posaune“ gegen „die unheimlichste aller Verbindungen: Hierarchie und Despotismus.“ Wie weit sich die Diener der Religion um ihres Ehrgeizes und ihrer Selbstsucht willen verirren könnten, habe sich in Belgien gezeigt, wo Pfaffen in der Linken das Kruzifix, in der Rechten den gezückten Säbel trugen![6]) Die unnützen, aber beträchtlichen Schätze der katholischen Geistlichkeit zur Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft einzuziehen, schrieb ein franzosenfreundlicher Publizist, sei weit rätlicher, als das deutsche Volk gegen die Franzosen aufzuhetzen und die levée en masse in Deutschland nachzuäffen.[7]) Auch der Deutsch-Franzose Rebmann

---

[1]) Oberdeutsche allgem. Litteraturzeitung, Jhgg. 1799, 16.

[2]) Weiße, Ueber die Säkularisationen deutscher geistlicher Reichsländer (1798).

[3]) Wieland, Freimütige Gespräche über einige neueste Weltbegebenheiten; Werke, 15. Bd., 255.

[4]) A. Riem, An den Kongreß zu Rastatt. Von einem Staatsmann (1797).

[5]) Unser Reich ist nicht von dieser Welt! Ein erbaulicher Sermon für Geistliche und Weltliche (1798).

[6]) Die Posaune (1798), 7.

[7]) Wendland, Ueber Versuche einer Volksbewaffnung, 146.

stimmte in den Ruf: Fort mit den schwarzen Heerscharen vom Rhein! bereitwillig ein, „Denn nicht eher werden die Aufhetzungen an der Grenze aufhören, und die französische Republik braucht und sucht Ruhe!“ [1])

Doch auch die geistlichen Staaten fanden beredte Anwälte. Ein Publizist verteidigt sie „vom Standpunkt des natürlichen Rechts“, indem er hervorhebt, daß ein Wahlstaat immer den Vorzug verdiene vor einer Erbmonarchie; in einem Hochstift werde niemals ein leichtfertiger Knabe das Zepter führen; von Aristokratismus könne nicht gesprochen werden, da der Domherr gewissermaßen die Mitte zwischen den drei Ständen einnehme. [2]) Auch in einer anderen Schrift wird geltend gemacht: „Auf diesen Fürstenthronen saß seit Jahrhunderten kein Blödsinniger, kein Schwärmer, kein Despot!“ [3]) In einer dritten Schrift wird auseinandergesetzt, daß der abscheuliche Gedanke der Verdrängung zahlreicher würdiger Fürsten aus ihrem Eigentum im teuflischen System des Theophilanthropen Lareveillere-Lepaux seine Wurzel habe.[4]) „Fort mit der Maske der Gerechtigkeit!“ ruft ein Autor aus dem Laienstand, „möge man wenigstens den Mut haben, seine Ungerechtigkeit zu zeigen!“ Wem komme beim Lesen der Schriften zu Gunsten der Säkularisierung nicht die Frage König Friedrichs im berühmten Gespräch zwischen König Friedrich und den Kaiserinnen Katharina und Maria Theresia in den Sinn: „Wer machet uns ein Manifest?“ Nur habe es sich damals um Polen, um Feinde Deutschlands, gehandelt, während man jetzt damit umgehe, den besten Männern der eigenen Nation Gewalt anzuthun.[5]) Auch moderne Ideen werden in den Schutzreden für die geistlichen Staaten verwertet. Wenn der Wert eines Menschen, so wird in den „Briefen über die Vorzüge kleinerer Staaten“ ausgeführt, nicht in seiner körperlichen Größe und Stärke zu suchen sei, müsse das Nämliche auch von den Staaten gelten; die Raufhändel der Staaten, die Kriege, seien nur das heillose Werk der verwilderten Herrschlinge und des raubsüchtigen Geburtsadels, in den Ländern des Krummstabes wohne der Friede.[6]) Nicht mit Unrecht wird auch hervorgehoben, daß die Beseitigung von geistlichen Fürstentümern nur den Anfang vom Ende, die Einleitung zum Zusammensturz der deutschen Reichsverfassung bedeute; wer also die Pflicht habe, das Bestehende zu schirmen — und diese Pflicht habe vor allen der Kaiser —, dürfe auch zur Ausrottung des geistlichen Fürstenstandes nicht die Hand bieten.[7])

Mit ähnlichen Gründen und Gegengründen wurde die Säkularisation auch am grünen Tisch befürwortet und bekämpft. Im allgemeinen wurde die Idee

---

[1]) Was Franzosen und Franzosenfreunde vom Rastatter Kongreß erwarten; Die Geisel, Jhgg. 1798, Bd. 3, 1.

[2]) Ueber die vorgebliche Notwendigkeit ihrer Säkularisationen (1798).

[3]) Ueber die geistlichen Staaten in Deutschland (1798).

[4]) Der jämmerliche Prediger mit dem Vorspruch: Unser Reich ist nicht von dieser Welt! (1798).

[5]) Die Unrechtmäßigkeit der Säkularisierungen (1799).

[6]) Briefe über die Vorzüge kleinerer Staaten (1798).

[7]) Freymütige Gedanken über die Säkularisation der geistlichen Wahlstaaten Deutschlands (1797).

von den protestantischen Staaten begünstigt, von den katholischen verworfen, doch weigerte sich gerade das protestantische Sachsen am entschiedensten, Veränderungen seine Zustimmung zu geben, wodurch rechtmäßigen Besitzern ihr Eigentum freventlich entzogen würde, während hinwider das katholische Baiern rückhaltlos die Notwendigkeit von Säkularisationen anerkannte. Graf Rechberg erklärte am 2. April: Wie immer man darüber denken mag, so ist nun einmal nicht daran zu zweifeln, daß die Franzosen nur gegen Abtretung des linken Rheinufers Frieden gewähren werden; dann ist es aber für das Reich geboten, „die durch Abtretung der schönsten Provinzen geminderte Extension durch verstärkte Intension und Energie der Stände einigermaßen zu ersetzen.“[1]) Die Vertreter Oesterreichs gingen keineswegs einheitlich und geschlossen vor. Lehrbach hob zwar den Widerspruch der Neuerung mit der Reichsverfassung immer stark hervor, räumte aber ein, daß „nicht alle Alteration des Besitzstandes hintangehalten werden könne.“ Immerhin gab er sich Mühe, wenigstens das Maß der vom geistlichen Stand geforderten Abtretungen möglichst einzuschränken, wurde aber überraschenderweise von den Vertretern geistlicher Staaten selbst nur schwächlich unterstützt. Eifersucht und Habgier ließen manchen zum Verräter an der eigenen Sache werden. „Die Bischöfe,“ erzählt Lang, „fanden sich geneigt, gleichwohl die Güter der Klöster preiszugeben; die Erzbischöfe glaubten, es könne zureichen, wenn man höchstens nur die Bistümer angreife und davon den drei geistlichen Kurfürsten zu einigem Trost auch eine kleine Vergrößerung durch die Lande von Salzburg, Münster und Fulda zukommen lasse; unter diesen endlich wollte Mainz in Gottes Namen zu allem Ja sagen, wofern man dafür sorge, daß Mainz als ein deutscher Patriarch und Primas übrig bleibe, denn ohne einen Archicancellarius Imperii per Germaniam werde man das liebe deutsche Vaterland doch nicht wollen bestehen lassen.“

Am 4. April gab die Mehrheit der Friedensdeputation die Erklärung ab, daß sie in den Grundsatz der Entschädigungen durch Säkularisationen einstimme, „jedoch dergestalt, daß dabei mit allen denjenigen Maßregeln und beschränkenden Vorsichten eingeschritten werde, welche zur Erhaltung der Constitution des deutschen Reiches in jeder Hinsicht wesentlich erforderlich seien.“[2]) Zugleich wurde wiederholt der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Frankreich die an die Abtretung des linken Rheinufers geknüpften Bedingungen klipp und klar anerkennen, vor allem auf jede weitere Ausdehnung seiner Erwerbung verzichten werde. Die Franzosen fühlten sich jedoch zu stolz als Herren der Lage, als daß sie sich solche Genügsamkeit vorschreiben lassen wollten. Die Frage der Räumung des rechten Rheinufers, so erklärten die Gesandten, sei eine militärische Angelegenheit, die den Kongreß nichts angehe; man möge aufhören, Forderungen zu erheben, die teils mit der souveränen Würde, teils mit der Verfassung Frankreichs nicht vereinbar wären, und möge lieber dem Entschädigungsgeschäft die nötige Aufmerksamkeit widmen.

Der trotzige Ton, den Bonnier und seine Kollegen bei jeder Gelegenheit

---

[1]) Haller, Geheime Geschichte ꝛc., III, 91.

[2]) Ebenda, ꝛc. IV, 41.

anschlugen, ließ es nicht zweifelhaft, daß das Direktorium im Frieden von Campo Formio nur eine Ruhepause, nicht den Abschluß des Krieges und der Eroberungen erblicke. Frankreich hatte aus der rücksichtslos entfalteten revolutionären Propaganda so erwünschten Vorteil gezogen, daß es als Thorheit erschien, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Im Norden war die batavische Republik ein in militärischer und ökonomischer Beziehung von Frankreich gänzlich abhängiger Pufferstaat geworden, und ebenso günstig hatte sich die Lage im Süden gestaltet. Der Wiener Hof hatte sich in der Hoffnung gewiegt, mit dem Besitz der alten Handelsmetropole Venedig auch die Seeherrschaft im westlichen Mittelmeerbecken anzutreten und zugleich die führende Stellung auf der Halbinsel zu gewinnen. Jetzt war die cisalpinische Republik dort errichtet, in Wahrheit nur eine französische Provinz; nicht anders stand es mit der römischen Republik; Piemont, Genua waren zu Boden geworfen, Toskana von allen Seiten umklammert, Neapel in seiner Existenz bedroht, — es war nicht zu bezweifeln, daß die Halbinsel fortan französischem, nicht österreichischem Einfluß unterworfen sein werde. Ebenso bedrohlich für die jüngsten Erwerbungen Oesterreichs erschien der Freundschaftsbund der Franzosen mit den Polen; eine stattliche polnische Legion hatte unter den Fahnen Bonapartes in Italien mitgefochten. Auch in Ungarn machte sich die Einwirkung revolutionärer Propaganda fühlbar. Dagegen machten die Vertreter der Republik gar keine Miene, dem kaiserlichen Hofe, wie es in Udine in Aussicht gestellt worden war, zur Erwerbung Baierns zu verhelfen.

Diese trüben Beobachtungen hatten in Wien den Jubel über den „günstigen" Friedensschluß bald gedämpft. Manche Vorfälle mußten sogar Besorgnis erregen, daß die französische Regierung sich mit der Absicht trage, den Krieg wieder aufzunehmen.

Namentlich das Gebaren des Vertreters der Republik am Wiener Hofe mußte solche Gedanken nahelegen. General Bernadotte, der noch vor acht Jahren als Unteroffizier gedient hatte, bewies später in schwierigen Verwickelungen so kluge Mäßigung und Besonnenheit, daß es unzulässig erscheint, für das taktlose Benehmen, das er im Frühjahr 1798 in Wien an den Tag legte, ihn selbst verantwortlich zu machen; er hatte den Auftrag, Aergernis zu erregen; den französischen Gesandten in Rom und in der Schweiz war ja eine ähnliche Rolle zugeteilt. Es war offenbar darauf angelegt, den Wiener Hof zu reizen, um die Wiederaufnahme des Krieges zu erwirken.

Wie ein richtiger Sansculotte, mit dreifarbigen Schärpen und Kokarden geschmückt, präsentierte sich Bernadotte in der Wiener Hofburg. Auch was er zu überbringen hatte, war sonderbar genug. Er sollte an das kaiserliche Kabinett die Anfrage stellen, ob es nicht an einer Wiederaufrichtung Polens mitarbeiten wolle; er sollte es nicht zweifelhaft lassen, daß jede Einmischung Oesterreichs in die römische Frage, jede Unfreundlichkeit gegen die cisalpinische Republik unverzüglich die Kriegserklärung nach sich ziehen werde. Insbesondere sollte der General mit peinlicher Sorgfalt darüber wachen, daß ihm kein Ehrenrecht vorenthalten werde, das im höfischen Verkehr früher den Vertretern des Königs von Frankreich eingeräumt war. Das war ja auch keine unbillige Forderung, doch es war eine Anmaßung, daß der Gesandte der Republik gegen

das Tragen bourbonischer Orden in Wien Verwahrung einlegte, und es war eine Taktlosigkeit, daß er an der Stirnseite seines Hauses das Bild einer Freiheitsgöttin anbringen wollte. Zur Ausführung kam es nicht mehr.

Am 13. April brach der Unmut der Bevölkerung über das herausfordernde Auftreten des Franzosen los. Als ein Beschluß gefaßt wurde, den Jahrestag des Aufgebots der Wiener Bürgerschaft festlich zu begehen, verlangte Bernadotte ein Verbot der anstößigen Feier, und als er seinen Willen nicht durchsetzte, ließ er auf dem Altan des Botschaftsgebäudes in der Wallnergasse eine riesige Trikolore aufziehen. Wie nicht anders zu erwarten war, rottete sich eine Menge zusammen; bald flogen Steine gegen die Fenster; endlich wurde die Fahne herabgerissen, die Menge drang in den inneren Hof, und was in Küche und Stallung nicht niet- und nagelfest war, wurde zertrümmert. Umsonst ließ Kaiser Franz dem Gesandten volle Genugthuung anbieten; Bernadotte verließ am Tage nach dem Auflauf die Stadt. In seinem Berichte an das Direktorium schob er alle Schuld auf den „schurkischen, nichtswürdigen" Thugut, der im Vereine mit den Gesandten Rußlands und Englands den beleidigenden Unfug angestiftet habe. „Die Absicht dieser drei Tiger ging dahin, uns erwürgen zu lassen!" Schon damals hielten aber unparteiische Beobachter, z. B. der preußische Gesandte Graf Keller, die Anstiftung des ärgerlichen Auftritts durch Bernadotte selbst nicht für ausgeschlossen. In den Denkwürdigkeiten Napoleons wird die ganze Schuld auf den prahlerischen, ungesitteten Bernadotte geschoben. Dagegen hat Böhtlingk dem Verdacht Ausdruck gegeben, daß Bonaparte selbst die Hand im Spiel gehabt habe. „Die Sendung Bernadottes war unzweifelhaft das eigenste Werk Bonapartes, sie bildet einen bedeutsamen Schachzug in seinem weltumstürzenden Plane, den zündenden Funken für die Mine, welche den Kriegsbrand über ganz Europa von neuem entzünden, das Direktorium zu Falle, ihn selbst als Retter in der Not emporbringen sollte." [1]) Um gerecht zu bleiben, darf man aber nicht verschweigen, daß es an Kriegslustigen auch in Wien nicht fehlte. Aus den nach Petersburg gerichteten Noten läßt sich erkennen, daß am Wiener Hofe von vornherein Geneigtheit bestand, im Bunde mit Rußland den Krieg mit der Republik zu erneuern, wenn sich die in Udine gegebenen Versprechungen als trügerisch erweisen sollten. [2]) „Es wird Ihrem Scharfblick nicht entgehen," schrieb Cobenzl am 13. November 1797 an Fürst Besborodko, „wie viele Hindernisse sich der Ausführung des verwickelten Vertrags entgegenstellen werden, welcher treulosen Streiche von seiten Frankreichs man gewärtig sein muß. Es wird also, ohne daß man den Weg des Rechtes zu verlassen braucht, Mittel genug geben, um alles wieder rückgängig zu machen, sobald die beiden Kaiserhöfe dies für geboten erachten sollten." [3])

„Wie konnte der Friede von Campo Formio" — so wird die Lage in Marschall Soults Memoiren treffend geschildert — „etwas anderes bedeuten, als einen Waffenstillstand, solange es auf der einen Seite Regierungen gab,

---

[1]) Böhtlingk, Napoleon Bonaparte, II, 257.

[2]) Vivenot, Zur Geschichte des Rastatter Kongresses, 1 ff.

[3]) Michailowski-Danilowski, I, 329.

die erst jüngst demütigende Niederlagen erlitten hatten und deshalb noch bitteren Groll hegten, der sie sogar zu unklugen Handlungen verleitete, und auf der anderen Seite eine unsittliche, unruhige Regierung, die den ganzen Reichtum des Landes aufgezehrt hatte und, um ihre Verschwendung zu verhüllen und sich in der Macht zu behaupten, kein besseres Mittel wußte, als von neuem den Staat den Wechselfällen des Krieges preiszugeben und den mit so großen Anstrengungen und so schweren Opfern errungenen Preis leichtsinnig aufs Spiel zu setzen." [1])

Der Wiederausbruch des Krieges war also nur eine Frage der Zeit, doch stand er nicht so nahe bevor, wie es nach den Lärmscenen in der Wallnergasse befürchtet werden mochte. Ja, es gewann eine Zeit lang sogar den Anschein, als werde sich eine neue Anfreundung Oesterreichs an Frankreich vollziehen, als werde Thugut dem beleidigten französischen Nationalstolz zum Opfer fallen. Der Minister selbst begehrte, um einer Aussöhnung mit Frankreich nicht im Wege zu stehen, seine Entlassung; am 30. April wurde Graf Ludwig Cobenzl zum Minister des Auswärtigen ernannt. Thatsächlich blieb jedoch Thugut der Leiter der Geschäfte, und schon zwei Wochen später begab sich Cobenzl wieder nach Rastatt, um mit dem dort erwarteten Bonaparte über die seit den Tagen von Udine aufgetauchten Streitfragen zu verhandeln und vor allem die Zustimmung der Republik zur Erwerbung Baierns zu erwirken. Man schmeichelte sich ja in der Wiener Hofburg trotz der stürmischen Auftritte in Udine, bei Bonaparte einen Stein im Brett zu haben. Als im November 1797 ein Minister eines deutschen Hofes in Wien der Besorgnis Ausdruck gab, daß das Deutsche Reich dem Schicksal Polens und Venedigs entgegengehe, erwiderte ein „einflußreicher Staatsmann": „Das ist nicht zu befürchten, denn Bonaparte ist für eine solche Umwälzung nicht zu haben, und wir können auf Bonaparte immer zählen und damit auch auf Barras!" [2]) Bonaparte wünschte auch, nach Rastatt zu gehen, doch wurde der vor kurzem aus dem Direktorium ausgeschiedene François von Neufchateau mit der Sendung betraut. Bonaparte geriet über die Nichtbeachtung seines Wunsches so in Zorn, daß er seine Entlassung forderte. „Reichen Sie sofort Ihr Gesuch ein!" erwiderte Rewbell, „Sie haben Ruhe nötig!" Zugleich bot er dem General die Feder, Merlin riß sie ihm aber aus der Hand, und Barras raunte ihm zu, er möge keinen übereilten Streich begehen, sondern ruhig seinem Auftrag entsprechend nach Aegypten reisen. „Nun ja, die Birne ist noch nicht reif!" soll Bonapartes Abschiedswort gewesen sein. [3])

Erst in Rastatt erfuhr Cobenzl, daß Bonaparte sich auf dem Wege nach Aegypten befände. Statt des Obergenerals kam François, „ein liebenswürdiger, feiner Mann" — so schildert ihn Cobenzl selbst —, „ganz das Gegenteil von Treilhard und Bonnier." [4]) Die Unterhandlungen wurden, um vor jeder

[1]) Mémoires du maréchal général Soult, duc de Dalmatie, I, 361.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches etc. Bericht Kellers vom 15. Nov. 1797.

[3]) Th. Jung, Bonaparte et son temps 1769—1799, III, 246.

[4]) François von Neufchateau hatte sich auch als Poet schon frühzeitig hervorgethan. Voltaire, dem er seine Erstlingsversuche überschickt hatte, erklärte ihn förmlich zum Erben seines Geistes:

„Il faut bien qu'on me succède
Et j'aime en Vous mon héritier!"

Störung bewahrt zu bleiben, im benachbarten elsässischen Städtchen Selz eröffnet. Natürlich wurde das Selzer Stelldichein insbesondere von den preußischen Diplomaten mit argwöhnischen Blicken verfolgt. Ihre Unruhe wuchs, da die französischen Kollegen sich immer heftigere Sprache erlaubten. Graf Goertz, der die schriftliche Zusage der Abtretung des linken Rheinufers zu überbringen hatte, war nicht wenig bestürzt, als Treilhard, mit der Faust auf den Tisch schlagend, ausrief: „Zum Teufel! Was brauchen wir solche Papiere! Wir haben das Land besetzt; wer danach Verlangen trägt, mag kommen, um es sich zu holen!“ [1]) Doch die Furcht vor aufrichtiger Aussöhnung zwischen Oesterreich und Frankreich war unbegründet.

Von Karl Mendelssohn-Bartholdy [2]) ist nachgewiesen worden, daß Oesterreich bei den Konferenzen nicht die Habgier und Rücksichtslosigkeit an den Tag legte, wovon ein von französischer Seite in Umlauf gesetzter Abriß der Selzer Verhandlungen zu erzählen weiß [3]). Cobenzl und der zur Unterstützung aus Rastatt herübergeholte Lehrbach haben sich zwar — das ist etwas Selbstverständliches! — alle Mühe gegeben, die Franzosen zur Erfüllung der in Udine gegebenen Versprechungen anzuhalten, doch kein Gehör gefunden. François kam ausschließlich und immer wieder auf die Beleidigung der französischen Fahne zurück, — erst müsse dafür volle Genugthuung geleistet werden! Dagegen fand es Cobenzl lächerlich, dem „Streit über eine zerrissene Fahne“ solche Bedeutung beizumessen, in einem Augenblick, da Bonaparte durch die Wegnahme Maltas mitten im Frieden das Völkerrecht so schamlos verletzt habe. Es stehe vielmehr Oesterreich zu, für Bernadottes Benehmen Genugthuung zu heischen, nicht minder auch wegen des Vorgehens gegen den Papst, wegen der staatsrechtlichen Gestaltung der cisalpinischen Republik, wegen der Räubereien der französischen Truppen in der Schweiz u. s. w. Die Verhandlungen wurden immer stürmischer; am 6. Juli wurden sie abgebrochen. „Ich bedaure tief,“ berichtete François an das Direktorium, „daß ich dem allgemeinen Ruf nach Frieden nicht nachkommen konnte; vielleicht ist zu beklagen, daß Ihr die von mir übermittelten Anerbietungen abgewiesen habt. Eure Forderungen waren indessen so gerecht und so gemäßigt, daß die Verwerfung unbegreiflich erscheinen und die öffentliche Meinung für Euch gewinnen muß. ... Im Grunde stehen die Dinge auf dem nämlichen Punkt, wie vor zwei Monaten: es ist zu keinem offenen Bruch gekommen, es besteht nur eine merkliche Erkältung. Ich glaube nicht, daß man uns den Krieg erklären wird.“ [4]) „Wohl bin ich,“ berichtete Cobenzl am 6. Juli an seinen Hof, „durch meine Instruktionen ermächtigt, in letzter Linie dem französischen Vorschlag nachzugeben, und in der That wird meine Weigerung den Böswilligen eine Waffe gegen uns in die Hand geben, aber es ist doch klar, daß nur dann, wenn unsere gerechten Beschwerden beachtet und die wesentlichen Interessen unserer Monarchie berücksichtigt werden, ein

[1]) Häusser, II, 145.

[2]) K. Mendelssohn-Bartholdy, Die Konferenzen von Selz; Histor. Zeitschrift, 23. Bd. (1870), 27.

[3]) Häberlins Staatsarchiv, Jhgg. 1799, IV, 102.

[4]) Hüffer, II, 310.

dauernder Frieden möglich ist." [1]) Die Gesandten schieden in freundschaftlichster Weise. François versicherte noch einmal, seine Regierung habe es weder auf allgemeine Zerstörung, noch im besonderen auf Oesterreichs Ruin abgesehen, und er selbst halte das System von 1756 für das natürlichste von der Welt. Wenn aber Oesterreich sich weigere, Satisfaktion zu geben, könne er die Verhandlungen nicht mehr fortsetzen. Er sage nicht, daß der Abbruch der Konferenzen den Ausbruch des Krieges zur Folge haben müsse, doch werde kein Gesandter mehr nach Wien geschickt werden. „Ich verhehlte ihm nicht," bemerkte Cobenzl in seinem Bericht, „wie wenig uns an einem Gesandten der französischen Republik gelegen sei."

Die Unmöglichkeit eines Ausgleiches zwischen der Republik und dem Kaiserstaat war zu Tage getreten. Damit war der offene Bruch fast unvermeidlich geworden. Nachdem sich die kaiserlichen Politiker in die Karten hatten blicken lassen, ohne den Partner zum Mitspielen bewegen zu können, mußte es rätlich erscheinen, sich nach anderem Beistand umzusehen.

Der russischen Hülfe war der Wiener Hof seit der Thronbesteigung des Zaren Paul nicht mehr so sicher wie unter Katharina II. Um den Zaren günstiger zu stimmen, empfahl es sich, vorher eine Verständigung mit Preußen zu suchen. Thugut hatte dieses Ziel niemals gänzlich aus den Augen gelassen. Er hatte (13. Januar) den Grafen Cobenzl angewiesen, den preußischen Gesandten wenigstens nicht grundsätzlichen Widerstand entgegenzusetzen. Als das Berliner Kabinett einige Geneigtheit zeigte, ein freundlicheres Verhältnis zu Oesterreich anzubahnen, war man in Wien für dieses Entgegenkommen nicht unempfänglich. Allein der Versuch scheiterte, wie immer, am Mangel an Offenheit und Aufrichtigkeit. Von preußischer Seite wurde auf Bekanntmachung der geheimen Artikel des Friedens von Campo Formio bestanden; Thugut verweigerte sie. Immerhin wurden die Fäden zwischen Wien und Berlin nicht gänzlich abgeschnitten. Das Fortschreiten der revolutionären Bewegung mußte ja die beiden Höfe mit Besorgnis erfüllen [2]). Die französische Propaganda in Deutschland breitet sich täglich weiter aus, — so berichteten die Rastatter Diplomaten am 16. Februar an ihren Hof — die Gründung des cercle constitutionel verfolgt ausgesprochener-

---

[1]) Mendelssohn-Bartholdy, 50.

[2]) Revolutionäre Leidenschaft spukte nicht bloß bei den Franzosenfreunden. Graf Metternich schickte an die preußischen Gesandten im Januar 1798 eine vermutlich aus klerikalem Lager stammende, an Kaiser Franz und Friedrich Wilhelm III. gerichtete Flugschrift. Wenn die beiden Fürsten, so war darin erklärt, wirklich das linke Rheinufer an Frankreich verschachern, so sollen die Verräter erfahren, daß es auch jetzt noch Brutusse gibt; sie werden die zweite Hälfte des Jahres nicht mehr erleben. „Es muß einmal ein solches Beispiel gegeben werden, damit auch die Menschenhändler ihren Handel für die Zukunft einstellen und lernen, daß Menschen nicht Tiere sind, die man auf Viehmärkten nach Willkür verhandelt. Der preußische Viehmarkt zu Basel und der österreichische zu Udine und der noch vorliegende zu Rastatt müssen gerochen werden." Die Provenienz des Pasquills wird ersichtlich aus dem Satze: „Unter allen Frieden der Welt ist der zu Udine der scheußlichste, denn er sicherte nicht einmal den verhandelten Menschen ihre Religion und sichert dadurch für die jetzige und künftige Generationen Millionen der Hölle, — und das that Oesterreich? — Nein! Nur ein durch Joseph II. okulierter Auswuchs dieses so christlichen Hauses."

maßen die Aufgabe, den Süden Deutschlands zu revolutionieren; eine Republik Schwaben soll ein Tochterstaat der großen Mutter Frankreich werden, eine Nachfolgerin und Nachbildung der Mainzer Gründung.[1]) Graf Goertz und seine Kollegen wollten auch Kenntnis haben von einem ganz bestimmten Plane, in Preußen die Revolution zum Ausbruch zu bringen. Als Händler, Musiker, Gaukler und dergl. verkleidete Agenten, reichlich mit Geld versehen, seien durch das ganze Land verbreitet, um für Frankreich und die französischen Ideen Anhänger zu werben, deren Namen im Register des Hauptausschusses in Frankfurt am Main verzeichnet würden. Als die französischen Truppen angeblich zum Schutze der demokratischen Partei in die Schweiz einrückten, um im Alpenlande einer Freiheit zum Siege zu verhelfen, die nur Frankreichs Dienerin war, übermittelten die preußischen Gesandten ihrem Könige das Schreiben eines ungenannten Staatsmannes, worin es hieß: „Dies hat also die Schweiz dabei gewonnen, daß sie sich der großen Nation stets so gefällig erzeigt, den Mord ihrer Kinder vom 10. August nicht gerächt und zur Zeit der Hungersnot einige Departementer mit Lebensmitteln versehen hat; da nun, wenn die Sage sich bestätigt, die Schweiz auch revolutioniert ist, so wird wohl die Reihe an Schwaben kommen und so immer weiter die Donau hinunter, bis die ganze Welt revolutioniert ist, weil man es doch so haben will."[2]) Ein Bürger von Ulm, namens Miller, habe sich bereits nach Paris begeben, um die letzte Hand ans Werk zu legen: Schwaben wird Tochterrepublik Frankreichs, mit Ulm als Hauptstadt![3])

Angesichts so drohender Anzeichen einer neuen revolutionären Sturmflut wurde es im preußischen Gesandtschaftsquartier zu Rastatt mit aufrichtiger Freude begrüßt, daß sich endlich eine Verständigung zwischen den Höfen von Wien und Berlin anzubahnen schien. Der König, so schrieb das preußische Ministerium am 2. April, wünscht aufs wärmste die Aussöhnung. Wenn der Kaiser keine Entschädigung auf Kosten des Reiches beansprucht, wird sich Preußen mit dem Hochstift Hildesheim begnügen. „Daß Seine Majestät," erwiderten die Gesandten, „in dieser allgemeinen Not und Bedrängnis mit dem Wiener Hofe rasch und endgültig Frieden schließen will, ist die glücklichste Wendung von der Welt; es hängt davon die Erhaltung der bürgerlichen Ordnung, das Heil von ganz Europa ab!" Die Vertreter Oesterreichs in Rastatt habe der großmütige Entschluß der preußischen Regierung freudig überrascht, freilich habe sie die weitere Mitteilung, daß Preußen auf bescheidenem Erwerb in Frankreich bestehen müsse, nicht minder erschreckt, als früher. „Nürnberg — niemals!" rief Lehrbach, „das ist unser letztes Wort!"[4])

Doch die Auffassung, daß ebenso das österreichische, wie das preußische Interesse erheische, Deutschland von der gewaltthätigen Einmischung Frankreichs zu befreien, fand zahlreiche Anhänger. Graf Solms, der Vertreter der Wetter-

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches etc. Bericht vom 16. Februar 1798.
[2]) Ebenda. Bericht vom 14. März 1798.
[3]) Ebenda. Bericht von 7. April 1798.
[4]) Ebenda. Bericht vom 10. April 1798.

auischen Grafenbank, verteilte unter die Kollegen eine Flugschrift, die für die geplante Versöhnung der deutschen Vormächte begeistert eintrat.[1]) Preußen und Oesterreich Hand in Hand können in Rastatt und überall in der Welt ihren Willen diktieren; so bald nur erst diejenigen Regierungen, die über die nötigen Kräfte und Mittel verfügen, eine Besserung der Lage aufrichtig anstreben, werden auch der unselige Kaltsinn und die schimpfliche Gleichgültigkeit des deutschen Volkes rasch verschwinden.[2])

So wurden denn die freundschaftlichen Verhandlungen fortgesponnen. Der Wunsch nach Beilegung des Streites war hüben wie drüben lebendig, doch über die nötigen Zugeständnisse konnte man sich nicht einigen. Eine Zeit lang schien ein Ausgleich unter russischer Vermittelung zu stande zu kommen. Am 15. April 1798 berichteten die preußischen Minister dem Könige, daß der russische Gesandte Graf Panin eine wichtige Eröffnung gemacht habe: Zar Paul will zur Sicherung Europas gegen die Revolution eine Quintupleallianz zwischen Rußland, Preußen, Oesterreich, Frankreich und Dänemark ins Leben rufen;[3]) zugleich erbietet sich der Zar, nach Kräften dazu beizutragen, daß zwischen den Höfen von Wien und Berlin „jedes Mißverständnis und Anlaß zum Kaltsinn" beseitigt werde.[4]) Das Gutachten der preußischen Minister läßt aber ersehen, wie kühl sie dem Gedanken einer neuen Koalition gegenüberstanden. Wenn die immer noch sorgfältig geheim gehaltenen Bestimmungen des Friedens von Campo Formio für Oesterreich eine Gebietserweiterung in Italien, damit aber auch eine Verwickelung mit der cisalpinischen Republik brächten, — weshalb sollte Preußen dem kaiserlichen Hofe diesen Besitz gewährleisten? Und wenn es darüber zum Bruche mit Frankreich käme, würde der Krieg geringere Opfer kosten und weniger Gefahr bieten, als vor 1795? Dem geplanten Bunde beitreten, hieße die preußische Politik durchkreuzen, die nichts anderes bezwecke, als die Rettung und den Frieden für Deutschland.[5]) Freilich dürfe Preußen ebensowenig die Einladung Rußlands ablehnen, denn damit würde der Verdacht bestärkt, daß ein Bündnis mit Frankreich bestehe; Preußen würde Gefahr laufen, gänzlich verlassen zu stehen; Ost- und Südgrenze wären bedroht, während im Westen das unruhige Frankreich fortfahren würde, mit seinen zügellosen Ideen die Nachbarn zu beunruhigen. „Dann wäre ein noch größeres Uebel unvermeidlich, daß nämlich Preußen sich genötigt sähe, wider Willen der französischen Republik sich in die Arme zu werfen." Es müssen also beide Klippen vermieden werden.

---

[1]) Freymüthige Betrachtungen über den bisherigen Geschäftsgang beim hohen Friedenskongreß, 1798.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht vom 11. April 1798.

[3]) Ebenda. Actes de la négociation qui a été entamée à Berlin avec les deux cours Imperiales sur les indemnités des Princes lésés de l'Empire et sur les affaires intérieures de l'Allemagne, 1798—1799. Memorandum der Minister Finckenstein, Alvensleben und Haugwitz vom 15. April 1798.

[4]) Das von Panin überbrachte Schreiben des Zaren Paul ist deutsch abgefaßt.

[5]) „Elle (notre cour) risqueroit d'être enveloppée dans des mesures dont Elle ignore encore le véritable objet, et de manquer ou de reculer au moins le Sien, qui n'est autre que de sauver et de pacifier l'Allemagne."

Wir müssen freimütig dem Zaren erklären, daß wir im Grunde mit ihm einverstanden sind, daß auch wir das Bedürfnis anerkennen, die revolutionäre Ansteckung einzudämmen, daß wir aber den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachten, diesen Gedanken aufzudecken. Heute gibt es noch ein dringenderes Bedürfnis: dem deutschen Reiche den Frieden zu geben und die Zurückberufung der französischen Truppen in die neuen Grenzen der Republik durchzusetzen. Solange dies nicht erreicht ist, darf mit keinem Atemzug verraten werden, daß ein Bund gegen Frankreich ins Leben gerufen werden soll. Erst später wird der Plan mit Aussicht auf Erfolg aufgegriffen werden können. Wenn wir jetzt schon offen hervortreten, berauben wir uns der Hoffnung auf freiwilligen Rückzug der französischen Truppen und geben das Reich dem sicheren Verderben preis. Im nämlichen Augenblick, da die französische Regierung erfährt, was man gegen sie im Schilde führt, werden wir den Feind wieder an den Ufern der Donau und an der Grenze Obersachsens erblicken. Der Wiener Hof selbst hat das erste und nächste Interesse an Abwendung dieser Gefahr, deren Horoskop so zu sagen unfehlbar ist! Rußland muß seinen Plan vertagen, bis der Friede für Deutschland erreicht ist!

Das Gutachten der preußischen Minister beweist, daß sie in neutraler Haltung Preußens nach wie vor die vorteilhafteste Politik erblickten, daß aber nicht mehr der Wunsch bestand, mit der Republik in freundschaftlichere Beziehungen zu treten. Dieser Umschwung in Berlin blieb den Vertretern der Republik natürlich nicht verborgen. Das Direktorium wies den Gesandten Caillard an, den Berliner Hof über das Vorgehen in der Schweiz und in Italien zu beruhigen, ja, wenige Tage nachdem Panin den Antrag im Namen des Zaren überbracht hatte, übermittelte Caillard mit kluger Rücksichtnahme auf die Friedensliebe des Königs einen Vorschlag, Preußen möge mit Frankreich ein Bündnis schließen, das im gegenwärtigen Augenblick den Frieden und nichts als den Frieden bedeute.[1])

Nun trat im Kabinett selbst eine Spaltung ein. Während Alvensleben nachdrücklich die Verständigung mit Frankreich empfahl, — im Hinblick auf die späteren Ereignisse verdient hervorgehoben zu werden, daß der Minister seinen Rat hauptsächlich darauf stützte, daß die preußische Armee in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht mehr als ebenbürtiger Gegner der französischen Heeresmacht gelten könne — war Haugwitz der Meinung, daß ein ernstes und dauerndes Einvernehmen mit dem französischen Direktorium wenigstens so lange unmöglich sei, als die wichtigsten Streitfragen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche noch nicht ausgetragen seien. Schließlich wurden die Anträge der französischen Regierung abgelehnt, ohne die Hoffnung auf eine spätere Verständigung gänzlich abzuschneiden. Gleichzeitig wies jedoch Friedrich Wilhelm seine Minister zu Unterhandlungen mit den Vertretern Rußlands und Oesterreichs an, damit ein „solides Einvernehmen" der drei Höfe „in Bezug auf die Entschädigungsfrage und andere das Wohl Europas bezweckende Konjunkturen" zustande gebracht werde. Am 21. Mai wurden die Konferenzen eröffnet. Wie wenig das

[1]) Bailleu, Einl., XXXIV.

gegenseitige Mißtrauen geschwunden war, beweist die von Thugut ausgearbeitete Instruktion für den Fürsten Reuß, worin es heißt: „So angelegen Euer Hochfürstliche Gnaden sich werden lassen, unsere erste Proposition durch die obangezeigten Betrachtungen und andere aus der Natur der Sache sich ergebende zu unterstützen, so wenig scheint doch Hoffnung zu sein, den preußischen Hof hierauf eingehen zu machen, teils weil derselbe mit Frankreich und anderen Reichsständen diesfalls schon zu feste, entgegengesetzte Verbindlichkeiten eingegangen, teils weil von diesem (preußischen) Ministerium nach so vielen Beweisen von Habsucht nicht zu erwarten ist, daß dasselbe die Gelegenheit ganz sollte vorbeigehen lassen, aus unserer und des ganzen Reiches Verlegenheit für sich einen besonderen Vorteil zu ziehen.“[1]) Reuß gab die Erklärung ab, der Kaiser wolle für sich und alle seine Verwandten auf jede Art von Entschädigung mit deutschem Gebiet verzichten, wenn auch Preußen für sich und das Haus Oranien die nämliche Zusicherung geben würde. Die preußischen Minister meinten, der König könne für seine Person unbedenklich darauf eingehen, da ja die Zurücknahme von Gebieten, die sich im Laufe der letzten Jahrhunderte von den brandenburgischen Markgrafschaften abgesplittert hätten, gar nicht als eine Entschädigung anzusehen sei; dagegen dürfe eine mit einem Rechtsnachteil für das Haus Oranien verbundene Entscheidung nicht angenommen werden, da ja ein wesentlicher Unterschied bestehe zwischen den Ansprüchen des Hauses Oranien auf die fünf Balleien im Trierschen Gebiet und der neu zu schaffenden Stellung im Reiche, womit der Kaiser den Erzherzog Ferdinand für den Verlust Modenas entschädigen wolle. Auch in anderen Fragen war eine Einigung nicht zu erzielen. Nach einem Vorschlag des Wiener Hofes sollten Oesterreich und Preußen gemeinsam dem Rastatter Kongreß anzeigen, daß sie jedem Anspruche der Republik auf rechtsrheinisches Gebiet mit vereinten Kräften sich widersetzen würden. Die preußischen Minister widersetzten sich aber diesem Ansinnen. Das wäre nichts anderes, schrieben sie an den König, als der erste Schachzug eines neuen Bundes gegen Frankreich und müßte den ganzen Zorn des Direktoriums auf Preußen lenken! „Wir müssen festhalten an strenger Neutralität; es gibt für uns keine bessere Politik!“ Der Zar ließ in Berlin melden, er werde unverzüglich 16000 Mann an die galizische Grenze aufbrechen lassen; daraus könne das Berliner Kabinett ersehen, daß es ihm mit der versprochenen Hülfeleistung ernst sei. „Festes Zusammenhalten der drei Höfe ist schon deshalb notwendig, um die Ruhe in den neu erworbenen Provinzen aufrecht zu erhalten!“ Die preußische Antwort begnügte sich aber, gerührten Dank auszusprechen für ein Vertrauen, das um so wohlthuender berühre, da „die Beziehungen der beiden Staaten in der jüngsten Zeit einer gewissen ärgerlichen Zurückhaltung unterworfen waren.“ Gegen Ende Juli überbrachte Graf Cobenzl ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers an Friedrich Wilhelm. Darin war dem Bedauern über den bisherigen matten Verlauf der Berliner Verhandlungen Ausdruck gegeben, sowie der Hoffnung, daß sich der König doch noch entschließen werde, an die Seite der beiden Kaiser zu treten, was ebenso dem edlen Charakter des Königs, wie dem wahren

[1]) Vivenot, 33.

Interesse des preußischen Staates entsprechen würde. Man habe erklärt, der König wolle seine neutrale Haltung nicht aufgeben; da sei denn doch die Frage am Platze: Darf also Frankreich alles fordern, darf Frankreich sich alles herausnehmen, ohne daß Preußen eine Verwahrung einlegen wird? „Ich will," so schließt das kaiserliche Schreiben, „auch heute noch nicht die Hoffnung aufgeben, daß der Nachfolger des großen Friedrich auf einem solchen Beschluß nicht dauernd beharren wird. Ich hege nicht die Absicht, Preußen in neuen Krieg zu verwickeln, ich wünsche es auch nicht für mich, aber es gibt eine Grenze, über welche hinaus man nicht teilnahmslos zuschauen darf, ohne die eigene Sicherheit zu gefährden." Darauf antwortete Friedrich Wilhelm (10. August), leider sei es ihm unmöglich, auf die Wünsche des Kaisers einzugehen, denn er müsse in erster Reihe die Wohlfahrt seiner eigenen Monarchie und in zweiter das Interesse der nach ihrer geographischen Lage auf ihn angewiesenen deutschen Staaten im Auge behalten. „Es ist keine leichte Last, die ich mir damit aufbürde, aber ich werde sie pflichtgemäß tragen, und ich werde damit Ersprießlicheres leisten, als wenn ich ausgedehntere Versprechungen gäbe, deren Erfüllung thatsächlich unmöglich wäre." Als die Verhandlungen im August abgebrochen wurden, gab Haugwitz die Erklärung ab, der König sei zwar nicht in der Lage, auf die Vorschläge der beiden Kaiserhöfe einzugehen, habe aber seine Gesandten in Rastatt angewiesen, gegenüber den Franzosen mit Nachdruck auf günstige Bedingungen für das Reich zu dringen. Falls es wirklich zum Krieg zwischen Frankreich und dem Kaiser kommen werde, wolle Preußen mit allen Kräften dahin trachten, daß wenigstens dem Reiche der Frieden erhalten bleibe.[1])

In Berlin war noch nicht erkannt worden, daß das Solonische Wort: „Ein rechter Politiker darf sich nicht vermessen, über den streitenden Parteien stehen zu wollen!" wenigstens in so stürmisch erregter Zeit nicht der Berechtigung entbehre. An Neutralität festzuhalten, galt als der Staatswohlfahrt erste Bedingung, als der Staatsklugheit erstes Gebot.

Die Bemühungen, den Berliner Hof zum Eintritt in die neue Koalition zu bewegen, waren gescheitert, doch ebenso erfolglos blieb ein neuer Versuch, Preußen zu Frankreich herüberzuziehen. In einem Augenblick, da der erste Feldherr Frankreichs die besten Kerntruppen zu einem gegen England gerichteten Unternehmen in den Orient führte, mußte es ja dem Direktorium besonders wünschenswert erscheinen, auf dem Festland einen Bundesgenossen zu finden, der ausgiebige Hülfe leisten oder, was noch nützlicher erscheinen mochte, die Bildung einer neuen Koalition verhindern konnte. Deshalb wurde im Juni 1798 Sieyes, der Vertraute Bonapartes, mit besonderen Vollmachten nach Berlin geschickt. Bei der Wahl des Gesandten soll nach der Ansicht des Grafen Goertz die Rücksicht maßgebend gewesen sein, daß Sieyes dem Orden der Illuminaten angehörte, „von welchen es in Preußen, Hannover und anderen deutschen Staaten wimmelt". Von Oesterreich, dies sollte der Gesandte dem neutralen Kabinett begreiflich machen, werde Preußen niemals als gleichberechtigte Macht anerkannt, niemals zu einer

[1]) Alle angezogenen Schriftstücke in den Actes de la négociation etc.

begehrenswerten Erwerbung zugelassen werden; dagegen könne es im Bunde mit Frankreich jede erwünschte Vergrößerung erlangen, ohne daß der Nebenbuhler entschädigt zu werden brauche. Dem Bunde Preußens mit Frankreich werde das ganze westliche und mittlere Europa willig beitreten, Spanien, Holland, Helvetien, Schweden, Dänemark, die italienischen Republiken und die meisten deutschen Staaten. Einer so furchtbaren Phalanx werde keine Macht der Welt feindlich entgegenzutreten wagen; das Bündnis bedeute also in Wahrheit den Weltfrieden.

Es fehlte in Berlin nicht an Freunden dieser Auffassung, aber sie wurde weder von Haugwitz noch vom König geteilt, und der hoffärtige, gewaltthätige Jakobiner Sieyes war am wenigsten dazu geeignet, die Bedenken einer monarchischen Regierung aus dem Wege zu räumen.[1]) Umsonst erklärte Talleyrand, mit Gewährleistung des gegenwärtigen Besitzstandes der deutschen und italienischen Staaten sich begnügen zu wollen; auch dieser Vorschlag, der immerhin eine feindliche Spitze gegen den Kaiser gehabt hätte, wurde abgelehnt. Dagegen wurde das Anerbieten des Königs, die Vermittlung im Streit zwischen Oesterreich und der Republik übernehmen zu wollen, vom Direktorium zurückgewiesen.[2])

Um so bereitwilliger schlossen sich andere Staaten den beiden Kaiserhöfen an. Das königliche Paar in Neapel fühlte immer näher den Atem des Feindes, der sein Opfer zu umklammern strebte. Die Besitzergreifung von Rom, die Wegnahme der jonischen Inseln, die Eroberung von Malta und Vergewaltigung des Johanniterordens ließen nicht mehr daran zweifeln, daß der Bourbon auf dem Throne zu Neapel den nächsten Streich zu erwarten habe. Die Besetzung der Insel Malta wurde vom französischen Gesandten kurz und bündig wie eine selbstverständliche Sache angezeigt, und zugleich der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die neapolitanische Regierung zur Anerkennung der Oberhoheit der römischen Republik über das Herzogtum Benevent und zur Fortbezahlung des früher dem päpstlichen Stuhl entrichteten Tributs bereit sein werde. Da hätte es des englischen Goldes und des Franzosenhasses der Königin, einer Schwester Marie Antoinettens, kaum noch bedurft, um den Kampf mit dem revolutionären Frankreich als unabweisbare Notwendigkeit erscheinen zu lassen. Im Juli 1798 wurde ein Bündnis zwischen Oesterreich und Neapel geschlossen und zugleich die Abrede getroffen, daß der österreichische General Mack den Oberbefehl über die neapolitanischen Truppen übernehmen sollte. Mack trug sich mit der Absicht, vom Kriege abzureden; in Neapel wurde ihm aber sofort klar, daß die Dinge schon zu weit gekommen seien. „Lieber wollen wir," sagte die Königin zu ihm, „unser Königreich auf einen Schlag verlieren, als ein Marterleben noch weiter führen, das uns mit jedem Tage einem schimpflichen Untergang näher bringt!"[3])

In Petersburg war zum erstenmal seit dem Ausbruch der Revolutionskriege ein aufrichtiger Kriegseifer erwacht. „Endlich hat Zar Paul den Bissen fest mit

---

[1]) Bailleu, Einl., XXXVII.
[2]) Ebenda, 231.
[3]) Vivenot, Einl., LXXXV.

den Zähnen gepackt," schrieb Thugut (9. August) an Colloredo, „freilich, bei einem Fürsten von solchem Charakter kann man niemals ganz außer Sorgen sein, aber im allgemeinen wenigstens vorläufig haben dort die Dinge eine Wendung genommen, daß man Hoffnung schöpfen darf."[1]) Die neue Koalition gegen Frankreich wird in den Petersburger Aktenstücken mit der notwendigen Abwehr der Revolution begründet; in Wahrheit war es die Orientpolitik Bonapartes, die den Zaren zwang, die Hand an den Degen zu legen. Kein Zweifel, die revolutionäre Propaganda hätte sich auf das ganze Abendland ausdehnen dürfen, ohne daß die so oft mit prahlerischen Worten angebotenen russischen Hülfstruppen nach dem Westen aufgebrochen wären, doch die Langmut Rußlands ging zu Ende, als sich die Anzeichen mehrten, daß Bonaparte die russischen Sonderinteressen im Osten zu durchkreuzen suche. Die Besetzung der jonischen Inseln schien zu beweisen, daß die Franzosen eine Brücke auf die Balkanhalbinsel gewinnen wollten. Noch leidenschaftlicheren Unmut weckte die Eroberung der Insel Malta. Auch das Liebäugeln der französischen Republik mit den auf Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit hoffenden Polen und mit den nach Befreiung vom Türkenjoch schmachtenden Griechen reizte den Zorn des Zaren, der selbst mit Hülfe der Griechen die europäische Türkei aus den Angeln zu reißen trachtete. Und der wahnwitzig stolze, keine Rücksicht, keine Mäßigung kennende Selbstherrscher schien so recht der Mann zu sein, um dem Weltkrieg den persönlichen Impuls und die nachhaltige Kraft zu verleihen, die dem Fürstenbunde von 1792 gefehlt hatten.

Für die Briten war der Kampf mit Frankreich die wichtigste Lebensfrage geworden, seit Bonaparte durch den Anschlag auf Aegypten verraten hatte, daß er sich mit dem ungeheuren Plane trage, dem stolzen britischen Reiche die Hoheit über das Mittelmeer und die Herrschaft in Indien streitig zu machen. Der englische Gesandte in Wien, Lord Eden, stellte sich also Tag für Tag bei Thugut ein, um auf Abbruch der Beziehungen zur Republik und auf Beschleunigung der Rüstungen zu dringen. Gleichzeitig bestand er aber auch „mit einer Art von heftiger Zudringlichkeit, welche mit ihm die politische Geschäftspflege sehr beschwerlich machte", auf Bezahlung der Zinsen für ein älteres Darlehen.[2]) Und doch befand sich das Finanz- und Kreditwesen Oesterreichs nach dem eigenen Geständnis Thuguts in „äußerst beklemmter und bedenklicher Lage". Das englische Kabinett gab aber deutlich zu erkennen, daß in Geldgeschäften auch die politische Freundschaft aufhöre; es bestand noch kurz vor Ausbruch des Krieges auf Zahlungen, die den Kaiserstaat zwangen, „die schwachen Reste seines abgenützten Kredits aufzuopfern". Mit Recht weist also Vivenot die „Subsidienfabel" zurück, welche die Standhaftigkeit der deutschen Politik Oesterreichs auf englische Bestechung zurückführen wollte.[3])

Im August tauchte in Europa das Gerücht auf, Bonaparte sei der Gefangene Nelsons geworden. Das Gerücht war falsch. Zwar die französische

[1]) Vertrauliche Briefe Thuguts, II, 114.
[2]) Vivenot, LXVII.
[3]) Ebenda, LXXII.

Flotte wurde am 1. August auf der Rhede bei Abukir so gut wie vernichtet, allein die Landarmee unter Bonaparte setzte ihr Unternehmen mit ebenso viel Glück wie Kühnheit fort. Immerhin hatte die Katastrophe von Abukir die beste Armee und den besten Feldherrn Frankreichs vom Festland abgeschnitten. So hoch war schon der Waffenruhm Bonapartes gestiegen, daß die Gewißheit: Bonaparte vermag an einem europäischen Kriege nicht teilzunehmen, dazu genügte, die Gegner Frankreichs zur Waffenentscheidung zu ermutigen, während ein Jahr später bloß auf die Kunde: Bonaparte ist zurückgekehrt! der Bund der Feinde sich löste und ihr Sieg sich in Niederlage wandelte.

Zweiter Abschnitt.

Das linke Rheinufer unter französischer Herrschaft. Der Wiederausbruch des Krieges. Die Verhandlungen in Rastatt. Der Regierungswechsel in Baiern. Der Abbruch des Friedenskongresses. Die Ermordung der französischen Gesandten. Der Feldzug in Deutschland und in Italien. Erneuerung des Reichskrieges und der Regensburger Reichstag. Der Rücktritt des Zaren Paul von der Koalition.

Die Vereinigung mit Frankreich," sagt Rambaud, „war in dieser Epoche nicht eine Einverleibung, sondern eine Befreiung."[1] Thatsächlich war der Sieg der Trikolore, wie wir gesehen haben, in Mainz und anderen Rheinstädten von zahlreichen Anhängern der Revolution mit Jubel begrüßt worden. Doch diese Freude blieb nicht lange ungetrübt. Der Sieger hatte Freiheit verheißen, wurde aber durch den Krieg genötigt, ein unerträgliches Joch aufzubürden. Indem sich das Direktorium darauf berief, daß die Rheinlande sich weder freiwillig unterworfen hätten, noch durch Verträge abgetreten seien, wurden alle von französischen Truppen besetzten weltlichen und geistlichen Herrschaften[2] einfach als erobertes Land behandelt und demgemäß beständig mit Kriegssteuern, Lieferungen und Brandschatzungen belastet. Und empfindlicher noch als das Elend der Gegenwart quälte die Ungewißheit der Zukunft. Würde

[1] Rambaud, Les Français sur le Rhin, 296.

[2] Eine den Rastatter Akten der preußischen Gesandtschaft beigelegte „Spezifikation der zum Deutschen Reich gehörigen Besitzungen jenseits des Rheines" zählt an geistlichen Territorien auf das Hochstift Lüttich (mit 26 linksrheinischen Städten), das Erzstift Köln (mit 22 Städten), das Erzstift Trier (mit 29 Städten), das Erzstift Mainz (mit 3 Städten), die Hochstifte Worms, Speier, Straßburg, die Reichsabtei Prüm ꝛc., an weltlichen Territorien das Kurfürstentum Pfalz, das Herzogtum Cleve, das Herzogtum Zweibrücken, die Grafschaften Geldern und Meurs, das Herzogtum Jülich, die Fürstentümer Salm, Simmern, Nassau-Weilburg, Nassau-Saarbrücken, die Grafschaften Sponheim, Leiningen, Falkenstein u. s. w. (Preuß. Staatsarchiv, Acta, betreffend den Rastatter Friedenskongreß 1797—1799.)

Frankreich imstande sein, seine Eroberung zu behaupten? Würde die Einverleibung in die Republik ein erträglicheres Los bringen? Es fehlte ja nicht an Bindegliedern zwischen den Rheinlanden und dem mächtigen Nachbarreich. Gemeinsam waren ihnen die Ueberlieferungen altrömischer Kultur; die meisten deutschen Fürsten am Rhein waren seit Jahrhunderten in französischem Sold gestanden; die besten französischen Regimenter waren zur Zeit des französischen Königtums aus deutschen Anwohnern des Rheines zusammengesetzt. Auch die Vernunft, meint Albert Sorel, hätte die Nachkommen der Ripuarier dazu drängen müssen, im Anschluß an die Republik, die Verkünderin der Menschenrechte, die Patronin aller freigewordenen Nationen, ihr Heil zu erblicken.[1]) Thatsächlich war aber zum Aufgeben der deutschen Nationalität, zum Aufgehen in die französische keine Neigung vorhanden; wenigstens kann von einer einheitlichen französischen Stimmung in den Rheinlanden nicht gesprochen werden. Die deutschen Rheinlande sind ja überhaupt nicht als eine in sich zusammenhängende und nach außen abgeschlossene Einheit zu betrachten; gerade hier weisen Land und Leute die mannigfaltigsten Unterschiede und Gegensätze auf.[2]) Ebensowenig gewähren die Zustände im Rheinland unter französischer Herrschaft ein einheitliches Bild. Während in einzelnen Städten im Laufe der nächsten Jahre die Französierung große Fortschritte machte, trugen in anderen Gauen nur die Wappenschilde und Grenzpfähle französisches Gepräge. Der Bauer wünschte vor allem einen Frieden, der den nimmer endenden Lieferungen und Fronen, dem aufgezwungenen Umlauf der wertlosen Assignate, den quälenden Einquartierungen ein Ende setzen, der seiner Heimat die Vorteile des alten patriarchalischen Regiments belassen, zugleich aber auch den Segen der neuen französischen Gesetzgebung verschaffen würde. Im Bürgerstande überwog zunächst die Furcht, sich eine Blöße zu geben und entweder den Zorn des Herrschers von Heute oder die Rache des Herrn von Morgen auf sich zu laden. Durch Sprache, Sitte, Lebensgewohnheiten, durch das Unbewußte und Unerklärte des Volksgeistes fühlten sich Bürger und Bauer links des Rheines unlösbar mit Deutschland verbunden, das ihnen zwar keinen Schutz zu bieten vermochte, das aber nun einmal ihr Vaterland war. Nur in den akademisch gebildeten Kreisen, bei Beamten, Lehrern und Schriftstellern, war der Wunsch lebendig, mit dem veralteten Wust in Staat und Gesellschaft aufzuräumen, das Elend der Kleinstaaterei mit engem Anschluß an die mächtigste und freieste Nation der Erde zu vertauschen. Doch auch in den Mitgliedern der „Patriotischen Gesellschaft" in Koblenz und der „Gesellschaft der Freiheitsfreunde" in Bonn und ähnlicher Vereine war der deutsche Volksgeist nicht erstorben. Nicht die Absicht, den Uebergang des linken Rheinufers an Frankreich zu fördern, wie Perthes gemeint hat, sondern der Wunsch, das Deutschtum in den für das Deutsche Reich verlorenen Provinzen zu retten, führte zum Versuche der Gründung einer cisrhenanischen Republik. „Es war nicht staatsumwälzerischer Schwindel," versichert der über die rheinischen Zustände

[1]) Albert Sorel, V, 167.

[2]) Perthes, Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft, 138.

wohlunterrichtete Zschokke, „es war das letzte Mittel zur Rettung in ihrer Not und in ihrer Verlassenheit, das letzte Mittel, um ihre Unabhängigkeit und Deutschland gegen Uebermacht zu bewahren, ... die cisrhenanische Republik zeugt nicht wider, sondern für den deutschen Sinn der Rheinländer.“[1]) Die rheinischen Freiheitsfreunde waren schon seit 1795 unter dem Einfluß der flüchtigen Mainzer Klubbisten untereinander in näheren Verkehr getreten. Im Sommer 1797 beschlossen sie hauptsächlich auf Andringen des Mainzer Professors Metternich die Stiftung einer cisrhenanischen Republik. Die Gründung eines selbständigen Freistaates sollte ebenso der Wiederkehr der geistlichen Kurfürsten und der übrigen alten Herren, wie der eroberungslustigen Politik des Direktoriums einen Damm entgegensetzen. Mittelpunkt der Bewegung war die trierische Residenz Koblenz, noch vor kurzem der Hauptsitz der französischen Emigranten. Ein des Schutzes der französischen Republik sich erfreuender, im übrigen aber unabhängiger Bund von Städten und Kantonen nach dem Vorbild der Schweiz sollte zwischen Deutschland, der mißachteten und doch geliebten Mutter, und Frankreich, der ebenso gefürchteten wie verehrten Adoptivmutter, eine neutrale Stellung einnehmen; ihm sollte die Vermittlung zwischen den beiden Reichen als natürliche Aufgabe zufallen; geschont von beiden, von keinem belastet, sollte er gewissermaßen als republikanische Mark fortbestehen, wie es früher Marken des Kaiserreiches gegeben hatte. „Wir sagten uns,“ schreibt einer dieser Republikaner, „wenn durch die Franzosen die Grundsätze der Freiheit in den Schmutz herabgezogen wurden, so ist es an uns Deutschen, den Beweis zu liefern, daß diese Grundsätze anwendbar sind ohne Hinrichtungen und Blutvergießen; aus diesem Grund wollten wir uns nicht für den Anschluß an Frankreich, sondern für die Unabhängigkeit erklären.“ Der Plan der „Patrioten“ wurde von Hoche, dem Obergeneral der auf beiden Rheinufern stehenden französischen Truppen, begünstigt. Warum sollte er für deutsche Franzosenfreunde nicht das nämliche thun, was Bonaparte für die Lombarden und für die Emilia gethan hatte? Damit war ihm die Möglichkeit geboten, die militärische Diktatur des Eroberers auch auf die bürgerliche Einrichtung des eroberten Gebiets auszudehnen. Sein schlichter, gerader Sinn, seine Gutmütigkeit, seine Leutseligkeit waren besonders geeignet, dem Patron einer neuen bürgerlichen Freiheit die Neigung der weitesten Kreise zu erwerben. Schon im März 1797 hatte er, um den gesetzlosen Zuständen in den herrenlosen rheinischen Gebieten ein Ziel zu setzen, eine „commission intermédiaire“ zur Verwaltung des Landes mit dem Irländer Shee als Präsidenten in Bonn eingesetzt.[2]) Die Einrichtung der „Mittelbehörde“ sollte vor allem die Eintreibung der Requisitionen und Steuern erleichtern, während ebenso die Freunde des alten Regiments, wie die „Konföderierten“, wie sich die Anhänger der „cisrhenanischen Republik“ nannten, oder „Zirkler“, wie sie im Volksmunde hießen, darin eine Bürgschaft erblickten, daß in Paris nicht an vollständige Einverleibung gedacht werde. Die Konföderierten erließen eigene, vom Bonner

[1]) Zschokke, Ueberlieferungen zur Geschichte unsrer Zeit, Jhgg. 1819, 531.

[2]) W. Hesse, Geschichte der Stadt Bonn während der französischen Herrschaft (1792 bis 1815), 140.

Professor Gall unterzeichneten Dekrete, errichteten Freiheitsbäume und veranstalteten festliche Umzüge, bei denen die Bildsäule des 1686 wegen demokratischer Umtriebe hingerichteten Kölners Jülich als eine Art Idol mitgetragen wurde. Im wesentlichen beschränkte sich die Verbindung, wie ein aus Emigrantenkreisen stammender Artikel im Politischen Journal spottete, „nur auf Leute von der Feder und arme Bürger, also auf Leute, die die allgemeine Verachtung ihrer Mitbürger hatten".[1]) Auch von den Juden wurde die freiheitliche Bewegung eifrig unterstützt. Bei einem patriotischen Festzug in Bonn wurden die Thore des Ghetto, die unter kurfürstlicher Herrschaft jeden Abend hatten geschlossen werden müssen, unter feierlichen Zeremonien in Trümmer geschlagen, um anzudeuten, daß fortan alle Juden als freie und gleichberechtigte Bürger der Republik anzusehen seien.[2]) Die Rückkehr des fürstlichen Regiments hätte die Juden wieder in ihre Ghettos zurückgestoßen; sie arbeiteten also, indem sie für die neue Freiheit wirkten, für dauernde Anerkennung ihrer Menschenrechte. Ueberdies war ihnen durch Wechselgeschäfte mit den Franzosen, durch den zwangsweise aufrecht erhaltenen Umlauf der Assignate, durch Einziehung der Güter der Ausgewanderten und andere Folgen des politischen Umschwunges eine reiche Quelle von Makler-, Tausch- und Borggeschäften erschlossen.

Die cisrhenanische Republik war aber nur ein historisches Zwischenspiel von kurzer Dauer. Zwar Carnot fand den von Hoche begünstigten Plan vernünftig, aber die Eroberungslustigen im Direktorium, die Triumvirn, wie sie genannt wurden, glaubten sich mit der Verwandlung der Rheinlande in eine Tochterrepublik nicht begnügen zu dürfen. Zwischen der Rückkehr des alten Fürstenregiments und der Verschmelzung mit Frankreich, versicherte Rewbell, darf nicht ein Mittel- und Bindeglied geschaffen werden; nur der Rhein soll Frankreichs Grenze von Basel bis Holland bilden. Vielleicht wäre trotzdem die cisrhenanische Bewegung lebensfähig geblieben, wenn sie nicht ihren mächtigsten Anwalt verloren hätte. Am 18. September 1797 starb General Hoche; mit ihm wurde auch die cisrhenanische Republik zu Grabe getragen. Kaum war der Friede von Campo Formio von Direktorium und Kammer bestätigt, so sprach ein Dekret vom 4. November die Vereinigung des ganzen linken Rheinufers mit Frankreich aus; es wurden vier Departements daraus gebildet, das Saardepartement mit dem Verwaltungssitz Trier, das Ruhrdepartement mit Aachen, das Rhein- und Moseldepartement mit Koblenz, das Donnersbergdepartement mit Mainz.[3]) Am 23. November löste Augereau, der Nachfolger Hoches, die Intermediärkommission auf; an ihre Stelle trat die sogenannte Nationalregie der französischen Republik.[4]) An die Spitze trat der Elsässer Rudler, bisher Richter am Pariser Kassationshof, als Gouvernementskommissär in Mainz, dem alle übrigen Verwaltungsbeamten unterstellt waren. Am 17. Dezember ließ der neue Regent vom Freiheitsbaum auf dem Münsterplatz zu Bonn die grünweiß-

[1]) Polit. Journal, Jahrg. 1797, II, 1085.

[2]) Venedey, Die deutschen Republikaner, 295.

[3]) Remling, Neuere Geschichte der Bischöfe zu Speier, 23.

[4]) Hüffer, Peter Joseph Boosfeld und die Stadt Bonn unter französischer Herrschaft; Annalen des histor. Vereins für den Niederrhein, 13. u. 14. Heft, 125.

rote Fahne der Westrheinischen Republik herunternehmen und durch die französische Trikolore ersetzen, wobei er die Cisrhenanen belehrte, daß ihr Banner „nur die Hoffnung auf die jetzige Freiheit bedeutet habe". Es kostete nicht viel Mühe, die Mehrzahl der „Konföderierten" von den Vorteilen des Regierungswechsels zu überzeugen. Professor Gall selbst begrüßte ihn am lautesten als „natürliche Entwickelung der Verhältnisse".[1]) Der junge Joseph Görres, der seine feurige Beredsamkeit bisher der angestrebten deutschen Republik gewidmet hatte, feierte am 1. Januar 1798 in Koblenz die Wiedereinnahme von Mainz durch die Franzosen: „Mainz ist unser! Trauert, Despoten, die Uebergabe von Mainz hat euch den Todesstoß gegeben" u. s. w. „Vor zwei Jahren," so frohlockte der zum Revisionsrat ernannte Herausgeber der „Geißel", Rebmann, „bin ich nur mit knapper Not dem Galgen auf geweihtem geistlichen Boden entronnen, heute bin ich zu einem ehrenvollen Amt des höchsten Tribunals in den Rheinlanden emporgestiegen! Und wie mit den aufgeklärten Bürgern, so wird es mit dem Lande selbst aufwärts gehen! Die Deutschen haben es versäumt, zur rechten Zeit einen selbständigen Freistaat zu bilden, deshalb weht jetzt die dreifarbige Fahne an den Ufern des alten Rheines!"[2]) Es fehlte fortan in den Rheinstädten niemals an Festgepränge und theatralischen Aufzügen. Wie in Paris, paradierte auch in Bonn eine Göttin der Vernunft, hier von einem bartlosen Jüngling dargestellt. Bei der Feier des Festes des Ackerbaues trugen die Teilnehmer zum ersten Male statt der Zöpfe Perücken à la Titus oder Brutus. Die „Patrioten" wetteiferten mit den Franzosen in Ausfällen gegen das alte Regiment und in Lobeshymnen auf das neue.

Doch die Ernüchterung blieb nicht lange aus. Das Geschick der Rheinlande lag fast ausschließlich in der Hand Rudlers, der über die deutschen Unterthanen nach unten wie ein unbeschränkter Herr zu gebieten hatte, dagegen ein willenloses Werkzeug der jeweiligen Gewalthaber in Paris war und ihren Günstlingen einflußreiche und einträgliche Stellen anweisen mußte; auch den Generalen mußte jede Forderung unweigerlich bewilligt werden. Die Einwohner der geistlichen Residenzen hatten insbesondere in den letzten Jahren aus dem Zusammenströmen der zahlreichen Edelleute und Geistlichen aus Frankreich namhaften Gewinn gezogen; um so empfindlicher war der Rückschlag nach dem Zusammenbruch des geistlichen Regiments. Von den französischen Kommissären wurden gerade diesen Gemeinden besonders hohe Kontributionen auferlegt, zur Strafe, daß sie so lange Zeit „Mörder, Räuber und Tyrannen, welche sich Fürsten und Prinzen nannten", beherbergt hatten.[3]) Die zunehmende Verarmung der Bevölkerung war begreiflicherweise nicht dazu angethan, die Zuneigung zur Republik wärmer werden zu lassen. Sogar die „Patrioten", die sich vertrauensvoll dem Gestirn der Freiheit zugewendet hatten, fanden Anlaß zu Klagen über Zurücksetzung und Bedrückung. Rebmann warf den neuen Herren vor, daß sie die deutschen Rheinlande als ein neues Indien ansähen, in

---

[1]) Hesse, 179.

[2]) Rebmann, Einige Worte über mich selbst; Die Geißel, I, 362.

[3]) Perthes, I, 247.

dem jeder finanziell oder moralisch bankerotte Franzose Aemter und Pfründen erjagen könne. Der einfache Bürger, der sich nicht mit Kokarden herausputze, der nicht an allen Dekadenfesten teilnehme, gelte als verdächtig, während jeder mit dreifarbiger Schärpe Geschmückte sich für einen Lykurg oder Solon halte und demgemäß sein Gebaren einrichten dürfe.[1]) Görres, der den Sturz der heimischen Despoten so begeistert gefeiert hatte, rügte mit bitteren Worten die Willkür des Direktoriums, das die vier rheinischen Departements wie türkische Paschaliks der Beute- und Raubgier seiner Janitscharen preisgebe.[2]) Ebenso gründlich wurde der Bonner Patriot Boosfeld bekehrt. „Liberté, egalité ou la mort," so schildert er das Schicksal seiner Vaterstadt, „an dieser Eingangsformel fehlt nichts, als daß ou in et abgeändert werde. Ach, das Land, so schön, so lieb, so paradiesisch geschaffen, und so tief unglücklich und elend durch den tausendköpfigen Regenten!"[3]) Wohl verstummte manche Klage in den Rheinlanden, als in Frankreich selbst nach dem 18. Brumaire geordnetere Verhältnisse wiederkehrten und insbesondere die treffliche Gesetzgebung der Napoleonischen Aera ihre Segnungen entfaltete, doch auch das Glück und der Ruhm des neuen Vaterlandes ließen in Aachen und Köln, Koblenz und Bonn — dies läßt sich nach allen schriftlichen und mündlichen Ueberlieferungen im allgemeinen wohl feststellen — die alte Heimat nicht vergessen. —

In ganz Europa hatte sich während des Sommers 1798 gefährlicher Brandstoff angehäuft. In Italien loderte zuerst die Flamme auf.

Der Hof von Neapel hatte die Zusage erhalten, daß Oesterreich auch für den Fall, daß Neapel sich gezwungen sehe, angriffsweise vorzugehen, hilfreiche Hand bieten werde. Thugut hielt jedoch den Augenblick zum Losschlagen noch nicht für gekommen; er wollte erst die Ankunft der Russen abwarten. Dagegen ließ sich in Neapel die Kampflust nicht mehr länger zügeln, namentlich seit Nelson mit seiner siegreichen Flotte und der „Nelson zu Lande", der zum Befehlshaber der neapolitanischen Truppen ausersehene kaiserliche General Mack, eingetroffen waren. Ueberdies wurden die französischen Forderungen immer noch gesteigert. In Rastatt wurde erzählt, der französische Gesandte habe sich bei Hofe die Aeußerung erlaubt, es genüge nicht, Freundschaft und Friedensliebe zu beteuern, ein wahrhafter Freund der Republik müsse sich auch einen Strick um den Hals legen lassen.[4]) Am schwersten litt unter dem schimpflichen Druck die heißblütige Königin Karoline, die nicht bloß den Verstand und die Entschlossenheit ihrer Mutter Maria Theresia besaß, sondern auch „den eigentümlich lothringischen Leichtsinn, der seit Maria Stuart so viele Frauen dieses Hauses so interessant und so unglücklich gemacht hat".[5]) Unablässig bestürmte sie ihren Neffen, den Kaiser, nicht länger an „Polonisationen" zu denken, sondern zum Schutz der aufs äußerste gefährdeten Legitimität den Degen zu ziehen. „Ich

---

[1]) Rebmann, Coup d'oeil sur les quatre départements de la rive gauche du Rhin.
[2]) Perthes, I, 270.
[3]) Hüffer, P. J. Boosfeld, 134.
[4]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Jacobis und Dohms vom 13. Okt. 1798.
[5]) Hüffer, Der Rastatter Kongreß und die zweite Koalition, II, 113.

kann Dich nicht dringlich genug bitten," schrieb sie an die Kaiserin, „Deinem Manne vorzustellen, daß er uns, wenn er nur einen Augenblick zögert, für immer und unwiederbringend zu Grunde richtet!" Thugut wollte aber von sofortigem Eintritt in die Aktion nichts wissen. „Aus wohlbekannten Gründen," schrieb er am 3. Oktober an Colloredo, „kann es für die Neapolitaner recht nützlich sein, die Wiederaufnahme des Krieges nicht länger hinauszuschieben, aber es ist mehr als fraglich, ob es im gegenwärtigen Augenblick den Interessen Seiner Kaiserlichen Majestät entspricht." [1]) Demgemäß erklärte er dem neapolitanischen Gesandten, Oesterreich werde eine voreilige Offensive nicht unterstützen. Trotzdem hielt sich die neapolitanische Regierung für stark genug, den Kampf mit den Franzosen und der römischen Republik aufzunehmen. In schnellen Märschen rückte Mack in den ehemaligen Kirchenstaat ein; am 29. November hielt König Ferdinand in Rom, von vielen Römern als Befreier begrüßt, in der ewigen Stadt festlichen Einzug. Doch der Jubel fand ein rasches Ende. Sobald die französischen Streitkräfte zusammengezogen waren, konnte sich Mack nicht mehr behaupten. Erneute Bitten fanden in Wien kein Gehör. „Die übereilte Schilderhebung des neapolitanischen Hofes hat der gemeinsamen Sache schweren Schaden gebracht," schrieb Thugut an den General Prinz Friedrich von Oranien, „es ist uns dadurch ein wesentlicher Teil der Mittel zu Verlust gegangen, die uns zur Verfügung gestanden hätten, wenn der günstige Augenblick zu einem allgemeinen und wohl überlegten Angriff abgewartet worden wäre." [2]) Oesterreich könne jetzt unmöglich eingreifen; ein Winterfeldzug, zumal in der Schweiz und in Italien sei mit so unsäglichen Schwierigkeiten verbunden, daß sich die kaiserlichen Armeen nicht darauf einlassen könnten, ohne die Erblande selbst den schwersten Gefahren auszusetzen. Die Versicherung, den Wiener Hof könne keine Schuld treffen, wird von Thugut so häufig wiederholt, daß sich unwillkürlich Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Ueberzeugung aufdrängen.

Als General Championnet nicht abgehalten werden konnte, in Neapel einzufallen, wurden Mack und seine deutschen Offiziere des Verrats bezichtigt; ein österreichischer Kurier wurde vom aufgeregten Pöbel ermordet. Im königlichen Schloß war die überschäumende Kriegslust rasch von Mutlosigkeit und Verzweiflung abgelöst worden; die stürmischen Bitten des Volkes vermochten den König nicht zum Bleiben zu bewegen; er flüchtete nach Sizilien. Mack, von den eigenen Soldaten verlassen, mußte, um sein Leben zu retten, ins französische Lager flüchten. Zwar leisteten die Lazzaroni in Neapel noch mehrere Tage wütenden Widerstand, doch am 23. Januar nahm Championnet die Stadt ein. Tags darauf wurde die „parthenopäische" Republik verkündigt. Auch Turin wurde von einem französischen Armeecorps angegriffen, und Viktor Amadeus mußte sein Königreich mit allen Truppen und festen Plätzen an die französische Republik abtreten.

So war in den beiden Königreichen im Süden und im Norden Italiens der Krieg längst entbrannt, und in ganz Europa war die Diplomatie eifrig an

---

[1]) Vertrauliche Briefe von Thugut, II, 124.

[2]) Ebenda, II, 137.

der Arbeit, um einen neuen Waffenbund gegen Frankreich aufzurichten, doch das Stillleben in Rastatt blieb von diesen Aufregungen unberührt. Noch immer gab es feierliche Auffahrten, feriöse Galatafeln im Schloß und zwanglose Spielabende im Café Saglio. Eine Straßburger Truppe gab gute Aufführungen französischer Dramen; die Exzellenzen im Parkett zollten den Tiraden des Monsieur Simon und der Madame Legrand begeisterten Beifall und lachten über die tölpischen Streiche des Komikers Lenoble, der die deutschen Kutscher und Pförtner zu spielen hatte.[1]) In den Sitzungen wurde an Erklärungen und Erläuterungen, Repliken und Dupliken massenhaftes schätzbares Material aufgespeichert, ohne daß die Entscheidungen dadurch gefördert worden wären. Welcher Wust von Tändelei die Gesandten beschäftigte, zeigen die schon 1798 veröffentlichten „Auszüge vertrauter Briefe aus Rastatt". Der preußische Archivar Lang glaubte die lächerliche Verschleppung aller Geschäfte hauptsächlich darauf zurückführen zu müssen, daß den österreichischen Diplomaten eine gewisse Schwerfälligkeit schon im Blute liege und überdies „bei einer großen Partie" die Absicht bestehe, die Geduld der Franzosen zu ermüden, den Kongreß zu sprengen und den Krieg wieder aufleben zu sehen.[2]) Die drei Vertreter des Kaisers waren in ihren Aeußerungen und Abstimmungen so selten einig, daß ihnen die Franzosen und Französlinge den Spitznamen „Närrische Dreifaltigkeit" beilegten.[3]) Auch im preußischen Gesandtschaftsquartier waren die Auffassungen nicht selten geteilt. Während Graf Goertz immer, so gut es gehen wollte, den reichsdeutschen Standpunkt mit dem preußischen zu vereinigen suchte, — „Alle der Reichsverfassung widerstrebenden Pläne sind ihm widerwärtig, die Aussöhnung mit Wien ist sein höchstes Ziel!"[4]) — wollte Dohm „spezifisch preußische" Politik treiben, war also einem Zusammengehen mit Frankreich nicht abgeneigt. Dagegen galt Baron Jacobi den Franzosen als „Agent der englischen Faktion und der Pfaffenpartei", und es ging das Gerücht, daß in Jacobis Gemächern „höchst auffallende Zusammenkünfte" veranstaltet würden. Von den französischen Gesandten genoß Roberjot das meiste Ansehen, weil man ihn für besonders eingeweiht in die geheimen Pläne seiner Regierung hielt und weil er „frisiert" war, „welches ihm dahier vieles Vertrauen macht". „Inzwischen kommt doch zu bedenken," berichtete Lang, „daß der turbulente Jean Debry ein Anhänger und Vertrauter des Treilhard ist, und daß des Roberjot süße Versprechungen noch niemals wahr geworden, des Debry starke Erklärungen aber von seinem Gouvernement bekräftigt wurden. Vielleicht liegt auch diese Geschmeidigkeit des Roberjot im französischen System, so wie man im Leben des Konstanzer (Räuberhauptmanns) Hansen findet, daß bei den Schwarzwälder Räuberbanden immer einer die Rolle des Tröstens spielte, während die anderen die rauhen Worte brauchten."[5]) Bei den deutschen Gesandten glaubt Lang einen gemeinsamen

---

[1]) Lang, Memoiren, I, 340.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Hardenbergs Nachlaß, Bericht des geh. Archivars Lang und des geh. Sekretärs Beyer aus Rastatt vom 1. März 1798.

[3]) Ebenda. Bericht Langs vom 1. Febr. 1798.

[4]) Ebenda. Berichte vom 22. Febr., 25. Okt. und 8. Nov. 1798.

[5]) Ebenda. Bericht vom 17. Okt. 1798.

Charakterzug in ihrer „Schwäche" zu finden, die bei den einen aus Furcht herrührt, bei anderen sich als Großmut drapiert, „ein Wort, das in der Politik doch gar nichts sagen will".[1] Im Juli standen die Verhandlungen, „wie es der Reichsstil so mit sich bringt", noch fast auf dem nämlichen Standpunkt, wie im Frühjahr. Es war ja jedermann bekannt, daß auf den Wortschwall in Rastatt nichts ankomme; die Entscheidung war abhängig vom Willen der Großmächte. Es war kaum noch zweifelhaft, daß das Berliner Kabinett aus der bisher geübten Zurückhaltung nicht heraustreten wolle.

Der Wiener Hof unterhandelte zwar eifrig mit allen Gegnern der Republik, doch auch der bisher so kriegslustige Thugut trug im Hinblick auf die Zerrüttung der Finanzen und die mangelhaften Rüstungen Bedenken, es zum förmlichen Bruch kommen zu lassen. Wenn das Direktorium dem Wiener Hofe die gewünschten Erwerbungen in Italien und Baiern zugestanden und die Säkularisation auf ein „wohlanständiges" Maß beschränkt hätte, wäre der Degen des Kaisers wohl in der Scheide geblieben. Doch die französische Regierung selbst ließ jede Mäßigung vermissen; fast jede Woche brachte neue Forderungen, und seit in Rastatt an Stelle des ins Direktorium berufenen Treilhard Jean Debry, ein leidenschaftlicher Anwalt der radikalsten revolutionären Propaganda, getreten war, wurde auch das Auftreten der Gesandtschaft immer rücksichtsloser und ungestümer. Bei den Reichsständen überwog im allgemeinen die Auffassung, daß die Rettung des Ganzen ohne Aufopferung einzelner Glieder nicht mehr möglich sein werde. Wie von verständigen Politikern die Lage aufgefaßt wurde, zeigt die Antwort, die Wieland im „Gespräch unter vier Augen" dem Heribert in den Mund legte: „Auch *wenn* die beiden mächtigsten Reichsfürsten sich entschließen könnten, an einem dem ersten Ansehen nach sehr patriotischen Kriege den thätigsten Anteil zu nehmen, so ist doch höchst wahrscheinlich, um nicht *gewiß* zu sagen, daß Deutschlands gänzlicher Untergang die Folge eines solchen Unternehmens sein würde, es wäre denn, daß Sie ein Mittel wüßten, etliche 100000 Mann und einige 1000 Kanonen mit allem Zubehör auf Feenwagen und Luftschiffen in möglichster Geschwindigkeit an den Rhein zu transportieren und, was ich nicht zu vergessen bitte, daß Sie noch überdies ein Arkanum hätten, dieses ungeheure Kriegsheer wenigstens ein paar Monate lang von bloßer Luft leben zu lassen. *Deutschland kann und will keinen Krieg mehr aushalten.*" Die Bitten der Friedensdeputation, das Direktorium möge doch seinen selbstsüchtigen Anschlägen auf deutsches Gebiet entsagen, erinnerten Wieland an die Mutter, die ein Krokodil durch Bitten und Thränen zu bewegen suchte, ihr schon im Rachen des Tieres steckendes Kind wieder herauszugeben.[2])

Am 3. Oktober überreichten die französischen Gesandten eine Note, worin alle Forderungen der Republik zusammengefaßt waren. Auch schon die Möglichkeit einer weiteren Nachgiebigkeit war barsch abgelehnt. „Es liegt offen zu Tage," schrieb Lehrbach an den Kaiser, „daß es den Franzosen keineswegs Ernst ist mit

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht vom 1. Juli 1798.

[2]) Wieland, Gespräch unter vier Augen (1798); Sämtliche Werke, 31. Bd., 95, 102.

dem Friedensschluß, sondern daß sie, aus der Verwirrung, Mattigkeit und Furcht der Deputation Nutzen ziehend, ihre Forderungen immer höher steigern." Während das Jahr zuvor Bonaparte mit seinem ganzen Stab in Udine dem Tedeum am Namenstag des Kaisers beigewohnt hatte, ließen Roberjot und Debry die Einladung Metternichs einfach unbeachtet. Als die Königin-Witwe von Preußen die Kongreßstadt besuchte, ließen sich die französischen Gesandten nicht vorstellen; als die Königin im Schauspielhaus erschien, blieben sie in ihrer Loge sitzen, so daß die preußischen Diplomaten dem Aerger und der Entrüstung lauten Ausdruck gaben und am nächsten Tage den kaiserlichen Gesandten eifrigen Beistand leisteten.[1]) Auch die reichsständischen Vertreter ermannten sich zu einer Verwahrung gegen verschiedene Forderungen der Franzosen und zur Forderung schleunigen Abzugs der französischen Truppen vor Ehrenbreitstein. Doch die Festigkeit hatte nicht langen Bestand. Einerseits die Furcht vor neuem Krieg, andrerseits die Begier nach lohnender Beute bei Verteilung der geistlichen Gebiete ließen die patriotische Aufwallung bald wieder verschwinden. Am 6. Dezember wurde das französische Ultimatum erneuert. „Jede weitere Beratung ist überflüssig; von beiden Seiten ist alles erschöpfend behandelt; seit der Widerstand des Reiches zum System erhoben worden ist, wäre jede weitere Nachgiebigkeit von unserer Seite ein Verbrechen." Falls die Reichsdeputation in den nächsten sechs Tagen keine befriedigende Antwort geben wird, soll die Vollmacht der französischen Gesandtschaft als erloschen zu betrachten sein.[2])

Als die Gesandten der Republik gleichzeitig Anstalten zur Abreise trafen und überdies die Nachricht von bedrohlichen Bewegungen der Franzosen auf dem rechten Rheinufer eintraf, wuchs die Aufregung in Rastatt. Die Gesandten der zunächst betroffenen Staaten, Württemberg, Hessen-Darmstadt u. a., richteten an die Reichsdeputation eine flehentliche Bitte, es möge durch Beschleunigung des Friedensschlusses den deutschen Landen endlich die dringend notwendige Sicherheit und Ruhe wiedergegeben werden. Am 9. Dezember, dem Jahrestag der Eröffnung des Kongresses, kam das französische Ultimatum zur Beratung. Kursachsen und Bremen beantragten, es möge „mit Mäßigung, aber auch mit Würde" erklärt werden, daß die Deputation „nicht ein mehreres, als schon geschehen, zugestehen könne."[3]) Oesterreich hielt nur eine „Vorantwort" für zulässig, da schon die Ansetzung eines so kurzen Termins dem Ansehen des Reiches widerspreche. Die übrigen Mitglieder der Deputation stimmten aber für Annahme der französischen Forderungen, teilweise mit der Begründung, man müsse um der Sicherung des Vaterlandes willen auch schweren Bedingungen sich fügen. Die von den Franzosen geforderte Auslieferung der Emigranten an die französische Regierung verursachte einiges Bedenken. Der Vertreter Kursachsens meinte, es sei doch schwerlich mit den Grundsätzen der Moral vereinbar, Leute auszuliefern, denen nichts anderes zur Last falle, als treues Festhalten am Landesherrn. Darüber lasse sich streiten, erwiderte der bairische Gesandte; jedenfalls handle

[1]) Hüffer, Der Rastatter Kongreß, 198, 208.
[2]) (Haller), Geheime Geschichten der Rastatter Friedensverhandlungen, I, 529.
[3]) Ebenda, III, 511.

es sich im gegenwärtigen Augenblick nicht um Rettung von Grundsätzen, sondern von Menschen; es gelte, neuen verheerenden Krieg von den deutschen Landen abzuwehren.[1])

Nach Schluß der Sitzung verfügten sich die Vertreter der Mehrheit in die Behausung Bonniers, wo das glückliche Ergebnis der Abstimmung bei festlichem Mahle gefeiert wurde. Die im Sinne der Mehrheit abgefaßte Note gab der Erwartung Ausdruck, daß nunmehr endlich das Schicksal der besetzten Gebiete auf dem rechten Rheinufer nach Möglichkeit Erleichterung finden werde, doch die Antwort der Franzosen begnügte sich, nach einigen Worten der Anerkennung für den „vollständigen und formgerechten" Beitritt der Deputation zur französischen Auffassung die Hoffnung auf rasche Durchführung der nötigen Säkularisationen auszusprechen.

Dazu war aber die Möglichkeit nicht geboten, solange der Zwiespalt zwischen den Höfen von Wien und Berlin fortdauerte. Thugut, durch eine Aeußerung des Grafen Haugwitz ermutigt, hatte eine Zeitlang die Erwartung gehegt, daß Preußen sich mit einer Geldentschädigung an Stelle territorialer Erwerbungen begnügen werde. Als dies aber ernstlich beantragt wurde, wich das preußische Kabinett zurück. „Solange der Geist der Intrigue und Kabale thatsächlich den Wiener Hof beherrscht," schrieb das Berliner Ministerium an den preußischen Gesandten in Wien, sei ein Zusammengehen mit Oesterreich unmöglich.[2]) Preußen wollte sich eine vorteilhafte Abrundung durch säkularisierte Gebiete nicht entgehen, wollte auch die Interessen des Herzogs von Zweibrücken und anderer Klienten nicht beeinträchtigen lassen. Als König Friedrich Wilhelm III. den preußischen Provinzen in Franken einen Besuch abstattete, machte ihm der kaiserliche Gesandte beim fränkischen Kreis, Graf Schlick, in Ansbach seine Aufwartung in der Absicht, zu erforschen, ob nicht doch noch eine intimere Verbindung der beiden Höfe anzubahnen wäre. Er wurde zwar höflich empfangen, fand aber den König „in so nachdenkender und stiller Stimmung", daß er sich weder zu Anregung der Nürnberger Angelegenheit, noch zu Besprechung der deutschen Frage ermutigt fühlte.[3]) Wieder klaffte der Gegensatz zwischen den deutschen Vormächten. Die Franzosen in Rastatt wußten von den geheimen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen, sahen aber keine Gefahr darin, denn: „Man braucht nur zu wissen, wie spinnefeind sich die beiden sind!"[4])

Thugut wies die kaiserlichen Gesandten an, eine Beratung der Entschädigungsfrage nicht zuzulassen, ehe die französischen Truppen das rechte Rheinufer geräumt hätten. Dieser Vorbehalt konnte zum Bruch mit Frankreich führen, doch bei der Art, wie solche Fragen vom Kongreß behandelt wurden, verflossen immerhin noch einige Monate; bis zum Frühjahr, so hoffte Thugut, würden die

---

[1]) Haller, III, 511.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Ministerialkorrespondenzen mit Keller in Wien, 1799. Erlaß des Ministeriums vom 23. Januar 1799.

[3]) K. u. K. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv. Fasz. 180. Berichte des Grafen Schlick aus dem Reich 1799. Bericht vom 24. Juni 1799.

[4]) Koechlin, La politique française au congrès de Rastatt; Annales de l'école libre des sciences politiques, III (1888), 417.

Rüstungen so weit durchgeführt sein, daß man den Krieg aufnehmen könnte.[1]) Vertrauensvoll vermochte Thugut nicht in die Zukunft zu blicken. „Nicht erst heute," schrieb er am 8. März an Colloredo, „sondern schon seit länger haben wir ein bitteres Vorgefühl von den Folgen, welche die Wiederaufnahme des Krieges nach sich ziehen kann; das wenig aufrichtige Einvernehmen unter den Verbündeten ist ohne Zweifel ein großes Unglück, aber wie könnte man sich darüber wundern, daß unabhängige Mächte nicht einträchtig zusammengehen, wenn man sieht, wie es bei uns selbst, in einem monarchischen Staate, bisher nicht möglich war, einen geordneten und geregelten Fortgang der Geschäfte herzustellen und einen einheitlichen Mittelpunkt festzuhalten! Aber — der Wein ist nun einmal abgezogen, er muß getrunken werden!"[2]) Der Zusammensturz des Gebäudes, dessen Aufrichtung die Staatsmänner und Staatskünstler in Rastatt schon so lange Zeit beschäftigt hatte, war nur noch eine Frage der Zeit.

Als der kaiserliche Gesandte am Vorabend des Neujahrstages nach Aschaffenburg kam, traf er den achtzigjährigen Kurfürsten von Mainz in trauriger Stimmung. „Das neue Jahr," klagte Friedrich Karl, „wird neuen Krieg bringen, und damit finsteres Verhängnis." Der Gesandte räumte die ernstliche Gefährdung des Friedens ohne weiteres ein. „Der Kaiser wird den Krieg gewiß nicht leichtsinnig vom Zaune brechen, aber man kann doch nicht zugeben, daß ganz Europa republikanisiert wird! Die Vorgänge in Rom, Turin und der Schweiz dürfen doch nicht unbeachtet bleiben! Wenn es aber zum Kriege kommt, dürfen die schwächeren Reichsfürsten nicht neutral bleiben, wenn sie nicht Preußen zuliebe Selbstmord begehen wollen." „Wir stehen in Gottes Hand!" erwiderte Friedrich Karl ausweichend.[3])

Eine Note der französischen Gesandtschaft vom 2. Januar 1799 schien die Entscheidung schon in unmittelbare Nähe zu rücken. Wenn die Regensburger Tagsatzung, so war erklärt, nicht sofort den Einmarsch russischer Truppen auf deutsches Gebiet verhindere, werde das Direktorium darin eine Verletzung der Neutralität erblicken und demgemäß die Friedensverhandlungen abbrechen.[4]) Die Franzosen wußten ja, daß die Hartschiergarde des Regensburger Reichstages unmöglich 60 000 Russen den Weg sperren könne, doch sie wußten auch, daß die Reichsvertretung aus Furcht vor dem Kriege zu weitreichenden Zugeständnissen bereit sein werde. Zwar fand der Antrag Badens, den Kaiser um eine Entschließung zu bitten, die „den so nahen Anschein des sehnlich erwarteten Friedens nicht wieder entfernen möge", nicht die Zustimmung der Mehrheit, aber ebensowenig ließ sie sich von den kaiserlichen Gesandten zu einem entschiedenen Auftreten drängen. Als der Kommandant von Ehrenbreitstein, durch Proviantmangel genötigt, die Festung übergab, zeigten dies die französischen Gesandten in Rastatt einfach an, mit dem

[1]) Vivenot, 114.

[2]) Vertrauliche Briefe Thuguts, II, 150.

[3]) K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien. Schlick an den Reichsvizekanzler Fürsten von Colloredo-Mannsfeld vom 1. Jan. 1799.

[4]) Haller, I, 565.

Bemerken, der Platz müsse um der Sicherheit der französischen Truppen willen wenigstens bis zum Friedensschluß in französischem Besitz bleiben. Die Reichsdeputation wagte keinen Widerspruch, doch die Franzosen wollten sich mit unterwürfigem Schweigen nicht begnügen, sie verlangten offenen Widerstand gegen die kriegslustigen Kaiserhöfe. Eine Note vom 31. Januar verkündete der Reichsdeputation, Frankreich werde sich überhaupt nicht mehr auf Unterhandlungen einlassen, ehe nicht die Forderung vom 2. Januar in befriedigender Weise erfüllt wäre. Gleichzeitig wurde den Vertretern des Kaisers erklärt, die Republik werde einen Akt der Feindseligkeit darin erblicken, wenn nicht innerhalb vierzehn Tagen zur Abwehr der russischen Truppen Anstalten getroffen würden.

Mit ängstlicher Spannung wurde die Antwort des Kaisers erwartet. Als die festgesetzte Frist abgelaufen war, um die Mitternachtsstunde des 14. Februar, ließ Bonnier bei Lehrbach anfragen, ob er Nachricht aus Wien erhalten habe. Die Antwort beschränkte sich auf das Wort: Nein! Darauf verließ der Adjutant Jourdans, der in Rastatt seit mehreren Tagen gewartet hatte, die Stadt. Der Krieg konnte als eröffnet gelten.

Am letzten Januar war auch ein russisches Ultimatum nach Wien abgegangen: Der Zauderpolitik des Wiener Hofes, dem nutzlosen Friedenskongreß muß ein Ende gemacht, dem Feinde aller europäischen Staaten, der Republik, muß offen der Krieg erklärt werden. Thugut konnte darauf erwidern, der Vormarsch der kaiserlichen Truppen habe bereits begonnen.

Die Beteuerung des Ministers beruhte auf Wahrheit; die kaiserlichen Truppen hatten die westliche Landesgrenze überschritten, doch konnte es fraglich erscheinen, ob sie gegen Frankreich oder gegen Baiern Verwendung finden sollten.

Die kurbairische Regierung hatte, seit ihr nach der Uebergabe von Mannheim im Jahre 1795 so peinliche Erfahrungen beschieden gewesen waren, ihre Politik im allgemeinen den Wünschen des Wiener Hofes angepaßt,[1]) doch traten nicht selten Schwankungen zu Tage. „Unentschlossenheit ist das eigentliche Gepräge der hiesigen Lage!" versicherte der kaiserliche Gesandte in München, Graf Seilern, im Januar 1799.[2]) Während die Haltung des bairischen Vertreters in Rastatt eher auf Hinneigung zu Frankreich schließen ließ, verpflichtete sich Kurfürst Karl Theodor durch einen Vertrag vom 12. November 1798, für den Fall eines Wiederausbruches des Krieges 15000 Mann mit den kaiserlichen Truppen zu vereinigen.[3]) In der kleinstaatlichen Residenz traten die nationalen und ethischen Gegensätze der Gegenwart besonders drastisch zu Tage. Der französische Geschäftsträger D'Alquier war von den übrigen Diplomaten, mit Ausnahme des Preußen Harnier, gewissermaßen in Verruf erklärt; dagegen ließen sich die höchsten bairischen Beamten sein gönnerhaftes Auftreten gefallen, und das Volk erblickte in ihm den großmütigen Anwalt der Unabhängigkeit des Baierlandes. Die Münchener Polizei unterhielt im Hause D'Alquiers einen Spion; der nämliche Mann stand aber auch im Sold des kaiserlichen Gesandten. Der englische Gesandte Paget hielt durch seine Erfindungsgabe den Hof und

[1]) R. Graf du Moulin-Eckart, Baiern unter dem Ministerium Montgelas, I, 44 ꝛc.

[2]) K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Bericht an Seilern vom 11. Jan. 1799.

[3]) Ebenda. Reichskanzlei: Kriegssachen. Reichskrieg gegen Frankreich. Fasz. 20.

die Stadt beständig in Atem. Bald sollten die Türken den General Bonaparte gefangen genommen haben, bald sollte — wie Sir Paget an offener Hoftafel in Anwesenheit des preußischen Gesandten verkündete — ein Waffenbund zwischen Frankreich und Preußen abgeschlossen sein, bald sollte ein Ueberfall des Erzherzogs Karl die bairische Hauptstadt bedrohen. Trotz aller beruhigenden amtlichen und halbamtlichen Versicherungen hatte sich im Lande die Besorgnis erhalten, daß der Wiener Hof es auf Erwerbung bairischer Landesteile abgesehen habe. Der mutmaßliche Nachfolger des Kurfürsten, Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken, entschuldigte vor dem Berliner Hofe seine Unterhandlungen in Paris mit der Notwendigkeit, den Umtrieben Thuguts mit gleichen Waffen zu begegnen und auch das Direktorium zur Stellungnahme gegen eine Auslieferung Baierns an Oesterreich zu bewegen.[1]) In den Berichten des Grafen Seilern, auch in den Korrespondenzen des Erzherzogs Karl und des Grafen Schlick finden sich für diesen Verdacht keine bestimmten Anhaltspunkte.[2]) Immerhin ist, wenn frühere und spätere Versuche Thuguts in Erwägung gezogen werden, die Annahme berechtigt, daß der leitende Minister Oesterreichs seine Absichten nicht aufgegeben, sondern nur mit Rücksicht auf den Widerstand Preußens und Rußlands vertagt hatte. Günstige Aussicht schien sich dafür darzubieten, als der Kurfürst das Unglück hatte, sich die Ungnade des Zaren zuzuziehen.[3]) In einem Protest der bairischen Zunge des Malteserordens gegen die Absetzung des letzten Großmeisters auf Malta, Baron Hompesch, eines geborenen Baiern, erblickte Zar Paul, dem der Orden inzwischen die Großmeisterstelle übertragen hatte, eine persönliche Beleidigung. Der bairische Gesandte in Rußland, Baron Reichlin-Meldegg, wurde aus Petersburg ausgewiesen, doch wurde der Befehl wieder zurückgenommen. Da kam die Nachricht, daß die Aufhebung der bairischen Zunge des Malteserordens sowie die Beschlagnahme der Ordensgüter verfügt worden sei! Nun brach der Unwille des Zaren los. Der Bruch mit Baiern vollzog sich in schroffster Form. Baron Reichlin erhielt die Weisung, bis zum nächsten Tage die Hauptstadt zu verlassen; wie ein Verbrecher wurde er, von Kosaken eskortiert, in einer Kibitke über die Grenze gebracht.[4]) Der russische Gesandte in München, v. Tunkel, wurde abberufen; vor seiner Abreise erklärte er bei Hofe, die unverantwortliche Beleidigung des Zaren werde „unabsehliche Folgen" nach sich ziehen. Wirklich wurde den rheinwärts ziehenden

[1]) Heigel, Der Uebergang des Kurfürstentums Pfalz-Baiern an das Haus Pfalz-Zweibrücken; Neue geschichtliche Essays, 65.

[2]) K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Fasz. 180. Berichte des Grafen Schlick aus dem Reich. — Reichs-Hofkanzlei, Reichskrieg gegen Frankreich. Fasz. 50. — Berichte des kaiserl. Gesandten Grafen Seilern aus München an Thugut, 1799.

[3]) In Montgelas' Denkwürdigkeiten (im Auszug aus dem französischen Original übersetzt von M. Freih. v. Freyberg und herausgegeben von L. Graf v. Montgelas, S. 37) wird die Sache so dargestellt, als ob der Bruch mit Rußland erst nach dem Regierungsantritt Max Josephs infolge der Aufhebung der Malteserordenszunge in Baiern erfolgt sei. Aus den Depeschen Seilerns läßt sich aber ersehen, daß die Anordnungen des Zaren schon im Januar getroffen wurden (Berichte Seilerns vom 19., 22., 25. Jan. 1799).

[4]) Kleinschmidt, Der Vertrag von Gatschina; Forschungen zur Geschichte Baierns, 6. Band, 210.

russischen Truppen Befehl gegeben, Baiern als Feindesland zu behandeln. Diese Wendung ermutigte Thugut zur Hoffnung, Rußland werde nun auch keinen weiteren Widerstand gegen Erwerbungen Oesterreichs in Baiern erheben. Demgemäß lauteten die Weisungen an Cobenzl weit entschlossener und entschiedener, als bisher. Oesterreich werde, sobald es die Jahreszeit gestatte, den Feldzug gegen Frankreich eröffnen; bis dahin soll der Beschluß geheim gehalten werden, damit nicht eine vorzeitige Enthüllung des Kriegsplanes dem preußischen Kabinett zu gute komme. Preußens Absicht gehe ja zweifellos dahin, eine Neutralitätserklärung des Reiches zu erwirken, dadurch das Reich an Frankreich auszuliefern und sich selbst eine gewinnreiche Entschädigung zu sichern. Mit dem Einrücken kaiserlicher Truppen in Baiern wurde aber nicht erst bis zum Frühjahr gewartet; das Nachbarland wurde förmlich besetzt und, wie die aus Stadt und Land in München einlaufenden Beschwerden beweisen, förmlich als erobertes Gebiet behandelt. „Die österreichischen Truppen", schrieb Herzog Max Joseph an den König von Preußen, „schalten und walten in Baiern wie in einer Provinz ihres Staates; die Unterthanen sind völlig ausgesogen durch Brandschatzungen, Lieferungen und Frondienste aller Art, entmutigt, beunruhigt, voll Abneigung gegen ihre Regierung, gegen die man sie unablässig gehetzt hat und die sich nicht mehr lange wird behaupten können." Im Falle des Ablebens des Kurfürsten sei es durchaus ins Belieben der kaiserlichen Befehlshaber gestellt, ob sie den gesetzlichen Nachfolger zur Regierung gelangen lassen wollten oder nicht. Am 2. Februar 1799 gab der bei Max Joseph auf dem pfälzischen Landgut Rohrbach weilende preußische General Heymann „nach den neuesten Nachrichten aus München" die Zahl der in Baiern lagernden, „in Bezug auf Zuchtlosigkeit an Wallensteins Scharen erinnernden" Oesterreicher auf 55 Bataillone Fußvolk und 81 Eskadronen Reiterei, im ganzen also 80000 Mann, an.[1])

Kaum hatte die Münchener das Gerücht in Aufregung versetzt: der Kurfürst flüchtet nach Wien, und Baiern kommt unter österreichische Verwaltung! da verbreitete sich die neue Kunde: Karl Theodor ist vom Schlage gerührt! Während er mit Graf Waldkirch und General Hertling am Spieltisch saß, brach er plötzlich ohnmächtig zusammen. Man gab sich alle Mühe, den Ernst der Lage zu verheimlichen, um dem Thronfolger Zeit zu schaffen, noch vor dem Einrücken der Oesterreicher in München einzutreffen. Alquier, Harnier und der Resident des Herzogs von Zweibrücken, Kaeser, trafen alle möglichen Anordnungen, um einer Ueberrumpelung durch die Oesterreicher vorzubeugen. Freilich hatte der kaiserliche Gesandte ganz recht, wenn er dem Herzog Wilhelm von Birkenfeld andeutete, „wie sehr diese Mesures in das Lächerliche übergehen würden, wenn höhere Absichten auf seiten des Kaisers vorhanden wären." „Die zweibrückische Partei und besonders Herr von Kaeser sprengen aus, die Oesterreicher wollten gern die Stadt einnehmen, fürchteten sich aber vor der Unterstützung, welche der Herzog sich zu verschaffen gewußt habe. Diese boshaften und

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Baiern. Konv. 49. Akten, betreffend die Notifikations- und Gratulationsschreiben von dem am 16. Febr. 1799 erfolgten Absterben des Kurfürsten von Pfalzbaiern, Karl Theodor.

so ärgerlich ausgestreuten Verleumdungen würden sich von selbst auflösen, wenn die Baiern betrachten wollten, daß die Allerhöchsten Truppen schon wirklich die Oberhand haben. . . . Diejenigen, welche sich bei dem Herzog auszeichnen wollen, glauben, sie müssen uns chikanieren; die Bescheideneren stehen ganz still und harren mit banger Ungeduld auf die Schritte des Herzogs und auf den Ausgang der Krankheit. Ich wirke nur in den nötigsten Fällen, beobachte genauest, was vorgeht, und muß die größte Klugheit verwenden, um in dieser so lange andauernden Krisis nirgends anzustoßen." [1]) Vier Tage lang lag Karl Theodor bewußtlos darnieder; am 16. Februar verschied er. Herzog Wilhelm ließ unverzüglich alle Hofbeamten, Minister und Generale dem Thronfolger den Huldigungseid leisten. Auch Graf Seilern wurde irrtümlicherweise in die Residenz berufen; dort mußte ihm der Minister Graf Vieregg verlegen eröffnen, der Bote hätte nicht eine Einladung, sondern nur die Todesanzeige überbringen sollen. Gleichzeitig wurde, wie Seilern meint, „mit unanständiger Eile" der Regierungsantritt Max Josephs durch einen Herold in den Straßen ausgerufen und vom Volk „mit unschicklicher Freude" begrüßt. Es wurde ein Gedicht verbreitet, das die „Bojer-Nation" zum Kampfe gegen die österreichischen Umtriebe anfeuerte:

„Auf, auf! wem's Herz im Leibe schlägt,
Wer Feuerrohr und Säbel trägt,
Für unser Löwenhaus!
Der schwarze Adler streckte schon
Mit Schadenfreude und mit Hohn
Nach uns die Klauen aus . . ." [2])

Thatsächlich wurde weder von Graf Seilern, noch von den österreichischen Truppen in Baiern der Besitzergreifung des Landes durch den rechtmäßigen Thronerben irgend ein Hindernis in den Weg gelegt. Diese Enthaltsamkeit wurde aber von den Gegnern Oesterreichs nur der Rücksicht auf die „Patronage" Preußens zugeschrieben. „Die ernsten Vorstellungen Eurer Majestät," schrieb der neue Kurfürst selbst an den König von Preußen, „haben in Wien den gewünschten Eindruck hervorgerufen; auch das zielbewußte, rasche und sichere Ineinandergreifen der von uns getroffenen Maßnahmen hat überrascht und von ungesetzlichen Schritten zurückgehalten." Das preußische Ministerium ließ der kaiserlichen Regierung für die beruhigende Versicherung, daß sie dem Kurfürsten von Pfalz-Baiern keinerlei Schwierigkeiten erregen wolle, verbindlichen Dank aussprechen. „Die große Uneigennützigkeit," wird dazu im Erlaß an Keller bemerkt, „findet im Augenblick so wichtiger Entscheidungen ihre natürliche Erklärung von selbst." [3]) Uebrigens suchte Max Joseph auch mit dem Wiener Hofe ein freundliches Verhältnis anzubahnen. Auf der Durchreise nach München hatte er mit dem kaiserlichen Feldmarschallleutenant Graf Kollowrat eine Unterredung, wobei er, wie Seilern

[1]) K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Bericht Seilerns vom 16. Febr. 1799.

[2]) Beilage zum Berichte Harniers vom 27. Februar 1799. (Preuß. Staatsarchiv. Depêches du et au Sr. Harnier et le général-major de Heymann.)

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Das preuß. Ministerium an Graf Keller, 4. März 1799.

dazu bemerkt, „mit seiner gewöhnlichen Unüberlegtheit" die Versicherung gab, der kaiserliche Hof habe ihn zwar, solange er Herzog von Zweibrücken war, hart genug mitgenommen, doch der Kurfürst wolle es vergessen und mit Seiner Majestät in guter Nachbarschaft leben. Am 21. Februar wurde Baron Montgelas zum Leiter der auswärtigen Politik ernannt. Mit der Berufung dieses Mannes waren alle Zweifel über den neuen Kurs benommen; sie bedeutete den Beginn einer langen Reihe von Reformen, die das rückständige Land mit seinen allzu selbstgenügsamen Bewohnern in einen modernen Staat umwandelten. Die undeutsche Gesinnung des Ministers — wenn deutscher Patriotismus für jene Zeit gefordert werden kann! — wird man verurteilen, auch den josephinischen Uebereifer beklagen, doch an den Verdiensten um geschickte Leitung nach außen und weitsichtige Verwaltung im Innern ist nicht zu mäkeln. Der kaiserliche Gesandte in München freilich blickte scheel auf die Neuerungen, die ihm als „Illuminatenwerk" erschienen. „Diese Sekte, welche nichts anderes als der Jacobinismus in Frankreich ist," habe den Kurfürsten völlig umgarnt und suche alles in Verwirrung zu bringen, um eine Revolution und dadurch den Anschluß an Frankreich durchzusetzen. „Ich habe mit dem päpstlichen Nuntius beraten, wie diesem Unwesen zu steuern ist." [1])

Die auswärtige Politik Montgelas konnte für ein unentwickeltes, entkräftetes Land, das noch immer für seine Existenz zu fürchten hatte, natürlich nur die Sicherung des Bestandes anstreben. Da sich voraussehen ließ, daß bei Ausbruch der Feindseligkeiten wieder Oberdeutschland den Schauplatz des Krieges abgeben werde, war Montgelas eifrig bestrebt, die Neutralisierung seines Staates durchzusetzen. Zu diesem Zweck faßte er ein noch größeres Unternehmen ins Auge. Preußen und die übrigen größeren deutschen Staaten mit Ausschluß Oesterreichs sollten zu einer Union zusammentreten, welche an bewaffneter Neutralität festhalten und keine Besetzung rechtsrheinischen Gebiets durch Franzosen oder Oesterreicher dulden sollte.[2]) Ebenso der bairische Gesandte Posch, wie der Vertrauensmann des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, Graf Pappenheim, suchten in Berlin für diesen Plan Propaganda zu machen. Man hätte meinen sollen, daß gerade hier das Wiederaufleben der Idee, die Masse der kleineren deutschen Fürsten unter Preußens Führung zu einer lebendigen Macht zu gestalten, dankbar begrüßt würde, doch die Befürchtung, durch solche Politik zugleich mit Frankreich und Oesterreich in Krieg verwickelt zu werden, erschreckte den König. Der gefährdete Kurstaat, ließ er dem bairischen Minister erwidern, könne nichts besseres thun, als seinen Verpflichtungen gegen Oesterreich getreulich nachzukommen.

Im Juni 1799 unternahm Friedrich Wilhelm, wie schon erwähnt wurde, eine Reise in die westlichen und südlichen Provinzen. Bei Zusammenkünften mit dem Herzog von Braunschweig in Petershagen bei Minden und mit dem Kurfürsten von Baiern in Ansbach wurde er nochmals bestürmt, seine ängstliche

---

[1]) K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Bericht Seilerns vom 20. Aug. 1799.

[2]) Santelmann, Die Beziehungen zwischen Preußen und Baiern von 1799 bis zum Frieden von Luneville (Manuskript).

Neutralitätspolitik aufzugeben und mit bestimmtem Programm gegen Frankreich und Oesterreich Front zu machen. Haugwitz gab, wie es schien, hocherfreut seine Zustimmung zu erkennen. „Jawohl, es ist an der Zeit, endlich einmal deutsche Politik zu treiben," sagte er zu Montgelas, „ich will fortan ganz zu vergessen suchen, daß ich preußischer Minister bin." [1])

Auch die öffentliche Meinung in Deutschland, soweit von einer solchen zu sprechen, würde eine entschiedene Verteidigung der deutschen Interessen dankbar begrüßt haben. „Jetzt oder nie," schrieb Wieland, „ist der Augenblick gekommen, einmal wirklich deutsche Politik zu treiben, — doch ich vergaß, daß wir das nicht können, nicht dürfen . . ., daß wir nicht eine Nation sind, sondern nur ein Aggregat von mehr als 200 größeren, kleineren, noch kleineren und unendlich kleinen Völkern und Völkchen." [2]) Recht eigentlich an Friedrich Wilhelm richtet sich eine Flugschrift, welche die Frage aufwirft: „Wohin dürfte wohl das neue Staats-, Klugheits- und Isolierungssystem der neutralen Mächte über kurz oder lang führen?" „Die Neutralen," so wird die Frage beantwortet, „besorgen, indem sie über Verhandeln und Beraten nicht hinauskommen, nur das Geschäft der Revolutionsmänner in Paris. ‚Dum Roma deliberat, perit Saguntum.' Vielleicht ist Bonaparte, der Glückliche, den Sieyes soeben auf den Thron gesetzt hat — ob er Oberkonsul oder Imperator oder Großkophta heißt, ist gleichgültig, — bereitwilliger, den Schutz der Schwachen zu übernehmen." [3])

Es gelang Haugwitz nicht, den König zu seiner Auffassung der Lage zu bekehren. Friedrich Wilhelm hielt fest am Programm der Herren vom Kabinett, Generaladjutant v. Köckeritz und Kabinettsrat v. Lombard: „Frankreich darf unter keinen Umständen gereizt werden, Preußen hat kein anderes Ziel anzustreben, als die Erhaltung des Friedens!" Auch Haugwitz befreundete sich bald wieder mit der bequemen Politik: unter dem Schutz der Demarkationslinie die Dinge im Reiche einfach gehen zu lassen! Nicht zur Rechtfertigung, wohl aber zur Erklärung der späteren rheinbündlerischen Politik der oberdeutschen Staaten darf auf die laue und lahme Haltung Preußens gerade im Zeitpunkt des ersten Aufschwunges des Bonapartismus hingewiesen werden. „Die Gefahr, von Oesterreich verschluckt zu werden," sagt der Verfasser einer Flugschrift: „Baiern nach den Bestimmungen des Friedens von Campo Formio," „ist zwar vermindert, doch nicht beseitigt; wenn die Nächstbeteiligten nicht begreifen, daß die Erhaltung der Selbständigkeit Baierns im allgemeinen Interesse liegt, müssen wir uns nach anderen Bundesgenossen umsehen." [4]) —

Wenn auch mit dem Rheinübergang Jourdans in der Nacht vom 28. Februar der Krieg eröffnet war, setzten die Diplomaten in Rastatt unentwegt die

---

[1]) Denkwürdigkeiten des baier. Staatsministers M. Grafen v. Montgelas, herausg. von L. Graf v. Montgelas, 43.

[2]) Wieland, Gespräch unter vier Augen, 86.

[3]) Freyhold Ehrenfried, Beitrag zur Beantwortung der Frage: Wohin dürfte wohl das neue Staats-, Klugheits- oder Isolierungssystem der neutralen Mächte über kurz oder lang führen? (1800), 63, 137.

[4]) (Christoph v. Aretin) Baiern nach den Bestimmungen des Friedens von Campo Formio (1800).

Verhandlungen fort. Als die französischen Gesandten in einer Note vom 1. März der Reichsdeputation ihr Bedauern aussprachen, daß das Verhalten des Kaisers gewisse Veränderungen in den Stellungen der französischen Truppen nötig gemacht habe, und für den Fall, daß sich das Reich gegen den Einmarsch der Russen aussprechen würde, eine friedliche Einigung in Aussicht stellten, ging die Mehrheit mit einer aller Würde entbehrenden Bereitwilligkeit auf dieses Anerbieten ein. Man halte, so wurde erklärt, an der Hoffnung fest, daß die französischen Kollegen als wahre Friedensfreunde vom Reiche alle Widerwärtigkeit abwehren würden. Der mainzische Direktorialgesandte Albini ließ sogar auch an Lehrbach die Einladung ergehen, er möge diesem Deputationsbeschluß beitreten. Natürlich wurde dem Ansinnen nicht entsprochen, sondern der „fürtrefflichen" Reichsfriedensdeputation eine wohlverständliche Rüge erteilt: In einer Zeit, da durch den Ueberfall des rechtsrheinischen Reichsgebiets und durch die Besetzung wehrloser deutscher Städte die bei den Friedensverhandlungen zu Grunde gelegten Verhältnisse gewaltsam verschoben worden seien, habe sich von einer Vertretung des Reiches wohl eine andere Sprache erwarten lassen. Albini ließ sich aber auch dadurch nicht eines Besseren belehren. In der Sitzung vom 23. März erklärte er daran festhalten zu müssen, daß die bisherigen Abstimmungen vollkommen den Umständen angemessen gewesen seien. Auf Albinis Vorschlag wurde auch die Fortsetzung der Verhandlungen beschlossen. Es kam jedoch nicht mehr dazu. Der Plan der Franzosenfreunde, wenigstens mit einer förmlichen Neutralitätserklärung des Reiches die Thätigkeit des Kongresses zu „krönen", wurde durch die Kriegsereignisse vereitelt.

Während die Mitglieder der Reichsdeputation in Rastatt noch immer „lebhaftes Verlangen nach Frieden" zum Ausdruck brachten, war der Krieg zwischen dem Reichsoberhaupt und dem „Schutzherrn der deutschen Freiheit", wie Frankreich wieder wie in Heinrichs IV. Tagen von den Partikularisten gepriesen wurde, schon in vollem Gange. Im März war das badische Rheinufer, im April das Murgthal Schauplatz von kleineren Gefechten. Die Sicherheit der Gesandten in Rastatt war dadurch gefährdet. Nach den ersten Siegen der österreichischen Waffen führte der kaiserliche Plenipotentiar Metternich — Lehrbach hatte schon am 11. März die Kongreßstadt verlassen — eine deutlichere Sprache. Am 7. April erklärte er, es widerstreite der Ehre des Kaisers, der „die Krone eines freien und selbständigen Volkes" trage, noch länger den übermütigen Ausschreitungen der Franzosen unthätig zuzuschauen; an eine friedliche Einigung sei nicht mehr zu denken, denn die gesetzliche Stimmenfreiheit sei seit dem Beginn der Feindseligkeiten in unmittelbarer Nähe des Kongreßortes äußerst gefährdet; demgemäß erkläre er den Kongreß für aufgelöst und entziehe allen im Verlauf der Verhandlungen den französischen Gesandten gemachten Zusicherungen im Namen des Kaisers jegliche Rechtskraft. Einige Tage darauf verließ Metternich Rastatt, doch die Vertreter der Reichsfriedensdeputation und die französischen Gesandten blieben, und nach wie vor figurierte das „lebhafte Verlangen nach Frieden" in Memoranden und Protokollen.

Am 20. April wurden der preußische Gesandte Baron Jacobi und einige Kollegen vor dem Thor von österreichischen Patrouillen angehalten; es wurde

ihnen nicht gestattet, ihren Spazierritt fortzusetzen, sie mußten in die Stadt zurückkehren, ja dem Baron Jacobi wurden sogar Briefe, die er in der Tasche hatte, abgenommen. Auch bei anderen Gelegenheiten wurde vom österreichischen Militär gewaltthätig vorgegangen; in den Sitzungsprotokollen häuften sich Beschwerden und Verwahrungen. Die französischen Gesandten waren vom Direktorium angewiesen, solange wie möglich auf ihrem Posten auszuharren; sie gaben sich alle Mühe, auch die Vertreter der deutschen Staaten zum Bleiben zu bewegen; es sollte dadurch öffentlich der Beweis geliefert werden, daß das Reich sich von der Politik Oesterreichs endgültig getrennt habe. Als der Vertreter der Reichsstadt Bremen eine Erklärung abgab, er werde nicht früher als die französischen Gesandten den Kongreßort verlassen, wurde ihm von den Franzosen eine förmliche „Belobigung" ausgesprochen.[1])

Am 23. April richtete der Kommandant der österreichischen Vorposten, Husarenoberst Barbaczy, an die Diplomaten in Rastatt die Aufforderung, die Stadt zu verlassen, da er die Neutralität des Kongreßortes nicht länger anzuerkennen gedenke. Nun machte sich alles reisefertig. Die französischen Gesandten baten durch Vermittelung Albinis um freies Geleit, erhielten aber eine abschlägige Antwort.

Am 28. April wurde Rastatt von Szeklerhusaren besetzt. Die Franzosen erhielten Weisung, binnen 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Als sie aber, in acht markgräflichen Kutschen untergebracht, das Thor passieren wollten, wurde ihnen der Durchzug verweigert. Erst nachdem über neuen Verhandlungen die Nacht hereingebrochen war, durften sie durch das Rheinauer Thor die Fahrt antreten.[2])

Noch war keine Stunde verstrichen, als die im Kasino anwesenden Diplomaten durch die Nachricht aufgeschreckt wurden: Die französischen Gesandten sind in der Nähe des Rheinauer Thores überfallen und ermordet worden! Was da von flüchtigen Begleitern und Dienern der Gesandten in fliegender Hast berichtet wurde, klang fast unglaublich. Kaum hatte die lange Wagenreihe das Thor passiert, wurde sie von Husaren angehalten. Aus der ersten Kutsche wurde Jean Debry herausgerissen und durch Säbelhiebe zu Boden gestreckt. Ebenso wurden Bonnier und Roberjot von den Säbeln der Räuber so übel zugerichtet, daß sie unmittelbar darauf verschieden. Dann wurden die Wagen von den Szeklern geplündert, die Papiere der Gesandten teils mitgenommen, teils in die Murg geworfen. Am nächsten Morgen kam Debry, jämmerlich zugerichtet, zu dem preußischen Gesandten Grafen Goertz und erzählte wehklagend eine kleine

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta, betreffend die von der k. Friedensgesandtschaft zu Rastatt erstatteten Berichte und darauf ergangenen Reskripte, 1797 und 1798. Bericht vom 20. April 1799.

[2]) Aus der riesig angewachsenen Literatur über den geheimnisvollen Rastatter Gesandtenmord sei nur auf die neuesten Erscheinungen verwiesen: Hüffer, Der Rastatter Gesandtenmord (1896). Criste, Beiträge zur Geschichte des Rastatter Gesandtenmords; Mitteilungen aus dem k. u. k. Kriegsarchiv, Neue Folge, 11. Band (1899). Heigel, Zur Geschichte des Rastatter Gesandtenmordes am 28. April 1799; Histor. Vierteljahrschrift, III, 478 (1899). Helfert, Zur Lösung der Rastatter Gesandtenmordfrage; Gesammelte Aufsätze (1900). Hüffer, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, I, 61 (1904).

Odyssee: es war ihm trotz seiner Verwundung gelungen, begünstigt von der Dunkelheit, dem greulichen Unwetter und der lärmenden Verwirrung, vom Schauplatz der Mordthaten zu entfliehen. Die deutschen Gesandten bestürmten nun den Befehlshaber der in Rastatt einquartierten Husaren, Rittmeister Burkhard, es möge doch jetzt wenigstens das heilige Völkerrecht respektiert und für sicheren Abzug des Geretteten Sorge getragen werden. Dies geschah auch. Debry wurde von kaiserlichen Soldaten nach Plittersdorf geleitet; von hier aus setzte er über den Rhein und gelangte auf elsässischen Boden. In seinen Berichten und Reden bezeichnete er nicht bloß österreichische Husaren als die Thäter, sondern gab auch der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Unthat auf Kommando von Offizieren, also mittelbar auf Befehl der kaiserlichen Regierung erfolgt sei. Nicht viel anders wurde die Katastrophe von den deutschen Gesandten aufgefaßt. Da es auch ihnen in Rastatt nicht mehr geheuer schien, begaben sie sich bald nach der Abreise Debrys nach Karlsruhe. Hier unterzeichneten sie einen von Dohm abgefaßten „Gemeinschaftlichen Bericht über den an der französischen Friedensgesandtschaft bei ihrer Rückreise verübten Meuchelmord". Die Erzählung ist im allgemeinen objektiv gehalten; immerhin sind kompromittierende Aeußerungen des Rittmeisters Burkhard und anderer Offiziere im Original unterstrichen, im Druck mit gesperrten Lettern gesetzt; daraus läßt sich entnehmen, daß die Gesandten nicht an eine zufällige, übermütige That einer räuberischen Soldateska glaubten, sondern die kaiserlichen Offiziere als Mitwissende, mithin als Mitschuldige ansahen. Aus dieser Ueberzeugung machte wenigstens Dohm auch sonst kein Hehl. Bald nach der Katastrophe veröffentlichte er in Häberlins Staatsarchiv das Ergebnis seiner Untersuchung über den Gesandtenmord, das in vier Thesen zusammengefaßt ist: 1. die Mörder sind Szeklersche Husaren; 2. sie haben nicht aus eigenem Antrieb und aus Raubsucht, sondern auf Befehl ihrer Offiziere gehandelt; 3. die That war planmäßig angelegt, und ihr Zweck war ausdrücklich, die drei Gesandten und keinen anderen zu ermorden; 4. alle bekannten Fakta geben darüber kein Licht, wer den Plan angelegt, wer den Zweck verfolgt habe.[1]) Von österreichischer Seite wurde anfänglich zugegeben, daß Angehörige der Armee an dem jedenfalls nur durch ein Mißverständnis verschuldeten Unfall beteiligt gewesen seien, und gründliche Untersuchung und strenge Bestrafung der Missethäter wurden in Aussicht gestellt. Bald wurden aber andere Vermutungen laut. Die Blutthat sollte von Emigranten verübt worden sein, die an den „Königsmördern" Rache nehmen wollten. Lafayette sah die Anstifterin in der Königin Karoline von Neapel, die bei allen Anzettelungen gegen Frankreich die Hand im Spiele habe. Der französische Minister des Innern, Quinette, schob den Mord auf Pitt, der dadurch eine friedliche Einigung der kontinentalen Mächte ein- für allemal habe unmöglich machen wollen. Von anderen wurde darauf hingewiesen, daß einen Vorteil aus der Rastatter Katastrophe nur das Direktorium ziehe; während der von den Fünfmännern angezettelte Krieg in Frankreich bisher unpopulär gewesen sei, rufe jetzt das ganze Volk nach Rache am Haus Oesterreich. Mit der letzteren Auffassung wurden auch die abenteuerlich klingende Erzählung

[1]) Häberlins Staatsarchiv, 7. Band, 113—264.

Debrys von seiner wunderbaren Rettung und die vom Direktorium in Szene gesetzten Trauer- und Rachefeierlichkeiten in Zusammenhang gebracht. Den jungen Ernst Moritz Arndt, der sich gerade in Paris aufhielt, erinnerte das Auftreten Debrys in der Nationalversammlung an ein Possenspiel, und die Erzählung von den schauderhaften Rastatter Vorfällen an „Falstaffs nächtliche Heldenthaten".

Für alle diese Annahmen fanden sich in der Folgezeit Anwälte. Mit besonderer Vorliebe, von einer gewissen Jagdfreude gespornt, beschäftigten sich die Historiker seit hundert Jahren mit der Erklärung des Rastatter Rätsels. Ein abschließendes Urteil ist auch heute noch nicht gesprochen, aber durch rücksichtslose Erschließung der Wiener Archive sind wir immerhin der Wahrheit erheblich näher gerückt. Von den Thesen Dohms sind heute die erste und die zweite als unbedingt bestätigt anzusehen, während wir über Ursache und Urheber der Katastrophe eines anderen belehrt worden sind.

Das Ereignis ist als eine militärische Angelegenheit aufzufassen. Das österreichische Kommando gab den Szeklern Befehl, die Gesandten anzuhalten, um ihnen die Papiere abzunehmen. Dabei wurde für die Sicherung der Gesandten nicht genügend Sorge getragen, so daß ein Privatschreiben eines Offiziers dahin gedeutet werden konnte, als ob es höheren Orts nicht ungern gesehen würde, wenn die Franzosen zur Strafe für ihre Verhetzung der deutschen Kollegen ein bißchen „gezaust" würden. Der kaiserliche Generalquartiermeister Heinrich v. Schmidt war es, der dem verhängnisvollen Wunsche in einem Schreiben an Generalstabschef Oberstleutnant Mayer v. Heldenfeld Ausdruck gab. In den Weisungen, die demgemäß an die untergeordneten militärischen Stellen ergingen, wurde nicht bloß der Wunsch als Befehl weiter befördert, sondern es wurde noch eine Verschärfung hineingetragen, die schließlich zur Katastrophe führte. Der Oberst der Szeklerhusaren, Barbaczy, gab in einem Schreiben an die Rastatter Diplomaten der Entrüstung Ausdruck „über jene Verbrecher", die unter seinem Kommando gehabt zu haben er Zeit seines Lebens mit innigster Wehmut fühlen müsse. Noch am nämlichen Tage schrieb er aber an seinen Vorgesetzten: „Nun ist die Sache vollendet, und das zu vermuten gewesene Klagelied der sämtlichen Gesandtschaften auch hier, welches ich Eurer Exzellenz im Original anzuschließen nicht unterlasse." Fortan wurde systematisch an Ableugnung jeder Beteiligung kaiserlicher Truppen am Verbrechen festgehalten. Zwar wurde von Erzherzog Karl kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet, und das in Villingen am 7. Mai 1799 zusammengetretene Kriegsgericht sprach die Szekler frei, doch die militärischen Behörden selbst erkannten diesem Urteil keine Bedeutung zu. Erst ein volles Jahr später wurden die verhafteten Husaren in Freiheit gesetzt; Oberst Barbaczy und Rittmeister Burkhard blieben zwei Jahre lang in Untersuchungshaft, wurden dann freigelassen und befördert, bald darauf aber Knall und Fall in Ruhestand versetzt. In den maßgebenden Wiener Kreisen war also nicht die Auffassung vorherrschend, daß durch das freisprechende Villinger Urteil die Frage nach der negativen Seite als vollkommen gelöst anzusehen sei. Wichtiger aber als alle übrigen Zweifel, Erwägungen und Schlüsse ist ein von Oskar Criste jüngst ans Tageslicht gezogenes Schreiben, das Erz-

herzog Karl am 2. September 1799, also drei Monate nach der Entscheidung des Kriegsgerichts, an seinen Bruder, den Kaiser, richtete. Darin wird die Frage aufgeworfen: Empfiehlt es sich, die viel besprochene Affäre „in ihrer wahren Gestalt der Publizität vorzulegen?“ oder „der Sache eine solche Wendung zu geben, daß nicht Husaren, sondern Fremde als Urheber der Mordthat erscheinen?“ Wenn man den ersten Weg wähle, werde man auch die Schuldigen strafen müssen. Die Soldaten könne keine Strafe treffen, „weil sie im Gefolge einer Ordre gehandelt haben“. Dagegen werde man diejenigen Offiziere, „wodurch diese Sache passiert ist“, nicht länger schonen können. Dann werde aber niemand glauben wollen, daß es sich nur um eine Privathandlung der Schuldigen gehandelt habe, sondern man werde in den höheren Kreisen eine stille Mitwissenschaft oder eine Anleitung zur That suchen, und der allerhöchste Hof werde bloßgestellt sein. In Frankreich selbst sei das große Publikum zur Zeit geneigt, den Vorgang auf Rechnung des Direktoriums zu setzen, und auch in Deutschland scheine diese Meinung Wurzel zu schlagen. Es sei also rätlich, den zweiten Weg einzuschlagen. „Je mehr ich über die ganze Sache nachdenke, desto mehr überzeuge ich mich, daß dermalen nichts anderes übrig zu bleiben scheint, als der Sache die bestmöglichste Wendung zu geben, daß das diesseitige Militär nicht als Thäter erscheint.“ Angesichts dieser Mitteilung des Höchstkommandierenden an das Staatsoberhaupt muß zwar der früher nicht selten zum Ausdruck gebrachte Verdacht, daß die Blutthat von der kaiserlichen Regierung angestiftet worden sei, als unberechtigt zurückgewiesen werden, allein es ist durch jenes Schriftstück unzweifelhaft festgestellt, daß infolge irrtümlicher Auslegung der Ordre eines Offiziers die Gesandten von Szeklern getötet worden sind. Auch die bislang gründlichste und lichtvollste Darstellung der Episode in Hermann Hüffers Geschichte des Krieges des Jahres 1799 gelangt zu diesem Schluß. Freilich sind damit noch nicht alle Einzelheiten der peinlichen Episode aufgeklärt. Es bleibt nach wie vor rätselhaft, daß hochgestellte Offiziere an die gerade für Oesterreich nur schädlichen Folgen einer Verletzung des Völkerrechts gar nicht gedacht haben sollten! Und wenn man annehmen will, daß kein Befehl zur Ermordung vorlag, daß nur die Wegnahme der Gesandtschaftspapiere beabsichtigt war, weshalb begnügten sich die Szekler nicht, den Franzosen das Gepäck abzunehmen? Weshalb wurden nicht alle Ueberfallenen, sondern nur gerade die Gesandten ermordet? Auf diese und andere Fragen ist auch heute eine vollkommen befriedigende Antwort nicht zu geben. Was wir vom Rastatter Gesandtenmord wissen, ist ganz wahr, aber noch wissen wir nicht die ganze Wahrheit. —

Der Krieg hatte begonnen. Ein furchtbarer Krieg! Bald brandeten blutige Kämpfe vom deutschen Meer bis an den Golf von Taranto. An Po und Etsch, am Bodensee und in den Thälern der Schweiz wurden Schlachten geschlagen, die noch entsetzlichere Hekatomben heischten, als der erste Koalitionskrieg.

Oesterreich hatte seit langem gerüstet, doch seine Truppen in Deutschland und Italien waren noch nicht zusammengezogen; die Russen standen noch in weiter Ferne.[1]) Thugut hatte, nicht so sehr, um für den bevorstehenden Kampf

[1]) Angeli, Erzherzog Karl als Feldherr und Heeresorganisator, II, 29.

den tüchtigsten Degen zu gewinnen, als um dem Nationalstolz der Russen zu schmeicheln, den widerstrebenden Kaiser bewogen, dem Türken- und Polensieger Suwarow, einem Feldherrn, „ganz mit dem Ungestüm versehen, der notwendig ist, um fanatisierte französische Heere zu besiegen", den Oberbefehl auch über die österreichischen Truppen zu übertragen. Sogar Zar Paul soll nur mit den Worten: „Ich wasche meine Hände in Unschuld!" seine Zustimmung erteilt haben.[1]) In Deutschland war die Berufung des „Würgengels von Praga" so unpopulär wie möglich. Nicht bloß eine Flugschrift aus franzosenfreundlichen Kreisen gibt der Entrüstung Ausdruck: „Wie sehr verachtet der Wiener Hof die öffentliche Meinung, daß er sich diesen gebrandmarkten Bluthund zum Generalanführer seiner Armee ausbat!"[2]) Auch der unbefangene Archenholz erblickte in der Ernennung Suwarows, der sich immer nur als Russe fühlen werde, einen politischen und militärischen Fehler,[3]) und die Ereignisse haben ihm recht gegeben.

Mit der französischen Wehrkraft war es durchaus nicht glänzend bestellt. Die fünf Armeen, die nach dem Plane des Kriegsministers Scherer unmittelbar nach der Kriegserklärung auf der ungeheuren Linie von Texel bis Neapel angriffsweise vordringen sollten, standen nur auf dem Papier. Doch auch die Verbündeten verfügten in Wirklichkeit keineswegs über eine beträchtliche Uebermacht; die thatsächlich ins Feld gestellten Truppen der beiden Gegner waren einander ziemlich ebenbürtig. Das moralische Uebergewicht neigte sich eher auf die Seite der Verbündeten. Bonaparte weilte im fernen Aegypten; der Kriegsminister Scherer, der den Oberbefehl über die italienische Armee übernahm, war hochbetagt und unbeliebt; Jourdan war 1796 wiederholt geschlagen worden; Moreau hatte kein Kommando. Dagegen ließ sich von Suwarow Ungewöhnliches erwarten, und die Aufgabe, Oberdeutschland zu decken, war dem gewissenhaftesten Strategen und Taktiker, Erzherzog Karl, übertragen.

Jourdan sollte nach dem vom Direktorium genehmigten Feldzugsplan vom Oberrhein gegen den Inn vorrücken, um sich dann mit der durch Tirol eindringenden italienischen Armee zu vereinigen. Am 1. März überschritt seine Armee bei Kehl und Basel den Rhein, am 3. setzten die Oesterreicher über den Lech. Die Franzosen boten alles auf, um die Reichsstände zu beruhigen, daß es nicht auf Revolutionierung der deutschen Lande abgesehen sei. Als ein Entwurf einer republikanischen Verfassung, wie sie für Schwaben passen möchte, „im siebenten Jahre der Mutterrepublik" veröffentlicht wurde, erhielt Jourdan die Weisung, die süddeutschen Regierungen vor dem „Machwerk österreichischer Emissäre" zu warnen. Bernadotte, der mit einer Reservearmee den Vorstoß Jourdans unterstützen sollte, erklärte in einem Aufruf, der Krieg gelte nur dem Wiener Hofe, nicht dem deutschen Volke; alle „freien Männer" Deutschlands sollten also in brüderlichem Bunde mit den Franzosen den gemeinsamen Feind, das Haus Oesterreich, bekämpfen. Wenn die fränkische Regierung Anspruch darauf erheben könne,

---

[1]) Vivenot, Korsakoff und die Beteiligung der Russen an der Schlacht bei Zürich vom 25. und 26. Sept. 1799, 22.

[2]) Der politische Tierkreis (1800), 415.

[3]) Minerva, Jahrgg. 1799, 293.

der großen freiheitlichen Bewegung zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts die erste Richtung gegeben zu haben, so müsse dankbaren Sinnes auch daran erinnert werden, daß die Ehre der Aufklärung, welche das Ende des sechzehnten Jahrhunderts (!) erleuchtete, den Deutschen gebühre. Dieser Errungenschaft eingedenk, möchten die Deutschen nicht länger die österreichische Tyrannei ertragen, sondern an die fränkischen Brüder sich anschließen. Es möge verhütet werden, daß ein Krieg, der nur Oesterreich angehe, wieder zum Reichskrieg gestempelt werde.[1]) Dagegen wies Erzherzog Karl in einem Tagsbefehl vom 5. März die französischen Beschuldigungen zurück; niemals sei es die Absicht des Wiener Hofes gewesen, in Baiern oder anderswo Erwerbungen zu suchen; nur um der Ehre des Reiches willen habe der Kaiser das Schwert gezogen, um ihn sollten sich also alle Deutschen scharen zu gemeinsamer Ahndung des Friedensbruches. Eines frommen Truges machte sich der Aufruf schuldig, indem darin beklagt war, daß Frankreich auf neue Friedensverletzung sinne, „kaum daß die feierlichsten Verträge zwischen Kaiser und Reich einerseits und Frankreich auf der anderen Seite geschlossen gewesen." Von Mitwirkung des Reiches bei den Verträgen von Leoben und Campo Formio kann doch wohl nicht gesprochen werden.

Am 2. März bemächtigte sich Bernadotte der Stadt Mannheim, wobei er eine Kapitulation abschloß, als ob er in Feindesland eine Festung erobert hätte; die öffentlichen Kassen wurden beschlagnahmt ꝛc. In ähnlicher Weise wurde gegen Heidelberg, Speier und Bruchsal eingeschritten. Die Reichsfestung Philippsburg wurde zur Uebergabe aufgefordert; der Kommandant Rheingraf von Salm lehnte aber jede Verhandlung ab, und an eine ernsthafte Belagerung konnte Bernadotte nicht denken.

Obwohl Jourdan nur über 37000 Mann verfügte, die Oesterreicher dagegen weit stärker waren, obwohl Kaiser Franz seinem Bruder schrieb, er könne nichts besseres thun, als so rasch wie möglich mit seiner ganzen Butike auf den Feind loszugehen,[2]) trug der Erzherzog immer noch Bedenken, zum Angriff zu schreiten. Er entschuldigt sein Zögern mit der Rücksicht auf politische Verhältnisse; es ist aber wahrscheinlicher, daß auch hier, wie Clausewitz an vielen Fällen nachgewiesen hat, die Unentschlossenheit des Erzherzogs nicht im Konflikt der Umstände, sondern in seinem Charakter gelegen habe. „Der Kriegsführung des Erzherzogs fehlte derjenige Teil, welcher in einem an die günstige Gelegenheit geknüpften Wagen besteht."[3]) Doch das Direktorium selbst verhalf dem Gegner zu einem Waffenerfolge. Auf Andringen seiner Regierung griff Jourdan am 21. März die Oesterreicher an der Ostrach im Hügelland südwestlich vom Ueberlinger See an, mußte aber nach hartnäckigem Kampfe gegen Stockach zurückgehen. Erzherzog Karl folgte langsam. Ein paar Tage später schritt Jourdan bei Stockach noch einmal zum Angriff (25. März). Der immer vorsichtige Führer

[1]) Der deutsch abgefaßte Aufruf, datiert „Mannheim, vom 30. Windmonat im 7. Jahre der Republik" liegt dem Bericht der preuß. Gesandten aus Rastatt, den 23. März 1799, bei (Preuß. Staatsarchiv. Dépêches etc. 1797 et 1798).

[2]) Hüffer, Der Krieg des Jahres 1799, I, 27.

[3]) Clausewitz, Die Feldzüge von 1799 in Italien und der Schweiz; Hinterlassene Werke, 6. Band, 53, 64, 97.

der kaiserlichen Truppen hatte alle Anstalten zur Verteidigung getroffen; das Waldgefecht endete mit einer neuen Niederlage der Franzosen, nach der Ansicht des Siegers selbst hauptsächlich infolge glücklicher Aufstellung der Reserve.[1]) Damit war dem Vormarsch Jourdans ein rasches Ende gesetzt; es blieb ihm nichts anderes übrig, als sich durch den Schwarzwald auf das linke Rheinufer zurückzuziehen. Erzherzog Karl verfolgte ihn nicht; er glaubte, „das wesentliche Objekt" in der Besetzung der Schweiz erblicken zu müssen, in diesem Punkte mit Suwarow übereinstimmend. Dagegen war es Thugut, der nicht mehr der wagemutige Staatsmann war wie 1795 und 1796, der jetzt infolge persönlicher Abspannung und Schwächung jede kräftige Bewegung als verwegenes Wagnis beargwohnte,[2]) nur um Erhaltung des kaiserlichen Besitzstandes in Italien und um Sicherung von Tirol und den Erblanden zu thun. Suwarow forderte einheitliches und entschlossenes Zusammenwirken aller Armeen, allein „so ernste und weitaussehende Unternehmungen" wollte das kaiserliche Kabinett nicht zulassen. „In Bezug auf den Malteserorden," meinte Cobenzl, „könne man ruhig die Marotten des Zaren sich gefallen lassen, aber im übrigen müsse man sich darauf beschränken, alles zu thun, um wieder glücklich aus dem Kriege herauszukommen."[3]) Mit diesem Zwiespalt begannen schon die Irrungen zwischen der kaiserlichen und der russischen Heeresleitung, die schließlich alle Früchte der erfochtenen Siege verlieren ließen. Auch die Vorschläge Erzherzog Karls wurden verworfen. „Ungeachtet Du so brav gesiegt," schrieb der Kaiser an ihn, „und obwohl auch Kray in Italien glücklich gewesen, fürchte ich immer, daß alles verdorben wird, wenn wir nicht in Tirol die Sache herstellen." Wie bitter mußte es den Erzherzog kränken, daß ihm sein Bruder den Rat gab, er möge sich, um seine Gemütsaufregung zu beschwichtigen, aufs Land zurückziehen; er legte sogar wirklich das Kommando nieder, bat aber bald darauf, es wieder übernehmen zu dürfen, was nur zögernd vom Kaiser genehmigt wurde.[4])

Da in Tirol inzwischen ein Umschwung zu Gunsten der kaiserlichen Waffen eingetreten war, glaubte Erzherzog Karl auf seinen alten Plan, die Entscheidung in der Schweiz zu suchen, zurückgehen zu dürfen. Massena, dem als Jourdans Nachfolger der Oberbefehl über die Streitkräfte am Rhein und in der Schweiz übertragen war, hatte im Züricher Gau eine Stellung eingenommen, deren Kern die Bastionen und Außenwerke der Stadt Zürich bildeten. Am 4. Juni griff Erzherzog Karl die Front des Zürichberges an, während andere kaiserliche Abteilungen die rings um die Stadt aufgeworfenen Schanzen zu nehmen suchten. Es gelang indessen nur, den Gegner an allen Punkten in seine befestigten Stellungen zurückzudrängen. Erzherzog Karl hatte bereits für die Nacht vom 5. auf 6. Juni einen nächtlichen Ueberfall angeordnet, als Massena, der einen neuen Sturm nicht mehr abzuwarten wagte, den Rückzug antrat. Als die Oesterreicher zu den Schanzen vordrangen, fanden sie nur noch die vernagelten Geschütze; nach-

[1]) Der Feldzug von 1799; Ausgewählte Schriften des Erzherzogs Karl, III, 136.
[2]) Hüffer, 17.
[3]) L. Cobenzl an Colloredo, 3. Juli 1799; Vertrauliche Briefe Thuguts, II, 175.
[4]) Angeli, II, 128.

mittags zogen sie in Zürich ein.[1]) Obwohl von einer Waffenentscheidung nicht zu sprechen war, hätten sich die politischen Folgen der Schlacht kaum günstiger gestalten können. Das Kontingent der helvetischen Republik stob auseinander; fast in allen Kantonen kam es zu einer Restauration; damit war Oesterreich thatsächlich an Stelle Frankreichs die leitende Macht geworden. Noch glänzendere Erfolge waren den Waffen der Verbündeten in Italien beschieden. Nachdem die Oesterreicher schon zu Anfang April die cisalpinische Armee bei Magnano zurückgedrängt hatten, wurde vollends Sieg auf Sieg erfochten, seit Suwarow, als Stratege und als Taktiker nur ein begabter Naturalist, aber von berückendem Einfluß auf seine Truppen, die Kämpfe in Oberitalien leitete. Es hatte den Anschein, als sollte von den Russen, der aufgesparten Reserve Europas, der langwierige Zweikampf zwischen Revolution und Legitimität zu Gunsten des alten Systems entschieden werden. Doch das kecke, ungestüme Draufgehen Suwarows fand wenig Beifall im Wiener Kabinett und im kaiserlichen Hofkriegsrat, um so weniger, da Suwarow sich lange Zeit gar nicht um Mantua kümmerte, dessen Zurückerwerbung in Wien als wichtigstes Ziel des Waffenganges angesehen wurde. Als Suwarow auf dringende Vorstellungen nur mit Klagen über unzulängliche Hilfeleistung antwortete, trug der Kaiser, den höchsten Wert auf die Stellung in Italien legend, kein Bedenken, die Fortschritte seiner eigenen Truppen in der Schweiz zu lähmen. Durch Abberufung des Corps Bellegarde nach Italien sah sich Erzherzog Karl genötigt, jede Angriffsbewegung zu vermeiden, und so standen die Gegner fortan — abgesehen von kleineren, nur technisch interessanten Gefechten auf unwegsamen Berghängen und in wilden Schluchten — unthätig einander gegenüber.

Inzwischen hatten die Mißerfolge der französischen Waffen und die drückende Steuererhöhung in Paris den Sturz des „Direktoriums Lareveillère" herbeigeführt (30. Prairial = 18. Juni). Die neue Regierung mit Sieyès an der Spitze ging mit Feuereifer daran, das Kriegswesen aus seiner Verlotterung zu reißen und in der Armee die zu außergewöhnlichen Leistungen anfeuernde patriotische Begeisterung wieder anzufachen. Der Ruf: „Das Vaterland ist in Gefahr!" verfehlte auch diesmal nicht seine Wirkung. Durch umfangreiche Aushebungen sollten die Feldarmeen in der Schweiz und in Italien verstärkt werden; eine neue Rheinarmee wurde unter Moreaus Oberbefehl gestellt; eine Alpenarmee unter Championnet sollte die wichtigsten Pässe decken.

Während in Frankreich die nationale Kraft eine mächtige Steigerung erfuhr, brachen unter den Verbündeten Zwistigkeiten aus, die ein ersprießliches Zusammenwirken überhaupt unmöglich machten. Die Despotenlaunen des Zaren Paul wirkten ebenso unheilvoll auf den Gang der Operationen, wie die engherzige Bevormundung des Erzherzogs Karl durch die Wiener Staatskünstler.

Die Hoffnung, Preußen für den großen Bund gegen Frankreich zu gewinnen, war endgültig gescheitert. Als das Wiener Kabinett im März durch Vermittlung des Grafen Keller neue Annäherungsversuche machte, erhielt der Gesandte aus Berlin die Antwort, der König sei nicht unempfänglich für so

[1]) Hüffer, I, 114.

freundschaftliche Gesinnung, doch das thatsächliche Verhalten des kaiserlichen Hofes stehe damit nicht im Einklang. „Der Wiener Hof ist heute, was seine Beziehungen zu Preußen betrifft, nicht um ein Haar weniger rückhältig und falsch, als in früheren Tagen. . . . Sie werden demnächst Kenntnis von dem Militärvertrag erhalten, den Graf Cobenzl in Rastatt am 1. Dezember 1797 mit General Bonaparte abgeschlossen hat; dieses Schriftstück wird neue Schmach auf den kaiserlichen Hof laden, denn es wird vor ganz Europa beweisen, daß der Wiener Hof die festen Plätze und die wichtigsten Interessen des Reiches verschachert hat gegen die Besitzungen in Italien, die er sich zuteilen ließ durch den Frieden von Campo Formio." [1]) Da zwischen den feindlichen Brüdern ein Einvernehmen nicht herzustellen war, suchten Vertreter Englands und Rußlands den Beitritt Preußens zum Bündnis zu erwirken. Im April wurden Konferenzen in Berlin eröffnet,[2]) doch am 18. Mai zeigte Friedrich Wilhelm dem Grafen Keller den Abbruch der Verhandlungen an. „Sie werden schon benachrichtigt worden sein, daß ich an meinem früheren Entschluß festhalten will. Indem ich die zwei Systeme, das eine, das unvermeidlich den Krieg bedeutet, das andere, das sich auf unwandelbare Neutralität beschränkt, ruhig abwog, wurde mir klar, daß das letztere einen Vorteil in sich begreift, der mich zur Annahme bewog: wenn ich das zweite System wähle, kann ich jeden Augenblick zum ersten übergehen, vom ersten aber gibt es kein Zurück!" [3]) Nach den ersten Waffenerfolgen der Oesterreicher trat Graf Haugwitz als Anwalt der russisch-englischen Vorschläge auf. In einer mit Lord Grenville vereinbarten Denkschrift mahnte er den König, die Kehrseite der zur Unzeit geruhsamen Politik zu beachten; wenn es den Franzosen gelingen würde, die Koalition zu besiegen, würden sie ganz gewiß vor Preußen nicht Halt machen; der Friede von Campo Formio mit seinen geheimen Artikeln habe die Verbindlichkeit der Uebereinkunft vom 5. August 1796 aufgehoben und dem König das Recht auf Zurückforderung seiner linksrheinischen Provinzen zurückgegeben; 60 000 Preußen im Verein mit 30 000 Hannoveranern, Hessen und Sachsen würden ein entschiedenes Uebergewicht der Koalition sichern. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als werde der König diesen Gedanken zustimmen, doch am 17. Juli mußte Lombard dem Minister eröffnen, der König könne sich nicht entschließen, die Ruhe seiner Unterthanen aufs Spiel zu setzen.[4]) Als im Herbst wieder ein Gerücht auftauchte, am preußischen Hofe werde sich ein Systemwechsel vollziehen, warnte das Berliner Kabinett den Wiener Gesandten, solchem Klatsch Glauben zu schenken; es werde unentwegt am Grundsatz festgehalten werden: Nur Neutralität entspricht dem Interesse Preußens! „Doch soll diese Mäßigung unsere Nachbarn nicht glauben machen, daß wir den Krieg fürchten!" [5]) Während die Aussicht auf

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Ministerialkorrespondenzen mit Keller in Wien. Erlasse des preuß. Ministeriums vom 4. und 15. März 1799.

[2]) Ebenda. Erlaß des preuß. Ministeriums vom 5. April 1799.

[3]) Ebenda. Actes de la négociation qui a été entamée à Berlin avec les deux cours Impériales, 1798 et 1799. Erlaß des preuß. Ministeriums an Keller vom 18. Mai 1799.

[4]) Bailleu, I, 311, 316 ff.

[5]) Ebenda. Erlaß des preuß. Ministeriums vom 9. Sept. 1799.

Preußens Beitritt schwand, vollzog sich nach den Siegen Oesterreichs in Franken und Schwaben in der Stimmung der Regierungen und der Bevölkerung ein nicht allzu aufrichtiger Umschwung. Man wollte durch eifrige Wiederaufnahme des Reichskrieges die Haltung im Jahre 1796 vergessen machen; deshalb sollten nicht bloß die matrikelmäßigen Kontingente gestellt, sondern alle Waffenfähigen zum Schutze des Vaterlandes aufgeboten werden. Der mainzische Kanzler Albini, der in Rastatt der ergebenste Freund der französischen Gesandten gewesen war, entwickelte plötzlich rührigen Eifer für diese Volksbewaffnung. Mit leisem Spott berichtete der kaiserliche Gesandte für den fränkischen Kreis, Graf Schlick, daß ihn Albini in großer Generalsuniform besucht und ihm die levée en masse als Allheilmittel für Deutschland gepriesen habe; als Schlick bescheidene Zweifel äußerte, wurde er vom Kurfürsten und von Albini des „Kaltsinns" bezichtigt. Als aber die französische Besatzung aus Mainz einen Ausfall machte, erwiesen sich die Bedenken Schlicks nur allzu berechtigt; der Landsturm wandte sich beim ersten Zusammenstoß zur Flucht.[1])

Der Regensburger Reichstag beschäftigte sich nach der Auflösung des Friedenskongresses zuerst in gründlichster Weise mit dem Gesandtenmord. Gegen die „mutmaßlichen Urheber" wurde anfänglich eine sehr erregte Sprache geführt, doch die Waffenerfolge der Oesterreicher in Italien und in der Schweiz übten auch hier ihre Wirkung. Am 9. August erklärte der Reichstag, die Sache ganz der Gerechtigkeit des kaiserlichen Hofes überlassen zu wollen. Auch über die Kriegsfrage wurde anfangs, insbesondere infolge einer feurigen Aufforderung des „Herzogs von Pommern", Gustavs IV. von Schweden, lebhaft verhandelt; eine Mehrheit beschloß, daß das Fünffache der gewöhnlichen Reichsarmatur ins Feld gestellt und hundert Römermonate bewilligt werden sollten. Doch mit dem Kriegsglück der Oesterreicher erlosch auch der Eifer der oberdeutschen Stände; die neutralen norddeutschen hatten sich ohnehin trotz kaiserlicher Mahnung „zur Erfüllung reichsständischer Obliegenheiten" nicht einmal an der Beratung über den Reichskrieg beteiligt. Es ist bezeichnend für das Regensburger Stillleben, daß eine Flugschrift: „Mit was könnte sich wohl die allgemeine Reichsversammlung bei der jetzigen Geschäftsruhe am nützlichsten beschäftigen?" gerade in der Zeit erfolgte, da für das Schicksal Deutschlands die letzte Entscheidung herannahte.[2])

Im Lager der Verbündeten fehlte das Notwendigste: die Eintracht. Als Thugut Kenntnis erhielt von Abmachungen, welche Rußland und England unter sich getroffen hatten, ohne dem Dritten im Bunde Mitteilung zu machen, beschloß er, eine neue Macht- und Rollenverteilung für die Fortsetzung des Feldzuges herbeizuführen. Damit verhütet werde, daß die Russen in Italien für sich politische Anknüpfungspunkte erwerben möchten, sollte Suwarow den bisherigen Schauplatz seiner Siege verlassen und seine ganze Macht zur Einnahme der Schweiz aufbieten; die Oesterreicher sollten allein den Krieg in Italien führen, um nach glücklichem Ausgang die italienischen Verhältnisse nach ihrem Willen

---

[1]) K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Bericht des Grafen Schlick vom 2. Sept. und 9. Okt. 1799.

[2]) Häusser, II, 215.

regeln zu können. Zugleich sollte aber auch wieder am Rhein eine kaiserliche Hauptarmee auftreten, um sowohl die von den Engländern und Russen geplante Landung in Holland, als auch einen Aufstand der antifranzösischen Parteien in den niederländischen Provinzen zu unterstützen. Der Plan Thuguts gefiel auch dem Zaren, weil auf solche Weise die russische Heeresmacht näher an die französische Grenze gerückt und damit die Beendigung des Krieges durch eine in Frankreich vordringende russische Armee näher gerückt wurde. „Das Heer, welches Sie kommandieren," schrieb Zar Paul am 23. August an seinen Feldherrn, „muß die Hauptgrundlage, Sie aber müssen der erste Baumeister des in Frankreich aufzuführenden Gebäudes werden." Suwarow war mit der geplanten Wendung nicht einverstanden; er erblickte darin nur einen listigen Anschlag des „Kanzleischreibers" Thugut, der Rußland um die Früchte glorreicher Siege bringen wollte. Die Russen hatten ja an der Trebbia (18. und 19. Juni) und noch glänzender bei Novi (15. August) gesiegt, freilich „nicht nach den „Regeln", spottet Suwarow, „so daß die Deutschen sich entrüstet abwandten", und direkt gegen die Forderungen und Mahnworte der „Wiener Besserwisser und Bestimmtsager", die immer von „unsicheren und übereilten" Unternehmungen abrieten, um sich selbst in den bereits eroberten Gebieten ein warmes Nest zu bauen. Mit Unrecht machte Suwarow den Erzherzog für allzu raschen Abzug aus der Schweiz verantwortlich; Erzherzog Karl fügte sich nur widerstrebend den Befehlen des Kaisers; auch in seinen Denkwürdigkeiten beklagt er das unheilvolle Eingreifen „entfernter Kabinette" in den Gang der Kriegsoperationen[1]). Den Oberbefehl in der Schweiz bis zur Ankunft Suwarows übernahm Fürst Korsakoff, zu dessen Unterstützung General Hotze mit 22000 Oesterreichern im Linthal zurückblieb. Es ist eine der gewohnten Uebertreibungen Vivenots, wenn er Korsakoff als einen „barbarischen Idioten" schildert, dessen Kriegführung „jede glückliche Dispositiongabe, jeden vernünftigen Zusammenhang der Anordnungen" vermissen lasse.[2]) Doch auch Clausewitz fällt ein bitteres Urteil über Korsakoffs Kommando. „Der Himmel mag wissen, welches Brouillon von einem Generalstabsoffizier seinen gesunden Verstand umnebelte, so daß er Fehler beging, wie sie selbst ein Kind begreifen könnte."[3]) Die Russen sahen im Schweizerland nicht einen Kriegsschauplatz, aus dem der Feind durch geschickte kombinierte Bewegungen hinauszudrängen wäre, sondern eine Festung, die man im Sturm erobern müsse. Dagegen sind die Sachkundigen darüber einig, daß Massenas Führung im Herbst 1799 als Muster und Vorbild für jeden Bergkrieg gelten kann.[4])

Bald trat zu Tage, wie begründet die Einwendungen des Erzherzogs gegen den Rollenwechsel der Armeen der Verbündeten waren. Zwar ihm selbst glückte mit der Einnahme von Mannheim (18. September) eine glänzende Waffenthat, doch das Schicksal des Feldzuges hing von den Ereignissen in der Schweiz ab.

[1]) (Erzherzog Karl) Der Feldzug von 1799, III, 314.

[2]) Vivenot, Korsakoff und die Beteiligung der Russen an der Schlacht bei Zürich vom 25. und 26. Sept. 1799, 13.

[3]) Clausewitz, VI, 88.

[4]) Jomini, Précis de l'art de la guerre, II, 380.

Der Einmarsch in das Alpenland, zumal die Uebersteigung des St. Gotthard, ließen den Wagemut und die Entschlossenheit Suwarows und die zähe Ausdauer der Russen in hellerem Lichte hervortreten, als die Kriegskunst des Führers und die Manövrierfähigkeit der Truppen.[1]) Mit der besten Waffe der russischen Armee, den Kosaken, war in dem Berglande nicht viel auszurichten; auch die ungewöhnlich schweren Geschütze waren auf Saumpfaden, die selbst der Eingeborene zu meiden pflegte, nur schwer fortzubringen. Doch alle Hindernisse überwindend, drang Suwarow vorwärts; er war nur noch einige Tagesmärsche von Zürich entfernt, da kam die Nachricht: Hotze ist von Soult an der Linth, Korsakoff von Massena nach zweitägigen blutigen Kämpfen bei Zürich aufs Haupt geschlagen worden! (25. und 26. September.) Verhängnisvoller als die schweren Verluste an Mannschaft und Geschützen war die moralische Wirkung der Niederlage. Das Wort Erzherzog Karls: „Suwarow verlor nach der Schlacht bei Zürich alle Fassung!“ [2]) könnte auf Befangenheit eines Beteiligten zurückgeführt werden, doch auch die Anwälte Suwarows wissen auf die Frage: Warum haben die unter Suwarow schließlich vereinigten Russen nichts gethan, um die Scharte von Zürich auszuwetzen? keine befriedigende Antwort zu geben. Der „österreichische Feldmarschall“ Suwarow begnügte sich, alles Mißgeschick auf die verderblichen Weisungen aus Wien zu schieben und den Kaiser und die kaiserlichen Minister und Generale des schnöden Verrates am verbündeten Rußland zu zeihen.[3]) „Wenn ich hier sterbe,“ sagte er auf dem Marsche nach Chur, „so möge man auf meinen Grabstein die Aufschrift setzen: Ein Opfer des Verrats, nicht der Feigheit!“ Die Ankunft der russischen Armee in Chur bezeichnet den Abschluß der Teilnahme der Russen am zweiten Koalitionskrieg. Während auf allen anderen Kriegsschauplätzen die französischen Armeen geschlagen und zurückgedrängt waren, hatte sich Massena am Nordhang der Alpen siegreich behauptet. Umsonst mahnte das englische Kabinett zu kräftigem Zusammenwirken der Bundesgenossen. Der Wiener Hof hielt fest an dem vorsichtigen Grundsatz, nicht alles aufs Spiel zu setzen, und ebenso weigerte sich Suwarow, seine entkräfteten Truppen zu neuem Angriff aufzubieten. Erzherzog Karl stand mit 40 000 Mann zwischen Rhein und Donau. Daß er nicht in die Schweiz zurückkehrte, glaubt Clausewitz aus dem schon erwähnten, „angeborenen Mangel an kühner, entschlossener Thatkraft“ erklären zu müssen.[4]) Erzherzog Karl selbst rechtfertigt seine Teilnahmslosigkeit glaubwürdig mit der Berufung auf Weisungen des Hofkriegsrats.[5]) Zar Paul, der wie ein neuer Tamerlan allen Mächten seinen Willen aufnötigen wollte, erblickte eine persönliche Beleidigung darin, daß das undankbare Oesterreich eigene Politik treiben wolle. Erzherzog Karl gab sich alle Mühe, die Waffenbrüderschaft mit den Russen wieder zu Ansehen und Wirkung zu bringen, doch Suwarow hielt am Verdacht fest, daß der Wiener Hof einen Sonderfrieden mit Frankreich einzufädeln suche. Am 22. Oktober erklärte Zar Paul seinen

[1]) Angeli, II, 401.
[2]) Ausgewählte Schriften, III, 382.
[3]) Vivenot, 21.
[4]) Clausewitz, VI, 263.
[5]) Ausgewählte Schriften, II, 294.

Austritt aus dem Waffenbunde gegen Frankreich. Er müsse, schrieb er an Kaiser Franz, die Verbindung auflösen, um nicht den Triumph der schlechten Sache zu bekräftigen; die Preisgebung der Russen in der Schweiz habe über die wahren Absichten Oesterreichs nur allzu deutliche Aufklärung geboten. Der preußische Gesandte in Wien machte in Bezug auf die zwischen beiden Kaiserhöfen aufgewachsenen Mißhelligkeiten eine treffende Bemerkung. Dem neuen Streit, meinte er, liege nur der alte Gegensatz zu Grunde: Während der Zar an Wiederherstellung der alten Ordnung in Frankreich und der europäischen Zustände vor dem Ausbruch der Revolution zäh festhalte, wolle man in Wien nicht für die schönen Augen der Grafen von Provence und Artois, sondern nur für greifbaren Vorteil des eigenen Staates Opfer bringen.[1])

Die russische Armee kehrte langsam über Schwaben und Baiern in die Heimat zurück. Wie überraschend die neueste Wendung im Reich wirkte, erhellt daraus, daß der kaiserliche Gesandte in München, Graf Seilern, noch am 16. November der Entrüstung Ausdruck gab, weil sich „durch den leichtsinnigen und geschwätzigen Charakter des Kurfürsten" das Gerücht verbreitet habe, die Russen wollten den Rückzug antreten.[2]) Schon wenige Tage später marschierten die Russen in Baiern ein. Sie wurden — die erste Wirkung des Vertrags von Gatschina — mit Aufmerksamkeit aufgenommen. Der Kurfürst erbot sich sogar, 2400 Baiern unter den Oberbefehl Korsakoffs zu stellen. „Ein deutlicher Beweis," schrieb Graf Seilern, „wie sehr der Kurfürst sich vom Allerhöchsten Hofe zu entfernen suche und gegenwärtig zum Hauptsystem angenommen habe, den Schutz Rußlands ganz unbedingt zu erhalten." Obwohl es bei Hofe selbst am Nötigsten fehlte, gewährte der Kurfürst dem von Geldmitteln entblößten Marschall unverzüglich ein erbetenes Darlehen; dafür ließ es aber auch Suwarow in wohlberechnetem Gegensatz zu den beleidigenden Anklagen gegen Oesterreich an Lobsprüchen und Versprechungen für die neuen Bundesgenossen nicht fehlen.

Die österreichischen Truppen bezogen Winterquartiere am Bodensee und Neckar. Erzherzog Karl war infolge der Anstrengungen des Feldzuges, und nicht weniger unter dem Eindruck der beleidigenden Mißachtung der maßgebenden Wiener Kreise erkrankt: er erbat und erhielt seinen Abschied, Feldzeugmeister Kray wurde zu seinem Nachfolger ernannt.[3])

Gerade im entscheidenden Augenblick, da der aus Aegypten heimgekehrte Bonaparte die ganze Kraft der französischen Nation zusammenfaßte und noch den eigenen Degen in die Wagschale des Kriegsglückes warf, fehlte dem Kaiserstaat der einzige Mann, der vielleicht im stande gewesen wäre, die Erfolge des Feldzugs von 1799 zu behaupten und die heraufziehenden Gefahren abzuwehren.

---

[1]) Angeli, II, 507.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht des Grafen Keller an das preuß. Ministerium vom 9. Sept. 1799.

[3]) K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Berichte des kaiserlichen Gesandten Grafen Seilern aus München an Thugut 1799. Bericht vom 16. Nov. 1799.

Dritter Abschnitt.

Der Staatsstreich vom 18. Brumaire. Moreau in Süddeutschland. Bonaparte in Italien. Die Schlacht von Marengo. Friedensverhandlungen in Lunéville. Die Schlacht bei Hohenlinden. Der Friede von Lunéville.

In den auf St. Helena diktierten Denkwürdigkeiten stellt Napoleon die Episode des 18. Brumaire so dar, als wäre Frankreich verloren gewesen, wenn nicht er im entscheidenden Augenblick als Retter eingegriffen hätte. Diese Beteuerung verrät ein rührendes Vertrauen auf den Mangel an Geschichtskenntnis im großen Publikum; sonst würde Bonaparte nicht gewagt haben, sich selbst ein Verdienst beizumessen, auf welches Massena, der Sieger von Zürich, und Brune, der die vereinigten Russen und Engländer am 19. September bei Bergen in den Niederlanden geschlagen hatte, gerechteren Anspruch erheben konnten.[1]) Richtig ist, daß Bonaparte in Paris als Retter des Vaterlandes empfangen wurde, doch nicht zum Dank für die angebliche Erstürmung von St. Jean d'Acre und den wirklichen Sieg bei Abukir; auch nicht die Hoffnung, daß er die Republik retten werde, gewann ihm so großen Anhang, sondern weit mehr die Hoffnung, daß er Frankreich von der Republik erlösen werde.

Während die äußere Politik der Direktorialregierung in Bezug auf Thatkraft und Entschlossenheit nichts zu wünschen übrig ließ, hatte die Zerrüttung im Innern gefährliche Fortschritte gemacht. Das Direktorium hatte sich einem Raubsystem ergeben, das alle Kräfte des Staates aufsaugte. Dem Ulmer Buchhändler Heinzmann, der den Sommer 1798 in Paris zubrachte, verdanken wir eine lebensvolle Schilderung der in Frankreich aufgewachsenen Mißwirtschaft. Heinzmann nennt sich „einen Freund der Revolution, der aber neue Despoten fürchtet". Um so auffälliger ist sein begeistertes Eintreten für Bonaparte. Die Beschwerden über die ägyptische Expedition im Rat der Fünfhundert sind ihm

[1]) In den nach Massenas Tod herausgegebenen Denkwürdigkeiten wird dieser Anspruch auch erhoben. „Man kann sagen, daß Frankreich, das, auf allen Seiten von mächtigen Feinden bedroht, im Innern aufs äußerste beunruhigt war, durch den Sieg von Zürich gerettet wurde!" (Mémoires de Massena rédigés d'après les documents qu'il a laissés, III, 399.)

nur ein Beweis, daß leider auch in Republiken „das Gefühl für das Große" fehlt. „O diese kleinen Talglichter, wie sie stinken nach Unschlicht!" [1])

Als einer der ersten erkannte der deutsche Dichter Wieland, daß die Leitung des Staatslebens in Frankreich binnen kurzem auf Bonaparte übergehen werde. Schon im März 1798 ließ er im „Gespräch unter vier Augen" den Monarchisten Wilibald dem Republikaner Heribert einen „Wink" (hint) geben, daß Bonaparte allein die „Tauglichkeit", d. h. die politischen und moralischen Tugenden besitze, um ein zerfallendes Reich wieder in Flor zu bringen. Die Selbsterhaltung gebiete den Franzosen, ihre Konstitution von 1795 ins Feuer zu werfen und zum Diktator oder Lordprotektor oder Protarchon einen Mann zu ernennen, „von großem, hohen Geist, von den größten Talenten in Krieg und Frieden, von unermüdlicher Thätigkeit, von ebenso viel Kühnheit wie Mut, einfach und prunklos in seiner Lebensart, immer Meister von sich selbst, wenn auch kein eigentlicher Franzose und sogar der Träger eines ausländischen Namens — mit einem Wort also: Bonaparte!" [2])

Frankreich hatte seit zehn Jahren alle Leiden zu dulden, welche der Umsturz der staatlichen Ordnung über ein Volk verhängen kann. Viele Tausende von Bürgern waren im Kampfe mit Europa und in dem noch fürchterlicheren Bürgerkriege umgekommen; Milliarden des nationalen Vermögens waren während des kommunistischen Schreckensregiments und durch die Lotterwirtschaft des Direktoriums verloren gegangen. Der 30. Prairial hatte nur einige besonders freche Staatsräuber gestürzt; die Unhaltbarkeit des herrschenden Systems war zu Tage getreten, doch was sollte an dessen Stelle gesetzt werden?

„Wenn mich mein Land nötig haben sollte" — so hatte Napoleon Bonaparte bei seiner Abreise zu Bruder Joseph gesagt —, „wenn es noch mehr Leute geben wird, die ebenso denken wie Talleyrand und Sieyès und Roederer, wenn sich neuer Krieg entzündet und eine unglückliche Wendung nimmt, dann kehre ich zurück, und dann werde ich die öffentliche Meinung für mich haben." [3])

Und Bonaparte kehrte zurück, und die große Mehrheit des Volkes war bereit, in ihm den Retter des Vaterlandes zu begrüßen, doch niemand wußte, auf welche Weise er das Rettungswerk vollbringen werde. Nur daß das gegenwärtige Regiment nicht länger dauern dürfe, darin waren alle einig, bei denen nicht schon der Patriotismus selbst als eine rührselige „Tugend der Revolutionszeit" aus der Mode gekommen war. „Im allgemeinen war Frankreich" — in diese Worte faßt Vandal das Urteil über die herrschende Volksstimmung zusammen —

---

[1]) Heinzmann, Meine Frühstunden in Paris (1800), 21, 56, 173 ff.

[2]) Wieland, Aufsätze über die französische Revolution; Hempelsche Ausgabe von Wielands Werken, 34. Bd., 365. Um dieses Ausspruches willen denunzierte ein englisches Organ (St. James Chronicle, 1800, 25. january) nach dem 18. Brumaire den deutschen Dichter, er habe als gedungener Stimmführer der Illuminaten die Franzosen auf den Retter des Jakobinismus aufmerksam gemacht. Ohne Zweifel hatte Wieland recht, wenn er diese Behauptung ein albernes Märchen nannte, doch ist ihm schwer zu glauben, daß er „nur in einer Stunde zwischen Scherz und Ernst etwas niederschrieb, was er selbst für moralisch unmöglich gehalten habe".

[3]) Mémoires et correspondance politique et militaire du Roi Josephe, publ. par Du Casse, I, 71.

„nicht so fast den Grundsätzen, als dem System der Revolution feindlich gestimmt, nicht so fast der bestehenden Regierungsform, als den zur Zeit Regierenden“.[1]) Was wird nun Bonaparte thun, um Rat zu schaffen? Wird er die ehemaligen Gesinnungsgenossen, die Jakobiner, um sich scharen? „Gewiß, der Held des 13. Vendémiaire wird sich treu bleiben!“ Dieser Hoffnung gaben sich viele Republikaner noch am 18. Brumaire hin.[2]) An der Spitze der „Partei der Reitschule“ standen zwei tüchtige Generale, Jourdan und Augereau, der erste ein überzeugungstreuer Republikaner, der andere ein ungestümer Vertreter militärischer Demagogie. Oder wird sich Bonaparte den von Sieyès geleiteten Freunden gemäßigter Reformen anschließen? Oder wird er sich gar im Verein mit den „Verfaulten“, den Direktoren, an gewinnsüchtiger Ausbeutung des Staates beteiligen? Noch ahnte niemand, daß Bonaparte nicht bloß der größte Stratege, sondern auch der genialste Staatsmann seines Zeitalters war, aber mit gespannter Aufmerksamkeit sahen schon dreißig Millionen Franzosen dem politischen Debut des Obergenerals entgegen. Dieser selbst schien die Erregtheit der Volksstimmung gar nicht zu bemerken. Als ihn Bruder Lucian über seine Auffassung der politischen Lage befragte, erwiderte er — so berichtet wenigstens Lucian —, er sei allerdings der Meinung, daß Frankreich eine fester geschlossene Regierung nötig habe, daß z. B. drei Konsuln besser am Platze wären, als die fünf Direktoren, doch um keinen Preis werde er selbst für einen solchen Posten zu haben sein. „Lassen Sie mich nur erst ausschnaufen; ich bin zur Zeit für die Armee notwendig; ich denke nicht daran, das Schwert mit der Toga zu vertauschen!“

Doch diese Gelassenheit war eine Maske. Vor seinen militärischen Erfolgen hatte er die Behauptung, daß ein großes Reich einen festen Mittelpunkt nötig habe, ein „Ammenmärchen der Royalisten“ genannt;[3]) jetzt dachte er anders. Zunächst trat er mit Sieyès, dem Führer der großen, bunt zusammengewürfelten Partei der „Gemäßigten“, in geheime Verbindung. Sieyès war ein Gegner des Direktoriums, schon deshalb, weil er noch immer seinen Verfassungsentwurf in der Tasche tragen mußte und er der Direktorialverfassung nicht verzeihen konnte, daß sie den Platz dieses unverstandenen Meisterwerkes eingenommen hatte. Er war beständig auf der Suche nach einem Mann der That, dessen bewegende Kraft er selbst sein wollte; nachdem er schon an Bernadotte, an Joubert, ja sogar an einen braunschweigischen Prinzen gedacht hatte, glaubte er in Bonaparte den „rechten“ gefunden zu haben. Der Dritte im Bunde wurde Talleyrand, der, wenn auch selbst ein kluger Seher, sich nicht verhehlte, daß nur bewaffnete Propheten zur Herrschaft gelangen können, und deshalb wenigstens den künftigen Herrn zum Freund gewinnen wollte. Auch den Mitgliedern der Familie Bonaparte waren in der dem Staatsstreich vorangehenden Comédie de l'attente bestimmte Rollen übertragen; wichtige Dienste leistete namentlich Lucian, der Präsident des Rates der Fünfhundert. Die Aufgabe war keineswegs leicht. Vandal hat über-

---

[1]) Vandal, L'avènement de Bonaparte, I: La genèse du consulat, Brumaire, la constitution de l'an VIII, 65.

[2]) Ibid., I, 276.

[3]) Masson, Napoléon inconnu, II, 275.

zeugend dargelegt, wie verkehrt es wäre, zu glauben, Napoleon habe nach seiner Rückkehr aus Aegypten nur den Ast zu schütteln gebraucht, um die Birne herabfallen zu machen. Der widerstrebenden Kräfte gab es noch viele, und in der Armee waren die jakobinischen Ideen noch weit verbreitet. Auch die Truppen, an deren Spitze sich Bonaparte am 19. Brumaire stellte, „um die Advokaten und die übrigen Schwätzer in die Seine zu werfen", waren nicht die Prätorianer, die man in ihnen erblicken wollte, waren dem General keineswegs unbedingt ergeben. Der Staatsstreich wurde nur dadurch ermöglicht, daß auch die jakobinisch gesinnten Truppen ebenso wie viele bürgerliche Radikale eine Staatsumwälzung für nötig hielten, um zu verhüten, daß entweder wilde Anarchie einreiße oder das Königtum wieder zur Herrschaft gelange. Wo Napoleon nicht auf schwärmerisches Vertrauen zählen durfte, wurde ihm wenigstens skeptische Ergebenheit angeboten. Wenn der populäre Held des Tages nicht mehr aus dem Spiel gelassen werden konnte, warum sollte man ihn hindern, zum Ruhme des großen Feldherrn das Verdienst des Begründers einer festen Staatsordnung zu fügen? Von besonderer Wichtigkeit war es, daß Moreau, der sich in Italien so ehrenvoll behauptet hatte und allenfalls als Nebenbuhler Bonapartes hätte auftreten können, dem Plane eines Regierungswechsels teilnahmslos gegenüberstand. Beim ersten Zusammentreffen mit Moreau im Hause des Direktors Gohier hatte Bonaparte eine hinreißende Liebenswürdigkeit entfaltet, — wie konnte er schlicht, anregend und anziehend sein, wenn er wollte! Als er die Notwendigkeit einer Verfassungsreform andeutete, erklärte sich der ältere Kollege mit allem einverstanden, nur möge man ihm nicht zumuten, politische Versammlungen zu besuchen.

Das Festgelage in der Kirche St. Sulpice, das die Direktoren zu Ehren der Sieger Bonaparte und Moreau veranstalteten, bot günstige Gelegenheit, Anhänger und Gegner zu mustern, — wer denkt nicht an das Bankett der Generäle Wallensteins? Das Ergebnis war befriedigend. Bonaparte trank auf die Vereinigung aller Franzosen; der Trinkspruch war schon ein Regierungsprogramm. Auf den Straßen wurde der General mit den Rufen: Es lebe Bonaparte! Es lebe der Friede! begrüßt.[1]) Unmittelbar nach dem Bankett fand die letzte entscheidende Beratung mit Sieyès im Hause Lucians statt. Da führte der kleine Mann mit den Feueraugen eine ganz andere Sprache, als man sie bisher von ihm vernommen hatte. „Das Schwatzen muß endlich einmal aufhören, es muß gehandelt werden. Frankreich hat eine neue Verfassung nötig. Wenn man es für nötig hält, will ich einer von den drei an die Spitze zu stellenden Konsuln sein. Wenn Ihnen dies nicht einleuchtet, so habe ich nichts mehr zu sagen!"

Mit diesem Wort war der gordische Knoten zerhauen. In den nächsten Tagen waren Sieyès und Lucian thätig, die Freunde auf das kommende Ereignis vorzubereiten. „Die Anhänger der roten Revolution erheben aufs neue ihr Haupt! Nur ein festes Regiment von gemäßigter Tendenz kann den Umsturz alles Bestehenden aufhalten!" Am 18. Brumaire sollte in beiden Kammern

[1]) Th. Jung, Lucien Bonaparte et ses mémoires, I, 296.

vor dem Ausbruch einer jakobinischen Verschwörung gewarnt, zur Wahrung der Unabhängigkeit der Volksvertretung die Uebersiedlung der Kammern nach St. Cloud verlangt und das Kommando über Linie und Nationalgarde an Bonaparte übertragen, sodann der Rücktritt des Direktoriums erzwungen und die Regierungsgewalt auf drei Konsuln, Bonaparte, Sieyès und Roger-Ducos übertragen werden.

Es kann hier auf die Durchführung des Programms am 18. und 19. Brumaire (9. und 10. November) nicht näher eingegangen werden. Trotz aller Vorbereitungen kam es bei der Sprengung des Rates der Fünfhundert zu stürmischen Auftritten. Bonaparte wurde beschimpft und mißhandelt, der Beifall der Anhänger übertönt von den Rufen: „Nieder mit dem Diktator! Die Acht über den Verräter!" Die bonapartistische Legende hat aus dem 19. Brumaire eine hochdramatische Scene mit Held Bonaparte im Mittelpunkt gemacht; in Wirklichkeit war es ein wüstes Geräufe. Vorerst errang den Sieg nicht Bonaparte, sondern die festgeschlossene Schar der Jakobiner. Auch die vor dem Schloß aufgestellten Truppen wurden nicht durch die Aufforderung ihres Generals, sondern erst durch die Bitten Lucians, des Vertreters der legitimen Gewalt, bewogen, den Sitzungssaal zu räumen und die feindlich gesinnten Volksvertreter zu verjagen. Und auch Lucian mußte erst zu einem theatralischen Kunstgriff seine Zuflucht nehmen. Dem Bruder den Degen an die Brust setzend, rief er mit dem Brustton der Ueberzeugung, den er Talma abgelauscht hatte, mit eigener Hand würde er den Bruder töten, wenn dieser jemals daran dächte, die Freiheit der Franzosen anzutasten. Auch die Truppen wollten also nicht die Aufrichtung einer Militärmonarchie, sondern nur die Beseitigung der Parlamente, die trotz ihrer volksfreundlichen Reden die Truppen ohne Sold, Brot und Stiefel ließen. Das demokratische Prinzip galt auch noch dem größten Teil der Armee als das unantastbare Grundgesetz des Staates.

Nach Verjagung der Gegner wurde von den Anwälten der „Reinigung des Staates" zum Gesetz erhoben: das Direktorium hat aufgehört zu bestehen, die ausführende Gewalt wird drei Konsuln übertragen. Mittelpunkt des Staates war fortan thatsächlich nicht mehr das Volk, sondern eine fest geschlossene Regierung. Frankreich bedurfte einer solchen, wenn die schon vom Wohlfahrtsausschuß begonnene und seither nicht aufgegebene Ausbreitungspolitik gegenüber den Nachbarstaaten festgehalten werden sollte. Doch auch zur Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung, zur Sicherung von Eigentum, Freiheit und Leben des Einzelnen erschien diese Verstärkung der Regierungsgewalt notwendig. Welch schwierige Aufgabe war es, den Ausgewanderten die Rückkehr zu ermöglichen und die Inhaber der Nationalgüter in ihrem Besitz zu schützen, den Gläubigen ihren Gottesdienst und ihre Seelsorger wiederzugeben und die Staatsgeistlichen vor Unterdrückung zu bewahren, zwischen Genossen und Gegnern, Siegern und Opfern der großen Revolutionszeit zu vermitteln, Royalisten und Jakobiner, Thermidorianer und Kommunisten in der Achtung vor dem Gesetz und der Regierung zusammenzufassen. [1])

[1]) A. Sorel, L'Europe et la révolution française, V, 486.

Die Konstitution vom Jahre Acht war größtenteils das Werk Sieyès'. An der Spitze des Ganzen sollte nach dem ursprünglichen Entwurfe ein „Großwähler" (Grand-Electeur) stehen, der die Konsuln ernennen, die Gesetze und Staatsverträge unterzeichnen, in den Tuilerien und in Versailles Hof halten, kurz, der erste und einflußreichste Mann im Reiche, der eigentliche Regent sein sollte. Es war für niemand zweifelhaft, welchen ehrenwerten Mann sich Sieyès für diesen Posten ausersehen hatte. Doch die Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Bonaparte verwarf im Verfassungsausschuß die Aufstellung eines „Roi fainéant" mit solcher Entschiedenheit, daß nicht bloß der „Großwähler" gestrichen, sondern auch der Einfluß Sieyès' gebrochen war. Um so wichtigere Befugnisse wurden dem ersten Konsul, dem eigentlichen Oberhaupt des Staates, zugesprochen; die beiden Kollegen mit lediglich beratender Stimme waren nur Schaustücke, welche die Souveränetät des ersten Konsuls vorerst noch verdecken sollten.

Die am 13. Dezember 1799 fertig gestellte Verfassung wurde einem Plebiscit unterworfen. Von allen stimmberechtigten französischen Bürgern stimmten nur 1562 gegen die Vorlage. Diese Zahl bekundet unanfechtbar, daß die Verfassung vom Jahre Acht, mochte sie auch keineswegs den Wünschen des ganzen französischen Volkes entsprechen, von der ungeheuren Mehrheit als eine Notwendigkeit angesehen wurde, um dem Lande endlich den Frieden zu geben. Sie war die beste Verfassung, weil sie am besten den augenblicklichen Bedürfnissen der Zeit entsprach.

Die Nation atmete förmlich auf, als sie die vollziehende Gewalt wieder in den Händen eines Mannes sah, der zugleich Furcht und Zuneigung einflößte, „weil ihn die Natur selbst zum Befehlen geschaffen hatte". [1] Diese Freude des Volkes erklärt den Eifer, womit es seinen Befehlen nachkam, die Begeisterung, womit seine organisatorischen Beschlüsse aufgenommen wurden.

„Möge Bonaparte," sagte der Präfekt des Departements Pas-de-Calais, „recht lange für die Republik sein, was die göttliche Vorsehung für die Welt ist!" Und ein anderer Präfekt leistete sich das große Wort: „Gott schuf Bonaparte, dann ruhte er aus!" Gewiß, das waren höfische Schmeichelreden, aber sie waren der Ausfluß einer weit verbreiteten Stimmung. Nicht weniger frohen Beifall fand die Erhebung Bonapartes in den von Frankreich annektierten Gebieten. Der in französische Dienste getretene Rebmann feiert den „Friedgeber" Bonaparte:

„Schön ist zwar die Lorbeerkrone,
Die dein junges Haupt umweht,
Aber schöner, die zum Lohne
Dir die Menschheit zugesteht!
Schöner sind die Palmenzweige,
Die sie um das Schwert dir wand,
Da an des Jahrhunderts Neige
Sie durch dich den Frieden fand!" [2]

[1] Frau v. Staël, Betrachtungen über die vornehmsten Begebenheiten der französischen Revolution, II, 224.

[2] Die Geißel, III, 1, 280.

Die endgültige Aufstellung der drei Konsuln bildete den Abschluß der Neugestaltung des Staates. Daß Bonaparte an die Spitze treten müsse, war etwas Selbstverständliches. Sieyès hatte in den wenigen Tagen seines provisorischen Konsulats so unerfreuliche Erfahrungen gemacht, daß er gegen reiche Entlohnung auf eine Wahl gern verzichtete. Auch der unbedeutende Roger-Ducos ließ sich mit Geld abfinden. Zum zweiten Konsul wurde der berühmte Jurist und noch berühmtere Feinschmecker Cambacerès, zum dritten ein Finanzmann, Charles Lebrun, berufen. In der Wahl seiner Gehülfen glücklich, bewährte Bonaparte ebensoviel Geschäfts- und Menschenkenntnis bei der Zusammensetzung des Ministeriums, des Staatsrates, des Senats, der obersten Civil- und Militärstellen. Nach der ersten Staatskonferenz, in welcher Finanz- und andere Verwaltungsfragen, militärische und gesetzgeberische Angelegenheiten aller Art zur Beratung gekommen waren, kam Sieyès bestürzt zu seinen Freunden. „Ihr habt einen Herrn!" rief er ihnen zu, „dieser Mensch weiß alles, kann alles, will alles!" Das Manifest vom 15. Dezember 1799, das der französischen Nation die Konsularverfassung empfahl, schloß mit den Worten: „Bürger! Die Revolution ist zu den Grundsätzen zurückgekehrt, von denen sie ausgegangen war, — sie ist zu Ende!" Das waren fast die nämlichen Worte, die Antoine Barnave im Jahre 1791 feierlich gesprochen hatte, als man auf einen Augenblick glauben konnte, daß das konstitutionelle Königtum sich aufrecht erhalten werde. Das war später von allen Parteien in der Spanne Zeit zwischen Erhebung und Sturz wiederholt worden. Das war auch nach dem 18. Brumaire nicht wahr, denn die Revolution dauerte fort, wenn auch unter anderen Formen. Die Freiheit war in den zehn Jahren der Volksherrschaft zu sehr mißbraucht worden, als daß sie noch als höchstes Gut hätte gelten können; von Brüderlichkeit war angesichts der nimmer endenden Gewaltthaten nicht mehr zu reden; nur die Gleichheit bestand noch fort; auch dem Sohne der Waschfrau stand die Bahn zu den höchsten Ehren offen, doch es war nur noch die Gleichheit Aller unter Einem.

In diesem Einen waren, wie sein Kamerad Bourienne sagt, zwei verschiedene Naturen vereinigt: der republikanische General, der sich vor dem Volk als Freund der Grundsätze der Revolution aufspielte, und der Ehrgeizige, der in der Stille diese Grundsätze untergrub. [1])

Noch glaubte man von ihm, daß er sich damit begnügen werde, der Washington Frankreichs zu sein, doch er wollte Oktavian, wollte Augustus werden!

Lanfrey und andere Republikaner gefallen sich in der Darstellung, als ob die Menschheit in der demokratischen Periode des Revolutionszeitalters von Frankreich unvergängliche Wohlthaten empfangen habe, während sie im Zeitalter Napoleons durch die unersättliche Ruhmbegier des einzigen Mannes von allen Leiden und Schrecken des Krieges heimgesucht worden sei.

Das ist aber auch nur eine Legende. Durch die Forschung Sorels und Chuquets ist festgestellt, daß der Ehrgeiz Napoleons nichts erfunden hat, was nicht schon während der Revolutionskriege geplant und angestrebt worden war.

---

[1]) Bourienne, Mémoires, III, 252.

Wie die Anhänger Mohammeds eine heilige Pflicht darin erblickt hatten, ihren Glauben mit Feuer und Schwert auszubreiten, so brachen die Bekenner der Revolutionsgrundsätze in die Nachbarstaaten ein, um die Völker zu den neuen Satzungen zu bekehren, und zwar zu bekehren durch Eroberung. Den entschlossensten und zähesten Gegner der neuen Völkerbeglückung, England, durch eine Landung in Irland zu verwunden, das war schon 1796 ins Auge gefaßt worden. England in Ostindien zu fassen, hatten schon die Fünfmänner durch Bonaparte auszuführen getrachtet, ja sogar der Gedanke der Kontinentalsperre, die dem englischen Handel die kontinentalen Hafenplätze verschließen sollte, war schon während der Direktorialregierung aufgetaucht.

Ebenso setzte Bonaparte gegen Deutschland nur die schon in den neunziger Jahren verfolgte Politik fort. Der Plan, durch die Säkularisierung der geistlichen Herrschaften die Macht des Kaisertums zu brechen und den Zusammenbruch der Reichsverfassung zu beschleunigen, war von Sieyès erdacht und nach den letzten Triumphen der französischen Waffen von der Regierung aufgegriffen worden. Das System einer Vereinigung west- und süddeutscher Fürsten zu einem Bunde unter französischem Schutze ist bis auf die Tage Richelieus und Mazarins zurück zu verfolgen; das Direktorium hatte es nur neuerdings in Rastatt und an den deutschen Höfen durchzuführen getrachtet. Bonaparte war bisher der Degen gewesen, der diesen Plänen zum Sieg verhalf; jetzt setzte er die nämliche Politik in eigenem Interesse fort. Er wollte Krieg, er brauchte Krieg, doch er mußte sich vor der nach Frieden lechzenden Nation den Anschein geben, als strebe auch er nur einen ehrenvollen Frieden an.

In dieser Absicht richtete er ein eigenhändiges Schreiben an König Georg von Großbritannien (25. Dezember). Indem er die unbegreifliche Entfremdung der zwei aufgeklärtesten Nationen der Erde beklagte, bat er den König, für Frieden zu wirken, gleichwie er selbst dafür seine ganze Kraft einsetzen wolle.[1]) Der konstitutionelle König folgte nicht auf den Weg der unmittelbaren Korrespondenz, den der Beamte der Republik eigenmächtig eingeschlagen hatte, sondern ließ den Konsul durch sein Ministerium mit kühlen Worten abfertigen. Solange in Frankreich das gegenwärtige System herrsche, sei es den anderen Staaten Europas nicht möglich, den Degen in die Scheide zu stecken; wenn der Mann, den eine neue Revolution an die Spitze gestellt habe, im Ernst mit Friedenswünschen sich trage, so könne er dafür keine bessere Gewähr bieten, als durch Wiedereinsetzung des legitimen Königtums. Eine Zeit lang wurde noch zwischen den beiden Mächten verhandelt; es war aber wohl auf beiden Seiten nicht aufrichtig gemeint. Bonaparte verlangte Aegypten, das vom englischen Kabinett niemals zugestanden werden konnte.[2]) Zu Nachgiebigkeit war auch um so weniger

[1]) Correspondance de Napoléon, 6. tom., 36.

[2]) Napoleon selbst erklärte auf St. Helena, es sei ihm mit dem Friedensanerbieten nicht Ernst gewesen (Corresp. de Nap., 30. tom., 4, 493). Bowmann (Die englisch-französischen Friedensverhandlungen vom Dezember 1799 bis Januar 1800, [1899] 31) will auch diesem Geständnis des ein für allemal Unglaubwürdigen nicht Glauben schenken; er nimmt an, daß das Angebot ernst gemeint gewesen sei, weil Bonaparte den Frieden, den er freilich nur als Waffenstillstand auffaßte, nötig gehabt habe, um die französische Besatzung von Malta zu retten. Ob diese

Anlaß geboten, da die Koalierten sich zweifellos einer günstigeren militärischen Lage erfreuten.[1] In Italien hatten die Franzosen fast allen Boden verloren. Starke österreichische Armeen sammelten sich an der Grenze Savoyens, wie am Rhein. Die Vorfälle bei Acre hatten den Beweis geliefert, daß selbst einem Bonaparte das Kriegsglück nicht unwandelbare Treue halte.

Daraus erklärt sich auch, daß einem Briefe Napoleons an den Kaiser (25. Dezember), der mit den überschwänglichen Worten anhebt: „Jedem Gefühle eitlen Ruhmes fremd, wünsche ich nichts sehnlicher, als daß alles Blutvergießen ein Ende habe!“[2] nur eine kühle Abweisung zu teil wurde. Der Wiener Hof hatte seit dem Friedensschluß von Campo Formio mit Frankreich nicht gerade freundliche Erfahrungen gemacht. Bei jenen Verhandlungen hatten die Franzosen der Erwerbung Baierns wohlwollend zugestimmt; in Rastatt aber hatten sie alles gethan, um den Lieblingswunsch Thuguts zu durchkreuzen. Man wußte in Wien auch recht gut, daß die französische Werbung um Gunst und Freundschaft deutscher Reichsstände dringlicher denn je betrieben werde. Mit allgemeinen friedlichen Beteuerungen sei nichts geholfen, erwiderte also Thugut dem Minister Talleyrand, für friedliche Einigung müsse eine festere Grundlage geschaffen werden. Bonaparte ließ darauf durch Talleyrand die Bedingungen von Campo Formio, ja sogar noch darüber hinausgehende Zugeständnisse in Italien anbieten. Doch Thugut, insbesondere von der Rücksicht ausgehend, daß die österreichische Herrschaft in Oberitalien immer gefährdet erscheine, solange die Schweiz in französischer Gewalt bleibe, gab seine mißtrauische Haltung nicht auf.[3] Der Friede kam nicht zu stande.

Dem Staatsstreiche vom 18. Brumaire wurde in Wien nicht die Bedeutung beigelegt, die er verdiente. Manche wähnten sogar, daß Bonaparte, weil er bisher für den Wiener Hof eine gewisse Schwäche gezeigt habe, mit dem Kaiser gegen Preußen und das Reich gemeinsame Sache machen werde. Schon unmittelbar nach der Rückkehr Bonapartes aus Aegypten gab sogar der preußische Gesandte in Wien, Graf Keller, solchen Vermutungen Raum. Es sei nicht unwahrscheinlich, meinte er, daß Bonaparte seinem alten Hang (penchant) entsprechend wieder dem Wiener Hofe gute Dienste leisten werde.[4] Nach dem 18. Brumaire berichtete Keller, der gelungene Staatsstreich sei in Wien mit Befriedigung aufgenommen worden. Von manchen, weil sie glaubten, daß die Aufrichtung eines konsularischen Triumvirats die Rückkehr des legitimen Königtums erleichtern werde; mehr Anhänger finde freilich die Vermutung, daß das

---

Begründung ausreicht, ist zweifelhaft. Gerade das theatralische Gebaren Bonapartes bei den Friedensangeboten in London und Wien läßt eher darauf schließen, daß es ihm nur um einen diplomatischen Schachzug zu thun war, um seine Friedensliebe vor den Franzosen in hellem Lichte zu zeigen.

[1] Chr. A. Miller, Das Jahr 1801, das erste und folgenreichste des 19. Jahrhunderts, (1802), 41.

[2] Corr. de Napoléon, 6. tom., 37.

[3] Die zwischen Talleyrand und Thugut gewechselten Briefe sind im Anhang bei Vivenot, Vertrauliche Briefe Thuguts, II, 441, gedruckt.

[4] Preuß. Staatsarchiv. Ministerialkorrespondenz mit Keller in Wien. Bericht Kellers vom 2. Nov. 1799.

Konsulat nichts anderes sei, als eine Diktatur Bonapartes. Allgemein aber werde der neue Herr Frankreichs als Freund Oesterreichs angesehen; man befürchte nur, daß Bonapartes Einfluß durch den vorsichtigeren, verschlageneren Sieyès gelähmt werden könnte. [1])

Die jüngsten Mißerfolge der französischen Armeen waren namentlich durch die Zerrüttung der Verwaltung verschuldet worden; deshalb hatte es an Waffen, Geschützen, Pferden gemangelt. Man sollte in Wien bald erfahren, was es bedeute, daß jetzt ein Gegner gegenüberstand, der alle Hülfsmittel ebenso findig und entschlossen sich zu schaffen, wie zu gebrauchen wußte. Wie anders wirkte jetzt die militärische Oberleitung, als unter dem zerfahrenen Regiment der verflossenen Worthelden und Lebemänner!

In seinem Aufruf an die Armee verkündigte Bonaparte, es handle sich nicht mehr darum, die Grenzen des Vaterlands zu verteidigen, sondern in Feindesland einzubrechen. „Ihr seid noch die nämlichen, die Holland, den Rhein und Italien eroberten, Ihr werdet unter den Mauern des bestürzten Wien der Welt den Frieden spenden . . ." „Sobald der Augenblick gekommen ist, werde ich, — der erste Beamte der Republik, — in Eurer Mitte sein, und Europa wird aufs neue gewahr werden, daß Ihr die Tapfersten der Tapfern seid!" [2])

Wenn Frankreich die Schlappen des Jahres 1799 wett machen wollte, so mußte es vor allem stärkere Streitkräfte ins Feld stellen. Heimlicher, als es sonst üblich und möglich gewesen war, bildete der neue Kriegsminister Berthier eine Reservearmee, deren Kommando Bonaparte sich selbst vorbehielt. In Oberitalien stand Massena mit ungefähr 30 000 Mann einer weit stärkeren, von dem tüchtigen, aber altersschwachen und allzu bedächtigen Melas befehligten österreichischen Armee gegenüber. Dagegen waren sich die Truppen Moreaus und Krays in der Schweiz und im Badischen so ziemlich ebenbürtig, auf beiden Seiten ungefähr 120 000 Mann.

Für Frankreich war es besonders wichtig, daß gerade vor Beginn des Feldzuges von 1800 der Aufstand in der Vendée sein Ende fand, daß es also möglich war, noch weitere 30 000 kriegsgeübte Soldaten gegen den Feind ins Feld zu stellen.

Nicht geringeren Vorteil brachte es, daß alle Anstrengungen des kaiserlichen wie des englischen Kabinetts, Suwarow und den Zaren versöhnlich zu stimmen, erfolglos blieben. Die russische Politik kehrte zurück zum obersten Grundsatz Katharinas: Gewehr bei Fuß zuzusehen, wie die Staaten des Abendlandes sich untereinander befehden, und inzwischen emsig die eigenen Interessen im Osten zu verfolgen.

Nach Bonapartes Absicht sollte die Waffenentscheidung auf deutschem Boden fallen. Die mit den Reserven vereinigte Armee Moreaus sollte bei Schaffhausen den Rhein überschreiten, um der kaiserlichen Armee in den Rücken zu fallen und nach erfochtenen Siegen unmittelbar gegen Wien vorzudringen. Ein kühner Plan, dem auch von sachkundigen Kritikern begeistertes Lob gezollt wird. [3])

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht vom 30. Nov. 1799.

[2]) Corr. de Napoléon, 6. tom., 38.

[3]) York von Wartenburg, Napoleon als Feldherr, I, 153.

Moreau aber, in einem so geschlossenen Vorgehen eine ernste Gefahr erblickend, wollte das Ueberschreiten des Rheins auf mehrere Punkte zwischen Straßburg und Basel verteilt wissen. General Desolles, den Bonaparte an Moreau geschickt hatte, meinte, daß dieser „schwer zu behandelnde Mann" den kühnen Plan des ersten Konsuls nicht recht begriffen habe. „Lassen Sie also Moreau seinen eigenen Plan ausführen, der nicht so hoch ist, wie der Ihrige, der aber auch gut ist! Moreau wird etwas langsam, aber sicher zu Werke gehen und Ihnen so viel Erfolg verschaffen, als Sie zum Gelingen des Ganzen brauchen!" Bonaparte erwiderte: „Moreau mag thun, was er will, wenn er nur Kray nach Ulm und Regensburg zurückwirft. Was er am Rhein nicht wagt, will ich an den Alpen wagen; es wird ihm dann leid sein um den Ruhm, den er mir abgetreten hat." Sofort ging Bonaparte an eine gründliche Aenderung seines Planes: die Reservearmee sollte nach Italien geworfen, der Hauptschlag dort geführt werden. Die Aufgabe Moreaus bestand nur noch darin, vom südlichen Donaugebiet aus die italienische Armee im Rücken und in der linken Flanke zu decken. Die Aufgabe wurde auch aufs glücklichste gelöst. Auf kaiserlicher Seite war an die Stelle des Erzherzogs Karl Feldzeugmeister Paul von Kray getreten. „Es war," — so klagt ein württembergischer Offizier Varnbüler — „wie wenn der umwölkte Mond auf das helle Sonnenlicht erschienen wäre." [1]) In mehreren Treffen bei Engen und Stockach, Möskirch, Krumbach, Biberach, Memmingen geschlagen, suchte Kray Schutz unter den Kanonen von Ulm, doch konnte er sich auch hier nicht lange halten; um die gefährdete Verbindung mit den Erblanden zu gewinnen, zog er sich auf dem linken Donauufer bis zur österreichischen Grenze zurück. Das preisgegebene Baiern wurde von den Franzosen besetzt. Am 15. Juli wurde infolge der inzwischen in Italien gefallenen Entscheidung in Parsdorf ein Abkommen getroffen, das den Feindseligkeiten auch auf deutschem Boden vorerst ein Ende setzte. Die den Franzosen eingeräumte Demarkationslinie lief vom Splügen längs der Vorarlbergischen Grenze nach den Lechquellen, dann über Reutte und über den Walchensee quer durch Baiern nach Ebersberg, Hohenlinden, Vilsbiburg bis an den Inn. Die in der französischen Demarkationslinie liegenden, von den Kaiserlichen besetzten Festungen Philippsburg, Ulm und Ingolstadt sollten alle 10 Tage neue Lebensmittel erhalten. Die Hauptstadt Baierns blieb vorerst noch frei. Napoleon fällt über die Kriegführung Moreaus im Sommer 1799 ein ungünstiges Urteil; er bezichtigt ihn des Mangels an Entschlossenheit und Wagemut. Wenn man aber bedenkt, daß Moreau bei seinen Bewegungen nicht bloß auf die eigene, sondern auch auf die italienische Armee Rücksicht zu nehmen hatte, so darf wohl bezweifelt werden, ob Napoleon damit einverstanden gewesen wäre, wenn sich die auf deutschem Boden operierende Armee auf gewagtere Unternehmungen eingelassen hätte.

Der Parsdorfer Vertrag zog einen Umschwung der bairischen Politik nach sich, was freilich erst etwas später zu Tage trat. Der Kurfürst von Baiern war

[1]) Varnbüler, Ueber den Feldzug der deutschen und der französischen Armeen in Deutschland im Sommer und Winter des Jahres 1800 (1801), 12.

beim Herannahen der Franzosen nach Baireuth geflohen. Seit der ergebnislosen Zusammenkunft mit Friedrich Wilhelm in Ansbach hatte er sich enger an den Wiener Hof angeschlossen. „Der Kurfürst," so glaubte der kaiserliche Gesandte Graf Seilern versichern zu dürfen, „würde sich überhaupt gern seinem guten Herzen überlassen, wenn er sich nur getraute, auf einem Entschluß zu beharren; er ist aber dermaßen von der Jakobinerparthey (damit sind Montgelas und die Illuminaten gemeint) eingeschlossen, daß er mit dem besten Willen nicht zu ergründen vermag, warum er überall viel übler als seine Vorfahren sich bedient befindet." [1]) Am 16. März 1800 schloß der Kurfürst sogar einen Subsidienvertrag mit England, wonach Baiern außer dem Reichskontingent noch ein Corps von 12 000 Mann zur Verfügung stellen sollte. Der Minister Montgelas versichert in seinen Denkwürdigkeiten, das Abkommen mit England getroffen zu haben, um den Verpflichtungen gegen Oesterreich und Rußland ausreichender entsprechen zu können, [2]) doch die eigentliche Triebfeder war wohl der Wunsch: er wollte durch Verstärkung der bairischen Streitkräfte in stand gesetzt sein, allmählich selbst der Herr seiner Entschließungen zu werden. Nach der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten bestürmten die Landstände den Kurfürsten, auf die englischen Subsidien zu verzichten und die bairischen Truppen zurückzuziehen, doch Max Joseph schien entschlossen zu sein, an der Seite Oesterreichs auszuharren. Die Berichte Seilerns aus diesen Tagen enthalten fast nur Lob und Anerkennung für den Kurfürsten und das Ministerium. Doch der Abschluß des Waffenstillstands, der den größten Teil der kurfürstlichen Lande den Franzosen preisgab, rief einen jähen Wechsel in der Stimmung bei Hofe hervor. Der Kurfürst überhäufte den kaiserlichen Gesandten mit Klagen und Vorwürfen. „Offenbar will der k. k. Hof mich und mein Land aufopfern, nach allem, was ich für den Kaiser gethan habe! Nun wird es mir die Welt nicht verargen, wenn ich andere Wege einschlage!" „Die preußische Parthey frohlockt!" klagt der kaiserliche Gesandte. [3]) Fortan wurde in der Umgebung des Kurfürsten „ein beinahe beleidigender Unwille gegen alles, was kaiserlich genannt werden kann," zur Schau getragen, doch kam es vorerst nicht zu offenem Bruche. —

Massena wurde im April von der überlegenen kaiserlichen Armee unter Melas bis Genua zurückgedrängt. Dann verzettelte aber Melas seine Streitkräfte und verlor die beste Zeit. Die Belagerung Genuas überließ er dem General Ott. Um der durch Hungersnot und Seuchen schwer bedrängten Stadt Hülfe zu bringen, beschloß Napoleon, mit der Reserve und einem Teil der Rheinarmee durch die westliche Schweiz über die Bernhardsberge den Weg nach Oberitalien zu suchen. Hier sollten dann die Oesterreicher zu einer Entscheidungsschlacht gezwungen werden. „Durch das Schwergewicht seiner Persönlichkeit gedachte er dem italienischen Kriegsschauplatz die erhöhte Bedeutung zu verleihen, die er von vornherein nicht hatte, und wer kann einem Bonaparte das verübeln, bei dem das Maß des Erreichbaren keine Grenzen zu haben

[1]) K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Bericht Seilerns vom 28. Juni 1799.
[2]) Montgelas, Denkwürdigkeiten, 46.
[3]) K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Bericht Seilerns vom 21. Juli 1800.

schien!“ [1]) Bot doch der Uebergang über die Alpen auch willkommenen Anlaß zu Vergleichen mit Hannibal und Karl dem Großen!

In ewigem Schnee starrende Höhen, Lawinen, Gießbäche und andere Hindernisse wehrten die Uebersteigung der furchtbaren Scheidewand, welche gleichsam die Natur selbst als Schranke gezogen zu haben schien. Kein Wunder, daß Bonaparte so ernst blickte, daß sich der Schweizer Führer der Furcht nicht erwehren konnte: „So muß der sündige Engel nach seinem Sturz aus dem Himmel ausgesehen haben!“ Doch alle Schwierigkeiten wurden durch die Umsicht des Feldherrn und die Ausdauer der Truppen besiegt. Am 26. Mai stieg die französische Vorhut ins Dorathal herab; das Ziel, die piemontesische Ebene, war glücklich erreicht. Zu spät hatte Melas eine Abteilung dorthin entsendet, — der Vormarsch der Franzosen war nicht mehr aufzuhalten. [2]) Wichtigsten Dienst leistete Massena durch die zähe Ausdauer, womit er ungebeugt durch feindliche Uebermacht, Hungersnot und Seuchen, im belagerten Genua aushielt. Nur einem wetterharten homme du pays, meint Michelet, sei es möglich gewesen, solchen Anstrengungen standzuhalten. [3]) Erst am 4. Juni wurde Massena durch das stürmische Andringen der Bürgerschaft genötigt, die Stadt zu übergeben. Bonaparte hatte zur Rettung Genuas keinen Versuch gemacht; auch nicht gegen Turin zog er, wie die Kaiserlichen erwarteten, sondern geraden Weges nach der Hauptstadt der Lombardei. „Alles wagend, um alles zu gewinnen,“ — so beurteilt Erzherzog Karl das Vorgehen Bonapartes — „das Außerordentliche dem Gewöhnlichen, das Glänzende dem Sicheren vorziehend, gab er seine Kommunikation preis.“ [4]) Am 2. Juni hielt er Einzug in Mailand; ein großartiges strategisches Unternehmen war mit ebenso viel Kühnheit wie Glück durchgeführt. Doch barg die Lage Bonapartes noch große Gefahren. Keine von den vielen starken Festungen Oberitaliens war den Oesterreichern entrissen, sogar die Citadelle von Mailand hielten sie noch besetzt. Doch diese Ueberlegenheit war auch ihre Schwäche. Hätte Melas seine auf so viele feste Plätze verteilten Streitkräfte vereinigen dürfen, so wäre es ihm ein Leichtes gewesen, der Armee Bonapartes eine erdrückende Uebermacht entgegen zu stellen. [5]) Auch mit den zur Verfügung stehenden Truppen hätte Melas das Vordringen des Gegners unmöglich machen können, doch alle seine Maßnahmen verraten eine unheilvolle, oft unbegreifliche Unsicherheit und Unentschlossenheit. [6]) Daß auch Bonaparte sich vor und während der Entscheidungsschlacht schwerer Fehler schuldig machte, ist unanfechtbar festgestellt. Nur die mangelhafte Beschaffenheit des Aufklärungsdienstes macht es erklärlich, daß die französische Hauptarmee am 14. Juni bei dem Dorfe Marengo in der Ebene zwischen Bormida und Scrivia völlig unerwartet angegriffen werden konnte. Um 9 Uhr morgens erfolgte der erste Vorstoß der Oesterreicher gegen die französische Vorhut.

---

[1]) Alfred Herrmann, Marengo (1903), 83.
[2]) Hüffer, II, 95.
[3]) Michelet, Histoire du 19. siècle, III, 29.
[4]) Erzherzog Karl, Ausgewählte Schriften, III, 429.
[5]) Thiers, Le consulat et l'empire, I, 323.
[6]) Herrmann, 113.

Der Verlauf der Schlacht war ungemein wechselvoll. Manche Episoden sind unklar geblieben bis auf den heutigen Tag, nicht am wenigsten durch Verschulden des Siegers, der zu verschiedenen Zeiten Schlachtberichte anfertigen ließ, wofür alle möglichen Rücksichten maßgebend waren, nur nicht die Rücksicht auf Wahrheit.[1])

Der Hauptkampf entspann sich um den Besitz des Dorfes Marengo, das die ganze Ebene beherrscht. Nach schweren Verlusten auf beiden Seiten mußte der wichtige Punkt von den Franzosen geräumt werden. Auch die Konsulargarde konnte den Kampf nicht mehr zum Stehen bringen. In Bonapartes und Berthiers Berichten wird nur ihr tapferer Angriff erwähnt, doch ein unbefangener Gewährsmann, der zuverlässige kaiserliche Major Stutterheim, versichert, mitangesehen zu haben, wie die stolze Elitetruppe durch Husaren und Jäger zurückgeworfen wurde; immerhin leistete sie den letzten tapferen Widerstand.[2]) Nach zwei Uhr mußte der Rückzug angetreten werden; stellenweise glich er, wie sogar französische Berichte zugeben, — zumal bei dem Corps Victor — einer völligen Auflösung. Unzweifelhaft war die Schlacht um vier Uhr nachmittags für die Oesterreicher gewonnen. Das Schlachtfeld war vom Feinde völlig geräumt. Mit diesem Erfolg konnte ein Feldherr der alten Schule, wie Melas es war, ein Taktiker, dem die Behauptung einer Stellung, nicht die Vernichtung des Feindes die Hauptsache war, seine Aufgabe als gelöst betrachten; überdies war der Einundsiebzigjährige seit fünfzehn Stunden nicht mehr aus dem Sattel gekommen, zwei Pferde waren ihm während der Schlacht unterm Leibe erschossen worden, er selbst war am Knie leicht verwundet. Unter diesen Umständen hielt er es für erlaubt, das Schlachtfeld zu verlassen und sich nach seinem Hauptquartier Alessandria zu begeben. Die Angabe, daß er von hier aus eine prahlerische Siegesbotschaft nach Wien entsendet habe, ist unrichtig, und ebenso ist wohl auch die Mitteilung in Carnots Memoiren, daß man in Paris infolge einer Nachricht von Niederlage und Tod Bonapartes schon die Wahl Carnots zum ersten Konsul ins Auge gefaßt habe, nur eine Legende.[3]) Nach dem Abzug des Oberfeldherrn übernahm Feldmarschalleutnant Kaim das Oberkommando. Die Ausnutzung des Sieges wäre dadurch erleichtert gewesen, daß die kaiserliche Armee über eine treffliche Reiterei verfügte, dagegen fehlte es ihr, wie sich bald zeigte, an einer Leitung nach einheitlichem Plane und mit festem Willen. Während sich österreichische Abteilungen, um Lebensmittel und Futter herbeizuschaffen, sorglos nach allen Richtungen zerstreuten, sammelte Bonaparte die zurückgedrängten Kolonnen bei der Brücke am Torre bei Garoffoli.[4]) Und gerade im letzten Augenblick, da eine Rettung der geschlagenen Armee noch

---

[1]) Hüffer, II, 4.

[2]) Oesterreichisch-militärische Zeitschrift, III, 245. — Hüffer, II, 83.

[3]) Carnot, Mémoires, II, 214.

[4]) Melas selbst führt seine Niederlage hauptsächlich darauf zurück, daß Bonaparte „bei der widrigen Ansicht des Treffens seine bei Ponte Cuvone lagernde Reservedivision in Eile vorrücken ließ und solche unter dem Schutz einer Batterie von 12 Kanonen auf der Straße von San Giuliano vorführte." Erst in zweiter Reihe nennt Melas den Reiterangriff Kellermanns. (Melas an General Tige, 17. Juni 1800; Hüffer, II, 328.)

möglich war, — gegen sechs Uhr abends — traf der von Rivalta zurückberufene Desaix auf dem Schlachtfelde ein. Ob sich dieser General wirklich so bittere Worte über die bisherige Leitung des Treffens erlaubt hat, wie sie ihm von verschiedenen Quellen in den Mund gelegt werden, muß dahingestellt bleiben; jedenfalls ist seinem zielbewußten Eingreifen die entscheidende Wendung zu verdanken. Ehe er selbst zum Angriff schritt, ließ er durch den Artilleriegeneral Marmont ein starkes Geschützfeuer eröffnen. Die voll Siegeszuversicht heranziehenden Oesterreicher wurden mit einem Kartätschenhagel empfangen. Gleichzeitig unternahm Kellermann — wahrscheinlich nach eigenem freien Entschluß — mit einem halben tausend Reitern eine scharfe Attacke auf die linke Flanke der Oesterreicher. Je unvermuteter der Angriff, je gefährlicher die Wirkung. Mit Blitzesschnelligkeit verwandelte sich das Bild der Schlacht. Wilder Schrecken befiel die Sieger; ganze Regimenter warfen sich, ohne an Verteidigung zu denken, in die Flucht; Generalstabschef Zach wurde gefangen genommen; der Sieg wandelte sich in eine furchtbare Niederlage. Bonaparte selbst wollte anfänglich gar nicht glauben, daß eine ganze Armee nach einer anfangs nur auf die Vorhut beschränkten Schlappe mit einemmal alle Widerstandskraft verloren habe. Die Nachricht, daß die Oesterreicher über die Bormida zurückgegangen seien, für eine Falle ansehend, hielt er längere Zeit die Seinen von einer vermeintlich unvorsichtigen Verfolgung zurück.

Als die Nacht einbrach, behaupteten die Franzosen das Schlachtfeld, das sie nachmittags hatten räumen müssen; sie hatten unzweifelhaft glänzend gesiegt. Da jedoch ihre Verluste nicht wesentlich geringer waren, als auf gegnerischer Seite, war die Lage nicht wesentlich zu ihren Gunsten verändert. Es mangelte ihnen auch an Lebensmitteln, Schießbedarf und Geschützen. Dagegen nahm Melas eine unangreifbare Stellung ein, und es hätte ihm nicht schwer fallen können, ansehnliche Verstärkungen an sich zu ziehen. Trotzdem entschloß er sich, um Waffenstillstand nachzusuchen: der unglücklichste Gedanke, weil dadurch kostbare Zeit verloren ging, während ein rasches thatkräftiges Eingreifen die Rettung, ja vielleicht noch den Sieg hätte bringen können. In einem Briefe an Generalmajor v. Brigido vom 17. Juni suchte Melas den nur durch die lähmende Wirkung des jähen Wechsels von Sieg und Niederlage zu erklärenden, schimpflichen Entschluß durch den Hinweis auf die starken Verluste seiner Truppen und die Entmutigung seiner Reiterei zu rechtfertigen; unter so ungünstigen Verhältnissen habe er an glücklichem Erfolg einer neuen Schlacht verzweifeln müssen. „Besser schien es mir, eine Armee zu erhalten und mit dieser den Feind vor weiterem Vordringen in die Erbstaaten zurückzuhalten.“ [1]) Auch die Meinung der Untergenerale ging dahin, man könnte wohl noch Schlacht auf Schlacht häufen, aber selbst ein Sieg würde nicht so entscheidenden Vorteil bringen, daß die Rettung der kaiserlichen Armeen aus ihren Verlegenheiten nicht doch zuletzt durch einen Vertrag bewirkt werden müßte. [2]) Zu Verhandlungen wegen eines Waffenstillstands wurde General Graf Neipperg, der spätere „Ehrenkavalier“

[1]) Hüffer, II, 324.

[2]) Oesterreichisch-militärische Zeitschrift, a. a. O., 260.

Marie Luisens, ins französische Hauptquartier entsendet. In Torre bei Garoffoli traten sich die zwei Männer gegenüber, die damals nicht ahnen konnten, in wie nahe, fatale Beziehung sie das Schicksal noch einmal bringen sollte.[1] Bonaparte verbarg seine freudige Ueberraschung über den Zusammenbruch der kaiserlichen Heeresmacht hinter dreister Sprödigkeit, um desto sicherer hochfliegende Wünsche durchzusetzen. Am 15. Juni wurde ein Vertrag unterzeichnet, der Alessandria, Mailand, Turin und Genua mit allen Festungswerken und Magazinen an Bonaparte auslieferte; die kaiserliche Armee sollte in den nächsten Tagen hinter Po und Mincio zurückgehen. Damit waren den Oesterreichern die Früchte zweijähriger kriegerischer Anstrengungen und glänzender Siege entrissen zu Gunsten eines Feldherrn, der am taktischen Erfolg des Tages von Marengo nicht gerade namhaften Anteil zu beanspruchen hatte, der sich aber schnell in die Rolle eines unüberwindlichen Siegers einlebte und diesen Nimbus nicht bloß zur Bezwingung der Lombardei, sondern auch zur Festigung seiner eigenen Gewalt in Frankreich auszunützen wußte.

In Mailand ließ er sich wie einem König huldigen. Der stammverwandte Italiener, erklärte er, könne nichts Besseres thun, als dem Oberhaupt der französischen Nation die Lösung seiner Schicksalsfrage zu überlassen. In Paris führte er vorerst noch bescheidenere Sprache: „Ich hoffe, daß das französische Volk mit seiner Armee zufrieden sein wird!“ Als weitsehender Staatsmann bewährte er sich dadurch, daß er vom Schlachtfeld aus ein klug berechnetes Schreiben an den Zaren richtete. Da sich voraussehen ließ, daß der Wiener Hof alles in Bewegung setzen werde, um Rußland zur Wiederaufnahme des Kampfes zu bewegen, ließ sich auch Bonaparte angelegen sein, den grillenhaften Zaren zu gewinnen. Er erklärte sich mit Freuden bereit zur Auslieferung Maltas an den Zaren, der ja als Großmeister des Johanniterordens, als der einzig rechtmäßige Herr der Insel anzusehen sei. Bonaparte konnte dieses Opfer um so leichter bringen, da die von der englischen Flotte umzingelte Insel rettungslos für Frankreich verloren war. Doch der Zar erblickte darin nur eine schmeichelhafte Huldigung, und die Kriegspartei in Petersburg sah ihre Absichten durchkreuzt. In Berlin war man nicht wenig erstaunt, als Herr v. Krüdener, der russische Gesandte, und Bürger Beurnonville, der Botschafter der Republik, die einander bisher ängstlich gemieden hatten, einträchtig mit Haugwitz zusammen tafelten.[2]

Auch an Kaiser Franz richtete der Konsul angeblich „auf dem Schlachtfeld von Marengo, mitten unter Leiden und Wunden, umgeben von 15000 Leichen,“ — in Wahrheit erst nach seiner Heimkehr von Paris aus — einen Mahnruf zu Frieden und Versöhnung. Der Kaiser möge endlich den Notschrei der Menschheit hören, möge nicht länger zulassen, daß sich die Jugend zweier tapferer, mächtiger Völker erwürge, um gleichgültige Interessen zu verteidigen. Demnach sollte zur Festsetzung der nicht völlig klaren Bestimmungen des Friedens von Campo Formio eine Konferenz zusammentreten, damit den Völkern endlich ein

---

[1] Herrmann, 210.

[2] Thiers, Le consulat et l'empire, II, 94.

dauerhafter Friede geschenkt werde.[1]) Thugut gab darauf eine kühle, zurückhaltende Antwort. Die Waffenruhe für Italien und Deutschland werde gern angenommen; um jedoch in Friedensberatungen einzutreten, müsse man wenigstens im ganzen und großen die Grundlage kennen, welche Bonaparte für den Frieden für geboten erachte.

Dieses Schreiben wurde durch einen kaiserlichen Offizier, der sich in den Kämpfen am St. Gotthard durch tapferes Verhalten hervorgethan hatte und seiner weltmännischen Gewandtheit wegen auch schon wiederholt mit diplomatischen Aufträgen betraut worden war, Generalmajor Graf Joseph von St. Julien, nach Paris gebracht.[2]) Hier erlitt er aber eine schwere diplomatische Niederlage. Durch Talleyrands Künste, vielleicht aber auch durch eine zweideutige Willensäußerung des Kaisers verführt,[3]) unterzeichnete er, obwohl in keiner Weise zu Unterhandlungen, geschweige denn zum Abschluß eines Vertrages ermächtigt, am 28. Juli einen Präliminarfrieden, der nur den Wünschen des schlauen Leiters der französischen Politik entsprach. Im allgemeinen sollte der Friede von Campo Formio als Grundlage angenommen, demnach das ganze linke Rheinufer an Frankreich abgetreten, die Entschädigung Oesterreichs durch Salzburg und Baiern aber gegen Ersatz in Italien aufgegeben werden. Von Hereinziehung der Engländer in den Frieden war nicht die Rede, dagegen sollte dem Wiener Hofe die Verpflichtung obliegen, den Engländern alle österreichischen und italienischen Häfen zu verschließen.

Soeben erst hatte sich die österreichische Staatspolitik aufs engste an England angeschlossen; erst am 20. Juni war nicht unter dem Eindruck des Unglücks von Marengo, wie Thiers meinte, sondern noch *vor* dem Eintreffen der Hiobspost[4]) der Bundesvertrag zwischen England und Oesterreich erneut worden. In welchem Lichte hätte also die Annahme von Bedingungen, wie sie Talleyrand diktiert hatte, dem Bundesgenossen erscheinen müssen? Thugut war außer sich über die Kopflosigkeit (démence) des Unterhändlers, der seinen Hof vor ganz Europa kompromittiert und seinen Staat noch schlimmer geschädigt habe, als Melas durch die Kapitulation von Alessandria. Der gewandteste Diplomat des kaiserlichen Hofes, Graf Lehrbach, ging nach Paris, um einerseits zu erklären, daß der Kaiser zu den unsinnigen Abmachungen St. Juliens niemals seine Zustimmung geben werde, andrerseits die Geneigtheit des Kaisers zur Beschickung eines Friedenskongresses in Schlettstadt oder Luneville zu erkennen zu geben. Talleyrand äußerte zwar sein Befremden über die Verleugnung des Präliminarfriedens,[5]) ging aber auf eine Konferenz in Luneville ein. Bona-

[1]) Corr. de Napoléon, 6. tom., 37.

[2]) Hüffer, II, 35.

[3]) Fournier, Die Mission des Grafen Saint-Julien im Jahre 1800; Historische Studien und Skizzen, 204.

[4]) Fournier, 185.

[5]) Gröbere Anschuldigung erhob Napoleon gegen den kaiserlichen Hof wegen der Ablehnung der Ratifikation des Vertrages vom 28. Juli 1800. Mit Unrecht, wie Vivenot (Vertrauliche Briefe von Thugut, II, 446) nachgewiesen hat. Thugut bestand mit Recht auf Bestrafung des Generals, der dann auch in der siebenbürgischen Festung Karlsburg interniert wurde, nach Thuguts Rücktritt aber wieder zu hohen Ehren gelangte.

parte entsandte dahin seinen älteren Bruder Joseph, der Kaiser den Grafen Cobenzl, der schon zu Passariano die Unterhandlungen geführt hatte. Cobenzl war auch in Luneville kein glücklicher Vertreter der kaiserlichen Interessen. Er nahm eine stolze Haltung an, die dem thatsächlichen Verhältnis der Kräfte des Kaiserstaates nicht mehr entsprach. Um so bescheidener mußte er, als mit Kündigung des Waffenstillstandes gedroht wurde, seine Forderungen herabstimmen. Während er anfangs, wie es von Oesterreich erwartet werden mußte, auf Einladung Englands zu den Friedensberatungen bestanden hatte, zeigte er sich schließlich geneigt, darauf zu verzichten, wenn eine lohnende Entschädigung in Italien gewährt würde. Dieser Wunsch entsprach aber nicht den Plänen, welche Napoleon auf der Halbinsel durchzuführen hoffte. Eine Einigung schien nicht erreichbar; somit wurde am 28. November wieder zu den Waffen gegriffen, doch blieben Cobenzl und Joseph Bonaparte in Luneville.

Diesmal sollte die Waffenentscheidung auf deutschem Boden fallen. An Stelle Krays, der im unglücklichen Sommerfeldzug befehligt hatte, übernahm der achtzehnjährige Erzherzog Johann das Oberkommando. Er soll sich selbst darüber lustig gemacht haben, daß ihm ein so verantwortliches Amt übertragen wurde zu einer Zeit, da er noch nicht allein ein Pferd besteigen konnte; natürlich war er völlig abhängig von seinem Generalstabschef von Lauer, einem tüchtigen Ingenieuroffizier, der aber noch nie ein größeres Truppenkommando geführt hatte. Des Mentors Fehler mußte nun der Erzherzog mit seinem unschuldigen Namen decken. Der Kaiser hatte Lust gezeigt, den Oberbefehl wieder seinem Bruder Karl zu übertragen, doch Thugut hatte davor gewarnt, weil es sonst zu einer „Kapitulation à la Melas" kommen könnte.[1]) Um der Armee Mut einzuflößen, begab sich Kaiser Franz selbst ins Hauptquartier nach Oetting am Inn. Die von dort aus an Colloredo gerichteten Briefe verrieten aber keine Siegeszuversicht, sondern nur den sehnlichen Wunsch, daß es nicht mehr zum „Hasardspiel eines Kampfes" kommen möge.[2]) Als die Konsularregierung wegen der Verwerfung des von St. Julien unterzeichneten Vertrages die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ankündigen ließ, zugleich aber einen neuen Waffenstillstand in Aussicht stellte, wenn die drei bislang noch von kaiserlichen und Reichstruppen besetzten Festungen „als Pfand friedlicher Gesinnung" ausgeliefert würden, stimmte der Kaiser nach einigem Schwanken zu. Sowohl Lehrbach als Lauer hatten dringend geraten, das kleinere Uebel zu wählen. „Für künftige Negotiationen", schreibt Kaiser Franz, „ist das Feld noch offen, und Zeit gewinnen wir viele, allein mit England und dem Reich, wenn wir es nicht vernünftig angreifen, kommen wir in Verdrießlichkeiten. Den ersteren müssen wir also diesen Schritt als vorteilhaft, um besser und mit mehr Nachdruck und Kräften raufen zu können, vorstellen, was die Wahrheit ist. Um das Reich schweigen zu machen, haben wir Argumente durch das wenige, was ein großer Teil desselben zu seiner Verteidigung gethan."[3]) Der Vertrag vom

[1]) Vivenot, Vertrauliche Briefe ꝛc. II, 235.
[2]) Ebenda, 274.
[3]) Ebenda, 278.

20. September, der den Waffenstillstand um dreiundvierzig Tage verlängerte, schien das Grab der Thugutschen Politik zu werden, doch war der Bruch vorerst noch nicht ernsthaft gemeint. Kaum war der Kaiser verdrießlich nach Wien zurückgekehrt, kam es im Ministerrat zu einer stürmischen Scene. Thugut wies entrüstet darauf hin, daß durch das ohne sein Wissen abgeschlossene, wenig ehrenvolle Uebereinkommen dem verbündeten England, das sich bei seinen Waffenstillstandsverhandlungen immer getreulich der Reichsfestungen angenommen habe, eine schimpfliche Beleidigung zugefügt sei. Da er nach Ehre und Ueberzeugung an einem „System der Lässigkeit" nicht mitarbeiten könne, legte er sein Amt nieder. Zunächst wurde der zur Friedenspartei zählende Lehrbach, wenige Tage später aber infolge der Vorstellungen des englischen Gesandten und der Beschwerden des pfalzbairischen Hofes Ludwig Cobenzl mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut. Gleichwohl ging dieser selbst bald darauf nach Luneville, und nun war es thatsächlich wieder Thugut, der „ohne Titel zwar und hinter den Coulissen" die Geschäfte leitete.[1]) Erst die Niederlage bei Hohenlinden ließ das System Thugut wirklich zusammenbrechen. —

Der breite, reißende Innstrom, dessen Uebergänge durch starke Brückenköpfe geschützt waren, bot den bei Mühldorf und Braunau zusammengezogenen Oesterreichern, Baiern, Württembergern, Würzburgern und Mainzern, im ganzen etwa 52000 Mann,[2]) eine überaus günstige Verteidigungslinie. Auf Abwehr sich zu beschränken, empfahl sich schon deshalb, weil es fast lauter frisch ausgehobene Mannschaft war, die sich zur Verteidigung immer besser eignet als zum Vorstoß. Kein Zweifel, ein Angriff auf die Stellung am Inn wäre mit den schwersten Opfern verbunden gewesen, strenge Defensive das einzige Mittel, den Feind nach und nach in Nachteil zu setzen.[3])

Wie freudig überrascht mochte Moreau die Nachricht vernehmen, daß die Oesterreicher diese Freistatt verlassen hätten, um ihn anzugreifen. Nach dem Plan des Generalstabschefs Oberst Weyrother — Napoleon hat ihn für „bewundernswürdig" erklärt, kann aber wohl kaum als unbefangener Richter gelten[4]) — sollte bei Landshut die Isar überschritten und dem Feind eine Schlacht angeboten werden. Eine geplante Umgehung mußte der ungünstigen Witterung wegen aufgegeben werden; trotzdem wurde am Angriff festgehalten. Am 1. Dezember wurde das Corps Grenier bei Ampfing zurückgeworfen, auch an anderen Punkten mit Glück der Kampf eröffnet; abends konnte Erzherzog Johann eine Siegesbotschaft an den Kaiser senden.[5]) Nun zog die kaiserliche Armee auf der Hauptstraße nach München weiter gegen Haag, zog geraden Weges auf den Punkt, den Moreau selbst für die Schlacht ausgesucht hatte, auf die rings von dichtem Forst umschlossene Ebene bei dem Dorfe

---

[1]) Vivenot, II, 289, 464.

[2]) Hüffer, II, 387. — Hößlin, Hohenlinden; Militärisches Wochenblatt, Jhgg. 1900, 2074.

[3]) Ueber den Feldzug der deutschen und französischen Armeen in Deutschland 1800, von einem Offizier der alliierten Truppen (1801), 104. — Thiers, II, 233.

[4]) Tessier, Hohenlinden et les premiers démêlés de Bonaparte et de Moreau d'après les mémoires inédits du général Decaen; Revue Historique, IX (1879), 338.

[5]) Hüffer, II, 428.

Hohenlinden. Der Erzherzog wollte, „von Haag aufbrechend, den bei Hohenlinden stehenden Feind in drei Kolonnen angreifen, während die vierte Kolonne unter Kienmayer über Buch in des Feindes linke Flanke fallen sollte.“[1]) Wie sorglos der vermeintlich über die ganze französische Armee erfochtene Sieg bei Ampfing die Kaiserlichen gemacht hatte, erhellt aus der Erzählung eines Kombattanten, des bairischen Leutnants v. Xylander: „Am 3. Dezember, kaum als der Tag zu grauen anfing, bewegten sich die verschiedenartigsten Kolonnen, aufeinander hart gedrängt und mit Kriegskassen, Artilleriereserve, Trains, ja sogar mit Ochsentransport vermengt, in der Richtung und auf der Straße von Haag nach Hohenlinden in den Wald hinein, als ob alles im tiefsten Frieden und an einen Feind gar nicht zu denken wäre, ohne Lokalkenntnis, ohne Entsendung von Seitenpatrouillen, bis auf einmal vorn an der Tête einige kleine Gewehrschüsse sich hören ließen. . . . .“[2]) Der Hauptmasse der Reiterei war dadurch, daß sie ans Ende der Hauptkolonne postiert war, ebenso unmöglich gemacht, sich am Aufklärungsdienst zu beteiligen, wie ins Gefecht einzugreifen.[3]) Auch waren die Nebenkolonnen nicht im stande, auf ihren unwegsamen Waldpfaden gleichen Schritt mit der auf breiter Heerstraße marschierenden Hauptkolonne zu halten.[4]) In dieser Voraussetzung wies Moreau die Divisionen Richepanse und Decaen an, durch einen Umgehungsmarsch den Oesterreichern in den Rücken und in die linke Flanke zu fallen. Die Aufgabe wurde glänzend gelöst. Die österreichisch-bairischen Heeresabteilungen waren wie von einem Netz umsponnen. Kaum war der Erzherzog bei dem Dorfe Hohenlinden angekommen, eröffnete die Division Grenier in der Front ein lebhaftes Feuer; die Divisionen Ney und Grouchy stürmten von der Linken, die Divisionen Richepanse und Decaen im Rücken gegen die Ueberraschten los, während gerade ein heftiges Schneegestöber die Landschaft so dicht einhüllte, daß man kaum ein paar Schritte vor sich sehen konnte. Die im Ebersberger Forst marschierende, aus kaiserlichen Grenadieren und Pfälzern gebildete Kolonne wurde zuerst geworfen. „Umzingelt von allen Seiten, gedrängt in Front und Rücken, verließen diese Bataillone ihren Standpunkt. Zerstäubt, in kleine Klumpen aufgelöst, Mann gegen Mann fechtend, begann ein ordnungsloser Kampf, der gar bald damit endete, daß ein großer Teil der Kolonne nebst allem Geschütz und Fuhrwerk gefangen, der Rest nach allen Richtungen zersprengt wurde.“[5]) Es war nicht so fast eine eigentliche Schlacht, sondern nach heißem Kampf an vereinzelten Punkten ein wildes Jagen und Flüchten. Wenig fehlte, so wäre Erzherzog Johann selbst gefangen genommen worden. Nur der tapferen Schwadron Liechtenstein, die standhaft die Straße nach Haag deckte, war es zu danken, daß die nicht mehr den Namen einer Armee verdienende Menge in der Richtung gegen den Inn abziehen konnte.

---

[1]) Erzherzog Johann an den Kaiser, 3. Dez. 1800; Hüffer, II, 433.

[2]) Clementi, Zum 100. Gedenktag der Schlacht bei Hohenlinden; Das Bayerland, Jhgg. 1901, 76.

[3]) Hößlin, a. a. O., 2075.

[4]) Schleifer, Die Schlacht bei Hohenlinden am 3. Dez. 1800, 19.

[5]) Heilmann, Feldmarschall Fürst Wrede, 64.

Die Schlacht hatte die Verbündeten 13690 Mann, darunter 8900 Gefangene, gekostet, auch waren fast alle Geschütze verloren.

„Wenige, wenige werden heimkehren, wo viele sich trafen,
Der Schnee wird ihr Sterbegewand sein
Und jeder Rasenfleck unter ihren Füßen
Wird das Grab eines Kriegers sein . . . . “ [1])

Vom Dörfchen Haun aus meldete Erzherzog Johann dem Kaiser, daß die mit so stolzen Hoffnungen ausgezogene Armee aufs Haupt geschlagen sei, daß von Angriffsbewegungen nicht mehr die Rede sein könne.

„Wie Bonaparte bei Marengo, so hatte Moreau bei Hohenlinden nicht bloß einen Sieg, sondern die Entscheidung eines Feldzugs, ja, man könnte sagen, eines Krieges erfochten.“ [2]) Es ist ebenso ungerecht als unrichtig, wenn Napoleon später die Bedeutung des von seinem Nebenbuhler erfochtenen Sieges durch das Schlagwort: „Ein glückliches, zufälliges Begegnen!“ herabzumindern suchte.[3]) Moreau kann das Verdienst, den Umgehungsmarsch der Divisionen Richepanse und Decaen von St. Christoph nach Maitenbeth angeordnet zu haben, für sich in Anspruch nehmen, und dieser Meisterzug entschied den Erfolg des 3. Dezember.[4])

Durch raschere Verfolgung hätte Moreau die feindliche Armee vielleicht vernichten können, aber verwegenes, stürmisches Vorgehen entsprach nicht dem Charakter Moreaus. Erst am 9. Dezember setzten die Franzosen bei Rosenheim über den Inn; am 18. standen sie an der Traun.

Gleichzeitig drang Augereau mit der französisch-batavischen Armee nach Böhmen vor; Macdonald hatte von Graubünden aus das Veltlin überzogen; eine seiner Divisionen setzte sich mit der Armee Massenas am Mincio in Verbindung, um auch hier zum entscheidenden Schlag auszuholen.

In Wien war panischer Schrecken eingekehrt. Das militärische Mißgeschick brachte alsbald auch politische Schwierigkeiten mit sich. Schon die Auslieferung der Reichsfestungen an die Franzosen durch den Vertrag von Hohenlinden hatte bei den Reichsfürsten den übelsten Eindruck hervorgerufen. Nun konnten sie sich darauf berufen, daß der Kaiser selbst das Reich preisgegeben habe; nun konnten sie selbst die längst ersehnte Annäherung an Frankreich suchen. Sogar der Oheim des Kaisers, Kurfürst Maximilian Franz von Köln, ließ seine Truppen, die einen Teil der Besatzung von Ulm gebildet hatten, nicht, wie der Kaiser wollte, zur Innarmee stoßen, sondern sandte sie mit französischen Pässen nach Hause.[5]) Das Verhältnis zwischen Baiern und Oesterreich war ein gespanntes und unsicheres geblieben; zwischen dem bairischen und österreichischen Militär fehlte es nie an Reibungen; die Niederlage bei Hohenlinden führte den offenen Bruch

[1]) Aus dem prächtigen Stimmungsbild „Hohenlinden“ des Schotten Thomas Campbell (The poetical works of Rogers, Campbell etc. II, 38).

[2]) Hüffer, II, 392.

[3]) Mémoires pour servir à l'histoire de France sous Napoléon I, écrits par Gourgaud, II, 50.

[4]) Moreau und sein letzter Feldzug, von einem Offizier seines Generalstabes (1801), 89.

[5]) Vivenot, II, 316.

herbei. Die kaiserlichen Generale hielten sich für berechtigt, den Mißerfolg auf Rechnung der Lässigkeit der bairischen Truppen zu schieben. Erzherzog Johann schrieb an den Kaiser: „Die aus der Brückenschanze von Mühldorf herbeigezogene Verstärkung durch kurpfalzbairische Truppen half vielmehr die wenige Standhaftigkeit unserer Grenadiers erschüttern, welche ich überhaupt keine Ursache fand, zu loben.“[1]) Aus der Thatsache, daß das bairische Corps verhältnismäßig wenig Tote und Verwundete, viele Gefangene und Vermißte verloren hatte, wurden Schlüsse gezogen, bei welchen die örtliche Beschaffenheit des Kampfplatzes nicht berücksichtigt war.[2]) Am 8. Dezember zeigte Kurfürst Max Joseph dem Erzherzog Johann an, daß er seine Truppen zur Deckung des noch nicht vom Feinde besetzten Restes seines Landes abberufen müsse. Der Erzherzog wollte aber die Baiern nicht abziehen lassen. Im Kriegsrat kam es zu so heftigen Anschuldigungen, daß der bairische General Zweybrücken nur mit Mühe abgehalten werden konnte, mit dem Degen in der Faust sofort von Lauer Genugthuung zu fordern.[3]) Erst nachdem Erzherzog Karl den Oberbefehl übernommen hatte, wurde den Baiern der Abzug über Passau nach Cham gestattet. Die jüngsten schlimmen Erfahrungen übten insofern heilsame Wirkung, als nun „eine an Haupt und Gliedern vorzunehmende Umbildung und Auffrischung“ der bairischen Streitkräfte beschlossen und nach dem Friedensschluß auch wirklich kräftig durchgeführt wurde.

Schon im September hatte Montgelas das preußische Kabinett benachrichtigt, daß die gefährdete Stellung Baierns die Sendung eines Vertrauensmannes nach Paris und den Abschluß eines Separatfriedens erheische. „Seine Majestät der König,“ so wurde darauf erwidert, „kann nicht umhin, zu gestehen, daß er schon zur Zeit der Sendung des Grafen St. Julien nach Paris und besonders seit den vertraulichen Mitteilungen des Generals Moreau über die Nätlichkeit einer Annäherung des Kurfürsten an die französische Regierung daran gedacht hat, diesem Fürsten nahe zu legen, daß auch er ohne Aufschub sich zu einem Vorgehen entschließen möge, wozu der Wiener Hof selbst das Beispiel gegeben hat. Da sich jetzt Seine kurfürstliche Durchlaucht selbst dafür entschieden hat, kann der König nur seinen Beifall geben diesem Plane, dessen möglichst rasche Ausführung seinem Interesse den größten Vorteil bringen wird.“[4]) Es sollte bald zu Tage treten, daß das Ministerium Haugwitz

[1]) Hüffer, II, 440.

[2]) Waldgefechte haben stets eine außerordentliche Vermischung der Verbände und starke Absplitterungen zur Folge, daher der erste Eindruck von den Verlusten dabei immer ein übermäßiger sein wird, bis sich die Sammlung wieder vollzogen hat. Daraus erklärt sich, daß im Bericht des Generalleutnants v. Zweybrücken an Erzherzog Johann vom 4. Dez. 1800, als die Verlustlisten noch nicht bei dem General eingelaufen sein konnten, das bairische Corps als „bis auf 12—1400 Mann geschmolzen“ bezeichnet wurde, während sich der Verlust an Toten, Verwundeten und Gefangenen tatsächlich nur auf 1868 Mann bei einer Stärke von mehr als 9000 Mann belaufen hat (Mitteilung des Herrn Obersten Staudinger, Vorstands des k. baier. Kriegsarchivs).

[3]) Aus dem Leben des Obersten Karl Freiherrn von Dietfurth, 24.

[4]) Preuß. Staatsarchiv. Baiern. Konv. 49. Schreiben des preuß. Kabinetts an den bair. Gesandten v. Posch vom 3. Okt. 1800.

mit solcher Billigung und Begünstigung der Verbindung Baierns mit Frankreich eine Politik verfolgte, die weder dem preußischen, noch dem deutschen Interesse entsprach. —

Während des Rückzuges in die Erblande war, wie Erzherzog Johann klagte, „der Geist der Armee gänzlich aus den Fugen gegangen". Um den Truppen wieder einigen Halt zu geben, bot sich nur ein Mittel: einen beliebten und geachteten Führer an die Spitze zu stellen. Schon am 6. Mai 1800 hatte der bairische Oberst Wrede an den Kurfürsten geschrieben: „Die ganze Armee seufzt und ruft nach dem Erzherzog Karl!" Dieser Stimmung, die sich erhalten hatte, wollte Kaiser Franz Rechnung tragen; er bat den Bruder, zur Abwendung noch größeren Unheils das Oberkommando über die deutschen und ungarischen Truppen zu übernehmen. „Von Deiner Liebe gegen mich erwarte ich alles und rechne, Du wirst mich nicht sitzen lassen, wo es auf das fernere Heil des Staates ankommt!" Dem obersten Kriegsherrn gehorsam, antwortete Karl: „Jeder Deiner Wünsche ist für mich der heiligste Befehl, demzufolge ich keinen Augenblick verweilen werde, um diesem zu folgen und das mir übertragene Oberkommando zu übernehmen."[1] In ähnlicher Lage wie vor vier Jahren trat der Erzherzog in die Bresche, doch mußte er sich bald überzeugen, daß es aussichtslos sei, mit so zerrütteten, entmutigten Truppen nochmals das Glück der Waffen zu versuchen. „Die Truppe," schrieb er am 19. Dezember an den Kaiser, „bleibt vor dem Feinde gar nicht mehr stehen und könnte zum Halten keineswegs mehr gebracht werden; der dermalige Zustand der Armee ist über alle Begriffe und alle Vorstellungen schlecht und elend und grenzt an völlige Auflösung und Verzweiflung." Am 20. Dezember ging General Mervelt ins feindliche Hauptquartier, um wegen eines Waffenstillstands zu unterhandeln. „Nur mit Zittern," schrieb Thugut an Colloredo, „habe ich die unglückselige Instruktion aufgesetzt, die ich für die Grabschrift der Monarchie und des Ruhmes unseres Vaterlands ansehe, doch Seine Majestät haben darauf bestanden, und Höchstdieselben haben das Recht, nach Ihrem Gutdünken über das Erbe Ihrer Väter zu verfügen!"[2] Moreau wollte auf Unterhandlungen nur unter der Bedingung eingehen, daß ihm auch Tirol ausgeliefert werde und daß der Abschluß des Friedens als gesichert gelten könne, d. h. der Kaiser sich bereit erkläre, die Verbindung mit England aufzugeben. „Aus den Eurer Majestät vorgelegten Gründen kann ich eine neue Schlacht auf keine Weise annehmen," schrieb der Erzherzog an den Kaiser; nur ein schleuniger Friede könne die schimpfliche Auflösung der kaiserlichen Heeresmacht aufhalten und die Erblande retten. Ein so verzweifelter Mahnruf mußte in Wien beachtet werden; sogar vom englischen Gesandten Lord Minto wurde zugegeben, der Wiener Hof könne der stärkeren Kraft der Umstände nicht länger widerstehen. In den Erblanden war nichts von dem Kriegseifer zu spüren, wie er vor dem Präliminarfrieden von Leoben zumal die Wiener erregt hatte; eine dumpfe Mißstimmung war vorherrschend; weiten Volkskreisen war es gleichgültig, wer als Sieger hervorgehen würde, wenn nur der Krieg ein Ende nähme. Eine „in Straubing gedruckte"

[1]) Hüffer, II, 482, 484.

[2]) Vivenot, II, 349.

angebliche „Adresse der kaiserlichen Armee" gab der stürmischen Hoffnung Ausdruck, der Kaiser möge schleunig Frieden schließen, Frieden um jeden Preis. „Erinnere Dich an Louis Capet und nimm Dich in acht, daß Du nicht von einem Franz II. in einen Franz von Habsburg umgewandelt wirst; Dein Leben wird zwar nicht gefährdet sein, man kennt Dich zu gut, als daß man glauben könnte, Du hättest den Tod verdient, aber Dein Thugut, Dein Lehrbach . . . !" [1]) Das Machwerk stammte sicherlich nicht aus Heereskreisen; immerhin konnten die Gegner Thuguts warnend darauf hinweisen, daß die Zahl der Franzosenfreunde in den Erblanden nicht weniger erschreckend zunehme, als im benachbarten Baiern. Alle diese Beobachtungen riefen im Kaiser den Entschluß wach, mit dem Frieden Ernst zu machen. Den Eilboten, der die kaiserliche Anweisung nach Luneville überbringen sollte, sandte Erzherzog Karl zunächst an Moreau, indem er das Ansuchen wiederholte, es möge doch angesichts des bevorstehenden Friedens nicht mehr das Blut von so viel tausend braven Soldaten vergossen werden.

Am 21. Dezember war Moreau bei Steyer über die Enns gegangen; er stand nur noch wenige Tagemärsche von Wien. Die meisten Untergenerale drangen darauf: Der Feldzug soll fortgesetzt, Wien muß genommen werden!

Ein Bonaparte würde der Lockung, einen ohnmächtigen Gegner völlig niederzuwerfen und durch wehrloses Land in die feindliche Hauptstadt einzuziehen, kaum widerstanden haben. Moreau selbst hatte früher seinem Waffengang dieses Ziel gesteckt. „Wenn man mich durch unehrliches Hinhalten ärgert," hatte er im Juli in München zu dem Exminister Salabert gesagt, „gehe ich vorwärts, und ich will, darauf gebe ich Ihnen mein Wort, in zehn Tagen vor den Mauern Wiens stehen!" [2]) Jetzt gab er einen rühmlichen Beweis von Mäßigung; sein Streben war nicht darauf gerichtet, für Frankreich noch immer mehr Land und für sich und seine Armee noch mehr Ruhm zu gewinnen. „Ich habe keine Nachrichten von Macdonald und Brune," sagte er zu Decaen, „es ist besser, wir machen Halt und begnügen uns mit einem ehrenvollen Frieden, denn nur ihm hat der Kampf gegolten." [3]) Die Rheinarmee hatte Ruhe und Erholung nötig; auch die Kriegszucht hatte infolge der unaufhörlichen Märsche und Kämpfe gelitten. [4])

So kam denn der Waffenstillstand zu stande; die Urkunde wurde am 25. Dezember im Städtchen Steyer von General Grünne und Oberst Weyrother, sowie von Brigadegeneral Lahorie unterzeichnet. Den Franzosen wurde alles besetzte Gebiet überlassen; auch die festen Plätze Braunau, Würzburg, Scharnitz und Kufstein wurden ihnen eingeräumt und dazu noch eine stärkere Festung, das ganze Land Tirol mit den angrenzenden Alpengebieten. Die Generale Brune und Macdonald sollten aufgefordert werden, auch für die Armeen in Graubünden und Italien die Feindseligkeiten einzustellen. [5])

---

[1]) Die Flugschrift ist in den Memoiren des Generals Decaen mitgeteilt. Tessier, 337.

[2]) K. u. K. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv. Bericht des kaiserl. Botschaftssekretärs Palm vom 29. Juli 1800.

[3]) Thiers, II, 189.

[4]) Moreau und sein letzter Feldzug, 123.

[5]) Neumann, I, 628.

Nachdem schon in Steyer der Waffenstillstand unterzeichnet war, fiel noch — ein trauriges Weihnachtsangebinde für das Deutsche Reich! — der Sitz des Reichstages, die Stadt Regensburg, in die Hände des Feindes. Am 25. Dezember vormittags hörten die Regensburger aus nächster Nähe Kanonendonner und Gewehrfeuer. Von dichtem Nebel begünstigt, war ein französisches Streifcorps unbemerkt bis an die Mauern herangekommen. Die Reichstagsgesandten stellten an den kaiserlichen Kommandanten General Walther das Ansinnen, die Stadt als neutralen Platz zu erklären und von einer Verteidigung abzustehen. Walther ging jedoch darauf nicht ein, sondern ließ die Kanonen auf den Zwingern wacker Antwort geben. Tags darauf begaben sich im Auftrag des Reichskollegiums ein dänischer und ein preußischer Diplomat ins französische Hauptquartier in der Kartause. Doch auch General Souhan erklärte, von einer Neutralität der Stadt Regensburg könne trotz der Anwesenheit der Gesandten neutraler Mächte nicht die Rede sein; er müsse die Stadt nehmen, es koste, was es wolle; wenn er durch friedliches Uebereinkommen in ihren Besitz komme, um so besser für alle; wenn er aber sich gezwungen sehe, Gewalt anzuwenden, könne er für nichts gut stehen. Da nun nicht zu bezweifeln war, daß die alten Befestigungswerke eine ernste Beschießung nicht auszuhalten vermöchten, kam mit Walthers Zustimmung eine Kapitulation zu stande. Den kaiserlichen und kurbairischen Truppen wurde freier Abzug bewilligt; dann rückten ein Bataillon Infanterie und eine Eskadron Husaren in die Stadt ein. Am 27. Dezember wurde das französische Hauptquartier dorthin verlegt.[1])

Erst nach neuen Kämpfen bei Verona wurde am 16. Januar 1801 auch für Italien Waffenstillstand abgeschlossen. Die Oesterreicher sollten sich hinter den Tagliamento zurückziehen, aber das wichtige Mantua behalten; dagegen wurden alle übrigen festen Plätze bis hinab nach Ancona den Franzosen ausgeliefert.

Die Oesterreicher aufs Haupt geschlagen auf deutschem Boden, zurückgedrängt in Italien! In welch peinliche Lage war dadurch Cobenzl in Luneville versetzt! Fast jeder Tag brachte Nachricht von Niederlagen der Oesterreicher und infolge davon neue Forderungen der Franzosen. Cobenzl und Joseph Bonaparte verkehrten miteinander in freundschaftlicher Weise. Joseph Bonaparte rühmte die angenehmen Umgangsformen des Wiener Diplomaten, „der ja in Frankreich seine Erziehung erhalten habe."[2]) Von beiden wurde versichert, daß ihnen nichts so sehr am Herzen liege, als daß sich zwei mächtige, glückliche Völker nicht länger um eines Mißverständnisses willen bekriegen möchten. Cobenzl erklärte, der Kaiser wünsche sehnlich eine Annäherung an Frankreich; nicht weniger freigebig war Joseph Bonaparte mit freundschaftlichen Beteuerungen[3]). Dazwischen

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia, den von des Kaisers Majestät für sich und zugleich für das Deutsche Reich mit der französischen Republik zu Luneville am 9. Febr. 1801 abgeschlossenen Frieden und dessen Ratifikation von seiten des Reichs betreffend. Vol. X. Bericht des Grafen v. Goertz an den König von Preußen vom 30. Dez. 1800.

[2]) Mémoires du roi Joseph, ed. par du Casse, I, 84.

[3]) Du Casse, Histoire des négociations diplomatiques relatives aux traités de Mort-Fontaine, de Luneville et d'Amiens, pour faire suite aux mémoires du Roi Joseph, II, 145, 151 etc.

spielten sie sich zur Abwechslung eine Komödie der Entfremdung vor, indem bald der eine, bald der andere mit Abbruch der Verhandlungen drohte und in auffälliger Weise seine Abreise vorbereitete. Anfänglich hatte Cobenzl auf Beiziehung Englands zu den Friedensverhandlungen bestanden; er hatte jedoch diese Bedingung bald aufgeben müssen. „In welche Patsche sind wir geraten!" schrieb Cobenzl am 27. Dezember an Thugut, „zwei Schlachten haben wir verloren, unsere Armee ist fast vernichtet, der Feind steht, wie ich eben erfahre, in Linz! Ew. Excellenz wissen, daß es mein fester Entschluß war, nicht ohne die Engländer zu verhandeln, aber wie die Dinge jetzt stehen, und da ich nun einmal die Vollmacht habe, Friedenspräliminarien zu unterzeichnen, glaube ich mich gegen den Abschluß eines Vertrags, der bis nach Ablauf unserer Verpflichtungen gegen England geheim gehalten werden soll, nicht länger abwehrend verhalten zu dürfen." [1]) Um diesen Preis hoffte Cobenzl Waffenstillstand für Deutschland und Italien zu erlangen; daneben forderte er den Oglio als Grenze in Oberitalien, die ehemaligen päpstlichen Legationen, die Wiedereinsetzung des Herzogs von Modena und des Großherzogs von Toskana in ihre Staaten. Dagegen hatte der Vertreter Frankreichs nur die Etsch als Grenze anzubieten; aus dem Großherzogtum Toskana sollte ein Königreich Etrurien gebildet, der Großherzog von Toskana und der Herzog von Modena sollten mit deutschen Gebieten entschädigt werden. Ferner bestand Bonaparte darauf, daß Kaiser Franz nicht nur für sich und sein Haus, sondern auch für das Deutsche Reich den Frieden unterzeichne, d. h. zur Abtretung des ganzen linken Rheinufers seine Zustimmung gebe. Waffenruhe in Italien sollte nur gegen Auslieferung Mantuas bewilligt werden. „Wenn Oesterreich nicht darauf eingeht, werden wir uns den Frieden in Venedig, Prag oder Wien holen!"

Mit Unrecht ist dem Kaiser ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß er wirklich darauf einging, ohne Vollmacht des Reichstages auch im Namen des Reiches abzuschließen. Aus dem Briefwechsel zwischen Fürst Colloredo und dem außerordentlichen kaiserlichen Gesandten in Berlin, Grafen Hudelist, geht überzeugend hervor, daß der Wiener Hof sich nach Kräften der wider die Reichsverfassung verstoßenden Forderung zu erwehren suchte, und als er schließlich zur Annahme gezwungen wurde, auch die Zustimmung der wichtigsten Reichsstände erhielt. Frankreich erinnerte daran, daß der deutsche Kaiser auch im Jahre 1714 in Rastatt ohne besondere Vollmacht und ohne Mitwirkung der Reichsstände Frieden abgeschlossen habe. „In Erwägung der traurigsten Lage der Reichskreise und des unabsehbaren Elends, in das die besetzten Teile des Reichs durch eine fortgesetzte Weigerung versetzt würden," nahm Cobenzl am 25. Dezember die Bedingung an. Dieser eigenmächtige Schritt des Gesandten sei zwar nicht zu billigen, ließ der Kaiser durch Graf Hudelist dem König von Preußen eröffnen, aber die ganze unparteiische Welt werde zugeben müssen, daß Oesterreich, von allen mächtigeren Reichsständen im Stich gelassen, nicht anders verfahren könne. „Seine Kaiserliche Majestät ist beruhigt, nach Seinem Gewissen und in der reinsten, auf die bloße Rettung des Reiches gerichteten Absicht, alles gethan zu

[1]) Vivenot, II, 353.

haben, was nach den Umständen thunlich und dienlich scheinen konnte." Auch an Baiern, Hessen, Württemberg, Baden und andere Reichsstände wurde im nämlichen Sinne geschrieben. Haugwitz erwiderte, der König trage kein Bedenken, die Zwangslage des Reichsoberhaupts anzuerkennen; das in Lunéville gemachte Zugeständnis sei zwar verfassungswidrig, aber durch die Umstände gerechtfertigt; von preußischer Seite werde den Friedensaussichten nicht das geringste Hindernis in den Weg gelegt werden.[1])

Nach längerem Sträuben nahm Cobenzl auch die Festsetzung der Etsch als Grenzlinie an (15. Januar). Er mußte ja befürchten, noch härtere Bedingungen auftauchen zu sehen. Talleyrand betonte in seinen Erlassen an Joseph Bonaparte immer stärker, daß der Umschwung der europäischen Lage die französische Regierung ermächtige, ihre Forderungen höher zu spannen. Die Stimmung des Zaren Paul gegen den Wiener Hof war so feindselig wie möglich, und Preußen schien nicht übel Lust zu haben, einem französisch-russischen Bündnis beizutreten. „Erwägen Sie," sagte Joseph Bonaparte zu Cobenzl, „daß der Kaiser von Rußland jetzt mit Ihnen schlecht und mit England sehr schlecht steht, mit uns aber, die er früher verabscheute, täglich mehr sich befreundet. Preußen folgt immer dem Antrieb Rußlands. Das bedeutet einen Umschwung zu unseren Gunsten, der auch für unsere Pläne maßgebend sein muß; wir brauchen Zugeständnisse, die wir früher machen wollten, heute nicht mehr einzuräumen."[2]) Cobenzl sah sich aus allen Stellungen gedrängt. „Ich konnte über die Absichten des ersten Konsuls seit meinem Aufenthalt in Paris nicht mehr im unklaren sein," schrieb Cobenzl an Colloredo, „und wenn mir die Freundschaftsversicherungen Joseph Bonapartes auf erträglichere Bedingungen Hoffnung machten, war leider das Mißgeschick unserer Waffen nur dazu angethan, einen stolzen Feind noch übermütiger zu machen. Gewiß, ich bin zu allem, was ich thun muß, von Sr. Majestät ermächtigt, aber denken sich Ew. Excellenz nur in meine Lage, als ich, ursprünglich beauftragt, das Land bis zur Adda zu verlangen, auf die von den Franzosen aufgedrungenen Vorschläge mich einlassen mußte!"[3])

Es kam jedoch erst zum Friedensschluß, als der eigentliche Träger der Kriegspolitik des Wiener Hofes vom Schauplatz abgetreten war. Am 16. Januar schrieb der Vicekanzler an Thugut, es sei der Wunsch des Kaisers, daß der leitende Minister unverzüglich seinen Abschied nehme. „Ew. Majestät verlangen dieses Opfer von Ihnen, weil alle Volkskreise einstimmig der Ansicht sind, daß Ew. Excellenz den Friedensschluß aufhalten und immer aufhalten werden!" Mit Rücksicht darauf, daß Thugut schon drei Monate vorher seine Entlassung erbeten und erhalten, doch trotzdem eigentlich ohne Vollmacht die Geschäfte weitergeführt habe, müsse darauf bestanden werden, daß er fortan sich jeder kleinsten amtlichen Handlung enthalte, „damit es nicht den Anschein hat, als ob Sie noch irgend welchen Einfluß auf die auswärtigen Angelegenheiten hätten oder wiederum mit diesem Amt betraut würden." Wie es gewöhnlich zu gehen pflegt, wurde der Leiter der auswärtigen

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia, Vol. X, Colloredo an Hudelist, 5. Febr. 1801. Haugwitz an den König, 13. Febr. 1801. Der König an Haugwitz, 19. Febr. 1801.

[2]) Vivenot, II, 346.

[3]) Vivenot, II, 358.

Angelegenheiten für alle Sünden der Civil- und Militärverwaltung verantwortlich gemacht. Kaiser Franz, gedrängt, wie Colloredo klagte, „von Neidern und Feinden Thuguts aus allen Ständen", wollte auch nicht mehr den geringsten Aufschub zulassen: Der Anstifter so schweren Unglücks darf nicht mehr an seinen Schreibtisch in der Staatskanzlei treten! Umsonst bat Thugut, noch einige Zeit zur Ordnung seiner Privatgeschäfte in Wien bleiben zu dürfen, damit er nicht im Alter das: „Date obolum pauperi Belisario!" anstimmen müsse. Der Kaiser blieb unerbittlich. „Ich habe gehofft," schrieb er selbst an Thugut, „daß mit Ihrer Entfernung aus der Staatskanzlei die Vorwürfe gegen Sie und Ihre Amtsführung ein Ende nehmen würden." Das Geschrei habe aber eher noch zugenommen. „Ich bitte also dringend um der Wohlfahrt des Staates und um Ihres eigenen Wohles willen: Begeben Sie sich ohne Aufschub an den Posten, den ich Ihnen anvertrauen will! Uebernehmen Sie so rasch wie möglich die Verwaltung meiner italienischen Provinzen!"[1]) Tiefverletzt lehnte Thugut jede weitere Verwendung im Staatsdienst ab. Er siedelte zuerst nach Preßburg über, kehrte aber bald nach Wien zurück, wo er seine Muße zwischen wissenschaftlicher Beschäftigung und den Freuden des Praters teilte. Die politische Bühne betrat er nicht wieder, aber sein Schatten wurde noch lange gefürchtet; es erhielt sich der Argwohn, daß auch das neue Kabinett Colloredo unter dem Einfluß des „Kriegsbarons" stehe.[2])

In der Nacht vom 25. Januar erhielt Cobenzl die Nachricht von der Entlassung Thuguts. Nun drängte er zum Abschluß. Joseph Bonaparte zögerte noch, in der Hoffnung, die Aussöhnung mit dem Zaren noch ergiebiger ausnützen zu können. Als jedoch in den Verhandlungen mit Rußland eine Stockung eintrat, wies Talleyrand am 6. Februar den Gesandten an, ein Ende zu machen. Um die Willfährigkeit des österreichischen Kollegen zu steigern, brauche er nur anzudeuten, daß der Zar daran denke, die Republik Venedig wieder aufleben zu machen. „Es ist also höchste Zeit für Oesterreich, den Frieden abzuschließen, wenn es eine so heikle Sache von der Diskussion ausgeschlossen sehen will."[3]) So wurde denn am 9. Februar 1801 die Friedensakte unterzeichnet. „Mein einziger Trost bei Abschluß des abscheulichen Vertrages," schrieb Cobenzl an Colloredo, „besteht darin, daß ich nach den Absichten meines erlauchten Herrn und im Interesse der Monarchie nicht anders handeln konnte. Doch was könnte uns trösten, daß wir so tief gesunken sind, einen solchen Vertrag abschließen zu müssen? Sie werden mir zugeben, daß ich das möglichste gethan, daß ich mir nichts vorzuwerfen habe: dieses Bewußtsein spendet mir Erleichterung, aber keine Heilung, und die Wunde von Luneville wird in meinem Herzen bluten bis zu dem Augenblick, der unsrer Monarchie wieder neues Leben bringen wird."[4])

Im wesentlichen waren die Bestimmungen des Friedens von Campo Formio zu Grunde gelegt. Oesterreich verzichtet auf Belgien und erhält dafür Venedig, Istrien, Dalmatien und die dazu gehörigen Inseln. Die cisalpinische

[1]) Vivenot, II, 367, 398, 400.
[2]) Zeißberg, Thugut; Allg. deutsche Biographie, 38. Bd., 157.
[3]) Du Casse, II, 315.
[4]) Vivenot, II, 408.

Republik wird bis an die Etsch erweitert. Der Herzog von Modena soll durch den Breisgau, der Großherzog von Toskana durch das säkularisierte Erzstift Salzburg entschädigt werden. Aus Toskana wird ein Königreich Etrurien gebildet, das an den Erbprinzen von Parma übergeht; dafür soll Parma nach dem Ableben seines Landesherrn mit Frankreich vereinigt werden. Der Thalweg des Rheines soll fortan die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland bilden; demgemäß gibt Frankreich seinen Anspruch auf die festen Plätze Düsseldorf, Ehrenbreitstein, Philippsburg, Castel, Kehl und Alt-Breisach auf. Durch den siebenten Artikel wird verfügt, daß das Deutsche Reich in seiner Gesamtheit (l'empire germanique collectivement) gehalten sein soll, die weltlichen Fürsten, welche auf dem linken Rheinufer Besitzungen verloren, im Innern des Reiches (dans le sein de l'empire) zu entschädigen, nach Anordnungen, welche auf Grundlage der gegenwärtigen Friedensbestimmungen in Bezug auf die Einzelheiten getroffen werden sollen. In den Friedensvertrag sind auch die Anbauten der französischen Mutterrepublik, die batavische, helvetische, cisalpinische und ligurische Republik, eingeschlossen. Die beiden Vertragsmächte verbürgen die Unabhängigkeit dieser Staaten und das Recht der Völker, sich selbständig ihre Verfassung zu wählen.

Namentlich diese letzte Bedingung mußte in Wien als Demütigung aufgefaßt werden, doch noch schmerzlicher wurde empfunden, daß die Festung Mantua, die im Waffenstillstand für Oesterreich gerettet worden war, nunmehr an die Nachbarrepublik ausgeliefert werden mußte. Joseph Bonaparte durfte in der That auf diesen Erfolg mit stolzer Befriedigung blicken. „Ich wünsche Ihnen Glück," schrieb ihm Moreau, „daß Sie Mantua eingenommen haben, ohne Luneville zu verlassen." [1]) Mit der Ueberlassung Mantuas an die cisalpinische Republik war der Wettstreit um die Vorherrschaft in Italien zu Gunsten Frankreichs entschieden. Das Mittelländische Meer war, wie es Colbert in seinen kühnsten Träumen gewünscht hatte, ein französischer Binnensee geworden. Niemals, auch nicht in den ruhmreichsten Tagen Ludwigs XIV. hatte Frankreich einen so glorreichen Frieden geschlossen; sowohl die unmittelbaren Abtretungen an Land und Leuten, als die Steigerung des Einflusses in Europa ließen nichts zu wünschen übrig.

Allein der Friede von Luneville war zwar ein großer Erfolg, doch nicht die Entscheidung. Oesterreich war für den Augenblick niedergeworfen. Von den festländischen Genossen der Koalition im Stiche gelassen, hatte es einen Vertrag unterzeichnen müssen, der zweifellos weniger vorteilhaft war, als der von Campo Formio, der ihm aber trotz der Niederlagen nicht alle Vorteile jenes Friedensvertrages abnahm. Es behält Venedig und das Festland bis zur Etsch; es ist nicht gänzlich aus Italien verdrängt; es besitzt noch die Zugänge; es wird seinen Anspruch auf die alte Machtstellung wieder zur Geltung zu bringen suchen.

Der Gebieter Oesterreichs muß den Nacken beugen, weil er nicht im stande ist, die Franzosen aus den weit über die „alten" und erheblich über

[1]) Mémoires du roi Joseph, 85.

die „natürlichen" Grenzen hinaus besetzten Stellungen zu verdrängen. Doch Bonaparte muß nun auch, um den Lohn des Sieges zu behalten, diese vorgeschobenen Stellungen behaupten; er muß in Holland, in der Schweiz, im Deutschen Reich, in Italien der gebietende Herr bleiben. Die Oberhoheit in Europa ist nicht bloß die Frucht des günstigen Friedensvertrags, sondern auch die unerläßliche Bedingung für die Dauerhaftigkeit der gewonnenen Erfolge. Das Schwert durfte nicht aus der Hand gelegt, die Kriegspolitik nicht aufgegeben werden. Wenn es aber auch wirklich der ernste Wille des französischen Volkes gewesen wäre, Halt zu machen auf der Bahn des Ehrgeizes und der Gewinnsucht, so lag es jedenfalls nicht in der Absicht desjenigen Mannes, der schon die unbeschränkte Leitung der Geschicke Frankreichs in Händen hatte. Bonaparte kannte kein anderes Ziel, als durch Feldherrngeschick und Staatskunst die Herrschaft Frankreichs auszudehnen und dadurch für sich neuen Ruhm zu erwerben. Der Sieger war noch nicht gesättigt, und die Widerstandsfähigkeit des Besiegten noch nicht gebrochen; mithin war auch der Friede von Luneville nur als Waffenstillstand anzusehen, der entscheidende Gang nur aufgeschoben.

Vierter Abschnitt.

Die nordische Konvention. Preußische Politik. Kaiser Pauls Ableben. Die Beilegung des Krieges zwischen England und Frankreich. Der Friedensvertrag von Luneville vor dem Reichstag. Der Bonapartismus in Deutschland. Die Zusammenkunft zwischen Friedrich Wilhelm I. und Alexander I. in Memel. Die Wahlen in Köln und Münster. Die französisch-russische Intervention. Verhandlungen der Reichsdeputation. Der Reichsdeputations-Hauptschluß vom 25. Februar 1803.

Konsul Bonaparte hatte einen starken Bundesgenossen an dem Groll, der allmählich bei allen seefahrenden Nationen gegen das übermächtige und übermütige England aufgewachsen war. Der Inselstaat, auf allen Meeren ebenso siegreich wie Frankreich auf dem Festland, nützte seine Ueberlegenheit rücksichtslos aus. Schon während des nordamerikanischen Krieges war zur Abwehr britischer Gewaltthätigkeit ein Bündnis zwischen Rußland und den skandinavischen Reichen geschlossen worden, doch war es damals zu ernsterer Verwickelung nicht gekommen. Seit der ägyptischen Expedition Bonapartes verfuhr England bei Ueberwachung der Warenzufuhr nach Frankreich wieder so schonungslos, daß die betroffenen Staaten darin eine Verletzung ihrer Ehre erblicken mußten. Die Engländer wollten nicht gelten lassen, daß Schiffe der Neutralen ungehindert die Häfen besuchten und hinüber und herüber Waren schafften; neutrale Schiffe mußten sich Durchsuchung durch englische Kriegsschiffe gefallen lassen, u. s. w. Alles unter dem Vorwand der Sicherstellung Englands. Im Juli 1800 nahmen die Engländer die dänische Fregatte Freia, die sich nicht auf Kriegskonterbande untersuchen lassen wollte, nach einem hitzigen Gefechte als Prise weg; alle Beschwerden über den unverantwortlichen Mißbrauch des Rechts des Stärkeren waren umsonst. Nun richtete der dänische Hof eine Bitte um Hilfe an Rußland. Damit bot sich für Zar Paul eine willkommene Gelegenheit, an seinem ehemaligen Bundesgenossen, der im Verein mit Oesterreich durch angeblichen Verrat seinen Zorn gereizt hatte, Vergeltung zu üben. „Dieser Fürst," sagt ein in die

Petersburger Verhältnisse eingeweihter Gewährsmann, Fürst Czartoryski, „immer leidenschaftlich in seinen Entschlüssen und immer geneigt, von einem Extrem jählings zum anderen überzuspringen, und an seinen Beschlüssen nur so lange mit Feuereifer festhaltend, bis eine neue Wendung sie umstürzte, verliebte sich in Napoleon und die französische Regierung, die er bis dahin verabscheut hatte, und verabscheute die Verbündeten, für welche er so viel Zuneigung und Eifer an den Tag gelegt hatte, — alles crescendo, wie das seine Gewohnheit war!“[1]) Er knüpfte in Stockholm und Berlin Unterhandlungen an, um den Vertrag über bewaffnete Neutralität von 1780 wieder aufleben zu machen. Die Weigerung Englands, ihm, dem Großmeister des Johanniterordens, als dem einzig rechtmäßigen Herrn die Insel Malta auszuliefern, steigerte seinen Unwillen; er ließ in den russischen Häfen englische Waren in Beschlag nehmen und englische Matrosen gefangen setzen. Im September 1800 erlaubten sich englische Schiffe neue Gewaltthaten gegen schwedische Schiffe; die Folge war der Abschluß einer Konvention zwischen Schweden und Rußland am 16. Dezember 1800: das baltische Meer sollte dem englischen Handel versperrt werden. Als bald darauf ein preußisches Schiff in der Elbemündung weggenommen wurde, trat auch das Berliner Kabinett dem Bunde der nordischen Mächte bei (18. Dezember), und preußische Truppen besetzten „zur Sicherung der Elbemündung“ mit Zustimmung des Hamburger Senats das hamburgische Amt Ritzebüttel und Cuxhaven. Dänemark zögerte noch, mußte aber, da Zar Paul mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte, ebenfalls dem Bunde sich anschließen. Die Republik Frankreich wurde zwar nicht offen zum Beitritt eingeladen; General Sprengtporten zeigte aber im Auftrag des Zaren die Einigung der neutralen Mächte, in gewissem Sinne das Vorbild der späteren Kontinentalsperre, dem Konsul Bonaparte an und erhielt dafür die Versicherung, daß Frankreich sich auf keinen Frieden einlassen werde, wenn nicht auch England den Grundsatz anerkenne: Das Meer steht allen offen![2]) Ueberdies erfuhr der Widerstand gegen das stolze Britannien noch eine wesentliche Verstärkung durch den von Bonaparte mit den nordamerikanischen Freistaaten geschlossenen Vertrag von Morfontaine (30. September 1800), worin der nämliche seerechtliche Grundsatz des Mare liberum aufgestellt war, wie ihn die nordische Konvention verteidigte. In England war in den letzten Jahren eine mächtige Bewegung zu Gunsten des Friedens aufgewachsen. Gerade um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts vollzog sich hier unter dem Einfluß der vervollkommneten Wattschen Dampfmaschine ein ungeheurer Umschwung des wirtschaftlichen Lebens. Begünstigt von seinem Kohlenreichtum wurde England, das schon als Handelsmacht keinen Nebenbuhler mehr hatte, mit unglaublicher Schnelligkeit auch der erste Industriestaat der Welt. Diese Wandlung hatte den Frieden nötig; weder die festgewurzelte nationale Abneigung gegen Frankreich, noch der Widerwille der herrschenden Kreise gegen die Revolution und ihre Ausgeburten konnten das Anwachsen der Friedenspartei

[1]) Mémoires du prince Adam Czartoryski et correspondance avec l'empereur Alexandre I., I, 280.

[2]) Sorel, VI, 88.

verhindern, und dem Ansturm der Geschäftswelt, nicht den Streitigkeiten mit der Krone wegen der Zugeständnisse an die irischen Katholiken unterlag das Ministerium Pitt. Doch auch das neue Kabinett Addington glaubte, wie nachdrücklich es auch im Parlament seine Friedensliebe beteuerte, der „englischen" Politik, keinen Wettbewerb zur See aufkommen zu lassen, treu bleiben zu müssen. Die feindlichen Maßnahmen der neutralen Mächte wurden mit Beschlagnahme aller russischen, schwedischen und dänischen Schiffe erwidert. Preußen wurde rücksichtsvoller behandelt; es wurde nur eine Anfrage nach Berlin gerichtet, ob Preußen wirklich dem feindlichen Bunde beigetreten sei. Dem Berliner Kabinett war es durchaus nicht um offene Schilderhebung gegen England zu tun. Haugwitz sagte also nicht ja, nicht nein, und drückte nur sein Bedauern aus, daß England übereilte Maßnahmen gegen befreundete Mächte treffe, die wohl nur ein Mißverständnis hervorgerufen habe (5. Februar). Da im Falle eines Bruches mit Preußen die deutschen Stammlande Georgs III. bedroht gewesen wären, beruhigte sich das britische Kabinett mit der Berliner Erklärung; dagegen erschien gegen Ende März eine englische Flotte vor Kopenhagen. Admiral Nelson hatte noch einmal so viele Schiffe als die Dänen; trotzdem gelang es ihm nicht, in der Seeschlacht am 2. April einen entschiedenen Sieg davonzutragen; die englischen Schiffe waren nicht minder übel zugerichtet als die dänischen. So waren es beide Teile zufrieden, daß am 9. April ein Waffenstillstand geschlossen wurde; Dänemark entsagte der Mitwirkung an der nordischen Konvention, ohne daß jedoch diese Verpflichtung für Holstein und die Elbe gelten sollte. Darauf wandte sich die englische Flotte gegen Schweden; schon waren zur Beschießung von Carlscrona alle Anstalten getroffen, — da brachte der Tod des Zaren Paul die anti-englische Bewegung zum Stillstand.

Durch die Nachricht erschreckt, daß Oesterreich die Bistümer Bamberg und Würzburg zur Entschädigung des Großherzogs von Toskana ausersehen habe, also die ansehnlichsten Gebiete Frankens in mittelbare Abhängigkeit von Oesterreich bringen wolle, entsandte Friedrich Wilhelm III. im Oktober 1800 den Marchese Lucchesini nach Paris mit Instruktionen, die eine Annäherung der beiden Nachbarmächte bezweckten. Auf Hardenbergs Vorschlag war im preußischen Entschädigungsprogramm die Erwerbung der fränkischen Bistümer und einiger fränkischer Reichsstädte an erste Stelle gerückt worden; außerdem sollten noch Hildesheim, Osnabrück und das Eichsfeld mit Erfurt gefordert werden. Für diese günstige Abrundung Preußens, sowie für Anerkennung der Hegemonie Preußens in Norddeutschland sollte Lucchesini in Paris Stimmung machen. Talleyrand erwiderte aber mit Klagen über die preußische Politik, die sich unfreundliche Zurückhaltung gegen die Werbungen Frankreichs zu Schulden kommen lasse. Lucchesini mußte bald erkennen, daß „die günstige Gesinnung Frankreichs gegen Preußen untergeordnet sei den freundschaftlichen Beziehungen, die sich zwischen der Republik und dem Zaren anzuknüpfen scheinen."[1]) Noch weniger Rücksicht legte sich Bonaparte auf, seit er durch den Frieden von Luneville freie Hand gegen Oesterreich bekommen hatte. Auch die Wahl des Vertreters der

[1]) Bailleu, Preußen und Frankreich 1795—1807, 21.

preußischen Interessen war nicht glücklich. Bonaparte beargwohnte seinen Landsmann wegen auffälligen Verkehrs in oppositionellen Kreisen und wegen angeblicher geheimer Beziehungen zu England; vermutlich wußte er auch aus aufgefangenen Briefen, daß er selbst von Luccheſini mißtrauisch betrachtet und abfällig beurteilt werde.[1]) Der Gesandte sah ein, daß Preußen ohne russische Fürsprache nicht zu vorteilhaften Bedingungen gelangen werde. Friedrich Wilhelm hatte auch schon in Petersburg durch Oberst Lecoq anzeigen lassen, daß er, um dem Wiener Hofe zuvorzukommen, die fränkischen Hochstifte besetzen wolle, doch auch in Rußland zeigte sich wenig Geneigtheit, die preußischen Wünsche zu unterstützen. Zar Paul hatte einen andren Entschädigungsplan entworfen, wonach die beiden fränkischen Bistümer zwischen Württemberg und Baiern geteilt werden sollten; dagegen wurde dem Berliner Kabinett, um es im Interesse der Koalition gegen England mobil zu machen, der freundschaftliche Rat gegeben, die britischen Gewaltthätigkeiten zur See durch Besetzung von Hannover zu beantworten. Haugwitz glaubte so reichen Gewinn nicht ausschlagen zu dürfen, und es gelang ihm, auch den widerstrebenden Monarchen — der österreichische Geschäftsträger Graf Hudelist versichert, Friedrich Wilhelm habe mit Thränen in den Augen den Befehl zum Einmarsch in Hannover gegeben[2]) — von den Vorteilen des gewagten Schrittes zu überzeugen. Am 30. März erließ der König eine Erklärung, daß er sich gegenüber den unerhörten Uebergriffen Englands zu Notwehrmaßregeln gezwungen sehe, daß demnach nicht bloß die Mündungen der Elbe, Weser und Ems den englischen Schiffen verschlossen, sondern auch sämtliche dem König von Großbritannien als Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg zuständigen Staaten von Preußen in Besitz genommen werden sollten. Anfangs April rückten 15 000 Preußen in Hannover ein, und auch die Hochstiftsgebiete Bremen und Verden, sowie die Reichsstadt Bremen wurden von Preußen besetzt.

In Hardenbergs Denkwürdigkeiten wird dieses Vorgehen verteidigt. Nicht „schnöde Begehrlichkeit", sondern „wenigstens vorübergehend bedeutende Gesichtspunkte" seien dafür maßgebend gewesen. Indem Preußen Franken zu annektieren gedachte, was ihm eine große Stellung im Süden gegeben hätte, faßte es zugleich die Absicht, eine ähnliche für den Norden zu erwerben. Es wäre dadurch eine nach allen Seiten hin selbständige Weltstellung den übrigen Mächten gegenüber gewonnen worden: gegen Oesterreich, um Baiern zu schützen, gegen Frankreich, um eine Wiederholung seiner Uebergriffe zu hindern, endlich auch gegen England, um die Grundsätze der bewaffneten Neutralität zu behaupten. Auf die Allianz von Rußland würde man allezeit haben rechnen können. Die Konsolidation der Franken und die Besetzung Hannovers wirkten zusammen. Die Idee der Demarkationslinie und die der Neutralität von Deutschland empfingen dadurch eine neue Erweiterung und Befestigung.[3]) Hardenberg fügt aber selbst hinzu, daß so große Positionen, wie diese, nur durch große eigene Anstrengungen und Kriegserfolge errungen werden können. Mut und Opferwille fehlten aber der preußischen Politik jener Tage; Haugwitz und seine Kollegen wollten immer

[1]) Bailleu, Luccheſini; Allgem. deutsche Biographie, 19. Bd., 349.
[2]) Bailleu, II, Einl. XVI.
[3]) Hardenberg, Denkwürdigkeiten, I, 443.

nur aus gewandter Verschlingung der diplomatischen Fäden Vorteil ziehen. Trotz der Besetzung Hannovers wollten sie es auch mit König Georg nicht verderben; der Einmarsch, so wurde in London erklärt, sei nur erfolgt, um den Russen und Franzosen zuvorzukommen. Wie das gewaltthätige Vorgehen Preußens gegen einen deutschen Reichsstand von Unbefangenen beurteilt wurde, zeigt ein Wort des jungen bairischen Kurprinzen Ludwig (nachmals König Ludwig I.). Der kaiserliche Gesandte Graf Seilern berichtete am 7. April aus Baireuth, wo sich Max Joseph als Gast des Königs von Preußen aufhielt, an den Wiener Hof: „Der Churprinz sagte mir gestern Abends, als er mich einen Augenblick allein sahe: Ist es wahr, daß Preußen Hannover besetzt habe? Ich erwiderte: Man sagt es! Er wurde unwillig und antwortete: In vorigen Zeiten wäre es sogleich in die Acht erklärt worden! Es ist sichtbar, wie sehr dieser junge Prinz ganz verschiedene Grundsätze von seinem Vater habe, der ihn kaltsinnig behandelt.“ [1]) Seilern knüpft an seine Erzählung die herkömmliche Verurteilung der treulosen preußischen Politik jener Tage. Doch wie machte es ein paar Monate später der Wiener Hof? Er ließ nicht minder eigenmächtig mitten im Frieden das Hochstift Passau besetzen. Der Respekt vor der Reichsverfassung war eben den leitenden Kreisen in Deutschland überhaupt entschwunden. Das deutsche Gewissen war tot.

Die Besitznahme von Hannover war nicht von langer Dauer. Als die preußischen Truppen dort einrückten, war schon jenes Ereignis eingetreten, das — nach einem Wort Hardenbergs — alle politischen Pläne in politische Träume verwandelte.[2]) Am 24. März 1801 wurde Zar Paul Petrowitsch im Michaelspalast zu Petersburg, den er zu seiner Sicherung in eine Festung mit Gräben, Zugbrücken und unterirdischen Gängen hatte verwandeln lassen, von Gardeoffizieren erdrosselt. Michelet hat aus dem Ermordeten einen „Märtyrer der Gerechtigkeitsliebe“ gemacht,[3]) doch diese Auffassung ist durch Enthüllungen aus russischen Hofkreisen längst widerlegt. Schon in der Jugendzeit Pauls war in seinem Charakter eine merkwürdige Mischung von vortrefflichen und widerwärtigen Eigenschaften zu Tage getreten, Harmlosigkeit und Gutmütigkeit neben brutaler Rücksichtslosigkeit und tobendem Jähzorn.[4]) Nach seinem Regierungsantritt gewann der finstere Geist, insbesondere ein auf seine ganze Umgebung sich erstreckendes Mißtrauen immer mehr die Oberhand. Dieser Dämon verführte ihn zu den unglaublichsten Gewaltthaten; er fürchtete alle und flößte allen Furcht ein; es war eine richtige Schreckensherrschaft, wie in den schlimmsten Pariser Tagen. Ueberdies machte er sich durch aberwitzige Anordnungen vor der Nation und dem Ausland lächerlich, — nötigte er doch einmal den alten Suwarow,

---

[1]) K. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Staatskanzlei, Baiern 96. Berichte des kaiserlichen Gesandten Grafen Seilern aus München vom Jahr 1801.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Hardenbergscher Nachlaß. Acta, betreffend das Säkularisations- und Indemnitätsgeschäft in Maßgabe des Luneviller Friedens, 1800—1802. Memoire Hardenbergs vom 24. März 1801.

[3]) Michelet, Histoire du 19. siècle, III, 16.

[4]) Der Cäsarewitsch Paul Petrowitsch von 1754—1796, von Dimitri Kobeko, ins Deutsche übertragen von J. Laurenty, 24.

einen Kurs über Taktik bei einem jungen Fechtlehrer zu hören![1]) — und auch in wichtigen Fragen der auswärtigen Politik wurde nur nach Laune und Willkür entschieden. An der Geisteskrankheit des Selbstherrschers war nicht mehr zu zweifeln. Als der Größenwahn immer ungeheuerlicher aufwuchs und der Druck unerträglich wurde, verbanden sich alle, welche besorgen mußten, der Tyrannei zum Opfer zu fallen, zur Beseitigung des Verhaßten. „Der Wahnsinn des unglücklichen Fürsten," erklärt der in russische Dienste getretene Franzose Graf Langeron, „war nachgerade so weit gediehen, daß man ihn nicht mehr ertragen konnte; so mußte man ihn denn dem Glück von vierzig Millionen Menschen opfern."[2]) Es handelte sich nicht um einen Kampf politischer Parteien, es war kein politisches Programm im Spiel, rein persönliche Interessen standen im Vordergrund. Einer der höchsten Würdenträger, der Generalgouverneur von Petersburg, Graf Pahlen, hatte die Fäden der Verschwörung in seiner Hand; der Thronfolger war mit dem Plane der Absetzung seines Vaters, nicht mit der blutigen Wendung der Katastrophe einverstanden. Freilich hätte, wenn Alexander die Entthronung des Vaters selbst durchzuführen den Mut gehabt hätte, der entsetzliche Ausgang abgewendet werden können . . .[3]) Als die That vollbracht war, — „Quand on veut faire une omelette, il faut casser les oeufs," erklärte Graf Pahlen den Mitverschworenen[4]) — überreichten die Mörder dem Thronfolger die Krone. Eine Episode, wie sie nur in Rußland möglich, in Rußland nichts Ungewöhnliches war. „C'est notre constitution, le despotisme tempéré par l'assassinat!"

Der Thronwechsel in Petersburg ließ den antienglischen Bund zusammenbrechen, kaum daß er geschlossen worden war.

In Rußland war der Krieg mit England von vornherein unpopulär gewesen, da die englischen Reeder die besten Abnehmer für die russischen Naturprodukte waren. Nach Pauls Tod wurde mit England sofort ein Abkommen getroffen, dem die Uebereilung anzumerken war. Auf die Interessen der verbündeten Seemächte war so gut wie keine Rücksicht genommen; die wichtigsten Punkte über die neutrale Flagge waren entweder mit Stillschweigen übergangen oder zweifelhaft gelassen. Es war nur die Absicht maßgebend, so rasch wie möglich die Einstellung der Feindseligkeiten zu erreichen.[5]) Auch in Berlin und Kopenhagen siegte die Auffassung, daß der Bund der Neutralen in Wahrheit nur dem Despotismus hüben und drüben zu gute komme, dem moskowitischen Selbstherrschertum und dem eroberungssüchtigen Cäsarismus in Frankreich. Die beiden Höfe machten Frieden mit England. Schon im April wurde der Handel mit England in den norddeutschen Hafenplätzen wieder freigegeben. Auch aus Hannover würden die Preußen sofort zurückgezogen worden sein, wenn nicht das Nachrücken französischer Truppen zu befürchten gewesen wäre.[6])

[1]) Schiemann, Die Ermordung Pauls I. und die Thronbesteigung Nikolaus I., 15.
[2]) R. R. (Alexander Brückner), Kaiser Pauls I. Ende, 75.
[3]) Schiemann, Vorwort.
[4]) Bernhardi, Geschichte Rußlands, II, 2, 433.
[5]) Czartoryski, Mémoires, I, 284.
[6]) Bailleu, II, Einl. XVI.

Nun erkannte aber auch Bonaparte, daß seine Kriegspolitik sich vorerst nicht mehr aufrecht erhalten lasse. Als er die Nachricht von der Ermordung des Zaren Paul erhielt, stieß er einen Schrei der Verzweiflung aus und rief: „Das ist die Hand Englands!“[1] Die Rückwirkung der Blutthat auf die europäische Lage konnte für Frankreich nur ungünstig sein. Das mit Frankreich verbündete Spanien war soeben im Krieg mit Portugal in beschämender Weise unterlegen. In Aegypten hatte General Menou, der Nachfolger des ermordeten Kleber, in den Kämpfen mit Türken und Engländern nur Niederlagen erlitten; der Fall Alexandrias, des letzten von den Franzosen behaupteten Platzes, war unabwendbar. Zar Alexander ließ durch Kolitscheff in Paris erklären, daß er den unberechtigten, ganz Europa beunruhigenden Ansprüchen Frankreichs auf Aegypten unnachsichtlich entgegentreten werde. Aus der Instruktion für Kolitscheff vom 28. April ist schon deutlich zu ersehen, welche Rolle Alexander spielen will, ist schon die Stellung angedeutet, welche er 1804 für sich beansprucht, 1814 thatsächlich eingenommen hat. Es sind noch in ihm die von seinem Erzieher Laharpe eingepflanzten Grundsätze der Humanität und Volksbeglückung lebendig, doch ebenso die Tradition des Zarentums. Er will den europäischen Frieden hüten und wahren, doch Europa soll ihm zu diesem Zweck das unbeschränkte, unverantwortliche Schiedsrichteramt übertragen. „Es liegt mir alles daran, daß die Unterhandlungen fernerhin auf einer festen Grundlage geführt werden; sowohl bei der Wiedereinsetzung der entthronten, als bei der Entschädigung der beraubten Fürsten soll ein weises und billiges Maß eingehalten, es soll ein Gleichgewicht hergestellt werden, das wirklich die Ruhe Europas sichert und verbürgt.“ Die Verbrüderung zwischen der Republik Frankreich und dem Zarenreiche, die in den letzten Lebenstagen Pauls fast als vollendete Thatsache hatte gelten können, schien in weite Ferne gerückt.

Unter diesen Umständen dünkte es dem ersten Konsul geraten, weniger gebieterisch als Verteidiger des europäischen Völkerrechts gegen England aufzutreten. Er selbst gab in London seine Friedensgeneigtheit zu erkennen. Das englische Kabinett, so ließ er durch seinen Gesandten Otto erklären, möge endlich auf die Verbindung mit seinen auf Empörung und Mord sinnenden Feinden verzichten. „Sollen Briten und Franzosen nur deshalb, weil sie miteinander Krieg führen, aufhören, zivilisierte und europäische Nationen zu sein?“ Er sei bereit, die Hand zum Frieden zu bieten, denn nur der Friede werde ermöglichen, die Republik auszugestalten, der Regierungsgewalt die notwendige Festigkeit zu geben, den Staatsfinanzen aufzuhelfen und Handel und Gewerbe in Flor zu bringen.

Es waren bedeutende Zugeständnisse, die der Mann des Jahrhunderts den auch durch die französischen Landungspläne nicht erschreckten Engländern einräumen mußte, Zugeständnisse, welche die offene Anerkennung des maritimen Uebergewichts des Inselstaates bedeuteten. England behielt das Festland von Indien und die Insel Ceylon. Aegypten sollte der Pforte zurückgegeben, die Unabhängigkeit Portugals sichergestellt werden. Nur in Bezug auf das Mittel-

[1] Bailleu, II, 38; Bericht Luccheſinis aus Paris vom 17. April 1801.

meer mußte England nachgeben. Mahon mußte ausgeliefert, Malta dem Johanniterorden eingeräumt werden. Auf dieser Grundlage kam es am 1. Oktober 1801 zum Abschluß der Präliminarien. Paris wurde durch die glückliche Wendung in einen wahren Freudentaumel versetzt. Kaum hatte Kanonendonner das Ereignis verkündet, wurde die ganze Stadt festlich beleuchtet. Als bald darauf der Jahrestag des 18. Brumaire mit einem Volksfest gefeiert wurde, durfte kein Wagen sich in den Straßen zeigen, außer dem Gefährt des Lord Cornwallis, der die von König Georg unterzeichnete Friedensurkunde nach Paris brachte. In London äußerte sich die Befriedigung des Volkes nicht weniger stürmisch. Bei einem Festbankett trank der Lordmayor auf das Wohl des Hero-pacificator Bonaparte, auf Freiheit und Erstarkung des großen französischen Volkes. Welches Glück, bemerkt dazu Thiers, daß dem Gefeierten und seiner Nation damals noch unbekannt war, was ins Buch des Schicksals für das Jahr 1815 geschrieben war![1]) Als auch Pitt im Parlament die Politik des Kabinetts Addington gegen die Opposition verteidigte, kam der Ausgleich rasch zu stande. Am 27. März 1802 erfolgte zu Amiens die Unterzeichnung des Friedensvertrags. Von ihm gilt freilich noch in erhöhtem Maße, was über den Frieden von Luneville zu sagen war. Sorel nennt ihn kurzweg einen „toten Buchstaben", eine „offizielle Maske für einen sehr kurzen Waffenstillstand".[2])

Auch eine Verständigung zwischen Frankreich und Rußland kam rascher zu stande, als sich nach dem Regierungsantritt Alexanders hätte vermuten lassen. Jeder der beiden Staaten verpflichtete sich, nicht bloß den äußeren, sondern auch den inneren Feinden des anderen — den Polen, wie den Bourbons — jede Unterstützung zu versagen. Dem Vertrag vom 8. Oktober 1801, der auf Grundlage dieser Bestimmungen das Verhältnis zwischen beiden Mächten regelte, folgte am 11. ein zweiter mit geheimen Stipulationen, deren wichtigsten Teil die Abrede in Bezug auf die Umgestaltung des Deutschen Reiches bildete.

Nach Hardenbergs Ansicht bedeuten diese Verträge Frankreichs mit England und Rußland den Abschluß der ersten Epoche der Revolutionskriege.[3]) Den Hauptgewinn erntete England, dessen Seeherrschaft von allen Mächten anerkannt und ertragen werden mußte. Die Hegemonie auf dem Festland mußte Konsul Bonaparte vorerst noch mit dem Zaren teilen. Oesterreich und Preußen waren in den Hintergrund gedrängt; war es doch für sie eine schimpfliche Demütigung, daß Rußland und Frankreich förmlich die Entscheidung über die Verteilung des deutschen Reichsgebiets in Händen hatten! In Wien sahen freilich manche gar nicht ungern, daß in der Entschädigungsfrage, insbesondere bei Zertrümmerung der geistlichen Gebiete, die radikale Republik vorgeschoben werden konnte. Nicht einmal einer engeren Verbindung mit den „Staatsmännern ohne alle Grundsätze", wie Ludwig Cobenzl im Dezember 1800 die neuen Konsuln genannt hatte, war man abgeneigt. „Man muß Gelegenheit suchen, ein neues,

[1]) Thiers, III, 148.
[2]) Sorel, VI, 237.
[3]) Hardenberg, Denkwürdigkeiten, I, 454.

den Interessen Seiner Majestät entsprechendes System zu bilden," schrieb der an Thuguts Stelle berufene Staatsmann, in dessen wortreichen, sprachgewandten Denkschriften man ebenso vergeblich große Gedanken wie Beharrlichkeit und Ueberzeugungstreue suchen darf, noch von Paris aus am 3. Mai 1801 an Colloredo, „wir dürfen nicht länger isoliert und ohne Verbündete bleiben: die grausame Erfahrung, die wir soeben gemacht haben, war deutlich genug. Ich werde sowohl hier, als nach meiner Rückkehr nach Wien an der Bildung eines solchen neuen Systems eifrig arbeiten, wobei ich jedoch nicht vergessen will, daß wir uns niemand an den Hals werfen dürfen. Jedenfalls wird der Gesandtschaftsposten in Paris von höchster Wichtigkeit werden . . ." [1])

Piemont war mit Frankreich vereinigt; Bonaparte hatte es durch einfache Verfügung in französische Departements verwandelt, ohne daß von irgend einer Seite Einspruch gewagt wurde. Damit war die Brücke in die Lombardei geschlagen; die Ausdehnung der französischen Macht auf die ganze Halbinsel war nicht mehr aufzuhalten. Auch Portugal, Neapel und die Türkei hatten mit der Republik Frieden gemacht. Um Bonapartes Haupt wob sich — das gab seiner Erscheinung einen neuen Zauber! — die Gloriole des Friedensstifters. Seine Sagacität bewährte sich besonders in der klugen Ordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, im Friedensschluß mit der Kurie. Freilich schlugen die Freunde der Aufklärung in Deutschland und England, die in Bonaparte bisher den Bannerträger der Revolution verehrt hatten, ein zorniges Gelächter auf, als sie vernahmen, daß er an Frieden und Freundschaft mit Rom denke, und auch für die Jakobiner in Frankreich war der Abschluß des Konkordats am 15. Juni 1801 die „Sonnenwende" ihrer Anhänglichkeit und Verehrung. Für Bonaparte waren natürlich nur politische Gründe maßgebend. Er erblickte im Katholizismus ein mächtiges Werkzeug, das seiner Herrschaft auch die Geister und die Gewissen unterwarf, nachdem er sich die Gewalt des Staates und die Interessen der Gesellschaft schon unterworfen hatte. Er wollte mit der Religion nicht rechnen als ihr Diener, sondern als ihr Herr. „Das Volk braucht Religion, und diese Religion muß in den Händen der Regierung sein." [2]) Auch andere besonnene Politiker erkannten die Notwendigkeit und die Verdienstlichkeit des Friedensschlusses mit der Kirche, da er den Gläubigen die Ruhe des Herzens zurückgab und in vielen tausend Familien Ordnung und Eintracht wiederherstellte. Es war ein bedeutungsvoller Augenblick, als sich Bonaparte mit großem Gefolge nach Notre Dame begab, um öffentlich Zeugnis abzulegen, daß das Oberhaupt Frankreichs wieder die Religion anerkenne und der Kirche zwar nicht zu ihrer alten Machtstellung, aber zu ihrem alten Glanze verhelfen wolle.

Immerhin war es keine leere Prahlerei, wenn der erste Konsul in seinem Aufruf vom 22. November 1801 erklärte: „Mit süßer Genugthuung kann die Regierung vor der Nation das Bild der Lage Frankreichs in dem zu Ende gehenden Jahre aufrollen. Nach Innen und Außen hat alles ein neues

[1]) Vivenot II, 433, 473, 421.

[2]) Fournier, Napoleon I. (2. Aufl.) I, 259.

Gesicht gewonnen, aber wohin sich die Blicke wenden mögen, eröffnet sich hoffnungsvolle und glückliche Aussicht!" [1] —

Ein kaiserliches Dekret vom 19. Februar 1801, dem ein Handschreiben an die Kurfürsten und Fürsten des Reiches beigefügt war, gab dem Regensburger Reichstag Nachricht vom Abschluß des Friedens von Luneville. Es wird darin bereitwillig anerkannt, daß nach den Bestimmungen der Verfassung das Reich zur Mitwirkung hätte eingeladen werden müssen, doch sei dazu keine Möglichkeit geboten gewesen. Auf französischer Seite habe man einfach auf den Vorgang in Rastatt im Jahre 1714 verwiesen; damals habe Kaiser Karl VI. ebenso für sich allein im Namen des Reiches den Friedensvertrag unterzeichnet. Die Rücksicht auf den zur Zeit noch auf einem ansehnlichen Teile Deutschlands lastenden Druck und auf die noch peinlicheren Folgen eines längeren Widerstrebens mußte den Kaiser bewegen, sich dem Willen des Siegers zu fügen. [2]

Der Reichstag machte raschere Arbeit, als man sie von ihm gewohnt war. Die Friedensbestimmung, daß die französischen Heere den deutschen Boden nicht räumen und die Kriegskosten und Kontributionen nicht aufhören würden, ehe nicht der Friede vom Reich angenommen wäre, drängte zu beschleunigter Beschlußfassung. Alle Stände, so berichtete Graf Goertz am 2. März nach Berlin, seien gleichmäßig entschlossen, die Sache zum Austrag zu bringen. „So sehr auch bei Manchem die bangste Besorgniß über die sie wahrscheinlich betreffen werdenden künftigen Folgen sehr lebhaft ist, so scheint doch bey Allen gleicher Entschluß, dem nicht zu ändernden Schicksal sich zu unterwerfen und nur den Frieden zu beschleunigen . . . Es ist die gesetzliche Vorschrift des Siegers, das die eiserne Noth anzunehmen zwingt." [3]

So wurde denn der Friede schon am 7. März vom Reichstag ratifiziert, — eine in den Annalen des Reichs unerhörte Hurtigkeit! Bei den Verhandlungen wurde von zahlreichen Ständen dem Schmerz über den Verlust des linken Rheinufers mit verschiedenartigen Wendungen Ausdruck gegeben, von allen freilich auch die Unmöglichkeit betont, längeren Widerstand entgegenzusetzen. Der Kurfürst von Köln ließ erklären, die Trennung von Unterthanen, deren treue Anhänglichkeit sich gerade in den Revolutionsstürmen glänzend bewährt habe, gehe seinem Herzen nahe, aber die Rücksicht auf das Wohl des Reiches und der Menschheit zwinge ihn, das schwere Opfer zu bringen. Der Kurfürst von Mainz sprach die Hoffnung aus, daß ihm das Bedauern über den Verlust anhänglicher Untertanen von dem mächtigen Feinde, dessen Achtung er sich erworben zu haben glaube, nicht verdacht werde. Der Bischof von Speier äußerte den dringlichen Wunsch, daß man nicht nur Einzelnen zumuten möge, ihren Besitz zu verlieren, sondern daß das Opfer vom ganzen Reiche getragen und jeder nach Verhältnis seines Verlustes entschädigt werden sollte; wenn die Rechte der geistlichen

---

[1] Corr. de Napoléon, 7. tom., 327.

[2] Der Friedenstraktat von Luneville (1801), 13.

[3] Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia, den von des Kaisers Majestät für sich und zugleich für das deutsche Reich mit der französischen Republik zu Luneville am 9. Febr. 1801 abgeschlossenen Frieden und dessen Ratifikation von Seite des Reichs betreffend. Vol. X. Bericht des Grafen Goertz vom 2. März 1801.

Fürsten nicht gebührende Beachtung fänden, würde die katholische Religion selbst Schaden leiden, und das verübte Unrecht auch den übrigen christlichen Gemeinden Unsegen bringen. Wie Speier, verwahrten sich auch Konstanz und Lüttich mit scharfen Worten gegen die angesonnene Vergewaltigung, während die Bischöfe von Würzburg, Eichstädt und andere geistliche Fürsten nur elegischen Ton anschlugen.

So fiel denn das Reichsgutachten vom 7. März aus, wie es ausfallen mußte. Der Reichstag erklärte sich damit befriedigt, daß sein Mitwirkungsrecht bei Friedensschlüssen im allgemeinen vom Kaiser anerkannt worden sei, gab für den besonderen Fall seine Zustimmung zu dem beschleunigten Verfahren und bestätigte den Vertrag nach Form und Inhalt. Die Auswechslung der Urkunden erfolgte in Paris am 16. März. Nun zogen die französischen Heeresabteilungen, mit ansehnlicher Beute beladen, langsam aus den deutschen Quartieren ab. Gleichzeitig wurde begonnen die deutschen Grenzfestungen zu schleifen. In Ehrenbreitstein, Kehl, Philippsburg, aber auch in weit vom Rhein abgelegenen Plätzen, in Ulm und Ingolstadt, wurden, um dem Sieger durch pünktlichen Gehorsam zu schmeicheln, die Festungswerke abgetragen.

Was soll aus dem Deutschen Reich werden? So fragten sich nicht allzu teilnahmsvoll die deutschen Politiker. Würde es überhaupt möglich sein, trotz der vielfachen Umgestaltungen, Ausschaltungen und Einbauten, wie sie das Entschädigungswerk notwendig mache, das alte Reichsgebäude bestehen zu lassen?

Am wenigsten war man sich in Regensburg klar, wie das Friedensgeschäft weiter zu führen wäre. Die Einen, so berichtete Goertz, wollen vertrauensvoll Alles Kaiserlicher Majestät überlassen, Andere wollen durch zwei Kurfürsten — Mainz und Sachsen wurden namhaft gemacht — die Entscheidung treffen lassen; Preußen und Baiern aber — zum erstenmal werden diese beiden Staaten als Verbündete mit gleichen Interessen bezeichnet — können weder auf das eine noch auf das andere eingehen! So bietet sich denn nur ein Weg, ein längerer und durch viele Hindernisse erschwerter Weg: das Schiedsrichteramt einer Reichsdeputation zu übertragen! Der kaiserliche Kommissarius v. Hügel empfahl bald dies, bald jenes, doch ließ sich deutlich erkennen, daß der Wiener Hof den Wunsch hege, es möchte dem Kaiser allein die Erledigung des Entschädigungsgeschäftes übertragen werden. Zu solchem Vertrauensvotum zeigten sich aber im Kurfürstenkollegium nur Köln und Trier geneigt; der Vertreter von Mainz war „ohne Instruktion", und Preußen, Baiern und Sachsen traten geschlossen als Gegner den „beynahe unanständigen Anstrengungen der kaiserlichen Minister und ihrer Anhänger" entgegen.[1]) So wurde denn am 30. April an den Kaiser nur die Bitte gerichtet, er möge „nach seiner immer erprobten reichsväterlichen Sorgfalt die gänzliche Berichtigung der noch vorbehaltenen Gegenstände und damit die Erledigung des Friedenswerkes einleiten und noch vor deren Festsetzung und Berichtigung die aus dieser Einleitung sich ergebenden Resultate dem Reiche zu einer schleunigen neuen Beratung mitteilen."

[1]) Pr. St. A. Berichte Goertz' vom 16. und 29. März 1801.

Vielleicht hätte es unmittelbar nach dem Friedensschluß, solange Frankreich noch mit England Krieg führte und zu dem Zaren noch keine freundlichen Beziehungen angeknüpft hatte, dem Kaiser gelingen können, die Leitung der deutschen Angelegenheiten sich anzueignen. Jetzt war es zu spät; darüber konnte man auch in Wien nicht im Unklaren sein. Vielleicht ließ sich aber bei dilatorischem Vorgehen eine günstigere Wendung abwarten! So wurde denn durch Hofdekret vom 26. Juni 1801 „der Auftrag, mit der französischen Regierung das Nötige einzuleiten," — im Reichsgutachten war davon gar nicht die Rede gewesen — abgelehnt, aber „der Mitwirkung des Reiches in der gewöhnlichen Form der Reichstagsberatschlagung" zugestimmt. Der bittere Ton der kaiserlichen Kundgebung erregte peinliches Aufsehen.[1])

Der Reichstag in seiner Spaltung, so wurde eingewendet, werde niemals zu einem leidlichen Ergebnis gelangen. Im August wurde von General Heymann und Harnier in München mit Montgelas über Berufung einer außerordentlichen Reichskommission verhandelt. Als erste Bedingung stellte das preußische Kabinett die Forderung auf, daß weder der Kurfürst von Mainz noch irgend ein anderer geistlicher Fürst in die Kommission aufgenommen werden sollte. „Es würde eine Inkonsequenz seyn, die geistlichen Stände des Reichs zu ihrer eigenen Auflösung selbst concurriren zu lassen." Allerdings verstoße ein solcher Ausschluß gegen die Verfassung, allein die Reichsverfassung sei auch schon durch die Aufnahme des Säkularisationsprinzips in den Luneviller Frieden verletzt worden; die Versündigung gegen die Reichsgesetze werde durch die Macht der Umstände entschuldigt.[2]) Um es mit den beiden angesehensten Reichsständen nicht von vorneherein zu verderben, gab der Wiener Hof nach. Graf Stadion wurde in außerordentlicher Mission nach Berlin entsendet, um die Zustimmung zur Berufung einer Reichsdeputation zu verkünden und womöglich eine Verständigung über die Zusammensetzung zu erzielen. Oesterreich schlug zu Mitgliedern vor: Böhmen, Kurmainz, Sachsen und Brandenburg; in Berlin wollte man Böhmen, Brandenburg, Baiern, Baden. „Vier B sollen das böse Werk ausführen!" wurde in Wien gespottet.[3]) Allmählich ließ sich die preußische Regierung zu einem Zugeständnis an Oesterreich bereit finden; sie erklärte, auf dem Ausschluß von Kurmainz nicht bestehen zu wollen; außer dem Erzkanzler sollten noch fünf Kommissionsmitglieder gewählt werden: Brandenburg, Oesterreich, Baiern, Hessen-Kassel und entweder Württemberg oder Baden. Stadion nahm die Liste an; wenigstens in diesem Punkte schien ein Einvernehmen zwischen den beiden Höfen hergestellt zu sein. Doch in Wien, wo sich immer der Mangel einer überragenden leitenden Persönlichkeit peinlich fühlbar machte, gaben andere Rücksichten den Ausschlag. Hauptsächlich auf Grund der rosig gefärbten Berichte Cobenzls, der

[1]) „Der bittere, belehren wollende, hämische und dabei das Ansehen des Reichsoberhauptes selbst kompromittierende Ton, der noch alles übertrifft, was bis jetzt aus der Feder des dermaligen Reichsreferendarii v. Franck an den Reichstag gekommen ist" (Goertz, 6. Juli 1801).

[2]) Bericht Goertz' vom 7. August 1801.

[3]) Ad. Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, 21.

seiner Plauderkunst wegen bei den Theeabenden der Madame Bonaparte ein gern gesehener Gast war, glaubte man die Hülfe Preußens nicht mehr nötig zu haben. Demnach führten die Vertreter Oesterreichs bei Eröffnung der Verhandlungen in Regensburg eine ganz andere Sprache. Sie verlangten eine Erhöhung der Kommission auf acht Mitglieder, und zwar sollten außer Kurmainz auch noch der Hoch- und Deutschmeister, sowie Kursachsen aufgenommen werden. Im Widerspruch mit seinem Auftrag, gegen die Vermehrung der Kommission und, falls sich diese nicht abwehren lasse, gegen Hereinziehung „eines dem ganzen Entschädigungs- und Säkularisationswerk natürlich nur widerstrebenden Geistlichen" Verwahrung einzulegen, stimmte Goertz dem kurböhmischen Antrag bei, „mit Zittern und Zagen," wie er berichtet, „aber weil es sein mußte, wenn nicht das in Berlin selbst wiederholt anbefohlene Einvernehmen mit den k. k. Ministern in die Brüche gehen sollte." Die Anfügung eines Protestes gegen die Aufnahme war bedeutungslos. Baiern gab seine Zustimmung mit dem Zusatz, es möge der Kommission unbeschränkte Vollmacht zu abschließenden Verhandlungen mit der französischen Republik erteilt werden. Auch Kurmainz erklärte sich einverstanden. Die Mehrheit im kurfürstlichen Kollegium war also bereits gesichert. Es verschlug nichts mehr, daß König Georg von Großbritannien als Kurfürst von Braunschweig und Lüneburg beantragte, der Kaiser möge mit unbeschränkter Vollmacht zur Regelung des ganzen Geschäfts ausgestattet werden, das Reich bloß die Ratifikation sich vorbehalten, „denn vom Kaiser sei die kürzeste und zweckmäßigste Erledigung der Sache zu erwarten." Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags war schon die Zustimmung Kurbraunschweigs zum kurböhmischen Antrag zugestanden. Kurköln, dessen Zulassung zur Wahl freilich, wie noch zu berichten sein wird, von Brandenburg und Baiern beanstandet wurde, der Hoch- und Deutschmeister, Bamberg, Freising, Regensburg und die meisten anderen geistlichen Staaten wünschten Erledigung des gesamten Friedensgeschäftes durch den Kaiser, viele aber mit der Einschränkung, daß sie für den Fall, daß Kaiserliche Majestät selbst keine Geneigtheit zeige, auch für den böhmischen Antrag, d. h. für die Kommission stimmen würden. Kursachsen erklärte, es wolle zwar der Mehrheit nicht entgegentreten, aber ein- für allemal feststellen, daß die neuerlich beliebte Art der Auswahl einer Deputation sowohl der Reichsverfassung als dem Herkommen zuwiderlaufe, und daß der Kurfürst von Sachsen ähnlichen Abweichungen nimmer seinen Beifall geben werde. Die Grafenkollegien stimmten wie die geistlichen Fürsten, und da auch die Reichsstädte sich anschlossen, kam am 2. Oktober 1801 ein Conclusum commune trium Sacri Romani imperii collegiorum zu stande: Aus dem kurfürstlichen Kollegium sollen von katholischer Seite Mainz und Böhmen, von evangelischer Seite Brandenburg und Sachsen, aus dem fürstlichen Kollegium von katholischer Seite Baiern und Hoch- und Deutschmeister, von evangelischer Seite Württemberg und Hessen-Kassel in die Deputation aufgenommen werden. Dieser Ausschuß sollte Vollmacht haben, das Friedensgeschäft mit der französischen Republik zu völligem Austrag zu bringen, „mit jener legalen Vorsicht, auch allen in dem Friedenstraktat sanktionierten Rücksichten und Gründen, welche zur Erhaltung der Konstitution des deutschen Reiches erforderlich sind."

Man kann nicht sagen, daß der kurböhmische Antrag, d. h. der Wiener Hof, die kaiserlichen oder die katholischen oder die süddeutschen Interessen unverhältnismäßig begünstigt hätte. Von geistlichen Fürsten wurde zwar Klage erhoben, daß der Franzose Bacher aus gehässiger Abneigung gegen Religion und Klerus diesen und jenen Votanten verhetzt habe[1], und auf evangelischer Seite wurde von ungebührlichem Druck der kaiserlichen Diplomaten gesprochen, aber jedenfalls gaben solche Einflüsse nicht den Ausschlag.[2] Ein kaiserliches Dekret vom 7. November 1801 sanktionierte den Reichstagsbeschluß vom 2. Oktober, „mit Vorbehalt aller Befugnisse, welche Kaiserlicher Majestät und den kaiserlichen Bevollmächtigten bei einer Reichsdeputation dieser Art nach den Gesetzen, dem Herkommen, der Analogie und dem Völkerrecht zustehen." Zugleich wurde festgesetzt, daß die Deputation ihren Sitz in Regensburg nehmen sollte.

Die österreichische Politik nach dem Frieden von Luneville trägt den Charakter einer haltlosen Zweideutigkeit. Gerade deshalb konnte nach keiner Seite eine engere Verbindung zu stande kommen.[3] Cobenzl hatte sich während seines Aufenthalts in Paris alle Mühe gegeben, ein freundschaftliches Verhältnis mit der Republik anzubahnen, allein Bonaparte zeigte keine Geneigtheit, „zum System von 1756 zurückzukehren".[4] Günstiger schienen sich nach Pauls Ableben die Aussichten in Rußland zu gestalten. Fürst Schwarzenberg fand in Petersburg artige Aufnahme, aber gleichzeitig traf auch der liebenswürdigste Höfling aus der Umgebung Bonapartes, Duroc, ein. Schwarzenberg gab sich alle Mühe, die Wiederanknüpfung des „historischen" Bandes zwischen den beiden Kaiserhöfen durchzusetzen, allein Duroc, von vertraulichen Gesprächen Cobenzls in Paris klugen Gebrauch machend, ließ durchblicken, daß es nur der Zustimmung Bonapartes bedürfe, um Oesterreich an sich zu ketten. Andrerseits rief das immer wieder betonte Verlangen des Zaren, die beiden Kaiserhöfe sollten von vorneherein auf alle Specialvorteile verzichten, in Wien eine gewisse ernüchternde Wirkung hervor. Das Bündnis der Kaiserhöfe kam also nicht zu stande.[5] Dann wurde, wie schon erwähnt, durch Stadion eine Verständigung mit Preußen angestrebt, doch es fehlte auf beiden Seiten an gutem Willen. Cobenzl sah ja geradezu das wichtigste Ziel seiner Politik in der notwendigen Schwächung des „Emporkömmlings". Auch die gegensätzliche Auffassung der Säkularisationsfrage war hinderlich. Nicht als ob man am Wiener Hofe dem ganzen Säkularisierungsplan so abgeneigt gewesen wäre, wie es nach einzelnen offiziellen und offiziösen Kundgebungen den Anschein hatte! Doch wenigstens die vollständige Durchführung der Säkularisierung sollte verhindert, der hierarchische Charakter

---

[1] Goertz nimmt Bacher gegen diesen Vorwurf in Schutz. Der Franzose habe sich dem Abstimmungsgeschäft gegenüber immer in den Schranken abgemessener Behutsamkeit gehalten, zwar auf schleunigere Betreibung gedrungen, aber in das Materiale der Beratung sich nicht eingemischt (Bericht vom 5. Okt. 1801).

[2] Bericht des preuß. Legationsrats Kaufmann, d. d. Regensburg 27. Nov. 1801.

[3] Fournier, Gentz und Cobenzl, 22.

[4] Vivenot, Thugut und sein politisches System; Archiv f. österr. Geschichte, 43. Bd., 176.

[5] Beer, 19.

der Reichsverfassung sollte im Interesse Oesterreichs erhalten werden! Dagegen wollte Preußen mit dem geistlichen Fürstentum überhaupt aufräumen.

Dazu kamen noch neue Mißhelligkeiten. Am 27. Juli 1801 starb der Oheim des Kaisers, Erzherzog Maximilian, Kurfürst von Köln und Fürstbischof von Münster. Natürlich war die Erledigung zweier so wichtiger geistlicher Fürstentümer in einer Zeit, da über Sein oder Nichtsein der geistlichen Herrschaften schon die Würfel ins Rollen gekommen waren, von erhöhter Bedeutung. Während der Wiener Hof rasche Berufung eines neuen Landesherrn für Köln und Münster begünstigte, wollte die preußische Regierung, die sich schon gewöhnt hatte, das Hochstift Münster als erwünschtes Entschädigungsobjekt zu betrachten, die Wahlen nach Möglichkeit hintertreiben.[1]) Die Kapitelherren in Köln und Münster gingen von der Ansicht aus, daß die drohende Auflösung leichter abzuwehren sein würde, wenn ein gesetzmäßig gewählter Landesherr und noch dazu ein Prinz aus dem mächtigsten deutschen Hause, ein Bruder des Kaisers, an der Spitze stände. Schon wenige Wochen nach dem Ableben Maximilians wurde dem einundzwanzigjährigen Erzherzog Anton Viktor die Wahl zum Erzbischof von Köln und Bischof von Münster angeboten. Die Besorgnis war nicht unberechtigt, daß der kaiserliche Hof in so kritischer Zeit die Wahl eines Erzherzogs nicht zulassen werde; es wurde deshalb sogar der Vermutung Raum gegeben, daß der Domdechant in Münster, v. Spiegel, den Erzherzog nur vorschiebe, um für sich selbst Anhänger zu werben.[2]) Während mit dem an den Angelegenheiten Westfalens stark beteiligten preußischen Hofe gar nicht in Verhandlungen getreten wurde, betrieb der Domküster v. Ketteler die Münstersche Wahlsache aufs eifrigste in Wien. Er fand dort so freundliche Aufnahme, daß er frohlockend an das Domkapitel schrieb: „Darauf gründet sich eine angenehme Perspektive für die Zukunft, daß das geliebte Vaterland von Säkularisationsgefahr gerettet zu werden und bei seiner Verfassung zu bleiben Hoffnung habe."

Umsonst gab Haugwitz dem Grafen Stadion als dringenden Wunsch des Königs zu erkennen, daß die Wahlen aufgeschoben werden sollten; umsonst legte der preußische Kreisdirektorialgesandte Dohm Verwahrung gegen unnötige Ueberstürzung der Wahlen ein; umsonst ließ Bonaparte in Regensburg eröffnen, daß er Neuwahlen von geistlichen Fürsten vor Erledigung des Entschädigungswerkes nicht mit dem Geist des Friedens von Luneville für vereinbar erachte.[3]) Der Wiener Hof lehnte jede Einmischung ab, da dem Kaiser das Recht und die Handhabe fehle. So wurde denn am 9. September in Münster zur Wahl geschritten. Erzherzog Anton Viktor wurde einstimmig gewählt und noch am nämlichen Tage als Landesfürst ausgerufen. Das frohe Ereignis wurde durch Festlichkeiten aller Art gefeiert; ganz Münster sah die Erhaltung der Selbstän-

[1]) Aktenstücke, die über die neuerliche Wahl eines Kurfürsten und Erzbischofs von Köln und Fürstbischofs von Münster entstandenen Irrungen betreffend, in Häberlins Staatsarchiv, 7. Bd., 334.

[2]) Erhard, Die beiden letzten Münsterschen Fürstenwahlen, aus den Verhandlungen des ehemaligen Domkapitels zu Münster dargestellt; Ledebur, Allgemeines Archiv für die Geschichtskunde des Preuß. Staates, 15. Bd., 103.

[3]) Aktenstücke, 354.

digkeit des Landes für gesichert an. In amtlichen Schriftstücken war der Freude Ausdruck gegeben, daß man die „preußischen Insinuationen" zurückgeschlagen habe, ja es war sogar der preußische Protest als „unsauberes Aktenstück" bezeichnet.[1]) Am 7. Oktober ging in Arnsberg, wo das Kölner Domkapitel seit der Besetzung der Hauptstadt durch die Franzosen residierte, die Wahl vor sich. Auch hier wurde Erzherzog Anton Viktor einstimmig gewählt, und Domdechant Schüller, vom Kandidaten mit Vollmacht versehen, beschwor die Wahlkapitulation. Einige Tage darauf kam der kaiserliche Gesandte beim fränkischen Kreis, Graf Schlick, der 1796 den auf Erwerbung der Reichsstadt Nürnberg zielenden Bestrebungen Preußens entgegengearbeitet hatte, in Arnsberg an, um wegen der feierlichen Einsetzung des neuen Kurfürsten das Nötige zu verabreden.[2]) Auch hier schien eine vollendete, nicht mehr zu ändernde Thatsache geschaffen zu sein.

Nun ließ aber die preußische Regierung durch Goertz in Regensburg die Erklärung abgeben: Der „vermeintliche neue Erz- und Bischof" wird von Preußen niemals anerkannt werden. In gleichem Sinne legte Pfalz-Baiern gegen die Wahlen in Münster und Arnsberg Verwahrung ein. Darauf erwiderte das Kölner Domkapitel, es sei zu seinem Vorgehen nicht bloß befugt, sondern verpflichtet gewesen, müsse also den Einspruch Preußens als verfassungswidrig zurückweisen; besonders schmerzlich berühre die feindselige Haltung des Kurfürsten von Pfalz-Baiern, dessen Haus dem Kurfürstentum Köln binnen 180 Jahren fünf Regenten gegeben habe, lauter erleuchtete Wohlthäter des Landes und kräftige Stützen des katholischen Bekenntnisses! Möge aber was immer für Widerstand sich erheben, das Domkapitel, durchdrungen von seinen Pflichten gegen Kirche und Vaterland, werde sich durch nichts in seinem konstitutionsmäßigen Vorgehen aufhalten lassen. Das Münsteraner Kapitel ging noch einen Schritt weiter, indem es die Frage aufwarf, ob „ein einzelner Stand des Reiches, für dessen erhabene Eigenschaften das Kapitel von tiefster Ehrfurcht durchdrungen sei, nach der zur Zeit noch bestehenden Verfassung eine in reichskonstitutionsmäßiger Art nach Pflicht und Gewissen vollzogene Wahl als nicht gültig und nicht bestehend ansehen und erklären dürfe?" Auf den kurkölnischen Einspruch erwiderte Baiern, das Domkapitel lehne sich unmittelbar gegen den Luneviller Vertrag auf, der die Säkularisation grundsätzlich schon sanktioniert habe; wenn sich der Kölner Klerus einer so bedauerlichen Vermischung von Politik und Religion schuldig mache, so bestehe doch für die aufgeklärten weltlichen Staaten keine Nötigung, um unbegründete Klagerufe sich zu bekümmern.[3]) Entrüstet, oder doch — wenn dieser Ausdruck bei einem Diplomaten nicht angewendet werden darf — höchlich ungehalten, äußerte sich Graf Goertz: „Gegen ein so ungebührliches Benehmen, das nur ein übelberathenes Domcapitel und dessen leidenschaftlicher Gesandter sich hat erlauben können, habe ich es der erhabenen Würde und Macht Eurer Königlichen Majestät schuldig geglaubt, mit einer Ver-

[1]) Erhard, 112, 117, 132.

[2]) Mering, Geschichte der vier letzten Kurfürsten von Köln, 113.

[3]) Pr. St. Arch. Bericht Goertz' vom 5. Okt. 1801.

achtung bezeugenden Stimme nur lediglich folgende Worte entgegenzusetzen: Churbrandenburg feierlichst reprotestando ad majora!" Dem kaiserlichen Gesandten erklärte Goertz, er könne, wenn ein so unanständiges, den Verhältnissen so wenig entsprechendes Benehmen noch einmal zu Tage treten würde, für die Folgen nicht gut stehen. [1]) Das Berliner Kabinett spendete dem Gesandten ausdrücklich lobende Anerkennung, daß er die Anmaßung der Bischöflichen „nur reprotestando und verächtlich weggewiesen" habe.

Die öffentliche Meinung war über den Fall Münster und Köln nicht einig. „So wie der eine," berichtet Häberlin, und seinem Urteil können wir uns anschließen, „das Verfahren des Domkapitels tadelte und die von ihnen in ihren dem Herrn von Dohna erteilten Antworten und ihren reichstägigen Abstimmungen angeführten Gründe unzureichend und unpassend fand, so mißbilligte der andere das Benehmen des Berliner Hofs, das er wenigstens für viel zu voreilig hielt; und doch würde wohl jeder dieser Tadler, wenn er in der einen oder anderen Lage sich befunden hätte, gerade so gehandelt haben, als jeder Teil handelte. Mir scheint wenigstens, daß jeder Teil vollgültige Gründe hatte, so, wie geschah, zu handeln, wenn man gleich, besonders von seiten des Domkapitels, Bedenken gehabt haben mag, die wahren und triftigsten Beweggründe öffentlich anzugeben."

Im Reichstag schlossen sich so ziemlich alle weltlichen Stände der preußisch-bairischen Auffassung an, während für Köln und Münster nur einige geistliche Stände Partei nahmen. Dieser Stimmung mußte auch der Kaiser Rechnung tragen. Cobenzl hatte von vorneherein beklagt, daß man die Wahlen in Münster und Köln zugelassen habe. [2]) Diese ließen sich zwar nicht mehr rückgängig machen; der Kaiser in seiner Stellung als Reichsoberhaupt fuhr fort, die Wahlen zu verteidigen, ja die Erklärung Brandenburgs, daß es die Wahlen nicht als bestehend ansehen wolle, wurde als „sehr befremdend" bezeichnet. Dagegen wurde von Stadion in Berlin die beruhigende Versicherung abgegeben, der Kaiser werde, obwohl er die Erhaltung der drei geistlichen Kurfürsten wünsche, um deswillen den Fortgang des Säkularisationswerkes nicht aufhalten und dem Erzherzog Anton nicht die Erlaubnis geben, die ihm zugedachten Würden anzunehmen. Damit gab man sich in Berlin zufrieden, doch wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß man auf Erhaltung der drei geistlichen Kurfürstentümer nicht eingehen wolle. „Nur dann würde der König von Preußen der Formirung oder Wiederherstellung eines oder mehrerer geistlicher Kurfürstenthümer nicht entgegen seyn, wenn nach vollständiger Entschädigung der Partheyen, die Verlust erlitten, und zwar mit Einschluß des Hauses Oranien, noch Fonds genug übrig blieben, um einen oder mehrere geistliche Sitze, worauf die Kurwürde anwendber sey, zu formiren." [3])

In Wien erhielten die Abgeordneten der Domkapitel, welche auf Bestätigung der Wahlen drangen, ausweichende Antworten. Der Kaiser empfing

---

[1]) Preuß. St. Arch. Bericht Goertz' vom 1. Okt. 1801.

[2]) Fournier, Gentz und Cobenzl, 16.

[3]) Aktenstücke, 343.

sie leutselig und herablassend, doch der Gewählte selbst hielt sich von Wien fern. Erst am 4. November traf in Münster eine Erklärung des Erzherzogs ein, er könne, obzwar dankbar für die wohlwollende Gesinnung seiner Wähler, in so kritischer Zeit die Regierung nicht übernehmen; das Kapitel möge die Regierung quasi sede impedita fortführen. Das Interregnum dauerte also fort. Anton Viktor wurde in den amtlichen Schriftstücken und im Staatskalender als Landesfürst aufgeführt, aber alle Versuche, ihn zu Regierungshandlungen heranzuziehen, blieben vergeblich. Erst der Einmarsch preußischer Truppen unter General Blücher in Münster am 3. August 1802 setzte dem Hangen und Bangen ein Ende. [1])

Großes Aufsehen erregte ein im Frühjahr 1802 in Häberlins Staatsarchiv veröffentlichtes Entschädigungsprojekt, das der kaiserliche Hof dem Kurfürsten von Pfalz-Baiern im Juni 1801 unterbreitet haben sollte, von diesem aber abgelehnt worden sei. [2]) Darin war die Abtretung des bairischen Gebiets östlich vom Regen an Böhmen, des Herzogtums Berg an Preußen gefordert, während mit Baiern die österreichischen Besitzungen in Schwaben, sowie alle schwäbischen Fürstentümer, Grafschaften und Reichsstädte von Ulm und Heilbronn bis Miltenberg und Auerbach in Franken, sowie die brandenburgischen Markgrafschaften Ansbach und Baireuth zu vereinigen wären. Dem preußischen Staate waren außer Berg nur noch die Hochstifte Paderborn und Hildesheim und im äußersten Falle auch noch die Hansastadt Bremen zugedacht, denn „Preußen darf nur eine Entschädigung, nicht eine Vergrößerung erhalten". Die drei geistlichen Kurfürsten sollen erhalten bleiben und mit Besitzungen auf dem rechten Rheinufer ausgestattet werden. Dem Großherzog von Toskana waren Salzburg, Berchtesgaden und Passau, sowie Baiern bis zur Isar zugesprochen.

Der Tatbestand war ein wesentlich anderer. Die Initiative hatte der Kurfürst von Baiern ergriffen, der im Juli 1801 durch General Wrede in Wien Verhandlungen anknüpfen ließ. Baiern erbot sich zur Abtretung des Gebiets östlich vom Inn; da aber der Wiener Hof die Isar forderte, zerschlugen sich die Verhandlungen [3]).

Das von Häberlin veröffentlichte Schriftstück war also apokryph. Da aber von keiner Seite ein Widerruf erfolgte, mußte die schlimme Wirkung auf Fürsten und Volk bestehen bleiben. „Der Geist, der in diesem Projekt athmet," sagt der Helmstedter Staatsrechtslehrer Häberlin in seinem Begleitwort, „der mit voller Lebenskraft darin thätig ist, droht allen mindermächtigen Ständen, gleichviel ob Reichsrittern, Reichsstädten, Reichsgrafen oder Fürsten den politischen Tod und Untergang! Große Länderarrondierungen sind im Werke, berechnet auf die einfachen Naturgrenzen des Laufes der Flüsse und Gebirge." Alle alten staatsrechtlichen Formen gehen, wer weiß, welcher Umgestaltung entgegen; der Kaiser selbst gibt die Reichsverfassung preis; der Fortbestand des Reiches ist in Frage gestellt!

---

[1]) Erhard, 625.

[2]) Häberlins Staatsarchiv, 8. Bd., 29. Heft, 54.

[3]) Beer, 22.

Diese verzweifelte Stimmung, diese Furcht vor der allgemeinen Auflösung lassen es begreiflicher erscheinen, daß die in ihrer Existenz bedrohten kleinen Staaten die Hand eines Gönners ergriffen, von dem sie nicht bloß ausreichenden Schutz, sondern auch Erhöhung und Gewinn erwarten konnten. —

Nach dem 18. Brumaire vertauschte Bonaparte das Palais Luxembourg mit den Tuilerien, und im nächsten Sommer bezog er das mit königlicher Pracht ausgestattete Schloß in St. Cloud. [1]) Scharfe Beobachter erkannten schon damals in diesem Wohnungswechsel ein bedeutsames Merkmal des Ueberganges von der republikanischen Staatsform zur Alleinherrschaft. Der Braunschweiger v. Sierstorpff erklärt in einem Pariser Reisebericht von 1802: „Wenn man den Riesenschritten folgt, welche der erste Bürgermeister seit der kurzen Zeit, daß er unter dieser Maske König ist und der Welt Gesetze gibt, in allem gemacht hat, so wird man wohl nicht zweifeln, daß er bald mit einem förmlichen Hofe zu Versailles residieren werde." [2]) Unaufhaltsam vollzog sich die Wandlung der „Helden der Freiheit" in gehorsame Diener des neuen Herrn. In Europa, Afrika und Asien war Bonaparte an der Spitze mächtiger Heere gestanden; hier wie dort hatte er tiefgreifende Staatsumwälzungen hervorgerufen; er verstand, alle zu beugen und alles zu besiegen. Das Heute kennt nicht mehr das Gestern, so schnell reifen die von ihm diktierten Veränderungen; er kommt, sieht und siegt; er ist mit allen Eigenschaften ausgestattet, die von der schöpferischen Natur in eines Menschen Geist gelegt werden. Bisher war mehr seine ungewöhnliche militärische Begabung hervorgetreten; jetzt gibt er täglich glänzende Proben eines Scharfsinnes, der ihn in Politik und Verwaltung immer diejenigen Mittel finden läßt, die am schnellsten und sichersten zum Ziele führen. Er verstand die Staatskräfte zu wecken, zu beleben und zu steigern; er erleichterte die Lasten des Volkes durch gerechte und kluge Verteilung; er rief den Geist der Nationalität zu Hülfe, und dieser wurde ihm, dem Fremden, dem Italiener, dienstbar, wie niemals einem französischen Könige. Für Aufklärung des Volksgeistes, für Förderung echter Wissenschaft und Kunst fehlte ihm jedes Interesse; ihm genügte es, die Franzosen durch die Aussicht auf Ruhm und Gewinn gehorsam und diensteifrig zu machen; er wollte Feuer, nicht Licht; er suchte das Große und schätzte das Nützliche, für das Schöne fehlte ihm das Verständnis. Die Freiheit hatte schon der Genosse Robespiere mißachtet; jetzt erstrebte er nur noch unumschränkte Macht, der auch der äußere Glanz der Majestät nicht mangeln sollte. Die Verschwörungen der Jakobiner und Royalisten trugen noch dazu bei, den despotischen Drang in ihm zu steigern. Und in und außerhalb Frankreich wurde es von Hunderttausenden begrüßt, daß Geist und Glück dem Besieger der Revolution den Weg zur Alleinherrschaft bahnten. Glaubt doch ja nicht, schreibt ein den deutschen Klubistenkreisen angehöriger Publizist nach dem Abschluß des Friedens, daß Bonaparte ein Timoleon ist, der nach Vollendung seines Werkes großmütig sein Amt niederlegen und in den Privatstand zurück-

---

[1]) Holzhausen, Der I. Konsul Bonaparte und seine deutschen Besucher; Beilage zur Allgem. Zeitg., Jhgg. 1900, Nr. 4.

[2]) (Sierstorpff), Bemerkungen auf einer Reise durch die Niederlande nach Paris, II, 69.

kehren wird! Das wäre auch das größte Unglück für In- und Ausland, denn es wäre gleichbedeutend mit Rückkehr neuer Faktionskämpfe. Frankreich hat zu seiner Gesundung zunächst Einheit nötig; die Freiheit wird ja wohl auf jedem Blatt der neuen Konstitution zu lesen, aber weder in Hütte noch Palast zu finden sein.[1] „Finster und ernst," so schildert der aus Paris heimgekehrte Joseph Görres die Lage nach dem 18. Brumaire, „nimmt jetzt schon der neue Gebieter inmitten des staunenden, erschrockenen Volkes einen Thron ein; Verschlossenheit und Kühnheit sind die Stärke seines Charakters; er kann, was er will, und wo wird die Grenze seines Wollens sein? Wer möchte aber leugnen, daß dieser Träger einer neuen Macht mit Geschick darnach trachtet, die inneren Fehden zu schlichten, die Bekenner der verschiedenen politischen Konfessionen einander näher zu bringen, die Interessen der einander kreuzenden Faktionen in ein einziges zu verschmelzen!"[2] Die Unfähigkeit des französischen Volkes, ein freies Gemeinwesen ohne sichtbares Oberhaupt zu bilden, schien zu Tage zu liegen. Die Nation hatte weder das Verbrechen des Königsmordes, noch die Schrecken des Bürgerkrieges, noch die unglaublichsten Anstrengungen zur Besiegung auswärtiger Feinde gescheut, um zur Freiheit zu gelangen; nach zwölf fürchterlichen Jahren war es nicht mehr zweifelhaft, daß sie wieder freiwillig einem einzelnen die höchste Gewalt übertragen werde.

„Hoffentlich wird niemand einen Anstoß darin finden," schreibt Wilhelm Heinse bald nach dem Staatsstreich vom 18. Brumaire, „daß ich Napoleon Augustus' Nachfolger nenne. Ist er es weniger als Karl? Ist der Gebieter über Rom nicht auch dessen Kaiser, wenn er schon diesen Namen noch nicht führt? Und wird er nicht vielleicht ihn oder einen ähnlichen tragen, ehe noch, was ich hier schreibe, die Presse verläßt!"[3] Es gab wohl auch in Deutschland Schwärmer für Volksfreiheit, die nunmehr den Ehrgeizigen verwünschten, den sie früher vergöttert hatten, doch die große Mehrheit erhoffte vom „Bändiger der chaotischen Kräfte" heilsamen Einfluß auf das politische und soziale Leben der Gegenwart.[4] Die einen erwarteten von der Wiederherstellung des Thrones in Frankreich die Rückkehr der Welt zu den alten Ordnungen, andere hielten am Vertrauen fest, daß Bonaparte, wenn er auch die Freiheit zu Boden schlug, wenigstens die bürgerliche und rechtliche Gleichheit sichern werde, andere erblickten in der Auflösung der Republik eine vorteilhafte Wendung für den Weltfrieden. Und alle standen unter dem Bann der überraschenden, unvergleichlichen Erscheinung! Es ist bekannt, welch warme Begeisterung dem Diktator von Goethe entgegengebracht wurde. Weder der immer deutlicher hervortretende Despotismus, noch die Abwesenheit höherer, edlerer Triebfedern, noch der Machiavellismus der neuen Regierung machten den Dichter in seinem Urteil irre. Einer so einzigartigen Erscheinung gegenüber, meinte er, müsse man auf die vulgären Regeln

---

[1] F. J. Emmerich, Blick in die Zukunft bei dem Luneviller Frieden (Mainz, 1801), 10.

[2] Görres, Resultate meiner Sendung nach Paris im Brumaire des 8. Jahres; Politische Schriften, I, 42, 46.

[3] Heinse, Reisen durch das südliche Deutschland, I, 343.

[4] Holzhausen, Literatur- und Stimmungsbilder aus den ersten Koalitionskriegen; Beilage zur Allgemeinen Zeitung, Jahrg. 1898, Nr. 234.

der Moral verzichten; Bonaparte müsse beurteilt werden, wie man über physische Ursachen, über Feuer und Wasser denke. Lange bevor Napoleon an ihn das berühmte: Voilà un homme! richtete, erblickte er in dem neuen Herrn Frankreichs „die sichtbar gewordene Idee des Höchsten", „den größten Verstand, den je die Welt gesehen hat!" Der Zusammensturz des deutschen Reiches lasse sich nun einmal nicht mehr aufhalten; da werde niemand günstiger auf Deutschlands Neuordnung einwirken, als der Retter des Staats in Frankreich![1]) Nicht anders dachte Wieland. „Siehe, was ich vor drei Jahren geträumt," schrieb er am 2. März 1801 an Heinrich Geßner, „daß die Franzosen Bonaparte zum Diktator machen, das ist in Erfüllung gegangen! Er hat sich zwar selbst dazu gemacht, aber die Nation sieht und greift mit Händen, daß sie wohl dabei fährt, und betet ihn als ihren Schutzgott an!" „Friede auf dem festen Lande," schrieb er am 29. Dezember 1802 an Johannes Müller, „und Demütigung der übermütigen Insulaner, die uns ihr Rule Britannia so trotzig in die Ohren schallen lassen und durch ihre angemaßte Ober- und Alleinherrschaft über den Ozean eine unendlich drückendere und verderblichere Universalmonarchie, als die, so wir von Napoleon zu befürchten haben, nicht bloß androhen, sondern wirklich schon ausüben, ist meiner innigsten Ueberzeugung nach das Angelegenste und Dringendste, wofür sich alle Wünsche und wozu sich alle Kräfte vereinigen sollten!"[2]) Sogar aus den Klagen und Anklagen der Gegner — es sei nur an den Diplomaten Johann Georg Rist, einen feinen Beobachter und vornehmen Kritiker, an den Leipziger Kantianer Johann Adam Bergk u. a. erinnert[3]) — läßt sich die helle Bewunderung heraushören!

Im Vertrauen auf die Ergebenheit einer großen Mehrheit der Franzosen durfte Bonaparte wagen, durch einen Gewaltakt die letzte Opposition im Tribunat und gesetzgebenden Körper zu unterdrücken. Indem er am 13. März 1802 die mißliebigen Benjamin Constant, Isnard, Chenier u. a. aus den Kammern „eliminierte", die kirchenfeindlichen Generale maßregelte und die „Schwätzerin" Frau von Staël aus Paris verbannte, brach er offen mit der Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts, mit den Grundsätzen der Revolution. Das „gereinigte" Tribunat beantragte nun selbst am 6. Mai, dem großen Friedensstifter den Dank der Nation durch Zusicherung der konsularischen Gewalt auf Lebenszeit zu bethätigen. Als Sieyès und einige Gesinnungsgenossen im Senat sich sträubten, wußte der zweite Konsul Cambacérès, der so gern sagte: „Ich und mein Kollege Bonaparte!" der aber dem Kollegen selbst gegenüber in Ergebenheit zerfloß, einen Ausweg: Das souveräne Volk konnte doch noch zu etwas gut sein. Bei einer Volksabstimmung über den Antrag des Tribunats sprachen sich 3568885 Stimmen für, nur 8374 Stimmen gegen den Antrag aus. Darauf proklamierte der Senat am 2. August den Auserwählten der Nation

---

[1]) O. Lorenz, Goethes politische Lehrjahre, 21. — Bielschowsky, Goethe, II, 320. — Suphan, Unterhaltungen Napoleons mit Goethe und Wieland; Goethe-Jahrbuch, 15. Bd., 20.

[2]) Ausgewählte Briefe von C. M. Wieland, IV, 253, 273. — J. G. Gruber, Wielands Leben, IV, 426.

[3]) J. G. Rist, Lebenserinnerungen I, 271. — (Bergk), Bonaparte als Mensch, Bürger, Krieger und Regent, geschildert von Orthodoxos Phileutheros (1800).

zum Konsul auf Lebenszeit mit wesentlich erhöhten Befugnissen. Damit war die Monarchie perfekt. Am 15. August ließ Napoleon Bonaparte — es ist bezeichnend, daß er von diesem Tage an seinem Namen den Vornamen beifügte! — seinen Geburtstag mit verschwenderischem Gepränge als Nationalfest feiern. Frankreich hatte seinen Souverän. Der Konsul beanspruchte im Verkehr mit den Gesandten die nämlichen Ehrenbezeugungen, die den gekrönten Häuptern zu erweisen waren. „Welcher Unterschied wäre da ausfindig zu machen?" soll er auf Einwendungen eines italienischen Diplomaten erwidert haben, „haben Sie schon einmal gehört, daß ein Mensch länger als auf Lebenszeit Souverän war?" „Der kleine korsische Edelmann," berichtete Cobenzl an seinen Hof, „der tatsächlich König von Frankreich geworden ist, hält Hof glänzender vielleicht als der unglückliche Ludwig XVI.!" [1]) Und nicht bloß auf Frankreich erstreckte sich das konsularische Regiment; die Selbständigkeit der italienischen Republiken war nur noch ein Schatten, und ebenso war die Leitung der deutschen Angelegenheiten an Napoleon übergegangen. Die deutschen Fürsten, groß und klein, drängten sich an ihn heran, um durch seine Huld bei der bevorstehenden Länderverteilung möglichst vorteilhafte Spenden zu erlangen; was sie peinigte, war nicht die Abtretung des linken Rheinufers, nicht der Zusammensturz der Reichsverfassung, sondern nur die Furcht, im allgemeinen Wettbewerb um die Gunst des großen Wohltäters zurückzubleiben.

Nach dem Scheitern der letzten Verhandlungen zwischen München und Wien war es nicht mehr zweifelhaft, daß Kurfürst Max Joseph die Hilfe Frankreichs in Anspruch nehmen werde. Schon im Januar 1801 war am kurfürstlichen Hofe das Gerücht verbreitet, Baron Cetto habe in Paris einen Separatfrieden unterzeichnet. Auf Anfrage des kaiserlichen Gesandten erklärte Montgelas, die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen, denn er wolle erst abwarten, was für ein Gesicht „der kaiserliche und königliche Friede" tragen werde.[2]) Dem Kurstaat war eine starke Stütze nötig nicht bloß wegen der beständigen Bedrohung durch Oesterreich, sondern auch wegen der Verwirrung, die infolge der kläglichen Finanzlage,[3]) der Umtriebe einer republikanischen Partei[4]) und des erbitterten Widerstandes der Landstände und des Klerus gegen das „kirchenfeindliche Illuminatenregiment" eingerissen war. Montgelas hatte eine Reihe von freisinnigen Neuerungen angeordnet, welche in das kirchliche und soziale Leben mächtig eingriffen; es sollte dadurch mit allem gebrochen werden, was „den Grundsätzen des öffentlichen Rechts, dem Geiste der christlichen Religion, der sittlichen und wissenschaftlichen Kultur widerstrebt". Die Gleichstellung aller christlichen Bekenntnisse wurde oberstes Staatsgesetz; gemischte Ehen wurden er-

[1]) Fournier, Napoleon, I, 270.

[2]) K. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Staatskanzlei, Baiern 96. Bericht Seilerns vom 21. Januar 1801.

[3]) Am 11. Februar 1801 berichtet der österreichische Legationskanzlist Schießl aus München, daß zur Deckung der notwendigsten Bedürfnisse nicht bloß das gesamte Hoffilber, sondern auch zwölf silberne Apostel aus dem Landhuter Kirchenschatz und die vier silbernen Cherubim aus der Hofkapelle in die Münze wandern mußten. (W. Archiv, Baiern 96.)

[4]) Heigel, Das Projekt einer süddeutschen Republik im Jahre 1800; Raumers Histor. Taschenbuch, Jahrg. 1871, 118. — Fahrmbacher, Aus Münchens Zeiten der Franzosennot, 59.

laubt, die Schulen weltlicher Aufsicht unterstellt, die Stifte und Klöster aufgehoben. „Dies Alles," berichtete der preußische Legationsrat Kaufmann nach Berlin, „erregt um so mehr Aufsehen, da bis zu den gegenwärtigen Zeiten Baiern immer als eine der vorzüglichsten Stützen des päpstlichen Ansehens und Einflusses in Deutschland angesehen wurde, und man hat wohl Ursache, zu besorgen, daß bey der ohnehin immer noch andauernden, vielleicht auf das Höchste gekommenen Spannung zwischen Herrn und Landständen alle mit Gewalt durchgesetzte Maasnehmungen der Art noch sehr bedenkliche Folgen nach sich ziehen möchten."[1]) Bei der Fronleichnamsprozession im Juni 1802 kam es in der That zu ärgerlichen Auftritten. In Regensburg wollte man wissen, das Leben des Kurfürsten sei gefährdet gewesen, doch war das Gerücht stark übertrieben, und durch entschlossenes Auftreten der Regierung war die Ordnung rasch wieder hergestellt.[2])

Der natürliche Anwalt Baierns war Preußen. Haugwitz erklärte auch wiederholt, die preußische Regierung werde immer für Baierns Erhaltung einstehen. „Seit dem Frieden von Teschen," schrieb Chevalier de Bray am 7. September 1802 aus Berlin, „hat sich Preußen nicht so fest und Baiern günstig gezeigt, wie in den letzten Zeitläuften."[3]) Doch dieses freundschaftliche Verhältnis war gefährdet, seit beide Staaten oder wenigstens einflußreiche Persönlichkeiten in beiden Staaten Entschädigung in Franken suchten. Der Kurfürst selbst, berichtet Graf Seilern schon am 24. Januar 1801, frage in seiner unbesonnenen Art überall herum, was die Bistümer Würzburg und Bamberg eintragen; über dieser Ambition werde die Liebschaft mit Preußen bald in die Brüche gehen. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß der Kurfürst schon wenige Wochen nach der Niederlage bei Hohenlinden an so reichen Gebietszuwachs gedacht hat. Erst als der Wiener Hof sich weigerte, eine bestimmte Erklärung abzugeben, daß die gewünschte Abrundung Oesterreichs nicht über den Inn hinausgreifen sollte, und als die Nachricht nach München kam, daß auch Zar Paul einem Plane zugestimmt habe, wonach Baiern mit Oesterreich vereinigt und das bairische Kurhaus durch Württemberg entschädigt werden sollte,[4]) wurde die Hilfe Frankreichs in Anspruch genommen. In einem von Baron Cetto in Paris am 24. August 1801 unterzeichneten Vertrag verzichtete der Kurfürst auf die pfalzbairischen Landesteile auf dem linken Rheinufer, während sich die französische Regierung für möglichst vorteilhaften Ersatz und für Integrität des rechtsrheinischen Besitzes des Kurfürsten verbürgte.[5]) Die großmütige Republik, so erklärte Staatsrat Boulay de la Meurthe im gesetzgebenden Körper, habe des Kurfürsten von Baiern verkehrte Politik im letzten Kriege verziehen und werde der im Teschener Frieden übernommenen Verpflichtung des Schutzes über Baierns Integrität getreulich nachkommen. Darauf gab der gesetzgebende

[1]) Preuß. Staatsarchiv, Acta comitialia. Bericht Kaufmanns vom 14. Mai 1802.

[2]) Ebenda. Bericht Kaufmanns vom 14. Juni 1802.

[3]) Bitterauf, Geschichte des Rheinbundes, I, 109.

[4]) Beer, 22.

[5]) Chr. Ad. Müller, Das Jahr 1801, das erste und folgenreichste des 19. Jahrhunderts, 24.

Körper mit 252 weißen Kugeln gegen eine einzige schwarze seine Zustimmung.[1]) Am 24. Mai 1802 wurde der Vertrag erneuert, und zugleich wurde im einzelnen aufgeführt, welche Gebiete zur Entschädigungsmasse gehören sollten; gegen Abtretung von 12000 Quadratmeilen mit 700000 Einwohnern wurde dem Kurfürsten ein Gebiet von 17000 Quadratmeilen mit 900000 Einwohnern zugesichert, von dem sich erwarten ließ, daß die Verschmelzung mit dem anstoßenden Stammlande unschwer gelingen werde. Ein eigenhändiges Schreiben Bonapartes an Kurfürst Max Joseph floß über von jenem gönnerhaften Wohlwollen, dessen beleidigenden Charakter die Fürsten vor hundert Jahren nicht empfanden oder nicht zu empfinden sich den Anschein gaben. „Seien Sie überzeugt," schrieb Bonaparte am 27. Juni, „daß ebenso das politische System meines Staates wie meine persönliche Vorliebe mir es zu Pflicht und Vergnügen machen, Ihr und Ihres Hauses Interesse zu unterstützen. Hoffentlich werden die Fürsten des bairischen Hauses überzeugt sein — die Ereignisse der Gegenwart beweisen es ja deutlich! —, daß Frankreich und Frankreich ganz allein ihnen die Machtstellung verbürgt, die sie von ihren Ahnen übernommen haben."[2]) Das Schutz- und Trutzbündnis von 1801 war das erste Glied der Kette, die später unter dem Namen des Rheinbundes einen namhaften Teil des alten römisch-deutschen Reiches dem Gebieter Frankreichs lehenspflichtig machte. Zielbewußt nahm Bonaparte das Werk der Richelieu und Mazarin wieder auf. „Wenn man das linke Rheinufer verteidigen will," sagte Turenne, „geschieht es am besten vom rechten aus!" In diesem Sinne schuf Bonaparte, indem er dienstwilligen Klienten im Süden und Südwesten Deutschlands zu gesteigerter Macht verhalf, eine Reihe von Vorwerken für Frankreich. Wie einst vornehme Söldlinge aus Deutschland, in den Regimentern Royal-Bavière, Royal-Deux-Ponts u. s. w. bedienstet, zum Schutz des französischen Thrones verwendet worden waren, so sollten jetzt die durch Frankreich bereicherten deutschen Fürsten auf angeblich souveränem Boden in Wahrheit zur Deckung und im Dienste Frankreichs die Wache beziehen.[3])

In Württemberg hatte 1797 ein thatkräftiger, aber auch gewaltthätiger und stolz auf seine Selbstherrlichkeit pochender Fürst, Herzog Friedrich II., die Regierung übernommen.[4]) Bald kam es zwischen ihm und den Landständen, die in Württemberg von jeher eine besonders bevorzugte Stellung einnahmen — bekannt ist das Wort des englischen Parlamentariers Charles Fox, es gebe nur zwei Verfassungen, die englische und die württembergische[5]) —, zu ärgerlichen Mißhelligkeiten. Der ständische Ausschuß erhob Klage über den eigenen Landes-

---

[1]) Friedenstraktat zwischen der französischen Republik und dem Kurfürsten von Pfalz-Baiern nebst den darüber gehaltenen französischen Staatsreden (1802), 15, 29.

[2]) Corresp. de Napoléon I., tom. 7, 496.

[3]) Sorel, VI, 229.

[4]) Die Angabe im I. Bande, S. 94, Karl Eugen habe von 1737—1797 regiert, ist dahin zu berichtigen, daß Karl Eugen nur bis 1793 regierte, nach ihm Ludwig Eugen bis 1795, dann Friedrich Eugen bis 1797.

[5]) W. Lang, Auswärtige Politik der württembergischen Stände; Preuß. Jahrbücher, 50. Bd., 373.

herrn nicht bloß vor dem Wiener Hofgericht, sondern auch in Paris.[1]) Es gab in Schwaben wie in Baiern eine zahlreiche Partei, die den Umsturz der monarchischen Regierungsform anstrebte.[2]). Diese bedrohliche Stimmung gewisser Volkskreise führte einen Umschwung der Regierungspolitik herbei. Während Herzog Friedrich unmittelbar nach seinem Regierungsantritt in Paris angepocht hatte, um mit Hülfe des Direktoriums für Württemberg die Kurwürde und eine weitreichende Gebietsvermehrung zu erwirken, bewog ihn nach dem Ausbruch des zweiten Koalitionskrieges die Furcht vor der republikanischen Partei zu engstem Anschluß an Oesterreich. Die Folge war, daß Württemberg von den durchziehenden französischen Truppen mit besonderer Härte behandelt wurde. Da der Herzog nach Ansbach geflüchtet war, konnten sich die Landstände für berechtigt ansehen, durch Sonderverhandlungen mit den Regierungen Frankreichs und Preußens eine rücksichtsvollere Behandlung des gänzlich erschöpften Landes anzustreben.[3]) Als aber auch nach Abschluß des Waffenstillstands der Vertreter der Stände, Landschaftskonsulent v. Abel, in Paris blieb und die Haltung der Stände einen noch feindseligeren Charakter annahm, suchte der Herzog selbst Schutz bei Bonaparte. Am 20. Mai 1802 wurde ein Vertrag abgeschlossen, der dem Herzog gegen Abtretung seiner elsässischen Besitzungen „die guten Dienste" Frankreichs zu ausreichender Entschädigung in Aussicht stellte.[4]) „Der Friedensschluß zwischen unseren beiden Staaten," schrieb Bonaparte am 27. Juni an den Herzog, „hat mich in Stand gesetzt, Ihnen sofort zu beweisen, wie geneigt ich bin, Ihrem Hause meine Gunst zuzuwenden. Ich will dadurch auf unerschütterlicher Grundlage die alte Verbindung zwischen Frankreich und Württemberg wieder herstellen, die von den Fürsten Ihres Hauses immer nur zu ihrem eigenen Schaden aufgegeben worden ist. Ich habe angenommen, daß der letzte Krieg von Ursachen ausgegangen ist, die nicht wiederkehren können, und habe Sie deshalb bei den eben getroffenen Abmachungen behandelt, wie wenn Sie ein Verbündeter der Republik gewesen wären." [5])

Markgraf Karl Friedrich von Baden hatte in anerkennenswerter Weise deutsche Gesinnung bekundet, als er im September 1794 im Verein mit Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel den Versuch gemacht hatte, einen neuen Fürstenbund zur Abwehr der von Frankreich drohenden Gefahr ins Leben zu rufen. Seither war noch deutlicher zu Tage getreten, daß der Reichsfürstenstand von Kaiser und Reich keinen Schutz mehr zu erwarten habe, sondern die Wahrung auch ihrer berechtigten partikularen Interessen selbständig in die Hand nehmen müsse. So wurde denn seit 1795, was der Trieb zur Selbsterhaltung zu entschuldigen schien, der Anschluß Badens an die französische Republik mehr oder minder offen betrieben.[6])

---

[1]) Klüpfel, Die Friedensunterhandlungen Württembergs mit der französischen Republik; Histor. Zeitschr., N. F., 10. Bd., 407.

[2]) J. Hartmann, Württemberg im Jahre 1800; Württ. Neujahrsblätter, N. F., 5. Bl., 66.

[3]) Vreede, La Souabe après la paix de Bâle, 167.

[4]) Württembg. Hof- u. Staatsarchiv. Erlaß an v. Seckendorff vom 28. Mai 1802.

[5]) Corresp. de Napoléon I., 7. tom., 496.

[6]) Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden, herausgeg. von Erdmannsdörffer, 1. Bd., Einleitung.

Wir haben gesehen, daß Reitzenstein schon 1796 als Bevollmächtigter des Markgrafen bei der französischen Regierung die Politik des herzhaften Zugreifens vertrat; nur die überraschenden Waffenerfolge des Erzherzogs Karl in Süddeutschland hatten damals den Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich verhindert. Als im Februar 1801 der Reichstag zu gutachtlicher Aeußerung über die Beteiligung des Reiches am Friedenswerk aufgefordert wurde, war Karl Friedrich geneigt, dem Kaiser zur Erledigung der Entschädigungsfrage freie Hand zu lassen.[1]) Trotzdem wurde in Wien dem badischen Gesandten v. Gemmingen, der insbesondere die Rückgabe des alten zähringischen Hausbesitzes im Breisgau an die Markgrafschaft erwirken sollte, so wenig guter Wille gezeigt, daß dem Markgrafen nichts anderes übrig blieb, als in Anlehnung an Frankreich sein Heil zu suchen. Wieder war es Reitzenstein, der darauf hinwies, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, dem zähringischen Hause eine seinem Alter und seiner früheren Bedeutung entsprechende Stellung zu erringen, und daß in der Wahl der Mittel zu diesem Zweck nicht allzu ängstlich verfahren werden dürfe. Unbedenklich nahm Reitzenstein die Hilfe eines wenig ehrlichen Maklers, des Hilfsarbeiters Talleyrands, Jacques Mathieu, in Anspruch. Beträchtliche Summen wurden geopfert, um die einflußreichsten Beamten der Konsularregierung gefügig zu machen. Talleyrand empfing ein Geschenk von 150 000 Franken — Reitzenstein hatte 100 000 Franken beantragt, forderte aber eine Erhöhung der Summe, weil die preußische Regierung eine Dose im Wert von 66 000 Franken und dazu noch 100 000 Franken in Bankbillets gegeben habe —, Mathieu ebensoviel,[2]) die übrigen Beamten entsprechend weniger; außerdem wurden auch dem russischen Geschäftsträger Morkow 1000 Louisdor, die nämliche Summe dem bairischen Minister Montgelas (!) gespendet; im ganzen wurden etwa 500 000 Franken für „diplomatische Präsente" verausgabt.[3]) Bonaparte war selbst der Ansicht, daß dem Markgrafen ein seinen Verdiensten und Familienverbindungen entsprechender Gebietszuwachs gebühre, und auch die Bewerbung um die Kurwürde fand geneigtes Gehör.[4]) Von der Ansicht ausgehend, daß bei solchem Anlaß lieber zu viel als zu wenig gefordert werden müsse, brachte Reitzenstein neben dem Breisgau auch die rechtsrheinische Pfalz als geeignete Erwerbung in Vorschlag. Auf den Breisgau mußte verzichtet werden; dagegen gingen Talleyrand und Morkow wirklich darauf ein, daß der Anteil Baierns noch um das Hochstift Augsburg und die Abtei Kempten vermehrt und dafür die drei pfälzischen Oberämter auf dem linken Rheinufer mit Baden vereinigt werden sollten. Auffälligerweise wurde der Verlust des alten Wittelsbachischen Besitzes mit Mannheim, der modischen Residenz Karl Theodors, und Heidelberg, der Hauptstadt der Pfalz mit ihrer altehrwürdigen Hochschule, in den maßgebenden Münchner Kreisen nicht schwer genommen, vermutlich weil Stadt und Land infolge der

[1]) Politische Korrespondenz, 4. Bd., herausgeg. von Obser, VIII. — Du Moulin-Eckart, Zur Geschichte der badischen Politik in den Jahren 1801—1804; Histor. Zeitschrift, 78. Bd. (1897), 241.

[2]) Der bairische Gesandte in Regensburg, Graf Rechberg, händigte Herrn Mathieu 55 000 Gulden in Wechseln ein. (Montgelas, Denkwürdigkeiten, 72.)

[3]) Politische Korrespondenz, 202, 204.

[4]) Corresp. de Napoléon I., 8. tom., 13.

Mißwirtschaft unter Karl Theodor und der langjährigen Kriegsdrangsal kläglich herabgekommen waren.[1]) Jeder Widerstand, so erklärt Montgelas in seinen Denkwürdigkeiten, würde den Verlust der einträglichen, dem bairischen Staate zugedachten schwäbischen Besitzungen nach sich gezogen haben. Nur über die Verteilung der pfälzischen Staatsschuld und die Wegführung der Kunstsammlungen nach München erhob sich zwischen dem alten und dem neuen Herrn ein Streit, der fast ein halbes Jahrhundert fortdauerte. Außer der rechtsrheinischen Pfalz erhielt Baden auch noch die rechtsrheinischen Teile der Hochstifte Speier, Straßburg und Basel, sowie eine Anzahl Reichsabteien und Reichsstädte, im ganzen also ein Gebiet, das sechs- bis siebenfachen Ersatz für die verlorenen linksrheinischen Besitzungen bedeutete. Offenbar war es Bonaparte und seinen Leuten darum zu thun, an der Westmark des deutschen Reiches einen ansehnlichen Staat zu schaffen, dessen Regent, der Nachbarrepublik zu Dank verpflichtet, zur Bekämpfung des österreichischen Einflusses im Reiche jederzeit zu haben wäre.[2])

Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel hatte mit besonderer Strenge der Ausbreitung der französischen Freiheitsgrundsätze entgegenzuwirken gesucht. Um nur ein Beispiel anzuführen: durch landgräfliches Dekret wurde, um die „Jakobinertracht" in Mißkredit zu bringen, für die Stadt Kassel angeordnet, daß die zur Reinigung der Straßen verwendeten Sträflinge mit runden Hüten und langen Beinkleidern auszustatten seien![3]) Trotzdem war Landgraf Wilhelm der erste Fürst gewesen, der nach dem Vorgang Preußens schon am 28. August 1795 Sonderfrieden mit Frankreich abgeschlossen hatte. Als nach dem Frieden von Luneville die große deutsche Auktion begann, hielt sich auch Hessen vom allgemeinen Wettbewerb um die Gunst Frankreichs nicht fern.

Es war bekannt, daß König Georg III. von England auf sein Kurfürstentum Hannover großen Wert lege. In den immer häufiger wiederkehrenden Stunden düsteren Trübsinnes, wenn ihn die Furcht beschlich, daß sich ganz England in wildem Aufstand gegen ihn und sein Haus erheben werde, war sein einziger Trost der Gedanke, daß er im deutschen Stammland eine Zuflucht finden könne. Da Bonaparte ihn günstig zu stimmen wünschte, und da auch zu Gunsten Preußens und der Hansestädte einige kleine Opfer verlangt werden mußten, wurde zum Ersatz das an Hannover grenzende Bistum Osnabrück angeboten, eine den Verlust weit übersteigende Entschädigung, die dem König lebhaftere Teilnahme für das Gelingen der geplanten Neugestaltung Deutschlands einflößen sollte.

Eine ganz andere Haltung als seine fürstlichen Standesgenossen nahm Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen ein. Man könnte sagen, daß er allein gerechte, reichspatriotische Politik getrieben habe,[4]) wenn nicht zu Tage läge, daß doch auch hier eigennützige Bestrebungen die treibende Kraft waren.

[1]) Aus diesem Grunde war auch der badische Minister v. Edelsheim höchst aufgebracht über die geringwertige Erwerbung (Obser, 205, 206).

[2]) Obser, XXIII.

[3]) Kleinschmidt, Bayern und Hessen, 11.

[4]) Böttiger, Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen, II, 434.

Das Ziel der kursächsischen Politik war Erhaltung der Reichsverfassung und des gegenwärtigen Reichsbestandes um jeden Preis.[1]) Daraus erklärt sich die überraschende Thatsache, daß gerade das evangelische Sachsen schon auf dem Rastatter Kongreß gegen die Einziehung der geistlichen Fürstentümer gearbeitet hatte, denn es war zu befürchten, daß die Säkularisierungen dem nördlichen Nachbarn gefährlichen Machtzuwachs bringen würden. Nicht als ob in Dresden gerade feindselige Stimmung gegen Preußen vorgeherrscht hätte! Es wurde dankbar anerkannt, daß das preußische Neutralitätssystem auch dem Nachbarstaate Schutz und Sicherheit gewährte; immerhin erregte Besorgnis, daß das preußische Kabinett ersichtlich bemüht war, die beengenden Bande der Reichskonstitution abzustreifen, und vollends ein Zusammengehen mit Frankreich wurde damals noch verabscheut. Kurfürst Friedrich August war ein entschiedener Gegner der kirchenfeindlichen Republik; die Ausschreitungen der Schreckensherrschaft hatten ihn mit Entsetzen erfüllt, und auch nach Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung durch Bonaparte galt ihm Frankreich als der natürliche Reichsfeind, an welchen ein deutscher Fürst sich nun und nimmer anschließen dürfe. Die Friedensschlüsse von Campo Formio und Luneville hatten für Sachsen keinen Verlust gebracht; es hatte also auch keinen Anspruch auf Entschädigung. Allein der Bruder des Kurfürsten, Klemens Wenzeslaus von Trier, sollte seinen Kurstuhl verlieren, und durch die Gebiete der westdeutschen Kirchenfürsten sollten die anstoßenden evangelischen Staaten vergrößert werden; demnach ließen ebenso das dynastische Interesse wie die Furcht vor einer Schwächung des katholischen Bekenntnisses die Bekämpfung der allgemeinen Durchführung des Säkularisationsprinzips als Pflicht erscheinen.

Als der Gedanke auftauchte, die Regelung der Entschädigungsfrage einem Schiedsgericht zu übertragen, machte das Wiener Kabinett den Vorschlag, nur Kurmainz und Kursachsen damit zu betrauen, doch Friedrich August wollte nicht die Verantwortung für das verwerfliche „système de dépouillement" auf sich laden. Andrerseits läßt sich nicht sagen, daß Kursachsen schlechtweg zur habsburgischen Klientel gehörte. Der mit Regelung der Reichsangelegenheiten betraute Geheime Rat in Dresden hielt es sogar für höchst bedenklich, die Entscheidung dem Kaiser zu überlassen, weil er mit Unrecht intimere Abmachungen zwischen Wien und Paris voraussetzte. Endlich erklärte sich auch Kursachsen mit Aufstellung der aus acht Mitgliedern bestehenden Reichsdeputation einverstanden, ja, es wurde als Sieg der sächsischen Politik betrachtet, daß die Verteilung der Beute nicht einseitig in die Hände Oesterreichs oder Preußens gelegt war.[2])

Während Friedrich August, den Napoleon 1813 beim Zusammensturz seiner Macht den „Getreuesten der Getreuen" nannte, zehn Jahre früher noch ein eifriger Anhänger und Anwalt der alten Staatseinrichtungen und der deutschen Reichsverfassung war, wurde von keinem anderen deutschen Fürsten die Ausbreitung des Bonapartismus in Deutschland von vornherein so bereitwillig und zielbewußt gefördert, wie von dem am 25. Juli 1802 auf den Mainzer Kurstuhl erhobenen Karl Theodor v. Dalberg.

---

[1]) Friedrich, Politik Sachsens von 1801—1803, 4.
[2]) Ebenda, 34.

Wir haben den Koadjutor des Kurfürsten Karl Friedrich als litterarischen Anwalt der Aufklärung und als verschämten Gönner der Franzosen- und Freiheitsfreunde kennen gelernt. Kein Geringerer als Wilhelm v. Humboldt rühmt an Dalberg hohen „Adel des Gefühls und der Gesinnung, unendliche Grazie, regbaren Sinn, unerschöpflichen Reichtum an Anregungen zu Ideen, wenn auch nicht immer Ideen daraus wurden.“ [1]) Auch Perthes bemerkt gewiß mit Recht: „Ein Mann, den Goethe, Stein, Kaiser Josef, Schiller, Humboldt, Körner achteten und suchten, konnte weder niedrig noch unbedeutend sein.“ [2]) Als Regent des Fürstentums Regensburg hat er segensvoll gewaltet. Er hat das Finanzwesen in Ordnung gebracht und gewissenhaft für den Volksunterricht wie für die Rechtspflege Sorge getragen; in keinem Zweige der Verwaltung zeigt sich eine Spur der Lotterwirtschaft, wie sie in anderen geistlichen Fürstentümern nicht selten anzutreffen war.[3]) Dagegen weist seine politische Wirksamkeit beklagenswerte Blößen, wunderliche Wandlungen und Widersprüche auf. Aus einem enthusiastischen Anwalt des Fürstenbundes wurde er in den Neunziger Jahren ein Anhänger des habsburgischen Hauses, der eine Diktatur des Erzherzogs Karl für Deutschland forderte; seit aber der Stern Bonaparte aufgegangen war, sah er das Heil nur noch in engstem Anschluß an Frankreich. Dieses Ziel strebten ja auch andere deutsche Fürsten an, doch keiner fügte sich mit solcher Skrupellosigkeit und Selbstentäußerung unter das fremde Joch, so daß er geradezu als Typus der Schleppträger des Bonapartismus im deutschen Süden anzusehen ist.[4])

Schon Kurfürst Friedrich Karl hatte im Mai 1802 den Grafen v. Beust nach Paris entsendet, um zu retten, was zu retten war. An Zurückgabe des kurmainzischen Gebiets auf dem linken Rheinufer durch die Franzosen war nicht mehr zu denken; nicht besser stand es um die auf dem rechten Rheinufer gelegenen Teile, die von verschiedenen weltlichen Fürsten zu ihrer Entschädigung in Anspruch genommen wurden. Wie Dalberg um diese Zeit die politische Lage auffaßte, zeigt eine von ihm im Februar 1802 veröffentlichte Denkschrift „Ueber Bestimmung der Entschädigungsmittel für die Erbfürsten“.[5]) Die Gegenwart sei von zwei Hauptsorgen beschäftigt: die Erbfürsten müssen für ihre Verluste auf dem linken Rheinufer entschädigt werden und dazu ist schon vom Rastatter Kongreß die Säkularisierung von Kirchengut beschlossen worden, aber welche Kirchenfürsten sollen ihr Gut verlieren? Der Rastatter Kongreß habe (4. April 1798) den Vorbehalt aufgestellt, durch die Säkularisierung dürfe der Reichsverfassung kein Nachteil zugehen, und da nicht minder wichtig sei, daß auch Religion und Kultus nicht geschädigt würden, könne keinesfalls eine allgemeine Säkularisierung durchgeführt werden. Aufgabe der Reichsdeputation werde es sein, das für Kirche, Religion und Reichsverfassung Entbehrliche herauszufinden. Dazu werde von allen deutschen Fürsten willig die Hand geboten werden, wie

[1]) Karoline v. Wolzogen, Literar. Nachlaß, II, 69.

[2]) Perthes, Politische Zustände und Personen, I, 317.

[3]) Hausenstein, Die Wiedervereinigung Regensburgs mit Baiern im Jahre 1806, 82.

[4]) Krämer, C. Th. v. Dalberg, Einl., XIII.

[5]) Der preußische Legationsrat Kaufmann in Regensburg versichert, daß von Mainzer und Regensburger Klerikern Dalberg als Verfasser der Denkschrift bezeichnet werde (Preuß. Staatsarchiv, Acta comitialia; Bericht vom 26. Februar 1802).

auch von jenem außerordentlichen Manne, „dessen Verdienst als Hersteller noch größer als Sieger (sic!) ist, der das unmöglich scheinende möglich macht, der auf den Trümmern und Greueln der Anarchie in Frankreich Ordnung gründete und seinen Zeitgenossen den Frieden gab". Zuerst von Preußen wurde in Paris angeregt, Dalberg in Besitz der Kurwürde zu belassen, aber den Kurstuhl nach Regensburg zu versetzen.[1]) Da der Sitz des Reichstages, beantragte der Vertreter Preußens, am schicklichsten in Obhut des Erzkanzlers gegeben werde, möge der Kurfürst von Mainz „nach Regensburg transplantieret und höchstdemselben diese Stadt mit einigem territorio zum Etablissement angewiesen werden". Kanzler Albini fand den Plan anfänglich „absurd"; auch in einem nach Regensburg gelangten Wiener Erlaß, von welchem die preußische Gesandtschaft Kenntnis erhielt, ward davon als von einem „paradoxen Einfall" gesprochen. Dalberg hielt jedoch für angemessen, ihn nicht gänzlich von der Hand zu weisen, und als der Koadjutor zur Regierung kam, mußten Beust in Paris und Albini in Regensburg nach dieser Richtung ihre diplomatische Arbeit fortsetzen. Im August 1802 erklärte Albini, sein Landesherr, wie peinlich ihn auch der Umtausch berühre, sei von dessen Notwendigkeit überzeugt; Kurmainz betrachte es als patriotische Pflicht, sich in das Unvermeidliche zu fügen.[2]) Im französischen Lager stießen die Bemühungen, ein neues geistliches Fürstentum aufzurichten und auf solche Weise die allgemeine Säkularisierung hintanzuhalten, da und dort auf grundsätzlichen Widerstand. Mathieu, der Begleiter des französischen Bevollmächtigten Laforest in Regensburg, erlaubte sich die spöttische Aeußerung: „Ein Prälat braucht nur Geld, um anständig leben zu können, aber er braucht keine Soldaten, die zum Totschießen anderer Menschen dienen, und keinen Hofhalt, der ihn nur auf weltliche Gedanken bringen könnte!" Darauf erwiderte Beust, es handle sich nicht nur um einen Erzbischof, sondern um den Erzkanzler des deutschen Reiches, der zur Wahrung seiner Unabhängigkeit wie die anderen Kurfürsten Land und Leute haben müsse. Um einen Hort gegen die Neider und Feinde zu erwerben, sollte Beust, wie Dalberg ihn anwies, sich unmittelbar „an den großen Mann Bonaparte" halten. Das kluge Vertrauen wurde belohnt. Wie Bonaparte später wiederholt erklärte, rettete nur sein persönliches Eingreifen den Diplomaten in der Soutane vor dem Schicksal der übrigen Amtsgenossen. Der Verwendung seines Gönners hatte Dalberg auch zu danken, daß ihm mit der Würde eines Kurfürsten, Reichskanzlers und Primas die Fürstentümer Regensburg und Aschaffenburg, die Grafschaft Wetzlar, das Haus Compostell in Frankfurt und die Besitzungen des Mainzer Domkapitels, sowie ein Anteil am Rheinschiffahrtsoktroi als Ausstattung übertragen wurden.

In Wien hatte seit September 1801 Graf Ludwig Cobenzl thatsächlich die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten inne. Er hatte bei seinem Aufenthalt in Paris im Frühjahr die ehrgeizige Absicht verfolgt, der Wiederhersteller des politischen Systems von 1756 zu werden.[3]) Durch schmeichelhafte Freund-

[1]) Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg und seine Zeit, 259.

[2]) Preuß. Staatsarchiv, Acta comitialia; Bericht Goertz' vom 11. August 1802.

[3]) Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns im ersten Jahrzehmt des 19. Jahrhunderts, I, 135.

schaftsversicherungen Joseph Bonapartes verleitet, übergab er ihm eine Denkschrift, worin für ein enges Bündnis zwischen Frankreich und Oesterreich plädiert war. „Nichts könnte für Frankreich vorteilhafter sein als ein System, das zur Folge haben würde, daß Niemand auf Erden mehr einen Kanonenschuß abfeuert, wenn wir beide es nicht wollen, und daß die Republik auch zur See ausführen kann, was sie auf dem Festland ausgeführt hat." Joseph Bonaparte kargte nicht mit berauschenden Versprechungen: Baiern bis an die Isar für Oesterreich, vollständige Entschädigung des Großherzogs von Toskana, Erhaltung der geistlichen Kurfürsten, Nichtbeteiligung Preußens an der Entschädigung u. s. w., allein Cobenzl mußte endlich einsehen, daß der Konsul weit weniger freigebig gesinnt sei, als sein Bruder, ja, daß die ganze geheime Unterhandlung kein anderes Ziel habe, als den Kaiser gegenüber Preußen, Baiern und Rußland bloßzustellen. Fortan lautete Cobenzls Programm: Das Heil Oesterreichs beruht in engster Verbindung mit Rußland! Doch alle Mittel, den Zaren freundschaftlicher für Oesterreich zu stimmen, schlugen fehl.[1]) Ebensowenig vermochte aber der Vertreter Bonapartes, General Duroc, mit seinen Wünschen in Petersburg durchzudringen. In dem jungen Zaren war noch eine gewisse platonische Schwärmerei für die Grundsätze der französischen Revolution lebendig; er sprach den Franzosen mit citoyen! an und ließ sich nur ungern belehren, daß dieser Titel zur Zeit in Frankreich nicht mehr beliebt sei.[2]) Allein für das von Bonaparte gewünschte Bündnis war er nicht zu gewinnen.[3]) „Sie haben," schrieb Duroc an Bonaparte, „von Zar Alexander nichts zu hoffen und nichts zu fürchten!" Die Unterhandlungen wurden jedoch in Paris fortgesetzt, und wie erwähnt, kam am 11. Oktober 1801 ein Vertrag zu Stande, der eine gemeinsame Regelung des deutschen Entschädigungswerkes in Aussicht nahm.

Die Verbindung Rußlands mit Frankreich drängte auch Preußen vollends in französisches Fahrwasser. Bonaparte verwies das Berliner Kabinett immer wieder auf Hannover. Es hänge nur von Preußen ab, diese wichtige Erwerbung zu machen, eröffnete General Beurnonville im April 1801 in Berlin; der erste Konsul erblicke darin nicht bloß die geeignetste Entschädigung für den Verlust Preußens auf dem linken Rheinufer, sondern auch einen notwendigen Ersatz für den Machtzuwachs, der dem Hause Oesterreich durch die Versetzung des Großherzogs von Toskana nach Deutschland zu teil werde.[4]) Das Anerbieten wurde jedoch in Berlin kühl aufgenommen, denn wie wünschenswert auch die Erwerbung Hannovers erschien, so wollte man doch nicht um diesen Preis in Krieg mit England verwickelt werden. Das Berliner Kabinett erwiderte also, es wolle dankbar auf Bonapartes Pläne eingehen, doch nur, wenn es gelingen könnte, die englische Krone selbst zur Abtretung Hannovers geneigt zu machen. Auch die Berichte Lucchesinis aus Paris waren nicht dazu angethan, das Vertrauen auf Bonapartes Freundschaft sowie auf die Festigkeit der Herrschaft des Diktators zu stärken. Alle Welt sei unzufrieden mit dem neuen Herrn, berichtete Lucchesini,

[1]) Fournier, Gentz und Cobenzl, 31.

[2]) Ulmann, Ueber die Memoiren des Fürsten Adam Czartoryski, 12.

[3]) Czartoryski, Mémoires, I, 285.

[4]) Bailleu, Preußen und Frankreich von 1795—1807, II, 40.

sogar Cambacerès verurteile unverhohlen die England feindliche, gewaltthätige Politik seines Kollegen. Als Bonaparte Anzeige erhielt, daß die Stadt Frankfurt englische Agenten beherberge, rauschte einer der bekannten Zornesergüsse über den unglücklichen Vertreter der Reichsstadt, Herrn v. Schweitzer, nieder. „Wenn ihr, anstatt euch auf euren Handel zu beschränken, euch in Politik einmischt, die euch nichts angeht, werde ich einfach eure Stadt niederbrennen lassen." „Welch anstößige Scene!" bemerkt dazu Lucchesini, „sie hat nicht bloß deutlich gemacht, wie brutal der erste Konsul gegen die schwachen Nachbarn an der neuen französischen Grenze verfährt, sondern sie hat auch dem ganzen diplomatischen Corps vor Augen gebracht, welchen Gefahren jeder von uns an öffentlichen Audienztagen ausgesetzt ist."[1]) Beunruhigende Nachrichten aus Paris ließen dem Berliner Kabinett Bedenken nicht geraten erscheinen, den Draht nach Wien gänzlich abzuschneiden. Als Graf Stadion, wie schon erwähnt wurde, im Mai 1804, „um sich mit der preußischen Regierung auf den Fuß einer einfachen, fast plumpen Freimütigkeit zu setzen," nach Berlin kam, fand er freundliche Aufnahme. Das vorübergehende gegenseitige Entgegenkommen der deutschen Vormächte ermöglichte die Bildung der Reichsdeputation, allein das freundliche Einvernehmen fand ein rasches Ende, als die kaiserliche Regierung sich abgeneigt zeigte, die Freundschaftsversicherungen in thatsächliche Zugeständnisse umzuwechseln. Hauptsächlich der Gegensatz zwischen den beiden Höfen in der Säkularisierungsfrage drängte das Berliner Kabinett aufs neue nach Paris. Schon im Oktober 1801 verstieg sich Haugwitz in einer Unterredung mit Beurnonville zur Aeußerung: „Wir haben Rußland zu schonen, Oesterreich zu fürchten, Frankreich zu lieben!"[2]) Die Gegenliebe Frankreichs sollte zum Besitz von Münster, Hildesheim, Osnabrück, Erfurt verhelfen, doch darauf wollte Talleyrand nicht eingehen; er wollte nicht ein starkes Preußen unmittelbar an die Rheingrenze gerückt sehen, sondern hätte eine Abfindung Preußens mit Mecklenburg und den Uebergang jener Hochstiftsgebiete an die Herzoge von Mecklenburg vorgezogen. Es wurden auch Verhandlungen in Schwerin eingeleitet, allein die Herzoge wollten sich auf Tauschpläne überhaupt nicht einlassen. Um die leitenden Pariser Kreise den preußischen Wünschen geneigter zu machen, trug Lucchesini ebensowenig wie der Badener Reitzenstein Bedenken, seine Regierung zu Geldspenden — im modernen Handelsverkehr hat man dafür das grobe Wort „Schmiergelder" geprägt — an Talleyrand und Genossen aufzufordern. „Die Erfahrung hat alle, die hier diplomatische Geschäfte betreiben, gelehrt, daß man niemals vor endgültigem Abschluß des Geschäftes etwas geben darf, aber sie hat ebenso den Beweis geliefert, daß der Reiz eines Gewinnes nicht selten Wunder wirken kann"; verschämte Zurückhaltung sei um so weniger am Platze, da von Agenten Oesterreichs die ganze Umgebung Bonapartes bestochen worden sei; weder in Wien, noch in Warschau habe er solche Mittel angeraten, in Paris aber sei ohne klingende Hilfe nichts auszurichten.[3]) Durch ähnliche Gefälligkeiten wurde auch in Berlin die französische Partei zu stärken gesucht. Im März 1802 eröffnete General Bignon dem Mi-

[1]) Bailleu, II, 51.

[2]) Ebenda, II, Einl., XXIII.

[3]) Ebenda, II, 72; Bericht Lucchesinis vom 17. Januar 1802.

nister Talleyrand, daß Lombard, der Kabinettssekretär des Königs, die Absicht hege, seine französische Uebertragung eines Buches der Aeneide dem ersten Konsul zu widmen, wofür er gern zum auswärtigen Mitglied des Institut de France ernannt werden möchte. „Herr Lombard ist als der eigentliche Leiter des Kabinetts anzusehen, genießt das volle Vertrauen des Königs und war von jeher ein Freund der Franzosen, der auch dem General Beurnonville bei seiner Mission in Berlin treffliche Dienste erwiesen hat. Wenn ihm die erbetene Gunst zu teil würde, vielleicht auch ein Schreiben des ersten Konsuls, so würde er sicherlich jederzeit der französischen Gesandtschaft in Berlin an die Hand gehen.“[1]). Als die französischen Diplomaten in Berlin durchblicken ließen, es sei Bonaparte nicht unbekannt, daß Lucchesini die konsularische Regierung unfreundlich beurteile, schrieb Haugwitz an Talleyrand: „Falls unser Gesandter aus Gründen, über welche sich der König durchaus kein Urteil erlauben will, in Paris nicht mehr als geeigneter Sachwalter erscheint, soll er unverzüglich entfernt werden.“ Es gelang jedoch Lucchesini, den Konsul zu versöhnen. Dankbaren Sinnes entwirft er von dem Gefürchteten im April 1802 ein glänzendes Charakterbild: „Wie wunderbar kennt und beurteilt dieser Mann die Nation, die er beherrscht! Mit staunenswerter Gewandtheit weiß er ebenso den Philosophen zu gewinnen, wie den leidenschaftlichen Republikaner, wie den treuesten Royalisten! Er meistert alle, indem er den einen durch den andern im Zaume hält: so steigt er durch Erfolg auf allen Gebieten des Staatslebens zum Throne empor!“[2])

Solange der Krieg mit England währte, schenkte Bonaparte den von Lucchesini vorgetragenen Wünschen williges Gehör, weil er die Freundschaft Preußens bei den Verhandlungen mit England mit Nutzen verwerten konnte. Seit jedoch der Friede von Amiens zu Stande gekommen war, zeigte sich Bonaparte weniger geneigt, die preußischen Ansprüche anzuerkennen. Vielleicht wäre eine Verständigung zwischen Preußen und Frankreich überhaupt nicht erzielt worden, wenn nicht Bonaparte durch die Nachricht von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Königs von Preußen mit Kaiser Alexander freundlicher gestimmt worden wäre. Die günstigen Bedingungen, wie sie Preußen vor dem Frieden von Amiens hätte erlangen können, waren freilich nicht mehr erreichbar. Immerhin waren Frankreichs Zugeständnisse, wenn nur die äußere Seite berücksichtigt wird, noch überaus günstig. Preußen hatte auf dem linken Rheinufer nur 48 Quadratmeilen mit ungefähr 127 000, in kleinen, weit entfernten Enklaven wohnenden Unterthanen an Frankreich abzutreten; dafür sollte es nun im Herzen von Deutschland etwa 180 Quadratmeilen mit 500 000 Einwohnern erhalten: die Hochstiftsgebiete Paderborn, Hildesheim, Erfurt, das Eichsfeld und einen kleinen Teil von Münster; das Haus Oranien sollte durch Fulda und Corvey entschädigt werden. Dazu kam noch ein merkwürdiges Indemnitätsversprechen: Preußen sollte von den ihm zuerkannten Gebieten mitten im Frieden sofort Besitz ergreifen dürfen. Am 23. Mai 1802 gelangten die zwischen Beurnonville und Lucchesini geführten Unterhandlungen zum Abschluß. Im letzten Augenblick vermochte Lucchesini noch durchzusetzen, daß das ganze Hochstift Münster mit der Stadt

[1]) Bailleu, II, 97.

[2]) Ebenda, II, 81; Bericht Lucchesinis vom 28. April 1802.

selbst und mit der Ems als Grenze an Preußen übergehen sollte, während es die Ansprüche auf Westfalen, das mit Hessen-Darmstadt, und auf die fränkischen Bistümer, die mit Baiern vereinigt werden sollten, aufgeben müßte.[1]) Nach Unterzeichnung des Vertrags schrieb Bonaparte an den König von Preußen: „Ich werde immer ein politisches Interesse für Frankreich und eine süße Freude für mich darin erblicken, wenn ich etwas thun kann zur Vermehrung der Macht und des Ansehens Ihres Königreiches und wenn es mir gelingt, die Bande zwischen Frankreich und Preußen enger zu knüpfen.“[2]) Friedrich Wilhelm faßte denn auch den Vertrag als glücklichen Erfolg auf; mit warmen Worten gab er in Signaten an Haugwitz und Luccheſini freudigem Dank Ausdruck. Luccheſini erwiderte mit liebedienerischem Lob: „Ich bin überzeugt, Sire, daß Ihrer Festigkeit, Ihrer Zuverlässigkeit, Ihrer Weisheit allein die politische Bekehrung des Generals Bonaparte zu danken ist, so daß er jetzt ebenso an Preußen hängt, wie er zur Zeit meiner Ankunft in Paris an Oesterreich gehangen hat.“ Haugwitz hatte dem König in einer eigenen Denkschrift dargelegt, wie notwendig es sei, noch vor der Zusammenkunft mit dem Zaren den Vertrag mit Frankreich abzuschließen. Ein Bündnis mit Rußland allein gewähre nicht ausreichende Deckung. „Denn an Stelle jenes Frankreichs, das vor zehn Jahren nahe daran war, aus der Reihe der Großmächte auszuscheiden, hat sich ein Koloß erhoben, der alle anderen Nationen überragt, nicht bloß an Ausdehnung, sondern vielleicht noch mehr an innerer Festigkeit!“ Wenn man die Hand Bonapartes zurückgewiesen hätte, würde er sich unfehlbar an Oesterreich angeschlossen haben. Von diesen Erwägungen möge der König in Memel geeigneten Gebrauch machen. Nicht mit Rußland gegen Frankreich soll Preußen gehen, sondern der Freundschaft beider Mächte soll es sich erfreuen. „Nichts kann erwünschter sein für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe in Europa!“[3])

Der Vertreter Preußens bei der Reichsdeputation, Graf Goertz, wurde erst zwei Monate später von dem Pariser Vertrag in Kenntnis gesetzt. Eine Instruktion vom 23. Juli 1802 belehrte ihn, daß durch die Sonderverhandlungen des Wiener Hofes mit dem ersten Konsul Preußen auf den nämlichen Weg gedrängt worden sei. Es müsse also im allgemeinen den von Frankreich und Rußland festgesetzten Bestimmungen beigestimmt werden, „da sie Einfachheit in der Ausgleichung mit aller billigen Rücksicht auf das Interesse vollständiger Entschädigungen und dem Bedürfnis künftiger Sicherstellung des inneren Bestandes von Deutschland vereinigen.“ Preußen sei eben nicht bloß Reichsstand, sondern auch souveräne Macht; da es also nicht bloß seine reichsständischen Pflichten und Interessen im Auge behalten dürfe, werde es den von Frankreich angeregten Ersatz für die verlorenen linksrheinischen Besitzungen in Anspruch nehmen und mit der Besetzung nicht erst bis zum Ende der Deputationsverhandlungen warten; es gebe sich aber der Hoffnung hin, daß die verfassungsmäßige Vertretung des Reiches den durch die Umstände gebotenen Akt sanktionieren werde.[4])

[1]) Bailleu, II, Einl., XXVI.

[2]) Corresp. de Napoléon I., 7. tom., 474.

[3]) Bailleu, II, 93, 97, 101.

[4]) Preuß. Staatsarch., Acta comitialia; Instruktion für Goertz vom 23. Juli 1802.

Der erwünschte Ländergewinn ließ in Berlin übersehen, welche moralische Einbuße der Vertrag vom 23. Mai 1802 für Preußen bedeutete. Indem sich die preußische Regierung, gestützt auf seine freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich und Rußland, eine Bereicherung gefallen ließ, verzichtete die Vormacht des deutschen Fürstenbundes nicht bloß auf die führende Stellung, sondern überhaupt auf selbständige Politik in Deutschland. Das Ansehen, das der preußische Staat unter Friedrich II. in Europa genossen hatte, war unter den Nachfolgern, ohne daß schwere militärische Niederlagen zu beklagen gewesen wären, immer tiefer gesunken. Das Anschwellen des Staatsgebiets und die Abnahme der Achtung in Europa hielten gleichen Schritt. Alle Welt verzeiht lieber einem dreisten Eroberer, als einem beutelüsternen Friedensschwärmer. Auch war der Landgewinn im Westen nur durch schwerwiegende Opfer erkauft worden. Die Hoffnung, festeren Fuß im deutschen Süden zu fassen, hatte aufgegeben werden müssen. „Die ganze Direktion," sagt Hardenberg, „welche der preußische Staat bisher zur Gründung einer selbständigen Macht in Oberdeutschland genommen, wurde damit zurückgedrängt, jene große Position zugleich gegen Oesterreich und Frankreich, die man zu erlangen gehofft hatte, aufgegeben, dagegen wurde der norddeutsche Charakter des brandenburg-preußischen Staates bestätigt und verstärkt."[1]) Doch vorerst war auch an Befestigung und weitere Ausdehnung der preußischen Herrschaft im deutschen Norden nicht zu denken. Denn das Kommando in allen deutschen Angelegenheiten führten jetzt Frankreich und Rußland.

Am nämlichen Tage, an welchem der Vertrag mit Preußen zum Abschluß gekommen war, schrieb Bonaparte an Zar Alexander: „Die deutschen Angelegenheiten sind mit dem Minister Eurer Majestät durchgesprochen worden, und ich glaube, daß wir in einigen Tagen dem Regensburger Reichstag eine gemeinschaftliche Note vorlegen können; für den Markgrafen von Baden und den Herzog von Württemberg soll die Kurwürde verlangt werden und außerdem alles, was den verschiedenen Fürsten nützlich sein kann."[2]) Am 3. Juni wurde dieser Vertrag von Talleyrand und Morkow in Paris unterzeichnet; er bildet die Grundlage des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803.[3])

Nach dem Vorgang Thiers' hatte man bisher angenommen, daß die Initiative zu diesem wichtigen Werke von Frankreich ausgegangen und Zar Alexander nur, um dessen Ehrgeiz zu schmeicheln, zur Mitwirkung eingeladen worden sei. Aus der von Tracevsky herausgegebenen Korrespondenz der russischen Staatsmänner erhellt jedoch, daß der Interventionsplan von Petersburg ausgegangen ist. Rußland war ja bei der Gebietsaufteilung in Deutschland in keiner Weise beteiligt, konnte auch nicht, wie die Republik, aus dem Luneviller Frieden einen Grund oder wenigstens einen Vorwand ableiten, sich in diese Handelsgeschäfte einzumischen, doch der Zar persönlich wollte als Gönner und Schutzherr eine Rolle spielen. Unter einer an Selbstherrschern ungewöhnlichen, sanften Bescheidenheit begann bereits die Eitelkeit hervorzublicken. Alle Nationen sollten ihn, den „schönen" Zaren, der in seiner äußeren Erscheinung — nach einem

[1]) Denkwürdigkeiten Hardenbergs, I, 449.

[2]) Corresp. de Napoléon I., VII, 473.

[3]) Martens, Supplément au Recueil des principaux traités d'alliance etc., III, 328.

Worte Sorels — an die süßen Engel in den Jesuitenkirchen erinnerte, verehren und lieben; alle sollten aus seinen Händen ihr Glück empfangen; er schmeichelte sich, die Politik mit dem Herzen und der Phantasie leiten zu können; als Wohlthäter der Menschheit, aber deshalb auch als Schiedsrichter in allen wichtigen Fragen der Menschheit wollte er anerkannt werden. Da schien ihm auch die Veräußerung der Ueberreste des heiligen römischen Reiches günstige Gelegenheit zu bieten, seine Humanität, seine Gerechtigkeitsliebe, seine Uneigennützigkeit in hellem Lichte zu zeigen. Dazu war aber die Verbindung mit Frankreich unerläßlich, und die russische Diplomatie wußte die Fäden geschickt zu schlingen. „Ich muß Eurer Exzellenz meine besondere Befriedigung aussprechen," schrieb der russische Kanzler Kurakin am 12. Februar an Morkow, „daß Sie auf meine Gedanken in Bezug auf ein Zusammengehen Rußlands und Frankreichs zur Feststellung der Entschädigungen in Deutschland eingegangen sind und daß Sie auf einen Erfolg dieses Vorschlags hoffen. Das gleiche Interesse der beiden Staaten scheint mir dafür Bürgschaft zu leisten, und wenn die französische Regierung dafür ebensoviel Unparteilichkeit mitbringt, wie wir es an Uneigennützigkeit nicht fehlen lassen, so könnten wir wohl zum Abschluß des wichtigen Geschäfts gelangen. Wenn man die Beilegung dieser Streitigkeiten den Leidenschaften und der Eifersucht Oesterreichs und Preußens überläßt, werden sie nie ein Ende finden. Was Eure Exzellenz über die Auffassung des ersten Konsuls mitteilen, berechtigt zur Hoffnung, daß er auf die Gedanken Seiner Majestät des Kaisers eingehen wird. Wenn er aufrichtig gesprochen hat und wenn er thatsächlich den guten Willen hat, Deutschland zur Ruhe zu bringen, wird es ein Leichtes sein, ihm auseinanderzusetzen, daß nichts dazu wirksamer beitragen kann, als eine so mächtige Vermittlung, wie sie schon einmal in Teschen im Jahre 1779 ins Leben getreten ist; es ist heute wieder ebenso wie damals geboten, der Begehrlichkeit ein Ziel zu setzen und eine unabhängige und unparteiische Entscheidung über das Schicksal der wichtigeren Staaten dieses Reiches zu fällen."[1])

Wenn aber auch der Gedanke der russisch-französischen Intervention von Rußland ausgegangen war, so kamen in den Vertrag vom 3. Juni im wesentlichen doch nur jene Bestimmungen, die den Inhalt der Sonderverträge zwischen Frankreich und den einzelnen deutschen Staaten gebildet hatten.

Der Vertreter Rußlands, Morkow, ein ausgesprochener Freund Oesterreichs, war denn auch mit dem Werke, zu dessen Aufrichtung er selbst hatte mithelfen müssen, nichts weniger als zufrieden. Da er voraussah, daß die süddeutschen Staaten durch solche Liebesgaben gänzlich von Frankreich abhängig gemacht werden müßten, warnte er den Zaren, durch Sanktionierung des Vertrags die von Frankreich erbettelten oder erkauften Zugeständnisse anzuerkennen. Dagegen wurden von den deutschen Fürsten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Zustimmung des Zaren zu erwirken. Im Winterpalais und in den Ministerwohnungen und Schreiberstuben in Petersburg kam es zu ähnlichem Werben und

[1]) Diplomaticeskija Snosenija Rossii s Franciej v épochu Napoleona I. Pod redakciej professore Alexandra Tracevskago. Tom. pervyj. 1800—1802. (Diplomatische Verhandlungen Rußlands mit Frankreich im Zeitalter Napoleons I. Unter Redaktion v. Prof. A. Tracevskij, I. Bd.); Sbornik Russ. istor. Obschtsch., 70. Bd. (1890), 339.

Markten, wie vorher in Paris. Friedrich Wilhelm wandte sich, um die Annahme des Entschädigungsvertrags durchzusetzen, an den Zaren selbst. Er wies darauf hin, daß der erste Konsul auf alle Wünsche Alexanders Rücksicht genommen habe, daß nur aus diesem Grunde Baiern so reichlich bedacht worden sei, daß auch Oesterreich durch die neuen Erwerbungen eine günstige Stellung gewinnen werde. „Uebrigens handelt es sich nicht so fast darum, daß es zu gutem Ende, als daß es überhaupt zu einem Ende komme, und ich selbst, wenn nicht durch die Freundschaft Eurer Majestät und das französische System meinen Interessen endlich Rechnung getragen worden wäre, hätte lieber alle Opfer auf mich genommen, als daß ich die Fortdauer dieses Zustands der Unsicherheit zugelassen hätte, dieser Unsicherheit, die so verderblich für das Reich war, weil sie fort und fort Eifersucht, Haß und Abhängigkeit erzeugte." Die Antwort des Zaren enthielt eine bittere Pille. „Ich kann, wie ich Eurer Majestät mit der für alle Zeit gelobten Aufrichtigkeit gestehen muß, nur mit Bedauern sehen, daß man die Regelung der inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht dem Reichstag überließ. Frankreich konnte diese Aufgabe schwerlich mit gleicher Unparteilichkeit und Ortskenntniß erledigen."[1])

Endlich wurde nach harten Kämpfen im Staatsrat die Bestätigung des Zaren erteilt, da durch weiteren Aufschub die Interessen der verwandten Fürsten nur geschädigt werden könnten, ohne daß Bonaparte an der Durchführung seines Willens zu hindern wäre.[2])

Wenn die Konvention vom 3. Juni 1802 sich später in ihren Folgen für Preußen und Rußland schädlich erwies, so bedeutete sie für Oesterreich schon in der Gegenwart eine beschämende Niederlage. Als der Wiener Hof davon Kenntnis erhielt, wurde sofort Graf Saurau beauftragt, in Petersburg gegen die unerhörte Begünstigung Preußens Verwahrung einzulegen. „Rußland," sagte Saurau zu Graf Kotschoubey, „würde es einst zu bereuen haben, zur Vergrößerung einer so wenig verläßlichen Macht beigetragen zu haben, und wir würden noch erleben, daß die russischen Schiffe demütig nur unter preußischer Flagge in deutsche Häfen würden einlaufen können!" Wenn Rußland nur deshalb das deutsche Reich in vier oder fünf große Gruppen teilen wolle, um ein Gegengewicht gegen Frankreich zu bilden, so sei diese Absicht eine chimärische zu nennen. „Sie finden das Projekt chimärisch!" erwiderte der Russe, „wir finden es klug, und der Kaiser von Rußland kann nur bedauern, daß er die Meinung Ihres Hofes nicht erraten hat!"[3])

Der Wiener Hof war völlig vereinsamt. An Widerstand gegen die Verteilung Deutschlands durch fremde Mächte war nicht mehr zu denken.[4]) „Wenn Bonaparte," soll Philipp Cobenzl ergebungsvoll geäußert haben, „die Hälfte unsrer eigenen Monarchie fordert, wir können's ihm nicht wehren!"[5]) Oesterreich genießt

---

[1]) Bailleu, Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise mit Kaiser Alexander I.; Publikationen aus den k. preuß. Staatsarchiven, 75. Bd., 17, 19.

[2]) Obser, Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden, 4. Bd., XXXV.

[3]) Wertheimer, I, 153.

[4]) Kleinschmidt, Die Säkularisation von 1803, 18.

[5]) Obser, XLV.

keine Achtung mehr in Europa, klagte Ludwig Cobenzl, daran trägt die innere Zerrüttung unseres Staates Schuld![1] Und es macht einen spaßhaften Eindruck, daß Cobenzl fast der nämlichen Worte sich bedient, wie Haugwitz: Durch die Sonderverhandlungen Preußens in Paris sei Oesterreich genötigt, den gleichen Weg einzuschlagen.[2]

Der Gedanke, durch eine persönliche Zusammenkunft des Zaren mit Friedrich Wilhelm die preußisch-russischen Beziehungen freundschaftlicher zu gestalten, scheint von der Erbprinzessin Helene Paulowna von Mecklenburg-Schwerin, einer Tochter des Zaren Paul, herzurühren.[3] Zar Alexander, dem eine streng militärische Erziehung eine gewisse Vorliebe für preußische Art eingeflößt hatte, wollte das preußische Militär aus eigener Anschauung kennen lernen; auch mochte der Wunsch mitspielen, „seine natürliche Liebenswürdigkeit an einem fremden Hofe und vor einer schönen Königin zur Geltung zu bringen".[4] Haugwitz war leicht zu gewinnen, da er sich davon Förderung des von ihm gewünschten Bündnisses zwischen Preußen, Rußland und Frankreich versprach. Graf Kotschoubey, der russische Minister des Auswärtigen, wollte die Gelegenheit benützen, für eine Wiederannäherung Preußens an Oesterreich zu wirken. In der Oeffentlichkeit war natürlich von diesen Plänen nichts bekannt. Man gefiel sich in Petersburg in Verbreitung der abenteuerlichsten Gerüchte. „Jedermann knüpft daran nach seinem eigenen Geschmack Hoffnungen oder Befürchtungen," schrieb Hedouville an Talleyrand.[5] Die Kriegslustigen glaubten, daß es sich um eine Verbindung Rußlands mit Preußen handle, um Oesterreich zu Mithülfe oder doch zu Neutralität in einem Kriege mit den Türken zu zwingen; andere brachten die Zusammenkunft mit der polnischen Frage in Zusammenhang: der Kurfürst von Sachsen sollte König von Polen, Kursachsen an Preußen abgetreten, Rußland durch die Türkei entschädigt werden; wieder andere befürchteten, daß Rußland für Preußen in einem Kriege mit Oesterreich die Kästen aus dem Feuer holen sollte.

Der dargelegte Gegensatz in den Absichten und Zielen der tonangebenden Staatsmänner war die Ursache, daß die Zusammenkunft, die am 10. Juni in Memel stattfand, nicht zu den in Berlin beabsichtigten Abmachungen führte. Trotzdem war sie ein hochbedeutendes Ereignis, weil sie den Grund legte zu jenem innigen Freundschaftsbunde, der fortan zwischen Alexander und Friedrich Wilhelm bestand. Fürst Czartoryski, der ungeachtet seines glühenden polnischen Patriotismus bei Alexander in hoher Gunst stand, hatte sich vergeblich bemüht, die Zusammenkunft zu hintertreiben; der Unmut über den Mißerfolg läßt ihn in seinen Denkwürdigkeiten ein hämisches Urteil über Alexanders Beziehungen zu Luise fällen,[6] doch auch er bekennt, daß als Frucht der Memeler Tage jenes „unselige"

[1] Fournier, 35.

[2] Beer, 34.

[3] Krieger, Russischer Besuch am preußischen Hofe vor 100 Jahren; Deutsche Revue, Jahrg. 1904, 171.

[4] Ulmann, Russisch-preußische Politik unter Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. bis 1806, 36.

[5] Tracevskij, I, 413.

[6] Mémoires du prince Adam Czartoryski, I, 295.

Verhältnis anzusehen sei, das den gemütsweichen, liebebedürftigen Zaren „in Preußen nicht mehr einen Staat in politischem Sinn erblicken ließ, sondern eine Person, die ihm teuer war und ihm besondere Verpflichtungen auferlegte.“ [1]) Die Auffassung des Polen wird von einem anderen Augenzeugen der Memeler Feste, dem Bruder des Geheimsekretärs Lombard, geteilt,[2]) ja, scheinbar dient der Königin eigenes Geständnis als Bestätigung. „Ich sah zwar keine Alpen,“ schrieb sie nach der Rückkehr von Memel an ihren Bruder, den Erbprinzen von Mecklenburg, der ihr seinen Aufenthalt in der Schweiz geschildert hatte, „aber ich sah Menschen, oder vielmehr einen Mensch, im ganzen Sinne des Worts, der durch einen Alpenbewohner ist erzogen worden und dessen Bekanntschaft mehr werth ist als alle Alpen der Welt. Denn diese wirken nicht, aber jener wirkt, verbreitet Glück und Segen mit jedem Entschluß, mit jedem Blick macht er Glückliche und Zufriedene durch seine Huld und himmlische Güte. Daß ich von dem Kaiser, von dem einzigen Alexander spreche, hast Du doch wohl beim ersten Wort verstanden. Lieber Georg, ach wie viel, wie viel ist mir diese Bekanntschaft werth. Nicht ein Wort, welches zu seinem Lobe spricht, kann je in Schmeichelei ausarten, denn er verdient Alles, was man nur Gutes sagen kann. . . .“ [3]) So schwärmerischer Ueberschwang ist aber kaum als Ausdruck einer überquellenden Herzensneigung zu deuten; er entsprach im allgemeinen der gefühlsseligen Zeitstimmung und im besonderen der Befriedigung, ein gleichstrebendes, nach echter Menschenwürde ringendes Gemüt gefunden zu haben, eine von allem Höchsten und Größten gehobene, reine und wahre Seelenschönheit. Man denke an die Lianen und Idoinen Jean Pauls! Warum an Künste der Gefallsucht denken, wenn der natürliche Liebreiz das Wohlgefallen ausreichend erklärt? Sie faßte ein andermal ihr Urteil über den Zaren in die Worte zusammen: „Er ist nichts weniger als schwach, und er hat einen Fonds von Güte und Redlichkeit, die mir keinen anderen Vergleich zulassen, als die Denkart des Königs.“ Die schlichte, biedere Soldatennatur Friedrich Wilhelms hatte für den Zaren etwas Anziehendes. Während Bonaparte bei späteren Zusammenkünften den Zaren grausam seine Ueberlegenheit fühlen ließ, ordnete sich ihm Friedrich Wilhelm im Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit bewundernd unter; auch dies trug dazu bei, dem Zaren, in dessen Natur mit den edelsten Herrschertugenden schwächliche Eitelkeit vereint war, jene aufrichtige Zuneigung einzuflößen, die ihn allen politischen Störungen zum Trotz in Friedrich Wilhelm seinen treuesten Freund und Waffenbruder erblicken ließ. Mit der ersten Umarmung der Monarchen in Memel war der Grund gelegt zur Heiligen Allianz.[4]) „Der in Memel zwischen Alexander und dem preußischen Königshause begründete Freundschaftsbund hat mehr als alles übrige die europäische Politik in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts und darüber hinaus bestimmt.“ [5]) Der Vorteil lag

[1]) L. Czartoryski, Alexandre I. et le prince Czartoryski, 31.

[2]) Bailleu, Preußen und Frankreich, II, 103.

[3]) Aufzeichnungen der Königin Luise über die Zusammenkunft in Memel; Bailleu, Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise mit Kaiser Alexander I., in den Publikationen aus den k. preuß. Staatsarchiven, 75. Bd., 537.

[4]) Sorel, VI, 234.

[5]) Schiemann, Kaiser Alexander I., 62.

im allgemeinen unzweifelhaft auf russischer Seite, denn Friedrich Wilhelm faßte in seiner schwerfälligen Gewissenhaftigkeit die Freundschaftspflicht viel ernster auf, als der bewegliche, für alle neuen Eindrücke empfängliche Zar. Die Freundschaft Rußlands gehörte fortan für Friedrich Wilhelm ebenso zum eisernen Bestand seines Systems, wie seine Friedensliebe, die im wesentlichen als ein Prinzip sich selbst beschränkender Zurückhaltung zu erklären ist.[1])

Für die Zusammenkunft war absichtlich eine Kleinstadt gewählt worden, um das Zeremoniell möglichst beschränken zu können. Es war denn auch bald aller Zwang abgestreift. „Man vergnügte sich wie die Kinder und sprang herum wie die Böckchen". Gäste und Wirte waren befriedigt und beglückt, doch die Hoffnung, die der König auf die Zusammenkunft gesetzt hatte, war fehlgeschlagen: es war nicht gelungen, den Zaren für ein Bündnis mit dem ersten Konsul zu gewinnen.[2])

Aeußerlich trat der politische Gegensatz nicht zu Tage, denn Rußland und Frankreich schienen ja innig vereint zu sein. Die durch Reichstagsbeschluß vom 2. Oktober 1801 mit Erledigung des Entschädigungsgeschäfts beauftragte Reichsdeputation war längst zusammengetreten, hatte aber ihr Tagewerk immer noch nicht aufgenommen. Die Nachwelt wird es einmal nicht begreifen können, schrieb der württembergische Gesandte v. Seckendorff an seinen Herzog, daß sogar die Vertreter der mächtigsten deutschen Stände jedem Tag, an dem sie einen Bericht erstatten sollen, mit Verlegenheit entgegensehen, weil sie nichts zu referieren haben, „zu einer Zeit, da die wichtigste Angelegenheit, die jemals Teutschland anging, in Bewegung ist, ... da die bisherige wohlthätige Staatsverfassung, an welcher so lange geformt und gekünstelt wurde, nun auf einmal und zwar nach einem schmerzenden fremden voto und placeto umzuschaffen, nach dessen Vollendung die bisherigen Erdbeschreibungen Teutschlands in den Büchersammlungen Cluberi Germania antiqua zu suchen seyn werden und ein neues Staatsrecht zu erlernen ist."[3]) Was gebe es andres zu berichten, als daß „täglich Zeit und Papier mit Druckschriften über das Entschädigungs- und Säkularisationswesen verdorben werden?" „Beydes ist augenscheinlich übel angewendet, weil für gewiß anzunehmen ist, daß keine Beweise, keine Vorstellungen, keine Vorschläge die mindeste Abänderung in den gemachten Planen mehr wirken werden."[4]).

Soeben hatten die Gesandten beschlossen, die herkömmlichen Sommerferien eintreten zu lassen, als der Vertreter Frankreichs beim Reichstag, Bacher, ankündigte, er werde demnächst eine sehr wichtige, auf die Erfüllung des Friedensvertrags von Luneville sich beziehende Eröffnung zu machen haben, und seine Regierung erwarte, daß die Gesandten nicht vorher von Regensburg weggehen würden.[5]) Gleichzeitig wurden Bürger Laforest, bisher französischer Gesandter in München, und Baron Bühler, ebenfalls in München als Vertreter Rußlands beglaubigt, zu außerordentlichen Gesandten ihrer Staaten bei der Reichs-

[1]) Ulmann, 43.
[2]) Krieger, 354.
[3]) Württ. Hof- und Staatsarchiv. Bericht v. Seckendorffs vom 28. Januar 1802.
[4]) Ebenda. Bericht v. Seckendorffs vom 5. Februar 1802.
[5]) Preuß. Staatsarchiv, Acta comitialia, Bericht Kaufmanns vom 3. Juli 1802.

versammlung ernannt. Am 18. August legten sie den Vertrag vom 3. Juni vor, der den Mitgliedern der Reichsdeputation Kenntnis gab, wie die Gebieter Frankreichs und Rußlands die Neugestaltung Deutschlands zu regeln beschlossen hatten. Das Begleitschreiben enthielt die lakonische Bemerkung, es sei der Wille Seiner Majestät des Kaisers von Rußland und des ersten Konsuls der Republik Frankreich, daß nichts an den von ihnen getroffenen Verfügungen geändert und alles, was die Entschädigungen betreffe, binnen zwei Monaten erledigt werde. Nun habe die Regensburger Versammlung, klagte der württembergische Gesandte, freilich aufgehört, ein langweiliges tête-à-tête zu sein, aber eine praktische Bedeutung sei der deutschen Arbeit auch jetzt nicht beschieden. „Wie konnte nur alles dieses aus der französischen Revolution entstehen? wie konnte es zu dem Schimpf kommen, daß Frankreich eine neue Staatsverfaßung in Deutschland bildet?"

Der Uebermut der Fremden, wie nicht minder das Verlangen, die gegenwärtige Zerrüttung des Reiches zu vorteilhafter Abrundung der Erblande zu benützen, ließen in Wien vorübergehend die Kriegspartei das Uebergewicht gewinnen. Die Gelegenheit, das Schwert in die Wagschale zu werfen, bot sich von selbst dar. Das Hochstift Passau, das ursprünglich dem Großherzog von Toskana zugedacht gewesen war, sollte nach dem bairisch-französischen Vertrag vom 24. Mai 1802 an Baiern fallen. Als nun bairische Truppen an der Grenze zusammengezogen wurden, suchte Fürstbischof Leopold Leonhard aus dem böhmischen Geschlechte Thun um den Schutz des Kaisers nach. Zunächst wurde Baron Hügel angewiesen, den Münchner Hof ernstlich zu ermahnen, von solchen mit dem Ansehen des k. k. Hofes und des römischen Reiches unvereinbarlichen Unternehmungen abzusehen. Gleichzeitig rückten österreichische Truppen bis an den Mariahilfberg bei Passau vor, während die Baiern vor dem Westthor standen. Bei einer vom Fürstbischof vermittelten Zusammenkunft der Befehlshaber beider Truppenteile im Lustschloß Freudenhain wurde ein Abkommen getroffen, daß Stadt und Land Passau bis zu endgültigem Beschluß der Reichsversammlung unbesetzt bleiben sollten. Dessenungeachtet drang das österreichische Regiment Sporck in der Nacht des 16. August in die Stadt ein, worauf die Baiern ihre Geschütze gegen die Mauern richteten. Jeden Augenblick konnte es zu feindlichem Zusammenstoß kommen.[1]) In Regensburg erhoben Baiern und Preußen Protest gegen den Friedensbruch; der Ueberfall auf Passau, so wurde erklärt, lasse sich mit den von preußischer und bairischer Seite getroffenen „Vorsichtsmaßregeln" nicht vergleichen. Auch die Vertreter Rußlands und Frankreichs in Regensburg legten Verwahrung ein; die Besetzung Passaus, so war in ihrer dem kaiserlichen Plenipotentiarius übergebenen Note gesagt, werde wohl nur auf ein Mißverständnis von militärischen Befehlen zurückzuführen sein. Baron Hügel erwiderte, er wisse von der ganzen Angelegenheit zur Zeit noch gar nichts, müsse sich also darauf beschränken, die Note seiner Regierung vorzulegen. Dem pfalzbairischen Gesandten sprach Hügel sein Bedauern aus; der Ueberrumpelung des neutralen Platzes liege wohl wirklich nur ein Irrtum zu Grunde. „Indessen

[1]) Erhard, Geschichte der Stadt Passau, I, 291.

sind die Urteile hierüber," fügt der württembergische Gesandte seinem Berichte bei, „so sehr verschieden, daß ich mich meines geringen Dafürhaltens billig enthalten muß, deren zu erwähnen, da die ganze Begebenheit solcher Art ist, daß es schwer fällt, ohne die Umstände und Triebfedern genau zu kennen, darüber zu urteilen." [1])

Während es jeden Augenblick zu ernstem Kampf an Donau oder Inn kommen konnte, wurden die Sitzungen der Reichsdeputation eröffnet. Den Vorsitz führte der kurmainzische Kanzler Franz Joseph Freiherr v. Albini. Der Kaiser als Kurfürst von Böhmen hatte als Bevollmächtigten den Reichshofrat Franz Albrecht v. Schraut aufgestellt, Kursachsen den Reichstagsgesandten Hans v. Globig, Preußen-Brandenburg den Reichstagsgesandten Johann Eustachius Grafen v. Schlitz, genannt Goertz, dem als zweiter Gesandter Sigmund Hänlein, Direktorialgesandter beim fränkischen Kreise, beigegeben war; Baiern war vertreten durch den Reichstagsgesandten Aloys Freiherrn v. Rechberg, der Hoch- und Deutschmeister durch den Reichstagsgesandten Karl Philipp Freiherrn v. Nordegg zu Rabenau, Württemberg durch den Gesandten am Wiener Hofe, Albrecht Freiherrn v. Bühler, den Bruder des russischen Gesandten, später durch den Gesandten in Paris Philipp Freiherrn v. Normann und daneben durch den Reichstagsgesandten Christof Freiherrn v. Seckendorff, Hessen-Kassel endlich durch den Reichstagsgesandten Philipp v. Günderode, später durch Kriegsrat Georg v. Starkloff. [2])

In der ersten Sitzung am 24. August ergriff zunächst der Vertreter Kurböhmens das Wort, um den Kollegen die beruhigende Versicherung zu geben, daß der erste Konsul keineswegs, wie die Note Laforests befürchten lasse, seinen Willen den deutschen Fürsten aufdrängen wolle. Talleyrand habe dem kaiserlichen Gesandten wörtlich erklärt: „Sie dürfen versichert sein, daß mit Rußland nichts anderes vereinbart ist, als daß wir Ihnen Vorschläge unterbreiten wollen. Man kann es nicht einmal einen Plan nennen; es ist nur ein Entwurf, den wir zu freier Beratung der Reichsvertretung vorlegen, als das allein geeignete Mittel, um jedermann zufrieden zu stellen, so gut sich dies durchführen läßt." An diese Mitteilung knüpfte sich eine kaiserliche Ermahnung, die zum erhabenen Friedensgeschäft Berufenen möchten nur die Gerechtigkeit, nicht die Rücksicht auf ein angebliches Gleichgewicht im Auge behalten und in Erhaltung der Reichsverfassung, „des Resultats gereifter Erfahrungen vieler Jahrhunderte", ihre erste Pflicht erblicken.

Der allgemeinen Sitzung folgte eine Sonderberatung der Vertreter Frankreichs, Rußlands, Preußens und Baierns. Der Beigeordnete der französischen Gesandtschaft, Mathieu, vertrat mit Wärme das preußische Interesse: freilich werde der Verlust Preußens durch die neuen Erwerbungen mehr als aufgewogen, doch es sei eben zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts erforderlich, daß Preußen gegen die Uebermacht Oesterreichs eine Verstärkung durch wohlbevölkerte Gebiete erhalte. Baron Bühler verspottete die übertriebenen Angaben über

[1]) Württ. Hof- u. Staatsarchiv. Bericht v. Seckendorffs vom 21. August 1802.
[2]) Hoff, Das teutsche Reich, II, 50.

Preußens Verluste, erklärte aber schließlich, daß Rußland den Pariser Vergleich nicht anfechten wolle. Zur Entschädigung des Großherzogs von Toskana seien Salzburg, Berchtesgaden und ein Teil von Passau ausreichend; allenfalls könnten noch Brixen und Trient hinzugefügt werden. Als geeignetster Ersatz für das Mainzische Gebiet sei das Hochstift Regensburg anzusehen, vielleicht noch mit Zugabe eines Bezirks um Aschaffenburg. Gegen Auslieferung der Stadt Regensburg erhob Laforest Bedenken. Frankreich könne sich überhaupt nur schweren Herzens dazu entschließen, die kleinen deutschen Republiken aufzuopfern; jedenfalls müsse es schon aus kommerziellen Gründen auf Erhaltung der wichtigeren und lebensfähigeren Reichsstädte Hamburg, Bremen und Lübeck, Frankfurt und Nürnberg bestehen. Freilich könne man die paar Städte nicht mehr als besonderes Reichskollegium gelten lassen; es empfehle sich, ihnen nur eine Virilstimme im Fürstenrat einzuräumen. Damit war Preußen sehr einverstanden; die Beschränkung liege im eigenen Interesse der Städte, die als selbständiges Kollegium doch keinen eigenen Willen hätten, sondern vom kaiserlichen Hofe abhängig wären und doch über kurz oder lang mediatisiert werden müßten.

In der zweiten Sitzung der Reichsdeputation am 31. August trat schon zu Tage, daß die Klienten Frankreichs und Rußlands das Uebergewicht besaßen. Graf Goertz stellte den Antrag, daß die Annahme des gesamten Entschädigungswerkes nicht erst von speziellen Bedingungen und Berichtigungen abhängig gemacht werden sollte. Trotz des Widerstands des kurböhmischen Vertreters pflichtete die Mehrheit bei: nur für den Fall, daß berechtigter Einspruch gegen einzelne Bestimmungen erhoben würde, sollten Aenderungen zulässig sein. Der Gesandte des Deutschmeisters wollte, wie der böhmische, den Entschädigungsplan nur als ein zu Rate zu ziehendes Memorandum gelten lassen; er schlug vor, den Entwurf im allgemeinen anzunehmen, sodann aber jeden einzelnen Punkt in Erwägung zu ziehen und über Für und Wider mit den Vermittlern in Beratung zu treten. Kursachsen behielt sich sein Votum vor, dagegen traten Baiern, Württemberg, Hessen-Kassel dem brandenburgischen Antrag unverzüglich und unbedingt bei. Der Vertreter von Kurmainz gab eine ausweichende Erklärung ab; er widersetzte sich zwar nicht dem Entschädigungsplane, hielt jedoch, weil die vermittelnden Mächte begreiflicherweise nur ungenügende Kenntnis von den deutschen Verhältnissen gehabt hätten, eine nochmalige gründliche Untersuchung für geboten. In den nächsten Sitzungen rückte aber Kurmainz der Mehrheit beträchtlich näher. Als sich diese bereit erklärte, in Betreff der Uebernahme der Schulden und des Unterhalts der Geistlichen in den säkularisierten Gebieten auf die kurmainzischen Wünsche einzugehen, stellte der Vertreter des Kurerzkanzlers mit der Begründung, daß eine genaue Untersuchung der einzelnen Verluste und der dafür zu gewährenden Entschädigungen binnen zwei Monaten doch nicht durchzuführen wäre, einen Antrag, der im wesentlichen auf das nämliche hinauslief, was die Mehrheit wünschte. Auch Kursachsen erklärte, es wolle in dem Entschädigungslabyrinth den französisch-russischen Plan als „Leitfaden" benützen, schloß sich also auf verschämte Weise dem Votum der Mehrheit an, so daß nur gegen die Stimmen von Kurböhmen und Deutschmeister zum Beschluß der Deputation erhoben wurde: Der Entschädigungsplan soll im allgemeinen angenommen und nur für Aenderungen,

die auf Grund berechtigter Reklamationen in Uebereinstimmung mit den Vertretern der vermittelnden Mächte vorzunehmen sind, Raum gelassen werden.

Welche Reklamationen sind aber als berechtigte anzusehen? Die Beantwortung dieser Frage führte nicht bloß zu umfangreichen Beratungen im Regensburger Rathaus; es wiederholte sich auch der unwürdige Wettlauf um französische und russische Protektion bei dem bevorstehenden Länder- und Menschenhandel.

Außer den Gesandten der beteiligten Höfe hatten sich auch zahlreiche deutsche Fürsten und Standesherren in Regensburg eingefunden, um ihre Angelegenheiten, d. h. das Konto des betreffenden Hauses bei der Liquidation des Reiches persönlich zu vertreten. Kurfürst Karl Theodor v. Dalberg, Reichserzkanzler, Metropolitan-Erzbischof und Primas von Deutschland, Bischof von Konstanz und Worms, hielt prächtigen Hof. Auch die Fürstin Therese Thurn und Taxis, eine Schwester der Königin Luise, die Gattin des Prinzipalkommissarius Fürsten Karl Anselm Thurn und Taxis, hatte täglichen Empfang. Die Bürger der Reichsstadt zogen aus dem gesteigerten Verkehr ansehnlichen Gewinn, doch weit namhaftere Summen wanderten in die Taschen der französischen Makler.[1]) Freilich, Thiers versichert, daß die erkauften Empfehlungen auf die Entschädigungen gar keinen Einfluß geübt hätten.[2]) Eine Behauptung, die wohl nur wenige glaubwürdig finden werden.

Das Wiener Kabinett schien noch immer entschlossen zu sein, gegen die Neuordnung der deutschen Verhältnisse durch fremde Mächte und gegen den Umsturz der alten Reichsverfassung Front zu machen. In der Sitzung vom 14. September wiederholte Hügel, der „zum Befremden der übrigen Assessores" als kaiserlicher Commissarius auftrat, die kurböhmische Forderung, daß den Deputationsverhandlungen nur der Luneviller Friedensvertrag als Grundlage dienen dürfe und demgemäß eine Prüfung aller Teile des Entschädigungsplanes stattzufinden habe; von vorneherein den Plan annehmen, heiße sich selbst der Möglichkeit berauben, begründete Ansprüche zu befriedigen.

Die Mehrheit der Deputation, mit Einschluß von Kurmainz, verwahrte sich gegen die Willkür, womit der Vertreter Kaiserlicher Majestät einen Beschluß der Deputation zu einem bloßen Gutachten herabdrücken wolle. Die Stimmung wurde täglich gespannter. Eine französische Note, die in der Sitzung vom 14. September zur Verlesung kam, enthielt schwere Angriffe gegen die kaiserliche Politik; sie klang wie eine Kriegsfanfare. Der Wiener Hof wurde unlauterer Absichten gegen die Erbfürsten, namentlich gegen seine Nachbarn bezichtigt; er wolle sich alles Land bis an den Lech aneignen und Baiern aus der Zahl der deutschen Mächte austilgen; die Besetzung Passaus habe verraten, wie das Reichsoberhaupt den Schutz der Verfassung auffasse; Frankreich werde aber nicht zugeben, daß der Kurfürst von Baiern auch nur ein Stück seines alten Besitzes oder der ihm angewiesenen neuen Erwerbungen einbüße.[3])

---

[1]) (Ompteda) Irrfahrten und Abenteuer eines mittelstaatlichen Diplomaten, 71. — — Hirschfeld, Ein Staatsmann der alten Schule (Leopold von Plessen); von einem deutschen Fürstenhofe, II, 41.

[2]) Thiers, I, 12.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Goertz' vom 14. September 1802.

Bonaparte forderte auch von Preußen geradezu als Beweis freundschaftlicher Gesinnung, daß es auf einen Vertrag eingehe, der dem Kurfürsten von Baiern den ungeschmälerten Besitz seines Landes und die Erwerbung von Passau verbürge. In einem Schreiben an Friedrich Wilhelm erinnerte der Konsul an die Vorgänge von 1778; damals sei dem verwegenen Versuch Kaiser Josephs, Baiern bis zum Lech zurückzudrängen, der Preußenkönig entgegengetreten; der Nachfolger des großen Mannes habe die Pflicht, das Rettungswerk zu vollenden.[1]) Am 5. September wurde denn auch ein Uebereinkommen in diesem Sinne von Talleyrand, Lucchesini und Cetto unterzeichnet.[2]).

Nicht minder entschieden vertrat Rußland das Interesse Baierns, „ebenso um der verwandtschaftlichen Bande, wie der Berechnungen einer klugen Politik willen". Das preußische Kabinett schärfte dem Grafen Goertz noch besonders ein, er möge in seinem Auftreten gegen Oesterreich deutlicher hervortreten lassen, daß er nicht bloß im Namen eines Kurfürsten und Reichsstandes, sondern eines Königs und Souveräns zu handeln habe.[3])

Um die vermittelnden Mächte und die öffentliche Meinung in Deutschland zu beschwichtigen, erließ der Wiener Hof eine Erklärung, die jede feindliche Absicht gegen Baiern in Abrede stellte; nur Tauschverhandlungen im Einverständnis mit dem Kurfürsten seien beabsichtigt gewesen. Zugleich wurden die kaiserlichen Truppen aus dem Passauischen zurückgezogen. Es war also gekommen, wie Erzherzog Karl im Hinblick auf die finanzielle und militärische Schwäche des Staates vorausgesagt hatte: es war vor ganz Europa aufgedeckt, daß Oesterreich dem Willen der Mehrheit der Reichsdeputation und ihrer Gönner nicht zu widerstreben vermöge.[4])

Doch auch die Reichsdeputation kam nicht vorwärts, da in der Hauptfrage der kaiserliche Hof an seinem Nein festhielt und in Einzelheiten auch Kursachsen üble Laune an den Tag legte. Ueber das Schuldenwesen in den säkularisierten Gebieten, Ausstattung und Einziehung von Fürstentümern und Grafschaften, Reichsstädten und ritterschaftlichen Gütern, Auflösung oder Verleihung von Zoll- und Mautgebühren, Erhaltung gemeinnütziger Anstalten und Stiftungen wurden im Schoße der Reichsdeputation, wie auch außerhalb des Rathauses umfassende Beratungen gepflogen, Erhebungen angeordnet, Beschlüsse gefaßt und wieder aufgehoben. Fast von sämtlichen Reichsstandschaften liefen Forderungen und Beschwerden ein, deren gewissenhafte Prüfung Jahre erfordert hätte. Heftige Klagen wurden erhoben von denjenigen Ständen, deren Gebiete schon vor dem Spruch des legitimen Schiedsgerichts besetzt wurden. Am 4. September rief der eichstädtische Gesandte v. Lynkes wegen Besetzung des Hochstifts Eichstädt durch bairische Truppen direkt die Hülfe des Reiches an, „worauf jedoch," — so berichtet Seckendorff — „da ohnehin fast gar keine Gesandten zugegen waren, nichts erwidert worden".

---

[1]) Santelmann, Die Beziehungen zwischen Preußen und Baiern von 1799 bis 1805, 76.

[2]) Bailleu, II, 109.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Goertz v. 24. September 1802.

[4]) Wertheimer, I, 157.

Da und dort wurde versucht, Widerstand zu leisten. In Volkmarsen an der Twiste mußten die hessen-darmstädtischen Truppen wieder abziehen, als eine stärkere hessen-kasselsche Abteilung gegen sie aufmarschierte. Natürlich kam aus Darmstadt wie aus Kassel ein Hilferuf an die Regensburger Versammlung. Preußen ließ, um seinen Gewinn in Sicherheit zu bringen, schon gegen Ende Juli Truppen in Münster, Hildesheim und Paderborn einrücken. In Aufrufen wurde erklärt, daß fortan nach den im Gefolge des Friedens von Luneville getroffenen Einrichtungen Friedrich Wilhelm III. als rechtmäßiger Landesherr zu gelten habe. Nur Erfurt blieb einige Zeit noch unbesetzt.

In Erfurt hatten im Mittelalter die Wettiner als Landgrafen von Thüringen die Geleitsgerechtigkeit inne gehabt. Auf Grund der alten Rechte hatte Kursachsen im achtzehnten Jahrhundert sowohl auf dem Reichstage als in direkten Verhandlungen bald mit Frankreich, bald mit dem kaiserlichen Hofe auf den ringsum von sächsischem Gebiet eingeschlossenen kurmainzischen Platz Anspruch geltend gemacht. Als Preußen 1801 die Stadt Erfurt, die als Festung auch strategische Bedeutung hatte, auf seine Entschädigungsliste setzte, erhob die sächsische Regierung zwar Einspruch, konnte sich aber zu thatkräftigem Einschreiten nicht entschließen. So wurde denn auch Erfurt, nachdem im August 1802 die eingelegten kaiserlichen Truppen abgezogen waren, von den Preußen besetzt.

Inzwischen war die Frist, welche die vermittelnden Mächte für Durchführung der Gebietsverteilung festgesetzt hatten, nahezu verstrichen, und immer noch war der Hauptpunkt unerledigt, noch immer weigerte sich Oesterreich, der Annahme des Entschädigungsplanes zuzustimmen. Es mehrten sich jedoch die Anzeichen, daß der Widerstand nicht mehr lange dauern werde. Um das Zustandekommen eines Gesamtbeschlusses zu erleichtern, legten Laforest und Bühler am 8. Oktober einen wesentlich abgeänderten Entschädigungsplan vor.[1]) Dabei wurde jedoch eingeschärft, die zweimonatliche Frist müsse streng eingehalten, mithin bis zum 24. Oktober alles bereinigt werden. Der Gesichtspunkt, von welchem beim Luneviller Friedensschluß ausgegangen worden war, daß nur denjenigen Erbfürsten, welche auf dem linken Rheinufer Verluste erlitten hatten, ein Ersatz gewährt werden sollte, war jetzt völlig aufgegeben; an seine Stelle war der Grundsatz getreten: das gestörte Gleichgewicht muß wieder aufgerichtet werden. Die Forderung Oesterreichs, daß nicht bloß dem mit Salzburg ausgestatteten Großherzog von Toskana, sondern auch dem Deutschmeister Erzherzog Karl die Kurwürde verliehen, das bairische Gebiet wenigstens bis zum Inn mit Oesterreich vereinigt und dafür Augsburg mit anderen schwäbischen Territorien an Baiern übergeben werden sollten, wurde abgelehnt. Dem lothringisch-habsburgischen Hause sollte, so war es im Rate Bonapartes und Talleyrands beschlossen, die alte Machtstellung im römischen Reiche ein für allemal entzogen werden; dagegen sollten, was Talleyrand offen sein Programm nannte, Preußen und Baiern die Widerlagen des Gleichgewichts in Deutschland bilden.[2]) Daneben sollten noch

[1]) Gaspari, Der Deputationsreceß (1803), 2.
[2]) Ebenda, 81.

die neuen Kurfürstentümer in Mittel- und Süddeutschland, Württemberg, Baden und Hessen, durch reichen Zuwachs aus säkularisiertem und mediatisiertem Gebiet zu wirklichen Mittelstaaten erhoben werden. Zar Alexander wollte auch den Herzogen von Mecklenburg zur Kurwürde verhelfen, drang jedoch mit seinem Wunsche nicht durch, standen doch ohnehin den sechs evangelischen Kurfürsten nur noch vier katholische gegenüber. Auch im Fürstenkollegium erlangte das Augsburgische Bekenntnis die Oberhand, da an Stelle zahlreicher Prälaten und Aebte meist protestantische Fürsten traten. Um das Mißverhältnis einigermaßen auszugleichen, wurden den österreichischen Provinzen für Steiermark, Krain und Kärnten neue Stimmen verliehen. Trotzdem gab es, während das Fürstenkollegium früher 54 katholische und 43 protestantische Stimmen gezählt hatte, nur noch 31 katholische gegen 62 protestantische.

Während die Kirchenfürsten aus politischen und religiösen Gründen wenigstens an Oesterreich einen freilich nicht ganz aufrichtigen und uneigennützigen Patron gehabt hatten, war für die Reichsstädte gar kein Fürsprech eingetreten. Das Schicksal dieser alten Heimstätten deutscher Gesinnung und Kultur war besiegelt. Schon durch den Frieden von Luneville waren vier wichtige Reichsstädte französische Landstädte geworden, Aachen, die Krönungsstadt Ottos I., Köln mit dem schönsten Münster der Welt, Speyer mit der ehrwürdigen Kaisergruft, die Lutherstadt Worms.[1]) Nach dem zweiten Entschädigungsentwurf behielten von den noch übrigen 51 Reichsstädten nur sechs ihre Unabhängigkeit, diejenigen, deren Mittel es erlaubt hatten, das Wohlwollen der Herren Mathieu und Genossen zu erkaufen: Hamburg, Bremen, Lübeck, Augsburg, Nürnberg und Frankfurt. Die Hansastädte hatten einen rührigen Anwalt an Karl Friedrich Reinhard, einem schwäbischen Pfarrerssohn, der als gesinnungstreuer Revolutionär in französische Dienste getreten und in den Jahren 1802 bis 1805 als französischer Gesandter bei dem niedersächsischen Kreis beglaubigt war. Er verteidigte bei jeder Gelegenheit die Interessen der Hansastädte, soweit sie mit den Forderungen der französischen Politik vereinbar waren.[2])

Regensburg und Wetzlar, die anfänglich Aussicht gehabt hatten, ihre Unmittelbarkeit zu retten, waren im revidierten Entschädigungsplan dem Erzkanzler zugeteilt. Nur ein Vorteil wurde den mediatisierten Städten auf Verwendung Oesterreichs eingeräumt; sie mußten von den neuen Landesherren den meistbegünstigten Munizipalstädten gleichgestellt werden und behielten ihre grundherrlichen Rechte. Preußen hätte lieber gesehen, daß den Regierungen kein Zwang in Ausübung ihrer Landeshoheit auferlegt worden wäre, doch fand der Antrag Oesterreichs die Zustimmung der Mehrheit.[3])

Von den vermittelnden Mächten war ursprünglich beabsichtigt gewesen, das Städtekollegium aufzugeben und mit dem fürstlichen zu vereinigen. Auch Preußen wünschte diese Verfassungsänderung, da die wenigen Städte doch nur vom kaiser-

---

[1]) Oertel, Die Staatsgrundgesetze des deutschen Reiches, 602, Note 23 ff.

[2]) Wohlwill, K. F. Reinhard in Travemünde; Mitteilungen des Vereins für Lübeckische Geschichte, 6. Heft, 142.

[3]) G. V. Schmid, Die mediatisierten freien Reichsstädte Teutschlands, XV.

lichen Hofe abhängig wären. Schließlich war jedoch die Beibehaltung des Städte-Kollegiums beschlossen worden.[1])

Die Umwandlung in Landstädte wurde keineswegs überall als Nachteil empfunden. Die meisten Reichsstädte hatten sich seit langem in trauriger, unhaltbarer Lage befunden. Das Festhalten an veralteten Formen des städtischen Regiments, die engherzige Abschließung der ratsbürgerlichen Familien, der Nepotismus, die sogenannte Kettenfreundschaft, hatten jede freiere Bewegung, die Selbstentwicklung des Bürgertums gehemmt. Um Finanzen und Rechtspflege war es kläglich bestellt. Die Satire Jean Pauls von „des hl. römischen Reichs freiem Marktflecken Kuhschnappel" war nicht unberechtigt. So erklärt sich, daß vielen Bürgern der kleinen Republiken die Einordnung in kräftigere Staaten nicht als Zerstörung eines politischen Lebens erschien, sondern als die Möglichkeit, ein solches in Wahrheit erst zu gewinnen. War doch während des Krieges der nordischen Mächte gegen England 1801 sogar in Hamburg die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die wehrlose Stadt besser thäte, den König von Dänemark als Schutzherrn anzuerkennen![2])

Die über dreihundert Familien zählende Reichsritterschaft behielt zwar scheinbar ihre alte Stellung bei; die Verwendung des Reichsoberhaupts hatte dieses Zaunkönigtum gerettet. Der Fortbestand konnte aber unter den gegebenen Verhältnissen nicht von langer Dauer sein. Gerade der reichsunmittelbare Adel war durch Verluste auf dem linken Rheinufer am schwersten betroffen worden; seine Reklamationen wurden aber in Regensburg einfach zu den Akten genommen mit dem Bemerken, „so sehr auch die Reichsritterschaft zu bedauern sei, die Deputation finde sich gleichwohl nicht im Stande, ihr eine Entschädigung zu verschaffen". Ja, auch die Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit der Ritter in Franken und Schwaben war schon bedroht. Die Regierungen Baierns und Württembergs ließen jetzt schon erkennen, daß sie, unbeirrt durch alle „Declaratoria" und „Beurkundeten Nachrichten", die Unabhängigkeit der schwächlichen Enklaven nicht dauernd respektieren würden.[3]) „Welch ungerechte Schiedsrichter verteilen heute das Land!" spottete Lord Hawkesbury im englischen Parlament, „den Schwachen wird alles genommen, um die Starken noch mehr zu bereichern!"[4])

Ein Versuch der römischen Kurie, die Säkularisierung in Deutschland wenigstens einzudämmen, kam über das Stadium von Unterhandlungen nicht hinaus. Papst Pius VII. überraschte den preußischen Gesandten v. Humboldt durch den sonderbaren Vorschlag, zur Lösung der mit der Säkularisation zusammenhängenden Fragen ein Zusammenwirken der deutschen protestantischen Fürsten unter preußischer Führung einzuleiten. Das Auswärtige Amt in Berlin erklärte sich damit einverstanden, hielt aber eine Vertagung für geboten. Namentlich

[1]) Nach Thiers (IV, 109) wäre der Vorschlag von Preußen ausgegangen, am Widerstand Bonapartes gescheitert. Nach Goertz' Bericht vom 4. September und dem Kabinettserlaß vom 19. September 1802 wickelte sich aber die Verhandlung ab, wie es oben dargestellt ist.

[2]) Hamburg um die Jahrhundertwende 1800, 106.

[3]) Stetten-Buchenbach, Vom Ende der Reichsritterschaft; Preuß. Jahrbücher, 113. Bd., 481.

[4]) Gaspari, 322.

über die radikale Kirchenpolitik des Kurfürsten von Baiern war der Papst erbittert; er wagte jedoch nicht gegen ihn einzuschreiten, weil der erste Konsul Baiern beschützte. Unter so bedrohlichen Umständen, sagte der Papst zu Humboldt, müsse man sich ernstlich überlegen, ob es sich nicht empfehlen möchte, den Jesuitenorden zur Rettung der Kirche wieder ins Leben zu rufen.[1]) —

Der neue Entschädigungsentwurf wurde von Brandenburg, Baiern, Württemberg, Hessen-Kassel und Mainz mit submissem Dank für die uneigennützigen Dienste der vermittelnden Mächte sofort angenommen. Kurbraunschweig gab seine Zustimmung mit dem Vorbehalt, daß ihm das Hochstift Osnabrück überwiesen werde, wofür es den Anspruch auf die Bistümer Hildesheim und Corvey und verschiedene Successionsrechte aufgeben wolle. Kursachsen erklärte, an der Abstimmung zur Zeit noch nicht teilnehmen zu können. „Kurböhmen und Hoch- und Deutschmeister beobachteten ein tiefes Stillschweigen.“ [2])

Alsbald wurden aber im Regensburger Sitzungssaale neue Forderungen, Einwendungen und Beschwerden laut. Während dem verarmten Nürnberg der größte Teil seines Gebiets abgenommen worden war, hatten die Hansastädte und Frankfurt aus der Ueberweisung von Mediatstiftern mit ihren Einkünften reichen Gewinn gezogen.[3]) Nun wurde gegen diese Begünstigung von Preußen, Hannover und Holstein Einspruch erhoben, während die Hanseaten noch erhöhte Ansprüche geltend machten; sie wollten Neutralität für ihre Städte und Häfen in allen Kriegen und Behandlung ihres Seehandels nach dem Grundsatz „Frei Schiff, frei Gut“ erlangen. Schon im zweiten Koalitionskriege war diese Forderung laut geworden; damals hatte Schlözer in der ihm eigentümlichen Kraftsprache an den Hamburger Büsch geschrieben: „Pfui, der kaufmännische Schmu! Kein Funke von Moralität, die doch Ihr Amsinck[4]) den Königen mächtig einschärft! . . . Ist Hamburg deutsch, so muß es an Deutschlands Schicksalen theilnehmen!“ [5]) Auch die erneute Forderung wurde anfänglich zurückgewiesen; nur wenn die reichen Kommunen sich zu einer jährlichen Abgabe von je 50 000 Gulden zur Bestreitung der kurmainzischen Entschädigung verstehen würden, — so beantragten Preußen und Baiern —, sollte ihren Wünschen Rechnung getragen werden. Mit Hülfe ihrer auswärtigen Gönner wußten jedoch die Städte die lästige Auflage, weil sie den leitenden Grundsätzen der vermittelnden Mächte zuwiderlaufe, von sich abzuwenden.[6]) Das Zugeständnis unbedingter Neutralität in allen Reichskriegen wurde von den Hanseaten mit Frohlocken begrüßt; sie glaubten, daß damit die Unverletzlichkeit ihrer friedlichen Handelsrepubliken ein für allemal gesichert sei, doch noch im nämlichen Jahre wurden sie durch die Besetzung des hamburgischen Amtes Ritzebüttel und in den nächsten Jahren durch eine lange Reihe weiterer

---

[1]) Granier, Preußen und die katholische Kirche, 8. Bd., 696, 730, 743, 755.

[2]) Württ. Hof- u. Staatsarchiv. Bericht v. Seckendorffs vom 11. Oktober 1802.

[3]) Kracauer, Frankfurt a. M. und die französische Republik 1802—1803; Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 3. Folge, 6. Bd., 253.

[4]) Seit 1786 Ratsherr in Hamburg, am 23. Oktober 1802 zum Bürgermeister gewählt.

[5]) A. W. v. Schlözers öffentliches und Privatleben, herausg. von Chr. v. Schlözer, I, 242.

[6]) Häusser, II, 330.

französischer Gewaltthaten belehrt, daß nur in treuem, opferwilligem Anschluß an das Gesamtvaterland eine Bürgschaft gegen demütigende Gewaltthat fremder Mächte geboten sei.[1])

Uebel angebracht war nach dem Urteil der Deputationsmehrheit eine Erklärung, welche Knut Bildt als Vertreter des Herzogs von Vorpommern, König Gustavs von Schweden, am 22. Oktober abgab. Schon im März hatte es Mißbehagen hervorgerufen, daß der Schwede einen Antrag einbrachte, „dem Retter Deutschlands", Erzherzog Karl, von Reichs wegen ein Denkmal zu errichten. Damals hatte sich der Erzherzog selbst die Ausführung des Planes verbeten. Trotzdem war Knut Bildt wiederholt darauf zurückgekommen; die von ihm vorgelegten Modellskizzen waren von Hand zu Hand gegangen, doch dabei hatte es sein Bewenden gehabt.[2]) Jetzt erklärte der Schwede, sein König denke zu großmütig, als daß er für sich selbst eine Gebietserweiterung wünschen oder erbitten möchte, dagegen halte er es für seine Pflicht, gegen die sogenannte Vermittlung Rußlands und Frankreichs, sowie gegen die Besetzung von Reichsgebieten, deren Schicksal noch gar nicht entschieden sei, ernste Verwahrung einzulegen.

Eine merkwürdige Erscheinung! Der König von Schweden allein beklagt die Einmischung der Fremden in deutsche Angelegenheiten! Die überraschende Erklärung wirkte aber nur wie ein Steinwurf in ruhiges Gewässer: es bildet sich zwar rasch ein unruhiger Wellenkreis, doch wird er immer schwächer, je weiter er sich entfernt, und bald weist das Gewässer wieder die alte ruhige Fläche auf. „So wenig man hier begreifen kann," schrieb der württembergische Gesandte, „was eigentlich unter den jetzigen Umständen die Absicht Seiner Königlichen Majestät von Schweden bey dieser Erklärung seyn möge, so wenig Eindruck hat sie auch gemacht."[3]) „So gewiß diese nicht gemäßigten und hinlänglich abgewogenen Ausdrücke keinen wesentlichen Erfolg in das Geschäft haben werden," schrieb Goertz an seinen Hof, „und so gewiß sie nur unangenehme Folgen für gedachten König von Schweden selbst von Seiten der vermittelnden und anderer hohen Mächte haben können, so halte ich doch für Pflicht, bei Eurer Königlichen Majestät Befehle zu erbitten, ob und was etwa in höchstdero Namen bey dem Reichstag zu erklären seyn möchte?" Darauf erwiderte Haugwitz, die beste Antwort sei gar keine; höchstens könne gelegentlich der Über-

[1]) Hamburg um die Jahrhundertwende 1800, 106.

[2]) Württ. Hof- und Staatsarchiv. Berichte v. Seckendorffs vom 11. März u. 9. Mai 1802. — Der Gedanke, den Erzherzog durch ein Nationaldenkmal zu ehren, war schon im Jahre 1800 aufgetaucht; als Vorbild sollte das Denkmal Peters des Großen dienen. Gegen diesen Vorschlag hatte ein ungenannter „deutscher Patriot" eingewendet, die bei der Petersburger Statue — Zar Peter sprengt einen Felsen hinan — zu Grunde gelegte Allegorie passe nicht auf glänzende Waffentaten in einem unglücklichen Kriege; da könne nur die heilige Antike ein würdiges Vorbild bieten. — Die 1802 vorgelegten Zeichnungen waren von dem Bologneser Baumeister Santini gefertigt. „Nach dem allgemeinen Urtheil", schrieb der württembergische Gesandte v. Seckendorff, „waren alle fünf Zeichnungen große Meisterstücke; es dorfte aber, wenn je von einem Denkmahl die Rede werden sollte, von keiner Gebrauch gemacht werden, da solche ungeheure Kosten verursachen würden." Wohin mögen die Risse wohl gekommen sein?

[3]) Ebenda. Bericht v. Seckendorffs vom 14. Oktober 1802.

raschung Ausdruck gegeben werden, daß Schweden mit einem Male so rührenden Anteil an der Gestaltung Deutschlands nehme, während es doch im Laufe des Krieges keinen Anteil an der Verteidigung genommen habe.[1]) Die Kundgebung Schwedens wurde denn auch einfach totgeschwiegen.

Die Frist zur Fertigstellung des Entschädigungswerkes war längst verstrichen. Laforest und Bühler bestürmten die Gesandten, zu Ende zu kommen; auch die Vertreter der Mehrheit mahnten zu möglichster Beschleunigung, was sie freilich nicht abhielt, selbst durch neue Forderungen neue Schwierigkeiten zu bereiten, und ebenso wußten die Vertreter Oesterreichs immer wieder „Hinhaltungsmanöver", wie es Albini nannte, zu erfinden. Am 12. November schrieb Hänlein nach Berlin, man sei jetzt ungefähr wieder bei dem Punkt angekommen, wo man angefangen habe. Oesterreich setze seine Bemühungen fort, um doch noch wenigstens die Inngrenze durchzusetzen; Baiern sollte dafür außer österreichischen Besitzungen in Schwaben die Reichsstadt Augsburg, Preußen für seine Zustimmung die Reichsstadt Nürnberg erhalten. „Unter diesen Umständen," fügte Hänlein hinzu, „wäre selbst Nürnberg zu theuer erkauft."[2])

Insbesondere Hardenberg hatte immer wieder darauf gedrungen, daß Preußen die Gelegenheit, seine Machtstellung in Oberdeutschland zu verstärken, nicht aus der Hand lassen dürfe. Wenn der Kurfürst von Baiern durch den Besitz der Hochstifter Bamberg, Würzburg und Eichstädt, der Reichsstädte Rothenburg, Windsheim, Weißenburg und Dinkelsbühl den Mainstrom und die große Handelsstraße durch Franken beherrschen würde, so legte Hardenberg dem Könige dar, hätten die wenig zusammenhängenden preußischen Besitzungen in Franken nur noch geringen Wert. Max Joseph selbst sei ein dankbarer Freund und Anhänger des Königs von Preußen; trotzdem sei man in Baiern nur allzu sehr gewohnt, „gegen Treue und Glauben den klarsten, älteren Vergleichen entgegen zu handeln und stets mit Gewalt zuzufahren." Um sich in Franken zu behaupten, müsse Preußen den günstigen Umstand, daß es noch die vor Jahren dem Herzog von Zweibrücken geborgten zwei Millionen Thaler zu fordern und alte Ansprüche auf einzelne Punkte im Fränkischen geltend zu machen habe, zu passender Abrundung seines Gebiets ausnützen; vor allem müsse ein Streifen Landes von Lichtenfels bis Nürnberg erworben werden, damit mit Hilfe des Mainstromes und eines Kanals „auf oder an der Regnitz" die Schiffahrt bis Nürnberg und Fürth auszudehnen wäre; auf Nürnberg, Windsheim, Schweinfurt und Rothenburg dürfe aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht verzichtet werden; um diesen Preis müsse sogar, wenn nötig, der für Baiern günstig gelegene Teil der markgräflichen Besitzungen abgetreten werden.[3])

Im August 1802 ging Hardenberg selbst nach München, um dem durch die Ansammlung österreichischer Truppen an der Grenze beunruhigten Kurfürsten

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Goertz' und Hänleins vom 25. Oktober 1802. Erlaß vom 5. November 1802.

[2]) Ebenda. Bericht Hänleins vom 12. November 1802.

[3]) Ebenda. Fränkischer Kreis. Acta, betreffend die Korrespondenz mit dem Minister v. Hardenberg. Bericht Hardenbergs an den König vom 13. Juli 1802. — Denkwürdigkeiten des Reichskanzlers Fürsten v. Hardenberg, herausgeg. v. Ranke, I, 451.

preußischen Beistand anzubieten, zugleich aber um die beiderseitigen Ansprüche auf fränkische Erwerbungen zu regeln.[1]) Nach langen Verhandlungen schloß er mit Montgelas einen Tauschvertrag, der für die Markgrafschaften „eine natürliche Grenze und den möglichsten Zusammenhang", jedoch nur gegen Abtretung von Solnhofen, Streitberg, Roth und Wülzburg, gebracht hätte. Weil dem Minister bekannt war, daß Friedrich Wilhelm aus legitimistischen Grundsätzen von einem Austausch von Unterthanen nichts wissen wolle, ersann er eine sonderbare, für die sozialen Zustände des politischen Uebergangsstadiums bezeichnende Rechtfertigung seines Vorschlags. Den preußischen Unterthanen, versicherte er, werde die Veränderung nicht allzu schmerzlich fallen, denn „die bisherige Ungewißheit, wer am Ende der Landesherr sey und diese beständigen Einfälle und Neckereyen sind den Unterthanen weit schmerzlicher gefallen, als jede andere Veränderung". „Ein natürliches Interesse verbindet die Kurfürstlichen Staaten mit den hiesigen Fürstenthümern; Pfalz-Baiern nähert sich den nämlichen Grundsäzen und Formen der Administration; wenn also einmal eine friedliche Grenze hergestellt ist, so werden sich Pfälzer und Preußischer Franke nicht als Fremde, nicht als Ausgeschiedene oder Abgefundene, sondern als Brüder betrachten, die eine gemeinschaftliche Sicherheit und Vertheidigung verbindet, und der Umstand, daß sie einst Preußen oder Pfälzer waren oder erst geworden sind, wird in ihrem Glück und in ihrer Zufriedenheit keinen Unterschied machen." Friedrich Wilhelm erwiderte jedoch, er werde sich nie und nimmer dazu entschließen, Land und Leute seiner Monarchie wegzugeben, müsse also dem Vergleich die Bestätigung versagen.

Inzwischen war es zur Gewißheit geworden, daß die Reichsstadt Nürnberg keinem der beiden Bewerber zufallen werde. Schon seit geraumer Zeit hatten nürnbergische Delegierte in Regensburg mit Laforest und Mathieu, in Paris mit Talleyrand unterhandelt; endlich vermochten sie durchzusetzen, daß sich die französische Regierung „im Interesse ihres Handels" für Erhaltung der Reichsunmittelbarkeit Nürnbergs aussprach. Mit dieser Thatsache mußten sich die Staatsmänner in München abfinden. Durch einen neuen Vertrag vom 20. November 1802 verpflichteten sich also Preußen und Baiern für den Fall, daß Nürnberg freie Reichsstadt bliebe, mit vereinten Kräften dahin zu wirken, daß jeder Staat die aus militärischen oder kommerziellen Gründen erwünschten Teile des nürnbergischen Gebiets erlange; falls etwa Nürnberg doch noch an Baiern fiele, sollte „ein neues, vollkommenes, der beiderseitigen Konvenienz entsprechendes Arrangement" getroffen werden.[2]) Am 24. November erließ der Nürnberger Stadtrat einen Aufruf an die Bürgerschaft: „Nach § 27 des allgemeinen Entschädigungsplanes soll das Kollegium der Reichsstädte in Zukunft aus sechs freien und unmittelbaren Städten bestehen. Gottes allwaltende Fürsehung hat den ersten Wunsch des guten Bürgers der Stadt Nürnberg erfüllt: Sie, unser theures Vaterland, steht in der Reihe jener freien und unmittelbaren Städte!" —

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Instruktion vom 2. August 1802.

[2]) Ebenda. Acta, betreffend die Verhältnisse der fränkischen Fürstentümer gegen die Reichsstadt Nürnberg und die darauf von der letzteren gemachten Vorschläge zu einem Vergleiche. 1802—1805. Vol. II. Vertragsurkunde vom 20. November 1802, von Hardenberg und Montgelas unterzeichnet.

In ihrer 30. Sitzung am 23. November 1802 nahm die Reichsdeputation „ihren", d. h. den mit einigen Abänderungen und Zusätzen versehenen französisch-russischen „Hauptschluß" ins Protokoll auf, und kaiserliche Plenipotenz wurde wieder um gefälligen Beitritt ersucht. Der preußische Bevollmächtigte gab, nachdem er im Namen der Versammlung dem Vorsitzenden Albini für seine Verdienste um das Zustandekommen der „für Deutschlands Wohl und Ruhe so ausnehmend wichtigen Urkunde" gedankt hatte, der Erwartung Ausdruck, daß der nach den Forderungen der Gerechtigkeit abgeänderte Entwurf die kaiserliche Zustimmung finden werde, damit endlich die Vorlage an den Reichstag erfolgen könne. Baron Hügel erwiderte lakonisch, auch er gebe sich der Hoffnung hin, daß die in Paris angeknüpften Verhandlungen die letzten Schwierigkeiten beseitigen würden. Am 6. Dezember überreichten die Gesandten Frankreichs und Rußlands dem Reichstag den Deputationsrezeß mit dem Ersuchen, das von ihren Höfen gebilligte Werk nach möglichst beschleunigter Erwägung zum Reichsgesetz zu erheben. Zugleich schlugen sie eine neue Zusammensetzung des Reichstages vor, da ja doch Reichsstände, deren staatliche Existenz aufhören werde, nicht an Beratungen über ihr eigenes Geschick teilnehmen könnten.[1])

Wirklich kamen Preußen, Baiern und die übrigen Mitglieder der Mehrheit mit dem Erzkanzler überein, daß nur die auch ferner noch zum Reich gehörigen Stände einzurufen seien, gleichviel, ob ihre Besitztitel verändert wären oder nicht. Demgemäß wurden Trier und Köln ins kurfürstliche Kollegium nicht mehr einberufen, wohl aber Mainz, dessen Anspruch ex jure novo festgestellt war. Aus dem Fürstenkollegium verschwanden alle, deren Gebiete der französischen oder der helvetischen Republik einverleibt waren, unter anderen die weltlichen und geistlichen Fürsten von Zweibrücken, Mömpelgard, Lüttich, Worms, Speier, Basel, Straßburg. Die mit neuem Besitz ausgestatteten Fürsten wurden einberufen mit dem Vorbehalt, daß ihre Titel später festgesetzt werden sollten.

Durch die neue Zusammensetzung des Reichstages war die Annahme des Rezesses schon gesichert. Zwar fehlte noch allen Beschlüssen die Zustimmung des Reichsoberhauptes, doch ließ sich voraussehen, daß Oesterreich auch in dieser Frage der stärkeren Gewalt werde weichen müssen. Die kaiserliche Politik war ja auf allen Linien geschlagen. Auch ein neuer Versuch, den Zaren umzustimmen, war mißglückt. Alexander ließ keinen Zweifel bestehen, daß er bei Wiederausbruch der Feindseligkeiten zwischen Frankreich und Oesterreich mit der Republik Hand in Hand gehen werde.[2]) Die platonische Zuneigung Schwedens war praktisch nicht auszunützen; von allen übrigen Reichsständen hatte keiner den guten Willen oder den Mut, die französisch-russischen Abmachungen zu bekämpfen. Es gab also für den kaiserlichen Hof keine andere Möglichkeit: er mußte zu retten suchen, was zu retten war. Bemerkenswerterweise hatte der französische Gesandte in Wien sogar in den kritischen Tagen, da er den Anschlägen auf Baiern entschieden entgegentrat, eine gemäßigte Sprache geführt. „Sie müssen immer

[1]) „Es wird dafür gehalten, daß es undelicat sey, die alten Besitzer an der bevorstehenden Deliberation Theil nehmen zu lassen, indeß die neuen Besitzer wegen abgängiger Ratifikation Kayser und Reichs noch keinen Gebrauch hievon machen könnten."

[2]) Wertheimer, I, 159.

hervorheben," schrieb Talleyrand (6. September 1802) an Champagny, „daß es der ernste Wille des ersten Konsuls ist, ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Staaten aufrechtzuhalten, daß er von aufrichtiger Hochachtung für Erzherzog Karl beseelt ist, daß er den aufrichtigen Wunsch hegt, ganz Europa den Frieden zu geben."

Am 19. Oktober richtete Bonaparte an Kaiser Franz eine schmeichelhafte Einladung, Hand in Hand mit ihm das Entschädigungswerk zum Abschluß zu bringen. Niemand bedauere aufrichtiger als er, schrieb der Konsul, daß er nicht von vorneherein Hand in Hand mit dem Kaiser die deutschen Angelegenheiten habe ordnen können, daß sich noch immer zwei Staaten feindselig gegenüberständen, deren Aussöhnung den Frieden Europas verbürgen würde. Er wolle jetzt, um sein Wohlwollen an den Tag zu legen, für Großherzog Ferdinand alles tun, was in seinen Kräften stehe; dafür werde hoffentlich auch der Kaiser aufrichtig und entschieden mitwirken, daß Deutschland endlich zur Ruhe komme; diese Wendung werde für ganz Europa den Frieden bringen.[1])

Bonaparte war thatsächlich zu namhaften Zugeständnissen an das Haus Oesterreich bereit, was in erster Reihe auf den Wunsch des Zaren zurückzuführen ist. Von Morkov ging der Vorschlag aus, daß Baiern das ihm zugedachte Hochstift Eichstädt an den Großherzog von Toskana abtreten, dieser von seinem Anteil die Hochstifte Brixen und Trient an Oesterreich überlassen sollte; dagegen habe der Wiener Hof das Passauische Gebiet zu räumen und den Rezeß der Reichsdeputation zu sanktionieren. „Sie werden in meinem Namen," schrieb Alexander an seinen Gesandten, „der französischen Regierung vorstellen, wie dringend es geboten ist, den Wiener Hof nicht zum Aeußersten zu treiben und ihm nicht durch Halsstarrigkeit jenen Vorteil in die Hand zu spielen, den das beleidigte Recht immer gewährt; solche Politik empfiehlt sich umsomehr, da man zur Zeit den Wiener Hof mit so geringen Opfern zur Erfüllung aller Wünsche der übrigen Beteiligten willfährig machen kann." [2]) Auch unmittelbar an Bonaparte schrieb Alexander (14. November 1802): „Ich hoffe, daß die dem Hause Oesterreich angebotenen Vorteile den deutschen Kaiser bewegen werden, nicht länger die Bestätigung des Conclusums des deutschen Reichstages zu versagen, und daß dadurch die Ordnung der deutschen Angelegenheiten, wie es im Interesse Frankreichs und Rußlands liegt, zu glücklichem Abschluß gebracht wird. Ich habe von jeher dem Wiener Hofe zu Mäßigung geraten; Güte und Versöhnlichkeit werden am wirksamsten dazu beitragen, ihn zu endgültiger Regelung des Entschädigungswerkes zu bewegen." [3])

Der Wiener Hof stellte aber höhere Forderungen: für Oesterreich Ueberlassung des bairischen Innviertels, und nicht bloß für den Großherzog von Toskana, sondern auch für den Hochmeister des deutschen Ordens, Erzherzog Karl, die Kurwürde. Die Forderung konnte nicht berücksichtigt werden, weil sonst das Reich drei Kurfürsten aus dem Erzhause gehabt hätte; sie wurde also in Paris ebenso entschieden abgelehnt, wie die Innviertel. Auch das Amt Ortenau im

[1]) Corresp. de Napoléon I., 8. tom., 73.

[2]) Tracevsky, I, 547.

[3]) Ebenda, 573.

Badischen mußte Oesterreich abtreten; es sollte, mit dem Breisgau vereinigt, dem Herzog von Modena zur Entschädigung dienen. Dagegen wurde dem Großherzog Ferdinand die Kurwürde in Aussicht gestellt. Breisgau und Ortenau sollten nach dem Tode des Herzogs von Modena an den Kaiser zurückfallen. Endlich mußte der Kurfürst von Baiern seine Herrschaften in Böhmen im Werte von 5 Millionen Gulden an Oesterreich abgeben. Das waren immerhin ansehnliche Teilerfolge der kaiserlichen Politik. Im Eintreten für Großherzog Ferdinand einen „Nachklang spanisch-jesuitischer Tücke“ [1]) erkennen zu wollen, dürfte nicht zulässig sein; das preußische Kabinett ließ sich die Entschädigung des oranischen Hauses nicht weniger eifrig angelegen sein, ja, der Vertrauensmann Hardenbergs, der Plassenburger Archivar Lang, hatte in Rastatt sogar beobachtet, daß gewissen preußischen Staatsmännern das dynastische Interesse mehr am Herzen liege, als der Vorteil des Staates.[2])

Die oben angeführten Bedingungen wurden in einen Vertrag aufgenommen, den Philipp Cobenzl und Joseph Bonaparte am 26. Dezember in Paris unterzeichneten.[3]) In Bezug auf Passau war vereinbart, daß die Stadt mit Inn- und Ilzstadt dem Kurfürsten von Baiern eingeräumt werden sollte. Doch mußte er sich verpflichten, die Befestigung nicht wieder zu verstärken; dafür mußte auch der Großherzog geloben, im Eichstädtischen niemals eine Festung anzulegen.

Rußland hatte dem Wiener Hofe getreulich Hülfe geleistet. Talleyrand hätte gern allerlei für Oesterreich lästige Bedingungen in den Vertrag aufgenommen: österreichische Truppen sollten niemals in die Staaten des Großherzogs von Toskana verlegt werden dürfen; vom Hochstift Eichstädt sollten mehrere Balleien ohne Entschädigung abgetrennt, Passau dem Kurfürsten von Baiern bedingungslos eingeräumt werden. Auf Andringen Morkovs wurde von so demütigenden Forderungen abgesehen, dagegen dem Kurfürsten von Baiern die Schleifung der passauischen Festungswerke auferlegt. „Ich habe es für meine Pflicht gehalten, darauf zu bestehen,“ schrieb Morkov an den russischen Kanzler, „es empfiehlt sich mit Rücksicht auf die eigentümliche Lage der Vorstädte am Zusammenfluß der drei Gewässer. Diese Stellung, von den Franzosen, den Verbündeten Baierns, befestigt, würde uneinnehmbar gewesen sein und jederzeit den Einmarsch in die Staaten des Hauses Oesterreich ermöglicht haben.“[4]) Umsonst hatte Talleyrand versichert, daß der erste Konsul auf solche Einschränkung seiner Bedingungen niemals eingehen werde; Morkov setzte seinen Willen durch. Nach Abschluß des Vertrags schrieb Talleyrand an den französischen Gesandten in Petersburg: „Die Uebereinkunft ist nach Inhalt und Form das Werk ebenso des Petersburger, wie des Pariser Kabinetts, und Sie dürfen unbedenklich auf die weitreichende Nachgiebigkeit hinweisen, welche die französische Regierung bei diesem Anlaß gegenüber den Wünschen des Kaisers von Rußland an den Tag gelegt hat. . . . Das einträchtige Zusammengehen Frankreichs und

[1]) Bitterauf, I, 107.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Hardenbergscher Nachlaß. Berichte des Geheimen Archivars Lang und des Geheimen Sekretärs Bever aus Rastatt. Bericht Langs vom 13. April 1798.

[3]) Beer, 37.

[4]) Tracevsky, I, 597.

Rußlands bei Entwurf und Ausführung des Vermittlungswerkes, ebenso notwendig im Prinzip, wie wichtig in seinen Folgen, wird immer einen rühmlichen Abschnitt unserer Zeitgeschichte bilden." [1])

Inzwischen gingen die Besitzveränderungen in allen Teilen vor sich, ohne daß ernstere Störungen eintraten. Die säkularisierten geistlichen Fürsten fügten sich in ihr Schicksal mit würdiger Gelassenheit. Den Unterthanen im allgemeinen mochte, wie Wieland seinen Geron im „Gespräch unter vier Augen" sagen läßt, „nicht sehr viel daran gelegen sein, ob sie mit einem krummen oder geraden Stabe geweidet werden." [2]) Nach Montgelas' Versicherung wäre sogar eine „gewisse Freudigkeit" der Bevölkerung vorherrschend gewesen, weil sie vom neuen Regiment strengere Rechtspflege und wirksamere Polizei erwarten konnte. [3]) Auch der preußische Kreisdirektorialgesandte für Franken, Hänlein, berichtete nach einer Rundreise durchs Fränkische, sowohl in den preußisch, wie in den bairisch gewordenen Landen herrsche eine ruhige, den unvermeidlichen Neuerungen günstige Stimmung; der Bischof von Würzburg habe bei seinem Abschied sogar geäußert, er sei von jeher der Meinung gewesen, daß die weltliche Herrschaft für Geistliche nichts tauge. [4]) So scheint nun freilich Fürstbischof Georg Karl nicht gedacht zu haben. Er hatte alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Säkularisierung seiner Stiftslande zu verhindern. Im Auftrag des Fürstbischofs hatte der würzburgische Minister Johann Michael v. Seuffert in Wien, Paris und Regensburg Freunde zu werben gesucht; erst als alle Versuche, den Verlust der Souveränität abzuwenden, gescheitert waren, beschränkte er seine Bemühungen auf Anweisung befriedigender Ruhegehalte für seinen Herrn und dessen Beamte und Diener. Am 22. Oktober schrieb Georg Karl an Seuffert: „Morgen wird also unsere Zernichtung unwiderruflich entschieden werden; das Land kostet mir Thränen; über mein persönliches Schicksal werde ich, Dank sei es Ihren Bemühungen, nicht zu klagen haben und nach bezahlten Schulden als ehrlicher Mann sterben können, der sich über sein Regentenleben wenigstens keine Vorwürfe machen muß." [5]) —

Als Seuffert bald darauf nach München kam, um wegen der Uebernahme fürstlicher Beamten zu verhandeln, nahm ihn Max Joseph in freundlichster Weise auf. Er könne, versicherte der Kurfürst, an das Schicksal des hochverehrten Fürstbischofs nicht denken, ohne zu Thränen gerührt zu werden; er wolle alles tun, um seinen neuen Unterthanen den Regierungswechsel so erträglich wie möglich zu machen und dafür ihre Liebe zu gewinnen; wenn seine bairischen Landstände fortfahren würden, ihm nur Sorgen und Verdruß zu bereiten, so könnte er sich wohl gar entschließen, seine Residenz nach Würzburg zu verlegen. Gewiß war die Bürgerfreundlichkeit Max Josephs in jener bewegten Zeit ein nicht unwichtiger politischer Faktor. Wenn auch in „Neubaiern" der Sondergeist nicht

---

[1]) Tracevsky, I, 602.

[2]) Wieland, Sämtliche Werke (1799), 31. Bd., 88.

[3]) Montgelas, Denkwürdigkeiten, 69.

[4]) Preuß. Staatsarchiv, Acta comitialia; Bericht Hänleins vom 2. Dezember 1802.

[5]) (Nach Seuffertschen Familienpapieren) Heigel, Johann Mich. v. Seuffert; Allgem. deutsche Biographie, 34. Bd., 53.

mit einem Mal erloſch, regte ſich doch nirgend Feindſeligkeit gegen einen ſo wohlgeſinnten Regenten, den ſogar Anſelm Feuerbach, gewiß kein Byzantiner, Baierns Heinrich IV. nannte.

In manchen Gebieten brachte der Regierungswechſel nur wenig auffällige Veränderungen mit ſich. Die Aebtiſſin von Gandersheim, Prinzeſſin Auguſte Dorothea, die Schweſter Herzog Karl Wilhelm Ferdinands von Braunſchweig, entſagte ſchon vor dem Abſchluß der Regensburger Tagung dem früher ſo hartnäckig verteidigten Anſpruch auf Landeshoheit; durch Vertrag mit dem braunſchweigiſchen Staatsminiſterium vom 23. September 1802 wurde das uralte Reichsſtift in ein Landesſtift des Herzogtums Braunſchweig umgewandelt und damit ſchon der Zuſtand geſchaffen, dem der Reichsdeputationshauptſchluß nur die Anerkennung gab. Die Wappen mit dem Reichsadler wurden von den Stiftsgebäuden abgenommen, und aus der Titulatur wurde das heilige römiſche Reich fortgelaſſen, — ſonſt blieb alles beim alten.[1])

In Frankfurt und anderen vorwiegend evangeliſchen Städten vollzog ſich die Beſitzergreifung von den zum Stadtgut geſchlagenen Stiftern ohne Störung. Die katholiſche Bevölkerung verhielt ſich beim Anlegen des ſtädtiſchen Siegels an Kirchen und Klöſtern ruhig, nachdem ſie die Zuſicherung erhalten hatte, daß weder in ihrem Gottesdienſt, noch in ihrem Schulweſen irgendwelche Aenderung eintreten werde. Es wurde ſogar dankbar empfunden, daß eine läſtige Scheidewand, die Bürger von Bürger getrennt hatte, endlich gefallen ſei.[2])

Weniger günſtig ſah es in Weſtfalen aus. Die Münſteraner empfanden es als Unglück, daß ſie unter preußiſche Herrſchaft kamen. In der Selbſtbiographie des Geheimrats Chriſtoph Sethe wird geſchildert, welche Geringſchätzung, welcher Trotz den preußiſchen Beamten entgegengebracht wurde, und noch deutlicher beweiſt dieſe Stimmung der Jubel, womit die Kataſtrophe von 1806 im Biſchofslande begrüßt wurde.[3])

Die Zuſtände im Hochſtift Paderborn im achtzehnten Jahrhundert waren nach dem Zeugnis unbefangener Beobachter ſo unerfreulich wie möglich geweſen. Trotzdem war beim Einmarſch der Preußen „ſtille Betrübnis“ vorherrſchend. Insbeſondere die ſchwere Einquartierungslaſt wirkte abſchreckend auf die Bevölkerung. Immerhin wurde von vielen erkannt und anerkannt, daß das Krummſtabsregiment in die veränderte Zeitlage nicht mehr paſſe.[4])

Ebenſo empfanden es die Bürger der mediatiſierten Reichsſtädte als Kränkung, daß vor ihrem Oberhaupt nicht mehr die Abzeichen der ſouveränen Gewalt einhergetragen wurden. Sie konnten ſich aber, wie ſchon dargelegt wurde, auf die Dauer nicht der Ueberzeugung verſchließen, daß der geſunkenen Volkswohlfahrt nur durch Anſchluß an ſtärkere Gemeinweſen aufzuhelfen ſei. Auch in unabhängig gebliebenen Kleinſtaaten wurde ein ſolches Bedürfnis gefühlt,

---

[1]) Zimmermann, Aus den letzten Tagen des Stifts Gandersheim; Braunſchweigiſches Magazin, Jahrg. 1904, Oktober, Nr. 10.

[2]) Kracauer, 259.

[3]) G. Freytag, Bilder aus der deutſchen Vergangenheit; Geſ. Werke, 21. Bd., 376.

[4]) M. Richter, Der Uebergang des Hochſtifts Paderborn an Preußen; Zeitſchrift für weſtfäl. Geſchichte, 62. Bd. (1904), 226, 230.

ja, solche Erwägungen ließen schon da und dort an einen Rheinbund oder aber an Abwehr rheinbündlerischer Pläne denken. „Bey meinem Aufenthalt in Franken," schrieb Hänlein (2. Dezember) nach Berlin, „bin ich von einigen Geschäftsmännern kleinerer schwäbischer und fränkischer Stände aufmerksam gemacht worden, daß von Regensburg und selbst von Paris aus schon verschiedene Winke und Vorschläge zu einer engeren Vereinigung der kleinen deutschen Reichsstände und deren näherer Anschließung an Frankreich gekommen seyen, daß sie aber mit mehr Vertrauen sich unter den Schutz des Königs begeben würden." Haugwitz erwiderte ausweichend, der König werde gern schwächeren Mitständen seinen Schutz angedeihen lassen, doch müsse im gegenwärtigen Augenblick alles vermieden werden, was irgendwie Mißtrauen erregen könnte. Trotz der vorsichtigen Zurückhaltung der preußischen Regierung schöpfte jedoch Talleyrand Argwohn. Die französischen Minister in Regensburg, so berichteten Goertz und Hänlein am 4. Dezember, seien auf Preußen nicht mehr gut zu sprechen; immer wieder werde von ihnen dem Verdacht Ausdruck gegeben, daß Preußen ebenso wie Baiern die Absicht verfolge, benachbarte minder mächtige Reichsstände in Abhängigkeit zu bringen; das Vertrauen, das ganz Deutschland bei Beginn der Deputationsverhandlungen der preußischen Regierung entgegengebracht habe, sei verschwunden u. s. w. So unbegründete Befürchtungen, meinten dagegen Goertz und Hänlein, suche die französische Regierung nur deshalb in Deutschland zu verbreiten, „um die kleineren deutschen Stände durch eine engere Verbindung auch für die Folge an das französische Gouvernement anzuschließen und sich dadurch einen fortwährenden Einfluß in Teutschland zu sichern." Eine Pariser Depesche an die Gesandten in Regensburg enthalte die Aufforderung, alles aufzubieten für die volle Unabhängigkeit der schwächeren Stände, „um im Innern von Teutschland das Gleichgewicht der Macht zu erhalten und nun auch Oesterreich wieder an seinen gebührenden Platz zu bringen, damit es den Uebermut Preußens abwehre."

Die gegen Preußen und Baiern gerichtete Beschuldigung bezog sich hauptsächlich auf die Bemühungen der beiden Staaten, Nürnberg und Augsburg unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Aus der Korrespondenz Hardenbergs und seiner Leute ist ersichtlich, daß sie thatsächlich an der Arbeit waren, für die Einverleibung des wichtigen Handels- und Industrieplatzes an der Pegnitz Stimmung zu machen und den ängstlichen Widerstand des Ministeriums Haugwitz zu besiegen. Geradezu das Lebensinteresse Preußens, schrieb Hänlein am 10. Dezember an Haugwitz, erheische diese Erwerbung. Die Reichsstadt, von Preußen ebenso ringsum umklammert, wie Augsburg von Baiern, könne unmöglich ihre Selbständigkeit behaupten. Ihrer Schuldenlast — etwa 8 Millionen Gulden — wegen habe sie für das wenig finanzkräftige Baiern keinen Wert; Baiern werde sich mit dem einträglichen nürnbergischen Landgebiet gern begnügen. Dagegen könnten „die fränkischen Besitzungen des Königs nur durch Nürnberg völlige Rundung, Zusammenhang und die auf den Fall, wenn der Innstrom sich in österreichischen Händen befindet, noch notwendigere Selbständigkeit erhalten."[1] In ein neues Stadium trat die Frage, als Rußland seine Geneigtheit zu erkennen gab,

[1]) Preuß. Staatsarchiv, Acta comitialia; Bericht Hänleins vom 10. Dezember 1802.

dem Kurfürsten von Baiern als Entschädigung für Eichstädt die Reichsstädte Augsburg und Nürnberg zu überlassen. Der Vorschlag wurde in Regensburg von den preußischen Gesandten bekämpft, in Paris von den Vertretern der Hansastädte; diese wiesen darauf hin, daß die neue Schwächung des ohnehin nur aus sechs Mitgliedern bestehenden reichsstädtischen Kollegiums ein Todesurteil bedeuten würde.[1]) Nochmals bestürmte Hardenberg den König und das preußische Ministerium, doch die Antwort lautete ablehnend. „Wir betrachten den Grundsatz, daß der Münchner Hof noch eine Territorialentschädigung (für Eichstädt) erhalten soll, als sanctioniert und feststehend. Zu dieser aber finden Wir keinen anderen Gegenstand mehr denkbar, als nur die Widmung der beiden Städte Augsburg und Nürnberg oder reichsritterschaftlicher Besitzungen oder der Alteration des Großmeisterthums des deutschen Ordens. Welche Auswahl auch hierunter von den vermittelnden Mächten und gedachtem Hofe für das Beßte gehalten und in Antrag gebracht werden wird, so habt Ihr solche bestens zu unterstützen."[2]) Doch der Anschlag auf die beiden Reichsstädte wurde noch einmal abgelenkt; Baiern mußte sich damit begnügen, daß ihm „fernerer Bedacht auf einen Territorialersatz" zugesichert wurde. Nicht besser erging es dem Kurfürsten, als er Klage erhob über die Weigerung der österreichischen Regierung, die Mediatgüter, Gefälle und Kapitalien der mit Baiern vereinigten Bistümer und Abteien herauszugeben. Obwohl Preußen auch diesen Anspruch Baierns unterstützte, ließ ihn die kaiserliche Regierung unbeachtet. „Der k. k. Hof," schrieb Montgelas an Rechberg, „scheint sich als eine souveräne Macht zu betrachten, welche an die Beschlüsse der Reichsdeputation nicht gebunden ist, und sieht darnach, sobald das geistliche Corpus in seiner dermaligen Verfassung aufgelöst wird, die in seinem Gebiet gelegenen Güter als bona vacantia an."

Im Vertrag vom 26. Dezember hatte Oesterreich die Zusage gegeben, den Beschlüssen der Deputation kein Hindernis mehr in den Weg zu legen. Die kaiserliche Regierung hielt sich aber nicht für verpflichtet, deshalb von weiteren Forderungen abzusehen. Insbesondere an der im Vermittlungsplan vorgesehenen Zusammensetzung des Fürstenkollegiums nahm sie Anstoß, und es gelang ihr auch, die Aufnahme neuer Virilstimmen durchzusetzen, so daß das Uebergewicht des evangelischen Bekenntnisses wenigstens einigermaßen abgeschwächt wurde; das Fürstenkollegium sollte fortan 54 katholische, 77 protestantische Stimmen zählen. Langwierigen Streit erregte die Frage, welche Stände eine zur Vervollständigung der Einkünfte des Erzkanzlers und zur Entschädigung einiger fürstlicher Häuser erforderliche Rente von 413 000 Gulden zu bezahlen hätten. Die Summe sollte auf die mit Kirchengütern ausgestatteten weltlichen Fürsten verteilt werden, doch namentlich Preußen weigerte sich, diese Verpflichtung anzuerkennen. Ebenso wurde es von den Hansastädten, deren Heranziehung Preußen beantragte, abgelehnt. Noch unmittelbar vor Abschluß des Entschädigungswerkes war nicht abzusehen, auf welche Weise der geringfügige Betrag zu bestreiten sein würde. Auch für die Ruhegehalte der Geistlichkeit und andere Bedürfnisse waren

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Goertz' vom 1. März 1803.
[2]) Ebenda. Erlaß vom 18. März 1803.

ausreichende Mittel nicht aufzutreiben. Von Wiedereinführung der „Römermonate" war keine Abhilfe zu erwarten; hatte es doch von jeher unübersteigliche Schwierigkeiten verursacht, durch solche Beiträge nach Maßgabe der Einwohnerzahl auch nur die nötigsten Reichsausgaben zu decken! Blieb also kein anderes Mittel, als eine neue Einnahmequelle ausfindig zu machen. Dazu mußte der Rhein herhalten.

Seit die Herren der zahlreichen Uferstaaten durch Ausbildung der Landeshoheit die Verfügung über die Rheinzölle in die Hand bekommen hatten und ohne jede wirtschaftliche Rücksichtnahme diese Einnahmsquelle ausschöpften, hatte sich die ursprünglich auf Erleichterung und Förderung des Verkehrs berechnete Einrichtung in eine den Handel hemmende Verkehrsbelastung verwandelt.[1]) Befreiung des Rheinverkehrs von übermäßigen Auflagen waren also schon auf dem Rastatter Kongreß von Frankreich verlangt, aber nicht durchgesetzt worden. Erst seit der Friede von Luneville die Republik in souveränen Besitz des ganzen linken Rheinufers gesetzt hatte, konnte sie für die Entlastung des Rheinhandels wirksamer auftreten. In den Verhandlungen der Reichsdeputation setzte sie die Abschaffung aller bisherigen Zölle auf dem linken und rechten Rheinufer durch, doch schließlich wurde mit Rücksicht auf die oben dargelegten finanziellen Bedürfnisse des Reiches nicht dem Wunsche der Handelswelt nach Sprengung aller den Verkehr beengenden Fesseln Rechnung getragen, sondern durch das „Rheinschiffahrtsoktroi" ein neues Erhebungsprinzip angeordnet. Alle auf die gemeinschaftliche Wasserstraße bezüglichen Angelegenheiten, Grenzregelung, Zollwesen, Umschlagsrechte der Stapelplätze, Strombauten u. s. w. sollten von Frankreich und im Namen des deutschen Reiches „nach dem ihm so vollkommen gebührenden Vertrauen" vom Erzkanzler geordnet werden. In Bezug auf die Zölle wurde vorerst nur festgesetzt, daß die Taxe des neuen Oktroi den Betrag der aufgehobenen Zölle nicht übersteigen dürfe. Das Erträgnis sollte zur Bestreitung der Verwaltungs-, Aufsichts- und Erhebungskosten bestimmt, der Rest zur Ergänzung der Dotation des Erzkanzlers und zur Deckung der anderen Verpflichtungen verwendet werden. Dalberg spottete zwar: „Ehedem sind Zöllner Apostel geworden, jetzt soll ein Primas Zöllner werden!" Doch — er nahm die Spende und den Geschäftsauftrag an.[2]) Die weiteren Verhandlungen führten zur Schiffahrtsordnung vom 15. August 1804, welche an der Spitze die Bestimmung enthielt, daß der Rhein „in Beziehung auf Schiffahrt und Handlung allzeit als ein zwischen Frankreich und Deutschland gemeinschaftlicher Fluß angesehen werden sollte."[3])

Mit der noch erforderlichen Untersuchung der Verluste und Ansprüche der Reichsgrafen wurden die Kurfürsten von Württemberg und Baden betraut. Die Vorschläge dieser Reichskommissäre wurden von der Deputation auch angenommen und zwar ohne Anfrage bei den Ministern der vermittelnden Mächte. Natürlich erblickten Laforest und Bühler in solcher Unterlassung ein unerlaubt eigen-

[1]) Eckert, Rheinschiffahrt im 19. Jahrhundert; Schmollers staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, 18. Bd., 5. Heft, 5.

[2]) Beaulieu, 312.

[3]) Oppenheim, Der freie deutsche Rhein, 86.

mächtiges Vorgehen, doch um nicht das ganze Geschäft neuerdings ins Stocken zu bringen, ließen sie sich die „Ungebühr" großmütig gefallen.

So wurde dann am 25. Februar 1803 die letzte Redaktion des „Hauptschlusses", dem Wunsche der vermittelnden Mächte entsprechend in französischer und deutscher Sprache abgefaßt, von der Reichsdeputation in ihrer 46. Sitzung gutgeheißen und an den Reichstag hinübergeleitet. Nur Vorpommern-Schweden erhob Einspruch und richtete heftige Vorwürfe gegen die vermittelnden und die deutschen Mächte, welche sich zu sträflicher Verletzung der uralten deutschen Verfassung die Hand geboten hätten. Der Protest wurde gleich früheren Kundgebungen König Gustavs unbeachtet gelassen; erst später nahm der Vertreter Magdeburg-Preußens Anlaß, die vermittelnden Mächte, „denen jeder Patriot, dem die künftige Sicherheit, Ruhe und Wohlfahrt des deutschen Reiches am Herzen liegen, Dank zollen" müsse, und die nicht minder hochverdiente Reichsdeputation gegen die übel angebrachten Angriffe der schwedischen Note zu verteidigen.

Eine unliebsame Ueberraschung bot die Erklärung, welche Kurböhmen, d. h. also der Kaiser, am 7. März im kurfürstlichen Kollegium abgab. Insbesondere die einleitenden Worte: „Da nunmehr die Reichsberatung über das ganze Entschädigungsgeschäft wieder eröffnet sei",[1]) erregten Anstoß. Damit war ja gesagt, daß nach Auffassung des Wiener Hofes die von der Deputation soeben abgeschlossenen Verhandlungen vom Reichstag nochmals aufgenommen werden sollten. Die ganze Neuordnung der deutschen Verhältnisse war wieder in Frage gestellt. Zweifellos lag die Absicht zu Grunde, den für das Ansehen Oesterreichs nachteiligen Deputationshauptschluß wenigstens nicht nach seinem ganzen Inhalt zum Reichsgesetz werden zu lassen. Nur im allgemeinen, so erklärte Kurböhmen, könne es dem „Entwurfe" des Deputationshauptschlusses beistimmen, doch keinesfalls dürfe die bescheidene Entschädigung Oesterreichs durch Beschränkungen, von welchen der Vertrag vom 26. Dezember 1802 nichts wisse, noch weiter entwertet werden; demgemäß werde sich der Kaiser die freie Verfügung über die in den Erbstaaten gelegenen Mediatstifte, Abteien und Klöster nicht entziehen lassen; der dem Kurfürsten von Baiern vorbehaltene Ersatz für den abgetretenen Teil des Hochstifts Eichstädt dürfe nicht auf eine den Eigentums- und Hoheitsrechten des Erzhauses zu nahe tretende Weise erfolgen; desgleichen behalte sich Oesterreich seine Rechte auf Graubünden vor; endlich müsse der Kaiser als katholischer Reichsfürst um des Gleichgewichts unter beiden Religionsteilen willen eine Vermehrung seiner Hausstimmen im Fürstenkollegium beantragen, seien ja doch sogar Ständen, die durch den Verlust des linken Rheinufers gar keine Stimme verloren, mehrere neue Virilstimmen zugeteilt worden; die Reichsdeputation sei überhaupt zur Entscheidung über die mit dem Entschädigungsgeschäft nicht in Zusammenhang stehende Verteilung der Virilstimmen gar nicht berechtigt gewesen.

Baiern und Magdeburg-Preußen legten im Fürstenkollegium, in welchem Oesterreich mit den nämlichen Forderungen und Vorbehalten aufgetreten war,

[1]) Württ. Hof- und Staatsarchiv. Bericht v. Seckendorffs vom 9. März 1803.

gegen solche Ueberschreitung der Rechte kaiserlicher Plenipotenz entschiedene Verwahrung ein. Auch die Minister der vermittelnden Mächte warnten das fürstliche Kollegium, sich auf eine Erörterung der angeblichen Abweichungen vom Dezember-Vertrag einzulassen, denn nicht von neuen Verhandlungen könne die Rede sein, sondern nur von Zustimmung zum Deputationshauptschluß. Auch die preußische Regierung vertrat diese Auffassung; am 13. März schrieb sie an Goertz und Hänlein: „Ungern nehmen Wir wahr, daß bey der bereits von einigen Seiten vorbehaltenen Instruktionseinholung die Verhandlung des Reichstags sich noch einige Zeit hinziehen möchte. Wir glaubten bis jetzt, daß der Deputationsschluß vom 25. vorigen Monats bey der Reichsversammlung nicht als ein neuer Deliberationsgegenstand, sondern nur als der blos in einigen Punkten erweiterte Inbegriff der nämlichen bereits im Deputationsschluß vom 23. November zur Reichsratifikation längst vorgelegten Bestimmungen werde aufgenommen, mithin, da die verfaßungsmäßigen ersten Förmlichkeiten der Berathschlagung schon geschehen sind, nunmehr ohne weiteres auf die vorkommenden majora des Reichsgutachtens gefaßt werden. Bey unserem Wunsch für die möglichste Beschleunigung sind Wir indessen weit entfernt, eine Uebereilung zu beabsichtigen, durch welche gegen die Verfassung die Frist zu den Instruktionseinholungen abgeschnitten und damit die Möglichkeit eines künftigen Vorwurfes wider die vollständige Legalität dieser Verhandlung gegeben würde." [1]) Demgemäß gaben die Vertreter Brandenburgs und Baierns bedingungslos ihre Zustimmung zur letzten Fassung des Hauptschlusses, beide mit dem Zusatze, daß ihnen eine ausdrückliche Erwähnung der Aufrechterhaltung der „rechtmäßigen" Verhältnisse der Ritterschaft nicht notwendig erscheine. Kurbraunschweig näherte sich mehr der Anschauung und den Wünschen des Wiener Hofes: die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte aller Stände und ausdrücklich auch der Reichsritterschaft sollte in den Hauptschluß aufgenommen, desgleichen der künftigen Geltung der früheren Friedensschlüsse Ausdruck gegeben werden. Das kurmainzische Votum begleitete die Genehmigung des Hauptschlusses mit salbungsvollen Mahn- und Dankesworten. Die außerordentliche Deputation habe sicherlich alles geleistet, was bei der bedrängten Lage der Beteiligten zu leisten gewesen sei; freilich sei zu beklagen, daß so viele Reichsstände das Opfer des Friedens werden mußten, immerhin sei ihnen allen wenigstens der standesmäßige Unterhalt gesichert. Wärmster Dank gebühre ebenso dem Reichsoberhaupt für seine Bemühungen um möglichste Aufrechterhaltung der Verfassung, wie den vermittelnden Mächten für ihren Eifer im Interesse der Ruhe des Reiches. In Bezug auf Rechte und Verfassung der katholischen Kirche in Deutschland habe nach den zwischen dem römischen Hofe und der deutschen Nation bestehenden Konkordaten der päpstliche Stuhl die Befugnis teils zur Mitwirkung, teils zur Entscheidung; dies müsse bei Abfassung des Reichsgutachtens berücksichtigt werden, wie auch die Vorbehalte bezüglich der älteren Verträge und der Rechte der Ritterschaft und der beiden geistlichen Ritterorden aufzunehmen wären. Der Vertreter Kursachsens war „ohne Instruktion"; erst am 21. März konnte er sein Votum abgeben, das auf

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Goertz und Hänlein vom 13. März 1803.

Genehmigung des Rezesses mit dem Vorbehalt der Verbürgung der ritterschaftlichen Rechte lautete, aber noch den merkwürdigen Zusatz enthielt, daß „dadurch weder der bisherige Besitzstand verändert, noch streitige Ansprüche entschieden werden sollten."

Im Fürstenkollegium ging es noch lebhafter her. Preußen, Baiern, Württemberg, Mecklenburg und die beiden Hessen sprachen sich für unbedingte Zustimmung aus, die übrigen Mitglieder verlangten die von Oesterreich und Kurmainz beantragten „salvatorischen Clauseln" zu Gunsten der Ritterschaft und der Ritterorden. Außerdem benützten Henneberg und andere Häuser die Gelegenheit, um die Anerkennung verschiedener Erbfolgerechte aufs Tapet zu bringen. Vorpommern wünschte wegen Einführung neuer Virilstimmen besondere Beratung; Preußen und Baiern bekämpften den Antrag. Die sechs Stimmen des städtischen Kollegiums verwarfen die Vorbehalte. Goertz und Rechberg suchten insbesondere die Erwähnung der Ritterschaft zu hintertreiben, doch der Vertreter des Kaisers stellte für den Fall einer Ablehnung eine scharfe Gegenerklärung in Aussicht, welche die verfassungswidrigen Vorfälle bei Besitznahme der Hochstifter durch Baiern und Preußen, namentlich den unerhörten Subjektionsvertrag eines Mitglieds der Ritterschaft, des Weimarischen Kammerpräsidenten von Kalb, mit Baiern zu öffentlicher Kenntnis bringen würde. Um nicht das ganze Entschädigungswerk in zwölfter Stunde in die Brüche gehen zu lassen, richtete Laforest noch am Abend vor der Entscheidung an die beiden Gesandten die dringende Bitte, ihren Widerstand aufzugeben.[1])

So erfolgte denn in der außerordentlichen Sitzung am 24. März die Abstimmung. Das Ergebnis bot nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen eine Ueberraschung. Eine beträchtliche Mehrheit der drei Kollegien entschied sich für die österreichischen Anträge. Der Deputationshauptschluß wurde, weil allein geeignet, den für das Wohl des Vaterlandes und die Erhaltung des Reichsverbandes so notwendigen Ruhestand zu befestigen, im allgemeinen angenommen. Die bisherigen Reichsgrundgesetze, insbesondere der westfälische Friede und alle späteren Friedensschlüsse, insoweit nicht durch den Luneviller Traktat und den Deputationshauptschluß eine Aenderung getroffen wäre, wurden bestätigt; demgemäß sollte die Reichsverfassung für alle Stände, also auch für den Deutschherrenorden und die unmittelbare Reichsritterschaft auf ewige Zeiten Geltung haben. Dem Kaiser wurde warmer Dank ausgesprochen für seine Fürsorge um möglichste Erhaltung der Reichsverfassung und für die weise Einleitung und Mitwirkung zur glücklichen Beendigung des beschwerlichen Entschädigungswerkes, doch sollte Kaiserliche Majestät auch den vermittelnden hohen Mächten für ihre weisen Ratschläge und ihre rühmliche Verwendung zur Ausgleichung der wichtigen Nationalangelegenheit die dankbaren Empfindungen der Reichsversammlung zu erkennen geben. Dies alles sollte in ein allergehorsamstes Reichsgutachten gefaßt und sodann unterthänigst zu reichsoberhauptlicher Genehmigung unterbreitet werden.

Nun wurde in den Privatgesprächen der Diplomaten lebhaft die Frage

---

[1]) Württ. Hof- und Staatsarchiv. Bericht v. Seckendorffs vom 4. April 1803.

erörtert, ob die kaiserliche Ratifikation „pure oder wieder nur bedingt" erfolgen werde. Die Entscheidung ließ lange auf sich warten. Die auffallende Verspätung der Kundgebung des kaiserlichen Willens, schrieb Seckendorff an seinen Hof, hänge zweifellos mit der Frage zusammen, ob zwischen Frankreich und England aufs neue der Krieg ausbrechen werde oder nicht; der Wiener Hof wolle die kritische Lage ausnützen, um in Paris doch noch eine für Oesterreichs Interessen günstige Abänderung des Deputationshauptschlusses durchzusetzen; unbedingte Annahme der Vorlage des Reichstages dürfe also wohl kaum erhofft werden.[1])

Der schwäbische Diplomat hatte sich nicht getäuscht. Das kaiserliche Dekret vom 27. April gewährte zwar im allgemeinen dem Entschädigungsplane die erbetene Sanktion, erhob jedoch Einspruch gegen einen wesentlichen Teil des Rezesses. „Durch seine für Erhaltung der Reichsverfassung und die Beschützung der katholischen Regierung heilig beschworenen Pflichten" sehe sich der Kaiser bemüßigt, unangemessenen Anträgen auf Vermehrung der Virilstimmen im Reichsfürstenrat seine Zustimmung zu versagen. Da dem protestantischen Religionsteile schon im kurfürstlichen wie im reichsstädtischen Kollegium eine so entschiedene Mehrheit zugefallen sei, dürften nicht auch im fürstlichen Kollegium die durch den westfälischen Frieden festgelegten Stimmverhältnisse der beiden Religionsteile eine so wesentliche Ueberschreitung der Parität erleiden.[2])

Nun war zwar das kaiserliche Veto, obwohl nicht auf geschriebenes Recht gestützt, von jeher anerkannt worden,[3]) allein die Vertreter Preußens und Baierns konnten sich in der Sitzung vom 3. Mai darauf berufen, daß der Kaiser ein Reichsgutachten nur im ganzen genehmigen oder verwerfen, nicht aber nur teilweise genehmigen dürfe; außerdem habe der Kaiser durch den Vertrag mit der französischen Republik vom 26. Dezember 1802 die Verpflichtung eingegangen, den Hauptschluß der Reichsdeputation zu ratifizieren.[4])

Freilich war das Uebergewicht der protestantischen Stimmen im Fürstenrat, wenn das Reichsgutachten Gesetzeskraft erhielt, ein erdrückendes: 77 oder 78 evangelische Stimmen gegen 53 oder 54 katholische, während bisher, je nachdem das Stift Osnabrück und die westfälische Grafenbank in herkömmlichem Turnus zu diesem oder jenem Bekenntnis gezählt wurden, 55 oder 57 katholischen Stimmen nur 45 oder 43 evangelische gegenüber gestanden hatten. Allein das habsburgische Haus selbst hatte bisher immer bekämpft, daß die durch den Frieden von Osnabrück geheiligte Regel der Religionsgleichheit auch eine Gleichheit der Stimmen beider Teile im Reichstag vorschreibe; nur Gleichheit der Rechte sei den beiden Teilen zugesichert. Auf den westfälischen Frieden konnten sich also die kaiserlichen Kronjuristen nicht wohl berufen. Andrerseits war der preußisch-bairische Einwand, der Kaiser sei durch den Vertrag vom 26. Dezember zur Bestätigung verpflichtet, hinfällig, denn die Verpflichtung bezog sich nur auf den

---

[1]) Württ. Hof- und Staatsarchiv. Berichte v. Seckendorffs vom 9. und 11. April 1803.
[2]) Aegidi, Der Fürstenrat nach dem Luneviller Frieden, 15.
[3]) Zachariä, Deutsches Staats- und Bundesrecht, I, 63.
[4]) Aegidi, 30.

ersten Rezeß vom 23. November 1802, in welchem die neue Gestaltung des Fürstenrats noch gar nicht enthalten war.[1])

Auf die Rechtsfrage kam es jedoch überhaupt gar nicht an. Oesterreich konnte auf den günstigen Umschwung der politischen Lage bauen. Ein neuer Weltkrieg stand bevor, und es war durchaus ungewiß, ob das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland, also auch zwischen den Herren Laforest und Bühler in Regensburg noch von langer Dauer sein werde. In Regensburg wußte man sich zu erzählen, welch vorteilhafte Angebote England in Wien gemacht habe.[2]) Da war es wenig wahrscheinlich, daß Frankreich wegen des Stimmverhältnisses im deutschen Fürstenkollegium mit Oesterreich neuen Streit anzetteln und damit den Kaiser vollends in englisches Fahrwasser drängen werde.

Durch solche Berechnung ermutigt, ging der Wiener Hof noch einen Schritt weiter. Er nahm alle in den österreichischen Erblanden gelegenen Besitzungen, sowie die von österreichischen Banken verwahrten Kapitalien der nunmehr zu Baiern geschlagenen Hochstifter, Freising, Passau ꝛc. in Beschlag. Er stellte in Bezug darauf den eigentümlichen Grundsatz auf: Da die geistlichen Stiftungen durch die Säkularisierung eine dem ursprünglichen Stiftungsplan fremdartige Bestimmung erhalten haben, verlieren sie auch das Eigentumsrecht an ihren Besitzungen, und diese können als herrenloses Gut von den Regenten derjenigen Staaten, in welchen die Besitzungen liegen, beansprucht werden. Der Deputationsrezeß selbst aber enthielt (§ 36) die Bestimmung, daß die eingezogenen Stifter mit allen Gütern, Rechten, Kapitalien und Einkünften, „wo immer sie auch gelegen sind," an die neuen Besitzer übergehen sollten.[3]) Natürlich wurde die kaiserliche Verfügung, die für den Kurfürsten von Baiern einen Verlust von fünfzehn Millionen Gulden bedeutete, von Baiern und seinem Sekundanten Preußen angefochten. Um die Unterstützung der vermittelnden Mächte anzurufen, begaben sich Goertz und Rechberg am 3. Mai in das Haus der französischen Gesandtschaft, erfuhren aber eine kaum noch höflich zu nennende Abweisung. Die zur Entschädigung berechtigten Fürsten hätten genug bekommen, meinte Laforest, und es sei zumal in gegenwärtiger Krisis nicht rätlich, wegen unbedeutender Incidenzpunkte neuen Kampf heraufzubeschwören. Umsonst bemühten sich die deutschen Diplomaten, ihren Gönner auf andere Gedanken zu bringen; am 9. Mai übergaben Laforest und Bühler die letzte gemeinsame Note, wodurch sie sich, da ihre Aufgabe freundschaftlicher Vermittlung als gelöst angesehen werden dürfe, verabschiedeten. Der kaiserlichen Beschlagnahme war nur ein leises Tadelswort gewidmet, worüber sich der Wiener Hof nicht aufzuregen brauchte.[4]) Am 10. Mai erklärte der kaiserliche Plenipotentiarius die Reichsdeputation für aufgelöst; zugleich wurde den sämtlichen fürtrefflichen Herren Subdelegierten das Wohlgefallen Kaiserlicher Majestät ausgesprochen. Die Erledigung der inneren Angelegenheiten, insbesondere die Reform der Kreisverfassung und des Reichs-

[1]) Aegidi, 68.

[2]) Württ. Hof- und Staatsarchiv. Bericht v. Seckendorffs vom 19. April 1803.

[3]) Montgelas, Denkwürdigkeiten, 63.

[4]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia; Bericht Goertz' und Hänleins vom 14. Mai 1803.

kammergerichts, sowie der Ausbau der Organisation des Reichsfürstenrats sollten dem Reichstag überlassen bleiben. —

Was soll nunmehr aus dem deutschen Reiche werden? so fragten sich besorgt die deutschen Politiker. Die völlige Auflösung des Reichskörpers war ja noch einmal abgewendet worden, aber der Organismus war erstorben; nur galvanische Schläge verliehen ihm noch den Anschein einer normalen Gliederthätigkeit. Der Reichstag hatte schon seit langem nicht mehr eine ins Leben der Nation eingreifende Wirksamkeit gehabt, sondern nur anderswo gefaßten Beschlüssen eine Form gegeben; dieser Betrieb dauerte fort, wie die Pendelbewegung eines aufgezogenen Uhrwerks, hatte aber auch den letzten Rest von Bedeutung verloren.

Die jüngsten Veränderungen wurden von den Zeitgenossen im allgemeinen ungünstig beurteilt. Der bairische Minister Montgelas führt in seinen Denkwürdigkeiten den bald darauf erfolgten völligen Zusammenbruch des Reiches auf die Unterlassungen zurück, deren sich die Reichsdeputation und ihre Gönner im Ausland schuldig gemacht hätten. Die Deputation habe nur die Landkarte umgestaltet, aber sehr wichtige Fragen, z. B. das Heimfallsrecht der säkularisierten Stiftungen ungeregelt und damit eine Quelle von Streit und Gehässigkeit offen gelassen; es habe eben gar nicht in der Absicht der Mediations-Mächte gelegen, ihrer Schöpfung dauernden Halt zu geben und neue Störungen fernzuhalten.[1])

In Häberlins Staatsarchiv wirft ein „Wahrheitsfreund" die Frage auf: Wie kam es, daß wir einen so traurigen Leichenkondukt der deutschen Reichsverfassung mitmachen mußten? und gibt zur Antwort: Weil Haupt und Glieder nicht mehr organisch zusammenwirken![2]) Auch im Jahre 1552 suchte sich Frankreich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen, doch trotz der religiösen Spaltung war der Deutsche noch Mannes genug, die Fremden von sich abzuwehren. Sogar nach dem entsetzlichen Dreißigjährigen Krieg gab Kaiserliche Majestät in der Osnabrückischen Friedensurkunde eine Erklärung ab, daß fremde Nationen die rein deutsche Amnestiefrage nichts angehe. Wie häßlich sticht davon ab das jüngste Verhalten deutscher Regierungen, die um die Einmischung fremder Gewalthaber förmlich buhlten und bettelten! Wer hätte in der Zeit des deutschen Fürstenbundes geglaubt, daß schon zehn Jahre später Pläne zur Teilung Deutschlands ausgeheckt und nach weiteren zehn Jahren zur Ausführung gebracht würden! Welch traurige Schwächung hat dadurch das Reich erlitten! Zwei Kreise hat man ihm entrissen, den burgundischen in voller Ausdehnung und den kurmainzischen zum größeren Teile. Frankreich beherrscht den Rhein und hat sich damit auch herrschenden Einfluß in Hamburg, Lübeck und Bremen gesichert; von hier aus wird es dem englischen Handel in den Weg treten. Eine Handelssperre gegen England wird nicht mehr lange auf sich warten lassen, die deutschen Landesherren werden sie um ihrer eigenen Manufakturen willen eher begünstigen als verhindern, und England, das ja nur für einen bewaffneten Kaufmann gelten kann, wird die Ausführung nicht hindern können. Rußland hat kein aufrichtiges Interesse an den inneren Zuständen Deutschlands; es war nur ein Spiel, wenn der

[1]) Montgelas, Denkwürdigkeiten, 72.

[2]) Contrast der politischen Verhältnisse Frankreichs zu dem hl. röm. Reich teutscher Nation in den Jahren 1552 und 1802; Häberlin, Staatsarchiv, Jahrg. 1803, 10. Bd., 35.

Russe sich den Anschein gab, als sei er interessiert an Ordnung und Ruhe des Ganzen, während ihm doch nur an Bereicherung einzelner verwandter Dynastien gelegen war. Die Reichsverfassung ist nur noch „eine negative Potenz"; die Fürsten sehen ihren Vorteil und ihre Sicherheit weit mehr in Verwandtschaft und Freundschaft mit mächtigen Potentaten, als in unvollziehbaren Mandaten des Reichskammergerichts. „Es bedarf also nur noch einer weiteren politischen Verwicklung, um jedes noch zurückgebliebene Interesse durch die Aufopferung der Immedietät der mindermächtigen Stände, durch die Säkularisierung der Besitzungen des Erzkanzlers und der Ritterorden der hl. Maria und des hl. Johannes, durch die Mediatisierung der letzten Reichsstädte auszugleichen und das hl. römische Reich teutscher Nation auch dem Namen nach in der Liste des europäischen Staatskörpers verschwinden zu lassen." Was wird nun aber das deutsche Volk dazu sagen, wenn die Verfassung des Reichs in Trümmer geht? „Das teutsche, gutmütige, geduldige Volk wird geschehen lassen, was es weder zu ändern vermag, noch zu ändern geneigt ist." Dazu macht der Herausgeber des „Staatsarchivs", Professor Häberlin, die orakelhafte Glosse: „Man traue indessen doch dieser Gutmütigkeit und Geduld nicht zuviel und denke immer an den dritten und letzten Akt!"

Ein anderer Aufsatz im „Staatsarchiv", betitelt: „Was wird aus Teutschland werden?" nennt die jüngste Entwicklung den letzten Erfolg der Richelieu-Mazarinschen Politik, die es jetzt fertig gebracht habe, das Haus Oesterreich niederzuringen und Deutschland in einen Vasallenstaat Frankreichs zu verwandeln.[1]) Dagegen läßt sich der Allerweltsspötter Karl Heinrich Lang auch durch den Zusammenbruch des Reiches seine Laune nicht verderben. In „zeitgemäßen Betrachtungen" spottet er: „Der Artikel 6 des Luneviller Friedens (Ueberlassung des linken Rheinufers an Frankreich) ist das Grab der Integrität des Reiches und seiner Verfassung: Sanft ruhe ihre Asche!" Unentwegt erblickt er im Baseler Traktat „die erste Morgenröte", in der preußischen Friedenspolitik eine „Segnung für Teutschland und Europa"; mit Klopstock tröstet er sich mit einer idealen Zukunft: „Ein Jahrhundert nur noch, so herrscht der Vernunft Recht vor dem Schwertrecht![2]) Eine Schrift „Der neueste Provinzenwechsel" beklagt, daß durch die neueste Umwälzung auch Deutschland der traurigen Errungenschaften der französischen Revolution teilhaftig geworden sei; der Klerus erniedrigt, das Kirchengut vogelfrei erklärt, der Adel zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, die Krone um jeden Einfluß, das Recht um Geltung und Ansehen gebracht! Auch diese Schrift schließt mit einem dunklen Weisheitsspruch: „Der einzige Nutzen ist, daß Deutschland nach so großen Belehrungen seinen künftigen Ruhestand besser zu schützen wissen wird."[3]) Der Besorgnis, daß durch den

---

[1]) Was wird aus Teutschland werden? Staatsarchiv, Jahrg. 1803, 10. Bd., 39.

[2]) L . . ., Zeitgemäße Betrachtungen über die 5 Friedensschlüsse (1802). — An der Autorschaft Langs ist nicht zu zweifeln; der überschwängliche Lobspruch auf Hardenberg, die Einflechtung der von Lang 1798 herausgegebenen „Tabellen über Flächeninhalt, Menschenzahl, Einkünfte und bevorstehenden Verlust der teutschen Reichslande", vor allem Ton und Ausdrucksweise lassen nur auf ihn schließen.

[3]) Der neueste Provinzenwechsel, nach dem definitiven Französisch-Russischen Entschädigungsplan geographisch-statistisch dargestellt (1803), 184.

Zusammensturz der hierarchischen Verfassung Deutschlands zweifellos der Katholizismus geschädigt werde, — einer Besorgnis, die sich als unbegründet erwiesen hat: nie war der Einfluß der katholischen Kirche auf die Gemüter stärker als im neunzehnten Jahrhundert! — ist auch in der Flugschrift: „Wie wird es im säkularisierten Teutschland gehen?" Ausdruck gegeben: durch Aufhebung der geistlichen Staaten und noch mehr durch freie Verfügung der weltlichen Fürsten über alles Gut der Stifter und Klöster werde nicht bloß der Glaube, sondern wohl auch die Wissenschaft, jedenfalls die Sittlichkeit in kläglichen Verfall geraten.

Aehnliche Befürchtungen wurden auch in Rom gehegt. Kurz vor dem Abschluß der Regensburger Abmachungen richtete Pius VI. an den Wiener Hof eine Anfrage, ob es nicht angemessen scheine, daß die Kurie eine offene Warnung vor räuberischer Bereicherung mit Kirchengut an alle christlichen Fürsten ergehen lasse und sie unter Androhung von zeitlichen und ewigen Strafen an das Wort Karls des Großen erinnere: „Es ist bekannt, daß viele Reiche und Fürsten deshalb den Untergang fanden, weil sie sich an der Kirche vergriffen haben!" Die Anklage der Kurie hätte aber auch den Kaiser betroffen, der ja säkularisiertes Kirchengut ebensowenig wie die ketzerischen Fürsten verschmähte. Es wurde also dem Nuntius in Wien ernstlich vorgestellt, wie schädlich ein derartiges Breve wirken könnte. Durch die neuesten Veränderungen im Reich werde gewiß niemand schwerer betroffen als der Kaiser; da sie nun aber einmal unaufhaltbar seien, könne es sicher Seiner Heiligkeit selbst nur erwünscht sein, wenn das säkularisierte Gut wenigstens in Besitz katholischer weltlicher Fürsten, insbesondere des von jeher der katholischen Kirche anhänglichen Erzhauses übergehen werde. Das Breve wurde denn auch nicht erlassen.[1])

Der leitende Minister Oesterreichs wollte übrigens thatsächlich gar nicht gelten lassen, daß die Umwälzung in Deutschland eine Niederlage Oesterreichs bedeute. Oesterreich könne, schrieb Ludwig Cobenzl am 6. Januar 1800 an den Kaiser, für sich die Ehre in Anspruch nehmen, ganz allein dem Ersten Konsul unerschrockenen Widerstand entgegengesetzt zu haben. Freilich sei die Erwerbung der Hochstifter Brixen und Trient, der böhmischen Lehen des Kurfürsten von Baiern, des Stadtbezirks von Passau und der Kapitalien des Hochstifts von Freising kein vollwiegender Ersatz für die erlittenen Verluste, aber höher sei der moralische Gewinn anzuschlagen, habe man doch Frankreich, Rußland und Preußen gegen sich gehabt![2]) Mit der Befriedigung des Gesättigten blickte das preußische Ministerium auf die Neugestaltung Preußens und Deutschlands. „Unsre wichtigeren Wünsche sind erfüllt," schrieb Haugwitz (24. April) an Goertz, „und wenn nicht alles, was wir anstrebten, zu erreichen war, so ist dies als ein der Ruhe Deutschlands gebrachtes Opfer zu betrachten." Graf Goertz war in der letzten Sitzung der Reichsdeputation verschwenderisch mit Selbstlob. „Die große Umwälzung der Dinge, welche das Entschädigungsgeschäft herbeigeführt hat, ist auf eine dem deutschen Nationalcharakter Ehre bringende Art mit möglichster Ruhe und Stille vor sich gegangen!"[3]) Und in wunderlichem Gegensatz zu den

[1]) Wertheimer, I, 160.

[2]) Fournier, Gentz u. Cobenzl, 41.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Goertz' und Hänleins vom 14. Mai 1803.

Klagen vieler Deutschen über die Zerstückelung und den Zerfall ihres Reiches feiert sich Bonaparte selbst als den Schöpfer eines neuen, lebenskräftigeren Deutschlands. „Durch das glückliche Zusammenwirken Frankreichs und Rußlands" — so schildert er den jüngsten Sieg auf diplomatischem Felde dem Senat und dem gesetzgebenden Körper — „ist allen bleibenden Interessen Deutschlands Rechnung getragen, und aus einem Wettersturm, der das für Gleichgewicht und Ruhe Europas so wichtige deutsche Reich wegzufegen drohte, ist es viel stärker hervorgegangen, weil es sich jetzt zusammensetzt aus gleichartigeren, fester verbundenen und den Zuständen und Ideen unsrer Gegenwart besser angepaßten Bestandteilen."[1]) Natürlich! Der Friede von Luneville, der dem deutschen Reich eine Reihe blühender Provinzen entreißt, ist ein „Sieg der Weisheit und Mäßigung", der Frankfurter Vertrag, der Verlorenes zurückfordert, ein „Akt der Piraterie und Barbarei"!

[1]) Corresp. de Napoléon I., VIII, 218. Exposé de la situation de la république. Message au sénat et au corps législatif, 20 févr. 1803.

Sechstes Buch.

Vom Wiederausbruch des Krieges zwischen England und Frankreich bis zur Auflösung des deutschen Reichs.

Erster Abschnitt.

Der Wiederausbruch des Krieges zwischen Frankreich und England. Preußen und die hannoversche Frage. Die Franzosen in Hannover. Preußen und Frankreich. Die Stimmung am Wiener Hofe. Die Einverleibung der reichsritterschaftlichen Gebiete. Der Streit um die Parität im Fürstenkollegium. Spannung zwischen Oesterreich und Baiern. Die Aufhebung des Herzogs von Enghien in Ettenheim. Die Aufrichtung des französischen Kaisertums.

Während Frankreichs Herr," sagt Thiers, „schon die Angelegenheiten des europäischen Festlands als oberster Schiedsrichter lenkte, dehnte sich sein glühender Thatendrang, zwei Weltteile umfassend, auch auf Amerika und Indien aus, um die alte Kolonialgröße Frankreichs herzustellen." [1] Nicht weniger eifrig erstrebte er die Aufrichtung der Seeherrschaft über das Mittelmeer und den Erwerb einer starken Position im Morgenland. Wenn aber die Regierung Frankreichs solche Pläne verfolgte, war ein dauernder Friede mit England, ein dauernder Friede zwischen Rom und Karthago unmöglich. Von Pitt und seinen Anhängern wurde denn auch der Friede von Amiens als nationales Unglück betrachtet, der Bruch mit der feigen Politik des Kabinetts Addington als patriotische Forderung betrieben. England hatte sich im Friedensvertrag zur Zurückgabe der Insel Malta an den Malteserorden verpflichtet. Jetzt weigerte es die Auslieferung des wichtigsten Bollwerks im Westbecken des Mittelmeers und verwies zur Rechtfertigung der Ablehnung auf die Neuerwerbungen, welche seit dem Friedensschluß die Machtstellung Frankreichs unermeßlich verstärkt hätten. Rußland schloß sich der englischen Auffassung an. Damit lag eine neue Erhebung Europas gegen Frankreich gewissermaßen schon in der Luft.

Wer war der Störenfried? Diese Frage wurde in jüngster Zeit von den

---

[1] Thiers, Histoire du consulat et de l'empire, IV, 163.

Historikern leidenschaftlich erörtert; sie darf hier nur gestreift, aber nicht gänzlich umgangen werden. Arthur Levy hat „nicht ohne Bestürzung" aus „exakter Analyse" der amtlichen Zeitdokumente die Entdeckung gezogen, daß die bisher geltende Theorie gänzlich falsch sei, daß Napoleon nie ein anderes Ziel verfolgt habe, als die Erhaltung eines würdigen Friedens für seinen Staat; einzig und allein „die unentwegte Nebenbuhlerschaft Englands, die Furcht der hundertjährigen Throne beim Erscheinen einer Stegreifdynastie, der Wunsch nach Eindämmung der freiheitlichen Ideen und die allen gemeinsame heimliche Begehrlichkeit" seien die Elemente gewesen, aus denen die Koalitionen hervorwuchsen und an denen die friedlichen Bestrebungen Napoleons scheiterten. [1]) Mit Levys Auffassung stimmen mehr oder weniger entschieden Max Lenz, [2]) Roloff [3]) und andere deutsche Forscher überein.

Gewiß, den Anlaß zum Wiederausbruch des Krieges im Jahre 1803 gab England, dessen Haltung mit dem Frieden von Amiens nicht vereinbar war. Doch die Ursache lag tiefer. „War Napoleon nicht der Urheber einer Lage, die jenem vertragsmäßigen Verzicht eine ganz veränderte politische Wichtigkeit verlieh?" [4]) Er hatte den Kampf wider England als Erbschaft übernommen; es war schon ein alter Lieblingsplan der französischen Politiker gewesen, die Elbe- und Wesermündungen dem englischen Handel zu versperren, [5]) doch dieser Gegensatz, der sich seiner leidenschaftlichen Seele als der ewige Widerstreit des Festlands gegen den Ozean darstellte, wurde erst unversöhnlich durch die Besetzung Hollands, durch die orientalischen Umtriebe, durch die schrankenlose, auf alle Erdteile sich erstreckende Expansionspolitik Napoleons. Damit soll nicht gesagt sein, daß England ein Lamm und daß Bonaparte der Wolf war; die Fabel paßt einfach nicht hierher. Es war ebenso unrichtig wie geschmacklos, von einer „Eroberungsbestie" Napoleon zu sprechen, aber „wir werden fortfahren, ihn einen großen ‚Eroberer' zu nennen". [6]) Schon von unbefangenen Zeitgenossen wurde beobachtet, daß der unruhige Eroberungsdrang Napoleons nicht zum wenigsten der Notwendigkeit entsprang, seine Herrschaft in dem noch immer vom Parteigeist durchwühlten Frankreich zu befestigen. Der dänische Legationssekretär Rist, ein feiner Kopf und scharfer Beobachter, kam auf seiner Reise nach Madrid gerade nach Paris, während die Rüstungen zum Einmarsch nach Hannover begannen. Der Krieg war notwendig, versichert er, weil die innere Lage Frankreichs noch nicht die Aufstellung eines Kaiserthrones gestattete. „Wohl mochte mancher alte Revolutionsheld und Freiheitsfreund gewonnen oder beschäftigt werden, aber nicht so leicht konnten die Resultate jener gewaltigen Bewegungen verwischt und noch weniger die Grundsätze aus den Gemütern ver-

---

[1]) Arthur Lévy, Napoléon et la paix, Préface.

[2]) M. Lenz, Napoleon; Monographien zur Weltgeschichte, herausg. von Heyck, 24. Bd., 108.

[3]) Roloff, Napoleon I., 93.

[4]) Ulmann, Russisch-preußische Politik unter Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. bis 1806, 55.

[5]) Wohlwill, Die Hansastädte beim Untergang des alten deutschen Reiches; Historische Aufsätze, dem Andenken an G. Waitz gewidmet, 587.

[6]) Bailleu, Eine neue Napoleon-Biographie; Deutsche Rundschau, Jahrg. 1906, 462.

tilgt werden, in denen sie Wurzel gefaßt hatten. Sollte also Friede im Innern erhalten, die Grundlage eines neuen Thrones befestigt werden, so mußte die ganze Energie des nach Ruhm und Gewinn trachtenden Volkes nach außen geleitet und durch kriegerischen Glanz der Blick von den eigenen Angelegenheiten abgezogen werden!" [1]) Napoleon selbst gab diesem Gedanken 1802 in einem Gespräch mit Staatsrat Thibaudeau Ausdruck: „Sind denn nicht militärische Erfolge nötig, um dieses Innere zu verblüffen und zusammenzuhalten? Halten Sie doch nur fest, daß ein erster Konsul in nichts den Königen von Gottes Gnaden gleicht, die ihre Reiche wie ein ererbtes Gut betrachten. Ihnen kommt das Herkommen zu gute, während es bei uns ein Hindernis ist. Von seinen Nachbarn gehaßt, gezwungen, in seinem Innern verschiedene Klassen Uebelwollender im Zaume zu halten und zugleich so vielen äußeren Feinden zu imponieren, bedarf der französische Staat glänzender Thaten und deshalb des Krieges." [2]) Wahrhafte Friedenspolitik, bemerkt ein Zeitgenosse, der bairische Staatsrat Clemens v. Neumayr, in seinen Lebenserinnerungen, war gar nicht möglich auf der Bahn eines Mannes, der „nie zurückkann, immer vorwärts, jede Gewaltthat mit einer neuen gutmachen muß". [3]) —

„Mein Beschluß ist gefaßt," sagte Bonaparte zum englischen Botschafter Lord Whitworth am 19. Februar, „lieber will ich die Höhen des Montmartre in Eurer Gewalt sehen als die Insel Malta!" „Ein furchtbares Wort!" muß auch Thiers gestehen, „es ist zum Unglück Frankreichs nur allzusehr Wirklichkeit geworden!" [4])

Noch verletzender mußte auf den englischen Nationalstolz wirken, was der Erste Konsul bei Eröffnung der Sitzungen des gesetzgebenden Körpers behauptete: „Welchen Erfolg die Intrigue auch in London haben mag: andere Völker wird sie nicht zu neuen Bündnissen verleiten, und mit Frankreich allein zu kämpfen, dazu — mit gerechtem Stolze spricht es die Regierung der Republik aus — dazu ist England heute nicht mehr im stande!" Eine Botschaft König Georgs III. an das Parlament vom 8. März knüpfte an die Nachricht von den bedrohlichen Rüstungen in französischen und holländischen Häfen die Forderung von Mitteln, welche die Verteidigung der Ehre des Thrones und der Interessen des Volkes erheischten. Als Lord Whitworth wieder in den Tuilerien erschien, herrschte ihn Bonaparte an: „Ihr wollt also Krieg? Ich will nicht annehmen, daß Ihr für möglich haltet, durch Eure Rüstungen das französische Volk einzuschüchtern; man kann dieses Volk vernichten, aber nicht es fürchten machen!" Mag sein, daß Bonaparte selbst noch vor kurzem gehofft und gewünscht hatte, den Frieden mit England zu erhalten, um durch fruchtbringende handelspolitische und industrielle Pläne der Wohlthäter Frankreichs zu werden, — jetzt dachte er nur noch an Krieg bis aufs Messer mit dem einzigen Staat, der sich weigerte, seine Ueberlegenheit gefügig anzuerkennen. Zugleich von patriotischem und

---

[1]) Joh. G. Rist, Lebenserinnerungen, I, 266.

[2]) Fournier, Napoleon, II, 11.

[3]) Heigel, Ueber handschriftliche Aufzeichnungen des bairischen Staatsrats Clemens v. Neumayr; Forschungen zur bairischen Geschichte, Jahrg. 1907.

[4]) Thiers, IV, 298.

persönlichem Zorn ergriffen und von der Ueberzeugung beseelt, daß durch kühl berechnende Einsicht, begeisterten Schwung und festen Willen auch das scheinbar Unmögliche zu bewältigen sein werde, beschloß er, den Meeresarm zwischen Frankreich und England zu durchschreiten, wie er vor Jahren den eisbedeckten St. Bernhard überstiegen hatte. Eine jener Armeen, die bereits halb Europa besiegt hatten, sollte auf die Inseln hinübergeworfen werden, um das übermächtige Britenreich zu demütigen. Wenn er noch fortfuhr, dem englischen Kabinett friedliche Angebote zu übermitteln, so geschah es nur, um Zeit für die Rüstungen zu gewinnen und den auf offener See befindlichen französischen Schiffen die Rettung zu ermöglichen. Auch den gehässigen Schein des Friedensbruches brauchte er nicht auf sich zu nehmen: am 16. Mai verkündete König Georg dem Parlament den Abbruch der Verhandlungen. Nur die Notwehr dränge ihm die Waffen auf, konnte Bonaparte dem deutschen Reichstag versichern. „Frankreich, in Interessen und Neigungen einig mit seiner Regierung, vertraut auf die Gerechtigkeit seiner Sache und auf seinen Mut; es weiß, daß die öffentliche Meinung und der günstige Erfolg für diejenige Macht sein werden, die niemals zu den Waffen gegriffen hat, außer wenn es galt, ihre Ehre oder feierliche Verpflichtungen zu verteidigen.“ [1])

Zunächst sollten nach Bonapartes Plan den englischen Schiffen alle Küsten des Festlands von Dänemark bis zum Adriatischen Meer verschlossen werden; zu diesem Zweck wurden in Holland, Frankreich und Italien die erforderlichen Truppen zusammengezogen, die Flußmündungen versperrt, die Häfen befestigt. Die Vorteile der Blockade wurden aber dadurch aufgewogen, daß England durch seine Uebermacht zur See in stand gesetzt war, den festländischen Schiffen jeglichen Handelsverkehr zu wehren und holländische, spanische und französische Kolonien sich anzueignen. Im Kampfe zweier Gegner, von denen jeder auf einem Element die Oberhand hatte, konnte ein entscheidender Sieg nur demjenigen zufallen, der auch das vom Nebenbuhler beherrschte Element zu unterwerfen vermochte. Dieses Problem faßte Bonaparte denn auch ernstlich ins Auge; er beschloß, über den Kanal zu setzen und den Streit in London zum Austrag zu bringen. Die erforderlichen Ueberfahrtsmittel ausfindig zu machen und sicher zu stellen, darauf konzentrierte er die ganze wunderbare Kraft seines Geistes. Bei Boulogne sollte eine imposante Armee gesammelt, von dort aus das große Unternehmen in allen seinen Teilen vorbereitet werden.

Ehe aber eine Landung bewerkstelligt werden konnte, sollte ein Angriff auf die englische Macht an der jetzt schon verwundbaren Stelle erfolgen.

Hannover war mit Großbritannien nur durch Personalunion verbunden; Verfassung und Verwaltung des Kurfürstentums waren von den englischen Einrichtungen ebenso streng geschieden, wie die beiderseitigen Interessen. Wenn unter den zwei ersten Georgen eher von einer hannoverschen Beeinflussung englischer Politik gesprochen werden konnte, als umgekehrt, so hatte sich dies unter Georg III. geändert, doch auch von ihm wurde die Selbständigkeit des deutschen Staates immer respektiert. Wie schon an andrer Stelle betont wurde, ließ

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia. Bericht Goertz' vom 17. Juni 1803.

sich dieser Regent, weil ihm die Möglichkeit geboten war, die Verhältnisse von höherer Warte zu beurteilen, in seiner äußeren und inneren Politik von würdigeren Gesichtspunkten leiten, als andere deutsche Standesgenossen. [1]) Seit dem Frieden von Basel befanden sich die hannoverschen Lande in eigentümlicher Lage. Der Landesherr lag als König von Großbritannien noch mit Frankreich im Kriege; ein förmlicher Anschluß an den preußischen Friedensvertrag war also nicht möglich. Andrerseits erstreckte sich die Demarkationslinie zur Abgrenzung des neutralen Nordens auch auf den größten Teil der deutschen Lande des Königs-Kurfürsten. Es wurde also der Ausweg gewählt, „dem Baseler Frieden zu acquiescieren"; es bestand für Hannover eine Art Waffenruhe, die ihren Ausdruck fand in der gemeinsam von preußischen und hannoverschen Truppen durchgeführten Besetzung der Demarkationslinie. Nach Abschluß des Reichsfriedens wurde diese Armee aufgelöst.

Nach Ausbruch der Feindseligkeiten veröffentlichte die englische Regierung eine Erklärung, welche darauf berechnet war, den Krieg vom Kurfürstentum Hannover abzulenken. Der deutsche Kurfürst und Reichsstand sei an den zwischen England und Frankreich aufgewachsenen Mißhelligkeiten völlig unbeteiligt; Kurfürst Georg gebe sich im Hinblick auf den von ihm selbst geförderten Friedensschluß mit Frankreich der Hoffnung hin, daß seinen deutschen Landen in einem dem deutschen Reiche fremden Kriege keine Kränkung widerfahren werde, wie auch er selbst in dieser reichsständischen Eigenschaft die gewissenhafteste Neutralität beobachten werde. [2])

Wird sich Bonaparte durch den Reichsfrieden abhalten lassen, in das deutsche Kurfürstentum König Georgs III. seine Waffen zu tragen? Diese Frage wurde, als am Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und England nicht mehr zu zweifeln war, mit äußerster Bestürzung in Hannover, nicht ohne Aengstlichkeit in Berlin erwogen. Es ließ sich im Ernst kaum annehmen, daß Bonaparte aus Gründen staatsrechtlicher Natur Bedenken tragen werde, den Gegner auch da zu fassen, wo er am gefahrlosesten anzugreifen war. Schon während des Siebenjährigen Krieges hatte Ludwig XV. den Krieg mit England nach Hannover hinübergespielt; freilich ließ sich, da Frankreich mit dem Kaiser verbündet war, jenem Ueberfall das Ansehen einer Hilfeleistung für Kaiser und Reich geben. Von der Reichsleitung hatte Bonaparte keine ernsthafte Abwehr zu befürchten; die auf kümmerliche Beiträge der Landschaft für Sold und Unterhalt angewiesene hannoversche Armee war wenig zahlreich und mangelhaft ausgerüstet; dagegen mußte Preußen, wenn es wirklich als Schutzherr der politischen und militärischen Interessen des deutschen Nordens gelten wollte, um jeden Preis verhindern, daß das Nachbargebiet von den Franzosen als Feindesland besetzt werde. „Damals hätte der König von Preußen," so wird die Lage auch von dem geistvollen französischen Geschichtschreiber der Kabinettspolitik des napoleonischen Zeitalters, Le Febvre, beurteilt, „den kraftvollen Entschluß fassen müssen, beim ersten Kanonenschuß auf dem Meere seine Truppen nach Hannover zu werfen

[1]) Ompteda, Die Ueberwältigung Hannovers durch die Franzosen, I, 7.

[2]) Preuß. Staatsarchiv, Acta comitialia. Memorandum der englischen Regierung vom 25. Mai 1803.

und das Land für die Dauer des Krieges in Verwahrung zu nehmen, wie er es zwei Jahre vorher sich erlaubt hatte. ... Der Erste Konsul würde darob in heftigen Zorn geraten sein, würde drohend die Stimme erhoben haben, aber weiter wäre er nicht gegangen; er kannte zu gut die verwundbaren Stellen seiner Position; er wußte zu gut, daß er Preußen schonen müsse, um es nicht in die Arme seiner Feinde zu treiben. Durch eine kräftige, entschlossene Haltung würde sich Friedrich Wilhelm in der Meinung der Welt gehoben haben; es wäre den Höfen klar geworden, daß dieser Fürst, ebenso fest wie friedliebend, keinem, auch nicht dem Mächtigsten, gestatten wolle, Staaten anzugreifen, deren Schutz er übernommen hatte." [1])

Am 20. März erstattete General Duroc in Berlin Anzeige, daß der Erste Konsul, falls der Krieg mit England ausbrechen sollte, das Kurfürstentum Hannover und die Mündungen der Weser und Elbe sperren wolle. „Wenn der König von England," schrieb Bonaparte gleichzeitig an Friedrich Wilhelm, „was ich noch immer nicht annehmen kann, auf so unangemessene Weise sein Wort bricht und wenn es darüber zum Kriege kommt, steht mir das Recht zu, den Feind überall anzugreifen, wo sein Banner weht und wo ich ihn erreichen kann." Preußen möge also zu vorübergehender Besetzung Hannovers freundliche Zustimmung geben. [2]) Die Entscheidung des Berliner Hofes war von höchster Wichtigkeit. Wenn es dem Ersten Konsul gelang, Preußen für sich zu gewinnen, war ihm ein vollkommener, glänzender Erfolg gesichert. Preußen konnte 200000 Mann ins Feld stellen; überdies verfügte es über den größten Teil der Streitkräfte Norddeutschlands; die Hansastädte, Mecklenburg, Hessen, Braunschweig, Sachsen waren mehr oder weniger freiwillig von Preußens Politik abhängig. Wenn Frankreich eine so starke kriegerische Kraft sich dienstbar gemacht hätte, wäre ihm die Feindschaft des übrigen Europa nicht mehr gefährlich gewesen; vermutlich hätten England und Rußland gar nicht gewagt, so übermächtigen Gegnern entgegenzutreten. Andrerseits wäre es, wenn Preußen entschlossen und rückhaltlos die Bekämpfung des immer drohender sich aufrichtenden Bonapartismus aufgenommen hätte, selbst einem Bonaparte kaum möglich gewesen, dem geeinten legitimistischen Europa auf die Dauer zu widerstehen. Preußen glich noch immer einem unvollendeten Gebäude; es mußte danach trachten, gesicherte Grenzen, ein abgeschlossenes Gebiet, eine beträchtliche Vermehrung der Bevölkerung und der Einnahmen zu erreichen. Dies ließ sich als Belohnung eines Bündnisses mit Frankreich eher erhoffen, als bei thatenloser Neutralität oder auch bei Zusammengehen mit den Ostmächten. Durfte man aber einem Machthaber, der schon jetzt das halbe Abendland beherrschte oder doch beeinflußte, zu neuem Siege verhelfen? Konnte nicht die Jagd nach reicherem Erwerb auch den gegenwärtigen Besitz gefährden? War nicht zu befürchten, daß sich bei noch weiterer Ausdehnung und Befestigung der Macht-

[1]) Le Febvre, Histoire des cabinets de l'Europe pendant le consulat et l'empire, I, 284.

[2]) Lettre au Roi de Prusse, d. d. 11. mars 1803; Correspondance de Napoléon, VIII, 237.

stellung Bonapartes das für den Augenblick nutzbringende Freundschaftsverhältnis in schimpfliche Abhängigkeit verwandeln werde?

Alle diese Hoffnungen und Besorgnisse hatten in Berlin Anhänger.

Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß Haugwitz im allgemeinen die Tendenz verfolgte, den preußischen Staat nur durch diplomatische Künste, durch Vermitteln und Verschleiern, Versprechen und Verschieben zu halten und zu heben, doch konnte auch er sich nicht verhehlen, daß in so kritischem Augenblick die ruheselige Politik aufgegeben, die ganze Kraft eingesetzt werden müsse, um eine sonst unvermeidliche Schwächung des Ansehens zu verhüten.[1]) Demgemäß forderte er den König auf, den Franzosen mit rascher Besetzung Hannovers zuvorzukommen. Dagegen riet Kabinettsrat Lombard von so übereilten Schritten ab, denn wie könnte man ohne Erröten den Franzosen das Recht zur Besetzung Hannovers absprechen, da doch eben erst die preußischen Truppen das auf Andringen Rußlands besetzte Kurfürstentum geräumt hätten?[2]) Bonaparte dürfe nicht gereizt werden, denn von Frankreichs Freundschaft sei alles zu erhoffen, von Frankreichs Haß alles zu fürchten; das Beste wäre also, offen und rückhaltlos an die erste Macht des Festlands sich anzuschließen, sie zugleich zu unterstützen und im Zaume zu halten.

Friedrich Wilhelm konnte sich aber weder zum Bündnis mit Frankreich aufraffen, weil es ihn kränkte, daß französische Truppen in ein unter preußischem Schutze stehendes deutsches Land einrücken wollten, noch zu entschlossenem Auftreten gegen Bonaparte, dessen stolzer Unternehmungsgeist den immer Bedächtigen und Bedenklichen einschüchterte. Vor drei Jahren hatte er sich zum Entschluß durchgerungen, Hannover gegen fremden Einfall zu schützen; damals hatte aber Rußland den Schritt begünstigt und gefordert; jetzt war das russische Ministerium „wegen verdächtiger arrière-pensées des Berliner Hofes" einer preußischen Occupation abgeneigt, und der König wußte noch nicht, daß in der Seele des Zaren die Bewunderung Bonapartes bereits verblichen war. Die Berliner Politik beschränkte sich also darauf, den Ausbruch offener Feindseligkeiten möglichst hinauszuschieben und nach allen Seiten zugleich Vorstellungen und Anerbietungen zu machen.[3]) Der König hoffte auf solche Weise Bonaparte von der angekündigten Besitznahme Hannovers und von Blockierung der Mündungen der Elbe und Weser zurückzuhalten. Das Berliner Kabinett erbot sich sogar zu Gewährleistung der Sicherheit Hannovers, wenn England der preußischen Flagge die Neutralitätsgrundsätze von 1781: Frei Schiff, frei Gut! einräumen würde. Doch das Werben blieb hier wie dort erfolglos. Im Mai konnte es nur noch als eine Frage der Zeit gelten, wann der Krieg zwischen Frankreich und England ausbrechen werde.

Endlich entschloß man sich in Hannover, wo man schon den heißen Atem des kampfbereiten Gegners fühlte, die blinde Preußenfurcht aufzugeben und den Nachbar um Hilfe anzugehen. Der hannoversche Major von der Decken wurde

[1]) M. Duncker, Graf Haugwitz und Freiherr v. Hardenberg; Preuß. Jahrbücher, Jahrg. 1878, 571.

[2]) Lombard, Matériaux pour servir à l'histoire des années 1805—1807, 96.

[3]) Bailleu, Preußen und Frankreich, 2. Bd., XXX.

nach Berlin geschickt, um mit Preußen „eine Einleitung wegen der Verteidigung Sr. Majestät deutschen Lande zu treffen, und zwar mit der vertraulichsten Zuziehung und Beiwirkung des russischen Gesandten v. Alopäus, entweder bloß durch kräftige Verwendung, Deklaration oder eine gemeinschaftliche Armierung, äußersten Falles durch eine Besetzung Hannovers durch preußische Truppen". Auf der Reise nach Berlin besuchte von der Decken den Herzog von Braunschweig. „Sie werden in Berlin nichts erreichen," sagte Karl Wilhelm, „man ist dort in großer Furcht über die Invasionspläne Napoleons und wünscht sie zu hintertreiben, aber den Weg der Gewalt wird man nicht zu beschreiten wagen, und mit Güte läßt sich bei den Franzosen nichts ausrichten!" So kam es auch. Haugwitz bezeigte den besten Willen, erklärte aber, das Benehmen des russischen Hofes mache es dem preußischen unmöglich, seine Teilnahme am Schicksal des Nachbarstaates anders als durch Verhandlungen an den Tag zu legen. Friedrich Wilhelm war verletzt durch die Abweisung seiner Vermittlung in London. „Wie unrecht thut man uns, wenn man uns Absichten auf das Hannoversche zutraut!" Wenn Lord Hawkesbury auf die Vorstellungen Jacobis trocken erwidert habe, das Schicksal Hannovers dürfe die Entschließungen der Krone England in keiner Weise beeinflussen, so könne um so weniger von Preußen verlangt werden, daß es um der Rettung Hannovers willen die Rache Frankreichs auf sich ziehe. Die Hannoveraner könnten also nichts Besseres thun, als den drohenden Besuch durch eine Summe Geldes abzuwenden; diplomatische Unterstützung in Paris werde der König gern gewähren; zu selbthätiger Einmischung fehle ihm das „strikte Recht". Hoch befriedigt, daß er nicht zu handeln brauche, gab sich Friedrich Wilhelm immer noch den Anschein, als ob er an die Besetzung Hannovers nicht glaube. „Das viel gemißbrauchte Bild vom Vogel Strauß, der den Kopf in den Sand steckt, drängt sich unwillkürlich auf." [1]) Umsonst versuchte Haugwitz nochmals, dem Monarchen klarzumachen, daß eine französische Heeresmacht in Hannover auch eine Gefahr für Handel und Verkehr der eigenen Unterthanen, ja sogar auch für die Sicherheit des Landes bedeute, daß eine Schädigung des preußischen Ansehens in Deutschland unvermeidlich sei. Der König legte zwar seinen militärischen Ratgebern die Frage vor, ob sie zur Sicherung Preußens und der Hansastädte umfassendere Rüstungen für notwendig erachteten, allein Oberst v. Köckritz, der Generaladjutant des Königs, und seine Kollegen erklärten, wie es der König wünschte: die Lage sei keineswegs gefährlich und erfordere höchstens die Aufstellung schwacher Truppenteile an der Grenze gegen Hannover. [2])

Während in Preußen noch für und wider die Intervention Erklärungen abgegeben wurden, überschritt General Mortier mit 16000 Mann am 26. Mai die Grenzen der Grafschaft Bentheim; dann rückte er, um nicht preußisches Gebiet zu berühren, durch Besitzungen des Herzogs von Aremberg nach Hannover vor. Es ist bezeichnend für die deutschen Verhältnisse, daß die beiden deutschen Reichsfürsten, die eine Gebietsverletzung zu beklagen hatten, in Paris lebten; sie begnügten sich gern mit der Zusicherung, daß ihr Land als „pays ami" be-

[1]) Ulmann, 67.
[2]) Bailleu, 2. Bd., XXXIII.

handelt werden sollte. Der bentheimsche Regierungsrat Postel meldete nach Hannover, die eingerückte Kolonne werde nur auf 15—16000 Mann geschätzt, sei aber nur die Vorhut einer Armee von 60000 Mann, die in den nächsten Tagen unmittelbar ins Hannoversche marschieren werde.[1]) Gleichzeitig mit dieser Schreckensnachricht traf Major von der Decken in Hannover ein; auch was von ihm berichtet wurde: Von der Vormacht des deutschen Nordens ist keine Hülfe zu erwarten! konnte nur niederschlagend wirken.

Umsonst hatte der hannoversche Kriegsrat v. Ompteda den Einmarsch der Franzosen durch Vorstellungen bei dem französischen Gesandten Laforest abzuwenden versucht. Den Zusammenhang zwischen Hannover und England leugnen zu wollen, hatte Laforest erwidert, sei nur eine Sophisterei. Seit dem vor Toulon erlittenen Unfall sei die französische Flotte nicht mehr im stande, sich mit der englischen zu messen; es bleibe also der Republik nichts anderes übrig, als den Krieg gegen England mit allen erreichbaren Mitteln zu führen. „Es kann uns nicht genügen, daß unsere Armee an der Schwelle des feindlichen Landes steht, sie muß bis zum Speicher vordringen und in den Keller hinabsteigen!" Ompteda hatte zur Belohnung für freundliche Dienste des Gesandten eine mit Brillanten besetzte Dose mitbekommen; er konnte das kostbare „Präsent" in der Tasche behalten, aber — die Franzosen rückten in Hannover ein.[2])

An Verteidigung des Landes durch die eigenen Truppen war nicht zu denken. Erst ein Reskript König Georgs vom 8. April hatte in Hannover Rüstungen angeordnet; sie sollten aber nur insgeheim durchgeführt werden, damit nicht „Ombrage gegeben werde".[3]) Die etatsmäßige Stärke der Armee betrug etwa 11000 Mann Fußvolk, 4100 Mann Reiterei und 7 Batterien; zur Zeit standen aber nur 12000 Mann zur Verfügung. Das immer wieder nacherzählte Geschichtchen, das Ministerium habe den ausrückenden Truppen befohlen, sie möchten sich des Bajonetts „nur mit Moderation bedienen", scheint eine Legende zu sein, doch thatsächlich fehlte es den maßgebenden Kreisen in beklagenswerter Weise an Selbstvertrauen und Thatkraft. Feldmarschall Graf Wallmoden war ein vollendeter Grandseigneur des alten Regime, unübertroffen als Hofmann, aber kein Feldherr und kein Soldat, während Mortier zu den tüchtigsten Führern der französischen Streitmacht zählte. Es war nicht bloß wohlberechnete Zurückhaltung, sondern die Handlungsweise eines körperlich und geistig völlig gebrochenen Mannes, daß Wallmoden nach einigem Reitergeplänkel, weil er in Gegenwehr eine „wahre Tollheit" erblickte, den Rückzug hinter die Weser anordnete. Umsonst versuchten hannoversche Deputierte dem französischen Befehlshaber klarzumachen, daß ein Krieg der Krone England das Kurfürstentum gar nichts angehe, umsonst stellten sie in Aussicht, die Mündungen der Flüsse den Franzosen zu überliefern. Mortier erklärte, er habe sich auf staatsrechtliche Distinktionen nicht einzulassen; für ihn gebe es lediglich den Befehl des Konsuls: „Marschieren Sie, packen Sie die hannoversche Armee fest an und

[1]) Hassell, Das Kurfürstentum Hannover vom Baseler Frieden bis zur preußischen Occupation im Jahre 1806, 221.

[2]) Ompteda, 134.

[3]) Ebenda, 38.

zwingen Sie die Leute zur Niederlegung der Waffen." Er forderte bündig Unterwerfung des Landes und Kriegsgefangenschaft der Armee, „was wegen der erdrückenden Uebermacht der französischen Republik der hannoverschen Waffenehre gar nicht nachteilig sein könne."[1]) Die Abgeordneten hatten von der feindlichen Armee so gut wie nichts gesehen, allein das entschiedene Auftreten des Franzosen ließ sie glauben, daß ihm ausreichende Mittel zu Gebote ständen, seinen Willen durchzusetzen. Nach vielem Hin und Wider ließ sich Mortier auf eine Konvention ein: der hannoverschen Armee sollte gestattet werden, sich hinter die Elbe zurückzuziehen, während es bei der Occupation des Landes sein Bewenden haben müsse. Am 3. Juni wurde in dem kleinen Flecken Sulingen an der Weser ein Vertrag abgeschlossen, der dem Kurfürstentum eine Reihe harter Bedingungen auferlegte. Die hannoverschen Truppen sollten hinter die Elbe zurückgezogen, Waffen, Pferde, Geschütze, Festungen den Franzosen ausgeliefert werden; die Verwaltung des Landes und die Erhebung der Abgaben wurden französischen Behörden übertragen, dagegen sollten Sicherheit der Personen und des Privateigentums, sowie freie Ausübung des Gottesdienstes der verschiedenen Bekenntnisse gewährleistet werden. Von einigen besonders demütigenden Forderungen Mortiers: Auslieferung der englischen Soldaten und Agenten, Abreißung der königlichen Wappen 2c. wurde auf Bitten der Unterhändler abgesehen, dagegen mußte noch bewilligt werden, daß Besoldung, Bekleidung und Remontierung der Occupationstruppen von Hannover übernommen, hannoversche Offiziere und Soldaten zur Auswechslung von Franzosen in englischer Kriegsgefangenschaft verwendet werden sollten.[2]) Am Tage nach Abschluß der Konvention — natürlich nur zufällig war es der Geburtstag Georgs III.! — zogen die Franzosen in die Hauptstadt Hannover ein. Das Kurfürstentum war wehrlos in die Hände eines erbarmungslosen Feindes geliefert.

Natürlich war der Sulinger Vertrag dem Ersten Konsul genehm, wenn er ihn auch nicht sofort bedingungslos annahm. Er verlangte, daß vorher Seine britannische Majestät das Abkommen ratifiziere. Dazu wollten sich aber weder das Kabinett von St. James, noch der König verstehen. Georg konnte unmöglich ein Abkommen billigen, das den Herrn Frankreichs förmlich als zeitweiligen Besitzer des Kurfürstentums anerkannte und ihm das Recht einräumte, dem englischen Seeverkehr die wichtigsten Strommündungen zu verschließen und die Kriegführung Englands in bedrohlicher Weise zu beschränken. Georg selbst war über das Unglück seiner deutschen Unterthanen aufrichtig betrübt; dagegen nahmen die Briten geringen Anteil am Schicksal Hannovers. Als im Unterhaus Unterstützungen für das abgesetzte Haus Oranien beantragt wurden, höhnte Sir Francis Burdet, man werde sich wohl demnächst auch mit einer Entschädigung des Kurfürsten von Hannover zu beschäftigen haben, und der unpassende Scherz rief allgemeine Heiterkeit wach.[3]) Die Hülfe Englands beschränkte sich auf diplomatische Vorstellungen und Proteste. Lord Hawkesbury bemühte sich nochmals, der französischen Regierung auseinanderzusetzen, daß König Georg und Kurfürst Georg

[1]) Ompteda, 148.

[2]) Ein Faksimile der Konvention bei Ompteda, Anhang XIII.

[3]) Ebenda, 186.

zwei verschiedene Personen seien, deren Politik nichts miteinander gemein habe. Als Kurfürst von Hannover wolle Georg den Sulinger Bedingungen getreulich nachkommen, den König von England gehe die Sache nichts an. Damit war aber Bonaparte nicht zufrieden. Es erging Weisung an das französische Kommando zum Angriff auf die hannoversche Armee, die sich ins Lauenburgische zurückgezogen hatte. Die Hannoveraner, in denen der alte niedersächsische Schlachtenmut nicht erstorben war, brannten vor Begierde, die schimpfliche Sulinger Handelschaft am Feinde zu rächen. Auch günstigere Aussicht auf auswärtige Hülfe hatte sich eröffnet. Nach neueren Berichten sollte Zar Alexander nicht bloß den Widerstand gegen eine preußische Besetzung Hannovers aufgegeben, sondern dem König von Preußen so viel russische Truppen, wie er haben wolle, angeboten haben. Es galt also nur, im Lauenburgischen sich so lange zu behaupten, bis die Vermittlung der befreundeten Höfe wirksam würde.[1]) Das Beispiel eines entschlossenen Widerstandes würde, meint Häusser, „die Größeren aufgerichtet und vielleicht den Anstoß zu einem Weltkrieg gegen Napoleon gegeben haben, der sich doch nicht mehr lange abwenden ließ."[2]) Jedenfalls hätten, wenn man dem Feinde mutig entgegengetreten wäre, günstigere Bedingungen erlangt werden können. Thatsächlich wurde auch ein Verteidigungsplan entworfen, die erste französische Aufforderung zur Waffenstreckung abgelehnt. General Mortier befand sich mit seinen zu ernstem Angriff gar nicht geeigneten Streitkräften sogar in recht schwieriger Lage, — hatte doch Konsul Bonaparte selbst vor dem Preußen Lombard den Einfall des französischen Häufleins in Hannover mit einem tollen Bubenstreich verglichen![3]) Trotzdem bestand Mortier auf vollständiger Auflösung der in starker Stellung konzentrierten hannoverschen Armee. Die Unerschrockenheit des Gegners und die Meuterei von ein paar hundert Reitern im eigenen Heere wirkten auf Feldmarschall Wallmoden so beängstigend und lähmend, daß er jeden Gedanken an Widerstand aufgab. Am 5. Juli morgens ritt er aus dem Lager. Seine Offiziere glaubten nicht anders, als daß er die Verteidigungsanstalten am Elbeufer besichtigen wolle, und bereiteten sich, als von dorther Kanonenschüsse dröhnten, auf ein Treffen vor. Die Schüsse hatten aber einem Segelboot gegolten, in welchem Mortier sich dem deutschen Ufer näherte; es war von Wallmoden verabsäumt worden, die hannoverschen Strandbatterien von der verabredeten Zusammenkunft zu verständigen. Erstaunt und bestürzt sahen die hannoverschen Offiziere, wie ihr Feldmarschall zu dem feindlichen Schiffe und dann auf diesem nach Artlenburg auf dem jenseitigen Ufer hinüberfuhr. Hier wurde ein Vertrag vereinbart, der wenigstens für die Armee eine wesentliche Verschärfung der Sulinger Zugeständnisse enthielt. Wie vor 50 Jahren die Mutlosigkeit des Herzogs von Cumberland die Kapitulation von Zeven verschuldet hatte, so war die tapfere hannoversche Armee abermals durch die Unfähigkeit Wallmodens und die kraftlose Politik der herrschenden Adelskreise zu schimpflicher Unterwerfung gezwungen. Sie wurde entwaffnet und mußte sich auflösen. Ein großer Teil der Soldaten, insbesondere der Offiziere ging nach England. Als

[1]) Hassell, 280.
[2]) Häusser, II, 442.
[3]) Ompteda, 301.

„deutsche Legion" haben sie später am Feldzug in Spanien und 1815 an den Entscheidungskämpfen in Belgien meist siegreich, niemals unrühmlich teilgenommen.

Für den Zusammenbruch Hannovers wurde im ganzen Reiche die zaghafte, zweideutige Politik des Berliner Hofes verantwortlich gemacht. „Was wäre von Preußen zu erwarten!" spottet eine Flugschrift, „huldigt es doch schon seit acht Jahren den Grundsätzen des jungen Clitipho im Terenzischen ‚Selbstquäler': ‚Nur dem Genuß des Augenblicks zu leben, sich nicht zu sorgen um die künft'ge Zeit!'" [1]) Noch stärkeren Eindruck als solche Kundgebungen der Entrüstung mußten in Berlin die Vorstellungen Rußlands machen. Wie oben berichtet wurde, hatte sich die russische Regierung, weil sie in Preußen einen geheimen Verbündeten Frankreichs erblickte, gegen eine preußische Besetzung Hannovers ablehnend verhalten; durch die Haltung des Grafen Haugwitz ermutigt, beantragte sie aber im Monat Juni Zusammengehen Preußens und Rußlands zur Abwehr der Vergewaltigung Hannovers und insbesondere zur Sicherung der Hansastädte. Auch Haugwitz richtete wieder an den König dringende Mahnung, die Bedrohung der auf preußischen Schutz angewiesenen Nachbargebiete, sowie des Handelsverkehrs der eigenen Unterthanen nicht länger unthätig mitanzusehen, sondern mit Rußland, Sachsen, Hessen und Dänemark gegen die immer furchtbarer anwachsende Uebermacht Frankreichs in Bund zu treten. Friedrich Wilhelm war jedoch seinem ruheseligen „System" nicht abwendig zu machen. Die Besetzung Hannovers, erklärte er, enthalte keine Gefahr für Preußen; es genüge, daß Frankreich das Versprechen gebe, den Handel auf Elbe und Weser nicht zu stören. Doch auch einer durch Lucchesini übermittelten Einladung zu einem Bündnis mit Frankreich wich er aus; eine Frage von so großer Wichtigkeit, ließ er am 6. Juni durch Lombard erwidern, könne er auf der Reise — er besuchte gerade seine fränkischen Provinzen — nicht erledigen. [2]) „Die russischen Erklärungen," schrieb er an Haugwitz, „sind überaus wertvoll; sie gewähren mir die Sicherheit, daß ich in dem Augenblick, wo es nicht mehr zweifelhaft ist, welches Uebel man wählen muß, über alle Mittel meines mächtigen Bundesgenossen verfügen kann. Doch vor einer solchen Verständigung muß ich erst mit mir selbst zu Rate gehen; ich muß mir vor Augen halten, was ich thun will, und muß künftig alles meiden, was jetzt dank dem raschen Wandel der Dinge schon der Geschichte der jüngsten Zeit angehört, d. h.: ich muß eine Politik vermeiden, welche die Ereignisse abwartet, um danach Richtung und Pflicht einzurichten, eine Politik, welche sich von den Ereignissen überrumpeln läßt. Ihnen will ich anvertrauen, daß ich unter den gegebenen Verhältnissen nur dann zu den Waffen greifen will, wenn die Franzosen preußisches Gebiet angreifen. Dann erst wird es mir obliegen, den Beweis zu liefern, ob ich die von der Pflicht mir aufgenötigten Waffen so zu gebrauchen verstehe, wie es meiner Machtstellung und meinem Rang entspricht. Bis dahin will ich vereinzelten Uebergriffen unserer unruhigen Nachbarn nur mit diplomatischen Mitteln entgegenwirken." [3])

Ein Rundschreiben belehrte die preußischen Gesandten, welche Stellung die

[1]) Hannover, wie es war, ist und werden wird (1804), XIII.

[2]) Bailleu, II, 152, 155.

[3]) Ebenda, 159.

Regierung in der hannoverschen Angelegenheit bisher eingenommen habe und fortan festzuhalten gedenke. Alle Schuld an der verhängnisvollen Wendung trage die englische Regierung, welche das Anerbieten Preußens, gegen Zusage neutraler Schiffahrt und Handlung im Kriege die Sicherheit der hannoverschen Staaten zu gewährleisten, unfreundlich abgelehnt und jeden Zusammenhang englischer und hannoverscher Interessen abgeleugnet habe. Auch das hannoversche Ministerium habe lange Zeit in völliger Verblendung nicht für, sondern gegen preußische Einwirkung gearbeitet und auf solche Weise die traurige Katastrophe selbst auf sich gezogen. Unter solchen Umständen könne Preußen nur noch darauf sein Augenmerk richten, die französische Besitznahme Hannovers für das übrige nördliche Deutschland möglichst unschädlich zu machen und insbesondere für Sicherheit und freies Kommerz der Hansastädte zu sorgen.[1])

Nur mit „diplomatischen Mitteln" war aber gegen den Ersten Konsul und seine Leute nichts auszurichten. Noch im Juni wurden trotz aller Vorstellungen der preußischen Diplomaten Cuxhaven und das hamburgische Amt Ritzebüttel von den Franzosen besetzt. Es folgten noch andere Gewaltmaßregeln, die eine offene Verletzung der Neutralität der Hansastädte bedeuteten. Auch der peußische, insbesondere der schlesische Handel wurde durch Störungen der Schiffahrt auf Elbe und Weser empfindlich geschädigt. Angesichts der neuen Verluste und Gefahren richtete Haugwitz nochmals eine Denkschrift — „vielleicht die bedeutsamste, die je aus seiner Feder geflossen ist",[2]) — an den König. Alle Bemühungen, die Franzosen von weiteren Gewaltthaten zurückzuhalten, so legte er dar, seien vergeblich gewesen; der Plan Bonapartes, die Engländer gänzlich von Nordsee und Sund auszuschließen, werde nicht bloß den Bruch zwischen Rußland und Frankreich herbeiführen, sondern Preußen selbst in gefährliche Lage bringen; die Regierung müsse sich also für alle Fälle wappnen; erst die Mobilisierung der preußischen Streitmacht werde den Vorstellungen des Königs in Paris vielleicht williges Gehör schaffen.

Die Worte des Ministers klingen entschieden und entschlossen, allein es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn er, zu dem Bundesanerbieten Bonapartes übergehend, auch dafür eine Empfehlung findet. „Man betrachtet ein solches Bündnis für unvereinbar mit den Grundsätzen des Friedens und der Neutralität, die das System der preußischen Regierung bilden, allein der Fall läge anders, wenn es sich nur darum handeln würde, durch einen solchen verbindlichen und förmlichen Akt dem Ersten Konsul Sicherheit zu gewähren, daß Preußen im Laufe des gegenwärtigen Krieges keinesfalls mit England oder anderen Mächten Verpflichtungen mit feindlicher Spitze gegen Frankreich eingehen wolle." [3]) Unter allen Umständen aber müsse die unthätige Haltung aufgegeben werden, damit Preußen nicht etwa plötzlich, ohne einen Freund an der Seite zu haben, den Kampf um die eigene Selbständigkeit aufnehmen müsse.

Das ernste Mahnwort scheint nun doch Eindruck auf den König gemacht zu

[1]) Preuß. Staatsarchiv, Acta comitialia. Erlaß des preuß. Ministeriums vom 18. Juni 1803.

[2]) Bailleu, 2. Bd., XXXVIII.

[3]) Ebenda, 176.

haben; er wollte nochmals den Versuch machen, Bonaparte von weiteren Uebergriffen auf deutschem Boden abzuhalten. Allein der Vertrauensmann, den der König an den Konsul abordnete, war bezeichnenderweise Lombard, das Oberhaupt der französischen Partei in Berlin. Am 23. Juli hatte Lombard in Brüssel eine Unterredung mit Bonaparte. Wohl konnte auch dem Französling nicht entgehen, daß Bonaparte trotz aller schmeichelhaften Versicherungen gegen Preußen sein selbstherrliches Vorgehen im deutschen Norden keineswegs aufgeben, daß Preußen eines Tages den Degen zu ziehen genötigt sein werde. Im gegenwärtigen Augenblick aber, meinte er, bestehe noch keine Gefahr, also auch kein Grund zum Bruch mit der vorteilhaften Freundschaft Frankreichs. „Die ehrliche Offenheit, womit der Erste Konsul die Besorgnisse abwehrte, deren Zugeständnis mich fast hätte erröten machen, sein feierliches Versprechen, gegen das Reich und den deutschen Norden nichts anderes im Schilde zu führen, als was er uns schon vor drei Monaten kundgegeben hat, die freimütige Aufklärung über die Stärke der französischen Truppen, die er dem Marquis Luccheſini zu teil werden ließ, Alles, was er mit mir gesprochen hat, der Ton der Wahrhaftigkeit, den ein Mann wie er nur anschlägt, wenn ihn wirklich sein Herz dazu drängt, das Gepräge der Freundschaft, das alle seine Gespräche tragen, sobald es sich um Preußen und um Eure Majestät handelt, — dies alles nötigt mir die Ueberzeugung auf, daß Eure Majestät durch Ihr friedliches und ruhiges System dem Charakter dieses Mannes einen gerechten Tribut gezahlt haben. Wenn es mir erlaubt ist, eine eigene Meinung zu haben, so möchte ich glauben, daß dies alles Sie einladet, dem bewährten System auch ferner treu zu bleiben . . ." [1]) Nach Lombards Rückkehr sprach Bonaparte dem König besonderen Dank aus, daß ihm Gelegenheit gegeben worden sei, einen so hervorragenden Staatsmann kennen zu lernen. „Wie schmerzt es mich," fügt er hinzu, „daß die gegenwärtigen Waffenhändel einige Mächte und sogar einige Individuen am preußischen Hofe beunruhigt haben!" Der Besetzung Hannovers habe doch der König selbst zugestimmt; Cuxhaven habe aus militärischen Gründen unbedingt besetzt werden müssen. „Frankreich thut nichts anderes, als was in ähnlicher Lage Eure Majestät selbst thun würden; es nimmt in Anspruch, was es zu beanspruchen das Recht hat, aber es wird sich nichts erlauben, wobei ihm nicht das Recht zur Seite steht." [2]) Doch die tröstlichen Worte Bonapartes konnten nicht übersehen lassen, daß er in seiner Kriegführung nicht die mindeste Rücksicht auf die neutralen Staaten nahm. Ein Vorschlag des Königs, er wolle Frankreich gegen jeden Angriff Oesterreichs decken, wenn die Besatzungstruppen in Hannover nicht mehr vermehrt, Cuxhaven und Ritzebüttel geräumt und die Neutralen in Handel und Verkehr nicht mehr gehemmt würden, fand nicht die Zustimmung Bonapartes. Da sich inzwischen die Spannung zwischen Frankreich und Rußland gefährlich gesteigert hatte, gab sich Friedrich Wilhelm alle Mühe, in Petersburg und Paris eine Vermittlung anzubahnen. Hier wie dort verlorene Liebesmüh, denn hier wie dort wurde offener, rückhaltloser Anschluß gefordert. Dazu

[1]) Bailleu, II, 188.

[2]) Corr. de Napoléon, VIII, 424; Lettre au Roi de Prusse, d. d. 29. juillet 1803.

war aber die Einwilligung Friedrich Wilhelms nicht zu haben. So dauerten die Besetzung Hannovers, die Bedrückung der Hansastädte, die Bedrohung ganz Norddeutschlands fort. Damit schwand das preußische Ansehen, sagt der bairische Minister Graf Montgelas in seinen Denkwürdigkeiten, mehr und mehr im ganzen Reiche; die einzige Errungenschaft der unermüdlichen Geschäftigkeit der preußischen Minister seit dem Baseler Frieden, der Aufschwung Preußens zur Schutzmacht Norddeutschlands, war dahin. Das System der Neutralität war durchbrochen, dem Handel waren wichtige Verkehrsadern unterbunden, die militärische Verteidigungsfähigkeit hatte eine gefährliche Bresche. In Hannover selbst wurde der Zusammenbruch mit der Achterklärung Heinrichs des Löwen verglichen. Die hannoverschen Behörden durften zwar in ihrer bisherigen Verfassung bleiben, aber die wirkliche Regierungsgewalt war dem kommandierenden französischen General und seinen Werkzeugen übertragen. Das Land wurde unbarmherzig von den Siegern ausgesogen.[1]) Bonaparte spendete den gegen die unerhörten Kriegssteuern protestierenden hannoverschen Abgesandten tröstliche Worte: „Ich will nicht, daß das hannoversche Volk zu Grunde gerichtet werde, ich will, daß der französische Name auch bei Euch in Achtung stehe!" Doch ließ er seine Generale nach wie vor gewähren. Ja, sogar auf unmittelbaren Befehl der Konsularregierung wurden die schönen Forste ausgeplündert, um Bauholz für die französischen Kriegs- und Transportschiffe zu gewinnen.[2]) Da der Kurfürst von Hannover mit dem König von England nichts gemein hat, spottete Bonaparte, kann man unbedenklich verlangen, daß Hannover zum Krieg gegen England die Waffen herbeischafft!

Wie verhielt sich der Kaiser zu dem rechtswidrigen Ueberfall auf deutsches Land? Oesterreich war schwer verwundet hervorgegangen aus den Verhandlungen über den Frieden von Luneville; die dominierende Stellung in Oberitalien war ihm entzogen, das deutsche Kaisertum zu einem leeren Schattenbild herabgewürdigt worden. Der Kaiserstaat konnte auf die Dauer unmöglich dieses Schicksal erträglich finden, doch der Augenblick, einen Umschwung mit den Waffen anzustreben, war noch nicht gekommen. Durch die schweren Unfälle der letzten Kriege waren die Völker gereizt, die Finanzen zerrüttet, die Armee entmutigt; die Wunden der Monarchie mußten erst vernarben. Kaiser Franz war also entschlossen, sich von den Kriegsläuften in Europa so lange fernzuhalten, bis seine Heere wieder mit günstigerer Aussicht auf der Walstatt erscheinen könnten. Der Ausbruch des englisch-französischen Krieges brauchte nicht beklagt zu werden, lenkte er doch die angriffslustige Politik Bonapartes in eine andere Richtung. In auffälliger Form gab der Wiener Hof den europäischen Höfen seinen Entschluß kund, strenge Neutralität bewahren zu wollen. Die kaiserlichen Diplomaten wurden sogar zu möglichstem Entgegenkommen gegen Bonaparte, zu sorgfältiger Vermeidung jedes feindseligen Schrittes gegen die Republik angewiesen. Welcher Umschwung sich in Wien vollzogen hatte, zeigte sich bei der Uebersiedlung des

[1]) Thimme, Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover unter der französisch-westfälischen Herrschaft 1806—1813, I, 83.

[2]) Ebenda, I, 345.

Publizisten Friedrich Gentz in die Kaiserstadt. „Der durch verschiedene gegenrevolutionistische Schriften" — die Freiheitsschrift „Ueber den Ursprung und die obersten Prinzipien des Rechts" ist wohlweislich nicht erwähnt! — „berühmt gewordene preußische Kriegsrat Gentz" war dem Kaiser von Johannes Müller warm empfohlen worden. Gentz hatte vor Graf Stadion, der ihn bei seinem Aufenthalt in Berlin aufsuchte, kein Hehl daraus gemacht, daß ihm die zu Frankreich hinneigende Politik Preußens nicht mehr behage, daß er in Oesterreich „den einzigen noch aufrichtigen Vertreter der konservativen Interessen des Kontinents gegenüber dem anstürmenden Genius der Republik erblicke."[1]) Auf Stadions Betreiben hatte er darauf eine Einladung nach Wien erhalten; er sollte der kaiserlichen Regierung zur Bekämpfung des turbulenten Bonapartismus seine Feder leihen. „Ich werde," schrieb er bei seinem Uebertritt aus Preußen nach Oesterreich, „fernerhin, wie bisher, und stände eine Welt von Feinden gegen mich auf, die Grundsätze verteidigen, mit denen allein die Staaten bestehen, und die Grundsätze ohne Unterlaß bekämpfen, bei denen sich kein Recht, keine Ordnung, keine unabhängige Existenz der Nationen, kein politisches System, mithin zuletzt keine bürgerliche Gesellschaft denken läßt!"[2]) Als aber Gentz im Februar 1803 in Wien eintraf, fand er eine gänzlich veränderte Lage vor. Die Gunst Bonapartes stand jetzt höher im Preise, als die Freundschaft des Inselreiches, deren Empfehlung Gentz, durch namhafte Summen angefeuert, sich so eifrig angelegen sein ließ. „Kaiser Franz und seine Minister," schrieb damals Herr v. Champagny, ein aufrichtiger Freund des Wiener Hofes, nach Paris, „zollen dem Ersten Konsul Bewunderung und Verehrung und sind gern bereit, ihm das Zepter der Welt zu überlassen, wenn er nur die österreichische Monarchie verschont und begünstigt." Es war nicht mehr als billig, daß Napoleon die schmeichelhaften Beteuerungen mit gnädigem Wohlwollen vergalt. „Zehn Jahre lang," schrieb er am 17. Mai 1803 an den soeben zur kurfürstlichen Würde erhobenen Großherzog Ferdinand, „haben zwischen Frankreich und dem Hause Oesterreich Mißhelligkeiten bestanden: das ist heute zu Ende! An mir soll es nicht fehlen, daß für die beiden Staaten eine neue, gerade auf den entgegengesetzten Grundsätzen aufgebaute Epoche beginne!"[3]) Als Graf Stadion im Frühjahr 1803 nach Petersburg ging, war ihm ein Doppelauftrag gegeben: er sollte eine Besserung der Beziehungen zu Rußland anstreben, aber gleichzeitig den Franzosen Laforest für Oesterreich gewinnen. Die Lockungen Englands, das beim Heraufziehen der Kriegsgefahr den „historischen" Verbündeten Oesterreich auf seine Seite zu ziehen suchte, blieben unbeachtet.[4]) Als die Nachricht von der Sulinger Konvention nach Wien kam, war der Kaiser für den Vertreter Hannovers, Graf Hardenberg, der das Oberhaupt des Reiches um Hülfe oder doch um Verwendung angehen sollte, nicht zu sprechen. Ludwig Cobenzl und Colloredo ließen es zwar an Teilnahmsversicherungen nicht fehlen, erklärten aber, an Hülfeleistung sei nicht zu denken, mit solcher Bewerbung hätte

[1]) Fournier, Gentz und Cobenzl, 62.

[2]) Perthes, Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft, II, 257.

[3]) Corr. de Napoléon, VIII, 316.

[4]) Beer, 41.

man früher kommen sollen. Am 6. Juli wurde amtlich eröffnet, die kaiserliche Regierung könne sich von den gewünschten Vorstellungen keinen Nutzen versprechen, im Gegenteil, solche Einmischung könnte etwa gar „zu vielem Argwohn mißdeutet werden." Nur wenn Rußland sich bereit finden ließe, für die Rettung Hannovers thatkräftig einzutreten, würde auch Oesterreich nicht unterlassen, dem Versuch seine Teilnahme zuzuwenden.[1])

Das war die Antwort des deutschen Kaisers! —

Während der Wiener Hof und die übrigen deutschen Regierungen sich bemühten, ihre Willfährigkeit gegen Bonaparte mit loyaler Neutralität zu verbinden, kam es in Baiern zu offenem Bruch mit England. Bald nach dem Ausbruch des Krieges gab in München die — wie es Montgelas nannte — „Frankophobie" des englischen Gesandten Sir Francis Drake zu ärgerlichen Scenen Anlaß. Auf Andringen des französischen Gesandten wurde die Entfernung des unruhigen Diplomaten gefordert; als diese nicht sofort erfolgte, hielt sich Drake in München nicht mehr für sicher und flüchtete nach Salzburg. Die englische Regierung beantwortete den „Affront" mit Ausweisung des bairischen Geschäftsträgers Baron Pfeffel.[2])

Doch auch mit dem Wiener Hofe geriet Baiern in ernste Mißhelligkeiten. Laforest und Bühler, die Vertreter der vermittelnden Mächte, hatten noch unmittelbar vor ihrer Abreise von Regensburg die Bildung einer Reichsexekutionskommission angeregt, welche die noch auftauchenden Streitfragen untersuchen und die noch unfertige Organisation der Reichs- und Kreisverfassung vollenden sollte. Die Anregung war unbeachtet geblieben.

Jetzt häuften sich die Fälle, die in peinlicher Weise fühlbar machten, daß die Reichsdeputation nur ein lückenhaftes Werk geschaffen habe. Nicht einmal die geographischen Bestimmungen waren zuverlässig. Die Kommission zur Uebernahme der neuen Erwerbungen für Württemberg sollte — Robert v. Mohl teilt die Episode als Erlebnis seines Vaters mit — eine „Insel Hofen" im Bodensee besetzen. Die Insel war aber nicht zu finden, und schließlich mußte die Kommission mit dem Kloster Hofen, dem jetzigen Friedrichshafen, vorlieb nehmen. Natürlich kam es bei solchen Vorfällen häufig zu Reibungen. Der neue Kurfürst von Württemberg soll die Occupationskommissäre mit den Worten entlassen haben: „Derjenige von Ihnen wird mir der Angenehmste sein, der wegen Gewaltthätigkeit von fremden Regierungen am häufigsten bei mir verklagt wird."[3]) Die Kommissäre der neu-bairischen Besitzungen im Schwäbischen gerieten in Streit mit den von der kaiserlichen Regierung beschützten „burgauischen Insassen"; es fehlte wenig, so wäre es in Oberhausen zwischen bairischen und österreichischen Truppen zu Thätlichkeiten gekommen. Als der kaiserliche General Buol deshalb in München Vorstellungen machte, erwiderte Montgelas, die kurfürstliche Regierung sei zu härterem Steuerdruck in den neuen Provinzen genötigt, weil sie durch Oesterreichs Vorgehen einen Verlust von zwanzig Millionen

[1]) Ompteda, 194.
[2]) Montgelas, Denkwürdigkeiten, 89.
[3]) Robert v. Mohl, Lebenserinnerungen, 25.

Gulden erlitten habe.[1]) Der Wiener Hof machte nämlich ein „Heimfallsrecht" geltend auf alle Güter und Kapitalien, welche die an Baiern gekommenen Hochstifte und Abteien in österreichischen Landen besaßen oder auf österreichischen Banken hinterlegt hatten. Ganze Berge von Akten häuften sich aus Anlaß dieser Beschlagnahme. Als der Kurfürst von Salzburg sich den Titel Fürst von Passau beilegte, beschloß man in München, mit der Annahme des Titels Fürst von Eichstädt zu antworten. Es bedurfte dringender Vorstellungen des preußischen Gesandten v. Schladen, um das eigenmächtige Vorgehen zu hintertreiben.[2]) Die gefährlichsten Folgen drohte aber der Streit zwischen Baiern und der Reichsritterschaft heraufzubeschwören.

Die preußische Regierung hatte den gesamten Adel in Ansbach und Baireuth trotz lebhaften Widerstands einzelner genötigt, den König als Landesherrn anzuerkennen. Die nämliche Forderung richtete auch die bairische Regierung an den Reichsadel in den neuen fränkischen Provinzen. Viele von den Rittergütern waren ursprünglich landsässig gewesen und hatten sich erst später der Landeshoheit der Fürstbischöfe entzogen. Da nun der Kurfürst von Baiern in die lehensherrlichen Rechte der Bischöfe eingetreten war, hielt er sich für berechtigt, auch in ritterschaftlichen Gebieten als Souverän aufzutreten. Andere deutsche Regierungen: Oranien-Fulda, Kurhessen, Hessen-Darmstadt u. a., folgten dem Beispiel Baierns. Unter dem Einfluß des Bonapartismus entwickelte sich ja gerade in diesen Jahren eine neue Auffassung der Staatsgewalt, welche zur Erfüllung des Staatszweckes, d. h. zur Aufrechthaltung der Rechtsordnung und zur Steigerung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte auf verfassungsmäßigen Gehorsam aller Staatsglieder ohne Ausnahmen und ohne Unterschiede Anspruch erhob.

Der Reichsrezeß vom 25. Februar 1803 hatte bestimmt, daß auch die Mitglieder der Reichsritterschaft für Verluste auf dem linken Rheinufer entschädigt werden sollten. Damit war die Fortdauer ihrer Existenz als konstitutionelle Glieder des Reichskörpers mittelbar ausgesprochen, und der Kaiser hatte dieses Verhältnis im Dekret vom 28. April ausdrücklich anerkannt. Damit waren aber die staatsrechtlichen Schwierigkeiten nicht behoben. Die bairische Regierung fuhr fort, in Ritterschaftsgütern ihr Wappen anzubringen, Truppen einzuquartieren, Steuern zu erheben und andere landesherrliche Befugnisse geltend zu machen. Gegen diese Verletzung der Reichsverfassung rief der Reichsadel den Beistand des Kaisers, sowie des französischen Konsuls an. Besonders merkwürdig ist der Protest des Reichsfreiherrn Karl vom Stein, damals Kammerpräsident in Münster, der sich über Wegnahme von zwei Dörfern durch den Fürsten von Nassau-Usingen zu beklagen hatte. In der Beschwerdeschrift vom 13. Januar 1804 ist schon der ganze Stein von 1813 ausgeprägt. Er legt dar, die Unterdrückung der ritterschaftlichen Unabhängigkeit zu Gunsten anderer nur wenig größerer Territorien werde Deutschland nicht aufhelfen. Sollen große Ziele erreicht werden, so müssen die schwachen Staaten mit den beiden großen

[1]) Du Moulin-Eckart, München und Wien 1800—1805; Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Baierns, IV, 217.

[2]) Santelmann, Die Beziehungen zwischen Preußen und Baiern 1799—1805, 95.

Nationen vereinigt werden, von deren Stärke die Fortdauer des deutschen Namens abhängt, — „die Vorsehung gebe, daß ich dieses glückliche Ereignis erlebe!" In dem harten Kampfe, von dem Deutschland momentan ausruhe, sei das Blut des deutschen Adels geflossen, — von den Fürsten aber habe keiner mit Ausnahme des edlen Herzogs von Braunschweig teilgenommen; sie suchten die Erhaltung ihrer hinfälligen Fortdauer durch Unterhandeln oder durch Bestechung der französischen Heerführer zu erzielen; welchen Vorteil werde Deutschland davon haben, wenn seine Kräfte in noch größerem Maße in solche Hände kämen? Den Mitgliedern des alten ritterschaftlichen Vereines bleibe, wenn ihr Recht gewaltsam zertrümmert werde, nichts anderes übrig, als ihr vielhundertjähriges Familieneigentum zu verlassen und in die Fremde auszuwandern. Das sei gewiß eine ebenso harte wie unverdiente Strafe, aber „es ist noch härter, alle diese Opfer nicht einem großen, edlen, das Wohl des Ganzen befördernden Zwecke zu bringen, sondern um der gesetzlosen Uebermacht zu entgehen, um — doch es bleibt ein richtendes Gewissen und eine strafende Gottheit!" [1])

Ein Interesse, die Selbständigkeit der Liliputsouveräne aufrecht zu erhalten, hatte nur der Kaiser; die Reichsritterschaft hatte ja von jeher eine Art Elitegarde des Reichsoberhauptes gebildet, und es war ein schätzbarer praktischer Vorteil, daß sie ihm freie Rekrutierung auf ihren Besitzungen gestattete. Zunächst gab also eine kaiserliche Note an den Münchner Hof vom 6. Dezember der Erwartung Ausdruck, daß den Gewaltmaßregeln ein Ende gesetzt werde. Auch Talleyrand erklärte, der Erste Konsul wünsche die Fortdauer der unmittelbaren Ritterschaft und einen friedlichen Vergleich zwischen ihr und den Fürsten. Strenger lautete der Schiedsspruch des Reichshofrates: das verfassungswidrige Verfahren gegen die Reichsritterschaft soll unverzüglich eingestellt, und für den Fall einer Weigerung soll vom Erzkanzler und von den Kurfürsten von Sachsen und Baden die Reichsexekution vollzogen werden. Gleichzeitig wurden starke kaiserliche Truppenabteilungen an verschiedenen Punkten an die bairischen und württembergischen Grenzen vorgeschoben. Der Wiener Hof führte mit einem Male so drohende Sprache, daß die erschreckten Nachbarn jeden Tag jähen Angriff befürchten mußten.

Dazu kam ein neuer Streitfall, der hauptsächlich den Reichstag beschäftigte und erregte. Der Reichsdeputationsrezeß hatte durch Uebertragung der ehemals geistlichen Stimmen auf weltliche, darunter zahlreiche protestantische Fürsten im Kurfürsten- und Fürstenkollegium eine starke protestantische Mehrheit geschaffen. Der Wiener Hof mußte auch darin eine erhebliche Schmälerung seines Einflusses erblicken. Deshalb wurde der maßgebende Artikel 32 des Rezesses schon bei der Ratifizierung ausgenommen. Als das Kurfürstenkollegium auf Einführung der vier neuen Kurfürsten drängte, forderte ein kaiserliches Hofdekret vom 8. Juli den Reichstag zunächst zu Beratung der für den Frieden des Reiches wichtigsten Frage auf. Im Westfälischen Frieden sei der Grundsatz anerkannt worden, daß bei Einführung neuer Stimmen immer die Gleichheit der kirchlichen Bekenntnisse gewahrt bleiben müsse; demgemäß seien jetzt entweder so viel neue katholische

[1]) Häberlin, Staatsarchiv, XI, 433.

Stimmen zu schaffen, als zur Feststellung der Parität erforderlich, oder eine entsprechende Anzahl protestantischer Stimmen außer Wirksamkeit zu setzen.

Die Vermehrung der katholischen Stimmen wurde aber namentlich von Preußen scharf bekämpft. Es lasse sich voraussehen, erklärte Goertz im Reichstag, daß durch die Aufnahme von „unbedeutenden Mitgliedern" das Ansehen des zweiten Reichskollegiums herabgewürdigt würde, handle es sich doch um Erhöhung von Familien, die beinahe nur als österreichische Unterthanen anzusehen wären. Eine Note der preußischen Regierung vom 26. Juli legte dar, daß Brandenburg-Preußen von jeher, soweit es mit dem Staatswohl vereinbar, am Grundsatz ausgedehntester Toleranz festgehalten habe, daß es also keine Gefahr für das katholische Bekenntnis bedeute, wenn Preußen die neu erworbenen katholischen Stimmen im Reichsfürstenrat als solche fortführen würde. Da aber auch von den übrigen Reichsständen ein ebenso tolerantes Verhalten erwartet werden könne, sei es nicht nötig, neue katholische Stimmen zu schaffen. Auch der Einwand, daß mit der Führung solcher Stimmen doch ein katholischer Gesandter betraut werden müsse, sei nicht stichhaltig, denn die preußische Regierung nehme bei der Auswahl von Diplomaten überhaupt niemals Rücksicht auf das Bekenntnis, sondern nur auf die Fähigkeiten. Graf Goertz habe schon einmal längere Zeit unbeanstandet das katholische Baiern vertreten. „Die Hauptmeinung geht heute auf Errichtung und gesetzliche Anordnung einer allgemeinen, durchaus gleichen Toleranz der drei christlichen Religionen in allen teutschen Reichslanden." Wenn aber allen Bekenntnissen gleiche Rechte zustehen, wozu sollen dann die religiösen Schranken gerade im Reichstag aufrecht erhalten bleiben?[1])

Was noch vor wenigen Jahren als verblüffende Ueberraschung empfunden worden wäre, im Streit um die Parität ging Baiern Hand in Hand mit Preußen. Zunächst regte Montgelas, da sein Gebieter, der Kurfürst, „von jeher in dergleichen das öffentliche Reichs- und Staatsinteresse betreffenden Gegenständen ein vertrauliches Einverständnis mit Seiner Königlichen Majestaet pflege", bei den Vertretern Preußens in Regensburg eine Vorberatung an. Als das rätlichste empfehle sich, jegliche Abweichung vom Deputationshauptschluß abzulehnen. „Der Reichsfürstenrat kann sich so, wie er nach dem Hauptschlusse be-

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia, die reichstägliche Deliberation wegen des Entschädigungswerkes betr. Bericht Goertz' vom 1. Juli 1803. Erlasse des preußischen Ministeriums vom 15. u. 26. Juli 1803. Bericht Goertz' vom 29. Juli 1803. — Auch in offiziösen Denkschriften wurde die Frage behandelt. Zur Unterstützung des kaiserlichen Antrags erschien: „Etwas von den Religionsverhältnissen katholischer Lande und Unterthanen gegen ihre neuen evangelischen Landesherren und von katholischen und evangelischen Reichstagsstimmen" (März 1803). Zur Abwehr schrieb der württembergische Geh. Legationsrat Batz: „Prüfung des Etwas von den Religionsverhältnissen ꝛc.", und weil darin — nach Goertz' Ansicht — „der sonst so gelehrte und bekannte Verfasser nicht den gewohnten Fleiß und Scharfsinn gezeigt hatte", wurde von evangelischer Seite noch eine weitere Schrift veröffentlicht: „Einige erhebliche Zweifel gegen die Prüfung des Etwas von den Religionsverhältnissen ꝛc." — „Wohl unter unmittelbarer Aufsicht des kaiserlichen Konkommissarius Freiherrn v. Hügel" (Goertz) entstand die Flugschrift „Betrachtungen über die Virilstimmen im Reichsfürstenrat und den § 32 des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803" (1804).

steht, constituieren; jeder entschädigte Reichsstand wird dann sogleich von der durch das Entschädigungsland zugefallenen Stimme Gebrauch machen können; die Ausübung der neu creirten Stimmen würde nur ausgesetzt bleiben, woraus eben kein bedeutender Nachtheil für die Stände entstehen kann. Das Reich hat den Hauptschluß angenommen; weshalb jetzt den Vollzug des Beschlusses wieder aufhalten?" [1])

Als Haugwitz im August 1803 einen sechswöchentlichen Urlaub antrat, wurde Hardenberg mit der Stellvertretung betraut. Der Personalwechsel war nicht ohne Einfluß auf die Stellung der preußischen Regierung in der Paritätsfrage. Ein von Hardenberg unterzeichneter Erlaß vom 26. August verweigerte die Zustimmung zu dem Vorschlag Goertz', die Stimmen der vormals katholischen, nunmehr säkularisierten Gebiete auch von den neuen evangelischen Landesherren als katholische fortzuführen. Wohl werde Gleichheit der beiden Religionsteile in Bezug auf alle wesentlichen Rechte seit dem Westfälischen Frieden als Hauptgrundgesetz der Reichsverfassung angesehen, doch sie bedinge keineswegs eine arithmetische Stimmenparität im Reichstag. Habe sich doch der protestantische Teil bisher immer mit weniger Stimmen begnügen müssen! Aengstliche Abgleichung der Stimmenzahl sei schon deshalb nicht mehr geboten, da „der heutige, in dem milderen Licht der Aufklärung immer weiter fortschreitende und die Besorgniß unwürdiger Religionsvorurteile immer mehr entfernende Geist der Zeit am wenigsten dazu Anlaß gebe." Es brauche also um unnötiger Besorgnisse willen die Wirkung des Deputationshauptschlusses nicht beeinträchtigt zu werden. In diesem Sinne, also dem Antrag Montgelas' beipflichtend, wurde der bairischen Regierung geantwortet und den evangelischen deutschen Höfen Mitteilung gemacht.

Der Einführung der vier neuen Kurfürsten, von denen Württemberg, Baden und Hessen dem evangelischen Korpus angehörten, dem katholischen nur Salzburg, widersetzte sich der Wiener Hof so lange wie möglich. „Die Verschleppung," schrieb Goertz, „soll auch dazu dienen, den Reichstag ganz in Unthätigkeit zu lassen und zu verhindern, daß der Hauptdeputationsschluß keine weitere gesetzliche Folge erhalten könne." Immer neue Einwendungen und Bedenken wurden aufs Tapet gebracht, bis endlich der Erzkanzler, von Goertz ermutigt, den Vorsatz kundgab, die Einführung vorzunehmen, ohne noch weiter ein kaiserliches Dekret abzuwarten. Darauf erfolgte endlich die kaiserliche Zustimmung, so daß am 22. August der feierliche Akt vor sich gehen konnte. Zu Ehren der neuen Kurfürsten gab es Bankett und Tanz, und die ceremoniösen Auffahrten und Visiten nahmen kein Ende. Eine häßliche Kehrseite der Feste war aber der Streit, der sich sofort um des Ausschreibeamts im schwäbischen Kreis willen zwischen den Kurfürsten von Baden und Württemberg erhob.[2]) Ein Beispiel für viele, daß die alten Schläuche nicht mehr geeignet waren, den neuen Wein zu fassen!

Am 14. November begann die Beratung über den kaiserlichen Antrag auf Vermehrung der Virilstimmen im Fürstenrat. Preußen, Baiern und Baden

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Schreiben Montgelas' an Goertz und Hänlein vom 1. August 1803.

[2]) Ebenda. Bericht Goertz' vom 25. August 1803.

lehnten entschieden die Neuerung ab; Sachsen, Württemberg, Hannover, Hessen und der Erzkanzler verhielten sich eher abweisend als zustimmend; unbedingt zu Gunsten des Antrags sprachen sich nur Böhmen und Salzburg aus. Im Fürstenkollegium wurde besonders dringlich von Baiern gewarnt, die Landesherren in der Ausübung ihres Duldungsrechtes zu hindern: so heische es die Ehre des neuen Jahrhunderts. Eine zufällige Vermehrung der protestantischen Stimmen werde die Ansprüche des katholischen Reichsteiles ebensowenig gefährden, als die bisherige Mehrheit der katholischen Stimmen dem Augsburgischen Bekenntnis geschadet habe.[1]) Baiern der Vorkämpfer des Protestantismus! Nichts hätte für den Umschwung des deutschen Staatslebens im allgemeinen und Reformbaierns im besonderen bezeichnender sein können!

Das kurböhmische Votum enthielt die Behauptung, der Westfälische Frieden habe nicht allein die Parität der Bekenntnisse im Stimmenverhältnis, sondern geradezu eine Stimmenmehrheit für den katholischen Teil gesetzlich festgestellt; es könne demnach nicht unbillig erscheinen, wenn Oesterreich für sich sechs neue Stimmen und noch eine für Salzburg fordere; wenn dem gerechten Anspruch nicht Genüge geschehe, werde das Reichsoberhaupt zu einer Maßregel schreiten müssen, welche die Nachwelt wohl billigen würde. Dagegen machte Goertz geltend, von Festlegung einer katholischen Stimmenmehrheit auf ewige Zeiten sei nicht zu sprechen; im Jahre 1653 habe es 43 evangelische und nur 40 katholische Stimmen im Fürstenrat gegeben; erst später sei das Stimmenverhältnis durch die Präpotenz des Hauses Oesterreich, sowie durch den Religionswechsel in Kurpfalz ins Gegenteil umgeschlagen; aufs neue dem ohnehin schon über 12 Stimmen verfügenden kaiserlichen Hause das alte Uebergewicht zurückzugeben, sei weder mit den Forderungen des Zeitgeistes, noch mit der Wohlfahrt des Reiches vereinbar.[2]) Haugwitz sprach sein Erstaunen aus, daß der Wiener Hof sich in so „sonderbaren" Wünschen und mysteriösen Drohungen gefalle, wodurch die Beratung im Reichstage „eine so unangenehme Auszeichnung" erhalte; eine Anhäufung katholischer Stimmen von unbedeutenden erbländischen Familien, die durch dick und dünn mit Oesterreich gehen müßten, sei ein für allemal nicht vereinbar mit der Würde des Reiches.[3]) Da also zu Tage lag, daß der kaiserliche Antrag nicht auf Stimmenmehrheit rechnen könne, suchten die kaiserlichen Kommissäre die Abstimmung vorerst zu verhindern, um noch unter der Hand für ihre Vermehrungsvorschläge Freunde zu gewinnen. Die preußisch-bairische Partei war jedoch keiner Vermittlung zugänglich; sie wollte das gegenwärtige Stimmenverhältnis erhalten wissen. Auch auf ein „conciliatorisches Memorandum" des Erzkanzlers Dalberg erwiderte Preußen in ablehnendem Sinne.[4]) Der Streit dauerte fort.

Seit langem erregte die freundschaftliche Annäherung des kaiserlichen Vicekanzlers an den Vertreter der Republik, Herrn v. Champagny, die Aufmerksamkeit der Diplomaten in Wien. Die daran sich knüpfenden Gerüchte

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Goertz' vom 18. November 1803.
[2]) Ebenda. Bericht Goertz' vom 21. November 1803.
[3]) Ebenda. Erlaß des preuß. Ministeriums vom 1. Dezember 1803.
[4]) Ebenda. Bericht Goertz' vom 19. Dezember 1803.

schienen dadurch bestätigt zu werden, daß der kaiserliche Gesandte in Paris, Graf Philipp Cobenzl, vom ersten Konsul eine besonders kostbare Dose zum Geschenk erhielt. „Das ist die Belohnung für den Abschluß eines geheimen Bündnisses!" wurde in Wien getuschelt, und auch in München und Berlin fand die Annahme Glauben. Man glaubte, daß Oesterreich den alten Plan der Einverleibung Baierns wenigstens bis zum Inn wieder aufgegriffen habe, und man wollte wissen, daß Bonaparte, um endlich ein friedliches Einvernehmen zwischen Baiern und Oesterreich herbeizuführen, dem Austausch des rechten Innufers gegen schwäbische Besitzungen zugestimmt habe. Der preußische Gesandte in Wien, Graf Keller, teilte den Argwohn und setzte nur darauf seine Hoffnung, daß man im kaiserlichen Schloß in Petersburg die Anschläge der österreichischen Habsucht nicht so wohlwollend beurteilen werde wie in den Tuilerien![1] Auf direkte Anfrage des englischen Gesandten stellte der Vicekanzler den Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich aufs bestimmteste in Abrede; das seinem Vetter zugewendete Geschenk sei nur eine verspätete Belohnung für den Vertrag vom 26. Dezember 1802.[2] Die Ableugnung fand jedoch um so weniger Glauben, da von Tag zu Tag in größeren Massen kaiserliche Truppen bei Passau und Neuburg am Inn angehäuft wurden. Baron Buol drang in München ungestüm auf rasche Wiederherstellung der Selbständigkeit der Reichsritterschaft. Fast jeden Tag, wie der Bevollmächtigte v. Schladen nach Berlin berichtete, tauchten in München neue Streitpunkte auf. Der Wiener Hof erhob Ansprüche, deren Begründung bis auf die Zeiten Kaiser Karls IV. zurückreichte, auf einen Teil der oberen Pfalz, das Herzogtum Sulzbach, das Stift Waldsassen u. a. Auch zwischen Baiern und Salzburg hatten sich Grenzstreitigkeiten erhoben.[3] Baron Hügel in Regensburg ließ sich die Aeußerung entschlüpfen: Wenn Oesterreich um bairischer Sünden willen zu so kostspieligen Rüstungen gezwungen wird, ist es nicht mehr als billig, daß Baiern selbst so oder so dafür aufkommt. „Ich möchte gern wissen," schrieb Haugwitz an Keller, „ob auch der Vicekanzler solche Sprache führt und ob die Minister Frankreichs und Rußlands die herrische Anmaßung des Wiener Hofes sich gefallen lassen?"[4] „Das Geheimnis, ob ein französisch-österreichisches Bündnis bestehe," erwiderte Keller, „wird man leichter in Paris aufdecken, denn dort wird man aufrichtiger und weniger zugeknöpft sein, als in Wien, wo übrigens ebenso ängstlich befürchtet wird, daß zwischen Ew. Majestaet und der französischen Regierung ein neues Bündnis abgeschlossen worden sei."[5] Die Antwort des Ministers brachte dem Gesandten endlich Aufklärung, welche Haltung Preußen im neuen Streit der Mächte einzunehmen gedenke. Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, schrieb Haugwitz am 27. Januar, der Wiener Hof bemüht sich mit leidenschaftlichem Eifer, in engere Fühlung mit der Republik zu treten; der Bund von 1756, darauf zielt Cobenzls heißer Wunsch,

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches du et au comte de Keller 1804. Bericht Kellers vom 24. Dezember 1803.

[2]) Ebenda. Bericht Kellers vom 31. Dezember 1803.

[3]) Ebenda. Dépêches du et au baron de Schladen. Berichte v. 12., 15., 22. Jan. 1804.

[4]) Ebenda. Erlaß Haugwitz' vom 9. Januar 1804.

[5]) Ebenda. Bericht Kellers vom 4. Januar 1804.

soll erneut werden. Sowohl um diese Gefahr abzuwenden, als auch um die Republik endlich zur Aufhebung der Besetzung Hannovers zu bewegen, hat auch Preußen in Paris angeknüpft; die Verhandlungen kommen aber nicht vorwärts, weil sie immer wieder gestört werden durch den Wiener Hof, der mit Hülfe der Republik seine Ansprüche auf Baiern durchsetzen will. Der Entwurf eines Bündnisses soll schon auf dem Tische des ersten Konsuls liegen; da ist doch schwer, zu glauben, daß sich eine so wichtige Wendung der kaiserlichen Politik vollzieht, ohne daß in Wien Kunde davon durchsickert! Der Bündnisfrage müsse also endlich auf den Grund gekommen werden.

Es ist nur ein öffentliches Geheimnis, erwiderte Keller, daß der Wiener Hof den ersten Konsul zu gewinnen trachtet, aber der Vater dieses Wunsches, der Vicekanzler, befindet sich zur Zeit in schlimmer Verlegenheit. Der ehemalige Gesandte Rußlands in Wien, Markov, ein Todfeind Bonapartes, ist, man weiß nicht recht, weshalb, nach Wien gekommen. Er spricht sich in allen erdenklichen Kreisen voll wilden Hasses ganz offen dahin aus, es sei endlich an der Zeit, gegen den Emporkömmling an der Seine mit gemeinsamen Kräften einzuschreiten. Er weigert sich, Herrn v. Champagny zu besuchen oder auch nur zu grüßen, „und Markov ist doch nur Minister zweiten Ranges, während Champagny Minister ersten Ranges ist, und Champagny ist in Wien beglaubigt, während Markov nur als ministre voyageur gelten kann!“ Am unangenehmsten berührt das Benehmen des enfant terrible der diplomatischen Welt den Vicekanzler, dem es schwer fällt, die gewohnte Aufmerksamkeit gegen Herrn v. Champagny, die erste Respektsperson am Wiener Hofe, mit der nötigen Rücksichtnahme auf den Russen zu verbinden! Und doch wird Markov schon in nächster Zeit eine große Rolle in Petersburg spielen, denn die Politik, die durch ihn vertreten wird, hat dort die Oberhand gewonnen. Es läßt sich zur Zeit noch nicht sagen, ob ein Bündnis zwischen Frankreich und Oesterreich zu stande kommen wird, aber es läßt sich jetzt schon durchschauen, daß Frankreich und Rußland unmittelbar vor dem Bruch stehen! Große Ereignisse stehen bevor! Die zweite Reise Bonapartes nach Boulogne läßt nicht mehr daran zweifeln, daß die ungeheure Expedition gegen England in Szene gesetzt wird. Wenn die Landung gelingt, ist die Freiheit von ganz Europa bedroht; wenn sie fehlschlägt, werden die ungestümen Leidenschaften des Ersten Konsuls über Frankreich die alten Wirren heraufbeschwören, unter denen es zur Zeit der Schreckensherrschaft zu leiden hatte![1])

So scharf, wie der Gesandte meinte, waren die Gegensätze noch nicht zugespitzt. In Zar Alexander war zwar bereits das Verlangen lebendig, als Anwalt Europas gegen den Bonapartismus aufzutreten, doch aus praktischen Gründen war die Erhaltung des Friedens noch wünschenswerter, so daß er immer wieder Bedenken trug, durch einen unwiderruflichen Schritt den Bruch herbeizuführen. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich, von denen Haugwitz sprach, wurden nicht bloß durch die Wiener Diplomatie gekreuzt; sie mußten aus prinzipiellen Gründen erfolglos bleiben. Bonaparte wollte ein Bündnis und nur ein Bündnis zwischen beiden Staaten; Friedrich Wilhelm aber befürchtete, allzu

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Berichte Kellers vom 18. u. 25. Januar 1804.

beengt zu werden durch eine Verbindung, die ihn vielleicht gar in Feindseligkeiten mit Rußland verwickeln könnte; er wollte nur der gefällige Vermittler zwischen Rußland und Frankreich bleiben.[1]) Im großen und ganzen verfolgte der Wiener Hof die nämliche Politik. Es galt ja zur Zeit die Parole, dem Gebieter Frankreichs möglichst weit entgegenzukommen, aber man wollte sich nicht gegen Rußland ausspielen lassen; man wünschte auch Anlehnung an Rußland, aber nicht ein Bündnis mit Rußland gegen Frankreich. Als im November der russische Geschäftsträger Anstett sich dem Vicekanzler erbot, zu Operations- und Entschädigungsplänen mit ihm zusammenzutreten, wich dieser lachend aus mit dem Bemerken, so rasch könne man doch wohl nicht vorwärts gehen.[2]) „Das Evangelium," schrieb Cobenzl am 21. Dezember an Colloredo, „das wir Rußland predigen und Frankreich nicht unbekannt lassen, lautet, daß wir den Krieg nicht wollen, daß es zum Krieg überhaupt nicht zu kommen braucht, wenn Frankreich auf dem Festland bleibt, was es ist, und daß es nur dann dazu kommen muß, wenn es seine gewaltsamen Eingriffe weiter treibt und dadurch die kontinentalen Mächte verpflichten würde, andere Maßregeln zu ergreifen." Ein Programm, das auch ein preußischer Staatsmann hätte unterschreiben können.

Haugwitz hatte sich noch immer nicht der Furcht entledigt, daß das Liebeswerben Oesterreichs bei Frankreich schon zu geheimen Abmachungen geführt habe. Er fuhr fort, den Wiener Gesandten zu bestürmen, er möge dem angeblichen französisch-österreichischen Bündnis nachspüren. Es sei doch kaum glaublich, daß der Wiener Hof ohne Aussicht auf Zustimmung Frankreichs so schroff gegen Baiern vorgehen würde, da er im Reiche nicht auf Bundesgenossen zählen könne; der Kurfürst von Sachsen sei nichts weniger als erbaut von der Büttelrolle, die ihm der Kaiser zugedacht habe, und nicht anders denke man in Baden. Aus der Antwort des Gesandten war unschwer ein Vorwurf gegen die preußische Politik selbst herauszuhören. An das Bündnis mit Bonaparte glaube er nicht; wenn sich trotzdem der Wiener Hof mit Kriegsplänen trage, so ermutige dazu in erster Reihe „das in Wien herrschende Vorurteil, daß Preußen aus seiner untätigen Zuschauerrolle niemals herausgehen wird." Die Reichsritterschaft müsse nur dazu herhalten, um ganz andere Absichten zu verbergen. „Es handelt sich darum, die alten Ansprüche auf Baiern durchzusetzen und durch diesen Erfolg die alte Machtstellung im Reiche wieder zu gewinnen." Erzherzog Karl und seine Umgebung, die man kurzweg als Friedenspartei bezeichnen könne, hätten bisher von England und von Einmischung in den Krieg zu Gunsten Englands nichts wissen wollen, allein von Baron Faßbender und General Bubna sei alles auf den Kopf gestellt worden. Diese zwei ehrgeizigen Männer und noch einige andere stellten dem Kaiser unaufhörlich vor Augen: Oesterreich muß den alten Einfluß im Reiche wieder gewinnen, und jetzt muß der erste Vorstoß gegen den schwachen Nachbarn geführt werden! Als der russische Botschafter gelegentlich äußerte, er glaube nicht, daß Sachsen und Baden das vom Reichshofrat über-

[1]) Bailleu, XLVI.

[2]) Fournier, Gentz und Cobenzl, 85.

tragene Kommissarium annehmen würden, habe Cobenzl erwidert, dann werde Oesterreich selbst auf den Plan treten. Die täglich einlaufenden Nachrichten über den Anmarsch kaiserlicher Truppen gegen die bairische Grenze gäben diesem Wort eine deutliche Erklärung!

Die drohende Haltung Oesterreichs bewog die bairische Regierung, gleichzeitig in Berlin, Paris und Petersburg um Hülfe zu bitten. In Paris scheint die Klage anfänglich gleichgültig aufgenommen worden zu sein; wenigstens sprach Herr v. Champagny in Wien „in leichtem Tone" von „lästigen Querelen" Baierns. Zar Alexander lehnte das Schiedsrichteramt ab; er bot dem Kurfürsten, seinem Schwager, freundschaftliche Vermittlung an, jedoch nicht ohne ihm mehr Mäßigung namentlich im Streit mit der Ritterschaft zu empfehlen. Ja, Baron Bühler mußte sogar dem Kurfürsten direkt die „Unzufriedenheit" des Zaren ausdrücken. Friedrich Wilhelm erklärte zwar, Gewaltmaßregeln Oesterreichs nicht dulden zu wollen, riet aber ebenfalls dringend, alles zu vermeiden, was dem Wiener Hofe berechtigten Grund zur Klage geben könnte. Das Vorgehen gegen die Ritterschaft wurde auch von Preußen nicht gebilligt. „Wie kann sich Baiern vermessen," schrieb Haugwitz an Keller, „im gegenwärtigen Augenblick so stürmisch vorzugehen! Die Mißstimmung und die Verwirrung im Reiche müssen dadurch noch gesteigert werden! Wie kann sich Baiern erkühnen, im gegenwärtigen Augenblick die gegen den Unterwerfungseid protestierenden Reichsritter mit Konfiskation ihres ganzen Besitzes zu bedrohen! Baron Hügel hat strenges Einschreiten gegen solche Willkür in Aussicht gestellt. Die österreichischen Truppen in Vorarlberg sollen bereits Befehl erhalten haben, in Baiern einzurücken. Die Verantwortung wird den Kurfürsten treffen! Nur eine konstitutionelle Verhandlung vor dem Reichstag kann den leidigen Handel in Ordnung bringen. Ich war der erste, der diesen Vorschlag machte, und Rußland gab bereits rückhaltlos seine Zustimmung; wenn auch Frankreich damit einverstanden ist, wird es dem Kaiser schwer fallen, Maßregeln durchzusetzen, die er mittels der Reichstribunale den deutschen Fürsten auferlegen will."

Am 26. Januar stellte das preußische Kabinett in Regensburg den Antrag, die Streitsache wegen der Reichsritterschaft möge durch den Reichstag untersucht und geregelt werden. Die Denkschrift zur Begründung des Antrags stellt sich nicht auf den bairischen Standpunkt, wendet sich aber entschieden gegen die Verfügung des Reichshofrats, die gegen einen deutschen Fürsten andere Reichsstände aufbieten wolle. Der König von Preußen könne nicht zugeben, daß eine Meinungsverschiedenheit in fraglicher Angelegenheit dazu benützt werde, „den Zwiespalt im Reiche prozessualisch zu nähren und dadurch politische Absichten zu erzwecken"; auch sei nicht zu billigen, daß größere Reichsstände durch rücksichtslose Abziehung der ritterschaftlichen Vasallen geschwächt würden. Bis zu endgültiger Entscheidung sollte der gegenwärtige Zustand beibehalten, von allen Gewaltmaßregeln aber abgesehen werden. Der König sei weit entfernt, der künftigen Deliberation vorzugreifen, werde aber niemals von denjenigen Grundsätzen abgehen, welche er gegenüber den ritterschaftlichen Einsassen seiner fränkischen Fürstentümer geltend gemacht habe.[1])

[1]) Häberlin, Staatsarchiv, 11. Bd., 428.

Der preußische Antrag konnte fast als Unterstützung der bairischen Ansprüche aufgefaßt werden. Haugwitz verwahrte sich aber gegen diese Auslegung. „Es wäre mir leid," schrieb er an Keller, „wenn die Angelegenheit der Ritterschaft sich unangenehm auswachsen würde, da meine Auffassung im Grunde von derjenigen des Wiener Kabinetts nicht so weit abweicht, wie man annimmt oder wie man zu verbreiten für gut hält. Der Zweck der kaiserlichen Verwahrung ist die Ruhe des Reiches — wenigstens wird dieser Zweck angegeben —; einen anderen Zweck habe auch ich nicht im Auge. Der Kaiser fordert Aufhebung der Gewaltmaßregeln einzelner Fürsten; auf das Nämliche zielt mein Vorschlag. Es handelt sich nur darum, die rechte Form zu finden, und dazu wird man am besten gelangen, wenn die Streitfrage im Reichstag zur Entscheidung gebracht wird. Freilich dürfen aber damit die schon seit langem in den fränkischen Provinzen durchgeführten Maßnahmen nicht zusammengeworfen werden!"

Am 7. Februar erging nochmals eine kaiserliche Aufforderung an die bairische Regierung zu schleuniger Abstellung der verfassungswidrigen Mißstände; in scharfen Ausdrücken war die ungebührliche Verschleppung der Angelegenheit beklagt, „eine ebenso ungewohnte als äußerst empfindliche Hintansetzung aller dem Allerhöchsten Reichsoberhaupt schuldigen tiefen Verehrung und selbst des hergebrachten diplomatischen Anstandes." Auch in Volkskreisen wurde gegen das revolutionäre Baiern Stimmung zu machen gesucht. Eine vermutlich von Baron Hügel verfaßte Flugschrift rügte in heftigem Tone das Vorgehen gegen die fränkischen Ritter als Ausfluß eines beklagenswerten Mangels an legalem Respekt vor Kaiser und Reich. [1])

Die Antwort Montgelas' verteidigte nochmals das Verfahren gegen die Reichsritterschaft und das Verhalten gegenüber der kaiserlichen Regierung; es sei „Alles nach hergebrachter Form und nach der Sr. Kaiserlichen Majestät schuldigen constitutionellen Achtung" vollzogen worden; Baiern könnte höchstens auf die von Preußen beantragte einstweilige Aufrechthaltung der bisherigen Besitzverhältnisse sich einlassen. Doch schon wenige Tage später wurde dem kaiserlichen Gesandten, sowie den Höfen von Berlin und Petersburg angezeigt, daß der Kurfürst aus Ehrerbietung gegen das Reichsoberhaupt und aus achtungsvoller Rücksicht auf die Besorgnisse anderer für die Ruhe des Reiches aufrichtig besorgten Mächte — wenn auch mit Vorbehalt der ihm und seinem Hause zustehenden Rechte — beschlossen habe, die Reichsritterschaft in den Entschädigungslanden in den Stand der Reichsunmittelbarkeit zurückzuversetzen; diese patriotische Nachgiebigkeit, so hoffe er, werde ohne weiteres die Aufhebung des kaiserlichen Strafurteils zur Folge haben. Die nämliche Erklärung, mit auffälligen Ergeben-

---

[1]) Reskript und Information für den . . . schen Gesandten am Reichstag zu Regensburg am 14. Februar 1804 gegen die gewaltsame Drängung der im reichsritterschaftlichen Verbande stehenden Glieder in Franken durch den Kurfürsten von Pfalz-Baiern (1804). Graf Goertz übermittelte die Flugschrift seinem Hofe mit der Bemerkung, schon der Stil lasse den kaiserlichen Konkommissarius v. Hügel als Verfasser erkennen, „aus dessen Feder unleugbar schon ein ähnliches Reskript an eine Komitialgesandtschaft zur schreibseligen anzüglichen Zeit des Baseler Friedens geflossen war." (Preuß. Staatsarchiv. Bericht Goertz' vom 2. April 1804).

heitsformeln ausgestattet, war in einem eigenhändigen Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser ausgesprochen.[1])

Den Schlüssel zur überraschenden Fügsamkeit Baierns, welche sofort an den übrigen deutschen Höfen Nachahmung fand, lieferte das Auftreten des französischen Geschäftsträgers Bacher in Regensburg. Um zu verhüten, erklärte der Franzose dem Reichsdirektorialgesandten, daß durch die Streitigkeiten in Deutschland abermals die Ruhe Europas gefährdet werde, habe der Kaiser von Rußland dem Ersten Konsul den Wunsch zu erkennen gegeben, gemeinsam mit ihm in Deutschland nach dem rechten zu sehen, insbesondere den unangenehmen Folgen vorzubeugen, welche die Irrungen wegen der Reichsritterschaft nach sich ziehen könnten; der Erste Konsul habe ohne weiteres dem Wunsche des Kaisers von Rußland zugestimmt und bringe ihn hiermit der Reichsvertretung zu gefälliger Kenntnis.[2]) Da gleichzeitig auch der bei Max Joseph in Gunst stehende französische Gesandte, Herr v. Otto, den Rat gab, Baiern möge nicht durch störrisches Benehmen in einer untergeordneten Frage die Gunst der großen Mächte verscherzen, wurde der Rückzug angetreten.

Die friedliche Lösung wurde in Berlin mit aufrichtiger Befriedigung aufgenommen. „Jetzt ist dem Wiener Hofe," schrieb Haugwitz am 2. März an Keller, „auch nicht der mindeste Vorwand mehr geboten, gegen Baiern einzuschreiten; wenn er trotzdem mit seinen Rüstungen fortfährt, enthüllt er damit die Absicht, sich seiner Streitkräfte zu eigennützigen Zwecken zu bedienen." Thatsächlich hörten die Rüstungen nicht auf; die um Baiern zusammengezogenen österreichischen Truppen hatten angeblich die Höhe von 60 000 Mann erreicht. Der Bevollmächtigte der helvetischen Republik, Baron Müller, versicherte dem bairischen Gesandten v. Aretin, ihm sei aus bester Quelle die Nachricht zugekommen, daß der Plan bestehe, Baiern zur Abtretung des rechten Innufers und eines Landstriches an der Tiroler Grenze zu zwingen. Graf Fugger, ehedem kaiserlicher Bevollmächtigter beim schwäbischen Kreis, bestätigte die aufregende Nachricht; Cobenzl freilich nannte sie ein Ammenmärchen. Doch auch Graf Keller verharrte bei seiner Ansicht, die ungewöhnliche Ausdehnung und der hastige Betrieb der Rüstungen seien nicht anders zu erklären, als daß ein Gewaltstreich geplant werde. „Baiern soll für immer in die alte Abhängigkeit von Oesterreich gedrängt werden; dies soll der erste Schritt sein, um dem Kaiser das verlorene Ansehen im Reich wieder zu erobern." „Es sind ganz und gar die Zustände des Jahres 1785 zurückgekehrt." Als Max Joseph in Wien den Vorschlag unterbreiten ließ, es sollte in München oder Wien oder Regensburg eine Konferenz zur Untersuchung der noch strittigen Fragen eröffnet und nach Wahl des Wiener Hofes russische oder französische oder preußische Vermittlung erbeten werden, lehnte Cobenzl Konferenz und Vermittler rundweg ab.[3])

Haugwitz war sehr ungehalten über die Fortdauer der chronischen Kriegsgefahr, doch konnte der Wiener Hof mit Sicherheit darauf rechnen, daß Preußen

[1]) Politisches Journal für 1804, 257. — Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Keller vom 13. Februar 1804.

[2]) Häberlin, 12. Bd., 81.

[3]) Santelmann, 101.

nur die Politik der Faust im Sack verfolgen werde. Dagegen war Bonaparte nicht gesonnen, seinen Bundesgenossen, von dem er sich nützlicher Dienste versehen konnte, fallen zu lassen. Champagny mußte dem kaiserlichen Kabinett (3. März) ein förmliches Ultimatum verkünden. Da der Kurfürst die Wiederherstellung des früheren Zustands der Reichsritterschaft angeordnet habe, sei jeder Grund zu feindseligem Einschreiten gegen Baiern beseitigt; wenn Oesterreich trotzdem seine Rüstungen nicht aufgebe, werde der Konsul Baiern mit 40000 Mann zu Hülfe kommen; man möge sich in Wien nicht dem Wahn hingeben, daß Frankreich seine ganze Heeresmacht für den Krieg mit England und zur Dämpfung der inneren Unruhen brauche; man möge nicht daran zweifeln, daß die Oesterreicher in Baiern auf eine gleich starke französische Armee stoßen würden; wenn aber der Wiener Hof zu friedlichem Einlenken bereit sei, wolle Bonaparte in Verbindung mit dem Kaiser von Rußland den Streit zwischen den Nachbarländern zu gerechtem Austrag bringen.[1]) „Der Ton dieser Aufforderung," schrieb Haugwitz an Keller, „wird Ihnen deutlich zeigen, daß Oesterreichs Rüstungen in den leitenden Kreisen in Paris einen natürlichen Umschwung herbeiführten. Statt zu einem Bündnisse, wie das Gerücht ging, ist es zu wachsender Entfremdung zwischen den beiden Staaten gekommen. Man muß nun abwarten, ob der Wiener Hof infolge der Strafrede des Herrn von Champagny die Segel einziehen und zu friedlicher Verständigung mit dem Münchner Hofe sich herbeilassen wird."

Die Drohung Bonapartes erreichte denn auch den beabsichtigten Zweck. Cobenzl versicherte, in Oesterreich denke niemand an Krieg und Gewaltthat, und was wichtiger war, die Truppen wurden aus Tirol und dem Innviertel zurückgezogen. Bonaparte würde sich übrigens gegenüber dem dienstwilligen Wiener Hofe kaum eine so unfreundliche Sprache erlaubt haben, wenn ihn nicht der Argwohn beeinflußt hätte, daß in Oesterreich auf einen nahe bevorstehenden Umsturz der Konsulargewalt gerechnet werde. In Berlin sollen geheimnisvolle Andeutungen gefallen sein, Oesterreich habe nur deshalb Tirol und Schwaben mit seinen Truppen überschwemmt, um sofort einen großen Schlag auszuführen, sobald die Nachricht von der Ermordung des Ersten Konsuls eintreffen werde. Dieses Gerücht verleitete zur Annahme, daß man in Wien Kenntnis habe von der großen Verschwörung gegen Herrschaft und Leben des Ersten Konsuls.[2])

Bonaparte hatte alle Parteien überwunden, indem er alle Parteien getäuscht hatte, ebenso die Royalisten, die sich eine Zeit lang in der Hoffnung wiegten, daß er als ein zweiter General Monck die legitime Monarchie wieder aufrichten würde, wie die Republikaner, die ihn als Halt und Stütze der Grundsätze der Revolution angesehen und gehoben hatten. Als ihm die Hülfe der Fraktionen nicht mehr nötig war, hatte er die höchste Gewalt an sich gerissen. Er heischte von der Nation eine Unterwürfigkeit, wie sie den Königen niemals zugestanden worden war, aber er entschädigte die Franzosen durch den Ruhm,

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Erlasse des preuß. Ministeriums an Keller vom 9., 12. und 16. März 1804, im wesentlichen aufgebaut auf dem Bericht v. Schladens aus München vom 1. März 1804.

[2]) Lefebvre, Histoire des cabinets de l'Europe, I, 353.

der fast in allen Ländern Europas auf ihre Fahnen niederrauschte, und durch die Befestigung der inneren Ruhe und Sicherheit. Kein Unbefangener konnte sich den segensvollen Wirkungen des neuen Regiments verschließen. Die Arbeit war wieder geschützt, das Vertrauen wiedergekehrt und damit ein Glück, das der Nation völlig verloren gegangen war. Wenn der dankbar verehrte Diktator an Wiederherstellung der monarchischen Regierungsform dachte, durfte er selbst glauben und andere glauben machen, daß dadurch erst Ruhe und Ordnung im Vaterlande dauernd zu befestigen wären. Schon während des Konsulats bot die salle des ambassadeurs in den Tuilerien den Eindruck einer monarchischen Hofhaltung.[1]) Die Spuren des Sturmes auf die Tuilerien am 10. August 1792 waren längst beseitigt, und auch die Uhr, welche, an jenem Tage von einer Kugel getroffen, zwölf Jahre lang nur die Todesstunde des französischen Königtums gezeigt hatte, war vor Kurzem wieder in Stand gebracht worden. Vor den Fenstern der Gemächer Napoleons standen die vier antiken ehernen Rosse, die einst in Rom, dann in Konstantinopel, dann in Venedig gestanden hatten und im Volksglauben als Unterpfand der Weltherrschaft galten.[2])

Mancherlei Anzeichen deuteten darauf hin, daß sich der Mächtige nicht mehr damit zu begnügen gedenke, Monarchen zu erheben, sondern selbst Monarch sein und heißen wolle. Die Namen „Abendländisches Kaisertum", „Gallisches Kaisertum" waren schon durch gefällige Federn dem Volke planmäßig mundgerecht gemacht worden. Auf jede Weise wurde die Erinnerung an die römische Kaiserzeit wachgerufen. Immer entschiedener bildete sich unter dem Einfluß der prunkliebenden Militärherrschaft in Frankreich in allen Künsten der antikisierende Stil aus, der als Empirestil die Welt eroberte. Das beste Beispiel der neuen Renaissance bieten die Schöpfungen Davids. Die „Horatier" dieses Künstlers waren eines der ersten Anzeichen des Revolutionssturmes gewesen; der „Marat" war typisch für die wüste Bestialität der Schreckenszeit; die „Sabinerinnen" sollten die Veredlung der Republik durch Frauenschöne und Fraueneinfluß in der Direktorialzeit feiern; dann wandte sich aber der Künstler spätrömischen Stoffen zu, und bald sollte er berufen werden, die Krönung des neuen Augustus zu verherrlichen. Schon vor dem Bruch zwischen England und Frankreich war, wie Fox an seinen Neffen schrieb, das Gerücht verbreitet, Napoleon wolle sich zum Kaiser der Gallier ausrufen lassen.[3]) Napoleon selbst gab dem Gedanken zum erstenmal im November 1802 in einer Unterredung mit dem Russen Markov offenen Ausdruck. „Er sprach lange mit mir darüber," berichtete der Gesandte an seinen Hof, „daß es der Zeitgeist mehr und mehr als Notwendigkeit erscheinen lasse, daß die ganze Kraft der Regierung über ein ausgedehntes, volkreiches Land in *eine* Hand gelegt werde. Er sagte, die aufgeregten Wogen des französischen Volksgeistes seien keineswegs zur Ruhe gekommen, so daß man noch immer neuen Sturm zu befürchten habe. Für den Fall eines neuen Ausbruches der Leidenschaft sei sein Entschluß gefaßt: er werde nur als ‚Kaiser der

[1]) Kotzebue, Erinnerungen aus Paris im Jahre 1804, 118.

[2]) H. Chezy, Die Mittagstunden im Garten der Tuilerien; Französische Miszellen 8. Bd., 20.

[3]) Lanfrey, Histoire de Napoléon I., III, 157.

Gallier' den Kampf mit seinen Feinden eröffnen!'" [1] Der vertrauten Umgebung des Konsuls war es längst kein Geheimnis mehr, daß er sich mit dem Gedanken trage, eine Dynastie zu stiften. In früheren Jahren hatte es in der Comédie française donnernden Beifall entfesselt, wenn Larive als Brutus die Worte sprach:

„Ich hasse Cäsar mit dem Königsnamen,
Cäsar als Bürger wird ein Gott mir sein!"

Plötzlich war das Drama Voltaires mit seinen anzüglichen Versen vom Bühnenprogramm verschwunden; dagegen wurde, wenn der ernste Mann mit dem Römerprofil in seiner Loge saß, die Stelle in Corneilles Cinna:

„Die schlimmste aller Regierungen ist die Volksregierung!"

mit rauschendem Beifall überschüttet. [2])

Je deutlicher aber die Absicht einer Verfassungsänderung in der Oeffentlichkeit hervortrat, desto leidenschaftlicher suchten die Feinde des Konsuls das verhaßte Regiment zu stürzen. London war jetzt der Mittelpunkt der aufständischen Bewegung. Die englische Regierung bot Unsummen auf, um Frankreich mit einem Netz von Späherei und Verrat zu überspannen. Mit englischer Unterstützung wurde im Jahre 1803 von drei auf durchaus verschiedene Parteirichtungen eingeschworenen Männern: Georges Cadoudal, Dumouriez und Pichegru, eine weitumfassende Verschwörung gegen das Regiment des „Tyrannen" angezettelt. Lanfreys Behauptung, das Ganze sei nur von Bonapartes Lockspitzeln eingefädelt worden, ist gewiß nicht stichhaltig, doch steht fest, daß die Polizei alle Fäden der Verschwörung in Händen hielt und das Netz nur so lange offen ließ, bis die wichtigsten Rädelsführer in sicherem Gewahrsam waren. Im März 1804 wurde der Legitimist Cadoudal hingerichtet; Pichegru wurde mit seinem Halstuch erdrosselt im Gefängnis aufgefunden; Moreau mußte Frankreich verlassen; viele Mitschuldige erlitten schimpflichen Tod. Es war von Napoleon darauf abgesehen, die Volksseele in ihrer Tiefe aufzuregen, und der Erfolg übertraf noch die Erwartungen. In den weitesten Kreisen des Bürger- und Bauernstandes, vor allem in der ihrem siegreichen Führer schwärmerisch ergebenen Armee rief die Gefährdung des Oberhaupts Schrecken und Sorge wach. Wie wenig hatte gefehlt, so wäre durch die Mine der Umstürzler das stolze Gebäude des neuen Frankreichs in die Luft gesprengt worden! Die Staatsbehörden, welche den Gebieter zu seiner wunderbaren Rettung beglückwünschten, waren wirklich die Dolmetscher der Gefühle des Landes.

Napoleon war empört über die Meuterei, deren Urheber er in den bourbonischen Prinzen erblicken mußte. Eine politische Berechnung, dauerhafter als der erste Zorn, faßte Wurzel in seinem Geiste, der Entschluß: Es muß zur Abschreckung ein Exempel statuiert und dadurch den Ränkeschmieden ein für allemal die Lust an ruchlosen, verderblichen Anschlägen benommen werden. Der Graf von Artois und der Herzog von Berry waren, weil sie, rechtzeitig gewarnt, die beabsichtigte Landung in Frankreich aufgegeben hatten, der Konsularpolizei

[1]) Tratchevsky, I, 585.

[2]) F. J. L. Meyer, Briefe aus der Hauptstadt und dem Innern Frankreichs (1803) I, 223.

entschlüpft. Da gab es aber noch einen anderen bourbonischen Prinzen, der für die nach Napoleons Auffassung im Interesse der hohen Politik gebotene Verfolgung erreichbar war. Der zweiunddreißigjährige Louis Antoine Henri, Herzog von Enghien, wohnte seit einigen Monaten in dem badischen Städtchen Ettenheim, das sich an freundliche Rebenhügel auf dem rechten Rheinufer anlehnt. Er hatte im ersten Koalitionskrieg im Emigrantencorps des Prinzen von Condé, seines Großvaters, am Rhein gefochten, war später in russische Dienste getreten, lebte aber seit dem Friedensschluß von 1801 als Privatmann von einem kleinen englischen Jahresgehalt. Es hat nichts Ueberraschendes, daß er bei Wiederausbruch des Krieges mit England der englischen Regierung seine Dienste anbot. Der englische Bevollmächtigte Stuart wandte sich bald nach Neujahr 1804 an Cobenzl um einen Paß für den Herzog, der nach Wien kommen und von dort sich nach London wenden sollte. Cobenzl ließ sich jedoch nicht darauf ein, „weil die Sache zu tausend Konjunkturen Anlaß geben würde".[1]) Die Weigerung war ein Liebesdienst für den ersten Konsul; sie kostete dem armen Enghien das Leben. In den Briefen an Stuart sprach der Herzog von seinem glühenden Verlangen, gegen die entarteten Söhne Frankreichs und ihren Tyrannen den Degen zu ziehen, dagegen ist eine englische Weisung, der Herzog möge vorerst am Rhein bleiben, weil er dort bald eine Rolle zu spielen haben werde, niemals erlassen worden, und vor allem steht fest, daß der Herzog an der Verschwörung Cadoudals in keiner Weise beteiligt war. Zwar wurde von einem mit Ueberwachung des Prinzen betrauten Agenten, dem Gendarmeriequartiermeister Lamothe, nach Paris berichtet, daß Dumouriez im Hause des Prinzen in Ettenheim verkehrt habe; bei näherer Untersuchung stellte sich aber heraus, daß eine Verwechslung mit Herrn v. Thumery vorlag. Auch die Nachricht, daß der Prinz sich einige Male heimlich nach Straßburg begeben habe, stärkte den Verdacht, als sei er mit Organisierung eines Militärputsches beschäftigt; in Wahrheit hatte sich der Prinz nur zum Besuch von Aufführungen einer französischen Schauspielertruppe nach Straßburg geschlichen.[2]) Enghien war zwar bereit, mit dem Degen die Revolution und den Sohn der Revolution zu bekämpfen, wollte aber von Komplotten und Mordplänen nichts wissen. „Das sind übel riechende Thorheiten (un tas de bêtises puantes)," sagte er zu seinem Kammerdiener Canone, „ich werde mich niemals einmischen! Ich verachte alle diese Anschläge!"

Immerhin ist den Anwälten Napoleons darin zuzustimmen: Der Bourbon vertrat die Weltanschauung des ancien régime und suchte dessen Wiederherstellung auch mit Hülfe des Auslands durchzusetzen; er war also in den Augen Napoleons, der das von der Revolution geschaffene Nationalitätsprinzip vertrat, ein Hochverräter.[3]) Napoleon hatte recht, wenn er seine eigene Machtstellung und die Unverletzlichkeit Frankreichs mit allen gesetzlichen Mitteln zu verteidigen suchte. Doch auch ein „welthistorischer Konflikt" kann blutige Willkür nicht rechtfertigen, und wenn gesagt worden ist, der Herzog habe „nach den Prinzipien der fran-

[1]) Fournier, Gentz u. Cobenzl, 92.
[2]) Lanfrey, III, 129.
[3]) Roloff, 99.

zösischen Revolution" hingerichtet werden müssen, so ist die Berechtigung dieser „Prinzipien" mit nichten festgestellt.

Daß dabei deutsches Gebiet verletzt wurde, erschien dem Konsul und seiner Umgebung als etwas so Unwichtiges, daß in der entscheidenden Staatsratssitzung am 10. März darauf gar nicht die Rede kam. Nur der zweite Konsul Cambacérès warnte vor gewaltsamem Einschreiten gegen den Herzog, aber nur deshalb, weil dadurch die Royalisten erst recht zu Meutereien und Mordanschlägen verleitet werden könnten. Napoleon hörte den Kollegen an, ohne Ungeduld an den Tag zu legen, erklärte aber dann ebenso fest wie ruhig, es sei sein Wille, den Herzog von Enghien in Ettenheim aufheben zu lassen. [1])

Am 15. März früh Morgens überfiel eine Abteilung französischer Dragoner und Gendarmerie, etwa 200 Mann, das Haus des Freiherrn von Dietersheim in Ettenheim, das vom Herzog bewohnt wurde. An Widerstand war nicht zu denken; in Nachtgewand und Pantoffeln wurde der Gefangene in eine Postkutsche geschleppt, und fort ging es nach Straßburg, wo er in der Zitadelle vorerst untergebracht wurde. Er ahnte nicht, welch trauriges Geschick ihn erwartete. „Wenn man meine Papiere untersucht," schrieb er aus seiner Haft an die Prinzessin Charlotte von Rohan-Rochefort, mit welcher er sich — der dürftigen Vermögensverhältnisse wegen insgeheim — vermählt hatte, „wenn man die Briefe meiner Eltern und des Königs und die Abschriften meiner Briefe finden wird, so kann mich dies Alles nicht in schlimmerer Weise bloßstellen, als mein Name und mein Verhalten im Verlauf der Revolution!" Der Prinz täuschte sich; für den Konsul genügte es, aus den beschlagnahmten Papieren zu ersehen, daß der Bourbon sich mit der Absicht getragen hatte, unter englischer Fahne gegen das französische Volk, „seinen grausamsten Feind", zu kämpfen, und daß er während seines Aufenthalts an der Grenze Gelegenheit gefunden hatte, mit Offizieren der Rheinarmee zusammenzutreffen. Mit der Begründung: „Es muß ein Exempel statuiert werden!" beschloß der Konsul, die äußerste Strenge walten zu lassen, trotz der Vorstellungen seines Bruders Joseph und der flehentlichen Bitten seiner Gemahlin. Frau von Remusat, die erste Palastdame des konsularischen Hofes, erzählt, sie habe am Vorabend der Katastrophe mit Bonaparte eine Partie Schach gespielt, wobei ihr Partner in auffälliger Weise zerstreut gewesen sei. Plötzlich begann er mit halblauter Stimme Verse zu citieren. Deutlich wiederholte er das berühmte Wort, das Corneille dem Augustus in den Mund legt: „Laß uns Freunde sein, Cinna!" Dann deklamierte er die Verse Guzmanns aus Voltaires Alzire:

„Du siehst den Unterschied der Götter, die wir ehren!
Die deinen konnten dich nur Mord und Rache lehren,
Doch ob dein Arm den Mordstreich auch nach mir gethan,
So treibt mein Gott mich doch zu Huld und Mitleid an!"

Dabei lächelte der Gewaltige. Frau von Remusat glaubte gar nicht anders, als daß eine rührende Versöhnungsscene geplant werde. Um so fürchterlicher wirkte die Ueberraschung, die schon der nächste Morgen brachte.

[1]) Boulay de la Meurthe, Les dernières années du duc d'Enghien, 84.

Nach kurzem Aufenthalt in Straßburg war Enghien nach Vincennes gebracht worden. Vor ein Kriegsgericht gestellt, erklärte er, weder an der Verschwörung Cadoudals noch an irgend einem anderen Anschlag gegen die Republik beteiligt gewesen zu sein, gestand aber freimütig, daß er die Absicht gehegt habe, in die englische Armee einzutreten. Dieses Wort genügte. Einstimmig fällten die Richter das Urteil, der Verräter am Vaterland sei vom Leben zum Tod zu befördern. Der Befehl, für ihn ein Grab bereit zu halten, war bezeichnender Weise schon vor der Entscheidung des Kriegsgerichts erteilt worden. Napoleon versicherte später auf St. Helena dem Grafen Las Cases, er bedaure lebhaft, ein vom Prinzen an ihn gerichtetes Gnadengesuch nicht rechtzeitig erhalten zu haben, und läßt dabei durchblicken, es sei von Talleyrand absichtlich erst nach dem Tode des Unglücklichen übergeben worden. Die Vorgänge in den wenigen Stunden zwischen Verurteilung und Hinrichtung schließen jedoch die Möglichkeit, daß Enghien ein Gnadengesuch geschrieben habe, fast völlig aus. Napoleon hat denn auch nur zeitweise versucht, die Schuld an der Katastrophe von sich abzulenken. Kurz vor seinem Tode schrieb er in sein schon früher abgefaßtes Testament zwischen die Zeilen folgende Worte: „Ich habe den Herzog von Enghien verhaften und aburteilen lassen, weil dies nötig war für die Sicherheit, das Interesse und die Ehre des französischen Volkes . . .“

Brutal, wie das Urteil, das einem nur nach den Anschauungen und Gesetzen seiner Familie handelnden Bourbon nicht einmal mildernde Umstände zuerkannte, war auch die Ausführung. Noch in der nämlichen Nacht wurde er im Festungsgraben beim trüben Schein einer Laterne durch ein Pikett Gendarmen erschossen (20. März 1804).

Die erste Kunde von der Blutthat in Vincennes rief in Paris allgemeine Bestürzung hervor. „Das war ja wieder die Schreckensherrschaft, aber der Schrecken zum Vorteil eines einzigen Mannes, der Schrecken ohne Fanatismus, der Schrecken ohne die Oeffentlichkeit im Tageslicht, denn alles in diesem niedrigen Trauerspiel hatte sich bei Nacht abgespielt, die Gefangennehmung, der Urteilsspruch, die Hinrichtung. Trotzdem mußte die öffentliche Meinung, da sie ihre Mißbilligung nicht aussprechen durfte, stumm bleiben, und der peinliche Eindruck ging rasch vorüber.“ [1]) Im Staatsrat erschien Napoleon selbst, um sein Vorgehen zu rechtfertigen. Die Rücksicht auf das Staatswohl, erklärte er, habe die rasche Hinrichtung des Verräters geboten. „Was die öffentliche Meinung betrifft, so muß man ihr Urteil ehren, aber ihre Launen verachten! Im übrigen verfüge ich über 50 000 Mann, um, wenn es nötig sein sollte, den Willen der Nation zur Geltung zu bringen!“ Der „Moniteur“ brachte am ersten Tage nach Mitteilung eines Schreibens des Papstes an seinen „vielgeliebten Sohn Napoleon Bonaparte“ nur die Nachricht, daß ein bourbonischer Prinz „mit seinem Stab und einigem Personal“ auf dem rechten Rheinufer Emigranten um sich sammle.[2]) Tags darauf brachte das offizielle Organ — die wenigen übrigen Zeitungen durften den Fall gar nicht erwähnen — an der Spitze einen Hirtenbrief des Bischofs von Coutances, der

[1]) Lanfrey, III, 147.
[2]) Ibid., III, 198.

den Soldaten vor Augen stellte, wie gottergeben täglich der große Bonaparte im Gebet die Siegerstirn vor dem Kreuz beuge, — wer denkt nicht an Richard III. inmitten der Bischöfe? — dann folgt an unscheinbarer Stelle das Urteil des Militärgerichts über einen „soi disant Louis Antoine Henry de Bourbon", — wohlgemerkt, ein gefälschtes Urteil, denn der Wortlaut des echten war auf Schloß Malmaison gar zu wortkarg und roh befunden worden.

Schon am 19. März, also vor der Katastrophe in Vincennes, schrieb Talleyrand an den Gesandten in Wien, Champagny, er möge, wenn gegen die Verletzung des neutralen Gebiets bei der Aufhebung des Prinzen in Ettenheim oder gegen die Hinrichtung eines Mitglieds der Familie Bourbon Bedenken erhoben würden, gegen solche Reden Front machen „même avec moquerie"; wenn das Staatswohl auf dem Spiele stehe, könne man die nötigen Schutzvorkehrungen nicht mit dem Zirkel abmessen. „Man mußte bei dieser Gelegenheit," sagte Bonaparte später zu Le Couteulx de Canteleu, dem Vicepräsidenten des Senats, „den Bourbons, dem Londoner Kabinett und allen europäischen Höfen zeigen, daß es sich nicht um ein Kinderspiel handle. Unsere Lage war nicht von der Art, daß wir ritterlich auftreten konnten. Das wäre, da es sich um Staatsgeschäfte handelte, einfach kindisch gewesen." Talleyrand, der ja 12 Jahre früher sogar die Mordscenen vom 10. August beredt verteidigt hatte, wurde mit der Aufgabe betraut, für die Nichtbeachtung der Rechte des Herzogs von Baden, die ja in den auswärtigen Staatskanzleien als unverantwortlichere Schuld angesehen war, als die Mordthat, je nach Erfordernis der Umstände, das geeignete Wort der Rechtfertigung zu finden. Er übertraf sich selbst durch die Dreistigkeit, womit er den „veralteten" Anschauungen der legitimistischen Kabinette das „Staatswohl" als höchstes und einziges Gebot politischer Moral gegenüberstellte. Nicht als Verteidiger trat er auf, sondern als Kläger; er war entrüstet über die Umtriebe des Führers der antibonapartistischen Bewegung, des englischen Gesandten Drake in München, er verlangte die Ausweisung der an den europäischen Höfen wühlenden Emigranten, — kurz, er suchte aus dem Ereignis, das an sich eine Bloßstellung der französischen Regierung bedeutete, auch noch politischen Gewinn zu ziehen. Dem badischen Minister Baron Edelsheim schilderte er, wie schmerzlich es den ersten Konsul berührt habe, daß ein Fürst, dem er soeben die wirksamsten Proben seiner Freundschaft gespendet habe, einem grausamen Feinde Frankreichs und des Konsuls Zuflucht gewähre; dann wird in aller Kürze mitgeteilt, daß General Caulaincourt Befehl erhalten habe, den Urheber eines Verbrechens, das seiner Natur nach die Schuldigen außer das Völkerrecht setze, gefangen zu nehmen, bei der Ausführung des Auftrags aber alle schuldige Rücksicht auf Seine Kurfürstliche Durchlaucht zu nehmen.

Der greise Kurfürst Karl Friedrich von Baden war durch den Ettenheimer Ueberfall, durch die Mißachtung seines Fürstenrechts peinlich berührt, beschränkte sich aber auf leidenschaftslose Meldung des Sachverhalts an den Regensburger Reichstag. Der französische Geschäftsträger habe zwar um Ausweisung Enghiens nachgesucht, doch sei die landesherrliche Entscheidung nicht erst abgewartet, sondern Enghien einfach durch französische Truppen aufgehoben und fortgeschleppt

worden.[1]) Man hatte in Regensburg erwartet, daß der Kurfürst eine Beschwerde an den Kaiser richten werde,[2]) doch erfolgte nichts dergleichen. Bonaparte ließ nachträglich in Karlsruhe erklären, er habe bei der bekannten freundschaftlichen Gesinnung des Kurfürsten vorausgesetzt, daß er die notwendige Beschleunigung einer zum Schutz des Konsuls getroffenen Maßregel nicht mißbilligen werde, und nun schätzte sich der Kurfürst glücklich, daß der widerwärtige Handel so glatte Erledigung gefunden habe.[3]) Wenn diese Haltung eine schwächliche genannt werden muß, so kann dieser Vorwurf freilich den widerstandsfähigeren Mächten noch weniger erspart bleiben.

In Berlin machte sich wenigstens im ersten Augenblick die Mißbilligung Luft. Frau von Staël, die sich damals gerade in der preußischen Hauptstadt aufhielt, erzählt, es sei ihr eines Tages schon frühmorgens ein Briefchen übergeben worden, das mit den Worten anfing: „Ein gewisser Louis von Preußen bittet Frau von Staël . . .“ Es war Prinz Louis Ferdinand, der um eine Unterredung bat. Frau von Staël lief hinaus, denn der Prinz hielt zu Pferde vor ihrem Hause. „Er machte zu Pferde eine glänzende Figur und seine Rührung erhöhte noch den Adel seiner Erscheinung . . .“ „Wissen Sie es schon,“ rief er der Dame zu, „der Herzog von Enghien ist aus Baden gewaltsam weggeschleppt, vor ein Kriegsgericht gestellt und Knall und Fall erschossen worden?“ Die Staël wollte es nicht glauben, doch der Prinz sandte ihr den Moniteur mit der verhängnisvollen Nachricht . . .[4]) Namentlich die Königin war außer sich und wollte um jeden Preis Trauerkleidung anlegen. Doch die „offizielle“ Auffassung war eine andere. Der Kabinettssekretär Lombard schrieb an Hardenberg: „Das Beste, was wir bei diesem Vorfall thun können, ist, daß wir keinerlei Lebenszeichen von uns geben!“ Der leitende Staatsmann fand den Rat trefflich.[5]) Höchstens zu einem Wort frostigen Mitleids mit dem Opfer einer feilen, willkürlichen Justiz konnten sich die Diplomaten aufraffen. „Es muß dem Grafen Cobenzl doch recht leid sein,“ schrieb Haugwitz an Graf Keller, „wenn ihm klar wird, daß die unbegreifliche Verweigerung des Passes dem armen Herzog das Leben gekostet hat!“[6])

In Wien die nämliche kleinmütige, feige Haltung! Anfänglich hatte es zwar den Anschein, als ob die Vorgänge in Ettenheim und Vincennes tiefen Eindruck auf Cobenzl gemacht hätten, doch stellte sich bald wieder der gewohnte Gleichmut ein.[7]) „Das Schicksal des Prinzen ist ja recht traurig,“ sagte er zu Baron Armfeld, „aber wenn er sich wirklich in eine Verschwörung gegen den Konsul einließ, wird man zugeben müssen, daß er den Tod verdient hat!“[8])

---

[1]) Württemberg. Staatsarchiv. Reichstagsakten 1804. Bericht Seckendorffs v. 24. März 1804.

[2]) Ebenda. Bericht Seckendorffs v. 28. März 1804.

[3]) Obser, Politische Correspondenz Karl Friedrichs v. Baden, V., Einl. XV.

[4]) Sorel, VI, 357.

[5]) Bailleu, Preußen u. Frankreich, II, 262.

[6]) Preuß. Staatsarchiv. Schreiben Haugwitz' an Keller v. 6. April 1804.

[7]) Wertheimer, Geschichte Oesterreichs u. Ungarns im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, I, 191.

[8]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Kellers v. 31. März 1804.

Als der englische Gesandte die Hinrichtung Enghiens mit rücksichtsloser Deutlichkeit einen Mord nannte, zuckte Cobenzl die Schultern, und als Sir Paget ihn fragte, ob denn der Kaiser wirklich eine so schnöde Verletzung des deutschen Reichsbodens ungeahndet lassen wolle, erwiderte der Minister, unter den gegenwärtigen Umständen sei nichts zu machen. „Ja, wenn nun der Konsul von Ihnen eine Provinz verlangt," rief entrüstet der Engländer, „werden Sie ihm diese auch ausliefern?" „Unter den gegenwärtigen Umständen ist nichts zu machen," wiederholte Cobenzl, „erinnern Sie sich nur, wie wehrlos unsere Grenze einem Angriff von italienischer Seite preisgegeben ist!" „Ich habe allen Grund zu glauben," bemerkt Graf Keller zu diesen Geschichtchen, „daß der Wiener Hof wegen des Vorfalles, der dem tragischen Ende des unglücklichen Enghien vorausgegangen ist, komplette Unthätigkeit zugesichert hat."[1] Und doch konnte auch dem Leiter der österreichischen Politik das Wort Bonapartes im Staatsrat nicht unbekannt geblieben sein: „Wenn der Herzog von Berry oder irgend ein anderer Bourbon sich bei Herrn von Cobenzl versteckt hätte, so würde ich den Flüchtling nicht nur ergreifen, sondern ich würde noch am nämlichen Tage ihn und Herrn Cobenzl dazu erschießen lassen!"[2] Oder war es gerade das aus dem kecken Wort hervorsprühende grandiose Selbstvertrauen, das den Diplomaten mutlos werden ließ? „Man soll in Wien wissen," schrieb Talleyrand an Champagny, „daß Frankreich jederzeit an dem Grundsatz festgehalten hat: am nämlichen Tage, an dem österreichische Truppen den Inn überschreiten, gehen französische über den Rhein!" —

Aehnliche Aufnahme fand der „Fall Enghien" in Regensburg. In den Reichstagskreisen war so ziemlich alles einig, daß der peinliche Handel nach Möglichkeit totgeschwiegen werden müsse. Der französische Gesandte Bacher verteilte Schriften, welche gegen die Anschläge der Royalisten und der Radikalen auf das Leben des Unersetzlichen Stimmung machen sollten, und die einlaufenden Danksagungen gaben Zeugnis von der „guten Gesinnung" der deutschen Höfe. In Baiern wurde angeordnet, daß nur solchen Emigranten der Aufenthalt in kurfürstlichen Landen gestattet sein sollte, die der französischen Republik den Submissionseid geleistet hätten.[3] Der Kurfürst von Württemberg beglückwünschte Napoleon, daß er den Dolchen der Banditen entronnen sei und das Netz der Verschwörung zerstört habe. Es war schon deutlich zu erkennen, wer seine Hoffnung auf den Stern im Westen setzte, wer gegen entsprechenden Lohn zu Freundschaft und Bündnis zu haben sein würde![4]

Nur *ein* unbequemer Mahner fand ein Wort des Tadels, ein nichtdeutscher Reichsstand wagte der Entrüstung über den Gewaltstreich gegen Deutschland Ausdruck zu geben. Seit dem Sommer 1803 verweilte Gustav IV., der sich selbst den unversöhnlichsten Todfeind Napoleons nannte, bei seinen Verwandten am Karlsruher Hofe. Nicht zur Freude des Kurfürsten, der immer in

[1] Preuß. Staatsarchiv. Bericht Kellers v. 7. April 1804.

[2] Miot de Melito, Mémoires, II, 145.

[3] Preuß. Staatsarchiv. Dépêches du et au baron de Schladen. Bericht Schladens v. 1. April 1804.

[4] Sorel, VI, 356.

Angst sein mußte, dem Vetter im Karlsruher Schloß möchte eines Tages das nämliche Schicksal widerfahren, wie dem Herzog von Enghien in Ettenheim.[1]) In König Gustavs Auftrag legte der schwedische Gesandte in Regensburg gegen die grobe Verletzung des Völkerrechts, die sich Frankreichs Oberhaupt zu Schulden kommen ließ, Verwahrung ein, zugleich an den Reichstag die Mahnung richtend, es möchten sich alle Reichsstände in der noch nicht zur Ruhe gekommenen reichsritterschaftlichen Angelegenheit und in anderen Fragen zur Bekämpfung bonapartistischer Umtriebe pflichtgemäß an den Kaiser anschließen.[2]) Der schwedische Protest wurde einfach „zur Kenntnis genommen", doch nicht so leichthin konnte über eine spätere Willensäußerung des mächtigen Zaren zur Tagesordnung übergegangen werden. Der Ettenheimer Fall sollte noch lange nicht zur Ruhe kommen. Eine genauere Einsichtnahme in die diplomatischen Papiere läßt erkennen, welch bedeutsamen Einfluß der Gewaltstreich auf die Politik jener Tage hatte. Bis zum Wiederausbruch des Krieges wird immer wieder auf Ettenheim und Vincennes Bezug genommen. Freilich reihte sich unmittelbar an den Tod Enghiens noch ein anderes Ereignis, das die allgemeine Aufmerksamkeit auf Paris lenkte.

In Frankreich wurde die Hinrichtung des Prinzen, nachdem sich der erste Unwille gelegt hatte, nur in den royalistischen Kreisen schlechthin verurteilt. Die republikanische Gesellschaft bedauerte den Prinzen, erblickte aber im Vollzug des strengen Urteils ein notwendiges Schreckmittel gegen Umsturzgelüste und Verschwörungen. Die Geisteskraft des ersten Konsuls allein schien eine Bürgschaft gegen die Wiederkehr der früheren Erschütterungen zu bieten. Erwägungen dieser Art führten folgerichtig auch zur Verwandlung des Konsulats in eine Erbmonarchie: Nach den Merovingern, Karolingern und Kapetingern sollte eine bonapartische Dynastie den Thron von Frankreich einnehmen und Frankreichs Macht wieder zu Ehren bringen.

Es kann hier nicht auf die einzelnen Etappen der neuen Gestaltung eingegangen werden. Bonaparte und seine Leute hatten es meisterhaft verstanden, die republikanischen Regierungs- und Volkskreise mit der Wiederaufrichtung der Erbmonarchie zu befreunden. Schon längst war es ein öffentliches Geheimnis, daß sich das Oberhaupt Frankreichs nicht mit den konsularischen Fasces begnügen werde. Schon im Mai 1802 hatte Cobenzl nach Wien berichtet, sicherem Vernehmen nach wolle sich Bonaparte den Titel eines „Kaisers der Gallier" übertragen lassen; ähnliche Gerüchte hatte auch der preußische Gesandte gemeldet. Im Frühjahr 1804, als zu Tage getreten war, daß die Verschwörung Cadoudals das Leben Bonapartes thatsächlich ernst bedroht hatte, nahm der Kaiserplan greifbare Gestalt an. Zuerst waren es Mitglieder des Senats, die dem Konsul eindringlich vorstellten, das Staatsschiff dürfe nicht länger Gefahr laufen, seinen Piloten zu verlieren, ohne wenigstens durch einen Anker gegen Schiffbruch gesichert zu sein, d. h. das im Interesse der Sicherheit des Staates aufgerichtete monarchische Regiment möge in der Familie Bonapartes erblich gemacht werden.

---

[1]) Obser, V, Einl. XVI.

[2]) Württemberg. Staatsarchiv. Bericht Seckendorffs v. 14. April 1804.

Auch das Tribunat und der Gesetzgebende Körper beeilten sich, ihre Zustimmung zu geben, damit nicht etwa die Armee eigenmächtig den gesetzgebenden Gewalten zuvorkomme. Am 18. Mai 1804 wurde die Uebertragung des erblichen Imperiums an Napoleon Bonaparte zum Staatsgrundgesetz erhoben. Die gallische Republik hatte einen Kaiser.

Bonaparte hatte eingewilligt, damit „durch die Befestigung der Zentralgewalt die teuer erkauften Güter: Freiheit, Gleichheit, Ruhm! sichergestellt wären", doch mit dem Zusatz: „Ich unterwerfe das Gesetz über die Erblichkeit der Sanktion des Volkes!" Die Volksabstimmungsmaschine wurde also wieder in Gang gebracht, und sie arbeitete nicht weniger sorgfältig und glücklich, als vor zwei Jahren; vierthalb Millionen Franzosen stimmten gegen dritthalbtausend für die Vererbung der kaiserlichen Würde in der Familie Bonaparte.[1]) Die Verfassung des Jahres XII — eine Zeitlang wurden noch die alten Schlagworte der Revolutionszeit beibehalten — brachte der ohnehin schon monarchischen Gewalt Napoleons weder Zuwachs noch Beschränkung, aber die Hofsitte und der Prunk der kaiserlichen Hofhaltung ließen die Selbstherrlichkeit des Oberhauptes schärfer hervortreten; von konstitutionellen Bürgschaften war kaum noch die Rede. Das Hofleben des „ancien régime" lebte wieder auf, nur war jetzt alles, wie Frau von Remusat spottet, „wie von Trommelwirbel geleitet". Die Pracht der Königsschlösser wurde womöglich noch überboten, doch blieb das Treiben steif und öde; es herrschte eben nur der Wille eines Mannes, der ausschließlich soldatisches Befehlen und Gehorchen kannte, für den das „Ich" allein im Vordergrunde stand, der keine anderen Rücksichten und keinen anderen Geschmack gelten ließ. „Ich stehe abseits von allen," schrieb er selbst einmal an Bruder Joseph, „und richte mich nach niemand!" Staunende Bewunderung, sagt Kotzebue in seinen Pariser Erinnerungen aus dem Jahre 1804, werde dem Manne, dessen Augenwimper die Welt bewege, von jedermann entgegengebracht, aber man sei auch darüber einig, daß er die Menschen zu wenig achte und in allem nur Mittel zu seinen Zwecken erblicke.[2]) „Er betrachtet sich," so urteilt auch Metternich, der ihn in Glück und Unglück häufig zu beobachten Gelegenheit hatte, „als ein in der Welt einzig dastehendes Wesen, dazu geschaffen, die Welt zu beherrschen und alle Geister nach seinem Willen zu lenken."[3]) Als der „große Wundermann" erschien er der großen Mehrheit der Zeitgenossen, als ein „wunderbares Ereignis" die „Auferstehung des Kaisertums". Wieland, der die Laufbahn Bonapartes von jeher mit starkem Interesse verfolgt hatte, war „wie betäubt" von der Aufrichtung des Imperiums. „Wir deutschen Kechenäer," schrieb er am 31. Mai 1804 an Böttiger, „stehen wie von einem Donnerschlag aus heiterem Himmel angedonnert und staunen das neue abendländische Kaisertum an, das auf einmal wie Pallas Athene aus Jupiters Haupt, vom Kopf zum Fuß gewaffnet, hervorgesprungen kommt und Europens Bewohnern eines von beiden, entweder allgemeine Ruhe oder allgemeine Umkehrung zu verkündigen scheint."

---

[1]) Fournier, Napoleon I. (2. Aufl.), II, 58.

[2]) Aug. Kotzebue, Erinnerungen aus Paris im Jahre 1804, 107.

[3]) Aus Metternichs Nachlaß, I, 284.

„Ohne Zweifel," schrieb Wieland am 17. Juni, „mußten die Chevaliers errants, Palmerin d'Olive, Primaleon de la Grèce und Palmerin d'Angleterre sich's saurer werden lassen, um Kaiser zu werden, als des Empereur Napoléon Majestät; daß die übrigen größeren und kleineren Majestäten in Europa es ihm sehr schwer machen dürften, davon sagt mir mein daimonion bis dato noch nichts."[1])

[1]) Böttiger, C. M. Wieland nach seinen eigenen Aeußerungen; Raumers Historisches Taschenbuch, 10. Bd., 441, 443.

Zweiter Abschnitt.

Das französische Kaisertum und die europäischen Mächte. Preußens Beziehungen zu Frankreich und Rußland. Die Haltung Oesterreichs. Die wachsende Spannung zwischen Rußland und Frankreich. Der russische Protest gegen die Aufhebung des Herzogs von Ettenheim auf deutschem Reichsgebiet. Die Stiftung des österreichischen Erbkaisertums. Das Ministerium Hardenberg. Der Aufenthalt Napoleons in den französisch gewordenen Rheinlanden. Napoleon und die süddeutschen Fürsten. Dalberg in Paris. Versuche zur Wiederaufrichtung einer neuen Koalition. Die Aufhebung Humbolds in Hamburg.

Man hätte erwarten können, daß das neue Kaisertum bei den legitimen Fürsten Europas auf geschlossenen Widerstand stoßen oder doch mit Mißbehagen und Widerstreben aufgenommen würde. Dies war jedoch nicht der Fall. Das Ereignis wurde fast von allen Regierungen sogar mit einer gewissen Befriedigung begrüßt. Der Gedanke, den Bourbons wieder zur Krone zu verhelfen, war längst aufgegeben. Die Kabinette hatten sich mit der aus dem Revolutionschaos hervorgegangenen Regierungsgewalt abgefunden und glaubten in ihrer Befestigung sogar einen erfreulichen Fortschritt erblicken zu dürfen. Schon auf die erste Andeutung der geplanten Rangeserhöhung des ersten Konsuls gab das preußische Kabinett unzweideutig seine Zustimmung zu erkennen. „Seit der Hinrichtung des Herzogs von Enghien," schrieb Lucchesini am 22. April aus Paris, „kann der erste Konsul nicht mehr auf persönliche Zuneigung eines Fürsten in Europa rechnen, aber durch Wiederherstellung der Monarchie glaubt er nicht mit Unrecht den übrigen Herrschern einen ausgezeichneten Dienst zu erweisen; die Zertrümmerung des republikanischen Schafotts in Frankreich wird die Verwegenheit der Umstürzler auch in anderen Staaten dämpfen und den Thronen, die das Beispiel einer siegreichen Revolution früher oder später erschüttert hätte, neue Festigkeit geben." [1]) Mit ähnlicher Einschränkung spendete der bairische Geschäftsträger in

[1]) Bailleu, Preußen u. Frankreich, II, 255, 259.

Berlin, Graf Bray, dem friedlichen Staatsstreich Beifall. „Wäre das Ettenheimer Attentat nicht gewesen, so würde man Napoleons Thronerhebung auch mit dem Herzen billigen, während es jetzt nur aus Berechnung geschehen muß.“[1]) Umgehend erhielt Lucchesini Weisung, der französischen Regierung zu eröffnen, daß der König von Preußen, wie er schon die Uebertragung der höchsten Gewalt auf Lebenszeit willkommen geheißen habe, einer dauernden Befestigung der gegenwärtigen Herrschaft noch freudigere Teilnahme zuwenden werde. „Sie mögen hinzufügen, daß ich mir schmeichle, ein so unzweideutiger Beweis meiner Gefühle werde in den Augen des Konsuls alle Bürgschaften aufwiegen, welche ihm ein formeller Vertrag, dessen Grundlagen ja thatsächlich bestehen, hätte bieten können, und daß ich hoffe, auch meinerseits auf das freundschaftliche Vertrauen zählen zu dürfen, das die beiden Regierungen immerdar verbinden soll.“[2])

Das bereitwillige Entgegenkommen des Berliner Kabinetts ließ sich schwer in Einklang bringen mit den gleichzeitigen Unterhandlungen am russischen Hofe. Friedrich Wilhelm hatte gehofft, von Bonaparte als Preis für schmeichelhafte Freundschaftsversicherungen die Räumung von Hannover, sowie die Sicherung des preußischen Einflusses im deutschen Norden zu erreichen. In dieser Erwartung sah er sich betrogen, denn dem ersten Konsul lag nichts an Wohlwollen und an schönen Worten; er wollte ein Bündnis, ein wirkliches Bündnis. So weit wollte aber der König nicht gehen, weil er fürchtete, gleich den schwächeren deutschen Fürsten förmlich in die Gefolgschaft Bonapartes zu geraten. Er enthüllte also (21. Februar) dem hochverehrten Zaren das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Frankreich und verband damit die Anfrage, ob er auf Rußlands Unterstützung rechnen dürfe, falls der erste Konsul die Nichtbeachtung seines Wunsches durch gewaltsamen Eingriff in die preußische Interessensphäre ahnden würde.[3]) Alexander erinnerte in seiner Antwort daran, wie ernstlich er schon im vorigen Jahre den König gewarnt habe, sich mit Napoleon einzulassen. „Das seitherige Verhalten der französischen Regierung in Norddeutschland und gegenüber Preußen könnte zu meinen Betrachtungen und Warnungen die beste Erläuterung bieten, aber im gegenwärtigen Augenblick ist es nicht mehr angemessen, Eurer Majestät einen Rat zu geben: Sie müssen selbst Entscheidung treffen, welche Partei Sie ergreifen wollen. Ich glaube jedoch wenigstens darauf hinweisen zu müssen, daß auf der einen Seite Ehre, Ruhm und Interesse Ihrer Krone wahrzunehmen sind, auf der anderen sehr kostspielige Gefälligkeiten, der Vorwurf, einem Unwürdigen zur Aufrichtung einer Universalmonarchie verholfen zu haben, und zu allem noch der unabwendbare Zusammensturz Ihrer Monarchie. Eurer Majestät ist ja doch bekannt, daß hie und da zur Aufrechthaltung des Friedens andere Opfer notwendig sind, als bloße Willfährigkeit; bei einem Manne ohne Takt und Rechtsgefühl wird durch Nachgiebigkeit nichts erreicht und es wiederholt sich nur zu häufig im öffentlichen wie im bürgerlichen Leben, daß man sich

[1]) Santelmann, Die Beziehungen zwischen Baiern u. Preußen 1799—1805, 102.

[2]) Bailleu, Preußen u. Frankreich, II, 260.

[3]) Bailleu, Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. u. der Königin Luise mit Kaiser Alexander I.; Publikationen aus den k. preuß. Staatsarchiven, 75. Bd., 42.

nicht anders Ruhe schaffen kann, als mit der Schneide des Degens!" Friedrich Wilhelm war jedoch nicht zu bewegen, den vom Zaren empfohlenen Weg entschlossen einzuschlagen; er näherte sich sogar neuerdings der französischen Regierung. Unter der Bedingung, daß die Besatzung in Hannover wenigstens nicht mehr verstärkt werde — so ließ er in Paris erklären —, wolle er sich auf Ehrenwort verpflichten, seine Politik ganz nach dem Wunsche Frankreichs einzurichten. Dieses Versprechen wurde angeboten in einem Augenblick, da die Ettenheimer Gewaltthat in Berlin schon bekannt war. Dem russischen Hofe scheint keine Mitteilung gemacht worden zu sein.[1]) Alexander konnte sich also der Hoffnung hingeben, an Preußen doch noch einen Bundesgenossen zu finden zu seinem Kreuzzug „zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe in Europa". Am 21. April forderte er den König durch ein eigenhändiges Schreiben zu gemeinsamen Vorstellungen in Paris auf; es müsse dort endlich einmal ein Ton angeschlagen werden, wie man ihn dort noch nicht gehört habe; eine feste Haltung der verbündeten Mächte werde nicht auf alle Fälle zum Krieg führen, sondern vielleicht noch den Frieden retten. Hardenberg bezeichnete das Anerbieten des Zaren als „einen in mehrfacher Rücksicht stachlichten Gegenstand", hielt aber auch eine Abweisung für bedenklich, und so kam es wirklich am 24. Mai 1804 zum Abschluß eines Defensivbündnisses mit Rußland. Falls die französischen Truppen in Hannover eine bedrohliche Verstärkung erhalten oder andere den gegenwärtigen Besitzstand auf dem rechten Weserufer gefährdende Eingriffe erfolgen würden, sollte Rußland seinem Bundesgenossen mit 50000 Mann zu Hülfe kommen. Ueber ein Schutzbündnis hinaus wollte Hardenberg nicht gehen; auf freundschaftliche Beziehungen zu beiden Nachbarn im Osten und Westen — so lautete sein politisches Programm — sollte die Politik Preußens sich stützen.[2]) Dazu war aber nur die Möglichkeit geboten, solange zwischen den Nachbarn selbst ein leidliches Einvernehmen bestand. Da aber dieses durch den Fall Enghien gefährdet war, schien der Zusammenbruch des preußischen geruhsamen Neutralitätssystems unvermeidlich zu sein. Die entscheidende Wendung schien bevorzustehen, als Napoleon nach Berlin die Anfrage richtete, ob der König einen Durchmarsch der Russen durch preußisches Gebiet gestatten werde? Hardenberg hoffte aber noch immer zwischen den Klippen durchzusteuern. Weder russischen noch französischen Truppen, erwiderte er, könne der Durchmarsch gestattet werden, denn Preußen wolle keiner von den streitenden Mächten Waffenhülfe leisten, aber jeder zu Frieden und Versöhnung behülflich sein. Dem Zaren wurde zu bedenken gegeben, daß die gegenwärtige Lage nicht erlaube, Gefühlspolitik zu treiben; über das Vorgehen gegen den Herzog von Enghien gebe es wohl nur eine Auffassung; es sei dankbar anzuerkennen, daß der Zar dem berechtigten Urteil Ausdruck gegeben habe, doch müsse er sich auch die gefährlichen Folgen offenen Widerstands vor Augen halten; von einem Napoleon sei Genugtuung nur mit den Waffen in der Hand zu erreichen.[3])

---

[1]) Ulmann, Russisch-preußische Politik, 96.
[2]) M. Duncker, Abhandlungen, 574.
[3]) Denkwürdigkeiten Hardenbergs, I, 494.

Peinlicher als in Preußen mußte die Aufrichtung eines neuen Kaiserthrones in Oesterreich empfunden werden. Gab es doch nun im Abendlande zwei Cäsaren, von denen der eine die Revolution, der andere das hergebrachte historische System repräsentierte. Da war von vornherein zu befürchten, daß der feindliche Gegensatz über kurz oder lang zu Zwist und Streit führen werde. Zwar ließ Napoleon durch seine Diplomaten erklären, er wolle keinen höheren Rang beanspruchen als seine Vorfahren, die Könige von Frankreich, doch stand mit dieser Beteuerung in Widerspruch, daß er bei jedem Anlaß Erinnerungen an Karl den Großen auffrischte; es war nicht zu verkennen, daß er sich nicht bloß als den Herrn von Gallien, sondern als Nachfolger des Begründers der karolingischen Weltmacht betrachte. Der zur Unterstützung einer deutschnationalen Propaganda nach Wien berufene Gentz gab diesen Besorgnissen in einer an Cobenzl gerichteten Denkschrift beredten Ausdruck: Wenn Oesterreich seine eigene Weltstellung respektiert wissen will, darf es den Kaisertitel, mit dem die Idee der erhabenen Majestät der legitimen Gewalt untrennbar verknüpft ist, nicht auf einen Sohn der Revolution übertragen lassen! Lieber den Krieg wieder aufnehmen, als den Sieg der Revolution anerkennen! [1])

Oesterreich nahm gegenüber Baiern trotz der Nachgiebigkeit Max Josephs in der reichsritterschaftlichen Angelegenheit noch immer eine drohende Haltung ein. Die Rüstungen wurden, obwohl man es amtlich in Abrede stellte, fortgesetzt. „Mit dem Ableugnen ist nichts anderes bewiesen," schrieb der preußische Gesandte (31. März) nach Berlin, „als die hier herrschende Furcht vor der französischen Regierung und die Schwäche des Ministeriums, das, anstatt zur Wahrung der Würde seines Hofes offen zu erklären, daß Oesterreich eine achtunggebietende Stellung einnehmen müsse, lieber zu dem verächtlichen Mittel der Lüge seine Zuflucht nimmt." Als ein städtischer Beamter, der mit der Rekrutenaushebung zu thun hatte, eine Aeußerung machte, die Verstärkung der Armee sei die Antwort auf die Ettenheimer Gewaltthat der Franzosen, wurde er unverzüglich entlassen, und Cobenzl gab sich alle Mühe, den Verdacht des französischen Gesandten zu beschwichtigen. [2]) Als Hardenberg Aufklärung heischte, wie sich der Wiener Hof zur Titeländerung des ersten Konsuls verhalten werde, erwiderte Graf Keller, an rückhaltloser Zustimmung des Kaiserhofes sei gar nicht zu zweifeln, denn zur Zeit gelte in Wien trotz alledem als erstes Gebot: dem ersten Konsul gefällig zu sein um jeden Preis. Sogar an der bairischen Grenze sei es plötzlich still geworden; ein österreichischer Offizier, der zu Herbeischaffung von Lebensmitteln die Grenze überschritten habe, sei zu strenger Rechenschaft gezogen worden: Alles dem ersten Konsul zuliebe! [3]) In München war der kaiserliche Gesandte Graf Buol der erste, der dem französischen Gesandten Otto seinen Glückwunsch darbrachte. [4]) In Paris hatte schon vorher Philipp Cobenzl die Erklärung abgegeben, Oesterreich

[1]) Mémoires et lettres inédites du chev. de Gentz, publ. par Schlesier. Tagebücher von Gentz, I, 33.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Kellers v. 31. März 1804.

[3]) Ebenda. Schreiben Hardenbergs an Keller v. 30. April 1804. Berichte Kellers v. 21. u. 25. April, 2. u. 9. Mai 1804.

[4]) Ebenda. Dépêches du et au baron de Schladen. Bericht Schladens v. 7. Juni 1804.

begrüße die Erblichmachung der ersten Magistratur in Frankreich mit freudigen Gefühlen, worauf Talleyrand mit verbindlichsten Worten dankte. Etwas weniger glatt verliefen die Verhandlungen über den Ettenheimer Vorfall. Da die Sache doch nicht totgeschwiegen werden konnte, wurde die französische Regierung offen um „hinlänglich beruhigende Aufklärung des Vorfalls" ersucht, gleichzeitig aber unter der Hand in Kenntnis gesetzt, es werde dem Kaiser zu erwünschter Genugthuung gereichen, freundschaftliche Mäßigung und Rücksicht zeigen zu können. Doch sogar schon die höfliche Bitte um Aufklärung erregte den Unmut Bonapartes. Das öffentliche Verhalten des Wiener Hofes, klagte Talleyrand, stehe in schroffem Gegensatz zu seinen friedlichen und freundschaftlichen Versicherungen. Umsonst wies Cobenzl darauf hin, man habe in Paris doch nicht erwarten können, daß eine augenfällige Verletzung des Völkerrechts gänzlich mit Stillschweigen übergangen werden könne; die Aufforderung Rußlands zu gemeinsamem Vorgehen habe ja den Kaiser zu einer Meinungsäußerung förmlich gezwungen, und niemand werde aus der Anfrage des Kaisers einen beleidigenden Ton herausgehört haben. Als aber Talleyrand trotzdem erklärte, der Konsul werde sich nicht auf eine Darlegung seiner Beweggründe einlassen und gebe sich der Erwartung hin, daß Kaiser Franz zur Beschwichtigung der Gemüter auf eine Antwort verzichten werde, gab Cobenzl auch hiezu seine Zustimmung.[1])

Die Nachgiebigkeit des Wiener Hofes erklärt sich teilweise aus der in Wien verbreiteten Meinung, daß Preußen Hand in Hand mit Rußland gegen Napoleon auftreten wolle; man hielt also die Gelegenheit für günstig, dem ersten Konsul zu beweisen, wo seine wahren Freunde zu suchen seien. Von solchem Umschwung der preußischen Politik war aber, wie wir gesehen haben, gar nicht die Rede. Nicht ein Bruch mit Frankreich sei beabsichtigt, so belehrte Hardenberg den Gesandten über den Charakter des russisch-preußischen Vertrags, man wolle nur die aussichtslosen Unterhandlungen wegen der Räumung Hannovers endlich einmal aufgeben, aber das gute Einvernehmen mit Frankreich fortbestehen lassen. Wenn in Wien die Aufforderung Rußlands zu offenem Protest gegen die Verletzung des Reichsgebiets zur Sprache kommen werde, möge der Vertreter Preußens sich jeder Meinungsäußerung enthalten oder doch wenigstens alles vermeiden, was entweder dem französischen oder dem russischen Hofe anstößig sein könnte. „Preußen will an der Politik der klugen Mitte festhalten."

Den Feindseligkeiten zwischen Oesterreich, dem Vertreter der alten Reichsverfassung, und Baiern, das — nach Hardenbergs Wort — in diesen Fragen den modernen Staat repräsentierte,[2]) wurde im Februar ein Ende gesetzt durch eine überraschende Eröffnung des französischen Geschäftsträgers Bacher in Regensburg: Der erste Konsul und der Kaiser von Rußland, die schon im vorigen Jahre die Neugestaltung Deutschlands auf friedlichem Wege durchgeführt haben, wollen auch die neuerdings aufgetauchten Streitfragen *gemeinsam* untersuchen und dem Hauptschluß der Reichsdeputation zu den nötigen Ergänzungen verhelfen.

Die Anregung zu wiederholtem Zusammengehen der Republik mit dem

---

[1]) Behr, 10 Jahre österreichischer Politik, 43, 46.

[2]) Hardenberg, Denkwürdigkeiten, I, 492.

Zarenreich war von Rußland ausgegangen; eine Note des Zaren vom 18. Februar hatte es als wünschenswert bezeichnet. Talleyrand hatte sofort erwidert, der Konsul werde sich glücklich schätzen, wenn ihm vergönnt sein werde, im Verein mit Seiner Majestät zu verhindern, daß aus den deutschen Händeln eine Kriegsgefahr erwachse; eine Fortsetzung der Verhandlungen in Regensburg unter dem Vorsitz der beiden Schutzmächte werde sicher zum erwünschten Ziele führen.[1])

Dieser Plan war seither nicht aufgegeben, aber auch nicht gefördert worden. Freilich lag die Besorgnis nahe, daß ein Zusammengehen Rußlands mit Frankreich früher oder später auf Schwierigkeiten stoßen werde. Es war einfach unmöglich, die vom Zaren in Anspruch genommene leitende Stellung in der europäischen Staatengesellschaft zu erringen, ohne den Ehrgeiz Napoleons zum Gegner zu bekommen. „Frankreich" — so beurteilt Alexanders Günstling, der Pole Czartoryski, das Verhältnis — „war jedenfalls unser gefährlichster Nebenbuhler, da es die nämliche Rolle eines Wohlthäters spielen wollte. Geleitet von dem unvergleichlich begabten und unermeßlich ehrgeizigen Bonaparte, suchte es bei Allem und Jedem, was wir anstrebten, das Gegenteil durchzusetzen: früher oder später war also ein feindlicher Zusammenstoß unvermeidlich."[2]) Woronzow und Czartoryski waren zwar eifrig bestrebt, das gute Einvernehmen der Nebenbuhler aufrecht zu halten, doch die schwächliche Freundschaft brach zusammen unter dem Eindruck der Katastrophe von Vincennes. „Schon die erste Nachricht von der Aufhebung des Herzogs auf badischem Gebiet," schrieb Dubril am 24. März an Czartoryski, „wird Seine Majestät nur mit Unmut vernommen haben. Wie wird sich aber seine Entrüstung noch steigern, wenn er hört, daß jener Unglückliche nach Vincennes geschleppt und dort fünf Stunden nach seiner Ankunft erschossen worden ist! Die Ermordung des unglücklichen Prinzen reiht sich den schwärzesten Ereignissen an, welche die Revolution hervorgebracht hat!"[3]) Als die Todesnachricht in Petersburg eintraf, hüllte sich der kaiserliche Hof in Trauer. Lebhafter denn je fühlte sich Zar Alexander berufen, als Anwalt des bedrückten Europas gegen die Willkür eines ehrsüchtigen Störenfrieds aufzutreten. Am 5. April versammelten sich die höchsten Würdenträger im kaiserlichen Winterpalast. Der Stellvertreter des Ministers des Auswärtigen verlas einen Bericht über die Vorgänge in Ettenheim und Vincennes, der mit einer Erklärung des Zaren abschloß: Die jüngsten Ereignisse bieten einen Maßstab, wessen man sich noch versehen muß von Politikern, die für ihre Willkür keine Schranken kennen und die heiligsten Grundsätze mit Füßen treten, — jede Gemeinschaft sei abgebrochen mit einer Regierung, die nur als eine große Räuberhöhle anzusehen ist! Nachdem der Kronrat zugestimmt hatte, wurde ein politisches Programm ausgearbeitet, das den kaiserlichen Gesandten an den europäischen Höfen zur Richtschnur dienen sollte.[4]) Bonaparte — so war darin ausgeführt — habe sich vor dem Regensburger Reichstag die Miene gegeben, als wünsche Rußland nichts

[1]) Sbornik, Russ. istor. Obschtsch., 77. Bd. (1891), 484; Note Talleyrands an Dubril v. 9. ventose de l'an XII.

[2]) Czartoryski, I, 374.

[3]) Ebenda, I, 516.

[4]) Sbornik, 547; Protokoll des Kronrats v. 5./17. April 1804.

sehnlicher, als wieder an die Seite Frankreichs zu treten, dessen Willen eben alle anderen Staaten anerkennen müßten, freiwillig oder gezwungen. „Es scheint also geboten zu sein, der Ausbeutung einer so hinterlistigen Handlungsweise des ersten Konsuls einen Riegel vorzuschieben." „Das mißtrauisch und ängstlich gewordene Oesterreich muß ermutigt werden. Preußen, das uns immer überreden will, daß wir keinen Grund zur Klage über Frankreich hätten, nur damit es sich nicht selbst zu einer Entscheidung aufzuraffen und seine alte Rolle nicht aufzugeben braucht, muß zur Einsicht genötigt werden, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, auf diese Unthätigkeit zu verzichten. Baiern muß erfahren, daß es nichts zu erwarten hat von den Ränken, die es unablässig in Paris fortspinnt, und daß es nur dann auf Beistand Seiner Majestät hoffen darf, wenn es ihn verdient durch aufrichtigeres und loyaleres Verhalten. Deutschland und ganz Europa, die schon Hoffnung gefaßt hatten, daß Rußland den Uebergriffen und dem wachsenden Uebermut der französischen Regierung Halt gebieten werde, die also durch unsere an den Reichstag gerichtete Note aufs peinlichste überrascht worden sind, da sie sie zur Annahme zu nötigen scheint, daß Seine Majestät und der erste Konsul neuerdings Hand in Hand gehen wollen, sollen aus diesem Irrtum gerissen werden; es muß ihnen klar werden, daß Rußland keineswegs gesonnen ist, der Anregung der französischen Regierung nachzugeben, daß Rußland keineswegs der konsularischen Gefolgschaft sich anschließen will!" Mit einemmal schien das Zarenreich als entschlossener Gegner des Bonapartismus sich aufrichten zu wollen. „Alles ist hier verändert," schrieb der französische Gesandte Graf Hedouville an Talleyrand, „seit die Nachricht von der Aufhebung des Herzogs von Enghien eingetroffen ist! Man spricht von nichts anderem mehr als von offenem Bruch mit Frankreich und von den Gewaltmaßregeln, die er zur Folge haben wird!" „Noch gebe ich die Hoffnung nicht auf," fügt Hedouville hinzu, „vielleicht kann doch noch die Stimme der Besonnenheit die Kriegsfurie zurückscheuchen! Auf den gesunden Sinn des Zaren setze ich größeres Vertrauen als auf seine Ratgeber. Ihm selbst sind sicherlich nur in der ersten Aufregung so bittere, leidenschaftliche Worte entschlüpft!"

Am 6. Mai übergab der russische Geschäftsträger v. Klüpfell in Regensburg eine Note, die den Reichstag aufforderte, für die Verletzung des Völkerrechts durch die Ettenheimer Gewaltthat Rechenschaft zu fordern.[1]) In Regensburg war bisher so ziemlich alles einig gewesen, daß auf den unangenehmen Vorgang nicht näher eingegangen werden soll; die unbequeme Mahnung des Königs von Schweden war bereits zu den Akten gewandert. Allein das Wort des Zaren konnte nicht ebenso totgeschwiegen werden. Demgemäß mußte der Vertreter des Erzkanzlers, Herr von Albini, an die kurfürstlichen und fürstlichen Gesandten die Anfrage richten, wie der russische Aufruf zu beantworten sei. Darauf machte der kurböhmische Gesandte, Graf Stadion, den unmaßgeblichen Vorschlag, daß Kaiser und Reich „die französische Regierung um eine hinlänglich beruhigende Aufklärung angehen" sollten. Der kurbrandenburgische Gesandte, Graf Goertz, war noch ohne Instruktion, stimmte aber ebenfalls der Meinung

[1]) Tratchevsky, II, 547.

zu, die französische Regierung werde ohne weiteres geneigt sein, „über die besorglichen Ereignisse dem Reich eine befriedigende und beruhigende Erklärung zu geben." Darauf beantragte Albini einen vierwöchentlichen Aufschub der Abstimmung. Diese Frist erschien aber den Herren Gesandten noch zu kurz bemessen; es wurde eine Vertagung auf sechs Wochen zum Beschluß erhoben. „Reichsdirektorialis," schrieb Goertz nach Berlin, „wird die russische Note mit seiner gewöhnlichen Klugheit und Vorsicht einfach auf die lange Bank schieben."[1]) Nicht anders faßte der Württemberger Seckendorff die Procedur des Reichstages auf. Die ganze Sache wird im Sand verlaufen, schrieb er an seinen Hof; Oesterreich will sich offenbar zurückhalten, damit ist auch den übrigen die Lust benommen, auf einer wirklich befriedigenden Aufklärung zu bestehen; es könnte ja daraus leicht ein Kontinentalkrieg entstehen, der dem ersten Konsul erwünschte Gelegenheit bieten würde, von der gefährlichen Unternehmung gegen England abzusehen. Andere meinen, dem preußischen Kabinett werde wegen der Mediation in der reichsritterschaftlichen Angelegenheit an gutem Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland so viel gelegen sein, daß es mit Vergnügen alles in Ordnung bringen werde. Andere geben sich sogar der Hoffnung hin, Napoleon selbst werde, um die allgemeine Anerkennung seiner Würde leichter durchzusetzen, unaufgefordert eine beschwichtigende Aufklärung bieten.[2])

Napoleon war jedoch nicht der Mann, durch drohendes Gebaren sich einschüchtern zu lassen. Als ihm Dubril über die russische Beschwerde Vortrag gehalten hatte, rief er zornig: „Auf welches Recht kann sich denn Ihr Kaiser berufen, wenn er solche Klagen erhebt? Das geht den Kaiser an, den Reichstag, den Kurfürsten von Baden, aber ganz und gar nicht Ihren Zaren!" Nach der Unterredung schrieb Talleyrand an Dubril, der Konsul bedaure die Trübung des guten Einvernehmens mit Petersburg, könne jedoch nicht einsehen, welche Verantwortung er dem Zaren gegenüber trage, während doch sogar der Kaiser und der König von Preußen, die eine Verletzung der deutschen Grenze wirklich etwas angehe, einsichtsvoll anerkannt hätten, daß die französische Regierung die Anzettelung einer gefährlichen Verschwörung in nächster Nähe ihrer Grenze ein für allemal nicht dulden könne! Wenn Rußland eine neue Koalition bilden und den Krieg wieder eröffnen wolle, — wozu dann leere Vorwände ersinnen? Wie lebhaft der Konsul auch eine solche Wendung beklagen würde, — es gebe niemand auf der Welt, der Frankreich einschüchtern, niemand, dem eine Einmischung in Frankreichs innere Verhältnisse gestattet werden könnte. — Dubril konnte seinem Hofe nicht verhehlen, daß die russische Drohung nur ein Schlag ins Wasser gewesen war. „Die Hoffnung, mit Ankündigung meiner Abreise Eindruck zu machen, ist gänzlich fehlgeschlagen, im Gegenteil, Bonaparte würde hocherfreut sein, wenn er durch einen Krieg auf dem Festland die Schande von sich abwälzen könnte, daß er die Landung in England nicht auszuführen vermag . . . Talleyrand sagte zu mir: ‚Ich wiederhole Ihnen, und Sie können es in Petersburg wieder sagen, daß Bonaparte mit Vergnügen bereit ist, dem Zaren gefällig

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia, 19. vol. Bericht Goertz' v. 11. Mai 1804.
[2]) Württemberg. Staatsarchiv. Reichstagsakten. Bericht Seckendorffs v. 14. Mai 1804.

zu sein, aber nur, wenn dieser nicht um einer Kleinigkeit willen Schwierigkeiten machen wird.'" [1])

Auch die Aufrichtung des französischen Kaisertums war nicht geeignet, das Verhältnis zwischen Petersburg und Paris freundlicher zu gestalten. Es ist bezeichnend für die Hast, womit die staatsrechtliche Neugestaltung betrieben wurde, daß nicht einmal alle Vertreter Frankreichs im Ausland rechtzeitig Kenntnis erhielten. „Erst vor drei Tagen," schrieb der französische Geschäftsträger in Petersburg, Rayneval, an Talleyrand, „fand ich im Moniteur den Senatsbeschluß, daß unser erhabenes Oberhaupt zu kaiserlichem Range erhoben worden ist. Die neidische Eifersucht, welche dieses Ereignis bei unseren Feinden hervorruft, ist der beste Beweis, daß es für Frankreich Glück und Machtzuwachs bedeutet! In der Zarenresidenz zeigt sich die Eifersucht ganz offen, unverhüllter vielleicht als irgendwo!" [2])

Wohl nur dem Zaren zuliebe zögerte der Wiener Hof, der „den Beschluß der dankbaren französischen Nation" so überschwenglich begrüßt hatte, noch eine Zeitlang, die neue Staatsform amtlich anzuerkennen. Napoleon gab sofort seinem Verdruß über ein „so niedriges" Benehmen Ausdruck. „Er spricht nur noch von seinen Plänen für den Krieg mit Rußland und Oesterreich," berichtete Dubril nach Petersburg, „er arbeitet unermüdlich mit seinem Kriegsminister und jüngst hat er in Gegenwart seiner drei Adjutanten geäußert: Wenn Oesterreich fortfährt, Winkelzüge zu machen, werde ich ihm eine Frist stellen; wenn es diese verstreichen läßt, werde ich dem Erdteil Europa ein anderes Gesicht geben!" Den Diplomaten entging aber nicht, daß das Zaudern des Wiener Hofes gar nicht ernst gemeint war. Nun habe Graf Stadion doch die Zustimmung Oesterreichs offen eingestanden, meldete Rayneval nach Paris; es sei zwar nur in strengstem Geheimnis enthüllt worden, aber der preußische Gesandte habe es sofort überall verkündet. Da Stadion bisher immer nur von engstem Anschluß seines Kaisers an Rußland gesprochen habe, schäme er sich jetzt nicht wenig seiner neuen Rolle; vermutlich sei er selbst durch die doppelzüngige Politik seines Hofes hinters Licht geführt worden. „Alle Welt erwartet in den nächsten Tagen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich." [3])

Trotz aller Aufregung und Entrüstung gelang es aber der Kriegspartei in Petersburg nicht, die Oberhand zu gewinnen. Die Wandelbarkeit Alexanders gab wieder anderen Aufwallungen Raum; die Furcht, einen Krieg mit unberechenbarem Ausgang zu entzünden, ließ ihn vor unwiderruflichen Schritten zurückschrecken. Er gab sich damit zufrieden, daß seine Anregung in den Einlauf des Reichstages gekommen war, und überließ ihr Schicksal der gewöhnlichen Geschäftsbehandlung des Reichstages; damit war nicht bloß auf rasche, sondern auf thatsächliche Erledigung Verzicht geleistet. Die deutschen Fürsten atmeten auf, als sie sich der Notwendigkeit einer offenen Aussprache enthoben sahen. Der Herzog von Württemberg wies seinen Gesandten am Reichstag an, sich um der unan-

[1]) Sbornik, 598, 606, 620.
[2]) Ebenda, 650.
[3]) Ebenda, 659, 665, 719.

genehmen Sache willen ja keine Blöße zu geben; die laue Behandlung von seiten des russischen Hofes lasse ein thätiges Eingreifen überflüssig erscheinen. „Von der russischen Note ist es hier ganz still geworden," berichtet darauf Seckendorff am 1. Juni, „eine Aufklärung des Reichstags ist um so weniger zu erwarten, als zwischen den Höfen von Petersburg und Wien wohl schon längst beruhigende Aufschlüsse ausgetauscht worden sind. Auch die badische Regierung läßt nichts von sich hören, was sogar zu dem unglaubwürdigen Gerüchte Anlaß gab, die zur Verhaftung Enghiens ausgeschickten französischen Truppen seien von einem badischen Offizier begleitet gewesen." Als Bacher dem Reichstag die Aufrichtung des Kaisertums anzeigte und damit die Erklärung verband, die staatsrechtliche Aenderung bedeute keine Veränderung der französischen Regierungspolitik, versicherte Albini, wenn auch nur „für sich", die Nachricht könne der allseitigen vergnügten Teilnahme sicher sein. Im Gespräch mit Albini äußerte Bacher, es sei nicht mehr nötig, im Reichstag nochmals auf die russische Note zurückzukommen; der Kurfürst von Baden werde mit Zustimmung Oesterreichs und Preußens eine Erklärung abgeben, er sei zwar für die Teilnahme des Zaren zu wärmstem Danke verpflichtet, setze aber auch volles Vertrauen auf die loyale Gesinnung der französischen Regierung, so daß er sich durch jenen Vorfall nicht weiter beunruhigt fühle. „Hierdurch werden alle Beratschlagungen auf dem Reichstag über die Sache unnötig gemacht. Seine Kaiserliche Majestät (Bonaparte) wünschen diesen Weg gleichfalls aus Liebe zum Frieden, um nicht gezwungen zu sein, mit mehr Heftigkeit zu Werke zu gehen (d'agir avec plus de véhémence).[1]) So verstrich auch der Monat Juni, ohne daß von irgend einer Seite die Wiederaufnahme des Falles Enghien verlangt wurde. Nur in Privatgesprächen klagte der kaiserliche Gesandte Baron Hügel, daß ihm die gütliche Beilegung des Handels so viel Sorge bereite; der französische Hof bestehe hartnäckig darauf, daß Baden „sich auf nicht geschehene beruhigende Erklärungen des französischen Gouvernements beziehen" möchte; einem derartigen Geschäftsgebaren könne aber weder der Wiener, noch der Petersburger Hof zustimmen; es werde also schwer fallen, einen in allen Lagern gebilligten Ausweg zu finden.[2]) Endlich am 1. Juli gab Graf Goertz im Namen des Kurfürsten von Baden eine Erklärung ab, die außer einem nach allen Seiten gerichteten dankbaren Kompliment nichts anderes enthielt als den Wunsch, der peinliche Vorfall möge als nicht geschehen betrachtet werden. Wohl sei der Kurfürst vollkommen überzeugt von den reinen Absichten des russischen Kaisers und tief gerührt durch dessen Teilnahme an der Wohlfahrt des Reiches, aber er setze nicht minder festes Vertrauen auf das bei der Neuordnung der deutschen Verhältnisse erprobte und durch neue gütige Erläuterungen bestätigte Wohlwollen der französischen Regierung und ihres erhabenen Oberhaupts; es sei daher nur der Wunsch am Platze, daß die dem Reichstag vorgelegten Anträge keine weitere Folge haben möchten, „um die nur allzu bekümmernde Besorgnis zu beseitigen, es könnte die Ruhe und Wohlfahrt des deutschen Reiches, ja vielleicht von ganz Europa, dadurch abermals erschüttert werden".[3]) Der kur-

[1]) Württemberg. Staatsarchiv. Bericht Seckendorffs v. 5. Juni 1804.
[2]) Ebenda. Berichte Seckendorffs v. 11. u. 27. Juni u. 1. Juli 1804.
[3]) Obser, Polit. Korrespondenz Karl Friedrichs v. Baden, 5. Bd., XIII.

böhmische Gesandte versprach, die Bitte der vortrefflichen badischen Gesandtschaft seinem Hofe vorzutragen. Die gleiche Zusage gab der brandenburgische Gesandte mit dem Bemerken, er glaube jetzt schon versichern zu dürfen, daß der König von Preußen dem Wunsche Badens seinen Beifall nicht versagen werde. Auch die übrigen Gesandten pflichteten bei, und die Versammlung beeilte sich, zu Verhandlungen über eine andere Frage — den Anspruch Württembergs und Sachsens auf die Reichssturmfahne, d. h. auf das Reichs- und Erzbanneramt — überzugehen.[1]) Trotzdem kam der Ettenheimer Vorfall auch in Regensburg nochmals zur Sprache. Am 20. Juli stellte der braunschweigische Gesandte von Reden den Antrag, es möge über die russische Note vom 6. Mai das Protokoll eröffnet werden. Obwohl von allen Seiten bestürmt, er möge sich mit Verlesung des Protestes seiner Regierung begnügen, bestand er auf seiner Forderung. Das Protokoll mußte eröffnet werden, doch wurde nicht wie sonst im kurfürstlichen und im fürstlichen Kollegium Platz genommen und aufgerufen, sondern sämtliche Gesandte blieben vor dem Direktorialtisch im Kreise stehen. Seine britische Majestät und kurfürstliche Durchlaucht zu Braunschweig-Lüneburg, so erklärte von Reden, die Ansicht des Kaisers von Rußland über die jüngsten bedauerlichen Vorgänge durchaus teilend, fühle sich gedrungen, den Antrag zu stellen, Kaiserliche Majestät möge durch ein Reichsgutachten ersucht werden, von der französischen Regierung für die Verletzung deutschen Bodens Genugthuung zu verlangen. Zugleich müsse er daran erinnern, daß im vorigen Jahre dem deutschen Reiche durch den ohne Kriegserklärung erfolgten Einfall in die deutschen Lande Seiner britischen Majestät eine noch wichtigere, unverantwortliche Verletzung des Völkerrechts, des Luneviller Friedens und des deutschen Gebiets erfolgt und seither ohne Ahndung geblieben sei. Der Gesandte des Herzogtums Bremen verlas die nämliche Forderung, und ein paar Tage später gab Knut Bildt als Vertreter Vorpommerns eine ähnliche Verwahrung zu Protokoll.[2]) Dann verließen aber die meisten Reichstagsgesandten, sogar auch der kurböhmische, die Stadt. „Dadurch ist," schreibt Kaufmann am 30. Juli, „wenn auch keine eigentlichen Ferien zustande kommen sollten, alle weitere Thätigkeit des Reichstags von selbst gehemmt und allen ferneren Einschreitungen, von welcher Seite auch noch solche hätten kommen sollen, ein Ziel gesteckt."

Für Wahrung der deutschen Ehre waren also, wenn auch nur um eigener Interessen willen, Rußland, England, Schweden eingetreten; die deutschen Mitglieder des Reichstags ergriffen, um nicht dem gefürchteten Diktator Europas ungefällig erscheinen zu müssen, das Hasenpanier. —

Weit geringeres Aufsehen als die Aufrichtung des gallischen Kaisertums

---

[1]) Württemberg. Staatsarchiv. Bericht Seckendorffs v. 2. Juli 1804. — Nach der Sitzung erhielt Goertz durch eine Estafette die Weisung, statt „erhabenes Oberhaupt" die Benennung „französischer Kaiser" zu setzen, „da jener Ausdruck in Paris nicht gut aufgenommen werden wolle". Da die Erklärung aber schon abgegeben war, konnte Goertz nur veranlassen, daß die gewünschte Aenderung beim Abdruck in der Regensburger Zeitung berücksichtigt wurde (Bericht Seckendorffs v. 9. Juli 1804).

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht des Legationsrates Kaufmann aus Regensburg v. 27. Juli 1804.

erregte eine andere staatsrechtliche Neuerung, die Schöpfung des Titels eines Kaisers von Oesterreich.

Wenn auch die meisten Reichstagsgesandten von Regensburg abgereist waren, hatte der Kurerzkanzler doch noch nicht amtlich die Ferien eröffnet. Es rief sogar einigen Argwohn wach, als bekannt wurde, daß der Aufschub auf Wunsch des Kaisers erfolgt war. Man müsse sich also, meinte Kaufmann, doch wohl darauf gefaßt machen, daß der Wiener Hof noch einen neuen Antrag, entweder wegen der französischen Kaiserwürde oder wegen der russischen Note, einbringen werde.[1] Um die Mitte August erfolgte aber Aufklärung in anderem Sinn.

Talleyrand hatte nach Bonapartes Erhebung vor den Gesandten Preußens und Oesterreichs beteuert, der neue Kaiser werde nur denjenigen Rang beanspruchen, den ein Oberhaupt Frankreichs von jeher gehabt habe. Die nämliche Erklärung hatte Bacher in Regensburg wiederholt.[2] Trotzdem wurde am Wiener Hofe eine Rangverschiebung befürchtet. Auch die Uebertragung der deutschen Kaiserwürde an eine andere Dynastie wurde wenigstens nicht mehr als gänzlich ausgeschlossen angesehen. Das geeignetste Mittel zur Sicherung der bisherigen Rangstufe glaubten nun die maßgebenden Wiener Staatsmänner darin zu finden, daß dem französischen Imperium ein gleichartiges österreichisches entgegengesetzt, daß der österreichischen Monarchie als solcher „sowohl in Hinsicht des uralten Glanzes des Erzhauses, als vermöge der Größe und Bevölkerung ihrer so beträchtliche Königreiche und unabhängige Fürstentümer in sich fassenden Staaten" der Titel eines erblichen Kaisertums verliehen werden sollte, wenn auch „ohne jegliche Veränderung in dem bisherigen Verhältnis der deutschen Erbstaaten zum römisch-deutschen Reich". Am 10. August wurde dieser Beschluß in einer von allen Erzherzogen und hohen Würdenträgern besuchten Staatskonferenz gefaßt, am 14. öffentlich verkündigt. Die Erfindung des „Pendant zu Bonapartes Kaisertum" galt vielen nicht als Meisterstück. „Sogar der deutsche Kayser," spottet ein republikanisch gesinnter Pamphletist, „hat sich der öffentlichen Thorheit nicht geschämt, als geständlicher Nachahmer Bonapartes dessen närrische Kaisertitulatur nachzuäffen."[3] Auch von Gentz wurde die Neuerung unverhohlen gemißbilligt. In einem vertraulichen Briefe an Metternich vom 22. August entwickelte er mit rücksichtsloser Schärfe eine Reihe von staatsrechtlichen und politischen Bedenken. „Was haben Sie zu der namenlosen Erbärmlichkeit mit dem österreichischen Erbkaisertum gesagt? was zu der barbarischen Deklaration, welche diese verwünschte Maßregel der Welt verkündet hat? Ein ‚Kaiser von Oesterreich' ist an und für sich ein wahrer politischer Solöcismus, denn Oesterreich ist eine dem Reiche durch Lehensnexus untergebene Provinz, und man könnte ebensogut ein Kaiser von Salzburg, von Frankfurt oder von Passau, als ein Kaiser von Oesterreich sein. Bleibt die deutsche Kaiserwürde im österreichischen Hause, — und welche Unmasse von Unpolitik, schon jetzt, wo noch keine dringende Gefahr vorhanden ist, öffentlich zu erkennen zu geben, daß man

[1] Preuß. Staatsarchiv. Bericht Goertz' v. 6. August 1804.

[2] Ebenda. Dépêches du et au baron de Schladen. Erlaß Hardenbergs v. 7. Juni 1804. — Württemberg. Staatsarchiv. Bericht Seckendorffs v. 30. Mai 1804.

[3] Der Moloch unsrer Tage (1804), 64.

das Gegenteil fürchtet! — so ist jene neue Kaiserwürde ganz unnütz; verlieren wir die wahre, so wird durch diese falsche die Gleichheit des Ranges gar nicht aufrecht erhalten, denn ein Kaiser von Oesterreich ist und bleibt ewiglich ein dem deutschen Kaiser untergeordneter Kaiser, mithin weder diesem, noch einem — si diis placet — französischen Kaiser im Range gleich." [1])

In Berlin stieß der neue Titel anfänglich auf Schwierigkeiten. Haugwitz war, wie erwähnt, schon im April 1804 „aus Gesundheitsrücksichten" beurlaubt worden; im August trat er, des ewigen Kampfes mit den Kabinettsräten müde, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten endgültig an Hardenberg ab. [2]) Der Ministerwechsel in Preußen rief namentlich in Baiern Argwohn wach, da Hardenberg bisher immer auf weitere Ausdehnung der preußischen Herrschaft im deutschen Süden gedrungen hatte. „Ein Mann," so bezeichnete ihn der bairische Gesandte Bray, „der zwar klug und liebenswürdig ist, aber nie genug bekommen kann." [3]) Hardenberg hatte denn auch den Plan einer Ausbreitung der preußischen Herrschaft in Franken keineswegs aufgegeben. Am 27. Juni gab das Berliner Kabinett in einem Erlaß an den preußischen Gesandten von Schladen der Befriedigung Ausdruck, daß sich das Verhältnis zwischen Baiern und Oesterreich zu bessern beginne; Preußen habe ein lebhaftes Interesse daran, daß Baiern aus dem Konflikt mit dem mächtigeren Nachbarn ohne Schaden hervorgehe; Schladen möge aber doch sein Augenmerk darauf richten, ob bei den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den Höfen von Wien und München auch die Stadt Nürnberg eine Rolle spiele? [4]) Montgelas erklärte dem Gesandten, der Kurfürst denke gar nicht an Nürnberg, weil er sich durch seinen Vertrag mit Preußen für gebunden erachte; Schladen hielt aber an der Ansicht fest, daß über die Abtretung Nürnbergs an Baiern thatsächlich mit Wien verhandelt werde. Andrerseits erregte es in München Argwohn, daß Vertreter der Reichsstadt, deren Empfang der Kurfürst abgelehnt hatte, am Berliner Hofe freundliche Aufnahme fanden, doch war auch Hardenberg freigebig mit beruhigenden Versicherungen. [5])

Hardenberg versichert in seinen Denkwürdigkeiten, er habe „die schwache, schwankende und immer auf eigenes Interesse und augenblickliche Sicherheit kurzsichtig berechnete Politik des Berliner Kabinetts" immer verurteilt und nach seiner Ernennung zum leitenden Minister festeren Gesichtspunkten und mutigerer Thatkraft zum Siege verhelfen wollen. Die Behauptung entspricht jedoch nicht dem Sachverhalt, wie er aus den Akten über die Amtsthätigkeit des Ministers festzustellen ist. Sybel [6]) und Max Lehmann [7]) haben den Widerspruch überzeugend aufgedeckt. Hardenberg war, als er das Portefeuille übernahm, durchaus nicht ein entschlossener Gegner des Bonapartismus. Erst die Erfahrungen des Jahres 1806

[1]) Fournier, Gentz u. Cobenzl, 128.

[2]) Hardenberg, Denkwürdigkeiten, I, 481.

[3]) Santelmann, 102.

[4]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches du et au baron de Schladen. Erlaß v. 27. Juni 1804.

[5]) Ebenda. Berichte Schladens v. 16. August u. 2. September 1804. Erlaß Hardenbergs v. 10. September 1804.

[6]) Sybel im Artikel Hardenberg in der Allgem. deutschen Biographie, 10. Bd., 576.

[7]) M. Lehmann, Hardenbergs Memoiren; Histor. Zeitschr., 39. Bd. (1878), 83.

bekehrten ihn dazu; vorher beherrschte auch ihn der Wunsch, durch geschicktes Hin- und Hersteuern zu erwünschtem Vorteil zu gelangen, ohne die ebenso von ihm wie vom König als politisches Ideal betrachtete schwächliche Neutralität aufgeben zu müssen. Wie sich bei lässig gewordenen Turnern allmählich eine lähmende Erschlaffung des Willens und der Muskeln einstellt, so hatte die Gewohnheitspolitik des „Sichdurchwindens" — das Wort stammt von Kabinettsrat Beyme — den Berliner Diplomaten die Kraft zu festerer Haltung benommen.

Dem Wechsel der Regierungsform in Oesterreich wollte Hardenberg unbedenklich zustimmen, da ja auch die Uebertragung des Kaisertitels an Napoleon als innere Angelegenheit Frankreichs betrachtet worden sei.[1]) Dagegen wurde von anderer Seite (der Verfasser der an den König gerichteten Denkschrift ist nicht genannt) als Anomalie bezeichnet, daß der Besitzer der „im Nexus der Reichsstandschaft, des Lehensverbandes und unter der obersten Hoheit von Kaiser und Reich" stehenden Staaten des Hauses Oesterreich fortan den nämlichen höchsten Souveränitätstitel führen soll, mit welchem das Reichsoberhaupt selbst ausgestattet sei; insbesondere könnten Schwierigkeiten erwachsen, wenn die deutsche Kaiserkrone einmal an ein anderes Haus gelangen würde. Dem Beschluß des Wiener Hofes sei also nur mit vorsichtigen Vorbehalten zuzustimmen. Friedrich Wilhelm wies denn auch das Ministerium an, in Wien zu eröffnen, daß er als König von Preußen der Annahme des neuen Titels unbedingt zustimme, als deutscher Reichsstand aber der Entscheidung des Reiches nicht vorgreifen wolle. „Das ist eine Frage, deren Lösung dem Reich allein zusteht, und dieser Lösung darf ich keinesfalls vorgreifen."[2]) Bald darauf (1. September) zeigte Kaiser Franz persönlich dem König die Annahme der Kaiserwürde an und lud gleichzeitig den Prinzen Louis Ferdinand zur Teilnahme an militärischen Herbstübungen in Böhmen ein. Darauf wiederholte Hardenberg den Antrag, es möge die vom Kaiser beliebte staatsrechtliche Veränderung nicht weiter beanstandet werden. Ueber Zulässigkeit der neuen Würde eine Beratung im Reichstag anzuregen, entspreche nicht den Gepflogenheiten des brandenburgischen Hauses. Die bisher laut gewordenen Bedenken seien beseitigt durch die Versicherung des Wiener Hofes, daß im Verhältnis der Erbstaaten zum Reich ebensowenig ein Wechsel eintreten soll, wie in der freundschaftlichen Gesinnung des Kaisers zu sämtlichen Reichsständen. Nun schlug die Ansicht Hardenbergs durch. Am 15. September schrieb der König an Kaiser Franz: „Wenn die neue Würde Ihrem erhabenen Hause neuen Glanz verleiht, so ist dies für mich nur ein Beweggrund, meine Zustimmung nicht zu versagen. Ich bitte den Ausdruck wärmster und aufrichtiger Glückwünsche entgegenzunehmen."[3])

Erst am 24. August, nachdem die Nachricht schon durch alle Zeitungen gegangen war, erhielt der Reichstag amtliche Anzeige. Nur der Vertreter Vor-

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta, betreffend die Annehmung der erblichen Kaiserwürde von Oesterreich 1804—1805. Bericht Hardenbergs an den König v. 18. August 1804.

[2]) Ebenda. Promemoria über die vom Hause Oesterreich angenommene erbliche Kaiserwürde. Signat Friedrich Wilhelms III. d. d. Breslau, 26. August 1804.

[3]) Ebenda. Bericht Hardenbergs an den König v. 10. September 1804. Schreiben Friedrich Wilhelms III. an Kaiser Franz v. 15. September 1804.

pommerns, Knut Bildt, legte Verwahrung ein. Obwohl der König von Schweden, so erklärte Bildt, dem Erzhause alles Gute wünsche, könne er als Garant der Reichsverfassung den jüngsten Schritt des Wiener Hofes nicht billigen, da eine mit der Reichsverfassung so eng zusammenhängende Sache dem Reichstag nicht bloß zur Kenntnisnahme, sondern zur Beratung vorgelegt werden müsse. Albini beschränkte sich auf die Bemerkung, der Wunsch des Kaisers sei gewiß schon allen Höfen vorher zur Kenntnis gebracht und mit der schuldigen devoten Gesinnung aufgenommen worden.[1])

Die schwedische Erklärung hatte keine feindliche Spitze gegen Oesterreich. König Gustav, der gerade in diesen Tagen selbst in Regensburg weilte, verkehrte sogar in auffällig vertraulicher Weise mit den kaiserlichen Gesandten. Er suchte nichts Geringeres zu erwirken, als eine Einigung der deutschen Stände gegen Frankreich im Sinne der russischen Note vom 7. Mai. Auch sein Verkehr mit einem Angehörigen des Schottenklosters, Pater Maurehorn, einem angeblichen Agenten des englischen Gesandten Drake in München, erregte Aufsehen. Der König führte immer den Lieblingshund des Herzogs von Enghien mit sich und ließ es da und dort nicht an anzüglichen Aeußerungen fehlen, wofür er vom Moniteur wie ein dummer Junge zurechtgewiesen wurde.[2])

Unmittelbar nach der Abfertigung Bildts reisten die Reichstagsgesandten ab; damit war König Gustavs Wunsch ebenso zu Grabe getragen, wie ehedem die russische Beschwerde. Dies hinderte freilich nicht, daß sich wunderliche Gerüchte an die neue Würde knüpften. Es verberge sich darunter, so glaubten manche, die Idee einer Neuaufrichtung des oströmischen Kaisertums, die vielleicht ihrem Original ähnlicher werden könnte, als es zur Zeit den Anschein habe; die andauernden Unruhen in der Türkei würden wohl bald eine Einmischung Oesterreichs zur Folge haben, und wer sollte dann den Kaiser hindern, die Balkanländer an sich zu reißen? „Einen natürlicheren Weg," bemerkt dazu der württembergische Gesandte, „scheinen diejenigen zu betreten, die die Veranlassung jener Veränderung im Streben des Hauses Oesterreich erblicken, sich die Kaiserwürde auf den möglichen Fall zu sichern, daß die römisch-deutsche Kaiserwürde in künftigen Wahlfällen entweder einem anderen Hause zuteil werden oder, insofern sie in neuerer Zeit mehr als eine Last zu betrachten wäre, dem Erzhaus nicht mehr annehmlich sein möchte."

Aehnlich wurde die Neuerung auch in Berlin aufgefaßt. Da sich der Rang der Fürsten, schrieb Graf Goertz aus Regensburg, gewiß nicht nach ihren Titeln bemesse, könne er der gewöhnlichen Ansicht, daß es sich bei Annahme des österreichischen Kaisertitels nur um Wettbewerb mit Frankreich handle, nicht beipflichten. „Schon oft und laut ist die Sprache von vielen Anhängern und Dienern des Oesterreichischen Hauses wohl geführt worden, daß demselben die teutsche Kaiserkrone nur eine Last und Bürde und kein Vortheil sey, und bei vielen ist daher die Vermuthung, daß die Absicht die seyn möge: die deutsche Kaiserkrone in der Zukunft nicht mehr zu suchen, noch anzunehmen." Darauf erwiderte der König: „Die Bemerkungen, welche Ihr Uns in dem letzten Bericht über die vom Hause

[1]) Württemberg. Staatsarchiv. Bericht Seckendorffs v. 28. August 1804.
[2]) Ullrich, Die deutsche Politik Gustavs IV. (Manuskript).

Oesterreich angenommene erbliche Kaiserwürde vorgelegt habt, treffen völlig mit Unserer eigenen Ansicht der Sache zusammen. Es scheint übrigens, daß auch Churhessen und andere Höfe ihre Bedenken allmälig aufgegeben haben." [1] —

Wenn schon die Aufrichtung des preußischen Königtums an der Wende des siebzehnten Jahrhunderts den Bestimmungen und der Wesenheit der deutschen Reichsverfassung widerstrebt hatte, war die Uebertragung des Kaisertitels auf die Erblande eines Reichsstandes mit der goldenen Bulle und anderen Reichsgrundgesetzen noch weniger in Einklang zu bringen. Der Beschluß des Wiener Hofes machte aller Welt offenbar, daß das alte römische Reich in den letzten Zügen liege. Wie die Macht, so schien auch die Krone Karls des Großen dem Imperator im Westen als Erbe beschieden zu sein. —

Im September 1804 besuchte Napoleon zum erstenmal als Kaiser die französisch gewordenen Rheinlande. Gewiß nicht ohne Absicht zeigte er sich nach Annahme der höchsten Würde in den Pfalzen der ältesten Kaiserzeit, die auch die Hauptsitze der altrömischen Kultur auf germanischem Boden gewesen waren; es sollte damit der Schimmer einer Erneuung karolingischen Kaisertums auf seine „Stegreifkrone" geleitet und zugleich die Wiedergeburt des römischen Weltreichs veranschaulicht werden. Freilich hatte der aus der Revolution herausgewachsene Cäsarismus weder mit dem germanischen Königtum, noch mit der römischen Kaisermacht etwas gemein; Napoleon war auch nicht gesonnen, das stärkere Rüstzeug der von ihm geschaffenen absoluten Macht antiquarischen Erinnerungen zu opfern; die geschichtlichen Symbole sollten nur der etwas nüchternen äußeren Erscheinung des neuen Imperiums einen ehrwürdigeren Aufputz verleihen. Zugleich lag auch die Absicht zu Grunde, die Abhängigkeit der Fürsten der deutschen Nachbarlande stärker zu befestigen.

In den französisch gewordenen Rheinlanden war, wie schon dargelegt wurde, nach dem ersten Jubel über die Befreiung von dem „pfäffischen Despotismus" eine Ernüchterung eingetreten. Die enormen Opfer, welche der Vaterlandswechsel mit sich brachte, hatten die Bürger erschreckt, und das ihnen auferlegte, jeden Widerspruch rücksichtslos unterdrückende Gewaltsystem war gerade von den eine gewisse Ungebundenheit liebenden Rheinländern drückend empfunden worden. Eine neue Wendung trat jedoch ein mit der Wiederkehr geordneter Verhältnisse nach dem Staatsstreich vom 18. Brumaire. Insbesondere den größeren Städten kamen nun wertvolle sociale, wirtschaftliche und sanitätspolizeiliche Verbesserungen zu gute, wenn auch der Hauptvorteil der französischen Herrschaft darin zu suchen ist, daß sie die Bürger selbst aus der bisherigen Lässigkeit und Gleichgültigkeit aufrüttelte und zu gesteigerter Thätigkeit nötigte.[2] Seit 1801 war das französische Rheinufer von örtlicher Kriegsdrangsal befreit geblieben. Die Herrschaft Napoleons schien also für Bürger und Landmann den Frieden zu bedeuten. Während er vielen Franzosen als Fremder galt, blickten die Bürger von Köln und Mainz zu ihm, der ihnen auch

[1] Preuß. Staatsarchiv. Bericht Goertz' v. 1. Oktober 1804. — Erlaß des preuß. Ministeriums v. 12. Oktober 1804.

[2] Behnke, Aus Kölns Franzosenzeit, 105.

keineswegs zumutete, deutsche Sprache und Sitte aufzugeben, bewundernd und dankbar empor. Nur in den Residenzstädten mochte auf den Gesichtern ehemaliger Hofbeamten „schleichender Gram über die verschwundene Herrlichkeit" zu lesen sein.[1]) Das religiöse Gefühl der Bevölkerung wurde in rücksichtsvollster Weise geschont, ja sogar zur Befestigung der französischen Herrschaft in Dienst genommen. Im Katechismus für die Rheinlande war nachdrücklich hervorgehoben, daß Gott selbst in trübster Zeit den gegenwärtigen Herrn Frankreichs auf den Thron berufen habe, damit er der von den Vätern ererbten heiligen Religion ein treuer Schutzherr werde; ihm dienen und ihn ehren heiße also so viel, als dem Schöpfer aller Dinge selbst schuldigen Gehorsam widmen.[2]) Auch die Einführung des code civil war von günstigem Einfluß; die Trefflichkeit der neuen Gesetzgebung ließ den gewaltsamen Eingriff in den bestehenden Rechtszustand nicht schmerzlich empfinden. So wurde denn wenigstens in den Städten dem neuen Herrn, der ebenso die Friedenskrone des Titus, wie den Schlachtenlorbeer Trajans verdiene, schwärmerische Verehrung entgegengebracht. Beim Volksentscheid über die Errichtung des erblichen Kaisertums am 18. Mai 1804 stimmten im Departement Donnersberg 39430 mit Ja, nur 131 mit Nein.[3])

Am 12. September traf Napoleon in Aachen ein. Es geschah wohl kaum ohne Absicht, daß er gerade in die Krönungsstadt Karls des Großen den österreichischen Gesandten berief, um von ihm sein neues Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen. Napoleon verlangte sogar als Herr von Aachen die Auslieferung des Schwertes und des Evangelienbuches Karls des Großen, doch wurde die Forderung in Wien rundweg abgeschlagen.[4]) Den Aachener Kaiserreliquien wurde von Napoleon aufmerksame Besichtigung gewidmet, der Bürgerschaft ein reiches Geschenk gespendet, Grund und Boden der aufgegebenen Festungswerke. Auch gründliche Verbesserung des Badewesens und vorbereitende Arbeiten zur Durchführung einer Kanalverbindung zwischen Rhein und Maas und zwischen Maas und Schelde wurden angeordnet. In Koblenz pries Napoleon bei der Vorstellung des Departementsrates die Vorzüge selbständiger Kommunalverwaltung. Als die Departementsräte gegen diese Auffassung bescheidene Verwahrung einlegten, soll der Kaiser erwidert haben: „Nun gut, meine Herren, wenn Sie sich nicht selbst verwalten wollen, sehe ich mich genötigt, Ihnen Polizeidiener (sergents) zu senden!"[5]) Am 20. September fuhr Napoleon auf der soeben vollendeten, den Rhein entlang führenden Heerstraße nach Mainz. Hier langte er mit seiner Gemahlin, die auf der Jacht des Fürsten von Nassau die schöne Rheinfahrt gemacht hatte, fast gleichzeitig an; sie nahmen im Palais Imperial, dem vormaligen „Deutschen Hause", Quartier.[6]) Als erster Gast erschien der Erzkanzler des deutschen Reiches!

[1]) Wilhelmine v. Chezy, Französ. Miscellen, VI, 178.

[2]) Haagen, Geschichte Aachens, II, 456.

[3]) Bockenheimer, Geschichte der Stadt Mainz während der zweiten französischen Herrschaft, 405.

[4]) Bitterauf, I, 132.

[5]) Rhein. Antiquarius, I, 2, 618.

[6]) Hennes, Napoleons Aufenthalt in Mainz; Periodische Blätter für die Mitglieder des Vereins für Hess. Gesch. u. Landeskunde, Jahrg. 1855, 132.

Die Einladung zum Besuch Napoleons in der „Nachbarstadt" Mainz hatte nicht an allen deutschen Höfen den erwarteten Erfolg gehabt. Ueberraschend unfreundlich war das Verhalten des Kurfürsten von Baiern, der nicht bloß für sich ablehnte, sondern auch dem Kurfürsten von Württemberg abriet. Kurfürst Wilhelm von Hessen gab den Gedanken der Fahrt nach Mainz wieder auf, nachdem ihm Dalberg die bedenklichen Folgen einer solchen Huldigung vor Augen gestellt hatte.[1]) Auch an den Erzkanzler war die Einladung ergangen. Es war eine starke Zumutung, daß der Mann, dem durch die Wahl zum Koadjutor die sicherste Anwartschaft auf das Kurfürstentum Mainz zugesichert gewesen war, nunmehr in das Schloß kommen sollte, an dessen Pforten das erzbischöfliche Wappen erst vor kurzem durch die Adler des gallischen Kaisertums verdrängt worden war. Dalberg gab denn auch eine ausweichende Antwort, aber er besann sich bald eines anderen. Da ihm am Abschluß eines Reichskonkordats sehr viel gelegen war, glaubte er die Gelegenheit, den Kaiser günstig zu stimmen, nicht versäumen zu dürfen; er mochte sich schmeicheln, durch persönlichen Verkehr vorteilhaften Einfluß auf den Machthaber zu gewinnen. Thatsächlich war dies nicht der Fall. Napoleon ließ es zwar an Aufmerksamkeiten gegen die neuen „Brüder" und „Vettern" nicht fehlen, ließ sie aber deutlich seine Ueberlegenheit fühlen. In der kaiserlichen Theaterloge waren nur dem Erzkanzler und dem Kurfürsten von Baden zur Rechten und Linken des Kaisers Stühle angewiesen, alle übrigen mußten stehend hinter ihm Platz nehmen. Napoleon soll, wie Frau von Wolzogen angeblich nach Dalbergs eigener Mitteilung erzählte, auch vor Dalberg und dem ehrwürdigen Karl Friedrich über den Zerfall des deutschen Reiches so höhnisch gesprochen haben, daß die beiden Fürsten nach dem Weggang des Gefürchteten sich weinend in die Arme fielen. Die Thatsache mag unrichtig sein, aber schon die Erfindung läßt erkennen, wie von eingeweihten Zeitgenossen das demütigende Verhältnis zwischen dem großen Wohlthäter und seinen Schützlingen bereits aufgefaßt wurde. Auch über die Aufnahme des Kaisers in Mainz hätten die deutschen Gäste — es waren außer Dalberg und Kurfürst Karl Friedrich auch der Erbprinz von Hessen-Darmstadt, der Fürst von Nassau und der Landgraf von Hessen-Homburg, die Fürsten und Grafen von Salm, Leiningen, Isenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß und andere, sowie Gesandte der übrigen süd- und mitteldeutschen Regenten anwesend[2]) — Scham empfinden müssen. Wo Napoleon sich zeigte, empfing ihn tausendstimmiger Jubel. Die Huldigungen überstiegen das Maß eines erlaubten Opportunismus. Die Deutschen drängten sich, wie Hans von Gagern spottet, zu der früher so gefürchteten Strafe des Hundetragens wie zu einem Feste heran. „Alles, was die Zeitungen von dem Taumel sagen," beteuert die Chezy naiv, „ist nur Schatten gegen diese Pracht, diese wahrhaft kindliche Freude!" Bei der nächtlichen Illumination gaben zahlreiche Inschriften der Vergötterung des hohen Gastes Ausdruck. An der Stadtbibliothek prangte das Bild einer Wage, deren eine Schale den Namen Napoleon trug mit der Ueberschrift: „Unus sufficit", die andere, auf

[1]) Bitterauf, I, 133.

[2]) Bockenheimer, 407.

gleicher Höhe sich haltend, den Namen Europa. Uebrigens machte sich der Kaiser während seines zweiwöchentlichen Aufenthalts auch gründlich vertraut mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bürgerschaft, sowie mit der militärischen Lage der Stadt. In einem Briefe an Berthier gab er genaue Vorschriften, auf welche Weise der „vielleicht wichtigste Punkt" für Offensiv- und Defensivzwecke auszurüsten sei. „Der Kaiser," schrieb eine Mainzer Zeitung, „hat Alles gesehen, Alles untersucht, Alles angehört, Alles entschieden."[1])

„Es kommt uns nicht zu," fährt das genannte Blatt fort, „die politischen Resultate zu zeigen, die noch unter dem Prachtschleier der Huldigungen verborgen sind, welche verschiedene Fürsten des deutschen Reiches dem Kaiser der Franzosen dargebracht haben." Die Bemerkung bezieht sich auf ein Gerücht, daß in jenen Festtagen ein engerer Anschluß der süddeutschen Fürsten an Napoleon beraten und beschlossen worden sei, daß also Mainz als die Wiege des Rheinbundes zu gelten hätte. Wenn damit gemeint war, daß Napoleon oder Talleyrand mit bestimmten Vorschlägen an die Fürsten herangetreten oder von diesen eine Einigung mit festem Programm ins Auge gefaßt worden wäre, so ist die Annahme unrichtig. Die Idee aber lag schon sozusagen in der Luft, und allerdings kam auch in Mainz darauf die Rede. Wie Lucchesini versichert, sprachen der Gesandte des Erzkanzlers, Graf Beust, und der badische Minister von Dalberg, der Neffe des Erzkanzlers, in Paris offen davon, daß in Mainz ein „Meinungsaustausch" über einen Bund der Schützlinge Napoleons stattgefunden habe.[2]) Ja, der hessische Minister Bignon hatte bereits im Auftrag des sonst franzosenfeindlichen Kurfürsten Wilhelm eine Denkschrift über die Ratlichkeit eines Fürstenbundes mit Anlehnung an Frankreich ausgearbeitet und suchte in Mainz dafür Stimmung zu machen. Als Napoleon sich günstig aussprach, glaubte natürlich auch der Erzkanzler seine Teilnahme nicht versagen zu dürfen; er versprach Talleyrand vom Fortgang der Verhandlungen Rechenschaft zu geben.[3]) Ein paar Monate später wurde denn auch dem preußischen Gesandten in München mitgeteilt, daß Kurhessen die Stiftung eines engeren Bundes zwischen Hessen, Baiern, Baden und Württemberg unter Vorsitz des Erzkanzlers betreibe, doch nur zu dem Zweck, daß die genannten Staaten im Fall eines Krieges ihre Neutralität aufrecht erhalten könnten.[4]) Hardenberg erwiderte darauf: „Ich habe von dem Bundesprojekt, dessen Existenz Ihnen Baron Montgelas eingestanden hat, schon früher einmal sprechen hören. Es wird sich schwerlich verwirklichen lassen, und noch weniger wahrscheinlich ist es, daß sein Zweck erreichbar ist; ein solcher Bund würde, wenn ihm nicht eine gewichtigere deutsche Macht beisteht, nur dazu dienen, Frankreichs Einfluß zu verstärken. Diese Meinungsäußerung ist aber nur für Sie bestimmt; behalten Sie die Angelegenheit im Auge und teilen Sie mir Alles mit, was Sie über die Natur und die Fortschritte des Planes in Erfahrung bringen können."[5])

[1]) Rhein. Antiquarius, I, 2, 625.
[2]) Beaulieu-Marconnay, K. v. Dalberg, II, 25.
[3]) Bitterauf, I, 146.
[4]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Schladens v. 20. Dezember 1804.
[5]) Ebenda. Hardenberg an Schladen, 31. Dezember 1804.

Am Münchner Hofe war zwar alles darüber einig, daß Baiern von Frankreich die vorteilhaftesten Dienste zu erwarten und deshalb Napoleons Gunst anzustreben habe, aber man war zur Zeit noch nicht geneigt, mit dem „Usurpator", wie ihn die bairischen Gesandten in Wien und Berlin noch nannten,[1]) engere Beziehungen anzuknüpfen. Max Joseph lehnte auch die Einladung zur Kaiserkrönung ab. Er hätte sich am liebsten an Preußen angeschlossen, fand aber keine Aufmunterung; man darf wohl sagen: nicht am wenigsten trieb die Unentschlossenheit des Berliner Kabinetts die süddeutschen Fürsten in die Arme Frankreichs. Von Paris war ein Wink gegeben worden, dem Kaiser würde eine eheliche Verbindung zwischen seinem Stiefsohn Eugen Beauharnais und des Kurfürsten ältester Tochter Augusta Vergnügen machen. Doch namentlich die Kurfürstin leistete lebhaften Widerstand; die Prinzessin sollte, nachdem der Plan der Königin von Preußen, ihren Bruder, den Erbprinzen von Mecklenburg-Strelitz, mit der bairischen Prinzessin vermählt zu sehen, am Einspruch des Papstes gescheitert war, so rasch wie möglich die Gattin des Kurprinzen von Baden werden.[2]) Dem Beispiel Baierns folgend, beschränkte sich auch Kurfürst Friedrich von Württemberg auf Darbringung ergebenster Glückwünsche durch seinen Gesandten. Zwischen Kurfürst Friedrich und seinem Sohne Wilhelm war so feindselige Spannung aufgewachsen, daß das Geheimratskollegium an den Kurprinzen die Mahnung richtete, er möge „von seinem Herzen und aus seinem Benehmen alles entfernen, was die durch Natur und Vorsehung geheiligten Bande vollends zerstören könnte".[3]) Diese inneren Wirren im Kernland Schwabens machen erklärlich, daß ein Gerücht entstehen konnte, Württemberg werde zwischen Baden und Baiern aufgeteilt und als Ersatz dem Kurfürsten Friedrich das Kurfürstentum Hannover überlassen werden. Schladen glaubte sogar den Minister Montgelas um Aufklärung bitten zu müssen; dieser erwiderte, an solchen Tausch sei nicht zu denken, denn wenn sich Napoleon zur Herausgabe Hannovers überhaupt noch verstehen sollte, werde es wohl an Preußen fallen. Schladen war aber trotzdem überzeugt, daß über das Tauschgeschäft zwischen München und Paris verhandelt werde; vermutlich sei auch der Wiener Hof im Spiel, um auf solchem Wege den alten Lieblingswunsch, die Inngrenze, durchzusetzen.[4])

Auch Dalberg würde, wie er wenigstens vor Seckendorff beteuerte, die Einladung zur Kaiserkrönung abgelehnt haben, wenn nicht der Papst die Annahme empfohlen hätte, um den Kaiser für das geplante Reichskonkordat günstig zu stimmen. Dalberg zeigte dem Gesandten den Entwurf, wonach Württemberg einen eigenen, vom Kurfürsten zu ernennenden Landesbischof erhalten sollte; es fehle nur noch die Zustimmung des Kaisers und des Papstes.[5]) Kurfürst Friedrich war jedoch mit Dalbergs Auffassung keineswegs einverstanden. Es sei ihm schlechterdings unbegreiflich, erwiderte er seinem Gesandten, wie in einer für das deutsche Vaterland und die landesherrlichen Rechte so wichtigen Sache ohne Befragung

[1]) Bitterauf, I, 148.
[2]) Preuß. Staatsarchiv. Berichte Schladens v. 19. Juli u. 14. Oktober 1804.
[3]) Ebenda. Acta comitialia. Bericht Goertz' v. 24. September 1804.
[4]) Ebenda. Berichte Schladens v. 13. u. 20. Dezember 1804.
[5]) Württemberg. Staatsarchiv. Bericht Seckendorffs v. 23. Oktober 1804.

des Reichstages für einen schon fertigen Entwurf die kaiserliche Zustimmung erbeten werden könne? Damit nicht wieder zum Nachteil der Souveräne ein gewisses, nur nach schweren Kämpfen in alter und neuer Zeit beseitigtes System zur Herrschaft gelange, sei von Württemberg, Baden und Baiern gemeinsame Abwehr in Aussicht genommen.[1]) Nicht minder entschlossen bestritt das bairische Kabinett dem Primas das Recht, in eigener Machtvollkommenheit über ein für alle katholischen Reichsstände bindendes Konkordat in Unterhandlungen einzutreten. Montgelas wollte um keinen Preis zugeben, daß der bairische Klerus unabhängig vom Staat werde; der Gesandte Häffelin mußte in Rom gegen die Reichskirche „Verwahrung" einlegen, während in Paris Kardinal Fesch auf Bitten des Kurfürsten von Baiern den Plan bekämpfte.[2]) Auch die Vertreter der hessischen Lande in Regensburg waren der Ansicht, daß der Erzkanzler nur Hand in Hand mit dem Reichstag vorgehen dürfe. Die Gemüter beruhigten sich erst wieder, als Graf Goertz auf Bitten Dalbergs die Mitteilung machte, der mit Wissen des kaiserlichen Hofes und der Kurie vorbereitete Entwurf habe nur den Charakter eines Leitfadens und werde nach des Erzkanzlers Rückkehr aus Paris dem Reichstag vorgelegt werden.[3])

Obwohl es wahrlich nicht an Gründen fehlte, die den ersten Kirchenfürsten Deutschlands hätten abhalten sollen, der Einladung zur Kaiserkrönung Folge zu leisten, ließ er sich bewegen, „im Interesse der deutschen katholischen Kirche" nach Paris zu gehen. Er konnte ja hoffen, dort zugleich mit Papst Pius und Napoleon ins reine zu kommen. Sowohl bei der Feier in Notredame am 4. Dezember, als bei den militärischen Festlichkeiten auf dem Marsfeld am folgenden Tage wurde Dalberg mit besonderer Auszeichnung behandelt; der Imperator wollte der Welt zeigen, daß ihm auch von der deutschen Nation in der Person des vornehmsten Reichsfürsten gehuldigt werde. Es trat schon immer deutlicher zu Tage, daß die Entscheidung über die Geschicke Deutschlands in Paris fallen werde. Und nicht bloß die Diplomaten, auch die Künstler und Gelehrten erblickten ihr Mekka in der Hauptstadt Frankreichs. Alle Welt wollte Vestris seinen berühmten Pas d'Apollon tanzen sehen, die Krönungsfeier des Cyrus im Théâtre-Français bewundern, den aus ganz Europa zusammengeschleppten Kunstschätzen eine mehr oder weniger verständnisvolle Huldigung darbringen. Die beiden Humboldts, Burgsdorf, Brinckmann, Jacobi, die Rahel, Baggesen, Kleist, Reichardt und viele andere Gelehrte und Schöngeister besuchten Paris, um sich, wie die Rahel sagte, „vom Athem der Weltgeschichte berühren zu lassen".[4]) Hinwieder wurde Dalberg als „Vertreter des deutschen Geistes" zum Mitglied des Institut français gewählt. Als man ihm einen Platz neben dem Präsidenten anbot, weigerte er sich, ihn anzunehmen. Das bescheidene Wort: „Ich bin ja nur der Jüngste der Familie!" trug ihm lauten Beifall ein.[5]) Wie berau-

[1]) Württemberg. Staatsarchiv. Erlaß an Seckendorff v. 9. November 1804.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Schladens v. 12. Oktober 1804.

[3]) Württemberg. Staatsarchiv. Bericht Seckendorffs v. 4. Dezember 1804.

[4]) Jul. Schmidt, Geschichte der deutschen Literatur von Leibniz bis auf unsere Tage, IV, 179.

[5]) W. v. Chezy, Französische Miscellen, 9. Bd., 61.

schend der Pariser Aufenthalt auf den deutschen Kirchenfürsten wirkte, beweisen die Briefe, die er nach seiner Heimkehr an Napoleon und Talleyrand richtete. Die unterwürfigen Dankesworte wurden mit gnädigen Freundschaftsversicherungen erwidert. „Es hat den Anschein, Monseigneur," schrieb Talleyrand, „daß Ihre politischen Interessen einen Kurs nehmen, wie Sie ihn wünschen, und ich bin glücklich, Ihnen die erneute Versicherung geben zu dürfen, daß Seine Majestät den lebhaftesten und freudigsten Anteil nimmt an allem, was Eure Kurfürstliche Durchlaucht für die Wohlfahrt und Ruhe Deutschlands zu thun gedenken."[1])

Die Aufrichtung des Defensivbündnisses zwischen Rußland und Preußen am 4. Mai 1804 hatte ebensowenig einen Umschwung der preußischen Politik herbeigeführt, wie die Uebertragung der Leitung des auswärtigen Amts an Hardenberg. Im Herbst wiederholte das russische Kabinett den Versuch, Preußen und Oesterreich auf seine Seite zu bringen. Zar Alexander hielt sich zwar in seinem schwärmerischen Drange für berufen, die von Frankreich bezwungenen Staaten zu befreien, war aber noch nicht zum Kampfe mit dem mächtigen Gegner entschlossen; er wollte sich nur für alle Fälle der Hülfe seiner Nachbarn versichern.[2]) Am 23. September schrieb er an Friedrich Wilhelm, es schmerze ihn tief, daß sich die deutschen Mächte aus wenig wichtigen Gründen noch immer nicht zu einer ihrer Würde und der Gerechtigkeit entsprechenden Haltung entschließen könnten; er wolle jedoch die Hoffnung nicht aufgeben, daß wenigstens der König im entscheidenden Augenblick doch noch mit seinem Freunde Hand in Hand gehen werde.[3]) Gleichzeitig erschien aber auch Graf Arberg im Auftrag Napoleons in Berlin, um für die Haltung Preußens bei Errichtung des Kaiserreichs wärmsten Dank auszusprechen und den König der Bereitwilligkeit Napoleons zu jeglichem Liebesdienst zu versichern; sogar Zustimmung zur Erhebung Preußens zum Kaiserreich scheint in Aussicht gestellt worden zu sein. Hardenberg soll nicht abgeneigt gewesen sein, das Anerbieten anzunehmen, der König aber sich gesträubt haben, weil er nicht entschieden Partei nehmen wollte.[4]) Als Gustav IV., auf englische Hülfe pochend, zu einem Einfall in das von den Franzosen besetzte Hannover Anstalten traf, gab Preußen eine öffentliche Erklärung ab, die seinen neutralen Standpunkt nach beiden Seiten wahren sollte: es wolle nicht dulden, daß nichtdeutsche Mächte auf deutschem Boden handgemein würden. Da aber hinzugefügt war, Preußen werde, falls sich Schweden eine Verletzung der Neutralität Norddeutschlands erlauben sollte, Schwedisch-Pommern besetzen, wurde die Kundgebung in Petersburg nur als ein Akt versteckter Hinneigung zu Frankreich verurteilt.[5])

[1]) Beaulieu-Marconnay, II, 31.

[2]) Bailleu, Haugwitz u. Hardenberg, Deutsche Rundschau, Jahrg. 1879, 279. — Ulmann, Russisch-preußische Politik, 127. — Buchholz, Referat über Ulmann; Göttinger gelehrte Anzeigen, Jahrg. 1901, 172.

[3]) Bailleu, Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. u. der Königin Luise mit Kaiser Alexander I.; Publikationen aus den preuß. Staatsarchiven, 75. Bd., 53.

[4]) Bailleu, Preußen u. Frankreich 1795—1807; Publikationen aus den preuß. Staatsarchiven, 29. Bd., L.

[5]) Ulmann, 129.

Auch in Deutschland wurden immer mehr Stimmen laut, welche in schroffem Gegensatz zur Auffassung Iffflands, der Friedrich Wilhelm als „Friedensfürst Agamemnon" feierte, die schwächliche preußische Politik für Deutschlands Ohnmacht und Bonapartes Uebermut verantwortlich machten. Es gibt, sagt eine in den Tagen der Krönung Napoleons in London erschienene Flugschrift, für Preußen, das ewig zwischen Angst und Ehrgeiz hin und her pendelt, keine andere Pflicht und keine andere Rettung, als die Freundeshand Rußlands entschlossen zu ergreifen; nur durch Offenheit und Festigkeit kann es vielleicht das verlorene Vertrauen wieder gewinnen.[1]) In einem „Sendschreiben an Bonaparte" hält „einer seiner ehemaligen eifrigsten Anhänger in Deutschland" dem Plebejerkaiser seine Sünden vor. Der rückhaltlose Anhänger der Revolutionsideen habe sich jetzt zur Heuchelei eines Konkordats mit dem Papst erniedrigt, der Sohn des Volkes könne sich jetzt, um nicht hinter den schwarzen Königen vom Kongo zurückzustehen, nicht genug Papageien- und Pfauenfedern in den Hintern stecken u. s. w. Möchte sich doch endlich Preußen seiner Ehre und der durch die Ehre auferlegten Pflichten erinnern, möchten doch die deutschen Fürsten nicht länger wohlgesinnte patriotische Schriften verfolgen, damit nicht aller Welt klar werde, daß sie nur noch Großoffiziere und Präfekten von Napoleons Gnaden seien![2]) „Um den Eindruck der unwürdigen Schmähschriften gegen Frankreich und Napoleon abzuschwächen", veröffentlichte der Berliner Publizist Heinrich von Bülow eine Schrift, die das deutsche Volk über die französische Revolution und den neuen Monarchen Frankreichs „aufklären" will und von Bewunderung des „Unvergleichlichen" überfließt. Die Erschießung des Herzogs von Enghien sei, so wird versichert, gewiß nicht dem Herzen Bonapartes entsprungen, sondern sei das Werk eines republikanischen Ministers, der den großen Mann mit den Monarchen und Royalisten von Europa entzweien wolle. Bülow hält für wahrscheinlich, daß eine Landung in England ernstlich geplant werde; von unüberwindlichen Schwierigkeiten könne wohl nicht gesprochen werden; nächtlicherweile sei eine Ueberfahrt leicht möglich. „Wenn man nicht sehen kann, kann man auch nicht treffen, es helfen also die 74-Kanonenschiffe den Engländern nichts!"[3]) Auf Bülows Lobgesang antwortete der Verfasser des „Sendschreibens" mit einer noch leidenschaftlicheren Streitschrift „Der Moloch unserer Tage".[4]) „Hans Deutschmann", wie er sich nennt, wendet sich heftig gegen die deutschen Schranzen, die ihren Götzen bettelhaft beräuchern und des Tyrannen Frevel als eitel Ruhmesthaten aufzuputzen suchen. Von Voß und anderen Wohldienern werde Napoleon gepriesen, weil er dreißig Millionen widerspenstiger, verwilderter Menschen zur Ordnung zurückgebracht habe; nun ja, auch auf einem Markt voll Menschengewühl höre alle Unruhe plötzlich auf, wenn ein Wurmdoktor erscheint, um mit pompösen Fanfaren seine Medikamente anzupreisen,

[1]) Coup d'oeil sur les relations politiques de la Russie avec la France (1804).

[2]) Sendschreiben an Bonaparte, von einem seiner ehemaligen eifrigsten Anhänger in Deutschland (Deutschland, Anfangs Juni 1804).

[3]) (Heinr. v. Bülow) Ueber Napoleon, Kaiser der Franzosen. Veranlaßt durch das Sendschreiben an Bonaparte, von dem Verfasser des Geistes des neuen Kriegssystems (Berlin 1804).

[4]) Der Moloch unserer Tage und sein Hoherpriester in Deutschland, v. Hans Deutschmann (1804).

doch wie lange dauere die Ruhe? Wenn jemand recht dreist und aufdringlich sich gebare, werde er immer auf die Menge eine fascinierende Wirkung üben. „Schlimm genug, daß wir Deutsche, wenn man uns verspottet und auslacht, noch obendrein uns unterthänigst bedanken und mitlachen." „Diese Hofiererei und Schmeichelei und Hundsfötterei! Welches Ende soll dies nehmen? Soll Deutschland eine französische Provinz werden?" Wenn von Bülow behauptet werde, Bonaparte habe infolge der Volkswahl ein vollgültiges Anrecht auf den Thron, so könne dies nur als Spaß wirken. „Das Bischen Stimmengeben sogenannter Aktivbürger wollte weiter nichts sagen als: Regiere, wer Lust hat, wenn nur endlich das Revolutionswesen ein Ende nimmt." Möchte doch endlich Preußen losschlagen, das hannöversche Gebiet besetzen und die Franzosen „in einer Hermannsschlacht so völlig massakrieren, daß auch nicht ein einziger Mann übrig bleibt!" „Kein rangierter Krieg Preußens gegen Frankreich, sondern nur Fortjagen, Reinigen, Abwehren vom deutschen Boden!" Starkes Aufsehen erregte die Schrift „Napoleon Bonaparte und das französische Volk unter seinem Konsulate",[1]) gleichfalls ein drastisches Gegenstück zu Bülows Lobgesang. Der excentrische Musiker Reichardt galt als Verfasser, scheint jedoch nur an der Herausgabe beteiligt gewesen zu sein; die Schrift stammt wohl von dem philantropischen Sonderling Grafen Schlabrendorff, der seit dem Ausbruch der Revolution in Paris weilte und mit vielen Celebritäten Frankreichs und Deutschlands persönlichen und brieflichen Verkehr unterhielt.[2]) Als „freier Weltbürger" fällt er über Bonaparte und den Bonapartismus ein überraschend ungünstiges, ja gehässiges Urteil. „Bonaparte verachtet die französische Nation in ebenso hohem Grade, als sie ihn haßt ... Selbst bei der Armee genießt er gar nicht der Achtung und noch weniger der Liebe, die Moreau ganz ungeteilt für sich hat." Um Europa aus den Schlingen des Todfeindes aller Fürsten und aller freien Völker zu befreien, gebe es nur ein Mittel: einen neuen Fürstenbund! „So oft Deutschland auch durch weise und mächtige Fürstenbündnisse gegen Spanien, Oesterreich und Frankreich gerettet wurde, war vielleicht doch noch nie ein Zeitpunkt, in welchem Deutschland eines solchen Bundes mehr bedurfte, als der noch bevorstehende seyn wird!" Auf ähnliche Weise wird die preußische Regierung apostrophiert in der Flugschrift „Eine Brille für kurzsichtige Politiker".[3]) Mit leidenschaftlicher Erbitterung wendet sich der Verfasser, der Engländer und preußische Kammerherr Josef Charles Mellisch von Blyth, gegen die ruheselige Politik des Berliner Kabinetts. „Den Anmaßungen Frankreichs muß endlich, wenn die übrige Welt nicht den Geist aufgeben soll, ein Ziel gesetzt werden!" Die Zukunft Europas hänge völlig ab von der Haltung Preußens. Mannhafte That zur rechten Zeit sei die wirksamste Friedenspolitik! „Soll die preußische Armee, ohne welche Preußen ein Staat zu seyn aufhört, das bleiben, was sie

[1]) Napoleon Bonaparte und das französische Volk unter seinem Konsulate (Germanien 1804).

[2]) Faehler, Studien zum Lebensbild eines deutschen Weltbürgers, des Grafen Gustav von Schlabrendorff, 13.

[3]) Eine Brille für kurzsichtige Politiker, von Joseph Charles Mellisch von Blyth in der Grafschaft Nottingham (1804).

gewesen ist und ohne Zweifel noch ist, so muß das preußische Cabinet sie bey billigen Gelegenheiten zum Nutzen und zur Sicherheit des preußischen Staates, zur Aufrechthaltung der Heiligkeit der Verträge, zur Vertheidigung der beleidigten, angegriffenen Bundesgenossen und zum Frommen der allgemeinen guten Sache der Redlichkeit brauchen, und sobald man sieht, daß sie noch die alten Nerven hat, so wird sie durch eine kleine Bewegung den Endzweck aller rechtschaffenen Cabinete und aller tüchtigen Armeen, den Frieden auf Erden, erreichen!"

Im Spätherbst schien sich mit einem Mal in Berlin ein Umschwung zu vollziehen, schien es zum Bruch mit Napoleon zu kommen. Den Anlaß bot ein Vorfall, der einigermaßen an den Fall Enghien erinnerte. In der Nacht vom 24. Oktober setzten etwa zweihundert Franzosen unter Kommando des Generals Frère unterhalb Hamburg über die Elbe, umzingelten ein ungefähr eine halbe Stunde vom Dammthor entferntes, zum Hamburgischen Gründelhof gehöriges Landhaus und schleppten daraus den englischen Geschäftsträger Herrn von Rumbold als Gefangenen mit sich fort. Der Hamburger Stadtrat legte sofort bei allen Vertretern der Mächte, sowie bei dem Befehlshaber der französischen Truppen in Hannover, Bernadotte, Verwahrung ein.[1]) Die Begebenheit erregte, da sie nur als eine noch verwerflichere Wiederholung der Ettenheimer Episode aufgefaßt werden konnte, das peinlichste Aufsehen. Friedrich Wilhelm war aufs unangenehmste berührt durch die Verletzung der Neutralität Norddeutschlands, deren Berücksichtigung er immer als Gegenleistung für seine freundschaftliche Haltung von Frankreich beansprucht hatte. Auch sein alter Vertrauensmann Haugwitz riet, jetzt einmal kräftig und entschlossen bei Napoleon selbst sich zu beschweren.[2]) Hardenberg ging noch weiter, indem er empfahl, als Bürgschaft für die Zukunft auf der Räumung Hannovers zu bestehen und der wohlberechtigten Forderung durch militärische Maßnahmen Nachdruck zu geben.[3]) Schon unmittelbar nach dem Eintreffen der Hamburger Nachricht hatte der preußische Gesandte in Wien dem französischen erklärt, sein Monarch als Direktor des niedersächsischen Kreises, an welchem Rumbold ebenfalls beglaubigt sei, werde den Gewaltakt gegen einen bei diesem Kreis beglaubigten Diplomaten nicht ungeahndet lassen. Dodun erwiderte lächelnd, es lasse sich doch gar nicht glauben, daß sich ein französischer General zu solcher Gewaltthat habe brauchen lassen. Wie peinlich war er überrascht, als ihm eröffnet wurde, daß sein eigener Schwager, General Frère, an der Aufhebung beteiligt war![4]) Am 30. Oktober richtete Friedrich Wilhelm an Napoleon ein von Lombard verfaßtes Schreiben, worin die Freilassung Rumbolds nicht gefordert, sondern nur — wenn auch in ernstem Tone — erbeten war. Es wurde daran erinnert, daß Preußen unter

---

[1]) Württemberg. Staatsarchiv. Acta comitialia. Bericht Seckendorffs v. 2. Nov. 1804 (nach Erzählung des Hamburgischen Syndikus v. Sieveking).

[2]) Fragment des mémoires de Haugwitz; Minerva, Jahrg. 1837, IV, 63.

[3]) Bailleu, Preußen u. Frankreich, Einl. LIII.

[4]) Württemberg. Staatsarchiv. Acta, die durch französisches Militär erfolgte Aufhebung des zu Hamburg befindlichen englischen Geschäftsträgers Rumbold betreffend. Bericht Truchseß-Waldburgs v. 7. November 1804.

Berufung auf die Sicherheit Norddeutschlands sich den Rüstungen der Schweden und dem Truppendurchmarsch der Russen widersetzt habe. „Diese Sicherheit besteht heute nicht mehr, und doch wäre es nötig, daß man noch an sie glaube, wenn Sie als der Wohlthäter gelten wollen, wie es Ihr Wunsch ist. Sie sind zu mächtig, um des Zutrauens entbehren zu können. Ich aber würde alles Zutrauen verlieren, wenn es mir nicht gelänge, bei dieser Gelegenheit vor Europa den Beweis zu führen, daß meine ganze Politik auf einer richtigen Einschätzung unsrer Beziehungen beruht und auf einer Kenntniß der Verhältnisse, die mich in Stand setzt, besser als Andere Ihre wahren Grundsätze zu durchschauen. . . . Der Schwache mag manchmal seine Gründe haben, einen falsch aufgefaßten Befehl nicht rückgängig zu machen. Für den Mächtigen ist dies eine Ehrensache. Ich verlange deshalb als Beweis Ihrer Freundschaft und Achtung, als Siegel für das Vollbrachte und als Pfand für die Zukunft, als eine Entscheidung, deren Verweigerung mir jeden Zweifel benehmen müßte, daß der Glaube an die Gegenseitigkeit unserer Gefühle ein Irrtum gewesen wäre: geben Sie Befehl, daß Herr von Rumbold sofort in Freiheit gesetzt und die öffentliche Meinung über den ganzen Vorfall beruhigt werde! Daraus kann ich ersehen, welchen Wert Sie der Freundschaft Preußens beilegen, und der Weisheit des Systems, an dem ich bisher festgehalten habe. Dadurch würden Sie die Feinde Frankreichs entwaffnen und den Jubel verstummen machen, den das Ereignis bei ihnen hervorgerufen hat. Ich erwarte Ihre Antwort mit vollem Vertrauen, aber auch mit einer gewiß berechtigten Ungeduld und in der Erwartung, daß ich mich nicht vergeblich auf die Aufrichtigkeit unsrer Abmachungen verlassen habe.“[1]) Hardenberg gab unverzüglich dem Gesandten in Wien Kenntnis von den „energischen“ Vorstellungen; man dürfe sich davon wohl um so eher günstigen Erfolg versprechen, da nur ein Brief des Polizeiministers Fouché an Bernadotte die Gewaltthat veranlaßt habe.[2])

In Wien wurde die Aufhebung Rumbolds sogar in Kreisen, die sich sonst der vorsichtigsten Zurückhaltung befliſſen, mit Entrüstung aufgenommen. Als Cobenzl während eines Diplomatenmahles bei Sir Paget die erste Nachricht erhielt, gab er vor allen Tischgenossen seinem Unmut heftigsten Ausdruck.[3]) „Ein solches Attentat,“ sagte er Tags darauf zu Finckenstein, „an einem Diplomaten verübt, der ebenso beim Kaiser wie bei Ihrem König beglaubigt ist, kann in Wien und Berlin nur als eine schnöde Beleidigung aufgefaßt werden! Es ist mehr denn je an der Zeit, dessen zu gedenken, daß wir alle beide Deutsche sind!“ „Ich würde auf diese banale Phrase kein Gewicht legen,“ versichert Finckenstein im Bericht an seinen Hof, „wenn nicht in der That der gegenwärtige Augenblick ganz dazu angethan wäre, aller Welt die Augen zu öffnen und vor allem dem Wiener Hofe klar zu machen, wie sehr es für ihn geboten ist, Annäherung an Eure Majestät zu suchen!“ Das freimütige Wort Cobenzls, erwiderte Hardenberg, enthalte eine unbestreitbare Wahrheit, aber zunächst müsse die Antwort Napoleons abgewartet werden.

[1]) Bailleu, II, 307.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Finckenstein v. 2. November 1804.

[3]) Ebenda. Bericht Finckensteins v. 10. November 1804.

Ueber einen Bund zwischen Oesterreich und Preußen, der ebenso das Uebergewicht Frankreichs wie Rußlands eindämmen sollte, war schon während der österreichischen Herbstmanöver in Mähren zwischen Kaiser Franz und seinem Gast, dem genial-excentrischen Prinzen Louis Ferdinand von Preußen, verhandelt worden. Auch in einer Unterredung mit Cobenzl trat der Prinz lebhaft für das Bündnis ein. Gentz übergab im September dem Erzherzog Johann eine Denkschrift, welche die nämliche Tendenz vertrat. „Eine treue Verbindung der beiden deutschen Mächte," heißt es darin, „ist Deutschlands letzte und gleichsam sterbende Hoffnung!"[1]) „Ich sehe, wie Sie," schrieb er am 14. November an Johannes Müller, „in der Aufhebung aller Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen, in der möglichsten Annäherung dieser beiden Staaten, in einer endlichen treuen Vereinigung derselben eins der letzten noch übrigen Mittel zur Aufrechthaltung der Unabhängigkeit von Europa und zur Abwendung einer Sündflut von Uebeln, die mit jedem Tage furchtbarer ausbricht!" Zwar sei, solange das gegenwärtige Ministerium am Ruder, an eine solche Verbindung nicht zu denken, aber „die Zeiten werden sich ändern!"[2])

Ein paar Wochen später konnte Hardenberg von einem „glänzenden Erfolg des verabredeten ernsten Vorgehens Preußens" berichten: Napoleon habe sofort Befehl erlassen, Rumbold freizugeben, und dem Hamburger Senat sei tiefes Bedauern über den Vorfall zum Ausdruck gebracht worden. Aufrichtige Begeisterung für den Ruhm des Königs und des preußischen Namens, schrieb Finckenstein, lasse ihn innigsten Anteil nehmen an dem Jubel, womit die Haltung Preußens in dieser Angelegenheit begrüßt werde, doch möge ihm endlich Weisung gegeben werden, wie er sich bei alledem zu verhalten habe. Was gebe es noch anderes zu sagen? erwiderte Hardenberg, der mannhafte Einspruch habe den glücklichsten Erfolg erzielt, damit sei der Fall erledigt. Finckenstein glaubte aber noch ein übriges thun zu müssen, um eine Verbindung zwischen Preußen und Oesterreich in die Wege zu leiten; er wurde nicht müde, den überraschenden Umschwung zu Gunsten Preußens in allen Kreisen der Wiener Gesellschaft mit hellsten Farben zu schildern.

Am 6. November wurde ein russisch-österreichisches Abkommen zu wechselseitiger Unterstützung im Falle eines feindlichen Angriffes abgeschlossen. Im Falle glücklichen Erfolges war für Oesterreich die Adda- und Pogrenze, die Wiedereinsetzung der jüngeren habsburgisch-lothringischen Linie in Toskana, die Abrundung Deutsch-Oesterreichs durch Baiern bis zum Inn und das Erzstift Salzburg zugesagt. Die süddeutschen Fürsten sollten, wenn sie am Kampf gegen Frankreich teilnehmen würden, durch Eichstädt und verschiedene Teile des vorderösterreichischen Besitzes entschädigt werden. Der Vertrag enthielt auch die Zusage russischer Deckung für Oesterreich im Falle einer Bedrohung durch Preußen,[3]) aber es wäre dem Wiener Hofe sehr erwünscht gewesen, auch eine Rückversiche-

[1]) Briefwechsel zwischen Gentz u. Johannes v. Müller, in Gentz' Schriften, herausgeg. v. Schlesier, IV, 23.

[2]) Ebenda, 16.

[3]) Martens, Recueil, II, 406.

rung durch ein Bündnis mit Preußen zu erlangen. Die zwei mächtigsten Staaten Deutschlands, erklärte Cobenzl, der bisher immer als Gegner Preußens gegolten hatte, seien durch Ehre und Pflicht verbunden, sich zu verständigen; dann werde jeder fremde Einfluß leicht abzuwehren sein. Kaiser Franz selbst gab dem Wunsche nach dem Zustandekommen des Bündnisses Ausdruck; schon war in ihm die Furcht aufgetaucht, Napoleon möchte etwa die ligurische und die italische Republik zu einem Königreich für sich selbst vereinigen. Auch in militärischen Kreisen hatte eine antifranzösische Stimmung die Oberhand gewonnen. Um gegen den gefährlichsten Feind Front machen zu können, setzte General Merfeld in einer für Erzherzog Karl bestimmten Denkschrift auseinander, sei es geboten, alle nur einigermaßen entbehrlichen Truppen an der italienischen Grenze zusammenzuziehen. Frankreich werde darin einen feindseligen Akt erblicken, und es könne wohl darüber zum Kriege kommen: um so besser! Der Krieg sei das einzige Mittel, sich aus dem Zustand von Lähmung und Ohnmacht zu retten, in den die österreichische Monarchie seit langem versunken sei. Den Krieg brauche man auch nicht zu fürchten, wenn Oesterreich seinem natürlichen Bundesgenossen Preußen die Freundeshand reichen und gemeinsam mit ihm die gemeinsamen Interessen verteidigen werde.[1]) Am eifrigsten warb Graf Trautmannsdorff für Frieden und Freundschaft mit Preußen; ihm erschien rückhaltloser Anschluß dieser beiden Staaten vorteilhafter als eine Tripelallianz, während Cobenzl die intimen Beziehungen zu Rußland bevorzugte. „Wir dürfen uns nicht verhehlen," sagte der Minister zu Finckenstein, „daß wir es mit einer furchtbaren Macht zu thun haben werden, und daß ein Dritter nicht zu viel ist, zumal wenn es sich um einen Fürsten handelt, wie Zar Alexander, dessen Gerechtigkeitsliebe über jeden Zweifel erhaben ist, der einzig und allein das Gleichgewicht Europas auf feste Grundlage bringen will."[2])

In Petersburg wurde die Kunde, der König von Preußen habe sich zum Widerstand gegen das übermächtige Frankreich aufgerafft, weniger vertrauensvoll aufgenommen. Der Bettelbrief des Königs an Napoleon sei wohl auf den Knieen geschrieben worden, spotteten Czartoryski und seine Leute, der preußische Monarch eigne sich höchstens zum Briefträger und werde niemals aus eigener Initiative für die allgemeine Sache eintreten.[3]) Nur Alexander selbst war noch immer von freundschaftlichen Gefühlen für Friedrich Wilhelm beseelt, d. h. er hoffte noch immer, ihn zu einem neuen Alexanderzug mitfortzureißen.[4]) Das Drängen und Werben auf der einen, das vorsichtige Ausweichen auf der anderen Seite dauerte also fort, wurde aber stellenweise auch unterbrochen durch bedenkliche Reibungen und unfreundliche Drohungen. Friedrich Wilhelm wollte die freundschaftlichen Beziehungen zu Napoleon um so weniger opfern, seit er dem Plane nähergetreten war, das Kurfürstentum Hannover gegen westfälische Provinzen einzutauschen. Die Anregung war vermutlich von Hardenberg, dem geborenen Hannoveraner, ausgegangen und wurde fortan nicht mehr aus den

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Finckensteins v. 18. November 1804.
[2]) Ebenda. Bericht Finckensteins v. 21. November 1804.
[3]) Ulmann, 143, 150.
[4]) Bailleu, Briefwechsel Friedrich Wilhelms III. mit Kaiser Alexander I., Einl. XIII.

Augen gelassen.[1]) Dagegen trug sich Napoleon, wie wenigstens von Hardenberg dem Wiener Gesandten mitgeteilt wurde, eine Zeit lang mit der Absicht, Hannover dem Kurfürsten von Württemberg zu verleihen und das württembergische Gebiet zwischen Baden und Baiern zu teilen; hoffentlich werde aber der Wiener Hof, meinte Hardenberg, nicht dafür zu haben sein, daß zwei von Frankreich abhängige Staaten unmittelbar vor seiner Schwelle sich noch weiter ausdehnten.[2]) „Montgelas stellt alles in Abrede," berichtete Schladen aus München, „trotzdem glaube auch ich an das Bestehen des Aufteilungsplanes!"[3])

Der Regensburger Reichstag war nach den lebhafteren Verhandlungen, welche die Aufrichtung der Kaiserthrone in Paris und Wien mit sich gebracht hatte, in das gewohnte Stilleben zurückgesunken. Der Streit um die Parität im Fürstenkollegium war noch immer nicht ausgetragen. Bisher hatten die kaiserlichen Kommissäre die Abstimmung über die beantragte Vermehrung der Virilstimmen hinauszuschieben gesucht. Der Wiener Hof hoffte mit Hülfe des katholischen Klerus noch immer, Stimmen zu gewinnen. Ein spöttisches Wort Montgelas': „Was sollen diese kleinen, lächerlichen Umtriebe in einer Körperschaft, die bereits in voller Auflösung begriffen ist?"[4]) beweist, wie tief schon die Achtung vor der Reichsverfassung sogar in den Regierungskreisen der mittleren Staaten gesunken war. Im Spätherbst 1804 glaubte Graf Goertz auf raschere Erledigung dringen zu müssen, doch nun verweigerte das preußische Kabinett seine Zustimmung. „Wie die Lage der Dinge einmal ist," so begründet Hardenberg am 19. Oktober die Ablehnung, „haben die deutschen Angelegenheiten mehr oder weniger ihre Impulsion von den politischen Verhältnissen zwischen den europäischen Mächten zu erwarten. Diese aber sind in der That jetzt zu sehr in einer Krisis, als daß die größeren deutschen Höfe und besonders der Wiener Hof mit der Vornahme einer Sache, von der die Festsetzung des präponderierenden Einflusses der einen oder der anderen Seite in die Reichssachen abhängt, es nicht lieber noch auf eine weitere Entwicklung der Dinge ankommen lassen sollten. Solchen Aufschub können wir uns auch gleich der österreichischen Seite deshalb gern gefallen lassen, weil wir gegen diese mit der Mehrheit der Comitialstimmen, sowie solche auch nur bey der letzten Deliberation aufgerufen und abgelegt worden, im Vortheil sind."[5]) Auch in diesen Worten spricht sich also die Ueberzeugung aus, daß der gegenwärtige Zustand des Reiches nicht mehr haltbar sei, daß ein neuer Zusammenstoß der europäischen Hauptmächte sich nicht mehr vermeiden lasse und von dieser Waffenentscheidung das künftige Schicksal Deutschlands abhängen werde.

---

[1]) Ulmann, 131.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Finckenstein v. 30. November 1804.

[3]) Ebenda. Bericht Schladens v. 13. Dezember 1804.

[4]) Ebenda. Acta, den Schriftwechsel mit Baron von Schladen zu München betr., 1805, vol. I. Abschrift eines Erlasses Montgelas' an Cetto v. 22. März 1805.

[5]) Ebenda. Erlaß an Goertz v. 19. Oktober 1804.

Dritter Abschnitt.

Der Plan einer französischen Landung in England. Die Annäherung Oesterreichs an Rußland und England. Versuche einer Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich. Streitigkeiten der deutschen Vormächte in Reichsangelegenheiten. Baiern und Oesterreich. Denkschrift über die politische Lage Europas. Der Krieg in Sicht. Die preußische Neutralität und die öffentliche Meinung. Preußen und die neue Koalition. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten.

Die Geschichtsforschung hat sich in jüngster Zeit eingehend mit der Frage beschäftigt, ob Napoleon nach dem Bruch des Friedens von Amiens eine Landung in England ernstlich geplant oder die darauf zielenden Rüstungen nur zur Verdeckung anderer Absichten ins Werk gesetzt habe. Schon von deutschen Zeitgenossen wurde nicht bloß über den Luftballon Thilorière, der die Landungstruppen nach der britischen Insel bringen sollte, weidlich gespottet, sondern es wurde auch schon damals der Vermutung Ausdruck gegeben, es sei von vornherein nur auf einen neuen Landkrieg abgesehen gewesen. Der ungenannte „deutsche Offizier", der im Frühjahr 1804 „Militärische und politische Betrachtungen über den jetzigen Zustand von Europa" veröffentlichte, hielt für ausgeschlossen, daß ein Kriegsmeister wie Napoleon eine Landung im Ernst für durchführbar angesehen hätte, würden ja doch die armen Opfer von John Bull wie Frösche zertreten werden! „Und was wird dann aus diesen großen Zurüstungen folgen? wird man auch zu wiederholtenmalen fragen, worauf ich antworte: ‚Ein neuer Landkrieg'." [1])

Graf Miot von Melito erzählt in seinen Memoiren, Napoleon habe am 17. Januar 1805 im Staatsrat enthüllt, der ganze Landungsplan sei nur ein Vorwand gewesen, um eine schlagfertige Armee für einen Festlandskrieg zu gewinnen, ohne die Festlandsmächte zu beunruhigen.[2]) Auf diese Erklärung stützt Ulmann die Annahme, Napoleon habe zwar die Landung beabsichtigt, jedenfalls

[1]) Militärische und politische Betrachtungen über den jetzigen Zustand von Europa von einem deutschen Offizier (1804), 58.

[2]) Miot de Melito, Mémoires II, 258.

aber seit Beginn des Jahres 1805 aufgegeben und dafür den Krieg mit Oesterreich angestrebt.[1]) Dagegen macht Roloff wohl mit Recht geltend, daß die Rede im Staatsrat nicht genügend sicher überliefert ist; er hält es für wenig wahrscheinlich, daß sich der Kaiser vor Leuten, die dem auswärtigen Dienste fernstanden, so rückhaltlos über seine Unternehmungen geäußert haben sollte; ein so merkwürdiges Kaiserwort würde wohl auch noch von anderen überliefert worden sein. Freilich mußte Napoleon, als er im Frühjahr 1805 die Einverleibung der ligurischen Republik und die Errichtung des Herzogtums Lucca verfügte, auf einen Krieg mit Oesterreich gefaßt sein, aber die Politik Cobenzls ließ immerhin die Annahme zu, daß Oesterreich auch ferner noch Bedenken tragen werde, sich unbedingt an Rußland und England anzuschließen; auch war die Möglichkeit eines Gelingens der Landung noch vor der Entscheidung Oesterreichs nicht ausgeschlossen.[2]) Der englische Historiker Rose meint, der Landungsplan habe zwar bestanden, aber Napoleon sei hocherfreut gewesen, als ihm das Nichteintreffen seines Admirals einen Grund gewährte, das Abenteuer aufzugeben und sich dem Krieg gegen Oesterreich zuzuwenden.[3]) Dagegen wendet Roloff ein, Napoleon sei ja doch über die Fahrt Villeneuves nach Cadix, die den Anschlag auf England durchkreuzte, empört gewesen. Ob aber des Kaisers Entrüstung aufrichtig war?

Endgültig gelöst ist das Problem auch heute noch nicht, doch dürfte — schon der ungeheure Aufwand für Flotte und Flotille ist dafür ein kräftiger Beweis — feststehen, daß die Ueberfahrt wirklich geplant war und erst aufgegeben wurde, als einerseits die augenblickliche Unausführbarkeit zu Tage trat, andrerseits durch die italienische Politik Napoleons der Zusammenstoß mit Oesterreich unvermeidlich geworden war. Das Jahr brach an, in welchem, wie Arndt sagt, „der politische Teufel ungestümer und gewaltiger zu rumoren anfing"![4])

Zu Neujahr 1805 richtete Graf Philipp Cobenzl an Talleyrand die Anfrage, ob eine Aenderung der Verfassung der italienischen Republik in Aussicht genommen sei. Talleyrand erteilte eine ausweichende Antwort, fuhr aber fort, dem Wiener Hof freundschaftliche Versicherungen zu geben.[5]) Wie es mit dieser Freundschaft aussah, erhellt aus einem Schreiben Napoleons an die Königin von Neapel vom 2. Januar. Darin werden der Königin über ihre antifranzösische Politik schwere Vorwürfe gemacht; dann folgt der Zusatz: „Ihr Neffe, der Kaiser von Oesterreich, teilt wohl kaum Ihre Gesinnungen und wird sich nicht in einen Krieg stürzen wollen, der für sein Reich nur die unerfreulichsten Folgen haben würde."[6]) In diesen Worten spricht sich schon die Besorgnis aus, daß auch Kaiser Franz sich an die Feinde Frankreichs anschließen werde. Thatsächlich war ja dies schon geschehen, doch war der von Stadion mit Czartoryski am 6. November 1804 abgeschlossene Vertrag nur auf Verteidigung berechnet; für den

[1]) Ulmann, Zur Würdigung der Nap. Frage; Deutsche Revue, Jahrg. 1900, 25.
[2]) Roloff, Zur Napoleonischen Politik; Histor. Vierteljahrsschr., Jahrg. 1902, 497.
[3]) John Holland Rose, Napoleon I., übers. v. K. W. Schmidt, 493.
[4]) Arndt, Mitteilungen aus meinem äußeren Leben, 100.
[5]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß Hardenbergs an Finckenstein v. 4. Januar 1805.
[6]) Correspondance de Napoléon I., tom. 10, 103.

Fall weiterer Uebergriffe Bonapartes war der Anschluß von 235000 Oesterreichern an 115000 Russen vereinbart. Nach glücklichem Erfolg sollte Oesterreich im Süden die Adda- und Pogrenze erhalten, im Westen Baiern bis zum Inn, sowie das Kurfürstentum Salzburg; Baiern sollte durch das Hochstift Eichstädt entschädigt, an Baden der Breisgau abgetreten werden. Für Italien war die Wiederherstellung Sardiniens, Parmas und Modenas, endlich die Wiedereinsetzung der jüngeren habsburgisch-lothringischen Linie in Toskana vorgesehen.[1]) Der Vertrag der beiden Kaisermächte wurde so geheim gehalten, daß noch im Frühjahr 1805 nicht das ganze britische Tory-Ministerium, sondern nur Pitt davon Kenntnis hatte. Doch die ausgedehnten Rüstungen Oesterreichs und die Ansammlung von Truppen an der italienischen Grenze unter dem Vorwand einer Absperrung zu Gesundheitszwecken mußten bei Napoleon Verdacht erregen. Nur um so rascher ging er daran, in Italien Neuerungen zu treffen, die keinen Zweifel mehr bestehen ließen, daß es auf die engste Vereinigung der Halbinsel mit dem gallischen Kaisertum abgesehen war. Am 17. März berichtete der Moniteur, daß der Kaiser die eiserne Krone, die Joseph Bonaparte abgelehnt hatte, auf Wunsch der italienischen Republik sich aufs Haupt setzen werde; am 26. März fand die Krönung in Mailand statt; bald darauf wurden das Fürstentum Piombino und das Herzogtum Lucca an die Schwester Napoleons, Elisa, verliehen; ein Dekret vom 9. Juni verfügte die unmittelbare Vereinigung der Republik Genua mit Frankreich. Zugleich erhielt die batavische Republik eine neue Verfassung, die auch den letzten Rest der Selbständigkeit aufhob, so daß fortan die wichtigsten Seeplätze an der Nordsee in französischen Händen waren.

Die gefährliche Nachbarschaft bewog zunächst den König von Schweden, der ohnehin dem glücklichen Emporkömmling Bonaparte leidenschaftlichen Haß entgegenbrachte, zu rückhaltlosem Anschluß an Rußland. Am 14. Januar schloß Gustav mit Rußland einen Vertrag, der ihn verpflichtete, zur Wiederherstellung der „legitimen" Regierung in Frankreich seine ganze Kraft aufzubieten.

Schon seit Neujahr ließen sich die Höfe von Wien und Petersburg eifrig angelegen sein, Preußen für ihren Bund zu gewinnen. Metternich erklärte in Berlin, es gebe keinen aufrichtigeren, selbstloseren Freund des Friedens, als Kaiser Franz; nur der Zusammenschluß aller drei Ostmächte sei im stande, auf Napoleon Eindruck zu machen, so daß also dadurch am ehesten der Friede gewahrt werden könne.[2]) Auch Hügel in Regensburg beteuerte, sein Hof wünsche nichts sehnlicher als treues Zusammengehen mit Oesterreich und werde deshalb auch zu jeder annehmbaren Einigung über die deutschen Angelegenheiten bereit sein, wenn man nicht vorziehe, diese Streitfragen lieber gar nicht zu berühren.[3]) Finckenstein berichtete an seinen Hof, der rührigste Freund der österreichisch-preußischen Verbrüderung, Hofrat Gentz, habe soeben auf Wunsch und unter Mitwirkung der Erzherzoge Karl und Johann und des Grafen Trautmannsdorff eine bundesfreundliche Denkschrift ausgearbeitet, eine vorzügliche Arbeit, die durch

[1]) Thiers, IV, 272.

[2]) Beer, 118.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches des et aux comtes de Finckenstein et Keller, 1805. Schreiben Hardenbergs an Finckenstein v. 7. Januar 1805.

Vermittlung Brinckmanns auch dem preußischen Kabinett zugehen werde.[1]) Unlängst sei es zwischen Cobenzl und dem englischen Gesandten Sir Paget zu einem ärgerlichen Wortwechsel gekommen; obwohl dabei der ganze Hochmut des stolzen Albion zu Tage trat, habe Cobenzl sofort klein beigegeben, um nur ja nicht eine Störung des Einvernehmens der befreundeten Mächte aufkommen zu lassen.[2]) Dem Plane einer Union der mächtigsten kurfürstlichen Höfe unter dem Schutze Frankreichs — auch der Kurfürst von Hessen sei durch die Aussicht, an die Spitze des Bundes gestellt zu werden, von Bonaparte gewonnen worden — habe man in Wien bisher keine besondere Wichtigkeit beigemessen; jetzt endlich fange man an, diesen Vorstoß gegen die Reichsverfassung mit anderen Augen anzusehen. „Die Langmut, womit man sich alle Uebergriffe der französischen Regierung gefallen ließ, scheint in der That erschöpft zu sein."[3]) Plötzlich schien aber wieder ein anderer Wind die Oberhand zu gewinnen. Hier geht das Gerücht, schreibt Finckenstein am 23. Januar, es sei zwischen Oesterreich und Frankreich ein Abkommen getroffen, wonach Oesterreich das Gebiet von Mantua und ein Stück von Baiern erhalten soll für seine Zustimmung zur Erhebung Joseph Bonapartes zum König der Lombardei; diese Aussicht habe hier frohe Aufregung hervorgerufen; man spreche auch bereits von einer Zusammenkunft Napoleons mit Kaiser Franz in einer italienischen Stadt.[4]) Hardenberg scheint der Nachricht Glauben beigemessen zu haben; er wies den Gesandten an, eifrig nachzuforschen, ob der Kaiser wirklich an Napoleon geschrieben habe, daß er gegen die Aufrichtung eines lombardischen Königreichs keinen Widerstand leisten und immer ein treuer Freund Napoleons bleiben wolle.[5]) Man könne nicht alles klar übersehen, erwidert Finckenstein, in Wien sei noch immer nicht bekannt, wer die von Joseph Bonaparte abgelehnte lombardische Krone tragen werde, aber thatsächlich bestehe wieder das freundschaftlichste Einvernehmen zwischen Wien und Paris. „Es steht fest, daß der Wiener Hof durch seine Geneigtheit, auf alle französischen Wünsche einzugehen, Bonapartes volle Gunst wieder erlangt hat und das Mißtrauen und die Entfremdung zwischen beiden Höfen den vertraulichsten Beziehungen Platz gemacht haben."[6]) Doch die von Finckenstein jedenfalls überschätzte Freundschaft fand ein jähes Ende, als nicht mehr zu bezweifeln war, daß Napoleon sich selbst zum Träger der eisernen Krone ausersehen habe. Die Liebelei zwischen Wien und Paris ist wohl als beseitigt anzusehen, schreibt Hardenberg am 29. März an Graf Keller, Oesterreich hat in Petersburg die bestimmte Versicherung gegeben, es werde sich die Aufrichtung des neuen Thrones in Italien nicht gefallen lassen, denn es sei ein erheblicher Unterschied, ob Napoleon selbst oder ein anderer diese Krone trage. Graf Keller weiß denn auch bald zu melden, daß der alte Thugut wieder anfange, sich an den Geschäften zu beteiligen, daß die in

[1]) Gemeint sind die Fragmente aus der neuesten Geschichte des Gleichgewichts in Europa (1805).

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Finckensteins v. 5. Januar 1805.

[3]) Ebenda. Bericht Finckensteins v. 10. Januar 1805.

[4]) Ebenda. Berichte Finckensteins v. 23. u. 26. Februar 1805.

[5]) Ebenda. Erlaß Hardenbergs v. 11. Februar 1805.

[6]) Ebenda. Berichte Finckensteins v. 20. u. 23. Februar 1805.

Aussicht genommene Reise des Kaisers nach Italien aufgegeben sei, daß Erzherzog Karl, das Haupt der Friedenspartei, die Leitung des Hofkriegsrats an La Tour abgegeben habe und der kriegslustige General Mack überall im Vordergrund stehe. Als wirklich die Nachricht von der Erhebung Napoleons zum König von Italien eintraf, hatte Cobenzl eine lange Unterredung mit dem russischen Gesandten Rasumowsky, und es war ein öffentliches Geheimnis, daß die Diplomaten eine sehr kriegerische Sprache führten. Durch die Veränderungen, die der Friede von Luneville nach sich gezogen hatte, war dem maßgebenden Einfluß Oesterreichs in Deutschland der feste Boden entzogen. Man hatte sich in Wien damit abgefunden, in der Erwartung, durch Machtzuwachs in Italien entschädigt zu werden; nun sah das kaiserliche Kabinett auch diese Hoffnung völlig entschwinden. Zu Neujahr 1805 hatte Napoleon dem Kaiser Franz eröffnet, er wolle seinen Bruder Joseph zum König von Italien erheben, mit dem Vorbehalt, daß die Kronen Frankreichs und Italiens niemals vereinigt werden sollten.[1]) Auch diese unerfreuliche Verfügung hatte man sich in Wien gefallen lassen, — nun war aber das damit verbundene Versprechen einfach zurückgezogen, der Beherrscher Frankreichs auch zum König Italiens gekrönt worden! Diese Wendung gab der kriegslustigen Partei, die noch einmal dem Waffenglück die Entscheidung einräumen wollte, das Uebergewicht. Trotzdem glaubte der preußische Gesandte noch nicht an einen Bruch mit Frankreich. „Von Seite des Wiener Hofes ist an eine Kriegserklärung nicht zu denken, solange der gegenwärtige Minister des Auswärtigen auf seinem Posten belassen wird." Ja, auch die Annäherung Oesterreichs an Preußen sei wieder zurückgedrängt durch den Rücktritt des Erzherzogs Karl, der die in manchen Wiener Kreisen, zumal in der Umgebung des Erzherzogs Johann vorherrschende Gehässigkeit gegen Preußen niemals geteilt habe.[2])

Die Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen konnten sich nicht günstiger gestalten, solange in Grundsätzen und Absichten der beiden Regierungen in Bezug auf die Reichsangelegenheiten so schroffe Gegensätze bestanden. Als sich um die Jahreswende eine Aussöhnung anzubahnen schien, überreichte Metternich in Berlin eine Denkschrift „Freundschaftliche Eröffnungen vornehmlich in Bezug auf die Angelegenheiten des Deutschen Reiches." Die Antwort des königlichen Kabinetts vom 24. Mai war im allgemeinen sehr artig. Auch der König, so wird darin ausgeführt, teile die Ueberzeugung, daß zur Sicherstellung des deutschen Reiches ein aufrichtiges Einverständnis zwischen Oesterreich und Preußen unter wechselseitiger Aufopferung aller Mißtrauen nährenden Erinnerungen notwendig sei, und ein Zusammengehen sei möglich geworden, „seit den politischen Beziehungen des österreichischen Kaiserhauses eine solche geographische Grundlage gegeben ist, die von mancher vormaligen Kollision für Deutschland befreit ist". Denn mit Vergnügen habe man vernommen, daß Kaiserliche Majestät weder eine Erwerbung in Baiern, noch eine andere Umänderung der neuen Ordnung im Reich beabsichtige. Der König hege den lebhaften Wunsch, daß nicht an Stelle

[1]) Corr. de Nap. I., tom. 10, 98.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Berichte Kellers v. 23. u. 30. März, 10 u. 17. April 1805.

der ohnehin schon bedauerlich geschwächten Reichsverfassung ein allgemeines Chaos, ein Streit aller gegen alle treten möge. Doch zu wirklicher Sicherstellung des Reiches bedürfe das gesetzliche Band, welches zur Zeit noch die deutschen Staaten umziehe, eine Verstärkung durch festeste Konzentrierung der noch übrig gebliebenen Kräfte. Vor allem empfehle sich eine Regelung der Reichsritterschaftsfrage in einem den modernen Anschauungen entsprechenden Sinne. Es liege ja klar zu Tage, daß diese in die größeren deutschen Staaten hinein zerstreuten, aber untereinander zäh zusammenhängenden Zwitterwesen für jeden Aufschwung der Justiz, der Landespolizei, des Kameralwesens ein Hemmnis bilden! Um den unleidlichen Mißständen ein Ende zu machen, müsse die preußische Regierung darauf bestehen, daß die Ausübung der königlichen Landeshoheit in Franken nicht länger durch Festkleben an verjährten, unhaltbaren Rechten unmöglich gemacht werde, daß die reichsritterschaftlichen Enclaven in den kur- und altfürstlichen Gebieten an die betreffenden Landesherren übergehen. Der kaiserliche Hof möge auch nicht länger an der Notwendigkeit konfessioneller Parität im Fürstenrat festhalten; habe es doch niemals eine arithmetische Parität der Komitialstimmen gegeben! In früheren Zeiten, „wo ungebildetere Religionsbegriffe mehr Einfluß als jetzt auf die politischen Angelegenheiten hatten", habe der evangelische Teil nur über eine Minderzahl von Stimmen verfügt, jetzt habe dieses Los den katholischen Teil getroffen, doch sei den Katholiken durch die Zugehörigkeit des Reichsoberhaupts, des Erzkanzlers, der Direktoren der beiden höheren Reichskollegien, sowie der Mehrheit in den Reichsgerichten zu ihrem Bekenntnis auch heute noch ein gewisses Uebergewicht gesichert, und überdies werde der Geist der Toleranz die Einmischung religiöser Leidenschaft immer siegreicher zurückdrängen. Sollte aber der Kaiser trotzdem auf Vermehrung der katholischen Stimmen bestehen, so werde Preußen gegen Aufnahme neuer Mitglieder in den stimmberechtigten Fürstenrat keinen Widerstand erheben; es könnten etwa noch zehn katholische und fünf evangelische Stimmen Aufnahme finden, drei für Oesterreich selbst, eine noch für Salzburg, je eine für Arenberg, Colloredo, Metternich, Trautmannsdorff, je eine noch für die schwäbischen und die fränkischen katholischen Grafen. Dann aber auch noch je eine für Sachsen-Coburg, Hessen-Homburg, Sayn-Wittgenstein, Lippe-Detmold und Wied. Am Zustandekommen eines Reichskonkordats habe die preußische Regierung nur insofern Interesse, als sie verhüten möchte, daß „nicht anderen Mitständen vom Römischen Hof solche Verbindlichkeiten zugewendet werden, die den Warnungen der Geschichte vor der päpstlichen Hierarchie, den geläuterten Begriffen und Grundsätzen, welche in neuen Zeiten schon von dem katholischen Deutschland selber aufgestellt worden sind, und den wohlbegründeten Rechten der Landesherren und dem wahren Interesse ihrer Staaten widerstreiten möchten." Der königliche Hof sehe einer weiteren vertraulichen Erörterung zur Herbeiführung eines wünschenswerten Ausgleiches mit Interesse entgegen.[1])

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia, vol. 21. Schreiben des k. Ministeriums an den k. k. außerord. Gesandten Grafen v. Metternich-Winneburg v. 24. Mai 1805 als Antwort auf das Reskript des k. k. Ministeriums v. 10. Januar 1805.

Die preußischen Vorschläge wurden in Wien abfällig beurteilt. Man hielt dort am alten Standpunkt ebenso in der ritterschaftlichen wie in der Virilstimmenfrage fest,[1]) gefiel sich aber im übrigen in allem, was das Reich betraf, in berechneter Gleichgültigkeit. „Noch nie," klagte Goertz (18. Mai), „sind die Reichsgeschäfte von dem Wiener — nicht von dem Reichs-Ministerio, denn dieses scheint gar nicht berücksichtigt zu werden — so willkürlich behandelt worden, wie heute; nie hat sich vielleicht solches weniger bemüht, über seine Verhältnisse mit dem Reich eine Maske wegen seines eigenen Hausinteresses anzunehmen, sondern nur getrachtet, sein Haus durch Einziehungen in Schwaben und in diesen Gegenden ansehnlich zu vergrößern, als in gegenwärtigem Augenblick, ... seit Anfang des Jahres ist auf drei Reichsgutachten noch keine kaiserliche Ratifikation erfolgt!" —

Noch schärfer sprach sich der bairische Minister Montgelas in einem für den Berliner Hof berechneten Erlaß an Bray vom 27. Mai über die despotische Behandlung der Reichsstände und die Vernachlässigung der Reichsangelegenheiten durch die kaiserliche Regierung aus. Seit durch die Säkularisation im Reiche eine neue Ordnung der Dinge eingetreten ist, — so führt der Minister aus — trachtet der kaiserliche Hof, den Einfluß, den er sonst mittels der geistlichen Fürsten und der Reichsstädte behauptete, auf anderem Wege wieder zu gewinnen. Er verhetzt durch Mittel aller Art die kleineren Stände, die eine gefügige Trabantschaft für das Erzhaus werden sollen; er sucht lauter österreichische, ja sogar ungarische Magnaten in den Reichsfürstenstand zu bringen; er macht zumal die fränkischen Stände — deshalb reist Herr v. Hügel so unermüdlich in Franken umher! — der preußischen, wie der bairischen Regierung abspenstig; er zieht in Regensburg die Gesandten und Agenten ins österreichische Interesse, bei dem Vertreter Hessen-Darmstadts, v. Türkheim, und dem kurbadenschen Gesandten v. Seckendorff ist es schon gelungen; er bedient sich des scheinbar gesetzlichen Einflusses der Reichsgerichte und vornehmlich des Reichshofrates, um bei jeglichem Anlaß in die Landeshoheitsrechte der Reichsstände einzugreifen, — auf Schritt und Tritt werden die Souveräne in allen Verwaltungsmaßnahmen gehemmt! Auch durch die Reichskonkordatspläne des Erzkanzlers soll nur erreicht werden, daß die deutsche Kirche unter kaiserlichem Schutze wieder einen politischen statum in statu bildet! Deshalb der Lärm gegen die kirchenpolitischen Reformen in Baiern, obwohl sie sich nur auf weltliche Regierungsgegenstände beziehen und in keiner Weise das eigentliche geistliche Oberhirtenamt beeinträchtigen! Um solchen Mißständen zu steuern, muß dafür gesorgt werden, daß bei dem bevorstehenden allgemeinen Frieden die vermittelnden Mächte und insbesondere Frankreich dem deutschen Reiche eine den wirklichen Verhältnissen angemessene Gestalt geben, damit die Unabhängigkeit der mächtigeren Stände vom österreichischen Einfluß und dadurch die Ruhe Europas ein für allemal gesichert wird. Der gegenwärtige Reichsverband macht noch

[1]) Goertz übermittelte dem Berliner Hofe eine anonyme Kampfschrift „Kritische Bemerkungen über die neue Organisation des Reichsfürstenrates im März 1805", die „nach unzweifelhaften Angaben und eigenem Geständnis den erzherzogl. öst. Gesandten Freiherrn von Fahnenberg zum Verfasser hat". Darin wird die Notwendigkeit der arithmetischen Stimmengleichheit der Bekenntnisse im Reichsfürstenrat stark betont.

immer den südlichen Teil Deutschlands abhängig von Oesterreich zum Nachteil der preußischen, wie der französischen Interessen. Die bairische Regierung will also, wenn die preußische zustimmt, einen Plan zu einer zweckmäßigen Umgestaltung Deutschlands vorlegen, der nicht eine Umwälzung, nur eine im Reichsdeputationshauptschluß schon vorgesehene Berichtigung durchführt. Vor allem aber ist der Reichstag von den Kreaturen Oesterreichs zu säubern.[1])

Mit welcher Erbitterung noch immer über die reichsritterschaftliche Frage gestritten wurde, beweisen die zwischen der Salzburger Justiz- und Polizeifama und dem Direktor der fränkischen Ritterschaftskanzlei, Friedrich Schmidt, gewechselten Streitschriften. Die Salzburger Zeitung brachte unter heftigen Ausfällen gegen die „von Gottes Gnaden regierenden Reichsritter" zur Anzeige, daß in fränkischen Orten der Sieg der Ritterschaft über Baiern „mit Bällen und Punschgesellschaften gefeiert und in einer hochadeligen betrunkenen Gesellschaft sansculottische Toasts gegen alle besitzergreifende Fürsten ausgebracht" worden seien. Demgegenüber erklärte Schmidt, es sei nicht adeliger Brauch, gegen Regierungen feindselig aufzutreten, sei doch der Adel in Frankreich gerade wegen seiner rückhaltlosen Ergebenheit gegen Könige und Fürsten von den Hosenlosen verfolgt und vernichtet worden! Welch trauriges Zeichen des Verfalls der Nation, daß jetzt sogar von Regierungen aus schwächlicher Rücksicht auf den sogenannten Zeitgeist und gewisse reformatorische Kraftgenies ehrwürdiger Brauch der Vorfahren, ja sogar die Reichsverfassung angetastet werde![2])

Die Vorliebe Montgelas' für freundschaftlichen Anschluß an Frankreich wurde von den maßgebenden Berliner Kreisen nicht geteilt, aber die Klage über die Reichspolitik des Wiener Hofes fand auch hier Zustimmung. Das Mißtrauen gegen das annexionslustige Oesterreich, das schon nach seiner geographischen Lage und durch sein militärisches Uebergewicht die schwächeren Nachbarn bedrohte, trug später bei Ausbruch des Krieges wesentlich dazu bei, die mittleren Staaten ins feindliche Lager zu drängen.

Der Reichskörper war durch den Hauptschluß der Reichsfriedensdeputation von 1803 keineswegs gekräftigt worden. Schon die Durchführung der Gebietsveränderungen stieß vielfach auf Schwierigkeiten. Alles war in Schwanken geraten, keine Regierung wußte mehr, was der nächste Tag bringen werde. Wie peinlich diese Unsicherheit auf den Fürsten lastete, erhellt z. B. aus einem Briefe des Landgrafen von Hessen-Homburg an seine Tochter Wilhelmine vom 8. März, der durch Vermittlung der Königin Luise an Friedrich Wilhelm gelangen sollte. „Der iezige Augenblick ist so verzweifelt critisch, jedermann ist so ängstlich wegen seiner Existenz, daß ich doch bitten muß, in meinem Nahmen mit dem König zu sprechen. Ich verlasse mich zwar fest darauf, daß er mir will eine Stimme und eine Vergrößerung des Landes verschaffen, allein es laufen so fatale Gerüchte herum wegen neuen Königreichen, die gemacht werden sollten und die alle Nachbarn verschlucken würden, daß man gar nicht mehr weis, woran man ist. Sollte mich der Fall treffen, meine Unabhängigkeit zu verlieren, so würde ich

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Beilage zum Cirkular an die k. preuß. Gesandten v. 24. Mai 1805.
[2]) Württemberg. Staatsarchiv. Beilagen zum Bericht Seckendorffs v. 27. März 1805.

dieses für das größte Unglück ansehen, und die reichste Vergütung an Geld würde mir diesen Schimpf nicht ersetzen und nicht verhindern, daß ich sogleich meine Heimath und meine Familie verließe und mich in einem entfernten Land verstecken würde. Ueberdies ist mein Patrimonium so klein, daß es niemand reizen kann. Suche mir bald hierüber eine Antwort zu verschaffen!" Im Auftrag des Königs sandte Luise eine Abschrift des Briefes an Hardenberg, damit zur Abwendung der befürchteten Gefahr das Nötige geschähe. „Es wäre doch wirklich fürchterlich," bemerkt dazu die Königin, „wenn dieser arme Mann, der kaum das Brot hat, auch noch sollte geplündert und von dem größeren verschlungen werden. Darmstadt geht es auch übel, und sie schweben dort zwischen Furcht und Hoffnung. Gott gebe doch unserem Deutschland und der Welt den Frieden!" [1])

Eine merkwürdige, von staatsmännischem Geist getragene, man kann sagen, an Bismarckschen Gedankenflug erinnernde Schilderung der allgemeinen Lage mit Rücksichtnahme auf die wichtigsten Aufgaben der preußischen Politik bietet eine handschriftlich im Hardenbergschen Nachlaß verwahrte, für den König von Preußen bestimmte Denkschrift eines Ungenannten vom 30. Januar 1805. [2]) Die Ideen des Verfassers sind kühn, doch nicht utopisch, die Tendenz wendet sich gegen den staats- und kulturfeindlichen Bonapartismus. „Seit dem Frieden von Luneville ist die Konstitution zertrümmert, alle Bande des Vertrauens zwischen Stärkeren und Schwächeren sind aufgelöst. Die Schwächsten suchen die Garantie ihrer Existenz durch jede Demütigung vor dem Idol des Tages zu erkaufen. Jeder Rest von Nationalgefühl wird vernichtet durch den Eindruck, den Glück, Macht und Glanz auf die gemeinen Gemüther machen. Sachsen, Baiern und Hessen schließen sich noch an Preußen an, allein bei den beiden letzteren würde der erste Collisionsfall bald das Uebergewicht des französischen Einflusses zeigen. . . . Der erste Entschädigungsplan, den die vermittelnden Mächte im August 1802 zu Regensburg mittheilten, enthielt eine Phrase, deren Zulaßung man nur der jugendlichen Politik des Kabinetts von St. Petersburg verzeihen konnte, und die eine neue Probe der beispiellosen Kaltblütigkeit ist, womit die französische Diplomatie durch ihre willkürlichen und dreisten Behauptungen im Felde der Politik und des Völkerrechts des übrigen Europa spottet." Man habe, so wurde damals gesagt, die beiden großen Mächte Deutschlands so weit wie möglich von Frankreichs Grenze entfernen wollen, um jeden Anlaß zu neuen Mißhelligkeiten und Kriegen abzuwenden; in Wahrheit hat man dadurch die schwächeren Staaten an Frankreich ausgeliefert. Durch ein festes, dauerndes Einvernehmen zwischen Oesterreich und Preußen könnte zwar Frankreichs Einfluß auf die inneren Angelegenheiten Deutschlands eingedämmt werden, aber ein bleibendes politisches

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Akten, betreffend Preußens System und Stellung als neutrale und vermittelnde Macht 1805, vol. I.

[2]) Ebenda. Die Schrift wurde dem König von seinem Adjutanten Kökeritz übergeben. Der Name des Verfassers, so wird in dem französischen Begleitschreiben gesagt, thue nichts zur Sache; wenn ihn der König wissen wolle, könne er ihn auf eine an die Goeschensche Verlagshandlung in Leipzig gerichtete Anfrage erfahren. Das beigelegte Couvert ist gesiegelt mit L und einer Grafenkrone.

System auf solche Verbrüderung gründen zu wollen, wäre doch wohl nur ein gutmütiger Traum. Für den Augenblick zwar ist treues Zusammenstehen der deutschen Vormächte eine Notwendigkeit, um vom Vaterland Hermanns, Luthers und Friedrichs II. das Schicksal der Abkömmlinge der Scipionen und Fabier abzuwenden, um zu verhüten, daß Nationalehre und Nationalunabhängigkeit in Zukunft für den Deutschen nur noch leere Namen sind. Da aber Oesterreichs Macht hauptsächlich auf Provinzen beruht, die Deutschland entweder gar nicht oder, wie Böhmen, nur dem Namen nach angehören, die preußische Monarchie dagegen fest in Deutschland wurzelt, wird das Interesse der beiden Mächte immer wieder auseinandergehen. So möge denn Oesterreich als ein wirkliches Ostreich Vergrößerung auf Kosten des osmanischen Besitzes suchen, — die deutsche Kaiserkrone möge es an das deutschen Aufgaben besser gewachsene Preußen abtreten! Die weltlichen Kurfürsten könnten immerhin als selbständige Regenten fortbestehen; nur der Gebrauch ihrer militärischen Macht zum Zweck gemeinsamer Verteidigung müßte durch feste Abmachungen dem Oberhaupt Deutschlands eingeräumt werden. Die Lande der übrigen unmittelbaren Fürsten und Herren — mit Ausnahme von Holstein und vielleicht auch von Schwedisch-Pommern — wären, was Militärwesen und höhere Polizeianstalten betrifft, der unbeschränkten Gewalt Preußens unterzuordnen, preußische Gesetze an Stelle der Partikularrechte, preußische Tribunale an Stelle des Reichshofrats und des Reichskammergerichts zu setzen.

Nur für den Fall, daß eine sofortige Teilung des ottomanischen Reiches und damit die Entschädigung Oesterreichs auf unüberwindliche Hindernisse stiege, soll die deutsche Machtsphäre zwischen Oesterreich und Preußen geteilt werden und der Main die Grenze bilden. Kurbaiern, Württemberg und Baden („wenn anders die beiden letzteren noch eine selbständige Existenz behalten sollen") hätten sich an Oesterreich, Sachsen und Hessen mit allen Nebenlinien an Preußen anzuschließen. Hannover wäre von England, „das durch die auf diese Weise begründete Unabhängigkeit des Continents von Frankreich hinreichend entschädigt wäre", an das herzogliche Haus Braunschweig oder auch an Preußen zu überweisen; diese führende Macht würde dadurch einen Zuwachs von 3 Millionen rein deutscher Unterthanen erhalten; dem nicht mehr zerstückelten westlichen Teil der Monarchie könnte durch Anlegung von Festungen und Verstärkung der Armee die nötige Sicherung geboten werden. Auf das Interesse oder vielmehr die Regenteneitelkeit der zu mediatisierenden Fürsten braucht keine Rücksicht genommen zu werden, wenn durch ihre Opferung dem deutschen Volk wieder ein Nationalgefühl geschenkt werden kann. Helvetiens und Bataviens Unabhängigkeit würde vorbereitet, Englands Handelsflor sogar im Falle des Verlustes des bisherigen Handelsmonopols sichergestellt und ein festes Gleichgewicht im Norden und Süden Europas begründet werden. „Zwecke, die eines Krieges wert sind, weil ohne sie der Friede nicht bestehen kann, und die jetzt bei einem genauen Einverständnis der Mächte vielleicht wie die erste polnische Teilung ohne Schwertstreich zu erreichen wären!" Wenn Frankreichs Beherrscher — das resignierte Schlußwort beweist, daß der Verfasser es gar nicht mehr für möglich hielt, die ins Ungeheure gewachsene Macht des Bonapartismus gänzlich zu brechen! —

erst einmal inne wird, daß sich Oesterreich und Preußen aus der ihnen gebührenden Stellung in Europa nicht verdrängen lassen wollen, wird er sich „an dem ersten Platz unter den europäischen Mächten, den der Umfang und die Lage der Besitzungen, die Cultur und der Charakter Frankreich anweisen, genügen lassen und dem ehrgeizigen und feindseligen Anspruch auf Alleinherrschaft entsagen!"

Friedrich Wilhelm III. war nicht der Mann, der sich durch so kühne, verheißungsvolle Worte zu einer ungewöhnlichen Aktion hätte fortreißen lassen. Auch fehlte es nicht an Wahrnehmungen und Warnungen, die dem König den Mut benahmen, die nach Frankreich führenden Drähte abzuschneiden. Karl August von Weimar ließ ihm (22. Februar) durch einen Vertrauten enthüllen, Großfürst Konstantin, der Preußen wie einen Todfeind hasse und verachte, arbeite zur Zeit mit Aufwand aller Kräfte an einem Plane, aus Polen wieder ein Königreich und sich zum König zu machen; der Aufbruch der russischen Truppen aus Esthland, Livland und Kurland erfolge nicht bloß, um die Pläne Bonapartes in Italien zu durchkreuzen, sondern zur Besetzung der preußisch-polnischen Provinzen. Als dem Herzog zur Beruhigung mitgeteilt wurde, daß soeben Winzigerode, der Günstling des Großfürsten Konstantin, in Berlin eingetroffen sei, um für ein Bündnis Preußens mit den Kaisermächten zu wirken, erwiderte Karl August: „Die Aeußerungen des Winzigerode, die mir Ew. Hochwohlgeboren berichten, klingen nach meiner Auslegung nicht eben sehr freundschaftlich, und der marche von hunderttausend Russen zu Lande nach den sieben Inseln ist mir ein wahres Räthsel! Sie können über meine Besorgnisse, die mich in die peinlichste Lage versetzen, frei mit dem Minister von Hardenberg sprechen." [1])

Thatsächlich war das Verhältnis zwischen Preußen und Rußland ein sehr gespanntes geworden. Im Februar machte jedoch Zar Alexander nochmals einen Versuch, den König unter Berufung auf den in Memel geschlossenen Freundschaftsbund ins Lager der neuen Koalition zu ziehen. Nur im eigensten Interesse Preußens, schrieb er an den König, wolle er auf die neuen Umtriebe des Kabinetts von St. Cloud aufmerksam machen, da die Sicherheit Norddeutschlands dadurch aufs Aeußerste gefährdet sei.[2]) Der von Frankreich geschürte Zwist zwischen Preußen und Schweden drohe diejenigen zu Feinden zu machen, die den Beruf hätten, Schulter an Schulter gegen jede Friedensstörung Front zu machen. Rußland habe sich durch den Vertrag von Gatschina zur Verteidigung Schwedens verpflichtet; bei einem Einmarsch in Pommern müßten also den preußischen Truppen auch Russen entgegentreten. „Ich will dieses Bild nicht weiter ausmalen und wäre untröstlich, es entrollt zu haben, wenn ich nicht sicher wäre, daß ein sehr entschiedener Wille unsrerseits unsren vereinten Kräften die nötige Schwungkraft geben kann, um die Ereignisse zu meistern und uns in Stand zu setzen, die Pflichten gegen unsre Verbündeten mit unsrer aufrichtigen Freundschaft in Einklang zu bringen."

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Akten, betreffend Preußens System ꝛc. Briefe Karl Augusts v. Weimar v. 22. Februar u. 3. März 1805.

[2]) Bailleu, Briefwechsel König Friedr. Wilhelms III. mit Alexander I.; Publ. a. d. k. preuß. Staatsarchiven, 75. Bd., 59.

Doch der Vermittler der Wünsche des Zaren war nicht glücklich gewählt. Der kaiserliche Adjutant, Baron Winzigerode, von Geburt ein Hesse, war ein Gesinnungsgenosse Czartoryskis und nichts weniger als ein Freund Preußens. Ueberzeugt, daß er durch Trotz und Drohung stärker wirken werde als durch Ueberredung, forderte er in schroffster Weise, daß Preußen unverzüglich seine feindselige Haltung gegen Schweden aufzugeben habe. Dagegen wurden die noch immer fortgesetzten Bemühungen Metternichs für eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen durch den Russen mehr gestört als gefördert.[1] Dem König war besonders anstößig, daß dem Bunde, dem er beitreten sollte, auch die Verteidigung der Unabhängigkeit von Italien, Holland und der Türkei zugedacht war; eine so weite, tendenziöse Ausdehnung der Schutzpflicht machte ihn ängstlich. Unschlüssig, wie er sich in so gefährlicher Krisis verhalten sollte, forderte er nicht bloß Hardenberg, sondern auch den seit seinem Rücktritt auf einem schlesischen Gute lebenden Haugwitz zur Aeußerung über die russischen Vorschläge auf. Das Gutachten Haugwitz' war nicht kalt, nicht warm; man möge, so war empfohlen, die Vorschläge weder annehmen, noch ablehnen, sondern von Rußland und Oesterreich erst eine ausreichendere Aufklärung über ihre wirklichen Absichten verlangen. Höchstens könne man sich verpflichten, ohne Wissen der beiden Kaiserhöfe keine Verbindung mit anderen Mächten einzugehen; ein solches Versprechen würde immerhin später gegebenen Falles als Grundlage einer festeren Einigung dienen.

Um nichts herzhafter fiel das Gutachten Hardenbergs aus. Wie schon dargelegt wurde, ist die politische Haltung dieses Staatsmannes in den Jahren 1804 und 1805 von einer gewissen Schwächlichkeit nicht freizusprechen.[2] In seinen Memoiren beteuert er, seine Denkschrift für den König vom 12. März 1805 habe beweisen wollen, daß Festhalten an der Neutralität unter den bestehenden Umständen ganz unmöglich sei, da sie entweder das Ende ehrenhafter Selbständigkeit Preußens oder, wenn auch erst etwas später, doch noch den Krieg nach sich ziehen werde.[3] Nun ist zwar diese Redewendung in der Denkschrift wirklich enthalten, aber keineswegs als leitender Grundsatz.[4] Es ergeht Hardenberg, wie so vielen Memoirenschreibern: das Gedächtnis läßt sie im Stich, wenn es sich um einen Vorgang handelt, der später einen anderen Verlauf nahm, als sie im gegebenen Augenblick angenommen hatten. Hardenberg gibt in seiner Denkschrift überhaupt nicht eine bestimmte eigene Auffassung zu erkennen; er läßt alle sich darbietenden Möglichkeiten vorüberziehen, hat aber für alles ein „Aber" zur Hand; er spricht ebenso beredt für wie gegen die russischen Vorschläge und kommt schließlich über allgemein gehaltene und von allen erdenklichen Verwahrungen begleitete Ratschläge nicht hinaus. In der Einleitung

---

[1] Ulmann, 158. M. Duncker, Preuß. Jahrbücher, 42. Bd., 573. Bailleu, Haugwitz u. Hardenberg, Deutsche Rundschau, Jahrg. 1879, 286.

[2] M. Lehmann, Hardenbergs Memoiren; Sybels histor. Zeitschr. Jahrg. 1878, 82.

[3] Hardenbergs Denkwürdigkeiten, II, 142.

[4] Preuß. Staatsarchiv. Akten, betreffend Preußens System als neutrale und vermittelnde Macht 1805, vol. I, Januar bis August. Hardenbergs Bericht an den König v. 12. März 1805.

wendet er sich mit scharfen Worten gegen die Ueberhebung und die Händelsucht des Franzosenkaisers. „Trotz seiner schönen Worte ist Streben nach Machtausdehnung und nach Unterjochung der übrigen Staaten Europas der Geist und der Zweck seiner Handlungen." Der Herrschsüchtige, dem der Spruch: Divide et impera! als Richtschnur seiner Politik diene, verfolge gegenüber den Staaten des Kontinents das nämliche treulose System, das von England in Indien gegen die Nabobs angewendet werde.

Nun sollte man meinen, ein Politiker, der im französischen Imperialismus eine so ernste Gefahr erblicke, werde unbedingt zu entschlossenem Widerstand gegen den Feind mahnen. Dies ist aber keineswegs der Fall. Preußen soll zwar, so rät Hardenberg, mit Rücksicht auf seine offene Grenze im Osten sich nichts erlauben, was Rußlands Zorn wachrufen könnte, aber auch Frankreichs Freundschaft nicht verscherzen, weil „davon Vergrößerung zu erhoffen, die Preußen nicht außer Acht lassen darf, wenn es nicht zurückgehen will".

Es geschieht Hardenberg nicht Unrecht, wenn man seinem Wunsche, Hannover zu erwerben, entscheidende Bedeutung beimißt. „Das Irrlicht," sagt Max Duncker, „das Hardenberg vom Beginn seiner Staatsleitung lockte, das ihn auch noch nach dem Durchmarsche durch Ansbach und darüber hinaus bis zum Pariser Vertrag falsche Wege zu führen nicht aufhörte, war der Gewinn Hannovers für Preußen!"[1] Nur wenn neue französische Uebergriffe die neutralen Staaten des nördlichen Deutschlands bedrohen sollten, sei Abwehr geboten; was aber etwa in Italien oder einem anderen außerdeutschen Staat sich vollziehe, gebe für Preußen keinen zwingenden Grund ab, die bewährte Neutralität aufzuopfern. Preußen werde nicht mit Frankreich gegen andere Mächte auftreten wollen, denn eine solche Verbrüderung könnte nur für einen ehrsüchtigen König von Preußen verlockend sein; es dürfe sich aber auch nicht auf Rußlands Seite stellen, außer im Falle der höchsten Not. Man möge also Winzigerodes Anträge weder annehmen noch ablehnen, sondern nur die Möglichkeit des Beitritts offen lassen und Geneigtheit zu weiteren Verhandlungen an den Tag legen.

Also auch Hardenberg empfiehlt, wie Haugwitz, möglichste Schonung der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten, wenn auch „gepaart mit Behauptung einer kraftvollen Selbständigkeit"!

Die vorsichtigen Ratschläge fanden den vollen Beifall des Königs, in dessen „politisches System" sie am besten paßten. Auch die Presse pries die weise Politik, über dem Streit der Parteien zu stehen und allen die Hand zu friedlicher Vermittlung zu bieten. „Noch nie", so prahlt das Politische Journal, „erhob sich die preußische Politik auf den erhabenen Standpunkt, auf dem sie sich jetzt befindet: Berlin ist in dem gegenwärtigen Augenblick gleichsam der Brennpunkt der Diplomatie!"[2] Das ruhsame System stand ja in harmonischem Einklang mit den Humanitätsidealen der gebildeten Zeitgenossen. „Wie

---

[1] M. Duncker, 573. Dem im Hardenbergschen Nachlaß befindlichen Original der Denkschrift liegt ein mit Bleistift geschriebener Zettel bei, mit der Ueberschrift: Communication de la cour de Vienne par le comte de Metternich. Darin heißt es: „Hannovre-cajolerie".

[2] Polit. Journal, Jahrg. 1805, I, 418.

wurde die Neutralität gepriesen, die das zu steigendem Wohlstand fortschreitende Land von allen Kriegswirren schied, wie ward der ewige Friede gefeiert!“[1])

Wohl wurden auch Stimmen laut, die von der Regierung thatkräftigeren Schutz des historischen Rechtes und mannhafteren Widerstand gegen die Bildung eines neuen abendländischen Kaisertums forderten. Die schon vor dem Frieden von Amiens veröffentlichte Kampfschrift des Genfers und englischen Ehrenbürgers Sir Francis d'Ivernois „Bonapartes fünf Verheißungen“ erschien im Frühjahr 1805 in deutscher Uebertragung. Der Uebersetzer gab mit bewegten Worten der Trauer Ausdruck, daß sich in Deutschland kein Arm erhebe zur Abwehr der Abhängigkeit von einem nur durch Ausbeutung besiegter Nachbarn mächtig gewordenen Staat, von einem Despoten, der unbarmherzig

„. . . tritt auf die Saaten des Friedens
Und sät Verbrechen des Krieges!“[2])

Während Heinrich von Bülow und seine Gesinnungsgenossen offenen Anschluß an den Unüberwindlichen verlangten, „um Preußen zu einem selbständigen Staate zu erheben“,[3]) wuchs in anderen Kreisen die Erbitterung über den Soldatenkaiser immer mächtiger auf. Der tüchtige Friedrich Perthes in Hamburg schrieb (9. August 1805) an Johannes Müller, er könne gar nicht begreifen, daß „die Französlinge, die aus Schlechtigkeit, Dummheit oder Angst oder für Geld der Despotie, dem Tyrannen und der großen Nation das Wort reden, noch immer der Menge verführerisch sind“! Johannes Müller wollte die leidige Erscheinung aus dem Mangel an Nationalgefühl bei den Deutschen erklären, worauf Perthes zwar beistimmte, aber einer tröstlichen Hoffnung Ausdruck gab: „Die Vorbereitung zu einer Erhebung ist bereits unverkennbar! Ein Schmachten, Sehnen, Greifen nach einem Haltungspunkt ist allgemein!“ Johannes Müller selbst sprach in seinen Briefen an Gentz immer wieder seine Entrüstung aus über die unerträgliche Präpotenz, die allen mit Universalmonarchie drohet![4]) Sogar eine gewaltsame Beseitigung des Gefürchteten wurde von Heißspornen nicht abgelehnt. „Was Bonaparte alle Tage tut,“ schrieb General von Armfelt am 3. Mai an Johannes Müller, „und was Europa tut, indem es ihm zusieht, läßt keinen Zweifel über das Schicksal, das unser Aller wartet. Welches Ereigniß könnte uns demselben entreißen? Es müßte denn sich unter den Meuchelrotten, von denen Frankreich und Italien

---

[1]) v. d. Goltz, Von Jena bis Preußisch-Eylau, 200.

[2]) Bonapartes fünf Verheißungen (1. Heilighaltung des Eigentums — neue Raubgesetze gegen die Emigranten, 2. Ehrfurcht gegen die Verfassung — Umwandlung des „Erhaltungssenats“ in einen „Verletzungssenat“, 3. das einzige Ziel der Friede — die einzige Errungenschaft der ewige Krieg, 4. Heilighaltung der Verträge mit den fremden Staaten — Vergewaltigung der Schweiz, 5. gewissenhafte Erfüllung der Staatsverbindlichkeiten — zweimalige Bankerotterklärung) oder Schilderung seines Verfahrens gegen Frankreich, England, Italien, Teutschland, besonders aber gegen die Schweiz, von Sir Francis d'Ivernois (Köln 1805).

[3]) (H. v. Bülow), Der Feldzug von 1805, vom Verfasser des Geistes des neuen Kriegssystems und des Feldzugs von 1800, Vorwort S. IX.

[4]) Gentz' Schriften, herausg. v. Schlesier, IV, 44.

wimmeln, Einer finden, der Mut genug hätte, das Verbrechen zu vergöttlichen!“[1])

Großes Aufsehen erregte eine Flugschrift: „Uebersetzung eines Fragments des 18. Buches des Polybius, aufgefunden im Kloster St. Laura auf dem Berg Athos.“ Der Verfasser De Launay Graf d'Antraigues war ein französischer Emigrant, der als russischer Agent in Dresden lebte, nach dem Erscheinen der Kampfschrift aber auf Andringen der französischen Regierung ausgewiesen wurde.[2]) Die Scene spielt am Hofe des Königs Antiochus von Syrien (Preußen). König Philipp von Macedonien (Oesterreich), so wird von Pseudo-Polybius berichtet, möchte zur Abwehr der immer näher und drohender heranrückenden Römer (Franzosen) alle Nachbarn zu einem Bündnis vereinigen, schickt also auch eine Gesandtschaft an Antiochus. Dieser berät sich mit seinen Ministern, und auch der als Flüchtling am syrischen Hofe weilende Hannibal wird zur Verhandlung eingeladen. Die im Wortlaut mitgeteilte Rede des Karthagers ist ein flammender Aufruf gegen den gemeinsamen Feind aller Könige und Völker. „Rom haßt Euch Alle gleichmäßig, — lernt auch Ihr endlich, Rom zu hassen!“ Jetzt dürfe man nicht an die feindselige Politik des Philipp oder an die Ländergier des Ptolemäus (Rußland) denken, jetzt soll ohne Säumen ein Bündnis mit beiden geschlossen und die syrische Kriegsmacht gegen Rom ins Feld gestellt werden! So leichtfertige „Gefühlspolitik“ widerrät aber Polykrates, der Kabinettssekretär des Königs (Hardenberg). Das offenkundige Streben Roms nach Weltherrschaft dürfe nicht übersehen lassen, daß Syrien noch weit gefährlichere Feinde habe. „Was ist Philipp für Syrien? Ein verhaßter Rivale, ein unbequemer Nachbar, ein unversöhnlicher, immer noch grollender Feind, dem einst Nikanor (Friedrich II.), tiefe Wunden geschlagen hat, dessen Brust also immer noch von bitteren Erinnerungen gequält wird!“ Was könne Syrien erreichen durch ein Bündnis mit Philipp? Es werde die Macht seines Feindes stärken, wenn Rom besiegt wird, und es werde die ganze Rache Roms auf sich ziehen, wenn die Römer siegen! „Wenn die Römer Philipp angreifen, — nun gut! so wollen wir bewaffnete Neutralität beobachten! Dies wird die Römer in respektvoller Entfernung von uns halten, während sie, in die Arena herabgestiegen, Philipp auf Leben und Tod bekriegen werden!“ Die warme Empfehlung der Neutralität wird aber lebhaft bekämpft von Callisthenes, einem Staatsmann aus der Epoche Nikanors (d'Antraigues). Er brandmarkt die niedrige Gesinnung der Schwächlinge, die den Römern so unterwürfig sind und trotzdem nicht verhindern werden, daß Rom auch ihnen den Untergang bereitet! „Ich habe noch in ruhmvollen Tagen gelebt, damals öffnete sich kein Mund für so niedrige Treulosigkeit; die

[1]) Beiträge zur Deutschen Geschichte in den Jahren 1805—09, 2, 4, 90.

[2]) Traduction d'un fragment du 18. livre de Polybe, trouvé dans le monastère Ste. Laure au mont Athos 1805. Die vom Verfasser durchgesehene, verbesserte und vermehrte, auch mit dem Namen des Verfassers versehene zweite Auflage erschien 1806 in London, eine deutsche Uebersetzung: „Hannibal und Antiochus“ 1806 in St. Petersburg. Auch Nachdrucke sind vorhanden. — Am 3. Oktober 1805 schrieb Joh. Müller an Gentz: „Man schickte mir französisch eine Rede Hannibals im Staatsrath König Antiochs über dessen Neutralität im römisch-macedonischen Krieg. Trefflich!“ (Gentz' Schriften, IV.)

zürnenden Blicke des großen Königs wären die einzige Antwort gewesen. Wie beklagenswert ist es aber, daß ich in meinen letzten Lebenstagen dazu verurteilt bin, Reden anzuhören, von denen jedes Wort eine Beleidigung des großen Königs bedeutet, und daß ich Handlungen mit ansehen muß, deren jede schimpflich ist für sein Andenken!" Der Mahnung des Polykrates Folge leisten, hieße nichts anderes, als den Staat der Mißhandlung durch einen Tyrannen ausliefern und die von Nikanor errungene Ehre in den Kot schmachvoller Knechtschaft herabziehen! „Wenn Philipp, den Nikanor einst bekämpft und bezwungen hat, im gegenwärtigen Augenblick, uneingedenk der Vergangenheit, uns die Hand bietet, könnte es uns weder zur Ehre, noch zum Vorteil gereichen, wenn wir, der Stimme des alten Hasses folgend, diese Hand zurückweisen würden. Denn sobald erst Philipp bezwungen ist, wird sich Rom nicht mehr mit eurer Unthätigkeit begnügen; es wird auch euer Geld, euere Truppen, euer Land begehren; es will dieses alles, weil Rom es immer gewollt hat, solange es besteht, und niemals wird es aufhören, Alles zu begehren!" König Antiochus ist gerührt durch die Rede des Callisthenes, doch in dem Augenblick, da er sich in seine Gemächer zurückzieht, gibt ihm nur Polykrates das Geleit, und bald sind die Warnungen des Anwalts ehrenhafter Gesinnung vergessen. Um so rascher, da sowohl Heraklides von Byzanz, der auch nach seinem Rücktritt von der Leitung der Staatsgeschäfte seinen unheilvollen Einfluß behalten hat (Haugwitz), als Ariarathes, Fürst von Cappadocien und Oberbefehlshaber der syrischen Truppen (Herzog von Braunschweig), das Heil nicht von mannhafter Tat, sondern von feigem Geschehenlassen erwarten. —

Ob Herzog Ferdinand wirklich mit Hardenbergs Haltung einverstanden war, könnte zweifelhaft erscheinen angesichts der Versicherung des eingeweihten Dohm, der Herzog habe schon seit langem, um endlich zu dauerhaftem Frieden zu gelangen, den Krieg mit Napoleon für rätlich gehalten. Doch Dohms Behauptung wird widerlegt durch die Thatsache, daß der Herzog im entscheidenden Ministerrat am 22. August der Hardenbergschen Auffassung von der Zweckmäßigkeit eines Anschlusses an Frankreich beistimmte.[1])

Dohm selbst will jede Gelegenheit benützt haben, um auf die Gefahren des herrschenden Prinzips aufmerksam zu machen, unter anderem durch Hinweis auf ein Wort Friedrichs des Großen in einem Brief an Fleury: „Man darf niemals halb schmeicheln, halb beleidigen, und wer droht, muß auch wirklich zuschlagen!"[2]) —

Mit beleidigender Deutlichkeit gab König Gustav von Schweden seinen Widerwillen gegen den Franzosenkultus in Berlin zu erkennen: er schickte dem König von Preußen den Schwarzen Adlerorden zurück, weil diese Auszeichnung auch ein Bonaparte erhalten habe, der „die ritterliche Würde vermissen lasse, die von einem Ritter des Ordens zu verlangen sei".[3]) Dringlich warnte Karl August

---

[1]) Die Preußischen Kriegsvorbereitungen und Operationspläne von 1805; Kriegsgeschichtliche Einzelschriften, herausg. v. Großen Generalstab, 1. Heft (1898), 2.

[2]) C. W. v. Dohm, von Gronau, 420.

[3]) Arndt, Erinnerungen aus dem äußern Leben, 517.

von Weimar vor gefährlichen Folgen „eines Systems, welches Preußen in jeder politischen Hinsicht ganz isoliert, es von allem auswärtigen Zutrauen, Rücksichten und Dankbarkeit entfernt, ohne ihm die Kraft mitzuteilen, durch Furcht im Auslande seine mediation geltend zu machen." Er könne die russische Gefahr keineswegs als verschwunden ansehen — der merkwürdige Brief Karl Augusts an Hardenberg vom 7. Mai ließ sich im Nachlaß des Ministers auffinden —, Rußland werde sich mit der Unparteilichkeit Preußens um so weniger begnügen, da sie von manchen angezweifelt werde. „Das Unglück will, daß das menschliche Geschlecht dergestalt verdorben ist, nie an rein neutrale Grundsätze eines Mächtigen zu glauben, und daß daher jedermann Preußen schuld giebt, die Absicht zu hegen, ‚im trüben fischen zu wollen . . .' Wenn auch dem König dieser Gedanke gewiß ferne liegt, sollte nicht doch, von diesem Vorurteil ausgehend, irgend eine Macht Preußen unversehens auf den Hals fallen, um diesen Staat auch wirklich mechanisch zu neutralisieren? . . . Die Zulassung preußischerseits der Besetzung der Hannöverschen Lande mit französischen Truppen und die Duldung derselben darinnen . . . kann sich Niemand als die Folgen reiner neutraler Grundsätze erklären, man folgert gern Nebenabsichten daraus oder man vermutet, daß von einer anderen Seite auch sehr gewagte Schritte gewagt werden könnten, ohne daß man von Preußen einen kräftigen Widerstand zu befürchten habe. Ich kann mir nicht leugnen, noch bei mir den Gedanken unterdrücken, daß Preußen, auf sein jetziges isolierendes, rein neutral seyn sollendes System beharrend, die gefährlichste Rolle für sich spielt, die je ein Staat übernommen hat. Oeffentlich ist die allgemeine Meinung gegen diesen Staat, und wie mächtig oft diese Meinung der . . . folgen würdet (sic!), zumahl wenn ein Staat keine sonderliche natürliche Vertheidigung besitzt, lehrt die Geschichte!" [1])

Es darf wohl bezweifelt werden, ob Hardenberg dem König von der Warnung des Herzogs Kenntnis gab, jedenfalls ließ sich Friedrich Wilhelm weder durch die Vorstellungen der Koalitionsfreunde, noch durch die Drohung mit der Rache der Russen seinem Prinzip abspenstig machen. Er unterschätzte noch immer den Ernst der Lage. In den maßgebenden Berliner Kreisen hatte man noch im Sommer 1805 trotz aller Diplomatenberichte keine Ahnung, daß der Krieg unmittelbar vor der Schwelle stand, daß nicht bloß die russische, sondern auch die österreichische Regierung schon fest entschlossen war, Bonaparte und den Bonapartismus mit den Waffen zu bekämpfen. Nicht aus blinder Hinneigung zu Frankreich, wie Czartoryski schmähte, sondern aus Unkenntnis der wirklichen Weltlage gefiel sich der König noch immer in seiner Friedenstifterrolle, erzielte aber damit nichts anderes, als daß Preußen mit einem Male völlig verlassen war. [2])

Nie hätte er für möglich gehalten, erwiderte Friedrich Wilhelm dem Zaren, daß sein einfaches Mahnwort an Schweden eine so ungünstige Auslegung erfahren könnte; es habe ja nur bezweckt, den Franzosen jeglichen Anlaß abzuschneiden,

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Hardenbergscher Nachlaß. Akten, betreffend Preußens System und Stellung als neutrale und vermittelnde Macht, 1805, vol. I., Januar bis August.

[2]) Baillen, Haugwitz u. Hardenberg, 281.

mit den Waffen gegen Schweden aufzutreten und dadurch auch die Ruhe Norddeutschlands zu gefährden. Nicht im Interesse, sondern zur Abwehr Frankreichs sei die preußische Erklärung an den schwedischen Hof ergangen; die Besorgnis des Zaren sei also auf ein Mißverständnis zurückzuführen, das der König freilich nicht einmal beklagen könne, da es aufs neue die zärtliche Zuneigung seines Freundes zu erkennen gebe. „Die Art, wie Ew. Majestät mir Ihre Zweifel anvertrauten, das Organ, das Sie wählten, um mir den wahren Sinn zu erklären, Alles beweist mir, daß mein Vertrauen auf Ihre Anhänglichkeit wohlbegründet ist. Herr von Winzigerode hat mich über Ihre Auffassung belehrt, ein Mann, der eines solchen Herrn würdig ist; ich habe mich mit außerordentlichem Vergnügen mit ihm über meine Ansichten unterhalten, und kann Ihnen gar nicht genug dankbar sein, daß Sie mir durch seine Sendung dazu Gelegenheit boten. Niemand wird Eurer Majestät meine Ideen, die Wichtigkeit meiner Beweggründe, die Reinheit meiner Absichten klarer darlegen, als er; er kann Ihnen auch am besten bezeugen, daß die Anhänglichkeit an Ihre Person und der Wunsch, nur ein gemeinsames Interesse mit Ihnen zu haben, in meinen Empfindungen immer obenan stehen."[1])

Der Ueberschwang der Schmeichelworte änderte aber nichts an dem Mißerfolg der Sendung. Als dem Gesandten klar geworden war, daß auf entschlossenes Zusammengehen Preußens mit Rußland nicht zu zählen sei, ging er nach Wien und rächte sich hier durch grobe Ausfälle gegen die preußische Politik und durch feindselige Störung der Bemühungen für eine Aussöhnung der deutschen Vormächte.[2]) Erschreckt durch das drohende Gebaren Winzigerodes schickte Friedrich Wilhelm im April seinen Adjutanten von Zastrow nach Petersburg. Doch auch diese Sendung schlug fehl. Bald wurden dem preußischen General freundschaftliche Versicherungen gespendet, bald prahlte man vor ihm, daß man Preußen überhaupt nicht mehr brauche. Dabei wurde ihm aber sorgfältig verheimlicht, daß die Unterhandlungen mit England am 11. April zu einem Bündnis geführt hatten. Von Frankreich, so vereinbarten die beiden Mächte, sollte geheischt werden, Italien und Norddeutschland zu räumen, Holland und der Schweiz ihre Unabhängigkeit zurückzugeben und den König von Sardinien zu entschädigen. Das hieß soviel als: Frankreich soll alle Errungenschaften der letzten zehn Jahre wieder herausgeben, sonst will sich das alte Europa nochmals mit dem durch die Revolution umgebildeten neuen Europa im Kampfe messen.[3]) Zur Ueberbringung der Forderung der verbündeten Mächte sollte — wie Gentz wissen will, auf Andringen des englischen Kabinetts, während Alexander jeden Aufschub für schädlich erachtete — ein Vertrauensmann des Zaren, Nowossiltzow, nach Paris gehen. „Wenn Bonaparte," schrieb der Kanzler Woronzow am 22. Juli, „auf die Grundlagen einginge, die man ihm für den Frieden vorschlägt und deren Ueberbringer Herr von Nowossiltzow ist, dann wäre Europa einigermaßen beruhigt und geschützt vor neuen Umwälzungen. Doch

[1]) Bailleu, Haugwitz u. Hardenberg, 69.
[2]) Gentz, IV, 62, 159.
[3]) Bailleu, 280.

es bedürfte eines Wunders, um diesen Mann zu einer solchen Erklärung zu bewegen, und es gibt keine Wunder mehr in unsrem Jahrhundert!“[1]) Alexander bat auch den König von Preußen um Unterstützung der Aktion des Gesandten. Friedrich Wilhelm erklärte sich dazu bereit, trotz der Abmahnung Lucchesinis. „Nehmen Sie es für eine ausgemachte Sache an,“ schrieb Lucchesini (12. Mai) an Hardenberg, „der Kaiser wird schwer zu bewegen sein, die Krone Italiens niederzulegen, ja, er wird sogar noch versuchen, Genua und Oesterreichisch-Venetien diesem neuen Staate anzugliedern, das Mittelmeer und die Adria ihm dienstbar zu machen!“[2]) Schon beim ersten Anzeichen einer Koalitionsbildung werde Napoleon, der immer das größte Gewicht darauf lege, nicht überrascht zu werden, sofort den Krieg eröffnen. Trotzdem empfahl Friedrich Wilhelm den Russen mit warmen Worten. „Vielleicht wird doch noch der Friede, dessen Sicherung auch dem Zaren am Herzen liegt, erhalten bleiben!“[3]) Die Antwort Napoleons verriet das stärkste Mißtrauen gegen Rußland; offenbar sah er die Brücken schon für abgebrochen an. Für des „Herrn Bruders“ liebenswürdige Worte sei er von Herzen dankbar, aber von dem schwachen und wankelmütigen Zaren lasse sich nichts Gutes für die Erhaltung des Friedens erwarten. Rußland erlaube sich eine Sprache, die er nur lächerlich finden könne, und England wolle nicht den Frieden, sondern nur die Ausschließung aller anderen Völker vom Welthandel. „Ich selbst habe keinen Ehrgeiz; ich habe ja schon zweimal den dritten Teil Europas ohne jede Nötigung geräumt.“ Uebrigens wolle er, um seine Mäßigung zu beweisen, für den Agenten des Zaren Pässe ausstellen lassen.[4]) Da aber im nämlichen Augenblick, da sich Nowossiltzow nach Paris begeben wollte, die Nachricht von der Einverleibung der ligurischen Republik einlief, unterblieb der Besuch des Diplomaten. „Wir wollen nicht mehr unterhandeln,“ heißt es im Abberufungsschreiben, „mit einem Menschen, der fort und fort öffentlich seine Friedenssehnsucht beteuert und dabei seine feindlichen Ueberfälle fortsetzt!“[5])

Nun wurde das Wiener Kabinett noch lebhafter bestürmt, endlich einmal auf die russisch-englischen Vorschläge einzugehen. Cobenzl wäre noch immer gern einem festen Entschlusse ausgewichen. War auf Rußlands treues Festhalten mit voller Sicherheit zu bauen? War nicht zu befürchten, daß Alexander sich plötzlich auf Verhandlungen mit Napoleon einlassen könnte, um mit ihm Europa aufzuteilen? War es nicht vorteilhafter, die Entscheidung so lange hinzuziehen, bis Napoleon das gewagte Landungsprojekt in Angriff genommen und Glück und Leben schwankenden Kähnen anvertraut hätte? Dann wäre man Herr auf dem Kontinent und könnte die alten Lieblingspläne, die Einverleibung Baierns und die Ausbreitung der österreichischen Herrschaft in Italien mit günstigster Aussicht auf Erfolg wieder aufgreifen! Auch solche Erwägungen mögen dazu bewogen haben, dem französischen Geschäftsträger La Rochefoucauld

[1]) Sorel, VI, 442.
[2]) Bailleu, Preußen u. Frankreich, II, 344.
[3]) Ebenda, 349, 600.
[4]) Corr. de Nap. I, tom. 10, 391.
[5]) Narischkine, Relation de la campagne de 1805, 23.

die beruhigendsten Versicherungen in allen Tonarten zu geben, nicht bloß, wie Cobenzl in Petersburg vorgab, die Absicht, den kriegerischen Anschlag zu maskieren. Insbesondere Kaiser Franz wollte immer wieder Friedensbedingungen in Paris unterbreiten,[1]) doch die drohende Sprache Rußlands und die fortgesetzten Uebergriffe Napoleons in Italien drängten ihn, er mochte wollen oder nicht, den Forderungen der Kriegspartei sich zu fügen. Spottete doch sogar Hardenberg über den krassen Gegensatz zwischen der Einverleibung der Republik Genua und dem erst jüngst wieder zum Besten gegebenen Hinweis Napoleons auf seine erprobte Uneigennützigkeit! Graf Keller teilte am 26. Juni seinem Hofe mit, noch vor wenigen Tagen habe der französische Gesandte erklärt, er halte eine Vereinigung Genuas mit Frankreich einfach für unmöglich, die Nachricht sei nur ein schlecht erfundenes Märchen der Gegner Napoleons. Nach eingetroffener Bestätigung des „Unmöglichen" sei die heimtückische Verstellung des Gesandten getadelt worden. „Ich glaube aber, daß er seinen Ausspruch in gutem Glauben machte; er hat nur die Unersättlichkeit seines Gebieters nicht in Rechnung gezogen." Jetzt sei aber auch in Wien, wie in Petersburg der letzte Gedanke an Frieden aufgegeben. Das Feuerwerk im Prater, die Beleuchtung des neuen Brunnens, kurz, alle öffentlichen Festlichkeiten seien abgesagt, die Heimlichkeit der Rüstungen sei aufgegeben, das Land starre in Waffen.[1]) Der einflußreichste Stimmführer der Kriegspartei war General Mack.[2]) Seit dem Fiasko des neapolitanischen Abenteuers von 1797 hatte er ohne Amt in seinem Vaterlande gelebt; es konnte als erstes Anzeichen des politischen Umschwunges in Wien gelten, daß er im Frühjahr 1805 durch Ernennung zum Generalquartiermeister wieder in eine leitende Stellung kam. Nach dem unglücklichen Feldzuge von 1805 war alle Welt einig über die Unfähigkeit des österreichischen Feldherrn; er mußte den Sündenbock für die Fehler aller anderen uniformierten und nichtuniformierten Beteiligten abgeben. Bülow spottet in seiner Geschichte des Krieges von 1805 über den „köstlichen Witz der Vorsehung": schon das Wort „Mack" bedeute im Hebräischen: Niederlage.[3]) Alle Welt war erstaunt, heißt es in einer Flugschrift von 1806, daß das Oberkommando einem Manne anvertraut wurde, der bisher nur recht zweifelhafte Erfolge errungen hatte; die Engländer allein wollten in ihm ein großes militärisches Talent erblicken.[4]) Nach neueren Untersuchungen scheint nicht festzustehen, daß ihm die Hauptschuld aufgebürdet werden darf, wenn es auch jedenfalls unrichtig war, einem General, der mehr Theoretiker als praktischer Stratege war, die Leitung des Ganzen anzuvertrauen.[5]) Jedenfalls wurden die Zweifel an seiner Befähigung erst nach seiner Niederlage laut; im Augenblick seiner Be-

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß v. 5. Juni 1805, Berichte Kellers v. 26. u. 29. Juni u. 12. Juli 1805.

[2]) Wertheimer, Geschichte Oesterreichs u. Ungarns, I, 258. — Fournier, Gentz u. Cobenzl, 170.

[3]) (Heinr. v. Bülow), Der Feldzug von 1805, vom Verfasser des Geistes des neuen Kriegssystems und des Feldzugs von 1800, (1806), I, 223.

[4]) Réflexions d'un militaire sur les évènements de la dernière guerre, 25.

[5]) S. Schinzls Artikel über Mack in der Allgem. D. Biographie, 20. Bd., 8.

rufung war alles, wie sich aus den Briefen Gentz' ersehen läßt, eitel Lob und Beifall.

Ein entschiedener Gegner des Bruches mit Frankreich war Erzherzog Karl, dem die ungenügende Beschaffenheit der heimischen Wehrmacht am besten bekannt war, der auch voraussagte, daß Oesterreich den schwersten Teil der Kriegslast zu tragen haben werde. Gentz feierte es als hocherfreulichen Erfolg der „deutschen" Partei, daß der „mattherzige" Erzherzog, der zwar auf dem Schlachtfeld fast immer das Richtige treffe, aber gar keine Welt- und Menschenkenntnis besitze, endlich beiseite geschoben wurde. „Er scheut den Krieg in einem Grade, den man nicht glaublich finden würde, wenn man nicht täglich die stärksten Beweise dafür erhielte."[1] „Oesterreich würde sich durch einen Krieg der Gefahr aussetzen, alles zu verlieren, ohne sich der Hoffnung hingeben zu können, etwas zu gewinnen."[2] Diese Worte finden sich in einem Schreiben Napoleons an General Pino vom 13. April; fast mit den nämlichen Worten suchte Erzherzog Karl einige Wochen später seinen Bruder vom Beitritt zur Koalition zurückzuhalten. Doch die Besorgnis, Zar Alexander möchte im Unmut über die Absage Oesterreich seinem Schicksal überlassen, gab den Ausschlag. Am 7. Juli trat der Kaiser dem russisch-englischen Bunde bei. Obwohl Winzigerode keine Vollmacht hatte, trat er mit Mack und einigen anderen Generalen zur Beratung der gemeinsamen militärischen Aktion zusammen. Es kam jedoch, was sich bitter rächen sollte, sogar in den wichtigsten Punkten nur zu losen, unfertigen Abmachungen. Trotz der Warnung Erzherzog Karls stürzte sich Oesterreich Hals über Kopf — „Je eher, je besser!" schrieb Zar Alexander — in den Krieg.[3] Zwar erbot sich Cobenzl noch in den ersten Tagen des August ebenso in Paris wie in Petersburg und Berlin zu neuer Friedensvermittlung. Gentz war empört über „das gottlose, unerhörte Aktenstück, das in einem Moment erscheint, wo wir 160000 Mann auf den Beinen haben, während Bonaparte kaum die Hälfte in Italien hat". Doch die Entrüstung der Kriegslustigen war grundlos. Das anstößige Aktenstück war wirklich nur auf Verhüllung der kriegerischen Absichten berechnet.

Am 28. Juli tauschte Stadion in Petersburg mit den Vertretern Englands und Rußlands die Urkunden aus, wodurch sich Oesterreich den offenen Gegnern Napoleons anschloß.[4] „Noch drei Wochen," schrieb Cobenzl, „dann wird es kein Geheimnis mehr geben."

In St. Petersburg hatte das Scheitern der Sendung Nowosilzows nicht geringeren Unmut gegen Preußen wie gegen Napoleon wachgerufen. Der Kronrat beschloß, gegen beide Mächte mit den Waffen vorzugehen; Czartoryski plante schon eine Art Teilung Preußens zwischen Rußland, Oesterreich und dem wiederherzustellenden Polen, und auch Zar Alexander fand sich mit dem Gedanken ab, den Freund, wenn er auf gütlichem Wege nicht zu bekehren wäre, zum Anschluß zu zwingen.

Die Zusammenziehung russischer Heeresabteilungen an der Grenze war

[1]) Gentz' Schriften, IV, 59.
[2]) Corr. de Nap. I, tom. 10, 317.
[3]) Ulmann, 186.
[4]) Fournier, 174.

wohl dazu angethan, in Berlin auf die Gefahr einer politischen und militärischen Einkreisung aufmerksam zu machen, aber gerade aus dem Zusammenschluß der Gegner Napoleons hoffte Hardenberg für den eigenen Staat Gewinn zu ziehen. „Welchen Reiz mußte es für ihn haben, sein altes Vaterland Hannover mit seinem neuen zu vereinigen und seine Staatsverwaltung durch eine Erwerbung zu bezeichnen, welche an Wichtigkeit nur der Schlesiens nachstand.“[1]) Er machte den französischen Gesandten Laforest darauf aufmerksam, daß bei Ausbruch des Krieges Hannover als leichte Beute den Engländern, Schweden und Russen zufallen werde, da ja Preußen zur Deckung keinen Anlaß und keine Ermächtigung habe.[2]) Der Wink wurde verstanden. Laforest wurde angewiesen, Preußen zunächst daran zu erinnern, daß es sich zur Verteidigung Norddeutschlands verpflichtet habe. Darauf erwiderte Hardenberg, der König habe sich der Besetzung Hannovers durch Franzosen nicht widersetzt, könne also auch den König von England nicht hindern, Truppen an einer Küste seines eigenen Landes auszuschiffen. Nun entschloß sich Napoleon, die geheimen Wünsche Preußens zu verstehen und darauf einzugehen, um es dadurch unauflöslich an sich zu fesseln. Laforest sollte Abtretung Hannovers anbieten, als Preis aber ein Bündnis fordern, um Rußland und Oesterreich einzuschüchtern und dadurch den Frieden auf dem Festlande zu erhalten. Das Angebot fand bei Hardenberg freundliche Aufnahme. Er selbst ermunterte Laforest, eine Denkschrift vorzulegen, welche alles zusammenfaßte, was auf Friedrich Wilhelm Eindruck machen konnte. „Die Frucht des Bündnisses würde der Friede des Festlandes sein, weil dann Oesterreich und Rußland keinen Angriff wagen würden. Preußen und Frankreich vereint wären die Schiedsrichter Europas. Der preußische Staat würde durch einen Besitz bereichert, der ihm die Mündungen der Elbe und Weser dienstbar macht und endlich einmal auch die Westgrenze sichert. Der Ruhm, das Interesse des eigenen Staates und die Pflicht, das Gleichgewicht Europas aufrecht zu halten, heischen gleichmäßig die Vereinigung Hannovers mit Preußen. Die Mäßigung besteht nicht darin, daß man sich mit dem eigenen Besitz begnügt, während alle andern ihre Macht verstärken; wer weniger erwirbt als die anderen, bleibt hinter ihnen zurück. Rußland, Oesterreich, England und auch Frankreich sind bedeutend vergrößert worden; wenn Preußen leer ausgeht, sinkt es von der durch den Genius Friedrichs II. erkämpften Höhe zu einer Macht zweiten Ranges herab. Und Preußen darf unter keinen Umständen darauf zählen, daß es bei den kommenden Ereignissen die Rolle eines friedlichen Zuschauers spielen könnte. Wenn es der Wirbelwind erfaßt, wird es genötigt sein, auf einem Platz zu kämpfen, den der Zufall ihm anweist, und es wird zu spät bereuen, daß es nicht rechtzeitig die Uebel abgelenkt hat, die es ja doch nicht gänzlich zu beseitigen vermag.“

Es war für den König eine schwere Versuchung. Ehrgeiz und Erwerbssinn lockten ihn, Gerechtigkeitsgefühl und ängstliche Aufwallungen ließen ihn widerstreben. Wenn er das Anerbieten annahm, beging er einen Raub an der verwandten Familie Braunschweig-Lüneburg. „Kann ich und darf ich,“ fragte er

[1]) Bailleu, Haugwitz u. Hardenberg, 290.
[2]) Bailleu, Preußen u. Frankreich, II, LVII.

Hardenberg, „an Hannover die Hand legen, ohne gegen die Vorschriften der Moral zu verstoßen, ohne die Achtung der Rechtschaffenen zu verlieren, ohne mich der Gefahr auszusetzen, daß ich in der Geschichte als Fürst ohne Treu und Glauben erscheine, ohne den Ruf der Rechtlichkeit zu verlieren, den ich bis heute genossen habe?“ Hardenberg verwies darauf, daß die Moral andere Gesetze vorschreibe für einen Fürsten, als für einen Privatmann; der Staat müsse auf der Höhe erhalten werden, die ihm gebühre; überdies handle es sich ja nur darum, den Feinden Frankreichs Furcht einzuflößen, damit ihnen die Lust vergehe, den Frieden zu brechen. „Ich muß auf solche Weise zu Werke gehen,“ sagte Hardenberg zu Laforest, „denn ich habe es mit einem bedenklichen, gewissenhaften Manne zu thun, der nur eine Politik gelten lassen will, die nicht gegen die Pflichten des Menschen verstößt.“[1]) Trotz des Widerstands der Königin und des nochmals zu Rate gezogenen Haugwitz gelang es Hardenberg, den König für das Bündnis zu gewinnen, doch sollten Bedingungen aufgestellt werden, die auch den Wünschen der Kaisermächte entsprachen. Frankreich sollte sich verpflichten, die Unabhängigkeit der Schweiz, Hollands und der nicht zum Königreich Italien gehörigen Gebiete der Halbinsel zu respektieren; auch sollten die Kronen Frankreichs und Italiens niemals vereinigt werden dürfen. Napoleon war jedoch nicht gesonnen, lästige Verbindlichkeiten zu übernehmen. „Wenn ich Hannover an den König von Preußen abtrete,“ schrieb er (22. August) an Talleyrand, „so mache ich ihm ein Geschenk, das seine Streitkräfte um 40000 Mann verstärkt und die Lage seiner Staaten nicht weniger günstig verbessert, als der Gewinn Genuas die Lage Piemonts.“ Da dürfe er wohl als Entgelt die Gewährleistung seines gegenwärtigen Besitzes verlangen, ohne sich auf Verpflichtungen in bezug auf Holland, Schweiz und Neapel einzulassen. Wenn also der Gesandte gefragt werde, was unter gegenwärtigem Besitz zu verstehen sei, soll er erwidern: „Auf deutscher Seite bildet die Grenze der Rhein, auf italienischer das ans Königreich Italien anstoßende Gebiet.“ „Die Sprache Laforests muß einfach und stolz sein. Ich bin es, der Preußen ein Angebot macht, und, wohlverstanden, ich werde mein Angebot in vierzehn Tagen nicht mehr wiederholen. Wenn die Ueberlassung Hannovers den preußischen Staat in Stand setzt, sich offen für mich zu erklären, und wenn diese Verbindung Rußland und Oesterreich einschüchtert und mir die Möglichkeit gewährt, mich frei und unbehindert meinem Seekrieg zu widmen, so glaube ich für die beträchtliche Verstärkung der preußischen Machtstellung schadlos gehalten zu sein. Aber wenn ich einmal mein Lager an der See aufgehoben habe, werde ich nicht mehr Halt machen; wenn der geplante Seekrieg vereitelt ist, hat es für mich keinen Nutzen mehr, Hannover an Preußen zu überlassen. Der König muß sich also auf der Stelle entscheiden.“ Zunächst brauche Preußen nichts anderes zu thun, als eine Bewegung gegen Böhmen zu machen; nur wenn von den Oesterreichern der Inn überschritten und damit der Krieg erklärt würde, hätten preußische Truppen in Böhmen einzurücken.[2])

---

[1]) Le Febvre, Histoire des cabinets, II, 104.

[2]) Corr. de Nap., tom. 11. 168.

Um den König dieser Auffassung zugänglich zu machen, sandte Napoleon seinen Adjutanten General Duroc nach Berlin. In einem Schreiben an den König gab er der Freude Ausdruck, daß es ihm hoffentlich bald vergönnt sein werde, an der Seite seines Freundes den Kampf gegen die gemeinsamen Feinde zu eröffnen. Von preußischer Seite möge eine Bewegung gegen Böhmen gemacht werden, er selbst wolle, wenn Oesterreich halsstarrig bleibe, mit 100000 Mann zum Schutze Baierns herbeieilen. „Gott, mein Bewußtsein, Eure Majestaet und ganz Europa sind meine Zeugen, daß ich der angegriffene Teil bin, daß meines Landes Grenzen bedroht werden, während alle meine Truppen sich auf den Schiffen oder an der Küste befinden . . . Mein Herr Bruder! Ein wichtiger Umschwung vollzieht sich in Europa; es gilt, treu zusammenzuhalten und einträchtig vorwärts zu gehen zum Wohl unsrer Staaten und der Welt!“ [1] Als Duroc am 1. September in Berlin eintraf, drängte sich ihm bald die Ueberzeugung auf, daß das Bündnis nicht so rasch zustande kommen werde, wie Napoleon es wünschte. Der König setzte dem Drängen des Franzosen verlegenen, aber nichtsdestoweniger hartnäckigen Widerstand entgegen. Es sei nicht in Abrede zu stellen, erklärte er, daß die Erwerbung Hannovers die Macht Preußens erheblich steigern würde, doch liege dieser Vorteil in weiter Ferne; zur Zeit sei das Kurfürstentum gänzlich ausgesogen. Dagegen würden bei Ausbruch eines Krieges gerade die schönsten und reichsten Provinzen Preußens zuerst der Rache der Verbündeten ausgesetzt sein. Er gebe die Hoffnung auf Erhaltung der Ruhe Europas noch nicht auf. Oesterreich wolle ja gar nicht den Krieg und werde nur durch Rußland aufgehetzt. Wenn Napoleon in bezug auf die italienischen Staaten eine beruhigende Zusicherung gäbe, wäre der Friede als gesichert anzusehen. Keinesfalls dürfe sich aber die preußische Regierung einer Ueberstürzung schuldig machen. „So bleibt uns denn nur noch eine Möglichkeit,“ schrieb Duroc am 7. September an den Kaiser, „wir müssen den König überzeugen, daß wir nur den Frieden wollen; sollte uns dies nicht gelingen, so müssen wir uns darauf beschränken, die Unterhandlungen so lange fortzuspinnen, bis die militärischen Maßnahmen zum Abschluß gebracht sind.“ [2]

Die Unterhandlungen zwischen Paris und Berlin waren natürlich nicht geheim geblieben. Am 19. August richtete Zar Alexander nochmals an Friedrich Wilhelm die entscheidende Frage: Wird Preußen uns als Freund zur Seite oder als Feind uns gegenübertreten? Oesterreich und Rußland seien fest entschlossen, den alle Welt bedrohenden Soldatenkaiser zum Frieden zu zwingen. Darf darauf gerechnet werden, daß auch Preußen uns auf diesem Weg zum Frieden begleiten wird? „Das Schicksal Europas ist in Ihre Hand gelegt. Wäre es möglich, daß Sie sich für unseren Ruin entscheiden könnten?“ [3] Gleichzeitig schrieb Alexander an Alopäus: „Wir haben in Brody eine Armee versammelt, die am 22. in die österreichischen Staaten einmarschieren wird. Von diesem Tage an sollen alle militärischen und diplomatischen Maßnahmen

[1] Le Febvre, 116.
[2] Ibid., 113.
[3] Bailleu, Briefwechsel Friedrich Wilhelms III. mit Alexander I., 68.

darauf zielen, Preußen entweder gütlich zu bewegen oder mit Gewalt zu zwingen, mit Oesterreich und Rußland gemeinsame Sache zu machen." Aufs genaueste sollten diplomatische und militärische Maßnahmen ineinandergreifen, um den König solange hinzuhalten, bis die Russen so nahe gerückt wären, daß jeder Gedanke an Widerstand aufgegeben werden müßte. Der listige Anschlag war noch in Dunkel gehüllt, doch Kabinettsrat Beyme, dem Friedrich Wilhelm den Brief des Zaren zeigte, erblickte schon darin eine unerträgliche Drohung, die sich ein ehrliebender Monarch nicht gefallen lassen dürfe, die umgehend mit Zusammenziehung preußischer Regimenter an der russischen Grenze beantwortet werden müsse. Hardenberg sah den Fall weniger ungünstig an. Durch vorsichtige Behandlung, meinte er, werde sich den Gefahren im Osten wie im Westen vorbeugen, das vorteilhafte Uebereinkommen mit Frankreich abschließen und trotzdem auch Rußland bei guter Laune erhalten lassen. Kein Bündnis, aber auch keine kriegerischen Demonstrationen![1]) Hardenbergs Rat schlug durch, die von Gentz verspottete „Delusionsmethode Preußens"[2]) dauerte fort, und Duroc verhandelte noch in Berlin, als im deutschen Süden schon der Krieg begonnen hatte.

Die Verbündeten konnten sich auch der Hoffnung hingeben, Neapel auf ihre Seite zu ziehen. Russische Unterhändler waren seit Mitte Mai thätig, bei Hofe, in der Armee und in Volkskreisen Stimmung gegen Frankreich zu machen: Wenn sich 30 000 Neapolitaner mit den von Malta und Korfu herüberkommenden englischen und russischen Truppen vereinigen würden, wäre es ein leichtes, das Corps Gouvions St. Cyr zu erdrücken. — Der französischen Regierung blieb nicht verborgen, was im Süden der Halbinsel gebraut wurde. Der französische Gesandte d'Alquier suchte der Königin begreiflich zu machen, daß sie sich von den Geschäften zurückziehen sollte, sonst werde Gouvion St. Cyr auf Neapel losmarschieren und den Erbprinzen oder, falls dieser sich nicht darauf einließe, einen spanischen Infanten als König einsetzen. Auch den österreichischen Gesandten Grafen Kaunitz forderte d'Alquier auf, er möge, wenn er sich für die Erhaltung des Lebens der Königin interessiere, der hohen Frau zu einer Luftveränderung raten.[3]) So drohende Späße konnten natürlich den Beitritt Neapels zur Koalition nicht hindern.

So schien sich, Zug für Zug, von Petersburg bis Neapel, das Unternehmen von 1798 zu wiederholen, doch war das Verhältnis der Streitkräfte wesentlich verändert. Das Frankreich von 1805 gebot über weit reichere Mittel, als das Direktorium vor sieben Jahren. Der Kaiser von Frankreich war zugleich der Träger der Krone Italiens, ein großer Teil Westdeutschlands war ihm unmittelbar untergeben, und es gelang ihm auch, die süddeutschen Staaten dienstpflichtig zu machen.

Seit es eine Dynastie Bonaparte gab, ließ sich Napoleon eifrig angelegen

---

[1]) Lehmann, Hardenbergs Memoiren; Sybels Histor. Zeitschr., 39. Bd., 1878, 97.

[2]) Beitrag zur Geschichte des Feldzugs von 1806, aus ungedruckten Papieren des Herrn v. Goertz; Minerva, Jahrg. 1837, II, 49.

[3]) Sorel, VI, 447.

sein, für die Mitglieder seiner Familie „ebenbürtige" Heiraten zu schließen. Schon während des Aufenthalts in Mainz hatte er seinen Gesandten am Münchner Hofe, Herrn von Otto, beauftragt, für seinen ritterlichen Stiefsohn Eugen um die Hand der geistvollen und schönen Prinzessin Auguste, der Tochter des Kurfürsten Max Joseph, anzuhalten. Die Werbung war am Münchner Hofe auf Schwierigkeiten gestoßen; die Prinzessin und ihre Mutter, anfänglich auch der Kurfürst, widerstrebten der Verbindung, obwohl für Beauharnais die Würde eines königlichen Prinzen, für Baiern die Erhebung zum Königreich und jede Vergrößerung, welche Frankreichs Macht zu verschaffen vermöchte, in Aussicht gestellt wurden. Die Furcht vor dem Zorn Rußlands und die Abneigung, als erster das Beispiel einer solchen Verschwägerung zu geben, ließen den Kurfürsten eine ablehnende Haltung einnehmen, während Montgelas dem Heiratsplan, der natürlich auch engsten Anschluß Baierns an Frankreich bedeutet hätte, jeden möglichen Vorschub leistete.[1]) Ueber die Beweggründe spricht er sich in seinen Denkwürdigkeiten offen aus, und seine Worte bilden die bündigste Erklärung für die Rheinbundpolitik aller süddeutschen Kabinette: „Eine Frankreich zugeneigte Politik war bisher den Interessen Baierns jederzeit günstig gewesen, schien auch jetzt mancherlei Aussichten zu öffnen und allein die Möglichkeit darzubieten, einerseits großen Verlegenheiten zu entrinnen, andrerseits erfreulichere Zustände herbeizuführen. Wollte man ferner aus der Vergangenheit auf die Zukunft schließen und mit möglichster Unparteilichkeit die Talente der Feldherrn, wie die Beschaffenheit der Armeen auf beiden Seiten abwägen, so schien der Ausgang des Krieges kaum zweifelhaft; es war mehr als wahrscheinlich, daß sich der Sieg auf die Seite der Befähigung und des Genies neigen werde." Man wird dem nüchternen Staatsmann nicht unrecht geben, man wird nicht tadeln können, daß in einem Augenblick, da alle politischen und staatsrechtlichen Verhältnisse in Fluß geraten waren und eine völlig neue Staatenbildung in Europa in die Wirklichkeit trat, auch von den leitenden Kreisen in Baiern darnach getrachtet wurde, die Kräfte des Staates zu entwickeln und zu steigern. Baiern hatte zu lange befürchten müssen, von seinem mächtigeren Nachbarn verschlungen zu werden, als daß nicht Fürst und Volk das Verlangen empfunden hätten, der Unsicherheit ein Ende zu setzen und ihr Recht auf eigene Stärke zu stützen. Obwohl der französische Gesandte selbst den Heiratsplan für aussichtslos ansah, wollte man ihn in Paris nicht fallen lassen, „da man dort aus Selbstgefälligkeit sehr darauf hielt, kein irgend begonnenes Unternehmen fehlschlagen zu lassen". (Montgelas.)

Schon nach Neujahr 1805 erregte die Ankunft zahlreicher französischer Kuriere in München die Aufmerksamkeit des preußischen Gesandten. Es werde sich wohl, meinte Schladen, um ein Bündnis für den Fall eines Bruches zwischen Frankreich und Oesterreich handeln! Hardenberg hielt die Vermutung für richtig; Baron Cetto in Paris habe zwar auf eine Anfrage Lucchesinis alles abgeleugnet, aber es sei trotzdem nicht daran zu zweifeln, daß zwischen Baiern und Frank-

[1]) Montgelas' Denkwürdigkeiten, 91.

reich bereits ein festes Abkommen getroffen sei.[1]) Dagegen zeigte Montgelas Furcht vor einem Bündnis zwischen Oesterreich und Preußen. „Diese Aeußerungen," schrieb Hardenberg an Schladen, „tragen das Gepräge eines ebenso unfreundlichen, wie unbegründeten Mißtrauens. Ich habe den Grafen Bray längst darüber aufgeklärt, daß unsre Verhandlungen mit dem Wiener Kabinett keine feindliche Spitze gegen Baiern haben. Statt sich nun offen und freundschaftlich gegenüber Preußen auszusprechen, sucht Baiern dem Kurfürsten von Württemberg und anderen Fürsten Argwohn gegen uns einzuflößen, alles nur, um zu bemänteln, daß es mit Frankreich bereits handelseins geworden ist."[2]) Dies war zwar nicht der Fall, allein thatsächlich wurde zwischen Montgelas und Otto darüber verhandelt, wobei schwer festzustellen sein dürfte, welcher von beiden Diplomaten den Anstoß gab. Im Mai wurde dem Kurfürsten der Entwurf eines Vertrags vorgelegt. Darnach sollte Baiern im Fall eines Krieges neutral bleiben dürfen, doch die daran geknüpften Bedingungen machten das Zugeständnis wertlos, denn Baiern sollte nicht bloß die Aufstellung seines Reichskontingents gegen Frankreich verweigern, sondern auch jeden Durchmarsch fremder Truppen hindern; falls Oesterreich die Neutralität des Nachbarstaats nicht anerkennen würde, sollten die bairischen Truppen mit den französischen vereinigt werden; als Entschädigung war die Ueberlassung der österreichischen Besitzungen in Schwaben an Baiern vorgesehen.[3]) Dem Kaiser, schrieb Talleyrand an Otto, ist am Uebereinkommen mit Baiern alles gelegen. „Um den Angelegenheiten Deutschlands eine neue Richtung zu geben, wünscht er den Vertrag, dessen erster Erfolg die Befreiung Baierns von den Ränken Oesterreichs wäre; sie werden sofort aufhören, wenn man weiß, daß Frankreich die Unverletzbarkeit der bairischen Staaten und die genaue Vollstreckung der Bestimmungen des Deputationshauptschlusses verbürgt." Es verdroß Napoleon, daß der zur Krönungsfeier in Mailand geladene bairische Kurprinz erst ein paar Tage später eintraf. „Dieser imbroglio," berichtet Cetto am 2. Juni, „ist übel vermerkt worden." Doch der Glückwunsch des Kurfürsten wurde nichtsdestoweniger mit freudigem Dank und wohlwollenden Verheißungen erwidert.

Obwohl der Boden in Baiern gut vorbereitet war, erlangte die französische Partei — wenigstens nach Montgelas' Versicherung — nur durch die unfreundliche Haltung Oesterreichs und Rußlands das Uebergewicht. Vergeblich bemühte sich der Vertreter Baierns in Wien, Herr von Gravenreuth, von den kaiserlichen Ministern über die schwebenden Verhandlungen aufgeklärt zu werden, ja, der Russe Rasumowsky fertigte ihn mit der schroffen Antwort ab, den kleinen Staaten gezieme es, ruhig die Entschließungen der Großmächte abzuwarten. Der Verdruß über die peinliche Zurücksetzung läßt sich aus den Berichten Gravenreuths an seinen Hof deutlich heraushören. „Jetzt endlich schulde ich meinem Souverän," schreibt er am 10. Juli, „die nackte und unverhüllte Wahrheit ... Ich bin überzeugt, daß diese Monarchie einer schrecklichen Krisis zutreibt. Alle Per-

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Schladen v. 21. Januar 1805.
[2]) Ebenda. Erlaß an Schladen v. 19. März 1805.
[3]) Ledermann, Der Anschluß Baierns an Frankreich im Jahre 1805, 17.

sonen an der Spitze der Regierung sind der tiefsten Verachtung verfallen. Die Unzufriedenheit ist in allen Provinzen der Monarchie allgemein. Jeden Augenblick erhalten wir Nachricht von einem andren Aufruhr, der über das ganze österreichische Land verbreitet ist . . . Die kriegerischen Maßregeln hören nicht auf, werden vielmehr verdoppelt . . . Ich bin fest überzeugt, daß man den Kaiser bei allem Widerstande fortreißen wird. Nach dem Bilde, das ich entworfen habe, läßt sich für die militärischen Operationen kein großer Erfolg erwarten, aber sie werden mächtig genug sein, um Baiern zu verschlingen und in den eigenen Untergang hineinzuziehen. Schon spricht Bürger und Soldat von der Besetzung Baierns ganz offen wie von einem nahen Ereignis." Ohne Zweifel haben die schwarzseherischen oder vielmehr tendenziös gefärbten Berichte Gravenreuths nicht wenig dazu beigetragen, in München für den Anschluß an Frankreich die Bahn zu ebnen. Noch gereizter wurde die Stimmung, als der Wiener Hof die alten Ansprüche auf die böhmischen Kronlehen in der Oberpfalz wieder aufs Tapet brachte. Auch über eine Entschädigung, die der neue Kurfürst von Salzburg auf Grund des Reichsdeputationshauptschlusses von Baiern verlangte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen.

Nach Annahme des Ministers wäre die kaiserliche Regierung besonders deshalb so feindselig aufgetreten, weil sie, durch irrige Behauptungen ihres Münchner Gesandten, des Grafen von Buol-Schauenstein, verleitet, ganz unberechtigt des Glaubens war, Baiern sei nur noch als willenloses Werkzeug Napoleons anzusehen; dagegen habe Max Joseph, als am Krieg schon nicht mehr zu zweifeln war, im Ministerrat noch erklärt, er wolle sich an keine Partei anschließen. Eine Neutralität Baierns war jedoch schon deshalb nicht aufrecht zu halten, weil es der Durchgangspunkt ebenso zum Angriff wie zur Verteidigung war. Ein Austausch hoher Ordensauszeichnungen zwischen den Höfen von Paris und München gab dem Mißtrauen des Wiener Hofes neue Nahrung. Zu Anfang Juli war die Spannung schon so weit gediehen, daß der preußische Gesandte „ein ruhiges Nebeneinander der beiden Nachbarstaaten nicht mehr für möglich" ansah.[1] „Die Kriegsgefahr rückt immer näher," berichtete Schladen am 14. Juli, „die Lage Baierns wird immer kritischer. Das Land ist durch seine geographische Lage in erster Reihe der Gefahr ausgesetzt, der Hauptschauplatz des Krieges zu werden, auch ist es nicht stark genug, um eine Neutralität durchzuführen, und hat zu wenig politische Bedeutung, als daß sein Friedenswunsch die Entschließungen der großen Mächte beeinflußen könnte." Man spreche nur noch vom Krieg und beginne die Wertsachen in sicheren Versteck zu bringen, an den Grenzen wimmle es von österreichischen Truppen, und man könne diese Soldaten offen davon sprechen hören, daß ihnen bessere Quartiere im Baierland schon für die nächste Zeit in Aussicht gestellt worden seien.[2] Während die Franzosen noch in weiter Ferne waren, lagen die Oesterreicher vor der Schwelle, und die Erfahrungen von 1705 und 1742 waren eine ernste Warnung. Aus den Briefen Napoleons an Talleyrand erhellt, welche Wichtigkeit Napoleon einem Vertrag mit Baiern

[1] Preuß. Staatsarchiv. Bericht Schladens v. 2. Juli 1805.
[2] Ebenda. Berichte Schladens v. 14. Juli u. 12. August 1805.

beimaß; sie lassen zugleich ersehen, daß er den Krieg mit Oesterreich zwar noch nicht als unbedingt geboten erachtete, daß er aber entschlossen war, gegebenen Falles nicht länger zu warten, sondern so rasch wie möglich selbst den Kampf zu eröffnen. Nach Unterzeichnung des Vertrags, schrieb er am 16. August an Talleyrand, soll Herr von Otto dem Kurfürsten meine an den Wiener Hof gerichteten Noten mitteilen. „Er soll sodann erklären, daß ich beschlossen habe: wenn der Wiener Hof sich nicht dazu versteht, Tirol zu räumen und die Waffen niederzulegen, hebe ich mein Lager am Ozean auf und marschiere gegen Oesterreich . . . Man darf sich nicht zuvorkommen lassen. Ich werde den größten Teil der in Hannover lagernden Truppen an mich ziehen, und wenn Oesterreich inzwischen nicht abrüstet, werde ich in drei Wochen an der Spitze von 200 000 Mann in Baiern stehen." Die Münchner Nachrichten soll Talleyrand dem Wiener Gesandten zugehen lassen, damit dieser von Cobenzl eine entscheidende Antwort fordert. „Ich kann übrigens kaum glauben, daß die Dinge schon so weit gekommen sind, wie Herr von Otto schreibt. Ich möchte vielmehr annehmen, daß Herr von Montgelas sich in Uebertreibungen ergeht, um sich ein größeres Verdienst beizulegen. Auf diese Meinung bringt mich gerade die Thatsache, daß der Vertrag unterzeichnet wird. Ein Mann von so unschlüssigem Charakter wie der Kurfürst von Baiern, würde das nicht thun, wenn so kräftige Vorbereitungen getroffen wären."[1]) Max Joseph wollte denn auch noch immer nicht auf das Wagnis eingehen. „Ich bin es meinem Volke und meiner Familie schuldig," sagte er noch am 25. August zu Otto, „mich nicht einem so gefährlichen Spiel auszusetzen. Wie könnte ich mich verpflichten, dem Kaiser Truppen zu stellen, da ich nicht weiß, ob mir nach Verlauf von drei Wochen überhaupt noch ein Mann zur Verfügung steht?" Endlich besiegten aber die vereinten Bemühungen des Ministers und des Gesandten den Widerstand. So wurde denn am 25. August im Gartenhaus des Ministers in Bogenhausen bei München ein Vertrag unterzeichnet, wodurch sich Frankreich und Baiern ihren Besitz und wechselseitige Hülfeleistung im bevorstehenden Krieg verbürgten; für den Fall glücklichen Ausganges wurde Baiern eine ausreichende Entschädigung in Aussicht gestellt.[2])

Montgelas schiebt alle Schuld auf das feindselige Verhalten Oesterreichs; den Vorwurf der Bestechung weist er mit dem Bemerken zurück, die französische Regierung sei immer geneigter gewesen, zu nehmen, als zu geben. In bairischen Volkskreisen waren, wie Legationsrat Kaufmann am 19. August an den Berliner Hof berichtete, aufregende Gerüchte über „neue, sehr weitgreifende und ihrer Ausführung ganz nahe seyn sollende Tauschpläne" verbreitet. Frankreich, hieß es, habe, dem alten Wunsche des Wiener Kabinetts entsprechend, zur Abtretung des Inndistrikts und des Erzstifts Salzburg an Oesterreich seine Einwilligung gegeben; dafür sollten der Kurfürst von Salzburg durch den Rest von Baiern, der Kurfürst von Baiern durch den fränkischen Kreis, Preußen

[1]) Corr. de Nap., tom. 11, 97.

[2]) Ledermann, a. a. O., 43. Das Datum des bei Ledermann, 34, mitgeteilten Vertrags wurde auf den 24. August zurückverlegt.

durch Hannover entschädigt werden u. s. w.[1]) Vielleicht hänge damit zusammen, meinte Kaufmann, daß österreichisches Militär in großen Massen an der bairischen Grenze zusammengezogen und die eine und andere Abteilung schon über bairischen Grund und Boden nach Tirol eingerückt sei; andrerseits habe er freilich auch erfahren, daß das Münchner Zeughaus bereits geräumt sei und im Palast des Ministers Montgelas der Hausrat verpackt werde. „So oder so, Baiern geht der ernstesten Zeit seiner Geschichte entgegen."[2])

In peinliche Notlage war auch Kurfürst Friedrich von Württemberg versetzt. Die französische Regierung suchte ihm nicht weniger gebieterisch Freundschaft und Bündnis aufzunötigen, als seinem Nachbar, doch war für ihn die Entscheidung noch mißlicher, weil seine Schwester die Mutter des Zaren war. Es fehlte am Stuttgarter Hofe nicht an gutem Willen, die Werbung Frankreichs abzulehnen. Der stolz auf sein Gottesgnadentum pochende Fürst, den aber sogar ein so strenger Beurteiler der württembergischen Zustände, wie General von Wolzogen, einen thatkräftigen und geistreichen Mann nennt,[3]) hegte nichts weniger als freundliche Gefühle gegen den Emporkömmling Bonaparte, doch alles Widerstreben war umsonst. Die kurfürstliche Regierung selbst erklärt den Umschwung ihrer Politik eingehend in einer nach der Ulmer Katastrophe an den Zaren gerichteten Verteidigungsschrift.[4])

Am 4. Dezember schrieb Kurfürst Friedrich an seine Schwester, nichts sei ihm tröstlicher gewesen, als ihre Versicherung, daß der erhabene Zar das Verhalten der württembergischen Regierung gebilligt habe; er habe sich thatsächlich in so schwieriger Lage befunden, wie kein andrer Fürst; nur die Rücksicht auf sein Land habe ihn bewogen oder vielmehr gezwungen, auf die Seite Frankreichs zu treten.[5]) Geheimrat von Steube sollte in Petersburg selbst noch weitere Erläuterungen geben, doch schon in Berlin erhielt der Gesandte eine Weisung Czartoryskis, der Zar werde den Beamten eines Staates, dessen Truppen gegen Rußland kämpften, niemals empfangen. Alexander hatte also keineswegs die Politik seines Oheims gebilligt. In der Instruktion für Steube wird aufs bestimmteste versichert, die französische Regierung habe dem Kurfürsten einfach nicht gestattet, neutral zu bleiben: es war nur zu wählen zwischen Bündnis und der Drohung, als Feind behandelt zu werden. Der Wiener Hof sei trotz aller Bitten zu keiner Erklärung zu bewegen gewesen und habe sich auf den sonder

---

[1]) Man wäre versucht, zu glauben, daß die Regierung selbst solche Gerüchte verbreitet hätte, um die geängstigte Bevölkerung dem Bündnis mit den Franzosen freundlicher zu stimmen. Dieser Annahme widerspricht jedoch eine Aeußerung Napoleons in einem Briefe an Talleyrand v. 25. August: „Es scheint, daß Herr v. Cetto Furcht hegt, wir hätten uns mit Oesterreich über Abtretung Baierns geeinigt, — beruhigen Sie ihn darüber!" (Corr. de Nap., tom. 11, 141.)

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia. Berichte des Legationsrates Kaufmann v. 19. u. 23. August 1805.

[3]) Memoiren des k. preuß. Generals der Infanterie Ludwig Frhrn. v. Wolzogen, 31.

[4]) Württemberg. Staatsarchiv. Akt, die versuchte Accreditierung des v Steube beim russischen Hof betr. 1805—1806. Beilage zur Instruktion für Geheimrat v. Steube v. 21. Oktober 1805.

[5]) Ebenda. Copie de la lettre de l'Electeur de Wurttemberg à l'Impératrice-Mère de Russie. 4 dec. 1805.

baren Rat beschränkt, der Kurfürst möge sein Land verlassen und seine Truppen insgeheim dem Wiener Hofe zur Verfügung stellen. Wie hätte sich aber dies unter den Augen der fremden Gesandten bethätigen lassen! Wie furchtbar hätte Württemberg den Egoismus seines Landesherrn büßen müssen! Der Kurfürst selbst wäre ein Flüchtling geworden, der sein Vaterland wohl niemals wieder gesehen hätte. Beweise doch das Schicksal des Königs von Sardinien zur Genüge, daß auch die heiligsten Rechte nichts vermögen gegen die Macht der Thatsachen!

Die Rechtfertigung des Kurfürsten entspricht den Thatsachen.[1] Friedrich wollte die Stände des schwäbischen Kreises für das System bewaffneter Neutralität gewinnen und ließ diesen Plan durch seinen Gesandten Mandelsloh dem Karlsruher Hofe vortragen. Kurfürst Karl Friedrich und sein Minister Edelsheim stimmten zu, doch ein Windstoß aus Paris ließ das ganze Kartenhaus zusammenbrechen. Gegen Ende August erlangte der französische Bevollmächtigte am schwäbischen Kreis, Didelot, durch Drohungen und Verheißungen zuerst in Stuttgart die Zusage, daß sich der Kurfürst auf seiten Frankreichs stellen wolle, wenn sein Land gegen Oesterreichs Rache hinlänglich gesichert werde. Dann unterhandelte Didelot mit dem greisen Karl Friedrich in Karlsruhe, als plötzlich ein Kammerherr Napoleons, General Thiard, eintraf und umgehend die Vereinigung der badischen Truppen mit den französischen verlangte.

Da war ein Zurückweichen einfach nicht möglich. Zum Trieb der Selbsterhaltung gesellte sich der Drang nach Ausbreitung des Besitzes. Der badische Staat hatte durch den Deputationshauptschluß den deutsch gebliebenen Teil der Pfalz mit den ehemaligen Hauptstädten Heidelberg und Mannheim erworben. Damit war ihm die schwere Aufgabe zugefallen, die in Sprache, Sitte und Bekenntnis gegensätzlichen pfälzischen Gebiete mit den altbadischen zu einem einheitlichen Staatskörper zu verschmelzen. Das war nur möglich, wenn auch das schöne Land, das zur Zeit noch die Verbindung der Ober- und Unterlande unterbrach, als notwendiges Ergänzungsglied eingefügt wurde. Das Streben nach der gebotenen Abrundung mußte also die Bereitwilligkeit steigern, auf Napoleons Wünsche einzugehen und sich dadurch Anspruch auf dessen Dankbarkeit zu verdienen.[2] Auch die wohlhabende Reichsstadt Frankfurt wäre für den Nachbarstaat ein schätzbarer Gewinn gewesen. Es war bekannt, daß Napoleon eine gewisse Abneigung gegen diese Stadt hegte, weil er sie als Herd feindseliger Umtriebe ansah, denn wenn auch die amtlichen Publikationen von Verehrung des gefürchteten Kaisers trieften, war doch nicht zu verhindern, daß hie und da auf Anstiften Englands eine Schmähschrift gegen Napoleon in Frankfurt gedruckt wurde. Der Sachwalter des Stadtrates, Abel, hatte schon während der Tagung der Reichsfriedensdeputation alle Hebel in Bewegung setzen müssen, um die Unabhängigkeit der Reichsstadt zu retten.[3] Nun tauchte in einer Denkschrift des badischen Geheimrats Herzog vom 8. Dezember der Gedanke auf: Kurfürst Karl Friedrich soll, da ein geistlicher Kurerzkanzler im Hinblick auf

[1] E. Schneider, Württembergische Geschichte, 426.

[2] Nebenius, Karl Friedrich von Baden, 231.

[3] Kracauer, Die letzten Jahre der reichsstädtischen Zeit Frankfurts von 1803—1806; Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 3. Folge, Jahrg. 1901, 260.

das Säkularisationsprinzip als widersinnig erscheinen und auf die Dauer nicht zu halten sein wird, als Bewerber um die Erzkanzlerwürde auftreten und als Dotation die Stadt Frankfurt begehren. Da aber Napoleon nicht die Absicht hatte, die Reichsverfassung noch lange fortbestehen zu lassen, war der Plan vorerst nicht durchzuführen. Nach Stiftung des Rheinbunds wurde er von badischer Seite wieder aufgegriffen und zwar auf unmittelbares Betreiben eines Teiles der Frankfurter Kaufmannschaft selbst, konnte aber auch diesmal nicht durchgesetzt werden.[1]) Erst nachdem der Bundesvertrag mit Frankreich (5. September) schon unterzeichnet war, knüpften die Ostmächte Unterhandlungen an, die aber nur noch nutzlose Beteuerungen friedfertiger Absicht und freundschaftlicher Ergebenheit erzielen konnten.[2])

Zäheren Widerstand setzte Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt noch eine Zeitlang der französischen Werbung entgegen. Auch die kleineren Reichsstände führten noch die Pflicht gegen Kaiser und Reich im Munde, aber sie konnten, da ihnen das ohnmächtige Reich keinen Schutz zu bieten imstande war, in einer Zeit, da Recht und Moral sozusagen verhüllt und vertagt waren und jeder nur seinen Vorteil auf Kosten des anderen erstrebte, die aufgezwungene Hülfe des mächtigeren Gönners nicht von sich weisen. Zur vollen Schuld fehlt die Voraussetzung des freien Willens. „Man darf den Fürsten und ihren Räten nicht mehr zum Vorwurf machen, daß sie gehandelt haben, wie sie mußten; unverzeihlich wäre es erst gewesen, wenn sie sich *nicht* von den zur Lüge gewordenen Formen und Forderungen des alten Reiches losgesagt, wenn sie sich zu den Don Quichottes des heiligen römischen Reiches deutscher Nation hätten machen wollen. Sie haben nur gethan, was vernünftig war, sie haben die Pflicht gegen ihr Land erfüllt und sein Dasein gerettet, indem sie die Hand der Eroberer ergriffen, von denen ihre Vernichtung oder Erhöhung abhing.“[3])

---

[1]) Obser, Frankfurt u. Baden 1805—1806; Archiv f. Frankfurts Geschichte u. Kunst, 3. Folge, Jahrg. 1901, 317.

[2]) Obser, Polit. Korrespondenz Karl Friedrichs, V, Einl., XXXV.

[3]) M. Lenz, Ein deutscher Kleinstaat in der französischen Revolution; Preuß. Jahrbücher, 70. Bd., 1892, 673.

Vierter Abschnitt.

Der Kriegsplan Napoleons. Die Entscheidung am bairischen Hofe. Bertrand und Schwarzenberg in München. Die Kriegserklärung. Preußen und die kriegführenden Mächte. Die Franzosen in Süddeutschland. Der Marsch Bernadottes durch Ansbach. Der Systemwechsel in Preußen. Der Kampf um Ulm. Napoleon in München. Die Schlacht bei Trafalgar. Die Monarchenzusammenkunft in Potsdam. Die Franzosen in Wien. Der Feldzug in Mähren. Die Schlacht bei Austerlitz. Waffenstillstands- und Friedensunterhandlungen. Haugwitz in Brünn und Wien. Das Bündnis Frankreichs mit den süddeutschen Staaten. Das Ende der Reichsritterschaft. Der Friede von Preßburg.

Längst ist die Annahme widerlegt, daß Napoleon erst im August 1805, erst infolge der Erkenntnis, daß er auf die notwendige Unterstützung der Landung in England durch die französische Flotte verzichten müsse, den Plan eines Krieges auf dem Festland ins Auge gefaßt und den Zug von Boulogne an die Donau gewissermaßen als Extemporale ausgeführt habe.[1]) Wie wir sahen, machte er sich schon weit früher, schon seit Februar 1805, mit dem Gedanken vertraut, gegebenen Falles mit Oesterreich abrechnen und für diesen Kampf sich ebenso rüsten zu müssen, wie für den Ueberfall Englands. Die ersten Bewegungen des Feldzuges von 1805 hätten sich unmöglich so rasch und sicher vollziehen lassen, wenn nicht längst die erforderlichen Vorbereitungen getroffen worden wären. Napoleon hatte zwei Eisen ins Feuer gestellt; dem Schicksal blieb überlassen, welches von beiden in Dienst zu nehmen wäre: wo sich die günstigere Aussicht auf Erfolg darbieten würde, da sollte losge-

---

[1]) Die Erzählung des Generalintendanten Daru, daß ihm Napoleon in Boulogne den ganzen Plan für den Donaufeldzug in einem Zuge in die Feder diktiert habe, wird in der jüngsten Publikation des französischen Generalstabs über den Feldzug von 1805 zwar mitgeteilt, aber es wird ihr offenbar keine Bedeutung beigemessen (Alombert et Colin, La campagne de 1805 en Allemagne, I, 327).

schlagen werden! „Ich habe mich," so schildert er selbst einmal den Entwicklungsprozeß seiner Thaten, „niemals darauf gesteift, die Umstände nach meinen Ideen zu lenken, im allgemeinen ließ ich mich von den Umständen bestimmen. Wer kann im voraus einstehen für unvermutete Zufälle? Wie oft mußte ein vollkommener Wechsel eintreten! Ich habe mich weit öfter mit allgemeinen Grundsätzen begnügt, als daß ich mich an feste Pläne gebunden hätte!"

Zur Landung in England war für den Monat Juli alles vorgesehen. Ein feindliches Eindringen in England war mit unermeßlichen Gefahren verbunden. Trotzdem wollte sich Napoleon — es läßt sich daran kaum zweifeln — auf das Wagnis ozeanischer Politik einlassen. England sollte auf seinem eigenen Element geschlagen werden; erst dann konnte er darauf rechnen, seine weitreichenden orientalischen Pläne durchzusetzen. Um „in einer Person der Achilles, der Merkur und der Proteus der modernen Welt zu werden",[1]) war er entschlossen, seinen Ruhm, seine Krone, seine Existenz aufs Spiel zu setzen.[2]) Die Einschiffung der Truppen konnte vor sich gehen, sobald die französisch-spanische Flotte eintraf, um das unter allen Umständen gefährliche Unternehmen zu decken. „Vereinigen Sie sich mit den spanischen Schiffen in Cadix!" schrieb Napoleon an Admiral Villeneuve am 26. Juli — noch heute fühlt sich der Leser unmittelbar berührt vom Feueratem dieser Befehle — „laden Sie dort die Kranken ab, halten Sie sich aber höchstens vier Tage auf, dann steuern Sie nach Ferrol und vereinigen sich mit 15 Schiffen auf der dortigen Rhede, dann eilen Sie mit der gesammten Flottenmacht nach Brest und von da nach Boulogne! Wenn Sie mich nur für den Zeitraum von drei Tagen zum Herrn des Kanals machen, werde ich mit Gottes Hilfe dem Geschick und der Existenz Englands ein Ende setzen! . . . Ich zähle auf Ihren Diensteifer, auf Ihre Vaterlandsliebe und auf Ihren Haß gegen England, das uns seit vierzig Menschenaltern geknechtet hat, das aber jetzt durch ein Bischen Mut und Ausdauer von Ihrer Seite für immer in die Reihe der kleinen Mächte herabgedrückt werden soll! 150 000 Mann in vollständiger Ausrüstung stehen in Boulogne, Etaples, Wimereux und Ambleteuse bereit zur Einschiffung in 2000 Fahrzeuge der Flotille, die trotz der englischen Kreuzer eine einzige Querlinie bildet von Etaples bis zum Kap Grisnez. Ihr Erscheinen macht uns, wenn kein Zwischenfall eintritt, zum Herrn von England!"[3]) Das ist nicht die Sprache eines Mannes, der nur ein Scheinmanöver im Schilde führt! Die Landung in England stand herrschend im Vordergrund seiner Gedanken, doch gleichzeitig setzte er die Bemühungen fort, Preußen und andere deutsche Staaten zu Bundesgenossen in einem Festlandskriege gegen Oesterreich zu gewinnen. Er selbst will in Boulogne inmitten seiner Armee der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen; er will dort abwarten, was die Kuriere aus Cadix und Brest, Wien und Berlin bringen! Er schlägt

[1]) Rose, Napoleon I., übersetzt v. K. W. Schmidt, I, 494.

[2]) Auch Keßler, Beiträge zum Beginn des Krieges von 1805 (1907), 25, vertritt die Auffassung, daß Napoleon bis zum 23. August ernstlich die Landung in England beabsichtigt habe; für den Krieg mit Oesterreich sei zwar schon seit Februar gerüstet worden, doch habe er nur in zweiter Linie gestanden.

[3]) Corr. de Nap. I., tom. 11, 43.

Talleyrand vor, einen Ordensaustausch mit Oesterreich in Scene zu setzen; damit sei Gelegenheit geboten, die Stimmung des Wiener Hofes zu ergründen und ihn über die Absichten Frankreichs zu beruhigen.[1]) Am 3. August schickt er an Talleyrand den Entwurf der Ansprache, die der Minister an Cobenzl in Wien richten soll: „Die Dinge sind auf einem Punkte angelangt, wo freundschaftliche Versicherungen nichts mehr bedeuten! ... Es ist für den Kaiser unmöglich, zu einem Frieden mit England zu gelangen, wenn nicht auch Oesterreich aufrichtig den Frieden will! Wenn also Herr von Larochefoucauld die Zusicherung erhält, daß die (Italien bedrohenden) Truppen in ihre Garnisonen nach Ungarn und Böhmen zurückkehren sollen, gut! dann wird der Kaiser an die Friedensliebe Oesterreichs glauben; wenn aber immer wieder Truppen ausgesendet und Magazine errichtet werden, muß der Kaiser annehmen, daß Oesterreich den Krieg will; dann wird es ihm nicht mehr möglich sein, seinen Seekrieg auszuführen, dann wird er, um Oesterreich zur Nachgiebigkeit zu zwingen, seine Armeen marschieren lassen!"[2]) Napoleon hofft noch auf eine günstige Wirkung seiner Drohung; er denkt noch immer in erster Reihe an England. „Das letzte Stündlein für England hat geschlagen," prahlt er, „wir haben die Niederlagen von Poitiers, Crecy und Azincourt zu rächen! Vor 500 Jahren haben die Engländer in Paris ihre Herrschaft aufgerichtet. ... Und heute sind sie die Herren der Welt! Aber in einer einzigen Nacht kann man sie aus ihrer Stellung verdrängen! Sie haben einst Frankreich unter einem verrückten König eingenommen: wir wollen jetzt England unter einem wahnsinnigen König erobern! ... Wenn wir nur zwölf Stunden lang den Uebergang beherrschen, hat England aufgehört zu sein!" — Günstige Nachricht ist eingetroffen. Villeneuve hat im Busen von Biscaya das englische Geschwader unter Calder zum Rückzug genötigt, die Vereinigung mit der spanischen Flotte ist gelungen, 35 große Kriegsschiffe sind auf der Rhede von Ferrol versammelt. „Die Offiziere, die Matrosen sind ausgezeichnet," schreibt General Lauriston, den Napoleon mit der Beobachtung des Admirals betraut hat, „aber Villeneuve ist weich, ohne Entschlossenheit, ohne Kühnheit!" ... Wird sich der Vorsichtige zur Höhe des Wagemutes seines Herrn aufschwingen? wird er rechtzeitig eintreffen, um das große Werk zu ermöglichen? Diese Fragen beschäftigen unablässig den Geist Napoleons. Die Tage vom 9. bis 12. August bilden den Höhepunkt der Krise. Die Nachricht, daß Villeneuve, statt nach Brest weiterzufahren, aus Furcht vor der englischen Flotte in den Hafen von Cadix zurückgekehrt sei, bringt die Wende. Am 12. August gibt sich Napoleon vor Cambacerès zwar noch den Anschein, als glaube er an einen glücklichen Erfolg seiner Flotten, bemerkt aber schon: „Die Artikel im Moniteur werden Sie nicht mehr daran zweifeln lassen, daß der Krieg mit Oesterreich bevorsteht. Thatsache ist, daß es rüstet; ich will aber, daß es abrüste, und wenn es sich nicht fügt, werde ich ihm mit 200000 Mann einen freundlichen Besuch abstatten, an den es sich noch lange erinnern wird. Indessen sollen Sie, wenn man Sie frägt, vorerst

[1]) Fournier, Zur Textkritik der Korrespondenz Napoleons I., 52.
[2]) Ebenda, 56.

noch erklären, daß Sie nicht an den Krieg glauben, und zwar hauptsächlich deshalb nicht, weil ich mich rechtzeitig dazu entschlossen habe. Es wäre ja auch in der That ein wahnsinniges Beginnen, mit mir Krieg anzufangen, denn es gibt in Europa keine so wunderbare Armee, wie die meinige!“[1]) „Nun ist mein Entschluß gefaßt!“ schreibt er Tags darauf an Talleyrand, „ich will Oesterreich angreifen und noch vor November in Wien eintreffen, um den Russen die Stirn zu bieten, wenn sie es wagen, sich zu stellen!“[2]) Vielleicht, meint er, werde sich mit Oesterreich doch noch ein Abkommen treffen lassen; der Wiener Hof sei ja nur überrumpelt worden durch russische Umtriebe; er werde es sich zweimal überlegen, auf so gewagtes Spiel einzugehen! „Wenn aber Ihr Kaiser,“ so soll Talleyrand zu Cobenzl sagen, „wirklich den Krieg will, wird er das Weihnachtsfest sicherlich nicht in Wien feiern.“ Nur eine vierzehntägige Frist soll bewilligt werden; nach ihrem Ablauf wird Napoleon das Lager von Boulogne aufheben. Baiern soll auf alle Fälle zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten angehalten werden. „Ich will nicht dulden, daß es neutral bleibt!“ Mit Württemberg, mit Baden soll es ebenso gehalten werden. Er selbst will nach dem Siege vom rechtsrheinischen Deutschland nichts behalten; es soll allen Deutschen klar werden, daß niemand anderer Schuld trägt an der allgemeinen Beunruhigung, als „jenes Knochengerippe von Franz, den nur das Verdienst seiner Ahnen auf den Thron gesetzt hat!“

Brief auf Brief diktiert der Unermüdliche, „der alle Dinge dieser Welt auf einmal sah, während die anderen sie nur nacheinander und nur ihre gefärbten Schatten sahen“. (Heine.) Viele hundert längere und kürzere Schriftstücke sind aus dem Lager von Boulogne in den kritischen Tagen in alle Teile der Welt versendet worden. Die verschiedenartigsten Fragen sind eingehend behandelt, allen in Betracht kommenden Bedürfnissen wird Rechnung getragen, an alles denkt er, für alles sorgt er, bei allem zieht er schon die künftige Entwickelung in Betracht. Nur wenn man diese unvergleichliche Rührigkeit würdigt, begreift man das Wort Napoleons: „Das Genie, das ist der Fleiß des Menschen“ . . .

Endlich war nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Hoffnung auf ein kühnes Hervorbrechen Villeneuves aufgegeben werden müsse. Nun treten die Umrisse des Planes, wie er den Feldzug gegen Oesterreich ins Werk setzen will, und wie er ihn thatsächlich später ausgeführt hat, immer deutlicher hervor. „Schließen Sie so bald wie möglich das Bündnis ab,“ schreibt er an Duroc nach Berlin, „ich werde es genau so machen, wie der große Friedrich bei Eröffnung seines ersten Krieges!“ Er hatte sich entschlossen, angriffsweise vorzugehen und zwar den Hauptangriff an die Donau zu verlegen; hier sollte wenn möglich mit Uebermacht in den Kampf eingetreten werden; am Po wollte er sich mit Verteidigung begnügen. „Ich habe Eurer Majestät schon mitgeteilt,“ schreibt er an Friedrich Wilhelm, „was ich dem Wiener Hofe erklären ließ: wenn er nicht unverzüglich seine Truppen in die Friedensgarnisonen zurückruft,

[1]) Fournier, 79.
[2]) Ebenda, 80.

will ich bald selbst mit mehr als 100000 Mann nach Baiern kommen!“[1]) Marschall Marmont wird angewiesen, die in Holland stehenden Franzosen auf das erste gegebene Zeichen auf dem Rhein einzuschiffen. Bernadotte soll, „wenn der Fall eintritt“, Hannover räumen und sich mit der Hauptarmee in Süddeutschland vereinigen. Am 25. August hält er „den Fall schon für eingetreten“. „Alle Nachrichten, die ich durch meine Kuriere erhalte,“ schreibt er an Berthier, „lassen es mir geraten erscheinen, keinen Tag mehr zu verlieren: der entsprechende Augenblick ist gekommen!“[2]) „Ich habe begonnen, mich in Bewegung zu setzen,“ schreibt er an Talleyrand, „jetzt muß ein Wechsel in unsrem Verhalten eintreten; jetzt gilt es, nicht mehr Kühnheit zu zeigen, sondern verzagt zu scheinen, damit wir für unsere Vorbereitungen Zeit gewinnen. Ich brauche noch einen Aufschub von zwanzig Tagen; ich muß die Oesterreicher vom Uebergang über den Inn zurückhalten, bis ich den Rhein überschritten habe. . . . Ich hätte niemals geglaubt, daß die Oesterreicher so entschlossen auftreten würden; sie vermuten offenbar nicht, wie schnell ich meine 200000 Mann herumschwenken werde!“ In tiefstem Geheimnis erhalten die einzelnen Divisionen genaueste Marschbefehle. Für Nachschub von Reserven, Transport von Lebensmitteln, Errichtung von Verpflegsstationen und Magazinen werden alle Maßnahmen getroffen.

Der Umschwung in Napoleons Kriegsplänen blieb wenigstens für die diplomatische Welt nicht lange Geheimnis. In St. Cloud, schrieb Hardenberg am 26. August an Graf Keller, werde offen davon gesprochen, daß Napoleon die große Seeexpedition aufschieben und sich zunächst gegen Oesterreich wenden wolle. Der kaiserliche Gesandte habe kein Glück mehr mit seinen friedlichen Versicherungen. „Wie paßt,“ soll Talleyrand zu ihm gesagt haben, „die friedliche Sprache Ihrer Regierung zu der Thatsache, daß man überall auf Vorbereitungen zum Krieg stößt?“ Um sich als passender Vermittler zwischen Rußland und Frankreich einzuführen, müßte Oesterreich das Beispiel Preußens nachahmen, das die feierliche Erklärung abgegeben habe, in keinem Fall die Waffen gegen Frankreich zu ergreifen! „Eine solche Erklärung haben wir freilich nie gegeben,“ versichert Hardenberg dem Gesandten, „meine friedlichen Zusicherungen gegenüber Frankreich sind immer von der Bedingung ausgegangen, daß die Neutralität Norddeutschlands durchaus respektiert wird!“[3])

Am 4. September richtete der Württemberger Seckendorff, der allein von allen Reichstagsgesandten während der Ferien in Regensburg zurückgeblieben war, an Baron Hügel die Anfrage, ob „der mittägliche Teil des Reiches unter einer ihm so fremden Fehde Leiden ausgesetzt sein soll?“ Hügel gab eine beruhigende Antwort: wenn auch die französischen Truppenverschiebungen an der venetianischen Grenze dazu angethan seien, Argwohn wachzurufen, werde der Friede trotzdem sicherlich erhalten bleiben. Freilich sei dies nur seine persönliche Ansicht; eine amtliche Nachricht habe er nicht erhalten. Uebrigens sei es nicht mehr als billig,

[1]) Fournier, 116.

[2]) Ebenda, 135.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches des et aux comtes de Finckenstein et Keller. Erlaß v. 26. August 1805.

Vertrauen gegen Vertrauen zu fordern: Aus welchem Grunde werde denn in den letzten Wochen zwischen den mittäglichen Kurfürstentümern mit so ungeheurem Eifer geheime Verhandlung gepflogen?[1]) Auf diese Frage war hinwieder Seckendorff „von Amts wegen nicht informiert". Mitteilsamer waren die französischen Gesandten Bacher und Hedouville. Bacher machte schon in den letzten Tagen des August vor dem preußischen Legationsrat Kaufmann, der sich auf der Durchreise nach Berlin ein paar Tage in Regensburg aufhielt, kein Hehl daraus, daß er die Lage als eine verzweifelte, den Krieg als bevorstehend ansehe. „Die Rüstungen des Wiener Hofes dauern unvermindert fort, eine ungeheure russische Streitmacht ist im Anmarsch begriffen, — da kann sich Napoleon unmöglich der Gefahr aussetzen, daß ihm Oesterreicher und Russen unversehens in den Rücken fallen!"[2]) Bei alledem fuhren aber die Vertreter der feindlichen Mächte fort, in freundschaftlichster Weise miteinander zu verkehren. Die Bürger von Regensburg hielten den Frieden für gesichert, weil Hedouville zur Einweihung seines neu eingerichteten Quartiers an alle Kollegen Einladungen ergehen ließ und Baron Hügel noch im September als Gast in Bachers Landhaus vor der Stadt verweilte.[3])

Die Spannung zwischen Oesterreich und Baiern hatte sich im Laufe des Sommers noch gesteigert; bei Herannahen des Herbstes war am Ausbruch von Feindseligkeiten nicht mehr zu zweifeln. Am Bodensee, in Tirol und am Inn waren österreichische Truppen angehäuft; seit 1. September waren sie auf den Kriegsfuß gesetzt. Die im Lande zerstreuten bairischen Heeresabteilungen hätten durch einen raschen Ueberfall ohne Kampf und Opfer unschädlich gemacht werden können. Ein zeitgenössischer militärischer Kritiker des Feldzuges von 1805 erblickt geradezu den verhängnisvollsten Fehler der österreichischen Kriegführung darin, daß sie die Gelegenheit versäumte, die bairischen Truppen zu entwaffnen und den Kurfürsten gefangen zu nehmen, daß auch die weite Entfernung der Franzosen, die doch erst von Boulogne herabziehen mußten, nicht auf entsprechende Weise ausgenützt wurde: „Niemals hat eine Macht unter glücklicheren Umständen den Krieg begonnen, niemals hat eine Macht diesen Glücksfall unverantwortlicher unbenützt gelassen!"[4]) Auch G. H. Heinse schiebt alles spätere Mißgeschick der Oesterreicher auf den Fehler, daß sie die bairische Armee entkommen ließen, obwohl sie selbst sogar zu früh in Baiern eindrangen. „Die Oesterreicher haben sich zu früh, die Russen zu spät in Bewegung gesetzt." Brody und Boulogne sind ziemlich gleich weit von Braunau entfernt: wie rasch, stark und geschlossen zogen die Franzosen heran, wie langsam, schwächlich und verzettelt die Russen! Das rasche Vorrücken der Oesterreicher aber wäre nur dann erlaubt gewesen, wenn die volle Gesamtkraft ihrer Heere schlagfertig gewesen wäre, — wie weit waren sie aber davon entfernt![5])

---

[1]) Württemberg. Staatsarchiv. Acta comitialia. Bericht Seckendorffs v. 4. September 1805.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia. Bericht Kaufmanns v. 30. August 1805.

[3]) Ebenda. Berichte Kaufmanns v. 2. u. 9. September 1805.

[4]) Réflexions d'un militaire sur les évènements de la dernière guerre (Cologne 1806), 26.

[5]) (G. H. Heinse) Der letzte Krieg, die Schlacht bei Austerlitz, der Friede zu Preßburg und Frankreichs und Preußens Politik, freimüthige Aeußerungen von einem Weltbürger (Jever, 1806), 34.

Am 1. September traf Napoleons Adjutant, General Bertrand, in München ein. Die Diplomaten wollten die Erklärung, daß Bertrand nur beabsichtige, die Stadt München kennen zu lernen, natürlich nicht gelten lassen, und obwohl auch Max Joseph dem Grafen Buol versicherte, er habe mit dem Franzosen nichts zu verhandeln, denn für ihn gebe es keine andere Politik, als strikte Neutralität, glaubte alle Welt, daß der Vertraute Napoleons politische Aufträge gebracht habe.[1]) Die Annahme war auch richtig. Wir kennen heute den Brief des Kaisers, den Bertrand zu übergeben hatte.

Der französisch-bairische Bundesvertrag vom 25. August war noch immer nicht ratifiziert, ja, Herr von Otto hatte alle Mühe gehabt, den weichen, jedem Einfluß zugänglichen und von seiner Gemahlin ängstlich gemachten Kurfürsten bei seinem Entschluß, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen, festzuhalten.[2]) Kurfürstin Karoline war eine von den vielbewunderten Prinzessinnen von Baden, welche die Throne von Rußland, Schweden und Baiern bestiegen hatten und sich ebenso durch leidenschaftliche Abneigung gegen Frankreich, wie durch ihre Schönheit auszeichneten.[3]) Nun wählte Napoleon ein eigentümliches Mittel, um sich der Treue des unzuverlässigen Bundesgenossen zu versichern: er machte ihn zum Vertrauten seines noch in Geheimnis gehüllten Angriffsplanes. Da Baiern, schrieb er an Max Joseph, durch die Truppenansammlung Oesterreichs so gefährlich bedroht werde, wolle er sein Seeprojekt aufgeben und sich gegen Oesterreich wenden. „Ich selbst gedenke den Oberbefehl zu übernehmen und werde noch im Laufe des September bei Eurer Durchlaucht eintreffen. Ich kann Ihnen keinen stärkeren Beweis meines Vertrauens geben, als daß ich Ihnen dieses Geheimnis anvertraue, das noch keinem von meinen Ministern bekannt ist, das nur noch mein eigenster Gedanke ist! Oesterreich wird zu spät die falschen Schritte bereuen, zu denen man es verleitet hat. Baiern wird die Machtvergrößerung und den Glanz gewinnen, den es der alten Freundschaft Frankreichs und der gegenwärtigen Politik meines Kaisertums zu verdanken haben wird!" Der Kurfürst möge sich vor der Welt friedliebend zeigen, wie immer, in der Stille aber die für den Durchmarsch der französischen Armee erforderlichen Vorkehrungen treffen. „Ich wünsche, daß Ew. Durchlaucht über meine Nachrichten mit niemand reden, auch nicht mit Ihren Ministern. Es ist ein Geheimnis, das ich Ihrer Ehre anvertraue. Ew. Durchlaucht können unter allen Umständen ohne Furcht und Sorge schlafen gehen . . ."[4])

Trotz des schmeichelhaften Beweises des kaiserlichen Vertrauens war jedoch Max Joseph noch immer unschlüssig, ob sich der vielleicht voreilig eingeschlagene Weg empfehle oder nicht. Als Otto auf Unterzeichnung des Vertrages drang, schrieb ihm der Kurfürst: „Die Oesterreicher haben schon die Brückenkähne bereit gestellt, um den Inn zu überschreiten! Ich muß jeden Augenblick auf ihren Einfall in Baiern gefaßt sein. Dann wird Buol an mich die Frage richten,

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta, betreffend den Schriftwechsel mit Baron v. Schladen zu München. Bericht Schladens v. 9. September 1805.

[2]) Ledermann, 43.

[3]) Thiers, VI, 60.

[4]) Corr. de Nap., tom. 11, 138.

ob ich mich für oder gegen Oesterreich erklären will, und wenn ich antworte, daß ich einen Vertrag mit Frankreich abgeschlossen habe, sind meine Truppen und mein Land verloren. . . ." Wenn es nach dem Willen des Kurfürsten gegangen wäre, hätte sich der Bund mit Frankreich vermutlich wieder gelöst, doch Montgelas und der aus Wien berufene Gesandte Baron Gravenreuth steuerten auf eigene Verantwortung im neuen Kurs weiter. Auf ihr Betreiben wurden die Vorkehrungen getroffen, um das bairische Militär sicher zu stellen. Die Besatzungen erhielten Befehl, sich marschfertig zu halten, die Reserven wurden einberufen, Geschütze und Troß nach Würzburg befördert. Als der preußische Gesandte den Minister fragte, wie denn eine so erhebliche Verstärkung des bairischen Kontingents mit der Absicht strenger Neutralität in Einklang zu bringen sei, antwortete Montgelas: „Von Oesterreich muß man sich immer des Schlimmsten versehen! . . . Auch wenn man gut Freund mit ihm ist, kann man nur unter Deckung durch eine ansehnliche Truppenmacht auf anständige Behandlung hoffen!" Der Kurfürst wurde noch unruhiger, als am 6. September unmittelbar nach Bertrands Abreise ein Vertrauensmann des Kaisers Franz, Fürst Schwarzenberg, in München eintraf. „Er war damals Vicepräsident des Hofkriegsrates," spottet Montgelas in seinen Memoiren, „seither sahen wir ihn die Rolle eines europäischen Agamemnon spielen und ungeheure Erfolge gewinnen, ohne daß er sich doch eigentlich militärischen Ruf erwerben konnte!"[1]) Die kaiserliche Regierung, so war in der „Punktazion" für Schwarzenberg vom 3. September ausgeführt, könne leider kaum noch daran zweifeln, daß Baiern seine Truppen an Frankreich überlassen wolle; dieser verräterische Abfall müsse auf jede Weise verhindert werden, sogar im eigenen Interesse Baierns, das sonst nur noch als Entschädigungsobjekt angesehen werden könnte. Aber auch um den Kurfürsten gegen die Rache Frankreichs zu decken, soll ein österreichisches Corps in Baiern einrücken, es sei denn, daß der Kurfürst sich sofort freiwillig zu geneigten Diensten verstehe, wofür der Kaiser seine uneigennützige Denkungsart dankbar an den Tag legen würde.[2]) In München erzählte man sich später, der kaiserliche Gesandte sei nach seiner Ankunft unverzüglich im Reisekleid, die Reitpeitsche in der Hand, vor den Kurfürsten getreten, um in trotzigem Tone die Forderung des Wiener Hofes zu verkünden. Das ist eine Legende. Weder in den ausführlichen Berichten des Preußen Schladen, der am kritischen Tage im Schloß zu Nymphenburg verweilte, noch in Montgelas' Denkwürdigkeiten wird das Auftreten Schwarzenbergs als ungebührlich oder auffällig geschildert. Ein von ihm überreichter Brief des Kaisers enthielt in freundschaftlichem Tone die Versicherung, daß Oesterreich niemals eine Gebietserweiterung auf Kosten Baierns anstreben werde, aber freilich müsse der Kurfürst, wenn er sich nicht freiwillig fügen wolle, aus politischen und militärischen Gründen zum Anschluß an Oesterreich gezwungen werden.[3]) Auch mündlich eröffnete Schwarzenberg, der Kaiser

[1]) Montgelas, Denkwürdigkeiten, 101.

[2]) K. u. k. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv. Punktazion für den Herrn Feldmarschallleutnant u. Vicepräsident des Hofkriegsrats v. Schwarzenberg vom 3. September 1805.

[3]) Der Brief des Kaisers ist abgedruckt in Häberlins Staatsarchiv, Jahrg. 1805, 219. Vgl. Bitterauf, 173.

sei bereit, die Sicherheit und Integrität Baierns zu gewährleisten, müsse aber auf Vereinigung der bairischen Truppen mit den österreichischen bestehen, und zwar müßten sie in einzelne Abteilungen der Koalitionsarmee aufgelöst werden. Er, Schwarzenberg, sei beauftragt, ein Ja oder Nein zu fordern; die kaiserliche Armee warte nur noch auf des Kurfürsten Entscheidung, dann werde sie als Freund oder Feind die Landesgrenze überschreiten.

Der Kurfürst stellte bis zum Abend eine bündige Antwort in Aussicht. Zu Schladen sagte er im Laufe des Tages: „Wissen Sie, wie ich mich verhalten soll, — ich weiß es nicht!" — Eine Weigerung auf Schwarzenbergs Forderung einzugehen, mußte unvermeidlich die Besetzung und Ausplünderung Baierns nach sich ziehen, und nicht geringere Besorgnis flößte die Nachricht ein, daß die ersten Russen unter Kutusow schon in Galizien eingetroffen seien; andrerseits setzte der Kurfürst, wenn er die Anträge Oesterreichs annahm, sich und sein Land dem Zorn des siegreichen Frankreichs aus. Ueberdies befand sich Kurprinz Ludwig zur Zeit auf französischem Boden; wenn sich der Vater für Oesterreich erklärte, war die Sicherheit des Sohnes gefährdet.[1]) Und während Kaiser Franz für Freundschaft und Bündnis nur im allgemeinen dankbare Dienste in Aussicht stellte, erklärte sich Napoleon zu ansehnlicher Vergrößerung Baierns bereit. Immerhin aber war dies nur ein Wechsel auf die Zukunft; Baiern konnte vernichtet werden, ehe die Franzosen hilfreiche Hand bieten konnten. Die nächste Gefahr drohte von Oesterreich; deshalb wollte der Kurfürst, um sie abzuwenden, alle anderen Rücksichten opfern; er entschloß sich zur Annahme der österreichischen Anträge und gab Schwarzenberg die gewünschte Zusage. Nun warf aber Montgelas seinen ganzen Einfluß in die Wagschale. Er forderte seine Entlassung; Max Joseph wagte nicht, ihn ziehen zu lassen und wechselte abermals seinen Entschluß zur Bestürzung des Fürsten Schwarzenberg, der sich schmählich hinters Licht geführt sah. Montgelas will die Umkehr damit rechtfertigen, daß ja auch die Versicherung des Fürsten, daß noch keine österreichischen Truppen die Grenze überschritten hätten, nicht den Thatsachen entsprochen habe, ja, Montgelas ist der Ansicht, daß Schwarzenberg selbst beschleunigten Vormarsch der Oesterreicher veranlaßte, um den Kurfürsten gefangen zu nehmen. Der Bericht Schwarzenbergs an den Kaiser enthält jedoch keine Bestätigung dieses Verdachts.[2]) Der Bruch des vom Kurfürsten gegebenen Versprechens ist also nicht zu rechtfertigen. Von bairischer Seite wurde behauptet, die Zusage des Kurfürsten, seine Truppen zu den Verbündeten stoßen zu lassen, sei nur unter der Bedingung gegeben worden, daß „der Zweck dieser Vereinigung laut ihrer feierlichen, öffentlichen Erklärung, nur Unterhandlung, nicht Krieg seyn

[1]) General v. Wolzogen, der 1805 in württembergischen Diensten stand, behauptet in seinen Memoiren, Kurprinz Ludwig habe von Montgelas eigens die Weisung erhalten, von Lausanne nach Lyon zu gehen, damit sein Aufenthalt in Frankreich als Vorwand für die Neutralität Baierns gebraucht werden könne (Memoiren, 22). Die Nachricht ist bis auf weiteres unkontrollierbar. Die Tagebücher Ludwigs werden Aufschluß bieten.

[2]) K. u. k. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv. Bericht Schwarzenbergs an Colloredo v. 8. September 1805.

werde".[1]) Dagegen ist aber von österreichischer Seite mit Recht eingewendet worden: „Einen Beitritt zu einer bewaffneten Friedensunterhandlung nur in so weit, als sie allein Unterhandlung und nicht Krieg sein wird, gibt es unter Vernunftwesen nicht."[2]) Nur eine gewisse Entschuldigung für das zweideutige Benehmen des Münchner Hofes bietet die Thatsache, daß die Oesterreicher schon am Morgen des 8. September, während die Verhandlungen mit Schwarzenberg noch fortdauerten, bei Schärding die Landesgrenze überschritten.[3]) Als die Grenzverletzung in München bekannt wurde, erklärte Max Joseph dem französischen Gesandten, jetzt sei er fest entschlossen, den Anschluß an Oesterreich, koste es, was es wolle, abzulehnen. Rasch wurden die wichtigsten Schriftstücke und die wertvollsten Kleinodien fortgeschafft, und bei Einbruch der Nacht verließ der Kurfürst heimlich wie ein Flüchtling das Schloß. In Würzburg wollte er den weiteren Verlauf der Dinge abwarten; außer dem französischen Geschäftsträger folgte ihm Schladen, der eine besondere Vertrauensstellung am bairischen Hofe einnahm. Als Schwarzenberg noch in später Nachtstunde bei Montgelas vorsprechen wollte, fand er die Thüren verschlossen. Ein Billet des Kurfürsten enthielt nur die lakonische Mitteilung, er habe, da ihm von den Aerzten eine Luftveränderung empfohlen sei, eine Reise nach seinen fränkischen Besitzungen angetreten. Der von Montgelas in Aussicht gestellte „bestimmte" Bescheid traf nicht mehr ein, doch die Flucht des Hofes war an sich schon eine deutliche Antwort.

Schon waren aber auch die Oesterreicher im Anmarsch auf München. Mit knapper Not entkam die bairische Besatzung. „Plötzlich brach das Ungewitter los," erzählt Anselm Feuerbach, damals Professor der Rechte an der Universität Landshut, „alle Regimenter jagten wie Flüchtlinge davon; die Straßen waren mit davoneilenden Truppen, mit Kanonen, mit Wagen kurfürstlicher Effekten bedeckt, der Kurfürst und die ganze Familie flüchteten, und sogleich erscholl auch: Hannibal ante portas! Die Oesterreicher! Die der Baier haßt, wie der Franzose den Briten . . ."[4]) Am 23. September zogen kaiserliche Truppen in München ein, das ganze Gebiet zwischen Inn und Donau wurde besetzt. Anfangs wurde von feindlicher Behandlung abgesehen, ja, es kam sogar nochmals

---

[1]) Vorläufige Bemerkungen über die sogen. Wahre Darstellung des Benehmens Sr. K. Durchlaucht zu Pfalz (1805).

[2]) Gegenbemerkung über die jüngst erschienenen Vorläufigen Bemerkungen ꝛc. (1805).

[3]) „Die Ueberschreitung der Grenzen durch die österreichischen Truppen", urteilt Schladen, „ist, auch wenn sie durch die Notwendigkeit gefordert war, eine Verletzung und ist auch im Widerspruch gegen das Versprechen Schwarzenbergs, er wolle General Mack bewegen, den Marsch der Truppen aufzuhalten." Zur Rechtfertigung der bairischen Haltung erschien eine von Chr. v. Aretin verfaßte Schrift: Geschichtliche Darstellung der Verhältnisse, welche das Benehmen Sr. Kurf. Durchl. von Pfalzbaiern geleitet haben (1805). Der Wiener Hof antwortete mit der Flugschrift: Wahre Darstellung des Benehmens Sr. Kurf. Durchl. zu Pfalz (1805). Auf die weiteren Repliken kann hier nicht näher eingegangen werden. Von der Schrift: Ist Baiern der angreifende oder der angegriffene Teil in gegenwärtigem Kriege? (1805) sagt Häberlin (Staatsarchiv, Jahrg. 1805, 405): Unter allen für Oesterreich erschienenen Schriften unstreitig die wichtigste und gründlichste, die übrigen sind der Aufbewahrung nicht wert.

[4]) Ludwig Feuerbach, Leben u. Wirken des Anselm Ritter v. F., I, 107.

zu Unterhandlungen. Graf Nogarola, der Bevollmächtigte des Kurfürsten, fand in Wien freundlichste Aufnahme, weil man erwartete, daß er die Unterwerfung Baierns ankündigen werde. Als sich aber herausstellte, daß der Kurfürst wieder nur Neutralität anbieten wolle, geriet Kaiser Franz in hellen Zorn.[1]) „Ich denke nicht mehr daran, Baiern bloß einzunehmen," soll er ausgerufen haben, „ich will es aufzehren!"[2]) Am Wiener Hof, meinte Finckenstein, sei man namentlich deshalb so entrüstet gewesen, weil die bairischen Truppen entkommen seien. General Mack habe sich schon angeschickt, die Baiern zu entwaffnen, habe aber davon infolge des günstigen Berichts des Fürsten Schwarzenberg aus München Umgang genommen; nun habe das Ränkespiel des Münchner Hofes den ganzen Plan vereitelt! Von anderen freilich werde dies als glückliche Wendung begrüßt, da bei der feindseligen Stimmung in Baiern die Entwaffnung der bairischen Regimenter sicherlich nicht ohne Blutbad abgelaufen wäre. Fortan bekam Baiern die Rache des Feindes zu fühlen. Brandschatzungen und Erpressungen waren an der Tagesordnung, die Offiziere führten, wie der bairische Historiker Westenrieder klagt, in den einzelnen Städten ein förmliches Schreckensregiment ein.[3]) In München wurde wieder wie 1704 und 1742 eine kaiserliche Administration eingesetzt mit Graf Buol an der Spitze. „Da Otto in Würzburg das Ruder führt," erklärte Buol, „ist es nicht mehr als billig, daß ich in Baiern regiere!" Ein Manifest vom 12. September konnte als Kriegserklärung an Baiern und an Frankreich gelten. Oesterreich, so war darin gesagt, habe nichts anderes angestrebt als den Frieden, müsse aber darauf bestehen, daß die Verträge geachtet werden, auf denen der Friede beruhe. Es könne also nicht länger dulden, daß eine Macht immer noch von Rechten des Siegers spreche, die schon durch feierliche Friedensschlüsse aufgehoben seien, daß eine Macht beständig mit Gewalt und Drohungen operiere, um den Nachbarlanden ihren eigenen Willen aufzudrängen, daß eine Macht sich ohne Fug und Recht zum Schiedsrichter aller Nationen aufwerfe. Trotzdem sei Oesterreich auch jetzt noch bereit, um des Friedens willen auf alle Bedingungen einzugehen, die mit der Ruhe und Sicherheit Europas vereinbar seien. Die kaiserlichen Gesandten in Regensburg teilten den Kollegen ein ähnlich lautendes Schriftstück mit. Da Bonaparte nicht den Frieden wolle, war darin gesagt, sondern nur die Knechtung friedsamer Nachbarreiche, werde Oesterreich mit Aufwand aller Kräfte den angedrohten Einfall ins Deutsche Reich abwehren, hoffe aber auch auf treue Mitwirkung der Reichsstände.

Napoleon antwortete mit Klagen über England, das seine Uebermacht zur See zur Bedrückung aller Nationen mißbrauche, und über Oesterreich, das niemals aufgehört habe, die Selbständigkeit Baierns und die Freiheit der deutschen Fürsten zu bedrohen. In der Presse wurde der Streit, wer als Friedensbrecher anzusehen sei, fortgesetzt. „Es handelt sich um nichts weniger," heißt es in einem Aufsatz Häberlins, „als darum, ob in Zukunft noch Ruhe, Ordnung und

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Finckensteins v. 14. September 1805.

[2]) Ledermann, 66.

[3]) Aus dem handschriftl. Nachlaß Westenrieders, herausg. v. Kluckhohn. 2. Abt. Briefe u. Tagebücher. Abh. d. Münchn. Akad., 16. Bd. (1883), 160.

Sicherheit auf dem Erdboden bestehen und unabhängige Staaten neben einander fortbestehen können oder ob alle Könige und Völker vor einem emporgestiegenen Corsen das Knie beugen sollen, der mit seinem errungenen Glücke doch wohl zufrieden seyn könnte, dessen grenzenlose Herrschsucht sich aber bald nicht mehr mit Europa begnügt, sondern auch über alle Meere und Welttheile sich erstrecken möchte!“[1])

Trotz alledem war die Stimmung am Wiener Hofe noch in den ersten Tagen des September so unklar, daß der preußische Gesandte nach einer Unterredung mit Cobenzl an seinen Hof berichtete, Oesterreich werde ganz gewiß nicht über eine bewaffnete Mediation hinausgehen; wenn Napoleon seine Neuerungen in Italien aufgeben würde, stände der Erhaltung des Friedens nichts im Wege.[2]) Erst der Einfall in Baiern ließ den Ernst der Lage erkennen. „Den Umschwung in Wien,“ schrieb Gentz am 18. September an Johannes Müller, „hat allein der Kaiser gestiftet, und Mack allein hat ihn ausgeführt!“ Bisher habe dem Kaiser, wenn ihn die Verwegenheit Bonapartes zornig stimmte, alle Welt zugerufen: „Wir haben keine Armee, kein Geld, keinen Kredit!“ Jetzt endlich sei ihm von Mack nachgewiesen worden, daß er eine schlagfähige, treffliche Armee besitze und alles zum Krieg Erforderliche erlangen könne, jetzt endlich sei von den Ueberängstlichen der Platz geräumt worden, und sogar von den Gegnern der Energie werde mannhaftes Auftreten verlangt, damit ihnen nicht aller Einfluß entschwinde. „Ich bin aber in Sorgen, wenn der Krieg ohne Preußen geführt werden müßte. Ich hoffe alles von der Mission Merveldts!“[3])

Die Parteinahme Preußens war schon aus strategischen Gründen von Wichtigkeit. Im Kriegsplan Napoleons spielte Preußisch-Ansbach von vornherein eine wichtige Rolle; es stand für ihn fest, daß Bernadotte dieses neutrale Gebiet durchziehen müsse. Um so dringlicher mahnte er Duroc, den Abschluß des Bündnisses in Berlin durchzusetzen. Es sollte vom König nicht gefordert werden, daß er seine Truppen mit den französischen vereinige; nur militärische Bewegungen in Schlesien und gegen Böhmen zur Ablenkung des österreichischen und russischen Aufmarsches wurden verlangt. Als Lohn für diese Gefälligkeit sollte Preußen das Kurfürstentum Hannover einstweilen in Verwahrung nehmen dürfen; nur wenn es sich entschließen könnte, förmlich als Bundesgenosse Frankreichs am Krieg teilzunehmen, sollte es Hannover als Besitztum erhalten. Duroc erkannte jedoch schon nach den ersten Besprechungen, daß auf Unterstützung der Kriegspläne Napoleons nicht zu rechnen sei.[4]) Je lockender dem König die Vorteile der Allianz vor Augen gestellt wurden, desto ängstlicher zog er sich auf seine Neutralitätspolitik zurück; nur gute Dienste wollte er anbieten, um den Koalitionsmächten die friedlichen Absichten Napoleons glaublich zu machen. Hardenberg hoffte noch immer, alles Erwünschte zu erreichen, ohne einen Einsatz aufs Spiel zu setzen. Preußen sollte das Zünglein an der Wage des euro-

[1]) Brach Oesterreich oder Frankreich den Frieden? Häberlins Staatsarchiv, Jahrg. 1805, 282.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Kellers v. 10. September 1805.

[3]) Gentz' Schriften, herausg. v. Schlesier, IV, 103.

[4]) Bailleu, Preußen und Frankreich, II, Einl., LIX.

päischen Gleichgewichts bilden, von Rußland und Frankreich respektiert, da es ja für beide von Wichtigkeit, Preußen nicht auf die Seite des Gegners zu drängen.[1]) In Wahrheit wurde damit nur erreicht, daß Napoleon sich in die Auffassung einlebte, auf das verzagte Preußen brauche überhaupt keine Rücksicht genommen zu werden, und daß in Petersburg beschlossen wurde, gegen den zweideutigen Nachbarn mit Gewalt einzuschreiten. Es war nicht bloß gegen die Franzosen, sondern auch gegen Preußen gemünzt, daß starke russische Heeresabteilungen an der westlichen Grenze zusammengezogen und alle Vorbereitungen zur Landung von Russen, Schweden und Engländern in Pommern getroffen wurden.

Am 23. August forderte Alopäus Erlaubnis zum Durchmarsch der russischen Truppen durch das preußische Gebiet. Alexander und Friedrich Wilhelm wechselten deshalb Briefe, deren freundschaftlicher Ueberschwang überraschend wirkt, wenn man berücksichtigt, daß auf russischer Seite offene Gewaltthat geplant, auf preußischer Seite nach wie vor mit Frankreich intime Verhandlung gepflogen wurde. „Ich beschwöre Ew. Majestät," schrieb Alexander an den König, „nicht länger Ihren Entschluß hinauszuschieben, ich bitte Sie, zu beachten, daß ein Augenblick entscheiden kann über das Schicksal Europas. . . . Mit halben Maßregeln kann man nicht mehr durchkommen, ich bin entschlossen, alle meine verfügbaren Kräfte daranzuwenden!"[2]) Der König lehnte jedoch jede „Uebereilung" ab. „Ich brauche einem Fürsten, der nur zur Rettung der Unabhängigkeit Europas zu den Waffen greift, nicht erst zu sagen, daß ein Einmarsch fremder Truppen in meine Staaten trotz aller Bewunderung für den Zaren und das russische Reich unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich stattfinden kann; er würde alle Fragen vorzeitig abschneiden, alle meine Beziehungen durchkreuzen und nur zum Unheil Europas gereichen. . . . Nein, Sire, welche Früchte auch aus unseren Unterredungen erwachsen mögen, ich werde, ohne mich um das Wohl meiner Völker zu ängstigen, auf der Bahn weiter gehen, die mir von Pflicht und Vernunft vorgezeichnet wird, — möge Ihnen auf der von Ihnen eingeschlagenen jede Art von Ruhm zu Teil werden!"[3]) Auch die Sendung des Oesterreichers Merveldt vermochte den König nicht umzustimmen; die Versicherung, daß er nicht für Frankreich den Degen ziehen wolle, war alles, was von ihm zu erreichen war.[4]) Er durfte sich aber nicht verhehlen, daß ihn auch die Politik der freien Hand in schwierige Lage bringen könne; deshalb wollte er allen ihn bedrohenden Mächten vor Augen bringen, daß sie an ihm keinen schwachen Gegner finden würden. Es wurden umfassende Rüstungen angeordnet, und da die preußischen Staatsmittel nicht ausreichten, vom Kurfürsten von Hessen zehn Millionen Taler entliehen.[5]) „Ich will Sie

[1]) Hansing, Hardenberg und die dritte Coalition, 44.

[2]) Bailleu, Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. mit Kaiser Alexander I., 73.

[3]) Ebenda, 77.

[4]) Ulmann, 214.

[5]) Preuß. Staatsarchiv. Hardenbergscher Nachlaß. Acta, betreffend die Beschaffung außerordentlicher Hilfsmittel zu den Bedürfnissen des Staates, 1805. Anweisung des Königs für Freih. v. Stein v. 28. September 1805.

in Kenntnis setzen," ließ er am 9. September an seinen Gesandten in Baiern schreiben, „welche Stellung ich in der gegenwärtigen kritischen Lage einzunehmen gedenke. Ich will nach wie vor Alles thun, um den Frieden zu vermitteln, aber ich will meine friedlichen Bemühungen mit einer militärischen Kundgebung verbinden, wie sie meine Lage erheischt. Deshalb sollen 59 Bataillone Infanterie und 58 Eskadronen Kavallerie, im Ganzen 80,000 Mann, unverzüglich mobil gemacht werden. Dadurch will ich Preußens und Norddeutschlands Neutralität sicherstellen."[1] „Ich verfolge mit meinen militärischen Maßnahmen" — diese Erklärung sollte Graf Keller am Wiener Hofe abgeben — „gegen keine der streitenden Parteien eine feindliche, kriegerische Absicht."[2] Am 15. September erneute der russische Gesandte Alopäus die Forderung des Durchlasses mit der Erklärung, der Durchmarsch werde stattfinden, gleichviel, ob mit, ob ohne Erlaubnis der preußischen Regierung.[3] Auch diesmal erfolgte eine Ablehnung. Alopäus erwarb sich ein Verdienst durch die Aufrichtigkeit, womit er seinen Hof aufklärte, daß man den Bogen nicht allzu straff spannen möchte, da auch die Langmut des Königs ein Ende haben könnte.[4] In der Wiener Hofburg gerieten der preußische und der russische Gesandte hart aneinander. Fürst Rasumowsky, nach Finckensteins Urteil „ein hochfahrender, anmaßender Herr", ließ sich die Aeußerung entschlüpfen, Preußen werde, wenn es nicht freiwillig nachgebe, einfach dazu gezwungen werden. Finckenstein verbat sich solche Beleidigung; Preußen werde sich zwar niemals an Frankreich anschließen, doch wenn Rußland mit kriegerischen Maßnahmen drohe, werde sich Preußen zu wehren wissen. Die Zurechtweisung Rasumowskys sei zu billigen, wurde im Namen des Königs erwidert, allein die Erklärung, daß ein Anschluß an Frankreich ein für allemal als ausgeschlossen zu gelten habe, wäre besser unterblieben. „Das hieße ja, mir die Hände binden zum Vorteil der verbündeten Mächte! Im Gegenteil: man muß ihnen zu verstehen geben, daß sie durch Antastung meiner Neutralität und Unabhängigkeit mich wohl oder übel auf die Seite Frankreichs drängen würden!"[5]

Am 19. September traten in Potsdam der Herzog von Braunschweig, Hardenberg, Haugwitz, Möllendorff, Kalckreuth und Kleist zur Beratschlagung zusammen. Nach langen Verhandlungen wurde beschlossen, die Mobilisierung auf die gesamte Armee auszudehnen, im übrigen aber die bisherige Politik festzuhalten: Neutralität gegen jedermann, Bündnis mit niemand, Vermittlung in Bereitschaft und Hannover gleichviel aus welchen Händen![6]

Inzwischen war Zar Alexander in Polen eingetroffen, empfangen von brausendem Jubel der Polen, die von ihm die Wiederherstellung der Unab-

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß v. 9. September 1805.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß Hardenbergs an Keller v. 9. September 1805.

[3]) Die preußischen Kriegsvorbereitungen und Operationspläne von 1805; Kriegsgeschichtliche Einzelschriften, herausg. v. Großen Generalstab (1898), 1. Heft, 2.

[4]) Bailleu, Königin Luise, 156.

[5]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Finckensteins v. 25. September und Erlaß Hardenbergs v. 3. Oktober 1805.

[6]) Hardenbergs Denkwürdigkeiten, II, 221.

hängigkeit ihres Vaterlands erhofften. Der Befreiungsgedanke war in der That dem Zaren sympathisch; man konnte öfter aus seinem Munde hören, er wolle das Unrecht seiner großen Vorgängerin Katharina sühnen; Oesterreich könnte ja durch Schlesien, Preußen durch Erwerbungen auf dem linken Rheinufer entschädigt werden! Diese Gebiete hätten aber erst erobert werden müssen, so daß auch der Plan der Wiederherstellung Polens vor allem gegen Preußen eine feindliche Spitze hatte.

Am 28. September sollten zwei russische Armeen in Preußen einrücken, eine in Schlesien, die andere in Ostpreußen; gleichzeitig sollten russische und schwedische Truppen durch Pommern auf Hannover losgehen. Hardenberg bat nochmals den russischen Gesandten, er möge die beleidigende Grenzverletzung hintertreiben, sonst drohe eine schreckliche Katastrophe. Alopäus erwiderte, die Schuld treffe nur den preußischen Hof, den er ja rechtzeitig von den Entschließungen Seiner Kaiserlichen Majestät unterrichtet habe; mit den Armeen zu verhandeln, sei nicht seines Amtes. Als aber der russische Minister in seine Wohnung zurückkehrte, empfing er eine Depesche, die ihn beauftragte, dem König zu eröffnen, daß Kaiserliche Majestät in der Hoffnung, bei der bevorstehenden Zusammenkunft doch noch die Zustimmung des Freundes zu gemeinsamer Abwehr Bonapartes zu erlangen, den Einmarsch aufschieben wolle. Die Abneigung des weichen, gutmütigen Zaren, einen Freund, der ihn so aufrichtig liebte und bewunderte, gewaltsam zu bedrängen, durchkreuzte den Plan Czartoryskis und seiner Gesinnungsgenossen, im Interesse der Wiederaufrichtung des großpolnischen Reiches die natürlichen Bundesgenossen in einen Zweikampf zu hetzen. „Ihr Gegenbefehl," heißt es in einem für den Zaren bestimmten Memorandum, „versetzte unsere Generalität und Mannschaft in Bestürzung, da Alle vor Begierde brannten, sich mit den Preußen zu messen, und noch mehr die Polen, die nur auf ein Zeichen gewartet hatten, um sich mit den Russen zu verbinden. Die allgemeine Niedergeschlagenheit nahm zu, als sich auch mit Ihrer Ankunft die Lage der Dinge nicht änderte. Jeder Tag, der verstrich, ohne daß unsre Truppen in Preußen eindrangen, war verloren für Rußland und Europa und gewonnen für Bonaparte. Ihm war es dadurch möglich, vorwärts zu gehen, während wir zurückblieben!"[1]) Die Erinnerung an Memel hatte wieder einmal die preußenfeindlichen Anschläge der Umgebung des Zaren zu nichte gemacht, und die nächsten Ereignisse konnten nur der Vollendung des Werkes der Versöhnung zu gute kommen.

General Mack, „der Abgott des Landes, der erste Mann der Monarchie", wie Gentz ihn in jenen Tagen noch feierte, gab sich verhängnisvollen Hoffnungen hin: Napoleon werde einen starken Teil seiner Armee in Boulogne zurücklassen, da ja möglicherweise eine Landung von Engländern erfolgen könnte; ein anderer Teil der Lagertruppen werde wohl in Paris bleiben müssen, um die erbitterte Bevölkerung von einem Aufstand zurückzuhalten; Napoleon werde also in Deutschland erst spät und nur mit ungenügenden Streitkräften eintreffen können.

[1]) W. Oncken, Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreiches und der Befreiungskriege, II, 165.

Wie schlecht unterrichtet war der kaiserliche Obergeneral über die Lage des Feindes, wie thöricht unterschätzte er den Wagemut und die Thatkraft seines Gegners! Vom Tage des Rheinüberganges bis zur Katastrophe von Ulm vollzog sich mit der Sicherheit eines Manövers der Kriegsplan Napoleons: vor Eintreffen der russischen Streitkräfte die an der Iller aufgestellten Oesterreicher durch Umzingelung zu vernichten. Selbstverständlich war nicht alles bis in die Einzelheiten vorher ausgearbeitet; der rasche Erfolg des Donaufeldzuges war ebenso das Ergebnis einer allmählichen Entwicklung, wie der in Boulogne gefaßten Beschlüsse.[1] Schon während Erzherzog Ferdinand, dem Namen nach Oberbefehlshaber der Donauarmee, von München an die Iller zog, kam die Kunde, daß Napoleon mit der gesamten Küstenarmee unmittelbar gegen den deutschen Süden anmarschiere. Da die Oesterreicher der feindlichen Heeresmacht nicht gewachsen waren, wollte der junge Erzherzog in richtiger Erkenntnis der Gefahr Halt machen, um den Russen Zeit zu lassen, näher heranzukommen. Doch Kaiser Franz, der zum Besuch seiner Truppen ins Hauptquartier gekommen war, nahm, den Vorstellungen Macks nachgebend, den Haltbefehl zurück. Gegen Ende September war die österreichische Hauptmacht an der Iller vereinigt, um den feindlichen Angriff zu erwarten, den Mack mit aller Sicherheit an der Illerlinie voraussetzte.[2]

Napoleon hoffte vor allem durch die Schnelligkeit seiner ersten Unternehmungen zu wirken. In erster Reihe, hatte er schon 1796 in Italien gesagt, muß man mit den Beinen seiner Soldaten siegen! „Wie schnell," schrieb er an Duroc, „schwenkte einst Friedrich II. von Prag nach Roßbach ab!"[3] Die Truppen, die er jetzt in Eilmärschen nach Deutschland führte, waren in zweijährigem Lagerleben trefflich geübt, ausgerüstet und gegliedert. An Strapazen des Felddienstes gewöhnt, wie die alten römischen Legionen, kümmerten sie sich wenig um den weiten Weg, den sie zum Waffengange mit den Oesterreichern und Russen zurückzulegen hatten. Zwar waren sie nicht mehr beseelt von dem reinen Patriotismus, wie die Soldaten von 1792, die ihre Heimat gegen einen ungerechten Einfall verteidigten, aber sie waren beseelt von schwärmerischer Anhänglichkeit an ihren Führer, der sie bisher von Sieg zu Sieg geführt hatte, und erfüllt von glühendem Verlangen, ihr Vaterland zur ersten Macht der Welt zu erheben. Ihr Feldherr war zugleich Oberhaupt des Staates, war also in der Lage, nach freiem Ermessen über die Kräfte seines Reiches und seiner Vasallenstaaten zu verfügen; ihm zur Seite stand ein fast ausschließlich aus wirklich bedeutenden Militärs zusammengesetzter Stab. Dagegen fehlte es der österreichischen Armee vor allem an Geschlossenheit und Einheit; aus verschiedenartigen, teilweise einander feindlich gesinnten Nationalitäten ausgehoben, waren die Truppen nicht aneinander gewöhnt, nur mangelhaft bewaffnet und verpflegt, ohne ermutigendes Selbstvertrauen. Die Entscheidung hätte unter solchen Umständen zweifelhaft sein können, wenn die Streitkräfte gleich stark gewesen wären,

[1] Keßler, 70.

[2] Angeli, Ulm und Austerlitz; Mitteilungen des k. k. Kriegsarchivs, Jahrg. 1876—77, 2. Bd., 401.

[3] Lettre à Duroc, 28 août 1805; Corr. de Nap., tom. 11, 157.

allein die Franzosen waren auch an Zahl weit überlegen. Erzherzog Ferdinand gab sich, obwohl ihm die militärische Erfahrung abging, über die gefahrvolle Lage keiner Täuschung hin. Anderer Meinung waren Kaiser Franz und Mack. Der Kaiser, schrieb Finckenstein an den Berliner Hof, spende seit seinem Armeebesuch begeistertes Lob der Haltung und dem Geist der Truppen, dem Geschick des jungen Erzherzogs Ferdinand, vor allem aber den glänzenden Dispositionen Macks! Dagegen habe ihn aufs unangenehmste berührt ein Brief des Erzherzogs Karl, der bittere Klage führe über die Mißstände bei der Armee in Italien; dieser Heerführer sei eben in den Händen schlechter Ratgeber; sein Adjutant Colloredo sei eine Null und dessen Kollege Delmots stehe im Verdacht, im letzten Feldzug den Franzosen Spionendienst geleistet zu haben.[1]) —

In tiefstem Geheimnis — den Zeitungen war jede Mitteilung über militärische Bewegungen streng verboten — vollzog sich — seit 25. September — der Uebergang der französischen Heeresabteilungen über den Rhein, der Durchmarsch durch Baden und Württemberg. Durch Scheinmanöver gelang es, den Gegner über die wahren Operationsziele zu täuschen. Nicht minder glücklich waren die politischen Maßnahmen. Die Neutralität der süd- und westdeutschen Staaten wandelte sich in Waffenbrüderschaft mit den Franzosen. Trotz unerträglicher Ausschreitungen auf badischem Boden mußte Markgraf Karl Friedrich sein Kontingent zu den französischen Truppen stoßen lassen.[2]) Landgraf Ludwig von Hessen stellte einen Trainzug zur Verfügung.[3]) Kurfürst Friedrich von Württemberg hatte gehofft, daß wenigstens seine Hauptstadt von Truppendurchzügen und Brandschatzungen verschont bleiben würde. Ney erzwang aber, indem er rücksichtslos seine Batterien auffahren ließ, die Oeffnung des Ludwigsburger Tores, die Stadt wurde besetzt. Als sich die Regierung über die Gewaltthat beklagte, erwiderte Napoleon: „Ew. Durchlaucht sind ein viel zu erfahrener Soldat, um nicht zu wissen, daß der Krieg keine Erwägungen zuläßt, die den Erfolg der militärischen Bewegungen aufs Spiel setzen könnten. Ney hatte den Auftrag, Stuttgart einzunehmen; man kann ihm also keinen Vorwurf daraus machen, daß er diesem Auftrag nachgekommen ist.“[4]) Am 2. Oktober traf Napoleon selbst im Lustschloß Ludwigsburg ein; er hatte sich schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, den stolz auf sein Gottesgnadentum pochenden und deshalb auch mit seinen Ständen in beständiger Fehde begriffenen Kurfürsten abzusetzen und mit dem Kurprinzen zu verhandeln.[5]) Doch konnte von so durchgreifendem Verfahren abgesehen werden. Der alte Kurfürst war, nachdem ihm Napoleon den Wunsch, neutral bleiben zu dürfen, rundweg abgeschlagen hatte, überraschend gefügig. Den Hinweis auf eine zu befürchtende Widersetzlichkeit der Stände soll Napoleon mit den Worten abgelehnt haben: „Jagen Sie die Schufte (bougres) zum Teufel!“ Friedrich verpflichtete sich

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Finckensteins v. 2. Oktober 1805.

[2]) Politische Korrespondenz Karl Friedrichs, V, Einleit., XXXVII.

[3]) Münscher, Geschichte von Hessen, 537.

[4]) Mathieu Dumas, Précis des évènemens militaires ou essais historiques sur les campagnes de 1799 à 1814, XIII., 341.

[5]) Lettre de Napoléon à Talleyrand, 25 août 1805; Corr. de Nap., tom. 11, 133.

(5. Oktober) zur Stellung eines ansehnlichen Kontingents. Dafür versprach ihm Napoleon wohlbemessenen Anteil an erobertem Gebiet und volle Souveränität in seinem Staate. Die Vorposten, die bisher den Schwaben ihr drohendes Qui vive? zugerufen hatten, wurden die Exerziermeister des württembergischen Kontingents.

Die kurfürstliche Regierung veröffentlichte zu ihrer Rechtfertigung „Bemerkungen über die neueste Lage Württembergs". Der Reichstagsgesandte sollte diese Schrift zwar nicht der Diktatur vorlegen, aber unter die Kollegen verteilen, den österreichischen ausgenommen, „sowie er auch jede Kommunikation mit ihm, jedoch ohne Affektation, aufzuheben" habe. Der Wiener Hof antwortete mit einer scharfen Replik.[1]) Wenn der Kurfürst von Württemberg, so wird in der Schrift ausgeführt, nach dem klugen Beispiel des badischen Hofes die unselige Verbindung mit dem französischen Eroberer schweigend auf sich genommen hätte, würde auch das deutsche Vaterland den Notstand des Fürsten nur bemitleidet haben. Der Wiener Hof wäre nicht gezwungen gewesen, den Wehrlosen und Bedrohten in eine Klasse mit Baiern zu setzen, das schon längst freiwillig und aus feindlicher Absicht mit jener auswärtigen Macht in Bündnis trat. Die öffentliche Erklärung der württembergischen Regierung dürfe aber nicht ohne Kritik hingenommen werden. Wie könne sich diese Regierung erlauben, dem Wiener Hofe alle möglichen Feindseligkeiten vorzuwerfen, während sie dessen wohlwollende Nachgiebigkeit vor zwei Jahren nicht genug rühmen konnte? Ob der Kurfürst von Napoleon, dessen Diplomaten in dem armen Deutschland nur eine leicht zu mähende Wiese erblicken, wirklich den erhofften hohen Lohn erhalten würde, ob die kurfürstlichen Gesandten in dem zum Kongreß umgeschaffenen Lager Napoleons wirklich an einer Zerstücklung des habsburgischen Löwen teilnehmen würden, sei abzuwarten! —

In der Umgebung des Kurfürsten Max Joseph in Würzburg standen sich noch immer eine französische und eine österreichische Partei gegenüber. Kurfürstin Karoline und ihre Freunde suchten wenigstens einen unbeschränkten Anschluß an Frankreich zu verhindern. Auch Graf Buol kam nochmals nach Würzburg, um dem Kurfürsten sogar die Erlaubnis zu unbewaffneter Neutralität anzubieten. Schladen versichert in einem späteren ausführlichen Bericht über die Wandlungen der bairischen Politik, die österreichische Partei würde trotz aller Franzosenfreundschaft am bairischen Hofe den Sieg davongetragen haben, wenn sie nicht allzu lässig gewesen wäre.[2]) So konnte es ihren Gegnern wieder gelingen, den Kurfürsten für sich zu gewinnen. Abbé Salabert, ehemals Minister des Herzogtums Zweibrücken, Chevalier de Bray, ein Emigrant, der sich des besonderen Vertrauens des Kurfürsten erfreute, Baron Gravenreuth und Minister Montgelas stellten unablässig dem Kurfürsten vor Augen, welche Vorteile eine vertrauensvolle Hingebung an Napoleon bringen würde.[3]) Am 25. September traf ein Adjutant Berthiers in

[1]) Gegenbemerkungen über die Bemerkungen ꝛc. (1805). Beide Schriften sind dem Berichte des Reichstagsgesandten v. Seckendorff v. 28. Oktober 1805 beigelegt (Württemberg. Staatsarchiv. Acta comitialia).

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Schladens v. 23. Oktober 1805.

[3]) Ebenda. Berichte Schladens v. 20., 21., 26., 27. u. 28. September 1805.

Würzburg ein, um mit dem Kurfürsten und dessen Räten zu verhandeln. Das Ergebnis war unbedingter Anschluß an Frankreich. Am 28. September wurde der Münchner Vertrag vom 25. August, den Montgelas, um das Vorgehen seines Herrn in besseres Licht zu setzen, auf den 23. September umschrieb,[1]) ratifiziert. „Der Kurfürst selbst," berichtete Schladen am 27. September, „ist lebhaft erregt ob des Beschlusses, der ihm sozusagen aufgenötigt worden ist; namentlich wirkte auf ihn die Verzweiflung seiner Gattin, die das Unmögliche versuchte, um eine günstigere Wendung herbeizuführen. Er ist heute ernstlich krank, und man konnte ihn bis zur Stunde trotz der gegebenen Zusage noch nicht bewegen, ein bestimmtes Abkommen zu treffen, obwohl ihm die lockendsten Versprechungen gemacht werden." Am nächsten Tage konnte aber Schladen berichten, die Würfel seien gefallen, Bernadotte werde das Kommando über die bairischen Truppen übernehmen. „Die Entscheidung hat nichts Ueberraschendes," erwiderte Hardenberg, „in der schwierigen Lage, in welcher sich der Kurfürst befand, durfte er nicht länger zögern, sich an eine bestimmte Partei anzuschließen."[2])

Eine Woche später wurde die Haltung Baierns in Berlin weniger wohlwollend beurteilt. Am 6. Oktober traf die Nachricht ein, daß Marschall Bernadotte die aus Hannover herausgezogenen französischen und einen Teil der bairischen Truppen ohne Erlaubnis der Landesregierung mitten durch das neutrale preußisch-ansbachische Gebiet geführt habe.

Napoleon hatte von vornherein beschlossen, das Corps Bernadotte den kürzesten Weg an die Donau einschlagen zu lassen. Auch dabei hätte sich eine Verletzung des preußischen Gebiets vermeiden lassen, denn zwischen den Fürstentümern Ansbach und Baireuth lag sogar an dem Punkte, wo sie sich am meisten näherten, ein Raum von zwei deutschen Meilen, freilich ohne eigentliche Heerstraße. Napoleon befahl aber, da die fränkischen Fürstentümer nicht innerhalb der im letzten Kriege dem preußischen Staat bewilligten Neutralitätslinie gelegen seien, den direkten Durchmarsch durchs Ansbachische in der Richtung nach Ingolstadt. „Unser Ziel muß sein, den Feind so rasch wie möglich aus Baiern zu vertreiben und zu vernichten, noch ehe die Russen sich einfinden."[3])

Schwache preußische Reiterabteilungen, die sich dem Einmarsch der Franzosen widersetzen wollten, wurden zurückgedrängt, die Proteste der Beamten blieben unbeachtet. Die Weisung, es sollte „mit Achtungs- und Freundschaftsbeweisen für den König von Preußen nicht gekargt" werden, konnte nicht ins Gewicht fallen gegenüber der Thatsache, daß fremde Truppen preußisches Gebiet durchzogen hatten, ohne daß auch nur eine Anzeige an den Landesherrn erstattet worden war. Napoleon baute auf seine freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen und auf die Thatsache, daß das Fürstentum Ansbach im letzten Krieg nicht zur neutralen norddeutschen Zone gehört hatte. Thiers meint sogar, die preußische Regierung hätte es eigens vorher erklären müssen, wenn sie den Durchzug durch Ansbach nicht hätte haben wollen; die Entrüstung über den unbedeutenden

[1]) Bitterauf, 176. Aretin, Chronolog. Verzeichniß der bairischen Staatsverträge, 510.
[2]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Schladen, v. 3. Oktober 1805.
[3]) Mathieu Dumas, XIII., 338, 343.

Vorfall sei der Redlichkeit des Königs und der Macht seines Staates wenig würdig gewesen.[1]) Der Vorwurf ist zweifellos zurückzuweisen, denn mit besserem Recht konnte doch wohl verlangt werden, daß von französischer Seite wenigstens die Absicht des Durchzuges anzuzeigen gewesen wäre!

„Sie haben ganz recht," schrieb Friedrich Wilhelm an Schladen, „der Kaiser von Frankreich hat eben nur den militärischen Vorteil im Auge gehabt, ohne im mindesten auf seine Verpflichtungen gegen mich Rücksicht zu nehmen; die Gründe, die er jetzt zur Entschuldigung hervorholt, sind nichtssagend und falsch. . . . Sie haben auch recht, wenn Sie sagen, daß durch das jüngste Ereignis die ganze Lage von Grund aus verändert ist. Ich bin eben daran, mich schlüssig zu machen, was unter den gegenwärtigen Umständen zu thun ist, und behalte mir vor, Ihnen darüber weitere Mitteilung zu machen; die Beschlüsse sollen meinem System angemessen sein, sollen sich also zur Aufgabe stellen, auch jetzt noch, wenn möglich, die Wohlthat des Friedens meinen Staaten zu erhalten und auf das übrige Europa auszudehnen, aber zugleich müssen sie meiner Würde und der Sicherheit meiner Herrschaft entsprechen!"[2]) Der Kurfürst von Baiern hatte vergeblich Bedenken gegen den Durchmarsch geltend gemacht; er war ja, wie Schladen versichert, noch immer des Glaubens, neutral zu sein, während ihn seine Umgebung schon gänzlich ins französische Fahrwasser gezogen hatte. „Alle Welt sieht in ihm den Bundesgenossen Frankreichs, er allein weiß es nicht; nur dadurch, daß man ihm das Messer an die Kehle setzte, war die Unterzeichnung des Vertrags von ihm zu erlangen!" Hardenberg räumte auch schließlich ein, den Kurfürsten treffe keine Schuld, weil er an dem jüngsten Gewaltakt nur gezwungen teilgenommen habe; die ganze Schuld trage Bonaparte!

Am 9. Oktober fand Kriegsrat in Potsdam statt. Es wurde beschlossen, von offenem Bruch mit Frankreich vorerst abzusehen, doch sollte dem Kaiser das Befremden der preußischen Regierung ausgesprochen werden; den Russen sei der Durchmarsch durch Südpreußen und Schlesien nach Böhmen, sowie durch Pommern und Lauenburg nach Westfalen zu gestatten; dem Kaiser Alexander sei zu eröffnen, daß Preußen die gewünschte „Vermittlung in Waffen" übernehmen wolle, doch sollte dabei auf Wiederherstellung des Friedens und auf Erwerbung Hannovers nach Möglichkeit Bedacht genommen werden.[3]) „Es war nicht statthaft, die Gebietsverletzung ungeahndet zu lassen (de ne pas ressentir)," — so wurde im Namen des Königs an den Gesandten in Wien geschrieben — „das unerwartete Ereignis erfordert ohne Aufschub andere Erwägungen und Maßregeln, die ich Ihnen bald bekannt geben werde; ich will Ihnen aber schon heute mitteilen, daß ich zunächst dem Kaiser von Rußland den Durchzug seiner Truppen durch meine Staaten bewilligt habe."[4]) Cobenzl gab sich keine Mühe, seine Schadenfreude zu verbergen. „Wie bitter," sagte er zu Finckenstein, „muß dieses schnöde Vorgehen gerade Ihren König kränken, da es sich ebenso gegen sein Neutrali-

[1]) Thiers, VI, 155.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Schladen v. 11. Oktober 1805.

[3]) Die preußischen Kriegsvorbereitungen 2c., 9.

[4]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Finckenstein v. 11. Oktober 1805.

tätssystem richtet wie gegen seine Würde, von welcher er einen so hohen Begriff hegt. Wie sorgfältig haben sich dagegen unsere Truppen sogar bei der Verfolgung der Baiern vor jeder Grenzverletzung gehütet!" Als hohes Glück sei zu betrachten, daß die Verbindung Preußens mit den Kaiserhöfen jetzt wohl als gesichert gelten dürfe und damit auch der Erfolg des Krieges. Der noch in Wien weilende französische Gesandte Larochefoucauld gestand, er könne einfach nicht begreifen, wie man sich eine so unverblümte Herausforderung Preußens erlauben konnte; andere Mitglieder der Gesandtschaft dagegen prahlten, der Bruch mit dem hoffärtigen Preußen werde den Ruhm Frankreichs nur noch höher heben.[1])

Friedrich Wilhelm hatte den Ansbacher Fall im ersten Augenblick als schwere Beleidigung aufgefaßt und deshalb sogar die in Berlin anwesenden Duroc und Laforest ausweisen wollen. Es war Hardenberg, der ihn davon zurückhielt. Nach des Ministers Ansicht sollte gerade diese leidige Angelegenheit zu günstigem Austrag der hannöverschen Frage Dienste leisten.[2])

Die Franzosenfreunde gingen noch weiter. Sie meinten, der Durchmarsch durch Ansbach sei durch die Zwangslage Napoleons vollkommen entschuldigt. Wenn Herr von Hardenberg sich darüber erbost zeige, schrieb Heinrich von Bülow, so erinnere ihn dies daran, daß Marschall Turenne einst den Kardinal Mazarin, der ihm wegen militärischer Maßnahmen Vorstellungen machte, auf die Finger klopfte: „Mein Herr Kardinal, Ihre Finger sind keine Brücke!" Hardenberg sei eben kein Soldat, habe also für die Wichtigkeit einer rasch zum Ziel führenden Straße kein Verständnis![3]) Doch gerade in den Armeekreisen rief das anmaßliche Vorgehen Napoleons eine erregte kriegerische Stimmung wach. „Wir sind auf einmal von Schwarz auf Weiß gekommen!" schrieb der Russe Alopäus.[4]) Auch Johannes Müller frohlockte, daß Bonaparte selbst der guten Sache so treffliche Dienste leiste. „Durch sein Betragen," schrieb er an Gentz, „reizte er die Empfindlichkeit aller sich fühlenden Preußen vom König bis auf den letzten gemeinen Mann, daß alles laut für Energie spricht!"[5]) Nur wenige dachten wie Oberst Massenbach, der zu von der Marwitz sagte: „Gegen die Russen müßten wir Krieg führen, ... unsere Ehre wäre es, mit Napoleon gemeinsame Sache zu machen!"[6]) Die große Mehrheit wünschte, wie der ritterliche Prinz Louis Ferdinand[7]) und der schon hohes Ansehen genießende Minister Freiherr vom Stein, es möge endlich der preußische Schild vom Schimpf des Baseler Friedens gereinigt und dem französischen Uebermut die Spitze geboten werden.[8]) Auch der Generalquartiermeister-Lieutenant Scharnhorst machte aus solchen Gedanken kein Hehl. „Herr Scharnhorst hat gesiegt!" schrieb General Lindener am 15. Oktober

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Berichte Finckensteins v. 9. u. 16. Oktober 1805.

[2]) Bailleu, Preußen u. Frankreich, II, Einl. LXII.

[3]) Der letzte Krieg ꝛc., I, 219.

[4]) Ulmann, 238.

[5]) Gentz' Schriften, herausg. v. Schlesier, IV, 319.

[6]) v. d. Marwitz, Nachlaß, I, 140. — (Buchholz), Gallerie preußischer Charaktere (Germanien, 1808), 233.

[7]) Bailleu, Prinz Louis Ferdinand; Deutsche Rundschau, 45. Bd., 211.

[8]) M. Lehmann, Freiherr vom Stein, I, 307.

an Massenbach.[1]) Der Französling Bülow machte sich weidlich lustig über die „Zunftkrieger" in Preußen, die es „wagten", auf Napoleon eifersüchtig zu sein![2])

Außerhalb Preußens verlangten die deutschen Patrioten, daß Preußen jetzt das Schwert erheben möge, um der Retter Oesterreichs zu werden. „Gehen Sie hin zu Preußens König," schrieb Perthes am 27. Oktober an Johannes Müller, „und sagen Sie ihm, was er, ein Deutscher, für Deutschlands Rettung thun kann! ... Preußen kann Oesterreichs Retter werden, muß es werden bei Gefahr eigenen Verderbens!" „Hebt Preußen Deutschlands Panier auf," schrieb er am 3. November, „so schließen sich alle an und geben jetzt, nun gern ihre geliebte, theure Unabhängigkeit zum Theil hin, nur um endlich als Nation der Gefahr ins Auge zu sehen!"[3])

Freilich war es nicht, wie Perthes und Müller es begehrten, deutscher, sondern ein spezifisch preußischer Patriotismus, der in den Berliner Kreisen auflebte. In Vers und Prosa kam immer wieder die Erinnerung an die große friderizianische Zeit zum Ausdruck:

„Gern ging' ich selbst mit in den Streit,
Ließ' Ackerfeld und Hütte liegen,
Das Herz ist noch zum Kampf bereit,
Mich lernte Vater Friedrich siegen!" ...[4])

Als am 16. Oktober im königlichen Theater „Wallensteins Lager" aufgeführt wurde, sang bei dem Reiterlied „Wohlauf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd!" das hauptsächlich aus Offizieren und Unteroffizieren bestehende Publikum den Rundreim mit; auch andere patriotische Lieder wurden angestimmt; mit stürmischen Hochrufen auf König und Armee schloß die Kundgebung.

Friedrich Wilhelm teilte nicht diese kriegerische Begeisterung. Auch von einer Zusammenkunft mit Zar Alexander — anfänglich war auch die Beteiligung des Kaisers von Oesterreich geplant — wollte er nichts wissen. Man brauche darüber nicht unglücklich zu sein, tröstete Johannes Müller: „Je déteste ces entrevues. Lesen Sie doch einmal das Kapitel in Comines! Was haben sie je geholfen? Ein Sieg ist mehr wert als zehn Kongresse!" —

Inzwischen hatten schon die Franzosen durch eine Reihe von meist glücklichen Treffen den Hauptschlag eingeleitet. Der Oktober brachte entsetzliches Wetter. Alle Berichte klagen übereinstimmend über ungewöhnlich starke Regengüsse und Schneegestöber, doch vermochten auch diese Hindernisse den mit unvergleichlicher Präcision durchgeführten Aufmarsch nicht zu stören.[5])

Am 1. Oktober stand die ganze französische Hauptarmee in einem weiten Bogen von Stuttgart über Heilbronn gegen Würzburg. Mack hätte, wenigstens seit die Ueberlegenheit des Feindes nicht mehr bezweifelt werden konnte, gegen

---

[1]) M. Lehmann, Scharnhorst, I, 350.

[2]) (Heinrich v. Bülow), Der Feldzug von 1805, I, 53.

[3]) Beiträge zur Geschichte der Jahre 1805—09, 8, 13.

[4]) Der alte Korbflechter an die Preußen bei ihrem Ausmarsch (1805).

[5]) Alombert et Colin, La campagne de 1805 en Allemagne (1902), III, 1, 3. — Angeli, Ulm und Austerlitz; Mitteilungen des k. k. Kriegsarchivs (1876—1877), 1. u. 2. Bd., 403.

Tirol abschwenken sollen, wo die Vereinigung mit Erzherzog Karl möglich gewesen wäre. Er schien sich auch dafür entscheiden zu wollen, beschloß aber plötzlich wieder, in Ulm zu bleiben, ja den Generälen wurde zu ihrem Erstaunen Weisung erteilt, wie sie sich bei der bevorstehenden Flucht des Feindes zu verhalten hätten. Mack hatte ein Gerücht vernommen, daß eine englische Armee bereits von Boulogne nach Paris aufgebrochen sei und die französische Armee sich deshalb zum Rückzug anschicke. In seiner Rechtfertigungsschrift gesteht er, daß ihn hauptsächlich dieses Märchen in seiner verhängnisvollen Standhaftigkeit bestärkt habe. „Gerade die unmotivierten, bloß verneinenden Widersprüche, die mir darüber gemacht wurden, brachten mich dahin, den Rückzug der Franzosen immer für wahrscheinlicher zu halten, wie es das gewöhnliche Schicksal der Menschen ist, die in tiefen (!), pflichtmäßigen Ueberlegungen und Kombinationen durch unbefugte, unberufene und ungebetene Vorstellungen gestört werden. . . ." Erzherzog Ferdinand, durch den Mißerfolg der letzten Gefechte erschreckt, schlug vor, es sollte, um sich aus der gefährlichen Falle zu befreien, die Vereinigung mit dem Werneckschen Corps bei Geislingen angestrebt werden. Mack riet davon ab. Während er in Wahrheit schon wie ein Gefangener von den überlegenen Massen Napoleons festgehalten war, verkündigte er das Herannahen des „günstigen Augenblicks, Napoleons Armee aufzureiben". Erzherzog Ferdinand ließ sich jedoch nicht zurückhalten; er verließ mit zwölf Schwadronen in der Nacht vom 12. Oktober das Lager vor Ulm und erreichte glücklich Geislingen. Dadurch wurde dem Kaiserstaat ein ansehnlicher Teil der Reiterei gerettet.[1]) Noch vorteilhafter wäre freilich gewesen, wenn der Erzherzog aus den verkehrten und gefährlichen Dispositionen Macks Anlaß genommen hätte, ihm das Kommando zu entziehen und selbst die Leitung zu übernehmen.[2]) Inzwischen zog sich das Netz um den Bethörten immer enger zusammen. Die französischen Heeresabteilungen, jede mit Ruhe und Präcision die andere unterstützend, besetzten alle wichtigeren Punkte rings um Ulm. Nur die Corps Marmont und Bernadotte erhielten Befehl, nach Baiern zu ziehen, um die Hauptstadt des Bundesgenossen zu befreien.

Die Ulmer Festungswerke waren während des Feldzuges von 1800 geschleift und seitdem nur unvollkommen wieder hergestellt worden. An der Ausrüstung der Außenwerke wurde während der Einschließung ununterbrochen fortgearbeitet, doch erst unmittelbar vor der Beschießung konnten die Kanonen dort untergebracht werden; schweres Geschütz war überhaupt nicht vorhanden.[3]) Die Truppen waren durch den Mißerfolg der letzten Gefechte entmutigt, nur Mack gefiel sich in einem unter den gegebenen Verhältnissen wenig angebrachten Selbstvertrauen. Das Wort Uebergabe wolle er nicht mehr hören, erklärte er in einem Tagesbefehl vom 15. Oktober; wenn sich die Stadt nur noch wenige Tage halte, werde sie durch zwei Armeen entsetzt werden. „Die Feinde sind in der schrecklichsten Lage; es wird ihnen unmöglich sein, sich länger als einige Tage in dieser Gegend zu halten. . . ." „Wir haben 3000 Pferde, um uns zu nähren; ich will selbst der erste sein, Pferdefleisch zu essen" u. s. w. Am nämlichen Tage wurden

[1]) Militärische Literaturzeitung, 56. Bd., (1875), 52.

[2]) Häusser, II, 506.

[3]) Angeli, 480.

die Höhen um die Stadt von den Franzosen besetzt. Ein Sturm gegen die Wälle würde immerhin schwere Opfer gekostet haben; Mack verfügte noch über 20000 Mann mit genügender Artillerie. Die Einnahme war wohl kaum mehr abzuwenden; doch hätte eine standhafte Verteidigung den Platz noch geraume Zeit halten können, ja vielleicht wäre es möglich gewesen, sich durchzuschlagen.[1] Allein plötzlich wich das Selbstbewußtsein des Obergenerals einer jähen Entmutigung. Noch in der Nacht vom 15. lehnte er die geforderte Uebergabe aufs entschiedenste ab. Als aber am nächsten Morgen die feindlichen Geschütze ihr Feuer auf die Stadt eröffneten, erklärte er sich zu Unterhandlungen bereit. Am 17. kam er mit Berthier über folgende Bedingungen überein: Wenn bis zum 25. Oktober Mitternachts die Stadt nicht entsetzt wird, soll sie übergeben und die Besatzung kriegsgefangen nach Frankreich abgeführt werden; die Offiziere sollen unter der Bedingung, nicht mehr gegen Frankreich zu dienen, in die Heimat zurückkehren dürfen, dagegen die Pferde, Waffen und Fahnen in den Besitz des Siegers übergehen.

Es war Napoleon viel daran gelegen, die Heimkehr Erzherzog Ferdinands in die Erblande zu verhindern. Doch trotz scharfer Verfolgung durch Murat erreichte der Erzherzog am 23. die böhmische Stadt Eger; ein Erfolg, der wenigstens dem Reitermaterial der österreichischen Armee das günstigste Zeugnis ausstellte![2]

Napoleon selbst wollte mit der Hauptarmee möglichst rasch an den Inn ziehen, um die dort sich sammelnden feindlichen Streitkräfte zu zerstreuen und dann den Kampf direkt in die Erblande des Kaisers zu tragen. „Unser Ziel besteht darin," schrieb er an Bernadotte, „den Feind aus Baiern zu vertreiben, in diesem Land uns festzusetzen und dann die Oesterreicher vor der Ankunft der Russen zu vernichten!"[3] Er suchte also Mack begreiflich zu machen, wie nutzlos es sei, die Uebergabe noch länger zu verzögern, und Mack war überraschend leicht zu dieser Ansicht zu bekehren. In unglaublicher Verblendung hielt er für wünschenswert, sobald wie möglich von Ulm loszukommen, um — das Kommando über die Armee am Inn zu übernehmen. Noch unbegreiflicher ist die Begründung seines Entschlusses vor den Generälen. Da Napoleon bald abreisen werde, sagte er, so empfehle sich jetzt schon die Kapitulation, denn es sei doch weniger traurig, vor einem Kaiser als vor einem seiner Offiziere das Gewehr zu strecken![4] Er willigte also in die Uebergabe unter der Bedingung, daß ein französisches Corps von gleicher Stärke wie die gefangene Besatzung Ulm und Umgebung nicht vor dem 25. verlassen dürfe. Am 20. Oktober zogen 23000 Oesterreicher, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, ihre Generäle an der Spitze, aus den Thoren, lieferten auf dem Michelsbergerplatz die Waffen ab und kehrten dann als Kriegsgefangene in die Stadt zurück. Es war keine leere Prahlerei, wenn Napoleon in einem Aufruf an seine Armee den glänzenden Erfolg mit überschwenglichen Worten feierte: „In vierzehn Tagen haben wir einen Feldzug beendigt; was

[1] (G. H. Heinse), Der letzte Krieg, 45.
[2] Rüstow, 150.
[3] Mathieu Dumas, Précis des évènemens militaires, XIII, 340.
[4] Angeli, 495.

wir beschlossen hatten, ist ausgeführt! Wir haben die Truppen des Hauses Oesterreich aus Baiern vertrieben und unsern Verbündeten wieder in seine Staaten eingesetzt. Das feindliche Heer, das sich so prahlerisch und sorglos an unsren Grenzen aufstellte, ist vernichtet! . . . Ein so stolzes Ergebnis ist der Lohn eures Zutrauens zu eurem Kaiser, eures seltenen Mutes und der Geduld, womit ihr Mühen und Entbehrungen aller Art ertruget . . ." Doch der glorreiche Sieg bringe noch nicht das Ende des Kampfes: jetzt gelte es, ebenso beherzt den Russen entgegenzutreten, damit die Frage entschieden werde, ob der französische oder der russische Soldat als der erste der Welt zu gelten habe![1]) In frohlockenden Berichten an die Bundesgenossen wird der Erfolg noch unanständig übertrieben; in einem Schreiben an den Kurfürsten von Württemberg behauptet Napoleon, daß die Oesterreicher 70000 Tote und Verwundete und 50000 Gefangene verloren hätten, während ihn der Sieg nur 1500 Mann gekostet habe![2])

Gentz, der die Uebertragung des Oberbefehls an Mack so enthusiastisch begrüßt hatte, suchte nach der „an die Fauces Caudinae, Blenheim und Kloster Zeven erinnernden" Niederlage allerlei Entschuldigungen geltend zu machen. Die Hauptschuld, schreibt er am 23. Oktober an Johannes Müller, treffe die Russen, weil sie, verführt von dem „Stocknarren Winzigerode, dem verderblichen Ratgeber unsrer Tage", durch ihre drohende Demonstration an der preußischen Grenze zwei Monate verloren hätten. Außerdem habe Mack selbst zur Unzeit pietätvolle Rücksicht auf die vorderen Reichskreise genommen, die er nicht länger den Franzosen preisgeben wollte. „Die Fürsten von Württemberg, Baden und Baiern sind aber Frevler und Vaterlandsverräter, die gar keine weitere Rücksicht verdienen; wenn die Franzosen sie aufgefressen hätten, so leisteten sie uns einen Dienst!"[3]) Der Vorwurf der Verschleppung kann aber jedenfalls nur die eine russische Armee treffen, und es braucht nicht erst erhärtet zu werden, daß Mack nicht den süddeutschen Fürsten zuliebe an die Iller gezogen ist. Auch in jüngster Zeit sind von fachmännischer Seite Zweifel geäußert worden, ob Mack für die Ulmer Katastrophe verantwortlich gemacht werden dürfe.[4]) Gewiß ist nicht auf ihn allein alle Schuld zu laden, der ganze Organismus der Armee war morsch geworden, der soldatische Geist tief gesunken, doch mehr läßt sich zur Rechtfertigung des Heerführers wohl kaum geltend machen. Vor einigen dreißig Jahren wurde eine Selbstverteidigung Macks veröffentlicht.[5]) Wenn das Schriftstück echt ist — und die Echtheit ist niemals angezweifelt worden —, so darf

[1]) Proclamation à la grande armée, 29 vendém. an XIV; Corr. de Nap. I., tom 11, 342.

[2]) Schloßberger, Politische und militärische Korrespondenz König Friedrichs v. Württemberg mit Napoleon I., 2.

[3]) Gentz' Schriften, herausg. v. Schlesier, IV, 123 ff.

[4]) Schinzls Artikel über Mack in der Allg. D. Biographie, 20. Bd., 8. Auch in Frankreich ist in jüngster Zeit Gachot (La réhabilitation de Mack; Le conservateur, 1907, 941) als Anwalt für Mack aufgetreten. Nach Gachots Ansicht hätte dem Besiegten von Ulm nur das Glück gefehlt, aber er vermag weder die von militärischer Seite beklagten Fehler in Abrede zu stellen, noch zur Rechtfertigung Neues geltend zu machen.

[5]) Anmerkungen über die in meinem kriegsrechtlichen Urtheil mir angeschuldigten Vergehungen und Verbrechen; Raumers Histor. Taschenbuch, 5. Folge, 3. Bd., 1.

man sagen: die Verteidigung ist für Mack nicht weniger belastend als die Anklage. Die darin kundgegebene Auffassung der politisch-militärischen Lage ist so unklar und unrichtig, daß sich auch dem Laien die Ueberzeugung aufdrängt: dieser starrsinnige Schwächling war seiner Aufgabe nicht gewachsen. Später urteilte auch Gentz ganz anders über den Mann, dem man nur in unverzeihlicher Verblendung Gutes zugetraut habe. „Ein schwacher, weinerlicher, fast niederträchtiger Charakter, eine Seele ohne wahre Energie, ein Kopf voll schiefer und halber Gedanken, durch alte revolutionäre Tendenzen vollends von allen Seiten verzerrt und verschraubt, das war der Mann; als Soldat durchaus nur für den zweiten Rang geboren, in diesem leicht der erste unter den jetzt Lebenden!“ [1]) — Mack wurde nach seiner Ankunft in Wien in Haft gezogen. Die kriegsgerichtliche Untersuchung schloß mit der Verurteilung des Angeklagten zu sechsjähriger Festungsstrafe und Verlust seiner Charge. Der Kaiser reduzierte die Strafe auf zwei Jahre, und 1819 wurden dem Verurteilten auch der Titel eines Feldmarschallleutnants und ein Gnadengehalt bewilligt. [2])

Napoleons Sieg rief bei den Bundesgenossen im deutschen Süden helle Begeisterung wach. An die bairischen Truppen, die zum erstenmal seit Max Emanuels Tagen wieder unter französischer Fahne fochten — im österreichischen Erbfolgekrieg waren die Franzosen als „bairische Hülfstruppen“ aufgetreten —, richtete Napoleon eine klug berechnete Ansprache: „Ihr werdet dem Beispiel eurer Vorfahren folgen, die sich stets die Unabhängigkeit und die politische Existenz bewahrten, welche die ersten Güter der Nationen sind. Ich kenne eure Tapferkeit und gebe mich der Hoffnung hin, nach der ersten Schlacht eurem Fürsten und meinem Volk sagen zu können, daß ihr würdig seid, in den Reihen der großen Armee zu kämpfen!“ [3])

Heute erscheinen solche Worte als eine übermütige Herabwürdigung der deutschen Tapferkeit; damals galten sie als schmeichelhaftes Lob! Und nicht bloß der Offizier und der Soldat waren mit ganzer Seele für den Krieg mit den verhaßten Oesterreichern, auch in Volkskreisen überwog diese Stimmung; insbesondere die Ausgabe von wertlosem Papiergeld hatte noch dazu beigetragen, die „Kostbeutel“, d. h. die österreichische Besatzung, mißliebig zu machen. In zahlreichen Flugblättern wird an die Leiden erinnert, welche den Baiern seit Jahrhunderten aus dem feindseligen Verhalten der Habsburger erwuchsen, während die „historische“ Freundschaft mit Frankreich Geld ins Land brachte. In den von groteskem Partikularismus diktierten „Gesprächen im Reiche der Todten von der Mutter Bojaria . . . mit ihrer Tochter Austria“ wird geschildert, wie Austria gleich einer Höllenfurie in das Haus der gutmütigen Bojaria einfiel, die Kästen der Bürger aufbrach, die blanke Münze herausnahm und schmutziges Papier dafür hineinlegte u. s. w. „Weinend entfloh die Matrone in das Tochterland Franken. Dies sah und hörte der bewunderungswürdige Held, der Erstgeborene der Weisheit, Napoleon. Er zog mit seiner erstaunlichen Geschwindkraft gleich einem Sturmwind in die Eigenthümer der seufzenden Bojaria und zerstäubte alles, was

[1]) Gentz' Schriften, herausg. v. Schlesier, IV, 129.

[2]) Angeli, 505.

[3]) Mathieu Dumas, Evènemens militaires, XIII, 18.

feindlich war, wie Flugsand. . . ." [1]) Napoleon wußte den Selbständigkeitstrieb der kleinen deutschen Staaten geschickt für seine Zwecke zu benutzen. Aus den Tagesbefehlen und sonstigen Kundgebungen hätte der Schluß gezogen werden müssen, es handle sich für den Franzosenkaiser um nichts anderes als um die Befreiung seiner Freunde. Wie Ludwig XIV. gebrauchte Napoleon I. mit Vorliebe das Schlagwort „Deutsche Freiheit". Man weiß heute, in welcher Absicht er den „schwächeren" Fürsten seinen Schutz zuwendete. Dagegen ist nicht zu bestreiten, daß er seine Verheißungen, mochten sie noch so prahlerisch klingen, glänzend zu erfüllen wußte. Genau einen Monat nach dem Einfall der Oesterreicher zogen Marschall Bernadotte und der bairische General Wrede in München ein, — ein Angebinde Napoleons zum Namensfest des Kurfürsten! [2])

„Triumph! Triumph! Schon siegt die gute Sache,
Die Oesterreicher fliehn!
Laut brüllt der Donner der gerechten Rache
Nach London und nach Wien . . .
Wo sollten sie auch Muth und Kühnheit finden,
Dem Feinde sich zu nah'n?
Sie kamen ja den Weg von Hohenlinden
Zu unsrer Stadt heran!" [3])

Am 24. Oktober hielt Napoleon selbst unter dem Donner der Kanonen und dem Geläute der Glocken durch das Neuhauserthor festlichen Einzug. Zum erstenmal tönte der Ruf: Vive l'empereur! in den Straßen einer deutschen Stadt. Die Häuser waren, wie im elften Bulletin der großen Armee gelobt wird, „nicht ohne Geschmack" geziert. Am Gebäude der Akademie der Wissenschaften war ein Chronogramm angebracht:

Venit, vidit, vicit Napoleon, Austriae terror, Bavariae pius amicus, vivat!

---

[1]) Gespräche im Reiche der Todten von der Mutter Bojaria, ihrem Sohne Maximilian Emanuel, mit ihrer Tochter Austria, verfasset von einem königlich bairischen Patrioten (1806), 8. Die Flugschrift: Oesterreichs letzter Kreuzzug nach Baiern (1805) rühmt den weisen Max, der die mindere Zahl seiner Truppen ersetzte durch Alliierte, die der gewohnte Sieg adelt, und den Marschall Bernadotte, der Oesterreichs geübte Läufer aus München vertrieb, wie Jesus die jüdischen Verkäufer aus dem Tempel. Die Schrift: Oesterreich in den letzten Zügen, aus der Brieftasche eines gefangenen österreichischen Offiziers (Wien, 1805), ein Gespräch zwischen Friedrich dem Großen, Maria Theresia und Joseph II., stammt, wie die Tendenz verrät, ebenfalls aus Baiern, ebenso: Wünsche und Winde, eine maskierte Schlittenfahrt (Schilda, 1805), ebenso: Vergißmeinnicht oder nöthiges Gebetbuch für die österreichischen Unterthanen (Innsbruck, Eichstädt, Linz und Salzburg, 1805), mit folgendem Glaubensbekenntnis: „Ich glaube an den Kaiser Napoleon, den großen Helden und Schöpfer der Reiche und des Friedens, an Maximilian IV. als seinen treuesten Alliirten, der in der gerechtesten Sache mit ihm Eins ist, und an den Geist der Weisheit und des Lichts, den er mit Kraft und Macht empfangen hat" u. s. w. Herr Studienrektor Philipp Brunnemayr in Straubing griff in die Leyer und sang ein Volkslied auf den Frieden (1806):

„Freut euch des Friedens,
Singet im Jubelton,
Preiset den Kaiser
Napoleon!" — —

[2]) Kurpfalzbairische Staatszeitung v. 12. Oktober 1805.

[3]) Zum 12. Oktober 1805 (Flugblatt, von Schladen seinem Hof mitgeteilt).

Nach rasch beendigtem Abendmahl begab sich der Kaiser zur Ruhe, wozu er sich, das Prunklager im goldstrotzenden „Kaiserzimmer" verschmähend, ein einfaches Feldbett aufschlagen ließ. „Jedermann mußte," wie die von Lorenz Hübner redigierte „Kurpfalzbairische Staatszeitung" versichert, „die edle Einfachheit und Güte des Kaisers bewundern." An den nächsten Tagen zogen in ununterbrochener Folge französische und bairische Truppen durch die Stadt. Der Kaiser musterte sie mit peinlicher Gründlichkeit und schien vom Ergebnis sehr befriedigt zu sein. Er war überhaupt, obwohl ihm die Katastrophe bei Trafalgar schon bekannt geworden war, in zuversichtlichster Stimmung und auffällig munterer Laune. „Seine Majestät haben viel mit den Damen geplaudert," notierte der bairische General Clerembault in sein Tagebuch.[1]) Die gute Laune des Kaisers trat auch in weitreichenden Versprechungen zu Tage. Als der bairische Militärbevollmächtigte Baron Gravenreuth die Aeußerung fallen ließ, es wäre doch von großem Vorteil, wenn Tirol zwischen Baiern und Italien verteilt würde, sagte Napoleon: „Ich bin ganz Ihrer Meinung, Ihr sollt aber auch Salzburg und einen Teil von Oesterreichisch-Schwaben und das Hochstift Eichstädt haben!" Als die Beamten der Landesdirektion ihre Aufwartung machten, sagte er: „Ich will für mich in Deutschland nichts erobern; ich bin zufrieden mit dem linken Rheinufer; alles, was ich einnehmen werde, soll Eurem Kurfürsten gehören!" Am Morgen vor der Abreise zeigte er Gravenreuth den Bundesvertrag mit Württemberg, in dem schon von der Auflösung des Reichsverbandes wie von einer vollendeten Thatsache gesprochen war. „Meine Absicht," sagte der Kaiser, „geht dahin, daß es im deutschen Süden nur noch die Kurfürsten von Baiern, Baden und Württemberg geben und an sie alles fallen soll, was Oesterreich und andere Stände dort in Besitz gehabt haben. Wie es mit dem deutschen Norden gehen wird, müssen wir abwarten!"[2])

Aus den Berichten des in jenen Tagen in München verweilenden preußischen Diplomaten Harnier erhellt, daß Napoleon auch ernstlich bemüht war, durch Vermittlung Montgelas' den preußischen Hof zu gewinnen, und zwar auf Napoleonische Art: teils durch Versprechungen, teils durch Drohungen! Montgelas versicherte dem Diplomaten, Napoleon sei mit Vergnügen bereit, Hannover an Preußen zu überlassen und auch den letzten Rest der französischen Besatzung zurückzuziehen, nur sei der Abschluß eines Vertrags geboten, der die Ehre der französischen Adler wahre. Napoleon mache aber auch kein Hehl aus seiner Verstimmung über die neueste Haltung des Königs von Preußen, der sogar mit seinem Feinde zusammentreffen wolle. Ein Adjutant teilte eine Aeußerung des Kaisers mit: „Wenn sich der König in der That einfallen läßt, gegen mich aufzutreten, werde ich sofort Oesterreich Frieden anbieten und meine ganze Kraft zur Abwehr des unerwarteten Angriffs aufbieten!"[3]) Auch zu Gravenreuth sagte

[1]) Handschriftliches Tagebuch des bairischen Generals Clerembault in der Münchner Staatsbibliothek.

[2]) Bair. Staatsarchiv. Mission extraordinaire au grand quartier-général Impérial Français. Relation du baron Gravenreuth, 25 oct. 1805.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches du et au baron de Schladen. Bericht Harniers aus München v. 31. Oktober 1805.

Napoleon, er werde gegebenen Falles lieber auf alle Bedingungen Oesterreichs und Rußlands eingehen, als sich von Preußen beleidigen lassen![1] —

Der drohende Anschluß Preußens an die Koalition war nur eine schwarze Wolke, aber an anderer Stelle hatte sich schon vor den Münchner Festtagen ein furchtbares Ungewitter entladen, dem die gesamte französische Seemacht zum Opfer gefallen war.

Bis zum 21. Oktober 1805 war die britische Vorherrschaft zur See wenigstens nicht unbestritten gewesen. Seit die große Elisabeth den Vorteil der Insellage für die Schöpfung einer mächtigen Handels- und Kriegsmarine erkannt hatte, suchte England in zweihundertjährigem Ringen die übrigen seetüchtigen Nationen, Spanien, Holland und Frankreich, von den Meeren zu verdrängen. Zuerst gelang es, mit der holländischen Seemacht aufzuräumen: die Flotte der mit dem revolutionären Frankreich verbundenen batavischen Republik wurde 1799 bei der Insel Texel vernichtet. Nun befreite der 21. Oktober 1805 den Union Jack auch von den beiden anderen Nebenbuhlern; unmittelbar auf den leicht errungenen Sieg Napoleons bei Ulm folgte die furchtbare Niederlage der vereinigten Flotten Spaniens und Frankreichs bei Trafalgar. Napoleon hatte dem Admiral Villeneuve, dem er die Schuld am Mißerfolg des Landungsplanes beimaß, Auftrag gegeben, den Hafen von Cadix zu verlassen und mit der spanisch-französischen Flotte den General Gouvion St. Cyr beim Angriff auf das Königreich Neapel zu unterstützen. Villeneuve wies darauf hin, daß seine Flotte trotz scheinbarer Ueberlegenheit der britischen nicht gewachsen sei, doch die Vorstellungen wurden nur mit Vorwürfen beantwortet. Die Flotte stach also in die See, wurde aber schon am 21. Oktober bei dem Vorgebirg Trafalgar aufs Haupt geschlagen. Von 33 Linienschiffen konnten sich nur 10 durch Flucht retten. Freilich war der Sieg der Engländer teuer erkauft durch den Verlust des großen Nelson, der beim Zweikampf seines Schiffes Victory mit dem Redoutable die Todeswunde empfing. Villeneuve erdolchte sich selbst, wie er vor seinem Tode niederschrieb, zur Sühne, da so viele tapfere Landsleute „vielleicht" durch seine Schuld ihr Leben verloren. Er war großmütig genug, nicht den Mann als Schuldigen zu nennen, der die französische Flotte ohne Not zu dem hoffnungslosen Wagnis gezwungen hatte. Seit dem Tage von Trafalgar konnte England in vollkommener Sicherheit vor ernster Gefährdung und ohne jeden aussichtsvollen Wettbewerb in Schiffahrt und Handel, Welt- und Geldwirtschaft die führende, ja weltbeherrschende Rolle durchführen. —

„Ich gebe meinem Bruder, dem deutschen Kaiser, einen guten Rat," sagte Napoleon bei den Verhandlungen mit Mack, „er mag sich beeilen, Frieden zu schließen. Die gegenwärtige Lage muß ihn doch eindringlich daran erinnern, daß alle Reiche einmal ein Ende finden; der Gedanke, daß nun für das lothringische Haus das letzte Stündchen gekommen sein könnte, mag ihn zur Besinnung bringen! Ich selbst will auf dem Kontinent nichts für mich nehmen, nur Schiffe, Handel, Kolonien will ich haben, und das wäre euer Vorteil so gut wie der meine!"[2]

[1] Bair. Staatsarchiv. Mission extraordinaire etc. Relation du baron Gravenreuth, 25 oct. 1805.

[2] Corr. de Nap. I., tom. 10, 345.

Napoleon selbst ließ dieses Gespräch im neunten Bulletin der großen Armee am 21. Oktober veröffentlichen. Er wußte damals noch nicht, daß es eine französische Flotte nicht mehr gab und an Seeherrschaft und Kolonien nicht mehr zu denken war. Als er die verhängnisvolle Kunde erhielt, sagte er nur: „Ich kann nicht überall selbst eingreifen! . . . Nun heißt es nur noch rascher vordringen!" Die Schnelligkeit sollte wieder sein bester Bundesgenosse sein. Schon am 28. Oktober überschritt er den Inn, am 29. ließ er Salzburg besetzen. Auf die Gefährdung der Flanken aufmerksam gemacht, erwiderte er, ein rasches Erscheinen vor Wien sei das wirksamste Mittel, Zentrum und Flügel sicher zu stellen. Auch die ungünstigen Nachrichten aus Berlin hielten ihn nicht auf. Es war ja zu befürchten, daß die Preußen ihm in den Rücken fallen könnten, aber jedes Zögern bot den Russen und Oesterreichern Zeit, ihre Vereinigung zu bewirken, und dem Erzherzog Karl, auf dem deutschen Kriegsschauplatz zu erscheinen. Man darf also sagen: der kühne Entschluß, bei dem ersten Plane zu beharren, d. h. so rasch wie möglich gegen Wien vorzudringen, war auch der weiseste. Freilich war zur Durchführung notwendig, daß der Leiter des Unternehmens der unabhängige Herr seines Handelns und ein Napoleon war.

Denn je weiter die Franzosen in Oesterreich vorrückten, desto gefährlicher wurde ihre Lage. Die Oesterreicher wichen zurück, waren aber nicht so entmutigt und kraftlos, wie Napoleon gehofft hatte, und die Gesamtmacht der Russen kam immer näher. Wenn Napoleon die Vereinigung der verbündeten Gegner nicht hindern kann, hat er eine mächtige Phalanx vor sich, und die preußische bedroht ihn im Rücken. —

Kaiser Franz richtete am 28. Oktober an seine Unterthanen einen würdevollen Aufruf: auch vorübergehendes Mißgeschick könne ihn nicht hindern, den Kampf für Thron und Unabhängigkeit, Nationalehre und Nationalglück mit aller Entschlossenheit fortzusetzen. Ein Extrablatt der amtlichen Wiener Zeitung vom 26. Oktober gab die Niederlage Macks bekannt, warnte aber vor unnötiger Entmutigung. „Der Verlust ist allerdings bedeutend und empfindlich, aber weder niederschlagend noch entscheidend." Noch seien die Erblande zur Genüge gedeckt durch die eigenen Truppen. „Zu den beruhigendsten Erwartungen berechtigen auch die großen Entschließungen der Beherrscher Rußlands und Preußens." [1])

In Wahrheit lauteten die Kundgebungen aus Berlin noch immer zweideutig. Die Sache Oesterreichs sei ja gar nicht so verzweifelt, schrieb Friedrich Wilhelm am 15. November an den Gesandten Finckenstein, der mit dem Wiener Hofe nach Olmütz geflüchtet war; es komme nur darauf an, sich zu behaupten, bis die Verstärkungen aus Italien und Ungarn und die zweite russische Armee anlangen würden. „Wie es aber mir möglich sein sollte, unter den gegebenen Verhältnissen die Hauptstadt Oesterreichs — sei es durch eine kräftige Erklärung, sei es durch eine militärische Demonstration — zu retten, das kann ich nicht verstehen. Die Sendung Haugwitzens wiegt doch weit schwerer als eine solche Erklärung." [2])

---

[1]) Württemberg. Staatsarchiv. Beilagen zum Bericht Seckendorffs v. 7. November 1805.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Finckenstein v. 15. November 1805.

Preußen soll, darauf waren Napoleons Bemühungen gerichtet, noch möglichst lange Zeit hingehalten werden. Zu offenem Bündnis war es nicht zu haben, daran war ja nicht mehr zu zweifeln. Duroc soll daher Berlin verlassen, doch vorher nochmals eindringlich dem König vor Augen führen, was es heiße, Napoleons Freundschaft zu verscherzen. „Mein Gebieter," soll er sagen, „wollte Eurer Majestät Nachricht geben von seinen Erfolgen, doch er wagt es nicht, weil er Gerüchte vernommen hat, daß seine Feinde in Berlin ihres Sieges schon sicher zu sein glauben. Majestät, Sie haben im Kaiser einen Freund, der von den Grenzen der Welt herbeieilen würde, um Ihnen zu helfen! Man kennt den Kaiser zu wenig in Europa. Er ist weit mehr ein Mann von Herz, als ein Mann der Politik. Wäre es denkbar, daß Ew. Majestät einen so großmütigen und Ihnen so treu ergebenen Freund durch zweideutiges Verhalten zurückstoßen wollten?" Zu Hardenberg soll Duroc sagen: „Der Kaiser legt keinen hohen Wert auf Hannover, aber es muß die geeignete Form eingehalten werden. . . . Durch Drohungen läßt sich vom Kaiser am wenigsten etwas erreichen, dadurch kann er nur beleidigt werden. . . . Er weiß recht gut, daß Friedrich II. mit Preußen dem ganzen Europa widerstanden hat, aber unser Kaiser kann noch mehr leisten als Friedrich, und Frankreich mehr als Preußen. . . . Der Wohlfahrtsausschuß hat sich auch schon gegen ganz Europa zur Wehr gesetzt, und jedermann weiß, daß dem Kaiser noch weit stärkere Waffen zur Verfügung stehen als dem Wohlfahrtsausschuß. . . ." Da Napoleon einen Handstreich gegen Hannover befürchtete, befahl er dem dort kommandierenden General Barbou, sich in die Festungen einzuschließen und niemand in die Nähe kommen zu lassen. „Ich glaube nicht," schrieb er an Otto, „daß die Preußen die Verwegenheit so weit treiben werden, in Hannover einzudringen, um mir meine Adler zu entreißen! Ohne Blutvergießen würde es nicht abgehen. Die Fahnen Frankreichs haben niemals einen Schimpf geduldet. Es liegt mir nicht viel an Hannover, aber alles an der Ehre, mehr als am Leben!" [1])

Das nämliche Gefühl: Die Ehre darf nicht verletzt werden! schien aber auch Preußen zu ungewohnter Thatkraft aufzustacheln und unaufhaltsam auf die Seite der Verbündeten zu drängen. Obwohl dem Zaren nicht unbekannt geblieben sein konnte, daß der in Aussicht gestellte Besuch dem König wenig willkommen sei, begab er sich am 25. Oktober nach Berlin. Die ritterliche, liebenswürdige Art Alexanders übte auch diesmal ihren Zauber. Wenn der König auch nicht zu unmittelbarer Teilnahme am Krieg gegen Frankreich zu bewegen war, gab er doch seine Einwilligung zu einem „Pacifikationsplan", der in Wahrheit ein Ultimatum an Frankreich bedeutete. Napoleon sollte aufgefordert werden, die Unabhängigkeit Hollands, Neapels und der Schweiz wieder herzustellen, Italien für immer von Frankreich zu trennen, kurz, das seit zehn Jahren den Kontinent bedrohende Eroberungssystem aufzugeben. Diese Forderungen sollten durch einen Vertrauensmann der preußischen Regierung überbracht werden; wenn der Kaiser nicht binnen vier Wochen auf die Friedensbedingungen eingehen würde, sollte Preußen mit 180000 Mann in den Kampf eingreifen, wofür ihm britische

[1]) Corr. de Nap. I., tom. 10, 352, 353, 354.

Hülfsgelder, Erleichterung des Ankaufs der notwendigen Lebensmittel und nach dem künftigen Friedensschluß, „sei es durch Erwerbung, sei es durch Tausch", eine günstige Grenzregulierung in Aussicht gestellt wurden. In solcher Form wurde von Alexander, Friedrich Wilhelm und Erzherzog Anton als Vertreter Oesterreichs am 3. November in Potsdam ein Vertrag unterzeichnet. In einem geheimen Artikel versprach Rußland, die englische Regierung zu einem Austausch von Hannover gegen den preußischen Besitz in Westfalen bewegen zu wollen.[1])

Auf den Abschluß des Vertrags folgte eine Scene, die im allgemeinen aus dem impulsiven Wesen des Zaren zu erklären ist, zugleich aber auch klug darauf berechnet war, den lauen Bundesgenossen noch eindringlicher an seine Freundespflicht zu mahnen. Alexander gab in der Nacht vom 3. November, unmittelbar vor seiner Abreise, den Wunsch zu erkennen, das Grab Friedrichs des Großen zu besuchen. Von Friedrich Wilhelm und Luise begleitet, begab er sich in die schlichte Grabkammer in der Garnisonskirche und küßte den Sarg; dann nahm er, wie ein halboffizieller Bericht sagt, „nach einem ernsten Blick auf den Altar von dem König und der Königin auf eine höchst einfache Weise Abschied".[2])

Friedrich Wilhelm war jedoch noch keineswegs entschlossen, mit Frankreich förmlich zu brechen; sogar den Potsdamer Vertrag hatte er, wie Hardenberg und Lombard übereinstimmend versichern, nur mit schwerem Herzen unterzeichnet.[3]) Auch Hardenberg hatte noch nicht so entschieden, wie er es in seinen Denkwürdigkeiten beteuert, gegen Napoleon Partei ergriffen; ein Gegensatz zur Politik des Königs bestand nur in bezug auf die einzuschlagenden Wege.[4]) Seit an die „Befreiung" Hannovers ernstlicher zu denken war, ging er bereitwilliger, als es der Absicht des Königs entsprach, auf die russischen Vorstellungen ein. Deshalb berief der König am 19. Oktober den Grafen Haugwitz wieder zu „gemeinschaftlicher Geschäftsführung mit Hardenberg" ins Kabinett. Haugwitz selbst führte seine Wiederkehr darauf zurück, daß der König die Abschwenkung vom bewährten Neutralitätssystem mißbilligte.[5]) Hardenberg wollte zurücktreten, gab aber den Gedanken wieder auf.[6]) —

Kursachsen hatte sich bisher gegen die preußischen Bemühungen, einen Verein der norddeutschen Fürsten nach dem Muster des Bundes von 1785 ins Leben zu rufen, ablehnend verhalten.[7]) Als aber der neue Weltkrieg entbrannte, erklärte sich die sächsische Regierung zum Anschluß an das norddeutsche Neutralitätssystem bereit. Auch als am 17. Oktober die Aufforderung erging, Sachsen sollte sich zur Verteidigung der Grenzen mit Preußen über gemeinsame Operationen verständigen, gab Friedrich August seine Zustimmung. Das Gelände zwischen Saale und Mulde wurde von 18000 Sachsen besetzt.[8]) Der kursächsische Reichstags-

[1]) Geschichte der Kriege, VI, 2, 247.
[2]) Bailleu, Königin Luise, 163.
[3]) Hardenberg, Denkwürdigkeiten, II, 317. Lombard, Matériaux, 124.
[4]) Hansing, Hardenberg und die dritte Koalition, 59.
[5]) Fragment des mémoires inédits du comte de Haugwitz; Minerva, 1837, IV, 6.
[6]) Roack, Hardenberg und das geh. Kabinet Friedrich Wilhelms III., 19.
[7]) Pölitz, Die Regierung Friedrich Augusts v. Sachsen, I, 258.
[8]) Sturmhoefel, Geschichte des Albertinischen Sachsen, II, 1. Abt., 594.

gesandte in Regensburg weihte seinen Kollegen Seckendorff in den Abschluß des preußisch-sächsischen Bündnisses ein, fügte aber hinzu, in Sachsen werde der preußische Kriegseifer von niemand ernst genommen.[1])

Kurfürst Wilhelm von Hessen hatte die Einladungen Napoleons nach Mainz und Paris abgelehnt, weniger aus Rücksicht auf den deutschen Kaiser, als aus Abneigung gegen das französische Wesen.[2]) Die Beziehungen zur französischen Regierung hatten sich noch verschlimmert durch einen Streit, der am Kasseler Hofe zwischen den Gesandten von England und Frankreich ausgebrochen war. Preußen hatte dabei in vermittelndem Sinne gewirkt und noch, als das Corps Bernadotte in beunruhigende Nähe gekommen war, dem Kurfürsten vorgestellt, „daß es weder möglich, noch notwendig und ratsam sein könnte, sich dem Durchzug der französischen Armee durch das hessische Gebiet zu widersetzen".[3]) Als jedoch der Durchmarsch durch das Ansbachische erfolgte und Preußen zur Verstärkung seiner militärischen Stellung den Nordbund in Aktion bringen wollte, gab Kurfürst Wilhelm auf Hardenbergs Anfrage nur eine ausweichende Antwort: er könne sich für das gewünschte Zusammengehen nur dann entscheiden, wenn ihm englische Hülfsgelder und ausreichender Schutz für gefährdete Landesteile zugesichert würden. Friedrich Wilhelm war über die Zurückhaltung des Kurfürsten sehr ungehalten. „Ich kann es am Ende nicht mehr mit gleichgültigem Auge ansehen!" sagte er zu dem Schloßhauptmann v. Hardenberg, der in Kassel die Verhandlungen geleitet hatte. Zwar wurden die Hessen schließlich dem Armeecorps Blüchers zugeteilt, aber eine festere Verbindung kam nicht zustande; der Abfall vom führenden Staate war nur noch eine Frage der Zeit. Er speise jetzt immer abwechselnd bei dem russischen und dem französischen Gesandten, schrieb der hessische Bevollmächtigte in Wien an den Kurfürsten, er befinde sich recht wohl dabei und rate seinem Herrn, es ebenso zu machen und sich auf keine bindenden Verpflichtungen einzulassen.[4])

Die militärischen Vorbereitungen Preußens strebten zunächst nur „Sicherung der eigenen Provinzen" an. Erst im November legte der Herzog von Braunschweig in Potsdam einen Operationsplan vor, wonach sich zwei Armeecorps gemeinsam mit den Sachsen und Hessen von den fränkischen Fürstentümern aus gegen die Donau in Bewegung setzen sollten. Die gleichzeitige Besetzung Hannovers sollte nur als Mittel dienen, um „der zu unternehmenden Friedensnegotiation den nötigen Nachdruck zu verleihen". Selbstverständlich war jedoch ein stiller Vorbehalt damit verbunden, wenn Hardenberg am 17. Oktober dem hannöverschen Gesandten Ompteda beteuerte, der Einmarsch bezwecke ausschließlich, „die hannoverschen Lande entweder durch Güte oder durch Zwangsmittel von der französischen Okkupation zu befreien, um sie solchergestalt wieder ihrem

---

[1]) Württemberg. Staatsarchiv. Acta comitialia. Bericht Seckendorffs v. 6. Dezember 1805.

[2]) Münscher, Geschichte von Hessen, 455.

[3]) Dechend, Die preußisch-hessische Waffenbrüderschaft im Jahre 1805; Jahrbücher f. die deutsche Armee und Marine, Jahrg. 1886, 38.

[4]) Ebenda, 46.

rechtmäßigen Herrn zu überliefern".[1]) Die Franzosen sollten aus Hannover höflich hinausgedrängt werden; falls sie nicht freiwillig abzögen, sollte der Herzog von Braunschweig die erforderlichen Stellungen besetzen, doch ohne sich auf Feindseligkeiten einzulassen.

Als die Preußen anrückten, räumte Barbou nach der Weisung Napoleons die Hauptstadt und zog sich in die Festung Hameln zurück. Am 26. Oktober zog Oberst Scharnhorst unter dem Jubel der Bevölkerung in Hannover ein. Das ganze Land wurde rasch besetzt, offenbar um den schon in Mecklenburg stehenden Russen und Schweden zuvorzukommen. „Alles marschiert in Niedersachsen," klagte Scharnhorst, „aber der Feind ist doch in Franken, Schwaben und Baiern!"[2]) —

Die Reichsidee war in den norddeutschen wie in den süddeutschen Regierungen erstorben. Den Gedanken der Patrioten vom Schlage der Perthes und Müller, daß jedem Deutschen die Pflicht obliege, dem Reichsoberhaupt Hülfe zu leisten, würde man in Briefen und Akten der Fürsten und Staatsmänner vergeblich suchen. Nur einmal noch fand eine solche Auffassung in einem Aufruf Dalbergs schwächlichen Ausdruck. Die Reichstagsgesandten waren zwar nach Beendigung der Ferien im Oktober wieder in Regensburg eingetroffen, traten aber nur ein paarmal zur Erledigung unbedeutender Geschäfte zusammen. Plötzlich wurde das Stillleben unterbrochen durch einen Aufruf des Erzkanzlers vom 9. November, der in beweglichen Worten alle Reichsstände ermahnte, sie möchten bei Ausbruch eines Kampfes, der die besorgliche Frage nahe lege: Was wird aus unsrem deutschen Vaterlande werden? mit allen Kräften die Einheit der deutschen Reichsverfassung zu schützen und den Frieden des Reiches zu erhalten suchen.[3]) „Die Ansprache", sagt Häusser, „gehört zu den charakteristischen Aktenstücken dieser traurigen Tage; es möchte schwer sein, die sentimentale Phrase in politischen Dingen schärfer in ihrer Hohlheit zu zeichnen, als in diesem Dokument." Aehnlich beurteilte Graf Goertz das Schriftstück schon nach der Verlesung im fürstlichen Sitzungssaal. „So gegründet die Besorgnisse auch sind, so gewiß lauter auch die Absicht ist, so ist doch nicht abzusehen, wie in der jetzigen, von allen in der Geschichte beispiellosen Lage der Umstände diese Aufforderung einiges Ersprießliches zu leisten im Stande seyn könnte." Der württembergische Gesandte Seckendorff, ein Freund Oesterreichs, gab der Meinung Ausdruck, die Kundgebung Dalbergs sei veranlaßt durch die flaue Haltung Preußens, das sich sonst immer zum Anwalt der Reichsgesetze aufgeworfen habe, das Mißvergnügen des Grafen Goertz entstamme also nur einem schlechten Gewissen.[4]) Die preußische Regierung wies denn auch ihren Gesandten an, jede Verhandlung über die Predigt Dalbergs zu verhindern. Nach der Schlacht bei Austerlitz sprach Napoleon in einem Schreiben an Dalberg schärfsten Tadel aus über den „beispiellosen, auf Unruhe und tumultuarische Absichten hindeutenden Aufruf an die

[1]) Hassel, 381.
[2]) Lehmann, Scharnhorst, I, 352.
[3]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia. Bericht Goertz' v. 11. November 1805.
[4]) Württemberg. Staatsarchiv. Bericht Seckendorffs v. 11. November 1805.

teutsche Nation."[1]) Dalberg war, als ihm Graf Hedouville den ungnädigen Brief überreichte, wie vom Donner gerührt, faßte sich aber, so gut es ging, und erklärte, er glaube nur seine Pflicht erfüllt zu haben und werde sich davon auch durch den Verlust seiner politischen Existenz nicht abspenstig machen lassen.[2]) Er scheint aber förmlich Abbitte geleistet zu haben, worauf ihn der Kaiser wieder in Gnaden aufnahm. Der leidige Versuch, den deutschen Nationalgeist zu entflammen, schrieb der Kaiser am 24. Dezember, habe ihn zwar in hohem Maße befremdet, zumal der Herr Erzkanzler Angesichts der Besetzung Baierns durch die Oesterreicher und der Bedrohung des deutschen Bodens durch die Barbaren des Nordens eine patriotische Kundgebung nicht für nötig gehalten habe; trotzdem werde der Kaiser sich freuen, den Herrn Erzkanzler wieder zu sehen und ihm neue Beweise seiner Wertschätzung und Freundschaft zu geben.[3]) —

Der Sieg Napoleons an der Donau ließ auch die günstigen Aussichten der Oesterreicher auf dem italienischen Kriegsschauplatz schwinden. Die Franzosen unter Massena erzwangen zwar am 18. Oktober bei Verona den Uebergang über die Etsch, waren aber den nunmehr ihnen gegenübertretenden, 80000 Mann starken und von Erzherzog Karl geführten Oesterreichern nicht gewachsen. Da traf die Nachricht von der Ulmer Katastrophe ein! Nun blieb dem Erzherzog nichts anderes übrig, als den Rückzug anzutreten, um den Erblanden Hülfe zu bringen. Zwar wagte Massena bei Caldiero (29.—31. Oktober) einen tollkühnen Angriff, vermochte aber nicht, dem Feinde die Rückzugslinie abzuschneiden. Die Lombardei war verloren, aber Erzherzog Karl durfte hoffen, die Landeshauptstadt zu retten. Die Russen waren in vollem Anzug, ein österreichisches Corps unter Erzherzog Johann stand in Tirol, neue Truppenabteilungen sammelten sich am Inn, in Böhmen, in der Steiermark, doch was vermochten die zerstreuten Massen gegen die geschlossene Macht der von stolzer Siegeszuversicht erfüllten „großen Armee"! Erzherzog Karl strebte den Zusammenschluß der einzelnen Corps an, doch der Versuch hatte nur neue Niederlagen österreichischer Heeresabteilungen zur Folge. Dagegen umklammerten die französischen Armeen in einem gewaltigen Bogen von der Südgrenze Böhmens bis zum Adriatischen Meer die Erblande, und die Hauptstadt Wien war ohne Deckung ihrem Ansturm preisgegeben.

In Linz traf General Giulay im französischen Hauptquartier ein, um einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Da das Anerbieten offenbar nur darauf abzielte, den Vormarsch gegen Wien aufzuhalten, lehnte es Napoleon ab, erklärte sich aber bereit, auf ernstlich gemeinte Friedensverhandlungen einzugehen. In Linz traf auch Kurfürst Max Joseph ein, um seinem Retter und Erhalter freudigen Dank auszusprechen und seine Wünsche in Bezug auf die in Aussicht gestellte Gebietsvergrößerung zu unterbreiten.

Bei Amstetten kam es zum ersten Kampfe zwischen Franzosen und Russen.

---

[1]) Der Brief Napoleons befindet sich nicht in der Correspondance: es wurde jedoch dem Kurfürsten von Württemberg im Dezember davon Kenntnis gegeben und dem Reichstagsgesandten Seckendorff ein Auszug mitgeteilt (Württemberg. Staatsarchiv. Acta comitialia. Erlaß an Seckendorff v. 20. Dezember 1805).

[2]) Ebenda. Bericht Seckendorffs v. 17. Dezember 1805.

[3]) Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg, II, 41.

Nach hartnäckigem Widerstand mußten sich die Russen zurückziehen. Erbarmungslos verwüsteten sie das Land der Bundesgenossen, um dem Feinde die Verfolgung zu erschweren.[1] Auch die Kriegführung der Verbündeten wurde nicht wenig beeinträchtigt durch den Mangel an Einigkeit und Vertrauen in ihrem Lager. Die Russen behandelten ihre Bundesgenossen, die ihnen an Tüchtigkeit und Tapferkeit gewiß nicht nachstanden, mit einem Hochmut, der um so weniger am Platze war, da ihre Heeresmacht die in Aussicht gestellte Kriegsstärke auch nicht annähernd erreichte. Die Oesterreicher, schrieb Finckenstein, der den Kaiser Franz nach Olmütz begleitet hatte, am 21. November an Hardenberg, sind durch das Unglück ihrer Waffen tief entmutigt, die Russen wütend über ihre Bundesgenossen, die ihnen kein Brot geben; nur die Anwesenheit des von seinen Soldaten vergötterten Zaren ermöglicht noch ein bißchen Zusammenhalten! „Sie haben von der Lage der verbündeten Armeen ein wenig tröstliches Bild entworfen," erwiderte Hardenberg, „doch der Mut der Russen, das Beispiel ihres Erfolgs und die Gegenwart der beiden Kaiser können doch noch eine günstige Wirkung erzielen; ich sehe ihre Sache noch lange nicht für verloren an!"[2] Anders urteilte der kaiserliche General Stutterheim über die militärische Leistungsfähigkeit der Russen: sie habe, was die intellektuelle Leitung betreffe, auch nicht den bescheidensten Ansprüchen genügen können. Feldmarschalleutnant Mervelt schrieb an Cobenzl: „Ich wage die Behauptung, daß die Unwissenheit der Russen in Bezug auf militärische Dinge geradezu furchtbar ist, so daß nur zu wünschen wäre, daß niemals eine russische Armee für sich allein handelnd auftreten dürfte!"[3]

Da der Weg nach Wien offen lag, konnte Murat der Versuchung nicht widerstehen, die altehrwürdige Kaiserstadt, die noch nie ein Feind als Sieger betreten hatte, durch einen Handstreich zu nehmen. Der übereilte Vormarsch Murats brachte ein Corps des Marschalls Mortier auf dem linken Donauufer in ernste Gefahr. Bei dem Schlosse Dürenstein, das ehedem der Kerker des Königs Richard Löwenherz gewesen war, entspann sich ein wütender Kampf mit den Russen, doch die weitsichtige Strategie Napoleons bestand auch diese schwere Probe. Mortier wurde rechtzeitig gerettet, ja, der Fehler Murats konnte sogar zu leichterer Einnahme der Hauptstadt benützt werden.

Am 7. November eröffnete Cobenzl „mit bitteren Thränen" seinem Leibpublizisten Gentz, es sei die höchste Zeit, Wien zu verlassen.[4] In der Stunde der Gefahr trat mit erschreckender Deutlichkeit zu Tage, daß es dem Staat an beherzten Männern fehlte. „Der Pöbel hier," schrieb Gentz, „ich meine diesmal den hohen Adel und die Minister, sieht bloß die nächste Zukunft; das soeben Vergangene, das einzig Schreckliche fühlen sie kaum! Aber die Gränze! Aber Wien!" Ein allgemeines Flüchten begann. Der Hof und die fremden

---

[1] Filek von Wittinghausen, Austerlitz (Brünner Programm 1901), 3.

[2] Preuß. Staatsarchiv. Finckenstein an Hardenberg, 21. November 1805. Erlaß an Finckenstein v. 29. November 1805.

[3] Angeli, 307.

[4] Gentz, Tagebücher, I, 41.

Diplomaten begaben sich eilig nach Olmütz. Am 12. November zog die Besatzung ab, einige Stunden später rückte Prinz Murat mit 10000 Mann durch das Thor der kaiserlichen Burg ein; durch die bange Kaiserstadt ritten Napoleons Kürassiere. Den ganzen Tag dauerte der Durchmarsch; der größere Teil der Truppen wurde aber auf dem Tabor einquartiert. Die Besetzung der Hauptstadt hätte sich wohl kaum so glatt vollzogen, wenn nicht Fürst Auersperg, durch Vorspiegelung eines Waffenstillstands hinters Licht geführt, die anbefohlene Sprengung der Donaubrücke unterlassen hätte.[1]) Im allgemeinen wurde von den Franzosen auf strenge Mannszucht gehalten, aber „wenn es aufs Begehren ankam, suchten sie ihres Gleichen, und es wurde viel begehrt." Die ungeheuren Vorräte des kaiserlichen Arsenals wurden in Beschlag genommen, sonst wurde von Plünderung abgesehen. Freilich hatten die Wiener den Verdruß, die ungeheuren Fleischtransporte für die französische Armee durch die Straßen führen zu sehen, während ihr eigener Lebensmittelanteil auf ein niedriges Maß beschränkt war. Sie fügten sich jedoch ruhig ins Unvermeidliche; eine Proklamation Napoleons sagte ihnen Dank für „die stille Duldung der mannigfaltigen Leiden."

Inzwischen hatten auch die Kämpfe in Tirol und Italien für die französischen Fahnen glücklichen Verlauf genommen. Ney zog als Sieger in Innsbruck ein, das Corps Jellacich mußte am Bodensee die Waffen strecken, das Corps Rohan in der Lombardei, Massena harrte am Fuß der Julischen Alpen des Befehls zur Vereinigung mit der Hauptarmee. Vom Mittelpunkt des mit unvergleichlichem Geschick gespannten Netzes lenkte Napoleon selbst alle Bewegungen. In zwanzig Tagen war sein Heer vom Ozean an den Rhein, in vierzig vom Rhein bis Wien vorgedrungen. Während den gesonderten Abteilungen die Aufgabe oblag, gefährliche Ansammlungen feindlicher Truppenmassen zu verhüten, stand die Hauptarmee in imposanter Haltung im Herzen des feindlichen Landes, immer bereit, den entscheidenden Schlag zu führen.

Doch die Absicht Napoleons, die Vereinigung der Russen mit den Oesterreichern zu verhindern, schlug fehl, und auch die Versuche, Kutusow nach dem Süden zurückzudrängen, um ihn von Polen und Rußland abzuschneiden, mißglückten.[2]) Gerade während Napoleon am 20. November in Brünn Einzug hielt, erreichte Kutusow bei Olmütz die Spitzen des österreichischen Corps Buxhöwden, und die beiden Kaiser übertrugen ihm den Oberbefehl über alle in Mähren stehenden Truppen.

Nochmals wurden Verhandlungen eingeleitet. Da Napoleon auf Abtretung des gesamten venetianischen Gebietes bestand, war auf Erfolg nicht zu rechnen. Inzwischen durchforschte er sorgfältig die Umgebung von Brünn, denn hier wollte er, wenn sich die Möglichkeit bot, eine entscheidende Schlacht liefern. „Die

---

[1]) Die gleichzeitigen Berichte laden übereinstimmend alle Schuld an der Katastrophe auf die Nichtzerstörung der Donaubrücke (Die Franzosen in Wien von einem unpartheiischen Beobachter (Leipzig 1806), 3; Die Bürger Wiens im französischen Kriege 1805 (Wien 1806), 11; M. J. C. H., Die Franzosen zu Wien (Photopel, 1806), 30). Auch die ängstliche Sorge des Wiener Magistrats um die Sicherung der Stadt scheint die Pläne Murats begünstigt zu haben (Angeli, 325). — Mémoires du général de Marbot, I, 240.

[2]) La campagne de 1805 en Allemagne; Revue d'Histoire, tom 20., 56.

Schlacht bei Austerlitz", schreibt er später, „war nur das Ergebnis des Planes, den Feldzug nach Mähren hinüberzuspielen. In einer so schwierigen Kunst, wie es die Kriegskunst ist, ist häufig der Plan der entscheidenden Schlacht schon im Plan des Feldzugs enthalten."

Das Einvernehmen zwischen den Verbündeten hatte sich nicht gebessert, seit die beiden Kaiser zu mündlicher Beratung zusammentreten konnten. Alexander war nach dem Eintreffen der prächtig ausgestatteten Garde von kleinmütiger Verzagtheit zu stolzem Selbstvertrauen zurückgekehrt.[1] Auch sein Verdienst, den König von Preußen zur Teilnahme am Krieg bewogen zu haben, schlug er sehr hoch an; er war fester denn je überzeugt von seinem Beruf, der Retter Europas zu werden. Ohne Rücksicht auf die Mahnung kriegserfahrener Generale, das Eintreffen der von Bennigsen herangeführten Verstärkungen abzuwarten, schenkte er dem Drängen Angriffslustiger Gehör.[2] Kutusow, der Mann der schlauen Vorsicht, hätte lieber gewartet; er war sich auch klar über die Unfähigkeit der Prahler in der Umgebung des Zaren, war aber seinem Herrn zu sklavisch ergeben, als daß er gewagt hätte, ihm standhaft entgegenzutreten, und war ein zu tapferer Soldat, als daß nicht schließlich auch ihm kühnes Losschlagen willkommen gewesen wäre. Den Angriff empfahl auch der österreichische General Weyrother, der, obwohl seine militärische Vergangenheit nichts weniger als vertrauenerweckend war, — er hatte den jungen Erzherzog Johann in der Schlacht von Hohenlinden beraten — bei Alexander und seinen Leuten hohes Ansehen genoß, weil er des Zaren Chimären in eine praktische Form zu bringen wußte.

Eine Sendung Savarys ins russische Lager brachte die Gewißheit, daß auch billige Friedensbedingungen nicht auf Annahme zu rechnen hätten. „Ich traf bei Kutusow", erzählt Savary in seinen Memoiren, „zahlreiche junge Russen aus verschiedenen Ministerien. Sie sprachen alle durcheinander über das nämliche Thema: der Ehrgeiz Frankreichs müsse gebändigt werden; ihre Pläne, wie Frankreich am besten unschädlich zu machen sei, erinnerten mich lebhaft an Perrette und ihren Milchtopf!"[3] Alexander selbst beteuerte vor dem Gesandten, er werde die Waffen nicht niederlegen, ehe Oesterreich aus seiner unwürdigen Lage befreit und Europa die Ruhe wiedergegeben wäre!

Der Entschluß der Verbündeten, eine rasche Waffenentscheidung zu suchen, kam nur Napoleons eigenem Wunsche entgegen. Soeben war aus Berlin gemeldet worden, daß die Stimmung immer russenfreundlicher und kriegslustiger werde, und mit solchen Berichten schien die Vorschiebung der preußischen Truppen gegen die Grenze Böhmens im Einklang zu stehen. Napoleon hatte also keine Zeit zu verlieren: er mußte entweder Frieden gewinnen oder einen glänzenden Sieg.[4] Die Armee hatte eine Stellung zwischen Brünn und Austerlitz bezogen, auf einer Ebene zwischen Höhenzügen, die mit dichtem Nadelwald bedeckt und von Süden nach Norden vom Goldbach durchzogen war. Auch mehrere Teiche

[1] Oncken, II, 198.

[2] Czartoryski, Mémoires, 404.

[3] Mémoires du duc de Rovigo. II, 174.

[4] Stocklaska, Die Schlacht bei Austerlitz; Zeitschr. des deutschen Vereins für die Gesch. Mährens und Schlesiens, 9. Bd., 225.

gab es, die aber zu seicht waren, als daß darin, wie später gefabelt wurde, „Tausende" hätten ertrinken können. Insbesondere einem abgerundeten Hügel, der von Soldaten, die den Feldzug in Aegypten mitgemacht hatten, Santon genannt wurde, dachte Napoleon eine wichtige Rolle zu geben. Denn er hoffte auf diesem Platze den Feind zum Schlagen zu bringen. „Studieren Sie das Terrain genau," sagte er zu seinen Marschällen, „es wird in wenig Tagen unser Schlachtfeld sein!" Durch ängstliche Bewegungen einzelner Truppenteile suchte er die Verbündeten zur Annahme zu verleiten, daß er eine Abschwenkung in der Richtung nach Wien beabsichtige. Als sich Murat nach einem Vorpostengefecht bei Wischau thatsächlich zurückzog, schwanden im russischen Hauptquartier die letzten Bedenken. Der Kriegsrat faßte den verhängnisvollen Beschluß, die Höhen von Pratze aufzugeben und zum Angriff in die Ebene herabzusteigen, um die Franzosen von der Verbindung mit Wien abzuschneiden. Haltlos ist die Behauptung des Zaren, die Verbündeten hätten nur zu wählen gehabt, ob sie zum Angriff schreiten oder Hungers sterben wollten.[1]) Danilewski schiebt die Schuld auf die Oesterreicher, die sogar um den Preis einer Niederlage zum Frieden gelangen wollten, um die Russen nicht länger im Lande zu haben. Der russische Historiker beruft sich auf eine Erklärung des Fürsten Dolgorucki: der unbegreifliche Angriffsplan stamme von den Oesterreichern, denen an einem Mißerfolg wenig gelegen war, da sie nur 14000 Mann im Feuer hatten. „Nur durch die Vernichtung Rußlands aber konnte die österreichische Monarchie hoffen, sich aus ihrem Verfall zu erheben." Die ungeheuerliche Behauptung wird jedoch schon dadurch entkräftet, daß Savary, hier zweifellos ein unbefangener Gewährsmann, gerade den Fürsten Dolgorucki unter jenen Russen namhaft macht, die in sicherer Hoffnung auf leichten Sieg den Angriff kaum noch erwarten konnten. Auch vom russischen General Langeron wird berichtet, der Zar selbst, im Wahne, den Sieg schon sicher in der Hand zu halten, habe auf schleunige Entscheidung gedrungen und alle Mahnungen zur Vorsicht unwillig zurückgewiesen.[2]) Erzherzog Joseph schrieb an Karl, Kaiser Franz und die meisten österreichischen Generäle hätten von der Absicht, schon am 2. Dezember eine Schlacht zu wagen, bis kurz vor dem Angriff keine Kenntnis gehabt, und Kaiser Franz selbst versicherte seinem Bruder, er habe fieberkrank zu Bette gelegen, als ihm der Beginn der Schlacht gemeldet wurde.[3]) Nach der Ansicht des österreichischen Generals Stutterheim, der selbst an der Schlacht teilnahm, wäre nur die Verzögerung des Angriffs ein Fehler gewesen; kurz vor dem Zusammenstoß hätten die Verbündeten über eine erdrückende Uebermacht zu verfügen gehabt, so daß ihnen vermutlich der Sieg zu-

[1]) Alexander an Friedrich Wilhelm III., 6. Dezember 1805; Bailleu, Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. ꝛc. mit Kaiser Alexander I., 88. Daß es an Lebensmitteln mangelte, wird vom österreichischen General Stutterheim zugegeben (La bataille d'Austerlitz par le général-major Autridrien Stutterheim (Paris 1806), 32). Auch Angeli (Ulm und Austerlitz, 352) rügt die mangelhaften Anstalten für die Armeeverpflegung, erklärt aber, es könne nicht die Rede davon sein, daß man deshalb allem militärischen Calcul entgegen die Offensive habe ergreifen müssen.

[2]) La campagne de 1805, 97.

[3]) Wertheimer, Geschichte Oesterreichs u. Ungarns im ersten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts, I, 328.

gefallen wäre.[1]) Besonders abfällig beurteilt Erzherzog Karl die Kriegführung der Verbündeten, die immer umgehen, abschneiden, gefangennehmen, mit einem Worte, die Früchte des Sieges ernten wollte, ohne noch gesiegt zu haben, — ein Produkt der erhitzten Einbildungskraft Weyrothers, ein würdiges Gegenstück zu Rivoli und Hohenlinden![2])

Auch am 1. Dezember zählte die französische Armee, nachdem sich noch die Corps Bernadotte und Friant mit ihr vereinigt hatten, nur 74 000 Mann, während die Verbündeten etwa 90 000 Mann stark waren. Napoleon wies den einzelnen Abteilungen ihre Plätze und ihre Aufgaben an. Sobald der Feind die Höhen verlassen haben würde, sollten die Franzosen selbst in östlicher Richtung gegen Austerlitz vorzudringen und sich der Bergplatte von Pratze zu bemächtigen suchen; wenn dies gelang, war die feindliche Heeresmacht in zwei Teile gespalten, und es war ein Leichtes, sie entweder südwärts in die Teiche zu werfen oder auf die Straße nach Olmütz zurückzudrängen. Ein Tagsbefehl machte die Soldaten nochmals auf die Wichtigkeit des bevorstehenden Kampfes mit den „Soldtruppen Englands" aufmerksam; es handle sich um die Ehre der Armee, von welcher die Ehre der ganzen Nation abhänge; der Kaiser selbst wolle sich zwar als Leiter der Schlacht zunächst hinter den Kämpfenden aufstellen, werde aber, sobald der Sieg nur einen Augenblick gefährdet wäre, sofort selbst an die Spitze eilen, denn der Sieg müsse erfochten werden.[3])

In der That war für Napoleon der Sieg gleichbedeutend mit Rettung; er wäre verloren gewesen, wenn der Waffengang keinen entscheidenden Erfolg gebracht hätte. Die zweite russische Armee und die Armee des Erzherzogs waren im Anzug; den vereinigten Streitkräften der Verbündeten wäre die französische Heeresmacht nicht mehr gewachsen gewesen.[4]) Napoleon war denn auch trotz der zur Schau getragenen Zuversicht nicht ohne Besorgnis; dies läßt der Erlaß an Talleyrand vom 30. November deutlich erkennen. „Ich wünsche so schleunig wie möglich Frieden zu machen!" Um diesen Preis wolle er auf die Abtretung Venetiens verzichten, mit einer Kriegskostenentschädigung von fünf Millionen sich begnügen und sogar eine spätere Trennung der Kronen von Frankreich und Italien in Aussicht stellen.[5]) Vermutlich wollte sich Napoleon aus Mißtrauen gegen Preußen zur Versöhnung mit Oesterreich den Weg offen halten; so wurde wenigstens von Haugwitz die Lage beurteilt. „Im nämlichen Augenblick," schrieb er am 1. Dezember an Hardenberg, „in dem Napoleon erfährt, daß wir als seine Feinde auftreten wollen, wird er den Oesterreichern eine goldene Brücke bauen, und Oesterreich wird auch nicht anstehen, sie zu betreten."[6]) Am 2. Dezember wurde von Talleyrand, Stadion und Giulay in Wien über die neuen Anträge verhandelt. Am nämlichen Tage forderte Stadion den Grafen Haugwitz auf, endlich seine Vollmacht zu übergeben. Haugwitz versprach es. „Können

[1]) Stutterheim, 15.
[2]) Wertheimer, I, 329.
[3]) Corr. de Nap. I., tom. 11, 440. — Stocklaska, 227.
[4]) Wertheimer, I, 327.
[5]) Ebenda, 439.
[6]) Duncker, 622.

wir uns also," fragte Stadion, „wenn Napoleon auf Ihre Reklamation nicht eingeht, mit Bestimmtheit darauf verlassen, daß die preußischen Truppen am 15. Dezember die Grenze überschreiten werden?" „Gewiß!" erwiderte Haugwitz, „aber freilich, ich habe seit meiner Abreise keine Zeile mehr aus Berlin empfangen." — Zweideutig vom Anfang bis zum Ende!

Inzwischen waren in Mähren die Würfel schon gefallen.

In der Nacht vom 1. Dezember erörterte General Weyrother im Hauptquartier der Verbündeten den Schlachtplan. Nur der russische General Langeron, ein französischer Emigrant, erlaubte sich, die Zweckmäßigkeit des Angriffs anzuzweifeln, alle übrigen Mitglieder des Kriegsrates stimmten zu.

Am frühen Morgen des 2. Dezember, des Jahrestages der Krönung Napoleons, deckte dichter Nebel die Ebene und die Höhen. Als Napoleon die Vorposten besuchte, ließ sich nicht zehn Schritte weit sehen. Gegen 8 Uhr brach aber die Sonne durch die wallenden Schleier, die vielgefeierte „Sonne von Austerlitz"! Der Ruf: Es lebe der Kaiser! pflanzte sich auf der ganzen Linie fort. Nun stiegen die Russen kolonnenweise von den Höhen herab in das Bett des Goldbaches, um sich der von den Franzosen besetzten Dörfer Telnitz und Sokolnitz zu bemächtigen. Auch eine österreichische Abteilung unter Kienmayer beteiligte sich am Angriff. Der heißeste Kampf entbrannte um das Dorf Telnitz, das von den Russen erstürmt, verloren, wieder genommen wurde; um den Kirchhof, um jedes Haus, jede Scheune wurde mit leidenschaftlicher Erbitterung gestritten. Auch Dorf und Schloß Sokolnitz wurden von den Russen erstürmt, aber die Corps Davoust und Legrand ließen sie nicht weiter vorwärts dringen, so daß der durchschlagende Erfolg des Vorstoßes, auf den die Verbündeten gerechnet hatten, nicht erzielt war. Inzwischen rückte das französische Zentrum gegen die Höhe von Pratze vor. Die Angreifer sahen sich mit einem Mal selbst angegriffen. Alle Tapferkeit der Russen und Oesterreicher scheiterte an der opfermutigen Entschlossenheit, womit die von Soult geleiteten Kolonnen den Gegenstoß ausführten. Napoleon konnte vom Hügel Santon (Zuran) bei Schlapanitz mit Genugthuung beobachten, wie seine Erwartungen in Erfüllung gingen und seine Berechnungen sich bewährten. Vergebens suchte Kutusow die abwärts gestiegenen Abteilungen wieder zurückzubringen; es kam dadurch nur Unruhe und Verwirrung in die Bewegungen der Verbündeten, und der Schlachtplan Weyrothers wurde völlig durchbrochen. In einer Schilderung der Schlacht, welche Finckenstein nach den Angaben von zwei schwedischen Offizieren im Gefolge des General Armfeldt für seinen Hof entwarf, wird die Freilassung eines allzu großen Zwischenraumes zwischen den Russen und Oesterreichern als besonders schädlich bezeichnet. „Auf diese Lücke hatten die Franzosen, die von ihren zahlreichen Spionen erfahren hatten, daß man beabsichtige, sie anzugreifen, all ihre Kräfte gerichtet, in der Absicht, die Russen und Oesterreicher und einen Flügel vom anderen zu trennen."[1]) Auch Stutterheim sieht in den „allzu weiten Zwischenräumen zwischen den Kolonnen" eine Hauptursache der Niederlage.[2]) Das Treffen

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Finckensteins v. 5. Dezember 1805.

[2]) Stutterheim, 126. — Schier, Betrachtungen zur Schlacht bei Austerlitz, Zeitschr. des deutschen Vereins für Gesch. Mährens, 10. Bd., 259.

hatte noch keine Stunde gedauert, als schon der ganze linke Flügel der Russen abgeschnitten und der rechte bis Austerlitz zurückgedrängt war.[1]) Nun brach die russische Garde vor, um die Verbindung des Zentrums mit dem linken Flügel wiederherzustellen. Zwischen der russischen und der französischen Garde kam es zu furchtbarem Nahekampf, in welchem die Franzosen Sieger blieben. Um 11 Uhr Vormittags waren die Höhen um Pratze, der Schlüssel der Schlacht, in den Händen der Franzosen. Die schneidigen Attacken der österreichischen Reiter, die zähe Tapferkeit der russischen Garde konnten die Entscheidung nicht mehr aufhalten. Als Napoleon selbst am Goldbach, wo das Corps Friant noch mit wechselndem Erfolg mit den Russen kämpfte, mit erdrückenden Streitkräften erschien, lösten sich die Reihen der Russen in wilde Flucht auf. Tausende mußten an der Wiener Straße, die von den auf sicheren Sieg Hoffenden zum Stelldichein bestimmt gewesen war, die Waffen strecken. Die Behauptung des französischen Schlachtenberichts, daß in den Teichen von Satschan und Mönitz 20000 Mann den Tod gefunden hätten, ist eine Legende; aus den amtlichen Protokollen über die Ablassung der Teiche erhellt, daß nur einige wenige Leichen und Kanonen gefunden wurden.[2]) Dagegen wurde die Umgehung der umfangreichen Teiche und Sümpfe für die Besiegten verhängnisvoll; viele Tausende gingen bei der Verfolgung zu Grunde. Nach Kutusows Bericht verlor die russische Armee 21000 Mann und 133 Kanonen;[3]) der Verlust der Oesterreicher wurde von ihnen selbst auf 5922 Mann angegeben,[4]) der Verlust der Franzosen von Thiers auf 7000 Mann Tote und Verwundete.[5])

Die beiden Kaiser mußten sich rasch vom Schlachtfeld zurückziehen, in beständiger Gefahr, von den eigenen umherschweifenden Soldaten insultiert zu werden. Zar Alexander war von wilder Verzweiflung übermannt, Kaiser Franz ruhig und gefaßt. Im Hauptquartier nahmen die gegenseitigen Anklagen kein Ende. Man höre nur, wie sich die Kaiserin von Rußland nach dem Tage von Austerlitz über die Oesterreicher ausläßt; ihre Klagen sind ja nur das Echo der Berichte vom Kriegsschauplatz! „Der Name Oesterreicher muß ein Gegenstand des Abscheues sein, nicht bloß für jeden Russen, sondern für jeden, der ein fühlendes Herz hat! Man leidet schon, wenn man einen Einzelnen so niederträchtig handeln sieht, aber was muß man erst empfinden, wenn man an einer ganzen Nation nur Feigheit, Verräterei, Dummheit, kurz, die allergemeinsten

---

[1]) Geschichte des 62tägigen Krieges zwischen Oesterreich und Frankreich und deren Alliirten (1806), 237.

[2]) Auch in der Schrift „Die Franzosen in Wien" wird erzählt: „Aus der Mitte unermeßlicher Seen hörte man das Winseln Tausender, denen man nicht zu Hilfe kommen konnte" (S. 156). Doch gerade ein lokalkundiger Historiker (Filek von Wittinghausen, Austerlitz, 13) versichert, daß „die Wässerchen viel zu unbedeutend und seicht" waren, und die Protokolle über wiederholte Durchsuchungen der Teiche sprechen nur von zwei oder drei gefundenen Leichen (Janetschek, Die Schlacht bei Austerlitz, 98). — Stocklaska, 271.

[3]) Narischkine, Relation de la campagne de 1805 (im Auftrag des Kaisers Nikolaus geschrieben), 279.

[4]) Oesterreich. Militärzeitschrift, Jahrg. 1822, 229.

[5]) Thiers, VI, 256.

Eigenschaften gewahr wird! ... Ein österreichisches Bataillon hat während der Schlacht gegen uns selbst die Waffen erhoben! Ich bin entzückt, daß unsere Garde von diesen Leuten nicht einen Mann am Leben gelassen hat!“[1]) Die Russen warfen den Oesterreichern vor, daß sie mehr auf vorsichtige Deckung, als auf thätiges Eingreifen in den Kampf bedacht gewesen wären, die Oesterreicher klagten über den Mangel an Beweglichkeit und Manövrierkunst bei den Russen.[2]) Die beleidigende Anmaßung der Bundesgenossen bestärkte den Kaiser von Oesterreich in seinem Vorhaben, um Frieden nachzusuchen. Noch am Abend des 2. Dezember wurde mit Zustimmung des Zaren Fürst Liechtenstein an Napoleon abgeordnet, um eine persönliche Unterredung zu erwirken. Napoleon hielt sich eben auf dem Schlachtfeld auf, um die Wegschaffung der Verwundeten zu leiten. Die Walstatt bot einen grauenhaften Anblick, doch unbekümmert um die Opfer des Erfolges umdrängten die Soldaten in stürmischer Begeisterung den geliebten Kaiser, der um so aufrichtiger befriedigt sein konnte, da der Sieg, der häufig nur als Gunst des Zufalls anzusehen ist, heute wirklich der Lohn bewunderungswürdiger strategischer Berechnungen und Erwägungen gewesen war.

Am 4. Dezember trafen Napoleon und Kaiser Franz bei der Mühle von Paling zusammen. Napoleon war so artig, sich zuerst einzufinden. Er empfing den Kaiser am Wagenschlag und entschuldigte sich, daß er seinen Gast an einem so ärmlichen Platze empfangen müsse. „Das sind die Paläste,“ soll er gesagt haben, „die Eure Majestät mich seit drei Monaten zu bewohnen zwingen!“ „Sie konnten“, soll Franz erwidert haben, „aus diesem Aufenthalt so großen Nutzen ziehen, daß Sie mir deshalb wohl nicht zu zürnen brauchen!“ Napoleon erklärte sich bereit, unter den vor der Entscheidungsschlacht angebotenen Bedingungen Frieden zu schließen, verlangte aber rückhaltlose Trennung von Rußland; nur unter dieser Bedingung könne auch dem Zaren ein Waffenstillstand bewilligt werden. „Schließen Sie sich lieber an mich an, machen Sie Ihr Geschick nicht länger abhängig von demjenigen eines Fürsten, der, wenn er besiegt wird, in seine Steppen heimkehrt und Sie die Zeche bezahlen läßt!“ Franz erklärte sich im allgemeinen bereit, auf billige Bedingungen einzugehen, worauf sich die Kaiser unter äußeren Zeichen freundschaftlicher Aussöhnung trennten.

Auch Alexander fügte sich, weil er sich fügen mußte; die stolze Hoffnung, der Schiedsrichter, der Retter Europas zu werden, hatte ja ein jähes Ende gefunden. Die Truppen bezogen Winterquartiere, die Arbeit der Diplomaten begann. Auf Napoleons Wunsch wurden die Verhandlungen in Brünn geführt, während er den Preußen Haugwitz zu einem Stelldichein in Wien einlud.

Haugwitz soll später einmal dem Franzosen Laforest anvertraut haben, er sei von seinem König mündlich beauftragt gewesen, um jeden Preis Frieden und Freundschaft zwischen Frankreich und Preußen aufrecht zu halten.[3]) Eine solche geradezu verräterische Weisung läßt sich aber dem wankelmütigen und zweifel-

---

[1]) Kaiserin Elisabeth v. Rußland an Markgräfin Amalie v. Baden, 23. Dezember 1805; Obser, V, 420.

[2]) Narischkine, 281.

[3]) Die Kontroverse ist ausführlich erörtert in Fourniers Napoleon I., II. Bd., 106.

süchtigen, doch im Grunde des Herzens redlichen und gewissenhaften Monarchen nicht zutrauen. Vermutlich wird dem Gesandten bloß eingeschärft worden sein, nach Möglichkeit auf Erhaltung des Friedens Bedacht zu nehmen. Haugwitz schob seine Abreise ins französische Hauptquartier auffällig lange hinaus, vielleicht aus Rücksicht auf die Erklärung des Herzogs von Braunschweig, daß die Rüstungen erst in vier Wochen als vollendet gelten könnten.[1] Während der Reise empfing der Gesandte eine Hiobspost nach der anderen. Das unaufhaltsame Vorrücken der siegreichen Franzosen hatte in Oesterreich selbst schon Friedenswünsche wachgerufen; um die Mitte November wurde Giulay, wie schon erwähnt, an Napoleon abgeordnet. Auffällig ist der geringschätzige Ton, in welchem Napoleon in der ersten Unterredung über die preußische Politik sich aussprach. Als Giulay andeutete, daß Oesterreich in nächster Zeit preußische Hilfe zu erwarten habe, erwiderte Napoleon, er möchte davon abraten, sich allzufest auf preußische Versprechungen zu verlassen. Er nannte die Politik Preußens „furchtsam und kurzsichtig"; offenbar hatte ihn die Besetzung Hannovers gereizt, aber nicht eingeschüchtert. Als Haugwitz am 27. November im französischen Hauptquartier in Brünn eintraf, wurde er von Napoleon mit frostiger Miene empfangen. Auf die Frage, was Preußen eigentlich zu thun gedenke, wagte Haugwitz nicht zu bekennen, welche Verpflichtungen seine Regierung gegenüber den Verbündeten eingegangen hatte; er beschränkte sich darauf, im allgemeinen die Vermittlung Preußens anzubieten. Napoleon ließ sich aber nun höchst unwillig aus über die Potsdamer Vorgänge, die ihm wohl bekannt waren; trotzdem erklärte er sich bereit, auf eine Mediation einzugehen, wenn Preußen die Sicherung der holländischen Grenze übernehmen würde. Die Unterredung soll vier Stunden gedauert haben. „Haugwitz legte dabei viel Feinheit, ja ich möchte sagen, viel Talent an den Tag," schrieb Napoleon danach an Talleyrand, „doch schöpfte ich sowohl aus seinen Worten, wie aus dem Briefe des Königs die Ueberzeugung: man weiß in Berlin überhaupt nicht, welche Richtung man einschlagen soll!"[2] Vor seiner Regierung rechtfertigte Haugwitz das schwächliche Auftreten mit der Furcht, daß Oesterreich schon auf dem Sprung stehe, den Krieg aufzugeben und einen Sonderfrieden zu schließen.[3] Begründet war diese Besorgnis nicht.

Noch weniger wagte Haugwitz in Wien Farbe zu bekennen; besonders ängstlich suchte er alles zu vermeiden, was den König vor Napoleon kompromittieren könnte. Er besuchte Talleyrand nie anders als mit dem Stern der Ehrenlegion auf der Brust; den österreichischen Kollegen ging er möglichst aus dem Wege.[4] Am 2. Dezember richtete Graf Stadion an ihn die bestimmte Frage: „Können wir, wenn Frankreich auf Ihre Vermittlung nicht eingeht, mit Sicherheit darauf rechnen, daß preußische Truppen am 15. die Grenze überschreiten?"

---

[1] Höpfner, Der Krieg von 1806 u. 1807, I, 22.

[2] Corr. de Nap. I., tom. 11, 440.

[3] Der amtliche Bericht Haugwitz' v. 2. Dezember 1805 ist in Hardenbergs Denkwürdigkeiten, V, 190, mitgeteilt.

[4] Kiesseritzky, 28.

„Gewiß," erwiderte Haugwitz, „doch muß ich darauf aufmerksam machen, daß ich aus Berlin seit meiner Abreise keine Zeile mehr erhalten habe!"

Zweideutig vom Anfang bis zum Ende! Es begreift sich schwer, daß Gentz die Haltung Haugwitzens so hartnäckig in Schutz nahm. „Wenn Haugwitz," schrieb er noch am 3. Dezember an Böttiger, „wie es denn mehr als wahrscheinlich ist, von Wien, wohin ihn der Beelzebub vorläufig gehen ließ, mit seinen Vorschlägen zurückgewiesen wird (ich weiß, daß dies geschehen muß), so ist der Krieg mit Preußen unvermeidlich!"[1])

Doch der Tag von Austerlitz übte eine ganz andere Wirkung. Haugwitz gab offen seiner Freude über den Sieg des „Bundesgenossen" Ausdruck;[2]) er soll sogar zu Talleyrand gesagt haben: „Gott sei gedankt, daß uns der Sieg zufiel!" doch stammt die Ueberlieferung dieses Wortes aus feindlichem Lager.[3]) Der Potsdamer Vertrag verschwand wie in einer Versenkung. Unter den gänzlich veränderten Verhältnissen, schrieb er nach Hause, halte er es für seine Pflicht, vor allem die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich wieder aufzufrischen.

In Berlin hatte die Kriegspartei im November die Oberhand gewonnen; die Lombard und Köckeritz waren zurückgedrängt; sogar Hardenberg war ein eifriger Anwalt des Zusammengehens mit den Verbündeten geworden. Zar Alexander richtete an den König vertrauensvolle, aufmunternde Worte; Friedrich Wilhelm versicherte, der Freund dürfe sich auf ihn verlassen; schon jetzt werde durch Bewegungen seiner Truppen die Kriegführung der Verbündeten entlastet.[4]) Schon war der König im Begriffe, zur Armee abzureisen, — da traf eine Nachricht Finckensteins ein: Soeben verbreite sich in Olmütz die Kunde, daß die Russen bei Austerlitz eine furchtbare Niederlage erlitten hätten! „Die Russen wollten die Franzosen angreifen, wurden aber, gerade während sie sich in Kolonnen teilten, selbst angegriffen, — das ist für Russen immer ein gefährlicher Augenblick!" Ein Bericht nach dem anderen treffe vom Schlachtfeld ein, jeder lasse die Niederlage noch furchtbarer, noch entscheidender erscheinen.[5])

Noch glaubten die politischen und militärischen Ratgeber des Königs an den Verpflichtungen des Potsdamer Vertrages festhalten zu müssen. Unter dem Vorsitz des Herzogs von Braunschweig beschloß der Kriegsrat den Vormarsch der preußischen Truppen nach Böhmen.[6]) Der König selbst betonte noch am 10. Dezember die Notwendigkeit festerer militärischer Verabredungen mit den Russen.[7]) „Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind zwar sehr traurig," schrieb Hardenberg an Finckenstein, „aber sie werden wohl übertrieben sein, die Schlacht wird nicht den Feldzug entschieden haben, sind ja doch durch Fürst Bagration auf

---

[1]) Wittichen, Briefe von und an Gentz, I, 289.

[2]) Bertrand, 212.

[3]) (F. Buchholz), Gallerie preußischer Charaktere (1808), 339.

[4]) Bailleu, Briefwechsel König Friedr. Wilhelms III. mit Alexander I., 84, 85.

[5]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Finckensteins v. 3. Dezember 1805.

[6]) Hardenbergs Denkwürdigkeiten, II, 357.

[7]) Bailleu, 91.

dem rechten Flügel recht ansehnliche Vorteile erfochten worden!“[1]) Da kam die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes, von der Auflösung des österreichisch-russischen Bündnisses. Es wurde in Berlin übel vermerkt, daß Cobenzl nur die Thatsachen anzeigte, ohne über die Bedingungen des Waffenstillstands und die Zusammenkunft mit Napoleon ein Wort verlauten zu lassen. Finckenstein erhielt von Cobenzl nur lakonische Antworten, doch hatte er auch weitere Aufklärung nicht nötig. Die Lage der Oesterreicher, schrieb er nach Berlin, ist eine so verzweifelte, daß sie, wenn ihnen nicht rechtzeitig geholfen wird, neue Pläne ins Auge fassen müssen! — Nun galt es auch für Preußen, an den Schutz der eigenen Grenzen zu denken. Niemand kannte ja die Absichten Napoleons, niemand konnte sagen, was der nächste Tag bringen werde. „Eine Frage ist,“ schrieb Gentz an Müller, „ob Bonaparte Preußen wird loslassen wollen, ob er nicht beschlossen hat, für die letztverflossenen zwei Monate Rache zu nehmen. . . . Wer berechnet dies wilde, von allen Leidenschaften zerrissene Gemüt!“ „Ich weiß so wenig als Sie,“ erwiderte Johannes Müller, „ob Bonaparte über uns herfallen oder uns durch seine Begnadigung avilieren wird . . .“[2]) Unruhig erwartete der König Nachricht von Haugwitz.

Erst am 14. Dezember wurde Haugwitz in Schönbrunn empfangen. Ein lebensgroßes Bild Maria Theresias im Audienzsaal sah einen fremden Eroberer als Herrn des Schlosses, sah aber auch einen Vertreter Preußens in demütigender Lage. . . . Auf einen Glückwunsch des Gesandten soll Napoleon erwidert haben: „Das Kompliment muß durch des Schicksals Fügung wohl an einen anderen gerichtet werden, als ursprünglich beabsichtigt gewesen war!“[3]) Thatsächlich ließ es der Kaiser an heftigen Vorwürfen über die Doppelzüngigkeit des preußischen Kabinetts — in Haugwitzens Denkwürdigkeiten wird davon freilich nichts gesagt[4]) —, die Schwäche des Königs und das Frauenregiment bei Hofe nicht fehlen, und der Gesandte wurde mit den Worten entlassen: „Der Krieg zwischen uns ist unvermeidlich!“ Offenbar beabsichtigte Napoleon den Minister einzuschüchtern, und dieser Zweck wurde auch erreicht. Nachmittags ließ der Kaiser den Gesandten abermals rufen, und diesmal empfing er ihn mit heiterer Miene. Noch vor wenigen Stunden, erklärte er, habe er den Krieg für unvermeidlich angesehen, doch er wolle noch einmal einen Beweis seiner freundschaftlichen Gesinnung für Preußen geben, wolle die vorteilhaftesten Bedingungen von der Welt anbieten. Darauf diktierte er seinem Adjutanten Duroc einen Vertrag in die Feder, während Haugwitz stumm zuhören mußte. Hannover, das Napoleon als seine eigene Eroberung ansah, sollte in preußischen Besitz übergehen; dafür sollte das Fürstentum Ansbach an Baiern abgetreten werden. Außerdem soll sich Preußen mit allen weiteren Erwerbungen Napoleons in Italien einverstanden erklären, sowie mit der geplanten Vergrößerung der süddeutschen

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Finckenstein v. 9. Dezember 1805.

[2]) Gentz an Müller, 14. Dezember 1805. Müller an Gentz, 19. Dezember 1805; Schlesier, IV, 156, 171.

[3]) Böttiger, Geschichte Sachsens, II, 439.

[4]) Fragment des mémoires inédits du comte de Haugwitz; Minerva, IV, 20.

Staaten und der Standeserhöhung ihrer Fürsten.[1]) Ohne Widerrede unterzeichnete Haugwitz den Vertrag (15. Dezember). Er habe ihn, erklärt er in seinen Denkwürdigkeiten, zwar nicht für vorteilhaft oder auch nur für annehmbar angesehen, aber noch bestimmter habe er gewußt, daß seinem König vor allem anderen die Erhaltung des Friedens am Herzen liege.[2])

Durch den Schönbrunner Vertrag war Oesterreich völlig in die Hand Napoleons gegeben. Talleyrand hatte, um Oesterreich ein für allemal von Rußland abzuziehen, zu großmütigem Entgegenkommen geraten; für die geforderten Abtretungen in Italien sollte dem habsburgisch-lothringischen Hause eine reiche Entschädigung an Donauprovinzen eingeräumt werden, und auch in Deutschland sollte ihm die herrschende Stellung erhalten bleiben. Allein Napoleon war zu solcher Nachgiebigkeit nicht zu bekehren; da er im Vertrauen auf seinen Genius und die Tapferkeit seiner Armee immer auf ein Marengo oder Austerlitz zählen könne, hielt er vorsichtige Zurückhaltung nicht für geboten. Vor allem wollte er ganz Italien mit Einschluß der venetianischen Staaten besitzen, und dazu noch Friaul, Istrien und Dalmatien, also die beiden Ufer des Adriatischen Meeres. Außerdem wollte er einer Lösung der deutschen Frage näher treten. Der preußische Gesandte in Wien war der Meinung, Napoleon gehe mit dem Gedanken um, selbst römisch-deutscher Kaiser zu werden; Kaiser Franz sei ja leicht zu zwingen, die deutsche Kaiserwürde niederzulegen und seine Kurstimme dem Sieger zur Verfügung zu stellen; dann habe dieser die Mehrheit: Böhmen, Baiern, Württemberg, Baden und Erzkanzler![3])

Napoleon dachte aber nicht daran, an die Spitze eines morschen, längst nicht mehr lebensfähigen Staatsgebildes zu treten. Vorerst wollte er sich begnügen mit der Stellung eines Patrons der süddeutschen Staaten, denen die Früchte des Sieges zunächst zu gute kommen sollten. Der den Friedensverhandlungen zu Grund gelegte tonangebende Gedanke war: Verlegung des Schwerpunktes der österreichischen Monarchie nach dem Osten, wodurch Frankreich von der Nachbarschaft eines alten Nebenbuhlers befreit, Rußland dagegen in unmittelbare Nähe eines ebenso mächtigen Reiches gerückt wurde. Gegen Westen sollte Oesterreich auf die natürliche Grenze: Inn und Salzach beschränkt, der österreichische Besitz in Schwaben zur Ausstattung der Bundesgenossen verwendet werden. Auch Tirol, dessen Besitz dem Kaiserstaat die Herrschaft über die Alpen und freien Verkehr mit Italien sicherte, sollte ihm entzogen und mit Baiern vereinigt werden. Mit den territorialen Interessen sollten die dynastischen Hand in Hand gehen. Napoleon trug sich mit der Absicht, die regierenden Häuser der drei süddeutschen Staaten durch Heiraten mit seiner Familie zu verbinden, um durch solches Connubium dauernden Einfluß auf die deutschen Verhältnisse zu gewinnen. Wenn der Löwenanteil an der Siegerbeute Baiern zugedacht wurde, so geschah es, wie der badische Gesandte Oehl spottete,[4]) „non propter Lazarum, sed propter Martham." Der Stiefsohn des Kaisers, der ihm persönlich sympathische Eugen

[1]) Hardenbergs Denkwürdigkeiten, II, 390.

[2]) Fragment des mémoires inédits du comte de Haugwitz, 25.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Finckensteins v. 15. Dezember 1805.

[4]) Geh. Referendär Oehr an Karl Friedrich, 10. November 1805; Obser, V, 357.

Beauharnais, den er zum Vizekönig von Italien erhoben hatte, sollte mit Auguste von Baiern vermählt werden. Tirol und Vorarlberg, die Markgrafschaft Burgau und andere von Oesterreich abgetrennte Gebiete bildeten eine so reiche Morgengabe, daß sich wohl hoffen ließ, über den letzten Widerstand gegen den Eheplan zu obsiegen. Zwar berief sich die Mutter der Prinzessin, um das Ansinnen Napoleons ablehnen zu können, auf die Verlobung ihrer Tochter mit dem Erbprinzen von Baden, doch der Vertrauensmann Napoleons, General Thiard, wußte in Karlsruhe durch den Einfluß der mit dem Kurfürsten in zweiter Ehe vermählten Gräfin Hochberg durchzusetzen, daß vom badischen Hof auf die bairische Heirat verzichtet wurde.[1]) Der Erbprinz von Baden sollte mit Stephanie Beauharnais, der jüngste Bruder Napoleons, Jerome, mit der geistvollen Prinzessin Katharine von Württemberg vermählt werden. Napoleon suchte zwar den Schein zu erwecken, als werde er von den deutschen Höfen zu solchen Verbindungen gedrängt, doch entging seinen Vertrauten nicht, daß der erste Gedanke vom Kaiser ausging.[2]) Außer beträchtlicher Gebietserweiterung sollte den verschwägerten Dynastien auch der Königstitel verliehen werden. Ueber die damit zusammenhängenden Fragen verhandelte Napoleon seit geraumer Zeit mit den Bevollmächtigten der süddeutschen Staaten. Schon in München zeigte er dem Baron Gravenreuth einen Vertrag mit Württemberg, in dem bereits von der Auflösung des alten Reichsverbandes wie von einer vollzogenen Tatsache gesprochen war. Im deutschen Süden sollten nur noch Baiern, Baden und Württemberg frei und unabhängig, doch unter Frankreichs Schutz fortbestehen.[3]) „In den Instruktionen für Ihren Minister", schrieb Napoleon am 2. November an Kurfürst Friedrich, „muß wohl beachtet werden, welche auf das Reich bezüglichen Ausdrücke nicht mehr gebraucht werden dürfen; sie würden nur dazu dienen, dem deutschen Kaiser eine Kompetenz zu verleihen, wofür es keinen Ersatz mehr gibt, da sie nicht mehr sichergestellt ist. Ich spreche in erster Reihe vom Reichshofrat und von einem großen Teil der Befugnisse des Regensburger Reichstages, der in Wahrheit nichts anderes mehr ist, als ein elendes Affenhaus" (qui en vérité n'est plus qu'une misérable singerie).[4]) Nach dem Sieg bei Austerlitz ließ jedoch Napoleon den Plan eines vollständigen Umsturzes der Reichsverfassung wieder fallen. „Es ist jetzt nicht mehr die Rede davon," schreibt Gravenreuth am 8. Dezember, „daß dem deutschen Reich förmlich der Garaus gemacht werden soll; der Kaiser findet für besser, daß ein Schattenbild (simulacre) des Reiches erhalten bleiben möge. Die weiteren Verhandlungen sind auf die Ruhetage in München verschoben worden; vermutlich wird man aber gar nicht mehr darauf zurückkommen. Wir hätten die Idee des Kaisers so-

[1]) Lex, Souvenirs diplomatiques et militaires du général Thiard, chambellan de Napoléon I., 256.

[2]) Ibid., 267. Auch die Mémoires du Roi Jérome nehmen an, daß Kaiser Napoleon schon 1805 gleichzeitig mit den bairischen und badischen Eheprojekten auch die Verbindung zwischen Jerome und Katharine von Württemberg ins Auge gefaßt habe (III, 19).

[3]) Bair. Staatsarchiv. Mission extraordinaire au grand quartier général impérial français 1805. Bericht Gravenreuths v. 25. Oktober 1805. — Bitterauf, 201.

[4]) Schloßberger, Polit. u. milit. Korrespondenz Wilhelms v. W. mit Nap., 8.

gleich mit wärmerem Eifer aufgreifen sollen: jetzt ist wohl nichts mehr zu machen. Der Schaden wird jedoch nicht allzu groß sein. Oesterreich ist ja doch auf lange hinaus nicht mehr im Stande, seine kaiserliche Herrschaft geltend zu machen!“ [1]) Als der Münchener Hof dem Heiratsplane immer noch widerstrebte, schrieb Gravenreuth an Montgelas: „Die Schlacht bei Austerlitz hat über die Welt entschieden. Ein Zurückweichen vor der Heirat ist einfach nicht mehr möglich. Ein einziger falscher Schritt kann uns ins Verderben stürzen. Die Bedingungen werden sehr günstig sein. Fordern Sie nicht zu viel, und Sie werden noch mehr erhalten! Verlieren Sie aber ja nicht aus den Augen, was die gegenwärtige Lage erheischt!“ [2]) Montgelas berichtet in seinen Memoiren, anfänglich sei nur mit Baiern verhandelt worden, dann hätten aber auch Württemberg und Baden alles in Bewegung gesetzt, um bei der Verteilung der Beute nicht zu kurz zu kommen; Talleyrand selbst habe ihm später erzählt, daß ihn der Stuttgarter Hof für Unterstützung der württembergischen Ansprüche auf die Grafschaft Montfort mit dem „Douceur“ einer Million bedacht habe.[3]) Thatsache ist, daß die Verbündeten Napoleons alle erdenklichen Wege einschlugen, um sich in der Gunst ihres Wohlthäters den Rang abzulaufen Nur eine für diese Machenschaften charakteristische Episode sei mitgeteilt. Der Vorgang wird von einem österreichischen Agenten „Meyer“ in München erzählt, und die Angaben Montgelas' bestätigen alles Wesentliche.[4]) Als Gravenreuth zur Unterzeichnung des Entschädigungsplanes zu Talleyrand gerufen wurde, fand er zu seinem Erstaunen, daß für Baiern bloß von Tirol, nicht vom schwäbischen Bodenseegebiet die Rede war, während Württemberg sich bis über Kempten hinaus ausdehnen und mehr als die Hälfte des Bodensees auf seinen Anteil erhalten sollte. Er weigerte sich, den Entwurf zu unterzeichnen. „Aber, mein Herr!“ rief Talleyrand, „ist ein Zuwachs von 600 000 Seelen nicht genug für einen Feldzug von drei Monaten?“ Nun legte Gravenreuth dar, welch wichtige Dienste der Münchener Hof und die bairischen Truppen dem Kaiser geleistet hätten; für solche Opfer könne der Gewinn eines Landes, das so gut wie gar nichts eintrage, gewiß nicht als angemessener Lohn angesehen werden. Dann begab sich Gravenreuth zu Napoleon und erklärte, daß Baiern sich ein für allemal mit einer so kärglichen Abfindung nicht begnügen könne. „Wie?“ sagte Napoleon, „ist's nicht genug? Nun gut!“ fuhr er fort, auf die vor ihm liegende Landkarte deutend, „nehmen Sie sich!“ Das ließ sich Gravenreuth nicht zweimal sagen; unverzüglich strich er auf der Karte das ganze Gebiet an, das Baiern jetzt am Bodensee und in Schwaben besitzt. Darauf wurde Talleyrand gerufen. Auf die Karte hinweisend, sagte Napoleon: „Das gehört für Baiern!“ „Aber der König von Württemberg —“ warf Talleyrand ein, doch Napoleon rief wütend, auf den Boden stampfend: „Ich will es! Schreiben Sie, schreiben Sie!“ — —

Am 10., 11. und 12. Dezember wurden die Bundesverträge mit Baiern,

[1]) Bair. Staatsarchiv. Bericht Gravenreuths v. 25. November 1805.

[2]) Ebenda. Bericht Gravenreuths v. 8. Dezember 1805.

[3]) Montgelas' Denkwürdigkeiten, 118.

[4]) Fournier, Historische Studien und Skizzen, 253: Aus Süddeutschlands Franzosenzeit, Briefe eines geheimen Agenten vom Jahre 1806. Denkwürdigkeiten Montgelas', 165.

Baden und Württemberg unterzeichnet.[1]) Für Baiern wurde zunächst zugesagt die Abtretung der Markgrafschaft Burgau, der sieben Herrschaften von Vorarlberg, der Herrschaften Hohenems, Tettnang und Argen, der Grafschaften Königseck, Rothenfels und Isny, endlich der Herrschaft Lindau, der Bistümer Eichstätt und Passau, endlich des Hochstifts und der Reichsstadt Augsburg. Schon bei den Besitzveränderungen im Jahre 1803 war es nahe daran gewesen, daß die in ihrem Wohlstand stark zurückgegangene Reichsstadt ihre Selbständigkeit verloren hätte. Napoleon hatte zu den Augsburger Gesandten halb im Scherz, halb im Ernst gesagt, er werde ihre Stadt doch wohl noch einem Fürsten übergeben müssen, damit sie endlich einmal — besseres Pflaster bekomme![2]) Ein großer Teil der Bürgerschaft wünschte sogar die Einverleibung in Baiern, weil man sich von Vereinigung mit einem stärkeren Gemeinwesen ein Aufblühen von Handel und Gewerbe versprechen könne. Besonders der evangelischen Bevölkerung war der Gedanke sympathisch, unter den Schutz einer aufgeklärten Regierung zu kommen, dagegen widerstrebten manche katholische Kreise, weil die Ausdehnung der Säkularisierung auf Augsburg unvermeidlich in Aussicht stand.[3]) Als jedoch die Stadt, noch ehe der Friede definitiv geschlossen war, von bairischen Truppen besetzt und das Einverleibungspatent an allen Thoren und Hauptgebäuden angeschlagen wurde, war alle Welt mit der neuen Ordnung der Dinge zufrieden. Die Fortsetzung der Verhandlungen führte noch zum Eintausch Tirols gegen Würzburg, das dem Erzherzog Ferdinand als Ersatz für Salzburg dienen sollte. Erst durch Vertrag vom 16. Dezember wurde das Fürstentum Ansbach gegen das Herzogtum Berg abgegeben, für Baiern kein „rentables" Geschäft, da Berg weit reichere Einkünfte abwarf. Auch den Eintausch von Tirol hatte Gravenreuth anfänglich abgelehnt, da „der österreichische Fiskus bisher aus dem armen Nordtirol so gut wie nichts bezogen habe und die in dem rauhen Bergland organisierte Landesverteidigung, auf ihre historische Ausnahmsstellung pochend, von militärischer Disziplin nichts wissen wolle". Doch der strategische Vorteil, den der Besitz Tirols für Baiern bot — in den Feldzügen von 1703 und 1742 war die Entblößung der Südgrenze verhängnisvoll gewesen —, war so bedeutend, daß sich Montgelas doch noch zur Aufopferung des reichen würzburgischen Gebietes entschloß. Freilich auch noch aus einem anderen Grunde. Unter den bairischen Wünschen stand die Erhebung zum Königreich obenan. „Der Königstitel", schrieb Gravenreuth, „würde die Hoffnungen Baierns krönen; der Kurfürst erwartet mit Sicherheit von der Großmut des Kaisers, daß ihm eine Auszeichnung nicht versagt werde, die gewissermaßen das Siegel auf den Bund zwischen den Dynastien Frankreichs und Baierns drücken wird!" Durch Artikel 2 des Vertrags vom 10. Dezember wurde denn auch die Erhebung Baierns zu einem im Mannsstamm des bairisch-pfälzischen Hauses erblichen

---

[1]) Nach Montgelas, 117, wäre der Vertrag mit Baiern am 8. Dezember abgeschlossen worden. Die Angabe beruht auf Irrtum.

[2]) G. V. Schmidt, Die mediatisierten freien Reichsstädte, 339.

[3]) Chr. Meyer, Die letzten Zeiten der freien Reichsstadt Augsburg; Zeitschr. des hist. Ver. für Schwaben u. Neuburg, I, 31.

Königreich ausgesprochen, und durch Artikel 3 von Napoleon die Verpflichtung übernommen, alle Mächte zur Anerkennung der Rangeserhöhung Max Josephs zu bewegen. Der nämliche Artikel verfügte aber, daß Baiern fortfahren sollte, einen Teil des deutschen Reiches zu bilden. „Der Vertrag", schrieb Gravenreuth an seinen Souverän, „erfüllt nicht alles, was wir erwartet hatten, aber er gibt Baiern eine Unabhängigkeit, die es zu weiterer Vergrößerung fähig macht. . . . Ich beklage aufs lebhafteste, daß ich Eure Majestät nicht schon in Linz zu den nötigen Zugeständnissen bewegen konnte. Dann wäre alles längst erledigt. Der Kaiser wäre nicht in üble Laune geraten, und wir wären von den Sarkasmen Herrn von Talleyrands verschont geblieben." „Demnächst wird Marschall Duroc", schrieb Gravenreuth am 21. Dezember „nach München kommen, um offen um die Hand der Prinzessin Augusta für Prinz Eugen anzuhalten." Was Gravenreuth, offenbar um weiterem Widerstand vorzubeugen, noch hinzufügt, klingt nicht wahrscheinlich und wird durch keine andere Angabe bestätigt. „Baron Thugut hat dem Prinzen Eugen im Namen des Kaisers die älteste Erzherzogin angeboten, Napoleon zieht aber eine bairische Prinzessin vor."

An Württemberg fielen ein Teil des Breisgaues und andere beträchtliche österreichisch-schwäbische Gebiete, wodurch die Einwohnerzahl auf nahezu eine Million erhöht wurde. Außerdem brachte der Vertrag vom 11. Dezember dem kurfürstlichen Hause volle Souveränität und die Königswürde.[1])

Karl Friedrich von Baden konnte und wollte sich am wenigsten in die neuen Verhältnisse finden. Er hatte zwar vertragsgemäß sein Kontingent zu den Franzosen stoßen lassen, war aber wenig erbaut von der neuesten Wendung der Dinge. „Der Kurfürst" — so charakterisiert ihn der kaiserliche Gesandte Schall — „ist gerecht und innerlich gut für Oesterreich gesinnt, aber zu schwach, es geltend zu machen!"[2]) Wenn er auch schließlich der eisernen Notwendigkeit sich beugen mußte, suchte er wenigstens jede Herausforderung Oesterreichs zu meiden. Auf Bitten des Kurfürsten war der kaiserliche Gesandte Schall, von seinem Hofe längst abberufen, immer noch in Karlsruhe geblieben. Als er endlich mit der Abreise Ernst machen mußte, nahm der Kurfürst gerührten Abschied. „Die Thränen standen ihm in den Augen, und mit immer mehr zunehmender Verlegenheit sagte er mir, daß es ihm leid thäte, mich weggehen zu sehen!"[3]) Umsonst mahnte Reitzenstein, der in Baden eine ähnliche Rolle spielte, wie Montgelas in Baiern, zu gefälligerem Entgegenkommen gegen Napoleon; der Kurfürst fuhr fort, die harte Pflicht zu beklagen, „sich und seine Staaten vom deutschen Vaterlande fast ganz zu trennen und dem weitfassenden Interesse eines übermächtigen fremden Staates sich hingeben zu müssen".[4]) Dem von General Thiard unterbreiteten Vorschlag, den Erbprinzen mit Stephanie Beauharnais zu vermählen, widerstrebte er lange; erst als ihm Napoleon versprach, die Erbberechtigung der Söhne aus zweiter Ehe mit der Gräfin Hochberg anzuerkennen, gab er dem

---

[1]) Pfister, König Friedrich v. Württemberg und seine Zeit, 118. — Schneider, 429.

[2]) Schall an Cobenzl, Karlsruhe 15. September 1805; Obser, V, 463.

[3]) Schall an Cobenzl, 8. Oktober 1805; Obser, V, 471.

[4]) Karl Friedrich an Reitzenstein, 4. Januar 1806; Obser, V, 510.

Wunsche des Kaisers nach.[1]) Die laue Haltung des Hofes hatte aber zur Folge, daß der Anteil Badens an der Kriegsbeute verhältnismäßig geringfügig ausfiel. Es erhielt nur die Landvogtei Ortenau und einen Teil der Landgrafschaft Breisgau, dazu die Reichsstadt Konstanz am Bodensee und die Deutschordenskommende Mainau, — eine Vermehrung des Staatsgebiets um etwas mehr als ein Viertel des alten Besitzes. Der Königstitel war auch von Baden gewünscht und von Napoleon in Aussicht gestellt worden,[2]) allein Reitzenstein war der Ansicht, daß eine Krone dem bescheidenen Umfang des Staates und dem schlimmen Stand der Finanzen nicht angemessen erscheine. Demgemäß ließ auch Karl Friedrich vorerst die Bewerbung fallen.[3])

Noch ehe die Friedensverhandlungen zum Abschluß kamen, schritten die Regierungen zur Besetzung der zur Abtretung bestimmten Gebiete. Das war ja nicht unwichtig in jenen Tagen, da von den Diplomaten ohne ausreichende Kenntnis der geographischen und geschichtlichen Verhältnisse über so ausgedehnte Landstriche verfügt und nicht selten die Abmachung des einen Tages am nächsten wieder umgestoßen wurde. An verschiedenen Punkten kam es zu „thätlichen, unglücklichen Auftritten" zwischen bairischen und württembergischen Truppen.[4]) Die Eifersucht und der Neid der deutschen Nachbarn, der unrühmliche Wetteifer, die Gunst des Protektors und seiner Diener und dadurch in der Jagd nach Land und Leuten einen Vorsprung zu gewinnen, bieten ein widerliches Schauspiel.

Die Niederlage Oesterreichs wurde auch für die Reichsritterschaft verhängnisvoll. Der letzte günstige Moment, mit den Fürsten ein friedliches Uebereinkommen zu treffen, war verpaßt worden. Durch ihren Bund mit Frankreich einer starken Stütze versichert, zögerten die landesfürstlichen Regierungen nicht länger, mit den schärfsten Maßnahmen gegen die Reichsritter vorzugehen.[5]) Den Anfang mit Eröffnung der Feindseligkeiten machte Württemberg. Ein kurfürstliches Patent vom 19. November erklärte, die Regierung müsse, „um im ganzen Umfang der Staaten die notwendige Gleichförmigkeit hervorzubringen", von allen „in und an dem alten Lande" gelegenen reichsritterschaftlichen Deutschordens- und Johanniterordensgütern Besitz ergreifen.[6]) Die Reichsritterschaft erhob Einspruch vor dem Reichstag, doch Napoleon selbst billigte und unterstützte das Vorgehen seiner Verbündeten. „Sie brauchen sich nicht zu scheuen," schrieb Napoleon am 16. November an Kurfürst Friedrich, „sich der Rittergüter zu bemächtigen. . . . Wenn Sie es für nützlich halten, können Sie auch die Komtureien des Deutschherrenordens in Beschlag nehmen, ich wüßte nicht, wer Sie daran hindern sollte? . . . Wenn es noch anderes zu thun gibt, sagen Sie es mir, damit ich Ihnen meine Ansicht mitteile und damit im künftigen Friedensvertrag mit

---

[1]) Karl Friedrich an Oehl, 19. Dezember 1805; Obser, V, 405, 426.

[2]) Vgl. einen späteren Bericht Geheimrat Brauers (Obser, V, Einl. LX).

[3]) Nebenius, Karl Friedrich v. Baden, 235.

[4]) Heigel, Der Uebergang der Stadt Lindau an Baiern; Schriften des Vereins f. Gesch. des Bodensees, Jahrg. 1902, 14.

[5]) Heinrich Müller, Der letzte Kampf der Reichsritterschaft um ihre Selbständigkeit, 191.

[6]) Württemberg. Staatsarchiv. Acta comitialia. Erlaß an Seckendorff v. 19. November 1805.

einem Wort gesagt werden kann: Alles, was die Kurfürsten vollzogen haben, wird anerkannt!“ [1]) Dalberg wagte in einem an Napoleon gerichteten Memorandum seinem Kummer über die im Reiche einreißende Anarchie Ausdruck zu geben und um Einhalt zu bitten. Die Klage ist ja nicht unberechtigt, sagte der französische Gesandte Hedouville zum Vertreter Württembergs, aber mein Kaiser wird schon wieder eine gute und dauerhafte Ordnung in Deutschland einzurichten wissen! Kurfürst Friedrich ließ dem Erzkanzler eröffnen, das beabsichtigte Dehortatorium möge ja nicht an ihn gesendet werden, denn er würde doch keine Antwort darauf geben.[2]) Als Dalberg die Absicht kundgab, den Protest der Ritter auf die Tagesordnung zu setzen, eröffnete ihm Hedouville, es werde in allernächster Zeit bei Olmütz zu einer großen Schlacht kommen, — da sei es doch rätlicher, eine so wichtige Entscheidung noch etwas aufzuschieben. Dalberg blieb jedoch fest. Die Sorge für Aufrechthaltung der Reichsverfassung, erklärte er, sei die erste und wichtigste Pflicht seines Erzamtes; er werde sich weder durch freundschaftliche Ratschläge abwendig machen lassen, noch durch die Drohungen Württembergs, die er sich übrigens als erster Kurfürst des Reiches ein für allemal verbitte. Darauf blieben Seckendorff, sowie die Vertreter Baierns und Badens der Sitzung fern. Albini verlas den Protest und setzte die Beratung auf den 13. Januar an, falls nicht inzwischen, wie zu hoffen, von Kur-Württemberg eine beruhigende Erklärung einlaufen werde. Einen Ausgleich wollte auch Seckendorff anregen. Viele Kollegen, schrieb er an den Kurfürsten, sehen die Auflösung der reichsunmittelbaren Ritterschaft als unvermeidlich an, aber Aller Wunsch geht dahin, daß dem württembergischen Patent vom 19. November der verfassungswidrige Charakter benommen und dadurch eine gesetzliche Regelung erleichtert werden möge. Doch Kurfürst Friedrich wollte, wie der neue Erlaß an Seckendorff bewies, von Nachgiebigkeit nichts wissen. Die auffallende Eilfertigkeit, womit der Erzkanzler den Protest der Ritter betreibe, lasse auf das Gegenteil freundlicher Gesinnung schließen; Württemberg werde die Beschwerde überhaupt nicht beachten, da sich die ganze Angelegenheit nicht zur Beratung im Reichstag eigne; den Reichstagsgesandten Baierns und Badens möge zur Nachricht dienen, daß die württembergischen Beschlüsse in vollem Einvernehmen mit den Nachbarhöfen gefaßt seien.[3])

In Karlsruhe wurde eine Nachahmung des württembergischen Beispiels anfänglich vom Geheimratskollegium widerraten. Der Kurfürst selbst fand unverständlich, wie man zu solcher Besitzergreifung schreiten könnte, da sie dem deutschen Staatsrecht, wie dem Völkerrecht zuwiderlaufe. „Davon begreife ich in meiner seligen Unkunde von der Höhe der heutigen Staatspolitik gar nichts!“ „Kurbaden ist nicht wie Württemberg mit einer Raubbegierde zu Werk gegangen,“ schrieb der kaiserliche Gesandte Schall von Frankfurt an Cobenzl, „es würde sich gänzlich ruhig verhalten haben, wenn andere nicht vorangegangen wären.“[4]) Schließlich wurde aber auch für Baden die Einverleibung der Ritter-

[1]) Schloßberger, Pol. u. militär. Korrespondenz Wilhelms, 12.

[2]) Ebenda. Erlaß an Seckendorff v. 3. Dezember 1805.

[3]) Ebenda. Erlaß an Seckendorff v. 4. Dezember 1805.

[4]) Schall an Cobenzl, 26. Dezember 1805; Obser, V, 479.

schafts- und Ordensgüter, „mit Rücksicht auf die Pflicht der Selbsterhaltung und des Gleichgewichts" vom geheimen Rat beschlossen und vom Kurfürsten genehmigt.[1])

In Baiern war zwar schon am 1. November an das fränkische Generalkommissariat eine Verordnung ergangen, daß die Beweggründe, die seiner Zeit zu temporärer Nachgiebigkeit genötigt hätten, nunmehr weggefallen seien, daß also jetzt „der ebenso staatsrechtswidrige, als aller politischen Ordnung widerstrebende Zustand eingeschlossener, von der landesfürstlichen Gewalt losgerissener Parzellen nicht länger fortdauern dürfe", doch wurde von Gewaltschritten vorerst abgesehen. Mit der Niederlage Oesterreichs war aber der Reichsritterschaft das Todesurteil gesprochen. Einem Glückwunsche zum Sieg bei Austerlitz fügte Kurfürst Friedrich die für den Tiefstand der Achtung vor den Reichsgerichten bezeichnenden Worte bei: „Meine Freude über das Ereignis ist zu groß, als daß ich Sie heute quälen möchte mit Klagen über die kleinlichen Stänkereien des Regensburger Reichstages, den Sie so treffend ein Affenhaus genannt haben, in dem auch ich im gegenwärtigen Augenblick ebenso das lächerliche wie das bösartige Wesen dieser Tiere verkörpert finde!"[2]) Darauf wurde Hedouville angewiesen, dem Erzkanzler „einige Bemerkungen über die Behandlung der württembergischen souveränen Rechte zu machen". Trotzdem ließ Dalberg — Kurfürst Friedrich spottete, bei seinem Kollegen komme immer wieder der ritterschaftliche Edelmann zum Vorschein! — eine neue Beschwerde des Deutschherrenordens gegen die Sequestrierung seiner Güter in Baiern und Württemberg an den Reichstag gelangen. Nun war die Geduld Napoleons zu Ende. Hedouville mußte dem Erzkanzler eröffnen, daß der Kaiser die jüngsten Anträge als „unfreundliche" Handlungen ansehe, und noch schärfer sprach sich Napoleon in einem Schreiben an Dalberg aus, von welchem er eine Abschrift dem Kurfürsten von Württemberg mitteilen ließ. Darin war dem Erzkanzler der Vorwurf gemacht, er habe durch ein „ganz unstatthaftes und übereiltes Benehmen" die Rücksicht gegen den Kurfürsten von Württemberg außer acht gelassen u. s. w.[3]) Dalberg, seine Gemütsbewegung so gut es ging, unterdrückend, erklärte dem Gesandten, er werde sich durch nichts, auch nicht durch den Verlust seiner politischen Existenz abhalten lassen, seine Pflicht zu erfüllen; er habe die Absicht gehabt, dem Kaiser in München sich vorzustellen; jetzt freilich müsse er davon absehen. Es sei nicht einzusehen, erwiderte Hedouville, warum der von Napoleon so hoch verehrte Kirchenfürst unterlassen sollte, dem Kaiser eine Aufmerksamkeit zu erweisen; er könne gar nichts besseres thun, als nach München gehen, denn dort werde sich die schwebende Streitfrage durch Verhandlungen mit den drei süddeutschen Kurfürsten am leichtesten lösen lassen. Wirklich bat Dalberg den Kaiser in einem demütigen Schreiben um Erlaubnis, ihm seine Aufwartung machen zu dürfen; zugleich versprach er, die Ferien des Reichstags auf unbestimmte Frist zu verlängern, damit

---

[1]) Obser, V, 441.

[2]) Kurfürst Friedrich an Napoleon, 10. Dezember 1805; Schloßberger, 17.

[3]) Württ. Staatsarchiv. Erlaß an Seckendorff v. 20. Dezember 1805 (der Brief findet sich nicht in der Correspondance de Napoléon I.).

sich eine den veränderten Verhältnissen angepaßte Regelung der Souveränitätsrechte durchführen lasse.[1]) Als bald darauf die Familie Taxis über Eingriffe der Reichsstände Baiern und Württemberg in das Postmonopol ihres Hauses Klage erhob, fragte Dalberg vorsichtig bei Hedouville an, ob der Kaiser auch diese verbrieften Rechte nicht mehr anerkennen wolle. Statt einer Antwort legte ihm Hedouville einen Tagsbefehl vor, der den Willen des Kaisers kundgab, daß den süddeutschen Kurfürsten die nämliche Souveränität zustehen soll, wie sie der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen in ihren Staaten ausüben. Darauf steckte Dalberg seine Beschwerdeschrift schweigend in die Tasche. Doch wenige Tage später wurde ihm eine neue Ueberraschung zu Teil. Als die Beschwerde der Deutschherren zur Beratung kam, verlas der Vertreter des Ordens einen Tagsbefehl Napoleons vom 25. Dezember, wodurch „im Hinblick auf die Verfassung des deutschen Reiches" die Wiedereinsetzung des Ordens in alle seine Besitzungen verfügt war; mit den Kurfürsten von Baiern und Württemberg werde deshalb in freundschaftliches Benehmen getreten werden.[2])

Im Hinblick auf die Verfassung des deutschen Reiches! Noch einmal wurde diese Losung nützlich befunden! Vor kurzem hatte es den Anschein gehabt, als ob der Zusammenbruch des alten Reiches unmittelbar bevorstehe. Am 26. November hatte Talleyrand den Südstaaten einen Bundesvertrag angeboten, der ihre völlige Abtrennung vom Reich forderte; die neuen Souveräne sollten zum deutschen Kaiser „nur noch Beziehungen des Friedens, der guten Nachbarschaft und der Freundschaft unterhalten."[3]) Der Vertrag kam aber nicht zu Stande, das Aeußerste, die Auflösung des Reichsverbandes, wurde noch einmal abgewendet. Das Gebäude, so will es der Nachbar, dessen Wunsch für einige Hausbewohner als Befehl gilt und von allen berücksichtigt wird, soll erhalten bleiben, doch soll den Räumen eine zeitgemäße Ausstattung zu teil werden. Um einige Hallen zu erweitern, wird hier ein Gewölbe eingeschlagen, dort ein Strebebogen weggeräumt. Nun vermögen aber die noch erhaltenen Säulen und Stützen den Bau nicht mehr zu tragen: bald wird sich die Notwendigkeit herausstellen, das ganze Gebäude abzutragen. Also der Anfang vom Ende.

Die stärkste Widerlage verlor das alte Reich durch die Ausschaltung der Macht des führenden Staates Oesterreich.

War denn Oesterreich unabwendbar zum Friedensschluß gezwungen? Mußte es sich dem Machtgebot des Siegers, der die Gunst der Verhältnisse so schonungslos ausbeutete, willenlos unterwerfen? Die Frage läßt sich nicht unbedingt bejahen. Die augenblickliche Lage des Besiegten war freilich eine drückende, aber sie mußte sich mit jedem Tage verbessern. An der Raab stand die intakte Armee des Erzherzogs Karl, in Böhmen ein ansehnliches Corps unter Erzherzog Ferdinand, die in Mähren geschlagenen Truppen sammelten sich wieder bei Holitsch, in Ungarn war der Landsturm zu den Waffen gerufen, die reichsten Provinzen der Mon-

[1]) Württ. Staatsarchiv. Bericht Seckendorffs v. 28. Dezember 1805.
[2]) Ebenda. Bericht Seckendorffs v. 31. Dezember 1805.
[3]) Obser, V, 387.

archie hatten vom Krieg noch wenig gelitten. Kaiser Franz faßte denn auch mehr als einmal, wenn immer noch härtere Bedingungen auferlegt wurden, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ins Auge, allein namentlich Erzherzog Karl riet von weiterem Widerstand ab. Nicht weil ihm die militärischen Hülfsmittel nicht ausreichend erschienen wären: die allgemeine Lage der Monarchie dünkte ihn zu wenig Vertrauen erweckend, denn weder auf Venedig, noch auf Ungarn, noch auf Galizien war in der Stunde der Gefahr mit Sicherheit zu zählen. Und die Bevollmächtigten des Kaisers drängten zu schleunigem Abschluß, denn jedes Zaudern müsse mit neuen Zugeständnissen bezahlt werden.

Freilich konnten die Bedingungen kaum als annehmbar erscheinen. Hauptsächlich durch den Neutralitätsbruch des neapolitanischen Hofes gereizt, verhielt sich Napoleon gegen die Mahnung Talleyrands zu milderen Forderungen durchaus ablehnend. Johannes Müller hielt es einfach für unmöglich, daß Oesterreich ein so schimpfliches Joch auf sich nähme. „Wie könnte Oesterreich Tirol aufgeben oder Böhmen, wie glauben, daß neben dem belohnten Verräter (Baiern) Friede und Existenz möglich wäre?“ [1]) Doch in den Erblanden standen noch 200000 Franzosen, und die Lasten, die der Kriegszustand dem Kaiserstaat auferlegte, beliefen sich täglich auf mehr als eine Million Gulden.[2]) Die geheischten Opfer mußten also gebracht werden. Die Friedensverhandlungen waren wegen der mißlichen Gesundheitsverhältnisse in Brünn nach Preßburg verlegt worden. Es wurde vereinbart, daß die von Oesterreich abzutretenden venetianischen Staaten, sowie Friaul, Istrien und Dalmatien mit dem Königreich Italien vereinigt werden sollten. Allerdings wurde aufs neue die Trennung der Kronen von Frankreich und Italien zugesagt, doch in so unbestimmten Ausdrücken, daß ein Aufschub bis zum Tode Napoleons nicht ausgeschlossen war. Baiern erhielt Tirol, Oesterreich die Fürstentümer Salzburg und Berchtesgaden, während der Kurfürst von Salzburg durch das Herzogtum Würzburg entschädigt wurde und damit aufhörte, unter dem unmittelbaren Einfluß Oesterreichs zu stehen. Ferner mußte Oesterreich die Königswürde der Regenten von Baiern und Württemberg anerkennen und zur Mediatisierung des reichsunmittelbaren Adels in den süddeutschen Staaten seine Einwilligung geben. Auch allen Lehensrechten in diesen Gebieten mußte der kaiserliche Lehenshof entsagen. Die drei Fürsten sollten ihre Reichsstandschaft nicht aufgeben, doch war es gewiß kein bloßer Zufall, daß im Friedensvertrag nicht mehr vom deutschen Reich, sondern nur von einem deutschen Staatenbund gesprochen war und Franz nicht als römisch-deutscher Kaiser, sondern als „Kaiser von Deutschland und Oesterreich“ aufgeführt war. Der Vorbehalt der Genehmigung durch den Reichstag war nur eine bedeutungslose Form, die an dem bedeutsamsten Umschwung im staatsrechtlichen Leben Deutschlands nichts mehr änderte. Die Summe der Macht war fortan konzentriert in den Souveränen, während jeder Einfluß feudaler Natur aufhörte. Oesterreich war von Italien ausgeschlossen und verlor ebenso seine herrschende Stellung im Alpengebiet, wie seine vorgeschobenen Besitzungen und damit sein

[1]) Müller an Gentz, 13. Dezember 1805; Schlesier, IV, 153.
[2]) Angeli, 369.

Uebergewicht im deutschen Süden; überdies büßte es von einer Bevölkerung von 24 Millionen nahezu 4 Millionen, von Einkünften im Betrag von 103 Millionen Gulden 15 Millionen ein; damit war ihm vorläufig die Möglichkeit benommen, die führende Rolle im deutschen Staatsleben zu behaupten.

Die Kriegskostenforderung wurde im Laufe der Preßburger Verhandlungen auf 50 Millionen herabgemindert. Als Talleyrand auf weitere 10 Millionen verzichtete, unterzeichneten die Vertreter Oesterreichs die Friedensurkunde (26. Dezember 1805). Was der Kaiserstaat an Macht und Ansehen verlor, fiel dem Herrn des neuen Frankenreiches als Siegesbeute zu. Marengo hatte ihm ermöglicht, aus Frankreichs Freiheitsbäumen für sich einen Thron zu errichten; Austerlitz sicherte auf seinem Haupte die Kaiserkrone. Marengo hatte ihm Italien zu Füßen gelegt, Austerlitz ließ ihn unter den deutschen Fürsten, wie stark zur Zeit noch ihre „Souveränität" betont werden mochte, eine gebieterische Stellung einnehmen.

Fünfter Abschnitt.

Der deutsche Volksgeist in der Franzosenzeit. Die Entwicklung der Rheinbundsbewegung. Österreich nach der Schlacht bei Austerlitz. Napoleon in den süddeutschen Residenzen. Das französische Kaisertum. Der schwedische Protest gegen die Verletzungen der Reichsverfassung. Die Stellung Preußens zu Napoleon. Die Besetzung Hannovers. Das Projekt eines Reichskonkordats. Bundesverhandlungen in München und Paris. Die Rheinbundsakte. Die Auflösung des alten Reiches.

Für den Verfall des Staatsbewußtseins in Deutschland ist nichts bezeichnender als das höhnische Wort, das Goethe bei seiner Abreise von Karlsbad kurz nachdem er die Nachricht von der Stiftung des Rheinbundes erhalten hatte, in sein Tagebuch eintrug: „Zwiespalt des Bedienten und Kutschers auf dem Bock, welcher uns mehr in Leidenschaft versetzte, als die Spaltung des römischen Reiches!“[1] „Das Incalculable der Zustände,“ schreibt er ein andermal, „läßt Furcht und Hoffnung in suspenso, und jedermann sucht nur über den Augenblick hinwegzukommen.“[2] Man könnte versucht sein, für so philisterhafte Aeußerungen nur den schon von Gentz beklagten „ärgerlichen Indifferentismus“ Goethes, „der einem wie ein altes französisches Galakleid vorkommt“,[3] verantwortlich zu machen, doch hundert ähnliche Aussprüche der Besten der Nation lassen erkennen, daß ihnen die Fühlung mit Heimat und Gegenwart verloren gegangen war. „Nun ist Europa hin,“ schrieb Johannes Müller nach der Katastrophe im Dezember 1805 an Gentz; das Gemeinwesen sei rettungslos untergegangen, es brauche also jeder nur noch für sich zu sorgen; er selbst trage sich mit dem Gedanken, in Rußland eine Freistätte zu suchen. „Wie gefällt Ihnen das? Wohl nicht, weil Sie an Deutschland hängen. Jawohl: Deutschland! Wüßte ich nur, wo es liegt?“[4] Zum Entsetzen Gentz' mahnt auch sein frommer

[1] Bielschowsky, Goethes Leben, II, 253.
[2] Goethe an Cotta, 25. November 1805; Goethes Werke, IV. Abtlg., Bd. 19, 77.
[3] Gentz' Schriften, herausg. v. Schlesier, IV, 91.
[4] Ebenda, IV, 120.

Freund Adam Müller, man möge sich geduldig in die neue Lage schicken. „Daß ein Interregnum der Universalmonarchie sich nicht vermeiden läßt und die heilige Sache des Christentums indirekt befördern muß, das ist das wehmütige Resultat meiner Betrachtungen!“ [1]) Mit dem Humor der Verzweiflung schrieb General Armfelt: „Europa ist verloren, und es handelt sich nur um den kürzeren oder längeren Aufschub bis zum Fall aller Throne und zur gänzlichen Umwälzung aller Staaten! Wenn, wie ich zu glauben anfange, Bonaparte den lieben Gott an seine Verbrechen und Schandthaten gewöhnt hat, so wird dieser ihn nicht nur gewähren lassen, sondern in Zeit von fünfzig Jahren sein Associé sein!“ [2]) Mit wehmütiger Resignation schreibt der sympathische Herzog Friedrich Christian zu Schleswig-Holstein nach dem Preßburger Friedensschluß: „So hat denn das Schicksal gewollt, daß Bonaparte Herr der Welt sein und jene Universalmonarchie stattfinden soll, gegen welche man seit Jahrhunderten mit Vergießung so viel Menschenbluts gekämpft hat!“ [3])

In den eigentlichen Volkskreisen war ja, wie schon früher dargelegt wurde, das Nationalgefühl fast gänzlich erstorben. Die Politik sei nur Sache der Höfe, diese Meinung lebte sich um so allgemeiner ein, seit die Völker sich daran gewöhnen mußten, wie eine Handelsware von Hand zu Hand zu gehen. Der Bauernstand harrte noch der Erlösung aus tausendjähriger wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit. Der Bürger lebte in ruheseliger Beschränktheit dahin. Am Stammtisch wurde wohl neben Musik und Theater auch über die Vorgänge auf der Weltbühne geplaudert, aber selten war eine innigere Teilnahme an Wohl und Wehe des Reiches anzutreffen; nirgend ein großer, kräftiger Zug, nirgend Wärme, Kraft, Begeisterung, Opferwilligkeit! Dagegen waren Leichtlebigkeit und Genußsucht in weitesten Kreisen aufgewachsen. Mag auch das Bild, das spätere Geschichtschreiber vornehmlich auf Grund der nach der Katastrophe von 1806 erschienenen Memoirenliteratur gezeichnet haben, in tendenziöser Weise allzu düster gefärbt sein, so ist doch nicht zu bezweifeln, daß ebenso aus dem Familienleben in weiten Kreisen die alte Sittenstrenge und Ehrbarkeit entschwunden waren, wie das Staatsleben die feste Grundlage einer sittlichen Politik verloren hatte. Die Denker und Dichter flüchteten sich aus der trostlosen Wirklichkeit in die Welt des Ideals; sie gaben, wie Jean Paul sagt, „die Deutschheit gern für die Menschheit hin“; ihrer Weltanschauung war das Gefühl nationaler Ehre abhanden gekommen. Das literarisch-ästhetische Interesse stand im Vordergrund, ein ethisch-politisches gab es nicht. Hettner bezeichnet es zwar mit Recht als „eine sehr denkwürdige Thatsache“, daß Schiller gerade in der Zeit, da alle Welt voll war vom Ruhme Napoleons, gegen den „Despoten“ und „Eroberer“ unüberwindlichen Widerwillen faßte, doch auch der „deutscheste Dichter“ wußte keinen anderen Trost, als „aus des Lebens Drang in des Herzens heilig stille Räume zu flüchten“. Die Hypertrophie des weltbürgerlichen Idealismus gestattete vorerst keinen männlichen Aufschwung zu politischem Denken, ge-

[1]) Jul. Schmidt, Gesch. der deutschen Literatur seit Leibniz, IV, 319.
[2]) Beyträge zur Geschichte der Jahre 1805—1809, 113.
[3]) H. Schulz, Friedrich Christian, Herzog zu Schleswig-Holstein, 279.

schweige denn zu politischen Thaten. Schiller fand darin eine Genugthuung, daß der Glaube an die Würde deutschen Wesens noch nicht in der Welt erloschen sei: „Deutsche Größe bleibt bestehen, auch wenn das Kaiserreich zusammenbricht!" „Die Einheit des Geistes und des Sinnes dauert ja doch fort," tröstet auch die Chronik der Teutschen.[1]) Viele Vertreter der Aufklärung wandten sich sogar mit freudigem Vertrauen dem neuen Gestirn zu; sie erhofften von einem absoluten Regiment, das die höchste Intelligenz verkörpere, rascheren Fortschritt und glücklichere Zeiten; sie erblickten in einem Bunde mit Bonaparte eine Art kultureller Rettung der Nation. Charakteristisch für diese Stimmung sind die Kundgebungen des Frankfurter Rates beim Uebergang der Reichsstadt an Dalberg im September 1806: „Groß sind die Begebenheiten, die das Zeitalter ausfüllen, in welchem zu leben wir bestimmt sind. Die Entwicklung so mancher in vorderen Jahrhunderten liegenden Keime des Uebels und der Zerstörung mußte in unseren Tagen fallen und lehrte uns in den traurigsten Erfahrungen, daß das Staatssystem, unter welchem wir lebten, dem veränderten Zustand der übrigen europäischen Staaten nicht mehr gemäß war. Die unermeßlichen Thaten Napoleons, dessen Beispiel die bewunderten Nationen der Vorzeit und ihre glorreichsten Anführer nicht aufzuweisen haben, der in einem Blick Jahrhunderte zu übersehen scheint, haben jenen Umschwung der Völker bewirkt, an dessen Einfluß auch wir Theil zu nehmen berufen sind. . . . Welches Nationalglück dürfen wir uns von dessen hohem Genie und dessen erhabensten Eigenschaften versprechen!"[2]) Großes Aufsehen erregte eine Flugschrift: „Der neue Leviathan." Der Verfasser, ein Berliner Publizist Buchholz, will den Deutschen die große Persönlichkeit Bonapartes erklären, die logische Entwicklung des neuen römischen Kaisertums, den Fortschritt, der durch die Vereinigung der höchsten gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt im Oberhaupt einer lebendigen Universalmonarchie verbürgt sei.[3]) Vor allen gefiel sich Heinrich von Bülow, der sich brüstete, „zuerst den Krieg auf wissenschaftliche Regeln deduciert zu haben", in würdeloser Beräucherung Napoleons.[4]) Nach Ansicht dieses Schwätzers hätte der König von Preußen im Herbst 1805 gewaltsam nach Böhmen entführt werden sollen, damit er dort gemeinsam mit dem unbesieglichen Imperator Oesterreich zerschmettert und dadurch Anspruch auf die Krone Böhmens erkämpft hätte! „So schamlos," schrieb Gentz an Müller, „wie dieser Bube die Notwendigkeit und Vortrefflichkeit und Liebenswürdigkeit der Universalmonarchie schildert, hat es noch keiner gewagt; es ist merkwürdig und fürchterlich, daß das erste Buch dieser Art, denn Woltmann, Buchholz u. a. sind hiegegen nur schüchterne Stümper, in Deutschland erscheint, kein Franzose hätte das unternommen!"[5]) „Ewiger Mann vieler Jahrhunderte," so begrüßt ein Baier aus dem Kreise Montgelas' den „Tagbringer",

---

[1]) Chronik der Teutschen, Jahrg. 1806, vom 8. Oktober und 26. November.

[2]) Jung, Aktenstücke über die Besitzergreifung der Reichsstadt Frankfurt a. M. durch den Fürsten-Primas; Archiv für Frankfurter Geschichte, 9. Bd. (1907), 299.

[3]) (Buchholz) Der neue Leviathan, 185, 212.

[4]) (H. v. Bülow) Der Feldzug von 1805 militärisch-politisch betrachtet (1806).

[5]) Gentz' Schriften, IV, 243.

„dir ist es ohne Zweifel vorbehalten, der Retter und der Schutzgott Deutschlands zu sein!“[1]) Mit den Schriftstellern wetteifert ein evangelischer Pfarrer in Bewunderung Napoleons. Pastor Heylandt versteigt sich in einer Dankespredigt nach der Einnahme von Ulm zum Ausruf: „Die Vorsehung selbst scheinet unsern großen Kaiser und König als ein vorzügliches Werkzeug zur Ausführung ihrer großen Absichten zum Wohl der Völker, zur Ehre und zum Ruhm der Erde erkohren und ausgezeichnet zu haben!“[2])

Wohl wurde in Berlin in den Kreisen der Königin und des Prinzen Louis Ferdinand schmerzlich empfunden, daß der Staat Friedrichs des Großen sich nicht zu einer That aufraffe, um die eherne Fremdherrschaft von Deutschland abzuwehren, doch wenn die Frage aufgeworfen wird: War die preußische Regierung mit ihrer schlaffen Politik in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung? so muß sie im allgemeinen bejaht werden, ja, Wittichen glaubt nach eingehender Untersuchung versichern zu dürfen: „Man kann sagen, daß selten eine Politik so einheitlich von der öffentlichen Meinung gebilligt worden, wie die preußische Neutralitätspolitik von 1795 bis an die Zeit des Zusammenbruchs heran.“[3]) Das „friedlich sich Durchwinden“ und der „glückliche Gewinn bei Ländertauschen ohne Blutvergießen“ wurden als rühmlichster Erfolg angesehen. „Wir müssen den Ruhm und den Erfolg der Franzosen bewundern,“ sagt ein Preuße in einem militärischen Bericht über Ulm und Austerlitz, „aber ein noch viel süßeres und dauerhafteres Gefühl drängt uns, vor dem jungen preußischen König das Knie zu beugen. . . . Wie herrlich ist es, einen jugendlichen Fürsten zu sehen, der seinen Ehrgeiz und das für ein Oberhaupt des preußischen Staates so natürliche Verlangen, an der Spitze braver Truppen zu fechten, dem Wunsche opfert, seinem Volke die Segnungen des Friedens zu erhalten. Nie hat Friedrich Wilhelm auf die Stimme der Leidenschaft gehört, immer nur auf das Gebot der Ehre; nie hat er sich zum Lügner gemacht; er will nichts Anderes sein und heißen als der Friedensstifter Europas und der Vater seiner Völker.“[4]) Die „Berlinischen Nachrichten“ feierten am 2. Januar 1806 den „unblutigen Sieg“ des Königs mit begeisterten Versen:

. . . „Doch Preußens Schutzgeist mit Minervens Schilde,
Mit Mavors Schwert in kampfgeübter Hand,
Trat schirmend vor und schied vom Schlachtgefilde
Sein schutzbefohlnes Land“ . . .[5])

Am Geburtstag des Königs feierte die „Spenersche Zeitung“ den „neuen Titus“:

„Dich feiern nicht bluttriefende Trophäen!
Der Menschenfreund hält Mavors Schwert zurück.

[1]) Politische Gedanken über den jüngst geendeten Krieg (Deutschland 1806), 4.

[2]) Dankrede für die von Napoleon, unserem großen Kaiser und Könige erfochtenen außerordentlichen Siege in dem Feldzuge des 14. Jahres, von G. H. Heylandt, evangelisch-lutherischen Pfarrer in Münster im Gregorienthale (1805).

[3]) Wittichen, Zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Preußen vor 1806; Forschungen zur brandenburg. und preuß. Geschichte, 23. Bd. (1910), 38.

[4]) Réflexions d'un militaire sur les évènements de la dernière guerre (Cologne 1806), 42.

[5]) v. d. Goltz, Vor hundert Jahren; Deutsche Revue, Jahrg. 1906, 4, 7.

Er baut in Stürmen, die vorüberwehen,
Sein Ehrendenkmal auf der Menschheit Höhen,
Geweiht dem Frieden und dem Völkerglück!"

Seit dem westfälischen Frieden hatte die Schwäche des Reiches den Sonderungstrieb der Stämme zu gefährlicher Stärke gelangen lassen. Nicht bloß in Preußen fühlten sich Offiziere und Bürger ausschließlich als Angehörige des Fridericianischen Staates, es wurde auch von bairischer, württembergischer, hessischer ꝛc. „Nation" gesprochen. Den Sondertümlern war es ein beruhigender Trost, daß in der allgemeinen Not und Bedrängnis wenigstens der heimische Staat stark und unabhängig wurde. In Schwaben z. B., wo es schon immer ein starkes Sonderbewußtsein gegeben hatte, entwickelte es sich noch weit kräftiger, seit unter württembergischem Scepter ein beträchtlicher Teil der Stammesgenossen zu einer gemeinsamen politischen Existenz gelangt war. Die Männer im Dienste des Staates gewöhnten sich daran, in der Förderung der Wohlfahrt des engeren Vaterlandes ohne Rücksicht auf den Zusammenhang mit dem weiteren ihre Aufgabe zu erblicken. Die bewegten Zeitläufte ließen der Hoffnung Raum, daß der zu voller Unabhängigkeit noch erforderliche Machtzuwachs leicht zu erreichen sein werde. Eine in bairischem Interesse geschriebene Flugschrift: „Von den höchsten Interessen des teutschen Reiches" gibt solchen Wünschen und Erwartungen unverhüllten Ausdruck.[1]) Der Zeitgeist selbst, so wird ausgeführt, bringt es mit sich, daß die stärkeren deutschen Reichsstände darnach trachten müssen, ihre Landeshoheit zur Souveränität zu erweitern, mithin von Kaiser und Reich sich frei zu machen; zu diesem Zweck müssen sie sich arrondieren, d. h. den Besitz schwächerer Stände an sich bringen, und konsolidieren, d. h. einem Schutz gewährenden „Völkerbund" sich anschließen. Die Opfer der neuen Ordnung sind zu beklagen, aber der neuzeitliche Entwicklungsprozeß ist nicht aufzuhalten. Die Auflösung des Reiches ist auch kein Unglück, denn was schon seit langem tot ist, kann nicht mehr getötet werden. Wenn sich uns, heißt es in einer Flugschrift von ähnlicher Tendenz, eine Hand entgegenstreckt, um uns großartige Vorteile zu verschaffen, um unsere prekäre Existenz zu befestigen und unser Land zu einem lebensfähigen Staat zu gestalten, — sollen wir sie zurückweisen? Die Herzoge von Baiern haben vor Jahrhunderten ihre schönsten Besitzungen an die schlaueren Markgrafen von Oesterreich verloren, — sollen wir die günstige Gelegenheit, den Raub zurückzuerlangen, unbenützt lassen?[2])

Wenn die süddeutschen Staaten nach siegreicher Beendigung des Kampfes um die gefährdete Existenz den Drang fühlten, die günstige Gelegenheit zu Sicherung, Abrundung und Vergrößerung ihrer Gebiete auszunutzen, so ist daraus auch schwerlich ein schroffer Vorwurf gegen die einzelnen Staatsmänner abzuleiten. Sogar Hardenberg findet dafür ein Wort der Rechtfertigung: „Es ist wahr, Baiern verdankte Preußen seine Erhaltung ... aber es war zu entschuldigen, daß es seine Politik nicht an die preußische band, weil diese so schwach war und so wenig Schutz

[1]) Von den höchsten Interessen des teutschen Reiches, mit besonderer Rücksicht auf den Einfluß, welchen gegenwärtig Baiern auf jene behauptet (1806).

[2]) Politische Gedanken über den jüngst geendeten Krieg (Deutschland 1806).

gewährte."[1]) Vom ethischen Standpunkt ist ja die Begehrlichkeit des Württembergers Friedrich, die Gleichgültigkeit eines Montgelas' gegen alles historische Recht gewiß nicht zu billigen, doch ist für die Beurteilung eines Politikers der ethische Standpunkt maßgebend? Hardenberg tritt zwar in seinen Denkwürdigkeiten für staatsmännische Moral mit Wärme ein;[2]) hat er aber in seiner staatsmännischen Wirksamkeit die Gebote der Sittlichkeit immer beachtet? Oder hätten sich die Kleinfürsten durch deutschen Patriotismus abhalten lassen sollen? In einer Zeit, in welcher der Nationalgeist fast erstorben und der Reichsmechanismus nur noch eine leere Form war? Je mehr die Politik jener Tage aufgeklärt wird, desto zuverlässiger läßt sich erkennen, daß manches als Gebot der Vernunft anzusehen ist, was ehedem von Pertz und Häusser unerbittlich verdammt wurde.

Die deutsche Geschichtschreibung von heute verzichtet nicht darauf, national zu sein, aber sie ist nicht mehr nationalistisch. Sie findet, daß nicht bei dem einen Staate als lächerliche Großmannsucht verurteilt werden darf, was bei dem anderen als jugendliches Kraftgefühl gepriesen wird.[3]) Die Geschichte braucht erfreulicherweise nicht mehr zu einem Warnungs- und Abschreckungsmittel mißbraucht zu werden, denn eine rheinbündlerische Bewegung ist nicht mehr möglich. Uebrigens erklärte schon der gewiß unbefangene und ins politische Getriebe seiner Zeit gut eingeweihte Dohm, er könne den Abschluß des Rheinbundes nicht so streng tadeln, wie es von anderer Seite geschehe; mit den Verhältnissen im Reich von den Rastatter Verhandlungen her vertraut, sehe er im Bündnis der süddeutschen Regierungen mit Napoleon nur eine natürliche Folge der vielen Fehler und Unterlassungssünden von damals.[4])

Auch hätten Fürsten und Volk in Deutschland die Unterordnung unter Frankreich gewiß nicht so willig vertragen, wenn nicht die Erbitterung über England so allgemein verbreitet gewesen wäre. Die rheinbündlerische Bewegung darf nicht bloß vom politischen und vom volkspsychologischen, sie muß auch vom wirtschaftlichen Standpunkt beurteilt werden. Deutschland hatte das größte Interesse an der Freiheit der Meere und des Handels, deren unerbittlicher Feind England war. Soll doch sogar Kaiser Franz in seiner Unterredung mit Napoleon der Entrüstung über die Engländer Ausdruck gegeben haben: „Das sind Kaufleute, die das Festland in Feuer und Flammen setzen, um sich den Handel der ganzen Welt aneignen zu können!"[5]) Eine antifranzösische Flugschrift vom Jahre 1805 wirft die Frage auf: Wie ist es möglich, daß ein Staat, der einem Kontinentalstaat niemals gefährlich werden kann, der dagegen der Welt ein lehrreiches Beispiel gibt, zu welch hohem Grade von Wohlstand ein getreidearmes Land durch Industrie und zweckmäßige Anwendung der Wissen-

---

[1]) Hardenberg, Denkwürdigkeiten, II, 296.

[2]) Ebenda, II, 190.

[3]) M. Lenz, Ein deutscher Kleinstaat in der französischen Revolution; Preußische Jahrbücher, 70. Bd., 673.

[4]) Gronau, C. W. v. Dohm, 424.

[5]) Der allerdings verdächtige Bericht ist in der Kurpfalzbairischen Staatszeitung vom 16. Dezember 1805 und anderen süddeutschen Organen abgedruckt.

schaft aufs Leben gelangen kann, der für die Kultur mehr gethan hat, als jeder andere Staat des Erdteils, trotzdem so allgemein und mit solcher Fieberhitze gehaßt wird? und glaubt im Widerstand der englischen Nation gegen die Ausschreitungen der französischen Revolution die Antwort zu finden.[1]) Die Hauptursache der Abneigung gegen England war aber sicherlich wirtschaftlicher Natur. Eine rheinbundfreundliche Flugschrift entwirft ein langes Sündenregister Englands, das — nach Schillers Wort — „seine Handelsflotten gierig ausstreckt wie Polypenarme." „Die Unsicherheit der Flaggen zur See, die Erhöhung der Versicherungspreise als Folge davon, die Durchsuchung der neutralen Schiffe, die Beschränkung ihrer Ladungen, die Verminderung der Ein- und Ausführungsorte durch die willkürliche Blockierung der Häfen sind Ereignisse, die jedem einzelnen Bürger nachtheilig sind. . . . Die Ausfuhr der deutschen Produkte ist erschwert, der Gewerbfleiß beeinträchtigt, da die deutsche Industrie im Ausland mit der englischen nicht konkurrieren kann."[2]) Eine andere Schrift sucht den Nachweis zu liefern, daß die Wurzel aller Kriege, die seit einem Jahrzehnt die Welt beunruhigten, in der englischen Politik zu suchen sei. Britannia, einst die Schülerin der Bürger von Köln und Lübeck, beherrsche heute schrankenlos die See; da sie aber auf dem Festlande nichts auszurichten vermöge, müsse sie Verbündete haben; unablässig werde also mit englischem Gold gegen Frankreich operiert und ein unglücklicher Feldzug nach dem anderen angezettelt. Ueberdies erhalte der Brite die als Subsidien gespendeten Summen reichlich zurück für seine Waren und Fabrikate, womit ganz Deutschland überschwemmt werde. „Der Verfall der Fabriken und Gewerbe in Deutschland hängt damit zusammen, daß die großen Handelsstädte in Deutschland nur Niederlagen der englischen Industrie, die deutschen Häuser nur Kommissionäre der Engländer sind."[3]) England sei mithin als der gemeinsame Feind aller Bewohner des Festlandes anzusehen. Dieser Lehrsatz kehrt immer wieder in deutschen Kundgebungen, wie in den Reden im Senat und im Tribunat zu Paris.[4]) Nur von den Juden werde diese Auffassung nicht geteilt, sagt der Schwätzer Bülow, denn „die Juden sind gleichsam die Bonzen oder Fakirs einer pekuniarischen Religion, eines merkantilischen Mönchsordens, von dem der englische Premierminister der Dalai Lama ist".[5])

Im Gegensatz zu den vielen englandfeindlichen Stimmen wirft sich der Publizist Heinse zum Verteidiger des Inselstaats auf. Auch er beklagt, daß England den deutschen Kunstfleiß zu Boden drücke und den größten Teil des deutschen Kapitals an sich ziehe. Der Konsument in Deutschland könne nur mit Mißbehagen sehen, wie das deutsche Getreide nach England verschleppt werde, während der deutsche Fabrikant mit nicht geringerem Unmut zuschauen müsse, wie die englischen Waren ganz Deutschland überschwemmen. Es sei

---

[1]) Blicke auf den gegenwärtigen politischen Zustand von Europa (1805), 169, 171.

[2]) Unpartheiische Prüfung des Benehmens der deutschen Mächte, welche sich bey dem gegenwärtigen Kriege an Frankreich angeschlossen haben (Düsseldorf 1806), 141.

[3]) Politische Gedanken über den jüngst geendeten Krieg (Deutschland 1806), 13.

[4]) Campagnes de la grande armée en l'an 14 (Paris 1806), 103.

[5]) Der Feldzug von 1805, I, 50.

auch nicht in Abrede zu stellen, daß England die Ueberlegenheit seiner Flotte zu unerträglichem Uebermut ausnütze. Doch durch welches Völkerrecht werde z. B. die Brandschatzung Frankfurts gebilligt? England biete doch immerhin Ersatz durch die Gediegenheit seiner Fabrikate, aber Frankreich versperre den deutschen Erzeugnissen völlig den Eingang, während es für Unsummen deutschen Geldes nur modischen Tand und zweifelhafte Kunstwerke zu bieten habe. England dürfe auch kaum der Anstiftung des letzten verhängnisvollen Krieges geziehen werden. Oesterreich hätte freilich ohne englische Unterstützung keinen Krieg führen können, aber sei nicht durch Frankreichs unerträgliche Uebergriffe in Italien und anderswo der Krieg unvermeidlich geworden? „Jede willkürliche, gewaltsame Vergrößerung eines Staates gibt dem Nachbarn nicht bloß den Anlaß, sondern auch das Recht, sich der Gefahr mit Gewalt zu widersetzen! ... Frankreich verdankten die Deutschen immer nur Kriegsnot und Elend!" Wenn aber trotzdem für die Franzosen so viel begeisterte Bewunderung in Deutschland anzutreffen sei, so finde die befremdende Thatsache ihre Erklärung nur in der ungemessenen Verehrung, welche der Deutsche von jeher dem Nachbarreich gezollt habe.[1])

Wenn man dem Problem der Entwicklung der rheinbündlerischen Bewegung nachgeht, wird man auch wirklich finden, daß die von jeher in Deutschland bodenständige Vorliebe für französisches Wesen der politischen Anlehnung an Frankreich starken Vorschub geleistet hat. „Dies Reich soll fallen?" ließ der Lieblingsdichter der Deutschen seine Johanna schwärmen:

„Dieses Land des Ruhmes,
Das schönste, das die ew'ge Sonne sieht
In ihrem Lauf, das Paradies der Länder,
Das Gott liebt, wie den Apfel seines Augs?"

Seit sechs Jahrhunderten hatte der Deutsche in französischer Kunst, Literatur und Mode sein Muster und Vorbild erblickt. Mächtig hatten noch vor kurzem die Ideen der französischen Revolution auf den deutschen Volksgeist eingewirkt. Freilich war die Arbeit zur Sicherung der Freiheit abgelöst worden durch eine zweite Periode des Schreckens, eine dritte der Schwäche, eine vierte der Gewaltherrschaft, doch diese letztere war mit so viel Glanz und echtem Verdienst ausgestattet, daß sich die Blicke der Deutschen wieder wie in den Zeiten Ludwigs XIV., dessen Politik ja auch dem Reich die schwersten Wunden geschlagen hatte, bewundernd auf Frankreich richteten und auf den großen Mann, der mit seinen Kriegsthaten die ganze Welt erschreckte und berauschte, der „die Throne Europas zu Treppen des seinigen machte" (Jean Paul).

Dazu kam, daß man im Reich ob der fortgesetzten Niederlagen der kaiserlichen Heere Scham empfand, die Ursache aber nicht in der eigenen Lahmheit, sondern nur in der Unfähigkeit der kaiserlichen Heerführer und in der Abgestorbenheit der Reichsinstitutionen finden wollte. Dagegen winkten an der Seite der Franzosen Ruhm und Beute. Als nach der Schlacht bei Austerlitz die bei Höchstädt

[1]) Der letzte Krieg, 113.

erbeuteten bairischen Geschütze im Triumph von Wien nach München zurückgebracht wurden, pries ein bairischer Patriot mit begeisterten Worten, wie glorreich ein Kaiser der Franzosen das Unrecht sühne, das ein deutscher Kaiser dem Baierland zugefügt habe.[1]) Die Baiern empfanden es als Auszeichnung, daß sie mit den ersten Soldaten der Welt in Waffenbrüderschaft treten durften, und nicht minder eifrig suchten sich die Schwaben der Ehre würdig zu machen, Schulter an Schulter mit den Siegern von Marengo und Austerlitz zu kämpfen.[2]) Die Riesenkraft Frankreichs wirkte nicht beunruhigend und abstoßend, sondern berauschend und anziehend. Für die Drangsal der letzten Kriege wurden nicht die Franzosen verantwortlich gemacht, sondern die Kabinette Englands und Rußlands, welche die Franzosen zum Einfall in deutsches Land genötigt hätten. Die von Gentz beklagte Aufhebung des Gleichgewichts in Europa wurde von der großen Mehrheit keineswegs schmerzlich empfunden. Gleiche Ansprüche, so dachten viele, erzeugen Eifersucht, Eifersucht führt zum Krieg, der Krieg ist das Unglück der Völker; nicht die Gleichheit der Kräfte verbürgt uns also den Frieden, sondern die Kraft eines Uebermächtigen, der die Schwächeren schützt, der Schiedsrichter ihrer Zwistigkeiten, der Rächer ihrer Ohnmacht. Eine solche Schutzmacht ist Frankreich durch den Genius seines Beherrschers geworden; von Italiens äußerster Spitze bis an die Nordsee und vom Tajo bis ans Donauufer gebietend, ist er, gleich wie das glänzende Gestirn des Tages die Welt beleuchtet und erwärmt, dazu berufen, als Mittelpunkt des politischen Lebens die Kräfte der minder Mächtigen in die rechten Bahnen zu leiten und allen die gleichen Segnungen der Kultur zu vermitteln. Der preußische Kriegsrat Held richtete sogar an seinen König die Aufforderung:

„Laß uns sein der Franken Brüder,
So gebeut es das Geschick!“ [3])

Ueberdies machte in ähnlicher Weise, wie im deutschen Süden der Haß gegen Oesterreich zu Gunsten der Fremden wirkte, in Nord- und Mitteldeutschland die Furcht vor Preußen die kleineren Staaten geneigt, den Schutz Frankreichs zu suchen. „Wenn Preußen,“ schrieb Herzog Friedrich Christian zu Schleswig-Holstein, „am Ende doch genötigt ist, Ansbach, vielleicht auch Bayreuth abzutreten, so wird die bisherige Weigerung, seine Nachbarn und Alliierten zu depossedieren, wohl ein Ende haben!“ [4]) Die Besorgnis war ja auch nicht unbegründet. „Die Preußen wollen die hanseatischen Städte,“ schrieb Napoleon am 14. Februar an den König von Baiern, „doch ich machte ihnen deutlich, daß ich nur dann einwilligen werde, wenn sie dafür Bayreuth an Baiern abtreten, und ich sehe voraus, daß es eines Tages dazu kommen wird!“ [5]) Das

[1]) Die Mitternachtsstunde des 2. Jänners 1806, eine Geistergeschichte unserer Tage, von F. D. (1806).

[2]) Wohlwill, Weltbürgerthum und Vaterlandsliebe der Schwaben, insbesondere von 1789 bis 1815, 55.

[3]) v. d. Goltz, Vor hundert Jahren, 7.

[4]) H. Schulz, 283.

[5]) Correspondance de Napoléon I., 12. tom., 45.

Publikum hatte keine Kenntnis von diesen Verhandlungen, aber es war nicht mehr zweifelhaft, daß Preußen auf Erwerbung Hannovers ausgehe. Aus der Furcht der Nachbarn erklärt sich, daß auch in der Bürgerschaft der Hansastädte, insbesondere seit preußische Truppen im Februar Bremen und im März das hamburgische Amt Ritzebüttel besetzten, der Gedanke, ihre des Friedens benötigten Welthandelsplätze unter Napoleons Schutz sicher zu stellen, zahlreichere Freunde gewann.[1]) Ueberall in deutschen Landen drängte sich den politischen Kreisen die Ueberzeugung auf: Die alte Form kann ja doch nicht mehr bestehen und nur Napoleon kann eine neue schaffen.

„Aus allen Maßnahmen Napoleons," schrieb Graf Goertz am 27. Dezember 1805 nach Berlin, „läßt sich erkennen, daß der Friede, wenn er überhaupt zu stande kommt, nicht ein solcher sein wird, der auf einem Uebereinkommen beruht, sondern einer, den der zornige Sieger diktiert, der nicht eine Versöhnung, sondern die Erniedrigung des Feindes will."[2]) Auch der preußische Gesandte in Wien, Graf Finckenstein, sah noch am 27. Dezember, also kurz vor dem Eintreffen der Nachricht vom Abschluß in Preßburg, die von Napoleon auferlegten Bedingungen für unannehmbar an, so daß am Wiederausbruch der Feindseligkeiten wohl nicht zu zweifeln sei. Er kenne nicht alle geheimen Artikel, schrieb er am 4. Januar, aber daran sei nicht mehr zu zweifeln: Nimmt Oesterreich ein solches Joch auf sich, so ist es nur noch eine französische Provinz. So wie die Sachen liegen, bleibe dem Staat nur die Wahl zwischen völligem Ruin oder blinder Fügsamkeit unter Napoleons Befehle; Erzherzog Karl selbst habe in einem Briefe an seinen Oheim, den Herzog von Sachsen-Teschen, den Frieden eine Kapitulation genannt.[3])

Zu den Bedingungen Napoleons gehörte auch, wenn auch in die Urkunde davon nichts aufgenommen war, die Entfernung Cobenzls. Am 24. Dezember nahm Cobenzl „aus Gesundheitsrücksichten" seine Entlassung; an seine Stelle wurde der bisherige Gesandte am Petersburger Hofe, Graf Philipp Stadion, berufen. Der preußische Gesandte sah in dem Ministerwechsel eine „erneute Annäherung an die Bundesgenossen". Dagegen scheint Napoleon den neuen Mann weit unterschätzt zu haben; er hielt ihn, durch die Berichte Larochefoucaulds verführt, für einen harmlosen Anfänger, während Stadion ein Staatsmann von hervorragenden Fähigkeiten und seltener moralischer Kraft war und, weit entschlossener als Cobenzl, in möglichst innigem Wiederanschluß Oesterreichs an das übrige Deutschland sein Ziel erblickte.[4]) Freilich mußten solche Pläne vorerst noch vertagt werden. Alle Welt sei darüber einig, schreibt Finckenstein am 29. Dezember, daß der Sturz des leitenden Ministers auf Betreiben Napoleons erfolgt sei, wenn auch die Unzufriedenheit der Erzherzoge Karl und Johann mit

---

[1]) Wohlwill, Die Hansastädte beim Untergang des alten deutschen Reiches; Historische Aufsätze, dem Andenken an G. Waitz gewidmet, 591.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches du et au comte de Goertz 1806. Relation du 27. déc. 1805.

[3]) Ebenda. Dépêches du et au comte de Finckenstein 1806. Relations du 27. déc. 1805 et du 4. janv. 1806.

[4]) Wertheimer, Geschichte Oesterreichs und Ungarns, II, 106.

Cobenzl mitgewirkt habe. Thatsächlich hatte Napoleon in Unterredungen mit dem Fürsten Trautmannsdorff, dem Landgrafen von Fürstenberg und anderen österreichischen Würdenträgern der Entrüstung über Cobenzl Ausdruck gegeben; nur durch die Schuld des Ministers sei der Friedensschluß so lange verzögert worden. „Ich war in Brünn mit Ihrem braven Liechtenstein schon sehr weit fortgeschritten, da traf Cobenzl in Holitsch ein. O! das merkte man sofort. Das ist ein außerordentlich liebenswürdiger Herr, wie gemacht für die Gesellschaft, ein heiterer, leichtlebiger Lebemann, aber überladen mit Schulden, deren man sich natürlich entledigen will! O! der Mann, der diesen ungerechten, unseligen Krieg heraufbeschworen hat, verdient gehängt zu werden! Und da Ihr Kaiser von so schlechten Leuten umgeben ist, muß ich mich vorsehen, damit es nicht wieder von vorne angeht!“ [1])

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Abriß der Gespräche in Schönbrunn zwischen Napoleon und den Deputierten der Stände, vornehmlich mit dem Fürsten Trauttmannsdorff, dem Landgrafen von Fürstenberg und anderen, die er unter dem Vorwand eines Augenleidens in einem dunklen Gemach empfing. — Die Unterredungen, von welchen der preußische Gesandte seinem Hofe diesen „Abriß“ übermittelte, bieten nach verschiedenen Richtungen Interessantes. Unter anderem sprach Napoleon sein Bedauern aus, daß er gezwungen sei, den Erblanden schwere Lasten aufzuerlegen, doch dem reichen Kaiser von Oesterreich werde es ja ein Leichtes sein, seinen Unterthanen mit 70 Millionen zu Hülfe zu kommen. „Ich bin kein Freund so großer Schätze in fürstlichem Besitz. Ich selbst verfüge weder über eine Geldtasche, noch über eine Kassette, noch über Landgüter und Maiereien. Wie ich glaube, nenne ich nicht mehr als 1000 Louisdor mein eigen. Ich kenne nur Kassen des Staates und will nur solche kennen.“ „Wenn Sie so etwas wie eine Konstitution hätten, eine Mittelstelle zwischen Fürst und Volk, brauchte ich mich nicht um andere Bürgschaft umzusehen. Aber ich möchte nicht, daß die Umtriebe einer von einem Rasumowsky oder einem Paget bestochenen Kammerzofe Sie zu einem neuen Kriege treiben, wenn es jenen Herren beliebt.“ „Schlechte Umgebung und Unwissenheit über Verhältnisse und Personen trifft man immer bei den Leuten, die als Fürsten geboren sind. Ich bin zwar auch nicht immer besser unterrichtet, doch wenn ich wenigstens über ein Bischen Menschenkenntnis verfüge, rührt dies sicherlich davon her, daß ich aus dem Volk hervorgegangen bin und vom gemeinen Soldaten mich zum Thron emporgeschwungen habe. Ich liebe es, meinem Thron Glanz zu geben und in meine Umgebung die Besten aus allen Ständen zu berufen. Die große Maria Theresia, deren Gemach und deren Porträt mich oft an ihre glorreiche Regierung erinnern, liebte es auch, die Großen ihres Reiches zu befragen und in ihre Nähe zu ziehen. Wie würde sie über die Dinge von heute überrascht sein, die unter ihrem Regiment gewiß nicht vorgekommen wären.“ „Ihr Kaiser hat mir besser gefallen als ich geglaubt habe. Er besitzt ohne Zweifel vortreffliche Eigenschaften, aber dies allein kann mich nicht beruhigen, deshalb habe ich eine geographische und militärische Sicherung notwendig.“ „Ich erlaube mir daran zu erinnern, daß ich am Vorabend der Schlacht von Austerlitz dem Kaiser von Rußland den Vorschlag machte, man möge es doch nicht dazu kommen lassen, daß 40000 Menschen ihr Leben verlieren; am andren Tag waren der Kaiser von Rußland, der deutsche Kaiser und die Trümmer ihrer Armeen in meine Gewalt gegeben, wie ich auch im gegenwärtigen Augenblick die ganze Lage beherrsche. Sogar wenn ich eine Niederlage erlitte oder wenn mir eine fester geschlossene Koalition entgegenträte, hätte ich nicht noch immer über die Nationalgarde, die neu ausgehobenen Rekruten, die Reservearmee zu verfügen? Wenn diese ganze Mannschaft den Rhein überschreiten würde, hätte ich wieder 250000 Mann unter meinen Fahnen. Aber ich werde sie gar nicht nötig haben.“ „Wenn ich wieder gezwungen sein sollte, Krieg zu führen, wäre es mir jetzt am liebsten, so lange ich noch jung bin. Mein Alter von 36 Jahren paßt dazu am besten; ich mag nicht warten bis ich ein Sechziger bin oder das Podagra habe und nicht mehr so thatkräftig auftreten kann. Aber das muß ich

Endlich schien auch das letzte Hindernis des Friedensschlusses, die Verweigerung der Auslieferung der Bocche di Cattaro, des Schlüssels zu dem an Napoleon überlassenen Dalmatien, durch die Nachgiebigkeit Rußlands beseitigt zu werden. Nun wurden in Preßburg die Friedensurkunden unterzeichnet. In Wien ging sogar das Gerücht von einem Bündnis zwischen Oesterreich und Frankreich. Finckenstein, obwohl ein Freund Oesterreichs, hielt die Möglichkeit eines für den Besiegten nicht gerade ehrenvollen politischen Umschwunges nicht für ausgeschlossen; jedenfalls, meint er, sei der Ausgang des Krieges auch vom preußischen Standpunkt zu beklagen, denn in den Augen der Oesterreicher trage jetzt der laue Bundesgenosse die Schuld an allem Unglück. Napoleon und seine Leute hätten den alten Haß gegen Preußen durch listige Einflüsterungen wieder aufleben gemacht, und wenn es zu einem Kriege zwischen Preußen und Frankreich käme, würde Oesterreich wohl seine Hilfe verweigern, selbst wenn es helfen könnte.[1])

Vor seiner Abreise richtete Napoleon an die Bewohner der Kaiserstadt einen Aufruf. „Ich weiß," heißt es darin, „daß Ihr Alle Gegner des Krieges waret, den die an England verkauften Minister auf dem Festland entfachten. Auch Euer Souverän ist jetzt über die Ränke dieser bestochenen Leute aufgeklärt; er überläßt sich ganz den großen Eigenschaften, die ihn auszeichnen, so daß ich von jetzt an für Euch und den ganzen Continent glücklichere Tage erhoffe." Der ganze Aufruf war klug berechnet auf die Empfindungen der Bürger eines bezwungenen Staates. „Die Franzosen," klagt Finckenstein, „haben die öffentliche Meinung in Oesterreich ganz und gar für sich gewonnen." Auch die österreichischen Berichte über den Aufenthalt Napoleons in Wien lassen erkennen, welch lebhaftes Interesse er der Bevölkerung einflößte.

Bei der letzten Heerschau war die ganze Stadt auf den Beinen; alle Welt wollte den kleinen Mann mit dem dreieckigen Hütchen und dem grauen Schlachtenmantel sehen, — „beugt sich doch vor ihm der Erdkreis und erblickt in ihm seinen Herrn und Gebieter!" —

Nachdem alle Anordnungen für den Heimmarsch der Truppen getroffen waren, begab sich Napoleon nach München. Natürlich wurde er in der Hauptstadt seines Bundesgenossen mit allen Ehren aufgenommen. Die Verleihung der Königswürde und der reiche Ländergewinn hatten bei Hofe den letzten Widerstand gegen die von Napoleon geforderte Vermählung der Prinzessin Auguste mit dem Vicekönig von Italien gebrochen. Am 27. Dezember wurde die Verlobung amtlich bekannt gegeben; am 13. Januar wurde Prinzessin Auguste die Gemahlin des „Bayard de l'empire." Das bairische Volk freute sich der Verbindung, die dem aufstrebenden

---

Ihnen sagen: Wenn ich nochmals den Kampf beginne und wenn ich dann zufällig nochmals glücklichen Erfolg habe, lasse ich dem Haus Oesterreich nicht mehr eine Kartoffel! Ich werde trennen, teilen, anordnen ganz nach meinem Belieben und nicht mehr nötig haben, friedlich und schiedlich eine Sicherung zu fordern." „Was hindert Ihren Kaiser, sich durch ein paar Provinzen des Ottomanischen Reiches zu entschädigen? Ich würde nichts dagegen einwenden, denn wir alle haben Schranken gegen Rußland nötig." „Ich könnte Ihnen einen recht fatalen Streich spielen. Ich habe in meinen Händen 100 Millionen Ihrer Banknoten, die so täuschend nachgemacht sind, daß ich wette, man merkt es gar nicht, wenn ich sie in Umlauf bringe. Doch ich werde sie entweder verbrennen oder Ihnen zur Verfügung stellen."

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Berichte Finckensteins vom 2. u. 4. Januar 1805.

Staat die Hilfe des mächtigen Kaisers dauernd zu verbürgen schien. Patriotische Festschriften priesen überschwenglich den „ewigen Bund zwischen Frankreich, Italien und Baiern, den aufgeklärtesten Staaten des Continents.“ „Die Baiern,“ erzählt ein Teilnehmer an den Münchner Festen, General Thiard, „waren zu jeder Zeit von tödlichem Haß gegen die Oesterreicher beseelt, und der Vorteil, den ihr Land aus unsren Triumphen zog, war so handgreiflich, daß es eine natürliche Sache war, wenn sich ein aufrichtiger Enthusiasmus aller Gemüter bemächtigte.“[1]) In zahlreichen, mitunter höchst geschmacklosen Pamphleten kam die Abneigung gegen Oesterreich zum Ausdruck. Die Schrift „Oesterreichs letzter Kreuzzug nach Baiern“ rühmt den General Bernadotte, der „Oesterreichs geübte Läufer“ aus München vertrieb, wie Jesus die jüdischen Verkäufer aus dem Tempel.[2]) Eine Schrift „Oesterreich in den letzten Zügen“ behandelt in dramatischer Form eine Zusammenkunft zwischen Friedrich dem Großen, Joseph II. und Maria Theresia, wobei die Schilderung der österreichischen Gewaltthaten den breitesten Raum einnimmt.[3]) Eine Parodie des christlichen Glaubensbekenntnisses läßt die „nur im Essen und Trinken, in der Lustbarkeit des Praters und im Wohlleben aller Art begriffenen Bürger der jetzt zu Fall geratenen Jungfrau am Donaustrom“ den Sünden an Deutschland und vor allem an Baiern widersagen[4]) u. s. w. Die Regierungspresse feierte, da ja schon Garibald und Thassilo den Königstitel geführt und die letzten deutschen Karolinger sich Könige von Bajoarien genannt hätten, die „Wiedererneuerung“ des bairischen Königtums. Der bairische Staat, hieß es in einem amtlichen Aufruf, habe sich „durch die unerschütterliche Treue der Unterthanen und die vorzüglich bewiesene Anhänglichkeit der Baiern an Fürst und Vaterland zu seiner ursprünglichen Würde emporgehoben.“[5]) „Du bist nun wieder,“ apostrophiert ein „Lehrer der Dichtkunst“ das Baierland, „was du zu Pipins und Arnulphs Zeiten warst: Länderbeherrscherin!“ Der großmütige Vermittler der Sühne gilt dem Poeten als „des Himmels erster Günstling, der Erde Glück, der Völker Liebe, Stolz und Bewunderung!“[6])

Da der Preßburger Friede keineswegs klare staatsrechtliche Verhältnisse geschaffen hatte und die Abgrenzung der verteilten Gebiete beständige Streitigkeiten mit sich brachte, knüpfte Talleyrand schon während des Aufenthalts des Kaisers in München mit Vertretern der süddeutschen Staaten Verhandlungen an, welche die neuen Verhältnisse regeln und ein neues politisches System für den deutschen Süden aufrichten sollten.[7]) Nach Talleyrands Abreise leitete der

---

[1]) Souvenirs du général Thiard, 266.

[2]) Oesterreichs letzter Kreuzzug nach Baiern im Jahre 1805 (Ulm 1806).

[3]) Oesterreich in den letzten Zügen. Aus der Brieftasche eines gefangenen österreichischen Offiziers (Wien 1805).

[4]) Vergißmeinnicht oder nöthiges Gebethbuch für die österreichischen Unterthanen (Gedruckt zu Innspruck, Eichstädt, Linz und Salzburg, 1805).

[5]) K. Baierisches Regierungsblatt vom 1. Januar 1806.

[6]) Ode und Lied auf die hohe Krönungsfeyer Max Josephs IV., von J. Spitzenberger, ehemaligen Lehrer der Dichtkunst (1806).

[7]) Obser, V, 518.

Gesandte von Otto die Beratungen. Als Ziel bezeichnet er in einem Bericht an Talleyrand „die Vereinigung der drei Souveräne durch ein neues öffentliches Recht, das ihnen unmöglich machen soll, sich dem deutschen Reich anzuschließen.“[1]) Um die Mitte Januar wurde der Entwurf einer Konvention den verbündeten Höfen vorgelegt. Eine förmliche Lossagung der Bundesgenossen Frankreichs vom Reiche war darin nicht ausgesprochen, doch sollten sie sich verpflichten, ihre Zwistigkeiten nicht mehr vor den Reichstag, sondern vor eine eigene Mediationskommission zu bringen und an Reichskriegen nicht mehr teilzunehmen. Auch die Kontingente der Verbündeten für den Kriegsfall waren festgesetzt: Frankreich 100000 Mann Infanterie und 20000 Mann Kavallerie, Italien 24000 und 2000, Baiern 22000 und 3000, Württemberg 9000 und 1500, Baden 4500 und 600. Die Schweiz sollte zum Eintritt in das Bündnis aufgefordert werden und im Falle der Aufnahme das nämliche Kontingent wie Württemberg stellen. Die Regierungen von Baiern und Baden erklärten sich zur Annahme des Vertrags bereit, König Friedrich von Württemberg lehnte ab, weil er seine Souveränität durch das Schiedsgericht in Paris für gefährdet hielt.[2]) Die Verhandlungen wurden aber in München fortgesetzt.

Die Einverleibung der neuen Gebiete stieß häufig auf Widerstand, vollzog sich aber schließlich friedlicher, als sich erwarten ließ. Namentlich in Tirol rief die Nachricht von den Preßburger Abmachungen lebhafte Aufregung wach. Eine Abordnung ging nach Wien, um den Kaiser zu beschwören, er möge das Land von Baiern zurückkaufen, — das Jahr 1809 pocht bereits an die Pforte! Wenn es keine Rettung mehr gäbe, würden die Tiroler insgesamt auswandern, um nicht Unterthanen des kirchenfeindlichen Baiern bleiben zu müssen! Kaiser Franz dankte in einem Handschreiben an Graf Brandis für den rührenden Beweis der Anhänglichkeit, erklärte aber zugleich, das Opfer müsse gebracht werden, und der Statthalter wurde angewiesen, für ruhigen Vollzug der Uebergabe an Baiern Sorge zu tragen. „Es sollen übrigens nicht alle Tiroler mit dem Regierungswechsel unzufrieden sein,“ berichtet Finckenstein seinem Hofe, „die Stimmung hat sich stellenweise geändert, seit dort viel Konventionsmünze in Umlauf gekommen ist und der Zwischenhandel zwischen Deutschland und Italien dem Bergland große Vorteile bringt.“[3]) Auch die Ansbacher wollten von der bairischen Herrschaft nichts wissen. Die Unruhe der Bevölkerung, schrieb Geheimrat Hänlein am 13. Februar nach Berlin, sei im Wachsen begriffen, da das Gerücht

---

[1]) Corr. de Napoléon, XII, 266.

[2]) Schloßberger, Briefwechsel der Königin Katharina und des Königs Jerome von Westphalen, sowie Napoleons I. mit König Friedrich von Württemberg, I, 48.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Berichte Finckensteins vom 25. u. 29. Januar 1806. — Tirol wurde vorerst noch ungeteilt an Baiern überlassen, obwohl Napoleon — nach Finckensteins Angabe — die Abtrennung eines Teiles des Fürstentums Trient an das Königreich Italien gewünscht hatte und zwar, was auch schon jenem Diplomaten besonders bemerkenswert erschien, auf dringende Bitte der Bewohner selbst, „die nach Sprache und Sitte weit mehr als Italiener, denn als Deutsche anzusehen sind und sich, wie auch die übrigen Tiroler, vor allen anderen Provinzen Oesterreichs hervorthun durch leidenschaftlichen Haß gegen die Baiern“. (Bericht Finckensteins vom 2. April 1806.)

aufgetaucht sei, daß Ansbach in Baiern aufgehen sollte. Der furchtbare Schlag müsse abgewendet werden! Habe doch der jetzige König selbst als Kronprinz die Uebergabsurkunde vom 16. Januar 1791 unterzeichnet, worin es hieß, das Land dürfe niemals abgetreten werden. „Er wird seinen Ruhm als gerechter, auf die Heiligkeit der Verträge festhaltender Monarch um so mehr begründen, wenn er die seinem Wort zuwiderlaufenden Anmutungen standhaft zurückweist.“ [1]) Auch die Ansbacher richteten an den König die Bitte, er möge sie nicht verstoßen, die Gesinnung gegen ein Regentenhaus lasse sich doch nicht wie ein Rock wechseln.[2]) Doch einige Wochen später zeigte der König selbst den Vertretern Preußens an, daß er um der Aufrechthaltung der Ruhe in Norddeutschland willen auf Ansbach verzichtet habe, wie schmerzlich ihn auch der Verlust der „Wiege seines Hauses“ berühren müsse.[3]) Die Uebergabe ging ohne Störung von statten, doch brachten die Ansbacher dem neuen Vaterland wenig Liebe entgegen, bis sie das Verfassungswerk mit ihrem Lose aussöhnte.[4])

In Stuttgart wurde Napoleon mit ebenso aufrichtigem Jubel empfangen, wie in der bairischen Hauptstadt, denn auch hier wurde die Aufrichtung des Königtums als wichtiger Erfolg angesehen.[5]) Die Gründe, weshalb der Landesherr dringend seine Standeserhöhung betrieben hatte, sind auseinandergesetzt in einer Instruktion für Geheimrat von Steube, der, wie schon erwähnt, den grollenden Zaren versöhnen sollte, aber nicht vorgelassen wurde.[6]) Es wäre wohl denkbar, heißt es darin, daß das Publikum in der Erhebung Württembergs zum Königreich und dem geringen Umfang des Landes ein Mißverhältnis erblicken könnte, doch sei die Annahme der Krone durch wichtige Gründe empfohlen worden. „Die Geschichte Norddeutschlands im Verlauf des achtzehnten Jahrhunderts ließ sie uns geboten erscheinen. Der Kurfürst von Baiern richtete seit langer Zeit sein Augenmerk auf die Königswürde, in der Absicht, sie im Süden des Reiches auf die nämliche Weise auszunützen, wie sich Preußen ihrer im Norden bediente. Ohne die Königskrone und die damit verbundene Souveränetät wäre Württem-

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta, Preußens System und Stellung als neutrale vermittelnde Macht betreffend, 1805 u. 1806.

[2]) Voß, Die Zeiten, VI, 343. — Die Bittschrift erfährt hier eine schroffe Zurückweisung. Die Behauptung, Ansbach sei ein „uraltes königliches Stammland, die Wiege der preußischen Regentengröße“, wird als „Unsinn“ bezeichnet, und das Wort „von Gott gegebene Obrigkeit“ als eine „längst veraltete, bekanntlich von einem sehr bornierten Despoten, Jakob II. von England, zuerst in Anwendung gebrachte Tirade“. (Ebenda, 361.)

[3]) Ebenda. Dépêches du et au comte de Finckenstein. Signat vom 25. März 1806.

[4]) L. Feuerbach, Anselm v. Feuerbachs Leben und Wirken, II, 113: „Erst mit dieser Verfassung hat sich unser König Ansbach und Bayreuth, Würzburg und Bamberg erobert.“

[5]) Der Bericht des Reichstagsgesandten v. Seckendorff vom 1. Januar 1806 ist noch an „Serenissime Electeur“ adressiert, der Bericht vom 6. Januar: „Allerdurchleuchtigster König, Allergnädigster König und Herr!“ Der Reichstagsgesandte hatte erst aus der Stuttgarter Zeitung erfahren, daß sein Landesherr den Königstitel angenommen habe! Durch Dekret vom 4. Januar wurde Seckendorff in Ruhestand versetzt, am 31. Januar aber wieder zum Komitialgesandten ernannt. (Württ. Haus- u. Staatsarchiv.)

[6]) Württemb. Haus- u. Staatsarchiv. Akt, die versuchte Accreditierung des p. Steube beim russischen Hofe 1805—1806 betreffend.

berg zu der Rolle verurteilt gewesen, welche Sachsen trotz der Ausdehnung und stattlichen Bevölkerung seines Gebiets neben seinem Nachbarn spielt. Noch wirksamer kann die königliche Macht im Innern verwendet werden; sie gibt die Möglichkeit, alle Kräfte im erforderlichen Augenblick fest zu konzentrieren. Der Widerstand verliert seine Bedeutung, ein einziger Wille erhöht die Kraft eines mittleren Staates, und die Geschichte der jüngsten Zeit liefert schlagende Beweise für die Schwäche von weit ansehnlicheren Staaten, in denen die souveräne Macht nicht einem Oberhaupt verliehen war, das die verschiedenen Triebfedern beherrschte. Der aus diesen Erwägungen entspringende Gedanke mußte noch entscheidender wirken in einer Zeit, da die Staaten sich jeden Augenblick vor die Alternative gesetzt sahen: „Siegen oder Untergehen!“ — Welchen Dienst die „im Innern noch wirksamere Kraft“ dem Träger der Krone leisten sollte, trat bald zu Tage. König Friedrich, durch seinen mehrjährigen Aufenthalt am Hofe der großen Selbstherrscherin Katharina II. beeinflußt, glaubte schon allzu lange den Widerstand der auf ihre historischen Rechte pochenden Stände, der bougres, wie sie Napoleon genannt haben soll, geduldet zu haben. Das Beispiel Baierns, wo schon 1803 das ständische Regiment ohne gefährliche Folgen beseitigt worden war,[1]) reizte zur Nachahmung. „Die Kraft des Staates war durch den erhaltenen Zuschuß gewachsen, jetzt kam mit Friedrich der entschiedene Wille hinzu, ein wirklicher Staat werden zu wollen.“[2]) Der König wollte nicht eine unnatürliche Zweiteilung bestehen lassen, das alte Land mit seiner alten Verfassung, und die neuen Landesteile unter der unmittelbaren Regierung des Oberhaupts: der Wille und die Macht eines durch keine Schranken gehemmten Regenten sollten den neuen Staat zusammenwachsen machen. Diese Absicht ließ den König zur Aufhebung der Verfassung des alten Herzogtums schreiten: Durch Dekret vom 30. Dezember 1805 wurde den Mitgliedern und Beamten des Landtags einfach die Auflösung des ständischen Kollegiums bekannt gegeben.

Die Aufnahme Napoleons in Karlsruhe am 20. Januar bot das nämliche Bild wie in Stuttgart und München: Triumphbogen mit liebedienerischen Inschriften, Illuminationen, Hoffestlichkeiten, Paraden u. s. w. „Ein edler Wetteifer hatte sich aller Einwohner bemächtigt,“ sagt der amtliche Bericht, „jedes strebte in dem Ausdruck seiner Ehrfurcht gegen Napoleon, den Unbesiegten, es dem andern zuvorzuthun.“[3]) Der greise Karl Friedrich war zwar nichts weniger als ein überzeugter Anhänger Napoleons, und vor seinen Vertrauten beklagte er den Zwang seiner Lage. „Meine Verhältnisse,“ schrieb er am 4. Januar an Reitzenstein, „haben sich durch den Vertrag vom 20. Dezember nicht nur nicht gebessert, sondern durch die Abtretung von Kehl noch verschlimmert.“ Von offenem Widerstand hielt ihn jedoch insbesondere der Wunsch zurück, durch Napoleons Zustimmung die Befähigung seiner Nachkommen aus zweiter Ehe zur Nachfolge sicher zu stellen.[4]) Den wichtigsten Beratungsgegenstand während der Anwesen-

[1]) Steinwachs, Der Ausgang der landschaftlichen Verordnung in Bayern; Oberbayr. Arch., 55. Bd. (1910), 187.

[2]) Pfister, König Friedrich von Württemberg und seine Zeit, 101.

[3]) Weech, Geschichte von Karlsruhe, I, 199.

[4]) Obser, V, 510.

heit Napoleons in der badischen Residenz bildete die Vermählung des Kurprinzen Karl Ludwig mit der Stieftochter Napoleons, Stephanie Beauharnais. Namentlich die Mutter des Kurprinzen, Markgräfin Amalie, die Witwe des Erbprinzen Karl Ludwig, eine geborene Prinzessin von Hessen-Darmstadt, widerstrebte dem Heiratsplan. Napoleon ließ sie zu sich rufen — sie erzählt die Einzelheiten der merkwürdigen Scene in einem Briefe an die Landgräfin Amalie von Hessen-Homburg — und empfing sie mit der verblüffenden Frage: Warum sind Sie allein von Ihrer ganzen Familie mir so feindlich gesinnt? „Ich bin eine deutsche Prinzessin," erwiderte die Markgräfin, „folglich habe ich die Pflicht, Deutschland und der deutschen Verfassung anhänglich zu sein, kann also nur mit Schmerz sehen, wie Kaiserliche Majestät Alles thun, um die deutsche Verfassung zu vernichten! . . . Ew. Majestät selbst würden ja eine deutsche Fürstin nicht hochschätzen können, die bereit wäre, gegen ihr Nationalgefühl zu handeln!" Nun zählte Napoleon die Vorteile auf, die ihm Baden zu danken habe; auch dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, dem Bruder der Markgräfin, würde er gerne noch weitere Zuwendungen gemacht haben, wenn er auf freundlicheres Entgegenkommen gestoßen wäre. Er schmeichelte, er drohte, — umsonst! Die Markgräfin war nicht zu bewegen, die Heirat ihres Sohnes mit Mademoiselle Beauharnais als begehrenswertes Glück zu betrachten. Schließlich wäre Napoleon sogar geneigt gewesen, eine Vermählung des Kurprinzen mit der bairischen Prinzessin Karoline zu gestatten, doch Prinz Karl selbst entschied sich für die Französin. „Er macht also davon," schrieb die Mutter, „sein künftiges Glück abhängig!"[1]) So endigte auch dieser Kampf mit einem Sieg Napoleons. Als er von Karlsruhe Abschied nahm, widerstrebte niemand mehr seinen Wünschen. „Der Kaiser," schrieb Minister Edelsheim an den badischen Geheimrat Dalberg, „verfügt in hervorragendem Maße über die Kunst, die Herzen zu besiegen; er hat sie auch hier ausnahmslos für sich gewonnen!"[2]) Die Verhandlungen wegen der Vermählung, sowie wegen angemessener Belohnung der Dynastie wurden in Paris von Reitzenstein weitergeführt;[3]) auch der Kurprinz wurde, als er zur Vermählung nach Paris kam, dazu beigezogen. Die Mahnung Reitzensteins: „Fordern Sie immer so viel als möglich!" beruhte auf der richtigen Voraussicht, daß die Vertreter der übrigen deutschen Staaten es nicht anders machen würden. So wurde wieder, wie in Rastatt und Luneville, in den Tuilerien, aber auch in den Geschäftsstuben der Subalternbeamten Talleyrands und Marets verhandelt und gefeilscht, auf welche Weise Frankfurt, Ulm, Nürnberg und andere angesehene deutsche Städte und Staaten unter die Gefügigsten oder Meistbietenden zu verteilen wären.

Napoleon hatte bei Austerlitz nicht bloß die Russen und Oesterreicher, sondern auch den letzten Widerstand der royalistischen und republikanischen Parteien in Frankreich besiegt. Ganz Frankreich, sagt der Kanzler Pasquier, ergab sich nach dem Tage von Austerlitz einem wahren Freudentaumel,[4]) und ebenso ver-

[1]) Obser, V, 528.
[2]) Ebenda, V, 527.
[3]) Ebenda, V, 562.
[4]) Napoleons Glück und Ende, Erinnerungen von C. D. Pasquier, deutsch von H. Conrad, I, 1.

sichert Cambacérès, daß das gesamte Volk in förmlicher Trunkenheit seinen Helden vergöttert habe.[1]) Pariser Blätter brachten das Porträt Napoleons mit huldigenden Versen:

„Quand nous opposons à la fable
Le plus simple récit de ses faits glorieux,
La fable perd son merveilleux,
L'histoire est seule invraisemblable."[2])

Mit Hilfe der unermeßlichen Summen, die als Brandschatzungen von den Besiegten in halb Europa eingefordert worden waren, gelang es nun auch, der chronischen Zerrüttung der Finanzen Frankreichs ein Ende zu setzen und den Wohlstand des Landes in überraschender Weise zu heben, — das großartigste der großen Werke Napoleons, das sich — freilich nur nach dem Urteil Thiers'[3]) — „auf die durchaus rechtmäßigen Erwerbungen seiner Siege stützte". Alle Welt eilte nach Paris, um den Sieger und seinen prunkvollen Hof zu sehen. Auch der französische Adel drängte sich jetzt an ihn heran und erfreute sich geneigter Aufnahme. Frankreich trat, wie Heine scherzt, in „die Periode der goldenen Adler, der hochfliegenden Federbüsche, der griechischen Koiffuren, der Gloire, der offiziellen Unsterblichkeit, die der Moniteur dekretierte, des Kontinentalkaffees, den man aus Zichorien verfertigte, und des schlechten Zuckers, den man aus Runkelrüben fabrizierte, und der Prinzen und Herzöge, die man aus gar nichts machte". Der Kaiser gebot unbeschränkt über alle Faktoren der Staatsgewalt, Civilverwaltung, Rechtspflege, Heer, Flotte und Staatsschatz. Die Wohlfahrt des Landes selbst schien zu fordern, daß ein Mann, dem so ungeheure Macht übertragen war, nicht behindert werde, diese Macht zum Besten des Staates zu gebrauchen. Damit schien die Stellung des Unentbehrlichen im Innern ebenso befestigt zu sein, wie die Stellung seines Reiches nach außen gesichert war.

Das traurige Gegenstück zu dem glänzenden Aufschwung Frankreichs bietet der Niedergang des deutschen Reiches. Die Zustände im Regensburger Rathaus gemahnten an das Schriftwort: Siehe, es will Abend werden, und der Tag hat sich geneiget! Die Reichstagsgesandten oblagen zwar scheinbar ihren Geschäften wie sonst, es fehlte nicht an Relationen und Deduktionen, Repliken und Dupliken, aber es fehlte das Interesse an ihrer bedeutungslosen Erledigung. Der kurböhmische Gesandte überbrachte den Kollegien den Preßburger Friedenstraktat, der ja auch für das Reich eine so durchgreifende Umwälzung bedeutete, aber nicht zur Beratung, sondern, wie spöttisch erklärt war, „lediglich nach der von Preußen bey Gelegenheit des Basler Friedens von 1795 beobachteten Maasgebung". Niemand konnte mehr daran zweifeln, daß noch weitere staatsrechtliche Veränderungen zu erwarten und dafür einzig und allein Napoleons Beschlüsse maßgebend seien. Auch die preußische Regierung teilte diese Auffassung. „Nach der Wendung," schrieb sie am 3. Januar an Goertz, „welche die großen politischen Verhältnisse in Folge der militärischen Ereignisse zu

[1]) Vialles, l'Archichancellier Cambacérès, 250.
[2]) Abgedruckt in der Bairischen Staatszeitung vom 10. Januar 1806.
[3]) Thiers, VI, 386.

nehmen beginnen, wird man nicht erstaunt sein können, wenn sie auch eine völlige Umwälzung im deutschen Reich in Bezug auf seine Verfassung nach sich ziehen werden."[1]) Dalberg bewegte sich seit der Rückkehr von München ganz im französischen Fahrwasser, wenn er auch noch hie und da national-konservative Anwandlungen verspürte. Das erste Zusammentreffen mit Napoleon in München, erzählte er dem Grafen Goertz, sei ebenso unbehaglich wie lebhaft gewesen, weil Napoleon mit den Kundgebungen zum Schutze der Reichsverfassung ernstlich unzufrieden gewesen sei; erst allmählich habe die Unterredung einen wärmeren und freundschaftlicheren Ton angenommen. Der Kaiser vertraute ihm an, daß Oesterreich in Preßburg den Erzkanzlerposten für ein jüngeres Mitglied des Erzhauses gefordert, Talleyrand aber die Weisung erhalten habe, das Interesse Dalbergs zu wahren. Der Erzkanzler selbst will dem Kaiser vorgehalten haben, wie bedenklich es sei, daß der nämliche Mann, der in Frankreich die Ordnung wiederherstellte, jetzt durch Verleihung voller Souveränität an Württemberg, Baden und Baiern sich dem Vorwurf aussetze, die Grundfesten der Reichsverfassung zu untergraben und einer beklagenswerten Zügellosigkeit im Reich zur Herrschaft zu verhelfen. Der Kaiser habe schon während dieser Rede mehrmals gelächelt und schließlich erklärt, so, wie es zur Zeit in Württemberg getrieben werde, dürfe es freilich nicht weiter gehen; er wolle die Souveränität der süddeutschen Fürsten wieder erheblich einschränken. Er wolle für die Streitigkeiten dieser Fürsten untereinander und mit ihren Mitständen einen Gerichtshof in Paris oder in Mainz einsetzen; der König von Preußen werde um seine Zustimmung ersucht werden. Aus allen diesen Aeußerungen Napoleons gewann Dalberg die Ueberzeugung, daß der Kaiser selbst sich zum eigentlichen Gebieter Süddeutschlands aufwerfen wolle. Die Aufhebung des Johanniterordens wendete Dalberg nur dadurch ab, daß er nach dem Wunsche des Kaisers den zweitältesten Sohn des Königs von Baiern zum Koadjutor des gegenwärtigen Großpriors erhob.[2])

Die deutschen Regierungen fügten sich ohne Widerspruch ins Unabänderliche, nur ein fremder Fürst, König Gustav von Schweden, der — natürlich ohne jeden komischen Beigeschmack — der Don Quichote der alten Reichsverfassung genannt werden kann, sträubte sich, „die Willkür des Usurpators gutzuheißen". Eine nach Ansicht des Grafen Goertz „noch mehr wie irgend andere der vielfältig schon gegebenen Vorpommernschen Erklärungen das eigene Gepräge dieses Königs tragende" Zuschrift vom 5. Januar zeigte an, daß der König es nicht für vereinbar mit seiner Würde erachte, ferner noch an Beratungen des Reichstages teilzunehmen, da sich mehrere Stände des Reiches ein ungesetzliches, mit den Grundsätzen der Ehre und der Tugend unvereinbares Vorgehen erlaubt hätten.[3]) Albini weigerte sich, das Schriftstück zu verlesen, ebenso auch andere Kollegen, endlich verstand sich der kursächsische Gesandte v. Globig zur Ablesung. Der Inhalt wurde aber so beleidigend befunden, daß „das allgemeine Mißvergnügen theils mündlich mit kurzen Aeusserungen,

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches du et au comte de Goertz 1806. Instruktion vom 3. Januar 1806.

[2]) Ebenda. Bericht Goertz' vom 24. Januar 1806.

[3]) Ullerich, Die deutsche Politik König Gustavs IV. von Schweden (Manuskript).

theils stillschweigend durch Mienen bezeuget" wurde. Albini erklärte, er könne, da es unmöglich sei, zu erraten, auf wen der Inhalt der Note zu beziehen sein möchte, nichts anderes thun, als das Dokument ad acta imperii nehmen. Die Gesandten Oesterreichs und Preußens stellten fest, daß die Verunglimpfung sie nichts angehe, da ihre Staaten keinesfalls gemeint seien. Trotzdem erbat sich Goertz von seinem Hofe Anweisung, wie er sich gegenüber einem so auffallend unanständigen Benehmen zu verhalten habe; die Injurien seien zwar zunächst auf die süddeutschen Staaten gemünzt, aber in ihrer Allgemeinheit müßten sie auf alle Reichsstände verletzend wirken.[1]) Wie die Dinge lagen, war der Protest des Schwedenkönigs nichts anderes als eine gleichzeitig an den Reichstag gerichtete Verwahrung des Magistrats von Augsburg gegen den Einmarsch bairischer Truppen, „ein bloßes Aktenstück".[2])

Ernstere Verwicklungen mußte der Widerstand der britischen Krone gegen die Besetzung Hannovers nach sich ziehen.

Noch war der in Schönbrunn dem Grafen Haugwitz aufgezwungene Vertrag nicht bestätigt. Am Weihnachtstage legte Haugwitz die verhängnisvolle Urkunde in die Hände des Königs. Er selbst war mit dem Ergebnis seiner Unterhandlungen zufrieden oder gab sich wenigstens den Anschein, befriedigt zu sein. Die einfache und uneingeschränkte Annahme des Schönbrunner Vertrags, erklärt er in seinen Memoiren, hätte sicherlich den Frieden erhalten und die Unabhängigkeit Preußens gesichert. Es habe zwar Leute gegeben, die des Glaubens waren, Napoleon würde in seinem Allmachtsdünkel die Rechte Preußens nicht lange respektiert, sondern über kurz oder lang wieder Händel gesucht haben, doch sei dies unwahrscheinlich, denn Napoleon habe von der Macht Preußens eine so hohe Vorstellung gehabt, daß er, um Preußens Freundschaft nicht zu verlieren, vermutlich nur noch Erhaltung, nicht Erweiterung seiner Macht angestrebt haben würde.[3]) Die Genügsamkeit Haugwitzens ist gewiß nicht unanfechtbar, aber jedenfalls hat er recht, wenn er sagt, unter allen Umständen hätte sich die Regierung zum einen oder anderen entschließen und dann am Entschluß rückhaltlos festhalten sollen. Dagegen waren die Meinungen schon im Kronrat geteilt und das Endergebnis der Beratungen wieder zweideutig und schwächlich, wie immer. Von den kriegslustigen Patrioten wurde die Nachgiebigkeit des Unterhändlers mit Entrüstung beklagt: Mit Bonaparte ein Bündnis eingehen und als Lohn aus der Hand des gefährlichsten Feindes ein Geschenk annehmen, — welche Demütigung! Doch nur Graf Schulenburg stimmte für Abbruch der Beziehungen zu dem trotz aller zuversichtlichen Worte gefürchteten Sieger, alle anderen hielten zwar den Schönbrunner Vertrag, so wie er vorlag, für unmöglich, waren aber der Meinung, daß er durch kluge Aenderungen annehmbar gemacht werden könnte.[4]) Hardenberg hatte noch am 9. Dezember dem König

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia 1805—1806. Bericht Goertz' vom 13. Januar 1806. — Württemb. Haus- und Staatsarchiv. Bericht des Geheimrats Essig aus Regensburg vom 13. Januar 1806.

[2]) Ebenda. Bericht Goertz' vom 17. Januar 1806.

[3]) Fragment des mémoires inédits de Haugwitz; Minerva 1837, IV, 28.

[4]) Kieseritzky, 47.

vorgestellt, es müßte als Wortbruch und Treulosigkeit ausgelegt werden, wenn man zögern würde, dem bedrängten Bundesgenossen Hilfe zu bringen,[1]) und noch am 22. Dezember erklärte der Minister dem englischen Gesandten, die Unterhandlung mit Napoleon bezwecke nur, für die Rüstungen Zeit zu gewinnen.[2]) In der entscheidenden Sitzung stimmte aber auch Hardenberg für Zusammengehen mit Frankreich, wenn sich eine anständige Modifikation des Vertrages erreichen ließe. Der König selbst war über das Ergebnis des Mediationsversuches mehr betroffen als erfreut. Die Abtretung von Cleve, Neufchatel, insbesondere von Ansbach fiel ihm schwer, doch der Gewinn Hannovers und die Erhaltung des Friedens ließen auch ihn in Abänderung des Vertrages einen willkommenen Ausweg erblicken. Haugwitz stellte vor — wenigstens behauptet er es in seinen Denkwürdigkeiten —, der Kaiser werde jede Ablehnung der Schönbrunner Abmachungen als Zugeständnis an die russische Partei auffassen, die in Schönbrunn übernommenen Verpflichtungen für erloschen erklären und Preußen vor die Wahl zwischen schlechteren Bedingungen und dem Kriege stellen. Umsonst! Haugwitz selbst und Lombard erhielten den Auftrag, den Vertrag mit solchen Vorbehalten zu versehen, daß er mit Ehren angenommen werden könnte. So wurde denn das Wort Offensivbündnis gänzlich gestrichen und nur für gewisse Fälle das Versprechen gegeben, mit Frankreich gemeinschaftliche Sache zu machen. Hannover sollte bis zur endgültigen Regelung der Frage durch den künftigen Friedensschluß nur militärisch besetzt, nicht in Besitz genommen werden; bis dahin sollte aber auch die Abtretung von Ansbach, Cleve und Neuenburg aufgeschoben sein. Endlich sollten aus Rücksicht auf den Zaren, der die Bourbonen in Neapel in Schutz genommen hatte, Erklärungen über die in Italien geplanten Veränderungen gefordert und in den neuen Vertrag aufgenommen werden. Damit war die Absicht des Berliner Kabinetts an den Tag gelegt, daß es die Gunst Napoleons nicht verscherzen, aber es auch mit den Höfen von Wien und Petersburg nicht verderben wollte. Da lag aber erst recht die Gefahr nahe, sich zwischen zwei Stühle zu setzen. Einerseits mußte es die Russen verletzen, daß der Potsdamer Freundschaftsbund so wenig respektiert wurde. Das Band zwischen den zwei befreundeten Höfen, schrieb der russische Gesandte Alopäus am 28. Dezember an Hardenberg, scheine durch böswillige Umtriebe bedroht zu sein! „Ich rufe Sie selbst zum Richter an: Was muß man in St. Petersburg davon denken, daß Graf Haugwitz, der doch schon seit vier Tagen zurückgekehrt ist, mir noch mit keinem Worte eine Mitteilung gemacht hat. Und er war doch so zu sagen auch als Vertreter des Zaren bei Napoleon, als Vertreter meines Herrn, der so uneigennützig Europa retten wollte, wenn man seine großmütigen Anstrengungen unterstützen würde. Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie schmerzlich mich die gegenwärtige Wendung berührt; sie ist sicherlich nicht geeignet, die Freundschaft zwischen unseren erhabenen Gebietern, die ich für ewig angesehen hätte, zu befestigen. Und doch ist die Interessengemeinschaft unsrer

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Acta. Preußens System und Stellung als neutrale vermittelnde Macht betreffend. Hardenberg an den König, 9. Dezember 1805.

[2]) Häusser, II, 564.

Reiche sogar noch verstärkt worden, seit Bonaparte damit umgeht, die österreichische Monarchie zu vernichten! Doch mit Hinterhältigkeit flößt man kein Vertrauen ein!“[1]) Andrerseits war es mehr als zweifelhaft, ob Napoleon auf die ihm angesonnene Herabminderung seiner Bedingungen eingehen werde. Der französische Gesandte Laforest erhob zwar nicht Einspruch, unterzeichnete aber den Vertrag in der abgeänderten Form nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung seines Kaisers.[2]) Um diese zu erlangen, sollte Haugwitz selbst nach Paris gehen; außerdem sollte er durch persönliche Einwirkung auf den Kaiser zu erreichen suchen, daß auf die Abtretung Ansbachs verzichtet und dem Gedanken einer Vereinigung der Hansastädte mit Preußen näher getreten werde. Alle Vertreter Preußens im Ausland wurden zu vorsichtigstem Auftreten angewiesen. „Sie haben augenblicklich nichts anderes zu thun,“ schrieb Hardenberg am 6. Januar an Finckenstein, „als sich ganz ruhig zu verhalten, jeder Aussprache mit dem kaiserlichen Ministerium auszuweichen und vor dem Eintreffen einer neuen Instruktion alles zu vermeiden, was Sie kompromittiren oder Ihnen eine Verpflichtung auferlegen könnte!“[3]) Am 10. Januar bot ein bezeichnenderweise von Hardenberg und Haugwitz unterzeichneter Erlaß dem Gesandten weitere Aufklärung. Es wird ihm enthüllt, daß der König einen Vergleich mit Napoleon eingehen und Hannover provisorisch durch preußische Truppen besetzen lassen wolle. „Die neue Ordnung der Dinge soll mich decken gegen einen Bruch mit Frankreich, der unter allen Umständen vermieden werden muß, seit die Koalition sich aufgelöst und Oesterreich seinen Separatfrieden geschlossen hat. Es wird sich also empfehlen, daß Sie sich lediglich nur auf die Rolle eines Beobachters und Berichterstatters beschränken.“ Noch am 19. Januar meldete Finckenstein, der neue Minister Graf Stadion habe versichert, das Verhältnis zwischen Oesterreich und Frankreich könne nur als ein sehr gespanntes bezeichnet werden; in Wien sei alle Welt unzufrieden mit dem Friedensschluß und wünsche die Wiederaufnahme des Krieges; trotz der festgewurzelten Abneigung gegen Preußen werde Oesterreich gern mit den alten Verbündeten wieder zusammentreten. Doch nachdem die eigene Regierung so deutlich abgewunken hatte, mußte auch der koalitionsfreundliche Diplomat einlenken. „Ew. Majestät werden es meinem wohlgemeinten Eifer zu gute gehalten haben, wenn ich vielleicht einmal mit allzugroßer Kühnheit wagte, meine Meinung frei heraus zu sagen: jetzt, da Alles vorüber, da an der Unterjochung von ganz Europa nichts mehr zu ändern ist, werde ich mich darauf beschränken, seufzend zu schweigen.“ Ein königliches Manifest vom 27. Januar zeigte allen Vertretern des preußischen Hofes an, daß im Einvernehmen mit Napoleon die kurbraunschweigischen Lande demnächst von preußischen Truppen besetzt und bis zum Abschluß eines allgemeinen Friedens unter preußische Verwaltung gestellt werden sollten.[4])

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Akten, Preußens System und Stellung als neutrale vermittelnde Macht betreffend. 1805, vol. II. Alopäus an Hardenberg, 28. Dezember 1805.

[2]) Hardenbergs Denkwürdigkeiten, II, 389.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches du et au comte de Finckenstein 1806. Erlaß vom 6. Januar 1806.

[4]) Ebenda. Berichte Finckensteins vom 19. u. 22. Januar 1806. Erlaß vom 27. Januar 1806.

In Wahrheit war Napoleon keineswegs gesonnen, eine so beträchtliche Vergrößerung Preußens zuzulassen, wenigstens nicht, ohne daß ein genügend starkes Gegengewicht geschaffen würde. In einem Erlaß an Talleyrand vom 30. Januar erklärte er, von Vereinigung Hannovers mit Preußen könne nur dann die Rede sein, wenn aus den Herzogtümern Cleve und Berg ein neuer, von Frankreich abhängiger Staat gebildet und zugleich ein neues politisches System in Deutschland durchgeführt würde. Das ganze Reich sollte unter die neun größeren Reichsstände verteilt werden; die schwäbischen Herrschaften sollten an die drei Bundesgenossen Frankreichs in Süddeutschland fallen, desgleichen sollten auch Hessen-Darmstadt und der neue Fürst von Düsseldorf den Einfluß Frankreichs verstärken, während der Rest des Reichskörpers unter Sachsen, Hessen-Kassel und Preußen zu verteilen wäre.[1]) Man sieht: es treten auch in diesem Plane die Grundzüge des Rheinbundes deutlich hervor, insbesondere die Absicht des Kaisers, Preußen von Frankreich durch eine Zone schwächerer Staaten zu trennen und die preußische Politik auf den Norden und Osten abzulenken.

Talleyrand war mit dem Programm des Kaisers nicht einverstanden; er übte strenge Kritik daran, insbesondere war ihm die Abtretung Hamburgs und Bremens an Preußen anstößig, da ja Preußen keine Kriegsflotte besitze, zum Schutz seines Handels also auf englische Hilfe angewiesen sein würde. Im allgemeinen waren aber die Hoffnungen und Wünsche des Ministers um nichts bescheidener, als diejenigen seines Gebieters; er verwarf überhaupt jede Abgrenzung der Interessengebiete, da eine vorwärts dringende Macht wie Frankreich durch Verträge nur behindert wäre, neue Eroberungen zu machen.[2])

Natürlich mußte Napoleon darauf gefaßt sein, daß die geplante Umwälzung des deutschen Besitzstandes auf den Widerstand Preußens stoßen werde. Deshalb ließ er die auf dem Heimmarsch befindliche französische Armee und die Kontingente der süddeutschen Staaten solche Stellungen einnehmen, daß jeden Augenblick in die preußischen Provinzen einmarschiert werden konnte. Er war um so weniger gesonnen, dem preußischen Hofe weiter reichende Zugeständnisse

[1]) Corr. de Napoléon I., 11. tom., 562.

[2]) Heymann, Napoleon und die großen Mächte 1806, 14. — Heymann unterscheidet in Bezug auf die Napoleonische Politik von 1806 ein „großes" und ein „kleines System". Das große wäre der Bund mit Preußen gewesen, dem er Hannover überlassen wollte und das ihm helfen sollte, die britischen Feindseligkeiten abzuwehren; das kleine System hätte darin bestanden, Hannover an England zurückzugeben und auf Grundlage des augenblicklichen Besitzstandes zur Verständigung mit Großbritannien zu gelangen. Nach Abschluß des Vertrags vom 15. Februar habe der Kaiser das große System im Auge gehabt, gegen Ende Mai sei er, durch die Haltung Preußens und Rußlands gezwungen, zum kleinen übergegangen, ohne im Ernst beabsichtigt zu haben, Hannover mit Gewalt dem preußischen Staat zu entreißen. Bailleu (Napoleon und die großen Mächte 1806; Zeitschrift für osteuropäische Geschichte, Jahrg. 1910, 90) erkennt an, daß Heymanns Hypothese die zwei Hauptrichtungen der Napoleonischen Politik richtig kennzeichnet, betont aber, daß die beiden Systeme sich nicht bloß ablösten, sondern auch beständig untereinander und mit anderen politischen Gedanken und Absichten kreuzten, daß der Kaiser oft Ziele verfolgte, die sich gegenseitig ausschlossen, und Mittel gebrauchte, deren Wirkungen sich gegenseitig aufhoben (S. 93). Napoleon mißtraute eben allen, wie er alle zu beherrschen suchte; da kann wohl von festen, dauerhaften Systemen überhaupt nicht die Rede sein.

zu machen, seit seine eigene Lage durch zwei Ereignisse mächtig verstärkt war. Am 23. Januar starb Pitt, der erbittertste Gegner des Bonapartismus, und die Leitung der auswärtigen Politik Englands kam in die Hände des Führers der Whigs, Fox, der schon immer das monopolisierende Handelssystem Pitts und den dadurch nötig gewordenen Krieg mit Frankreich bekämpft hatte und einer Verständigung mit dem zum Staatsoberhaupt erhobenen Manne aus dem Volk nicht abgeneigt war. Dadurch war die politische Lage Europas für den Augenblick von Grund aus verändert, wenn sich auch bald herausstellte, daß auch die Anschauungen eines fortschrittlichen Kabinetts von der Machtstellung Englands mit der Expansionspolitik Napoleons ein für allemal unvereinbar seien. Eine neue Ueberraschung brachte der diplomatischen Welt das Wiederauftauchen Thuguts in Wien. Stadion selbst erzählte dem preußischen Gesandten, daß Thugut, vermutlich von seiner alten Gönnerin, der Kaiserin, nach Wien berufen, alle Hebel in Bewegung setze, um wieder zur leitenden Stellung zu gelangen; scheinbar beschäftige er sich zwar den ganzen Tag nur mit Schachspiel, in Wahrheit sei er unermüdlich thätig, an allen möglichen Punkten seine Fäden anzuknüpfen. Das Auffälligste aber sei, daß er zur Verwunderung aller Bekannten ganz und gar zum „französischen System" bekehrt zu sein scheine; offenbar wolle er jetzt mit Hilfe Talleyrands und Davousts seinen alten Plan, die Aufteilung der Türkei, in die Wege leiten. Hardenberg erblickte im Wiedereintritt Thuguts ins politische Leben „ein überaus wichtiges Ereignis" und beauftragte Finckenstein, den merkwürdigen Unterhändler Frankreichs am Kaiserhofe sorgfältig im Auge zu behalten. Die Besorgnis, daß Thugut wieder den alten Einfluß gewinnen möchte, erwies sich jedoch als unbegründet, und so lange Stadion an der Spitze stand, war ein Zusammengehen Oesterreichs mit Frankreich ausgeschlossen. Finckenstein zollt dem loyalen, aufrichtigen Sinn des Ministers ungeteiltes Lob. In leider nur allzu vielen Kreisen in Wien, schreibt er, seien Abneigung und Mißtrauen gegen den Berliner Hof heimisch, aber von Stadion werde alles gethan, um ein möglichst günstiges Einvernehmen mit Preußen aufrecht zu halten. Von Erzherzog Karl sei wenigstens eine Störung dieser Beziehungen nicht zu befürchten, und Erzherzog Johann habe sogar sein Ehrenwort gegeben, daß er nur einen einzigen Wunsch in der Seele trage: dem übermütigen Franzosenkaiser doch noch den Sieg zu entwinden. Dagegen habe der Haß gegen Baiern, das sich ohne Federlesen aneigne, was ihm gutdünke, seinen Höhepunkt erreicht, so daß daraus leicht ein verhängnisvoller Konflikt erwachsen könnte, und Oesterreich habe noch immer über die schutzbedürftigen kleinen Fürsten zu verfügen. Als Finckenstein an Stadion die Anfrage richtete, was Oesterreich angesichts der im Reich eingerissenen Anarchie zu thun gedenke, antwortete der Minister, er könne keine bestimmte Zusicherung geben, halte aber für wahrscheinlich, daß Oesterreich in seiner bedrängten Lage (accablement) sich auf einfache Vorstellungen beschränken werde. Auch der österreichische Geschäftsträger in Berlin, Graf Metternich, versicherte, die Sendung des Generals Vincent nach Paris hänge lediglich mit der Entwirrung schwieriger Bestimmungen des Preßburger Friedens zusammen, und es sei nur eine haltlose Verleumdung, wenn dem kaiserlichen Hofe die Absicht einer intimeren Annäherung an Frankreich unter-

schoben werde.[1]) Finckenstein, der offenbar auch eine engere Verbindung Preußens mit Frankreich nicht für möglich hielt, beklagte, daß man den rechten Augenblick, vereint mit Oesterreich thatkräftig gegen das übermütige Frankreich aufzutreten, verpaßt habe. „In der Zwischenzeit zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß hätte man Oesterreich leicht bewegen können, nochmals seine Kräfte gegen Frankreich aufzubieten. Damals, da es noch in voller Rüstung dastand, hätte es handeln können; jetzt ist in Folge des ebenso schimpflichen wie nachteiligen Friedensschlusses eine allgemeine Abspannung eingetreten. Alle Kräfte haben nachgelassen. Statt an die Möglichkeit zu denken, sich neuen Gefahren auszusetzen, von denen der Aufruf Erzherzog Karls an die Armee gesprochen hat, — statt die Festungen Salzburg und Villach in Verteidigungsstand zu setzen, wie es Erzherzog Johann und alle gesinnungstüchtigen Militärs wünschen, und wie es durch den Verlust Tirols noch notwendiger geworden ist, denkt man nur daran, daß solche Maßregeln das Mißtrauen Frankreichs wachrufen könnten. Ja, man vermindert sogar die Streitkräfte. . . . Alles, was sich von Oesterreich im gegenwärtigen Augenblick erlangen läßt, beschränkt sich auf Festhalten an Neutralität!“ Hardenberg begnügte sich auf eine kühle Erwiderung. „Das Bild, das Sie von der gegenwärtigen Erschöpfung Oesterreichs entwerfen, ist völlig von der Art, wie man es erwarten muß nach Beendigung eines so verderblichen Krieges. Es kann unmöglich überraschen, daß sich die österreichische Regierung zunächst auf wirtschaftliche Reformen beschränken will.“ Am 1. März schreibt Finckenstein, in Wien bilde das Tagesgespräch der bevorstehende Bruch zwischen Preußen und Frankreich. Leider lasse sich über die gegenwärtige Stimmung am kaiserlichen Hofe nicht viel Tröstliches sagen; zwar Erzherzog Karl lasse sich die Wiederherstellung einer starken Armee ernstlich angelegen sein, aber durch die Aengstlichkeit einflußreicher Persönlichkeiten und durch den Tiefstand der Finanzen werde das große Werk immer wieder gefährdet. Großes Aufsehen erregten in Wien das plötzliche Eintreffen Lucchesinis in Berlin — „Er überbringt ein Ultimatum Napoleons!“ wurde befürchtet oder gehofft — und die Besetzungs Ansbachs durch Bernadotte. — „Der Marschall erklärt zwar, es geschehe im Namen des Königs von Baiern und im Einverständnis mit Preußen, das zum Ersatz die hannöverschen Lande erhalten soll, aber wer möchte so etwas glauben?“ „Meine Verlegenheit, meine Unruhe, meine Angst wachsen mit jedem Tag,“ schreibt der Gesandte, „möchte ich endlich von der Angst befreit werden, in welche ich durch die kritische Lage meines Vaterlandes versetzt bin!“ Erst auf so dringende Vorstellungen hin wurde dem Gesandten eröffnet, daß nicht ein Krieg mit Frankreich zu erwarten, sondern — ein Bündnis mit Frankreich geschlossen sei.[2])

Am 1. Februar traf Haugwitz in Paris ein. Napoleon überließ die Verhandlungen hauptsächlich seinem Minister und beschränkte sich darauf, bald durch trotzige, drohende Zurückhaltung, bald durch liebenswürdige Herablassung auf

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Berichte Finckensteins vom 7., 12., 19., 22. u. 26. Februar 1806. Kabinettserlasse vom 14. Februar und 3. März 1806.

[2]) Ebenda. Berichte Finckensteins vom 1. u. 4. März 1806. Erlasse vom 7. u. 14. März 1806.

den Gesandten einzuwirken. Haugwitz vertrat seine Anträge nach Thiers' Urteil mit großem Geschick,[1]) doch für Napoleon stand von vornherein fest, daß von Modifikationen des Schönbrunner Vertrags nicht die Rede sein dürfe und Preußen noch über diesen Vertrag hinausgehende Zusicherungen und Bürgschaften bewilligen müsse. „Unter den gegenwärtigen Umständen," schrieb er an Talleyrand, „wenn wirklich Herr Fox die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Englands übernimmt, werden wir Hannover an Preußen nur dann abtreten, wenn Preußen sich auf ein großes System einläßt, das uns ein für allemal von der Furcht vor Wiederaufleben der Feindseligkeiten zu befreien im Stande ist."[2]) Der Kaiser war genau unterrichtet über die Stimmung in Berlin und heftig entrüstet über die Anglomanie Hardenbergs, dessen Entfernung längst ein Gebot der Höflichkeit gewesen wäre, und über die Ausfälle gegen Frankreich in den von Hardenberg beeinflußten Zeitungen.[3]) Schon in einem Bulletin vom 10. Dezember war der sogar von Thiers als ungerecht bezeichneten Anklage Ausdruck gegeben, am Berliner Hofe sei ein aus Hannover gebürtiger Minister dem englischen Goldregen nicht unzugänglich geblieben.[4]) Während dem Kaiser früher eine Teilung des Einflusses auf Nord- und Süddeutschland zwischen Frankreich und Preußen als Ziel vorgeschwebt zu haben scheint, strebte er nach seinen neuen ungeheuren Erfolgen nicht mehr die Freundschaft, sondern die Schwächung, die Demütigung Preußens an.[5]) „Der König von Preußen," schrieb Napoleon an den König von Baiern, „war schlecht beraten, daß er den Wiener Vertrag nur mit Bedingungen von ‚aber' und ‚wenn' und ‚denn' genehmigen wollte." Infolge der thörichten Bedenken sehe er jetzt den Vertrag für null und nichtig an.[6]) Erst als der König von Preußen den Rückmarsch aller Regimenter in ihre Standquartiere angeordnet hatte, wurde Haugwitz etwas freundlicher behandelt, aber schließlich mußte er damit zufrieden sein, am 15. Februar einen neuen Vertrag unterzeichnen zu dürfen, der nicht bloß die anstößigen Bestimmungen des Schönbrunner Abkommens wiederholte, sondern Preußen geradezu zur Teilnahme am Krieg mit England verpflichtete. Der preußische Versuch, die definitive Regelung der hannoverschen Frage bis zum Friedensschluß zu verschieben, war gescheitert. Napoleon, der sich vermöge des Rechts der Eroberung als unbeschränkten Herrn Hannovers ansah, hatte nur die Wahl gelassen: Entweder behalten das Land die Franzosen, oder Preußen übernimmt es zu souveränem Besitz, aber „sofort und nicht bloß in provisorischer Weise".[7]) Auch zur Schließung der Elbe und Weser für die Engländer mußte sich Preußen verstehen, — das war so viel wie eine Kriegserklärung an England,[8]) und zu-

[1]) Thiers, VI, 404.

[2]) Napoleon an Talleyrand, 4. Februar 1806; Corr. de Napoléon I., 11. tom., 5.

[3]) Bericht Haugwitzens über seine erste Audienz vom 8. Februar 1806; Hardenbergs Denkwürdigkeiten, II, 463.

[4]) Correspondance de Napoléon I., 11. tom., 569. — Höpfner, Der Krieg von 1806 und 1807, I, 32.

[5]) Hüffer, Die Kabinettsregierung in Preußen und J. W. Lombard, 193.

[6]) Correspondance de Napoléon I., 12. tom., 45.

[7]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Finckenstein vom 30. März 1806.

[8]) Heymann, 21.

gleich ein jäher Bruch mit der Politik, welche Friedrich der Große durch die Stiftung des deutschen Fürstenbundes begründet hatte.[1]) Als Ersatz für Hannover hatte Preußen an Baiern das Fürstentum Ansbach, an einen von Napoleon noch näher zu bezeichnenden Fürsten die Gebietsteile von Cleve auf dem rechten Rheinufer und an Frankreich selbst das Fürstentum Neuenburg abzutreten. Dabei wurde noch ein in Schönbrunn besprochener Vorteil zu Gunsten Baierns unterdrückt; nach dem früheren Vertrag hätte das an Ansbach angrenzende, bei Preußen verbleibende Fürstentum Bayreuth durch eine ansbachische Enklave abgerundet werden sollen; davon war in Paris nicht mehr die Rede. Außer Neuenburg mußte auch die in Schönbrunn angeblich durch ein Versehen übergangene Grafschaft Valengin abgetreten werden. Besonders peinlich mußte dem König die Verpflichtung fallen, die Bürgschaft für das erhoffte Ergebnis des Krieges mit Neapel zu übernehmen, d. h. jetzt schon zur Absetzung des Hauses Bourbon und zur Erhebung eines Bonaparte auf den Thron beider Sizilien seine Zustimmung zu geben. Dadurch mußte die Stellung gegen Rußland eine schwierige werden, da Alexander den Schutz der Bourbons in Neapel übernommen hatte.[2])

Aller Widerstand gegen die neuen Zumutungen war vergeblich. „Es blieb mir keine andere Wahl," so erklärt ein Erlaß des Königs an den Geschäftsträger in Wien (25. März), „entweder den Ausgleich, wie er in Paris vorgeschlagen wurde, oder den Krieg!" In Ansbach waren schon Franzosen eingerückt, ganz Franken, ja ganz Westdeutschland konnten jeden Augenblick von ihnen besetzt werden, während die preußischen Truppen im Vertrauen auf die versöhnliche Sprache Talleyrands in ihre Standorte zurückgezogen waren. „Ich mußte retten, was zu retten war, und that, was jeder an meinem Platze gethan hätte, ich brachte — ich darf wohl sagen — das schmerzlichste Opfer, das ein Souverän bringen kann, ich trennte mich von drei Provinzen, deren treue Anhänglichkeit der schönste Lohn für meine landesväterliche Fürsorge war." Dagegen mußte Hannover sofort übernommen werden, sonst wäre es einem Prinzen der Familie Bonaparte übertragen und in einen Schutzstaat Frankreichs verwandelt worden, — eine Gefahr, die von Preußen ebenso im eigenen, wie in Oesterreichs und aller übrigen Mächte Interesse abzuwehren war![3])

Die Absicht Napoleons bei seinem schroffen Auftreten gegen Preußen liegt zu Tage. Die Einverleibung Hannovers war für Preußen eine überaus glückliche Erwerbung und von jeher das Ziel der Wünsche Hardenbergs, aber der preußische Staat mußte dadurch die Feindschaft Englands auf sich laden, und ebenso entzweite er sich durch die Billigung der Umwandlung Neapels in einen französischen Vasallenstaat mit Rußland. Er war fortan auch nicht anders wie Baiern oder Württemberg auf die Gunst Napoleons angewiesen, eines Bundesgenossen, der, wie von französischer Seite selbst zugegeben wird, *immer* mit dem Plan umging, Hannover den Preußen wieder abzunehmen und den Eng-

[1]) Ufinger, Napoleon und der rheinische Bund; Preuß. Jahrbücher, 14. Bd., 481.

[2]) Hardenberg, Denkwürdigkeiten, II, 483.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches du et au comte de Finckenstein. Erlaß vom 25. März 1806.

ländern zurückzugeben, um für diesen Liebesdienst einen günstigen Frieden zu erlangen[1]).

Friedrich Wilhelm war denn auch durch die Nachrichten aus Paris schmerzlich berührt. Er zürnte den Ratgebern, die ihn zur Abrüstung gedrängt und dadurch in so hilflose Lage versetzt hatten. Sogar Lombard schrieb an Hardenberg, beim Lesen der Pariser Depeschen würden wohl auch ihm die Haare zu Berge stehen, und machte dem französischen Gesandten Vorwürfe über die Treulosigkeit, womit man den König zuerst genötigt habe, sich vor seinen Bundesgenossen bloßzustellen und der eigenen Verteidigungsmittel zu entäußern, um ihn dann in eine Lage zu versetzen, die nach allen Seiten nur Gefahren biete.[2]) Trotzdem lautete der Beschluß einer am 24. Februar vom König berufenen Konferenz: Die Vorteile der Annahme des Pariser Vertrags sind so hoch einzuschätzen, daß die Nachteile nicht in Betracht kommen können. Hardenberg warnte zwar in einer besonderen Denkschrift vor den Gefahren der Freundschaft Frankreichs und der Feindschaft Englands, überließ aber die Entscheidung dem weisen Ermessen des Königs. Die militärischen Ratgeber stellten einen Krieg als gefährlich und aussichtslos dar; es ist also dem König nicht zu verdenken, daß er schon am 26. Februar den aufgedrungenen Vertrag unterzeichnete und an Napoleon ein Schreiben richtete, das jeden Zweifel an der aufrichtigen Freundschaft des Königs ausschließen sollte.[3])

Vor allem hatte in Berlin die Freude über den augenblicklichen Gewinn über die Bedenken und Besorgnisse den Sieg davongetragen; dies beweist der hastige und gewaltthätige Vollzug der Einverleibung. Denn schon vor dem Eintreffen Haugwitzens in Paris, am 30. Januar, wurde dem hannöverschen Ministerium angekündigt, daß „in Folge eines schon ratifizierten Uebereinkommens mit Napoleon die deutschen Lande Seiner Königlichen Großbritannischen Majestaet bis zur Bestimmung ihres Schicksals bei dem allgemeinen Frieden" dem Könige von Preußen „zur Verwaltung durch seine Truppen allein und zur Administration" überlassen seien. Ein königliches Patent vom 27. Januar richtete an „alle Landesbehörden, sowie die Prälaten, den Adel, die Bürger und alle Unterthanen und Einwohner ohne Ausnahme" die Aufforderung, den Verfügungen des preußischen Administrationskommissärs unweigerlich zu gehorchen.[4]) Das Land sollte so viel wie möglich geschont werden. Der König selbst besoldete seine Truppen nach dem Friedensfuß, das besetzte Land sollte nur ihre ungefähr das Doppelte betragende Löhnung nach dem Kriegsfuß bestreiten.[5]) Am 14. Februar rückten preußische Truppen unter Schulenburg in das Kurfürstentum ein. Noch gefährlicher schädigte die preußische Regierung ihren Ruf als Schutzmacht des deutschen Nordens durch die Besetzung des zum hamburgischen Gebiet ge-

[1]) Servières, L'Allemagne Française sous Napoléon I. 82.

[2]) Hüffer, 197.

[3]) Hardenberg, Denkwürdigkeiten, II, 501.

[4]) Hassel, Das Kurfürstentum Hannover vom Baseler Frieden bis zur preuß. Occupation im Jahre 1806, 411.

[5]) (Schelver) Das Kurfürstentum Hannover unter den Franzosen 1803, 1804, 1805 und dessen fernere Schicksale, 154.

hörigen Cuxhavens; zugleich wurde die Schließung der Nordseehäfen für englische Schiffe verfügt und die Einfuhr englischer Waren verboten.[1] „Preußen hat sich wirklich dazu verstanden," schrieb Gentz an Böttiger, „Hamburg, Bremen und sogar auch Lübeck den Engländern zu verschließen! So gehen wir täglich tiefer ins Verderben und niemand beherzigt es mehr!"[2] Am 27. März ließ Hardenberg dem englischen Gesandten Jackson amtliche Mitteilung über die Besetzung der kurbraunschweigischen Kurlande zugehen. Wenn der Versicherung des französischen Generals Rapp Glauben zu schenken wäre, wurden die Preußen „als Freunde besser gehaßt, als die Franzosen als Feinde". Die zum Zeichen der Besitzergreifung angeschlagenen Adler wurden mehrfach wieder herabgerissen oder verstümmelt. Auch die Besatzungstruppen waren unzufrieden; die Befehlshaber hatten über wachsende Fahnenflucht zu klagen.[3])

Um zu verhüten, daß der Ausgleich mit Frankreich den wertvollsten Bundesgenossen abspenstig mache, sandte Friedrich Wilhelm noch vor dem endgültigen Abschluß der Verhandlungen in Paris den Herzog von Braunschweig nach Petersburg. Alexander schien den Erklärungen des Bedauerns über die Zwangslage, die ein friedliches Abkommen mit Napoleon nötig mache, Glauben zu schenken. Auch gegen die Besetzung Hannovers wurde kein Einspruch erhoben. „Jede Machtvergrößerung Preußens ist uns genehm," versicherte Czartoryski, der in seinen vertraulichen Aeußerungen immer nur der Zertrümmerung oder doch Beschränkung der preußischen Macht das Wort redete, „wir wollen zu solcher Vergrößerung sogar gern die Hand bieten, wenn sie nicht etwa den Vorteil des verderblichen französischen Systems bezweckt."[4]) Im nämlichen Sinne sprach sich die Denkschrift aus, welche der Herzog von Braunschweig beim Abschied aus den Händen des Zaren empfing. Das Wort Allianz mit Frankreich, war darin erklärt, errege in Petersburg keinen Anstoß, aber freilich müsse der König sich verpflichten, den Vertrag mit Frankreich nicht für bindend anzusehen, wenn etwa Rußland angegriffen würde; auch müsse Preußen auf der Forderung sofortiger Räumung des deutschen Bodens von französischen Truppen bestehen; dagegen habe die russische Regierung nichts einzuwenden, daß diese Verpflichtung streng geheim gehalten werde, damit Bonaparte in der Meinung verharre, daß Preußen sich ohne jeden Rückhalt als seinen Verbündeten betrachte. Als Hardenberg die russische Antwort erhalten hatte, bat er den König, um nicht das Mißtrauen der Kabinettsräte wachzurufen, um eine Unterredung in den Gemächern der Königin. Das Versprechen des Zaren, daß er beim ersten Ruf Preußen zu Hilfe eilen wolle, machte auf den König so starken Eindruck, daß er sich sofort bereit erklärte, die Verbindung mit Frankreich aufzugeben und wieder Hand in Hand mit Rußland zu gehen; er wolle zwar nicht sofort offen mit Napoleon brechen, aber insgeheim wolle er sich zum Widerstand

[1]) Authentische Aktenstücke zur Geschichte des Bruchs zwischen Großbritannien und Preußen, 19.

[2]) Gentz an Böttiger, April 1806; Wittichen, Briefe von und an Gentz, I, 294.

[3]) Die preuß. Besetzung Hannovers 1806 und die Ereignisse in Weimar nach der Schlacht bei Jena, nach Briefen eines Weimaraner Schülers; Deutsche Revue, Jahrg. 1906, 246.

[4]) Sorel, VII, 40.

vorbereiten, falls sich Napoleons Maßnahmen als schädlich für Preußen erweisen sollten. Um die französische Partei in Sicherheit zu wiegen, bot Hardenberg selbst seinen Rücktritt an. Freilich wirkten auch noch andere Gründe mit. Napoleon hatte dem französischen Gesandten Befehl gegeben, nicht mehr mit Hardenberg zu unterhandeln;[1]) der Minister mußte sich also sagen, daß seine Stellung unhaltbar geworden sei, und da auch sein Verhältnis zum Kollegen Haugwitz immer gespannter und unerquicklicher geworden war, reichte er am 30. März ein Urlaubsgesuch ein.[2]) Der König genehmigte es schon am nächsten Tage, beließ ihm aber die Leitung einer geheimen Abteilung des Ministeriums, die mit der wichtigsten politischen Aufgabe betraut sein sollte, dem Verkehr mit Rußland. „Ihre eigenhändige Note," schrieb der König an den Zaren, „gibt Zeugnis von tiefgründiger Weisheit. . . . Das Uebel ist einmal geschehen. . . . Die Zukunft kann aber viele Wunden heilen!"[3])

Freilich war fraglich, wie das russische Kabinett den inzwischen abgeschlossenen Vertrag vom 15. Februar, die sofortige Besitzergreifung der hannöverschen Lande und die Schließung der Nordseehäfen aufnehmen werde. Doch im Hinblick auf das „geheime Versprechen" wurde in Petersburg auch über die weitreichenden Zugeständnisse an Napoleon wohlwollend hinweggesehen. Schließlich war Hannover immer noch besser in den Händen des Königs von Preußen, als eines Mitglieds der Familie Bonaparte.

Es galt, Napoleon in der Täuschung zu erhalten, daß Preußen „sich rückhaltlos als seinen Verbündeten betrachte". Diese Aufgabe sollte Haugwitz übertragen sein. Um den Minister selbst in „gutem Glauben" zu belassen, wurden ihm die Abmachungen mit Rußland verheimlicht, dagegen wurde eine Denkschrift über die Beziehungen zu Rußland aufgesetzt, die er Laforest zeigen sollte. Der Herzog von Braunschweig kopierte eigenhändig seine Petersburger Korrespondenz, strich aber alle auf die „geheime Erklärung" bezüglichen Stellen. In ähnlicher Weise stutzte die Gattin des russischen Botschafters Alopäus das Memoire des Zaren zurecht. Sodann wurde das Schriftstück von Hardenberg dem König eingehändigt, der es zu geeignetem Gebrauch an Haugwitz abgeben sollte.[4])

Sorel hat gewiß nicht unrecht, wenn er über die Winkelzüge der preußischen „Rückversicherung" im Frühjahr 1806 eine volle Schale Spottes ausgießt. War aber das Verfahren Napoleons und Talleyrands gegen England und Preußen mit den Forderungen des Rechts und der Moral besser vereinbar? Warum, so fragt einmal Carlyle in seiner Geschichte Friedrichs II., warum wird nur der Preußenkönig wegen seiner Listen und Ränke der Treulosigkeit geziehen, obwohl auch alle anderen, mit denen er zusammenfaß, mit falschen Würfeln spielten? —

---

[1]) Denkwürdigkeiten Hardenbergs, II, 411.

[2]) Noack, Hardenberg und das Geheime Kabinett Friedrich Wilhelms III. vom Potsdamer Vertrag bis zur Schlacht von Jena; Gießener Studien, 2. Bändch., 57.

[3]) König Friedrich Wilhelm II. an Kaiser Alexander I., 19. März 1806; Bailleu, Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. ꝛc., 100.

[4]) Sorel, VII, 43.

Napoleon kam nicht hinter die Schliche seines Bundesgenossen, doch andere Vorgänge flößten ihm Mißtrauen ein. Erzürnt durch die Besetzung Hannovers veröffentlichte das britische Ministerium die im November 1805 zwischen Hardenberg und dem britischen Gesandten Lord Harrowby gewechselten Briefe, in denen von Vereinigung der englischen Truppen mit den preußischen die Rede war. Napoleon geriet darüber in so heftigen Zorn, wie wenn er geahnt hätte, daß soeben der König von Preußen an den Zaren jenes Schreiben gerichtet hatte, in welchem so frohen Hoffnungen auf das Zusammengehen mit Rußland Ausdruck gegeben war. Am 21. März richtete der Moniteur gegen Hardenberg den Vorwurf, er habe aus Liebedienerei gegen England seinen König verraten. Darauf veröffentlichte Hardenberg eine Berichtigung, die alle Verantwortung für die Unterhandlungen mit England dem König selbst zuschob.[1]) Diese Taktlosigkeit, nicht der Artikel im Moniteur, hatte zur Folge, daß der König die, wie wir wissen, schon vorher verfügte Entlassung Hardenbergs öffentlich bekannt geben ließ.[2]) Am 15. April zeigten die Berlinischen Nachrichten an, daß Graf Haugwitz nach Ablauf des ihm auf bestimmte Zeit bewilligten Urlaubs das Portefeuille der auswärtigen Geschäfte wieder allein übernommen habe. Natürlich konnte das Publikum in Hardenbergs Sturz nur ein dem französischen Bündnis gebrachtes Opfer erblicken, so daß in weiten Kreisen dem Märtyrer der Unabhängigkeit des Vaterlandes warme Teilnahme gezollt und die Freundschaft mit Frankreich als demütigende Abhängigkeit empfunden wurde. Davon gibt u. a. ein Brief Zeugnis, den Iffland, der Direktor des Berliner Nationaltheaters, in jenen Tagen an Hardenberg richtete und den der Minister bezeichnenderweise unter den Staatspapieren verwahrte. „Euer Excellenz," schrieb Iffland, „haben ein männliches, edles, großes Wort geredet. Jedermann ist davon entzückt, und mich hat es zu Trähnen der Bewunderung gerührt. So spricht der Mann, der groß dasteht und stehen wird, wenn die, welche mit Johannes Heuschrecken zur Speise nehmen und Macchiavell schlecht kopieren, von der Geschichte gewürdigt erscheinen werden, wie man sie jetzt schon empfindet und verachtet. So wie Sie handelt der unmittelbare Freiherr und ehrt seinen Stand mit der That. Gott erhalte Euer Excellenz! Amen!"[3]) Haugwitz, der das Bündnis mit Napoleon vermittelt hatte, galt fortan der öffentlichen Meinung als der Vertreter der „Tergiversation und Schwäche."[4]) Nach seiner Heimkehr durfte er sich nicht öffentlich sehen lassen, und auch bei Hofe und in der Gesellschaft hielt man sich von ihm fern. Die staatsmännische Ueberlegenheit Hardenbergs über den haltlosen Zauderer Haugwitz wurde übrigens auch von den Vertretern des „französischen Systems", u. a. von dem bairischen Geschäftsträger Bray anerkannt.[5]) Die Mißgunst der Patrioten richtete sich ebenso gegen die Schwäche der Regierungspolitik, für deren Hauptträger Haugwitz angesehen war, wie

[1]) Denkwürdigkeiten Hardenbergs, II, 593.

[2]) Hüffer, 209. — Noack, 71.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Akte, Preußens System und Stellung als neutrale vermittelnde Macht betreffend, vol. II. Iffland an Hardenberg, Berlin, 10. April 1806.

[4]) Noack, Hardenberg und das Geheime Kabinett Friedrich Wilhelms III., 71.

[5]) Bailleu, Preußen und Frankreich, II, 620.

gegen sein System. Der Krieg mit Frankreich lag schon in der Luft, kaum daß das Bündnis mit Frankreich vollendete Thatsache geworden war. —

Am 25. März wurde der Abschluß des Bündnisses noch von Hardenberg dem Gesandten in Wien angezeigt mit der Weisung, den Wiener Hof über den harmlosen Charakter der Annäherung an Frankreich aufzuklären. „Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß das Wort Bündnis in beiden Verträgen vom 15. Dezember und vom 15. Februar vorkommt, aber nicht in dem Sinne, wie es von Andrassy befürchtet wird. Man hat sich darauf beschränkt, recht und schlecht ein Bündnis abzuschließen (une alliance pure et simple), das in der ihm gegebenen Fassung nur gleichbedeutend ist mit einem wechselseitigen Uebereinkommen zur Erhaltung des Friedens zwischen den Vertragsmächten und zur Befestigung der Ruhe Europas. Klären Sie darüber den Grafen Stadion auf!“[1]) Hardenberg hielt auch eine friedliche Einigung mit England noch immer für möglich. „Ich will mich über die Bedingungen des Pariser Friedens,“ schrieb er am 30. März an Finckenstein, „auch mit dem Londoner Hofe auseinandersetzen, der ja in erster Reihe daran beteiligt ist, und ich hoffe, daß die jüngsten Ereignisse, die ja nur eine Folge des letzten Krieges sind, unser gutes und freundschaftliches Einvernehmen nicht stören werden.“ Zugleich wurde der königliche Auftrag wiederholt, am Wiener Hofe die beruhigende Erklärung abzugeben, daß Preußen weiterreichenden Umsturzplänen Bonapartes nicht Vorschub leisten werde. „Meine Beziehungen zum römischen und österreichischen Kaiser (l'empereur des Romains et d'Autriche) legen mir die Pflicht auf, auch ihn offen und aufrichtig mit meiner gegenwärtigen Lage bekannt zu machen, und ich gebe Ihnen hiemit den Auftrag, die in diesem Schreiben enthaltenen Aufschlüsse ihm mitzuteilen, mit der ausdrücklichen Versicherung, daß ich niemals andre Zwecke verfolgt habe, als die Aufrechthaltung der Wohlfahrt und Ruhe Europas, und daß der Kaiser immer auf die aufrichtige Freundschaft zählen darf, wovon ich ihm schon bei vielen Gelegenheiten Proben gegeben habe.“[2]) Graf Stadion äußerte sich über die Kundgebung einer so „wohlthuenden Loyalität“ befriedigt, aber die Hoffnung, das Londoner Kabinett durch den Hinweis auf die Zwangslage Preußens zu beschwichtigen, schlug fehl. Die Schließung der Nordseehäfen gegen die britische Flagge wurde durch ein Dekret erwidert, wodurch die Mündungen der Ems, Weser, Elbe und Trave in Blockadezustand erklärt wurden, und in englischen Häfen wurden ein paar hundert preußische Schiffe im Wert von 85 Millionen in Beschlag genommen.[3]) Auch Schweden als Bundesgenosse Englands erklärte an Preußen den Krieg und weigerte sich, das besetzte hannöversche Gebiet auf dem rechten Elbufer zu räumen. Obwohl die Engländer die Verbindung des Königshauses mit einem deutschen Kurfürstentum von jeher mißgünstig beurteilt hatten, teilten sie doch die Entrüstung ihres Königs. Freilich mochte sie weniger die Besetzung Hannovers,

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches du et au comte de Finckenstein. Erlaß vom 25. März 1806.

[2]) Ebenda. Erlaß vom 30. März 1806.

[3]) L. v. Ompteda, Irrfahrten und Abenteuer eines mittelstaatlichen Diplomaten, 127.

als die Hafensperre in Harnisch gebracht haben.[1]) Eine königliche Botschaft vom 21. April setzte die beiden Häuser in Kenntnis, daß die Krone sich genötigt sehe, gegen Preußen mit Maßnahmen zur Wiedervergeltung vorzugehen und zu diesem Zweck den englischen Kriegsschiffen Kaperbriefe zu erteilen. Am 23. beantragte Fox im Unterhause, dem König zu danken, daß er so entschlossen auftrete gegen eine Macht, die sich für eigene Verluste durch leichtfertige Beraubung eines Unbeteiligten zu entschädigen suche. „Tauscht ein Feld gegen das andere!" so schloß er seine Rede, „tauscht Vieh gegen Vieh, aber vertauscht nicht eure Völker!" Auch andere Redner wandten sich unwillig gegen eine Macht, die zur Schmach der Unterwerfung unter einen übermütigen Diktator auch noch das Unrecht der Räuberei auf sich lade.

Der Apparat des deutschen Reichstages wurde erst im Mai in Anspruch genommen. Der kurbraunschweigische Gesandte überreichte den Regensburger Kollegien eine Klageschrift gegen den preußischen Hof, der endlich „seine feindlichen Absichten eingestand, die er bisher unter den freundschaftlichsten Versicherungen zu verbergen gesucht hatte". Auch eine Flugschrift mit ähnlichem Inhalt wurde „ad aedes legatorum" verteilt.[2]) Sie enthielt eine Flut von Anklagen gegen „die immer treulose, hinterhältige Politik Preußens, das doch der Schutzherr, der Garant des Nordens sein will". Wenn die preußische Regierung sich darauf berufe, daß sie durch den Sieg Frankreichs zu der eigenen Gebietsabtretung und zur Besetzung eines fremden Landes genötigt werde, so sei ein solches Geständnis unwürdig einer Großmacht. „Ganz Europa weiß, daß es vor der Schlacht bey Austerlitz von Preußen abgehangen haben würde, Europa die verlohrne Ruhe wieder zu verschaffen, wenn es die Maasregeln ergriffen hätte, die sowohl das wahre Interesse als die beleidigte Ehre seiner Monarchie erforderten."[3]) Zur Abwehr der hannöverschen Angriffe erschien von preußischer Seite eine „Historische Parallele über die Besitznahme von Hannover durch Preußen". Was jetzt der preußischen Regierung zum Vorwurf gemacht werde, habe sich während des nordischen Krieges in den Jahren 1715 bis 1719 Kurbraunschweig selbst erlaubt; die Verlegenheit Schwedens benützend, habe es die Fürstentümer Bremen und Verden besetzt, ohne sich um die Frage der Legitimität zu kümmern.[4]) Es erschienen noch weitere Kampfschriften, und die literarische Fehde wurde so erbittert geführt, daß schließlich an das Wort Friedrichs II. erinnert werden mußte, es zieme sich, daß die Souveräne ihre Streitigkeiten mit dem

---

[1]) Doerries, Friedrich von Gentz' Journal de ce qui m'est arrivé de plus marquant au quartier-général de S. M. le Roi de Prusse als Quelle preußischer Geschichte der Jahre 1805/06, 28.

[2]) Württemb. Staatsarchiv. Acta comitialia 1806. Berichte Seckendorffs vom 12. Mai und 3. Juni 1806.

[3]) Wahre Darstellung des Benehmens Sr. K. Majestät von Preußen gegen S. K. Majestät von Großbritannien, 59. — Nach Versicherung des Grafen Goertz (Bericht vom 6. Juni 1806) stammt die Schrift aus der Feder des kurbraunschweigischen Reichstagsgesandten v. Reden.

[4]) Wie aus dem Bericht des Grafen Goertz vom 6. Juni 1806 und dem Erlaß des Ministeriums vom 20. Juni 1806 hervorgeht, ist die Replik vom preußischen Legationsrat Kaufmann verfaßt.

Degen ausfechten, doch ihre Würde nicht durch Schriften im Ton der Markthallen erniedrigen sollen.[1])

Zu kollegialer Verhandlung über den hannöverschen Konflikt kam es nicht mehr. Seit der Preßburger Friede eine so gründliche Umwälzung der deutschen Verhältnisse mit sich gebracht hatte, gelangten fast gar keine Vorlagen mehr an den Reichstag. „Weil kein andrer Stoff vorhanden," sprach man in der Sitzung vom 13. April nichtamtlich über ein „Gerücht", — offenbar war einige Kenntnis von den Weisungen Napoleons an Talleyrand ins Publikum gedrungen! — wonach Deutschland, unter acht Souveräne verteilt, als Föderativstaat mit einem Konvent in Regensburg fortbestehen sollte.[2]) —

Die Besitzveränderungen im deutschen Süden ließen in Rom das Bedürfnis empfinden, die Hierarchie in Deutschland neu zu ordnen. Die bairische Regierung strebte, um den Einfluß der Kirche dem Interesse der Staatsgewalt dienstbar zu machen, schon seit langem die Errichtung eigener Landesbistümer an,[3]) und ebenso war die württembergische Regierung, die in den letzten Jahren ein beträchtliches katholisches Gebiet übernommen hatte, dem Gedanken näher getreten, für ein eigenes Kirchenregiment zu sorgen.[4]) Dagegen wollte Dalberg die kirchliche Neuordnung von Reichs wegen geregelt wissen und bekämpfte die Aufstellung von Landesbischöfen. Er verwies auf den beständigen Wechsel der Territorialgestaltung, der einer gedeihlichen Entwicklung der Diöcesen nachteilig werden müßte. Sogar nach der Abreißung von Metz, Toul und Verdun vom deutschen Reich habe man den alten Diöcesan- und Metropolitanverband fortbestehen lassen![5]) Auch durch den Reichsdeputationshauptschluß sei ausdrücklich verfügt worden, daß die Bistumssprengel in ihrem bisherigen Zustand bleiben sollten, bis eine andere Diöcesaneinrichtung „auf reichsgesetzliche Art", also durch ein Reichskonkordat zu stande käme. Die römische Kurie ließ sich in der Frage, ob Reichs-, ob Landeskonkordat den Vorzug verdiene, nur von Zweckmäßigkeitsrücksichten leiten. Nichts ist bezeichnender für den Niedergang des deutschen Reiches, als die Thatsache, daß Pius VII. am 4. Juni 1803 die Bitte um Unterstützung zum Wiederaufbau der zerstörten deutschen Kirche an — Napoleon richtete und von diesem gnädiger Schutz in Aussicht gestellt wurde. Die zwischen Napoleon, Dalberg und dem römischen Stuhl angeknüpften Verhandlungen führten jedoch nicht zum Ziel; die Auflösung des Reiches war schon zu weit fortgeschritten, als daß es noch möglich gewesen wäre, in solchen Fragen zu festen Ergebnissen zu gelangen. Mit Rücksicht auf die Hoffnungslosigkeit, zu einer Einigung mit dem Reich zu gelangen, wurde der im Frühjahr 1806 nach

[1]) Nach Angabe des Grafen Goertz wäre die Schrift „Von den höchsten Interessen des deutschen Reiches", welche die Besitznahme von Hannover in günstigem Lichte darstellte, von einem Regensburger Gelehrten Kayser verfaßt, die scharfe Erwiderung „Zufällige Gedanken eines Hannoveraners beim Lesen der Schrift: Von den höchsten Interessen ꝛc.", sowie eine „Ausführliche Kritik einiger den preußischen Hof betreffenden Behauptungen" von dem braunschweigischen Gesandten v. Reden (Bericht vom 11. Juli 1806).

[2]) Württemb. Staatsarchiv. Bericht Seckendorffs vom 13. April 1806.

[3]) Endres, Die Errichtung der Münchener Nuntiatur, 3.

[4]) Mejer, Die Concordatsverhandlungen Württembergs im Jahre 1807, 9.

[5]) Obser, V, 487.

Deutschland geschickte Vertreter des Papstes, Nuntius Della Genga, auch zu gesonderten Verhandlungen mit Baiern und Württemberg ermächtigt. In Baiern, wo die mit starkem Selbstbewußtsein ausgestattete weltliche Gewalt schon seit fünf Jahren in hartnäckigem Kampfe lag mit den Ansprüchen Roms auf Alleinbeherrschung der kirchenpolitischen und gesellschaftlichen Ordnung,[1]) wurde den Forderungen des römischen Stuhles so wenig entgegengekommen, daß der Heilige Vater, wie Kardinal Antonelli an den Fürstbischof von Brixen schrieb, ob der unwürdigen Zumutungen der bairischen Regierung heiße Thränen vergoß.[2]) Der römische Stuhl wäre nämlich gern bereit gewesen, die Gründung einer bairischen Landeskirche zu genehmigen, aber nur, wenn sich die Regierung zur Aufhebung des Toleranzedikts von 1803, sowie der landesherrlichen Verordnungen über Zulassung gemischter Ehen, Verwaltung des Kirchenvermögens, Reinigung des Gottesdienstes von abergläubischen Gebräuchen u. s. w. verstanden hätte. Dagegen wollte sich Montgelas das Recht, solche Verhältnisse durch die weltliche Gesetzgebung zu regeln, nicht entwinden lassen. Ebenso hielt er fest an der Weigerung, einem Reichskonkordat beizutreten, da Baiern durch den Frieden von Preßburg volle Souveränität in der nämlichen Weise erworben habe, wie sie der Kaiser von Oesterreich oder der König von Preußen in seinen deutschen Landen besitze. Nach fruchtlosen Unterhandlungen mit den Einzelstaaten begab sich Della Genga nach Regensburg. Am 30. Juni kam im Fürstenkollegium das päpstliche Beglaubigungsschreiben zur Sprache. Die evangelischen Stände setzten durch, daß es einer „unziemlichen" Redewendung wegen zurückgewiesen wurde. Der Legat konnte aber sofort ein anderes schon bereitgehaltenes Schreiben vorlegen. Nun sollte zunächst der von Dalberg verfaßte Entwurf eines Reichskonkordats und das Projekt des Kardinalkollegiums verglichen werden, um eine Grundlage für die weitere Beratung zu schaffen. Die Sache ging jedoch nicht vorwärts. Graf Goertz erklärte, die preußische Regierung halte sich nicht für verpflichtet, ein Reichskonkordat anzuerkennen, um so weniger, da Seine Majestät „für alle Unterthanen der ganzen Monarchie, die Religion und ihren gottesdienstlichen Cultus betreffend, nur ein und dasselbige liberalste System von Toleranz und Gewissensfreiheit hätten". Della Genga erwiderte, auch seine Absicht sei nicht auf ein eigentliches Konkordat gerichtet, sondern nur auf eine Uebereinkunft über Diöcesaneinrichtung und ähnliche Bestimmungen in den westfälischen 2c. Staaten.[3]) Die Auflösung des Reiches brachte selbstverständlich auch für den Plan einer Reichskirche das Ende.[4])

Wenn Dalberg in dieser Frage die Reichskompetenz gegenüber den Sonderbestrebungen einzelner Reichsstände beharrlich verteidigte, so war dafür nur die Rücksicht auf die Rechte des Primas, nicht mehr der deutsche Standpunkt maßgebend. Gegenüber Napoleon fühlte sich Dalberg nur noch als „Alkuin, der Mittler zwischen Staat und Kirche im mächtigen Frankenreich". Napoleon hatte

[1]) Sicherer, Staat und Kirche in Baiern vom Regierungsantritt des Kurfürsten Maximilian Joseph IV. bis zur Erklärung von Tegernsee, 65.

[2]) Mejer, 20.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Reichstagssachen. Bericht Goertz' vom 30. Juni 1806.

[4]) A. Frantz, Das Projekt eines Reichsconcordats; Festgabe für Jhering (1892), 214.

ihm schon im Oktober 1804 nahegelegt, er möchte seine Nachfolge ordnen, damit die einflußreiche Würde nicht etwa an einen Prinzen des Hauses Habsburg käme.[1]) Damals war Dalberg nicht auf den Wunsch des Kaisers eingegangen. Als aber im Frühjahr 1806 der Gesandte des Erzkanzlers aus Paris meldete, die Existenz des letzten geistlichen Fürstentums sei bedroht, weil Baiern den Besitz von Regensburg anstrebe, kam der Primas selbst auf jenen Gedanken zurück. Um sich den Kaiser günstig zu stimmen, wollte er, wie sein Vertrauter, Generalvikar Wessenberg, versichert, aus eigenem Antrieb eine Wahl treffen, „die, außer dem Kreise aller Erwartungen liegend, durch das Interesse, das sie dem französischen Kaiser einflößen würde, Jedermann zum Schweigen brächte".[2]) Am 19. April richtete er an den französischen Gesandten Hedouville, der vermutlich selbst an dem Plan beteiligt war, ein Schreiben, das in schwulstigen Redewendungen die Bitte aussprach, der große Kaiser möge, um der verhängnisvollen allgemeinen Verwirrung ein Ziel zu setzen, Deutschland, Frankreich und Italien unter sein Scepter zusammenfassen. Den nämlichen Wunsch unterbreitete er dem Kaiser selbst: „Die achtungswerte deutsche Nation seufzt im Elend der politischen und religiösen Anarchie: seien Sie, Sire, der Wiederhersteller ihrer Verfassung!" Unvermittelt wird damit der Antrag verbunden, es möge das für Murat bestimmte Herzogtum Berg zum Kurfürstentum erhoben werden, und endlich die Mitteilung, daß er den Oheim Napoleons, Kardinal Fesch, zu seinem Koadjutor ausersehen habe. Einem Fremden, der nicht einmal der deutschen Sprache mächtig war, Anwartschaft auf die Erzkanzlerwürde und auf ein deutsches Fürstenamt einzuräumen, das war ein unerhörter Verstoß gegen die Reichsverfassung und die nationale Ehre! Sogar Wessenberg und andere vertraute Freunde Dalbergs verurteilten den Schritt.[3]) Er selbst aber erhoffte sich von seinem Meisterstück der feinsten Politik die Rettung seiner Stellung und rechnete auf die Furcht vor Napoleon, die alle Hindernisse aus dem Wege räumen werde. Am 24. Mai ließ er eine kurze amtliche Mitteilung seines Entschlusses nach Wien gelangen; am 27. wurde von Albini dem Reichstag angezeigt, daß Seine Kurfürstliche Gnaden, um die Erhaltung des Kurstaates mit seinen Vorrechten und Gerechtsamen zu erleichtern, den Kardinal Fesch, „dessen Geschlechtsvorfahren sich schon zeitig im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert in öffentlichen Diensten deutscher Lande auszeichneten", zum Koadjutor cum spe succedendi ernannt habe. Die Botschaft rief einen Sturm der Entrüstung wach. In Wien wurde ein förmlicher Protest vorbereitet und auch mit dem Papst ins Benehmen getreten, doch, wie der preußische Gesandte richtig vermutet hatte, war der Wider-

---

[1]) Sicherer, 109.

[2]) Beaulieu-Marconnay, II, 45.

[3]) Beck, Freiherr J. Heinr. v. Wessenberg, 57. — In einer Flugschrift „Ueber die Ernennung des Herrn Kardinals Fesch zum Koadjutor und Nachfolger des Kurfürsten-Reichs-Erzkanzlers" (Wien 1806) wird lebhaft beklagt, daß durch die verhängnisvolle Maßnahme zum os imperii, zum Wortführer des Reiches ein Mann gemacht werden sollte, der nur die Absichten Frankreichs fördern würde. Dabei wird aber von Napoleon in so vorsichtiger und von Dalberg in so respektvoller Weise geredet, daß man versucht ist, den Verfasser im Dalbergschen Kreise zu suchen.

stand nicht von langer Dauer. Warum sollte nicht ein Franzose, schrieb Finckenstein, in einen deutschen Kirchenfürsten verwandelt werden, da Napoleon selbst, wie alle Welt in Wien überzeugt sei, über kurz oder lang die Würde eines deutschen Kaisers an sich reißen werde; Kaiser Franz werde ihn daran gar nicht zu hindern suchen, denn er sei es müde, länger noch eine Würde zu bekleiden, die ihm von jeher nur Verdruß und Demütigung gebracht habe. Auch Haugwitz glaubte nicht an ernsten Widerstand des Wiener Hofes. „Die Erfahrung der letzten Jahre hat gelehrt, daß der Kaiser Napoleon einen einmal gefaßten Beschluß nicht gern zurücknimmt, noch weniger schon ausgeführte Pläne, und das Wiener Kabinett ist zu klug, als daß es sich nutzlos auflehnte gegen einen so unerschütterlichen Willen." Graf Stadion eröffnete denn auch bald dem Kollegen, der Kaiser wolle sich, obwohl er das Vorgehen des Erzkanzlers in der Koadjutorfrage unanständig (indécent) finde, nach dem Beispiel der preußischen Regierung durchaus passiv verhalten.[1]) Nichtsdestoweniger ließ Kaiser Franz dem Erzkanzler eine Rüge zugehen, weil nur mit willkürlicher Voraussetzung der kaiserlichen Zustimmung dem Reich von der Koadjutorwahl Kenntnis gegeben worden sei.[2]) Dalberg erblickte auch darin eine „unberechtigte Einmischung". „Bei den Wahlen der geistlichen Fürsten," sagte er zu Goertz, „darf sich der Kaiser durch seinen Commissarius nicht in die Wahlen selbst mischen, sondern nur nach bekannt gewordener Wahl die weltliche Gewalt übergeben; bei der Wahl eines Coadjutors, der bei Lebzeiten des regierenden Fürstbischofs keine weltliche Gewalt erhält, bedarf es keiner kaiserlichen Einwilligung oder Bestätigung." Wenn der Wiener Hof die Kompetenz der Erz- und Domkapitel so liebevoll verteidige, so entspreche die Fürsorge nicht mehr den Zeitverhältnissen. „Man spricht jetzt in Wien wieder von Beobachtung des Reichsdeputations-Hauptschlusses als eines Fundamentalgesetzes, indessen hat dieser Hof durch den Preßburger Frieden fast in allen Artikeln dagegen gehandelt. . . . Was konnte ich von diesem Hof mir für die Erhaltung der Reichsverfassung wohl noch versprechen, wenn der Reichsvicekanzler selbst, also der erste Reichsminister, mir zu erkennen gab, ich mögte mit weiterer Stellenvergebung bey der Reichscanzley Anstand nehmen, *da man nicht wisse, ob das Reich noch bestehen werde.* . . . Ich werde das Schreiben des Kaisers unbeantwortet lassen und erwarte, daß Napoleon durch seinen Gesandten in Wien diese geschehene Sache vertheidigen und beendigen lassen wird."[3]) —

Auf die Verhandlungen zwischen Frankreich und den einzelnen Koalitionsmächten kann hier nicht näher eingegangen werden. Namentlich Talleyrand gab sich aufrichtig Mühe, ein freundlicheres Verhältnis zu England anzubahnen. Fox zeigte sich auch nicht abgeneigt, erklärte aber (26. März): „England ist mit Rußland so fest verbunden, daß es sich ohne Mitwirkung Kaiser Alexanders nicht auf Unterhandlungen einlassen kann!" Als Talleyrand eine ausweichende Antwort gab, wurde der Engländer noch deutlicher: „Will man gleichzeitig mit Ruß-

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Berichte Finckensteins vom 14. u. 25. Juni 1806. Erlaß vom 23. Juni 1806.

[2]) Bitterauf, I, 333.

[3]) Preuß. Staatsarchiv. Reichstagssachen. Bericht Goertz' vom 11. Juli 1806.

land verhandeln? In diesem Fall: Ja! Wenn aber nicht: Nein!" Napoleon gab nach, und auch in Petersburg überwog das Friedensbedürfnis. Im Juni erfuhr Finckenstein zu größter Ueberraschung vom russischen Gesandten in Wien, daß sich Staatsrat von Oubril nach Baden begeben werde, „um dort die Bäder zu gebrauchen," daß aber auch ein französischer Unterhändler dorthin kommen werde, um mit dem russischen Badegast über die Auslieferung der Kriegsgefangenen und andere Dinge Beratung zu pflegen. Oubril galt als der fähigste der russischen Diplomaten und kannte vortrefflich die geraden und krummen Wege, auf denen von den Leuten Napoleons und mit ihrer Hilfe bei dem Gebieter selbst etwas zu erreichen war. Trotzdem kamen die Verhandlungen nicht vorwärts, hauptsächlich weil der Koalitionsgedanke immer wieder auflebte und keine Freundschaft mit dem Erben der Revolution aufkommen ließ. Den Nowossilzow und Czartoryski und anderen einflußreichen Staatsmännern, die zur Verständigung mit Frankreich bereit waren, standen zahlreichere Anhänger des „englischen Systems" gegenüber, ehrgeizige Generale und stolze Patrioten, die für die „Schmach von Austerlitz" Vergeltung üben wollten. Die geheime Verbindung zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg war nicht abgebrochen worden. Als Preußen mit England und Schweden in Krieg geraten war, suchte sich Friedrich Wilhelm noch enger an den Zaren anzuschließen. Der „außerordentliche Mann in den Tuilerien," schrieb er am 23. Juni an Alexander, „müsse mit außerordentlicher Behutsamkeit behandelt werden, denn gewaltsames Auftreten würde nichts andres erreichen, als eine Umwälzung aller bestehenden Verhältnisse. Doch die Rücksicht auf Napoleon hatte nur den Zweck, Zeit zu gewinnen, Finanzen und Streitkräfte in die Höhe zu bringen und alle Mittel zur Abwehr der französischen Uebergriffe bereit zu stellen. Was mich betrifft, ich habe ohne Unterlaß an alles Nötige gedacht, alle Vorbereitungen getroffen und warte nur auf den günstigen Augenblick, um meinen Plan zur Ausführung zu bringen."[1]) In Rußland hatte Preußen von jeher einen erbitterten Gegner an dem Vertrauten des Zaren, Czartoryski, der seiner Abneigung auch während der Anwesenheit des Herzogs von Braunschweig in Petersburg Ausdruck gegeben hatte.[2]) Jetzt endlich gelang es den Freunden Preußens und den Gegnern des französischen Bündnisses, den Polen zu stürzen. Der Nachfolger, Baron Budberg, ein Anhänger der englischen Partei, sorgte umgehend für Kaltstellung Oubrils. Am 1. Juli unterzeichnete Friedrich Wilhelm ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland, das Hardenberg vermittelt hatte; am 14. Juli wurde es von Alexander genehmigt, wobei er jedoch die Bürgschaft für den Besitz Hannovers mit Rücksicht auf England ablehnte.

Auch in Oesterreich tauchten trotz der Erschöpfung des Landes und der Neugestaltung des Militärs immer wieder Koalitionspläne auf. Das Verhältnis des Wiener Hofes zum französischen war zeitweise ein sehr gespanntes. Am 11. März schrieb Napoleon an Berthier: „Sie meinen, ich hätte längere Zeit

[1]) Bailleu, Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. mit Kaiser Alexander I., 109.

[2]) Aus dem Leben eines Diplomaten alter Schule. Aufzeichnungen und Denkwürdigkeiten des Grafen François Gabriel de Bray (1765—1832), 183.

gebraucht, um von Wien wegzureisen, als ich brauchen werde, um wieder hinzukommen. Ich weiß, was Sie damit sagen wollen; ich werde Ihnen bald meine letzten Befehle zugehen lassen."[1]) Wenn irgendwo in Deutschland österreichischer Einfluß vorzuwiegen schien, gab Napoleon sofort Weisung, die Gefahr abzuwehren. Die Desertion österreichischer Soldaten sollte nach Kräften unterstützt und mit den Deserteuren das Truppenmaterial der süddeutschen Fürsten verstärkt werden u. s. w. Auf österreichischer Seite war man nicht weniger mißtrauisch und suchte deshalb unter Napoleons Gegnern neue Freunde zu werben. Der mit geheimer diplomatischer Mission betraute österreichische General Merveldt verkehrte in Petersburg in auffälligster Weise nur mit russischen Kriegsfreunden und den Herren der englischen Botschaft.[2]) Der nach Paris abgeordnete Graf Klemens Metternich, der auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten immer entscheidenderen Einfluß gewann, arbeitete im Sommer den Entwurf einer Tripelallianz der Ostmächte aus; vorläufig sollte, wie es auch Friedrich Wilhelms Wunsch war, nur heimlich gerüstet und die Zusammenziehung der Armeen vorbereitet werden, um gegebenen Falles rasch und sicher den Schlag gegen den gemeinsamen Feind auszuführen.

Napoleon hatte zwar in diese geheimen Abmachungen keinen Einblick, doch er brauchte sich nur in die Seele der mit den Waffen oder durch diplomatische Ueberlegenheit besiegten Fürsten zu versetzen, um zu ahnen, daß feindliche Anschläge gegen ihn geschmiedet wurden. Wenn er zu aufrichtigem und dauerndem Frieden nicht gelangen konnte, wollte er wenigstens die eigene Stellung so stark wie möglich machen. Um sich der Feindschaft Englands und der Ostmächte zu erwehren, sollte der westliche Kontinent in eine ungeheure Festung unter einheitlichem Kommando verwandelt werden. Frankreich sollte, wie es schon durch die Kaiserkrönung sinnbildlich zum Ausdruck gebracht worden war, der Mittelpunkt eines mächtigen weströmischen Reiches werden, dessen Föderativstaaten unter Mitglieder und ergebene Diener des Hauses Bonaparte zu verteilen wären. Eugen Beauharnais, den der Kaiser als Sohn angenommen und mit der bairischen Prinzessin vermählt hatte, war bereits Vicekönig von Italien; durch Dekret vom 30. März wurde auch Venedig dem Königreich Italien einverleibt. Bruder Joseph wurde König beider Sizilien; die Insel mußte freilich erst unterworfen werden. Auch die Republik Holland glaubte Napoleon fester mit seinem System zu verknüpfen, wenn er sie zum Königreich und seinen Bruder Ludwig zum König erhob. Neben diesen größeren Reichen sollte es nach dem Vorbild des deutschen Feudalsystems auch Lehen zweiten und dritten Ranges geben. Die mit dem Italiener Bacciochi vermählte ältere Schwester Elisa wurde Herzogin von Lucca, die jüngere, Pauline Borgheſe, Herzogin von Guastalla. Marschall Berthier, der verdienstvolle Mitarbeiter bei militärischer Organisation, erhielt das von Preußen abgetretene Neuenburg, Marschall Bernadotte, der bezwungene Nebenbuhler Bonapartes, das vom Kirchenstaat abgezweigte Pontecorvo, Talleyrand, der unvergleichliche diplomatische Taktiker, Benevent als Fürstentum. Das

[1]) Correspondance de Napoléon I., 12. tom., 174.

[2]) Aus dem Leben eines Diplomaten alter Schule, 196.

von Baiern abgetretene Herzogtum Berg mit der wichtigen Festung Wesel — „Straßburg, Mainz und Wesel," sagte Napoleon, „sind die Zügel des Rheins!" — und das bislang preußische Herzogtum Cleve kamen als erbliches Mannslehen an Schwager Murat, der sich wie zum Hohne noch unmittelbar vor Torschluß in den deutschen Reichsverband aufnehmen ließ.

Zum Schlußstein des Grand empire war das neue Deutschland ausersehen. Ein aus mittleren und kleinen Ständen des alten Reiches zusammengesetzter, von Napoleon völlig abhängiger Bundesstaat sollte gewissermaßen der Schild werden, der Frankreich gegen die Koalition der Ostmächte decken könnte. „Ich will die Rolle übernehmen," sagte Napoleon zu Lucchesini, „die Kardinal Richelieu seinerzeit Frankreich zugedacht hat." Er ging aber weiter als Richelieu und Mazarin. Während sich jene Minister damit begnügt hatten, den schwächeren deutschen Ständen gegen die habsburgische Uebermacht Hilfe zu gewähren, verlangte Napoleon von seinen Bundesgenossen völlige Ablösung vom alten Reichsverband und drängte ihnen ein Protektorat auf, das mit der Zeit unaufhaltsam in Herrschaft übergehen mußte. „Man darf," sagt der Franzose Bonnefons, „den von Mazarin geschaffenen rheinischen Bund nicht auf eine Linie stellen mit der Gründung Napoleons. . . . Wer sollte nicht den Unterschied erkennen zwischen einem Deutschland, das immer noch sein eigener Herr blieb, und einem Deutschland, das einem Fremden unterworfen war?"[1])

Wir haben die ersten Etappen der Rheinbundsbewegung, die Verhandlungen in Mainz und München, schon kennen gelernt. Der französische Gesandte Otto in München hatte einen schweren Stand gegenüber der Begehrlichkeit der deutschen Fürsten. Wer schon Gebietsvergrößerung erlangt hatte, wollte — natürlich nur um dem großmütigen Schutzherrn noch bessere Dienste leisten zu können, — noch mehr haben. Die schwächeren Fürsten verstiegen sich, um den Schein ihrer Souveränität zu retten, zur Erklärung, es wäre ihnen nichts erwünschter, als unter Frankreichs Oberhoheit zu kommen.[2]) „Die Streitigkeiten in München nehmen kein Ende," schrieb Goertz am 14. Februar, „und auch Herr von Otto vermag nicht Frieden zu stiften. Damit es nicht zu vollständiger Anarchie in Deutschland komme, muß ein neues System erfunden werden. Württemberg und Baden wollen sich überhaupt nicht mehr als deutsche, sondern nur noch als völlig unabhängige Staaten betrachten."[3]) Nach langwierigen Verhandlungen arbeitete Otto einen Plan aus, wie die süddeutschen Territorien unter die von Napoleon begünstigten Fürsten zu verteilen und zu einem Sonderverband zu vereinigen wären. Der Entwurf wurde aber von Napoleon und Talleyrand nur als „schätzbares Material" gewertet; sie faßten neue Verteilungs- und Bundespläne ins Auge. Auch die Fürsten glaubten ihren Vorteil besser in Paris selbst betreiben zu können. Napoleon war für Aufmerksamkeiten von Fürsten immer empfänglich. Bald wimmelten die Tuilerien von deutschen Gesandten und Agenten. Wenn fortan — nach dem Wort des Historikers Montgaillard —

---

[1]) Bonnefons, Un allié de Napoléon, Frédéric Auguste, premier roi de Saxe, I, 140.
[2]) Bitterauf, I, 249.
[3]) Preuß. Staatsarchiv. Acta comitialia. Bericht Goertz' vom 14. Februar 1806.

mit Trinkgeldern und diplomatischen Geschenken wie mit Börsengeschäften hantiert wurde, trugen die ungestüm sich herandrängenden Deutschen gewiß nicht geringere Schuld als die bestechlichen Beamten des Kaisers. Die am meisten bedrohten kleineren Staaten ließen es sich Unsummen kosten, um ihre politische Existenz zu retten. „Sie geben dazu den letzten Schilling aus!" spottete der Badener Reitzenstein, „es war ein großer Fehler, daß man vor vier Jahren nicht gründlich die Säkularisation durchführte."[1] Welche Gebietsveränderungen erfolgen würden, blieb ungewiß bis zum letzten Tage; auf alle einzelnen Stadien einzugehen, wäre hier nicht am Platze. Die Vertreter der drei größeren süddeutschen Staaten, Baron Cetto, Graf Wintzigerode und Baron Reitzenstein, pflogen auch unter sich geheime Beratung, wie die kleineren Territorien zu verteilen, welche Rechte den mediatisierten Reichsständen einzuräumen wären u. s. w., doch in Bezug auf die Austeilung konnten sie sich nur zu einem Versprechen einigen, sich wechselseitig nicht schädigen und die bonne foi nicht verletzen zu wollen.[2])

Eine Zeit lang hatte es den Anschein, als ob Napoleon gar nicht mehr die Absicht hege, seine deutschen Klienten durch ein festeres Band zusammenzufassen. Daß der Plan Ottos nicht seinen Beifall fand, wurde schon erwähnt. Ein Memorandum Dalbergs mit Vorschlägen für die künftige deutsche Verfassung versprach der Kaiser „mit in den Wagen zu nehmen, wenn er eines Tages nach Rambouillet zur Jagd fahren werde".[3]) Erst am 10. April wurde die staatsrechtliche Frage wieder aufgegriffen, der eigentliche Bundesgedanke aber dabei nur gestreift. „Was soll man mit den kleinen deutschen Fürsten thun?" schrieb Napoleon an Talleyrand. „Soll man ihnen ihre ganze Unabhängigkeit und ihr Stimmrecht im Reichstag lassen oder soll man sie in den Stand von Privatpersonen herabdrücken? Wenn man ihnen ihre Unabhängigkeit läßt, werden sie wieder gegen Frankreich stimmen, sei es, weil sie geborene Oesterreicher sind, sei es, weil sie zu Oesterreich in intimen Beziehungen stehen; vor Allem werden sie unversöhnliche Feinde von Baiern, Württemberg und Baden bleiben. Offenbar erheischt das wahre Interesse Frankreichs, daß sich das deutsche Reich nur mit Hilfe einer starken und mächtigen Leitung umbildet." Demnach sei wohl das angemessenste, mit den drei Fürsten, die sich seit Ausbruch der Revolutionskriege als treue Bundesgenossen Frankreichs bewährt hätten, ein geheimes Uebereinkommen zu treffen, das ihre Staaten um 150—200 000 Seelen erweitern würde, ohne daß Frankreich an dem gewaltsamen Unternehmen beteiligt wäre oder auch nur seinen Namen dazu herzugeben brauchte. Auf solche Weise würden im Reichstag immer drei Kurstimmen für Frankreich zur Verfügung stehen. Um Proteste brauche man sich nicht zu kümmern: „Die Lage Europas kümmert sich nicht um derartige Nichtigkeiten!"[4]) In Befolgung dieser Weisung ließ

[1]) Obser, V, 669.

[2]) Württemb. Staatsarchiv. Acta, die bevorstehende Vertheilung der Souveränität über die kleineren Fürsten und Stände des südlichen Teutschlands unter die drei mit Frankreich alliirten Höfe betreffend. Mai und Juni 1806.

[3]) Usinger, Napoleon und der Rheinische Bund; Preuß. Jahrbücher, 14. Bd., 489.

[4]) Correspondance de Napoléon I., 12. tom., 266.

Talleyrand durch seinen Bureauchef Labesnadiere einen neuen Teilungsplan herstellen; auch ein zu Gnaden aufgenommener Diener des französischen Königtums, der Elsässer Pfeffel, war dabei thätig. Der neue Plan erstreckte sich nicht bloß auf die Mediatisierungsfrage, sondern bot auch Grundzüge eines Bundes, der die zur Erhaltung bestimmten Staaten umfassen sollte.[1]) Doch auch dieser Entwurf fand nicht die Zustimmung Napoleons. Es mißfiel ihm daran, schrieb er am 31. Mai an Talleyrand, daß einer vertragsmäßigen engeren Verbindung mit Preußen und einer Garantie des Besitzes von Hannover gedacht war, während er sich auf solche Bürgschaft im Hinblick auf die Möglichkeit einer Verständigung mit England nicht einlassen wolle. Der Bund soll als „eine Art von Kongreß" nur auf Baiern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Hohenzollern, Cleve, den Erzkanzler und verschiedene kleinere Staaten sich erstrecken. „Für Hessen-Kassel darf nichts geschehen; dieses Land kann vielleicht einmal heimlich dem König von Preußen angeboten werden als Entschädigung für Ansbach. Welche Politik Sachsen und Hessen-Kassel fortan einschlagen werden, ist abzuwarten. Inzwischen werde ich den Teil von Deutschland geordnet haben, der mich interessiert. Es wird keinen Reichstag in Regensburg mehr geben, denn Regensburg wird fortan zu Baiern gehören. Es wird kein deutsches Reich mehr geben, und dabei werden wir es bewenden lassen (et nous nous en tiendrons là). Ich wünsche also, daß Sie einen neuen Plan ausarbeiten."[2]) Die erste Kundgebung der Rheinbundsidee aus Napoleons eigenem Munde!

Es gab in Paris, sagt Lucchesini, keinen Vertreter eines deutschen Staates, der nicht den Argwohn gehegt hätte, daß das kaiserliche Kabinett eine radikale Umgestaltung der deutschen Verhältnisse im Schilde führe, aber niemand wußte etwas Genaueres.[3]) Auch zu den Begünstigten drangen aus der Umgebung des Kaisers nur unbestimmte Gerüchte. Um so peinlicher fühlte sich die diplomatische Welt beunruhigt, und um so skrupelloser wurde mit allen Mitteln für Erhaltung oder Umtausch oder Vergrößerung operiert.

Montgelas versichert, der König von Baiern wäre durchaus abgeneigt gewesen, einem Bunde unter französischem Protektorat beizutreten; Baron Gravenreuth sei eigens deshalb nach Paris geschickt worden, um die Erklärung abzugeben, daß Baiern zwar an der Allianz mit Frankreich festhalten, aber keine weitere, seine Unabhängigkeit einschränkende Verpflichtung eingehen wolle.[4]) Doch schon die Wahl des Boten — Gravenreuth erfreute sich der besonderen Gunst Napoleons — legt die Vermutung nahe, daß es sich nur darum gehandelt habe, möglichst günstige Bedingungen zu erlangen. Der gut eingeweihte Gagern will sogar wissen, daß „die nächste und stärkste Impulsion (zum Umsturz der Reichsverfassung) von Baiern, den Personen, die dort das Ruder führten, und von Baierns Lage herkam".[5]) Montgelas konnte sich zwar unmöglich verhehlen, daß

[1]) Bitterauf, I, 373.

[2]) Correspondance de Napoléon I., 12. tom., 416.

[3]) Lucchesini, Historische Entwicklung der Ursachen und Wirkungen des Rheinbundes. (Aus dem Ital. von Halem) II, 3.

[4]) Denkwürdigkeiten Montgelas', 137.

[5]) Hans v. Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 138.

der geplante Bund ein neues Abhängigkeitsverhältnis schaffen werde, doch der zu erwartende Gewinn ließ darüber hinwegsehen. Auf Baierns Anteil sollten nach den letzten Abmachungen die Reichsstadt Nürnberg mit ihrem Gebiet, die Besitzungen der Oettingen, Schwarzenberg, Hohenlohe, Castell u. a. kommen, also die schönsten und wohlhabendsten Teile der fränkischen Lande, dazu noch zahlreiche Herrschaften in Schwaben. Angesichts eines so stattlichen Gewinnes war der Widerstand der bairischen Regierung jedenfalls nicht von langer Dauer.

König Friedrich von Württemberg, der in seinem stark ausgeprägten altfürstlichen Selbstgefühl den Emporkömmling an der Seine mißachtete und die soeben gewonnene Unabhängigkeit nicht wieder einbüßen wollte, ließ auf die erste Nachricht über die Pariser Pläne an den Münchner Hof eine Aufforderung ergehen zu gemeinsamer Ablehnung einer „Föderation, die noch strengere Verpflichtungen auferlegen würde, als der alte Reichsverband". Die bairische Regierung erklärte jedoch, die Sache sei schon so weit gediehen, daß nichts mehr daran zu ändern sei. Auch Württemberg hatte schätzbaren Lohn zu erwarten: die Landeshoheit über umfangreiche schwäbische Fürstentümer, Herrschaften und Reichsstifte mit etwa 180000 Einwohnern. Trotzdem blieb der König bei seiner Weigerung. Wintzigerode durfte auch, als es endlich zum Abschluß kam, die Bundesakte nicht mit den übrigen Kollegen unterzeichnen, doch konnte auf den Beitritt Württembergs immerhin gerechnet werden.

Als sich der Kurprinz von Baden zu seiner Vermählung mit Stephanie Beauharnais im März nach Paris begab, riet ihm Reitzenstein: „Fordern Sie immer so viel wie möglich!"[1]) Da die anderen es ebenso hielten, dürfe auch Baden die günstige Gelegenheit nicht unbenützt verstreichen lassen. Die Familienverbindung mit dem kaiserlichen Hause lasse es als Ehrenpflicht erscheinen, daß auch dem Zähringer Hause der Königstitel und zur Behauptung der höheren Würde ein erheblicher Gebietszuwachs zugewendet werde; am besten werde sich dazu die Schweiz eignen, deren schönste Teile ja schon früher den Ahnen des badischen Hauses gehört hätten.[2]) Als das Schweizer Projekt, wie Reitzenstein meint, infolge der wenig angemessenen Schüchternheit des Kurprinzen scheiterte, brachte Reitzenstein in bunter Reihe alle erdenklichen Territorien in Vorschlag. Das Herzogtum Berg, das Fürstentum Aschaffenburg, das Fürstentum Neuenburg mit Valengin, Teile von Hessen-Darmstadt und Nassau, die Reichsstädte Frankfurt, Nürnberg, Ulm, ja auch Bremen und Verden wurden nacheinander aufs Tapet gebracht. Während Reitzenstein besonders die Erwerbung der Reichsstadt Frankfurt anstrebte, da auch deren Bürgerschaft die Vereinigung mit Baden jedem anderen Lose vorziehen würde, erblickte das Karlsruher Kabinett darin nur ein Danaergeschenk: „Frankfurt wird eine noch weit verdorbenere Stadt und größere Last als Mannheim sein."[3]) Der zweite Vertreter Badens in

[1]) Obser, V, Einl. LI.

[2]) Réflexions succinctes sur les moyens de donner à la maison de Bade un agrandissement suffisant pour lui faire conférer la dignité royale (Paris, avril 1806); Obser, V, 602.

[3]) Erlaß des kurf. Geheimen Kabinetts an Reitzenstein vom 2. April 1806; Obser, V, 596.

Paris, Geheimrat Dalberg, suchte namentlich bei Madame Talleyrand zu Gunsten seines Staates zu wirken. Madame war auch so gütig, die Königskrone in Aussicht zu stellen, doch weder der Königstitel war zu erreichen, noch eines von den begehrten größeren Territorien. Nur die Souveränität über den größeren Teil des Fürstentums Fürstenberg, das Fürstentum Leiningen, die Deutschordenskommenden Freiburg und Beuggen, die Landgrafschaft Klettgau und einige andere Grafschaften und Herrschaften sollten an Baden übergehen. Der preußische Gesandte Luchesini ließ einmal während der Pariser Verhandlungen in einem Gespräch mit Dalberg die Warnung einfließen, die deutschen Fürsten möchten sich doch nicht so blindlings in die Arme Frankreichs werfen. Dalberg replizierte aber mit dem Hinweis, daß für die gegenwärtige Lage Deutschlands nur die verfehlte preußische Politik die Verantwortung trage. An Minister Edelsheim schrieb er darüber: „Man muß wahrhaftig blind sein, wie es Herr von Luchesini häufig ist, wenn man sich vorstellen will, daß ein deutscher Mann noch Vertrauen auf Maßnahmen des Berliner Kabinetts haben könnte!“[1]) Noch entschiedener gab Reitzenstein der Ueberzeugung Ausdruck, daß ein Widerstand gegen Napoleons Pläne unter den gegenwärtigen Verhältnissen einfach nicht mehr möglich sei. „Hat sich Napoleon einmal den Plan einer veränderten Konstitution in Deutschland vorgenommen und will er solchen im Süden durch seine drei alliierten Höfe, sowie im Norden durch Preußen ausgeführt wissen, so wird die Gewissenhaftigkeit eines einzigen und noch dazu des schwächsten Hofes die Ausführung dieses Planes gewiß nicht hindern!“ Während Reitzenstein die Zwangslage begrüßte, da sie den badischen Staat zu Macht und Ansehen emporheben werde, beklagte Dalberg — auch im Gegensatz zu seinem Oheim, dem Fürstprimas, — das Ueberhandnehmen der Napoleonischen Macht. „Durch die letzten Moniteurnummern,“ schrieb er am 19. Juni an Edelsheim, „wird auch der Hof ersehen haben, mit welch beispielloser Schnelligkeit das System eines Universaldespotismus sich hier aufrollt!“[2])

Kurfürst Wilhelm von Hessen-Kassel hatte vor dem letzten Krieg den Zorn Napoleons auf sich geladen, weil er einige dem Kaiser mißliebige Personen an seinem Hofe aufgenommen hatte; der französische Gesandte war von Kassel abberufen und der diplomatische Verkehr abgebrochen worden. Nach dem Siege Napoleons bat der Kurfürst um Gnade, und der Kaiser erwiderte herablassend: „Mein Verhalten gegen Sie wird sich ganz darnach richten, ob Ihre freundlichen Versicherungen auch wirklich die Grundlage Ihres Verhaltens bilden werden!“[3]) Der Kurfürst war ein ausgesprochener Gegner des neuen Kaiserreiches. „Vom Haag,“ schrieb er am 12. April in sein Tagebuch, „habe ich allerlei neue Projekte Napoleons, der der Universalmonarchie immer näher kommt, auch für Deutschland erfahren. Gott, welche Zeiten, durch die Schwächen unsrer Monarchen allein dahin gekommen!“[4]) Da aber die Bildung eines neuen Deutsch-

[1]) Ohser, V, 623.

[2]) Ebenda, V, 663.

[3]) Correspondance de Napoléon I., tom. 12, 202.

[4]) G. Schulz, Zum Verständnis der Politik des Kurfürsten Wilhelm von Hessen-Cassel im Jahre 1806, 14.

lands sozusagen in der Luft lag, schickte auch er einen Anwalt seiner Interessen, den Minister Baron Malsburg, nach Paris. Im Februar erschien eine Flugschrift: „Blick in die französische Politik in Hinsicht auf Churhessen." Darin war der kurhessischen Regierung der Rat gegeben, sie möge sich endlich vom preußischen Hofe unabhängig machen und enger an Frankreich anschließen, das offenbar mit der Absicht umgehe, zwischen Weser und Rhein eine stärkere Mittelmacht herzustellen, um auf dieser Seite ebenso von Preußen getrennt zu sein, wie es gegen Oesterreich durch die süddeutschen Alliierten gedeckt werde. Aehnliche Anerbietungen wurden thatsächlich der kurfürstlichen Regierung unterbreitet. Kurfürst Wilhelm war auch trotz seiner Abneigung gegen den Uebermächtigen grundsätzlich einem Bündnis nicht abgeneigt, doch verlangte er als Lohn die Königskrone, das gesamte Darmstädtische Gebiet bis an den Rhein und von Hannover wenigstens das Oberamt Minden.[1]) Auf so hoch gespannte Forderungen wollte Talleyrand nicht eingehen, obwohl er von Malsburg ein Geschenk von 200000 Livres angenommen hatte. Landgraf Ludwig von Darmstadt hatte sich ja mit Frankreich ausgesöhnt, konnte also doch nicht seines Gebietes beraubt werden. Für Hessen-Kassel sei nichts zu hoffen, klagte im Juli der hessische Minister Baumbach, die süddeutsche Föderation schnappe ihm die besten Bissen vor dem Munde weg. Ein weiteres Hindernis einer Verständigung war die Weigerung des Kurfürsten, die Würde eines preußischen Feldmarschalls aufzugeben. „Dem Kaiser," sagte Talleyrand, „scheint es nicht angemessen, mit einem Fürsten in Allianz zu treten, der unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen steht." „Die Gloriole" — so glaubt Malsburg die auch gegen Preußen unfreundliche Forderung erklären zu müssen —, „alle deutschen Mächte ausschließlich unter französischen Einfluß zu stellen, hat mehr Antheil an jenem Mißfallen des Kaisers, als ein mit Preußen zu befürchtender Bruch, denn seit der Schlacht bei Austerlitz ist der Stolz in allen Classen unbeschreiblich gestiegen." Der Kurfürst wollte „das seit saeculis bestehende und auf verwandtschaftliche und eigene Existenz gegründete Verhältnis" nicht aufgeben; er brach die Beziehungen zu Frankreich nicht gänzlich ab, gab aber immer dem König von Preußen Kenntnis, mit welchen „Versuchungen" er von Frankreich behelligt werde. Andrerseits blieb er auch auf dem Wege zu Preußen auf halbem Wege stehen; hauptsächlich die hessischen Forderungen ließen das Projekt des norddeutschen Bundes scheitern.[2]) „So ging der Staatswagen," sagte der später in preußische Dienste übergetretene General von Webern, „an dem die Pferde, vorn und hinten gespannt, nach jeder Richtung ziehen sollten, mit Eins in Stücke."[3])

Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt hatte sich vor dem Krieg gegen eine engere Verbindung mit Frankreich ablehnend verhalten, nach dem Friedensschluß aber dem Sieger wieder genähert. „Sie hatten sehr recht," erwiderte Napoleon in seiner gönnerhaften Weise am 16. Januar dem Fürsten, „als Sie voraussetzten, daß ich über Ihr politisches Verhalten ungehalten wäre." Zur

---

[1]) Strippelmann, Beiträge zur Geschichte Hessen-Cassels, 2. Heft, 44.

[2]) Usinger, 496.

[3]) Ompteda, Irrfahrten, 151.

Strafe sei der Widerspenstige der Kurfürstenwürde und der gewünschten Gebietsvergrößerung verlustig gegangen.[1]) Dem Beitritt zum Rheinbund konnte sich der Landgraf um so weniger entziehen, da einerseits Marschall Augereau in Darmstadt sein Hauptquartier hatte, andrerseits als Belohnung die Erhebung zur Würde eines Großherzogs und eine Vermehrung des Staates um 122000 Seelen in Aussicht gestellt wurden.[2])

Fürst Friedrich von Nassau hatte sich in den letzten Jahren die Unterdrückung der Reichsritterschaft besonders angelegen sein lassen, — der heftige Protest des Reichsfreiherrn vom Stein gegen die Besetzung seiner Güter durch nassauische Soldaten war die erste politische Kundgebung, die den Namen Stein in Deutschland bekannt machte.[3]) Im Frühjahr 1806 ging jedoch dem Minister Gagern aus Paris die peinliche Kunde zu, daß dem Nassauischen Hause selbst Gefahr drohe. Er begab sich schleunigst nach Paris, und es gelang ihm, besonders durch gefällige Mitwirkung Pfeffels, nicht bloß die Existenz des kleinen Staates zu retten, sondern sogar für seinen Fürsten die Erhebung zum Herzog und zum Vorsitzenden des Fürstenkollegiums im Rheinbund zu erwirken.[4])

Das Kurfürstentum Sachsen erschien dem französischen Gesandten Durant als „ein archaistisches Staatsgebilde, das allein inmitten der Umwälzung von ganz Deutschland jeder Veränderung widerstrebt, ausgestattet mit gothischen Einrichtungen und regiert von einem Herrscher, der zwar von den besten Absichten beseelt ist, aber unüberwindliches Mißtrauen hegt gegen jede Neuerung, gegen jedes Abweichen von der gewohnten Uebung, der sich willig leiten läßt von einem schwachen siebzigjährigen Greise, dem Grafen Loos, dessen Unentschlossenheit dem Mangel an Initiative bei seinem Gebieter gleichkommt.“ [5]) Der Vorwurf einer gewissen Lässigkeit ist nicht unbegründet, im übrigen urteilt Durant eben nur, wie französische Diplomaten von jeher über deutsche Fürsten zu urteilen pflegten, die sich keine französische Bevormundung gefallen lassen wollten. Georg Schulz behauptet in seiner Ehrenrettung des Kurfürsten Wilhelm von Hessen-Kassel, auf diesem verlästerten Fürsten „ruhe noch ein Abglanz der alten Herrlichkeit des römischen Reiches deutscher Nation“.[6]) Mit besserem Recht wäre das Wort anzuwenden auf Friedrich August von Sachsen, den nämlichen Fürsten, der in der Folge der standhafteste Anhänger Napoleons wurde. Vor dem Zusammensturz des Reiches war er ebenso treu bestrebt, den reichsständischen Pflichten nachzukommen und als deutscher Fürst zu handeln. Während des Donaufeldzugs hatte er sich an den militärischen Maßnahmen Preußens beteiligt, obwohl eine starke Hofpartei schon damals den Anschluß an Frankreich wünschte. „Die französischen Freiheitsideen hatten in Sachsen ihre Anhänger, wie anderswo, und ebenso gab es Leute, die auf den Genius Bonapartes ausschweifende Hoffnungen

---

[1]) Correspondance de Napoléon I., tom. 11, 539.
[2]) Soldan, Geschichte von Hessen, 189.
[3]) Lehmann, Freiherr vom Stein, I, 203.
[4]) Hans v. Gagern, Mein Antheil an der Politik, I, 141.
[5]) Bonnefons, 121.
[6]) G. Schulz, 11.

setzten."[1]) Als in Paris der traurige Kongreß deutscher Bittsteller zusammentrat, wurde auch Graf Senfft dorthin entsendet. Talleyrand empfing den Vertreter Sachsens auffällig kühl. Kurz zuvor war sondiert worden, ob sich Friedrich August nicht bereit finden ließe, eine sächsische Prinzessin mit dem jüngsten Bruder Napoleons zu vermählen; es waren dafür Erfurt samt Zubehör und die anhaltischen Besitzungen angeboten worden, doch ohne Erfolg; nicht einmal die Aussicht auf eine Königskrone hatte auf Friedrich August den gewünschten Eindruck gemacht.[2]) Die Ablehnung hatte in Paris sehr verstimmt, doch als der Gedanke eines Bundes unter französischem Schutz ernster ins Auge gefaßt wurde, gaben sich der Kaiser und sein Minister neuerdings Mühe, in Dresden einen Umschwung zu erwirken. Da wenig Aussicht bestand, einen Fürsten, in dem „die alten germanischen Traditionen gewissermaßen verkörpert" seien, zum Eintritt in den neuen Bund zu bewegen, wollte sich die französische Regierung mit einer Neutralitätserklärung begnügen. Am 17. Juli begab sich der vorübergehend mit diplomatischen Geschäften in Paris betraute österreichische General Vincent unmittelbar nach einer Audienz bei Napoleon in St. Cloud zum sächsischen Gesandten. Der hochachtbare Kurfürst, ließ Vincent ins Gespräch einfließen, möge sich doch nicht zu tief mit Preußen einlassen, das offenbar seinem Untergang entgegen gehe; er möge sich wenigstens neutral erklären und auch die kleineren sächsischen Fürsten in der Neutralität zu erhalten suchen, dann wolle Napoleon auf ihren förmlichen Eintritt in den rheinischen Bund verzichten.[3]) Graf Senfft, obwohl kein Franzosenfreund, unterstützte die Forderung, fand aber an seinem Hofe nicht Gehör, weil man sich durch das Versprechen der Mitwirkung zur Verteidigung Norddeutschlands für gebunden hielt. Dagegen war Friedrich August einem norddeutschen Bunde nicht abgeneigt, und es war nicht seine Schuld, daß die darauf abzielenden Verhandlungen erfolglos blieben.

Karl August von Sachsen-Weimar hatte die Friedenszeit seit der Neutralisierung Norddeutschlands zur Durchführung nützlicher Reformen benützt, um sein Weimar und Jena zu Mittelpunkten des höheren wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens zu machen, — vorläufig das einzige Mittel, den deutschen Nationalgeist wach zu halten und zu stärken! Als sich die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich lösten, wußte er, was er als preußischer General und deutscher Fürst zu thun habe, und erst nach der Vernichtung der preußisch-sächsischen Macht, als Friedrich Wilhelm selbst den Herzog bat, sich für die Wohlfahrt seines Landes auf die bestmögliche Weise zu arrangieren, suchte er Annäherung an Napoleons Schöpfung.[4])

An anderen norddeutschen Höfen überwog das Mißtrauen gegen Preußen. Der sympathische Herzog Friedrich Christian von Schleswig-Holstein beklagte zwar den Niedergang des Reiches — „Das deutsche Reich als solches wird wohl untergehen," schrieb er an seine Schwester, „wie wehe mir dies thut, kann ich

[1]) Mémoires du comte de Senfft, ancien ministre de Saxe, 5.

[2]) Witzleben, Die Verhandlungen über den norddeutschen Bund vom Juli bis Oktober 1806; Archiv für sächsische Geschichte, VI, 46.

[3]) Mémoires du comte de Senfft, 10.

[4]) Schulze-Gaevernitz, Karl August als Fürst und deutscher Patriot, 17.

Dir nicht beschreiben!" — glaubte aber den gefährlichsten Feind der kleineren Territorien nicht in der Universalmonarchie Napoleons suchen zu müssen, sondern in der Vergrößerungssucht des Nachbarstaates. „Preußen negociirt noch immer!" schrieb er gegen Ende Februar. „Ist es am Ende doch genöthigt, Ansbach, vielleicht auch Bayreuth abzutreten, so wird die bisherige Weigerung, seine Nachbarn und Alliirten zu depossediren, wohl ein Ende haben!"[1])

Um die Unabhängigkeit der freien Städte an Nord- und Ostsee zu sichern, suchte Abel, der reichsstädtische Resident in Paris, besonders ihre Wichtigkeit für den Handel Frankreichs und Italiens nachzuweisen, und Talleyrand gab beruhigende Erklärungen. Doch plötzlich äußerte Napoleon zu dem bremischen Senator Gröning (12. Februar): „Ihre Städte führen sich nicht gut auf, sie sind mir zu englisch, man muß ihnen eins versetzen." Abel meinte zwar, das Wort sei nur als Scherz aufzufassen, doch auch Talleyrand erklärte nun, es werde „zur Beruhigung" der freien Städte „eine Art von Akte" notwendig sein, und der französische Gesandte in Hamburg bezeichnete als bestes Mittel zur Erhaltung der Unabhängigkeit einen Bürgschaftsvertrag mit dem Kaiser. Die dringendste Empfehlung des „guten Rates" war die Angst vor Preußen, das „zum Schutz gegen englische Angriffe" im Februar die Stadt Bremen und im März das hamburgische Amt Ritzebüttel besetzt hatte. Wie rücksichtslos Napoleon mit den Hansastädten zu verfahren bereit war, beweist, daß er sie bei den Friedensverhandlungen mit England als Entschädigung für den König von Neapel zur Verfügung stellen wollte.[2])

Auch die Reichsstadt Frankfurt ließ kein Mittel unversucht, um ihre Reichsunmittelbarkeit zu retten. Schon während des Krieges war das Gerücht aufgetaucht, Frankfurt sei dem Kurerzkanzler als Ersatz für Aschaffenburg zugedacht. Als im Friedensvertrag nur des Ueberganges der Stadt Augsburg an Baiern gedacht war, glaubten sich die Frankfurter dem Gefühl der Sicherheit hingeben zu dürfen. Das Schicksal ihrer Stadt war aber schon entschieden. Napoleon hatte von jeher eine gewisse persönliche Abneigung gegen Frankfurt, vermutlich weil ihn mutwillige Aeußerungen einiger Frankfurter Zeitungen gereizt hatten; auch war ihm der ausgedehnte Handel mit englischen Waren anstößig.[3]) Trotz der namhaften Opfer, die von Rat und Bürgerschaft zur Abwendung der Mediatisierung gebracht wurden, lautete die Entscheidung: Frankfurt soll in Dalbergs Besitz übergehen. Von bairischer Seite wurde die Vereinigung der Stadt Regensburg, der ehemaligen Hauptstadt des bairischen Stammesherzogtums, mit dem neuen Königreich eifrig betrieben, doch blieb Regensburg vorerst noch die Residenz des letzten Kirchenfürsten. Er erhielt aber außerdem die Löwenstein-Wertheimschen Besitzungen und andere reichsständische und reichsritterliche Gebiete, und eine über seinen geringen Umfang hinausreichende Bedeutung gewann der neue „Primatialstaat" durch den Gewinn Frankfurts, der bedeutendsten

[1]) H. Schulz, Friedrich Christian, Herzog zu Schleswig-Holstein, 279.

[2]) Wohlwill, Die Hansastädte beim Untergang des alten deutschen Reiches; Historische Aufsätze, dem Andenken an G. Waitz gewidmet, 595.

[3]) Darmstaedter, Das Großherzogtum Frankfurt, 22.

Handelsstadt in Süddeutschland. Die Mehrheit der Bürgerschaft regte sich über die nicht mehr überraschende Entscheidung nicht sonderlich auf, doch wurde dem Kirchenfürsten auch keine aufrichtige Zuneigung entgegengebracht.[1]) An Napoleons Geburtstag, der mit glänzendem offiziellem Gepränge gefeiert wurde, waren die Frankfurter selbst auffällig still. „Illumination, Feuerwerk und dergleichen," schrieb Goethes Mutter, „aber keine Freude, es sind lauter Leichenbegängnisse, so sehen unsere Freuden aus!"[2]) Nur ein Teil der Bürgerschaft gab sich der Hoffnung hin, daß es dem aufgeklärten Dalberg gelingen werde, mit dem geistigen Gehalt der französischen Revolution ein neues Staatswesen zu gründen und damit auch für die von ihrer früheren Bedeutung tief herabgesunkene Stadt eine bessere Zeit heraufzuführen. Handel und Gewerbe hoben sich denn auch in erfreulicher Weise, in Bildungs- und Unterrichtsanstalten wurde den modernen Anschauungen Eingang gewährt, und wenn auch ebenso die schweren Kriegslasten, wie die religiösen und socialen Gegensätze innerhalb des neuen Gemeinwesens die kulturelle Entwicklung störten, so hat doch Frankfurt alle Ursache, eines glücklichen Fortschritts in der kurzen Periode des Primatialstaates dankbar zu gedenken. —

Die erste Nachricht von der Fertigstellung des eigentlichen Reformplanes glaubte Hans von Gagern erhalten zu haben. In seinen Denkwürdigkeiten erzählt er, daß ihm am 27. Juni Herr von Pfeffel ein Billet zugesteckt habe, das die wichtigsten Grundzüge der Bundesakte enthielt.[3]) Doch am nämlichen Tage erfolgte auch die erste Mitteilung an die Vertreter Baierns und Württembergs, während Reitzenstein, der beständig über die Mißgunst Talleyrands zu klagen hatte, erst am 2. Juli Einsicht erhielt.[4]) Noch später wurde die preußische Regierung eingeweiht. Noch am 4. teilte Haugwitz dem Gesandten in Wien als Thatsache mit, daß Napoleon dem Kurerzkanzler die Aufrechterhaltung der ganzen deutschen Verfassung, wie sie zur Zeit noch existenzfähig sei, verbürgt habe, und bemerkte dazu, es wäre von Interesse, zu wissen, ob sich Napoleon auch mit dem Wiener Hofe über die Neugestaltung des Reiches ins Benehmen gesetzt habe.[5]) Am 11. Juli berichtete Graf Goertz aus Regensburg, es sei ihm Mitteilung zugekommen, daß Talleyrand allen Einfluß verloren habe und Minister Maret und General Clarke mit der Ordnung der deutschen Verhältnisse betraut seien.[6]) Die Nachricht war falsch. In der Nacht des 6. Juli zog Talleyrand, während die übrigen Diplomaten in seinem Hause an den Whisttischen saßen, den nassauischen Gesandten ins innerste Kabinett. Hier las er dem deutschen Kollegen den Vertragsentwurf der confédération du Rhin vor. Auf die Frage, was er darüber denke, erwiderte Gagern, er könne zwar für die Erhaltung und

[1]) Jung, Aktenstücke über die Besitzergreifung der Reichsstadt Frankfurt a. M. durch den Fürsten-Primas am 9. September 1806; Archiv für Frankfurter Geschichte, 9. Bd. (1907), 279.

[2]) Briefe von Goethes Mutter, 295.

[3]) Gagern, I, 141.

[4]) Obser, V, Einl. LXIII.

[5]) Preuß. Staatsarchiv. Dépêches du et au comte de Finckenstein. Erlaß vom 4. Juli 1806.

[6]) Ebenda. Bericht Goertz' vom 11. Juli 1806.

Begünstigung des Nassauischen Hauses nur dankbar sein, vermöge sich aber, abgesehen von der Unterdrückung der Rechte seines eigenen Standes, unmöglich darüber freuen, daß ihm Reich und Vaterland verloren gingen. „Doch in den Folgen der Sache," versetzte Talleyrand, „wird etwas liegen, was jene persönlichen Nachteile für Sie aufwiegen wird!"[1])

Auch die übrigen Vertreter der süddeutschen Staaten waren über das an sie gestellte Ansinnen nicht erfreut. Der Bericht Reitzensteins an den Geheimen Rat in Karlsruhe vom 14. Juli gewährt genaueren Einblick in das Getriebe vor dem Abschluß der Rheinbundsakte. Nicht vierundzwanzig Stunden lang, beteuert er, konnte man in den letzten Monaten wissen, was Napoleon wolle. Ein Projekt nach dem anderen wurde vorgelegt und nach kurzer Prüfung verworfen. Auch gab es immer wieder neue Bewerber, die sich bereit erklärten, jede gewünschte Veränderung gutzuheißen, falls ihnen ihr Besitz oder eine entsprechende Vergrößerung zugesichert werde. Da enthüllte sich, obwohl längst erwartet, dennoch plötzlich und unerwartet der, wie von zuverlässigen Gewährsmännern versichert wurde, vom Kurerzkanzler dem Kaiser suggerierte Plan, wonach das ganze südwestliche Deutschland vom Reichsverband völlig abgetrennt und „mit den allerbedenklichsten Symptomen" in einen engeren Bund mit Napoleon gezogen werden sollte. „Es ist beinahe nicht zu zweifeln, daß die Grundlage zu diesem Plan schon bei der Anwesenheit des französischen Kaisers in Mainz im Oktober 1804 mit dem Kurerzkanzler zu Faden geschlagen wurde und daß die durch die Brünner und Straßburger Traktate den drei Alliierten Frankreichs verschaffte Souveränität nur eine Brücke war, um auf den zum Ziel führenden Weg zu kommen." Am 10. Juli hatten Cetto, Wintzigerode und Reitzenstein eine geheime Zusammenkunft; sie sicherten sich feierlich zu, daß sie gegen drei Forderungen, völlige Lostrennung vom Reich, Erhebung Napoleons zum Protektor und Aufstellung eines Bundesstatuts gemeinsam Einsprache erheben, das heißt also, daß sie die temporäre Unabhängigkeit ihrer Höfe unangetastet wissen wollten.

Doch noch in der nämlichen Nacht gab Napoleon die Erklärung ab, es sei sein Wille, daß der ganze Plan ohne Aenderung und ohne Aufschub angenommen werde. So wurde denn am 11. Juli die endgültige Fassung festgestellt, am 12. gab Cetto als der erste seine Zustimmung, ihm folgten die Vertreter der übrigen in den Bund aufgenommenen Staaten.[2]) Cetto erfuhr später heftige Angriffe, weil er, von den Franzosen entweder bestochen oder überlistet, ohne Auftrag die Bundesakte unterzeichnet habe. Montgelas nimmt ihn in Schutz. „Es wäre schwierig gewesen, ihn mit Instruktionen zu versehen für ein Ereignis, bezüglich dessen man nicht wußte, in welcher Form es sich kundgeben werde, allein er war im Allgemeinen angewiesen, die Interessen seines Landesherrn wahrzunehmen und das Bundesverhältnis mit Frankreich als das einzige, das dazumal zuverlässig erschien, aufrecht zu erhalten."[3]) Montgelas

[1]) Gagern, I, 141, 149.

[2]) Obser, V, 693. — Die Originalurkunden sind zwar vom 12. Juli datiert, wurden aber erst am 16. (nicht am 17., wie Gagern berichtet) unterzeichnet.

[3]) Montgelas' Denkwürdigkeiten, 140.

hat recht: man konnte nicht mehr zurück, selbst wenn man gewollt hätte; die Furcht, Napoleons Gunst zu verlieren, machte alle bereit, die angesonnenen Opfer zu bringen. „Die Weigerung eines Einzelnen," erklärt auch Gagern, „wäre nur ein coup d'épée dans l'eau gewesen: Preußen und Oesterreich hatten es sich zuzuschreiben, daß sie nicht in besserem Accord geblieben waren . . . Daß an sich Unrecht geschah, hatte wohl Jeder das lebendige und richtige Gefühl."[1])

Am 16. Juli wurden in Talleyrands Haus die 16 Originalurkunden unterzeichnet. Wintzingerode blieb vorerst bei seiner Weigerung.[2]) Vertragsgemäß verzichteten die Kurfürsten von Baiern, Württemberg und Baden, der Kurerzkanzler, die Herzoge von Berg (Joachim Murat) und von Ahremberg, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, die Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg, von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, Salm-Salm und Salm-Kyrburg, Ysenburg-Birstein und Liechtenstein, endlich der Graf von der Leyen, auf jeden Zusammenhang mit dem deutschen Reich und vereinigten sich zu einem Bunde unter dem Protektorat Napoleons. Baiern und Württemberg sollten den schon seit Neujahr angenommenen Königstitel behalten; der Reichserzkanzler empfing die Würde eines Fürstprimas; die Regenten von Baden, Hessen-Darmstadt und Cleve-Berg wurden Großherzoge, der Fürst von Nassau Herzog, der Graf von der Leyen Fürst. Die Auswahl der kleineren Reichsstände war völlig willkürlich; ein erfahrener Diplomat, der Hannoveraner Ompteda, hatte den Eindruck, ihre Aufnahme sei überhaupt nur erfolgt, um das Ganze von vornherein zu lockern und zu lähmen.[3]) Jedes Mitglied des Bundes ist souverän und übt die Rechte der Gesetzgebung, der Gerichtsbarkeit, der hohen Polizei, der Militäraushebung und der Besteuerung selbständig aus. In Frankfurt soll eine Bundesversammlung tagen, aus einem königlichen Kollegium, dem auch die Großherzoge angehörten, und einem fürstlichen bestehend; beiden gemeinsam und dem königlichen im besonderen soll der Fürstprimas, dem fürstlichen der Herzog von Nassau-Usingen vorstehen. Den Nachfolger des Primas soll Napoleon zu ernennen haben. Napoleon ist nicht Oberhaupt des Bundes, aber er trifft mit dem Bunde ein Abkommen, das jeden der beiden Kontrahenten verpflichtet, dem anderen in allen Kriegen auf dem europäischen Festland Beistand zu leisten. Streitigkeiten unter den Bundesgliedern sollen durch den Bund entschieden und zu diesem Zweck zwei Gerichtshöfe eingesetzt werden. Die Tribunale traten jedoch niemals in Thätigkeit, wie auch eine Bundesversammlung zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten niemals zusammenkam. Sämtliche im Bundesgebiet liegenden kleineren Reichsstandschaften wurden den neuen Souveränen nach dem schon erörterten Verteilungsplan unterworfen, im ganzen etwa 550 Quadratmeilen mit 1 200 000 Seelen. Der Flächeninhalt des gesamten Bundesgebiets umfaßte ungefähr 2330 Quadratmeilen.[4]) Der Bund war im Grunde nichts weiter als eine große napoleonische Präfektur; sein

[1]) Gagern, I, 151.
[2]) Obser, V, 705.
[3]) Ompteda, Irrfahrten und Abenteuer eines mittelstaatlichen Diplomaten, 147.
[4]) Winkopp, Der Rheinische Bund, I, 60.

eigentlicher Zweck war Aufbringung der Mannschaft für die Kriege, welche Frankreich um seine Welthegemonie zu führen hatte. Eine völlige Angliederung an Frankreich hielt Napoleon nicht oder noch nicht für angemessen, aber er befahl, die Vasallen hatten zu gehorchen. Als Philipp von Makedonien Griechenland unterworfen hatte, wurde ja auch von Einverleibung in Makedonien abgesehen; der Bund der Griechen blieb erhalten, aber aus einem Schutzbund *gegen* Uebermacht wurde er in einen Trutzbund *für* Uebermacht verwandelt.

Nach Unterzeichnung der Akte in Paris wurde jedem Bundesfürsten durch Kurier ein Exemplar zugestellt. Bis zum 27. Juli sollten die ratifizierten Urkunden in München bei Marschall Berthier abgeliefert werden.

Als in Karlsruhe die Mitglieder des Geheimen Rates zu Gutachten über Nutzen und Nachteil des Bundesvertrags aufgefordert wurden, lauteten die Urteile nichts weniger als günstig. Geheimrat Meier leitete sein Memorandum mit den Worten ein: „Wenn am Ende doch geschieht, was die Uebermacht durchzusetzen sich vorgenommen hat, so ist hintennach das Deliberiren über die Nützlichkeit des Beitritts und das Doliren über manche Unbehaglichkeit sehr überflüßig.“ Von den durch den Bund auferlegten Verpflichtungen sei besonders schmerzlich die gänzliche Lossagung vom deutschen Reichsverband, doch man habe ja die beklagenswerte Auflösung schon geraume Zeit vorhergesehen und ihr trotzdem mehr vorgearbeitet als entgegengewirkt, — jetzt sei die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes eine Unmöglichkeit geworden! Schlimme Folgen werde auch die Verpflichtung zur Teilnahme an allen Kontinentalkriegen nach sich ziehen: welch unselige Blutsteuer werde damit dem Lande auferlegt! Einer geradezu vernichtenden Kritik unterzog Geheimrat Brauer die „Spott- und Schimpfkonstitution“ des Bundes. „Die deutschen Fürsten,“ spottete er, „die an ihrem alten Kaiser nicht die kleinste Machtanmaßung dulden konnten, werden nun lernen müssen, das Gewicht des Wortes Cäsar sich zu vergegenwärtigen.“ Freilich werde das neue Staatsgebilde keine lange Dauer haben. „Wenn schon unsre alte Reichsverfassung dem Thon mit Eisen vermengt glich, die nicht zusammenhalten, so ist es der Fall mit diesem neugeschaffenen Bundesstaat noch viel mehr, da der Mischmasch von großen und kleinen Ständen, die zusammengespannt werden und doch so manches Bindungsmittel des alten Reiches entbehren, die Möglichkeit einer nur wenige Jahrzehende dauernden Eintracht nicht vorsehen lassen (sic).“ Karl Friedrich selbst war verstimmt, weil die ihm in Aussicht gestellte Königswürde in die Schlußredaktion nicht aufgenommen, mithin die Gleichstellung Badens mit Baiern und Württemberg versagt geblieben war. Sogar Reitzenstein war ernüchtert; insbesondere der Zwang, dessen sich Napoleon bei seiner Schöpfung bediente, hatte seinen Unwillen erregt. „Die französische Armee,“ schreibt er am 17. Juli, „das ist das Unangenehmste, wird Deutschland erst verlassen, wenn alle deutschen Mächte den Rheinischen Bund anerkannt haben werden. Ueberhaupt klärt sich uns Allen erst seit vierzehn Tagen die Tendenz der Politik des französischen Kaisers auf!“ Trotzdem widerstrebte Reitzenstein der Anregung seines Hofes, die Bemühungen um Erhebung zum Königreich nochmals aufzunehmen. Die Kosten einer reicheren Hofhaltung,

setzte er auseinander, würden den Ruin des Landes herbeiführen, und Friedrich Karl war ein zu verständiger und wohlgesinnter Regent, als daß er noch weiter auf seinem Wunsche bestanden hätte.[1])

Auch in München regte sich Widerstand gegen die Annahme des Bundesvertrags. Graf Goertz erhielt aus München einen Brief voll Klagen über das neue Schutzverhältnis, der mit den Worten schloß: „Kurz, es ist ein Denkmal der Schwäche, der Schande und der Schmach für alle Welt, und man ist hier darüber ganz bestürzt!“[2]) Montgelas selbst machte den König aufmerksam, es sei im gegenwärtigen Augenblick die letzte Möglichkeit geboten, den eingeschlagenen Kurs zu ändern, schilderte aber zugleich die Gefahren, welche eine Isoliertheit des neuen Königreichs mit sich bringe. Darauf befahl Max Joseph, in der Auswechslung der Ratifikationen keine Verzögerung eintreten zu lassen.[3]) Ein unbedingter Anhänger Napoleons, ein Schwärmer für die Idee des Rheinbunds war auch Montgelas nicht; nur ein skrupelloses Abwägen von Vorteil und Gefahr für den eigenen Staat war für ihn maßgebend. „Zur Zeit,“ schrieb er an Cetto, „darf Frankreich, unser bester Bundesgenosse und unsere sicherste Stütze, nicht vor den Kopf gestoßen werden; das kann sich ja auch wieder ändern, weil nichts beständig ist in der Welt.“[4])

König Friedrich von Württemberg war der Bundesidee, welche die im Jahre 1805 zeitweise gemachten Zusagen in dauernde verwandelte und die soeben eingeräumte Souveränität thatsächlich wieder aufhob, durchaus abgeneigt. Wintzingerode hatte deshalb die Unterzeichnung des Vertrags verweigern müssen. Als die Anerkennung mit Nachdruck verlangt wurde, gab der König seine Einwilligung, ließ aber insgeheim eine Urkunde ausstellen, worin er selbst, sein Sohn und seine Brüder gegen die aufgenötigte Einschränkung der königlichen Gewalt Verwahrung einlegten. Ohne Zweifel ist es auf Rechnung der widerstrebenden Haltung König Friedrichs zu setzen, daß das für den Rheinbund in Aussicht genommene Schiedsgericht in Wegfall kam und der Bundestag niemals zusammentrat.[5])

Am 11. Juli, dem Tage vor dem Abschluß des Rheinbundes, hatte Berthier Befehl erhalten, bei den auf deutschem Boden stehenden französischen Truppen „Alles bereit zu halten“. Die einzelnen Abteilungen sollten zusammengezogen, für Pferde und Geschütze die nötigen Vorkehrungen getroffen werden. „Um andres Gepäck brauchen sich die Korps nicht zu kümmern. Wenn wir nach Wien zurückkehren, wird es uns an Kleidungsvorräten nicht mangeln; es genügt, sich mit gutem Schuhzeug zu versehen. Die Depots sind in Augsburg und Braunau anzulegen.“[6]) Aehnliche Weisungen erhielten der Kriegsminister Dejean für die in Frankreich und Vicekönig Eugen für die in Italien stehenden

---

[1]) Obser, V, 705, 717 ff.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Reichstagsakten. Bericht Goertz' vom 28. Juli 1806.

[3]) Montgelas' Denkwürdigkeiten, 140.

[4]) Heigel, Die Memoiren des bairischen Ministers Grafen von Montgelas; Sitzungsberichte der Münchener Akademie, Histor. Kl., 1885, 429.

[5]) Schneider, 435.

[6]) Correspondance de Napoléon I., 12. tom., 534.

Truppen. Es sollte „nötigen Falles", d. h., wenn sich gegen die geplante Auflösung der deutschen Reichsverfassung Widerstand erheben würde, der Krieg mit Oesterreich wieder aufgenommen werden. „Falls der Kaiser von Deutschland (!)," schrieb Napoleon am 16. Juli an Berthier, „die geringste Schwierigkeit macht, meine Maßnahmen anzuerkennen, ist es meine Absicht, unsre ganze Armee zwischen Linz und Wien zu schieben!" [1])

Aller Augen waren auf Wien gerichtet.

Wird Kaiser Franz den vernichtenden Schlag gegen das deutsche Kaisertum als eine Beleidigung seiner Person und seiner Monarchie auffassen? Haugwitz richtete diese Frage auch an Finckenstein: „Wird sich das Oberhaupt des Reiches in aller Ruhe den Sturz seiner Autorität und der kaiserlichen Würde gefallen lassen?" [2]) Der Gesandte erwiderte am 23. Juli, am Wiener Hofe habe man gar keine Kenntnis, daß eine Verfassungsänderung bevorstehe; Graf Stadion habe wohl gerüchtweise davon gehört, nehme aber an, daß sich die Sache erst im Oktober entscheiden werde. „Die Wiener Nachrichten sind falsch!" schrieb Haugwitz am 1. August zurück. „Wir stehen bereits vor einer vollendeten Thatsache: die Akte des rheinischen Bundes ist am 12. Juli in Paris unterzeichnet worden und wird heute, am 1. August, dem Reichstag vorgelegt werden. Von allen Seiten sind französische Truppen in Bewegung, um die Durchführung der neuen Ordnung zu unterstützen und dem Wiener Hofe Schach zu bieten. Was wird der Kaiser von Oesterreich thun?" Finckenstein wiederholte, dem Wiener Hofe sei keine amtliche Anzeige zugegangen, und der französische Gesandte de la Rochefoucauld versichere aufs bestimmteste, er habe keinerlei Weisung zu irgend welcher Anzeige bevorstehender Aenderungen der Reichsverfassung. [3])

Natürlich hatte man auch in Wien längst Kenntnis von den Verhandlungen, welche in Paris zwischen Talleyrand und den Vertretern deutscher Staaten stattgefunden hatten. Man wußte, daß Napoleon damit umgehe, dem römischen Kaiser auch den Schein und Schimmer seiner Würde zu nehmen, nachdem die kaiserliche Macht schon in Trümmer geschlagen war. Schon am 24. Mai gab Stadion dem Kaiser den Rat, er möge durch freiwilligen Verzicht dem Anschlag der Gegner zuvorkommen. Den nämlichen Vorschlag machte auch Erzherzog Karl. [4]) Leider legte aber Kaiser Franz, der später als Patron der Sedlnitzkyschen Polizeischnüffelei in so üblen Ruf kam, auch schon bei der Auflösung des alten Reiches nicht die Würde an den Tag, wie sie der bedeutsame Augenblick gefordert hätte. Wir wissen zwar nicht, wie er die verständigen Mahnworte Stadions aufnahm; jedenfalls ließ er nicht, wie es dem Ansehen der Krone entsprochen hätte, auf den Rat die That folgen. Er wartete, bis es zu freiwilliger Entsagung zu spät war. In den letzten Tagen des Juli eröffnete Napoleon dem österreichischen General Vincent, er sei soeben mit einigen größeren und kleineren Staaten Deutschlands in engere Verbindung ge-

[1]) Correspondance de Napoléon I., tom. 12, 548.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Haugwitz an Finckenstein, 25. Juli 1806.

[3]) Ebenda. Berichte Finckensteins vom 23., 26. u. 30. Juli 1806. Erlasse Haugwitz' vom 28. Juli und 1. August 1806.

[4]) Wertheimer, II, 130.

treten und werde den Preßburger Frieden nicht eher als abgeschlossen betrachten, bis der Kaiser von Oesterreich den rheinischen Bund und das französische Protektorat anerkannt und für sich selbst auf die Stellung eines deutschen Kaisers verzichtet haben würde. Vor Erfüllung dieser Forderungen werde Braunau nicht zurückgegeben und die französische Armee nicht vom deutschen Boden zurückgezogen werden.[1] Gleichzeitig trafen in Wien Nachrichten ein, daß in Baiern und Italien ein förmlicher Aufmarsch gegen die österreichischen Grenzen begonnen habe. Jeder Tag konnte plötzlichen Angriff bringen. Trotzdem war Franz noch immer unentschlossen. „Vielleicht kommt es doch zu nichts," schrieb er am 31. Juli an Bruder Karl, „und sind es bloß Demonstrationen Napoleons, damit wir zu der Eintheilung des Reiches einstimmen und ich in die Ablegung der Kaiserwürde willige. Desto besser." Weniger gelassen sah Erzherzog Karl die Lage an. „Auch ich tanze hier," schrieb er an Herzog Albert von Sachsen-Teschen, „aber auf der Karte! Bald zerbreche ich mir den Kopf, um zu wissen, was wir im Falle eines Alarms und einer plötzlichen Invasion thun müssen, bald denke ich nach über die Teilung des Reiches, aber das Resultat aller dieser Erwägungen trägt nicht viel zu meiner Aufheiterung bei."[2] Der Tiefstand der österreichischen Finanzen, die Verwirrung im Heerwesen, in welchem eine gründliche Umformung eben erst begonnen hatte, und die Entmutigung der Truppen ließen bei Wiedereröffnung des Krieges das schlimmste befürchten. Sogar der immer aktionslustige Erzherzog Johann schrieb nach Empfang des Befehls zum Aufruf des Landsturmes: „Gott gebe, daß es nicht nötig wird!" Napoleon hatte, um seiner Forderung mehr Nachdruck zu geben, einen Termin gesetzt: bis zum 10. August müsse die Verzichtleistung in seinen Händen sein. Endlich in zwölfter Stunde gab Kaiser Franz die Erklärung, die er ja doch nicht verweigern konnte. Das Bewußtsein der eigenen Schwäche gebot ihm, den Degen in der Scheide zu lassen. —

Ohne das verbündete Preußen einer Nachricht zu würdigen, hatte Napoleon ein volles Dritteil des deutschen Reiches unter seine Botmäßigkeit gebracht. Die preußischen Staatsmänner hatten zwar durch den Kurfürsten von Hessen und auf anderen Wegen von den Pariser Machenschaften einige Kunde erhalten, aber erst um die Mitte Juli wurde den Gerüchten ernstere Beachtung geschenkt. Am 18. Juli schrieb Haugwitz an Goertz, der in Paris gestiftete Bund beschränke sich gutem Vernehmen nach nur auf süddeutsche Staaten; damit sei die Möglichkeit geboten, sich durch eigene Verstärkung im Norden gegen die Uebermacht Frankreichs zu sichern; es werde der Versuch gemacht werden, die norddeutschen Fürsten zu einem ähnlichen Bund zu vereinigen, wie ihn Talleyrand mit den süddeutschen geschlossen habe.[3] Erst am 24. Juli zeigte Laforest dem Berliner Ministerium die Stiftung des Rheinbundes an; am nämlichen Tage kam aber auch eine Meldung Lucchesinis, Kaiser Napoleon lasse „Seine Majestaet einladen, jetzt, da der alte Reichsverband durch die im süd-

[1] Bailleu, Preußen und Frankreich, II, 492. Pariser Bulletins vom 25. u. 28. Juli 1806.
[2] Wertheimer, II, 133.
[3] Preuß. Staatsarchiv. Haugwitz an Goertz, 18. Juli 1806.

lichen Deutschland gestiftete Konföderation gänzlich und unwiderruflich aufgelöst worden, auch Ihrerseits im nördlichen Deutschland diejenigen Einrichtungen zu treffen, welche den eintretenden Umständen am angemessensten sein dürften."[1]) Unzweifelhaft war es Napoleon nur darum zu thun, einen Einspruch Preußens gegen die gewaltsame Auflösung des Reiches zu verhindern. Haugwitz beharrte jedoch in der Vertrauensseligkeit, womit er sich dem Mann des Jahrhunderts in die Hände geliefert hatte. Aus der Mitteilung, die Haugwitz am 1. August an Goertz gelangen ließ, spricht volle Befriedigung. Napoleon selbst habe, um Preußen für die Stiftung des Rheinbundes eine Genugthuung zu gewähren, die Bildung eines ähnlichen Bundes im deutschen Norden angeregt und zugleich seine Zustimmung zur Vereinigung Hannovers mit Preußen wiederholt. „Ich bin also in diesem Augenblick daran, in aller Stille den Grund zu legen zu diesem wichtigen Werk, dem, wie ich hoffe, wenigstens der deutsche Norden, da sich das alte Reichsgebäude nun doch einmal nicht mehr halten kann, eine Verjüngung und die Aufrechthaltung von Ordnung und Ruhe verdanken wird!"[2])

Die Ablösung Süddeutschlands vom Reichskörper mußte ja den preußischen Staatsmännern den Gedanken nahe legen, den Fürstenbund von 1785, der sich ja im wesentlichen auf Norddeutschland beschränkt hatte, wieder ins Leben zu rufen. Schon nach den ersten Nachrichten von der Bildung des Rheinbundes, am 15. Juli, hatte Haugwitz an Wittgenstein, den preußischen Gesandten in Kassel, geschrieben, zur Abwehr der immer drohender sich aufrichtenden französischen Uebermacht gebe es nur noch ein Mittel: eine engere Verbindung der norddeutschen Staaten mit Preußen.[3]) Am 22. Juli ließ der Minister eine Einladung an die Höfe von Dresden und Kassel ergehen. „Wenn der Norden Deutschlands isoliert und ohne Verband unter sich stehen bleiben wollte, so würde auch er bald das traurige Schicksal des südlichen Deutschlands teilen müssen." Um einem so beklagenswerten Lose zu entgehen, müsse ein nordischer Bund aufgerichtet werden, „dessen Zweck kein andrer sein soll, als Erhaltung der eignen Existenz und Zusammenstellung aller Mittel zu diesem Zweck".[4])

Die Verhandlungen, welche die Nachbarn Preußens mit der Bundesidee befreunden, und die Umtriebe Napoleons, welche in schroffem Widerspruch mit der vorausgegangenen freundlichen Einladung den preußischen Plan durchkreuzen sollten, gehören nicht mehr in den Rahmen unserer Aufgabe. —

Inzwischen hatte sich das Schicksal der alten Reichsverfassung entschieden. Am 1. August um 5 Uhr abends ließen die Mitglieder der rheinischen Konföderation, darunter der Kurerzkanzler selbst, in der kurerzkanzlerischen Diktatur in Regensburg eine Urkunde abgeben, welche die Erklärung enthielt, daß die genannten Fürsten sich förmlich und feierlich von Kaiser und Reich lossagten, weil das Reich nicht mehr die Kraft besitze, seinen Aufgaben gerecht zu

[1]) Usinger, Napoleon und der nordische Bund; Preuß. Jahrbücher, 14. Bd., 579.

[2]) Preuß. Staatsarchiv. Erlaß an Goertz vom 1. August 1806.

[3]) W. A. Schmidt, Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen seit der Zeit Friedrichs des Großen, 418.

[4]) Usinger, 578.

werden. Durch die Begebenheiten der drei letzten Kriege und die daraus entsprungenen Veränderungen sei die traurige Wahrheit ans Licht gekommen, daß das Band, das alle Glieder des deutschen Staatskörpers vereinigen sollte, thatsächlich schon längst gelöst sei. Nur so lasse sich die Spaltung erklären, die schon im Jahre 1794 das nördliche Deutschland vom südlichen losgerissen habe; seit jenen Tagen sei das Wort Deutsches Vaterland nur noch ein leerer Begriff gewesen. Daraus habe sich von selbst ergeben, daß auch die dem Einfall der Franzosen zunächst preisgegebenen, vom Reich ohne Schutz gelassenen Fürsten zu ihrer Sicherung Separatverträge eingingen, noch immer in der Hoffnung, daß der Reichskörper sich nochmals kräftigen könnte. Der letzte Krieg habe aber auch den letzten Hoffnungsschimmer benommen und die gänzliche Unzulänglichkeit der alten Verfassung erkennen lassen. Zur Rettung ihrer Existenz biete sich für die Fürsten des mittäglichen und westlichen Deutschlands nur ein Mittel: ein neuer, den Zeitumständen angepaßter Bund unter dem Schutze eines Monarchen, dessen Absichten sich bisher stets für die Aufrechthaltung der Ordnung förderlich und mit dem wahren Interesse Deutschlands übereinstimmend gezeigt hätten. „Daß diese kostbare Ruhe der Hauptzweck des rheinischen Bundes ist, davon finden die bisherigen Reichsmitstände der Souveräns, in deren Namen die gegenwärtige Erklärung geschieht, den deutlichen Beweis darin, daß jedem unter ihnen, dessen Lage ihm eine Theilnahme daran erwünschlich machen kann, der Beitritt zu demselben offen gelassen ist.“[1])

Am nämlichen Tage gelangte auch eine Absage des französischen Geschäftsträgers Bacher an den Reichstag. Das deutsche Reich, so wird darin ausgeführt, sei schon seit Jahrhunderten so geschwächt gewesen, daß es als freier Staat nicht mehr habe gelten können. Deshalb sei jetzt eine neue Konföderation ins Leben getreten, deren Protektorat der Kaiser von Frankreich übernommen habe, in der wohlthätigen Absicht, die Bundesgenossen unter einander einig zu erhalten und die Schwächeren gegen die Stärkeren zu schützen. Die Existenz der alten Reichsverfassung werde von Napoleon nicht mehr anerkannt. „Seine Majestaet haben die Erklärung abgegeben, daß die Grenzen Frankreichs nicht über den Rhein hinausgeschoben werden sollten; das Versprechen hat er gehalten. Fortan sind die Wünsche Seiner Majestaet nur noch darauf gerichtet, mit den ihm von der Vorsehung anvertrauten Kräften die Meere zu befreien, dem Handel seine Freiheit zurückzugeben und das Glück der Welt zu sichern!“[2])

Eine drastische Erläuterung zur Behauptung, daß das französische Protektorat nur den Schutz der Unabhängigkeit der Rheinbundfürsten bezwecke, bot das gleichzeitig sich abspielende Drama Palm. Am 5. August schrieb Napoleon an Berthier: „Ich nehme an, daß Sie die Buchhändler von Augsburg und Nürnberg schon verhaften ließen; es ist mein Wille, daß sie vor ein Kriegs-

---

[1]) Württemb. Staatsarchiv. Acta, den rheinischen Bund betreffend. Erklärung der Vertreter von Baiern, Württemberg u. s. w. vom 1. August 1806.

[2]) Voß, Die Zeiten, 8. Bd. (1806), 191. — Lucchesini, Historische Entwicklung des Rheinbundes, II, 6. — Winkopp, Der Rheinische Bund, 1. Heft, 48.

gericht gestellt und binnen vierundzwanzig Stunden erschossen werden!“[1]) Es handelte sich um sechs wegen Verbreitung der Flugschrift „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung“ in Untersuchung gezogene Buchhändler. Nicht alle wurden schuldig befunden, aber Johann Philipp Palm, Inhaber der Steinschen Buchhandlung in Nürnberg, in deren Verlag die beanstandete Schrift erschienen war, wurde von einem Kriegsgericht in Braunau zum Tode verurteilt und schon am nächsten Tage hingerichtet. Der Unglückliche hätte sich durch Flucht retten können, hatte es aber verschmäht, weil er sich als Bürger einer bis vor kurzem freien Stadt, die eben in Besitz des mächtigsten Souveräns des Rheinbundes übergegangen war, sicher fühlte. Die Schüsse, die in Braunau einen harmlosen deutschen Bürger ob geringer Schuld auf den Sand streckten, waren eine trübe Inauguration des Rheinbunds! —

Die Absage Napoleons vom 1. August 1806 war, wie Haugwitz in einem Schreiben an Goertz sagt, „der Gnadenstoß fürs deutsche Reich“. Der morsche Bau brach zusammen, unter den Trümmern wurde auch der Reichstag begraben. Die Herren Komitialgesandten packten ihre Archive und zogen heim. Regensburg war mit einem Mal, so klagt ein Stimmungsbericht in den Berlinischen Nachrichten vom 19. August, eine tote Stadt.

Erst am 12. August wurde eine vom 6. datierte Erklärung des bisherigen Reichsoberhaupts, da die erzkanzlerische Diktatur schon aufgelöst war, mit einer Note des kaiserlichen Gesandten Fahnenberg unmittelbar an die wenigen noch anwesenden Gesandten abgegeben. Was aus einigen Artikeln des Preßburger Friedens gefolgert worden sei, habe den Kaiser die Ueberzeugung gewinnen lassen, daß es ihm nicht mehr möglich sein werde, seinen kaiserlichen Verpflichtungen nachzukommen. Er sehe also das Band, das ihn mit dem deutschen Staatskörper verknüpft habe, als gelöst an; ebenso entbinde er aber auch alle Stände des Reiches der verfassungsmäßigen Pflichten gegen ihr bisheriges Oberhaupt.

Eine zweite Erklärung vom 6. August enthielt die Zusage, daß die bisher aus dem kaiserlichen Aerar besoldeten Beamten und Diener des Reiches künftig ihre Bezahlung aus der österreichischen Staatskasse erhalten sollten. Ein Versprechen, sagt der Hallenser Professor Voß, das dem Herzen des Kaisers Ehre macht und in das Drama des Unterganges des römisch-deutschen Reiches wenigstens *einen* freundlichen Zug bringt.[2])

Der Zusammensturz des alten Reiches wurde ohne Zweifel von vielen Deutschen aufrichtig betrauert. „So hat also eines der ältesten Reiche und dem

---

[1]) Correspondance de Napoléon I., 13. tom., 37. — Bitterauf, Der Prozeß gegen J. Ph. Palm und Konsorten (Histor. Vierteljahrsschrift, Jahrg. 1909, 366), legt darauf Gewicht, daß die Zivilbesitzergreifung der Stadt Nürnberg von seiten Baierns noch nicht erfolgt, Palm also noch nicht bairischer Unterthan war. Das ist richtig, allein die Reichsstadt war immerhin schon durch die Bundesakte vom 12. Juli dem bairischen Staat zugesprochen. Angenommen aber, daß die Zugehörigkeit zu Baiern noch nicht rechtskräftig war, mußte Palm noch als Bürger einer selbständigen Reichsstadt angesehen werden, und Napoleon hatte wohl kaum das Recht, in einem „Zwischenzustand“ die oberste Polizeigewalt für sich selbst in Anspruch zu nehmen.

[2]) Voß, Die Zeiten, Jahrg. 1806, 8. Bd., 200.

Range nach das erste der europäischen Reiche sein Ende gefunden," schrieb Goertz am 1. August an Haugwitz, „meine Feder vermag nicht Ausdruck zu geben den Gefühlen von Schmerz, Trauer und Niedergeschlagenheit, welche dieses große Ereignis in allen Gemütern wachgerufen hat. Es wird in der Geschichte eine wichtige Umwälzung bedeuten, vielleicht sogar, was Gott verhüten möge, die Vorbereitung zu noch allgemeinerem Umsturz."[1] „Deutschland ist nicht mehr," klagt eine in einem Schweizer Blatt veröffentlichte, von der „Allgemeinen Zeitung" wiederholte Nänie, „seine ehrwürdige, alte Verfassung erlag sich selbst, der Zeit, dem Alter, der Unbeholfenheit, der erkalteten Schätzung ihres Wertes; es bedurfte keines Beils, nur einer gewaltigen, erschütternden Hand, und ihre eigenen Kinder trugen sie zu Grabe, kaum einer besseren, doch einer kräftigeren Mutter gewärtig."[2] „Deutschland, unglückliches, geliebtes Vaterland," heißt es in einer Flugschrift „Blicke auf den gegenwärtigen Zustand von Europa", „verraten, geplündert, zerrissen, entstaltet, bist du doch nicht vernichtet, gleichst noch nicht einer Ruine, sondern einer alten Eiche, die durch Blitz und Sturm entblättert und einiger Hauptäste beraubt ist, aber deren übrig gebliebene mit neuer Kraft treiben!"[3] Der hoffnungsvolle Ausblick bezieht sich auf den, wie es schien, im Entstehen begriffenen norddeutschen Bund. „Da die Confoederatio Rhenana nun einmal da ist," schrieb auch Voß, „und durch Unmuth nicht wieder aufzulösen ist," möge wenigstens das nördliche Deutschland unter Preußens Obhut seine patriotischen Gesinnungen, wie seine großen Kräfte in einer engen, festen und kräftigen Vereinigung konzentrieren.[4]

Eine solche Schöpfung entsprach aber nicht den Plänen Napoleons. Als zu Tage trat, daß die freundliche Anregung des französischen Kabinetts nur als Lockmittel gedient hatte, um einen Einspruch Preußens gegen die Vergewaltigung der Reichsverfassung hintanzuhalten, als nicht mehr daran zu zweifeln war, daß Napoleon allen Ernstes daran denke, dem englischen Kabinett die Zurückgabe Hannovers als Friedenspreis anzubieten, war sogar die Geduld Friedrich Wilhelms III. erschöpft, der Krieg zwischen Preußen und Frankreich unvermeidlich. Der Rheinbund mußte zum ersten Mal dem Imperator Gefolgschaft leisten. Nichts ist bezeichnender für das traurige Geschick Deutschlands, als die Thatsache, daß nach den Siegen bei Jena und Eylau in München und Stuttgart Viktoria geschossen wurde! Der Fluch des Tacitus: Mögen die Deutschen nie aufhören, sich untereinander zu beneiden und zu bekriegen! lastete noch auf unserem Vaterlande. Die militärischen Triumphe, an denen die deutschen Kontingente teilnehmen durften, setzten die, wie wir sahen, mit Mißbehagen aufgenommene Gründung von 1806 in helleres Licht. Auch manche von den im Süden und Westen eingeführten neufranzösischen Einrichtungen erwiesen sich als dankenswerte Fortschritte. Die Sultanatsgebräuche an einigen Höfen, die Verkrüppelung des ständischen Systems, die Hemmnisse des Landbaues, die Fesselung der Gewerbe waren ja, wie wiederholt darzulegen war, auch für dynastisch ge-

[1] Preuß. Staatsarchiv. Bericht Goertz' vom 1. August 1806.
[2] Augsburger Allgemeine Zeitung, Jahrg. 1806, Nr. 244.
[3] Blicke auf den gegenwärtigen politischen Zustand von Europa (1806), 113.
[4] Voß, Die Zeiten, Jahrg. 1806 (8. Bd.), 365.

sinnte Unterthanen ein Aergernis gewesen. Die auf Grundsätzen und Lehren der Revolutionszeit aufgebauten Reformen brachten Licht und Luft in dunkle, moderige Gelasse. Welch unwürdige politische Stellung aber den Rheinbundsfürsten angewiesen war, beweist ihre Rolle in Erfurt, wohin sie alle, alle auf Geheiß Napoleons kamen. Wenn es noch einen Anhänger der Rheinbundsidee auf deutschem Boden gäbe, müßte er bekehrt werden durch Talleyrands Bericht über die schnöde Behandlung der „unabhängigen Souveräne" durch den gekrönten Plebejer. Aber auch diese schimpfliche Abhängigkeit wurde in den Tagen berauschenden Sieges weniger drückend empfunden. In Volkskreisen freute man sich der Verbrüderung mit den Vertretern eines neuen Menschentums und ihrem strahlenden Oberhaupt. Auch schärfer blickende Politiker erblickten im Napoleonischen Weltregiment nichts Unsittliches, ja sie bewunderten das neue Staatensystem, in welchem Frankreich als erste physische und geistige Macht Europas mit Recht den Eckstein bilde. Welch merkwürdige Wandlung vollzog sich in einer Spanne Zeit mit dem „lorbeerreichen Herold helvetischer und germanischer Freiheit", wie Gentz jetzt spottweise seinen Freund Johannes Müller nannte! Noch unmittelbar vor Ulm und Austerlitz hatte Müller, wie wir sahen, zu den entschiedensten Gegnern des Bonapartismus gezählt. Nach Jena aber wollte er, wie er an Perthes schrieb, nicht länger „einem undankbaren Zeitalter, einem nichtswerten Geschlechte, feige zur That, verläumderisch in Worten und unsinnig im Wahn seiner Hoffnungen sich aufopfern!"[1]) Während der französischen Okkupation feierte er in einer Festsitzung der Berliner Akademie am 29. Januar 1807 den Kaiser der Franzosen als den von Gott berufenen Nachfolger der Größe Friedrichs II., den Rheinbund als Kern der Wiedergeburt Deutschlands. Zur Belohnung für den feigen Gesinnungswechsel zum Minister des neugebildeten Königreichs Westfalen ernannt, schwelgte er bei Eröffnung der Kasseler Ständeversammlung 1808 in Lobeshymnen auf den erhabensten Wohlthäter Deutschlands. „Der, von dem die Welt schweigt, weil Gott die Welt in seine Hand gegeben, erkannte in Germanien die Vorwache und Brustwehr von den ersten Hauptsitzen der Kultur Europas. Für gemeine Politik zu erhaben, gab er Deutschland Festigkeit, gab ihm sein Gesetzbuch, das Muster seiner Waffen, die größten Lehren und statt gedemüthigter Soldaten achtvolle, geehrte Bürger."[2]) Wie Müller, waren viele tausend Deutsche bereit, „über das Schicksal der preußischen Monarchie zur Tagesordnung überzugehen".[3]) Sogar der wackere Perthes schrieb am 12. November 1806 an Müller: „Ich bin Ihres Glaubens, daß die Welt von Gott an Napoleon den Großen übergeben ist, und darum ist er unüberwindlich!"[4]) Auch der Weimaraner Falk erblickte im Rheinbund „einen Mittelpunkt der europäischen Kultur, der eine universelle Aussöhnung der Gemüter verbürge, so daß Alles sich wechselseitig zu einer universellen Menschenbildung die Hand bietet!"[5]) „Es ist eine wunderbare Empfindung," schrieb

[1]) Joh. Müller an Perthes, 14. März 1807; Beyträge zur Geschichte von 1805—1809, 52.
[2]) Ompteda, 163.
[3]) Schlesier, IV, 270.
[4]) Beyträge, 38.
[5]) Julian Schmidt, Geschichte der deutschen Literatur von Leibnitz bis auf unsere Zeit, IV, 326.

Hegel nach dem Siegeseinzug Napoleons in Jena, „ein solches Individuum zu sehen, das von diesem Punkt aus die Welt beherrscht!“ [1]) Die Münchner Staatszeitung leistete sich das Anagramm: Ὦ πᾶν λέων (O du ganz Löwe!) Ἓν ὅλῳ πᾶν (Du Alles im Weltall!) Ὦ πᾶν ἕλων (Du, der Alles sich unterthan machst!). Die Leipziger Universität beschloß, eine Gruppe im Orion fortan Napoleonssterne zu nennen. Eine Prinzessin von Oettingen verglich den „Unvergleichbaren“ mit Herakles, dessen Leistungen aber vor Bonapartes Wunderthaten zurückstehen müßten.[2]) Doch wozu die Aufzählung serviler Huldigungen noch weiter fortspinnen! Wenn so viele von den Höchststehenden der Nation ein Glück darin erblickten, daß Sieg und Herrschaft einem Manne zufielen, von dem die Zivilisation Schutz und Hülfe zu erwarten habe, so begreift sich leicht, daß die natürlichen Vertreter des Utilitätsprinzips, die Staatsmänner des Rheinbunds, ihr politisches Programm in dem Satz zusammenfaßten: Man muß sich ins Unvermeidliche fügen und mit dem Unüberwindlichen auf möglichst guten Fuß setzen!

Schon gab es aber in der öffentlichen Meinung eine Unterströmung. Gerade als die letzten Stützen des Deutschtums niedergerissen waren, erwachte in vielen das deutsche Gewissen. Vielen erging es wie Arndt: „Als Preußen und Oesterreich nach vergeblichen Kämpfen gefallen waren, da erst fing mein Herz an, sie und Deutschland mit rechter Liebe zu lieben und die Wälschen mit rechtem, treuem Zorn zu hassen! Als Deutschland durch seine Zwietracht Nichts mehr war, umfaßte mein Herz seine Einheit und Einigkeit!“[3]) Gerade die großen Dichter und Denker hatten in der Revolutionsperiode die nationale Gesinnung abgestreift; dennoch verdankt das deutsche Volk ihrer Geistesarbeit einen neuen Aufschwung seiner nationalen Bedeutung. Die Weimarer Periode mit ihrem ungemessenen Subjektivismus und Kosmopolitismus wurde mit der Schlacht von Jena zu Grabe getragen. „Das kleine Bethlehem, unser Weimar,“ schrieb Wieland, „hat in der Geschichte seinen Tag gehabt, aber die Sonne, die ihm vor vierzig Jahren aufging, ist untergegangen und die Nacht bricht an!“ Die Beobachtung Wielands war richtig, aber seine Folgerung war falsch; nicht die Nacht brach an, sondern ein neuer Tag. An Stelle des weltbürgerlichen Idealismus, der in die Wolken griff und die Forderungen des Tages verachtete, trat allmählich ein aufrichtiges Streben nach Bethätigung der Persönlichkeit in der wirklichen Welt und nach engerem Anschluß des einzelnen an die Volksgemeinschaft. Ein politischer Trieb, das Bewußtsein einer staatsbürgerlichen Pflicht erwachten. Im Empfindungsleben des Volkes begann etwas zu tönen, wie die Memnonssäule, wenn sie von den Strahlen der aufgehenden Sonne erwärmt wird. Es bedurfte der schweren Prüfung der Fremdherrschaft, um das ganze Volk aus seiner Erstarrung aufzurütteln; der Deutsche mußte sich erst wieder auf sich besinnen, mußte sich selbst erst wieder finden und aus dem noch unversiegten Born des deutschen Geistes die Kraft schöpfen zu politischer Gestaltung.

[1]) Jul. Schmidt, IV, 319.

[2]) Rambaud, Les Français sur le Rhin, 376.

[3]) Arndt, Erinnerungen aus meinem äußeren Leben, 91.

Von den „Ideologen", denen Napoleon mit Recht so abgünstig war, wurde die Aufrichtung eines neuen Deutschlands angebahnt. Zwar Goethe beschränkte sich nach dem Untergang des alten Reiches auf pythische Rätselsprüche, — „Bis jetzt scheint es," schrieb er am 31. August 1806 an Friedrich August Wolf, „daß der Norden politisch erstarren und nicht in die südliche Lava mit einschmelzen werde!" — und nach der Katastrophe von Jena, die ihm selbst peinliche Tage brachte, war er so tief gebeugt, daß er „alle Hoffnung auf weiteres Schaffen förmlich aufgab" und sich gänzlich in sein Bildungsleben versenkte. Doch Schiller, der nach Grillparzers schönem Wort „gewiß nicht als Dichter mit Goethe sich messen kann, aber ein größeres Besitztum der Nation für seine Zeit war", hatte noch kurz vor seinem Tode dem deutschen Volke den Wilhelm Tell geschenkt, — eine nationale That von unermeßlicher Bedeutung! Das hinreißende Pathos der Schilderung des Befreiungswerkes, das er seinem Volke „als Symbol eines sieghaften Aufschwunges" vor Augen stellen wollte, mußte um so stärkeren Eindruck machen, je härter die Napoleonische Zwangsherrschaft die deutschen Lande drückte.

„Unser ist durch tausendjährigen Besitz
Der Boden, — und der fremde Herrenknecht
Soll kommen dürfen und uns Ketten schmieden
Und Schmach anthun auf unsrer eignen Erde?" — —

Auch in Jean Paul brach in der nämlichen Zeit, da Napoleon mit seinen Kriegsthaten die ganze Welt schreckte und berauschte, eine warme, innige Volksliebe durch. „Für die Menschheit," schrieb er am 24. Juni 1806 an Jacobi, „gebe ich gern die Deutschheit hin; sobald aber beide den einen und selben Gesamtfeind haben, wende ich mein Auge von diesem." Mit Mannesmut verurteilte er die kriechenden Huldigungen für den Gefürchteten; die Jämmerlichkeit der Gegenwart raubte ihm nicht die Zuversicht auf eine bessere Zukunft des Vaterlandes. Eine noch gewaltigere Patrioten- und Dichterkraft wuchs in Berlin empor. Ein junger Mann, der sich noch 1803 an der Expedition Napoleons gegen England hatte beteiligen wollen, Heinrich von Kleist, schrieb fünf Jahre später die „Hermannsschlacht", das großartigste Tendenzdrama, das die Geister der Deutschen aufrütteln, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit wachrufen, Vaterlandsliebe zu mächtiger Lohe entzünden sollte! Mit eindringlichem Ernst beklagte Fichte in seinen im Winter 1804 in Berlin gehaltenen Vorlesungen über die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters und nach dem Tag von Jena in seinen Reden an die deutsche Nation den Mangel an selbstlosem Gemeinsinn, der als natürliche Strafe die Fremdherrschaft nach sich ziehen müsse, und mahnte zur Abkehr von einseitigem Individualismus und zur Wiedereinkehr ins deutsche Leben. „So erzieht uns," frohlockte Gentz, „das Unglück unsrer Zeit noch tüchtige Gehilfen selbst unter denen, die wir aufgegeben hatten!" „Zu Gunsten eines flachen Weltbürgertums," rief Arndt, „haben wir die nationale Persönlichkeit aufgegeben: werden wir wieder Deutsche!" Auch in Schleiermacher rief der Sturz des alten Reiches ein energisches Staatsbewußtsein wach. „Glauben Sie mir," schrieb er schon am 20. Juni 1806 an Basedow, „es steht bevor früher

oder später ein allgemeiner Kampf, dessen Gegenstand unsere Gesinnung, unsere Religion, unsere Geistesbildung nicht weniger sein werden, als unsere äußere Freiheit und äußeren Güter, ein Kampf, den die Könige mit ihren gedungenen Heeren nicht kämpfen können." Schleiermacher wurde der große politische Prediger seiner Zeit, wie Deutschland seit Luthers Tagen keinen mehr gehabt hatte, unablässig bemüht, die widerstrebenden Elemente zum Kampf gegen den romanisch-katholischen Imperator zu einigen. Der greise Schlözer in Göttingen, obwohl ein dankbarer Unterthan des Welfenhauses, gab der Trauer über den Zusammensturz der preußischen Monarchie Ausdruck, zugleich aber auch der Zuversicht: „Deutschland wird sich wieder aufraffen aus Schmach und Elend, denn wir sind im Ganzen als Nation noch immer gesund, die Anzahl der Drehkranken unter uns ist unendlich klein: wie wenn uns nun das Schicksal einst andre Leithämmel gäbe? . . . Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!" —

Mochte aber auch die Zahl der Unabhängigen, die vor dem Abgott des Tages nicht knieen wollten, hoffnungsvoll sich steigern, so wäre es doch bei frommen Wünschen geblieben, wenn nicht aus Preußen durch Reformen im Geist von 1789 ein Staat gemacht worden wäre, der die Führung im Kampf mit dem Weltreich Napoleons übernehmen konnte. Wohl hatte es eine Zeit lang den Anschein, als ob die Katastrophe von Jena gleichbedeutend mit dem Untergang oder doch mit endgültiger Erniedrigung des Besiegten wäre, aber so geringwertig war das Lebenswerk des großen Friedrich nicht, daß eine schwere Niederlage den Zusammenbruch hätte nach sich ziehen können. Der preußische Staat krankte freilich an schweren Uebeln. „Die Politik Preußens," so erklärte Clausewitz das Unglück von 1806, „war seit dem Baseler Frieden gerade das Gegenteil von dem, was sie hätte sein müssen, ein beständiges Abwenden des Blickes von der Gefahr, ein ewiges Preisen des Friedens und der Neutralität." Die verzagte, charakterlose Politik der Staatsleitung habe auch auf das Heer unheilvoll eingewirkt; daraus erkläre sich nicht zum wenigsten die militärische Schwäche, die 1806 ebenso überraschend zu Tage trat, wie der Tiefstand patriotischer Gesinnung. Doch in der nämlichen Zeit, da in Berlin eine freche Franzosenbewunderung die Schranken des Anstands durchbrach und die Bürgergarde sich als Ehre ausbat, den französischen Kommandanten Ordonnanzdienste leisten zu dürfen, da nach dem Abzug der Franzosen ein unwürdiges Denunziantentum sich breit machte und ein Schwarm unverständiger Lästerer allen Unrat der alten Monarchie aufwühlte, war schon ein neues Preußen im Entstehen begriffen. Unter der Leitung von Stein und Hardenberg wurden jene bekannten Reformen durchgeführt, die mit den Vorrechten der abgelebten Geburtsstände aufräumten und eine dem Zeitgeist angepaßte, keineswegs unterschiedslose, aber gerecht gegliederte bürgerliche Gesellschaft an die Spitze stellten, den Bauernstand befreiten, den Städten ein selbständiges Gemeindeleben einräumten und an Stelle eines kunterbunten Provinzialsystems die Staatseinheit setzten. Mit dieser Umgestaltung der Verwaltung nach den individualistisch-naturrechtlichen Grundsätzen der Mirabeau und Isnard ging Hand in Hand die Heeresreform, welche die preußische Armee zu jenem wunderbaren Kriegsinstrument umwandelte, das ein Vorbild für alle künftigen Generationen wurde. „Jetzt erst wurde Preußen,"

sagt Treitschke, „in Wahrheit der deutsche Staat ... der schwungvolle Idealismus einer lauteren Bildung wies der alten preußischen Tapferkeit und Treue neue Pflichten, erstarkte selber in der Zucht des politischen Lebens zu opferfreudiger Tatkraft.“ Der preußische Staat hatte durch seine Baseler und Pariser Zettelungen am meisten dazu beigetragen, daß über Deutschland die Fremdherrschaft verhängt wurde; von Preußen ging auch die Befreiung aus. Nur der Speer, der den Herakliden Telephos verwundet hatte, konnte ihm die Heilung bringen.

177976

HG.
H465d

Author Heigel,

Title Deutsche Geschichte von Tode Friedrichs d.Gr.bis

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU